

RG-17.003M

Wiener Prozesse wegen NS-Verbrechen: Viennese post-war trials of Nazi war crimes

Inventory. Part 1

Microfilm reels 1000-1217

Austria: Viennese Post War Trials (German Finding Aid) MF 1000 bis MF 1217

Copyright: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz (FStN)
c/o Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)
Postal address: A-1013 Vienna, P.O.Box 98
<http://www.nachkriegsjustiz.at>

Wiener Prozesse wegen NS-Verbrechen

(einschl. ausgewählter Verfahren wegen Holocaust-Verbrechen in Graz, Salzburg und Wels)

Beschreibung der 1104 Akten auf den Mikrofilmen

N° FStN MF1000 bis MF1217

Stand: August 2006

Verwendete Schlagwörter zur Charakterisierung der einzelnen Prozesse

Arisierungsprozess

Auslieferungsverfahren

in Klammer: Bezeichnung des Staates, der die Auslieferung verlangte

Denunziationsprozess

Deportationsprozess

einschließlich Verfahren gegen Funktionäre der Zentralstelle für jüdische Auswanderung und andere Mitarbeiter Adolf Eichmanns

Entnazifizierungsprozess

= Verfahren, die ausschließlich wegen Zugehörigkeit zur NSDAP vor 1938 geführt wurden (dieser Tatvorwurf wurde fast gegen alle Beschuldigten erhoben und wird daher nur angeführt, wenn keine weiteren Verfahrensgegenstände vorliegen)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu ...

= Verfahren, die zwar ausschließlich wegen Zugehörigkeit zur NSDAP vor 1938 geführt wurden, in denen aber mindestens ein Beschuldigter auf Grund seiner beruflichen oder politischen Funktion von besonderem historischen Interesse ist

Euthanasie-Prozess

Kriegsverbrecherprozess

KZ-Auschwitz-Prozess

KZ-Buchenwald-Prozess

KZ-Dachau-Prozess

in Klammer: eventueller Bezug zu nationalsozialistischen Medizinverbrechen

KZ-Groß-Rosen-Prozess

KZ-Lublin-Prozess

in Klammer: eventueller Bezug zum Arbeits- bzw. Kriegsgefangenenlager Lublin

KZ-Mauthausen-Prozess

in Klammer: eventueller Name des Außenlagers/Außenkommandos/Nebenlagers, eventueller Bezug zum Mord an sowjetischen Kriegsgefangenen Anfang Februar 1945 ("Mühlviertler Hasenjagd")

Prozess gegen jüdischen Funktionär wegen Kollaboration

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Oberlanzendorf-Prozess)

= Prozess wegen Verbrechen im Arbeitserziehungslager Oberlanzendorf bei Wien

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Theresienstadt-Prozess)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

in Klammer: eventuelle nähere Bezeichnung des Verbrechens:

(Randegg-Prozess)

=Prozess wegen des Massakers an 80-100 ungarischen Juden/Jüdinnen im Schliefaugraben im Ortsgebiet von Randegg bei Scheibbs in Niederösterreich am 15. April 1945

(Stein-Prozess)

=Prozess wegen des Massakers am 6. April 1945 (Ermordung von über 300 österreichischen, tschechischen und griechischen Strafgefangenen in und um das Zuchthaus Stein a. d. Donau) sowie wegen der Erschießung von 44 Häftlingen des LG Wien im Zuchthaus Stein am 15. April 1945

(Südostwall-Prozess)

=Prozess wegen der Ermordung ungarischer Juden/Jüdinnen während der Errichtung der "Reichsschutzstellung" ("Südostwall") in den Reichsgauen Niederdonau und Steiermark sowie bei der Räumung der dort errichteten Zwangsarbeitslager

Prozess wegen Funktion im NS-Regime

in Klammer: Bezeichnung der Funktion(häufigste Bezeichnungen: Gauleitung ... [Wien bzw. Niederdonau], Kreisleiter, leitender SA-Funktionär, Ortsgruppenleiter, Gendarmerie/Polizei/Gestapo/SD, Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

Bemerkungen:

Falls ein Verfahren gegen einen Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär nur wegen "Illegalität"/Hochverrat (Zugehörigkeit zur NSDAP vor 1938) oder anderer Delikte (Denunziation, Arisierung) geführt wurde, wird bei der Charakterisierung des Prozesses "Bezug zu NS-Justiz" vermerkt.

Falls ein Verfahren gegen einen Gestapo-Beamten oder Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der SS nur wegen "Illegalität"/Hochverrat (Zugehörigkeit zur NSDAP vor 1938) oder anderer Delikte (Denunziation, Arisierung) geführt wurde, wird bei der Charakterisierung des Prozesses "Bezug zu Gestapo/SD" vermerkt.

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen

in Klammer: eventuelle nähere Bezeichnung:

(Einsatzgruppen/Einsatzkommandos)

(Schupo-Prozess)

(Vernichtungslager)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

"Reichskristallnacht"-Prozess (=Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen im November 1938)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss") [bezieht sich auch auf Verfahren wegen Verbrechen im Gefolge des "Anschlusses" im April 1938]

Opfergruppen:

Ausländische ArbeiterInnen (in Klammer Staatsangehörigkeit, falls bekannt)
Häftlinge (österreichische, polnische, tschechische)
Juden/Jüdinnen
Kriegsgefangene (in Klammer Staatsangehörigkeit, falls bekannt, sonst: "alliierte")
Psychisch Kranke und andere in Anstalten Festgehaltene
Roma
Soldaten der Deutschen Wehrmacht/Polizisten/HJ-/Volkssturmmangehörige
Widerstand/Opposition
ZivilistInnen

Tatland (Tatort)

in Österreich Bundesland, sonst Staat; in Klammern Ortsbezeichnung, falls im Akt enthalten.

Zusätzlich kann in den Inhaltsangaben und Beschreibungen des Verfahrensverlaufs nach beliebigen Begriffen gesucht werden

Abkürzungen

Abs. = Absatz (Untergliederung eines Gesetzesparagrafen)
BM = Bundesministerium
KVG = Kriegsverbrechergesetz
N. = Vorname nicht bekannt
NSKK = Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
RStGB = (deutsches) Reichsstrafgesetzbuch
Schupo = Schutzpolizei
SD = Sicherheitsdienst der SS
Sipo = Sicherheitspolizei
StG = (österreichisches) Strafgesetz
StPO = (österreichische) Strafprozessordnung
U.T. = Unbekannte Täter
Vg = Volksgericht
VG = (NS-)Verbotsgesetz
Vr = (Straf-)Verfahrensregister
Vugesta= Verkaufs-Unternehmung der Gestapo für jüdisches Umzugsgut
Z. = Ziffer (Untergliederung eines Gesetzesparagrafen)
Zl. = (Akten-)Zahl

FStN-Mikrofilm Nr. 1000

DÖW-Signatur: V1/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 376/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Melk)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Melk)

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich REINDL

wegen:

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Blutordensträger, Träger der NSDAP-Dienstauszeichnungen in Bronze und Silber, Hochverrats und seiner Tätigkeit als Kreisleiter von Melk (Niederösterreich), Verletzung der Menschenwürde

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.4.1947 wurde REINDL zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 376/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1000

DÖW-Signatur: V2/1–16

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 3434/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Kukmirn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz PEISCHL

wegen (§§): §

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines ungarischen Juden/Jüdinnen zu Kriegsende in Kukmirn (Burgenland), Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.3.1948 wurde PEISCHL zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 3434/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1000+1001

DÖW-Signatur: V3/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 1866/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann RIXINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Tätigkeit als vorgesetzter Sachbearbeiter im "Judenreferat" der Gestapoleitstelle in Wien (Mitschuld am Verbrechen der Misshandlung, "Vertreibung aus der Heimat") sowie Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung, Illegalität ("Altparteigenosse"), SS-Obersturmführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.10.1947 wurde RIXINGER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 1866/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1001
DÖW-Signatur: V4/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11b Vr 5316/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu Judenverfolgung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold KROUPA

wegen (§§): §§ 10, 11 VG

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer", Block- und Organisationsleiter der NSDAP, SA-Rottenführer, rücksichtsloses Vorgehen in einer Wohnungsangelegenheit (Räumung)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.3.1948 wurde KROUPA zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 5316/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1001+1002

DÖW-Signatur: V5/1–23

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 586/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Häftlinge

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann SANITZER

wegen (§§): §

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität/NS-Funktionär

"Alter Kämpfer", SS-Hauptsturmführer

Misshandlung von Häftlingen in den Jahren 1943 bis 1945 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Leiter des Referates IV-2b

Von 1940 bis Februar 1941 war SANITZER Leiter des Nachrichtenreferates der Gestapo Wien, von Februar 1941 bis Februar 1942 Leiter der Gestapo-Außendienststelle Sankt Pölten (Niederösterreich) und ab Mai 1942 Mitarbeiter des Referates IV-2 der Gestapostelle Wien (Sanitzer war zuständig für das Referat IV-2a, [Sabotage, Abwehr und Bekämpfung von Attentaten u.a.] sowie Leiter des Referates IV-2b [Gegenabwehr, Gegenmaßnahme, Gegenspionage])

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.1.1949 wurde SANITZER zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 586/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1002+1003

DÖW-Signatur: V6/1–81

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 681/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasie-Prozess

Opfer: Psychisch Kranke

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gugging, Mauer-Öhling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Emil GELNY und

33 weitere Beschuldigte

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Euthanasie

Er mordung und Misshandlung von PatientInnen in den Heilanstalten Gugging und Mauer-Öhling

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Verfahren gegen 33 Beschuldigte, darunter 14 Frauen (Abgeurteilte Personen: 21, Verurteilt: 12, Freigesprochen: 8)

Der Hauptbeschuldigte GELNY konnte nicht vor Gericht gestellt werden

25.9.1947: Anklage

14.6.1948: Beginn der Hauptverhandlung

14.7.1948: Urteilsverkündung

Die einzelnen Beschuldigten (A = Anklage, HV= in der Hauptverhandlung anwesend):

Julius AXMANN (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG; Beschluss auf Ausscheidung und getrennte Weiterführung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG.)

Adele BREUNING (Verfahren wurde mit Beschluss vom 2.7.1946 ausgeschieden, unter der Zahl Vg 2b Vr 4605/45 weitergeführt und am 11.(?) 8.1947 eingestellt. 4.11.1947: Beschluss auf Ausscheidung und getrennte Weiterführung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG.)

Erich BREUNING (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG, § 3 KVG; Beschluss auf Ausscheidung und getrennte Weiterführung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG.)

Stefanie DANZINGER (A, HV)

Josef DIRNBERGER (A, HV)

Richard EISENMENGER (A, HV)

Franz FITZINGER (A, HV)

Hedwig FOHRINGER (A, HV)

Emil GELNY

Marie GUTMANN (A, HV)

Otto HAMMINGER (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG.)

Auguste KABELKA (A, HV)

Josef KRIZ (A, HV)

Alois KUMMER (A, HV)

Josef MAISCHBERGER (A, HV)

Emilie MAYER (A, HV)

Josef MAYER (A, HV)

Anna NAGLICH (NAGLISCH) (A, HV)

Marie NEMECEK (A, HV)

Marie PIETSCH (A, HV)

Franz PRIESNER (A, HV)
Franz RSIMMNAC (A, HV)
Karl SALLABERGER (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
Michael SCHARPF (A; LG Wien, 20.2.1948: Verfügung betreffend Beischaffung eines offiziellen Totenscheins von SCHARPF.)
Josef SCHICKER (14.10.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)
Rosa SCHRABAUER (A, HV)
Franz SIEBERT (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].)
Johanna STEINBACH (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].)
Marie ULRICH (ULLRICH) (4.11.1947: Beschluss auf Ausscheidung und getrennte Weiterführung des Verfahrens wegen § 134, § 135/1 StG.)
Josef UTZ (A; 18.12.1947: Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Katharina WASTL (A, HV)
Alois WEINGARTNER (A, HV)
Johanna WIEDERMANN (4.11.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].)
Leopold WIEHART (A, HV)

Die Urteile:

Stefanie DANZINGER: Freispruch
Josef DIRNBERGER: 3 Jahre
Dr. Richard EISENMENGER: 10 Jahre
Franz FITZINGER: 2 Jahre, 6 Monate
Hedwig FOHRINGER: Freispruch
Marie GUTMANN: 3 Jahre, 6 Monate
Auguste KABELKA: 3 Jahre, 6 Monate
Josef KRIZ: 4 Jahre
Alois KUMMER: 2 Jahre, 6 Monate
Josef MAISCHBERGER: 2 Jahre, 6 Monate
Emilie MAYER: Freispruch
Dr. Josef MAYER: 12 Jahre
Anna NAGLISCH: Überweisung an das ordentliche Gericht
Marie NEMECEK: Freispruch
Marie PIETSCH: Freispruch
Franz PRIESNER: 2 Jahre
Franz RSIMNEC: Freispruch
Rosa SCHRABAUER: 3 Jahre
Katharina WASTL: 2 Jahre
Alois WEINGARTNER: Freispruch
Leopold WIEHART: Freispruch

FStN-Mikrofilm Nr. 1003

DÖW-Signatur: V7/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 3207/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleiter)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Hugo JURY

wegen (§§): § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallgesetz 1947 – Objektives Verfahren
(Vermögensverfall gegen abwesende Beschuldigte)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

JURY war Angehöriger der illegalen NSDAP und im März 1938 führend bei der Machtergreifung der NSDAP in Österreich gewesen. Von 1938 bis 1945 war JURY Gauleiter von Niederdonau. 1945 beging er Selbstmord.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.12.1948: Vermögensverfall

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 3207/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1003+1004

DÖW-Signatur: V8/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 6211/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess ("Mühlviertler Hasenjagd")

Opfer: Kriegsgefangene

Tatland (Tatort): Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Hugo TACHA

Norbert NIEDERMAYR

Friedrich SIMADER

Rudolf SCHIMMERL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von 5 aus dem KZ Mauthausen entwichenen Häftlingen in Schwertberg (Oberösterreich) im Februar 1945, Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- | | |
|------------|--|
| 3.4.1948 | Verfahren gegen SIMADER wegen §§ 134 StG, 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt (Das Verfahren wegen § 11 VG wurde Illegalität fortgesetzt.) |
| 23.7.1948 | Verfahren gegen SCHIMMERL gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt |
| 18.12.1948 | TACHA wurde zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt, NIEDERMAYR freigesprochen. |

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 6211/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1004
DÖW-Signatur: V9/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 1647/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Alsergrund)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wladimir SLAMA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Altparteigenosse", Registrierungsbruch

Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen in Wien-Alsergrund im Jahre 1938
verjagte Juden/Jüdinnen aus einem Park)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

21.4.1948 SLAMA zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 1647/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1004
DÖW-Signatur: V10/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 6407/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (leitender SA-Funktionär), Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johannes Ivo LUKESCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", Blutordensträger, Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze, Generalarbeitsführer, seiner Rolle als SA-Obergruppen-Führer im März 1938 (Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.11.1947 wurde LUKESCH zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 6407/46:: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1004+1005

DÖW-Signatur: V11/1–73

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 7188/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung
("Heeresstreifenprozess")

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Leopold DITTRICH

Fritz DURLACH

Karl EDELMAYER

Kurt FEIGEL

Karl HOFMANN

Johann KURZ

Johann SLEZAK

Walter TOBIS

wegen (§§): §

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Deserteuren in den Jahren 1943 bis 1945 v.a. in der Rossauerkaserne (Wien) als Angehörige der Wehrmachtsfahndung in Wien (Heeresstreife Groß-Wien, Untergruppe Fahndungsdienst)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.3.1948 wurde FEIGEL zu 3 Jahren schweren Kerkers, DITTRICH zu 6 Jahren schweren Kerkers, KURZ zu 8 Monaten schweren Kerkers, TOBIS zu 4 Jahren schweren Kerkers und SLEZAK zu 10 Monaten schweren Kerkers verurteilt. EDELMAYER und HOFMANN wurden freigesprochen.

Einbezogene Akten:

Vg 4c Vr 4784/45 (Johann KURZ),

Vg 2d Vr 2689/46 (Walter TOBIS),

Vg 8b Vr 3396/46 (Karl EDELMAYER u.a.),

Vg 6a Vr 5491/46 (Dr. Friedrich BAUER),

Vg 3d Vr 5123/46 (Dr. Johann KISSER) und

Vg 7c Vr 915/46 (Fritz DURLACH, Dr. DIETRICH, EDLINGER).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 7188/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1005
DÖW-Signatur: V12/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 483/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto HAUCK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines Polen und eines unbekanntem Zivilisten in Wien im April 1945 (HAUCK war SS-Hauptsturmführer und Leiter der Wehrmachtstreife "Groß-Wien")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 9.11.1948 wurde HAUCK zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 483/46 (Vg 11h Vr 2785/45): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1006
DÖW-Signatur: V13/1–40

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5502/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Bezug zu Euthanasie

Opfer: Psychisch Kranke und andere in Anstalten Festgehaltene
Tatland (Tatort): Wien (Penzing/Baumgartner Höhe)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Max THALLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Insassinnen der "Arbeitsanstalt für asoziale Frauen" Am Steinhof, Wien, deren Leiter er war;
Illegalität ("Altparteigenosse")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.10.1948 wurde THALLER zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5502/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1006
DÖW-Signatur: V14/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11c Vr 3470/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich (Mauthausen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GLANNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

SS-Unterscharführer, Ermordung (v.a. jüdischer Häftlinge) und Misshandlung von Häftlingen des KZ Mauthausen im Zeitraum Herbst 1940 bis Jänner 1943 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Angehöriger der Wachmannschaft

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.6.1948 wurde GLANNER zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11c Vr 3470/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1006
DÖW-Signatur: V15/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5887/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Prozess wegen Endphase-
Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Hainburg, Herzogbirbaum), Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KLEEDORFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), Obersturmführer eines SS-Totenkopfverbandes, Blutordensträger, Verletzung der Menschenwürde von Angehörigen der Vaterländischen Front (VF) im April 1938 in Hainburg an der Donau, Misshandlung bzw. Verletzung der Menschlichkeit (seit Jänner 1945 war KLEEDORFER dem "Spionagereferat" [Sanitzer] der Gestapo-Einstellungsstelle Wien zugeteilt) sowie Mitwirkung an der Hinrichtung von Hauptmann Huth, Major Biedermann und Oberleutnant Raschke im April 1945 in Floridsdorf/Wien, missbräuchliche Bereicherung in Herzogbirbaum/NÖ im April 1945; Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.12.1948 wurde KLEEDORFER zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Zusatzinformationen zum Akt

Der Akt LG Wien Vg 11 Vr 5887/48 enthält auch die – offenkundig mit einer unrichtigen Geschäftszahl (nämlich Vg 5e Vr 5887/48) versehene – Anklageschrift gegen Emil POLAK und zehn weitere Angeklagte wegen Misshandlung von VF-Angehörigen in Hainburg am 23.4.1938 (Vg-Verfahren gegen Emil POLAK, Franz RASCHER, Karl GUTLEBER, Ulrich ESEL, Johann DOMSCHITZ, Dr. Leopold LANGER, Josef FARTELY, Leopold DOMSCHITZ, Karl MAYER, Maria FARTELY und Konrad KÖNIGSHOFER)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5887/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1006+1007

DÖW-Signatur: V16/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5810/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Baden, NSDAP-Reichsleitung), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Baden), Deutschland (München)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Johann PONSTINGL

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

wegen: Illegalität ("Alter Kämpfer"), Kreisleiter von Baden bei Wien von Juni 1938 bis Oktober 1940,
danach Hauptstellenleiter im Organisationsamt der NSDAP-Reichsleitung München, Quälerei
(Vertreibung eines jüdisch-"arischen" Ehepaares aus Baden im September 1939)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.11.1948 wurde PONSTINGL zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5810/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1007
DÖW-Signatur: V17/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 428/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Armin KRAUPATZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), Blutordensträger, Beteiligung am NS-Putsch 1934 (Angehöriger der illegalen SS), Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Angehöriger der Gestapoleitstelle Wien (Sachbearbeiter im Referat IV a 1)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.6.1947 wurde KRAUPATZ zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11d Vr 428/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1007
DÖW-Signatur: V18/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 2/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (leitender SA-Funktionär)

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred PROKSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer", PROKSCH war in den Jahren 1931 bis 1934 Landesleiter der NSDAP von Oberösterreich), SA-Obergruppenführer, goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, NSDAP-Dienstauszeichnungen in Bronze und Silber, seiner Rolle im März 1938 (SA-Gruppenführer z.B.V. SA-Gruppe Donau) und seiner Rolle als "Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Ostmark" (ab 1944 Präsident des Gauarbeitsamts und "Reichstreuhänder der Arbeit in Niederdonau")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.11.1948 wurde PROKSCH zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 23.12.1954 wurde dem Antrag von PROKSCH auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben und das Urteil aufgehoben. Das Verfahren trat in den Stand der Voruntersuchung zurück.

Am 20.2.1956 entschied der Oberste Gerichtshof, dass der Beschluss des LG Wien vom 23.12.1954 das Gesetz in den Bestimmungen der §§ 10, 11 Verbotsgesetz 1947 und des § 353 Z. 2 der Strafprozessordnung verletze.

Am 18.5.1957 wurde das Verfahren gegen PROKSCH wegen §§ 10, 11 VG gemäß §§ 12, Abs. 2 bzw. 16 NS-Amnestie 1957 eingestellt.

(Akt enthält auch frühere Vg-Verfahren gegen A. Proksch)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8 Vr 2/55 (Vg 11d Vr 387/46): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1007
DÖW-Signatur: V19/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27e Vr 207/67
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav SCHANZER
Johann URBAN
sowie
Gerhard CELLBROTH
Wilhelm HACKER
Josef HÖBLINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung ausländischer Zivilarbeiter im April 1945 in Wien, Verbrechen gegen die Menschlichkeit bzw. Illegalität

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.7.1947 wurde URBAN (Leiter des Lagers für ausländische Zivilarbeiter) zu lebenslanglichem schweren Kerker und SCHANZER (Angehöriger des Sicherheitsdienstes) zu 20 Jahren Kerker verurteilt.
17.9.1949: Abtretung des Verfahrens gegen HÖBLINGER wegen § 1 KVG zu Vg 8e Vr 1799/49.
18.3.1958: Beendigung des Verfahrens gegen HACKER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
10.1.1967: Einstellung des Verfahrens gegen CELLBROTH gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] gemäß Erklärung der Staatsanwaltschaft vom 7.12.1966.

Zusatzinformationen zum Akt

Der Akt besteht aus den Vg-Verfahren gegen SCHANZER und URBAN wegen der Ermordung von fünf ausländischen Zivilarbeitern 1945 (Ostarbeiterlager Blechturmstraße, Wien-Margareten) sowie den ab 1957/58 fortgesetzten Verfahren gegen Gerhard CELLBROTH, Wilhelm HACKER und Josef HÖBLINGER; das ursprünglich im Akt enthaltene umfangreiche Material der Staatsanwaltschaft Wiesbaden betreffend CELLBROTH (2 Bände, übersandt 1966) wurde an die Staatsanwaltschaft Wien für das Verfahren 15 St 19518/65 abgetreten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27e Vr 207/67 (Vg 2f Vr 1426/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1007+1008

DÖW-Signatur: V20/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11c Vr 2461/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Wiener Neustadt), Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt, Gutenstein, Pernitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand ULZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SA-Obersturmbannführer, Blutordensträger, NSDAP-Dienstauszeichnung in Bronze, seiner Tätigkeit als NSDAP-Kreisleiter von Wiener Neustadt in den Jahren 1938 bis 1945 (Verfolgung von ehemaligen Angehörigen der Vaterländischen Front, negative Beurteilung von Gnadengesuchen von zum Tode Verurteilten) und seiner Rolle im Jahre 1945 (Sprengung von Brücken in Gutenstein und Pernitz/Niederösterreich)-

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.10.1948 wurde ULZ zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11c Vr 2461/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1008
DÖW-Signatur: V21/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 612/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Häftlinge, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Stein an der Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf HITZLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Hochverrat nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv", "Alter Kämpfer"),
SS-Sturmscharführer, Misshandlungen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Sachbearbeiter
der Gestapoleitstelle Wien in Stein an der Donau (Niederösterreich) und in Wien (im Falle eines
Ostarbeiters mit Todesfolge)
HITZLER war ein besonders brutaler Beamter der Gestapoleitstelle Wien, verhörte u.a. Mitglieder der
Gruppen Knoll und "Freies Österreich". Der Prozess hat auch seine Rolle im Jahre 1945 (Gestapo-Gruppe
Stein) zum Gegenstand

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.3.1948 wurde HITZLER zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 612/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1009+1010

DÖW-Signatur: V22/1-72

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 299/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)
("4. Engerau-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans ARNHOLD
Gustav TERZER u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung ungarisch-jüdischer Zwangsarbeiter beim "Südostwallbau" und zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

LG Wien Vg 2 Vr 6790/46 (Vg 8e Vr 299/55) war ein reines Ermittlungsverfahren gegen 40 Beschuldigte

- 11.12.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Heinrich TRNKO und HAHN gemäß § 412 StPO.
- 30.5.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Erich PRILLINGER wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 30.5.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen AMAN (AMON) gemäß § 412 StPO.
- 8.1.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Josef BERCHTOLD und Johann POTOČNIK wegen § 134 StG, § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 16.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Franz BERTEL gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 28.12.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Ing. Egon KÖNIG.
- 13.6.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann TABOR wegen § 3/1 KVG gemäß § 57 StPO.
- 3.12.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Josef SCHWENG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 28.12.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HÖRMANNSTORFER wegen §§ 1, 3 KVG, § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Ausscheidung des Verfahrens gegen HÖRMANNSTORFER wegen §§ 10, 11 VG.
- 28.12.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Gustav TERZER wegen "führender Betätigung bei der Einschiffung der jüdischen Zwangsarbeiter auf die Schlepsschiffe unter menschenunwürdigen Verhältnissen und Beteiligung an Aktionen, bei welchen den jüdischen Lagerinsassen die letzten Wertgegenstände weggenommen wurden" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen

- Verfolgung]. Ausscheidung des Verfahrens gegen TERZER wegen §§ 10, 11 VG sowie §§ 134ff StG in den Fakten "Abstellung des Kronberger zwecks Durchführung von Liquidierungen und Anstiftung zum Mord im Faktum Erschießung eines namentlich unbekanntem Juden durch N. Lutz" gemäß § 57 StPO.
- 28.12.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Alfred WAIDMANN wegen §§ 3, 8 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen WAIDMANN wegen § 8 VG gemäß I. Hauptstück, Abschnitt II, Zahl 3 der Übergangsbestimmungen des NS-Gesetzes 1947. Ausscheidung des Verfahrens gegen WAIDMANN wegen §§ 10, 11 VG, § 1/6, 7 KVG gemäß § 57 StPO.
- 28.12.1949: Zurücklegung der Anzeige gegen Hans ARNHOLD wegen § 2 KVG gemäß § 90 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen ARNHOLD wegen § 3 KVG, §§ 134ff StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Ausscheidung des Verfahrens gegen ARNHOLD wegen §§ 10, 11 VG, § 1/6 KVG gemäß § 57 StPO.
- 17.5.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Viktor NETOUSEK und Franz SWOBODA wegen § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 17.5.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz SWOBODA wegen §§ 5a, 6 KVG gemäß § 57 StPO.
- 17.5.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Josef METELKA wegen §§ 3/1 KVG, 134, 135/4 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 17.5.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann ZABRS wegen §§ 134 StG, 1 KVG gemäß § 57 StPO.
- 17.5.1950: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Hermann BEHRINGER (BIRINGER, BERINGER), SCHMIDT und SOKOL gemäß § 412 StPO.
- 16.10.1950: Zurücklegung der Anzeige gegen Hans ARNHOLD wegen § 134 StG (Ermordung von Johann WEICHSELBERGER) gemäß § 90 StPO.
- 14.7.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Arnold WIESINGER wegen § 3 KVG, § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Ausscheidung des Verfahrens gegen U.T. wegen § 134 StG (Ermordung von Johann WEICHSELBERGER) gemäß § 57 StPO.
- 21.11.1951: Zurücklegung der Anzeige gegen Wilhelm TURZELMAYER gemäß § 90 StPO.
- 21.11.1951: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton HARTGASSER wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG, § 134 StG gemäß § 57 StPO.
- 17.6.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Josef BERCHTOLD wegen §§ 10, 11 VG und § 3 (1) KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Zurücklegung der Anzeige gegen KUCSERA wegen § 212 RStGB, § 13 (2) KVG gemäß § 90 StPO.
- 15.12.1952: Zurücklegung der Anzeige gegen Josef BERCHTOLD wegen § 134 StG, §§ 1, 3 Abs. 2 KVG gemäß § 90 StPO.
- 31.3.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Gustav TERZER bezüglich der Fakten "Befehl zur Erschießung eines unbekanntem Häftlings in Engerau, Erschießung des Imre Gottlieb und einer unbekanntem Zivilistin sowie oftmalige Misshandlung von Häftlingen und tägliche Erschießung von 10 Häftlingen zur Frühstücksausgabe".
- 9.5.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Gustav TERZER betreffend das Faktum "Bildung eines SA-Sonderkommandos anlässlich des Abtransportes der Häftlinge zum Schiffslandeplatz und Erteilung des Liquidierungsbefehls an dieses Sonderkommando hinsichtlich der marschunfähigen Häftlinge".
- 13.10.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Peter ACHER wegen §§ 1, 3 KVG, § 134 StG.
- 13.10.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl BRODMANN wegen § 3 KVG, §§ 10, 11 VG, §§ 5, 134 StG. Ausscheidung des Verfahrens gegen U.T. (Kommandant der Kolonne 28) wegen

- §§ 3/1, 2 KVG, Otto N. (Kommandant der Kolonne 22) wegen §§ 3 KVG, 212 RStGB, § 13/2 KVG, LECHNER wegen § 3 KVG, SCHILLER wegen § 3 KVG und LICHTER (Kommandant der Kolonne 26 oder 27) wegen § 3 KVG.
- 3.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Dipl. Ing. Anton SILBERNAGL wegen §§ 1 (1), 3, 4 KVG, §§ 134ff StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 25.3.1966: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Hugo HEIN, Dr. Adalbert VOGEL, Benno ECKER (EGGER), Anton LINDMAIER, MAYER (MAIER), Josef (Leopold) Müller, Karl RYCHTER (RICHTER, RYCHER) und BAUMGARTNER gemäß § 412 StPO.
- 20.5.1966: Einstellung des Verfahrens gegen Emil PUTZE (BUTZE) gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 9.2.1967: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Karl STAROSZINSKY gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 299/55 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1010
DÖW-Signatur: V23/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 194/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)
("6. Engerau-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Peter ACHER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg (Niederösterreich) als Angehöriger der SA-Lagerwache des Lagers Engerau, Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.7.1954 wurde ACHER zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Das gegenständliche Verfahren war am 9.10.1953 aus dem Verfahren Vg 2d Vr 6790/46 (Gustav Terzer u.a., "4. Engerau-Prozess") ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 194/53 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1010
DÖW-Signatur: V24/1–30

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 564/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)
("1. Engerau-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois FRANK

Rudolf KRONBERGER
Wilhelm NEUNTEUFEL
Konrad POLINOVSKY u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität bzw. Ermordung und Misshandlung von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern beim "Südostwallbau" und zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 4.8.1945: Ausscheidung des Verfahrens gegen August FRAUENHOFER, Franz HEGER, Karl BRODMANN, Gustav TERZER, Heinrich TRNKO, Hugo HEIN, Erwin FALKNER, Peter ACHER, Josef KACOFISKY, AMAN (AMON), Dr. Erich August PRILLINGER, Dr. Erwin HOPP, Josef BERCHTHOLD, Edmund KRATKY und Josef ENTENFELLNER wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG bzw. § 134 StG (neue Verfahrensnummer: Vg 2e Vr 1125/45, "2. Engerau-Prozess").
- 17.8.1945: FRANK, KRONBERGER und NEUNTEUFEL zum Tode verurteilt, POLINOVSKY wurde zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
- 20.11.1945: Todesurteil an KRONBERGER und FRANK vollstreckt.
- 28.11.1945: Todesurteil an NEUNTEUFEL vollstreckt.

Verfahren gegen 19 Beschuldigte (Abgeurteilte Personen: 4, Verurteilt: 4, davon 3 Todesurteile)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 564/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1010
DÖW-Signatur: V25/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 397/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ZABRS (Wiederaufnahmeverfahren)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Ermordung von beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg (Niederösterreich), Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 17.5.1950: Ausscheidung des Verfahrens LG Wien Vg 9 Vr 397/50 gegen ZABRS gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren Vg 2d Vr 6790/46 (Gustav TERZER u.a., "4. Engerau-Prozess").
- 19.5.1952: Einstellung der Voruntersuchung gegen ZABRS gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] hinsichtlich der im Urteil des Volksgerichtes Wien vom 4.11.1946 (Vg 1b Vr 3015/45) zur selbständigen Verfolgung vorbehaltenen Tatbestände (Morde an Insassen des Lagers Engerau während des Marsches in der Nacht vom 29. auf den 30.3.1945).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 397/50 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1010+1011

DÖW-Signatur: V26/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4001/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)
("2. Engerau-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich (Bad Deutsch-Altenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ENTENFELLNER
August FRAUENHOFER
Karl HAHN
Franz HEGER
Johann TABOR
Gustav TAMM
u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern beim "Südostwallbau" und zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Deutsch-Altenburg (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 15.11.1945: Verurteilung von ENTENFELLNER und TAMM zum Tode, HAHN zu 2 Jahren, HEGER zu 6 Monaten und TABOR zu 1 Jahr schweren Kerkers.
- 12.2.1946: Vollstreckung des Todesurteils an ENTENFELLNER und TAMM
- 8.2.1950: Einstellung der Voruntersuchung gegen TABOR wegen § 3 KVG (wiederaufgenommenes Verfahren) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 12.10.1945: Einstellung des Verfahrens gegen August FRAUENHOFER und Josef EISENMENGER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl WEINMANN, Friedrich PEICHL, Willibald PRASCHAK, Karl BRODMANN, Gustav TERZER, Heinrich TRNKO, Hugo HEIN, Erwin FALKNER, Peter ACHER, Josef KACOFISKY, AMAN (AMON), Dr. Erich August PRILLINGER, Dr. Erwin HOPP, Josef BERCHTOLD, Edmund KRATKY, Johann ZABRS, Alfred WEIDMANN, Hans ARNHOLD, Johann SCHNÖTZINGER, Franz HOCHHOLDINGER und Karl SEIDL (neue Verfahrensnummer: Vg 1c Vr 3015/45, "3. Engerau-Prozess").

(Verfahren gegen 28 Beschuldigte, Abgeurteilte Personen: 5, Verurteilt: 5)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4001/48 (Vg 2e Vr 1125/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1011+1012

DÖW-Signatur: V27/1–99

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 3015/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)
("3. Engerau-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich (Bad Deutsch-Altenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Emanuel ALBRECHT
Erwin FALKNER
Edmund KRATKY
Walter HAURY
Dr. Ing. Erwin HOPP
Josef KACOVSKY
Willibald PRASCHAK
Franz SCHALK
Johann ZABRS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern beim "Südostwallbau" und zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Deutsch-Altenburg (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 4.11.1946: Urteil: Es wurden KRATKY, FALKNER, KACOVSKY und PRASCHAK zum Tode verurteilt. HOPP wurde zu 19 Jahren, ZABRS zu 15 Jahren und SCHALK sowie ALBRECHT zu jeweils 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt. HAURY wurde freigesprochen.
- 25.7.1947: Vollstreckung der vier Todesurteile.
- 7.12.1945: Einstellung des Verfahrens gegen Karl WEINMANN, Friedrich PEICHL und Franz HOCHHOLDINGER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 18.3.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann SCHNÖTZINGER wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG, § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Ferdinand SUCHY und Leopold HELFERT gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 16.8.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Erich PRILLINGER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 22.8.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen SCHNÖTZINGER wegen §§ 171, 174, 209 StG. Ausscheidung des Verfahrens gegen Ing. Egon KÖNIG, Emil PUTZE (BUTZE), Karl RYCHER (RYCHTA, RICHTER), Franz BERTEL, Franz HÖRMANNSTORFER, Gustav TERZER, Karl BRODMANN, AMAN (AMON), Josef BERCHTOLD, Alfred WAIDMANN, Hans ARNHOLD, Dr. Albert VOGEL, Karl STAROSZINSKY, Anton HARTGASSER, Josef SCHWENG, Anton

SILBERNAGL, Josef (Leopold) MÜLLER, Josef METELKA, Eduard NIKLAS, Viktor NETOUSEK, Hugo HEIN, Heinrich TRNKO, Johann POTOČNIK, Peter ACHER, Franz SWOBODA und Arnold WIESINGER wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG, § 134 StG (neue Verfahrensnummer: Vg 2 Vr 6790/46, "4. Engerau-Prozess").

(Verfahren gegen 43 Beschuldigte, Abgeurteilte Personen: 9, Verurteilt: 8, Freigesprochen: 1)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 3015/45 : Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013
DÖW-Signatur: V28/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 252/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Niederdonau, Kreisleiter in Wien), Prozess wegen
Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans ARNHOLD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer", Hochverrat, SS-Sturmbannführer, NSDAP-Dienstauszeichnung in Bronze und
Silber, Goldenes Ehrenzeichen der HJ

Funktion im NS-Regime

Gaupropagandaleiter (wurde in dieser Eigenschaft 1940 zum politischen Leiter als Bereichsleiter
ernannt), ab Oktober 1944 "Beauftragter für die Koordinierung der Aufgaben der
Wehrmachtserkundungseinsatzstäbe und der Organisation Todt für die Planung des
Südostwalles", Anfang 1945 Verbindungsoffizier zwischen dem Reichsverteidigungskommissar
Schirach und der Heeresgruppe Süd

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

24.2.1950: ARNHOLD zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt.

9.3.1950: Wiederaufnahmeantrag der Staatsanwaltschaft wg. § 1/6 KVG (Kreisleiter des Kreises IX
bzw. I in Wien) gemäß § 355 StPO, weil sich im Verfahren gegen Alfred WAIDMANN (Vg
1a Vr 10/50) neue Tatsachen u. Beweismittel, aus welchen die Stellung ARNHOLDS als
Kreisleiter herausgehe, ergeben haben. Am 15.5.1950 wurde gegen ARNHOLD im
Wiederaufnahmeverfahren Anklage erhoben, am 23.6.1950 wurde er freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 252/50 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013
DÖW-Signatur: V29/1–38

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 745/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Margarethe DIMMER
Hermann HOLLMANN
Roland TIMMEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Denunziation im Jahre 1943 in Wien bzw. Illegalität (nur TIMMEL)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

DIMMER wurde am 30.4.1946 zu 7 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

TIMMEL wurde am 30.9.1947 zu 4 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

(Getrennte Anklage sowie Hauptverhandlung gegen DIMMER und TIMMEL.)

3.11.1955: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen HOLLMANN gemäß § 412 StPO.

25.5.1957: Verfügung über Einstellung des Verfahrens gegen HOLLMANN gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 745/55 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013
DÖW-Signatur: V30/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 9/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau), Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav TERZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer", Österreichische Legion, SA-Hauptsturmführer, SA-Unterabschnittsleiter in Engerau (Bratislava-Petrzalka) (entfernte Mitschuld am Verbrechen des Meuchel- und bestellten Mordes, begangen an Häftlingen des Lagers Engerau), des Befehls zur Ermordung eines jüdischen Zwangsarbeiters im Winter 1944/45 in der Gegend Kittsee (Burgenland) und Engerau

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.2.1950 wurde TERZER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 9/50 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013
DÖW-Signatur: V31/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 10/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter in Wien), Prozess wegen Endphase-
Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred WAIDMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Hochverrat

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
NS-Funktionär

WAIDMANN war ab März 1938 Kreisgeschäftsführer des Kreises IX (Wien), ab 1942
Kreisstabamtsleiter des Kreises IX (mit dem Rang eines Abschnittsleiters); mit November 1943
war er K-KL (Kreisleiter auf Kriegszeit) des Kreises VIII der NSDAP und ab Oktober 1944
Stellvertreter von Hans ARNHOLD beim "Südostwallbau" (im Februar 1945 übernahm
WAIDMANN die Abschnittsleitung beim "Südostwallbau")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.3.1950 wurde WAIDMANN zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 10/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013

DÖW-Signatur: V32/1–5

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11c Vr 5225/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Grenzpolizei/Gestapo)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Sauerbrunn), Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BUGOVSKY

wegen (§§): § nachtragen! (Illegalität, SS-Oberscharführer, Registrierungsbruch)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

NS-Funktionär

BUGOVSKY war von März 1938 bis Kriegsende als Gestapobeamter bei den Grenzpolizeiposten Engerau und Sauerbrunn (Burgenland) eingesetzt

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Vorerhebungen wurden ebenfalls in Richtung §§ 3 KVG (möglicherweise wegen der Misshandlung von ungarischen Juden/Jüdinnen) und 11 VG geführt. Anklage wurde am 17.12.1946 jedoch nur wegen §§ 10/3 VG und 8 VG erhoben. Am 13.10.1948 trat die Staatsanwaltschaft Wien von der Anklage zurück, am 26.10.1948 erfolgte die Einstellung des Verfahrens.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11c Vr 5225/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013
DÖW-Signatur: V33/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg Vg 8e Vr 300/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau), Niederösterreich (Bad Deutsch-Altenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BRODMANN

N. LECHNER

N. LICHTER

N. SCHILLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern beim "Südostwallbau" und zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Deutsch-Altenburg (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.12.1954: Einstellung des Verfahrens gegen LECHNER, LICHTER und SCHILLER wegen § 3 KVG gemäß § 412 StPO, Einstellung des Verfahrens gegen BRODMANN wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg Vg 8e Vr 300/55 (Vg 8e Vr 207/53): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013

DÖW-Signatur: V34/1–4

Benützungsbefchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg Vr 145/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans KALLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrat

Kaller war von 1938 bis Ende 1939 Blockleiter der Ortsgruppe Am Neubau in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

31.8.1945: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg Vr 145/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013
DÖW-Signatur: V35/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 4249/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Bruck an der Leitha)

Volksgerichtsverfahren gegen: N. APPEL
Wilhelm BUDIK
N. HERZOG
Rainer SIMAK
N. WAGNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiters in Bruck an der Leitha, Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.9.1946: BUDIK zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt, SIMAK freigesprochen.
15.2.1960: Einstellung des Verfahrens gegen APPEL, WAGNER und HERZOG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 4249/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1013+1014

DÖW-Signatur: V36/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 183/52

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge (polnische)

Tatland (Tatort): Wien (Landesgericht Wien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BAYER

Franz MITTNER

Johann SCHUSTER

ALBRECHT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrat

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Misshandlung und Denunziation von polnischen Häftlingen unter Ausnutzung ihrer dienstlichen

Funktion als Justizwachebeamte im Gefangenenhaus des LG für Strafsachen in Wien bzw.

Missbrauchs der Amtsgewalt

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

BAYER wurde am 18.10.1946 freigesprochen.

MITTNER wurde am 29.11.1946 zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 16.6.1952 wurde dem Wiederaufnahmeantrag von MITTNER stattgegeben. Das Urteil wurde hinsichtlich des Schuldspruches wegen §§ 10, 11 VG, § 8 STG und § 7 KVG sowie hinsichtlich des Ausspruches über die Strafe und den Vermögensverfall aufgehoben und trat in den Stand der Voruntersuchung zurück. Der Schuldspruch wegen § 4 KVG blieb unberührt.

Am 16.2.1953 wurde MITTNER im Wiederaufnahmeverfahren wegen § 4 KVG zu 6 Monaten Kerkers verurteilt (Neubemessung der Strafe).

Das Verfahren gegen SCHUSTER war am 12.7.1946 zur Vermeidung von Verzögerungen und Erschwerungen ausgeschieden worden. Im Juli 1946 (ein genaueres Datum geht aus dem Akt nicht hervor) war das Verfahren gegen ALBRECHT gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 183/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1014
DÖW-Signatur: V37/1–20

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 770/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Theresienstadt-Prozess)
(enthält auch Dokumente betreffend Bergen-Belsen und Verbrechen an ungarischen Juden/Jüdinnen
1944/45)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien, Tschechische Republik, Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Siegfried SEIDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, SS-Hauptsturmführer
Funktion im NS-Regime

Kommandant des KZ Theresienstadt in den Jahren 1941 bis 1943, Ermordung von 16 Häftlingen
des KZ Theresienstadt im Jahre 1942, Misshandlungen, leitender Funktionär des KZ Bergen-
Belsen in den Jahren 1943 und 1944, in den Jahren 1944 und 1945 stellvertretender Leiter des
Sondereinsatzkommandos–Außenstelle Wien (Stellvertreter des Kommandanten des
Konzentrationslagers der nach Wien und Niederösterreich verschickten ungarischen
Juden/Jüdinnen)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 3.10.1946 wurde SEIDL zum Tode verurteilt (Vollstreckung am 4.2.1947).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 770/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1014
DÖW-Signatur: V38/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 2859/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Randegg-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Göstling, Randegg, Scheibbs)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred WEIDMANN (geb. 12.5.1917, Wien)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", Träger des goldenen Ehrenzeichens der HJ, HJ-Bannführer des Bannes 518 (Amstetten/Niederösterreich), Vorerhebungen wegen der Beteiligung an der Ermordung von Juden/Jüdinnen im Schliefaugraben in der Nähe von Scheibbs (Niederösterreich) im April 1945
(Anklageerhebung und Hauptverhandlung nur wegen §§ 10, 11 VG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.5.1948 wurde WEIDMANN zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Am 7.4.1948 war das Verfahren gegen WEIDMANN wegen §§ 10, 11 VG aus dem Verfahren Vg 3c Vr 2092/45 (Leopold PÖLLERITZER wegen § 1 KVG, § 134 StG und §§ 10, 11 VG) ausgeschieden worden. Im selben Verfahren hatte die Staatsanwaltschaft am 15.3.1948 die Erklärung betreffend Verfahrenseinstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] gegen WEIDMANN wegen § 1 KVG, § 134 StG (Beteiligung an der Ermordung von Juden/Jüdinnen in Göstling, Randegg und Gresten) abgegeben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 2859/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1014
DÖW-Signatur: V39/1–2

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 4287/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien, Oberösterreich (Ruckerhof)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WEIDMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (SA), Registrierungsbruch

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
9.8.1948: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 4287/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1014+1015+1016

DÖW-Signatur: V40/1–78

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1087/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Stein-Prozess)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems an der Donau, Stein an der Donau, Hadersdorf am Kamp)

Volksgerichtsverfahren gegen:

- Eduard AMBROSCH
- Alois BAUMGARTNER
- Franz HEINISCH
- Leo PILZ
- Anton POMASSL
- Adolf BIER
- Johann DOPPLER
- Franz ETTENAUER
- Karl FORSTER
- Franz JÄGER
- Heinrich KETZL
- Karl ROSENKRANZ
- Johann SEITNER
- Karl SPERLICH
- Alois TÜRK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung am Massaker in Stein (6. April 1945) sowie (im Falle Pilz) weiterer Verbrechen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.8.1946: AMBROSCH, BAUMGARTNER, HEINISCH, PILZ und POMASSL zum Tode verurteilt.
DOPPLER, FORSTER, ETTENAUER, SPERLICH und TÜRK wurden zu lebenslanglichem
schweren Kerker, ROSENKRANZ wurde zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
BIER, JÄGER, KETZL und SEITNER wurden freigesprochen.

28.2.1947: Todesurteil von AMBROSCH, POMASSL, BAUMGARTNER und PILZ vollstreckt.

8.3.1947: Todesurteil von HEINISCH vollstreckt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1087/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1016+1017

DÖW-Signatur: V41/1-57

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 1693/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Prozess wegen Funktion im NS-Regime

(Kreisleiter Neunkirchen, leitender SA-Funktionär, Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

(Verfahren "Raxgebiet I", "Braun-Prozess")

Opfer: Widerstand/Opposition, Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Neunkirchen, Schwarza im Gebirge, Payerbach, Reichenau, Prein an der Rax)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BRAUN (Kreisleiter von Neunkirchen)

Roman GOSCH (Kreisorganisationsleiter)

Georg NOWOTNY

Anton STEINMETZ

Johann WALLNER

Josef WENINGER (SA-Standartenführer)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität bzw. Verbrechen bei Kriegsende im Rax-Gebiet/Niederösterreich: Fällung und Vollstreckung von Todesurteilen durch ein ohne gesetzliche Grundlage gebildetes "Standgericht der Kreisleitung Neunkirchen"; Befehl an ein Sonderkommando halbwüchsiger Volkssturmangehöriger im April 1944 und Mai 1945, Verhaftete zu erschießen; Quälerei der Bevölkerung; Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.5.1947 wurden BRAUN, WALLNER und WENINGER zum Tode verurteilt. GOSCH wurde zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt. Am 17.5.1947 (11. Tag der Hauptverhandlung) wurde das Verfahren gegen STEINMETZ gemäß § 57 StPO zur Vermeidung von Verzögerungen ausgeschieden und an den Untersuchungsrichter zur Durchführung der von Verteidiger und öffentlichem Ankläger beantragten Erhebungen rückgeleitet. Am 15.5.1948 erfolgte die Vollstreckung der Todesstrafe von BRAUN, WENINGER und WALLNER.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 1693/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1017

DÖW-Signatur: V42/1–32 (siehe auch V192)

DOPPELT VERFILMT ! (Siehe V192 auf FStN-Mikrofilm Nr. 1041 und 1042)

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 748/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Holocaust-Hauptverfahren vor dem Volksgericht Wien

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Ungarn, Tschechische Republik, Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz ABROMEIT,
Anton BURGER,
Adolf EICHMANN,
Halmar HANSY,
Otto HUNSCHKE,
Hermann KRUMEY,
Dr. Rudolf MILDNER
und 23 weitere Beschuldigte

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mitwirkung im Rahmen des RSHA bzw. des Stabes Eichmann an der "Endlösung der Judenfrage" und Mitschuld am organisierten Massenmord

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Franz ABROMEIT (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Anton BURGER (14. 9. 1948: Ausscheidung des Verfahrens bezüglich der der Zuständigkeit des österr. Volksgerichtes nicht unterfallenden Auslandstaten und Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO. 13.5.1965: Verfahrensausscheidung in das gegen BURGER anhängige Verfahren 30 Vr 6300/58.)

Franz CSERBA (13.5.1965: Verfahrenseinstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]. CSERBA wurde am 19.7.1946 in der CSR hingerichtet.)

Adolf EICHMANN (13.5.1965: Verfahrenseinstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Martin FRIEDRICH (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Ferdinand aus der FUENTEN (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Hans GÜNTHER (II) (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Rolf GÜNTHER (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Adolf HAAS (13.5.1965: Verfahrensausscheidung mangels Konnexität. HAAS steht im Verdacht, im KZ Bergen-Belsen Gewaltverbrechen begangen zu haben.)

Halmar HANSY (14. 9. 1948: Ausscheidung des Verfahrens wegen strafbarer Handlungen begangen im Ausland an Ausländern und Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO. 21.12.1948: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3/1, 3 und 4, 6 KVG gemäß § 57 StPO und Vereinigung mit Vg 6e Vr 6374/48, Auslieferungsverfahren gegen HANSY.)

Richard HARTENBERGER (24.11.1971: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)

N. HARTMANN (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Martin HEDENIG (HEDENICH, HEDENICK) (16.2.1965: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 134ff StG [§§ 211, 212 RStGB], begangen im Jahre 1944 als Lagerführer des Lagers Josca bei Debrecen,

gemäß § 57 StPO.)

Karl HROSINEK (24.11.1971: Verfahrenseinstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Otto HUNSCHKE (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Rudolf JAENISCH (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Theodor JANECECK (5.3.1962: Verfahrenseinstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

N. JUNGWIRTH (JUNGWIRT) (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Dr. Werner KNAPP (2.5.1947: Verfahrensausscheidung gemäß § 57 StPO und Abtretung an das LG Graz als dem Gericht der Betretung im Sinne des § 59 StPO.)

N. KRAUS (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Hermann KRUMEY (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Werner KRYSCHAK (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Otto(?) MAY (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Dr. Rudolf MILDNER (24.11.1971: Verfahrenseinstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

N. MILZL (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Ernst MOES (MAES, MEES) (24.5.1956: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Alfred RAHM (24.10.1961: Verfahrenseinstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Franz STUSCHKA (24.11.1971: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)

Wilhelm TRÖSTL (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

N. WÖRN (24.11.1971: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Akt enthält auch:

Einbezogener Akt Vg 6e Vr 3069/47, Verfahren gegen Anton BURGER wegen §§ 10, 11 VG.

Einbezogener Akt Vg 3c Vr 1780/48, Verfahren gegen U.T. wegen der Ermordung von 223 ungarischen Juden/Jüdinnen des Judenauffangslagers Persenbeug/Niederösterreich in der Nacht zum 3.5.1945.

Deutsches Untersuchungsmaterial der gerichtlichen Voruntersuchung [4/4a Js 586/56] gegen KRUMEY, HUNSCHKE und Eva FERCHOW wegen "Endlösung der Judenfrage" im Anschluss an den deutschen Einmarsch in Ungarn [19.3. 1944]. Mit Antrag der Oberstaatsanwaltschaft beim LG Frankfurt/Main vom 5.4.1961 wird die gerichtliche Voruntersuchung auf 9 weitere Personen, darunter Kurt BECHER, ausgedehnt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 748/55 (Vg 8e Vr 610/51, Vg 9 Vr 110/51, Vg 6d Vr 6669/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1017
DÖW-Signatur: V43/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 2822/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BECHER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Zugehörigkeit zur Österreichischen Legion, SS-Obersturmführer, Blutordensträger,
"Judenreferent" der Gestapo in Wien, Bereicherung an jüdischem Vermögen, Verschickung von
Juden/Jüdinnen nach Theresienstadt

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

17.10.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

29.4.1957: Widerruf der Fahndung gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 2822/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1017
DÖW-Signatur: V44/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1094/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gmünd)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ignaz BERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlung von ungarischen Juden/Jüdinnen in Gmünd und Umgebung (Niederösterreich) im Jänner
und Februar 1945

-----Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 7.3.1946 wurde BERGER zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1094/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1017
DÖW-Signatur: V45/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 744/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen (sowjetische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Julius FERSTL
Friedrich MACHO
Helmuth (Friedrich?) VOGT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung bzw. Ermordung eines russischen Arbeiters auf dem Tuttenhof bei Korneuburg
(Niederösterreich) im Herbst 1944

-----Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 30.11.1945 wurde FERSTL von der Anklage freigesprochen.

13.12.1957: Einstellung des Verfahrens gegen MACHO gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

19.3.1958: Einstellung des Verfahrens gegen VOGT gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 744/55 (Vg 2b Vr 1327/45): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1017+1018

DÖW-Signatur: V46/1–19

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 6402/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann SCHILLER
Kurt ENGELHARDT
Gustav KOCH
Michael RINGBAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

(Mitschuld an der) Ermordung von ungarischen Juden/Jüdinnen in Markt Allhau (Burgenland) im März 1945, Verbrechens gegen die Menschlichkeit

KOCH war des weiteren wegen Illegalität ("Altparteigenosse") und Verletzung der Menschenwürde in Loipersdorf (Burgenland) im März 1938 angeklagt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.6.1948 wurde ENGELHARDT zu 12 Jahren schweren Kerkers, KOCH zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt und RINGBAUER freigesprochen.

23.(?) 2.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen SCHILLER gemäß § 412 StPO.

Abgeurteilte Personen: 3 (Verurteilt: 2, Freigesprochen: 1)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 6402/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1018
DÖW-Signatur: V47/1–52

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 654/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ukraine (Drohobycz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich DENGG und 27 weitere Schutzpolizisten bzw. Beamte der
Gestapo oder Grenzpolizei in Ostgalizien

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Ermordung, Misshandlung und Beraubung von Juden/Jüdinnen in Drohobycz

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Dieses Verfahren stellt ein reines Ermittlungsverfahren dar, gegen keinen der Beschuldigten wurde
Anklage erhoben.

Friedrich DENGG (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der Auslandstaten.)

Julius EICHINGER (22.1.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Josef FLACHBERGER (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Josef GABRIEL (14.2.1956: Einstellung des Verfahrens bezüglich § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. 28.2.1956: Ausscheidung
des Verfahrens hinsichtlich der ihm zur Last gelegten Auslandstaten gemäß § 57 StPO.

Ausscheidung des Verfahrens hinsichtlich §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG.)

Heinrich GANN (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)

Johann GÖTZ (GETZ) (22.1.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Franz GSTALTNER (14.2.1956: Einstellung des Verfahrens bezüglich Faktums Beteiligung an der
Ausräumung eines Schuhgeschäftes in Wien XX. in der Nacht vom 15. zum 16.3.1938. Erklärung
gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der Auslandstaten.)

Josef HARTMANN (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der
Auslandstaten.)

Franz HECHT (22.1.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Franz HEITZINGER (3.11.1953: Ausscheidung des Verfahrens zu Vg 8e Vr 2121/53.)

Josef HERTEL (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der Auslandstaten.)

Josef HÖLLHUBER (13.11.1957: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].)

Rudolf HÖTZEL (HÖLZL) (19.7.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des
Beschuldigten].)

Leopold JAROS (JAROSCH) (3.1.1951: Ausscheidung des Verfahrens gemäß § 57 StPO.)

Karl KAPS (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft:
kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)

Franz KELLNER (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)

Adolf KLAMMERT (13.11.1957: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].)

Josef KOWARIK (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Felix LANDAU (20.1.1960: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. 2.7.1963: Einstellung des Verfahrens hinsichtlich seiner Beteiligung am Juliputsch in Wien gemäß § 1/2 NS-Amnestie 1957.)
Nikolaus MOGUR (MAGUR) (12.7.1948: Ausscheidung des Verfahrens gemäß § 54 StPO und Abtretung [zuständigkeitshalber] an das VG Graz [Klagenfurt] unter Bedachtnahme auf §§ 54, 59 StPO.)
Alois MÜLLER (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der Auslandstaten.)
Gregor NEUGEBAUER (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der Auslandstaten.)
Josef NÖHAMMER (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich der Auslandstaten.)
Josef PETER (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 57 StPO.)
Anton RUPP (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
Daniel RUPPRECHT (14.2.1956: Erklärung gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] bezüglich der Auslandstaten.)
Anton WERGINZ (13.11.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 654/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1018
DÖW-Signatur: V48/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3559/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Augustin BARTL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ermordung eines Schwerkriegsversehrten am 6.4.1945 in Grünbach am Schneeberg (Niederösterreich), weil dieser nicht im "Volkssturm" kämpfen wollte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.6.1947 wurde BARTL freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3559/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1018+1019

DÖW-Signatur: V49/1–40

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20a Vr 661/55

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

"Deutsch-Schützen-Prozess"

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Deutsch-Schützen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BUNDSCHUH
Wilhelm BUNDSCHUH
Franz DOBESBERGER
Alfred EHRLICH
Walter FEIGL (im Akt auch VEIGL genannt)
Fritz HAGENAUER
Johann KAINZ
Franz LANDAUER
(Verhandlung vor Volksgericht 1946)

sowie

Strafverfahren gegen: Alfred Bartholomäus WEBER
(Verhandlung vor Geschwornengericht 1956)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von rund 60, beim "Südostwallbau" eingesetzten, ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern in Deutsch-Schützen (Burgenland) im März 1945 sowie von zwei weiteren ungarischen Juden/Jüdinnen auf dem Evakuierungsmarsch nach Hartberg (Stmk.), Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 5.10.1946 wurde DOBESBERGER zu 3 Jahren, EHRLICH zu 2 Jahren, KAINZ zu 2 Jahren, FEIGL zu 1 1/2 Jahren und HAGENAUER zu 15 Monaten strengen Arrests verurteilt.

Bezüglich der Anklagepunkte §§ 134, 135/4, 5 StG, § 1 KVG (HAGENAUER, Karl und Wilhem BUNDSCHUH hatten sich bereits vor vollbrachter Tat zur Begrabung des späteren Opfers bereit erklärt) sprach das Volksgericht seine Unzuständigkeit aus und verwies das Verfahren an das ordentliche Gericht.

Alfred WEBER, dessen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt des ersten Prozesses noch unbekannt war, wurde am 22.6.1956 im Geschwornengerichtsverfahren freigesprochen.

Im Akt sind auch Unterlagen betreffend die Vorerhebungen gegen den HJ-Führer Franz LANDAUER (Enthaffung und Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 16.4.1946), den HJ-Führer Franz ALDRIAN (Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG am 20.7.1960 gemäß NS-Amnestie 1957) sowie den SS-Unterscharführer Alfred STORMS, dessen man nie habhaft wurde, enthalten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20a Vr 661/55 (Vg 8e Vr 661/55, Vg 2d Vr 2059/45):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1019

DÖW-Signatur: V50/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 1827/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien (Penzing)

Volksgerichtsverfahren gegen: N. CHRISTIANSEN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation (Christiansen wird im Akt als Ortsgruppenleiter der NSDAP bzw. Personalamtsleiter der Ortsgruppe Märzstraße, Wien XIV) des Kreises VII der NSDAP angeführt)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.1.1950: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

11.4.1957: Widerruf der Ausschreibung, Einstellung des Verfahrens gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 1827/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1019
DÖW-Signatur: V51/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2054/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Ottakring)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf JOSKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (bis 1938 Stellvertreter des Bezirkspropagandaleiters von Ottakring in Wien), "Alter Kämpfer",
Verletzung der Menschenwürde einer Jüdin im Jahre 1938 oder 1939 in Wien, Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 3.5.1948 wurde JOSKA zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2054/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1019
DÖW-Signatur: V52/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 190/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Oberwart)
"Verfahren Rechnitz II"

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Rechnitz, Oberwart)

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard NICKA
Josef PAAL
Johann PAAL
Josef GERTELITS
N. LEGART
Gottfried BRUNNER
Hans Joachim OLDENBURG
Franz PODEZIN
N. STRUTZ
Michael WEBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Ermordung von rund 180 beim "Südostwallbau" in Rechnitz (Burgenland) eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern;

NICKA des weiteren:

Brandlegung (Rathaus Oberwart), Illegalität ("Alter Kämpfer") und Funktion im NS-Regime (Kreisleiter von Oberwart)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 14.1.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen PODEZIN u. OLDENBURG gemäß § 412 StPO.
- 13.5.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Josef PAAL gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und Zurücklegung der Anzeige gegen GERTELITS gemäß § 90 StPO; Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann PAAL zu Vg 2f Vr 2832/45.
- 13.8.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen PODEZIN, STRUTZ, BRUNNER, OLDENBURG, WEBER und LEGART.
- 19.7.1948: Einstellung des Verfahrens gegen NICKA wegen §§ 134 StG, 166 StG (Inbrandsteckung des Oberwarter Rathauses) und §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 13.7.1948: Anklage gegen NICKA wegen §§ 10, 11 VG, 1/6 KVG.
- 1.10.1948: NICKA wegen §§ 10, 11 VG zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt, bezüglich § 1/6 KVG freigesprochen.

FStN-Mikrofilm Nr. 1019+1020

DÖW-Signatur: V53/1–56

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 2832/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

"Verfahren Rechnitz I"

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Rechnitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan BEIGELBEK (BEIGLBÖCK)

Ludwig GROLL

Josef MURALTER

Hildegard STADLER

Hermann SCHWARZ

Gottfried BRUNNER

Franz PODEZIN

Ludwig POKORNY

Dr. Wilhelm RÖDLING

Josef GERTELITS

Karl HEINDL

Eduard NICKA

Johann PAAL

Josef PAAL

Leopold TRAUNER

Michael WEBER

N. STRUTZ

N. MATTIASCHITZ

N. MERKLIN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von rund 180 beim "Südostwallbau" in Rechnitz (Burgenland) eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern am 28. März 1945 in Rechnitz

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen POKORNY gemäß § 57 StPO, da kein Zusammenhang mit den Rechnitzer Morden gegeben war.

5.12.1947: Einstellung der VU wegen §§ 1 KVG, 134 StG bzw. §§ 5, 134 StG gegen WEBER, HEINDL und RÖDLING gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

27.11.1947: Anklageschrift gegen BEIGLBÖCK, GROLL, MURALTER, STADLER und SCHWARZ.

10.12.1947: * Ausscheidung des Verfahrens gegen WEBER wegen § 4 KVG.

* Ausscheidung des Verfahrens gegen NICKA, PODEZIN, STRUTZ, BRUNNER, OLDENBURG, Johann und JOSEF PAAL sowie Josef GERTELITS.

* Ausscheidung des Verfahrens gegen HEINDL und TRAUNER.

* Einstellung der VU gegen MERKLIN und MATTIASCHITZ gemäß § 224 StG [Tod des

- Beschuldigten].
- 3.7.1948: Urteil gegen SCHWARZ und Johann PAAL (Freisprüche).
- 15.7.1948: Urteil gegen BEIGLBÖCK (Freispruch), GROLL (8 Jahre schwerer Kerker), MURALTER (5 Jahre) und STADLER (Freispruch).

Zusatzinformationen zum Akt

Der Akt LG Wien Vg 12 Vr 2832/45 enthält Auszüge aus den Verfahren (samt Urteilen) gegen Wilhelm RÖDLING (Vg 1e Vr 3262/46) sowie Hermann SCHWARZ und Johann PAAL (Vg 5b Vr 190/48)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 2832/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1020+1021

DÖW-Signatur: V54/1–130

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 398/51 (LG Wien Vg 12 Vr 1181/45, LG Wien Vg 2d Vr 2431/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär), Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Standgericht)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Sankt Pölten, Krems-Stein)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Viktor REINDL

Dr. Johann Karl STICH

Franz DOBRAVSKY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Standgericht in Sankt Pölten 13.4.1945; Illegalität; Handlungen als NS-Funktionär aus besonders verwerflicher Gesinnung

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.6.1948: Urteil: Reindl 5 Jahre, Stich 8 Jahre, Dobravsky 3 Jahre

(Schuldsprüche hinsichtlich Illegalität, hinsichtlich der Standgerichtsverhandlung in St. Pölten Teilfreisprüche); Dobravsky war nur wegen Illegalität angeklagt

Zusatzinformationen zum Akt

Akt enthält auch umfangreiches Material über Rolle Stichs beim Standgericht in Stein a. d. Donau 15. 4. 1945 sowie über seine Rolle als "Scharfmacher" beim LG Wien; diese Punkte sind aber nicht Gegenstand der Anklage!

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8 Vr 398/51: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1021
DÖW-Signatur: V55/1–30

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 572/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Auslieferungsverfahren (Tschechoslowakei)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Tschechische Republik (Mikulov)

Volksgerichtsverfahren gegen: Jens CHRISTIANSEN
Otto METELKA
Leopold POYSS
Josef SCHULZ
Anton BÖHM
Leopold DUDEK
Franz RIEDL (RIEDEL)
Theodor SIKORA
Anton SOGL
Franz WEBER
Christian WOLF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf:

Ermordung von 21 ungarischen Juden/Jüdinnen in Mikulov/Nikolsburg (damals Reichsgau Niederdonau) im April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 7.7.1949 wurde METELKA zu 3 1/2 Jahren, POYSS zu 2 Jahren und SCHULZ zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

6.(?)5. 1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen SIKORA, BÖHM, RIED(E)L und DUDEK zur Fortsetzung des Auslieferungsverfahrens.

6.9.1962: Zurücklegung der Anzeige gegen WOLF, CHRISTIANSEN und SOGL gemäß § 90 StPO.

11.8.1967: Einstellung des Verfahrens gegen WEBER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Zusatzinformationen zum Akt

Der Akt enthält Auslieferungsakten betreffend Anton BÖHM, (Vg 3d Vr 2383/48) und Leopold DUDEK (Vg 7a Vr 2769/48) sowie Akten des Sowjetischen Militärgerichtsverfahrens in Schwerin/Deutschland gegen Jens CHRISTIANSEN.

FStN-Mikrofilm Nr. 1021

DÖW-Signatur: V56/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 613/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Wiener Neudorf)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neudorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SCHWENGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen (in einigen Fällen mit Todesfolge) im Lager Wiener Neudorf (SCHWENGER war Kommandant der Bewachungsmannschaft)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.1.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 412 StPO.
(Fahndung erfolglos, daher nur UR-Akten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 613/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1021+1022

DÖW-Signatur: V57/1–13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4542/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien (Hütteldorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert DÖRFLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (Ortsgruppenleiter in Wien-Hütteldorf), Denunziation von jüdischen Nachbarn und von Berufskollegen (Polizisten)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.1.1947: Anklageerhebung

14.1.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4542/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V58/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2f Vr 2943/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess ("IKG-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BALABAN

wegen (§§): § 3 KVG

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Versetzung in einen qualvollen Zustand (als Mitarbeiter der Israelitischen Kultusgemeinde/"Auswanderungsabteilung" Wien)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

5.4.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2f Vr 2943/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V59/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 607/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: ZivilistInnen (polnische), Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen Auslieferungsverfahren

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef JESCHKO
Franz SETL
Friedrich VOLLHOFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Ermordung von jüdischen und polnischen Zwangsarbeitern auf diversen Baustellen der Deutschen Wehrmacht in Polen im Zeitraum Sommer 1942 bis Sommer 1944 (in Gorno, Malaszewitza, Gorchow bei Warschau), Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.3.1950: Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens gegen SETL.
(4.3.1950?)

Am 16.5.1950 wurde JESCHKO zu 4 Jahren schweren Kerkers und VOLLHOFER zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 23.9.1950 hob der Oberste Gerichtshof das Urteil hinsichtlich der Strafe auf, da durch dieses § 1/1 KVG und § 1/4 KVG zum Vorteil der Angeklagten unrichtig angewendet worden seien. Das Verfahren wurde zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das gleiche Volksgericht verwiesen.

Am 7.3.1951 wurden JESCHKO und VOLLHOFER zu je 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 607/50 (Vg 2c Vr 7332/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V60/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 4210/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Burgenland (Markt Allhau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ZIERMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität, SA-Sturmführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.1.1947 wurde ZIERMANN zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 4210/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V61/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 3062/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gendarmerie/Polizei/SD)

Opfer: Roma
Tatland (Tatort): Burgenland (Markt Allhau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst CHWOJKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), Registrierungsbruch, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von "Zigeunern" in seiner Funktion als Gendarmerierayonsinspektor (im Zuge der Verhaftung und Verschickung von "Zigeunern" in Konzentrationslager) in Markt Allhau (Burgenland)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.7.1947 wurde CHWOJKA zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt (das Volksgericht machte dabei vom außerordentlichen Milderungsrecht Gebrauch).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 3062/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V62/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 5797/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Oberschützen, Neustift an der Leitha)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans POLSTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (Oberschützen), seiner Funktion als Ortsgruppenleiter von Neustift a. d. L. (Burgenland) in den Jahren 1938 bis 1941, Verletzung der Menschlichkeit in Neustift a. d. L. (Beschimpfung von Dorfbewohnern gelegentlich der allgemeinen Sammlungen)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.11.1946 wurde POLSTER zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 5797/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V63/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3024/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Burgenland (Bad Tatzmannsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl NEUBAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ortsgruppenleiter von Bad Tatzmannsdorf (Burgenland) in den Jahren 1938 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.11.1946 wurde NEUBAUER zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3024/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V64/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1432/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ungarn (Sopron/Ödenburg, Kertváros/Wanndorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold WINTERER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern im Lager Wanndorf (Kertváros) bei Ödenburg in der Zeit von Dezember 1944 bis Februar 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.1.1946 wurde WINTERER zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde am 10.5.1946 vollstreckt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1432/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022

DÖW-Signatur: V65/1–9

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 1353/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ungarn (Ágfalva/Agendorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter LEITNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung eines beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiters in Agendorf bei Ödenburg (Ungarn), Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.11.1945 wurde LEITNER zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 1353/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V66/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1018/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ungarn (Köszeg/Güns)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ZEMLICKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Ermordung von beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern in Güns (Ungarn), Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 12.2.1946 wurde ZEMLICKA zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde am 22.5.1946 vollstreckt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1018/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022
DÖW-Signatur: V67/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1010/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ungarn (Köszeg/Güns)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann HÖLZL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von vier beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern in Güns (Ungarn), Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 31.10.1945 wurde HÖLZL zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde am 21.2.1946 vollstreckt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1010/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1022+1023

DÖW-Signatur: V68/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 169/51

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Burgenland (Riedlingsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton RÖSSLHUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbruch, seiner Funktion als Ortsgruppenleiter von Riedlingsdorf (Burgenland)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 22.6.1946 wurde RÖSSLHUBER zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 169/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V69/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 5201/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl ESCHLBÖCK
Franz LANGAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, "Arisierung" des Cafés "Bank" in Wiener Neustadt (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 19.3.1951: gegen ESCHLBÖCK wird Anklage wegen §§ 10, 11 VG erhoben (Illegalität, "Alter Kämpfer", SS-Obersturmführer)
(mit Beschluss vom 5.8.1952 wurde das Verfahren gemäß § 227 StPO eingestellt)
- 5.4.1951: Einstellung des Verfahrens gegen ESCHLBÖCK und LANGAUER wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 17.2.1956: Einstellung des Verfahrens gegen LANGAUER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 5201/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V70/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 1800/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Stadt Schlaining)

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan KAPPEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Altparteigenosse"), Denunziation, Registrierungsbruch, seiner Funktion als Ortsgruppenleiter von Stadt Schlaining

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 18.6.1947 wurde KAPPEL zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 1800/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V71/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 4297/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Burgenland (Welgersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz JOSEF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungsbruch (Welgersdorf/Burgenland)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 19.9.1947 wurde JOSEF zu 13 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 4297/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V72/1–32

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 3465/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Gmünd/NÖ)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gmünd)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans LUKAS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SA-Sturmbannführer, seiner Funktion als Kreisleiter von Gmünd/NÖ, Misshandlung von ungarischen Juden/Jüdinnen und einer weiteren Person in Gmünd, Verletzung der Menschenwürde von ungarischen Juden/Jüdinnen und anderen Personen in Gmünd

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.10.1948 wurde LUKAS zu 11 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Im Akt befindet sich ebenfalls eine Abschrift des Hauptverhandlungsprotokolls gegen Hans MATEJEK und Friedrich ALBRECHT vom 29.5.1947 (Vg 11d Vr 1598/45).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 3465/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V73/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 6973/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Stadt Schlaining)

Volksgerichtsverfahren gegen: Julius POSTMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Denunziation

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 7.12.1946 wurde POSTMANN zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 6973/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V74/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 6932/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Rechnitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef REHLING

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Denunziation, Illegalität, seiner Funktion als Ortsgruppenleiter von Rechnitz (Burgenland) im Jahre 1942

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 27.2.1947 wurde REHLING zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 6932/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023
DÖW-Signatur: V75/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 3568/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: ZivilistInnen, Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Burgenland (Tauchen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KURSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Denunziation von 22 Bergleuten des Werkes Tauchen im Burgenland (zwei der Denunzierten wurden zum Tode verurteilt), Misshandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen in seiner Aufsichtsgewalt als Steiger des Bergwerkes Tauchen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.4.1947 wurde KURSCH zu 20 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 3568/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1023+1024

DÖW-Signatur: V76/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 70/54

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Rechnitz-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Rechnitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Gottfried BRUNNER

LEGART

Hans Joachim OLDENBURG

Franz PODEZIN

STRUTZ (Ferdinand STRUZ)

WEBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern, Ermordung von rund 180 beim Südostwallbau in Rechnitz (Burgenland) eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern am 28. März 1945 in Rechnitz

- 17.12.1953: Einstellung des Verfahrens gegen BRUNNER wegen § 1(2), 3 und 4 KVG, 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 25.2.1959: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen PODEZIN gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 15.10.1962: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen WEBER, LEGART und STRUTZ (Ferdinand STRUZ) gemäß § 412 StPO.
- 21.9.1965: Einstellung des Verfahrens gegen OLDENBURG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 70/54 (Vg 5b Vr 5731/48): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1024
DÖW-Signatur: V77/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 785/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef BABONITS
Franz BURGMANN
Josef ETZENBERGER
Josef KOCH
Rudolf KOCH
Adolf MURNBERGER
Josef PAUSCHENWEIN
Josef PILLER
Josef REISMÜLLER
Anton SCHWEIGER
Rudolf SCHWEIGER
Anton STROBL
Andreas STRÜMPF
Josef STRÜMPF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde (begangen an NS-Gegnern am 10. April 1938 in Wiesen/Burgenland); Illegalität

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 4.3.1948: Einstellung der Voruntersuchung gegen MURNBERGER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 9.1.1948: Vorläufige Einstellung der VU gegen KOCH, J. STRÜMPF und PAUSCHENWEIN gemäß § 412 StPO.
- 29.12.1955: Einstellung des Verfahrens gegen PAUSCHENWEIN gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 5.1.1956: Einstellung des Verfahrens gegen KOCH gemäß § 224 StG sowie gegen J. STRÜMPF gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 785/55 (Vg 3c Vr 2210/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1024
DÖW-Signatur: V78/1–37

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 21/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Stein-Prozess), Denunziationsprozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems a. d. Donau, Stein a. d. Donau, Spitz a. d. Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BLASKO

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung am Massaker in der Strafanstalt Stein an der Donau/Niederösterreich (Ermordung von mehreren Gefangenen am 6.4. 1945), Misshandlung einer Person am 7.4. 1945 in Wolfenreith (Niederösterreich) unter Ausnützung seiner Gewalt als Volkssturmmann, Denunziation einer Person im April 1945 in Mühldorf bei Spitz an der Donau (Niederösterreich), Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Illegalität ("Altparteigenosse", Österreichische Legion), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 7.10.1955 wurde BLASKO zu 1 Jahr schwerem Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 21/55 (Vg 2c Vr 7041/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1024+1025

DÖW-Signatur: V79/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 160/50

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasie-Prozess

(Steinhof-Ermittlungsverfahren)

Opfer: Psychisch Kranke

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. ENGELHART
Dr. Otto HAMMINGER
Dr. Alfons HUBER
Dr. Alfred MAUCZKA
Dr. Richard KRYSPIN-EXNER
Dr. Hubert UMLAUF
Dr. WUNDERER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Sterilisierung (Wien, Am Steinhof), "Euthanasie"

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.5.1949: Zurücklegung der Anzeige wegen § 3 KVG gegen HUBNER, KRYSPIN-EXNER, UMLAUF und HAMMINGER gemäß § 90 StPO.

2.2.1950: Zurücklegung der Anzeige wegen § 101 StG gegen HUBNER, MAUCZKA, KRYSPIN-EXNER, WUNDERER, UMLAUF, ENGELHART und HAMMINGER gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 160/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1025
DÖW-Signatur: V80/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 6299/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasie-Prozess
(Steinhof-Ermittlungsverfahren)

Opfer: Psychisch Kranke
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Franz HOLZER
Dr. Alfred MAUCZKA (MAUCKA, MAUKA, MAUTSCHA)
Josef MORGENSTÄTTER
Dr. Julius NEUKIRCH
Dr. Otto PÖLZL
Dr. Hermann PRINZ
Dr. Hubert UMLAUF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
versuchter Euthanasie (Wien, Am Steinhof)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
28.11.1949: Zurücklegung der Anzeige wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 6299/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1025
DÖW-Signatur: V81/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 2365/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasie-Prozess

"1. Steinhof Prozess" ("Dr.-Illing-Prozess")

Opfer: Psychisch Kranke

Tatland (Tatort): Wien Euthanasie

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Ernst ILLING
Dr. Marianne TÜRK
Dr. Robert LINKE
Dr. Margarethe HÜBSCH
Dr. Erwin JEKELIUS
u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Wien (Am Steinhof/Spiegelgrund)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 9.11.1945: Zurücklegung der Anzeige gegen Dr. Margarethe HÜBSCH, Dr. JOCKL, Dr. GROSS, Dr. LOEFFLER (LÖFFLER), Dr. GÜNTHER, Dr. GRÖLL und Dr. NEUBAUER wegen § 134 StG sowie gegen Dr. Erwin JEKELIUS wegen §§ 1, 4 KVG, §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO.
- 17.12.1945: das Verfahren gegen Dr. Robert LINKE wegen § 134 wird StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Mit selbem Datum wurde das Verfahren gegen Dr. JEKELIUS wegen § 134 StG nach Antrag der Staatsanwaltschaft wiederaufgenommen. Am 13.2. 1957 wurde das Verfahren gegen Dr. JEKELIUS wegen §§ 1, 4 KVG, §§ 10, 11 VG schließlich gemäß § 224 StG eingestellt.
- 8.3.1946: Ausscheidung aller jener Anzeigen, welche sich auf die von den Beschuldigten verübten Tötungen erwachsener Pflinglinge der Anstalt "Am Steinhof" beziehen und Bildung eines neuen Aktes daraus.
- 11.2.1959: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Erna STORCH wegen § 3 KVG. Ausscheidung des Verfahrens wegen Misshandlung geisteskranker Kinder und Einbeziehung in das Verfahren Vg 12 Vr 5442/46 gemäß § 56 StPO.

Aktenvermerk:

Der Akt enthielt zum Zeitpunkt der Mikroverfilmung (Oktober 1994) nur den Band III des Gerichtsakts sowie die Aktenübersicht und den Antrags- und Verfügungsbogen für das gesamte Verfahren; die Bände I und II sind im Landesgericht für Strafsachen Wien in Verstoß geraten.

171 Bl. Abschriften aus diesem Verfahren (Erhebungsberichte, Beschuldigtenvernehmungen und Zeugeneinvernahmen) befinden sich als O.Nr. 12 im Verfahren Vg 12 Vr 5442/46 gegen Anna KATSCHENKA u. a.: DÖW-Akt V82/6-13, d. i. der nächste Akt auf diesem Mikrofilm.

Die Anklageschrift (15 St 9103/45) gegen Dr. Ernst ILLING, Dr. Marianne TÜRK und Dr. Margarethe

HÜBSCH sowie das nach viertägiger Verhandlung (Hv 1208/48) am 18. 7. 1946 gefällte Urteil befinden sich in Kopie im DÖW-Akt 4974:

Dr. ILLING – Todesurteil (§ 3 Abs. 2 KVG)

Dr. TÜRK – 10 Jahre schweren Kerkers (§ 3 Abs. 2 KVG)

Dr. HÜBSCH – Freispruch

Anmerkung 2002:

Die fehlenden Aktenteile sind im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Dr. Heinrich GROSS (LG Wien 23b Vr 12100/97) wieder aufgetaucht; der hier verfilmte Akt LG Wien Vg 1 Vr 2365/45 ist in das Verfahren 23b Vr 12100/97 einbezogen worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 2365/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1025
DÖW-Signatur: V82/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 5442/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasie-Prozess
"3. Steinhof Prozess" ("Katschenka-Prozess")

Opfer: Psychisch Kranke
Tatland (Tatort): Wien Euthanasie

Volksgerichtsverfahren gegen: Maria BOHLENRATH (BOHLRATH)
Hilde DWORSCHAK
Emilie GRAGOLJ (GRAJOLG, KRAGULJ)
Anna KATSCHENKA
Clara (Claire) KLEINSCHNITTGER
Erna STORCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Ermordung von Kindern ("Euthanasie) in der Anstalt "Am Steinhof-Spiegelgrund"
(Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Anklage wurde nur gegen KATSCHENKA erhoben (17.2.1948), welche am 9.4.1948 zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde. Am 16.1.1948 war das Verfahren gegen KATSCHENKA wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden, am 6.4.1951 wurde das Verfahren gegen KATSCHENKA wegen §§ 197, 199a StG ausgeschrieben.

- 22.2.1951 das Verfahren gegen DWORSCHAK wird gemäß § 57 StPO ausgeschrieben, um Verzögerungen und Erschwerungen zu vermeiden.
- 11.12.1959: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen KLEINSCHNITTGER, BOHLENRATH und GRAGOLJ gemäß § 412 StPO. Einbeziehung des Verfahrens gegen STORCH, welches aus dem Verfahren Vg 1g Vr 2365/45 (Dr. Illing u.a.) ausgeschrieben worden war. Laut Aktenvermerk 23.4.1951 war das Verfahren gegen STORCH im Verfahren Vg 1g Vr 2365/45 (Dr. ILLING) gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt worden.

(Verfahren gegen 6 Beschuldigte, alles Frauen; Abgeurteilte Personen: 1, Verurteilt: 1)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 5442/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1025+1026

DÖW-Signatur: V83/1–89

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 7189/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Bezug zur Euthanasie

"2. Steinhof Prozess" ("Dr.-Hackl-Prozess")

Opfer: Psychisch Kranke und andere in Anstalten Festgehaltene

Tatland (Tatort): Wien (Am Steinhof, Arbeitsanstalt für asoziale Frauen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Alfred HACKEL
Therese HORACEK
Marie KNOLLMÜLLER
Elfriede MERKL
Heinrich RAAB
Karl TEUFL
Josefine WIRZINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität bzw. Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde (Arbeitsanstalt für asoziale Frauen, Wien, Am Steinhof)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.10.1946 (1. Tag der Hauptverhandlung) wurde das Verfahren gegen WIRZINGER gemäß § 57 StPO ausgeschieden (WIRZINGER musste sich im Inquisitenspital einer Operation unterziehen). Am 31.10.1946 wurde HACKEL zu 20 Jahren, HORACEK zu 15 Jahren, MERKL zu 5 Jahren, RAAB zu 3 Jahren und TEUFL zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt. KNOLLMÜLLER wurde freigesprochen.

Am 2.12.1948 gab das Landesgericht Wien den Wiederaufnahmeanträgen von HACKEL, HORACEK, RAAB und TEUFL statt, das Verfahren trat in den Stand der Voruntersuchung zurück. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde HACKEL zu 6 Jahren und HORACEK zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt. MERKL, RAAB und TEUFL wurden freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 7189/48 (Vg 2b Vr 3999/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V84/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 1350/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf KLVACEK
Ernst LEHMANN
Josef LEHMANN
Franz PETFALSKY
Franz RILLE
Franz ZEILER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen in Wien-Döbling im Jahre 1938, Illegalität bzw. Registrierungs Betrugs

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

In diesem Verfahren wurde nur Anklage gegen Josef LEHMANN erhoben, und zwar am 4.6.1949 wegen §§ 8, 10 und 11 VG. Am 21.6.1950 erfolgte jedoch die Einstellung des Verfahrens gegen J. LEHMANN wegen § 8 VG, am 7.8.1950 die Einstellung des Verfahrens wegen § 10/Abs. 3 gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage). Am 27.6. 1952 wurde das Verfahren gegen J. LEHMANN wegen §§ 10, 11 VG endgültig gemäß § 227 StPO eingestellt.

Das Verfahren gegen ZEILER wegen § 3 KVG war am 28.1.1948 gemäß § 57/1 StPO ausgeschieden worden (Vg 1 Vr 1529/47). Am 20.6.1949 war das Verfahren gegen RILLE, Josef LEHMANN, Ernst LEHMANN, KLVACEK und PETFALSKY gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt und die Anzeige gegen ZEILER wegen §§ 8, 10, 11 VG und Ernst LEHMANN wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO zurückgelegt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 1350/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V85/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 972/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Kriegsgefangene, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz POSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

(Versuchte) Denunziation und Misshandlung von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern in Sankt Pölten (Niederösterreich), Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 9.4.1947 wurde POSCH zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 972/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026

DÖW-Signatur: V86/1–6

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4f Vr 3050/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien (Lokomotivfabrik Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann GRUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung ausländischer Arbeiter in der Lokomotivfabrik/LOFAG Floridsdorf (Wien)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 23.12.1946 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4f Vr 3050/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V87/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 5157/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Zivilverwaltung), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten, Rassing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz POSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer"), seiner Funktion als Kreisamtsleiter für Agrarpolitik in Sankt Pölten (Niederösterreich), Denunziation in Rassing (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 22.12.1949 wurde POSCH zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 5157/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V88/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3772/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Burgenland (Rust)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich KRAFT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde russischer Kriegsgefangener in Rust (Burgenland)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 10.2.1948 wurde KRAFT freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3772/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V89/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1386/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Arierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann POSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, missbräuchlicher Bereicherung im November 1938 in Wien, seiner Funktion als kommissarischer Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Färbergrund" im Zeitraum August 1938 bis April 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.12.1949 wurde POSCH zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1386/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V90/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 5330/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SS)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Raimund EHRENBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer")

----- -Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.12.1947 wurde EHRENBERGER zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

12.3.1953: Tilgung des Urteils

3.1.1957: Beschluss betreffend Rückerstattung des für verfallen erklärten Vermögens

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 5330/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V91/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 1598/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Kirchberg am Walde)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich ALBRECHT
Hans MATEJEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation in Kirchberg am Walde (Niederösterreich), MATEJEK des weiteren wegen Illegalität ("Alter Kämpfer") und seiner Funktion als Ortsgruppenleiter von Kirchberg am Walde von 1941 bis Kriegsende

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.5.1947 wurde MATEJEK zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt, ALBRECHT wurde freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11d Vr 1598/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V92/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1k Vr 1507/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann KAPPEL
Johann FREISLINGER (einbezogener Akt)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, KAPPEL des weiteren wegen Denunziation eines Kommunisten in Goberling (Burgenland) an die NSDAP-Ortsgruppe der Stadt Schlaining (Burgenland) und wegen Bespitzelung von Angehörigen der KP, FREISLINGER des weiteren wegen Denunziation in Altschlaining/Burgenland (die Anzeige hatte die Aufdeckung der KP-Zelle in der Stadt Schlaining zur Folge)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Gegen KAPPEL wurde am 25.11.1946 Anklage erhoben, gegen FREISLINGER am 17.9.1946. Die Hauptverhandlung gegen KAPPEL fand am 25.10.1947 statt, gegen FREISLINGER am 6.3.1947. Am 25.10.1947 wurde KAPPEL freigesprochen, FREISLINGER wurde am 6.3.1947 ebenfalls freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1k Vr 1507/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V93/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 4836/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Emma JELLINEK
Josef JELLINEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
"Arisierung" eines Zinshauses in Wien-Floridsdorf im November 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
5.3.1948: Zurücklegung der Anzeige gegen E. und J. JELLINEK gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 4836/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026

DÖW-Signatur: V94/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 2207/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz POSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen im Jahre 1938 in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

1.10.1948: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 2207/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026
DÖW-Signatur: V95/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 2448/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gerasdorf bei Wien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BACHINGER
Dr. Franz BERGER
Dr. Josef BIRINGER
Alois BREM
Leopoldine FRANK
Benedikt FÜRST
Josef PRISCHL
Franz RUF
Leopold RUF
Josef SCHABERL
Dr. Fritz SCHMIED
Josef SCHRAM
Johann TRIMMEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlungen von NS-Gegnern im Jahre 1938 in Gerasdorf bei Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
18.3.1949: Einstellung des Verfahrens gegen TRIMMEL gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
Gegen die übrigen Beschuldigten erfolgte die Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 2448/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1026+1027

DÖW-Signatur: V96/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 3022/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wasenbruck)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz POUZAR

Roland WALTENBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde von Mitgliedern der Heimwehr und der Vaterländischen Front im Frühjahr 1938 in Wasenbruck (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 4.11.1949: wurde POUZAR zu einem Jahr schweren Kerkers, WALTENBERGER zu 4 Monaten Kerker verurteilt.
- 11.7.1949: Einstellung des Verfahrens gegen POUZAR in Richtung §§ 3, 6 KVG und gegen WALTENBERGER in Richtung § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 7.6.1949: die Staatsanwaltschaft gibt hinsichtlich STEINGRUBER die Erklärung nach § 34/2 StPO [Auslieferung] ab.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 3022/48: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027

DÖW-Signatur: V97/1–2

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 474/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu Euthanasie

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Barbara UIBERRACK

wegen (§§): § 10/2 VG

Registrierungsbetrug

(Uiberrack war seit 1939 als Ärztin in der "Euthanasieanstalt" Am Steinhof tätig.)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

3.7.1948: Einstellung des Verfahrens über Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß den Übergangsbestimmungen I/II/3/2 NS-Gesetz 1947 (Straffreiheit bei Nachholung der Registrierung) und Erlass des BM für Justiz vom 8.3.1947 Z/10712/47.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 474/48: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V98/1–2

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 3132/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold STEURER

wegen (§§): §§ 8, 10/2 VG

Registrierungsbetrug

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.10.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 3132/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V99/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5383/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef SANDER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Gestapohäftlingen unter Ausnutzung seiner dienstliche Gewalt als Gestapobeamter in Sankt Pölten (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 20.7.1948 wurde SANDER zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5383/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V100/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 1121/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Puch, Thaya)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franziska HÖBINGER
Paula LISSY
Dr. Rudolf ZACH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Denunziation im Jahre 1938 in Puch und Thaya (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 3.3.1950 erfolgte der Freispruch von ZACH, HÖBINGER und LISSY.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 1121/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V101/1–26

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 i Vr 5167/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Hollabrunn), Arisierungsprozess,
Denunziationsprozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: ZivilistInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Hollabrunn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold SCHUSTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SA-Sturmbannführer, Kreisleiter von Hollabrunn in den Jahren 1938 bis 1945,
Denunziation in Hollabrunn (in einem Fall mit Todesfolge), Quälerei sowie Verletzung der
Menschenwürde in Hollabrunn (u.a. angedrohte Erschießung eines 15-jährigen im April 1945 in
Hollabrunn), missbräuchlicher Bereicherung im Jahre 1938 in Hollabrunn

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.11.1948 wurde SCHUSTER zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 i Vr 5167/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V102/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 3071/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (auch Nebenlager Lungitz)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich (Mauthausen, Lungitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf ZLESAK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Quälerei und Misshandlung (in mehreren Fällen mit Todesfolge) sowie Beteiligung an Morden (dabei handelte es sich um sog. Hinrichtungen, welche durch Erhängen von Häftlingen durchgeführt wurden) als Capo im KZ Mauthausen bzw. im Nebenlager Lungitz des KZ Mauthausen in den Jahren 1938 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.2.1948 wurde ZLESAK zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 3071/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V103/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 307/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938 (Fememord)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Neustift)

Volksgerichtsverfahren gegen: U.T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Fememord an Johann Weichselberger im Jahre 1937 in Neustift (Burgenland)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Die Anzeige gegen Johann ARNHOLD wegen Beteiligung an der Ermordung von WEICHSELBERGER wurde gemäß § 90 StPO am 16.10. 1950 zurückgelegt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 307/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027
DÖW-Signatur: V104/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 437/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton HARTGASSER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Gestapochef von Engerau, SS-Untersturmführer, Ermordung und Misshandlung von beim "Südostwallbau" in Engerau eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 18.5.1957: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen § 134 StG, welches von der Staatsanwaltschaft Augsburg (7 Js 490/52) übernommen worden ist. Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG gemäß §§ 12, Abs. 2, 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.
- 19.3.1962: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens hinsichtlich des Faktums Agnes Stipanitz (§§ 101, 98a StG) gemäß § 412 StPO. Zurücklegung der Anzeige im übrigen gemäß § 90 StPO.

Einbezogen: Deutsche Sonderakte der Staatsanwaltschaft Traunstein (Ks 7/54).

Das gegenständliche Verfahren war am 21.11.1951 aus dem Verfahren Vg 9 Vr 6790/46 (Gustav Terzer u.a., "4. Engerau-Prozess") ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 437/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

DÖW-Signatur: V105/1–15

(nicht verfilmt, da ident mit V28/1–19 auf FStN-Mikrofilm 1013)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Wien), Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans ARNHOLD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Hochverrat, Funktion im NS-Regime

SS-Sturmbannführer; Gaupropagandaleiter (wurde in dieser Eigenschaft 1940 zum politischen Leiter als Bereichsleiter ernannt); ab Oktober 1944 "Beauftragter für die Koordinierung der Aufgaben der Wehrmachtserkundungseinsatzstäbe und der Organisation Todt für die Planung des Südostwalles"; anfangs 1945 Verbindungsoffizier zwischen dem Reichsverteidigungskommissar Schirach und der Heeresgruppe Süd

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 9.3.1950: Wiederaufnahmeantrag der Staatsanwaltschaft wegen § 1/6 KVG (Kreisleiter des Kreises IX bzw. I in Wien) gemäß § 355 StPO, weil sich im Verfahren gegen Alfred WAIDMANN (Vg 1a Vr 10/50) neue Tatsachen und Beweismittel, aus welchen die Stellung ARNHOLDS als Kreisleiter herausgehe, ergeben haben.
- 15.5.1950: Anklageerhebung im Wiederaufnahmeverfahren gegen ARNHOLD
- 23.6.1950: Freispruch.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 252/50 (Vg 1a Vr 8/50): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

DÖW-Signatur: V106/1–17

(nicht verfilmt, da ident mit V31/1–11 auf FStN-Mikrofilm 1013)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter in Wien), Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred WAIDMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Hochverrat, Funktion im NS-Regime

WAIDMANN war ab März 1938 Kreisgeschäftsführer des Kreises IX (Wien), ab 1942 Kreisstabamtsleiter des Kreises IX (mit dem Rang eines Abschnittsleiters); mit November 1943 war er K-KL (Kreisleiter auf Kriegszeit) des Kreises VIII der NSDAP und ab Oktober 1944 Stellvertreter von Hans ARNHOLD beim Südostwallbau (im Februar 1945 übernahm WAIDMANN die Abschnittsleitung beim Südostwallbau)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.3.1950: Verurteilung zu 10 Jahren schweren Kerkers

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 10/50: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

DÖW-Signatur: V107/1–26

(nicht verfilmt, da ident mit V30/1–16 auf FStN-Mikrofilm 1013)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Kittsee), Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav TERZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrat; SA-Unterabschnittsleiter in Engerau (Bratislava-Petrzalka); Befehl zur Ermordung eines jüdischen Zwangsarbeiters im Winter 1944/45 in der Gegend Kittsee und Engerau

(Verurteilung zu 10 Jahren schweren Kerkers)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 9/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

DÖW-Signatur: V108/1–17
(nicht verfilmt, da ident mit V33/1–6 auf FStN-Mikrofilm 1013)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Bad Deutsch-Altenburg), Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BRODMANN
N. LECHNER
N. LICHTER
N. SCHILLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von ungarischen Juden/Jüdinnen beim Südostwallbau und zu Kriegsende in Engerau (Bratislava-Petrzalka) sowie auf dem Marsch von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.12.1954: Abbruch des Verfahrens gegen LECHNER, LICHTER und SCHILLER wegen § 3 KVG gemäß § 412 StPO, Einstellung des Verfahrens gegen BRODMANN wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 300/55 (Vg 8e Vr 207/53): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1027+1028

DÖW-Signatur: V109/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 98/53

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Bad Deutsch-Altenburg), Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav TERZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Faktenausscheidung aus Vg 2d Vr 6790/46 (Verfahren gegen Gustav TERZER u.a.) zu Engerau (Bratislava-Petrzalka) betreffend Bildung eines SA-Sonderkommandos anlässlich des Abtransports der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern aus Engerau und Erteilung von Schießbefehlen

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.5.1953: Beschluss auf Faktenausscheidung.

10.12.1953: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3 KVG, 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 98/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V110/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 136/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ARNHOLD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
"Arisierung" einer Wiener Villa

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

7.4.1951: Beschluss auf Ausscheidung des Verfahrens gemäß § 57 StPO.

3.11.1951: Einstellung der Voruntersuchung gegen ARNHOLD wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 136/51 (ausgeschieden aus Vg 9 Vr 6790/46,
Engerauer-Akten): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V111/1–2

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 152/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: ?
Tatland (Tatort): ?

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz NECHYBA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Denunziation

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

16.4.1951: LG Wien Vg 9 Vr 152/51 aus dem Verfahren Vg 9 Vr 6970/46 gegen Gustav TERZER u.a.
gemäß § 57 StPO ausgeschieden

29.6.1951: Aufhebung der Verfolgung von NECHYBA gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
(NECHYBA ist am 19.1.1950 verstorben.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 152/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V112/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 4378/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HAUSER
Ferdinand PECH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf:
Denunziation mit Todesfolge

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
25.7.1946: Zurücklegung der Anzeige gegen PECH gemäß § 90 StPO.
7.1.1948: HAUSER zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 4378/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V113/1–32

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 99/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)
("5. Engerau-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyigetfalu/Engerau), Niederösterreich (Bad Deutsch-Altenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich TRINKO

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität; Verbrechen gegen die Menschlichkeit; Mitschuld am Mord

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

TRINKO stand für ein am 29.3. 1945 in Engerau (Bratislava-Petrzalka) zur Ermordung nicht mehr marschfähiger Zwangsarbeiter aufgestelltes "Sonderkommando" Wache; Ermordung eines ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiters auf dem Evakuierungsmarsch von Engerau nach Deutsch-Altenburg sowie versuchten Mordes an bzw. Misshandlung und Kränkung der Menschenwürde von weiteren Häftlingen auf dem Evakuierungsmarsch

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.4.1954 wurde TRINKO zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 99/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V114/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 407/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangene (amerikanische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Waldegg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Franz HOLZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

unterlassener ärztlicher Hilfe an einem verletzten amerikanischen Piloten im August 1943 in Waldegg (Niederösterreich), Illegalität, Registrierungsbruch

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

22.5.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 407/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V115/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 8159/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Donaustadt/Essling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef RIEDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Verletzung der Menschenwürde jüdischer Bürger in Wien-Eßling im März 1938,
Registrierungsbetrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 25.9.1947 wurde RIEDL zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 8159/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V116/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 5536/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BRANDTNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Denunziation (Gestapospitzel) von kommunistischen Widerstandskämpfern (mit Todesfolge) in Sankt Pölten (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 22.12.1947 wurde BRANDTNER zu lebenslangem schweren Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 5536/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V117/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 2439/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Melk/"Quarz")

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Roggendorf bei Melk)

Volksgerichtsverfahren gegen: Edmund SCHÖDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von KZ-Häftlingen auf der Baustelle Quarzwerk bei Melk

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 29.7.1946 wurde SCHÖDL zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 2439/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V118/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 4953/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Höll)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert ZUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde von beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarisch-jüdischen
Zwangsarbeitern in Höll (Burgenland), Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.12.1946 wurde ZUBER zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 4953/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1028
DÖW-Signatur: V119/1–29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 1541/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Hollabrunn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef HARTMANN
Franz REISINGER
Friedrich SCHENK
Christine SCHRAUFFEK-TRÖGER
Leopold SCHUSTER
Dr. Josef WÜHL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verdachts der Mitschuld am Tod der im September 1939 in Hollabrunn festgenommenen Jüdin Laura Welser in der Haft ("Selbstmord durch Erhängen"); weiters Vorerhebungen gegen SCHUSTER wegen Illegalität, Denunziation und "Arisierung" (als Kreisleiter von Hollabrunn)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 2.6.1948: Einstellung der Voruntersuchung gegen REISINGER in Richtung § 1(6) KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 14.7.1948: * Einstellung des Verfahrens bzw. Zurücklegung der Anzeige gegen HARTMANN, REISINGER, SCHRAUFFEK-TRÖGER, SCHUSTER und Dr. WÜHL hinsichtlich des Faktums Laura Welser in Richtung § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung], in Richtung § 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige], und SCHENK in Richtung § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- * Zurücklegung der Anzeige gegen HARTMANN u. SCHRAUFFEK-TRÖGER in Richtung §§ 8, 10 VG gemäß § 90 StPO.
- * Ausscheidung und gesonderte Fortführung des Verfahrens gegen SCHUSTER und Dr. WÜHL auf staatsanwaltschaftlichen Antrag wegen Wegfall des verbindenden Faktums.
- * Ausscheidung und gesonderte Fortführung des Verfahrens gegen REISINGER und SCHENK wegen §§ 10, 11 VG, 6 KVG über staatsanwaltschaftl. Antrag wegen Wegfall des verbindenden Faktums.

FStN-Mikrofilm Nr. 1028+1029

DÖW-Signatur: V120/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 390/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager St. Valentin/Nibelungenwerk)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Edelhof bei Sankt Valentin)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand HUEMER
Mauritius KUTSCHERA
Franz ÖMER
Ludwig SPITZENBERGER
Karl WIESINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Teilnahme an der Ermordung von Häftlingen bei Schanzarbeiten des Nibelungenwerks St. Valentin-Edelhof unter Ausnützung ihrer dienstlichen Gewalt als Überwachungsorgane

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 10.4.1946: Einstellung des Verfahrens gegen WIESINGER gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 8.3.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen KUTSCHERA wegen §§ 3, 7 KVG.
- 2.3.1948: Einstellung der Voruntersuchung gegen SPITZENBERGER und ÖMER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 10.6.1955: Einstellung des Verfahrens gegen HUEMER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 390/55 (Vg 3b Vr 2160/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029
DÖW-Signatur: V121/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4492/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Wiederbetätigung

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Herzogenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl KOCANDA
Othmar SCHWAB
Gertrude SAUTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

NS-Wiederbetätigung (Wien, Herzogenburg) und Aufbau einer NS-Organisation, illegalen Besitzes von Militärmaterial (u.a. für die Sprengung des Stalindenkmals in Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 6.1.1948 wurde KOCANDA zu 5 Jahren schweren Kerkers, SCHWAB zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt. SAUTER wurde freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4492/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029
DÖW-Signatur: V122/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 4225/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef RIEDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von ausländischen Arbeitern bei der Fa. Brevillier & Urban in Neunkirchen
(Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.5.1948: Verfügung auf Einstellung der Voruntersuchung gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 4225/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029
DÖW-Signatur: V123/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 3430/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Horn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz Otto AMON

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Denunziation eines politischen Gegners im Jahre 1938 in Horn

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
23.7.1948: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 3430/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029
DÖW-Signatur: V124/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 3208/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Amstetten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz RUZICKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), Ermordung eines russischen Kriegsgefangenen (in seiner Funktion als DAF-Kreisobmann von Amstetten)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 5.11.1948 wurde RUZICKA zu 11 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 3208/48 (Vg 2a Vr 2161/45): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029
DÖW-Signatur: V125/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 430/51 (siehe auch Vg 9 Vr 268/52 = V126/1–25)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Außenlager St. Ägyd am Neuwalde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Ägyd am Neuwalde)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton PERSCHL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"); Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von ausländischen Häftlingen in St. Ägyd am Neuwalde (Niederösterreich), einem Außenlager des KZ Mauthausen; Registrierungsbetrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 27.11.1952 wurde PERSCHL zu 7 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 430/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029
DÖW-Signatur: V126/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 268/52 (siehe auch Vg 13 Vr 430/51 = V125/1–16)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Außenlager St. Ägyd am Neuwalde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Ägyd am Neuwalde)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton PERSCHL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Erschießung ("auf der Flucht") eines Capos in St. Ägyd am Neuwalde, einem Außenlager des KZ Mauthausen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.12.1953 wurde PERSCHL freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 268/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1029+1030

DÖW-Signatur: V127/1–94

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 781/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Hinterbrühl/Seegrotte)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Hinterbrühl bei Mödling)

Strafverfahren gegen: Franz DIEPLINGER und 16 weitere Beschuldigte

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von 50 oder 51 Häftlingen in der Nacht von 31.3. auf 1.4.1945 im Krankenlager des KZ-Hinterbrühl (Niederösterreich) vor der Überstellung ins KZ Mauthausen (Oberösterreich)

Beschuldigte und Verlauf des Verfahrens:

Johann BRUCKNER

(27.12.1956: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Hans BÜHNER

(19.10.1961: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Eduard CÜRTE

(10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochenes Verfahren.)

Franz DIEPLINGER

(24.2.1955: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)

Josef DORN

(10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochenes Verfahren.)

Josef FÖRSTER

(10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochenes Verfahren.)

Georg GÖSSL

(19.10.1961: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

Franz HOFFMANN

(7.4.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].)

Rudolf MARKASCH

(10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochenes Verfahren.)

Hans MÜLLER

(10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochenes Verfahren.)

Franz PAVELA

(24.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 7 KVG.)
Karl ROLL
(25.7.1969: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 134, 152 StG gemäß § 57 StPO.)
Karl SASKO
(24.9.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
N. SCHILLER
(31.10.1956: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 1 KVG und §§ 134ff StG gemäß § 57 StPO,
gemäß § 51 StPO an das LG Linz.)
Kurt SCHMUTZLER
(10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Beendigung des Verfahrens gemäß § 224 StG
[Tod des Beschuldigten]; SCHMUTZLER war am 29.10.1948 wegen NS-Kriegsverbrechen
hingerichtet worden.)
Hans STREITWIESER
(10.12.1971: Erklärung der Staatsanwaltschaft, dass zur weiteren Verfolgung kein Grund
gefunden wird.)
N. ZIEGLER
(Antrag der Staatsanwaltschaft vom 10.12.1971 auf weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochenes
Verfahren.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 781/55 (Vg 8c Vr 451/51): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1030
DÖW-Signatur: V128/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 856/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangene (amerikanische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Puchberg am Schneeberg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz LEHMANN
Johann SCHUSTER
Franz TRIEBL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung eines mit dem Fallschirm abgesprungenen und festgenommenen Piloten der US-Air-Force im Sommer 1944 in Puchberg am Schneeberg

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 4.2.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen LEHMANN wegen §§ 1, 7 KVG gemäß § 412 StPO sowie Einstellung des Verfahrens gegen SCHUSTER und TRIEBL in Richtung § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 12.3.1947: SCHUSTER wird zu 2 Jahren und TRIEBL zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 856/55 (Vg 1e Vr 2870/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1030
DÖW-Signatur: V129/1–38

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 183/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien (Landesgericht Wien I)

Volksgerichtsverfahren gegen: N. ALBRECHT
Franz BAYER
Franz MITTNER
Johann SCHUSTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen des Landesgerichtes Wien in den Jahren 1934 bis 1945 unter Ausnützung ihrer dienstlichen Gewalt als Justizwachebeamten, Verbrechens gegen die Menschlichkeit bzw. Illegalität

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.7.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen ALBRECHT gemäß § 412 StPO.
- 12.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen SCHUSTER wegen § 3 KVG zur Vermeidung von Verzögerungen und Erschwerungen.
- 18.10.1946: BAYER wird freigesprochen.
- 29.11.1946: MITTNER zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
- 16.6.1952: dem Wiederaufnahmeantrag von MITTNER wird stattgegeben und das Urteil bezüglich §§ 10, 11 VG, 8 StG und 7 KVG sowie Vermögensverfall aufgehoben (der Schuldspruch wegen § 4 KVG blieb unberührt).
- 16.2.1953: Im wiederaufgenommenen Verfahren wird MITTNER wegen § 4 KVG zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt (Neubemessung der Strafe).
- 22.7.1952: Einstellung des Verfahrens gegen MITTNER wegen §§ 10, 11 VG, 7 KVG und 8 StG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 183/52 (Vg 1a Vr 1194/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1030+1031

DÖW-Signatur: V130/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 7352/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Horn und Krems), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Horn, Krems/Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans Heinz DUM

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), SA-Sturmbannführer, Gauredner, Blutordensträger, NSDAP-Dienstauszeichnungen in Silber und Bronze, Kreisleiter der Kreise Horn (Niederösterreich) und Krems (Niederösterreich), Denunziation in Horn im Juli 1943

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 22.4.1948 wurde DUM zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Das gegenständliche Verfahren gegen Hans Heinz DUM, Elisabeth HEINZER und Leopold TAUBINGER war am 10.10.1946 aus dem Verfahren Vg 2e Vr 1105/45, Ferdinand APPEL u.a., ausgeschieden worden. Am 18.2.1948 wurde aus dem vorliegenden Verfahren das Verfahren gegen Leopold TAUBINGER wegen §§ 7 KVG, 11 VG gemäß § 57 StPO ausgeschieden. Das Verfahren gegen Elisabeth HEINZER wegen § 7 KVG wurde am 1.4.1957 gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957 eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7352/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1031
DÖW-Signatur: V131/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1105/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Hötzelsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand APPEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, seiner Tätigkeit als NS-Ortsgruppenleiter von Hötzelsdorf/NÖ

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.11.1946 wurde APPEL zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1105/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1031
DÖW-Signatur: V132/1–3

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4f Vr 3464/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Krems), Prozess wegen Endphase-
Verbrechen/Kriegsende 1945, Stein-Prozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems an der Donau, Stein an der Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton WILTHUM

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, seiner Tätigkeit als NS-Kreisleiter von Krems (Niederösterreich), Mitschuld am Massaker in der
Strafanstalt Stein (Niederösterreich) im April 1945

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.2.1946 wurde das Verfahren LG Wien Vg 4f Vr 3464/45 gegen WILTHUM wegen § 1 KVG, § 134
StG und § 11 VG gemäß § 224 StG eingestellt. (Am 14. [11.?]1.1946 hatte Wilthum Selbstmord durch
Erhängen verübt.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4f Vr 3464/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1031
DÖW-Signatur: V133/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3e Vr 1955/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen jüdischen Funktionär wegen Kollaboration

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Emil TUCHMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seiner Tätigkeit als Arzt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien in den Jahren 1938 bis 1945 (§ 3/2 KVG)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.1.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3e Vr 1955/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1031
DÖW-Signatur: V134/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5878/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Waidhofen/Thaya)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Waidhofen an der Thaya)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm HANISCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer"), Denunziation in Waidhofen an der Thaya im Jahre 1938, Verletzung der Menschenwürde im Jahre 1941 in Waidhofen/Thaya, seiner Tätigkeit als Kreisleiter von Waidhofen/Thaya

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 7.1.1949 wurde HANISCH zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5878/47 (Vg 4e Vr 3155/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1031
DÖW-Signatur: V135/1–41

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 54/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SD)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Dänemark, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf MILDNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, SS-Sturmbannführer, seiner leitenden Tätigkeit bei der Geheimen Staatspolizei

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
25.1.1965: Das Verfahren bleibt weiterhin gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8 Vr 54/55

Laut Vormerkungen der alliierten Zentralevidenz in Berlin (Auskunft der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich vom 12.9. 1949) war Mildner vom 1.8.1939 bis 7.9.1943 SS-Führer im SD-Hauptsicherheitsdienst in Dänemark, seit 1.7.1944 bei der Staatspolizeileitstelle Kattowitz und seit 1.7.1944 im RSHA in Berlin eingesetzt. Seit 1.12.1944 war Mildner Kommandeur der Sicherheitspolizei Wien und seit 1.6. 1944 Oberst der Polizei.

Der Akt enthält v.a. österreichische Polizeiakten aus den Jahren 1946 bis 1948 sowie Kopien des Ermittlungsaktes der Zentralen Stelle in Ludwigsburg (keine Anklageschrift, kein Urteil).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8 Vr 54/55 (Vg 8b Vr 425/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1031
DÖW-Signatur: V136/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4792/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl KIRCHWEGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlung ausländischer Arbeiter in der Lokomotivfabrik Wien-Floridsdorf

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 6.9.1946 wurde KIRCHWEGER zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4792/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1031+1032

DÖW-Signatur: V137/1–17

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 4408/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Moritz PORKERT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde ausländischer Arbeiter in der Lokomotivfabrik Floridsdorf (Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.9.1946 wurde PORKERT zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 4408/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V138/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 6267/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sulzbach an der Triesting)

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U.T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Massaker an (ungarischen) Juden/Jüdinnen im April 1945 in Sulzbach a. Triesting

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
16.1.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 6267/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V139/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 4266/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Oberpullendorf), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Oberpullendorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul KISS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, "Altparteigenosse", Kreisleiter von Oberpullendorf in den Jahren 1938 bis 1945, Denunziation in Oberpullendorf im Jahre 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 11.10.1948 wurde KISS zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 4266/45
(Rekonstruktionsakt)

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V140/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27a Vr 3182/62

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzgruppen/Einsatzkommandos)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Odessa, Simferopol)

Strafverfahren gegen: Karl JONAS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung an Massenexekutionen von Juden/Jüdinnen in Südrussland (u.a. in Odessa und Simferopol)

als Mitglied des Reservepolizeibataillons 9 der Einsatzgruppe D

2.8.1963: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 134, 5, 135/3 und 136 StG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27a Vr 3182/62

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V141/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2819/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SS)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto WINTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Funktion eines SS-Standartenführers (Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 8.11.1946 wurde WINTER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2819/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V142/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 166/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold KOUTNY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation (Gestapo-Konfident; Beteiligung an der Verhaftung verschiedener Widerstandsgruppen) in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

17.7.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

8.4.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 13 NS-Amnestie.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 166/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V143/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 5097/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter in Wien), Novemberprogramm 1938,
Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans DÖRFLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer", SS-Sturmbannführer, Dienstausszeichnung der NSDAP in Bronze, Kreisleiter des Kreises IV in Wien in den Jahren 1938 bis 1945, Anstiftung zur Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen im November 1938 in Wien ("Novemberprogramm"), Denunziation in Wien im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.10.1948 wurde DÖRFLER zu 11 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 5097/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V144/1–16

Benützungsbefchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8f Vr 3284/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Lilienfeld)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Pöggstall, Lilienfeld)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GERSTL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (SS-Hauptsturmführer in Pöggstall/NÖ), Tätigkeit als Kreisleiter von Lilienfeld

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 30.11.1948 wurde GERSTL zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8f Vr 3284/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V145/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 1783/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anna MÖNCH

wegen (§§): § nachtragen!

Denunziation

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Gestapo-Konfidentin in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
28.1.1949: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 1783/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V146/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 209/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Baden)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef HEITZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Untersturmführer, Denunziation von 10 Polizeibeamten in Baden bei Wien
(Der Akt enthält auch einige wenige Informationen zum Verhalten Heitzers beim "Novemberprogramm 1938")

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 1.9.1949: Zurücklegung der Anzeige gegen HEITZER wegen § 8 VG sowie der Denunziation des Georg KOCH und der Schädigung von Polizeibeamten im Jahre 1938 gemäß § 90 StPO.
Zurücklegung der Anzeige gegen Anton FREISINGER wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO.
12.6.1951: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Einbezogener Akt: LG Graz 11 Vr 6376/48 (Anton Freisinger und Josef Heitzer, § 7 KVG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 209/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1032
DÖW-Signatur: V147/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12h Vr 6308/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Gusen)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich (Sankt Georgen an der Gusen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois JOHANDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Ermordung von Häftlingen des KZ Gusen, Nebenlager des KZ Mauthausen, im Zeitraum Oktober 1944 bis Mai 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.4.1948 wurde JOHANDL zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12h Vr 6308/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1032+1033

DÖW-Signatur: V148/1–21

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12g V2 1096/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

(Schwester Restituta Prozess)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Mödling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopoldine PÜTZ

Lambert STUMFOHL

Max GÜLDNER

Josefine LIRSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Sr. Restituta (Helene Kafka), die deren Hinrichtung zur Folge hatte, im November 1941 in Mödling (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 22.4.1948: Einstellung der Voruntersuchung gegen PÜTZ wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] sowie Zurücklegung der Anzeige gegen GÜLDNER und LIRSCH gemäß § 90 StPO. (STUMFOHL wurde als einziger der Angeklagten vor Gericht gestellt.)
- 20.8.1948: Verurteilung wegen Denunziation, Illegalität sowie seiner Funktion als SS-Untersturmführer zu 5 Jahren schweren Kerkers. Das Verfahren wegen § 8 VG (Registrierungsbetrug) wurde am 20.8.1948 während der Hauptverhandlung ausgedient.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12g V2 1096/46: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1033
DÖW-Signatur: V149/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 4717/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter REICHART

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungs Betrugs, Misshandlung von zwei Juden/Jüdinnen unter Ausnutzung seiner Funktion als Zellenleiter der NSDAP im November 1938 in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.12.1946 wurde REICHART zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 4717/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1033
DÖW-Signatur: V150/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg i Vr 100/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WIMMER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, "Arisierung" des Kaffeehauses "Brillantgrund" in Wien-Neubau im Jahre 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 12.2.1946 wurde WIMMER zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg i Vr 100/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1033
DÖW-Signatur: V151/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 495/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Favoriten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois LARVA
Josef KOUTNY
Josef HEITZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von KPÖ-Mitgliedern der Aktionszelle in Wien-Favoriten, welche die Hinrichtung der meisten Widerstandskämpfer zur Folge hatte

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Einziges Angeklagtes dieses Verfahrens war Alois LARVA. Gegen Josef KOUTNY und Josef HEITZER waren Vg-Verfahren unter den Nummern Vg 8e Vr 166/55 bzw. Vg 8e Vr 209/51 anhängig. Am 9.7.1948 wurde LARVA freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 495/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1033
DÖW-Signatur: V152/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 26/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Halmar HANSY
Maria HANSY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
"Arisierung" einer Wohnungseinrichtung in Wien-Leopoldstadt

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

27.9. 1950: Zurücklegung der Anzeige gegen Maria HANSY wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO.
27.9.1950: Von der Verfolgung des Halmar HANSY wegen § 6 KVG wird im Hinblick auf das gegen ihn am 20.7.1950 wegen §§ 10, 11 VG gefällte Urteil [18 Monate schwerer Kerker] und dem weiter anhängigen Verfahren wegen § 3 KVG abgesehen.

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständlichen Verfahren war aus der gegen Halmar HANSY wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG und Maria HANSY wegen § 6 KVG geführten Strafsache ausgeschiedenen worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 26/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1033
DÖW-Signatur: V153/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 179/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen
(Oberlanzendorf-Prozess)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Oberlanzendorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Adam MILANOVICZ (MILANOVIC, MILANOWITZ)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines polnischen Häftlings im Herbst 1943 und Misshandlung eines weiteren Häftlings des
"Arbeitserziehungslagers" Oberlanzendorf bei Wien Verbrechens gegen die Menschlichkeit

-----*Verlauf des Gerichtsverfahrens*:

Das gegenständliche Verfahren war aus der Strafsache gegen Adam MILANOVICZ wegen §§ 1/2, 3/1 und
4 KVG (Vg 1a Vr 350/50) ausgeschieden worden.

Am 14.6.1954 wurde MILANOVICZ freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 179/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1033
DÖW-Signatur: V154/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 735/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems-Rohrendorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan HOCHGÖTZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines (vermutlich ungarischen) Juden sowie Misshandlung eines weiteren Juden in Rohrendorf bei Krems als Gruppenführer einer Kompanie des Volkssturmbataillons 125, Verbrechens gegen die Menschlichkeit

-----*Verlauf des Gerichtsverfahrens*:

Angeklagt waren HOCHGÖTZ und Johann DELI [Anklageschrift vom 2.6.1947 wegen Mitschuld am Mord sowie Misshandlung eines ukrainischen Arbeiters und Verbrechens gegen die Menschlichkeit], gegen DELI wurde aber über Antrag der Staatsanwaltschaft vom 2.10.1947 eine eigene Hauptverhandlung durchgeführt.

Am 20.11.1947 wurde HOCHGÖTZ zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 735/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1033+1034

DÖW-Signatur: V155/1–27

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 4574/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton BRUNNER ("Brunner II")

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seiner Tätigkeit als Sachbearbeiter für "Kommissionierungen" in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien (verantwortlich für die Deportation von rund 48.000 Österreichern nach Auschwitz, Riga, Minsk und Theresienstadt)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.5.1946 wurde BRUNNER zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde am 24.5.1946 vollstreckt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 4574/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1034
DÖW-Signatur: V156/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8f Vr 3843/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter, Kreisleitung Eisenstadt), Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef BERGHOFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Arisierung" einzelner Geschäfte in Eisenstadt (Burgenland), Registrierungs Betrugs
BERGHOFER war Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Eisenstadt sowie Wirtschaftsberater,
Schulungsredner und Kreishandwerksmeister in der Kreisleitung Eisenstadt

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

6.11.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein
Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8f Vr 3843/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1034
DÖW-Signatur: V157/1–61

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20a Vr 5494/56

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter Lilienfeld), Euthanasie-Prozess, Arisierungsprozess,
Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Psychisch Kranke, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Lilienfeld, Kleinzell, Hohenberg, Salzbad)

Strafverfahren gegen: Dr. Hans KRAINER
Dr. Walter ERNST
Ludwig UHL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von sechs kranken Insassen des Südtiroler Umsiedlerheims Salzerbad (Gemeindegebiet Kleinzell, Bezirk Lilienfeld) durch Morphiuminjektionen am 21.4.1945 in Hohenberg (Niederösterreich); UHL des weiteren wegen Illegalität, seiner Funktion als Kreisleiter von Lilienfeld (Niederösterreich) von April 1940 bis Dezember 1941 und ab Jänner 1944 bis Kriegsende sowie wegen "Arisierung" eines landwirtschaftlichen Gutes in Gegend Egg (Niederösterreich) im November 1939

8.5.1948: Die Einstellung des Verfahrens gegen W. ERNST wegen § 11 VG und §§ 5, 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] erfolgte nach Antrag der Staatsanwaltschaft.

11.5.1948: Abtretung des Verfahrens gegen W. ERNST wegen § 214 StG an das Kreisgericht Sankt Pölten.

5.3.1949: KRAINER zu 10 Jahren schweren Kerkers und UHL zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

15.10.1956: Urteil im Wiederaufnahmeverfahren UHL: 12 Jahre

Das Verfahren gegen UHL wegen "Arisierung" des landwirtschaftlichen Gutes war während der Hauptverhandlung am 4.3.1949 ausgeschieden worden.

Das Wiederaufnahmeverfahren gegen UHL wegen §§ 10, 11 VG und § 1/6 KVG, eingeleitet als Vg 8e Vr 54/54, wurde als Geschworenengerichtsverfahren unter der Nummer 20a Vr 5494/56 abgeschlossen: UHL wurde wegen §§ 10, 11 VG und § 1/6 KVG zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt (das Verfahren wegen §§ 134, 135 StG war mit Beschluss vom 30.7.1956 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20a Vr 5494/56 (Vg 1d Vr 5018/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1034+1035

DÖW-Signatur: V158/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1272/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto SCHLEIFFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen in den Jahren 1941 bis 1944 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Gruppenleiter im Referat II-2a (Marxismus und Kommunismus) der Gestapoleitstelle Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 31.3.1947 wurde SCHLEIFFER zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

15.1.1946: Einbeziehung des Aktes Vg 3b Vr 4210/45 gegen SCHLEIFFER wegen § 3/2 KVG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1272/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1035
DÖW-Signatur: V159/1–30

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2708/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu Arisierung

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich, Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Julius KAMPITSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Hochverrat

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Als Landesstatthalter von Niederösterreich Konspiration mit illegalen Nationalsozialisten und Vorbereitung der Machtergreifung durch die NSDAP), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.5.1946 wurde KAMPITSCH zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

26.4.1946: Antrag der Staatsanwaltschaft Wien auf Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 KVG ("Arisierung" der Pension "Elite", Wien I) gemäß § 57 StPO, um Verzögerungen des Verfahrens zu vermeiden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2708/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1035
DÖW-Signatur: V160/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 4488/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WEBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von und in- und ausländischen Arbeitern der Floridsdorfer Lokomotivfabrik (Wien),
Registrierungsbetrug

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.9.1948: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 4488/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1035
DÖW-Signatur: V161/1–43

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 573/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Simmering)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst CERNY
Karl KATZENBEISSER
Alois RAMMINGER
Richard TURINSKY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Otto KOBLICEK (provisorischer Betriebsobmann des Gaswerkes Simmering, Wien) am 6. April 1945, Verbrechens gegen die Menschlichkeit bzw. Illegalität

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung bzw. des Gerichtsverfahrens:

Die Anklageerhebung gegen Cerny, Katzenbeißer und Ramminger erfolgte am 24.4.1947, gegen Turinsky am 16.2.1948. Die Hauptverhandlung wurde für alle vier Angeklagten gemeinsam durchgeführt.

5.6.1948: Urteile: CERNY wurde zu 20 Jahren, KATZENBEISSER zu 15 Jahren, RAMMINGER zu 5 Jahren und TURINSKY zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Einbezogene Akten: Vg 7c Vr 820/46 (Alois Ramminger), Vg 4a Vr 3452/46 (Ernst Cerny) und Vg 4b Vr 277/47 (R. Turinsky).

Das Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 573/46 wird im Akt auch als Vg 12 Vr 5073/46 geführt!

© Copyright für die Beschreibung des LG Wien Vg 12 Vr 573/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1035
DÖW-Signatur: V162/1–9

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1283/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Georgen an der Leys)

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard LEBHARD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Auslieferung von drei russischen Kriegsgefangenen an die Waffen-SS sowie Mitwirkung an der Misshandlung von zwei dieser Kriegsgefangenen in St. Georgen an der Leys (Niederösterreich) am 16. April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.11.1945 wurde LEBHARD zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1283/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1035+1036

DÖW-Signatur: V163/1–35

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 1223/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Karl EBNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität sowie seiner Funktion als SS-Obersturmbannführer und stellvertretender Leiter der Gestapoleitstelle Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

6.10.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 5a KVG (Mitwirkung bei der Vertreibung der Wiener Juden/Jüdinnen) und wegen des "Faktums Schediwy" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Am 1.10.1948 trat die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung Dr. EBNERs wegen § 6 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] unter Vorbehalt späterer Verfolgung zurück.

11.12.1948: EBNER zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 1223/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1036
DÖW-Signatur: V164/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 8456/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Dachau-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Deutschland (KZ Dachau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef VOGGESBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen des KZ Dachau in seiner Funktion als Arbeitskommandoführer in den Jahren 1938 bis 1940 (in einigen Fällen mit Todesfolge)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.4.1948 wurde VOGGESBERGER zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde am 30.9.1948 vollstreckt.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12 Vr 8456/46

Achtung: Angeklagter in Findhilfsmitteln fälschlich auch Josef VOGGENHUBER bezeichnet!

FStN-Mikrofilm Nr. 1036
DÖW-Signatur: V165/1–30

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 3422/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen vor 1938, Arisierungsprozess, Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Meidling, Penzing), Niederösterreich (Wiener Neudorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hugo MEIXNER
(früher: Gustav RIEGER)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Hauptsturmführer, Anstiftung zum Sprengstoffanschlag auf das Juweliergeschäft Futterweit
in Wien-Meidling am 12. Juni 1933 (zwei Todesopfer)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.11.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG (Misshandlung und Verletzung der
Menschenwürde von ausländischen Arbeitern in seiner Funktion als
Werkssicherheitsleiter in den Flugmotorenwerken Ostmark, Wiener Neudorf) und § 6
KVG ("Arisierung" des Hietzinger Strandbades, Wien-Penzing) gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

9.12.1948: MEIXNER zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 3422/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1036
DÖW-Signatur: V166/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 1592/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz PAIHA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Denunziation von Mitgliedern der Widerstandsgruppe "Ostfrei" im Herbst 1938 bzw. Frühjahr 1939 in Wien (einer der Denunzierten wurde zum Tode verurteilt)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.11.1946 wurde PAIHA zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 1592/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1036+1037

DÖW-Signatur: V167/1–42

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 6374/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Sipo)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ungarn (Debrecen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Halmar HANSY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", SS-Obersturmführer, (Mitschuld an der) Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen in Debrecen und Umgebung (Ungarn) im Zeitraum April bis Juni 1944 in seiner Funktion als Stellvertreter des Chefs des örtlichen deutschen Sicherheitspolizeikommandos in Debrecen, Registrierungsbruch

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 8.12.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Halmar und Maria HANSY wegen § 6 KVG ("Arisierung" einer Wohnungseinrichtung in Wien-Leopoldstadt), welches unter Vg 6e Vr 26/50 weitergeführt und am 27.9.1950 eingestellt wurde. (Siehe auch DÖW-Sign. 152/1–7).
- 20.7.1950: HANSY wegen §§ 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Bezüglich §§ 8, 10 VG wurde er freigesprochen, das Verfahren wegen § 3/1 und 2 KVG, §§ 5 StG, 3/1 KVG und § 4 KVG war während der Hauptverhandlung am 20.7.1950 gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden.
- 22.12.1950: Hauptverhandlung wegen § 3/1 und 2 KVG, §§ 5 StG, 3/1 KVG und § 4 KVG: HANSY freigesprochen.

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 1h Vr 6374/48:

Das gegenständliche Verfahren wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG war aus dem Verfahren Vg 6d Vr 6669/46 gegen Hermann KRUMEY u.a. gemäß § 57 StPO ausgeschieden und mit dem Verfahren Vg 6e Vr 6374/48 gemäß § 59 StPO vereinigt worden.

Einbezogener Akt des Kreisgerichtes Leoben (Verfahren gegen HANSY wegen § 11 VG) in das Verfahren Vg 6d Vr 6669/46.

Ausgeschiedener Akt Vg 6d Vr 6669/46.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 6374/48: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1037
DÖW-Signatur: V168/1–43

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 305/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Oberlanzendorf-Prozess)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Adam MILANOVICZ (MILANOVIC, MILANOWITZ)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen des Arbeitserziehungslagers Oberlanzendorf (Niederösterreich) im Zeitraum Herbst 1942 bis April 1945 unter Ausnützung seiner dienstlichen Funktion als Unterscharführer der Waffen-SS und stellvertretender Wachkommandant, Ermordung von Häftlingen auf dem Evakuierungsmarsch von Oberlanzendorf nach Mauthausen (Oberösterreich) im April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.5.1950: Ausscheidung des gegenständlichen Verfahrens LG Wien Vg 1 Vr 305/50 gegen MILANOVICZ wegen §§ 1, 3/2 KVG und § 134 StG aus dem Verfahren Vg 3b Vr 4750/46 gegen Karl KÜNZEL u.a. (wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG) gemäß § 57 StPO.

14.5.1952: MILANOVICZ zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

9.6.1952: Ausscheidung des Verfahrens gegen MILANOVICZ wegen § 3 KVG (Misshandlung des Zeugen Diamant) und § 134 ff. StG (Ermordung des Bronislav Kubik). S. dazu auch DÖW-Sign. V153/1–13 (Vg 1 Vr 179/52).

Einbezogene Akten:

Vg 8b Vr 4660/46, A. MILANOVICZ (§ 134 StG, § 3 KVG)
Vg 11 Vr 517/50 (Volksgericht Linz)

FStN-Mikrofilm Nr. 1037
DÖW-Signatur: V169/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1725/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: ZivilistInnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Brigittenau), Niederösterreich (Sigmundsherberg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf WONDRAK
Johann OHNSORG
Alois GRUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von drei "Plünderern" am 6. bzw. 7.4.1945 am Nordwestbahnhof in Wien (WONDRAK; dieser hatte als Ausbilder der "Werkschaft", einem bewaffneten und militärisch organisierten Verband, dem die Sicherung der Bahnanlagen und der dort lagernden Güter oblag, am 6.4.1945 die Abriegelung des Nordwestbahnhofes übernommen, weil es auf demselben zu Plünderungen gekommen war); Ermordung eines Ostarbeiters im Wald nächst Sigmundsherberg/Niederösterreich am 20.4.1945 (WONDRAK und OHNSORG); Ermordung eines Ostarbeiters am Bahnhof Sigmundsherberg (2./3.5.1945; Wondrak); Illegalität (WONDRAK)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 20.3.1946: Antrag der Staatsanwaltschaft, das Verfahren gegen GRUBER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] einzustellen.
- 26.6.1946: WONDRAK wird zum Tode verurteilt (Vollstreckung des Todesurteils am 27.7. 1946), OHNSORG wird freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1725/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1037
DÖW-Signatur: V170/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 953/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems/Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard KÜHN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 5.1.1946 wurde KÜHN zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 953/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1037+1038

DÖW-Signatur: V171/1-59

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 720/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Jörn LANGE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Dr. Kurt HOREISCHY und Dr. Hans VOLLMAR sowie versuchten Mordes an Max SLAMA am 5.4.1945 im I. Chemischen Institut in Wien (Horeischy, Assistent des Institutes und Führer einer Gruppe der österr. Widerstandsbewegung, Vollmar, ebenfalls Institutsassistent, und Salma, Mitglied der Widerstandsbewegung, hatten Lange an der Zerstörung des Elektronenübermikroskopes hindern wollen); Beschädigung des Elektronenübermikroskopes und des Registrierphotometers
(Lange war damaliger vertretungsweiser Vorstand des I. Chem. Institutes).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.9.1945: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann LUKAS (Schlosser u. Oberoffizial im I. Chem. Institut) wegen § 85 StG (boshafte Sachbeschädigung; Unterstützung von LANGE) gemäß §§ 56, 57 StG, um Verzögerungen und Erschwerungen zu vermeiden und die Zuständigkeit des Volksgerichtshofes nicht in Anspruch zu nehmen.

15.9.1945: LANGE zum Tode verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 720/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1038
DÖW-Signatur: V172/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 2345/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl SILBERBAUER
(geb. 17.10.1903, Wien)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
SS-Zugehörigkeit (Motorsturm), Verdachts der Illegalität (Wien)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.3.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 2a Vr 2345/45

Die Voruntersuchung gegen SILBERBAUER wurde wegen § 3 KVG eingeleitet, im Beschluss der Ratskammer des LG Wien vom 27.2. 1946 wird festgehalten, dass keinerlei Feststellungen in Richtung des § 3 KVG im bisherigen Verfahren erfolgen konnten.

(Der Beschuldigte Karl Silberbauer ist NICHT identisch mit dem Gestapo-Beamten Karl Silberbauer, geb. 21.6.1911 in Wien, der an der Deportation der Familie von Anne Frank beteiligt war; siehe dazu den folgenden Akt V173/1–26, Vg-Verfahren Vg 8e Vr 288/52.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 2345/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1038
DÖW-Signatur: V173/1–26

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 288/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl SILBERBAUER
(geb. 21.6.1911, Wien)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen in den Jahren 1941 bis 1943 unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Kriminalbeamter der Gestapoleitstelle Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.7.1946: SILBERBAUER zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.
22.1.1954: SILBERBAUER im Wiederaufnahmeverfahren von der Anklage wegen § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde von Florian Sauer im Jahre 1943 in Wien) freigesprochen.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 288/52 (Vg 1h Vr 432/46):

Die Tätigkeit Karl Silberbauers in den Niederlanden (u.a. Mitwirkung an der Verhaftung und Deportation der Familie von Anne Frank) war nicht Gegenstand des Volksgerichtsverfahrens. Diesbezüglich wurden erst 1963/64, auf Initiative Simon Wiesenthals, staatsanwaltschaftliche Vorerhebungen durchgeführt, die niemals gerichtsanhängig gemacht wurden und mit einer Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO endeten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 288/52 (Vg 1h Vr 432/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1038
DÖW-Signatur: V174/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 1530/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Sankt Kathrein)

Volksgerichtsverfahren gegen: Laurenz STIPANITZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlung eines beim "Südostwallbau" eingesetzten Zwangsarbeiters im März 1945 in St. Kathrein

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
18.3.1946: STIPANITZ zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 1530/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1038
DÖW-Signatur: V175/1–15

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 5653/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (ungarische)
Tatland (Tatort): Burgenland (Höll)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig POKORNY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von beim
"Südostwallbau" in Höll/Burgenland eingesetzten Zwangsarbeitern unter Ausnützung seiner dienstlichen
Gewalt als Bauabschnittsleiter im Frühjahr 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.7.1947: Einstellung der Voruntersuchung wegen Verbrechen des Mordes sowie wegen
Bedrohung zurückflutender ungarischer Soldaten gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

23.9.1947: POKORNY zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 5653/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1038
DÖW-Signatur: V176/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 7552/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Lichtenwörth, Felixdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm VRTOCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Zwangsarbeitern (in vielen Fällen mit Todesfolge) im "Judenlager" Felixdorf ("Engelmühle") im Jänner und Februar 1945 unter Ausnützung seiner Gewalt als Lagerführer (VRTOCH war von 1944 bis 1945 Lagerführer der "Judenlager" Lichtenwörth und Felixdorf in Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.4. 1946: Anzeige gegen SCHEFZIK, VOSZ und VRTOCH

13.1.1948: VRTOCH zu 18 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

2.8.1957: Ausscheidung des Verfahrens gegen Matthias SCHEFZIK und Anton VOSZ wegen §§ 134ff StG gemäß § 57 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 7552/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1038+1039

DÖW-Signatur: V177/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 989/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Höll)

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf TRISKO

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer", Registrierungs Betrugs, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von beim "Südostwallbau" in Höll/Burgenland eingesetzten Zwangsarbeitern unter Ausnutzung seiner Gewalt als Hundertschaftsführer im Februar und März 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.6.1946 wurde TRISKO zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Der Gerichtsakt enthält des weiteren Vorerhebungen betreffend die Ermordung von zwei ungarischen Juden auf dem Marsch durch Höll; Beweise für die Beteiligung von TRISKO konnten jedoch nicht gefunden werden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 989/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1039
DÖW-Signatur: V178/1–43

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2150/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst PINTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Denunziation im April 1941, Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
7.8.1953: PINTER freigesprochen.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 2150/45:

Der Akt enthält umfangreiche Vorerhebungen gegen Friedrich MARESCH, gegen den das Verfahren unter der Gerichtszahl Vg 3c Vr 2150/45 wegen §§ 10, 11 VG (Illegalität, NSDAP-Organisationsleiter in der Ortsgruppe Eisenstadt) u. § 7 KVG eingeleitet worden war. Mit Beschluss vom 29.1.1948 wurde die Voruntersuchung auf § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung bei seiner Tätigkeit als kommissar. Leiter der Weinhandlung Szemere & Wärndorfer, Eisenstadt) ausgedehnt. Am 30.6.1949 erfolgte die Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung], am 22.8.1950 die Einstellung des Verfahrens bzw. Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Einbezogene Akten: Vg 8 Vr 1838/46, LG Linz (Ernst PINTER wegen §§ 8, 10/3 VG). Vg 7c Vr 3954/46 (Ernst PINTER wegen §§ 8, 10 VG. Der Akt war zuvor mit Beschluss vom 22.7.1947 dem LG Linz zu Vg 8 Vr 1838/46 abgetreten worden.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2150/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1039
DÖW-Signatur: V179/1–36

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 471/56
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige/HJ-/Volkssturmangehörige, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Stotzing, Sankt Margarethen, Loretto), Ungarn (Sopron/Ödenburg)

Strafverfahren gegen: Edmund BRAUNER
Johann PÖLLHUBER
Josef MÄRZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung des Gendarmeriehauptmanns Theodor Sielaff am 1.4.1945 zwischen Eisenstadt und Stotzing (Burgenland)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 5.1.1955: Die 2. Strafkammer des deutschen Landgerichtes Traunstein setzt die Beschuldigten wegen Fehlen hinreichenden Tatverdachts außer Verfolgung (Traunstein: Ks 7a-c/54).
25.11.1960: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 31 Vr 471/56 (Vg 9b Vr 1651/49/55):

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 14.6. 1949 aus dem Verfahren Vg 4c Vr 6007/47 (Pöllhuber, Brauner, Sperlich, März, U.T.) ausgeschieden worden.

Vereinigter Akt Vg 7 Vr 482/46 (Verfahren gegen Brauner wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 7 KVG).

Erhebungen betreffend Verhalten von BRAUNER, Leiter der Abschnitte Mitte und Ödenburg, beim "Südostwallbau" 1944/45.

Mit Beschluss vom 6.12.1955 aus Vg 3d Vr 1880/45 (K. GANGL, J. LIEGENFELD, J. KOLLER, J. WIMMER, F. SCHRANZENTHALER) ausgeschiedener Akt (BRAUNER, § 7 KVG).

Erhebungen betreffend die Ermordung von ca. 40 Juden/Jüdinnen im Meierhof in Sankt Margarethen/Burgenland (30.3.1945) sowie die Ermordung von rund 120 Juden/Jüdinnen am selben Tag auf dem Marsch von St. Margarethen nach Loretto/Burgenland

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 471/56 (Vg 9b Vr 1651/49/55): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1039+1040

DÖW-Signatur: V180/1–60

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1322/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess), Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Donnerskirchen, Purbach), Niederösterreich (Waidhofen an der Ybbs)

Volksgerichtsverfahren gegen: Nikolaus SCHORN

Johann ORTLIEB

Josef BAREINER

Josef LASKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

?????

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Quälerei und Misshandlung von beim "Südostwallbau" in Donnerskirchen (Burgenland) eingesetzten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern (rund 120, wegen Erkrankung an Flecktyphus im "Weidenstall" bei Purbach/Burgenland untergebrachte, ungarische Juden starben; dieses Faktums waren ORTLIEB, Oktober 1944 bis Februar 1945 Leiter des Unterabschnittes II Donnerskirchen, und SCHORN, November 1944 bis Jänner 1945 Baustreifenleiter im Unterabschnitt Donnerskirchen, angeklagt); Ermordung von drei ungarischen Juden durch Werfen in den Fluss Wulka/Burgenland (SCHORN); Einige weitere Punkte: Illegalität (SCHORN, ORTLIEB); versuchte Denunziation (SCHORN; Waidhofen/Ybbs, Niederösterreich), Denunziation (BAREINER u. SCHORN; Waidhofen/Ybbs); Vertreibung eines Ehepaares vom Claryhof, Waidhofen/Ybbs (SCHORN und BAREINER).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.12.1947: SCHORN zu 4 1/2 Jahren, ORTLIEB zu 2 Jahren schweren Kerkers und BAREINER zu 4 Monaten Kerker verurteilt.

11.5.1949: Das LG Wien gibt dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen SCHORN hinsichtlich der Fakten §§ 1, 3/2 und 4 KVG, § 134 StG statt. Das Urteil wurde hinsichtlich der Freisprüche von SCHORN aufgehoben, das Verfahren trat in das Stadium der Voruntersuchung zurück.

24.9. 1951: SCHORN zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1a Vr 1322/49 (Vg 4 Vr 3701/45):

* Einbezogener Akt Vg 3e Vr 4101/45: Verfahren gegen Josef BAREINER wegen §§ 3, 4, 5a KVG.

* Einbezogener Akt Vg 2a Vr 708/45: Verfahren gegen ORTLIEB, SCHORN und BAREINER wegen §§ 10, 11 VG, §§ 1, 3, 4, 5a KVG, § 134 StG.

* Vorerhebungen gegen Josef LASKA wegen § 134 StG und § 1(2) KVG (Ermordung eines ungarischen Juden/Jüdinnen durch Werfen in die Wulka) nach Antrag der Staatsanwaltschaft vom 13.11. 1950. Mit Beschluss vom 29.3.1952 wird das Verfahren gegen LASKA ausgedient.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1322/49 (Vg 4 Vr 3701/45): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1040
DÖW-Signatur: V181/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 4367/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Stegersbach, Strem)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BÖCHHEIMER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt sowie teils vollbrachter, teils versuchter Denunziation in Stegersbach (Burgenland) im Jahre 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.9.1947 wurde BÖCHHEIMER freigesprochen.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11d Vr 4367/46:

Vorerhebungen auch wegen BÖCHHEIMERS Tätigkeit als Einsatzleiter über die Baugewerbetreibenden des Abschnittes Fürstenfeld beim "Südostwallbau", und zwar u.a. wegen der Misshandlung von zwei in Strem beim "Südostwallbau" eingesetzten ungarischen Juden/Jüdinnen. Am 5.7.1947 wurde das Verfahren gegen Böchheimer wegen § 134 StG, §§ 1, 3 und 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

FStN-Mikrofilm Nr. 1040+1041

DÖW-Signatur: V182/1-77

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 455/51 (Vereinigt mit Vg 8e Vr 679/55, ursprüngliche Geschäftszahl: Vg 7a Vr 1265/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Gestapo-Prozess, Denunziationsprozess, Arisierungprozess ("Röhrling-Prozess")

Opfer: Widerstand/Opposition, Häftlinge, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten, Moosbierbaum), Wien (Liesing-Inzersdorf), Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann RÖHRLING
Adolf SWOBODA
Robert HUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Sonderaktion "Moosbierbaum" der Gestapo-Außenstelle Sankt Pölten (Verhaftungswelle vom 16.1.1945 gegen Mitglieder der Widerstandsgruppe Moosbierbaum): SWOBODA [V-Mann der Gestapo], RÖHRLING; Ermordung von 12 Angehörigen der Österreichischen Freiheitsbewegung (diese wurden nach Standgerichtsurteil vom 13.4.1945 in Sankt Pölten am selben Tag erschossen): RÖHRLING und SWOBODA;

"Arisierung" der Firma "Brüder Selinko", Mechanische Weberei Wien-Inzersdorf, im Jahre 1938 (SWOBODA, HUBER);

Misshandlung von Häftlingen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt in den Jahren 1938 bis 1945: SWOBODA (dieser war im Referat "Spionage, Sabotage, Umgang mit Kriegsgefangenen" der Gestapodienststelle Sankt Pölten tätig);

Denunziation in Eisenstadt im Jahre 1938 sowie Illegalität: RÖHRLING

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung bzw. des Gerichtsverfahrens:

- 1.8.1947: Getrennte Ausscheidung des Verfahrens gegen Peter BÖHM, Gustav PULKER wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG, gegen Rudolf HOLZWEBER, Johann KASPAR und Josef ZISTERER wegen §§ 3, 4 KVG sowie gegen Willibald TREMER wegen §§ 10, 11 VG, § 4 KVG. Ausscheidung und getrennte Weiterführung des Verfahrens gegen Friedrich SEYFRIED wegen §§ 1, 2, 3, 4 KVG, gegen Johann KALTNER wegen §§ 1, 3, 4 KVG, 134 StG, Josef SANDNER wegen §§ 1, 3, 4 KVG, gegen Georg FREYBERGER wegen §§ 3, 4 KVG und gegen Maximilian BITTERMANN wegen §§ 1, 3, 4 KVG. Einstellung des Verfahrens gegen Adolf SWOBODA wegen § 11 VG, § 1 KVG, gegen Josef ZISTERER und Gustav PULKER wegen § 1 KVG, gegen Willibald TREMER wegen §§ 1 KVG, 134 StG und gegen Peter BÖHM wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 19.12.1947: RÖHRLING (Hauptverhandlung wegen §§ 10, 11 VG, § 3 Abs. 1 und 2 KVG, § 7 Abs. 1 KVG, § 7 Abs. 3 KVG und 5 StG) zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
SWOBODA (Hauptverhandlung wegen § 7 Abs. 1 und 2 KVG) zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

- 17.12.1951: dem Wiederaufnahmeantrag von SWOBODA wird stattgegeben
10.6.1952: Einstellung des Verfahrens gegen SWOBODA wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
23.7.1952: Anklageerhebung wegen § 6 KVG gegen SWOBODA und HUBER.
31.7.1952: Verfahren gegen SWOBODA wegen § 6 KVG in den Fällen Klimt, Schreiber und Weiss
gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren
gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
28.4.1953: Einstellung des Verfahrens gegen SWOBODA und HUBER wegen § 6 KVG ("Arisierung"
der Firma "Brüder Selinko") gemäß § 227 StPO

Einbezogene Akten:

Mit Beschluss vom 14.5.1946 vereinigter Akt Vg 6d Vr 1566/46, Strafsache gegen RÖHRLING, W. TREMER,
J. KALTNER u.a.; wurde als Sammelakt "Gestapo Sankt Pölten" geführt.

Mit Beschluss vom 18.10.1946 vereinigter Akt Vg 7a Vr 1001/46, Strafsache gegen SWOBODA und Walter
EHART.

Vg 5d Vr 1315/48, Verfahren gegen SWOBODA und HUBER, "Arisierung" der Fa. "Brüder Selinko",
Mechanische Weberei Wien-Inzersdorf.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 455/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V183/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 630/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf WALTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Arisierung" und unbefugter Einschränkung der persönlichen Freiheit in Wien (WALTER sperrte im November 1938 ein jüdisches Ehepaar in ein Zimmer und beraubte es), Verletzung der Menschenwürde durch antisemitische Äußerung, Verbergung eines wegen eines Sprengstoffdeliktes verfolgten Illegalen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.10.1946 wurde WALTER zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 630/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V184/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 3456/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef STEIN
Franz FASCHING

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation (STEIN) und Verletzung der Menschenwürde (STEIN und FASCHING) in Eisenstadt (Burgenland) im Jahre 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 18.5.1948 wurden STEIN und FASCHING freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 3456/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V185/1–46

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 895/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich Ternitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BUCHNER
Franz GNEIST
Max HAFTNER
Hugo KALB
Josef MARKO
Georg PFALZER
Herbert PLEMATL
August SILBERSBERGER
Maria SIMEK
Alois STÜRZENBECHER
Walter WALLNER
Richard ZALLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von ausländischen Arbeitern des Stahlwerkes Schoeller-Bleckmann in Ternitz/NÖ unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Gewalt als Angehörige des Werkschutzes (1942-45)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 3.10.1947: Zurücklegung der Anzeige gegen BUCHNER, GNEIST, HAFTNER, SIMEK, STÜRZENBECHER und WALLNER gemäß § 90 StPO.
- 3.10.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen PLEMATL und KALB gemäß § 412 StPO. Nach Antrag der Staatsanwaltschaft vom 21.12. 1955 wurde die Voruntersuchung fortgesetzt.
- 4.3.1948: SILBERSBERGER zu 6 Monaten Kerker verurteilt, MARKO freigesprochen.
- 12.10. 1948: ZALLER zu 8 Monaten, PFALZER zu 4 Monaten Kerker verurteilt.
- 3.9.1956: Endgültige Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Einbezogenes Verfahren Vg 1a Vr 3571/45 gegen SILBERSBERGER wegen §§ 3, 4 KVG.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 895/55 (Vg 11 Vr 1827/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V186/1–27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2469/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter STEINER
Robert STIGLER (STIEGLER)
Walter MOITZI

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verhaftung einer Gruppe der Österr. Freiheitsbewegung am 7.4.1945 in Wolfenreith/Niederösterreich (STEINER, Kompagnieführer der Volkssturm-Alarmabteilung Krems, tötete dabei einen griechischen Arbeiter; STIGLER, Mitglied der Volkssturm-Alarmabteilung, quälte die Verhafteten durch Würgefesselung), Teilnahme an der Verfolgung der Widerstandskämpfer und Abgabe von Schüssen (MOITZI, dieser war ebenfalls Mitglied der Volkssturm-Alarmabteilung), Illegalität (STEINER)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.1.1947 wurde STEINER zu 20 Jahren schweren und verschärfen Kerkers, STIGLER zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. MOITZI wurde freigesprochen.

Einbezogener Akt Vg 6d Vr 701/46: Franz MOITZI wegen § 1/2 KVG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2469/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V187/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 7150/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U.T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Ermordung von jüdischen Zwangsarbeitern Ende April 1945 in Thenneberg (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
19.5.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 7150/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V188/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 350/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf WALTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" von Einrichtungsgegenständen und Schmuck im November 1938 in Wien-Leopoldstadt

17.11.1951: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 350/51

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V189/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 2255/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf WALTER
Maria WALTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Beschimpfung von französischen Zwangsarbeitern der Maschinenfabrik Walter (Wien-Favoriten) im Herbst 1944 (R. WALTER war technischer Leiter der Fabrik)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

12.10.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 2255/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V190/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 4176/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt), Ungarn (Sopron/Ödenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Engelbert MAYRHOFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, seiner Funktion als Bereitschaftsführer der Technischen Nothilfe (eingesetzt beim "Südostwallbau") in Eisenstadt (Burgenland) und Abschnittsführer beim "Südostwallbau" (Abschnitt Mitte Ödenburg/Sopron)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.12.1945: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 4176/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1041
DÖW-Signatur: V191/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 6007/47 (Fortsetzung des Verfahrens Vg 4c Vr 202/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Denunziationsprozess

Opfer:

Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige/HJ-/Volkssturmangehörige
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Edmund BRAUNER
Johann HAUKE
Josef MÄRZ
Johann PÖLLHUBER
Leopold SPERLICH
U.T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung des Gendarmeriehauptmanns Theodor SIELAFF am 1. April 1945 in der Gegend zwischen Eisenstadt und Stotzing (Burgenland)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.6.1949 erfolgte die Ausscheidung des Verfahrens gegen PÖLLHUBER, BRAUNER, MÄRZ und U.T. zwecks Vermeidung von Erschwerungen und Verzögerungen des Verfahrens. Das Verfahren gegen SPERLICH in Richtung Mitbeteiligung an der Ermordung von Sielaff wurde gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Die Anklage vom 1.6.1949 gegen SPERLICH lautete auf Denunziation von Sielaff in der Nacht von 31.3. auf 1.4.1945 in Eisenstadt. Am 14.10.1949 wurde SPERLICH freigesprochen.

Im Akt weiters enthalten:

- * Vorerhebungen gegen Heinrich KNOTH, Johann PÖLLHUBER und Dr. Emilian WEYMANN wegen Ermordung des Oberamtmannes Martin PRIELER am 1.12.1944 in Eisenstadt. Am 26.7.1947 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- * Vorerhebungen gegen KNOTH, PÖLLHUBER und Johann HAUKE wegen missbräuchlicher Bereicherung in Eisenstadt im Jahre 1942. Einstellung des Verfahrens gegen KNOTH (26.7.1947) und HAUKE (20.9.1948) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Das Verfahren gegen PÖLLHUBER wegen § 6 KVG wurde am 14.6.1949 ausgedient.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 6007/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1041+1042

DÖW-Signatur: V192/1–34

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 748/55 (Vg 9 Vr 110/51, (Vg 8e Vr 610/51, Vg 6d Vr 6669/46)

DOPPELT VERFILMT ! (siehe V42 auf FStN-Mikrofilm Nr. 1017)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Holocaust-Hauptverfahren vor dem Volksgericht Wien

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Deutschland

Strafverfahren gegen: Franz ABROMEIT (24.5.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Anton BURGER (14. 9. 1948: Ausscheidung des Verfahrens bezüglich der der Zuständigkeit des österr. Volksgerichtes nicht unterfallenden Auslandstaten und Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO. 13.5.1965: Ausscheidung des Verfahrens, Einbeziehung in 30 Vr 6300/58 [Verfahren gegen BURGER].)
Franz CSERBA (13.5.1965: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]. CSERBA wurde am 19.7.1946 in der CSR hingerichtet.)
Adolf EICHMANN (13.5.1965: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
Martin FRIEDRICH (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Ferdinand von der FUENTEN (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Hans GÜNTHER (II) (24.5.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Rolf GÜNTHER (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Adolf HAAS (13.5.1965: Ausscheidung des Verfahrens mangels Konnexität. HAAS steht im Verdacht, im KZ Bergen-Belsen Gewaltverbrechen begangen zu haben.)
Halmar HANSY (14. 9. 1948: Ausscheidung des Verfahrens wegen strafbarer Handlungen begangen im Ausland an Ausländern und Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO. 21.12.1948: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3/1, 3 und 4, 6 KVG gemäß § 57 StPO und Vereinigung mit Vg 6e Vr 6374/48 [Auslieferungsverfahren HANSY] gemäß § 59 StPO.)
Richard HARTENBERGER (24.11.1971: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)
N. HARTMANN (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
Martin HEDENIG (HEDENICH, HEDENICK) (16.2.1965: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 134ff. StG [§§ 211, 212 RStGB], begangen im Jahr 1944 als Lagerführer des Lagers Josca bei Debrecen, gemäß § 57 StPO.)
Karl Rudolf HROSINEK (24.11.1971: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
Otto HUNSCHE (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens

gemäß § 412 StPO.)
 Rudolf JAENISCH (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Theodor JANECEK (5.3.1962: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
 N. JUNGWIRTH (JUNGWIRT) (24.5.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Dr. Werner KNAPP (2.5.1947: Ausscheidung des Verfahrens nach Antrag der Staatsanwaltschaft und Abtretung an das LG Graz als dem Gericht der Betretung im Sinne des § 59 StPO.)
 N. KRAUS (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Hermann KRUMEY (24.5.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Werner KRYSCHAK (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Otto (?) MAY (24.5.1965: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Dr. Rudolf MILDNER (24.11.1971: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
 N. MILZL (Nach Antrag der Staatsanwaltschaft vom 22.1.1948 Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Ernst MOES (MAES, MEES) (24.5.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 Karl RAHM (24.10.1961: Beendigung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
 Franz STUSCHKA (24.11.1971: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)
 Wilhelm TRÖSTL (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)
 N. WOERN (24.11.1971: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

ihrer Mitwirkung im Rahmen des RSHA bzw. des Stabes Eichmann an der "Endlösung der Judenfrage" u. Mitschuld am organisierten Massenmord

Einbezogene Akten:

- * Vg 6e Vr 3069/47, Verfahren gegen Anton BURGER wegen §§ 10, 11 VG.
- * Vg 3c Vr 1780/48, Verfahren gegen U.T. wegen der Ermordung von 223 ungarischen Juden/Jüdinnen des Judenauffanglagers Persenbeug/Niederösterreich in der Nacht zum 3.5.1945.
- * Untersuchungsmaterial der gerichtlichen Voruntersuchung (Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main 4/4a Js 586/56) gegen KRUMEY, HUNSCHKE und Eva FERCHOW wegen "Endlösung der Judenfrage" im Anschluss an den deutschen Einmarsch in Ungarn (19.3.1944). Mit Antrag der Oberstaatsanwaltschaft beim LG Frankfurt/Main vom 5.4.1961 wird die gerichtliche Voruntersuchung auf 9 weitere Personen, darunter Kurt BECHER, ausgedehnt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 748/55: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1042+1043+1044+1045+1046

DÖW-Signatur: V193/1-284

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 2729/63

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Ungarn, Deutschland

Strafverfahren gegen: Franz NOVAK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Tätigkeit im Referat IV B 4 (RSHA) und im Rahmen des "Sondereinsatzkommandos Eichmann" in den Jahren 1942-1944 in Berlin, Wien, Budapest, Kistarcsa und anderen Orten Europas

Mord durch Organisierung des Transportes von Juden/Jüdinnen aus verschiedenen Teilen Europas und deren Übergabe zum Zwecke der Behandlung im Sinne der "Endlösung der Judenfrage" an die Organe von Konzentrationslagern in den vom Deut. Reich besetzten Ostgebieten [v. a. Auschwitz].

Vorsätzliche Veranlassung von Angehörigen der Ordnungspolizei, durch Sicherung und Begleitung der Transporte bis zu den Konzentrationslagern unmittelbar an der Vollziehung der Morde auf eine tätige Weise mitzuwirken.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.2.1963: Einstellung der Voruntersuchung gegen Novak gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]/2 StPO, da kein Beweis erbracht wurde, dass er persönlich einen Juden/Jüdinnen getötet habe. Am 5.4.1963 hebt das OLG Wien nach Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom 6.3.1963 (Antrag auf Aufhebung des angefochtenen Beschlusses, da Novak auch als unmittelbar auf tätige Weise Mitwirkender nach § 136 StG hafte) den Beschluss auf.

18.4.1963: Ratskammer (LG Wien) weist StA-Anträge auf Ergänzung der VU ab.

30.6.1964: Anklageerhebung.

13.11.1964: Ratskammer lehnt den Beitritt der IKG Wien als Privatbeteiligte ab (Ansuchen der IKG vom 11.11.1964).

1. Hauptverhandlung: 16.11.-17.12.1964 (21 Tage), Urteil (17.12.1964): 8 Jahre schwerer Kerker

25.1.1965: Berufung der StA; 12.2.1965: Nichtigkeitsbeschwerde von Novak.

15.12.1965: OGH gibt der Nichtigkeitsbeschwerde Folge.

2. Hauptverhandlung: 29.6.1966-6.10.1966 (7 Tage); Urteil (6.10.1966): Freispruch (Anerkennung auf Anspruch auf Entschädigung für die U-Haft)

23.12.1966: Nichtigkeitsbeschwerde der StA.

Am 14.2.1968 gibt der OGH der Nichtigkeitsbeschwerde Folge.

3. Hauptverhandlung: 2.12.1969-18.12.1969 (9 Tage, 6. Tag: Sachverständiger Dr. Wolfgang Scheffler); Urteil (18.12.1969): 9 Jahre schwerer Kerker

18.6.1970: Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung von Novak;

1.7.1970: Berufung der Staatsanwaltschaft Wien.

Am 8.3.1971 gibt der OGH der von der Generalprokuratur gemäß § 33 StPO erhobenen Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes Folge (ohne Eingehen auf Nichtigkeitsbeschwerde des Angekl. und Berufung der StA).

4. Hauptverhandlung: 20.3.1972-13.4.1972 (15 Tage); Urteil (13.4.1972): 7 Jahre schwerer Kerker

16.5.1972: Nichtigkeitsbeschwerde v. Novak;

25.5.1972: Berufung d. StA.

22.12.1972 (OGH): Verwerfung der Nichtigkeitsbeschwerde. Den Berufungen wird keine Folge gegeben.

18.10.1974: Bedingte Begnadigung durch den Bundespräs.;

18.1.1978: Endgültige Strafnachsicht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 20 Vr 2729/63:

* Beiakt 2bc Vr 8360/66: Henry Adler (brit. Staatsbürger) wegen § 10 Staatsschutzgesetz (Verdacht des beabsichtigten Attentats auf Novak). 24.11.1966: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

* Wiedereinbezogener Akt 27e Vr 5147/67 (war zunächst mit Beschluss vom 4.8.1964 ausgeschieden worden): Verfahren gegen Franz Novak wegen §§ 134, 5 StG, 135/3, 136 StG (betreffend Internierungslager Sárvár, Ungarn)

* Einbezogener Akt 27 Vr 8287/66: Verfahren gegen Franz Novak wegen §§ 134, 135/3 StG (betreffend "Endlösung der Judenfrage" in Ungarn), mit Beschluss vom 28.12.1971 einbezogen).

Weiteres, im Akt enthaltene, umfangreiches Dokumentenmaterial (Auszug):

* Von Dr. Langbein am 16.3.1961 beigebrachte Photos (110 St.), zeigend Selektionen im KZ Auschwitz sowie Kopien des unveröffentlichten Teils der Aufzeichnungen von Rudolf Höß vom 12.4.1947.

* Abschriften/Kopien aus Verfahren 4a Js 586/56, anhängig beim LG Frankfurt/Main gegen Hermann Krumeu u. Otto Hunsche (Zeugenaussagen, u.a. von der Israel. Polizei, Untersuchungsstelle für NS-Gewaltverbrechen; Anklageschrift vom 8.3.1963).

* Photokopien aus Wiedergutmachungsakten des LG Stuttgart.

* Betreffend Adolf Eichmann: Kopie der Anklage gegen Eichmann (Jerusalem, 21.2.1960); von Staatsanwaltschaft übermittelte Dokumente aus Eichmann-Verfahren (vom österr. Prozess-Beobachter beigebracht; Zeugenaussagen, Erklärungen, Beweismaterial, schriftliche Berichte); Protokolle der 1.-6. Sitzung vor dem Obersten Gericht des Staates Israel im Berufungsverf. gegen Eichmann (22.-29.3.1962) sowie Urteil vom 29.5.1962 (Bestätigung des Todesurteils); Kopien von Dokumentenmaterial der Israel. Polizei, Untersuchungsstelle für NS-Verbrechen, etc.

* Schwurgerichtsanklage (27.2.1962) und HV-Protokoll (18.-27.6.1962) aus Verfahren gegen Otto Hunsche, anhängig beim LG Frankfurt/Main (4 Js 67/62).

* Aus Akt 8 Ks 1/71 des LG Düsseldorf beigebrachte Kopien von Dokumenten (Zeugenvernehmungen, Beweismaterial).

* Gutachten von Dr. Wolfgang Scheffler: "Zum Problem des sogenannten Befehlsnotstandes"

* Mikrofilm-Kopien von Beweismaterial, das sich in Form von Originalen u. Kopien im Historischen Archiv des Internat. Suchdienstes des Roten Kreuzes befindet.

* Unterlagen der Zentralen Stelle Ludwigsburg betreffend SS-Untersturmführer Friedrich Martin; Unterlagen des Berlin Document Center.

* Kopien von Originaldokumenten (aus NS-Zeit) des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, Bonn.

FStN-Mikrofilm Nr. 1046
DÖW-Signatur: V194/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 549/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich KZ-Mauthausen-Prozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf MÜCK
(Vermögensverfallsverfahren)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Mit Urteil vom 7.12.1950 wurde das Vermögen von MÜCK für verfallen erklärt.

Eine Verurteilung wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG durch das Volksgericht Wien erfolgte nicht, da MÜCK mit Urteil des Obersten Militärgerichts der amerikanischen Besatzungsmacht in Dachau vom 24.10.1947 wegen Grausamkeiten begangen an Insassen des KZ Mauthausen zu 25 Jahren verurteilt worden war (die Strafe wurde später vom amerikanischen Modification Board auf 15 Jahre herabgesetzt). Am 13.5.1954 ist MÜCK aus dem amerikanischen Kriegsverbrechergefängnis Landsberg/ Lech auf Parole entlassen worden.
7.9.1955: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 1, 3, 4, 6 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].

Folgende Delikte wurden MÜCK zur Last gelegt: Illegalität, SS-Zugehörigkeit, Teilnahme an Hinrichtungen sowie Misshandlung von Insassen des KZ Mauthausen, Bereicherung an Eigentumswerten in seiner Funktion als Beschäftigter der Gefangenenverwaltungsverwaltung im KZ Mauthausen. MÜCK gehörte dem SS-Kommandanturstab im KZ Mauthausen an.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 549/55
(Vg 6d Vr 5666/47)
Objektives Verfahren

FStN-Mikrofilm Nr. 1046
DÖW-Signatur: V195/1-54

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 735/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Widerstand/Opposition, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien, Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef FORSTER
Johann KAISER
August LUDWIG
Adolf WEILHAMMER
Stefan HANZAL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von ArbeiterInnen der Kabel- und Drahtwerke AG (KADAG) in Wien-Meidling (FORSTER, KAISER, LUDWIG und HANZAL; Angehörige der "Werkschar", eines sog. Stoßtrupps zur Niederhaltung der politischen Gegner der Nazi), Misshandlung von beim Südostwallbau in Parndorf (Burgenland) eingesetzten französischen Zivilarbeitern (WEILHAMMER), Verletzung der Menschenwürde des Portiers der KADAG in Wien-Meidling (FORSTER)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.1.1946 wurde WEILHAMMER zu 3 Jahren, FORSTER zu 2 Jahren, KAISER zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt und LUDWIG von der Anklage freigesprochen. HANZAL wurde am 8.11.1949 zu 5 Monaten schweren Kerkers (ohne Vermögensverfall) verurteilt.

13.7.1949: Beschluss auf Einbeziehung des gegen Franz HOFBAUER und Stefan HANZAL wegen § 7 KVG geführten Verfahrens Vg 8e Vr 445/49 gemäß § 56 StPO.

Weiters Vorerhebungen gegen:

Marie BLAHA (20.9.1945: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung])
Franz CHIBA (27.12.1956: Einstellung gemäß § 224 StG bezüglich §§10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG)
Franz HOFBAUER (13.7.1949: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich §§ 10, 11 VG, § 7 KVG)
Karl HOLLER (15.11.1945: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Otto JERGIUS (20.9.1945: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung])
Alois LISKA (27.12.1956: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG)
Karl LISKA (27.12.1956: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG)
Josef PROHASKA (20.9.1945: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung])
Karl RIHA (20.9.1945: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein

Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung])

Karl SCHUBERT (20.9.1945: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der FStN-Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung])

Franziska WACHTER (27.12.1956: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung court required Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 735/55 g der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG)

Karl WESTPHALEN (27.12.1956: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG)

Gustav WURZ (27.12.1956: Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von ArbeiterInnen der Kabel- und Drahtwerke AG (KADAG) in Wien-Meidling

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 735/55

(Vg 8e Vr 1899/49)

(Vg 1b Vr 573/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1046
DÖW-Signatur: V196/1–14

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 2731/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich Justiz

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich RUSSEGGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrats, Verletzung der Menschenwürde unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Senatsvorsitzender des 7. Senates (Senat für politische Strafsachen) des Oberlandesgerichtes Wien in Krems (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.4.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich § 101 StG, § 3 KVG.

Am 4.6.1947 wurde Russegger zu 18 Monaten verurteilt, das Urteil jedoch mit Beschluss des OGH vom 13.3.1948 aufgehoben und an das gleiche Volksgericht zur neuen Verhandlung zurückgewiesen. In der zweiten Hauptverhandlung wurde Russegger am 21.5.1948 freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 2731/48 (Vg 1e Vr 3360/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1046+1047

DÖW-Signatur: V197/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 152/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: ZivilistInnen, Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Friedrich SMUTNY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrats, Denunziation seiner Hausgehilfin sowie einer weiteren Person in Wien, Beleidigung der Menschenwürde unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Betriebsobmann und Betriebsführer der ELIN-Werke in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.1.1947 wurde Smutny zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt, das Urteil mit Beschluss des OGH vom 20.11.1948 bezügl. § 4 KVG (Faktum Josef Knapp) jedoch aufgehoben und an das gleiche Volksgericht zur neuerlichen Verhandlung verwiesen (in den übrigen Punkten blieb das Urteil unberührt). In der zweiten Hauptverhandlung wurde Smutny am 23.4.1949 bezüglich § 4 KVG freigesprochen. Die Strafe wurde in Abänderung des Urteils vom 24.1.1947 auf 5 Jahre schwerer Kerker festgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 152/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V198/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 277/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig WETCHY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

empfindlicher Misshandlung von Insassen des KZ Mauthausen (in mehreren Fällen mit Todesfolge) im Zeitraum Mai 1944 bis April 1945 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als SS-Hauptscharführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.4.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Zurücklegung der Anzeige wegen § 171 StG (Abnahme von Schmuckstücken) gemäß § 90 StPO.
Am 31.5.1946 wurde WETCHNY wegen § 3/2 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 277/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V199/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1m Vr 4120/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann (Franz) SCHUSTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Verletzung der Menschenwürde des Justizwacheoberkontrollors Jakob Deutsch (dieser galt den damaligen Rassegesetzen zufolge als "Mischling") und versuchter Denunziation in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.11.1946 wurde SCHUSTER zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1m Vr 4120/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V200/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 5358/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Mühlviertler Hasenjagd)

Opfer:

Kriegsgefangene (sowjetische)

Tatland (Tatort): Oberösterreich (Aisting)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz JÄGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines aus dem KZ Mauthausen geflüchteten sowjetischen Kriegsgefangenen am 2. Februar 1945 in Aisting (Oberösterreich)
("Mühlviertler Hasenjagd")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 18.9.1948 wurde JÄGER zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 5358/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V201/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 2129/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wenzel WALDBACH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
"Arisierung", Plünderung eines Ledergeschäftes sowie Denunziation in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 21.3.1949 gemäß § 57 StPO aus dem beim Linzer Volksgericht gegen Waldbach anhängigen Verfahren Vg 11 Vr 5896/46 ausgeschieden worden.

Das beim Volksgericht Linz gegen WALDBACH wegen § 3 KVG, §§ 8, 10, 11 VG (Illegalität, Zugehörigkeit zur Wachmannschaft des KZ Mauthausen als SS-Unterscharführer des SS-Totensturmbannes Mauthausen Nr. 16) anhängige Verfahren Vg 11 Vr 5896/46 wurde mit Beschluss vom 15.3.1949 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Am 7.10.1950 erfolgte die Einstellung des gegenständlichen Verfahrens wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 2129/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V202/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5e Vr 3810/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Lublin-Prozess (Kriegsgefangenenlager), KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Häftlinge, Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Oberösterreich, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz THALLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von KZ-Häftlingen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als SS-Rottenführer im KZ Mauthausen und beim Kommandostab der Waffen-SS des Kriegsgefangenenlagers Lublin I (Polen)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.3.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß 109 StPO; Zurücklegung der Anzeige wegen § 1 KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5e Vr 3810/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V203/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 7889/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz SCHUSTER
(geb. 23.1.1909)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungs Betrugs (Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.3.1947 gab die Staatsanwaltschaft die Erklärung ab, dass zur weiteren Verfolgung des Verfahrens wegen § 3 KVG kein Grund gefunden wird (§ 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]).

Am 19.5.1947 wurde SCHUSTER zu 1 Jahr schwerem Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 7889/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V204/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 7099/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich KZ-Mauthausen-Prozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BERNHARD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlung von Häftlingen im KZ Mauthausen (BERNHARD war als SS-Oberscharführer der
Bewachungsmannschaft im KZ Mauthausen zugeteilt)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
3.3.1949: Zurücklegung der Anzeige wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 7099/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V205/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 89/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig HANREITER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Hochverrats, Registrierungs Betrugs (Wien)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 23.9.1946: Ausscheidung des Strafverfahrens bezüglich § 7/D Wahlgesetz und Abtretung an den hg. Untersuchungsrichter, allgemeine Abteilung.
6.7.1948: Einstellung des Strafverfahrens wegen §§ 8, 10 VG über Rücktritt des öffentlichen Anklägers gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 89/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V206/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 708/56
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich

Strafverfahren gegen: Dr. Ladislaus CONRAD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrats, SS-Untersturmführer, Ermordung von politischen Häftlingen des KZ Mauthausen in den Jahren 1942 und 1943 durch Verabreichung von Benzininjektionen (CONRAD war Lagerarzt des KZ Mauthausen in den Jahren 1942 und 1943)

16.12.1971: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 708/56

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V207/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 2156/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Simmering/Saurer-Werke)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann GÄRTNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung bzw. Befehlerteilung zur Misshandlung sowie Erschießung von Häftlingen des KZ Saurer-Werke (Außenkommando des KZ Mauthausen in Wien-Simmering) auf dem Evakuierungsmarsch von Wien nach Steyr (Oberösterreich) am 2. April 1945 (GÄRTNER war Kommandant des KZ und Leiter des Evakuierungstransportes)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

28.12.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 2156/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V208/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 2134/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz THALLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungs Betrugs (Mistelbach/Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
2.5.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/3 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 2134/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1047
DÖW-Signatur: V209/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 821/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Wiener Neudorf)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: BRUCKMEIER
Franz DOPPELREITER
SCHULZ (SCHULZE)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen im Lager Wiener Neudorf/Niederösterreich (Nebenlager des KZ Mauthausen) und im KZ Mauthausen (zum Teil mit Todesfolge) in den Jahren 1943 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.8.1946 wurde DOPPELREITER zum Tod durch den Strang verurteilt. Am 13.4. 1949 wurde das Strafausmaß im Wiederaufnahmeverf. auf lebenslänglich herabgesetzt.

6.5.1958: Einstellung des wegen §§ 3, 4 KVG gegen SCHULZ und BRUCKMEIER (BRUCKMAYER) geführten Strafverfahrens gemäß § 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 821/55
(Vg 1 Vr 4209/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1047+1048

DÖW-Signatur: V210/1–29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 3117/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Burgenland (Sankt Margarethen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul ARTNER
Ignaz BEER
Johann ERHARDT
Rosa KUMMER
Karl UNGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

vollbrachter bzw. versuchter Denunziation in St. Margarethen (Burgenland), UNGER des weiteren wegen Hochverrats und Misshandlung in St. Margarethen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.12.1947: Ausscheidung des gegen UNGER, BEER, ERHARDT u. ARTNER wegen § 7 KVG geführten Verfahrens.

UNGER wird wegen §§ 10, 11 VG zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt, KUMMER von der Anklage freigesprochen.

Zusatzinformationen zum Akt

Einbezogener Akt Vg 3e Vr 4577/45 (Verfahren gegen ARTNER, BEER, ERHARDT und UNGER wegen § 7 KVG, UNGER des weiteren wegen § 134 StG [Ermordung von sechs Juden/Jüdinnen im Meierhof in St. Margarethen zu Kriegsende]).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 3117/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1048+1049

DÖW-Signatur: V211/1–63

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27 e Vr 1665/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Wiener Neudorf)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Strafverfahren gegen: Hermann BROMBY (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Ewald BRUNINGHAUS (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Otto BRUNS (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Hans BÜHNER (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Paul DEISTLER (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Rudolf DENK (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Franz DOPPELREITER (17.7.1967: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO)
Ernst DURA (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Emil EULER (10.3.1964: Einstell. gemäß § 224 StG)
Heinrich FITSCHOK (17.7.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Anton GLEBA (Dominik KLEBER) (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Paul GÖBEL (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Max GRUTZI (17.7.1967: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO)
Heinz HAHLWEG (HEHLWEG) (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Nikolaus HARASZIN (17. 7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Alois HÖLLRIEGEL (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Richard HÜLSEN (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Michael JAIT (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Wilhelm KALDUN (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Kaspar KLIMOWITSCH (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Nikolaus KOSS (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Stefan KRAUSS (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Johann KRÖNER (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Alfred KUHNERT (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Rudolf LAMM (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Karl LEHNERT (11.11.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Josef LUKAN (11.11.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Karl MATIAS (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Josef MAYER (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Otto MESTER (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Josef NIEDERMAYER (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Fritz NITSCHKE (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Eugen Hermann NOKY (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Dr. Richard PLAETTIG (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Theophil PRIEBEL (17.7.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Kurt REIN (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Josef ROSICKI (4.7.1967: Erklärung der Staatsanwaltschaft, dass kein Antrag auf

Wiederaufn. des am 2.4.1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellten Verfahren gestellt wird)
Kurt SCHMUTZLER (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Nikolai SCHODKA (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Otto SCHRADER (10.3.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Michael SCHUH (27.4.1973: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO)
Ludwig STIER (10.3.1964: Einst. gemäß § 224 StG)
Fritz STINDL (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Georg STRECKER (17.7.1967: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO)
Ernst TROESTER (11.11.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Hermann Josef TUMSKE (11.11.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Rudolf ULLMANN (11.11.1964: Einstellung gemäß § 224 StG)
Ulrich VORABERGER (17.7.1967: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO)
Willy WILHEIMSEN (WILHELIMSEN) (17.7.1967: Vorläufige Einstell. gemäß § 412 StPO)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, begangen im Lager Wiener Neudorf (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27 e Vr 1665/64: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1049+1050+1051

DÖW-Signatur: V212/1–172

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 3625/75 (LG Linz Vr 485/64)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Mauthausen-Prozess (auch Nebenlager Ebensee)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Oberösterreich

Strafverfahren gegen: Johann (Hans) GOGL
Anton SCHIMPFÖSSL
Martin STEINMETZ
Daniel STÖCKEL
Franz UHNEK
Stefan USCHAREWITZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Angehörigen eines aus alliierten Fallschirmspringern gebildeten Steineträgerkommandos am 6.9.1944, Ermordung von Angehörigen der "Welser Gruppe" am 18.9.1944 sowie Ermordung zahlreicher weiterer Häftlinge im KZ Mauthausen durch Erschlagen und Erschießen; Ermordung von Häftlingen im KZ Ebensee (Nebenlager des KZ Mauthausen)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.5.1972 wurde GOGL mit Urteil des LG Linz freigesprochen. Durch Beschluss des OGH vom 15.6.1973 wurde der Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft Linz (24.5.1972) Folge gegeben, das Urteil aufgehoben und an das Geschworenengericht am Sitze des LG für Strafsachen Wien zur neuerlichen Verhandlung verwiesen. Mit Urteil des LG Wien vom 2.12.1975 wurde GOGL abermals freigesprochen.

Am 20.8.1964 erfolgte die Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Franz UHNEK gemäß § 412 StPO sowie die Einstellung des Verfahrens gegen Anton SCHIMPFÖSSL gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Mit Beschluss vom 23.6.1971 wurde von der Verfolgung der weiteren Beschuldigten Martin STEINMETZ, Daniel STÖCKEL und Stefan USCHAREWITZ gemäß § 34 Abs. 2/1 StPO in Hinblick auf die bereits verbüßten Haftstrafen (amerik. Militärgerichtsverfahren Case No. 000-50-5-13, Johann HAIDER u.a.) abgesehen.

Das Verfahren wurde unter der Nummer Vr 485/64 beim LG Linz eingeleitet und unter der Nummer 20 Vr 3625/75 beim LG Wien weitergeführt.

FStN-Mikrofilm Nr. 1051
DÖW-Signatur: V213/1–12

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 95/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KRAMMER
Hermann NIEDERLE
Johann RIEPL
Franz WEISSHÄUPL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Kränkung der Menschenwürde und Quälerei des Ehepaares Ludwig (die Gattin war Jüdin) aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt in Helfens (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 11.8.1947 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gegen Franz KRAMMER und Johann RIEPL gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Das Verfahren gegen Franz WEISSHÄUPL wurde am 11.8.1947 auf Antrag der Staatsanwaltschaft ausgedient.

Am 8.8.1955 wurde die Anzeige gegen Hermann NIEDERLE bezüglich § 7 KVG und am 21.9. 1955 bezüglich §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 95/55 (Vg 3c Vr 9234/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1051
DÖW-Signatur: V214/1–4

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 438/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Prozess wegen Endphase-
Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Stein an der Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton MATULA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Gestapobeamter, Beteiligung an der Erschießung von 46 bereits in Wien zum Tode verurteilten
Häftlingen in der Justizanstalt Stein (Niederösterreich) Ende April 1945

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
12.12.1951: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 438/51 (Vg 5a Vr 9185/46): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1051
DÖW-Signatur: V215/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 5056/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess
(Denunziation innerhalb der Familie!)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rosa SCHNEDLITZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung ihres jüdischen Gatten sowie Verletzung der Menschenwürde zweier ihrer Kinder in Wien in den Jahren 1938 bis 1945, Denunziation ihres Gatten im Jahre 1942 (er wurde 1943 im KZ Auschwitz ermordet) sowie zweier ihrer Kinder aus eigennützigen Beweggründen in Wien (sämtliche sieben Kinder wurden ins KZ Theresienstadt deportiert)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.6.1947 wurde SCHNEDLITZ zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 5056/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1051
DÖW-Signatur: V216/1–29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2274/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf ANDERLE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hochverrats (SS-Hauptsturmführer), Registrierungs Betrugs, Misshandlung bzw. Misshandlung als Mitschuldiger unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter (Referat IV/2, Bekämpfung der Feindpropaganda und Fallschirmagenten) in Wien

-----*Verlauf des Gerichtsverfahrens*:

In der ersten Hauptverhandlung wurde ANDERLE am 6.11.1948 wegen Hochverrats und Registrierungs Betrugs zu 9 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Am 22.9.1948 war das wegen § 3 KVG geführte Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden; am 28.11.1949 erfolgte die Wiederaufnahme des Verfahrens wegen § 3 KVG nach Antrag der Staatsanwaltschaft. Mit Beschluss des OGH vom 14.5.1949 wurde das Urteil vom 6.11.1948 bezüglich § 11 VG und im Strafausmaß aufgehoben und an das gleiche Volksgericht verwiesen. Am 14. 2.1951 wurde ANDERLE in der nunmehr wegen Hochverrats, Misshandlung sowie Misshandlung als Mitschuldiger geführten Hauptverhandlung zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2274/49 (Vg 2a Vr 8139/46)
(Einbezogener Akt Vg 4 Vr 2676/48)

FStN-Mikrofilm Nr. 1051
DÖW-Signatur: V217/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12e Vr 4047/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter)

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Viktor AMBRUSCHITZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mitschuld an der Ermordung des Isidor Wozniczak am 2.5.1945 in Staningersdorf (Niederösterreich), Verbrechens gegen die Menschlichkeit, seiner Tätigkeit als Kreisleiter der Kreise III (Oktober 1941 bis Herbst 1942) und VII (Sommer 1944 bis Kriegsende) in Wien, Illegalität, "Alter Kämpfer", Kreisleiter, Kreisorganisationsleiter, Ortsgruppenleiter, SA-Sturmabteilführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 18.6.1947 aus dem Verfahren Vg 3d Vr 1784/46 (Franz WISCHINKA, Friedolin CERNY, Wilhelm LIEBENAUER und Friedrich PITSCH) ausgeschieden worden.

Am 4.3.1948 wurde AMBRUSCHITZ zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12e Vr 4047/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1051
DÖW-Signatur: V218/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 167/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge, Roma
Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz-Birkenau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Andreas BARANYAI

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Mithäftlingen im KZ Auschwitz-Birkenau im Zeitraum April 1943 bis Oktober 1944
("Capo")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 7.10.1952 wurde BARANYAI freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 167/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1051+1052

DÖW-Signatur: V219/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 5359/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ASCHENBRENNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen sowie versuchter Denunziation in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.12.1946: Einstellung des Verfahrens wegen der Misshandlung eines amerikanischen Fallschirmspringers gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Am 29.1.1947 wurde ASCHENBRENNER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 5359/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V220/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 46/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Kommando Wien-Simmering/Saurer-Werke), KZ-Groß-Rosen-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg PRILL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde begangen im KZ Saurer-Werke (Außenstelle des KZ Mauthausen) in Wien-Simmering (PRILL war "Ober-Capo"; zuvor war PRILL "Lager-Capo" im KZ Groß-Rosen in Deutschland gewesen)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

7.10.1955: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 46/55 (Vg 3a Vr 8044/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V221/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 900/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige/HJ-/Volkssturmangehörige
Tatland (Tatort): Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl ATTENEDER
Marianne REINDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation des 20jährigen Soldaten Johann SCHINNERL am 20. April 1945 in Mönchdorf (Oberösterreich), der in der Folge von einem Wehrmachtgericht zum Tode verurteilt und am 26. April 1945 in Freistadt (Oberösterreich) standrechtlich erschossen wurde

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.9.1946 wurde REINDL zu 12 Jahren und ATTENEDER zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 900/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V222/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1m Vr 5831/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton AIGNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen des Wehrmachtsgefängnisses in Wien-Favoriten in den Jahren 1941 bis 1945 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Aufseher

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.3.1947 wurde AIGNER zu 10 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1m Vr 5831/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V223/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 2153/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl EIGNER
Marie SCHWARZINGER
Rudolf WYSKOCIL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation des Kommunisten Anton Dobler in Wien im Sommer 1941, der in der Folge zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt wurde; SCHWARZINGER des weiteren wg. Illegalität und Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen WYSKOCIL wegen § 7/2b KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 20.6.1950 SCHWARZINGER bezüglich §§ 10, 11 VG, § 8 VG freigesprochen; das wegen § 7/2b KVG geführte Verfahren wurde ausgeschieden. EIGNER wurde bezüglich § 7/2b KVG für schuldig befunden; gemäß § 265 StPO wurde von der Verhängung einer Zusatzstrafe abgesehen, da er mit Urteil vom 16.8.1947 wegen §§ 10, 11 VG bereits zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt worden war.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 2153/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V224/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 831/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold ASBÖCK
Josef ANDRE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation am 16. März 1945 in Amstetten (Niederösterreich); seiner Funktion als Ortsgruppenleiter von Amstetten-West und Illegalität (ASBÖCK); seiner Funktion als Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Preinsbach/Niederösterreich (ANDRE)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

26.11.1948: Das Verfahren gegen ASBÖCK wird wegen § 11 VG gemäß § 27 VG eingestellt.

10.12. 1948: Die Anzeige gegen ASBÖCK wegen § 7 KVG wird gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

26.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen ANDRE wg. §§ 11 VG, 7 KVG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 2a Vr 831/48:

Einbezogene Akten: Vg 8b Vr 1937/48, Josef ANDRE wegen §§ 11VG, 7 KVG. Vg 5e Vr 3611/47, Leopold ASBÖCK wegen § 11 VG.

Das Verfahren Vg 2a Vr 831/48 war mit Beschluss vom 28.1.1948 aus dem Verfahren Vg 2a Vr 1627/45, Ernst ERHARDT und Gen. wegen § 1 KVG (Misshandlung von 15 amerikanischen Kriegsgefangenen am 20.3.1945 auf dem Hauptplatz in Amstetten) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 831/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V225/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 189/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, KZ-Mauthausen-Prozess (Außenlager Allersdorf)

Opfer: Häftling, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Amstetten, Allersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann AMON

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mitwirkung an der Erschießung eines aus dem Lager II in Allersdorf/NÖ geflüchteten jüdischen KZ-Häftlings im April 1945 in der Umgebung von Schaffenfeld bei Amstetten/NÖ

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung bzw. des Gerichtsverfahrens:

23.8.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen § 1 (2) KVG, § 134 StG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 189/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V226/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 559/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz CHYBA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrugs, § 7 D Wahlgesetz

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

30.8.1947: Zurücklegung der Anzeige wegen § 8 VG und § 7 D Wahlgesetz gemäß § 90 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 559/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V227/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 829/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleitung Amstetten)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Amstetten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf BAST

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, seiner Funktion als Kreisrechtsamtsleiter und Kreisgruppenführer des NS-Rechtswahrerbundes in Amstetten/NÖ Dienstausszeichnung der NSDAP in Bronze

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
30.10.1948: Abbruch des Verfahrens gemäß § 422 StPO.

Das Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 829/48 war mit Beschluss vom 28.1.1948 aus dem Verfahren gegen Ernst ERHARDT und Genossen, Vg 2a Vr 1627/45 wegen § 1 KVG (Misshandlung von 15 amerikanischen Kriegsgefangenen am 20.3.1945 auf dem Hauptplatz in Amstetten), ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 829/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V228/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 30 Vr 2723/58
(doppelt verfilmt! Siehe auch V679/1–10)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Kosow/Kosów/Kosiv)

Strafverfahren gegen: N. DENGK und 10 weitere Gendarmerie- bzw. Schutzpolizeibeamte der
Dienststelle Kosow (Ostgalizien)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Ermordung von Juden/Jüdinnen in Kosow (Sowjetunion) in den Jahren 1941 bis 1942

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 30 Vr 2723/58 (Vg 8c Vr 453/51):

Reines Ermittlungsverfahren

Beschuldigte:

PETRI (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

BAYER (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

RAUCH (14.9.1957: Einstell. des Verfahrens wegen §§ 1, 3 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957;
Aufrechterhalt. d. Ausschreib. nach § 134 StG)

DENGK (DENK) (14.9.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16
NS-Amnestie 1957; Aufrechterhalt. der Ausschreib. nach § 134 StG)

WINKLER (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

WYCISK (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

KLOTZ (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

GROSS (14.9.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie
1957; Aufrechterhalt. der Ausschreib. nach § 134 StG)

KERN (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

HUTSCH (19.5.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 30 Vr 2723/58 (Vg 8c Vr 453/51): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V229/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 386/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Frankreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef BARTAL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Ermordung eines französischen Partisanen am 24.8. 1944 während des Rückzugs in Frankreich

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
21.12.1955: Einstellung des wegen §§ 1 KVG, 134 StG geführten Verfahrens gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 386/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052
DÖW-Signatur: V230/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 3987/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager)

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Simmering)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm BANKLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines russischen Zwangsarbeiters im Jahre 1943 im KZ Saurer-Werke (Außenkommando des KZ Mauthausen) in Wien-Simmering

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.10.1949: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 3987/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1052+1053+1054

DÖW-Signatur: V231/1–90

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 1077/57

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Gestapo-Prozess, Zusammenhang mit Schupo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Burgenland, Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich, Ukraine (Stryj, Boryslav, Sambor)

Strafverfahren gegen: Josef GABRIEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen als Gestapobeamter im Sommer 1939 in Wiener Neustadt (Niederösterreich)

Verbrechen in seiner Funktion als Angehöriger der Gestapo und des SD:

Ermordung von mehreren hundert jüdischen Männern und Frauen auf dem Gelände des Schlachthofes in Boryslav und von ca. 50 jüdischen Kindern in Sambor (Ostgalizien, heutige Ukraine) 1942/43;

Anordnung der Liquidierung und Veranlassung des Abtransportes zur Liquidierungsstätte von ca. 200 jüdischen Frauen und Männern im Herbst 1942 in Stryj (Ostgalizien, heutige Ukraine) zusammen mit dem Kriminalrat und SS-Sturmbannführer Hans Block;

Anordnung, Leitung und Überwachung der Erschießungsaktion von mehreren hundert jüdischen Männern und Frauen Anfang 1943 in Boryslav

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.3.1959: Verurteilung von GABRIEL zu lebenslangem Kerker

8.1.1959: Bezügl. der Mordfakten Drohobycz, Stryj, Sambor u. Drohobycz über die Anklage hinaus wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Einstellung des Verfahrens bezügl. §§ 152, 155f, 190ff StG. Einstellung des Verfahrens gegen GABRIEL wg. Mitwirkung an der Auflösung des Lagers Klinker-Zement und in den weiteren, im einzelnen nicht mehr festzustellenden seiner nur nach § 137 StG zu beurteilenden Mitwirkung an Aushebungs- und Verschickungsaktionen gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung]. Die gegen GABRIEL wegen 125 StG erstattete Anzeige wurde gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

19.12.1968: bedingte Entlassung.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 1077/57: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1054
DÖW-Signatur: V232/1–12

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 381/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ASCHENBRENNER
Johann DIETRICH
Johann NAGEL
Johann QUITT
Josef QUITT
Rudolf QUITT
Emmerich RAKUSCHAN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

gewaltsamen Eindringens in eine jüdische Wohnung in Wien-Leopoldstadt im November 1938 und Raubes von Schmuck und anderen Wertgegenständen

Verlauf der Vorerhebungen:

24.1.1951: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 8, 10 VG und §§ 3, 6 KVG gegen DIETRICH, NAGEL sowie Johann und Rudolf QUITT gemäß § 90 StPO. Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 3, 6 KVG gegen Josef QUITT, Josef ASCHENBRENNER und Emmerich RAKUSCHAN gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 381/50: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1054
DÖW-Signatur: V233/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 878/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich ALLMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Funktion als Kreisrichter

Sprengstoffbesitzes im Juni 1934 (der Sprengstoff war zur Füllung von Handgranaten bestimmt)
"Arisierung" der Sargfabrik Leopold Wolf & Co. in Wien-Meidling im November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.3.1946: Ausscheidung des Verfahrens wegen Verbrechens nach § 6 Sprengstoffgesetz und
Abgabe an die allgemeine Untersuchungsabteilung, da hierfür die Zuständigkeit des
Volksgerichtes nicht gegeben war.

Am 27.11.1946 wurde ALLMANN zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 878/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1054
DÖW-Signatur: V234/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27b Vr 3887/61

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Gleiwitz/Gliwice)

Strafverfahren gegen: Karl AUSPERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Häftlingen des KZ Auschwitz im Polizeigefängnis Gleiwitz (Polen) in der Nacht von 22. auf 23. Jänner 1945

8.11.1961: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27b Vr 3887/61: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1054
DÖW-Signatur: V235/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 165/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Groß-Rosen-Prozess (Medizinverbrechen)

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische), Juden/Jüdinnen, Häftlinge
Tatland (Tatort): Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Karl BABOR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Hunderten Häftlingen (vor allem russischer Kriegsgefangener und Juden/Jüdinnen) durch Blausäureinjektionen im KZ Groß-Rosen (BABOR war Lagerarzt des KZ)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.7.1953: Zurücklegung der wegen §§ 10, 11 VG erstatteten Anzeige gemäß § 90 StPO.
26.2.1964: Einstellung des wegen §§ 134 ff. StG geführten Verfahrens gemäß § 224 StG (am 21.1.1964 war Babor in der Nähe von Addis Abeba, Äthiopien, wohin er im Mai 1952 geflüchtet war, tot aufgefunden worden).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 165/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1054+1055+1056+1057

DÖW-Signatur: V236/1–163

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 5193/60

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess

(das große Wiener Auschwitz-Ermittlungsverfahren 1960–1964)

Opfer:

Häftlinge, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Strafverfahren gegen: Roland ALBERT (8.7.1964: Ausscheidung des Verfahrens soweit es die Tätigkeit im KZ Auschwitz [und zwar zu 27c Vr 4371/64] und im April 1945 als Kommandant einer Häftlingskolonne im Raum Flossenbürg betrifft. Das Verfahren bezüglich Flossenbürg wird gemäß § 54 StPO dem LG Innsbruck zu 18 Vr 1838/64 abgetreten.)
Egon AUFINGER (AUFFINGER) (8.6.1964: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
August BRUCKER (8.6.1964: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)
Walter DEJACO (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3806/64.)
Thaddäus DOBRZANSKY (8.6.1964: Einstellung gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
Josef ECKERT (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO. 11.11.1991: Zurücklegung der Anzeige bezügl. § 75 StGB gemäß § 90 StPO.)
Fritz Karl ERTEL (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3806/64.)
Dr. Karl Josef FISCHER (8.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens und Abtretung an das LG Linz zu Vg 1 Vr 4230/48.)
Franz FUGGER-CRAIGHER (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3801/64.)
Otto GRAF (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3809/64.)
Hans GUFLER (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Dr. Erwin HESCHL (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3807/64.)
Karl HÖBLINGER (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3808/64.)
JÄRLING (JÄHRLING) (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Werner JOTHAN (JOTHANN) (8.6.1964: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)
Irving KAUFMANN (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Anton KAUTZ (8.6.1964: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)
Jakob KETTEL (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Gwendolin KIEFER (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
KIRSCHNECK (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Hermann KNAUS (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3810/64.)
KRÄMER (5.1.1967: Ausscheidung des Verfahrens aus 27c Vr 4371/64 gemäß § 57 StPO, Einbeziehung in 27c Vr 5193/60 und vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Alois KURZ (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3803/64.)
Anton LECHNER (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)

Dr. Hertha LEITNER (8.6.1964: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)
Leon MARGEWITZ (MARGEWITSCH) (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3810/64.)
Heinrich MERTENS (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3802/64.)
Dr. Georg MEYER (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3807/64.)
Dr. Rudolf MILDNER (2.7.1963: Ausscheidung des Verfahrens zu 27b Vr 9547/60.)
Karl NEMECEK (5.1.1967: Ausscheidung des Verfahrens aus 27c Vr 4371/64 gemäß § 57 StPO und Einbeziehung in 27c Vr 5193/60 sowie vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Toni PHILIPP (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Johann PICHLER (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Alfred RAUE (RAUE-HLADIK) (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3802/64.)
Bruno REICHENBACHER (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Konstantin Orest SALABAN (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3811/64.)
Johann SCHINDLER (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3812/64.)
Friederike SCHNEIDER (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3804/64.)
Hans SCHURZ (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Valentin SCHUSTER (5.1.1967: Ausscheidung des Verfahrens aus 27c Vr 4371/64 gemäß § 57 StPO und Einbeziehung in 27c Vr 5193/60 sowie vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Josef SPANNER (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3802/64.)
Anton TAUBER (8.6.1964: Vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.)
Hermann TÖFFERL (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3806/64. Am 5.10.1962 war die Abtretung des wegen § 98 lit. b StG geführten Verfahren gemäß § 58 StPO an das gemäß § 51 StPO zuständige LG Linz erfolgt.)
Johann TROST (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3802/64.)
Franz WUNSCH jun. (10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens zu 27c Vr 3805/64.)
Franz WUNSCH sen. (8.6.1964: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)
Dr. Herbert WUTTKE (8.6.1964: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Häftlingen des KZ Auschwitz

(Verfahren ohne Urteil gegen 46 Beschuldigte, darunter 4 Frauen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 5193/60: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1057
DÖW-Signatur: V237/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 270/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige/HJ-/Volkssturmangehörige,
Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef BIENSTOCK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Untersturmführer, versuchter Denunziation des Leiters des 125. Polizeireviers in Wien im März 1945 (Bienstock hatte diesen beschuldigt, Gründer einer kommunistischen Zelle innerhalb der Polizeidienststelle zu sein)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.6.1946 wurde BIENSTOCK zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 270/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1057
DÖW-Signatur: V238/1–29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12d Vr 2360/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Alois BERNWIESER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SS-Obersturmbannführer, versuchter Denunziation in Wien im Jahre 1938 und weiterer in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP aus besonders verwerflicher Gesinnung begangener Handlungen (Bernwieser war ständiger Pflichtverteidiger des Volksgerichtshofes in Hoch- und Landesverratsachen in Berlin und als solcher u.a. Pflichtverteidiger von Pater Roman Karl Scholz und Walter Kämpf; Rechtsberater der Vermögensverkehrsstelle in Kinoangelegenheiten in Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Mit Verfügung vom 7.1.1948 wurde das Verfahren bezüglich §§ 3, 7 und 8 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt sowie in weiteren Fällen bezüglich §§ 3, 4 KVG und insbesondere § 6 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] von der weiteren Verfolgung Bernwiesers abgesehen. (Die Staatsanwaltschaft behielt sich diesbezüglich aber die allfällige spätere Verfolgung vor.) Mit selbem Datum wurde das Verfahren bezüglich weiterer Fälle von §§ 3 und 6 KVG (u.a. "Arisierung" der Hälfte der Liegenschaft in Wien 2, Robertgasse 1, "Roberthof") gemäß § 57 StPO ausgeschieden.

Am 12.11.1948 wurde BERNWIESER zu 2 Jahren und 3 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12d Vr 2360/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1057
DÖW-Signatur: V239/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 971/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KVG-§2-Verfahren (Kriegshetze)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Kurt BOOG

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität,

Kriegshetze und Verletzung der Menschenwürde

(BOOG hat als politischer Redakteur des "Kleinen Blattes" in Wien in den Jahren 1943 und 1944 in Druckwerken bewusst auf die Verlängerung des Krieges hingearbeitet und die Juden/Jüdinnen insgesamt in ihrer Menschenwürde beleidigt, wobei die Beleidigungen besonders schwer gewesen und öfters wiederholt worden waren)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.6.1946: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 8, 10/3 VG und 7 KVG gemäß § 90 StPO.

Am 10.12.1946 wurde BOOG wegen § 11 VG und §§ 2, 4 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 971/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1057+1058

DÖW-Signatur: V240/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 2309/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo/Vugesta)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien, Slowenien (Marburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BERKA

wegen (§§): § 6 KVG

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ankauf von Waren aus den Beständen der VUGESTA (Verkaufs-Unternehmung-Gestapo), der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, der Möbelverwertungsstelle Krummbaumgasse und der Gildemeester-Aktion (Auswanderungsaktion für Juden/Jüdinnen nicht mosaischer Herkunft); Berka war ab November 1940 Schätzmeister der VUGESTA

Von Oktober 1943 bis Anfang 1945 war Berka Schätzmeister bei dem in Marburg aufgestellten Amte des "Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums" und hat als solcher die Habe geflüchteter jugoslawischer Partisanen geschätzt und der Verwertung zugeführt; ein Erwerb von Waren aus diesen Beständen konnte ihm allerdings nicht nachgewiesen werden.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.8.1946 wurde BERKA zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 2309/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V241/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1097/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Schutzpolizei), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems a. d. Donau, Laa an der Thaya)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul BÖHM

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Misshandlung von polnischen und russischen Zwangsarbeitern sowie eines einheimischen Hilfsarbeiters unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Meister der Schutzpolizei-Dienstabteilung in Krems/Donau (Böhm war Chef des Ausländerreferates, welches für die Überwachung und Betreuung der ausländischen Arbeiter zuständig war), Teilnahme an der Misshandlung eines jüdischen Kaufmanns im Sommer 1938 in Laa an der Thaya (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.2.1946 wurde BÖHM zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1097/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V242/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 4908/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: alliierte Kriegsgefangene, ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BARTL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbruch

Misshandlung von ausländischen Zwangsarbeitern unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als
Werkmeister der Firma Waagner-Biro in Wien-Donaustadt in den Jahren 1941 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.6.1947 wurde BARTL freigesprochen.

Am 28.1.1947 war gegen BARTL und 17 weitere Personen Anzeige wegen Verdachts der Ermordung bzw.
Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von ausländischen Kriegsgefangenen, die der Firma
Waagner-Biro zugeteilt waren, erstattet. Die Voruntersuchung gegen BARTL wurde unter Bedachtnahme
auf die angeschlossenen polizeilichen Erhebungsergebnisse fortgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 4908/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V243/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 624/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Radom, Blischine [Ortsname überprüfen!])

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlungen und Verletzung der Menschenwürde unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Angehöriger der Bewachungsmannschaft in den KZ Radom und Blischine in Polen (BERGER war Rottenführer der SS-Sanitätshilfe)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

1.8.1949: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung], Einleitung des Verfahrens nach § 40 StG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 624/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V244/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1041/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BODEN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität
Plünderung von jüdischen Wohnungen in Wien im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.11.1945 wurde BODEN wegen §§ 10, 11 VG zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

17.10.1945: Einstellung des Strafverfahrens in Richtung §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

2.11.1945: Dem öffentlichen Ankläger wird, auf den gestellten Antrag hin, die selbständige Verfolgung des Angeklagten in der Richtung des § 1 KVG (Erschießungen und andere Gewalttaten während seines Kriegseinsatzes in Polen), vorbehalten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1041/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V245/1–24

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 5669/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Polen (Bochnia)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton BERKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von Juden/Jüdinnen in Bochnia (Polen) in den Jahren 1941 bis 1943
(BERKA war mit der Leitung einer Arbeitsamtsnebenstelle in Bochnia betraut und in dieser Eigenschaft mit der Arbeitslenkung hinsichtlich der jüdischen und polnischen Bevölkerung des Kreises Bochnia, mit den Arbeitszuweisungen sowie mit den Einweisungen in die Zwangsarbeitslager befaßt; BERKA wirkte auch an der Verschickung in Konzentrationslager mit)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.5.1950 wurde BERKA wegen § 3 KVG zu 3,5 Jahren schweren Kerkers verurteilt; bezüglich §§ 134, 135/4 StG und § 1 KVG erwies sich das Verfahren aber in keiner Weise als spruchreif, weshalb es bezüglich dieser Tatbestände aus dem gegenständlichen Verfahren ausgeschieden und an den Untersuchungsrichter zwecks Ergänzung dieses Verfahren rückgeleitet werden musste. Am 13.10.1951 erfolgte die Einstellung des Verfahrens hinsichtlich der ausgeschiedenen Fakten gemäß § 227/1 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 5669/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V246/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12d Vr 6269/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Arisierungsprozess, Bezug zu Kriegsverbrechen

Opfer: Juden/Jüdinnen, alliierte Kriegsgefangene (rumänische Kriegsgefangene)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich BERR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Funktion als Kreisobmann der NSKOV

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 7.10.1946: Anzeige gegen BERR und 22 weitere Personen wegen Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von in der Schule Wien 16, Lorenz-Mandlgasse, internierten rumänischen Kriegsgefangenen bzw. Ermordung der Kriegsgefangenen anlässlich der Evakuierung des Lagers und auf dem Evakuierungsmarsch von Wien über Stockerau (Niederösterreich) nach Braunau (Oberösterreich) (BERR war u.a. der Aufstellung des Z.b.V.-Bataillons, welches an der Ermordung der Kriegsgefangenen maßgeblich beteiligt war, beschuldigt worden.)
- Am 12.5.1948 wurde BERR bezüglich §§ 10, 11 VG freigesprochen.
- 18.2.1948: Einstellung des wegen § 6 KVG ("Arisierung" einer Wohnung in Wien-Josefstadt) geführten Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 24.2.1948: Einstellung des Verfahrens bezüglich §§ 8, 10/2 VG gemäß 1. Hauptstück, II. Abschnitt Zahl 3 Absatz 2 NSG 1947.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12d Vr 6269/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V247/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 2060/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Michelbach)

Volksgerichtsverfahren gegen: Helene Maria FRANSECKY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Denunziation bzw. versuchte Denunziation in Michelbach (Niederösterreich) im Jahre 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.3.1949 wurde FRANSECKY zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 2060/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V248/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 5656/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Auslieferungsverfahren (Polen), Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Radom)

Volksgerichtsverfahren gegen: Konrad BUCHMAYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Misshandlung und Ermordung von Juden/Jüdinnen in Radom (Polen) in den Jahren 1940 bis 1943, wo er als SS-Angehöriger (SS-Rottenführer) die Aufsicht über ein jüdisches Arbeitskommando in der Torfstecherei hatte

(Später soll BUCHMAYER stellvertretender Leiter der Handwerksstätten "Werkstätte SS- und Polizeiführer" gewesen sein und die jüdischen Zwangsarbeiter misshandelt und beraubt haben. Diese Fakten waren aber nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens.)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 15.3.1948 Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens (Vg 7e Vr 2822/48) aus dem vorliegenden Verfahren u. die Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens hinsichtlich der Auslandsfakten gemäß § 412 StPO.
(Das Auslieferungsverfahren war über Antrag der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden, da die Anhaltspunkte, dass sich unter den Misshandelten auch österr. Staatsbürger befunden hätten, zu wenig konkret und zu schwach waren.)
- 27.12.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 5656/46: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V249/1–13

Benützungsbefchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 474/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef FLEISCHANDERL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:
Illegalität, Ortsgruppenleiters der Ortsgruppe "Obere Weißgerber" (Wien-Landstraße)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 15.11.1945 wurde FLEISCHANDERL zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 474/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058
DÖW-Signatur: V250/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 4381/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Roma
Tatland (Tatort): Russland (Luga)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton BRUCKNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seiner Tätigkeit als Leiter der Abteilungen "Politische Polizei" und "Kriminalpolizei" in Luga (Sowjetunion), als welcher er maßgeblich "zur Befriedung und Säuberung dieses Gebietes von Juden/Jüdinnen und Zigeunern" beigetragen haben soll; des weiteren hatte er den Rang eines SS-Sturmscharführer inne

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.4.1947: Einstellung des wegen §§ 1, 3 KVG geführten Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 4381/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1058+1059

DÖW-Signatur: V251/1–36

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 612/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge, Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Stein a.d.D.)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf HITZLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Sturmscharführer

Misshandlung von Häftlingen in Wien und Stein an der Donau (Niederösterreich) in den Jahren 1943 bis 1945 unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter (Referate: Spionageabwehr, Ostarbeiter, Marxismus und Kommunismus)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.3.1948 wurde HITZLER zu lebenslangem schweren Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 612/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059
DÖW-Signatur: V252/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 26/54 (Vg 13a Vr 2268/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Sipo/SD), Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Volkssturmmangehörige

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Türnitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BIRKNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Obersturmführer;

Verdacht, als Führer des Teilkommandos Türnitz (Niederösterreich) der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD einen wegen defaitistischer Äußerungen angezeigten Volkssturmmann während der Vernehmung wiederholt mit dem "Umlegen" bedroht habe

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 18.3.1949 wurde BIRKNER zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

10.3.1953: Wiederaufnahmeantrag von Birkner, welchem am 22.2.1954 hinsichtlich §§ 10, 11 VG stattgegeben wurde. Am 12.7.1954 wurde das Verfahren hinsichtlich §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

18.12.1948: Einstellung des Verfahrens hinsichtlich § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] (Erschießungen in Lilienfeld/Niederösterreich und Türnitz).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 26/54: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059
DÖW-Signatur: V253/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 230/51 (Vg 1b Vr 3550/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Bezug zu Kriegsverbrechen), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BRUNHUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ortsgruppenleiter von Michelbach (Niederösterreich), Denunziation in Michelbach, versuchter Verleitung zum Kriegsverbrechen: BRUNHUBER habe am 9.4.1945 in Michelbach einem Bewachtungssoldaten den Auftrag zur Ermordung von 26 jugoslawischen Kriegsgefangenen erteilt

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.6.1947 wurde BRUNHUBER zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 12.6.1951 wurde seinem Antrag auf Wiederaufnahme hinsichtlich der Verurteilung nach §§ 9 StG, 1 KVG (versuchte Verleitung zum Kriegsverbrechen) stattgegeben und das Urteil im Schuldspruch nach §§ 9 StG, 1 KVG und im Ausspruch über das Strafausmaß aufgehoben.

Am 22.10.1951 wurde BRUNHUBER im Wiederaufnahmeverfahren zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt (die Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren bezüglich §§ 9 StG, 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt, weshalb die Strafe neu zu bemessen war).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 230/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059
DÖW-Signatur: V254/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1733/49 (Vg 1h Vr 3705/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BLAUENSTEINER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlungen in Wien in den Jahren 1943 und 1944 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter (Referat IV-3)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.11.1946: Einstellung des wegen § 4 KVG geführten Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

6.2.1947: Verurteilung von BLAUENSTEINER zu 2 Jahren schweren Kerkers.

Am 30.6.1949 erfolgte die Aufhebung des Urteils (BLAUENSTEINER hatte am 15. 5.1949 den Antrag auf Überprüfung des Urteils gestellt) durch den Obersten Gerichtshof und Verweisung zur neuerl.

Verhandlung u. Entscheidung an das gleiche Volksgericht.

5.9.1949: Freispruch von BLAUENSTEINER.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1733/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059
DÖW-Signatur: V255/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 4022/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsverfahren, Bezug zur Gestapo

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rupert POCK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrugs
(POCK war im übrigen Kriminalsekretär der Gestapo, "Judenreferat")

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
31.12.1947: Zurücklegung der Anzeige wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 4022/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059
DÖW-Signatur: V256/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 486/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rupert POCK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen im Jahre 1938 in Wien-Brigittenau unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Kriminalbeamter

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

29.5.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 486/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059
DÖW-Signatur: V257/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 5505/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anna BRUNNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde im Jahre 1941 unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Gewalt als Stenotypistin der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

(Anna BRUNNER hatte im Jahre 1942 Alois BRUNNER I, den damaligen Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, geheiratet; im Jahre 1944 wurde sie zur Gestapoleitstelle Wien versetzt.)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.4.1948 wurde Anna BRUNNER freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 5505/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1059+1060

DÖW-Signatur: V258/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 1611/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: alliierte Kriegsgefangene

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf BEISSER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verdachts der Ermordung eines russischen Kriegsgefangenen "auf der Flucht" im Herbst 1944 sowie Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Insassen des Kriegsgefangenenlagers der Firma Waagner-Biro in Wien-Donaustadt (BEISSER war Mitglied der Bewachungsmannschaft des Kriegsgefangenenlagers)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.9.1957: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 1611/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060
DÖW-Signatur: V259/1–20

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5380/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Maximilian BITTERMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Sturmscharführer

Misshandlung von Häftlingen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Beamter der Gestapoaußenstelle Sankt Pölten (Niederösterreich)

(BITTERMANN war Beamter des Referates Kommunismus u. Marxismus und soll laut Anklageschrift an allen Aktionen gegen die Widerstandsgruppen der Arbeiterschaft in Sankt Pölten und Umgebung beteiligt gewesen sein u. wesentlichen Anteil an den Verhaftungswellen der Gestapo gegen die "Rote Hilfe", im Nibelungenwerk St. Valentin/Niederösterreich u. gegen die Widerstandsgruppe Moosbierbaum/Niederösterreich gehabt haben)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.7.1948 wurde BITTERMANN zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5380/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060
DÖW-Signatur: V260/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg Vg 8e Vr 181/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Burgenland, Niederdonau), Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Helmuth BREYMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seiner NS-Tätigkeit im Burgenland (illegaler Gauorganisationsleiter und stellvertretender Gauleiter, im Jahre 1938 vorübergehend Sicherheitsdirektor für das Burgenland, Vertreibung der Juden/Jüdinnen aus Bad Tatzmannsdorf, kurzfristiger kommissarischer Leiter des Kurbades Bad Tatzmannsdorf) und Verdachts der Beteiligung an einem politischen Fememord (begangen an Johann Weichselberger) im Jahre 1937 in Neustift bei Schlaining (Burgenland)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.5.1951: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 4, 5a KVG, §§ 8, 10/3, 11 VG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg Vg 8e Vr 181/51 (Vg 3e Vr 847/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060
DÖW-Signatur: V261/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 407/55 (Vg 2e Vr 886/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Kriegsverbrecherprozess

Opfer: alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): Steiermark (Sankt Egid)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BRUCKNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von zwei britischen Kriegsgefangenen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Bewachungsorgan im Kriegsgefangenenlager Sankt Egid (Stmk.)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.10.1955: Von einer weiteren Verfolgung wird gemäß § 34 Absatz 2 StPO abgesehen.

(Anm.: BRUCKNER wurde vom britischen Militärgericht Völkermarkt zu 20 Jahren Haft verurteilt; das Datum des Urteilsspruches geht aus dem Akt nicht hervor.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 407/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060
DÖW-Signatur: V262/1–26

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4370/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul BENISCHKO
Otto ENTRICH
Walter KÖNITZER
Johann PISGATSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbruch
versuchte Verleitung zum bestellten Mord

(BENISCHKO habe PISGATSCH am 13.6. 1933 in Wien zur Ermordung eines Heimwehrangehörigen aufgefordert; KÖNITZER habe in Wien im Juni 1933 ENTRICH u. PISGATSCH befohlen, anlässlich einer politischen Kundgebung in den Konzerthausssälen Starhemberg, Fey, Vaugoin oder eine andere prominente Persönlichkeit zu ermorden)

sowie Ermordung eines Heimwehrangehörigen am 13.6.1933 in Wien
(ENTRICH und PISGATSCH)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.8.1949 wurden BENISCHKO und ENTRICH zu jeweils einem Jahr, KÖNITZER zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Am 9.9.1958 wurde das Verfahren gegen PISGATSCH wegen §§ 10, 11 VG gemäß §§ 12 ff. NS-Amnestie 1957 eingestellt, bezüglich §§ 134 ff. StG blieb das Verfahren weiterhin gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt.

Bereits am 31.5.1949 war die Anzeige gegen BENISCHKO wegen §§ 1, 3, 4 KVG (Tätigkeit als Kriminalkommissar der Kriminalpolizeileitstelle in Wien sowie ab 1943 beim SD in Verona/Italien) gemäß § 90 StPO zurückgelegt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4370/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060
DÖW-Signatur: V263/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 396/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: - (Sachbeschädigung)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Steinabrückl)

Volksgerichtsverfahren gegen: N. BESCHLE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Inbrandsteckung eines Gasthausgebäudes in der Nacht zum 1. April 1945 in Steinabrückl
(Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen:
14.6.1955: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1 KVG, 166 StG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 396/55 (Vg 5i Vr 2787/46): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060
DÖW-Signatur: V264/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 509/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst BRÜCKLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Oberscharführer

"Arisierung" einer Wohnungseinrichtung in Wien-Innere Stadt

Misshandlung unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als interimistischer Leiter der sog.

Bemessungsabteilung in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

3.10.1955: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO.

3.5.1956: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 509/55 (Vg 8c Vr 51/51): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1060+1061

DÖW-Signatur: V265/1–94

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4750/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Oberlanzendorf-Prozess)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl KÜNZEL

Karl SCHMIDT u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, empfindlicher Misshandlung von Häftlingen des sog. "Arbeitserziehungslagers" Oberlanzendorf (Niederösterreich) unter Ausnützung ihrer dienstlichen Gewalt

SS-Untersturmführer KÜNZEL: stellvertretender bzw. später Lagerkommandant; Befehlserteilung an die ihm unterstellte Begleitmannschaft des Evakuierungstransportes von Oberlanzendorf nach Mauthausen (Oberösterreich) Anfang April 1945, nicht mehr marschfähige Häftlinge zu erschießen.

SS-Obersturmführer SCHMIDT: Lagerkommandant, teils unmittelbarer Täter, teils Mitschuldiger, Registrierungsbruch

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.6.1950 wurde KÜNZEL zu lebenslänglichem schweren Kerker, SCHMIDT zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Gegen folgende Personen wurde in diesem Verfahren ebenfalls ermittelt, die Strafsache jedoch eingestellt bzw. ausgedient:

* Dr. Hans CIHAK (Lagerarzt; 11.11.1948: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 57 StPO.)

* Adam MILANOWITSCH (MILANOVICZ, MILANOVIC, MILANOWITZ) (25.3.1950: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 1 KVG, 3/2 KVG und 134 StG gemäß § 57 StPO.)

* Martin BRAUN (11.11.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung], Ausscheidung bezüglich §§ 3, 13/2 KVG.)

* LUDWIG STALZER (11.11.1948: Einstellung des Verfahrens wg. §§ 3, 4 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].)

* Karl BERNHARD (6.6.1962: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3 und 4 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.)

* Am 11.11.1948 erfolgte die Ausscheidung des Verfahrens wegen § 3 KVG gegen POSCH, Franz (?) PEMSEL, KANGANEN, MILA, NOSTRIN, SEIDOW, MILLER, PÖTZEL (PÖTZL), BAYER (PAYER), PREIS, SCHÖNFELD, MAYER, Rosa MANIROWA, Hedwig MONTIKOLO, Erika WYKUS (VYKUS), und U.T. (Angehörige der Lagerwache Oberlanzendorf) gemäß § 57 StPO.

Einbezogene Akten:

* Vg 3d Vr 7573/46, Karl BERNHARD (§§ 1, 3 KVG)

- * Vg 2a Vr 6037/47, Martin BRAUN (§134 StG, §13/2KVG)
- * Vg 4c Vr 4581/47, Ludwig STALZER (§§ 3, 4 KVG)
- * Vg 2a Vr 5558/47, U.T. (§ 134 StG)
- * 10 Vr 1993/49 (LG Innsbruck), Dr.Viktor SIEGEL und Karl KÜNZEL (§§ 3, 4 KVG)
- * 14 Vr 2824/46 (LG Graz), Karl SCHMIDT (§ 11 VG)
- * Vg 5b Vr 5967/46, Karl SCHMIDT, (§§ 10, 11 VG)
- * Vg 4c Vr 1506/49, Karl SCHMIDT (§§ 10, 11 VG, § 3 KVG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4750/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1061
DÖW-Signatur: V266/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12g Vr 3650/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Tulln, Stockerau, Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Lambert SCHNEIDER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer")

Weitergabe von Mitteilungen über Amtshandlungen gegen Nationalsozialisten an illegale Parteifunktionäre unter Bruch seines Diensteides als österr. Kriminalbeamter im Herbst und Winter 1937/38,

Zukommenlassen von Mitteilungen verhafteter Nationalsozialisten an den Führer der illegalen SA der Bezirke Tulln und Stockerau (Niederösterreich), Heinz Stockmaier;

Mitwirken an von Stockmaier u.a. im Gebäude des Kreisgerichtes Wr. Neustadt (Niederösterreich) verübtem Diebstahl

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 20.3.1948 wurde SCHNEIDER wegen §§ 10, 11 VG zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

16.1.1948: Erklärung der Staatsanwaltschaft, dass sie von einer weiteren Verfolgung SCHNEIDERS wg. §§ 3, 4 KVG (Gestapo) gemäß §§ 34, 363/3 StPO absieht.

26.1.1948: Einstellung des Verfahrens gegen SCHNEIDER wg. §§ 1 KVG, 134 StG (Ermordung eines abgestürzten amerik. Fliegerpiloten im Jahre 1944 im Gemeindegebiet Sulz im Wienerwald/ NÖ) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

3.2.1948: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 1 KVG (Faktum amerik. Fliegerpilot) gegen U.T. bzw. BERNAUER gemäß § 57 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12g Vr 3650/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1061+1062

DÖW-Signatur: V267/1–109

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 848/55 (Vg 1a Vr 1544/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im April 1938 ("Anschluss"), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Enzersdorf an der Fischa, Schwadorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef BRANDSTÄTTER
Martin DUNST
Rudolf EDELMANN
Johann EHN
Franz FELLBACHER
Johann HAVLICEK
Franz HAWLICEK
Karl HUBER
Andreas KOLLER
Franz KUNDEGRABER
Franz SCHÖRGHUBER
Leopold SCHÖRGHUBER
Franz SCHWEHLA
Josef URBANEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Illegalität

(F. HAWLICEK, FELLBACHER, DUNST, J. EHN, EDELMANN, L. SCHÖRGHUBER, KUNDEGRABER, J. URBANEK, J. HAVLICEK und HUBER)

Registrierungsbetrug (J. EHN)

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von politischen Gegnern

Am 15.4.1938 in Enzersdorf an der Fischa

(Täter: F. HAWLICEK, BRANDSTÄTTER, F. SCHÖRGHUBER, J. EHN, J. URBANEK, J. HAVLICEK und HUBER)

und am 20.4.1938 in Schwadorf

(Täter: F. SCHÖRGHUBER, FELLBACHER, DUNST, F. SCHWEHLA, J. EHN, L. SCHÖRGHUBER, KUNDEGRABER, J. URBANEK und J. HAVLICEK)
EDELMANN als Mitschuldiger und Teilnehmer

Misshandlung eines politischen Gegners Ende Mai 1938 in Enzersdorf a. d. Fischa

(Täter: KOLLER)

Denunziation im Frühjahr 1938 und 1941 in Enzersdorf a.d. Fischa

(Täter: J. EHN),

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.6.1947 wurden F. HAWLICEK, KOLLER, HUBER und EDELMANN freigesprochen; BRANDSTÄTTER wurde zu 6 Monaten, F. SCHÖRGHUBER zu 15 Monaten, FELLBACHER zu 18 Monaten, DUNST zu 16 Monaten, F. SCHWEHLA zu 5 Jahren, J. EHN zu 2 1/2 Jahren, L. SCHÖRGHUBER zu 5 Jahren, URBANEK zu 2

1/2 Jahren, KUNDEGRABER zu 15 Monaten und J. HAVLICEK zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Gegen folgende weitere Beschuldigte erfolgte die Einstellung bzw. Ausscheidung des Verfahrens:

- 19.5.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gegen Johann LADENTROG, Erich RIEDINGER und Johann SCHWIIHLA. Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann HAVLICEK wegen §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz und §§ 3, 4 KVG; gegen Johann SCHWIIHLA wegen §§ 10, 11 VG und 58b und c StG, wegen Vergehens nach BDStG und verbotenen Waffenbesitzes; gegen Otto PENDEL und Rudolf HOFER wegen §§ 10, 11 VG und §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz; gegen Franz SCHWEHLA wegen § 58b und c StG; gegen Franz SCHMIED, Stefan KATZAROWSKY, Otto und Franz FLEISCHMANN wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz und §§ 3, 4 KVG; gegen Johann WILLIM wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz und § 4 KVG; gegen RATH, Karl WATZAK, Karl WATZEK und Johann MAPPER wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG und gegen Johann BERTHOLD wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG.
- 5.2.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Leopold RAAB wegen §§ 3, 4 KVG.
- 14.9.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Anton VANA und Leopold PISCHA wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]. Einstellung des Verfahrens gegen Hans WEISS, Franz EHN, Johann WETZKY, Ignaz BAYER, Josef KALLERT und Franz URBANEK wegen §§ 10, 11 VG gemäß §§ 12, 13 und 16 NS-Amnestie 1957. Einstellung des Verfahrens gegen Hans WEISS wegen § 58 StG gemäß § 1 Abs. 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z. 1 NS-Amnestie 1957. Einstellung des Verfahrens gegen Franz EHN, Johann WETZKY, Ignaz BAYER, Josef KALLERT, Johann REDL und Karl HUBER wegen §§ 3, 4 KVG bzw. §§ 152ff., 411 StG und gegen Hans WEISS wegen § 4 Sprengstoffgesetz gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Zurücklegung der Anzeige gegen Johann REDL wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 19.12.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Martin EHN jun. gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 1.4.1959: Einstellung des Verfahrens gegen Karl SERRINGER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Einbezogene Akten:

- * Vg 2d Vr 2111/45 (Johann HAWLICEK u.a.)
- * Vg 7c Vr 1137/46 (Leopold SCHÖRGHUBER)
- * Vg 2d Vr 2959/46 (Josef KALLERT)
- * Vg 4a Vr 2782/46 (Franz KUNDEGRABER)
- * Vg 2d Vr 4682/46 (Hans WEISS u.a.)
- * Z 304/46, BG St. Johann im Pongau (J. EHN)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 848/55: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1062
DÖW-Signatur: V268/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 864/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter in Wien)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans BERNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Kreisleiter des Kreises I in Wien, Reichsamtsleiter in München

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
6.6.1957: Widerruf der Fahndung, da das Verfahren gemäß NS-Amnestie 1957 eingestellt wurde.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 864/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1062
DÖW-Signatur: V269/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 3427/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf BRANDSTETTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlungen im Nebenlager Götha des KZ Auschwitz (Leiter der Effektenkammer),
SS-Obersturmbannführer

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
24.3.1949: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 3427/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1062
DÖW-Signatur: V270/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 5759/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BERG
Franz GRIEBAUM
Viktor RAIDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität

missbräuchliche Bereicherung und Verletzung der Menschenwürde im November 1938 in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4. April 1947 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gegen GRIEBAUM und RAIDL wegen § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Das Verfahren gegen BERG wegen §§ 11 VG, 6 KVG wurde 1949/50 aus dem gegenständlichen Verfahren ausgeschieden (ein genaueres Datum geht aus dem Akt nicht hervor).

Am 3. September 1947 wurden GRIEBAUM und RAIDL wegen §§ 11 VG, 6 KVG zu jeweils 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 5759/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1062+1063

DÖW-Signatur: V271/1–58

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): 21 a Vr 3388/61

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Österreich, Griechenland, Frankreich, Tschechische Republik, Slowakei

Strafverfahren gegen: Alois BRUNNER

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

BRUNNER war von 1939 bis 1943 Sekretär von Adolf Eichmann in der Zentralstelle für Jüdische Auswanderung (Vertreter des Amtes IV B 4 des RSHA in Wien), davon 1941 bis 1942 Leiter der Zentralstelle in Wien und verantwortlich für die Organisation der Deportation von über 50.000 österreichischen Juden/Jüdinnen in Ghettos und Todeslager in Polen, Litauen, Lettland und Sowjetrußland.

Von Februar bis Mai 1943 wirkte BRUNNER maßgeblich an der Deportation von rund 46.000 griechischen Juden/Jüdinnen nach Auschwitz mit.

Im Juni 1943 begann er als Leiter des Lagers Drancy in Frankreich mit der Deportation von über 24.000 französischen Juden/Jüdinnen in den Osten. Des weiteren war er als Hauptsturmführer des SD in Marseille, Zweigstelle Nizza, eingesetzt (Leiter einer Einheit eines Spezialkommandos, welches Juden/Jüdinnen in Nizza verhaftete und nach Drancy brachte). Am 31.7.1944 befahl er die Verhaftung und Deportation von mehr als 200 französischen Kindern nach Auschwitz (darunter die Kinder des jüdischen Kinderheimes in Izieu-Ain).

Im Jahre 1944 war er als Leiter des Lagers von Sereď (Slowakei) für die Deportation von rund 13.500 slowakischen Juden/Jüdinnen verantwortlich.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Nach dem Krieg floh BRUNNER – vermutlich über Spanien, Italien und Ägypten unter Verwendung der Aliasnamen Alois Schmaldienst und Dr. Georg Fischer – nach Syrien.

Am 5.1.1954 wurde BRUNNER vom Ständigen Kriegsgericht in Marseille in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Am 3.5.1954 wurde BRUNNER von der 12. Kammer des Ständigen Gerichtes der Streitkräfte in Paris ebenfalls in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Am 23.1.1960 wurde das gegen BRUNNER anhängige österreichische Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Nach Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme gemäß § 352 StPO vom 10.5.1961 wurde das Verfahren mit Beschluss vom 8.6.1961 fortgesetzt. Am 20.12.1962 erfolgte die Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts 21 a Vr 3388/61 (Vg 4c Vr 2410/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1063
DÖW-Signatur: V272/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 59/53 (Vg 1d Vr 381/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz PETRITSCH
Franz SVOBODA
Paul WARLIMONT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde eines russischen Kriegsgefangenen im Jahre 1943, der bei der Firma Hofherr-Schranz in Wien-Floridsdorf als Zwangsarbeiter eingesetzt war (WARLIMONT wurde weiters vorgeworfen, als Betriebsdirektor der Firma öfters bei Besprechungen seinen Werkmeistern den Auftrag gegeben zu haben, von den im Betrieb arbeitenden Kriegsgefangenen, hauptsächlich Russen, die geforderte Arbeitsleistung, wenn nötig, auch durch Prügel zu erzwingen)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.11. 1946 wurde/n WARLIMONT zu 2 Jahren, SVOBODA und PETRITSCH zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

- 7.10.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Otmar SIGMUND wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 21.9.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Franz ESCHENLOHR, Leopold BUBEN und Ludwig NEUBERT wg. § 3 KVG, §§ 152, 157 StG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957 und gemäß § 1/2 Amn. 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 59/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1063
DÖW-Signatur: V273/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 595/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: ZivilistInnen, Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige
Tatland (Tatort): Wien (Simmering), Burgenland (Gols)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm HAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

brutale Behandlung und Verletzung der Menschenwürde von Lehrlingen der Saurer-Werke in
Wien-Simmering

(Hauer wurde im Juli 1943 zu den Saurer-Werken dienstverpflichtet, war Kreisjugendwalter der
NSDAP im Kreis IV des Gaues Wien und bekleidete den Rang eines HJ-Gefolgschaftsführers)

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von HJ-Jungen beim "Südostwallbau" in
Gols/Burgenland

(HAUER war dort als Kolonnenführer eingesetzt, HJ-Bannführer war HARRER)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.9.1947 wurde HAUER wegen § 3 KVG (Faktum Saurer-Werke) zu 6 Monaten schweren Kerkers
verurteilt.

31.3.1947: Einstellung des Verfahrens gegen HAUER wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 3 KVG gemäß § 109
StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen
Verfolgung] (mit selbem Datum wurde das Verfahren gegen HARRER wegen §§ 3, 4 KVG –
Faktum Gols – ausgeschieden).

11.6.1945: Ausscheidung des Verfahrens gegen Wilhelm RÖCK, Karl BRAUNER, Robert LISCHTIK,
Ludwig BUCHWINKLER und Leopold DOBIAS wegen § 1 KVG (Abschießen von sich mit
Fallschirm rettenden Fliegerpiloten in Wien-Simmering; die Beschuldigten waren
Mitglieder des sog. Stoßtrupps der Saurer-Werke gewesen) zwecks Vereinigung mit dem
Verfahren Vg 1b Vr 1681/45 (in diesem Verfahren, geführt gegen BUCHWINKLER wegen
desselben Faktums, war am 16.3.1946 die Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] erfolgt; am
5.6.1946 stellte die Staatsanwaltschaft Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens
gemäß §352 StPO und Vereinigung der Strafsache mit dem Verfahren Vg 2a Vr 317/46
[Robert LITSCHIAK]).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 595/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1063
DÖW-Signatur: V274/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 6148/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Häftlinge, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Jugoslawien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BRODTRAGER
Johann BURGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ermordung eines alten Mannes sowie Misshandlung von Gefangenen in Jugoslawien (BRODTRAGER war Kompaniehauptwachmeister eines in Jugoslawien zur Partisanenbekämpfung eingesetzten Polizeibataillons), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Angeklagt wurde nur BRODTRAGER (1.10. 1947), der am 18.11.1948 freigesprochen wurde.

- 1.10.1947: Erklärung der Staatsanwaltschaft, dass zur weiteren Verfolgung von BRODTRAGER wegen §§ 3, 4, 6 KVG kein Grund gefunden wird (§ 109 StPO).
- 12.10.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann BURGER (Hauptmann und Kompaniechef) wegen §§ 10, 11 VG, § 1/Abs. 1 und 4 KVG, §§ 134, 135/4 StG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12c Vr 6148/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1063
DÖW-Signatur: V275/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 2884/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien (Wieden)

Volksgerichtsverfahren gegen: Maria TERTSCH
Franz NOVAK (NOWAK)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungsbruch
Denunziation von Angestellten des Finanzamtes Wien-Wieden im Herbst 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 25.7.1947 wurde TERTSCH zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.
5.5.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz NOVAK (NOWAK) wegen §§ 11 VG, 7 KVG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 2884/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1063
DÖW-Signatur: V276/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 8262/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien, Salzburg

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr.Otto BEGUS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (SS-Sturmbannführer, "Alter Kämpfer", Blutordensträger)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 26.4.1948 wurde BEGUS zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11d Vr 8262/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1063+1064

DÖW-Signatur: V277/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 2650/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer:

-

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Otto BEGUS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Auf dem Aktendeckel des vorliegenden Aktes ist zwar nur der Name von Dr. Otto BEGUS angeführt, der Großteil der Ermittlungsunterlagen betrifft aber:

Andreas GRAF und
Eleonore FISCHER

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

GRAF: Gründer der Ortsgruppe Favoriten im Jahre 1922 und der Betriebszellen innerhalb der Wiener Straßenbahnen, SA-Hauptsturmführer, im Jahre 1935 Ernennung zum Landesnachrichtendienstleiter;

FISCHER soll eine intime Freundin des Bundeskanzlers Dollfuß gewesen sein und für den Nachrichtendienst der illegalen NSDAP Spitzeldienste geleistet haben);

Planung eines Anschlags auf den Bundeskanzler Dollfuß vor dem Juliputsch 1934 (Anstifter soll Dr. BEGUS gewesen sein)

Einbezogener Akt: Vg 7a Vr 795/46, Eleonore FISCHER (§§ 8, 10, 11 VG, §§ 58, 134 StG)

© Copyright für die Beschreibung des Aktes LG Wien Vg 4d Vr 2650/46 (Vg 4 Vr3047/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1064
DÖW-Signatur: V278/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 310/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Auslieferungsverfahren (Polen)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Radom)

Volksgerichtsverfahren gegen: Konrad BUCHMAYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Ermordung von jüdischen Zwangsarbeitern in Radom (Polen), wo er als SS-Angehöriger (SS-Rottenführer) die Aufsicht über ein jüdisches Arbeitskommando in der Torfstecherei hatte

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 20.2.1953 wurde BUCHMAYER aufgrund der dürftigen Beweislage freigesprochen.

Am 23.8.1951 war das vorliegende Verfahren aus dem Auslieferungsverfahren Vg 1a Vr 2822/48 ausgeschieden, am 18.7.1952 die Überleitung des Auslieferungsverfahrens in ein inländisches Verfahren wegen §§ 1, 3, 4 KVG, § 134 StG gemäß § 36 StG beschlossen worden. Im Verfahren Vg 1a Vr 2822/48 war BUCHMAYER am 15.12.1950 zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 310/51

FStN-Mikrofilm Nr. 1064
DÖW-Signatur: V279/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 1721/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois BERNWIESER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und missbräuchlicher Bereicherung in Wien (unter anderem "Arisierung" der Hälfte einer Liegenschaft in Wien-Leopoldstadt, "Roberthof")

28.6.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 1721/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1064
DÖW-Signatur: V280/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 884/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer:

Ausländische ArbeiterInnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien (Simmering)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert LISCHTIK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von ausländischen Zwangsarbeitern in den Jahren 1939 bis 1945 unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Leiter des Werkschutzes der Saurer-Werke in Wien-Simmering, Denunziation von Angehörigen der Belegschaft der Saurer-Werke

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 9.11.1946 wurde LISCHTIK zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 24.11.1949 hob der OGH das Urteil insoweit es § 7 KVG betraf und im Ausspruch über die Strafe auf und verwies die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das gleiche Volksgericht. Am 1.3.1950 wurde LISCHTIK bezüglich § 7 KVG freigesprochen und im Zuge der Neubemessung der Strafe zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8 Vr 884/55
(Vg 1 Vr 2348/49)

FStN-Mikrofilm Nr. 1064+1065

DÖW-Signatur: V281/1–110

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 3244/47 (Vg 4d Vr 5094/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: alliierte Kriegsgefangene (rumänische Kriegsgefangene)

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf BELADA
Johann FUCHSJÄGER
Eduard FUEHSL (FÜHSL)
Felix HIRTZBERGER
Alois MAYERSFELD
Franz MEIXNER
Julius RIEDER
Robert SMAHA
Josef STIEFMEYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde, Misshandlung und Ermordung von rumänischen Kriegsgefangenen im Lager Schule Wien XVI, Lorenz-Mandlgasse, anlässlich der Evakuierung dieses Lagers und auf dem Evakuierungsmarsch von Wien über Stockerau (Niederösterreich) nach Braunau am Inn (Oberösterreich) im April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.1.1948 wurde BELADA zu lebenslänglichem schweren Kerker, FUCHSJÄGER zu 2 Jahren, FUEHSL zu 3 Jahren, SMAHA zu 15 Jahren, STIEFMEYER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. MAYERSFELD, MEIXNER, RIEDER und HIRTZBERGER wurden freigesprochen.

Gegen folgende Personen wurde nur ermittelt, da das Verfahren eingestellt, ausgedient oder vorläufig abgebrochen wurde:

Josef LOIDL, Leopold MÜLLER, Anton PROHASKA (PROCHASKA), Franz SPIRK, Johann CSIDA, Karl HULLESCH, Leopold BOSCHOFKY, Eduard PODHORSKY, Heinrich BERR, Oskar KRETSCHMER, Franz ZEMANN, Franz TOMASTIK, Karl LAUFER, Georg GROIS (GROISS), Anastasia GROIS (GROISS), Franz KRPATSCHKEK (KRPACEK), Karl SELIGER, Heinrich SCHIMKO, Johann USRAEL, Wilhelm HOLY, Franz FEUCHT, Karl POKORNY, Franz NOWAK (NOVAK), Leopold WENZEL, Karl HUBER, WILD, SASS (SASSMANN), BERNER, HREBICEK, LANG, KRPICH, PHILIPP, PICHLER und WEIGMANN

Einbezogene Verfahren:

* Vg 7d Vr 7928/46 (LOIDL, BELADA u. a. wegen §§ 3, 4 KVG, § 134 StG)

* Vg 2b Vr 5871/46 (NOVAK und MEIXNER wegen §§ 3, 4 KVG)

* Vg 2b Vr 5432/46 (RIEDER wegen §§ 3, 4 KVG, § 134 StG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 3244/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1065+1066

DÖW-Signatur: V282/1–66

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 781/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Hinterbrühl)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Mödling-Hinterbrühl), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl SASKO

Franz DIEPLINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf SASKO:

Ermordung von 50 oder 51 marschunfähigen Häftlingen der Außenstelle Hinterbrühl des KZ Mauthausen in der Nacht von 31. März auf 1. April 1945 durch Petroleum- oder Benzininjektionen anlässlich des Abtransportes der Häftlinge per Fußmarsch nach Mauthausen

Tatvorwurf DIEPLINGER:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen des KZ Mauthausen in den Heinkel-Flugzeugwerken in Haidfeld-Schwechat, einem Lager in Wien-Floridsdorf und in der Außenstelle Hinterbrühl des KZ Mauthausen unter Ausnutzung seiner Gewalt als Kapo (Sommer 1943 bis April 1945)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung gegen SASKO:

Am 9.9.1948 wurde gegen SASKO Anklage erhoben, am 24. 9.1948 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Verlauf des Gerichtsverfahrens gegen DIEPLINGER:

5.9.1955 DIEPLINGER wegen §§ 3, 4 KVG zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt.

24.2.1955: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Im vorliegenden Verfahren wurde weiters gegen folgende Personen im Zusammenhang KZ Mauthausen, Außenstelle Hinterbrühl, ermittelt:

* Hans BÜHNER und Georg GÖSSL (19.10.1961: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG).

* Kurt SCHMUTZLER (10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens wegen §§ 134ff StG gemäß § 224 StG).

* Hans ZIEGLER, Josef FÖRSTER, Rudolf MARKASCH (MARKATSCH), Josef DORN, Hans MÜLLER und Eduard CÜRTELEN (KÜRTELEN) (10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf weiterhin Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO).

* Karl ROLL (25.7.1969: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 134, 152 StG gemäß § 57 StPO).

* Johann Anton STREITWIESER (10.12.1971: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens wegen §§ 134ff StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]).

* Hans BRUCKNER (27.12.1956: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG).

* Hans SCHILLER (31.10.1956: Ausscheidung des Verfahrens wg. § 1 KVG, §§ 134ff StG gemäß § 57 StPO).

* Franz HOFMANN (7.4.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung

der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 781/55 (Vg 1a Vr 196/53, Vg 6c Vr 479/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1066
DÖW-Signatur: V283/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 542/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Tschechische Republik, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Werner SCHÖNEMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
seiner Funktion als Abteilungsleiter der Gestapo, Abteilung IV 3 b (Wirtschafts- und Industriespionageabwehr)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 22. 12. 1947 wurde SCHÖNEMANN zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
Am 1.4.1950 hob der Oberste Gerichtshof nach Wiederaufnahmeantrag von SCHÖNEMANN (9.6. 1949) das Urteil auf und verwies das Verfahren zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das gleiche Volksgericht.
Am 3.6.1950 zog die Staatsanwaltschaft (StA) die Anklage gegen SCHÖNEMANN gemäß § 227 StPO zurück; dieser wurde aber nicht auf freien Fuß gesetzt, da gegen ihn zu Vg 8c Vr 1072/49 (§ 1 KVG, Befehl zur Misshandlung und Ermordung von slowakischen Partisanen) ein Verfahren anhängig war.
Am 7.12.1946 hatte die Staatsanwaltschaft von einer Verfolgung der von SCHÖNEMANN angeblich in Polen begangenen Verbrechen abgesehen, da dafür keine konkreten Anhaltspunkte vorlagen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 542/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1066
DÖW-Signatur: V284/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 5277/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Stein-Prozess)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Hugo SCHEER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines aus dem Zuchthaus Stein a. d. Donau entlassenen Häftlings am 6.4.1945 in Aigen bei Krems (Niederösterreich) [SCHEER war zum Zeitpunkt der Tat 15 Jahre alt und Angehöriger des Volkssturms]

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.5.1946: SCHEER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
23.7.1946: Überprüfungsantrag von SCHEER.
21.9.1946: Aufhebung des Urteils; Zurückweisung der Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Volksgericht.
10.10.1946: SCHEER wird außer Verfolgung gesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 5277/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1066+1067

DÖW-Signatur: V285/1–61

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 257/52 (Vg 1d Vr 2260/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition, Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Ober-Hautzenthal)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Erich ROLAND

Walter HANSLIK

Dr. Karl PAWEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Major Biedermann und anderen Mitgliedern der von Biedermann geführten Gruppe der österreichischen Widerstandsbewegung am 5.4.1945 in Wien (die Denunziation hatte den Tod von Biedermann, Oberleutnant Raschke und Hauptmann Huth zur Folge), sowie: Anstiftung zur Denunziation in Wien im Jahre 1942 und Registrierungsbruch [ROLAND]; Illegalität ("Altparteigenosse", Dienstausscheidung der NSDAP in Bronze und Silber) und Befehl zur Ermordung eines ukrainischen Zwangsarbeiters Ende April 1945 in Ober-Hautzenthal/Niederösterreich [HANSLIK]

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

21.11.1947: Freispruch von ROLAND, Verurteilung von PAWEK zu drei Jahren und von HANSLIK zu lebenslänglichem schweren Kerker(s).

26.9.1952: Stattgabe des Wiederaufnahmeantrags von HANSLIK hinsichtlich § 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang) und der diesbezüglich Qualifikation nach § 11 VG, Aufhebung des Urteils in diesem Rahmen und Rückverweisung des Verfahrens in den Stand der Voruntersuchung.

9.3.1953: HANSLIK im Wiederaufnahmeverfahren wegen §§ 10, 11 VG zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt; bereits mit Beschluss vom 14.2. 1953 war das Verfahren hinsichtlich des Tatbestandes nach § 7/3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 257/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1067
DÖW-Signatur: V286/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 4845/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (auch Nebenlager)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich (Mauthausen, Steyr)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz STEURER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Häftlingen des KZ Mauthausen in den Jahren 1941-1942, Misshandlung von Häftlingen des KZ Mauthausen und des KZ Steyr-Münichholz [Nebenlager des KZ Mauthausen, Oberösterreich] in den Jahren 1941 bis 1945 (in vielen Fällen mit Todesfolge)

[STEURER war von August 1938 bis Herbst 1942 im KZ Mauthausen, davon ab September 1941 "Kapo", und von Herbst 1942 bis Mai 1945 im KZ Steyr-Münichholz]

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.2.1950 wurde STEURER zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt; am 23.8.1957 erfolgte die Nachscheidung der Reststrafe durch den Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 4845/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1067
DÖW-Signatur: V287/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 7006/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz STEURER
Maximilian WONDER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

missbräuchlicher Bereicherung im Herbst 1938 in Wien; sowie: Illegalität ("Altparteigenosse") und versuchter Denunziation im November 1944 in Wien [STEURER]

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.9.1950 wurde STEURER zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt, WONDER wurde freigesprochen.

Bereits am 28.12.1949 war die Anzeige gegen STEURER wegen §§ 8 VG, 4 KVG gemäß § 90 StPO zurückgelegt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 7006/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1067
DÖW-Signatur: V288/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1072/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Slowakei (Zilina, Cadca)

Volksgerichtsverfahren gegen: Werner SCHÖNEMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen in Zilina bzw. Cadca (Slowakei) in der Zeit November 1944 bis Jänner 1945 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Verbindungsführer zwischen dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei, den Verbänden des Heeres und der Waffen-SS und den slowakischen zivilen Verwaltungsstellen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.10.1951 wurde SCHÖNEMANN zu 9 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1072/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1067+1068

DÖW-Signatur: V289/1–55

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1356/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (St. Veit an der Gölsen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Raimund KOPIETZ

Rudolf STIX

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde und Misshandlung von Juden/Jüdinnen in Wien im Jahre 1938, missbräuchlicher Bereicherung in Wien und Sankt Veit an der Gölsen (Niederösterreich) im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.9.1948 wurden KOPIETZ und STIX zu je 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Nach Überprüfungsantrag von STIX (29.1.1949) wurde das Urteil am 9.4.1949 vom Obersten Gerichtshof im Ausspruch, dass die Tat der beiden Angeklagten einen wichtigen Nachteil der Helene Karpeles an ihrer Gesundheit zur Folge hatte, und bezüglich des Strafausmaßes aufgehoben, die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das gleiche Volksgericht verwiesen. Am 27.12.1950 wurden STIX und KOPIETZ zu je 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt (im Wiederaufnahmeverf. wurde der niedrigere Strafsatz des § 3 KVG angewendet).

Einbezogene Akten: 21b Vr 591/45 (Raimund KOPIETZ, §§ 171ff u.a. StG), Vg 11g Vr 6885/46 (Rudolf STIX, §§ 3, 4 KVG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1356/49

(Vg 1i Vr 428/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1068
DÖW-Signatur: V290/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 3513/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Buchenwald-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge
Tatland (Tatort): Deutschland (Weimar-Buchenwald)

Volksgerichtsverfahren gegen: Albert SCHÖPPEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen und Ermordung von mindestens vier Häftlingen (darunter zwei Juden/Jüdinnen) im KZ Buchenwald in der Zeit vom Juni 1938 bis Jänner 1939 (SCHÖPPEL war zum Zeitpunkt der Tat 16 Jahre alt!)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.10.1949 wurde SCHÖPPEL zu sieben Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 3513/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1068
DÖW-Signatur: V291/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 316/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton HUTTERER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter (Referat "Heimtückesachen, Legitimus und Reaktion") in Wien in den Jahren 1939 bis 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.7.1946 wurde HUTTERER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 316/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1068
DÖW-Signatur: V292/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 153/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien, Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Frieda MAZANEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (goldenes Ehrenzeichen der NSDAP)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 6.9.1945 wurde MAZANEK zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Mit Beschluss vom 4.10.1946 setzte der Bundespräsident die Strafe auf 2 Jahre schweren Kerkers herab.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 153/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1068
DÖW-Signatur: V293/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 205/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): ? (nachtragen!)

Volksgerichtsverfahren gegen: Vinzenz JANISCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (goldenes Ehrenzeichen der NSDAP)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 30.8.1945 wurde JANISCH zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 2.8.1947 wurde die Strafe durch den Bundespräsidenten auf 2 1/2 Jahre herabgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 205/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1068
DÖW-Signatur: V294/1–27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 4815/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Kärnten

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois PREIS
Karl RUMERSDORFER
Karoline RUMERSDORFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Mitgliedern der Kärntner Gruppe der Antifaschistischen Freiheitsbewegung Österreichs (AFÖ), der Widerstandsgruppen "Lambertrunde" und Gruppe Ghelleri sowie anderer Widerstandsgruppen (in mehreren Fällen mit Todesfolge)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.3.1948 wurde Karl RUMERSDORFER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt, PREIS wurde freigesprochen. Das Verfahren gegen Karoline RUMERSDORFER wegen § 7 KVG war bereits am 27.11.1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 4815/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1068+1069

DÖW-Signatur: V295/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 272/52

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Dachau-Prozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Deutschland (Dachau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Eugen KOELMEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

empfindlicher Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen des KZ Dachau in der Zeit von Juni 1938 bis Oktober 1939 und März 1940 bis April 1943 unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Stuben- bzw. Blockältester

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.5.1946 wurde KOELMEL zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

11.8.1952: Stattgabe des Wiederaufnahmeantrags von KOELMEL, Aufhebung des Urteils hinsichtlich § 3/2 KVG und des Strafausmaßes.

Am 15.12.1952 wurde das Strafausmaß hinsichtlich § 3/1 KVG auf 5 Jahre schweren Kerkers neu bemessen. Am 12.9.1952 war das Verfahren wegen § 3/2 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 272/52

(Vg 1a Vr 2490/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1069
DÖW-Signatur: V296/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 2731/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich RUSSEGGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), Verletzung der Menschenwürde von wegen politischer Strafsachen
Angeklagter unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Senatsvorsitzender des 7. Senates des
Oberlandesgerichtes Wien in Krems (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.6.1947 wurde RUSSEGGER zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Nach Aufhebung des Urteils
durch den OGH (Beschluss vom 13.3.1948) wurde RUSSEGGER in der neuerlichen Verhandlung am
21.5.1948 freigesprochen.

Das gegen RUSSEGGER wegen §§ 101 StG, 3 KVG geführte Verfahren war am 29.4.1947 gemäß §
109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]
eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 2731/48
(Vg 1e Vr 3360/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1069
DÖW-Signatur: V297/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 6627/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Micislaus KOZICZUK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Arisierung" einer Liegenschaft in Wien-Währing (Lacknergasse 108), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 30.7.1946 wurde KOZICZUK zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 9.10.1948 hob der Oberste Gerichtshof das Urteil im Schuldspruch über § 6 KVG und im Strafausmaß auf und verwies die Sache zur neuerlichen Verhandlung an das gleiche Volksgericht. Am 11.12.1948 wurde KOZICZUK bezüglich § 6 KVG freigesprochen und das Strafausmaß mit 3 1/2 Jahren schweren Kerkers neu bemessen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 6627/48
(Vg 4e Vr 3360/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1069
DÖW-Signatur: V298/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 964/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef STROHMAIER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Mitgliedern der Widerstandsgruppe Wilhelm von Herba im Jahre 1939 in Wien (ein Denunzierter wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 22.9.1950 wurde STROHMAIER zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 964/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1069
DÖW-Signatur: V299/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 1837/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Jakob NEBENFÜHR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Sprengstoffbesitz in Wien im Jahre 1934 (in der Absicht, selbst Sprengstoffanschläge durchzuführen oder andere Personen dazu Instand zu setzen), Illegalität (Ortsgruppenleiter, Leiter einer Terrororganisation der NSDAP), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 20.5.1946 wurde NEBENFÜHR zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Mit Beschluss vom 14.6.1949 wurde NEBENFÜHR aufgrund von Haftunfähigkeit aus der Haft entlassen. Am 14.3.1950 erfolgte die Nachsehung der Reststrafe durch Entschluss des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 1837/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1069
DÖW-Signatur: V300/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 218/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Emilie WOJTECH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der NS-Frauenschaft, Anzeigenerstattung im Jahre 1938 gegen einen Berufskollegen und im Jahre 1942 gegen eine weitere Person bei der Kreisleitung

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.9.1945 wurde WOJTECH zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 28.2.1949 erfolgte die Nachsehung der Reststrafe durch Entschluss des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 218/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1069
DÖW-Signatur: V301/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 586/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl SCHILL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SS-Mitgliedschaft, gewaltsamen Eindringens in die jüdische Haushaltungsschule "Krügerheim" in Wien, Verletzung der Menschenwürde von zahlreichen Juden/Jüdinnen und Denunziation eines Juden in Wien (dieser wurde in der Folge im Februar 1943 in das Sammellager Malzgasse gebracht), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.6.1946 wurde SCHILL zu 18 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Mit Entschließung des Bundespräsidenten vom 25.6.1953 erfolgte die Nachsehung der Reststrafe.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 586/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1069+1070

DÖW-Signatur: V302/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4529/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl FREYENSCHLAG

Marie NEUMÜLLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation eines Mitglieds einer illegalen kommunistischen Jugendorganisation, durch welche die Organisation aufgedeckt, eine größere Anzahl von weiteren Mitgliedern verhaftet und vor Gericht gestellt wurde; Illegalität (FREYENSCHLAG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.7.1946 wurde FREYENSCHLAG zu 15 Jahren und NEUMÜLLER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 2.7.1951 erfolgte die Nachsehung der Reststrafe von NEUMÜLLER und am 20.3. 1952 die Nachsehung der Reststrafe von FREYENSCHLAG durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4529/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1070
DÖW-Signatur: V303/1–49

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 1784/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Mödling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WISCHINKA
Fridolin CERNY
Wilhelm LIEBENAUER
Friedrich PITSCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
(Mitschuld an der) Ermordung von Isidor Wozniczak, der wegen antinationalsozialistischer Betätigung von der Gestapo verhaftet worden war, Anfang Mai 1945 bei Mödring (Niederösterreich); Illegalität (WISCHINKA, CERNY und LIEBENAUER)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 2.12.1947 wurde WISCHINKA zu 13 Jahren, CERNY zu 10 1/2 Jahren und LIEBENAUER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. PITSCH wurde freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 1784/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1070
DÖW-Signatur: V304/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 7780/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer:
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz NOLZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (SA-Sturmführer, NSDAP-Dienstauszeichnung in Bronze), Ermordung von Heinrich Sieber in Wien
in der Nacht von 21. auf 22. April 1933

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 27.3.1947 wurde NOLZ zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
Am 22.12.1951 erfolgte die Nachscheidung der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7780/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1070
DÖW-Signatur: V305/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1003/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert RESNICEK (REZNICEK)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Ortsgruppenleiter in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 5.9.1945 wurde RESNICEK zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 3.4.1947 erfolgte die bedingte Entlassung.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1003/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1070
DÖW-Signatur: V306/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 823/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Guido ULTSCHER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Ortsgruppenleiter von Unter St. Veit in Wien-Hietzing

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 6.10.1945 wurde ULTSCHER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 823/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1070
DÖW-Signatur: V307/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 146/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton KALVACH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Träger des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 30.8.1945 wurde KALVACH zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 4.10.1946 wurde die Strafe durch Entschließung des Bundespräsidenten auf 18 Monate herabgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 146/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1070+1071

DÖW-Signatur: V308/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 634/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Mannersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rupert LUDL

Edwin STELZIG

Josef SCHAPPELWEIN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von als Kommunisten verdächtigten Einwohnern von Mannersdorf (Niederösterreich) in den Jahren 1941 bis 1945, Bedrohung der Ortsbevölkerung von Mannersdorf mit dem Erschießen unter Ausnützung seiner Gewalt als Ortsgruppenleiter (LUDL), Illegalität (STELZIG und SCHAPPELWEIN)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 30.3.1946 wurde LUDL zu 10 Jahren, STELZIG zu 7 Jahren und SCHAPPELWEIN zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

3.1.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann STÖCKL und Michael PÖSCHL gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung], Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl HOFFMANN.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 634/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V309/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 510/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef TRUMM

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Träger des Blutordens der NSDAP

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 27.9.1945 wurde Trumm zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 4.10.1946 wurde die Strafe durch Entschließung des Bundespräsidenten auf 3 Jahre herabgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 510/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V310/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 964/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SCHAFFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Ziegelofen in Wien-Margareten

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 1.10.1945 wurde SCHAFFER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 29.11.1946 erfolgte die Herabsetzung der Strafe auf 2 Jahre schweren Kerkers durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 964/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V311/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 570/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KIESEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, stellvertretender Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Elterlein in Wien-Hernals

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 28.9.1945 wurde KIESEL zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 31.10.1946 erfolgte die Herabsetzung der Strafe auf 2 1/2 Jahre schweren Kerkers durch Entschließung des Bundespräsidenten.

Das Verfahren gegen Anna KIESEL wegen §§ 10, 11 VG war am 28.7.1945 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 570/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V312/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 8881/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Theresienstadt-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Tschechische Republik (Theresienstadt, Lauschwitz), Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst GIRZICK (GIRZIG)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SS-Obersturmführer, Blutordensträger; Verletzung der Menschenwürde und Misshandlung von Juden/Jüdinnen in Wien, im Asyl in der Gänsbachergasse in Wien (1939/40) sowie im Lauschwitzer Kessel bei Theresienstadt (1943) und im KZ Theresienstadt; GIRZICK war verantwortlich für die Deportation von Wiener Juden/Jüdinnen ins Ghetto bzw. Ghetto Theresienstadt und in polnische Konzentrationslager; von 1939 bis 1943 war GIRZICK Stellvertreter von Alois Brunner I in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und von Sommer 1943 bis Mai 1945 für die "Zentralstelle für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren" tätig (von März bis Dezember 1944 nach Ungarn abgeordnet), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 3.9.1948 wurde GIRZICK zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

- 13.11.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz STUSCHKA wegen § 3/2 KVG und Einbeziehung in das Verfahren Vg 2a Vr 6995/46.
- 25.6.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hans WOSTREL wegen § 3/2 KVG gemäß § 57 StPO.
- 7.1.1956: Ausscheidung des Verfahrens gegen Rudolf HAINDL wegen §§ 8, 10/3, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG (neue Geschäftszahl: 31 Vr 1814/56).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 8881/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V313/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2822/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Radom)

Volksgerichtsverfahren gegen: Konrad BUCHMAYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung an der Auflösung des sog. kleinen Ghettos in Radom (Polen) im November 1943, welche die Ermordung von vielen Juden/Jüdinnen zur Folge hatte; Misshandlung von jüdischen Zwangsarbeitern unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Kontrollorgan der Werkstätte des Judenlagers in Radom und Aufsichtsorgan einer in der Torfstecherei von Radom eingesetzten Gruppe jüdischer Zwangsarbeiter im Jahre 1943

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.12.1950 wurde BUCHMAYER zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2822/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V314/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 232/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien, Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WESTENACHER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Blutordensträger

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 7.9.1945 wurde WESTENACHER zu 13 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
Am 7.9.1947 erfolgte die Herabsetzung der Strafe auf 6 Jahre schweren Kerkers durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 232/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V315/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 301/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz MÜLLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SS-Sturmscharführer; MÜLLER hat vor und nach der Annexion Österreichs Berufskollegen, welche dem Nationalsozialismus während der "Verbotszeit" feindlich gegenüberstanden, angezeigt (MÜLLER war Angehöriger des Sicherheitskorps und trat bald nach der Annexion Österreichs in die Gestapo ein)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.1.1946 wurde MÜLLER zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 22.5.1950 erfolgte die bedingte Nachscheidung der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 301/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1071
DÖW-Signatur: V316/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 812/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, §-2-KVG-Prozess (Kriegshetze)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard FRAUENFELD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Blutordensträger, Dienstausszeichnung der NSDAP, Leiter des Gau- und Reichspropagandaamtes in Wien, arbeitete durch Mittel der Propaganda in den Jahren 1943 bis 1945 bewusst auf die Verlängerung des Krieges hin

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.1.1947 wurde FRAUENFELD zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 18.12.1952 erfolgte die bedingte Nachscheidung der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 812/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1071+1072

DÖW-Signatur: V317/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4436/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann PONZO-DIRELLI

Josef STROHMAIER (STROHMEIER, STROMEIER)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation einer Gruppe von Legitimisten in Wien im Jahre 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.3.1947 wurde PONZO-DIRELLI zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 1.4.1949 wurde das Verfahren gegen Josef STROHMAIER wegen § 7 KVG ausgedient.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4436/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V318/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11i Vr 7011/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Erwin SCHAFFAR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), SA-Sturmbannführer, goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, Dienstauszeichnungen der NSDAP in Silber und Bronze, Gauorganisationsamtsleiter, kommissarischer Kreisleiter des Kreises VI des Gaues Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.12.1947 wurde SCHAFFAR zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

16.10.1948: Aufhebung des Urteils durch den OGH hinsichtlich § 1/6 KVG und im Ausspruch über die Strafe (§ 1/6 KVG war zum Vorteil des Angeklagten unrichtig angewendet worden). Das Urteil blieb im Schuldspruch wegen §§ 10, 11 VG unberührt, das Verfahren wurde zur neuerlichen Entscheidung an das gleiche Volksgericht verwiesen. Am 15.2. 1949 wurde SCHAFFAR zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

2.7.1951: Bedingte Nachscheidung der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11i Vr 7011/48
(Vg 8d Vr 3927/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V319/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 592/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Leo LUFT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, Zellenleiter der Ortsgruppe "Kalvarienberg" in
Wien-Hernals

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 21.9.1945 wurde LUFT zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 13.1.1947 erfolgte die
Nachscheidung der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 592/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V320/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 566/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef VLASAK
Marie VLASAK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Beteiligung an der Plünderung eines jüdischen Geschäftes in Wien im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 22.9.1945 wurde Josef VLASAK zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt, Marie VLASAK wurde freigesprochen.

Am 31.7.1948 erfolgte die bedingte Nachscheidung der Reststrafe von Josef VLASAK durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 566/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V321/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 690/55 (Vg 4b Vr 5477/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard PAMPERL
Franz PICHLER
Willibald REPIS
Alfred ZIGANEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, gewaltsamen Eindringens in ein Heim der Vaterländischen Front im Jahre 1937 sowie Denunziation von Mitgliedern kommunistischen Widerstandsgruppen in Wien im Jahre 1940 (einer der Denunzierten wurde in der Folge zum Tode verurteilt und hingerichtet)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.3.1948 wurde PAMPERL zu 15 Jahren, REPIS zu 15 Monaten und ZIGANEK zu 20 Monaten schweren Kerkers verurteilt. PICHLER wurde freigesprochen.

20.1.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl SUCHANEK und Franz SPALI wegen §§ 10, 11 VG und § 152 StG gemäß § 57 StPO.

15.3.1956: Von einer weiteren Verfolgung von Franz PACHHAMMER wegen § 7 KVG wird gemäß § 34 Abs. 2 StPO abgesehen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 690/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V322/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 5376/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (St. Pölten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann RÖHRLING
Gustav PULKER
Rudolf HOLZWEBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von fünf ungarischen Juden/Jüdinnen unter Ausnützung ihrer dienstlichen Gewalt als Gestapobeamte der Gestapo-Außendienststelle Sankt Pölten (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 8.12.1948 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gegen RÖHRLING, PULKER und HOLZWEBER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich zwar das in Vg 7a Vr 1265/46 (Johann Röhrling u.a.) einbezogene Verfahren Vg 3b Vr 4486/47 (U.T., Ermordung von Josef Heidmeyer, Gestapoaktion gegen die Widerstandsbewegung innerhalb der Polizei Sankt Pölten), scheint in der Aktenübersicht aber nicht auf.

Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 1.8.1947 aus dem Verfahren Vg 7a Vr 1265/46 gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 5376/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V323/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 368/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich SCHOBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrugs, § 197 StG im Zusammenhang mit § 7D Wahlgesetz

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
21.3.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 368/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V324/1–15

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 799/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Auslieferungsverfahren

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Polen (Radom, Kielce)

Volksgerichtsverfahren gegen: Armin Adolf KRAUPATZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

seelische und physische Misshandlung von Polen und Juden/Jüdinnen in den Jahren 1940 bis 1944 in Radom und Kielce (Polen) als Funktionär der Gestapo im Rang eines SS-Hauptscharführers; Ermordung von Juden/Jüdinnen, darunter auch Greise und Kinder, während der Liquidierung des sog. großen Ghettos in Radom im Jahre 1942; Verhaftung und Einkerkierung in Radom und sodann Überstellung in verschiedene Konzentrationslager von mehreren polnischen Staatsbürgern, welche aus politischen und nationalen Gründen verfolgt wurden

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 2.3.1956 wurde das mit Beschluss vom 18.5. 1949 gemäß § 59 StPO eingeleitete Auslieferungsverfahren eingestellt.

Das gegenständliche Auslieferungsverf. war am 21.4.1947 aus dem Verfahren Vg 6d Vr 428/46 (Armin Kraupatz) gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 799/55 (Vg 6d Vr 3066/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V325/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8a Vr 3058/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter), Bezug zur NS-Justiz

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Alois WOTAWA

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)
§ 101 StG (Missbrauch der Amtsgewalt)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Tätigkeit als Vorsitzender des Sondergerichtes Wien und als Mitglied des Volksgerichtshofes in Wien
(Missbrauch der Amtsgewalt begangen aus nationalsozialistischer Gesinnung und Quälerei unter
Ausnützung dienstlicher Gewalt)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

27.10.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein
Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8a Vr 3058/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1072
DÖW-Signatur: V326/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 871/55 (Vg 7e Vr 658/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Tschechische Republik (Prag), Frankreich (Paris-Drancy)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WEISZL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS, SD; Beteiligung an Deportationen in Wien, Prag und Paris sowie Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen (Mitarbeiter von Brunner I und II in der Zentralstelle für Jüdische Auswanderung in Wien, im Februar 1943 Versetzung nach Prag [u.a. Transportbegleiter in das KZ Theresienstadt], Ende Juni 1943 Versetzung nach Paris, später Angehöriger des Überwachungspersonals des Lagers Drancy, ab März 1944 "Partisaneneinsatz" in Lyon, im Oktober 1944 wieder Versetzung nach Prag); "Arisierung" einer Wohnung in Wien-Leopoldstadt

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 14.3.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO bis zur allfälligen Rücküberweisung durch die französischen Besatzungsbehörden.
- 8.2.1949: Verurteilung durch den ständigen Militärgerichtshof in Paris zu lebenslanger Haft (am 24.9.1952 wurde die Strafe zu 20 Jahren Zuchthaus umgewandelt).
- 7.5.1956: In Hinblick auf diese Verurteilung wurde Weiszl gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] in Österreich außer Verfolgung gesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 871/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1072+1073

DÖW-Signatur: V327/1–19

Benützungsbefchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 3853/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WACHTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Misshandlung des Ehepaars Ringel im Sommer 1938 anlässlich der "Arisierung" dessen Geschäftes und Wohnung, "Arisierung" der Wohnung des Ehepaars Ringel und der Firma "Adolf Ringel, Haus- und Küchengeräte" in Wien-Penzing, Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.8.1947 wurde WACHTER freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 3853/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1073
DÖW-Signatur: V328/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 18/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich Karl WINTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Misshandlung bzw. Verletzung der Menschenwürde von unbekanntem ausländischen Arbeiter, eines weiteren Arbeiters sowie einer Jüdin unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Betriebsobmann der "Ostmarkwerke" in Wien in den Jahren 1942 bis 1944, Denunziation von kommunistischen Arbeitern der "Ostmarkwerke" in den Jahren 1942 bis 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.6.1947 wurde WINTER zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 22.12.1952 wurde dem Wiederaufnahmeantrag von WINTER hinsichtlich der Verurteilung wegen § 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang) stattgegeben und das Urteil aufgehoben. Am 13. 5. 1953 wurde die Strafe auf 4 Jahre schweren Kerkers herabgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8 Vr 18/53
(Vg 11h Vr 3487/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1073
DÖW-Signatur: V329/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 4363/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm ALBRECHT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer"), Denunziation von Alfred Roeden im Jahre 1944 in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 2.7.1947 wurde ALBRECHT zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 4363/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1073
DÖW-Signatur: V330/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12d Vr 4490/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938 (Juliputsch 1934)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann WEITSCHACHER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer")
Beteiligung am Juliputsch 1934 in Wien unter Bruch seines Dienstes als österreichischer
Polizeibeamter

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 11.3.1948 wurde WEITSCHACHER zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12d Vr 4490/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1073+1074

DÖW-Signatur: V331/1-46

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20a Vr 731/55

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Strafverfahren gegen: Karl ZEITLBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter ("Judenreferat") in Wien in den Jahren 1938 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 5.12.1950 wurde ZEITLBERGER zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Das Verfahren wegen §§ 4, 5a, und 6 KVG war am 9.11.1949 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 9.9.1955 wurde dem Wiederaufnahmeantrag von ZEITLBERGER stattgegeben, das Urteil aufgehoben, das Verfahren trat in den Stand der Voruntersuchung zurück. Am 21.11.1956 wurde ZEITLBERGER im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20a Vr 731/55

(Vg 4 Vr 5597/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1074
DÖW-Signatur: V332/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3f Vr 3461/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WEINHANDEL
Hugo ABLASSER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" der Firmen Moritz Krausz jun. und Moritz Krausz & Co. in Wien-Innenstadt, Rotenturmstraße 20 und 23, im Jahre 1939

- 27.5.1949: Einstellung des Verfahrens gegen WEINHANDEL und ABLASSER wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 29.6.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen ABLASSER wegen §§ 8, 10, 11 VG und Abtretung an das Volksgericht Graz gemäß § 51 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3f Vr 3461/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1074
DÖW-Signatur: V333/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 5548/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WIMMER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter (Referat IV 2b) in Wien im Juni 1943 bzw. Jänner 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.1.1949 wurde WIMMER zu 6 Jahren strengen Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 5548/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1074
DÖW-Signatur: V334/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4019/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WURZBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Alt-Liesing", Träger des 10jährigen Dienstabzeichens der NSDAP, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Bürgermeister und Ortsgruppenleiter in Wien-Liesing im Jahre 1938, Diebstahls eines Radioempfängers im November 1938 in Wien-Liesing

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.9.1946 wurde WURZBERGER zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4019/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1074
DÖW-Signatur: V335/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 817/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WILD
Hans DIRL
Julius BROMBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Arisierung" in Wien in den Jahren 1938 und 1939, Verletzung der Menschenwürde von jüdischen Mitbewohnern im Jahre 1938 (Durchsuchen der Wohnungen, die Bewohner wurden zum Verlassen derselben gezwungen) bzw. versuchter Denunziation in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

WILD wurde am 16.9.1946 zu 2 Jahren schweren Kerkers, DIRL am 15.1.1948 zu 10 Monaten Kerker verurteilt.

Am 7.5.1957 wurde das Verfahren gegen BROMBERGER wegen §§ 10, 11 VG, § 4 KVG gemäß §§ 12/Abs. 2, 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957 und wegen § 83 StG gemäß § 1/Abs. 2 Amnestie 1957 eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 817/55
(Vg 2c Vr 874/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1074
DÖW-Signatur: V336/1–49

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 4013/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung
("Heeresstreifen-Prozess")

Opfer: Soldaten (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois PÜRRER
Johann HOLFELNER
Johann STYKAR
Franz FASCHING
Walter WENNINGER-LAMMEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von inhaftierten Deserteuren in der Rossauerkaserne in Wien in den Jahren 1943 bis 1945 unter Ausnützung ihrer dienstlichen Gewalt als Angehörige der Wehrmachtsfahndung (Heeresstreife Groß-Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 22.11.1948: Verfahren gegen Peter BADEN zur Vermeidung von Verzögerungen gemäß § 57/1 StPO ausgeschieden
- 19.5.1949: Verfahren gegen KAZDAR, Anton KRESS, Johann BINDER, Otto HOLZINGER, Leopold STUMWOEHRER, EDER, Wilhelm DELL, Erwin BETZ, KUEHNBERGER und Franz HOFLEHNER gemäß § 57 StPO ausgeschieden.
Zurücklegung der Anzeige gegen Wenzel MOTTL gemäß § 90 StPO und die Einstellung des Verfahrens gegen Josef RINSA gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]
- 25.7.1949: Verfahren gegen Karl EVERTS gemäß § 57 StPO ausgeschieden und in Vg 6f Vr 1705/49 einbezogen
- 16.11.1950: PÜRRER zu 1 Jahr, HOLFELNER zu 18 Monaten, STYKAR zu 9 Monaten und FASCHING zu 6 Monaten schwerem Kerker verurteilt. WENNINGER-LAMMEL wurde freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 4013/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1074+1075

DÖW-Signatur: V337/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 2745/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WICK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Zugehörigkeit zur SS, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter, Denunziation in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.11.1947 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 2745/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1075
DÖW-Signatur: V338/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11b Vr 4656/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf Franz WICK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Altparteigenosse"), Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 16.9.1947 wurde WICK freigesprochen.
Am 25.9.1946 erfolgte die Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3 KVG, 101 StG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 4656/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1075
DÖW-Signatur: V339/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11i Vr 2016/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Bezug zu Stein-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Häftlinge
Tatland (Tatort): Slowenien (Pettau/Ptuj), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WOLF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen in Wien in den Jahren 1942 bis 1944 unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Gestapobeamter ("Marxistenreferat"), Verletzung der Menschenwürde von Widerstandskämpfern im Juli 1944 bei der Gestapodienststelle in Pettau (ehemaliges Jugoslawien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.10.1948 wurde WOLF zu 8 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 2.3.1948 war das Verfahren gegen WOLF wegen § 134 StG (Massaker im Zuchthaus Stein, April 1945), § 6 KVG ("Arisierung" einer Wohnung) eingestellt und am 6.4.1948 das Verfahren wegen §§ 8, 10, 11 VG ausgeschieden worden. Am 16.6.1950 wurde das Verfahren gegen Josef KOUBA wegen § 3 KVG ausgeschieden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11i Vr 2016/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1075
DÖW-Signatur: V340/1–36

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg Vg 12 Vr 7893/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938 (Juliputsch 1934)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf WEYDENHAMMER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

aktive Beteiligung am "Juliputsch" der Nationalsozialisten im Jahre 1934, soll Finanzier und Auftragsüberbringer von der illegalen Landesleitung der NSDAP in München an die österreichischen Nationalsozialisten gewesen sein

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 22.2.1951: Einstellung des Verfahrens durch Entschließung des mit den Funktionen des Bundespräsidenten betrauten Bundeskanzlers.
- 20.9.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Viktor SAUER wegen §§ 10/1 und 2, 11 VG und § 199a StG gemäß § 57 StPO.
- 3.7.1951: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hans BLASCHKE wegen §§ 197, 199a StG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg Vg 12 Vr 7893/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1075+1076

DÖW-Signatur: V341/1–70

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 899/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl KLEMMAYR (KLEMMAYER)

Josef FUCEC

Josef WEINHANDL (WEINHANDEL)

Anton TREYBAL

Ottokar WINOPAL

Friedrich NOVOTNY (NOWOTNY)

Rudolf CHROMECEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Denunziation in Wien im Frühjahr 1938

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen in Wien im November 1938

"Arisierung" in Wien im November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 27.11.1948 wurde KLEMMAYER zu 4 Jahren, FUCEC zu 3 Jahren und WEINHANDEL zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt. TREYBAL und WINOPAL wurden freigesprochen.

26.11.1948 (2. Tag der Hauptverhandlung): Ausscheidung des Verfahrens gegen CHROMECEK und NOVOTNY gemäß § 57 StPO.

Einbezogene Akten:

Vg 6d Vr 2926/46 (Ottokar WINOPAL, §§ 10, 11 VG, §§ 6, 7 KVG, § 98 StG);

Vg 8f Vr 3528/47 (Josef FUCEC, § 11 VG, 3 6 KVG);

KG Leoben 18 a Vr 2432/47 (Josef WEINHANDL, § 11 VG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 899/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1076+1077

DÖW-Signatur: V342/1–54

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27a Vr 4763/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Kriegsverbrecherprozess (Geheime Feldpolizei)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Babrujsk (Belorussland/Belarus)

Strafverfahren gegen: Johann WEITSCHACHER

Franz KÖGL

Friedrich KASPER

Wilhelm PETER

Oswald HRABAL

Josef SCHMATZBERGER

Richard STRAUSZ

Franz CHMEL

Walter NEDWED

Wilhelm WONISCH

Franz RECHENAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von russischen Zivilpersonen in den Jahren 1941/42 bis Mitte 1944 als Angehörige der Geheimen Feldpolizei, Gruppe 707, welche in Bobruisk (UdSSR, Mittelrussland) eingesetzt war

Verlauf der Vorerhebungen:

31.10.1967: Zurücklegung der Anzeige wegen § 212 RStGB gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27a Vr 4763/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1077
DÖW-Signatur: V343/1–68

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20a Vr 3333/56 (Vg 8e Vr 773/55, Vg 13b Vr 2150/46)
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, UdSSR

Strafverfahren gegen: Leopold MITAS
Heinrich NEMEC
Josef PÖLL
Friedrich VÖLKL
Ferdinand NEUMAYER
Karl WEIGL
Jakob SCHUCH
Rudolf GULDAN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ermordung und Beraubung von Juden/Jüdinnen sowie missbräuchlicher Bereicherung in Boryslav (heutige Ukraine) in den Jahren 1941 bis 1944 (1945), Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Gewalt als Angehörige der Schutzpolizei bzw. als Befehlshaber der ukrainischen Polizei (NEMEC) in Boryslav in den Jahren 1941 bis 1944 (1945), NEMEC des weiteren wg. versuchter Denunziation sowie Verletzung der Menschenwürde in Wien in den Jahren 1938 und 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.7.1956 wurde MITAS zu lebenslänglichem schweren Kerker, PÖLL zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt; NEUMAYER, WEIGL, SCHUCH und GULDAN wurden freigesprochen.
Am 8.10.1959 wurde das Verfahren gegen NEMEC gemäß § 224 StG eingestellt (Nemec war am 3.2.1948 in sowjetischer Haft gestorben); VÖLKL war im April 1949 außer Landes gebracht worden.
Bereits am 30.7.1957 erfolgte die bedingte Nachscheidung der Reststrafe von PÖLL und am 13.1.1958 die bedingte Nachscheidung der Reststrafe von MITAS durch Entschließung des Bundespräsidenten.
Am 29.4.1948 war NEUMAYER wegen "Brutalitäten gegen Bürger in der UdSSR während des Krieges" zu 25 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Am 23.9.1949 war PÖLL von einem sowjetischen Militärgericht in Baden (Niederösterreich) zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20a Vr 3333/56

FStN-Mikrofilm Nr. 1077+1078

DÖW-Signatur: V344/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 4586/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Hitler-Jugend), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische), Ausländische
ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm Otto WEINZIERL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), HJ-Bannführer, goldenes Ehrenzeichen der HJ, Verletzung der
Menschenwürde von HJ-Angehörigen unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Inspekteur der
Wehrtüchtigungslager in Wien in den Jahren 1944 und 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.11.1949 wurde WEINZIERL zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

18.11.1948: * Einstellung des Verfahrens gegen WEINZIERL wg. §§ 1/Abs. 2 KVG, 134 StG (Faktum
serbische Kriegsgefangene, Ermordung von Johann Chvosta sowie von "Plünderern" am
Franz Josefs-Bahnhof in Wien im April 1945) gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

* Zurücklegung der Anzeige gegen Erwin HÜTTNER wg. § 3 KVG, gegen Ladislaus
ROZNOW wg. §§ 11 VG, 3 KVG, gegen Paul BRIXI wg. § 3 KVG, gegen Franz SUCKDOLAK
(SUKDOLAK) wg. § 4 KVG und gegen Walter NEUWIRTH wg. §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 90
StPO.

* Ausscheidung des Verfahrens gegen Rudolf Wilhelm SMEJKAL (zu Vg 6e Vr 7215/48)
und gegen Franz STEINER wg. § 8 VG (zu Vg 6 Vr 7214/48) gemäß § 57 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 4586/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V345/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12g Vr 5142/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Leobersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold KLIMESCH
Otto LEXA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), (Mitschuld an der) Ermordung von drei unbekanntem Ausländern am 1. April 1945 in Leobersdorf (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.2.1948 wurden KLIMESCH und LEXA zu je 11 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12g Vr 5142/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V346/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4202/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig WENKO

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Verletzung der Menschenwürde eines jüdischen Ehepaares im Jahre 1938 in Wien,
Denunziation von Viktor Hildesheim am 2.9.1939 in Marbach a. d. Drau [=Donau]

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.2.1947 wurde WENKO zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4202/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V347/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 1626/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Wien-Simmering/Saurerwerke)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien (Simmering)

Volksgerichtsverfahren gegen: Gerhard WITTKOWSKI

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen in der Zeit von September 1944 bis April 1945 unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Führer vom Dienst im KZ Saurerwerke (Nebenlager des KZ Mauthausen) in Wien-Simmering, gab am 1.4.1945 auf dem Evakuierungsmarsch von Wien nach Steyr (Oberösterreich) als Führer eines Häftlingstransports den Befehl, nicht mehr "marschfähige" Häftlinge zu erschießen

- 28.9.1960: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.
- 14.12.1971: Zurückziehung der Anklage wegen § 137 StG (§§ 5, 134, 135/3 StG) gemäß § 227/1 StPO.
- 14.12.1971: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 134ff StG (Ermordung eines unbekanntem Häftlings am 4.4.1945 in Purkersdorf/Niederösterreich) gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 1626/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V348/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 676/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Auslieferungsverfahren (stattgegeben), Polizei (Sipo)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Horst Günther WINKLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Juden/Jüdinnen in Polen in der Gegend von Tschenstochau, Kielce, Zychlin und Warschau unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als SS-Angehöriger und Kriminalassistent der Sicherheitsspolizei Tarnopol

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 11.8.1955 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Am 17.4.1947 bewilligte das Landesgericht Wien die Auslieferung von WINKLER an das Gericht in Tschenstochau. Am 6.11.1947 wurde WINKLER den polnischen Behörden übergeben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 676/55 (Vg 4 Vr 4972/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V349/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1383/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Ziersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann WEISER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation im August 1944 und Verletzung der Menschenwürde im April 1945 in Ziersdorf (Niederösterreich), Ortsgruppenleiter von Ziersdorf und Kreisobmann der DAF

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.12.1947 zog die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen WEISER wegen § 7 KVG gemäß § 227 StPO zurück.

Am 17.3.1947 wurde WEISER wegen §§ 11 VG, 4 KVG zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

17.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Theresia FIEDLER und Johanna PAUL wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Johann BLAUENSTEINER wegen § 7 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Einbezogener Akt: Vg 2c Vr 2065/45 (Theresia FIEDLER, Johanna PAUL u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1383/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V350/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6d Vr 1731/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton WINIWARTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlungen und Verletzung der Menschenwürde unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als
Kriminalsekretär der Gestapo ("Judenreferat") in Wien, SS-Hauptscharführer

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 30.10.1947 wurde das Verfahren wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6d Vr 1731/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V351/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 89/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig HANREITER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungs Betrugs

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

6.7.1948: Einstellung des Verfahrens über Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

23.9.1946: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 7/D Wahlgesetz.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 89/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1078
DÖW-Signatur: V352/1–42

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 811/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Fischamend)

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan KATZAROFSKI
Johann WILLIM

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von politischen Gegnern des Nationalsozialismus im April 1938 in Fischamend (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.8.1951 wurde WILLIM freigesprochen. Das Verfahren gegen KATZAROFSKI wurde am 6.3.1952 gemäß § 224 StG eingestellt.

- 2.7.1947: Zurücklegung der Anzeige gegen Johann BERTHOLD wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG gemäß § 90 StPO.
- 4.11.1947: Zurücklegung der Anzeige gegen Franz SCHWIHLA wegen § 58 b und c StG gemäß § 90 StPO.
- 23.9.1949: * Einstellung des Verfahrens gegen Johann HAWLICEK wegen §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz, §§ 3,4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- * Zurücklegung der Anzeige gegen Johann SCHWIHLA (SCHWEHLA) wegen §§ 10, 11 VG, § 58 b und c StG, Vergehen nach BDStG, verbotener Waffenbesitz; gegen Rudolf HOFER und Otto PENDEL wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz; gegen Johann MAPPES (MAPPER) wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG; gegen Franz SCHMID (SCHMIED), Franz FLEISCHMANN und Otto FLEISCHMANN wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz, §§ 3, 4 KVG sowie gegen Franz NIKLAS und Josef JÄGER gemäß § 90 StPO.
- * Ausscheidung des Verfahrens gegen Leopold RAAB wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG.
- * Zurücklegung der Anzeige gegen KATZAROFSKI wegen §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz und gegen WILLIM wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 5 Sprengstoffgesetz gemäß § 90 StPO.
- * 12.1.1956: Zurücklegung der Anzeige gegen Karl WATZEK und gegen RATH wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 811/55
(Vg 1i Vr 3577/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1078+1079

DÖW-Signatur: V353/1–70

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 905/55 (Vg 1a Vr 610/50, Vg 1 Vr 3044/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: August WIEDEMANN

Josef KADERA

Karl SCHREITER

Josefa WIEDEMANN

Franz TRITTENWEIN

Leopold HENGL

Hans VLCEK

Stefan ANDERKA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Illegalität, Beraubung von jüdischen Familien am 10.11.1938 in Wien, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen im Jahre 1938 in Wien bzw. Registrierungsbetrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 7.11.1946: Urteil: August WIEDEMANN wurde zu drei Jahren, KADERA zu fünf Jahren, SCHREITER zu zweieinhalb Jahren, TRITTENWEIN zu einem Jahr und VLCEK zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Josefa WIEDEMANN und HENGL wurden freigesprochen.
- 10.10.1950: dem Wiederaufnahmeantrag der Staatsanwaltschaft bezüglich August WIEDEMANN wurde stattgegeben. Das Urteil wurde in Ansehung des Freispruchs wegen §§ 190, 192 StG, § 4 KVG aufgehoben und blieb im übrigen unberührt. Am 8.8.1951 wurde das wiederaufgenommene Verfahren gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] beendet.
- 19.2.1951: Die Anzeige gegen ANDERKA wegen § 6 KVG wird gemäß § 90 StPO zurückgelegt
- 21.2.1951: Die Ratskammer des Landesgerichtes Wien gibt dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Verfahrens wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 352/1 StPO Folge.
- 4.7.1951: Das Verfahren gegen ANDERKA wegen §§ 8, 10, 11 VG wird gemäß § 227/1 StPO eingestellt.
- 1.9.1952: Im Wiederaufnahmeverfahren, geführt wegen § 6 KVG, wird ANDERKA freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 905/55: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V354/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 6509/56
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Auslieferungsverfahren

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge (polnische)
Tatland (Tatort): Polen (Ostrau/Ostrowiec, Bezirk Opatow)

Strafverfahren gegen: Raimund ZWIERZYNA (ZWIERCZYNA, CWIERCZYNA)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Juden/Jüdinnen, Verschickung in Konzentrationslager und "Abnahme" der letzten Wertgegenstände und des letzten Bargeldes von den im ihm unterstehenden Zwangsarbeitslager internierten Menschen (ZWIERZYNA war in Ostrowiec, Bezirk Opatow in Polen, in den Jahren 1941 bis 1945 Leiter der Sicherheitswache der Ostrauer Anstalten und Kommandant des Zwangsarbeitslagers für polnische und jüdische Staatsbürger)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 8.10.1947 wurde das Auslieferungsverfahren gemäß § 59 StPO eingeleitet. Am 13.12.1956 erfolgte die Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 6509/56 (Vg 8c Vr 6161/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V355/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1k Vr 5572/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WOLF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Nötigung von Juden/Jüdinnen zur Räumung ihrer Wohnung in Wien-Brigittenau Anfang 1939 und Verletzung ihrer Menschenwürde

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.5.1947 wurde WOLF freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1k Vr 5572/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V356/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 335/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl ZEITLBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf:

missbräuchlicher Bereicherung in Wien (ZEITLBERGER war Gestapobeamter im Referat II B 4, "Judenreferat")

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

31.3.1952: Zurücklegung der Anzeige wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 335/51

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V357/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 3024/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WOLF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungsbruch

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 12.11.1948 wurde von einer weiteren Verfolgung im Hinblick auf die zu Vg 11 Vr 2016/47 am 29.10.1948 wegen § 3/1 KVG erfolgte Verurteilung zu 8 Jahren schweren Kerkers gemäß § 34/2/1 StPO abgesehen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 3024/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V358/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 6004/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Bezug zu Südostwall-Prozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Emilian WEYMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Altparteigenosse", "Alter Kämpfer"), Kreisamtsleiter für Volksgesundheit in Eisenstadt (Burgenland), SA-Obersturmführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 2.2.1948 wurde WEYMANN zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.
Das Verfahren wegen §§ 1, 3 KVG (Verhalten von WEYMANN als abschnittsleitender Arzt beim Südostwallbau 1944/45) war am 23.12. 1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 6004/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V359/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 5123/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf HEIDRICH jun.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer", Goldenes Ehrenzeichen der HJ, Österreichische Legion)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 22.1.1953: Einstellung des Verfahrens gegen HEIDRICH jun. gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).
- 15.10.1949: Zurücklegung der Anzeige gegen Rudolf HEIDRICH sen., Anton WEINBACHER und Theodor MEHLFÜHRER wegen § 11 VG gemäß § 90 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Leopold LEROCH wegen § 11 VG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 13.11.1949: Zurücklegung der Anzeige gegen Josef WURZBERGER wegen § 11 VG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5123/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1079
DÖW-Signatur: V360/1–15

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1867/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Wiener Neudorf)

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl MATIAS
Karl LEHNERT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen des KZ Wiener Neudorf (Außenlager des KZ Mauthausen) in den Jahren 1943 bis 1945 unter Ausnützung ihrer Aufsichtsgewalt als Angehörige der Wachmannschaft sowie Raub der für die Häftlinge bestimmten Lebensmittelpakete

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.11.1946 wurde MATIAS zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
Das Verfahren gegen LEHNERT wurde in der Hauptverhandlung (12.11.1946) ausgeschieden und vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt. Am 11.5.1960 wurde das Verfahren gegen LEHNERT wegen §§ 152, 155, 156 StG, §§ 171, 174 I c StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

ACHTUNG: DIE §§ SIND LAUT ANKLAGE FOLGENDE:

Karl Matias: § 3 KVG

Karl Lehnert: §§ 3, 6 KVG

Bereits am 27.9.1946 war das Verfahren gegen MATIAS UND LEHNERT wegen §§ 1 KVG, 134 StG (Ermordung von Häftlingen auf dem Evakuierungsmarsch nach Mauthausen zu Kriegsende) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

27.9.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef ROSICKY, Anton HÖLLRIEGEL, HÜLSEN, Kurt REIN, Otto MESTER, KLEWA (GLEBA), Willy WILHELMSSEN, Nikolaus SCHKODA, Nikolaus KOSS, Josef NIEDERMAYER, Georg STRECKER, Nikolaus HARASZIN, Karl LAHM und SCHMUTZLER wegen §§ 3, 4 KVG, § 134 StG ausgeschieden und vorläufige Einstellung gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1867/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1079+1080

DÖW-Signatur: V361/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3a Vr 4984/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WIEDERMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seiner Tätigkeit als selbständiger Sachbearbeiter im Gestapo-Referat II-d (Schutzhaft-Angelegenheiten)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

5.6.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG, § 3 KVG, § 101 StG gemäß § 109 StPO

[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3a Vr 4984/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V362/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9a Vr 1041/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess (Wehrmachtsverbrechen)

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Italien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ZILLER (ZILLA, SCHILLA)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung an der Ermordung von 650 Italienern bei St. Anna Stamezza, Provinz Lucca, im August 1944
als Angehöriger der SS-Panzerdivision

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

3.6.1949: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 1 KVG, 134 StG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9a Vr 1041/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V363/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 6057/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann WERTH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde in Wien unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als
Gestapobeamter

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
19.10.1949: Zurücklegung der Anzeige wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 6057/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V364/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 49/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Minister im "Anschluss-Kabinett")

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich WIMMER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Zusammenarbeit mit dem illegalen Gauleiter von Niederösterreich, Hauptmann Leopold, und anderen prominenten Illegalen, Mitglied des "Anschlusskabinetts" von Seyß-Inquart, SS-Sturmbannführer

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

9.11.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG, §§ 8 KVG und 58 b, c StG gemäß § 12, Abs. 2, 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957 und gemäß § 1, Abs. 2 Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 49/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V365/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 373/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Reinhard WERNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" der Firma Adolf Ringel (Haus- und Küchengeräte) und der Wohnung der Familie Ringel in Wien-Fünfhaus, Misshandlung

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.4.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 3 KVG, 5 StG, 6 KVG gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 373/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V366/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 841/55 (Vg 8b Vr 896/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WINKLER
BRAUN
Felix KUMP
Walter KASSNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" des Geschäftes Jelinek (Farben- und Eisenhandlung) in Wien-Donaustadt und Verletzung der Menschenwürde der Familie Jelinek

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

9.8.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Karl WINKLER und Felix KUMP gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung], Zurücklegung der Anzeige gegen Walter KASSNER wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO.
17.4.1958: Einstellung des Verfahrens gegen BRAUN wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 841/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V367/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 7862/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleiter)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Baldur von SCHIRACH
Vermögensverfallsverfahren (§ 24 des Volksgerichtsverfahrens- und
Vermögensverfallsgesetzes)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf:
Gauleiter von Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
28.5.1949: Vermögensverfall

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 7862/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V368/1–25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 17/50 (Vg 1g Vr 6363/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleitung Horn/NÖ)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Horn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred SCHLAG

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer", Leiter des Kreisstabes Horn (Niederösterreich), NSKK-Obersturmführer; Mitschuld an der Ermordung von Isidor Wozniczak Anfang Mai 1945 in Horn (Wozniczak war von der Gestapo wegen Verdachtes der antinationalsozialistischer Betätigung verhaftet worden); Verbrechens gegen die Menschlichkeit

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.6.1949: Verurteilung zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers wegen §§ 10, 11 VG (bezüglich §§ 5, 134, 135/3, 136 StG, § 1/2 KVG war das Verfahren ausgeschieden und an den Untersuchungsrichter rückgeleitet worden)

16.2.1950: Freispruch bezüglich §§ 5, 134, 135/3, 136 StG, § 1/2 KVG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 17/50

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V369/1–32

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 314/50 (Vg 1c Vr 1762/48)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Theresienstadt-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Tschechische Republik (Theresienstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann VOSTREL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Hauptscharführer, "Altparteigenosse", Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Ermordung von jüdischen Häftlingen im KZ Theresienstadt im Jahre 1942, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen im KZ Theresienstadt und in anderen Orten der Tschechoslowakei in den Jahren 1941 bis 1945, Registrierungsbetrugs
(Vostrel war im KZ Theresienstadt hauptsächlich als Kraftfahrer des Lagerkommandanten Seidl, später auch als Garagenmeister beschäftigt)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

4.9.1952: Einstellung des Verfahrens hinsichtlich § 134 StG ("Ermordung jüdischer Kinder, Verletzungen beim Fahren mit Kraftfahrzeugen, Schiessen in der Nacht und Quälereien an Otto Guth") gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Erklärung nach § 34/2 StPO [Auslieferung] hinsichtlich § 6 KVG (Beraubung der im Lager ankommenden Juden/Jüdinnen).
13.10.1952 VOSTREL zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Einbezogener Akt: Vg 8c Vr 6985/48 (Auslieferungsverfahren gegen Johann VOSTREL)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 314/50

FStN-Mikrofilm Nr. 1080
DÖW-Signatur: V370/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4722/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz SCHEBEK (SCHEBECK)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen des KZ Auschwitz (in mindestens einem Fall mit Todesfolge) in den Jahren 1940 bis 1945 unter Ausnutzung seiner Gewalt als SS-Unterscharführer, missbräuchlicher Bereicherung im KZ Auschwitz in den Jahren 1940 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 3.10.1951 wurde SCHEBECK zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4722/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1080+1081

DÖW-Signatur: V371/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1265/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold MÖSLEIN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SA-Obersturmführer, "Arisierung" des Kindermodengeschäftes von Otto Reich in Wien-Brigittenau im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.2.1947 wurde MÖSLEIN zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1265/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1081
DÖW-Signatur: V372/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9b Vr 7412/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Auslieferungsverfahren (Ablehnung durch OLG, anschließend von der sowjetischen Besatzungsmacht an Polen ausgeliefert)

Opfer: ZivilistInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Zakopane)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz VIKTORIN
(Auslieferungsverfahren)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seit Herbst 1940 Angehöriger der Gestapo-Außendienststelle Zakopane (Polen), Ermordung von Personen der polnischen Zivilbevölkerung in den Jahren 1940 bis 1944 in Zakopane und Umgebung, Verdachts der Beteiligung an der Liquidation des Ghettos von Nowy Targ (Polen), Misshandlung von Widerstandskämpfern

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.8.1950: Ablehnung des Auslieferungsbegehrens der polnischen Regierung durch das Oberlandesgericht.
15.11.1950: Viktorin wird über Auftrag der Alliierten Kommission für Österreich, sowjetisches Element, zur Auslieferung an Polen der Polizeidirektion Wien-Ausländeramt übergeben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9b Vr 7412/48
(Vg 4c Vr 1723/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1081
DÖW-Signatur: V373/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 4453/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold URBAN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", Verletzung der Menschenwürde eines jüdischen Häftlings unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Kriminalbeamter der Kripoleitstelle Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

6.2.1948: Einstellung des Verfahrens bezüglich § 3 KVG (Bedrohung mit der Verschickung ins KZ) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung], Zurücklegung der Anzeige wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO.
Am 30.9.1948 wurde URBAN bezüglich §§ 10, 11 VG, § 4 KVG freigesprochen.

Einbezogener Akt: LG Linz Vg 8 Vr 3713/47 (Leopold URBAN)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 4453/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1081
DÖW-Signatur: V374/1–18

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 1183/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter), Bezug zur NS-Justiz, Bezug zu Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Gustav TAMELE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Altparteigenosse", SA-Sturmbannführer

Funktion im NS-Regime

Tamele war ab 1.5.1939 Präsident des LG Leoben, ab 1.7. 1942 Senatspräsident beim Reichsgericht in Leipzig und ab 1.7.1943 Oberlandesgerichtspräsident in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.4.1947: Erklärung der Staatsanwaltschaft nach § 34 StPO hinsichtlich des Faktums Aktenvernichtung.

6.5.1947: Einstellung des Verfahrens hinsichtlich des Faktums Teilnahme an ungerechtfertigten Entlassungen österreichischer Justizbeamter durch Betätigung in einer nach der Verordnung zur Neubildung des österreichischen Berufsbeamtentums aufgestellten Kommission gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Am 17.11.1948 wurde TAMELE freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 1183/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1081
DÖW-Signatur: V375/1–14

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 4518/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 , Denunziationsprozess

Opfer: Soldaten (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Lorenz ULLREICH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer"

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Am 1.4.1945 hat Ullreich als Reservepolizist von seiner vorgesetzten Dienststelle in Sankt Pölten/Niederösterreich den Befehl erhalten, nach einem fahnenflüchtigen Soldaten zu suchen; als der Soldat einen Fluchtversuch unternahm, schoss Ullreich einige Male auf ihn; der Soldat wurde schließlich von Wehrmachtsangehörigen ermordet

Denunziation

versuchte Denunziation am 22.2.1940 in Sankt Pölten

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.11.1947 wurde ULLREICH zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 4518/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1081+1082

DÖW-Signatur: V376/1-48

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11b Vr 4105/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter), Denunziationsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Mödling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Dr. Leopold TAVS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität/Hochverrat

missbrauchte in den Jahren 1937 und 1938 die ihm von der österreichischen Bundesregierung zum Zweck der Mitarbeit an der inneren Befriedung eingeräumte Vertrauensstellung als Mitglied des "Siebener-Ausschusses" für seine Tätigkeit als illegaler Gauleiter von Wien, förderte dadurch in führender und einflussreicher Stellung die Machtergreifung der NSDAP; Blutordensträger

Funktion im NS-Regime

Leiter des Reichs- und Gaupropagandaamtes in Wien; SA-Obersturmbannführer; Kreisleiter des Kreises 5 Mödling (Niederösterreich) in den Jahren 1938 und 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.8.1948: Beschluss der Staatsanwaltschaft, von einer Verfolgung von TAVS wegen des Faktums "Erwerb von Fahrnissen aus jüdischem Besitz" abzusehen.

25.9.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen TAVS wegen des Verdachts, als Leiter des Wohnungsamtes die städtischen Hausinspektoren zu politischen Denunziationen aufgefordert zu haben, gemäß § 57 StPO.

Mit selbem Datum war das Verfahren gegen TAVS hinsichtlich der Fakten "Arisierung" Figdor, Beschießung von Fallschirmspringern und nächtliche "Aushebung" von Fremdarbeitern zum "Südostwallbau" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

20.10.1948: TAVS zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Zusatzinformationen zum Akt

Gegen folgende Personen wurde im vorliegenden Verfahren ebenfalls ermittelt, das Verfahren aber ausgeschieden bzw. eingestellt:

* *Dr. Egbert MANNLICHER:* Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/3, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 25.9.1948.

* *Dr. Oswald MENGHIN:* Ausscheidung des Verfahrens wegen § 8 KVG gemäß § 57 StPO und Einstellung des Verfahrens bezüglich seiner Tätigkeit im "Siebener-Ausschuss" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 25.9.1948.

* *Gilbert in der MAUR:* Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 2, 8 KVG, § 11 VG gemäß § 57 StPO am

25.9.1948.

- * *Stefan BERGHAMMER*: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 25.9. 1948.
- * *Dr. Hugo Jury*: Ausscheidung des Vermögensverfallsverfahrens gemäß § 57 StPO am 21.4.1948.
- * *Ferdinand WOLSEGGGER*: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 25.9.1948.
- * *Karl Anton ROHAN*: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 2 KVG zu LG Wien Vg 6b Vr 2862/47 im Mai 1947.
- * *Dr. Hans POSSANNER (POSSANER)*: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 6b Vr 6902/47 gemäß § 57 StPO am 11.10.1947.
- * *Gottfried SCHENKER-ANGERER*: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/3, 11 VG zu LG Wien Vg 6b Vr 6901/47 gemäß § 57 StPO am 11.10.1947.
- * *Helmut MARCHESANI (MARGNESANI)*: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 8 KVG zu LG Wien Vg 6b Vr 2863/47 gemäß § 57 StPO.
- * *Hans RAHN*: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 6b Vr 6903/47 gemäß § 57 StPO am 11.10.1947.
- * *Ernst KOTTAS-HELDENBERG*: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 6b Vr 6903/47 gemäß § 57 StPO am 11.10.1947.

Einbezogene Akten:

- * LG Wien Vg 7c Vr 423/46 (Dr. Oswald Franz MENGHIN, Karl Anton RAHN)
- * LG Wien Vg 8c Vr 6398/46 (Gottfried SCHENKER-ANGERER, Dr. Hans POSSANNER)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 4105/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1082
DÖW-Signatur: V377/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 760/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Denunziationsprozess

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems a. d. Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Herbert SCHEBOR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Richard Ott wegen Fahnenflucht bei der Kriminalpolizeistelle Krems (Niederösterreich)
Anfang Februar 1945 (die Denunziation hatte die Ermordung von Ott zur Folge)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.1.1946 wurde SCHEBOR zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 760/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1082
DÖW-Signatur: V378/1–50

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 7459/48 (Vg 7b Vr 2839/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Othmar TRENKER (früher: TRNKA)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Altparteigenosse", "Alter Kämpfer", SS-Sturmbannführer

Gestapo-Beamter

Tätigkeit als Leiter der Abteilung IV, Exekutive der Staatspolizeistelle Wien, in der Zeit von Mai bis Oktober 1944

(Im Juli oder August 1938 wurde Trenker Leiter des Schutzdienstreferates II G bei der Staatspolizeistelle Wien. Mit Kriegsbeginn wurde er Referatsleiter des Referates II A, "Kommunismus und Marxismus". Nach der Umorganisation der Gestapo im Jahre 1942 wurde Trenker Leiter der Gruppe IV A, der die Referate "Kommunismus und Marxismus", "Sabotage", "Heimtücke und Opposition" sowie "Schutzdienst" unterstanden. Mit 1.5.1944 trat ein neuer Organisationsplan der Gestapo in Kraft, Trenker wurde Leiter der Abteilung IV und bekleidete diesen Posten bis zu seiner Versetzung nach Berlin im Oktober 1944).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.12.1948 wurde Trenker zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Am 17.12.1948 gab das LG Wien dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens statt.

Am 8.7.1949 wurde gegen Trenker Anklage wegen Anstiftung bzw. Beihilfe zum Verbrechen der Misshandlung von Gestapohäftlingen im Frühjahr 1943 bzw. im Frühjahr 1944 in Wien, wegen Misshandlung eines Häftlings in Wien im April 1944 und wegen seiner Tätigkeit als Leiter der Abteilung IV, Exekutive der Staatspolizeistelle Wien, von Mai bis Oktober 1944 erhoben.

Am 22.10.1949 wurde Trenker im Wiederaufnahmeverfahren zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 7459/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1082+1083

DÖW-Signatur: V379/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 2965/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Max VOZIHNOJ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Mitgliedern einer Gruppe der Revolutionären Sozialisten Anfang 1943 in Wien (einer der Denunzierten wurde im KZ Flossenbürg ermordet)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.9.1947 wurde Vozihnoj zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 2965/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083
DÖW-Signatur: V380/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 887/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton WARTHA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

SS-Untersturmführer

Hochverrat

begünstigte in Wien während der "Verbotszeit" der NSDAP als österreichischer Polizeibeamter
pflichtwidrig Nationalsozialisten

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.10.1948 wurde Wartha freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 887/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083
DÖW-Signatur: V381/1–31

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9b Vr 8009/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: ZivilistInnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Prein, Raxgebiet)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl NEUNKIRCHNER
Thomas IRSCHIK
Josef KAISER
Karl GUTMANN
Karl SAMEK
Franz NEUKIRCHNER
Franz LANGECKER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung bzw. Misshandlung von mehreren Angehörigen der Zivilbevölkerung, darunter Ukrainer, in Prein an der Rax (Niederösterreich) Ende April 1945 als Angehörige des Sonderkommandos der NSDAP aus Neunkirchen (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 18.8.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz NEUKIRCHNER wegen § 1/6 KVG und Abtretung an das zuständige Volksgericht Graz mit Rücksicht auf den Tatort (Mürzzuschlag).
- 14.11.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Karl NEUNKIRCHNER wegen §§ 1 KVG, 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 7.11.1949: Einstellung des Verfahrens gegen IRSCHIK wegen § 3 KVG, gegen KAISER wegen §§ 1 KVG, 134 StG und gegen SAMEK wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen GUTMANN wegen § 1 KVG gemäß § 412 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 17.10. 1946 aus Vg 3e Vr 1693/45 (Verfahren gegen Johann Braun, Kreisleiter von Neunkirchen, u. a.) ausgeschieden worden.
Im Verfahren Vg 3e Vr 1693/45 war das Verfahren gegen LANGECKER am 29.8.1946 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.
Gegen LANGECKER wurde außerdem im gegenständlichen Verfahren Vg 9b Vr 8009/46 die Voruntersuchung eingeleitet. Am 18.10.1948 wurde das in Vg 3e Vr 1693/45 eingestellte Verfahren wieder aufgenommen und aus diesem Verfahren ausgeschieden. Das Verfahren gegen LANGECKER wurde aus Vg 9b Vr 8009/46 ebenfalls ausgeschieden und bildete mit dem anderen ausgeschiedenen

Verfahren einen neuen Akt (Vg 6a Vr 6752/48).

Einbezogene Akten:

LG Linz Vg 8 Vr 2822/46 (Josef KAISER)

LG Wien Vg 3e Vr 1686/46 (SIRETIAN, Dr. MÜLLER und KURZ)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9b Vr 8009/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083
DÖW-Signatur: V382/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 1239/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Oslip, Schützen a. Geb.)

Volksgerichtsverfahren gegen: Emma BRICHTA u. a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Denunziation des Pfarrers von Oslip (Burgenland), Denunziation bzw. versuchter Denunziation in mehreren Fällen in Schützen am Gebirge (Burgenland) und anderen Orten des Burgenlandes (im Jahre 1943 war BRICHTA mit der Gestapo in Verbindung getreten und erstattete bei dieser wiederholt Anzeige)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 20.5.1946 wurde BRICHTA zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Zusatzinformationen zum Akt

Gegen folgende Personen wurde ebenfalls ermittelt, das Verfahren aber (vorläufig) eingestellt:

* Paul MÜHLGASSNER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 21.3.1946.

* Alfred SCHLAG: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 412 StPO am 18.3.1946.

* Kaspar VISOTSCHNIGG (ehem. NSDAP-Ortsgruppenleiter von Eisenstadt/Burgenland): Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 412 StPO am 18.3.1946.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 1239/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083
DÖW-Signatur: V383/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 6268/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: alliierte Kriegsgefangene (rumänische)
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold MÜLLER
Anastasia GROIS
Heinrich SCHIMKO
Johann USRAEL u. a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Verletzung der Menschenwürde

Ermordung von in der Schule Lorenz-Mandlgasse in Wien-Ottakring internierten rumänischen Kriegsgefangenen anlässlich der Evakuierung des Lagers und auf dem Evakuierungsmarsch von Wien über Stockerau (Niederösterreich) nach Braunau am Inn (Oberösterreich) im April 1945, Misshandlungen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 22.4.1948: Zurücklegung der Anzeige gegen USRAEL wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO.
Ausscheidung des Verfahrens gegen A. GROIS wegen §§ 197, 199a StG gemäß § 2 VVG.
18.6.1948: SCHIMKO zu 4 Jahren schweren Kerkers und MÜLLER zu 9 Monaten Kerker verurteilt. A. GROIS wurde freigesprochen. Am 3. Tag der Hauptverhandlung (18.6.1948) wurde das Verfahren gegen USRAEL gemäß § 57 StPO ausgeschieden
6.11.1948 USRAEL zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 27.8.1947 aus Vg 2f Vr 3244/47, Franz NOWAK u.a., ausgeschieden worden.

Gegen folgende Personen wurde ebenfalls ermittelt, das Verfahren aber eingestellt, ausgeschieden bzw. die Anzeige zurückgelegt:

Franz NOWAK: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3, 4 KVG, § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 7 KVG zu Vg 5 Vr 3386/48 am 22.4.1948.

Georg GROIS: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO am 22.4.1948.

Leopold WENZEL: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG, § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] am 22.4.1948.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 6268/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083
DÖW-Signatur: V384/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 113/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Gottlieb TUCEK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SA, nach der Annexion Österreichs im Jahre 1938 streckte er in Wien-Alsergrund eine Jüdin mit einem Kinnhaken zu Boden und verjagte eine andere, mit einem Juden/Jüdinnen verheiratete Frau von der Parkanlage der Rossauerlände in Wien-Alsergrund

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 27.9.1945 wurde TUCEK zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 113/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083
DÖW-Signatur: V385/1–20

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 3207/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungsprozess, KZ-Auschwitz-Prozess,
Auslieferungsverfahren

Opfer: Widerstand/Opposition, Häftlinge, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz SCHEBECK (SCHEBEK)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer", SS

Verletzung der Menschenwürde

Hausdurchsuchungen bei Juden/Jüdinnen in Wien im Jahre 1938, Misshandlung von Häftlingen

d
e
s
K
Z
A
u
s
c
h
w
i
t
z
i
n
d
e
n
J
a
h
r
e
n
1
9
4
1

u
n
d
f
o
l
g
e
n
d
e
u
n
t
e
r
A
u
s
n
ü
t
z
u
n
g
s
e
i
n
e
r
d
i
e
n
s
t
l
i
c
h
e
n
G
e
w
a
l
t
a
l
s

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 1.10.1947: Erklärung der Staatsanwaltschaft nach § 34 StG bezüglich Schebeck hinsichtlich § 4 ("Hausdurchsuchung Cerny und Köhler") und § 6 ("Aneignung von Judenschmuck") KVG.
- 13.10.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Emmerich WALLISCH, Josef HANTSCHK und ANTON HANTSCHK wegen § 4 KVG.
- 25.8.1948: SCHEBECK zu 6 Jahren schweren Kerkers verurteilt.
- 9.6.1948: Einleitung des Verfahrens gegen Schebeck wegen der im KZ Auschwitz begangenen Verbrechen gemäß § 59 StPO und Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 57 StPO aus dem gegenständlichen Verfahren.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 3207/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1083+1084

DÖW-Signatur: V386/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12b Vr 1693/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei, SD)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef TRITTNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Altparteigenosse", SS-Sturmbannführer

Funktion im NS-Regime

Tätigkeit als nicht ausschließlich mit Verwaltungsaufgaben betrauter leitender Beamter des Sicherheitsdienstes, und zwar als Leiter des SD-Unterabschnittes Wien (§ 3 KVG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.5.1948 wurde TRITTNER zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12b Vr 1693/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V387/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 6303/46 (Vg 2e Vr 940/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Therese KÖNIG

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer", goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, Denunziation in Wien im Jahre 1940

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.7.1947 wurde König zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Einbezogener Akt: LG Linz Vg 8 Vr 2160/46 (Theresia KÖNIG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 6303/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V388/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 235/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei)

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: U.T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Wilhelm Simetsberger, Anna Maria Monjence und Zlavata Skalsky am 6. Mai 1945 durch einen Angehörigen der Teilstelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Türrnitz (Niederösterreich) in Türrnitz

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.4.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 28.12.1948 aus dem Verfahren Vg 4c Vr 2268/47 (Johann BIRKNER) gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 235/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V389/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 3081/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Baden bei Wien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz MOJDL u. a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation und Verletzung der Menschenwürde von Dr. Franz Rottenberg (bis 12. März 1938 Direktor der Creditanstalt Wien) im Jahre 1938 in Baden (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.11.1946: Zurücklegung der Anzeige gegen Ludwig WOHLMACHER und Karl ZEUGSWETTER wegen §§ 3 KVG, 101 StG gemäß § 90 StPO.

Das Verfahren gegen HABERL, SCHLEIFER und POSAMENTIER wegen §§ 3 KVG, 101 StG wird gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt

13.6.1947: MOJDL zu 18 Monaten Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 3081/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V390/1–5

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 276/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: SCHMALHOFER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seiner Tätigkeit als Kompanieführer einer Kriegsgefangenenbewachungskompanie, welche zur Bewachung der russischen Kriegsgefangenen bei der Firma Waagner-Biro in Wien-Stadlau eingesetzt war. Schmalhofer hat in wiederholten Fällen die Kriegsgefangenen misshandelt und bei den von ihm abgehaltenen Appellen Befehle und Richtlinien zur Ermordung von Kriegsgefangenen erteilt.

30.4.1957: Fortführung der Voruntersuchung gegen Schmalhofer wegen §§ 134, 152, 155 StG in Hinblick auf die Aufhebung des KVG 1947.

23.7.1963: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 134, 135/3, 152, 155 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 276/55 (Vg 5b Vr 1605/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V391/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 9203/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Gusen, Gutenbach), KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef TRESCHER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs, Illegalität, Ostmark-Medaille, "Alter Kämpfer", seiner Tätigkeit als Kommandant einer SS-Wachmannschaft im KZ Gusen (Oberösterreich), im KZ Monowitz (Auschwitz) und zuletzt im Arbeitslager Gutenbach

23.12.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 1, 3 KVG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 9203/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V392/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3a Vr 4546/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Randegg-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Randegg bei Scheibbs)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl Franz SCHLÖGL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf:

Beteiligung an der Ermordung von rund 100 ungarischen Juden/Jüdinnen am 15. April 1945 in Randegg (Niederösterreich) als Angehöriger eines SD-Sonderkommandos, welches seinen Sitz in Purgstall (Niederösterreich) hatte

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.5.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3a Vr 4546/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V393/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 234/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Kriegsverbrecherprozess, Bezug zu Polizei/SD

Opfer: Widerstand/Opposition, alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: U. T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Josef Grundböck, Stefan Czerny (beide waren kommunistische Widerstandskämpfer) und des belgischen Kriegsgefangenen Pierre de Backer am 15. April 1945 in Lilienfeld (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.4.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 28.12.1948 aus dem Verfahren Vg 4c Vr 2268/47 (Johann BIRKNER) gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden. Birkner ist Kommandoführer eines Teilkommandos des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, welches in den letzten Wochen vor Kriegsende in Türnitz (Niederösterreich) bestand, gewesen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 234/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V394/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 2301/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Standgericht)

Opfer: Soldaten (deutsche/österreichische), Volkssturmmangehörige
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Moidrams bei Zwettl)

Volksgerichtsverfahren gegen: U. T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf:

Mord/Justizverbrechen

Ausgangspunkt des Verfahrens war die Auffindung eines Massengrabes (ca. 30 Opfer) bei Moidrams (Niederösterreich).

Im April und Anfang Mai 1945 tagte im Gebäude des Bezirksgerichtes in Zwettl (Niederösterreich) ein so genanntes fliegendes militärisches Standgericht, welches fahnenflüchtige Militärpersonen aburteilte, welche in der Folge ermordet wurden. Das Standgericht setzte sich ausschließlich aus Militärpersonen, SS-Offizieren und politischen Beisitzern zusammen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.2.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 2301/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V395/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 6949/47 (Vg 6e Vr 1347/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Edith TRNKA

wegen (§§): § 1 KVG

Tatvorwurf:

Funktion im NS-Regime

TRNKA arbeitete vom September 1942 bis zur Befreiung Wiens durch die Rote Armee in verschiedenen Abteilungen der Gestapoleitstelle Wien als Schreibkraft und nahm auch an Verhören teil. Sie war die Schwester von Othmar TRENKER (früher: TRNKA), Leiter der Gestapoabteilung IV (Marxismus-Kommunismus-Sozialismus).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.3.1948: Zurücklegung der Anzeige gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 6949/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V396/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 395/55 (Vg 2c Vr 1942/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu Massenvernichtungsverbrechen

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): ?

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard WALDA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Zugehörigkeit zur Waffen-SS, soll einem Erschießungskommando der SS angehört haben,
Registrierungsbetrug

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

27.5.1955: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG, § 8 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 395/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V397/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 322/55 (Vg 8f Vr 7838/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: ?

Tatland (Tatort): ?

Volksgerichtsverfahren gegen: BOCHERT (BORCHARDT)
Hans SCHMIEDEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde und Mordes

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.5.1955: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 3, 4 KVG und § 134 StG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 322/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V398/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 950/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef TRITTNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetruges

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Juli 1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 29.7.1948 aus Vg 4d Vr 1693/47 (Josef TRITTNER) gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden. Siehe V386/1–12

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 950/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V399/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 744/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Wiederbetätigung

Opfer: -
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: U. T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Anbringung eines Hitlerbildes in der Nacht vom 31.12.1946 auf den 1.1. 1947 auf der
Gemeindeanschlagtafel von Zurndorf (Burgenland)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
16.6.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen § 3 VG gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 744/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V400/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 4398/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich SCHARFF

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Oberscharführer, Ermordung von fünf männlichen Häftlingen und einem weiblichen Häftling des Polizeiarrestes des Landeshauses in Eisenstadt (Burgenland) Ende März 1945 in Eisenstadt
(Scharff war Bearbeiter des Referates Ost – Angelegenheiten russischer und polnischer Häftlinge – bei der Gestapostelle Eisenstadt)

14.4.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG, § 134 StG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 4398/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V401/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 249/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: U. T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines polnischen Arbeiters im Jahre 1944 in der Nähe von Obersiebenbrunn
(Niederösterreich)

1.3.1954: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 249/53

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V402/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 142/52

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Persenbeug-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U. T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von rund 250 vermutlich ungarischen Juden/Jüdinnen Anfang April 1945 in Persenbeug (Niederösterreich)

7.7.1952: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen § 1 KVG, § 134 StG gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 142/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V403/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 5800/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Zurndorf-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U. T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

(Auffindung von) zwei Massengräber(n) mit ungefähr 150 Leichen in Zurndorf (Burgenland); bei den Opfern handelte es sich um ungarische Juden/Jüdinnen, welche im Dezember 1944 auf dem Fußmarsch Richtung Westen ums Leben gekommen bzw. umgebracht worden sind

27.11.1946: Zurücklegung der Anzeige nach dem KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 5800/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V404/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 3196/56
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

vor 1938, Gestapo-Prozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Strafverfahren gegen: Franz TOYFL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Sturmscharführer, Misshandlungen als Gestapobeamter der Staatspolizeistelle Wien (Referat III f); seiner Tätigkeit im illegalen Nachrichtendienst der Polizeigruppe "Gersthof 2" und Betrauung mit den Plänen und der Durchführung des "Juliputsches 1934" (Toyfl arbeitete auch nach dem "Juliputsch 1934" im nationalsozialistischen Nachrichtendienst und missbrauchte dazu seine Tätigkeit bei der Staatspolizei)

31.8.1956: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 14.1.1949 aus dem Verfahren Vg 4c Vr 1595/47 (Auslieferungsverfahren Franz Toyfl) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 3196/56 (Vg 4c Vr 187/49)

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V405/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 6201/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Leopold TAVS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Beihilfe zur Denunziation in Wien

8.11.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5 StG, 7 KVG gemäß § 34 Abs. 2/1 StPO.

Dieses Verfahren war mit Beschluss vom 6.9.1948 aus dem Verfahren Vg 6b Vr 4105/46 (Dr. Leopold TAVS) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 6201/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V406/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 7674/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien (?)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto SCHMIDT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SA, Registrierungs Betrugs

25.6.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 7674/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V407/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 4846/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasie-Prozess

Opfer: Psychisch Kranke
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: U. T.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
"Euthanasie" im Versorgungsheim Lainz in Wien

11.12.1948: Zurücklegung der Anzeige wegen §§ 134, 135/4 StG, § 13 (2) KVG gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 4846/48 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1084
DÖW-Signatur: V408/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 283/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Prozess wegen Funktion im NS-Regime
(Polizei/Sicherheitsdirektor Niederösterreich, SD Radom), Deportationsprozess, Auslieferungsverfahren

Opfer: Polit. GegnerInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard SCHÖGGL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (Schöggel soll an der Verhaftung des ehemaligen Sicherheitsdirektors für Niederösterreich, Baron Gautsch, in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1938 beteiligt gewesen und im sog. Direktorium, welches daraufhin provisorisch die Geschäfte des Sicherheitsdirektors führte, mitgewirkt haben), SS-Untersturmführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.1.1946 wurde die Hauptverhandlung auf unbestimmte Zeit zur Vornahme der beantragten Beweise vertagt. Am 15. 12.1948 wurde das Verfahren wegen §§ 10, 11 VG nach Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage gemäß § 227 StPO eingestellt.

Gegen Schöggel wurde in diesem Verfahren ebenfalls wegen § 3 KVG ermittelt: Schöggel war stellvertretender Referatsleiter des Judenreferates im SD im Distrikt Radom (Polen) und soll für die Ermordung von 6000 Juden/Jüdinnen und die Deportation von 20 bis 25.000 Juden/Jüdinnen in das Vernichtungslager Treblinka verantwortlich gewesen sein (Schöggel war von März 1940 bis März 1943 in Radom eingesetzt). Am 31.12.1945 wurde das Verfahren wegen § 3 KVG zwar gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt, am 20.8.1946 wurde dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Verfahrens aber stattgegeben. Am 19.3.1948 wurde das diesbezügliche Verfahren schließlich unter Bedachtnahme auf § 10/1 KVG gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt, da durch die Handlungen von Schöggel Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft nicht betroffen gewesen waren.

Am 25.6.1947 war das Auslieferungsverfahren (Antragsteller war die Republik Polen) gemäß § 59 StPO ausgedient worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 283/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1084+1085

DÖW-Signatur: V409/1–15

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 4167/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SD Radom), Deportationsprozess, Auslieferungsverfahren

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard SCHÖGGL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

folgender Verbrechen, welche Schöggel in den Jahren 1942 und 1943 als stellvertretender Leiter des Judenreferates im SD im Distrikt Radom (Polen) im Rang eines SS-Unterscharführers begangen haben soll:

Moralische und physische Quälerei der jüdischen Bevölkerung und missbräuchliche Bereicherung; Beteiligung an der Liquidierung des kleinen und des grossen Ghettos in Radom im Jahre 1942 (ungefähr 5000 Juden/Jüdinnen wurden in das Vernichtungslager Treblinka deportiert); Beteiligung an der Ermordung von ungefähr 2000 Juden/Jüdinnen während der Liquidierung des kleinen Ghettos in Radom; Ermordung eines Beamten des jüdischen Gemeinderates; Schöggel soll im Jänner 1943 persönlich die Auswahl unter den Juden/Jüdinnen, welche sich für die Auswanderung nach Palästina gemeldet hatten, getroffen haben (die Juden/Jüdinnen wurden aber in Wirklichkeit in das Vernichtungslager Treblinka deportiert).

Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 25.6.1947 aus dem Verfahren Vg 2c Vr 283/45 (Richard Schöggel) ausgeschieden worden.

Am 27.3.1948 wies die Ratskammer des LG Wien den Antrag auf Verhängung der Auslieferungshaft ab. Am 27.2.1950 wurde das Auslieferungsverfahren über Antrag der Staatsanwaltschaft in ein inländisches Verfahren übergeleitet. Am 13.7. 1951 wurde das inländische Verfahren gegen Schöggel vorläufig eingestellt und gleichzeitig das Auslieferungsverfahren gemäß § 59 StPO eingeleitet. Am 10.8.1951 wurde das Auslieferungsverfahren gegen Schöggel ausgeschieden (neue Geschäftszahl: Vg 8e Vr 306/51). Das gegenständliche Verfahren gegen Schöggel wegen § 1 Absatz 1 und 4 KVG wurde am 10.2.1953 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 4167/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1085
DÖW-Signatur: V410/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27e Vr 605/67
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzgruppe B / SK 7b)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): UdSSR

Strafverfahren gegen: Dr. Josef AUINGER und andere Angehörige des Sonderkommandos 7b der Einsatzgruppe B.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung (Erschießungen) von Zivilpersonen ("Juden/Jüdinnen, Kommunisten, Bandenangehörige, Zigeuner und Geistesranke") im Raum Russland-Mitte. Dieses Sonderkommando ist als eine Einheit innerhalb der Einsatzgruppe B aufzufassen, die aufgrund allgemeiner Befehle im eigenen Ermessen Ermordungen durchführte. Die Aktionen wurden als "Sonderbehandlungen" bezeichnet.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
(Verfahren gegen 23 Beschuldigte)

Am 28.1.1964 wurde das Verfahren gegen Dr. Josef AUINGER (stellvertretender Kommandeur des Sonderkommandos 7b von Herbst 1942 bis Anfang 1943) wg. §§ 134 ff StG gemäß § 224 StG eingestellt. Ebenfalls im Jahre 1964 wurde das Verfahren gegen Ludwig IFKOVITS gemäß § 224 StG eingestellt.

11.1.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Ernst HIRSCHLER wg. §§ 134 ff StG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Am 27.6.1966 wurde die Anzeige gegen Paul PAMMER (PAMER), Karl RITUPER, Josef (Sepp) KOSOBUD, SCHNEIDER, Wilhelm SCHNEIDER, Richard MÜLLER, Josef LACKINGER, Walter MEYER und OBERMEIER wegen §§ 134, 5 StG gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

Ebenfalls am 27.6.1966 erfolgte die (Wieder)ausscheidung des Verfahrens gegen Josef (Walter) PAPEK, Nikolai SCHULTZ (SCHULZ), August Wolfgang VIELKIND, Viktor HOLZINGER, Alois MORAWEC (MORAVEC), Johann OBERER, Richard DÜRNBERGER, Remigius PIROLT und Lothar LEUKER zum Verfahren 27c Vr 5151/66 mangels Zusammenhangs und im Hinblick auf die durch die Einstellung des Verfahrens gegen Walter MEYER aufgehobene Konnexität zwischen den Komplexen Sonderkommando 7a und 7b.

Die Anzeige gegen Hugo OSWALD wegen §§ 134, 5 StG wurde am 13.12.1966 gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

Am 30.11.1967 erfolgte die Zurücklegung der Anzeige gegen Richard ERNST wegen § 134 StG gemäß § 90 StPO.

Das Verfahren ist aufgrund von Mitteilungen der Zentralen Stelle Ludwigsburg eingeleitet worden und betrifft diejenigen Angehörigen des Sonderkommandos, welche österreichische Staatsbürger sind.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27e Vr 605/67 (27c Vr 8592/62): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1085
DÖW-Signatur: V411/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 2770/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl RIEGELBAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, "Altparteigenosse", Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Neu-Kagran (Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 7.6.1951 wurde RIEGELBAUER zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Am 12.9.1949 war die Einstellung des Verfahrens gegen RIEGELBAUER, Leopoldine RIEGER, Rudolf KUDEL, Alois KERSCH und U.T. wegen § 7 KVG (Denunziation von Alexander Bormann im Jahre 1942 in Wien) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] erfolgt.

Einbezogener Akt: Vg 8d Vr 3306/47 (Leopoldine Rieger-Pavlis)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 2770/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1085+1086

DÖW-Signatur: V412/1–109

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 7511/62

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (KdS Minsk)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Partisanen

Tatland (Tatort): UdSSR

Strafverfahren gegen: Hans BREYER und andere Angehörige der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei Minsk bzw. einer ihrer Außendienststellen

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

(Beteiligung an der) Ermordung von Juden/Jüdinnen und Partisanen im Raume Minsk und Umgebung

Dieses Verfahren war gegen jene Personen eingeleitet worden, deren österreichische Staatszugehörigkeit sich aus den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft beim LG Koblenz (9 Js 716/59) und der Staatsanwaltschaft München I (22 Js 104/61) ergeben hat.

- * 20.8.1968: Zurücklegung der Anzeige gegen Hans BREYER, Josef BRANDLMAYR, Karl FROLIK, Franz GUTTMANN, Helmuth HEISS, Heinrich PUNZENGRUBER, Friedrich WOLF, Rudolf ZEMANN (ZEEMANN), Peter EGGER, Theodor ONDREJ, Friedrich BAUER, Johann KUNZ, Emmerich GRIESSLER, Friedrich HÜTTNER, Ewald REITER, Hubert STRATHMANN, WAGNER, Franz KEMETMÜLLER, Josef KÜCHL, Rudolf LANGSAM, Josef PETSCHMANN, Hans PURKER, Walter MÜNCH, Johann BAUER, Karl SCHUSTER, Josef RIEDER und Ernst FRIEDL.
- * 26.5.1964: Einstellung des Verfahrens gegen Karl BUCHNER, Dr. Edwin KUNZ u. Alfred FOCKLER (FOKLER) gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- * 25.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl EHRENSTRASSER, Fritz DONNER, Karl WANZENBÖCK, Julius ZELENSKA, Siegfried ARTNER, Walter EGGENBERGER, Anton (Toni) HINTERHUBER, Karl KLOCKER (KLOCKNER), Peter PEHARZ, Josef PILZ, Georg RUHES, SEIER, Walter BIHLO, Franz HESS, HUBER, Karl KUND, MEINIKE (MEINKE) und Josef BENITZKI gemäß § 57 StPO.
- * Das Verfahren gegen GESSBERGER, Franz RIEDER u. ARELT (ARLT) wurde am 20. 8.1968 gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt.
- * 26.5.1964: Zurücklegung der Anzeige gegen Alois HÜTTNER, Agathon KOPP (KOP) und Hans GRÜNSTEIDEL gemäß § 90 StPO.
- * Am 7.9.1965 wurde das Verfahren gegen Johann EIGEMANN, Josef RUIS und Rudolf KRENN gemäß § 224 StG eingestellt.
- * Die Anzeige gegen Michael ZECK wurde am 28.8.1968 gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 7511/62

FStN-Mikrofilm Nr. 1087+1088

DÖW-Signatur: V413/1–131

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27a Vr 7216/63

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzgruppe D / EK 10b)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Roma, Partisanen

Tatland (Tatort): UdSSR

Strafverfahren gegen: Friedrich PELIKAN und andere Angehörige des Einsatzkommandos 10b der Einsatzgruppe D

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Einsatzkommando 10b (Südrussland)

Das Einsatzkommando 10b operierte im Verbands der Einsatzgruppe D in der Zeit von Anfang Juli 1941 bis Jänner 1943 in Südrussland (Nordbukowina, Ukraine, Krim und Kaukasusgebiet). Im Zuge der Vernichtungsaktionen gegen die dortige Zivilbevölkerung wurden vor allem Juden/Jüdinnen, kommunistische Funktionäre, "Zigeuner", Partisanen und der Spionage Verdächtige ermordet. Ab Februar/März 1942 wurden bei den Ermordungen auch sog. Gaswagen eingesetzt.

* 3.5.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Herbert KIENE gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

* 11.10.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Johann HAUSMANN gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

* 24.11.1965: Zurücklegung der Anzeige gegen Franz HUBER, Bruno FUSCHLBERGER, Stefan FUSCHLBERGER, Johann EGGENREITER, Alexander PODUSCHKA, Rudolf HAAS und Johann AMON gemäß § 90 StPO.

Einstellung des Verfahrens gegen Johann REITZER, Karl SORGO und Hans ZACH gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Karl BALABAN gemäß § 412 StPO.

* 13.12.1971: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich PELIKAN, Johann (Karl Mathias) MEYER und Josef EDER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Zurücklegung der Anzeige gegen Anton EGGER, Helmuth HEISS, Josef GUGGENBERGER, Dr. Otto SCHNOPFHAGEN, Arthur AMLER, Nikolaus BRUNNSCHMID (BRUNNSCHMIED), Anton ECKER, Wilhelm EDER, Attilio ERTEL, Johann (Hans) GRATZER, Emanuel HEISTER, Fritz HOFBAUER, Gregor HRADETZKY, Karl JONAS, Karl KOTZENDORFER, Wilhelm KÖSTINGER, Andreas KRALLINGER, Jakob LACKNER, Martin MUNDSCHÜTZ, Johann NEDELKO, Ludwig REITER, August ROSENAUER, Adolf SAMONIG (SAMNIG), Mauriz (Mauritz) SCHREINER, Ernst SCHWEIBERGER (SCHWEINBERGER), Max SOKSER, Fritz SÖMEN, Friedrich TURNAU, Josef USCHAN, Karl WEBER, DALLER (DALLERT), Valentin PETRECIK, Josef SCHMIDT, Josef LUCKE, Karl SCHUSTER, Gregor HÖLL, Rupert SINNREICH, Wilhelm SCHWEIGER, Johann GRAINDL, Herbert HRABIE, Johann (Hans) GRÜNAUER, Johann HUBER, Heinrich FRÖHLICH, Franz GRUBER (geb. 16.6. 1908) und Franz GRUBER (geb.

20.8.1910) gemäß § 90 StPO.

Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Otto GALLMEISTER, Franz BUSCHTA und FUSCHLBERGER (FUSCHELBERGER) gemäß § 412 StPO. Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Adalbert HERRMANN gemäß § 57 StPO und Abtretung gemäß §§ 51, 56 StPO an das LG Wien zu 17 Vr 2175/62.

* 30.5.1972: Zurücklegung der Anzeige gegen Robert BARTH gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27a Vr 7216/63
(LG Innsbruck 21 Vr 2518/63)

FStN-Mikrofilm Nr. 1088
DÖW-Signatur: V414/1–53

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27a Vr 7123/63
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzkommando Transnistrien)

Opfer: ZivilistInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): UdSSR

Strafverfahren gegen: Leopold EIGNER und andere ehemalige Angehörige des Sonderkommandos "R"
der Volksdeutschen Mittelstelle

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Einsatzkommando "R" (Transnistrien)

Die Volksdeutsche Mittelstelle (VOMI) war im Jahre 1936 zunächst als Einrichtung der NSDAP gegründet worden. Ihre Aufgabe war der politische und finanzielle Verkehr mit den Volksdeutschen im Ausland. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die VOMI aber zu einer Einrichtung der SS. Das Sonderkommando (SK) "R" der VOMI, geschaffen durch eine Anordnung des Reichsführer-SS vom 11.7.1941, hatte die Aufgabe, das deutsche Volkstum in den besetzten Gebieten der Sowjetunion zu erfassen und den Grundstein für eine deutsche Führung zu legen. Die größte von drei Einsatzgruppen des SK "R" befand sich im Süden, denn die Hauptmasse der Volksdeutschen lebte in der Ukraine und in Transnistrien (= Gebiet zwischen Dnjestr und Bug). Das SK "R" ermordete aber in der Folge vor allem die jüdische Bevölkerung. Massaker an Juden/Jüdinnen sollen im Gebiet Beresowka-Mostovoje und Odessa sowie in den Orten Lichtenfeld, Rastatt, Selz und Kandel verübt worden sein.

- * 4.3.1964: Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm HAAS gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- * 20.5.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl REPSCH gemäß § 57 StPO.
- * 24.9.1964: Zurücklegung der Anzeige gegen Else ALBER gemäß §90 StPO.
- * 5.1.1968: Zurücklegung der Anzeige gegen Leopold EIGNER, Otto DOKOUPIL, Franz GRÜN, Cilli HANSER, Karl KACICNIK (KACICIK), Otto KÄFINGER, Markus KASTL, Egon KECK, Dr. Ernst KEBIKU, Paul KOPPENWALLNER, Franz KRATKY, Hans KUFNER, Alfred KUHN, Friedrich MARX, Karl MEIDINGER, Franz MITSCH, Oskar MIKSCH, Erwin NIESNER, Josef NIESNER, Franz PAUL, Dr. Ernst PELIKAN, Ilse PERNDORFER, Karl REDL, Franz SAUER, Karl SCHRENK, Rudolf STEINDL, Anton TILLER, Hans THIMLER (TIMMLER), Franz VEIGL, Dr. Herbert WOHANKA, Josef PERNDORFER und Alfred VOGEL gemäß § 90 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Johann SCHRENK und Josef HUBER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

FStN-Mikrofilm Nr. 1088
DÖW-Signatur: V415/1–44

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 4393/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GRÜNBERGER
Josef ZEHETMAYER
Josef RIBISCH
Franz GABRIEL
Josef SIEGMETH
Alois RIEDL
Walter MARTINEK
Dr. Eduard FORCHE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Häftlingen der Strafanstalt Göllersdorf (Niederösterreich) unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Gewalt als Aufseher bzw. Anstaltsarzt in den Jahren 1938 bis 1945; FORCHE des weiteren wegen Illegalität ("Altparteigenosse") und Hochverrates

RIEDL wurde am 12.11.1948 (2. Tag der HV) gemäß § 259/2 StPO freigesprochen. SIEGMETH, MARTINEK und FORCHE wurden am 15.11.1948 freigesprochen.
Bezüglich ZEHETMAYER, GRÜNBERGER, RIBISCH und GABRIEL erklärte sich das Volksgericht am 15.11.1948 gemäß § 3/1 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz für unzuständig.

Gegen folgende Personen wurde ebenfalls ermittelt, das Verfahren jedoch vorzeitig eingestellt:

- * 23.5.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Josef AIGNER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- * 15.11.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Josef MÖRTH, Josef BURGHART, Josef BAYER, Josef MAYER, Michael SCHIRMBRAND, Josef WUNDERER und Emil HARTINGER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- * 27.11.1959: Einstellung des Verfahrens gegen Josef BIKAL wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 13 Abs. 2 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 4393/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1088+1089

DÖW-Signatur: V416/1–13

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 286/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst SCHOLL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, seiner Funktion als Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Neubau" in Wien von April 1938 bis April 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.9.1945 wurde SCHOLL zu 11 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 29.11.1946 wurde die Strafe durch Entschließung des Bundespräsidenten auf 3 Jahre schweren Kerkers herabgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 286/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V417/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 183/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess, Polizei

Opfer: Widerstand/Opposition, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Griechenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Otto BEGUS
HARTMANN
Franz KLEEDORFER
Alois KLIMM
Fritz LINEMANN (LINENMANN)
Karl MACHER
Ernst RUMETZ
Karl SCHNEIDER
Alfred Josef SLAWIK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, welche sie als Angehörige der militärischen bzw. polizeilichen Dienststellen des Deutschen Reiches in den Jahren 1942 bis 1944 in Griechenland (Athen, Piräus und Vororte) begangen haben, so unter anderem:

- Hinrichtung von 372 griechischen Zivilisten auf dem Schießplatz in Kaessariani.
- Hinrichtung von 196 griechischen Zivilpersonen im Gefängnis Aweroff.
- Hinrichtung von mehr als 100 griechischen Zivilisten im September 1944 vor dem KZ Haidari.
- Ermordung von mehreren Hunderten griechischen Zivilpersonen bei den Razzien und Umzingelungen von verschiedenen Vierteln in Athen, Piräus und den Wohnsiedlungen Byron, Kalithia, Dourgouti und Nikaea bei Piräus.
- Misshandlung sowie Deportation von griechischen Zivilisten in Konzentrationslager außerhalb Griechenlands.
- Internierung von Zivilpersonen in Gefängnissen und den Konzentrationslagern Haidari und Tatoi.
- Befehl an Zivilpersonen zur Zwangsarbeit, welche mit den militärischen Operationen der deutschen Wehrmacht in Zusammenhang stand.
- Missbräuchliche Bereicherung.
- Hinrichtung von Geiseln, welche in Gefängnissen oder im KZ Haidari oder anderswo interniert waren.
- Inbrandsteckung von Häusern, wodurch mehrere Menschen ums Leben kamen (darunter die Wohnsiedlung Nikaea im September 1944 und in der Gemeinde Aegaleos).

2.1.1957:

Zurücklegung der Anzeige gegen Dr. BEGUS, KLEEDORFER, MACHER, SLAWIK, KLIMM, LINEMANN, HARTMANN und RUMETZ wegen § 1 KVG gemäß § 90 StPO.

Ausscheidung des Verfahrens gegen RUMETZ wegen § 3 KVG und Abtretung des ausgeschiedenen Verfahrens gemäß § 51 StPO an das LG Linz.

Einstellung des Verfahrens gegen SCHNEIDER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 183/53

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V418/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8f Vr 2253/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Max SAKOTNIK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Altparteigenosse"), Denunziation von Franz Rehmann am 20.6. 1942 in Perchtoldsdorf/Niederösterreich (SAKOTNIK war Betriebsleiter der Atzgersdorfer Schuhfabrik, in welcher auch Rehmann beschäftigt war. Rehmann wurde ins KZ Auschwitz deportiert, wo er am 10.3.1943 gestorben sein soll.)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.10.1947 wurde SAKOTNIK zu 4 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8f Vr 2253/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V419/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 696/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): UdSSR

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl THOMASCHITZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs, SA-Obersturmbannführer, Misshandlungen in seiner Eigenschaft als Angehöriger des Sonderkommandos "Felsenest" im Jahre 1940/41 und als Lagerkommandant des Kriegsgefangenenlagers "Stalino" im Jahre 1942

- 7.3.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 7.9.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG (Erklärung nach Punkt 3, Absatz 2, Abschnitt II, I. Hauptstück VG 1947).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 696/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V420/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 4364/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WOLLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Beteiligung an der Plünderung des Kleidergeschäftes Jura und des Seifengeschäftes Janda in Wien-Leopoldstadt im Jahre 1938, Diebstahls in Wien im Jahre 1938, Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen in Wien im Jahre 1938 (diese mussten mit bloßen Händen Klosette reinigen und auf der Straße Krukenkreuze wegwaschen, WOLLER soll des weiteren den Juden/Jüdinnen Heinrich Ausländer geschlagen haben)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 6.6.1946 wurde WOLLER zu 7 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 4364/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V421/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 2246/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel), Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Antonio AMADUCCI (AMADUCI)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Tätigkeit als Gestapo-Konfident

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 7.7.1950 wurde die Anzeige gegen AMADUCCI wegen § 7 KVG betreffend Faktum Stefanie Kerth gemäß § 90 StPO zurückgelegt. Am 27.11.1950 wurde die Anzeige wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

Das gegenständliche Verfahren war am 21.10. 1949 aus dem Verfahren Vg 3d Vr 1685/46 gegen AMADUCCI wegen § 7 KVG und § 6 KVG ("Arisierung" der Zellulosefabrik Wörgl AG, Wien I) ausgeschieden worden. Der vorliegende Gerichtsakt enthält einige Unterlagen zum "Arisierungsvorgang".

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 2246/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V422/1–7

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27a Vr 6382/60

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetisch)

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Strafverfahren gegen: Paul ALLMER
Rudolf TISCHER
Heinrich REVY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung eines russischen Kriegsgefangenen Ende März 1945 in Brunn am Gebirge (Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 22.11.1960 gab die Staatsanwaltschaft die Erklärung ab, dass das Verfahren gegen REVY weiterhin gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt/abgebrochen bleibt. Am 23.11.1960 wurde die Anzeige gegen ALLMER wegen §§ 134ff StG gemäß § 90 StPO zurückgelegt. Am 19.12. 1960 wurde das Verfahren gegen TISCHER wegen §§ 134ff StG gemäß § 190 StPO eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27a Vr 6382/60: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V423/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 126/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U. T.)
Franz HERZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

gewaltsamen Eindringens von 6 jungen Nationalsozialisten in die Wohnung des Holzhändlers Kopel Glasberg in Wien-Leopoldstadt im Jahre 1938, wobei dessen Schwiegersohn Chaim Jegendorf angeschossen wurde, sowie wegen missbräuchlicher Bereicherung am Eigentum von Kopel Glasberg (Unbekannte Täter); missbräuchlicher Bereicherung am Eigentum von Kopel Glasberg in seiner Eigenschaft als Angestellter der Firma Kosmos, Internationale Transporte, Wien I, im Jahre 1939 (Franz HERZ)

10.1.1953: Zurücklegung der Anzeige gegen Franz HERZ wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO. Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen U.T. wegen §§ 8, 134 StG, § 6 KVG gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 126/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V424/1–6

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 4263/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto SCHÖGGL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Juden/Jüdinnen und Plünderung von jüdischen Wohnungen in Wien-Leopoldstadt im Jahre 1938

12.1.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG, §§ 171, 173, 174 I c StG und § 8 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Abtretung des Verfahrens wegen Betrugs zum Nachteile der Dorothea Jünger an das ordentliche Gericht.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 4263/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V425/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27d Vr 6516/60
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ukraine (Sokal/Ostgalizien)

Strafverfahren gegen: Karl ZEMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von Juden/Jüdinnen im Ghetto Sokal (Ostgalizien) in den Jahren 1942 und 1943.

ZEMANN soll Leiter des "Judenreferates" der Gestapo von Stadt und Kreis Sokal gewesen sein und unter anderem den Befehl zur endgültigen Liquidierung des Ghettos Sokal gegeben haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.11.1960: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 134 und 5 StG gemäß § 412 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27d Vr 6516/60: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1089
DÖW-Signatur: V426/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 5876/56
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Sipo/SD, Gestapo), Schupo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ukraine (Ivano-Frankivsk/Stanislawów/Stanislaw)

Strafverfahren gegen: Michael DANGLER
Josef DUNKL
Josef HÖCKER
Franz KOHOUT
Erwin LINAUER
Ernst RABARA
Rudolf WIEDERWALD
Erich ZIMMERMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von über 120.000 Juden/Jüdinnen in Stanislaw (Ostgalizien) und Umgebung im Zeitraum Sommer/ Herbst 1941 bis Frühjahr 1943

Das gegenständliche nationalsozialistische Gewaltverbrechen ist von der Stanislawer Dienststelle der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes geplant worden. Angehörige dieser Stelle waren maßgeblich an der Vollbringung des Verbrechens beteiligt. Aber auch Angehörige anderer Formationen wurden zur Mitwirkung herangezogen, darunter die Schutzpolizei. DUNKL, RABARA, KOHOUT, WIEDERWALD, DANGLER und ZIMMERMANN waren Wiener Polizisten, welche der Schutzpolizei in Stanislaw durch eine gemeinsame Abkommandierung zu Beginn Oktober 1941 zugeteilt worden waren. LINAUER kam von der Wiener Gestapo im Herbst 1941 nach Stanislaw und gehörte auch dort der Gestapo an.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 13.5.1949 war das Verfahren gegen HÖCKER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden. Das Verfahren gegen die weiteren Beschuldigten war am 30.8.1949 gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt worden und wurde erst in den 50er Jahren wieder aufgenommen. Das vorliegende Verfahren besteht nur aus einem Rekonstruktionsakt, da der Strafakt seinerzeit an die sowjetische Besatzungsmacht ausgefolgt und von dieser nicht rückgeleitet worden war. Am 15.4.1957 wurde das Verfahren gegen LINAUER gemäß § 224 StG eingestellt. Das Verfahren gegen DUNKL wurde am 3.6.1957 gemäß § 224 StG eingestellt. Am 17. (14.?) 8. 1957 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gegen RABARA, KOHOUT, WIEDERWALD, DANGLER und ZIMMERMANN gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. RABARA war am 2.4.1951 von einem sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Lagerhaft wegen "persönlicher Teilnahme an Bestialitäten und Massenerschießungen" verurteilt worden. Am 16.11.1955 kehrte RABARA aus der sowjetischen Internierungshaft nach Österreich zurück. KOHOUT war am 1.4.1952 von einem sowjetischen Militärgericht wegen "persönlicher Teilnahme an Plünderungen, Verhaftungen und Massenerschießungen sowjetischer Zivilisten" zu 25 Jahren Lagerhaft

verurteilt worden. Am 18.7.1951 war er in die Sowjetunion gebracht worden, von wo er am 16.11.1955 nach Österreich zurückkehrte.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 5876/56 (Vg 6e Vr 4896/47)
(Rekonstruktionsakt): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1089+1090

DÖW-Signatur: V427/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 30 Vr 2110/57 (Vg 12 Vr 4828/45)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel), Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei/Sicherheitsdirektor Burgenland)

Opfer: Polit. GegnerInnen

Tatland (Tatort): Burgenland

Strafverfahren gegen: Martin GABRIEL u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"); SS-Hauptsturmführer; Versetzung von Andreas Thüringer, Franz Hebenstreit und Georg Varga in einen qualvollen Zustand im März 1938 in Eisenstadt (Burgenland) unter Ausnützung seiner Gewalt als stellvertretender Sicherheitsdirektor für das Burgenland

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

(Verfahren gegen 12 Beschuldigte)

Am 20.5.1948 wurde GABRIEL zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Der Großteil der gegen GABRIEL und die weiteren Beschuldigten geführten Vorerhebungen betrifft aber die Ermordung von Andreas Thüringer (Bezirkssekretär der Vaterländischen Front) und von Karl Karassowits (Angehöriger der illegalen SA und gleichzeitig Konfident des Sicherheitswachzimmers in Rust) im März 1938 in Eisenstadt:

- * Das Verfahren gegen GABRIEL wegen § 134 StG und § 8 VG wurde am 18.12.1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
- * Am 14.9.1957 Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Johann SCHUH wegen §§ 134, 152 StG gemäß § 412 StPO und die Einstellung des Verfahrens gegen SCHUH wegen §§ 10, 11 VG gemäß §§ 12, Abs. 2, bzw. 16 NS-Amnestie 1957.
- * Am 9.4.1965 wurde das Verfahren gegen Karl TRATTNER wegen § 134 StG gemäß § 224 StG eingestellt. Das Verfahren gegen TRATTNER wegen §§ 10, 11 VG war bereits am 14.1.1958 gemäß § 12 NS-Amnestie 1957 eingestellt worden. Am 31.1.1963 war die Anzeige wegen § 134 StG (Ermordung von Johann Weichselberger im Jahre 1937 in Neustift i. T./Burgenland) zurückgelegt worden.
- * Das Verfahren gegen Otto BOVENSIEPEN wegen § 134 StG wurde am 15.6.1964 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
- * Das Verfahren gegen Friedrich Johann LANG und Josef KLAMPFER wegen § 134 StG wurde am 13.3.1963 gemäß § 224 StG eingestellt.
- * Die Anzeige gegen Franz VASS, Leopold KLUG und Karl LEOPOLD wegen § 134 StG wurde am 31.1.1963 gemäß § 90 StPO zurückgelegt.
- * Gegen Friedrich SCHOPPER wurde die Anzeige wegen § 134 StG am 18.12.1947 gemäß § 90 StPO zurückgelegt. Das Verfahren gegen SCHOPPER wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, § 7 Wahlgesetz wurde am 18.12.1947 ausgeschrieben.
- * Das Verfahren gegen Ernst MINDEK wegen §§ 10, 11 VG, § 134 StG wurde am 18.12.1947 gemäß § 109

StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

* Das Verfahren gegen Helmuth BREYMANN wegen § 134 StG (Ermordung von Johann Weichselberger) wurde am 5.12.1956 gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt.

Einbezogene Akten:

Vg 8e Vr 527/55 (Vg 2c Vr 2453/48), Verfahren gegen Karl TRATTNER wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG, § 134 StG (Illegalität; Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde des stellvertretenden Bezirksgendarmeriekommandanten von Jennersdorf/Burgenland, Köhler, im Jahre 1938 in Jennersdorf. Ermordung von Johann Weichselberger im Jahre 1937 in Neustift i. T.)

Z 272/56, BG Oberwart, Verfahren gegen U.T., Helmuth BREYMANN, Karl TRATTNER, Julius OSTOVITS und Maximilian GÖRTLER wegen § 134 StG (Ermordung von Johann Weichselberger).

Vg 8e Vr 560/55 (Vg 4c Vr 1446/47), Verfahren gegen Johann SCHUCH wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und §§ 134, 152 StG (Illegalität, Gestapo Eisenstadt und Wiener Neustadt/Niederösterreich, Ermordung von Andreas Thüringer)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 30 Vr 2110/57 (Vg 12 Vr 4828/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1090
DÖW-Signatur: V428/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 597/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ZEMAN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), Misshandlung eines griechischen Zwangsarbeiters und Verletzung der Menschenwürde von ausländischen Zwangsarbeitern unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt als Werkmeister im Reichsbahnausbesserungswerk Simmering in Wien (heutige Hauptwerkstätte Simmering)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.10.1946 wurde ZEMAN zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 597/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1090
DÖW-Signatur: V429/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 6940/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Engelbert PODENREITER
Hans SCHIMA u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Maximilian Reich Anfang 1944 in Wien (Reich war, ebenso wie die beiden Angeklagten, Angestellter der Brauerei Mautner-Markhof)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.10.1949 wurden PODENREITER und SCHIMA freigesprochen.

- 20.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Ernst SCHOLL wegen § 7 KVG gemäß § 34 StPO.
- 10.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Wolfgang WIDTER wegen § 7 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 23.6.1949: Zurücklegung der Anzeige gegen PODENREITER wegen § 183 StG gemäß § 90 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich BUCHEGGER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 6940/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1090
DÖW-Signatur: V430/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4952/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge

Tatland (Tatort): Wien, Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz VOGRIN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SS, Registrierungs Betrugs

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 1.3.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG auf Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).
- 30.11.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG (SS-Oberscharführer), § 3 KVG (Beamter der Gestapoleitstelle Wien; im Jahre 1941 wurde VOGRIN nach Engerau abkommandiert, wo er bis 1945 Streifendienst der SA Nr. 36 versehen haben soll) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4952/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1090+1091+1092

DÖW-Signatur: V431/1–167

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27e Vr 4818/63

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzgruppen/Einsatzkommandos)

"Babi Yar Prozess" (reines Ermittlungsverfahren)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Roma

Tatland (Tatort): Ukraine (Babi Yar/Babij Jar)

Strafverfahren gegen: Franz BATJA

und andere ehemalige Angehörige des Polizeibataillons 314 des Polizeiregiments
Russland-Süd

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Vernichtungsaktionen, die von dem zur Einsatzgruppe C gehörigen Sonderkommando 4a ab Juni 1941 im rückwärtigen Operationsgebiet der 6. Armee durchgeführt wurden. Die größte der Exekutionen wurde am 29. und 30.9. 1941 in der Babi-Yar-Schlucht bei Kiew durchgeführt, bei der über 30.000 Juden/Jüdinnen ermordet wurden.

An den Vernichtungsaktionen nahm fallweise auch das Polizeiregiment Russland-Süd (später: Polizeiregiment 10) teil, welchem auch das Polizeibataillon 314 angehörte. Im September und Oktober 1941 war das Sonderkommando 4a in Kiew stationiert. Während dieser Zeit fanden mehrere Exekutionen von Juden/Jüdinnen, Zigeunern und potentiellen Gegnern des NS-Regimes sowie Geisteskranken statt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 10.5.1966: Einstellung des Verfahrens gegen Josef NEUBAUER, Dr. Egon BALZAR, Karl WALTER, Karl LINSENMAYER, Josef STEINER, Maximilian EDELMÜLLER, Josef KAFKA, Johann VOGT, Hermann OTMANN, Karl STANEK, Fritz PFINGST, Anton KURZREITER, Leopold FASCHING und Johann FRANEK gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 30.9.1968: Einstellung des Verfahrens gegen Franz SPILKA gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 3.4.1969: Einstellung des Verfahrens gegen Karl RADINGER, Herbert SCHAAR und Josef RAUSCHER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 21.1.1972: Zurücklegung der Anzeige gegen Franz BATJA, Guido HORNOF, Karl SEIDENSCHMID, Rudolf SCHIEMER, Richard TOMASI, Fritz THOMA, Josef ARNEITZ, Dr. Erich QUIETENSKY, Erich LISAK, Karl STEINSCHADEN, Alois EDLETISCH, Karl TACHEZI, Rudolf GRÜNWALD, Josef BEDLAN, Nikolaus TREITL, Karl ZATSCHKOWITSCH, Leopold SCHIESSEL, Franz RAPP, Hermann MADERNER, Karl KREITER, Josef HEROWITSCH (geb. 3.6.1912), Rudolf FEHR, Konrad DORINGER, Josef BITTERMANN, Franz BINDER, Karl PILZ, Karl LEDENIK, Karl STUKSA, Dr. Walther RAINER, Max KUNTER, Alfred RIEDLMÜLLER, Josef KERN, Josef WIEDNER, Karl RÖDERMACHER, Viktor WOLF, Albin ACHAZ, STUZE, Franz MERL, Oskar PREINSBERGER, Peter KOGLER, Otto MARGREITER, Johann SCHWAIGER, Johann SOBERNIGG, Karl FASCHING, Rupert RUSSEGGGER, Walter HIRSCH, Alfred SAHSE, Ferdinand WICHERT, Johann PIKART, Franz GAHS, Josef SIEGEL, Anton WEIHSMANN, Franz LISCHKAR, Franz KAPP, Werner FRANK, Curt WAGENMANN, Franz SABITZER, Johann LETTNER, Karl GÖRLICH, Franz PROBST, Alfred EHN, Ferdinand BALEK, Johann KERSCHBAUMER, Alfred KOPPELHUBER, Rudolf LZICAR, Anton MAYERHOFER, Franz MONDRE, Franz QUASS, Johann SCHÖNER, Josef SIMON, Josef VORDERDÖRFLER, Karl

Leopold DOMITZI, Hans FLECK, Leopold FLEISCHMANN, Josef HEROWITSCH (geb. 20.4.1912), Friedrich HEINZ, Franz HLADIL, Johann PFENDTNER, Johann NEUBAUER (geb. 27.7. 1914), Karl THON, Friedrich HOPPEL, Franz STEINER, Franz HARASEK, Anton BENEDIK, CHRISTANDL, HABICHT, Leopold KOWALD, Franz KREISSL, Paul KRÜGER, Johann MEZGOLICH, Bernhard MÜLLER, Karl POPPE, Johann BREZOVICH, Anton QUELL, Rudolf RABACHER, Johann RATH, Wilhelm SCHLEICH, Johann SCHMIDT, STASSNY, Karl WASCHNIGG, Johann WEISS, Matthias WEISSENBERGER, Alois WEISSENBRUNNER, Richard WINDSTEIG, Rudolf DORI, Lambert EISENHELD, Ernst REINBERGER, Franz JELINEK, Karl LANG, Friedrich HANOUSEK, Johann LINDORFER, Johann NELL, Josef PLATT, Leopold ADLER, Josef KÖCHL, Franz BIRKNER, Josef SEIDL, Karl STETTEN, Franz ULLRAM, Christoph WALDNER, Franz BARTHUSEK, Alfred GANAL, Franz TOUSEK, Heinrich LIEBMANN, Josef TAUSCH und Josef WARGA gemäß § 90 StPO.

21.1.1972: Einstellung des Verfahrens gegen Johann KLEPSCH, Adam BUCHROITHNER, Willibald ROY, Leopold HEINA, Franz CHROUSTOVSKY, Ernst GÖTZ, Johann GRIMUS, Franz GROICHER, Felix HODNIK, Walter OBENAU, Richard OTTO, Milan PETROVIC, Rudolf POSTEL, Johann SCHÖNY, Rudolf SCHWARZ, Johann WEINKOGL, Dr. Karl ZANKL, Johann BREZOVICH, Johann FUCHS, Franz HARBICH, Ignaz MITTER, Walter MEISEL und Franz PACHNER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

21.1.1972: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Franz RÄUCHER gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27e Vr 4818/63: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V432/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 6620/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U.T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Karl Melzer-Orienburg und Marie Melzer-Orienburg, welche aufgrund ihrer antinationalsozialistischen Gesinnung von der Gestapo im Mai 1941 verhaftet worden waren. Karl Melzer-Orienburg starb am 18.6. 1941 an den Folgen der Misshandlungen durch die Gestapo. Seine Gattin Marie Melzer-Orienburg starb am 22.2.1943 in Gestapohaft.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Das Verfahren wurde am 17.6.1949 vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 6620/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V433/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 271/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

(Seltsamer!) Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): UdSSR

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U.T.)

wegen (§§): § 1 KVG

Das Verfahren ist aufgrund einer Anzeige von Franz Engelsperger, dessen Bruder Josef Engelsperger vermutlich bei der Schlacht um Stalingrad im Jahre 1943 ums Leben gekommen ist, eingeleitet worden. Franz Engelsperger forderte die Todesstrafe für den unbekannt verantwortlichen Offizier, den er für den Tode seines Bruders verantwortlich machte.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 15.3.1949 wurde die Anzeige gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 271/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V434/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6d Vr 373/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U.T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung eines unbekanntes Mannes in Haiden bei Ottenschlag (Niederösterreich) vermutlich Mitte April 1945 im Zuge eines Evakuierungsmarsches. Die Identität des Opfers geht aus dem Gerichtsakt nicht hervor, es könnte sich dabei um einen jüdischen Häftling oder Zwangsarbeiter gehandelt haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 10.1.1946 wurde das Verfahren vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6d Vr 373/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V435/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 6600/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U. T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Franz Baumgartner durch unbekannte Gestapomitarbeiter (vermutlich mit Todesfolge)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 28.12.1948 wurde das Verfahren vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt.

Franz Baumgartner war bei den Saurer-Werken in Wien-Simmering beschäftigt. Die Vorerhebungen ergaben, dass Franz Baumgartner am 16.9.1943 von der Gestapo verhaftet wurde, weil er für politische Häftlinge Spenden gesammelt haben soll. Am 7.1.1944 wurde Franz Baumgartner wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend kam er zur Strafverbüßung ins Arbeitslager Trasdorf (Niederösterreich), wo er am 7.3.1944 starb.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 6600/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V436/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 132/54
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Wiederbetätigung

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich KUHN u.a.

wegen (§§): § 3g VG

nationalsozialistische Wiederbetätigung

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 13.8.1954 hatte Dr. Friedrich Kuhn, Geschäftsführer des Burgfried-Verlags (Niederlassung der Firma Bertelsmann in Österreich), Privatanklage gegen Eva Priester, Redakteurin der *Österreichischen Volksstimme*, wegen Ehrenbeleidigung erhoben. Am 4.7. 1954 war in der *Österreichischen Volksstimme* ein Artikel erschienen, in welchem angeführt wurde, dass die Kriegs- und Anschlussliteratur in Österreich unter anderem durch den Burgfried-Verlag verbreitet werde. In der öffentlichen Hauptverhandlung in diesem Verfahren (2U 375/54) wurde am 14.9.1954 die Vertagung der Hauptverhandlung zwecks Abtretung des Verfahrens an das Volksgericht Wien wegen Verdachts des Verbrechens nach § 3 VG beschlossen. Am 24.11.1954 beschloß das Volksgericht Wien die Einleitung der Voruntersuchung gegen Dr. Kuhn wegen Verbreitung von Büchern mit nationalsozialistischem Inhalt. Am 16.10.1956 wurde die Anzeige gegen Dr. Kuhn gemäß § 90 StPO zurückgelegt. Mit selbem Datum wurde das Verfahren gegen Herbert VOGT und Kurt SCHULER gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 132/54: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V437/1–3

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 1161/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Unbekannte Täter (U. T.)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Eduard Fritsch, Arbeiter der Austro-Steyr-Daimler-Puch AG in Wien-Favoriten und kommunistischer Widerstandskämpfer, durch Gestapo-Angehörige
Vermutlich im Jahre 1941 wurde Eduard Fritsch von der Gestapo verhaftet. Die gerichtlichen Vorerhebungen ergaben, dass Eduard Fritsch am 29.7.1941 im KZ Mauthausen ermordet worden war.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 29.5.1949 wurde das Verfahren vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt.
Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 26.4.1949 aus dem Verfahren gegen Robert Pfeiffer u.a. (Vg 4c Vr 7495/47) gemäß § 412 StPO ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 1161/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V438/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 39/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: (U.T.) einen unbekanntem Oberscharführer der SS-Standarte Hardegger
wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung der Ehepaare Maria Stern und Franz Stern sowie Franziska Pomze und Sigmund Pomze am 12.4.1945 in Wien-Leopoldstadt. Die beiden Ehepaare lebten in sog. Mischehen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 6.8.1958 wurde das Verfahren wegen § 1 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957 eingestellt.
Mit selbem Datum wurde das Verfahren wegen §§ 134ff. StG gemäß § 412 StPO eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 39/55 (Vg 2 Vr 894/45): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V439/1–10

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 1300/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: alliierte Kriegsgefangene (USA)
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BECHER
BERNAUER
Adalbert BENDA

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung des amerikanischen Fliegerleutnants Hyde Ende Juli 1944 im Gemeindegebiet Sulz im Wienerwald (Niederösterreich). Hyde war am 16. Juli 1944 im Rossgipfelgebiet, Gemeinde Sulz im Wienerwald, mit einem Fallschirm abgesprungen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 10.2.1958: * Einstellung des Verfahrens gegen Becher wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.
* Einstellung des Verfahrens gegen Benda wegen § 1 KVG gemäß §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.
* Einstellung des Verfahrens gegen Bernauer wegen §§ 10, 11 VG, § 1 KVG gemäß § 12, Abs. 2, §§ 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.
* Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Bernauer, Becher und Benda wegen §§ 134, 135 und 5 StG gemäß § 412 StPO.
- 23.2.1959: Einstellung des Verfahrens gegen Benda gemäß § 224 StG (am 8.1.1959 verstorben).
- 16.12.1971: Zurücklegung der Anzeige gegen Becher wegen §§ 134ff. StG gemäß § 90 StPO.

Das gegenständliche Verfahren ist mit Beschluss vom 3.2.1948 aus dem Verfahren Vg 4c Vr 3650/47 (Lambert SCHNEIDER u.a.) gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 1300/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V440/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 7582/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: U. T. (Gestapo)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung des kommunistischen Widerstandskämpfers Dr. Eduard Rabofsky, welcher am 21. November 1941 in den Saurer-Werken (Wien-Simmering) verhaftet worden ist.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 3.3.1948 wurde das Verfahren vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 7582/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092
DÖW-Signatur: V441/31

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 2179/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Oberlanzendorf-Prozess), Gestapo-Prozess

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Viktor SIEGEL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Alter Kämpfer"), SS-Sturmbannführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

In diesem Verfahren wurde am 1.3.1950 gegen Siegel nur Anklage wegen seiner Zugehörigkeit zur illegalen NSDAP und seiner Funktion als SS-Sturmbannführer erhoben. Am 30.3.1950 wurde er diesbezüglich freigesprochen, da das Gericht eine bloß gesinnungsmäßige Zugehörigkeit zur NSDAP für einen Schuldspruch nach §§ 10, 11 VG als nicht genügend erachtete. Dieser hätte nämlich nach Ansicht des Gerichts Hochverrat zur Voraussetzung, welcher aber nicht schon durch hochverräterische Gesinnung gesetzt werden könne.

Der Großteil des Gerichtsaktes betrifft aber die Tätigkeit von Siegel bei der Gestapo: Laut Anzeige der Polizeidirektion Wien vom 24.6.1947 war Siegel seit dem Jahre 1940 als SS-Sturmbannführer und Regierungsrat bei der Gestapo tätig. Er sei des weiteren Leiter des Referates IV D ("Arbeitsvertragsbruch") der Gestapo und sei für die Errichtung des sog. "Arbeitserziehungslagers" Oberlanzendorf (Niederösterreich) und somit für die im Lager vorgekommenen Misshandlungen, Ermordungen und die katastrophalen sanitären Verhältnisse verantwortlich gewesen. Das diesbezügliche Verfahren wegen §§ 1/2, 3/1 und 3 KVG wurde am 7.3.1950 aber gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Das Verfahren wegen § 3/3 KVG wurde laut Urteilschrift vom 30.3.1950 eingestellt, weil Siegel zwar, wie sich aus dem Nachrichtenblatt der Gestapoleitstelle Wien ergab, zum Abteilungsleiter der Gestapo im Februar 1945 ernannt worden war, aber als solcher nicht mehr mit solchen Machtvollkommenheiten ausgestattet worden wäre, wie sie einem "echten" Abteilungsleiter etwa in den Jahren 1938/39 zugestanden hatten. Laut Auskunft des LG Wien vom 28.5.1973 wurde Siegel nach einer Selbststellung am 25.2.1946 von Organen der amerikanischen Besatzungsmacht übernommen und in der Folge von dieser, zuletzt im Internierungslager Marcus W. Orr in Glaserbach, angehalten. Von dort wurde Siegel an das Gefangenenhaus des LG Wien überstellt und auf Grund des Ersuchens der französischen Besatzungsmacht am 28.5.1948 in deren Gefängnis "Am Steinhof" überstellt (im "Arbeitslager "Oberlanzendorf" waren auch sehr viele französische Staatsbürger inhaftiert gewesen). Das LG Wien stellte mit Beschluss vom 29.6.1949 das Verfahren gegen Siegel vorläufig gemäß § 412 StPO ein und nahm das Verfahren erst wieder am 10.10.1949 auf, nachdem die französ. Besatzungsmacht die Verfolgung von Siegel der österreich. Justiz übergeben hatte.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 2179/49 (Vg 4e Vr 589/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1092+1093

DÖW-Signatur: V442/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 3794/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Bürgermeister)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Arnold WIESINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer", Blutordensträger)

Wiesinger war von April 1939 bis Kriegsende Bürgermeister von Engerau

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.5.1948 wurde Wiesinger zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren gegen Wiesinger wegen § 8 KVG war bereits am 14.4.1948 eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 3794/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1093
DÖW-Signatur: V443/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 564/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm BERTHOLD

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde durch sein Verhalten den Nachbarn gegenüber und Denunziation in Wien

Berthold war – seinen eigenen Angaben zufolge – seit 1938 NSV-Mitglied mit den Funktionen eines Blockhelfers und Blockwalters sowie in den Monaten Oktober, November und Dezember 1943 Organisationswalter der Ortsgruppe Flötzersteig in Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 3.12.1946 stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 564/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1093
DÖW-Signatur: V444/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 6230/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Ausländische ArbeiterInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, UdSSR (Verbrechen in Sowjetunion nicht verfolgt!)

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter MÜNCH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), NSDAP-Dienstauszeichnung in Bronze, Denunziation von Dr. Franz Messner im Mai 1944 in Wien, welcher in der Folge vom Volksgerichtshof Berlin am 28.10. 1944 zum Tode verurteilt wurde

Walter Münch war ab 1941 Mitarbeiter der Gestapoleitstelle Wien. Von August 1941 bis Ende Oktober 1942 war er zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Riga (SU) abgeordnet. Für einige Monate war er Minsk (SU) zugeteilt, wo er einer Einsatzgruppe zur Partisanenbekämpfung angehörte. Ab November 1942 war Münch wieder in Wien, wo er im Referat "Arbeitsvertragsbruch" der Gestapo eingesetzt war. Zu dieser Zeit soll Münch in Verbindung zu österreichischen Widerstandskämpfern getreten sein, weshalb er im Februar 1944 von seiner eigenen Dienststelle, der Gestapo, verhaftet wurde. Während seiner Haft kam er im Frühjahr 1944 mittels Kassibern in Kontakt mit Dr. Franz Messner, welcher wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Spionage in Haft war. Ungefähr im Mai 1944 soll Münch dem Gestapopreferenten Anton Perger mitgeteilt haben, dass er mit Dr. Messner in Verbindung stehe. Die Angaben, die Dr. Messner in den Kassibern gemacht hatte, wurden im Urteil des Volksgerichtshofes gegen ihn als "gewissermaßen außergerichtliches, freiwilliges Geständnis" gewertet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.10.1948 wurde Münch zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Bereits am 6.7.1948 hatte die Staatsanwaltschaft die Erklärung abgegeben, dass zu einer weiteren Verfolgung von Münch in Richtung der §§ 1, 3 und 4 KVG ("Selbstbeschuldigung betreffend kriegsverbrecherisches ...") sowie in Richtung des § 6 KVG kein Grund gefunden wird (Einstellung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]). Das Verfahren gegen Josef RIEDELSPERGER wegen §§ 10, 11 VG (Bedachtnahme auf § 6 KVG) war am 16.7.1948 ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 6230/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1093
DÖW-Signatur: V445/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 2060/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Mönichkirchen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton HERBST

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Denunziation von Josef Weninger im Mai 1940 beim damaligen Ortsgruppenleiter Pfaffel in Mönichkirchen (Niederösterreich)

-----*-Verlauf der Vorerhebung/Voruntersuchung:*
26.2.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 2060/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1093
DÖW-Signatur: V446/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 95/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann SCHAGGINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Bruno Bohusch im Jahre 1940 in Wien (Bruno Bohusch wurde am 28.8.1940 vom Sondergericht Wien gemäß § 2 Heimtückegegesetz zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.)

----- *-Verlauf der Vorerhebung/Voruntersuchung:*

25.11.1953: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 95/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1093
DÖW-Signatur: V447/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3e Vr 1076/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl STEINHART

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrug, §§ 7D und 21 Wahlgesetz 1945

----- *-Verlauf der Vorerhebung/Voruntersuchung:*
25.4.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3e Vr 1076/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1093
DÖW-Signatur: V448/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 679/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BIRINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 21.3.1946 wurde Karl Biringer zu 6 Monaten Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 679/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094
DÖW-Signatur: V449/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 6619/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziation, KVG-2-Verfahren!

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Graz

Volksgerichtsverfahren gegen: Tassilo ALMÁSY (ALMÁSSY)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität, Zugehörigkeit zur SS

Kriegshetze (vorübergehender Mitarbeiter der "Universal-Korrespondenz", welche vornehmlich Nachrichten aus dem Südosten Europas im nationalsozialistischen Sinn brachte)

"Arisierung":

Arisierung einer Wohnung in Wien-Innenstadt samt einem Teil der Möbel im Jahre 1941;
Tätigkeit als kommissarischer Verwalter des Radiohauses Tauber und der Radiofirma Reischer in Wien-Wieden

Denunziation:

Anzeige bei der Gestapoleitstelle Wien gegen die damaligen kommissarischen Leiter und sieben weitere Angestellte des Radiohauses Tauber in Graz wegen "Vermögensverschleppung" im Jahre 1938, um seinem Freund Engelbert Reihls dieses Unternehmen "vermitteln" zu können (die von ihm Angezeigten wurden in Graz verhaftet und nach Wien überstellt, wo sie sich mehrere Monate lang in Untersuchungshaft befanden); Denunziation einer weiteren Person bei der Gestapoleitstelle Wien

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.5.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

18.5.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 2, 4, 6, 7 KVG gemäß §§ 12 Absatz 2, 13 bzw. 16 NS-Amnestie 1957.

Einbezogene Akten:

LG Linz Vg 8 Vr 6946/47 (Tassilo ALMÁSY)

LG Graz 11 Vr 3548/48 (Tassilo ALMÁSY)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 6619/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094
DÖW-Signatur: V450/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 3558/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto EDER
Helene EDER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" eines Wohnhauses in Wien-Innenstadt (Lugeck 7) im Jahre 1940 (Vorbesitzer: Rechtsanwalt Dr. Weinberger).

Otto Eder des weiteren wegen "Arisierung" eines Grundstückes in Vöslau (Niederösterreich),
Denunziation von Karl Stielly in Wien sowie Verletzung der Menschenwürde (eigener
Luftschuttkeller für jüdische Hausparteien in dem ihm gehörigen Haus in Wien-Innenstadt,
Lugeck 7)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 25.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Otto und Helene Eder wegen "Arisierung" des Wohnhauses in Wien-Innenstadt.
- 30.10.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Otto Eder wegen "Arisierung" der Liegenschaft in Vöslau gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] sowie wegen §§ 4, 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 3558/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094
DÖW-Signatur: V451/1–14

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 2946/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Paula ARNOLD
Julia LIEBENTRITT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Verletzung der Menschenwürde: Paula Arnold und ihre Mutter Julia Liebenritt sollen nach der Annexion Österreichs im März 1938 begonnen haben, das mit ihnen im selben Wohnhaus lebende "Mischehepaar" Karoline und Leo Fürnberg zu drangsalieren und schikanieren. Schließlich ließ sich das Ehepaar gezwungenermaßen scheiden und der Mann zog in eine andere Wohnung, um endlich in Ruhe gelassen zu werden. Die Verfolgungen hörten jedoch nicht auf. So sollen Arnold und Liebenritt Karoline Fürnberg und deren Tochter Ingeborg jedes Mal gestoßen haben, wenn sie diesen im Stiegenhaus begegnet sind. Des weiteren sollen Liebenritt und Arnold Anzeige gegen Leo Fürnberg erstattet haben, welcher in der Folge im Jahre 1942 ins KZ Theresienstadt deportiert und dort ermordet wurde; "Vertreibung aus der Heimat" von Otto Bardach (§ 5a KVG 1947)

Paula Arnold des weiteren wegen "Arisierung" der Wohnung von Otto Bardach in Wien-Landstraße

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

19.4.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Paula Arnold und Julia Liebenritt wegen §§ 4, 5a, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

1.6.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Paula Arnold wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 2946/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094
DÖW-Signatur: V452/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 6617/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: August AKAMPHUBER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" von Wohnungen sowie Misshandlung von jüdischen Bewohnern des Wohnhauses
Wien-Brigittenau, Webergasse 25, im Jahre 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.2.1948 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 6617/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094
DÖW-Signatur: V453/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 83/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Adelheid EPPSTEIN (EPSTEIN)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde

"Arisierung" und Betrug: Adelheid Eppstein war erste Buchhalterin der Firma "Sol Kommanditges.m.b.H. und Elektrosol Kommanditges.m.b.H." gewesen. Um ihre Entlassung zu verhindern, habe sie dem Komplementär der Gesellschaft, Hugo Weiss, und dessen Gattin Josephine Weiss mit der Deportation ins KZ gedroht. Des weiteren habe sie Hugo Weiss und seiner Gattin mit der Denunziation bei der Gestapo gedroht, um auf diese Weise von Hugo Weiss ein Firmenbriefpapier mit seiner Unterschrift unter der Firmenstampiglie zu erhalten. Hugo Weiss händigte ihr dieses Briefpapier unter der Bedingung aus, dass sie es nur einsetzen werde, sollte es zur Durchführung seines Rücktritts als Geschäftsführer notwendig sein. Im August 1938 gelang Hugo und Josephine Weiss die Emigration in die USA. Danach sei Eppstein als kommissarische "Abwicklerin" für die obige Firma tätig gewesen.

Im Zuge eines Rückstellungsprozesses, angestrengt von Friedrich Weiss (Sohn des Ehepaares Weiss) im Jahre 1952, habe Eppstein am 24.1.1952 als Beklagte in diesem Prozess vor Gericht eben jenes Briefpapier, und zwar mit gefälschten Angaben versehen, vorgelegt, um so den Besitz wertvoller Gegenstände, ehemals der Familie Weiss gehörig, rechtfertigen zu können.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 11.8.1952 wurde das Verfahren gegen Adelheid Eppstein gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 83/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094
DÖW-Signatur: V454/1–60

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 682/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Oswald GASSER
Dr. Wilhelm GRANNER u. a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (Dr. Granner: SA, SS, "Altparteigenosse"; Gasser: SS, "Alter Kämpfer");

"Arisierung" von Bargeld sowie von Schmuck und anderen Wertgegenständen der Familie Langfelder in Mauer bei Wien: Nach dem 13.3.1938 wurde die den rassistisch verfolgten Mitgliedern der Familie Langfelder gehörige Schuhfabrik in Wien-Atzgersdorf sowie ihre Villa in Mauer von Angehörigen der SS besetzt und durch mehrere Wochen hinweg bewacht. Die Villa gehörte den Brüdern Richard und Otto Langfelder; in der Nähe wohnte ihre Mutter Hermine Langfelder. Während dieser Zeit wurde in der Villa ein größerer Geldbetrag von rund 30-40.000 öS entwendet. Außerdem sollen sich Gasser und Granner einmal in die Wohnung der H. Langfelder begeben und sie aufgefordert haben, ihnen Geld und Schmuckgegenstände zu übergeben.

Diese Delikte waren Gegenstand der Anklageschrift v. 19.9.1952. Am 18.6.1953 wurde Nachtragsanklage gegen Oswald Gasser wegen Verbrechens des Hochverrats im Sinne des § 58 StG in der Fassung des § 10/2 VG erhoben (Illegalität, SS, "Alter Kämpfer", Gasser habe im Frühjahr 1948 nach Inkrafttreten des Verbotsgesetzes in der ursprünglichen Fassung im Frühjahr 1948 in Innsbruck 11 Diebstähle begangen).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 27.9.1954 wurde Gasser zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Granner wurde freigesprochen. Bezüglich § 6 KVG waren beide Angeklagte freigesprochen worden, "da das Verfahren keinen Beweis dafür erbrachte, dass sich die Angeklagten der Unrechtmäßigkeiten ihrer Handlungsweise bewusst waren. Dadurch fiel die Verfolgbarkeit beider Angeklagter nach § 11 VG weg und war Dr. Granner, da der Tatbestand des § 10 VG für sich allein nicht strafbar ist, auch in diesem Anklagepunkte freizusprechen. Bei Gasser blieb die Verfolgbarkeit nach § 10 VG aufrecht, weil er mit Urteil des LG Innsbruck vom 23.3.1949, 6 Vr 1653/48, wegen §§ 171, 173, 174 I d StG zu 3 1/2 Monaten strengen Arrests verurteilt wurde. Er hat sich somit nach Inkrafttreten des VG neuerlich eines Verbrechens schuldig gemacht, so dass die Verfolgbarkeit nach § 10 VG gegeben war."

Gegen folgende Personen war ebenfalls ermittelt, das Verfahren jedoch eingestellt worden:

* Franz HEINZ: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951. Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG am 11.11.1952 (Vg 8c Vr 281/52).

* Walter HEINZ: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951. Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG am 11.11.1952 (Vg 8c Vr 283/52).

- * Josef POHL: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 30.4.1952.
- * Josef STADTSBÜCHLER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG, § 11 VG gemäß § 224 StG am 11.10.1952.
- * Johann BRAUN: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 30.4.1952.
- * Friedrich ERÖS: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 30.4.1952.
- * Richard KOPPENSTEINER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 30.4.1952.
- * Anton KÜHTREIBER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 224 StG am 21.11.1951.
- * Oskar RIEL: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG am 11.11.1952 (Vg 8c Vr 282/52).
- * Johann LUDWIG: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Dr. Alois WASCHKA: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreffend Fall Langfelder und Fall Grasmuck gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 11.10.1952.
- * Rudolf HINTEREGGER: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 KVG am 30.4.1952.
- * Heinrich KRONFELLNER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Josef BAUMGARTNER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Josef REIGL (REIGEL): Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Martin STEIGER: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG am 30.4.1952 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- * Karl VAS: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Robert RIEDL: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Karl MEDEK: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 21.11.1951.
- * Olga BRUNNER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 6, 7 KVG am 13.10.1955 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Einbezogene Akten:

- Vg 2c Vr 6694/48, Verfahren gegen Dr. Alois WASCHKA wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 6 KVG u. gegen Karl ROBL wg. § 6 KVG
- Vg 5d Vr 8057/46, Verfahren gegen Dr. Alois WASCHKA wegen §§ 8, 10/3, §§ 3, 4, 6, 7 KVG (einbezogen in: Vg 2c Vr 6694/48)
- Vg 2d Vr 8012/47, Verfahren gegen Dr. ALOIS WASCHKA wegen § 6 KVG (einbezogen in: Vg 5d Vr 8057/46)
- LG Innsbruck 10 Vr 1770/52, Verfahren gegen Oswald GASSER wegen § 10, Absatz 1 und 2 VG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 682/55 (Vg 6c Vr 90/51): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1094+1095

DÖW-Signatur: V455/1–19

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 8225/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ÖSTERREICHER

Ernst AUGUSTA u. a.

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Johann Österreicher:

Misshandlung von Dr. Hans Berger u. Verletzung der Menschenwürde von Emma Klein im November 1938 in Wien unter Ausnutzung seiner Befugnisse als Blockleiter und SA-Oberscharführer

Ernst Augusta:

Verletzung der Menschenwürde von Bernhard Benedikt und von weiteren etwa 15 unbekanntem jüdischen Bürgern im Haus Seitenstettengasse Nr. 15 in Wien-Innenstadt unter Ausnutzung seiner politischen Gewalt als Blockleiter im November 1938

Johann Österreicher und Ernst Augusta:

missbräuchliche Bereicherung

Am 10.11.1938 erschien Ernst Augusta mit einem unbekanntem SA-Mann im Haus Seitenstettengasse Nr. 5, vertrieb etwa 15 dort wohnhafte jüdische Bürger aus ihren Wohnungen und zwang sie, in die Wohnung eines gewissen Hofmann zu ziehen. Am selben Tag zwang Ernst Augusta gemeinsam mit einem unbekanntem SA-Mann Bernhard Benedikt, aus seiner Wohnung in der Seitenstettengasse Nr. 3 auszuziehen und zu Adele Weininger in Untermiete zu ziehen. Dabei wurde Bernhard Benedikt auch geschlagen. Ebenfalls am 10.11.1938 erschien Ernst Augusta gemeinsam mit einem unbekanntem SA-Mann im Haus Kohlmessergasse Nr. 3 in Wien-Innenstadt, wo sie Emma Klein aus ihrer Wohnung vertrieben. Einige Tage nach dem 10.11.1938 kam Ernst Augusta mit Johann Österreicher in das Haus Morzinplatz Nr. 6 (Wien-Innenstadt) in die Wohnung eines gewissen Schaps, in welcher vier jüdische Familien am 10.11.1938 von unbekanntem SA-Leuten zusammengetrieben worden waren. Ernst Augusta und Johann Österreicher nahmen den Familien Bareträge und Wertsachen von unbekanntem Wert ab. Als Dr. Hans Berger den Johann Österreicher nach seiner Legitimation fragte, versetzte ihm dieser eine Ohrfeige.

Johann Österreicher war des weiteren wegen Illegalität und Registrierungs Betrugs angeklagt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.10.1947 wurde Johann Österreicher zu 4 Jahren schweren Kerkers und Ernst Augusta zu 1 Jahr Kerker verurteilt.

Bereits am 23.7.1947 war das Verfahren gegen Johann Mortinger wg. §§ 3, 4, 5a, 6 KVG (Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Bernhard Benedikt; Vertreibung von Bernhard Benedikt aus dessen Wohnung und "Arisierung" von dessen Schuhmacherwerkstätte und Wohnung) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden. Ebenfalls am 23.7.1947 war das Verfahren gegen Ernst Augusta und Johann Österreicher wegen §§ 171ff. StG ausgeschieden und an die allgemeine Abteilung abgetreten worden.

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V456/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4578/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig ÖLLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Josef Schwarz in Wien; Denunziation von Otto Schatzker im März 1941 in Wien, weil dieser seine jüdische Abstammung verschwiegen habe (Schatzker wurde verhaftet, nach seiner Einvernahme allerdings freigelassen); Verletzung der Menschenwürde von Otto Schatzker (März 1941), Hermann Pisk (1940 oder 1941), Karl Ament (1943) und von Eduard Postrihac (1943); mehrmaliger Beschimpfung von Walter Lackenbacher im Jahre 1938 und Ohrfeigung von Walter Lackenbacher im Jahre 1940 oder 1941 nach Beschimpfung wegen Nichttragen eines Judensternes
Öller war Juwelenhändler und machte vor der Annexion Österreichs 1938 vielfach Geschäfte mit jüdischen Geschäftsfreunden, welche er nach der Annexion mit Haß verfolgte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.5.1947 wurde Öller zu 5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Bereits am 2.12.1946 war das Verfahren wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden. [Öller soll in der Versteigerungsanstalt Dorotheum bei einer Auseinandersetzung zwischen den dort anwesenden Juden/Jüdinnen und "arischen" Auktionären die Juden/Jüdinnen misshandelt haben. "Arisierung" von Schmuckgegenständen.]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4578/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V457/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 8218/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred ADAM

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde von Juden/Jüdinnen in den Jahren 1938 bis 1945 in Wien-Leopoldstadt
Adam war Hausvertrauensmann des Hauses Rembrandtstraße 15 und führte ein Gewaltregime gegenüber den jüdischen Ehepaaren und "Mischehe"paaren. So hat er deren Besuchern das Betreten des Hauses und das Besuchen von jüdischen Mietern verboten. Im Winter 1941/1942 misshandelte er einen zu einer jüdischen Arbeitsgruppe gehörigen Personen, welcher zu Schneearbeiten eingeteilt war, mit Fußtritten und Ohrfeigen.

Missbräuchlicher Bereicherung

Als Funktionär der NSV der Ortsgruppe Rembrandt beteiligte sich Adam an der "Arisierung" von Möbelstücken in Wien-Leopoldstadt. Mit diesen Möbeln soll er weiter Handel betrieben haben, indem er sie gegen Wein eintauschte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.5.1947 wurde Adam zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Bezüglich § 6 KVG wurde Adam freigesprochen, bezüglich § 4/2 KVG und § 7 KVG, § 8 StG (Adam hat Dr. Emmerich Szabo im Jahre 1941 bei der Ortsgruppe Rembrandt angezeigt; die Anzeige hatte aber keine Folge für Dr. Szabo) verurteilt. Gemäß § 25 StG wurde Adam aus allen Ländern des Bundesstaates Österreich landesverwiesen. Am 28.1.1949 wurde der Ausspruch über die Landesverweisung aufgehoben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 8218/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V458/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 5659/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf ECKMAIR (ECKMAYR)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde und "Vertreibung aus der Heimat": Eckmair soll sich maßgeblich an der "Judenhetze" im Zuge des "Novemberprogroms 1938" beteiligt und die Kündigung und Vertreibung sämtlicher jüdischer Bewohner des Wohnhauses Neubaugasse 45 (Wien-Neubau) veranlasst haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 4.6. 1948 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 5659/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V459/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 5962/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf AUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität;

Verletzung der Menschenwürde

nach der Annexion Österreichs im Jahre 1938 beschimpfte er die jüdische Mitbewohnerin Hilda Benedek als "Saujüdin");

"Arisierung" der Liegenschaft Gentzgasse 150 (Wien-Währing), welche aus einem zweistöckigen Wohnhaus und mehreren Betriebsgegenständen bestand (Vorbesitzer war das Unternehmen "Hermann Dénes, Glasniederlage");

Denunziation

Anzeigenerstattung gegen den in seiner Schokoladenwarenfabrik in Wien-Währing eingesetzten polnischen Zwangsarbeiter Jan Brejnakowski wegen "Arbeitsverweigerung"

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Das Verfahren wegen §§ 6, 7 KVG wurde am 12.7.1948 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Am 17. 12. 1948 erfolgte die Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/2, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 5962/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V460/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9b Vr 1484/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl EDER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (HJ, SA)

Teilnahme an einer Hausdurchsuchung bei dem Ministerialbeamten Franz Matz sowie anschließende Verhaftung von Matz im Jahre 1938, Teilnahme an Plünderungen nach der Annexion Österreichs im Jahre 1938 (so unter anderem am Küniglberg und in einem Schuhgeschäft am Rudolfsheimer Markt in Wien) sowie an der Verfolgung von Juden/Jüdinnen als SA-Angehöriger

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 20.9. 1949 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9b Vr 1484/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V461/1–12

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 7268/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Bezug zu Lidice

Opfer: Partisanen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Polen (Radom, Warschau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leo ARBTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Dienstausszeichnung der NSDAP in Bronze, "Alter Kämpfer", Totenkopfring, Ostmarkmedaille,
SS-Obersturmführer
Registrierungsbetrug
Quälereien und Misshandlungen

Im Jahre 1940 soll Arbter als stellvertretender Zugführer der 11. SS-Reiterstandarte innerhalb der Waffen-SS im Gebiet von Radom (PL) 140 Partisanen gefangengenommen und über Auftrag die Fesselung, die "Verladung" sowie den Transport zur Hinrichtungsstätte beaufsichtigt haben. Bei der Ermordung selbst sei er nur Zuschauer gewesen. (Einmal soll sich Arbter gebrüstet haben, an der Hinrichtung der Heydrich-Mörder mitgewirkt zu haben. Des weiteren soll er an der Auslöschung des Dorfes Lidice und an der Ermordung von Juden/Jüdinnen im Warschauer Ghetto beteiligt gewesen sein, was ihm jedoch nicht nachgewiesen werden konnte)

Anlässlich der Beziehung seiner neuen Wohnung aus jüdischem Besitz im Jahre 1938/39 habe er versucht, gewaltsam in die damals noch von dem Vorbesitzer Fischer bewohnte Wohnung einzudringen, wobei er diesen u.a. mit "Saujud" beschimpfte. Innerhalb von kurzer Zeit habe er Fischer zum Auszug gezwungen

----- -Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 6.8.1947 wurde Arbter wegen § 11 VG und § 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Das Verfahren wegen § 8 VG und § 1 KVG wurde mangels Spruchreife ausgeschieden und an den Untersuchungsrichter rückgeleitet.

Am 17.3.1947 hatte die Staatsanwaltschaft die Erklärung nach § 34 StPO hinsichtlich § 6 KVG ("Arisierungen" in der Tschechoslowakei und in Polen) abgegeben.

Am 23.6.1948 wurde das Verfahren wegen §§ 8 VG, 1 KVG ausgeschieden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 7268/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095
DÖW-Signatur: V462/1–24

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 2651/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Bezug zu Endphase-Verbrechen

Opfer: ZivilistInnen, Juden/Jüdinnen, Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige
(deutsche/österreichische)

Tatland (Tatort): Burgenland (Oberpullendorf), Wien (Döbling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Kurt AUGESKY u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SA-Sturmführer, goldenes Ehrenzeichen der HJ, im Jahre 1939 habe er sich unter Druck und Drohungen den Besitz der Wohnung des jüdischen Hauseigentümers Felsenberg in Wien-Döbling (Sommergasse 3) gesetzt.

Im Dezember 1944 und im März 1945 habe Augesky in Oberpullendorf unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt die HJ-Angehörigen Paul Major, Rudolf Karoly und Franz Ribarits geohrfeigt und geschlagen sowie die Anhaltung von Paul Major im Gefängnis veranlasst.

Am 29.3.1945 habe Augesky, welcher seit November 1944 HJ-Bannführer von Oberpullendorf (Burgenland) war, versucht, Dr. Peter Hartmann (Arzt des Krankenhauses Oberpullendorf und "Mischling") und Franz Saes (holländischer Mediziner) zu ermorden. Beide kannte Augesky als Gegner des Nationalsozialismus und vermutete in ihnen die Führer der Widerstandsbewegung in Oberpullendorf.

Am 29.3.1945 soll Augesky in Oberpullendorf unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt im Gasthaus Domschitz an der Margarethe Gangl mit vorgehaltener Maschinenpistole eine Personendurchsuchung vorgenommen habe.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 18.7.1947 wurde Augesky zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren gegen Kurt AUGESKY, Robert RENNER, Rudolf REDL und Stefan STRODL wegen § 1 KVG, § 3 VG (Tätigkeit für die Gruppe Werwolf im Bezirk Oberpullendorf) war bereits am 18.(19.)12.1946 eingestellt worden. Ebenfalls am 18.(19.)12.1946 war das Verfahren gegen Dr. Rudolf SCHENK wegen § 11 VG, § 4 KVG ausgeschieden worden.

Einbezogenes Verfahren:

LG Wien Vg 6d Vr 1644/46 (Kurt AUGESKY u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 2651/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1095+1096

DÖW-Signatur: V463/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 7661/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Arbeitsamt Tarnow), Arisierungsprozess, Auslieferungsverfahren (Auslieferung abgelehnt)

Opfer: Polen, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen (Tarnow)

Volksgerichtsverfahren gegen: Emil AUZINGER
Edwin HAUSER

wegen (§§): §§ 1, 3, 4, 6 KVG bzw. §§ 3, 4, 6, 7 KVG

Emil Auzinger war von September 1940 bis Juli 1944 Leiter des sog. Arbeitsamtes Tarnow (Polen). Auzinger soll in diesem Zeitraum die zwangsweise Verschickung von rund 28.000 Polen aus den Gebieten der Bezirke Tarnow, Brzesk, Dabrowa, Debica, Mielec und Tarnobrzeg veranlasst haben; der größte Teil dieser Menschen wurde ermordet. Wollte sich jemand der Verschickung entziehen, habe ihn Auzinger bei der Gestapo angezeigt und dadurch die Verhaftung und Überstellung desselben in ein KZ erwirkt. Auzinger soll für die Aufstellung der arbeitsunfähigen Juden/Jüdinnen verantwortlich gewesen sein und diese Listen der Gestapo zur Verfügung gestellt haben. Diese Juden/Jüdinnen wurden in ein KZ deportiert und dort ermordet. Auzinger wurde des weiteren der Bereicherung an jüdischem Vermögen und der Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde beschuldigt.

Hauser war ab dem Jahre 1940 Direktor der Dachpappefabrik "Papapol" in Tarnow. Hauser soll an der Ermordung von Juden/Jüdinnen und an der Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde polnischer und jüdischer Zwangsarbeiter beteiligt gewesen sein. Des weiteren soll er jüdische (und polnische) Zwangsarbeiter, welche ihm vom Arbeitsamt Tarnow zugewiesen worden waren, wegen der geringsten Vergehen bei diesem Arbeitsamt bzw. direkt bei der Gestapo in Tarnow angezeigt haben. Die angezeigten Zwangsarbeiter wurden deportiert bzw. von der Gestapo erschossen. In einem Fall sollen 7 Juden/Jüdinnen von der Gestapo sofort ermordet worden sein. Hauser soll sich des weiteren an jüdischem Vermögen bereichert und mit Arbeitern seiner Fabrik Wohnungen von Juden/Jüdinnen geplündert haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 4.12.1947 wurde gegen Auzinger die Voruntersuchung wegen §§ 1, 3, 4, 6 KVG eingeleitet. Ebenfalls am 4.12.1947 wurde das Verfahren gegen Hauser wegen §§ 3, 4, 6 KVG aus dem gegenständlichen Verfahren ausgeschieden und in das gegen Hauser anhängige Verfahren Vg 8a Vr 2464/46 einbezogen. Im Verfahren Vg 8a Vr 2464/46 war gegen Hauser bereits am 3.2.1947 Anklage wegen §§ 1, 4, 6, 7 KVG erhoben worden. Am 7.2.1948 wurde das gegenständliche Verfahren Vg 8e Vr 7661/47 mit dem Verfahren Vg 8a Vr 2464/46 aus Zweckmäßigkeitsgründen vereinigt.

Am 29.4.1948 wurde das Auslieferungsverfahren eingeleitet (am 8.11.1947 hatte das Kreisgericht Tarnow den Haftbefehl gegen Auzinger und am 1.12.1948 den Haftbefehl gegen Hauser erlassen). Am 10.5.1948 wurde das Verfahren gegen Hauser hinsichtlich der unter Punkt 1 und 3 der Anklage vom 3.2.1947 bezeichneten Fakten aus dem gegenständlichen Verfahren ausgeschieden und unter der Geschäftszahl Vg 8a Vr 2464/46 weitergeführt.

Das gegenständliche Verfahren Vg 8e Vr 7661/47 gegen Hauser wegen §§ 1, 4 KVG (= Punkt 2 der

Anklage vom 3.2.1947, betrifft in Polen begangene strafbare Handlungen) wurde am 10.5.1948 vorläufig gemäß § 412 StPO eingestellt. Das Verfahren gegen Auzinger wegen §§ 1, 3, 4, 6 KVG wurde am 10.5.1948 ebenfalls gemäß § 412 StPO vorläufig eingestellt. Das Verfahren gegen Auzinger und Hauser wurde als Auslieferungssache weitergeführt. Am 7.8.1948 hat die polnische Regierung ein Auslieferungsbegehren hinsichtlich Auzingers und am 14.2.1949 ein Auslieferungsbegehren hinsichtlich Hausers gestellt. Am 11.4.1950 lehnte die Ratskammer des LG Wien die Auslieferung von Auzinger und am 14.4.1950 die Auslieferung von Hauser ab, da in beiden Fällen die Beweislage als nicht ausreichend angesehen wurde. Am 14.4.1950 lehnte die Ratskammer des LG Wien den Antrag der Staatsanwaltschaft Wien auf neuerliche Verhängung der Auslieferungshaft gemäß § 59 StPO gegen Auzinger und Hauser ab. Am 15.4.1950 legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen den Ratskammerbeschluss vom 14.4.1950 ein.

Mit Beschluss vom 17.1.1951 lehnte das OLG Wien das Auslieferungsbegehren hinsichtlich von Auzinger und Hauser ab, und das BM für Justiz genehmigte diesen Beschluss mit Erlass vom 11.5.1951.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 7661/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V464/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 1881/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Prozess wegen Funktion im NS-Regime
(Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär), Arisierungsprozess

Opfer: Volkssturmmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Eggenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: ERTL Karl

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Kriegsverbrechen im Sinne § 1 KVG (als Beisitzender eines Schnellgerichtes gegen zwei Wehrmachtsdeserteure, die zum Tode verurteilt wurden, am 7.5.1945 in Eggenburg) sowie "Arisierung" des Lederwarenhandelsbetriebs Sigmund und Emilie Schick in Eggenburg (Niederösterreich). Ertl hatte dieses Unternehmen bereits im März/April 1938 als kommissarischer Verwalter und schließlich im Herbst 1938 als Eigentümer übernommen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.12.1945 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 30.11.1948 sowie am 14.1.1949 wurde Ertl erneut angezeigt; am 14.7.1949 erfolgte ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Verfahrens lediglich in Richtung § 6 KVG, am 19.1.1950 wurde gegen Ertl diesbezüglich Anklage erhoben.

Am 20.4.1951 wurde Ertl aus Mangel an Beweisen gemäß § 259/3 StPO freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 1881/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V465/1–40

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9b Vr 1776/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann MILDNER
Alfred NOVOTNY
und andere SS-Angehörige bzw. Gendarmeriebeamte

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) und "Arisierung" (§ 6 KVG)

Am 11. März 1938 wurde Ing. Ernst Aufricht von einigen SS-Angehörigen und Gendarmeriebeamten zu Boden geschlagen, misshandelt und wegen angeblichen Hochverrats auf die Wachstube in Mauer bei Wien geschleift. Auf der Wachstube und während der sechstägigen Haft wurde er weiter aufs schwerste misshandelt. In der Folge wurden ihm rund 50.000 Schilling, drei goldene Uhren und weitere Wertgegenstände abgenommen. Von der Wachstube in Mauer bei Wien wurde er zur Gestapoleitstelle Wien (Morzinplatz) und später ins KZ Oranienburg überstellt. Infolge der Hochverratsanzeige der Gendarmeriebeamten und Wachleute wurde sein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen (darunter einige Hausanteile und eine Fabrik) beschlagnahmt.

Die Familie Kolbach hat bis zur Annexion Österreichs im Jahre 1938 in Mauer bei Wien einen Weinhandel betrieben. Sofort nach der Annexion wurde die Familie verfolgt und man versuchte, sie aus ihrem Wohnhaus zu vertreiben. Am 12.3.1938 wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt und Kurt Kolbach, ein Sohn der Familie, verhaftet und verhört. Am 18.3.1938 wurde seine Mutter Katharina Kolbach zur Herausgabe von 5.000 Schilling gezwungen. Alexander Pfeiffer wurde als kommissarischer Verwalter der Firma eingesetzt. Nach einigen Tagen löste ihn der SS-Angehörige Fritz Stellbogen ab, welcher die Familie über Monate hinweg verfolgte und ihnen dabei unter anderem mit der Verschickung ins KZ Dachau drohte. Im September 1938 hat der SS-Angehörige Ernst Medlin der Familie Kolbach drei Radios und einen Plattenspieler entwendet. Nach Fritz Stellbogen wurde Karl Hopf kommissarischer Verwalter der Weinkellereien. Ende 1938 wurde die Familie Kolbach aus ihrem Haus vertrieben und emigrierte nach Frankreich. Die Weinkellereien wurden von Adolf Hlobil "arisiert".

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 16.1.1951 wurde die Anzeige gegen Johann MILDNER, Alfred NOVOTNY, Franz PRCHAL, Josef EGERER, Leopold WALLNER, Josef MÜLLER, Gottfried LEHNER, Richard WOPENKA, Hermann STRAK, Anton BIRRINGER, Otto WAGNER-LÖFFLER, Friedrich SCHORN, Medardus KRAUS, Johann SCHAFFELHOFER, Walter SCHAFFELHOFER, Friedrich Karl FISCHER-SEE, Hans RATH, Franz BODINGBAUER, Ernst MEDLIN, Anton WAAS, Fritz BÖHM, Johann RAHN, Alexander PFEIFFER, Fritz STELLBOGEN, Karl DÖLLES, Dr. Wilhelm GRANNER, Karl HOPF, Engelbert PAULITSCHKE, Arthur GERZABEK, Michael WEBER und BOTSCHKEK gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V466/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 7016/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: ERFURTH Alexander

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität, Quälerei sowie Verletzung der Menschenwürde von Zwangsarbeitern des "Mischlingslagers" der Organisation Todt in Zerbst (Berlin/BRD). Erfurth hatte die Sonderbauleitung des Flugplatzes Zerbst inne und war zugleich Leiter des "Mischlingslagers". Seit 1932 war Erfurth Mitglied der NSDAP und seit 1937 Mitglied der SS.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.10.1949 wurde das Verfahren wegen §§ 3 und 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 27.11.1950 erfolgte die Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG gemäß § 1 Amnestie 1950 sowie wegen § 10 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 7016/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V467/1–20

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 5618/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), 1938, Arisierungsprozess

Opfer: ZivilistInnen, Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav ALTMANN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), ab dem Jahre 1940 Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Stadtgut" in Wien-Leopoldstadt, Gaustellenleiter und Gaufachschaftsleiter, Ostmarkmedaille, Registrierungs Betrugs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 7.11.1949 wurde Gustav Altmann zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Am 23.6.1948 war die Voruntersuchung gegen Gustav Altmann wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 3, 7 KVG und § 134 StG beim Landesgericht Linz eingeleitet worden (Vg 8 Vr 2395/48). Am 6.8.1948 beschloß der Oberste Gerichtshof gemäß § 63 StPO, die Strafsache dem LG Linz abzunehmen und dem LG Wien als Volksgericht Wien zuzuweisen. Das Verfahren wegen § 134 StG (Ermordung und Beraubung von Georg Sonnenschein am 2.4.1945 in Wien-Leopoldstadt) wurde am 8.11.1948 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 30.12.1948 stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Ergänzung der Voruntersuchung in Richtung § 7 KVG (mitverantwortlich für die Zwangspensionierung von 25 "politisch unzuverlässigen" Postbeamten unmittelbar nach der Annexion Österreichs im Jahre 1938, Anzeige von Hans Vessely [WESSELY] im November 1938 bei der Gestapo). Altmann wurde des weiteren die Mitwirkung an der Verhaftung und Beraubung von Dr. Marcell Schnardt im Jahre 1938 und die Beteiligung an der Verfolgung von Juden/Jüdinnen in Wien-Leopoldstadt zur Last gelegt (§ 3 KVG). Die Staatsanwaltschaft stellte jedoch keinen Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung wegen § 6 KVG ("missbräuchliche Bereicherung"). Am 26.1.1949 wurde das Verfahren wegen §§ 3, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 5618/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V468/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 5089/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Polit. GegnerInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich KNOLL u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (seit 1931 NSDAP-, ab 1932 SA-bzw. seit 1937 SS-Mitglied), im März 1938 Teilnahme an der Verfolgung politischer Gegner des Nationalsozialismus, Verletzung ihrer Menschenwürde, Veranlassung ihrer Festnahme und Vorführung vor ein NS-Vernehmungstribunal in Wien-Hadersdorf (dabei handelte es sich um Karl FREYER, Franz WERNER, Eduard ERNER, Karl MAGIS und den jüdischen Arzt Dr. RAUBITSCHKEK); Beraubung von Dr. RAUBITSCHKEK im Herbst 1938 in Wien-Hadersdorf

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.4.1948 wurde KNOLL freigesprochen.

Laut Aktenvermerk vom 11.2.1948 wurde der gegenständliche Akt der Staatsanwaltschaft Wien gemäß dem in der Hauptverhandlung gestellten Antrag (25.8.1947) zur Antragstellung hinsichtlich Otto Embachers übermittelt. In der Abteilung Vg 8b des Volksgerichts Wien war bereits ein Verfahren gegen Otto Embacher anhängig. Am 3.2. 1948 hat die Abteilung Vg 8b den Beschluss auf Vereinigung des dortigen Verfahrens Vg 8b Vr 7729/47 mit dem gegenständlichen Verfahren Vg 7c Vr 5089/46 gefaßt und beide Akte der Abteilung Vg 7c übermittelt. Am 26.2.1948 wurde das Verfahren gegen Otto Embacher wegen §§ 3, 4, 6 KVG ausgedient.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 5089/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V469/1–13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 6155/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer:

Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg ODLAS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde seiner Schwester Olga Keller im Jahre 1938, weil sie mit einem Juden/Jüdinnen verheiratet war;

"Arisierung" der Metallwarenfabrik von Marjan Suchestow (Wien-Neubau) im Jahre 1938; Georg Odlas wurde im gegenständlichen Verfahren auch die "Arisierung" der Wohnung von Ernst Becker in Wien-Mariahilf zur Last gelegt, vom Gericht aber nicht weiter verfolgt
Registrierungsbetrug

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.5.1948 wurde Georg Odlas freigesprochen. Der Freispruch bezüglich § 6 KVG erfolgte, da ihm die subjektive Tatseite des Verbrechens, die Bereicherungsabsicht, nicht nachgewiesen werden konnte. Am 8.5.1948 wurde in der Hauptverhandlung die Ausscheidung des Verfahrens gegen Odlas wegen §§ 4, 7 KVG nach Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, welche sich die Verfolgung von Odlas wegen dieser Fakten vorbehielt. Am 5.10.1948 wurde die Voruntersuchung auf § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde von ausländischen Zwangsarbeitern in seiner Metallwarenerzeugung in Felixdorf/Niederösterreich) und § 7 KVG (Denunziation seines ehemaligen jüdischen Angestellten Fritz Krakauer im Jahre 1940 in Wien) gemäß § 363/3 StPO ausgedehnt. Am 1.6.1949 wurde das Verfahren wegen §§ 4, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 6155/48 (Vg 1a Vr 4420/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1096
DÖW-Signatur: V470/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6c Vr 9361/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef DRKAC
Friedrich FERIHUMER
Karl FERIHUMER
Franz ALGE
Anton MÜCK
Oskar BAADER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Eindringen in die Wohnung der Jüdin Karoline Stifter am 6.10.1938 in Wien-Liesing, wobei sie sie in der Folge zum Packen eines kleinen Handkoffers gezwungen und weggeführt haben sollen (§§ 3, 4 KVG). Des Weiteren sollen sie Karoline Stifter bei dieser Aktion Wertgegenstände, Schmuck und Geld gestohlen haben (§ 6 KVG, §§ 171, 173, 174 I c und II a StG).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 7.1.1947 wurde die Voruntersuchung eingeleitet. Die Voruntersuchung gegen Oskar Baader wurde am 19.9.1947 gemäß § 8 VG ausgedehnt. Am 29.9.1949 wurde das Verfahren gegen Anton Mück gemäß § 224 StG eingestellt. Mit selbem Datum wurde das Verfahren gegen Josef Drkac, Friedrich Ferihumer, Karl Ferihumer, Franz Alge und Oskar Baader gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6c Vr 9361/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V471/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 7414/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich ENDRIZZI

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde und missbräuchlicher Bereicherung (§§ 4, 6 KVG): Am 10.11.1938 erschien Endrizzi in Begleitung einiger SA-Männer in der Wohnung von Eduard Elias in Wien-Mariahilf und "beschlagnahmte" das im Safe befindliche Bargeld in unbekannter Höhe, 2 Sparkassenbücher sowie Wertpapiere und Trefferanleihen im Nominalwert von 9.000 RM. Die "beschlagnahmen" Gegenstände brachte zur Ortsgruppe.

Endrizzi war kommissarischer Verwalter folgender Firmen: Firma Brüder Rauchberg, Holz-Furniere und Sperrplatten (Wien-Penzing), Firma Otto Schischa (Wien-Mariahilf) und Firma Max Grünmann (Wien-Mariahilf)

Des weiteren soll Endrizzi Geld, Wertpapiere und Schmuck, welche Eugen Kende gehörten, beschlagnahmt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.11.1948 wurde Endrizzi zu 5 Monaten schweren Kerkers verurteilt (vom Vermögensverfall wurde Abstand genommen).

Am 13.5.1948 wurde das Verfahren wegen § 3 KVG, §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 7414/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V472/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 1611/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Heinrich ADELSMAYR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von sowie Beschlagnahme von 1.000 RM bei der jüdischen Familie Peczenik am 10.11.1938 in Wien-Döbling

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 2.5.1949 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 1611/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V473/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 6225/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz ACHATZI

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Hermann Schapira sowie missbräuchlicher Bereicherung. Achatzi erschien im April 1938 in Begleitung eines von ihm angeforderten SA-Mannes beim jüdischen Fabrikanten Hermann Schapira und forderte öS 150,-- mit der Begründung, Schapira hätte diesen Betrag für geleistete Tischlerarbeiten im Jahre 1928 zu wenig bezahlt. Der SA-Mann bedrohte Schapira mit der Verpflichtung zum Arbeitseinsatz und erkundigte sich in Gegenwart Schapiras telefonisch bei der Ortsgruppenleitung, ob ein Jude zum Kartoffelschälen oder Fensterputzen benötigt werde.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Anklage wurde am 13.9.1947 nur wegen § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) erhoben. Die Staatsanwaltschaft gab gemeinsam mit der Anklageschrift hinsichtlich §§ 3 und 6 KVG die Erklärung nach § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] ab. Das Verfahren wegen §§ 3, 6 KVG wurde am 24.10.1947 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Am 8.1.1948 wurde ACHATZI wegen § 4 KVG zu 3 Wochen Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12c Vr 6225/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V474/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 7136/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf AMMERSIN u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität ("Alter Kämpfer"), Registrierungs Betrugs, SS-Untersturmführer, "Arisierung" der Sodawasser- und Spirituosenerzeugung von Alfred Flatter (Wien-Hernals) im Jahre 1938 und des Lastfuhrwerksunternehmens von Heinrich Jellinek (Wien-Brigittenau) im Jahre 1939, Misshandlung von ausländischen Zwangsarbeitern in seiner Sodawasserfabrik in Wien-Hietzing

Anklage wurde am 25.1.1950 gegen Rudolf Ammersin nur wegen Illegalität und der Funktion eines SS-Untersturmführers erhoben. Das diesbezügliche Verfahren wegen §§ 10, 11 VG wurde am 10.10.1950 gemäß § 2/4 StPO eingestellt. Das Verfahren wegen §§ 3, 6 KVG, § 8 VG war bereits am 9.2.1950 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Gegen folgende Personen wurde ebenfalls die Voruntersuchung eingeleitet, das Verfahren jedoch eingestellt:

- * Helene AMMERSIN: Das Verfahren wegen § 8 VG (Registrierungs betrug) wurde am 9.2.1950 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
- * Anna AMMERSIN und Maria LANGER (*verh. PRANTNER*): Das Verfahren wegen § 6 KVG ("Arisierung" des Konfektionsgeschäftes von Ignaz Braun, Wien-Neubau, im Jahre 1938) wurde am 9.2.1950 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
- * Anna LACKNER: Das Verfahren wegen §§ 8, 10/3 VG (Registrierungs betrug, Illegalität) wurde am 9.2.1950 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Ebenfalls am 9.2.1950 wurde das Verfahren wegen § 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang von Viktor Weilguni in Wien im Jahre 1942) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 7136/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V475/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 847/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Leiter eines Zwangsarbeitslagers), Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Kurowice, Jaktorow)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl KEMPKA
Rudolf EPPLER
ROTHENBERG (ROTTENBERG)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Insassen des jüdischen Zwangsarbeitslagers Kurowice (Polen) sowie missbräuchlicher Bereicherung

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 3.4.1953 wurde die Voruntersuchung gegen Rudolf Eppler und Karl Kempka wegen §§ 1, 3, 4, 6 KVG und gegen Rothenberg wegen §§ 3, 4 KVG eingeleitet und am 16.12.1955 gemäß § 412 StPO abgebrochen.

Am 13.9.1957 wurde das Verfahren gegen Kempka, Eppler und Rothenberg in Richtung § 134 StG bzw. §§ 5, 134 StG (Tatzeit: 1942) fortgesetzt und neuerlich gemäß § 412 StPO abgebrochen: Eppler soll als Lagerleiter des jüdischen Zwangsarbeitslagers Kurowice alte und kränkliche Häftlinge so brutal misshandelt haben, dass diese Menschen infolge der Misshandlung starben. Des weiteren soll er bei Krankmeldungen Zwangsarbeiter an Ort und Stelle erschossen haben. Kempka soll als Lagerleiter des Zwangsarbeitslagers im betrunkenen Zustand Insassen des Lagers erschossen und bei Meldung von der Erkrankung von Insassen deren Erschießung angeordnet haben. Rothenberg war jüdischer Lagerführer des Zwangsarbeitslagers und soll Zwangsarbeiter, wenn sie erkrankten oder sonst arbeitsunfähig wurden, dem Lagerführer gemeldet haben, welcher ihre Erschießung anordnete. Des weiteren soll er Lagerinsassen zur Vergasung bestimmt haben. Von Lagerinsassen, welche für die Deportation bestimmt waren, soll er Geldgeschenke angenommen bzw. von diesen Geld verlangt haben, damit sie aus der Liste der zur Deportation bestimmten Personen gestrichen werden. Am 2.12.1959 wurde das Verfahren gegen Eppler und Rothenberg gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt. Das Verfahren gegen Kempka wurde am 16.2.1966 gemäß § 224 StG eingestellt.

Laut einer Zeugenaussage wurde das Zwangsarbeitslager Kurowice Ende 1943 aufgelöst und die Häftlinge in das Lager Janov bzw. Jaktorow gebracht. Lagerleiter Kempka soll Rothenberg samt seiner Familie bei der Auflösung des Lagers erschossen haben.

Ebenfalls im Akt enthalten: Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Stuttgart, 12 Js 1464/61, gegen Rudolf RÖDER u.a. (10.3.1965).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 847/55 (Vg 8e Vr 292/52): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V476/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3366/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg SZERBESKO (Ali Ben Astra) u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs, "Arisierung" der Wohnungseinrichtung von Ernst Goldschmit (Wien-Mariahilf) sowie von Silbergegenständen, Pelzen, Teppichen, Kleidern und Schuhen aus dem Besitz von Goldschmit im November 1938 ("Novemberpogrom 1938"), Denunziation von Herma Simon (geb. Tauer) im November 1938 in Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.4.1947 wurde Georg Szerbesko zu 6 Monaten Kerker verurteilt. Gemäß § 9 KVG wurde vom Vermögensverfall Abstand genommen. Das Verfahren wegen § 8 VG wurde nach vorgewiesenem Nachweis der Nachregistrierung über Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Das Verfahren gegen Szerbesko wegen § 7 Wahlgesetz und § 183 StG (Veruntreuung von Stoffen aus dem Besitz der Auguste Scheider) war am 26.11.1946 ausgeschieden worden. Das Verfahren gegen MARIK, ehemaliger Ortsgruppenleiter, wg. § 6 KVG (Faktum Goldschmit) war ebenfalls am 26.11.1946 ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3366/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V477/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 3544/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ALBERT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Tätigkeit als Wirtschaftsreferent der Ortsgruppe Schottenfeld-Nord in Wien in den Jahren 1941 bis 1945, "Arisierung" des Lebensmittelgeschäftes von Jakob Wichs in Wien-Neubau (Burggasse 126), "Arisierung" der Wohnung von Valerie Guttmann (Tochter von Jakob Wichs) in Wien-Neubau (Burggasse 119), Misshandlung von Jakob Wichs (am 11. November 1938 soll das Geschäft von Jakob Wichs von Mitgliedern der Ortsgruppe Neubau unter Leitung von Josef Albert geplündert und Jakob Wichs dabei von Josef Albert misshandelt worden sein)

Jakob Wichs wurde am 10.7.1942 mit seiner Gattin Henriette Wichs nach Theresienstadt deportiert. Seine Tochter Valerie Guttmann emigrierte im Oktober 1938 mit ihrem Gatten Bernhard Guttmann nach Brüssel. Beide Ehepaare dürften von den Nationalsozialisten ermordet worden sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 2.5.1949 wurde das Verfahren gegen Josef Albert wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Am 17.5.1949 stellte Martha Prince (Tochter von Jakob Wichs) einen Subsidiarantrag gemäß § 48, Zahl 2 StPO, welchen das OLG Wien am 12.9.1949 ablehnte.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 3544/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V478/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 6309/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef Theodor ALBL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
"Arisierung" der dem Louis Fleischmann gehörigen "Maschinenfabrik Siegmund Fleischmann"
(Wien-Hernals) im Jahre 1939

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 18.10.1948 wurde Anklage gegen Josef Albl wegen § 6 KVG erhoben, das Verfahren jedoch am
3.8.1949 gemäß § 227/1 StPO eingestellt.
Das Verfahren gegen Josef Albl wegen §§ 3, 4 KVG war bereits am 23.10.1949 eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 6309/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1097
DÖW-Signatur: V479/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 9045/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ASCHAUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, Verletzung der Menschenwürde von Mathilde Vulkan und Robert Trepper im September 1938 in Wien (Aschauer war an der Plünderung des Gemischtwarengeschäftes von Mathilde Vulkan, geb. Trepper, in Wien-Währing beteiligt), "Arisierung" des Gemischtwarengeschäftes von Mathilde Vulkan, Misshandlung von Robert Trepper

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 18.6.1947 erfolgte die Ausschreibung der Hauptverhandlung für den 2.10.1947, geführt wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG. Am 30.9.1947 langte beim Landesgericht Wien das Schreiben von Edith Eisenberg (Tochter von Mathilde Vulkan) betreffend ihres Anschlusses als Privatbeteiligte an das Verfahren ein. Sie forderte neben den in der Anklage angeführten Punkten die Verfolgung von Johann Aschauer wegen § 6 KVG. Am 12.12.1947 wurde das Verfahren gegen Aschauer wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 19.12.1947 erklärte Edith Eisenberg als Privatbeteiligte, dass sie die Verfolgung von Johann Aschauer wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG aufrechterhalte. Die Hauptverhandlung am 2.10.1947 wurde wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG geführt und aufgrund weiterer Ermittlungen vertagt. Die folgende Hauptverhandlung war für den 29.1.1948 angesetzt. Am 29.1.1948 wurde Johann Aschauer wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 9045/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V480/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 5674/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Polit. GegnerInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto EHRlich
Eduard HAAS

Otto Ehrlich: Registrierungsbetrugs, Illegalität, Organisationsamtsleiter der Ortsgruppe "Neu-Gersthof" von März 1938 bis Juli 1939 (§§ 8, 10, 11 VG); soll im Jahre 1938 in Wien-Währing die Wohnung von Frau Schieska "arisiert" und Frau Schieska aus ihrer Wohnung vertrieben haben; kommissarischer Verwalter der Firmen Mährischl & Klauber (Herrenmodenartikel, Wien-Innenstadt) und der Firma Leopold Mandl (Krawattenerzeugung, Wien-Innenstadt) (§§ 5a, 6 KVG); Denunziation von Karl Kargl wegen angeblicher staatsfeindlicher Äußerungen im Juli 1938 in Wien (§ 7 KVG); antisemitische Äußerungen in der Firma Mährischl & Klauber bzw. gegenüber Wilhelm Mährischl persönlich (§ 4 KVG)

Eduard Haas: antisemitischer Äußerungen in der Firma Mährischl & Klauber bzw. Wilhelm Mährischl gegenüber (§ 4 KVG); Registrierungsbetrugs, Illegalität, Zellenleiter der Ortsgruppe "Gersthof" (§§ 8, 10 VG)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 9.9.1948 wurde das Verfahren gegen Otto Ehrlich wegen § 11 VG, §§ 4, 5a, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Die Staatsanwaltschaft gab die Erklärung nach Zahl 3/2 Übergangsbestimmungen, 1. Hauptstück, Abschnitt II des NSG 1947 bezüglich §§ 8, 10 VG ab.

Am 9.9.1948 wurde das Verfahren gegen Eduard Haas wegen § 4 KVG und §§ 8, 10 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bzw. § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 5674/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V481/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 4300/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf ARNOLD u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, habe im Frühjahr 1938 als kommissarischer Verwalter der Firma Fischer in Wien-Alsergrund 5.000 öS beschlagnahmt

(Rudolf Arnold war im Jahre 1938 kommissarischer Verwalter folgender Firmen der Alteisenbranche: Sigmund Fischer's Witwe, Marie Fischer, Wien-Alsergrund; Sigmund Oser, Wien-Landstraße; Wilhelm Gewitsch, Wien-Landstraße; Michael Nemschitz, Wien-Alsergrund)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.10.1948 wurde Rudolf Arnold von allen Anklagepunkten freigesprochen. Bezüglich § 6 KVG stellte das Gericht fest, dass "der Angeklagte als kommissarischer Verwalter nicht über die ihm auferlegten Pflichten hinausgegangen ist, sondern sich offenbar als solcher korrekt verhalten hat".

Bereits am 8.7.1948 war das Verfahren gegen Rudolf Arnold wegen § 3 KVG (soll dem Sohn von Sigmund Oser mit der Anzeige bei der Gestapo gedroht haben) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 20.5.1948 war das Verfahren gegen Josef WEBER wegen §§ 8 VG, 4 KVG zum Verfahren Vg 2c Vr 3897/48 ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 4300/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V482/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 8313/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton ANGELI

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) und missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG): Im Jahre 1938 soll Anton Angeli gegen Adolf Rosner eine Räumungsklage eingebracht haben, welcher in der Folge gezwungen war, seine Wohnung in der Lustkandlgasse 29 in Wien-Alsergrund zu verlassen. Im Jahre 1940 soll Anton Angeli die der Israelitischen Kultusgemeinde Wien gehörende Liegenschaft Marktgasse 62-Althanstraße 49 in Wien-Alsergrund "arisiert" haben. Fritz Mandl war bis zum Jahre 1939 Wächter in diesem Haus. Anton Angeli soll veranlasst haben, dass er seines Postens enthoben wurde und seine Dienstwohnung verlassen musste.

Am 6.12.1948 wurde das Verfahren bezüglich des Faktums Adolf Rosner (§ 4 KVG) und des Faktums Fritz Mandl (§§ 4, 6 KVG) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 7.5.1949 wurde das Verfahren wegen "Arisierung" der Liegenschaft in Wien-Alsergrund gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 8313/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V483/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4a Vr 3037/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfons ECKERT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, goldenes Ehrenzeichen der NSDAP

----- -Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 25.1.1946 wurde Alfons Eckert zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren wegen §§ 4, 6 KVG ("Arisierung" der Wohnung von Ernst Tauber und dessen Gattin in der Vinzenzgasse 13/5 in Wien-Währing im Jahre 1939, Eckert soll dabei Druck auf das Ehepaar Tauber ausgeübt haben) war bereits am 6.12.1945 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4a Vr 3037/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V484/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 5213/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien vor 1938, Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz ELIAS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Aufbewahrung von für Terrorakte bestimmten Sprengstoffen in seiner Wohnung im Jahre 1934; Registrierungsbetrugs; missbräuchlicher Bereicherung am Warenlager des Schuhgeschäftes "Stein" (Wien-Landstraße), dessen kommissarischer Verwalter er war, im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.6.1947 wurde Franz Elias wegen § 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt. Bezüglich § 6 KVG wurde Franz Elias gemäß § 259/3 StPO freigesprochen, der Freispruch bezüglich §§ 8 und 10/2 VG erfolgte über Rücktritt des Staatsanwaltes von der Anklage.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 5213/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V485/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 7026/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. August BREITWIESER
Johann STRUTZENBERGER
Otto AUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Erpressung von Ignaz Schachter am 20.3.1938, damit dieser der Gemeinde Kaltenleutgeben (Niederösterreich) einen Betrag von öS 50.000 "spende" (§§ 3 und 6 KVG).
Breitwieser und Strutzenberger des weiteren wegen Registrierungs Betrugs (§ 8 VG) und Illegalität (§ 10 VG).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 30.5.1949 wurde das Verfahren gegen Dr. August Breitwieser und Johann Strutzenberger wegen §§ 3, 6 KVG und §§ 8, 10 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt. Mit selbem Datum wurde das Verfahren gegen Otto Auer wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 7026/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V486/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 496/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann Ernst RYSZKA
Franz VOGRINEC

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs (§ 8 VG), Illegalität (§§ 10, 11 VG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) bzw. "Arisierung" (§ 6 KVG)

Am 10.11.1938 soll Johann Ryszka mit einem Stoßtrupp in die Wohnung von Felix Lattner in der Schwemmäckergasse 36 in Wien-Floridsdorf eingedrungen sein. Felix Lattner und seine Familie wurden verhaftet und zu einer sog. Sammelstelle gebracht. Von dort wurden sie dem Polizeikommissariat Floridsdorf überstellt. Die Frau und Tochter von Felix Lattner wurden auf freien Fuß gesetzt, während er selbst im KZ Dachau inhaftiert wurde. Franz Vogrinec habe das Inventar der Wohnung von Felix Lattner beiseite schaffen lassen. Initiator dieser Aktion, an der auch Leopold Maier und Friedrich Schallmayer teilgenommen haben sollen, sei Adalbert Exler gewesen. Die Wohnung der Familie Lattner wurde noch im November 1938 von Margarete und Ernst Fritsch bezogen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 9.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Johann Ernst RYSZKA wegen § 4 KVG, §§ 8, 10, 11 VG (Ortsfilmstellenleiter, Wohlfahrtsleiter der NSV, Kreisabschnittsleiter des NLB und Weltanschauungsreferent) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 9.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich Franz SCHALLMAYER wegen §§ 4, 6 KVG, §§ 8, 10, 11 VG (von 1938 bis 14.2.1941 Ortsgruppenpropagandaleiter, ab 15.2.1941 Zellenleiter) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 9.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Franz VOGRINEC wegen §§ 4, 6 KVG, §§ 8, 10, 11 VG (Propagandaleiter in der Ortsgruppe "Jedlersdorf", Blockwart in der Ortsgruppe "Gersthof II", SS-Hauptscharführer, SS-Standarte "Planetta") gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 9.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Margarete FRITSCH wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 26.11.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Adalbert EXLER wegen §§ 4, 6 KVG, §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 3.6.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Ernst FRITSCH wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 3.6.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Maier wegen §§ 4, 6 KVG, §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. [Am 28.3.1949 war das Verfahren ausgeschieden und an das Volksgericht Linz zum dort gegen Maier anhängigen Verfahren 8 Vr 7982/47 gemäß § 56 StPO abgetreten worden.]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg Vg 8e Vr 496/55 (Vg 6e Vr 5575/48): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V487/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 4362/47

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig ANDERLE

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde von Mathilde Molnar in den Jahren 1938 bis 1941 in Wien-Floridsdorf

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.1.1948 wurde Ludwig Anderle freigesprochen.

Bereits am 4.11.1947 war das Verfahren gegen Ludwig Anderle wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden. [Ludwig Anderle soll Mathilde Molnar, Besitzerin des Hauses Fillenbaumgasse 224 in Wien-Floridsdorf, im Jahre 1941 wegen ihrer jüdischen Abstammung bei der Gestapo angezeigt haben. Mathilde Molnar musste daraufhin ihre Wohnung verlassen. Im Jahre 1942 wurde sie nach Minsk deportiert und in der Folge ermordet. Ludwig Anderle soll sich des weiteren einen Teil der Wohnungseinrichtung von Mathilde Molnar angeeignet haben.]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12c Vr 4362/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V488/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 743/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter EBERT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung (§ 3 KVG), missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG) und Diebstahls (§§ 171, 173 und 174/IIa StG)

Im März 1938 soll Walter Ebert mit einigen SS-Männern in der Wohnung von Max Hübler in der Quellenstraße 133 in Wien-Favoriten erschienen sein und sich Schmuck sowie die Pistole von Max Hübler angeeignet haben. Im April 1945 soll Walter Ebert die Fleischerei Hauser geplündert haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 15.7.1946 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 743/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V489/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 5066/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich ALTENBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität; ab Juni 1939 Blockleiter sowie Presseamtsleiter der Ortsgruppe Kritzendorf (Niederösterreich) der NSDAP; im Jahre 1938 soll sich Altenberger das Inventar und die am Materialplatz liegenden Baumaterialien des Baumeisters Siegfried Kolisch angeeignet haben (Altenberger soll das Unternehmen von Siegfried Kolisch bereits vor der Annexion Österreichs im Jahre 1938 sabotiert haben); im Juni 1938 soll Altenberger eine Liegenschaft in Kritzendorf und einen Personenkraftwagen, welche Dr. Johann Wagner gehörten, "arisiert" haben; bei der "Arisierung" der Bade- und Wochenendhäuschen in Kritzendorf wurde Altenberger als Schätzmeister herangezogen und soll diese viel zu niedrig geschätzt und sich dabei auch bereichert haben; des weiteren soll Altenberger die jüdischen Ortsbewohner von Kritzendorf misshandelt haben und sie Wege kehren und Fußböden reiben haben lassen; darüber hinaus soll Altenberger Konfident der Gestapo gewesen sein und bei ihm beschäftigte Arbeiter denunziert haben.

- 12.12.1950: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 6, 7 KVG mit Ausnahme des Faktums Dr. Wagner und wegen § 11 VG (ebenfalls mit Ausnahme des Faktums Dr. Wagner) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 25.7.1951: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Faktum Dr. Wagner) und § 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 5066/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V490/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 5366/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Denunziation, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Klosterneuburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard EBERT

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs, Illegalität, von März 1938 bis Juni 1939 Blockleiter, ab Juni 1939 Zellenleiter in Klosterneuburg (Niederösterreich); Denunziation von Katharina Weilguny, Philippine Kmeth, Elisabeth Paumgartten, Emmerich Kaiser und Hans Eberl in Klosterneuburg; Aneignung von verschiedenen Gegenständen des Warenhauses Sigmund Gollerstepper im Jahre 1938 in Klosterneuburg; auf seine Veranlassung hin soll der jüdische Ortsbewohner Kraus gezwungen worden sein, seine Wohnung zu verlassen und in den Keller zu ziehen

30.9.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG, §§ 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
11.10.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG, § 7 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 5366/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1098
DÖW-Signatur: V491/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr34/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz ANDERL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs; Illegalität; "Arisierung" des Juwelier- und Uhrmachersgeschäftes Ignaz Winkler in Wien-Rudolfsheim-Fünfhaus, Hütteldorferstraße 54, im Jahre 1938; gemeinsam mit anderen Nationalsozialisten soll Anderle in die Wohnung von Benno Spielmann in Wien-Ottakring, Klausgasse 33, eingedrungen sein, Benno Spielmann misshandelt sowie sich Schmuck und Pelzmäntel angeeignet haben; "Arisierung" der Wohnung von Frau Herzfeld in Wien-Ottakring, Feßtgasse 17

23.5.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG, §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr34/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1099
DÖW-Signatur: V492/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 4628/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig ÖLLER (ÖHLER)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation von Selma Maria Fedridt in Wien, die er des weiteren misshandelt und in ihrer Menschenwürde verletzt haben soll. Darüber hinaus soll er Selma Maria Fedridt 400 öS und einen Ring abgenommen sowie veranlasst haben, dass ihre Wohnung ausgeplündert wird.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 27.1.1949 wurde das Verfahren wegen §§ 3, 4, 6, 7 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 4628/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1099
DÖW-Signatur: V493/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4a Vr 6385/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Claudia AUER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs; "Arisierung" der Villa "Burstyn" in Semmering (Niederösterreich), Nr. 153;
Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde einer bei ihr zwangseingesetzten "Ostarbeiterin" in
den Jahren 1943 und 1944

28.10.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG, §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung
der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4a Vr 6385/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1099
DÖW-Signatur: V494/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 148/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Kurt AUGESKY
Karl SCHALKO

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG)

Am 14.3.1938 drangen ungefähr 15 bis 20 SA-Männer in die Wohnung von Maurice Benton Kobel in der Talesbrunnengasse 4 in Wien-Döbling ein und beschlagnahmten einen Geldbetrag in der Höhe von mindestens 30.000 öS, Schmuckstücke, zwei Jagdgewehre und drei Revolver sowie in der Folge einen Personenkraftwagen

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Mit Beschluss vom 18.7.1953 wurde von einer weiteren Verfolgung von Karl Schalko und Kurt Augesky wegen § 6 KVG im Hinblick auf deren Verurteilung zu Vg 8c Vr 1124/47 bzw. Vg 4a Vr 2651/45 gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] abgesehen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 148/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1099
DÖW-Signatur: V495/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9b Vr 2482/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold AMES

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Misshandlung (§ 3 KVG) und missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG)

Im September 1939 soll Leopold Ames Markus Liebling gezwungen haben, seine Wohnung in der Erlafstraße 5 in Wien-Leopoldstadt zu verlassen. Die Wohnung wurde von Leopold Ames sofort bezogen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 9.6.1949 wurde das Verfahren wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9b Vr 2482/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1099
DÖW-Signatur: V496/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 3356/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ANTON
Valerie ANTON
Johann PENZINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" der Wohnung der Familie Glasgall in der Treustraße 49 in Wien-Brigittenau. Johann Anton soll der Familie Glasgall im Jänner 1940 mit der Deportation ins KZ Dachau gedroht und Herrn Glasgall geschlagen haben, um schneller in den Besitz der Wohnung zu gelangen. Johann Penzinger soll dem Ehepaar Anton nahegelegt haben, sich um diese Wohnung zu bewerben. Im Sommer 1940 wurde die Familie Glasgall nach Polen deportiert und dort vermutlich ermordet.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 3.10.1949 wurde das Verfahren gegen Johann Anton, Valerie Anton und Johann Penzinger wegen §§ 3,4, 6 KVG und § 98 StG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 3356/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V497/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 3069/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), "Reichskristallnacht"-Prozess, Arierungsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand PÖLZL u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (SA, "Alter Kämpfer")

Verletzung der Menschenwürde von Otto Helmer im Frühjahr 1938 in Purkersdorf/Niederösterreich:
Nach der Annexion Österreichs im Jahre 1938 wurde Otto Helmer, welcher ein Gegner des Nationalsozialismus war, mehrmals von SA-Angehörigen verhaftet und misshandelt. Anlässlich einer dieser Verhaftungen wurde Otto Helmer mit einem ein Spottgedicht enthaltenden Plakat um den Hals an 10 aufeinander folgenden Tagen in Purkersdorf öffentlich herumgeführt. Zu den SA-Angehörigen, welche Otto Helmer eskortierten, gehörte auch Ferdinand Pölzl.

Im November 1938 soll Ferdinand Pölzl zusammen mit 5 anderen SA-Angehörigen in die Wohnung von Luise Bondy in Purkersdorf, Wintergasse 4, gewaltsam eingedrungen sein und dort verschiedene Gegenstände geraubt haben.

Registrierungsbetrug

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 3.2.1948 wurde Ferdinand Pölzl wegen §§ 10, 11 VG zu 13 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Bezüglich §§ 190, 192 StG wurde er freigesprochen. Das Verfahren wegen § 4 KVG, § 8 VG wurde am 3.2.1948 in der Hauptverhandlung ausgeschieden. Am 18.4.1949 wurde das Verfahren wegen § 4 KVG gemäß § 227 StPO und das Verfahren wegen § 8 VG gemäß I. Hauptstück, II. Abschnitt, Zahl 3, Absatz 2 NSG 1947 eingestellt.

Gegen folgende Personen wurde ebenfalls ermittelt, das Verfahren jedoch eingestellt bzw. ausgeschieden:

- * Heinrich SPREITZER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 StG gemäß § 224 StG am 19.2.1947.
- * GRUBMÜLLER: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 StG gemäß § 224 StG am 19.2.1947.
- * Josef RAUCHEGGER: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 StG gemäß § 412 StPO am 19.2.1947.
- * Anton GUSCHAL: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 StG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 20.10.1959.
- * Erich LIPTAY: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 StG gemäß § 412 StPO am 19.2.1947.
- * Otto EBNER: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 412 StPO am 19.2.1947. Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] am 14.11.1955.
- * Richard GOLL: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 StG gemäß § 224 StG am

30.11.1956.

- * Friedrich BALAT (BALLAT): Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG, § 11 VG gemäß § 57 StPO zu Vg 5c Vr 1845/47 am 19.2.1947.
- * Walter WAGNER, KUNZE und SCHMIDEK (SCHMIEDEK): Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 83, 190 gemäß § 57 StPO zu Vg 5c Vr 1845/47 am 19.2.1947.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 3069/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V498/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 381/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann DIETRICH
Johann NAGEL
Johann QUITT
Josef QUITT
Josef ASCHENBRENNER
Emmerich RAKUSCHAN
Rudolf QUITT

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug und Illegalität) - Johann Dietrich, Johann Nagel, Johann Quitt und Rudolf Quitt
§ 3 KVG (Misshandlung) - Johann Dietrich, Emmerich Rakuschan
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) - Johann Dietrich,

Misbräuchliche Bereicherung unter Ausnützung der politischen Machtverhältnisse:

Am 11. November 1938 drangen Angehörige der NSDAP der Ortsgruppe "Nordbahn" in die Wohnung von Therese Heller in der Mühlfeldgasse 4 in Wien-Leopoldstadt ein und eigneten sich Wertgegenstände an.

"Arisierung" der Wohnung von Bere Laster in der Fugbachgasse 8 in Wien-Leopoldstadt durch Johann Dietrich

Nagel soll einem unbekanntem jüdischen Bürger den Radioapparat abgenommen haben

Misshandlung

Dietrich und Rakuschan sollen Frau Kraus aus ihrer Wohnung in der Fugbachgasse 10 in Wien-Leopoldstadt vertrieben und dabei auch misshandelt haben

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.1.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Johann Dietrich wegen §§ 8, 10 VG und §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens gegen Johann Nagel, Johann Quitt und Rudolf Quitt wegen §§ 8, 10 VG und §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens gegen Josef Quitt, Josef Aschenbrenner und Emmerich Rakuschan wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 381/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V499/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 1949/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf KOLLER
Johann HAAG
Franz ELIAS
Josef BRETSCHNEIDER
Josef RAPF
Wenzel SASSMANN
Josef Peter SCHIHSER
Otto KURZWART
Josef KARL
WASSELY

wegen (§§): § 3 KVG (Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchlicher Bereicherung)

Die Beschuldigten wurden folgender Taten verdächtigt: Im März 1938 drangen SA-Angehörige in die Wohnung von Dr. Richard Kawer in der Schlachthausgasse 16 in Wien-Landstraße ein, misshandelten ihn und eigneten sich Wertgegenstände an. Josef Rapf soll später die Wohnung und Einrichtungsgegenstände von Dr. Kawer "arisiert", Johann Haag soll sich den Stadtpelz von Dr. Kawer angeeignet haben. Am 19.3.1938 drangen SA-Angehörige in die Wohnung von Josef Löwenheck in Wien-Landstraße ein und raubten ihm zwei Ringe. Isidor Lustig, ebenfalls in Wien-Landstraße wohnhaft, wurde nach dem "Novemberpogrom 1938" gemeinsam mit Josef Löwenheck und anderen jüdischen Bürgern gezwungen, den Gehsteig zu reiben. Vermutlich ebenfalls im März 1938 wurden folgende Geschäfte in Wien-Landstraße geplündert: Max Bustin, Wirkwarengeschäft, Erdbergstraße 158; Josef Reissmann, Wirkwarengeschäft, Erdbergstraße 119; Isidor Lustig, Würzlerstraße 16

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.11.1951: * Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf Koller, Johann Haag, Franz Elias und Josef Bretschneider wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
* Einstellung des Verfahrens gegen Josef Rapf, Wenzel Sassmann, Josef Peter Schihser, Otto Kurzwart, Josef Karl und Wassely wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 1949/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V500/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6c Vr 661/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef Theodor ABL

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrugs, Illegalität) bzw. Vorerhebungen in Richtung § 6 KVG
(missbräuchliche Bereicherung)

Illegalität, SS- und NSKK-Angehöriger, "Arisierung" des Hauses Nr. 26 (Vorbisitzer: Hoffmann) in Purgstall
(Niederösterreich) im Jahre 1941

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

30.6.1947: Einstellung der Voruntersuchung gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft:
kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6c Vr 661/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V501/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4e Vr 2788/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Otto EDER

wegen (§§): § 3 KVG (Misshandlung)

Otto Eder war Vorsitzender des Sondergerichts I, 2. Senat, beim Landgericht Wien.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

14.8.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4e Vr 2788/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V502/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 109/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois ALFONS u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Arisierung" von Vermögensbestandteilen des Dr. Adolf Bauer in Wiener Neustadt (Niederösterreich) am 10.11.1938 (§ 6 KVG); des weiteren habe er Agnes Bauer, der Gattin von Dr. Bauer, am 10.11.1938 in Wiener Neustadt Gewalt angetan, um ihr und ihrem Gatten Möbel und verschiedene Wertgegenstände rauben zu können (§§ 190, 192, 194 StG); Verletzung der Menschenwürde von Agnes Bauer am 10.11.1938 in Wiener Neustadt (§ 4 KVG); Registrierungsbruch (§ 8 VG)

Am 10.11.1938 sollen in der Wohnung von Dr. Adolf Bauer in der Reyergasse 19 in Wiener Neustadt unter Führung des SS-Sturmführers Matthias Lang die SS-Angehörigen der Standarte 89 Alois Alfons, Franz Zagler, Walter Heimerl sowie Hans Wenzel erschienen sein und die Einrichtungsgegenstände der Wohnung zertrümmert haben. Die Beschuldigten sollen Agnes Bauer in unflätigster Weise beschimpft und sich Wertgegenstände sowie einen Bargelddbetrag von ca. 100 RM angeeignet haben. In der Folge sollen sie neben Möbelstücken, Teppichen und Bettwäsche noch verschiedene Wertgegenstände sowie zwei Sparkassenbücher geraubt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.11.1947 wurde Alois Alfons zu 8 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren gegen Alois Alfons wegen § 85 StG war bereits am 12.8.1947 ausgedient worden.

Gegen folgende Personen wurde ebenfalls ermittelt, das Verfahren jedoch eingestellt bzw. ausgedient:

- * Franz ZAGLER: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 4, 6 KVG am 5.1.1950 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- * Matthias LANG: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 4 KVG am 12.1.1956 gemäß § 57 StPO (= 31 Vr 2068/56).
- * Walter HEIMERL: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 4 KVG am 12.1.1956 gemäß § 57 StPO (= 31 Vr 2068/56).
- * Hans WENZEL: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 4 KVG am 12.1.1956 gemäß § 57 StPO (= 31 Vr 2068/56).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 109/55 (Vg 2b Vr 5754/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V 503/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4594/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Lackenbach-Prozess

Opfer: Roma
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz LANGMÜLLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Quälerei (§ 3 KVG) und Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG)

Franz Langmüller wurde im Sommer 1941 von der Kriminalpolizeileitstelle Wien in das "Arbeits- und Anhaltelager für Zigeuner" in Lackenbach (Burgenland) abkommandiert. [Anm.: Zum Zeitpunkt der Anklage, 9.6.1948, war das Lager "den polizeilichen Erhebungen zufolge nicht als Konzentrationslager in Sinne des § 3 KVG anzusehen".] Bis Herbst 1941 unterstand Langmüller dem Lagerleiter Kolroß. Von Herbst 1941 bis September 1942 hatte er selbst die Leitung des Lagers inne und hat unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt zahlreiche Lagerinsassen durch Einführen der Prügelstrafe und anderer von ihm selbst ausgedachter grausamster "Behandlungsmethoden" in einen qualvollen Zustand versetzt und in ihrer Menschenwürde verletzt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.10.1948 wurde Franz Langmüller zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.
Das Verfahren wegen § 8 VG, § 7D Wahlgesetz war bereits am 26.6.1948 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4594/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1100
DÖW-Signatur: V 504/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 662/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Stefan LEHNER
Dr. Erik HABERNAL u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs (§ 8 VG), Illegalität (§§ 10, 11 VG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG),
missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG) bzw. Denunziation (§ 7 KVG)

Am 2.5.1945 bzw. 30.6.1945 erstattete Alma Vavrik (von Heves) Anzeige gegen Dr. Stefan Lehner, Dr. Erik Habernal u.a., in welcher sie diesen folgendes zur Last legte: Am 16.3.1939 hat Alma Vavrik mit Sophie Singer einen Leibrentenvertrag abgeschlossen, in welchem sie sich verpflichtete, Sophie Singer lebenslänglich eine Rente zu bezahlen und als Gegenleistung eine Reihe von Sachwerten, Einrichtungsgegenständen und sonstigen Werten erhielt. Am 4.7.1940 wurde Alma Vavrik von der Gestapo wegen "Begünstigung jüdischer Interessen" verhaftet; von Walter Grünhardt, Zollsekretär und Kriminalbeamter, und Ernst Purschke, ebenfalls Zollsekretär, wurde ihr gesamter Schmuck im Auftrag der Gestapo beschlagnahmt. Alma Vavrik gab an, von Walter Grünhardt und Ernst Purschke dabei auch in ihrer Menschenwürde verletzt worden zu sein. Von da an war sie ständigen Verfolgungen ausgesetzt, wobei sich Dr. Karl Ebner, stellvertretender Leiter der Gestapoleitstelle Wien, besonders gehässig verhalten haben soll. Im Juli 1942 brachte der unter dem Schutz des Reichsprotectors für Böhmen und Mähren stehende Auswanderungsfonds für Böhmen und Mähren (Prag) gegen Alma Vavrik Klage wegen Herausgabe ihrer Wertpapiere im Wert von rund 200.000 RM durch die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Stefan Lehner, dessen Subvertreter Dr. Erik Habernal war, ein. Kronzeugin des Klägers im Prozess war Marie Stöger, ehemalige Köchin von Sophie Singer, welche Alma Vavrik auch bei der Gestapo denunziert haben soll. Alma Vavrick verlor den Prozess in 2. Instanz vor dem Oberlandesgericht Wien mit Urteil vom 17.2.1944 (19 Cg 183/42). Am 24.5.1944 musste sie ihre Wertpapiere und Barbeträge auf das Konto "kg-890 Dr. Stefan Lehner, Anderkonto Gestapo O.F.P. Berlin-Brandenburg, Subkonto Sophie Singer" bei der Creditanstalt-Bankverein übertragen. Außerdem erwachsen ihr Prozesskosten von rund 20.000 RM. Bereits im November 1942 war ihre in der Kuppelwiesergasse 11/4a in Wien-Hietzing verbliebene Wohnungseinrichtung von der Gestapo in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sowie mit Dr. Stefan Lehner und Dr. Erik Habernal beschlagnahmt worden. Die Einrichtung hatte einen Wert von rund 100.000 RM, darunter befanden sich auch Schmuck- und Kunstgegenstände sowie Teppiche. Hilde Paeschke und Anna Pasquali sollen Wohnung und Wohnungseinrichtung von Sophie Singer "arisiert" haben (Wien-Hietzing, Kuppelwiesergasse 11). Dr. Wolf Petters und Dr. Herbert Petters wurden beschuldigt, im Jahre 1942 aus dem Besitz von Sophie Singer die Fabriks- und Wohnliegenschaft in der Schredtgasse 29 in Wien-Erdberg und zwei Kasematten in der Rechten Bahngasse, ebenfalls Wien-Erdberg, "arisiert" zu haben. Sophie Singer wurde vermutlich in einem Konzentrationslager ermordet.

Dr. Stefan Lehner war hauptsächlich mit der Sammlung, Abwicklung und Abfuhr von der Gestapo beschlagnahmter, dann dem Deutschen Reich, Reichsfinanzverwaltung, nach der 11. Verordnung zum

Reichsbürgergesetz vom 21.11.1941 verfallener Vermögenschaften längst vorher emigrierter jüdischer Bürger beschäftigt. Gegen Stefan Lehner wurde wegen missbräuchlicher Bereicherung auch in Richtung folgender "Arisierungen" ermittelt: Wohnung in Wien-Innenstadt, Meistersingerstraße 13/III; Liegenschaft Mühlgasse 28 und 30 in Wien-Wieden (Vorbesitzer: Kurt Steinitz); Metallwerke Möllersdorf/Niederösterreich (Vorbesitzer: Ignaz Deutsch, Gesellschafter: Alfred Deutsch); Landhaus in Eichgraben (Niederösterreich), Birwegstraße 37 (Vorbesitzer: Felix und Kamilla Primus); Landwirtschaft in Neudorf bei Parndorf (Burgenland); Schmuckgegenstände; Käufe bei der "VUGESTA".

Faktum Kohn: Im Jahre 1938 soll Hans Kohn Stefan Lehner gebeten haben, seinen Schwiegereltern Nathan und Emma Rosenbaum zwei Reisepässe zu besorgen. Als Preis pro Paß seien 50 RM vereinbart gewesen. Als Nathan Rosenbaum die Pässe abholen wollte, habe Stefan Lehner 1.200 RM verlangt und Nathan Rosenbaum zur Bezahlung genötigt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Das Verfahren gegen Stefan LEHNER wegen § 11 VG wurde am 12.8.1946 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 18.3.1949 wurde das Verfahren gegen Stefan LEHNER wegen § 8 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt und das Verfahren wegen des Faktums Kohn gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt. Das Verfahren gegen Aurelia Lehner (Gattin von Stefan Lehner) wegen § 6 KVG wurde am 18.3.1949 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Am 16.1.1946 wurde das Verfahren gegen Anna PASQUALI und Hilde PAESCHKE wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Das Verfahren gegen Dr. Erik HABERNAL wegen § 6 KVG wurde am 23.12.1948 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und das Verfahren wegen § 7 KVG am 6.1.1949 ebenfalls gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Am 23.12.1948 wurde das Verfahren gegen Walter GRÜNHARDT und Ernst PURSCHKE wegen §§ 10, 11 VG und §§ 4, 6 KVG gemäß § 56 StPO ausgedient.

Das Verfahren gegen Dr. Karl EBNER wurde am 14.3.1948 zu Vg 4b Vr 1223/47 ausgedient.

Am 14.3.1948 wurde das Verfahren gegen Marie STÖGER wegen § 7 KVG zu Vg 2c Vr 2905/48 ausgedient.

Ebenfalls am 14.3.1948 wurde das Verfahren gegen Johann MICHAEL und Rosa LAGER wegen § 7 KVG zu Vg 2c Vr 2904/48 ausgedient.

Das Verfahren gegen Dr. Heinz PETTERS und Dr. Wolf PETTERS wegen § 7 KVG wurde am 14.3.1948 zu Vg 2c Vr 2973/48 ausgedient.

FStN-Mikrofilm Nr. 1100+1101

DÖW-Signatur: V505/1-48

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 762/55

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), "Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef RAUCHECKER

Friedrich BALAT

Alois KUNZL

Erich LIPTAY u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs (§ 8 VG), Illegalität (§§ 10, 11 VG), Misshandlung (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) bzw. missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG)

Josef Rauchecker soll im November 1938 zusammen mit 5 weiteren SA-Angehörigen in die Wohnung von Luise Bondy in Purkersdorf (Niederösterreich) eingedrungen sein und sich einen Radioempfänger, einen Stadtpelz, einen Übergangsmantel sowie 1.600 RM angeeignet haben. Josef Rauchecker wurde des weiteren des Registrierungs Betrugs und der Illegalität (SA, "Alter Kämpfer", Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze) beschuldigt. Im März 1938 soll Josef Rauchecker gemeinsam mit Friedrich Balat und Erich Liptay in Purkersdorf (Niederösterreich) Otto Helmer aus politischer Gehässigkeit in seiner Menschenwürde verletzt haben. Alois Kunzl wurde zur Last gelegt, Otto Helmer zur selben Zeit aus politischer Gehässigkeit misshandelt zu haben. Friedrich Balat und Erich Liptay wurden des weiteren der Illegalität (SA) beschuldigt. Am 9.12.1948 wurde Anklage gegen Josef Rauchecker, Friedrich Balat und Alois Kunzl erhoben. Gegen Erich Liptay wurde am 24.3.1950 Anklage erhoben. Die Hauptverhandlung gegen alle vier Angeklagten fand am 23.6.1950 statt. Am 23.6.1950 wurden Erich Liptay und Josef Rauchecker zu jeweils 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt. Alois Kunzl wurde freigesprochen. Das Verfahren gegen Josef Rauchecker wegen § 6 KVG war am 23.6.1950 in der Hauptverhandlung ausgeschieden worden. Die Anklage gegen Friedrich Balat hatte die Staatsanwaltschaft mit Erklärung vom 24.3.1950 gemäß § 227 StPO zurückgezogen.

Gegen folgende Personen wurde im gegenständlichen Verfahren ebenfalls ermittelt, das Verfahren jedoch eingestellt bzw. abgebrochen:

* Otto EBNER: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG am 10.10.1955 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Am 2.5.1956 wurde das Verfahren wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

* Richard GOLL und Leopold SCHMIDEK: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG am 10.10.1955 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

* Josef GOLL: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 152 StG am 30.12.1948 wegen § 2 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz.

* Walter WAGNER-WAAGSTRÖM: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG am 30.7.1947 mangels Zusammenhangs mit den den übrigen Beschuldigten vorgeworfenen Straftaten.

* Hermann FEHSE: Am 28.6.1948 stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Beendigung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Einbezogene bzw. vereinigte Akten:

LG Wien Vg 5c Vr 1845/47 (Walter Wagner u.a.)

BG Gmunden Z 257/48 (Josef Rauchecker)

LG Wien Vg 3c Vr 231/49 (Alois Kunzl und Josef Goll)

LG Wien Vg 7a Vr 1332/49 (Erich Liptay)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 762/55
(Vg 13a Vr 5049/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1101
DÖW-Signatur: V506/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1222/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Denunziation, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Thomas KOZICH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (§ 11 VG) und Denunziation (§ 7 KVG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 3.12.1946 wurde Thomas Kozich, welcher von 13.3.1938 bis 14.10.1938 Vizebürgermeister der Stadt Wien und vom 15.10.1938 an Stadtrat von Wien gewesen war, wegen Illegalität (SA-Brigadeführer, Blutordensträger) angeklagt. In der Hauptverhandlung am 3.3.1947 dehnte die Staatsanwaltschaft die Anklage in Richtung § 7, Absatz 3, lit. a, b, c KVG (Denunziation von Paula Höbling im Jänner 1945 in Wien) aus. Bezüglich des Faktums Reitlinger ("Arisierung" der Wohnungen Wien-Landstraße, Mohsgasse 2, und in dem der Firma Heiser gehörenden sog. "Winterhaus" in Kienberg-Gaming in Niederösterreich) behielt sich die Staatsanwaltschaft die Verfolgung vor, dieses Faktum wurde jedoch noch in der Hauptverhandlung ausgeschieden. Am 3.3.1947 wurde Thomas Kozich zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1222/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1101
DÖW-Signatur: V507/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 8701/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Maria NÄSTLBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität ("Altparteigenosse"; § 10 VG) und Registrierungs Betrugs (§ 8 VG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.9.1947 wurde Maria Nöstlberger freigesprochen.

Am 21.7.1947 war das Verfahren gegen Maria Nöstlberger gemäß §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 3.11.1946 hatte Emil Reich Anzeige gegen Maria Nöstlberger erstattet: Er beschuldigte sie der "Arisierung" der Kino- und Automatenbuffets sowie des Bonbongeschäfts (Wien-Innenstadt, Burgring 1) seines Bruders Andor Reich. Des weiteren habe sie Andor Reich im Jahre 1938 denunziert und sich dessen Personenkraftwagen sowie eine Schreibmaschine von Emil Reich angeeignet. Maria Nöstlberger war im Jahre 1938 kommissarische Verwalterin der Geschäfte von Andor Reich gewesen.

Einbezogenes Verfahren: Vg 4c Vr 8984/46 (Maria Nöstlberger)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 8701/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1101
DÖW-Signatur: V508/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2295/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich KOSMATH
Gabriele MAUSSER
Adolf HORSKY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§ 10 und 11 VG), Registrierungs Betrugs (§ 8 VG), Quälerei und Misshandlung (§ 3 KVG),
missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG) sowie Amts-missbrauch (§ 101 StG).

Kosmath hat im April 1938 die jüdischen Gebrüder Arnold und Rudolf Kolb (die wegen Kridaverdachts bereits inhaftiert waren) zum Verkauf ihres Hauses in Wien Margarethen, Margarethenstraße 78, an seine Geliebte Gabriele Mausser zu einem unter dem tatsächlichem Wert liegenden Preis gezwungen. Kosmath ließ die Brüder in seinem Büro in der Gestapo vorführen und bedrohte sie mit der Verlängerung ihrer Haft auf unbestimmte Zeit. Es bestand aber bereits ein Kaufvertrag mit Karl und Mathilde Bibersteiner über dieses Haus, woraufhin Kosmath das Ehepaar Bibersteiner, dessen Anwalt Dr. Reif und den Wirtschaftstreuhänder Fritz Beier mit der Verhaftung und Vorführung bei der Gestapo bedrohte, sollten diese vom Kaufvertrag nicht zurücktreten. (Kosmath wurde deshalb bereits in der NS-Zeit, am 5.6. 1939 vom LG Wien zu 8 Monaten schweren Kerkers verurteilt).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.6. 1947 wurde das Verfahren gegen Adolf HORSKY gemäß § 57 StPO wegen § 8 VG aus dem gegenständlichen Verfahren ausgeschieden, zudem erfolgte die Einstellung der Verfolgung gegen KOSMATH wegen § 101 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Am 8.11.1947 wurden Gabriele Mausser und Dr. Friedrich Kosmath wegen § 6 KVG freigesprochen; wegen §§ 8, 10, 11 VG sowie § 3 KVG wurde Kosmath zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 12.11.1949 beschloß der OGH die Aufhebung des Urteils bezüglich § 11 VG. Die Staatsanwaltschaft Wien erklärte am 17. 12. 1949 den Rücktritt von der Anklage gemäß § 227/1 StPO nur hinsichtlich des Tatbestandes nach § 11 VG. Am 18.1.1950 wurde im Wiederaufnahmeverfahren die Strafe auf 18 Monate schweren Kerkers herabgesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2295/49 (Vg 1a Vr 4811/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1101
DÖW-Signatur: V509/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 1/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (HJ)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm ROHM

wegen (§§): §§ 10, 11 VG

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 19.6.1945 wurde gegen Wilhelm Rohm die Voruntersuchung eingeleitet, weil er gesagt haben soll, "dass jeder Gegner Hitlers erschossen werden soll" ("Handlung aus besonders verwerflicher Gesinnung") bzw. Vorsteher der "HJ-Kinderlandverschickung" (Salvatorgasse 10, Wien-Innenstadt) gewesen sein soll. Am 21.7.1945 wurde das Verfahren gegen Wilhelm Rohm gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 1/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1101
DÖW-Signatur: V510/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 25/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Salzburg, Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Anton JENNEWEIN

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität: von November 1934 bis April 1935 Gauleiter des Landes Salzburg und von Herbst 1931 bis April 1932 Bezirksleiter des Tennengaus, Blutordensträger) und § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Von März 1940 bis Mai 1942 war Anton Jennewein kommissarischer Leiter und ab Mai 1942 Generaldirektor der Versteigerungsanstalt Dorotheum in Wien gewesen. Das diesbezügliche Verfahren wegen § 6 KVG war bereits am 26.6.1946 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Die Anklage erfolgte am 19.6.1946 nur wegen §§ 10, 11 VG. Am 27.8.1946 wurde Anton Jennewein diesebezüglich zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 25/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V511/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 147/54
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Lackenbach-Prozess

Opfer: Roma
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz LANGMÜLLER
Alexander SARKÖZI
Nikolaus REINPRECHT

wegen (§§): § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Franz Langmüller wurde im Sommer 1941 von der Kriminalpolizeileitstelle Wien in das "Arbeits- und Anhaltelager für Zigeuner" in Lackenbach (Burgenland) Abkommandiert. [Eine Anerkennung des Lagers als Konzentrationslager ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht erfolgt.] Von Herbst 1941 bis September 1942 hatte er selbst die Leitung des Lagers inne. Alexander Sarközi war Lagercapo. Nikolaus Reinprecht soll wirtschaftlicher Leiter des Lagers und als solcher verantwortlich für die unzureichende Ernährung der Lagerinsassen gewesen sein. Den Beschuldigten wurde die Misshandlung (in vielen Fällen mit Todesfolge) und die Verletzung der Menschenwürde der Inhaftierten zur Last gelegt. Vermutlich im Herbst 1941 sollen 35-40 Kinder auf Veranlassung von Franz Langmüller durch vergiftete Milch ermordet worden sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 3.3.1955 wurde das Verfahren gegen Franz Langmüller, Alexander Sarközi und Nikolaus Reinprecht gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 147/54: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V512/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 5249/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann NAPLAVA

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG missbräuchliche Bereicherung) und § 11 VG (Illegalität)

Johann Naplava soll sich unmittelbar nach der Annexion Österreichs im März 1938 an der Verfolgung von Juden/Jüdinnen beteiligt haben. So soll er die Plünderungsaktion des Brandweingeschäftes der Brüder Winter (Wien-Leopoldstadt, Rotensterngasse 15) durch SA-Angehörige geleitet haben. Dabei soll einer der Brüder misshandelt worden sein. Im Juni 1938 soll Johann Naplava eine Wohnung in Wien-Leopoldstadt, Rotensterngasse 22, "arisiert" haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Anklage wurde am 27.1.1947 nur wegen § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde von Therese Hesky im Jahre 1938, weil sie mit einem Juden/Jüdinnen verheiratet gewesen war) erhoben. Am 6.12.1947 wurde Johann Naplava diesbezüglich freigesprochen.

Das Verfahren wegen §§ 3, 6 KVG und § 11 VG war bereits am 6.2.1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 5249/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V513/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4834/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Lackenbach-Prozess

Opfer: Roma
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Alexander SARKÖZI

wegen (§§): § 3/2 KVG (Misshandlung mit Todesfolge)

Alexander Sarközi war stellvertretender Lagerältester und Heilgehilfe im "Arbeits- und Anhaltelager für Zigeuner" in Lackenbach im Burgenland [Anm.: Eine Anerkennung des Lagers als Konzentrationslager ist bis zum heutigen Tag nicht erfolgt.]. Alexander Sarközi wurde zur Last gelegt, in den Jahren 1940 bis 1945 Lagerinsassen schwer misshandelt zu haben; einige der Opfer sollen an den Folgen der Misshandlung gestorben sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.6.1947 wurde Alexander Sarközi freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4834/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V514/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 3355/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann GAMSRIEGLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde der Schwestern Gisela, Rudolfine und Josefine Steiner im Jahre 1941 in Wien (§ 4 KVG)

Im Jahre 1941 ließ sich Hermann Gamsriegler die noch von den Schwestern Gisela, Rudolfine und Josefine Steiner bewohnte Wohnung in der Mollardgasse 25 in Wien-Mariahilf zuweisen. Er erklärte den Schwestern wiederholt, dass sie die Wohnung räumen müssen, bedrohte sie und sprach schließlich bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vor, um eine raschere Räumung der Wohnung zu erwirken. Schließlich wurden die Schwestern Steiner ins Lager Sperlgasse (Wien-Leopoldstadt) gebracht und von dort in ein KZ deportiert, wo sie vermutlich ermordet wurden.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 22.7.1948 wurde Hermann Gamsriegler zu 4 Monaten Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 3355/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V515/1–14

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 3024/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Polit. GegnerInnen, alliierte Kriegsgefangene
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl PANY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§§ 10, 11 VG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) und Erpressung (§ 98 StG)

Unmittelbar nach der Annexion Österreichs im März 1938 habe Karl Pany – im März 1938
Bürgermeister von Vitis (Niederösterreich) geworden – Josef Lauter und Karl Höfler in Jaudling
(Niederösterreich) mit einer Verletzung an Körper und Freiheit bedroht, um von ihnen Geld zu
erpressen. Am 12.6.1938 habe er Josef Anderl aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung
dienstlicher Gewalt in Jaudling in seiner Menschenwürde verletzt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.3.1948 wurde Karl Pany zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren wegen § 3 KVG (Misshandlung von Kriegsgefangenen unter Ausnützung seiner
Funktion als Partieführer der Holzverarbeitungsfirma Hartel in Echtsenbach/Niederösterreich;
Absetzung des Bürgermeisters Wurz) war bereits am 3.12.1946 gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 3024/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V516/1–17

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 215/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann MAYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§§ 10, 11 VG), Registrierungsbetrugs (§ 8 VG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) und missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG)

Johann Mayer wurde die Verletzung der Menschenwürde von Adolf Gruber, in dessen Wohnung (Wien-Fünfhaus, Sechshausenstraße 6) er gemeinsam mit einer Gruppe von SA-Angehörigen am 10.11.1938 eingedrungen sein soll, zur Last gelegt. Des weiteren soll sich Johann Mayer im November 1938 an der Plünderung von jüdischen Wohnungen in Wien (darunter die Wohnung von Adolf Gruber sowie die Wohnung von Dr. Friedländer, Wien-Fünfhaus, Sechshausenstraße 1) beteiligt haben.

"Novemberpogrom 1938"

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.1.1947 wurde Anklage wegen §§ 10, 11 VG, § 8 VG und § 4 KVG erhoben. Johann Mayer wurde diesbezüglich am 10.1.1948 freigesprochen. Das Verfahren gegen Johann Mayer wegen § 6 KVG war bereits am 19.2.1947 eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 215/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V517/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2798/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan WELLER

wegen (§§): § 11 VG

Illegalität, Kreiskassenleiter des Kreiskassenamtes des Kreises IX in Wien in den Jahren 1940 bis 1944

10.4.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2798/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V518/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2798/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Thusnelda MÜLLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG)

Thusnelda Müller wurde zur Last gelegt, in Wien in den Jahren 1938 bis 1941 aus politischer Gehässigkeit "Juden/Jüdinnen und in Mischehen lebende Personen sowie deren Kinder" in ihrer Menschenwürde gekränkt zu haben. Im sog. Feuerwehrgarten in Wien-Mariahilf, dessen Betreten Juden/Jüdinnen nicht verboten war, soll sie wiederholt Juden/Jüdinnen angeschrien und aus dem Garten vertrieben haben. Eines Tages habe sie Sigmund Kopstein, "der nach den Nürnberger Rassegesetzen als Jude galt und mit einer Deutschblütigen in Mischehe" lebte, unter Hinweis darauf, dass er Jude sei, der sie beschimpft habe und keinen Judenstern trage, verhaften lassen wollen. Des Weiteren habe sie Friedrich Walter, der ebenfalls in einer "Mischehe" lebte, beschimpft.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 8.1.1948 wurde Thusnelda Müller freigesprochen.

Am 17.1.1947 war das Verfahren wegen § 7 KVG (Denunziation von Sigmund Kopstein und Friedrich Walter) und hinsichtlich des Faktums Kopstein jun. (Thusnelda Müller soll den Sohn von Sigmund Kopstein tätlich beleidigt und beschimpft haben) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2798/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1102
DÖW-Signatur: V519/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1759/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard KLAPPERSTÜCK u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG)

Richard Klapperstück wurde beschuldigt, die Menschenwürde von Karin Lecker (mosaischen Glaubens) in Wien im Jahre 1939 dadurch, dass er sie beschimpfte und aus seinem Geschäft hinauswies, verletzt zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 12.2.1948 wurde Richard Klapperstück freigesprochen.

Das Verfahren gegen Richard Klapperstück wegen § 6 KVG ("Arisierung" der Wohnung von Frau Rappaport in Wien-Wieden, Pressgasse 9, im November 1938) war bereits am 25.7.1946 eingestellt worden.

Weitere Vorerhebungen wurden gegen Hedwig KLAPPERSTÜCK und Josef TITZ (DIETZ) wegen § 4 KVG geführt (Verletzung der Menschenwürde von Gina Popp durch Beschimpfungen, weil sie den NS-Rassegesetzen zufolge als "Mischling I. Grades" galt. Dieser Umstand wurde auch Richard Klapperstück zur Last gelegt, deswegen gegen ihn aber keine Anklage erhoben). Das diesbezügliche Verfahren wurde gegen Hedwig Klapperstück gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt. Das Verfahren gegen Josef Titz (Dietz) wurde am 25.7.1946 ausgedient und gemäß § 412 StPO abgebrochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1759/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1103
DÖW-Signatur: V520/1–21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12e Vr 2331/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef KLEIN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrugs (§ 8 VG), Denunziation (§ 7 KVG)

Josef Klein wurde beschuldigt, im Juli 1944 Rupert Schenk aus politischer Gehässigkeit denunziert zu haben, wodurch dessen wirtschaftliche Existenz ernstlich gefährdet wurde

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 15.4.1948 wurde Josef Klein freigesprochen.

Das Verfahren wegen § 7D Wahlgesetz war am 13.2.1948 ausgeschieden worden.

Einbezogener Akt: Vg 5d Vr 8059/46 (Josef KLEIN)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12e Vr 2331/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1103
DÖW-Signatur: V521/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 67/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Wiederbetätigung

Opfer: -
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Mathias PAPAÍ

wegen (§§): § 3g VG

Tatvorwurf:

Mathias Papai wurde beschuldigt, sich am 10.3.1953 in Stadt Schlaining (Burgenland) durch Reden im nationalsozialistischen Sinne betätigt zu haben.

Mathias Papai wurde in den Jahren 1938 bis 1945 als "Zigeuner" verfolgt und war in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert. Seine Gattin und drei Kinder wurden ermordet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.7.1953 wurde Mathias Papai freigesprochen.

Dieser Akt spiegelt in besonderem Ausmaß die Stellung der Roma in Nachkriegsösterreich wieder. (Anm. Eva Holpfer)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 67/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1103
DÖW-Signatur: V522/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 5798/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Heribert JERIM
Johann BARANYAI
Friedrich MARKTL
Josef KAINZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) bzw. Denunziation (§ 7 KVG)

Heribert Jerim, Johann Baranyai und Friedrich Markt wurde zur Last gelegt, den Mühlenbesitzer Eugen Erdei ("Halbjude") im Juni 1941 in Frauenkirchen (Burgenland) denunziert zu haben, wodurch sie seine wirtschaftliche Existenz und sein Leben gefährdeten. Josef Kainz soll Eugen Erdei in seiner Menschenwürde gekränkt haben.

Heribert Jerim war eine Zeitlang als kommissarischer Verwalter der Mühle von Eugen Erdei eingesetzt gewesen, wurde aber von Erdei als Betriebsführer wieder abgelöst, da er sich Unregelmäßigkeiten zu Schulden hatte kommen lassen. Eugen Erdei war in den Jahren 1943 bis 1945 in einem Konzentrationslager inhaftiert.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 27.4.1949 zog die Staatsanwaltschaft den am 23.8.1948 gestellten Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung gegen Josef Kainz wegen § 4 KVG zurück.

Am 29.6.1949 wurde das Verfahren Heribert Jerim, Johann Baranyai und Friedrich Markt wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 5798/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1103+1104

DÖW-Signatur: V523/1-48

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 5774/60

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Sicherheitspolizei/Sipo)

Opfer:

Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Berdyciv/Berditschew, Zytomyr/Shitomir)

Strafverfahren gegen: Dr. Franz RAZESBERGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verbrechen des Mordes nach §§ 134, 135/3 StG als Mitschuldiger nach § 5 StG

Die Anklageschrift vom 12.6.1961 legte Franz Razesberger zur Last, Ende Juli 1942 in Berditschew als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Shitomir (Zytomyr, heutige Ukraine) durch Erteilung eines Erschießungsbefehls an den ihm unterstellten Kommandeur der Außenstelle Berditschew (Berdyciv, heutige Ukraine), Alois Hülsdünker vorsätzlich veranlasst zu haben, dass unbekannt gebliebene Angehörige eines Exekutionskommandos rund 300 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordeten. [Anm.: Alois Hülsdünker war im Verfahren LG Berlin 3PKs 1/57 vom Schwurgericht Berlin am 9.3.1960 zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.]

Franz Razesberger war seit Jänner 1942 erster Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Shitomir im Range eines Regierungsrates und in der Uniform eines SS-Sturmbannführers. In Berditschew befand sich in der ehemaligen russischen Panzerkaserne ein Lager, in dem im Juli 1942 rund 300 jüdische Männer, Frauen und Kinder inhaftiert waren. Das Lager unterstand der Außendienststelle Berditschew. Ende Juli 1942 erhielt Razesberger laut seiner Verantwortung den Befehl, das Lager unverzüglich zu "liquidieren". Razesberger gab diesen Befehl an Alois Hülsdünker weiter. Einige Tage später wurden die Männer, Frauen und Kinder von SS-Angehörigen ermordet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.7.1961 wurde Razesberger hinsichtlich der Hauptfrage einstimmig freigesprochen. Hinsichtlich der Eventualfrage wurde er mit nur einer Gegenstimme freigesprochen. In ihrer Begründung führten die Geschworenen unter anderem an: "Keine konkreten Beweise, die Aussage von Alois Hülsdünker wird angezweifelt. Der Wortlaut des Gespräches zwischen dem Angeklagten und Hülsdünker in Bezug auf eine konkrete Befehlserteilung konnte nach 19 Jahren nicht mit Sicherheit rekonstruiert werden."

Das Verfahren gegen Razesberger war zuvor bereits am 30.7.1957 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt worden. Am 1.8.1960 stellte die Staatsanwaltschaft Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 352 StPO und Einleitung der Voruntersuchung wegen §§ 134, 135/3 StG. Am 3.8.1960 beschloß die Ratskammer des LG Wien die Wiederaufnahme des Verfahrens.

Im gegenständlichen Verfahren sind Abschriften und Kopien aus anderen, vor allem deutschen, Verfahren enthalten (auszugsweise):

* LG Ulm Ks 2/57, "Einsatzgruppenprozess", Bernhard Fischer-Schweder u.a.: Abschrift des Urteils vom 29.8.1958. Abschrift des Gutachtens von Hans-Günther Seraphim betreffend "Befehlsnotstand" (1.7.1958).

- * LG Ansbach Ks 1A-C/59, Friedrich Gottschalk u.a.: Urteilsabschrift (23.7.1960).
- * LG Berlin 3PKs 1/57 (3PJs 393/56), Fritz Knop u.a.: Schwurgerichtsanklage gegen Fritz Knop und Erich Wenzel (27.5.1957). Urteilsabschrift (9.3.1960).
- * KG Wels 11 Vr 767/60, Dr. Egon Schönpflug
- * Beiakt "Einsatzgruppen-Dokumente" (Fall Ohlendorf u.a.), Militärgerichtshof Nürnberg, Prozess 9

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 5774/60: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1104
DÖW-Signatur: V524/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 6543/61
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Randegg-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Strafverfahren gegen: Josef HÖBLINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verbrechens des vielfachen Meuchelmordes als Mitschuldiger (§§ 5, 134, 135/1 StG)

Die Anklageschrift vom 6.9.1961 legte Josef Höblinger zur Last, am 15.4.1945 im Schliefaugraben bei Randegg (Niederösterreich) an der Ermordung von 90 bis 100 jüdischen Männern, Frauen und Kindern ungarischer Nationalität durch SS-Angehörige mitgewirkt zu haben: Höblinger habe an der Mordplanung auf der HJ-Bannführung in Scheibbs (Niederösterreich) mitgewirkt, sei mit dem Erschießungskommando mitgefahren und habe die späteren Opfer an den für die Erschießung vorgesehenen Ort eskortiert. Des Weiteren habe er am Tatort zur Verhinderung von Fluchtversuchen Hilfe geleistet. Höblinger war dem Leiter der SD-Außendienststelle Scheibbs, Josef Kripsch, unterstellt und als Verbindungsmann zur HJ eingesetzt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 24.11.1961 wurde Höblinger freigesprochen. Bezüglich der Hauptfrage erfolgte ein einstimmiger Freispruch, da die den Geschwornen nicht ausreichend erschienen. Bezüglich der Eventualfrage erfolgte der Freispruch mit drei Gegenstimmen.
Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 14.9.1961 aus dem Verfahren 27a Vr 7722/60 (Josef KRIPSCH u.a.) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 6543/61: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1104+1105+1106

DÖW-Signatur: V525/1–135

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 3805/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess ("2. Wiener Auschwitz-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz-Birkenau)

Strafverfahren gegen: Franz WUNSCH

Otto GRAF

wegen (§§): §§ 134, 135/1 und 4, 136 StG (Verbrechens des gemeinen und des Meuchelmordes)
§§ 5, 136 StG (unmittelbar Mitschuldige am vollbrachten Mord)

Franz Wunsch und Otto Graf waren Angehörige des SS-Bewachungs- und Verwaltungspersonals des KZ Auschwitz-Birkenau. Franz Wunsch (am 19.9.1942 ins KZAuschwitz versetzt) war im sog. Kommando Kanada im Effektenlager als Aufseher und Kommandoführer tätig. Otto Graf (seit 28.9.1942 im KZ Auschwitz) war im sog. Kommando Kanada, in der Lederfabrik und im Sonderkommando als Aufseher und Kommandoführer eingesetzt. Die Anklage legte Franz Wunsch zur Last, im Herbst 1944 einen griechischen Juden/Jüdinnen, welcher beim Sonderkommando eingesetzt war, ermordet zu haben. Otto Graf soll im Frühjahr 1943 einen jüdischen Häftling des Aufräumungskommandos und im Sommer 1944 die Polin Marilla Dombrowska ermordet haben. In der Zeit vom Sommer 1943 bis November 1944 soll Otto Graf als Mittäter wiederholt das Blausäurepräparat Zyklon B in die mit Menschen gefüllten Gaskammern geworfen haben. Franz Wunsch und Otto Graf sollen in der Zeit vom Herbst 1942 bis November 1944 mindestens einmal wöchentlich an der Vollziehung der Massenmorde, die im KZ Auschwitz-Birkenau von SS-Angehörigen des Bewachungs- und Verwaltungspersonals begangen wurden, mitgewirkt haben: Franz Wunsch soll bei den Massenvernichtungsaktionen den sog. Rampendienst versehen haben. Er habe erschöpfte und nicht gehfähige Menschen auf bereitstehende Lastkraftwagen verladen, welche die Opfer direkt zu den Gaskammern und Krematorien brachten. Ferner soll Franz Wunsch die späteren Opfer zu den Krematorien und Gaskammern begleitet haben, wobei er diese über ihr wahres Schicksal zu täuschen suchte bzw. mit Gewalt zum Betreten der Gaskammern gezwungen haben soll. Otto Graf soll wiederholt vor Eintreffen eines "Sondertransports" die zur Ermordung der Menschen erforderliche Menge Zyklon B in einen Sanitätswagen verladen haben lassen, welcher das Giftgas zu den Gaskammern brachte. Ab Sommer 1943 habe Otto Graf ein Sonderkommando von Häftlingen im Krematorium befehligt, welches die zur Ermordung bestimmten Menschen in die Auskleideräume und nach dem Auskleiden in die Gaskammern führen sowie nach erfolgter Vergasung die Leichen verbrennen musste. Das Sonderkommando musste weiters die Auskleideräume und Gaskammern säubern und für den nächsten Vernichtungsvorgang bereitmachen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 27.6.1972 wurden Franz Wunsch und Otto Graf nach einer 31tägigen Hauptverhandlung freigesprochen.

Das gegenständliche Verfahren war am 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg MEYER u.a.) ausgeschieden worden.

Einbezogener Akt: 27c Vr 3809/64, Verfahren gegen Otto GRAF (am 4.8.1971 gemäß § 56 StPO einbezogen worden).

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Kopien bzw. einbezogene Aktenteile aus folgenden Verfahren:

27c Vr 5193/60, Dr. Georg MEYER u.a.

27c Vr 3811/64, Konstantin Orest SALABAN

27c Vr 3812/64, Johann SCHINDLER

27c Vr 3810/64, Hermann KNAUS, Leon MARGEWITSCH

27c Vr 3808/64, Karl HÖBLINGER

20 Vr 3806/64, Walter DEJACO u.a.

Weiters:

Kopien von Unterlagen der United Nations War Crimes Commission (UNWCC) und des Central Registry of War Criminals and Security Suspects (CROWCASS) sowie der "Hauptkommission zur Untersuchung von Verbrechen am polnischen Volk" (Warschau) betreffend Otto Graf und Franz Wunsch.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 3805/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1106+1107+1108

DÖW-Signatur: V526/1–155

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 3806/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess ("1. Wiener Auschwitz-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz-Birkenau)

Strafverfahren gegen: Walter DEJACO

Fritz ERTL u.a.

wegen (§§): §§ 134, 135 Ziffer 1 und 4, 136 StG (Verbrechens des gemeinen und des Meuchelmordes)

§§ 5, 134, 135 Ziffer 1, 136 StG (unmittelbar Mitschuldige am vollbrachten Mord)

Die Anklageschrift vom 18.6.1971 legte Walter Dejaco und Fritz Ertl zur Last, als SS-Sonder- und Fachführer des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an der Vollziehung der Massenmorde durch Planung, Errichtung und laufende Instandhaltung der Gaskammern Bunker I und Bunker II sowie der Krematorien I, II, III, IV und V samt Gaskammern unmittelbar auf eine tätige Weise mitgewirkt zu haben. Walter Dejaco war in der Zeit von Sommer 1941 bis Herbst 1944 Leiter der Planungsabteilung, Bauleiter und zuletzt Stellvertreter des Leiters der Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei im KZ Auschwitz. Fritz Ertl war von Sommer 1941 bis Ende Jänner 1943 Leiter der Abteilung Hochbau, Stellvertreter des Bauleiters der Sonderbauabteilung für die Errichtung des Kriegsgefangenenlagers Auschwitz und Stellvertreter des Leiters der Zentralbauleitung der Waffen-SS und Polizei im KZ Auschwitz. Im Oktober/November 1940 soll Dejaco zwei Häftlinge, die bei Bauarbeiten am Krematorium I eingesetzt waren, und im März 1941 einen Häftling, der bei Bauarbeiten neben dem Krematorium I beschäftigt war, ermordet haben. Im März 1942 soll Dejaco als Mittäter mit dem bereits abgeurteilten und hingerichteten Hans Schwarzhuber und Hans Olejek (zum Zeitpunkt der Anklageerhebung noch nicht ausgeforscht) fünf jüdische Häftlinge ermordet haben. Des weiteren habe Dejaco im Sommer 1942 vier jüdische Häftlinge, die sich bei der Baracke 19 im Lager Birkenau aufhielten, ermordet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.3.1972 wurden Dejaco und Ertl freigesprochen.

Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.) ausgeschieden worden.

Am 11.5.1971 hatte die Staatsanwaltschaft den Antrag auf Ausscheidung des Verfahrens gegen Hermann Töffler wegen §§ 5, 134, 135, 136 StG gemäß § 57 StPO gestellt.

Einbezogene Akten:

LG Linz, 17 Vr 1528/61 (Hermann TÖFFLER)

LG Linz, 14 Ns 29/71 (Fritz ERTL)

LG Innsbruck, 18 Vr 1621/71 (Walter DEJACO)

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Kopien, Abschriften bzw. Aktenteile aus folgenden Verfahren:

LG Frankfurt/Main, 4 Ks 1/67 (Bernhard BONIK u.a.)

LG Frankfurt/Main, 4 Js 1031/61 (ALBRECHT u.a.)

LG Frankfurt/Main, 4 Ks 2/63 (MULKA u.a.)
LG Frankfurt/Main, 4 Js 444/59 (Richard BAER u.a.)
LG Frankfurt/Main, 4 Ks 3/63 (Wilhelm BURGER u.a.)
LG Wien, 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg MEYER u.a.)
LG Wien, 27c Vr 3810/64 (Hermann KNAUS u.a.)
LG Wien, 27c Vr 3808/64 (Karl HÖLBLINGER)
LG Wien, 27c Vr 3807/64 (Dr. Georg MEYER, Dr. Erwin HESCHL)
LG Wien, 27c Vr 3812/64 (Johann SCHINDLER)
Staatsanwaltschaft Linz, 2 St 4190/62 (Hermann TÖFFERL)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 3806/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1108+1109

DÖW-Signatur: V527/1-85

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 814/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Treblinka (Arbeitslager) - Prozess

Opfer: Häftlinge, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: Leopold LANZ u.a.

wegen (§§): §§ 134, 135 Ziffer 4 StG (Verbrechens des gemeinen Mordes)

§§ 5, 134, 135 Ziffer 3, 136 StG (Verbrechens des vollbrachten Mordes als Mitschuldiger)

Anfang 1942 wurde Leopold Lanz vom SS- und Polizeiführer in Warschau in das Arbeitslager Treblinka kommandiert. [Anm.: das Arbeitslager Treblinka wurde von den deutschen Behörden im Jahre 1940 im Dorf Treblinka im Distrikt Warschau errichtet. Im Arbeitslager Treblinka wurden zunächst nur Polen gefangengehalten, die entweder als für die Besatzer gefährliche Elemente angesehen wurden oder der ihnen auferlegten Pflicht zur Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte nicht nachgekommen waren. Auf Grund einer Anordnung des Gouverneurs des Distriktes Warschau, Dr. Fischer, vom 15.11.1941 wurde das Arbeitslager Treblinka weiter ausgebaut. Das Lager bestand bis zur zweiten Julihälfte 1944, als es wegen des Vormarsches der sowjetischen Truppen abgerissen und die sich im Lager befindlichen jüdischen Häftlinge ermordet wurden.] Im Arbeitslager Treblinka wurde Lanz zunächst mit der Überwachung des Ausbaues des Lagers betraut und danach mit der Leitung der Werkstätten. In diesem Lager blieb er als Angehöriger der SS-Lagermannschaft bis zur Liquidierung desselben Ende Juli 1944. Lanz hatte seit dem August 1935 der SS angehört und sich für diese auch illegal betätigt. Im April 1938 war er zum SS-Rottenführer und in der Folge zum SS-Unterscharführer befördert worden, mit welchem Rang er der SS-Wachmannschaft des Arbeitslagers Treblinka angehörte. Die Anklageschrift vom 21.4.1966 legte Leopold Lanz zur Last, im September 1942 in Kossow (Polen) Chaiem Kreplak und zu Weihnachten 1942 oder Silvester 1943 in Kossow mindestens drei jüdische Häftlinge ermordet zu haben. Ende 1942/Anfang 1943 soll Lanz mehrere Häftlinge und im Herbst 1943 eine vermutlich schwangere Frau in Treblinka ermordet haben. Im Herbst 1943 soll Lanz in Treblinka zwei Häftlinge (darunter ein Pole) ermordet haben. Lanz wurde weiters beschuldigt, im Jahre 1943 in Treblinka zwei jüdische Knaben im Alter von etwa 13 und 14 Jahren und 1943 oder 1944 in Treblinka einen jüdischen Häftling ermordet zu haben. Ende Juli 1944 soll Lanz am Erschießungsplatz in Treblinka mehrere jüdische Häftlinge ermordet haben. Ende Juli 1944 soll Lanz bei der Liquidierung des Arbeitslagers Treblinka den ihm als Unterscharführer der SS-Lagermannschaft unterstellten Angehörigen der ukrainischen Wachmannschaft den Befehl gegeben haben, jüdische Häftlinge zum Erschießungsplatz zu eskortieren und dort zu ermorden. Lanz soll die Aufsicht über die Eskortierung geführt und am Erschießungsplatz die Erschießung überwacht haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 6.12.1966 wurde Leopold Lanz zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Am 3.9.1972 erfolgte die bedingte Entlassung von Lanz.

Das gegenständliche Verfahren war mit Beschluss vom 29.1.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 852/62 (Helmut POHL u.a.) ausgeschieden worden.

Am 3.1.1966 war das Verfahren gegen Bruno BRUCKNER und N. BRUCKNER aus dem gegenständlichen

Verfahren gemäß § 57 StPO ausgedient worden.

Am 4.5.1966 war das Verfahren gegen Lanz wegen der Fakten "Erschießung von 6 Juden/Jüdinnen in einer Baracke, Erhängung eines 17 bis 18jährigen Juden/Jüdinnen, Erschießung von polnischen Widerstandskämpfern und Erschießung von 6 bis 7 jüdischen Frauen" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Kopien, Abschriften bzw. Aktenteile aus folgenden Verfahren:

* LG Düsseldorf 8 Js 10904/59 [UR I 21/59], FRANZ u.a.

* LG Salzburg 11a Vr 1382/56, HÖFLE u.a.

* LG Hamburg 141 Js 192/60

* Staatsanwaltschaft Düsseldorf 8 I Ks 2/64

* LG Wien 27c Vr 852/62 (Helmut POHL u.a.)

* Gutachten von Dr. Martin Broszat über "Nationalsozialistische Polenpolitik", erstattet im Verfahren LG Frankfurt/Main 4 Ks 2/63 (MULKA u.a. = Frankfurter Auschwitz-Prozess)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 814/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1109+1110+1111

DÖW-Signatur: V528/1-69

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 1100/65

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Maly-Trostinec-Prozess, "Gaswagen-Fahrer-Prozess"

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Belorussland/Belarus (Minsk)

Strafverfahren gegen: Josef WENDL u.a.

wegen (§§): §§ 134, Ziffer 1 und 4 StG (Verbrechens des Mordes)

Ende 1941/ Anfang 1942 wurde Josef Wendl zum SS-Hauptsturmführer befördert und von der Gestapo zum "Osteinsatz" versetzt. Als Angehöriger des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B in Mogilew (Weißrussland) war Wendl ab Mitte März 1942 für die Wartung und "Bedienung" des Gaswagens zuständig. Wendl wurde als Gaswagenfahrer, aber auch als Kraftwagenfahrer eingesetzt. Die Anklageschrift vom 12.5.1970 legte Wendl zur Last, im Juni 1942 oder später in Mogilew etwa 60 bis 70 jüdische Männer, Frauen und Kinder, im September 1942 beim Gut Trostinez/Minsk (Weißrussland) etwa 140 jüdische Männer, Frauen und Kinder sowie im Jahre 1943 in Mogilew etwa 100 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Das Verfahren gegen Josef Wendl endete am 9.10.1970 mit einem Freispruch. Die Hauptfrage wurde von den Geschwornen zwar einstimmig bejaht und auch die Zusatzfrage in Richtung Befehlsnotstand mit 6 zu 2 Stimmen verneint. Die weitere Zusatzfrage, ob der Angeklagte irrtümlich Befehlsnotstand angenommen hatte, wurde jedoch einstimmig bejaht (Putativbefehlsnotstand).

29.11.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Hugo LAINER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

13.5.1970: Einstellung des Verfahrens gegen Otto DILLING gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Kopien und Abschriften aus folgenden Verfahren:

* Staatsanwaltschaft Kiel, 2 Js 518/60 (= LG Kiel, 2 Ks 1/68), Heinz RICHTER u.a.

* Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Kiel, 2 Js 518/60, gegen Heinz RICHTER, Hans HASSE und Heinz SCHLECHTE (11.8.1967)

* Urteil des LG Kiel, 2 Ks 1/68, gegen Heinz RICHTER und Hans HASSE (11.4.1969).

* Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Koblenz, 9 Js 716/59, gegen Georg HEUSER u.a. (15.1.1962)

* Urteil des LG Koblenz, 9 Ks 2/62, gegen Georg HEUSER u.a. (21.5.1963)

* Urteil des LG Bonn, 8 Ks 2/62, gegen Wilhelm DÖRING (19.2.1968)

* Urteil des LG Kiel, 2 Ks 1/64, gegen Hans GRAALFS (8.4.1964)

* Urteil des LG Frankfurt/Main, 4 Ks 1/65, gegen Adolf HARNISCHMACHER (12.3.1966).

* Urteil des LG München I, 22 Ks 1/61, gegen Dr. Otto BRADFISCH u.a. (21.7.1961).

* Urteil des LG Bonn, 8 Ks 3/62, gegen Gustav LAABS (23.7.1965).

* Urteil des LG Darmstadt, Ks 1/68, gegen Theodor CHRISTENSEN, Karl KRETSCHMER und Wilhelm FINDEISEN (18.4.1969) sowie das dazugehörige Revisionsurteil des Bundesgerichtshofs 2 StR 8/70 vom 10.6.1970.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 1100/65: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1112
DÖW-Signatur: V529/1–39

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 8e Vr 761/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo/Vugesta)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Bernhard WITKE
Michael OBERHUBER u.a.

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)
§§ 10, 11 VG Hochverrats; nur Witke)

Bernhard Witke wurde zur Last gelegt, der illegalen NSDAP angehört ("Alter Kämpfer") und die Funktion eines SA-Sturmführers innegehabt zu haben. Bernhard Witke und Michael Oberhuber wurden beschuldigt, im Jahre 1939 die Firma Rudolf Berger & Sohn, Handel mit Antiquitäten (Wien VI., Mollardgasse 10), "arisiert" zu haben. Witke war Schätzmeister der "VUGESTA" ("Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der geheimen Staatspolizei"), welche seit ihrer Einrichtung Mitte 1940 für die Erfassung und den Verkauf von bei Spediteuren eingelagertem Gut jüdischer Emigranten zuständig war. Witke war des weiteren leitender Funktionär der 1942 gegründeten "Möbelverwertungsstelle", deren Aufgabe im Sammeln und "Verwerten" des Hausrates von deportierten Juden/Jüdinnen bestand. Die beiden Funktionen ermöglichten es Witke, wertvolle Kunstgegenstände für seine Firma (nunmehr: Antiquitätenhandel Oberhuber und Witke) zu "erwerben". Die Schätzung der Kunstgegenstände nahm er entweder selbst oder einer seiner Kollegen vor.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.1.1949 wurde Bernhard Witke zu 3,5 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Michael Oberhuber wurde freigesprochen.

Am 12.10.1948 war das Verfahren gegen Witke wegen "Liegenschaftsarisierung" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Weiters Vorerhebungen gegen:

* Roman OBERHUBER: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 KVG am 12.10.1948 gemäß § 57 StPO (zu Vg 2d Vr 6561/48).

* Anton GRIMM: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG am 8.10.1955 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Hans RIXINGER: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 KVG am 6.2.1946 gemäß § 57 StPO (zu Vg 3d Vr 1866/46).

* Friedrich JIRSCHIK: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG am 5.11.1945 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

* Hans BECHER: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 3, 6 KVG am 15.3.1946 gemäß § 57 StPO.

* Johann LUCKEL: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG am 1.4.1949 und Abtretung an Vg 4c Vr 4701/47.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 8e Vr 761/55 (LG Wien Vg 1a Vr 2331/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1112
DÖW-Signatur: V530/1–29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 3c Vr 2272/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo/Vugesta)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl HERBER

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchlicher Bereicherung)

Karl Herber war von August 1940 bis unmittelbar vor Kriegsende Leiter der VUGESTA (früher: VUGESTAP, Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der Gestapo). Ihm wurde zur Last gelegt, dass er unter Ausnützung der politischen Gewaltherrschaft und dienstlicher Gewalt österreichischen Juden/Jüdinnen in Tausenden Fällen das Vermögen (Schmuck, Gemälde, Möbel, Kleider, Einrichtungsgegenstände usw.) entzogen habe. Die jüdischen Umzugsgüter in Spediteurlagern wurden durch Anmeldung bei der VUGESTA seitens der Spediteure erfasst. Die VUGESTA organisierte mit den Speditionsfirmen die "Zurückholung" der Vermögenswerte aus den Seehäfen und sonstigen Lagerstellen des "Reiches". Für die Versteigerung der Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden in Wien verschiedene Lager gemietet, wo zeitweise Versteigerungen nach vorheriger Schätzung der Gegenstände stattfanden. Die Gemälde, Kunstgegenstände und Teppiche wurden in der Versteigerungsanstalt Dorotheum versteigert. Herber soll von der Gestapo ein Vorkaufsrecht auf die beschlagnahmten Gegenstände gehabt und dadurch Teppiche, Gemälde usw. zu niedrigsten Preisen erworben haben. Des Weiteren wurde Herber beschuldigt, die Wohnung Wien-Erdberg, Heumarkt 27, sowie die Villa "Haydn" des Ehepaares Max und Julie Oppenheim in Reichenau (Niederösterreich), Herzog-Otto-Straße 14, "arisiert" zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 11.10.1949 wurde das Verfahren gegen Herber wegen "Arisierung" der Wohnung und der Liegenschaft gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Das Verfahren wegen des übrigen Tatvorwurfs nach § 6 KVG wurde gegen Herber am 6.11.1951 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Die mit Ratskammerbeschluss vom 14.4.1948 angeordnete Beschlagnahme des Vermögens von Herber wurde am 11.2.1952 aufgehoben.

Einbezogener Akt: LG Linz Vg 8b Vr 1186/48 (Karl Herber)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 3c Vr 2272/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1112
DÖW-Signatur: V531/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1779/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Arierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland hoher

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Anton GIAY

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrugs, §§ 10, 11 VG (Illegalität, seit Frühjahr 1938 Vorsitzender des Partei-Kreisgerichts in Eisenstadt/Burgenland und ab Herbst 1938 Kreiswirtschaftsberater bei der Kreisleitung der NSDAP in Eisenstadt)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.3.1947 wurde Anton Giay zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Bereits am 28.11.1946 war das Verfahren gegen Anton Giay wegen §§ 5a, 6 KVG und § 7 Wahlgesetz gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden: Anton Giay soll ab dem Frühjahr 1938 kommissarischer Verwalter des gesamten jüdischen Vermögens in Eisenstadt und als solcher mitverantwortlich für die Enteignung und Vertreibung der burgenländischen Juden/Jüdinnen gewesen sein. Giay selbst hat angegeben, ab dem Frühjahr 1938 für die Dauer eines Jahres mehrfach von den Bezirksgerichten Eisenstadt und Mattersburg (Burgenland) und schließlich auch von der Vermögensverkehrsstelle Wien zum Abwesenheitskurator für Juden/Jüdinnen, deren Aufenthaltsort unbekannt war, bestellt worden zu sein.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1779/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1113
DÖW-Signatur: V532/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3804/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: Friedl (Friederike) SCHNEIDER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

(Mitschuld am) Verbrechen des gemeinen und des Meuchelmordes (§§ 5, 134, 135, 136 StG)

Friedl Schneider wurde beschuldigt, als Angehörige der Bewachungsmannschaft des KZ Auschwitz im Frauenlager Birkenau im "Landwirtschaftsbetrieb beim KZ Auschwitz, Hof Babitz (Babice) Häftlinge ermordet bzw. an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen zu sein. Das Teillager Babice ist im April 1943 gegründet und im Juli/August 1944 liquidiert worden.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 1.3.1974 wurde das Verfahren gegen Friedl Schneider gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Das gegenständliche Verfahren war am 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3804/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1113
DÖW-Signatur: V533/1–39

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3802/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: Alfred HLADIK-RAUE
Heinrich MERTENS
Josef SPANNER
Johann TROST

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
(entfernter) Mitschuld am Mord (§§ 5, 134, 137 StG)

Die Beschuldigten sollen als Angehörige verschiedener Dienststellen des KZ Auschwitz an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 5.1.1972 wurde das Verfahren gegen sämtliche Beschuldigte gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Einbezogenes Verfahren: LG Innsbruck, 10 Vr 4/49, Verfahren gegen Johann TROST (30.12.1949:
Einstellung des Verfahrens gegen Trost wegen § 11 VG gemäß § 227 StPO und
Rückstellung des Verfahrens nach § 10 VG gemäß § 10, Absatz 2 VG.)

Das gegenständliche Verfahren war am 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3802/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1113
DÖW-Signatur: V534/1–32

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3808/64
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Häftlinge
Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: Karl HÖBLINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
(Mitschuld am) Verbrechen des Mordes (§§ 5, 134, 135 StG)

Karl Hölblinger wurde beschuldigt, als Angehöriger der SS-Mannschaft des KZ Auschwitz Häftlinge ermordet zu haben bzw. an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen zu sein. Als Fahrer eines Sanitätskraftwagens soll er Giftgas und Häftlinge zur Gaskammer transportiert und allenfalls auch an anderen Aktionen teilgenommen haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 20.11.1973 wurde das Verfahren gegen Karl Hölblinger gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Einbezogener Akt: Vg 1d Vr 3954/48, Karl Hölblinger (In diesem Verfahren war Hölblinger wegen Registrierungs Betrugs am 22.12.1948 zu 1 Woche Kerker verurteilt worden. Seine Tätigkeit im KZ Auschwitz war nicht Gegenstand der Anklage gewesen.)

Das gegenständliche Verfahren war am 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg MEYER u.a.) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3808/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1113
DÖW-Signatur: V535/1–16

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3801/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: Franz CRAIGHER (FUGGER-CRAIGHER)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
(Mitschuld am) Verbrechen des Mordes (§§ 5, 134, 135 StG)

Franz Craigher wurde zur Last gelegt, als Angehöriger der SS-Mannschaft des KZ Auschwitz insbesondere während seiner Tätigkeit im "Hygiene-Institut" in Rajsko Häftlinge ermordet zu haben bzw. an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen zu sein.

Laut Auskunft des Staatlichen Museums Auschwitz ist die "hygienisch-bakteriologische Untersuchungsstelle der SS und Polizei" (später: "hygienisches Institut der Waffen-SS und Polizei") der Lagerleitung nicht unterstanden und war mit dem KZ Auschwitz organisatorisch nicht verbunden. Im Institut mussten aber einerseits Häftlinge des Lagers arbeiten, während andererseits das Institut ärztliche Untersuchungen für das Konzentrationslager durchführte.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 20.11.1973 wurde das Verfahren gegen Franz Craigher gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Das gegenständliche Verfahren war am 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3801/64: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1114
DÖW-Signatur: V536/1–8

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 162/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. August SCHACHERMAYER
Hedwig SCHACHERMAYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG) Hochverrats (§§ 10, 11 VG; nur August Sch.)

Dr. August Schachermayer wurde zur Last gelegt, über die Vermögensverkehrsstelle im Jahre 1939 im Auftrag seiner Gattin das Haus in Wien Währing, Sternwartestraße 36, den Geschwistern Flora Streicher und Zerline Eisenschitz gehörig, "arisiert" und zu einem Niedrigstpreis erworben zu haben. Zudem wurde Schachermayer verdächtigt, während der "Verbotszeit" illegal für die NSDAP tätig gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.2.1948 wurde das Verfahren gegen Dr. August Schachermayer wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG sowie gegen Hedwig Schachermayer wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 162/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1114
DÖW-Signatur: V537/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 5047/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938 (Juliputsch 1934), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SD)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WENDL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§§ 10, 11 VG, "Alter Kämpfer," Inhaber der Dienstausszeichnung für die NSDAP in Bronze),
Misshandlung (§ 3 KVG) und Hochverrat (§ 8 KVG).

Die Anklageschrift legte Josef Wendl zur Last, seit November 1931 Mitglied der NSDAP, seit 1933 Mitglied der SS-Standarte 89 gewesen zu sein. Im Jahre 1934 soll er am "Juliputsch" (Besetzung der RAVAG) teilgenommen haben. Durch seine Teilnahme am Putschversuch und Tätigkeit für den SD nach 1938 soll er Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 9.3.1948 wurde Josef Wendl zu 15 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren wegen § 3 KVG (Misshandlungen begangen im Rahmen seiner Tätigkeit für die Gestapo und den SD) und § 8 KVG sowie wegen des Faktums des "angeblichen Dienstgrades als SS-Sturmführer" war bereits am 6.2.1948 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 19.1.1946 war das Verfahren gemäß § 412 StPO abgebrochen und am 19.7.1947 unter der Geschäftszahl Vg 5b Vr 5047/47 fortgesetzt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 5047/47 (LG Wien Vg 4c Vr 5163/45):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1114
DÖW-Signatur: V538/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1500/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BERG

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§§ 10, 11 VG, "Altparteigenosse") und missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG)

Die Anklageschrift legte Franz Berg zur Last, seit 1931 Mitglied der NSDAP und Blockleiter in der Ortsgruppe Alt-Baumgarten gewesen zu sein. Gemeinsam mit Funktionären der Ortsgruppe soll Franz Berg am 10.11.1938 in die Wohnung von Karoline Sandner eingedrungen sein und von dieser und deren Haushälterin Leopoldine Klammert Schmuck, Sparkassenbücher und eine Markensammlung geraubt haben. Die geraubten Gegenstände habe er bei der Ortsgruppe Alt-Baumgarten abgeliefert.
("Novemberpogrom 1938")

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 9.2.1950 wurde Franz Berg freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1500/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1114+1115

DÖW-Signatur: V539/1–69

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3807/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess, KZ Vught-Prozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen , Niederlande (Hertogenbosch)

Strafverfahren gegen: Dr. Georg MEYER

Dr. Erwin HESCHL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

(Mitschuld am) Verbrechen des Mordes (§§ 134, 135 und 5 StG)

Georg Meyer und Erwin Heschl wurde zur Last gelegt, als SS-Ärzte im KZ Auschwitz durch Teilnahme an Selektionen sowie an sog. "Abspritzungen" (Ermordungen von Häftlingen durch Injektionen) an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen zu sein bzw. Häftlinge ermordet zu haben. Laut Feststellung der Staatsanwaltschaft im Schlussbericht vom 23.1.1973 war Heschl von September 1941 bis April 1942 und Meyer von Juli 1942 bis Mitte oder Ende Oktober 1942 im KZ Auschwitz eingesetzt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.3.1973 wurde das Verfahren gegen Meyer und Heschl gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Das gegenständliche Verfahren war am 10.6.1964 aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.) ausgeschieden worden.

7.4.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Meyer wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

21.5.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Meyer wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Einbezogene Verfahren, sämtliche gegen Dr. Georg Meyer:

* Vg 8c Vr 1/51 (wegen § 4 KVG: Meyer soll anfangs 1943 als erster Lagerarzt im KZ Vught bei Herzogenbusch (Hertogenbosch) und als solcher mitverantwortlich für die schlechte Behandlung der kranken Häftlinge, desgleichen sehr vieler weiterer Häftlinge, vor allem jüdischer Kinder, die in der Folge starben, gewesen sein. Am 26.2.1951 wurde das gegenständliche Verfahren in das Verfahren Vg 8e Vr 691/50 einbezogen, in der Folge ausgeschieden und dann wieder vereinigt.)

* Vg 8c Vr 317/51 (Auslieferungsverfahren. Am 17.1.1952 in das Verfahren Vg 8c Vr 691/50 gemäß § 56 StPO einbezogen.)

* Vg 8c Vr 691/50 (§§ 10, 11 VG, § 4 KVG)

Tagebücher der StA, die sich ebenfalls im Gerichtsakt befinden:

* 15 St 30629/50 (Vg 8c Vr 1/51, einbezogen in 15 St 28362/50)

* 15 St 18344/51 (Vg 8c Vr 317/51, einbezogen in 15 St 28362/50)

* 15 St 28362/50 (Vg 8c Vr 691/50)

FStN-Mikrofilm Nr. 1115
DÖW-Signatur: V540/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 1849/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Deportationsprozess,

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ukraine (Lemberg/Lwów/Lviv)

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Albert ULLRICH

wegen (§§): § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und § 6 KVG (missbräuchlicher Bereicherung)

Dr. Albert Ullrich wurde beschuldigt, ab 1941 Polizeidirektor in Lemberg (Dienststelle "Smolkiplatz 3") und Chef der Sicherheitspolizei und ukrainischen Miliz gewesen zu sein. In dieser Funktion habe er dem Judenrat von Lemberg den Auftrag erteilt, 25.000 Juden/Jüdinnen "zur Umsiedlung" vorzubereiten und zu diesem Zweck das "Umsiedlungs-Sammellager Sobieskischule" einrichten lassen (diese Juden/Jüdinnen wurden schließlich in das Vernichtungslager Belzec deportiert). Die zur "Umsiedlung" bestimmten Menschen seien dort unter unmenschlichen Bedingungen angehalten und misshandelt worden. Zudem habe Ullrich den Befehl zu Exekutionen von Juden/Jüdinnen in Piaski, erteilt, die von der Schutzpolizei und der ukrainischen Miliz, dessen Chef Ullrich war, durchgeführt wurden [Am 17. März 1943 wurden 1500 Juden/Jüdinnen im Piaski-Gebiet unweit von Lemberg ermordet.]. Des Weiteren habe Ullrich von einem Juden/Jüdinnen namens Rosental den Geldbetrag von 500.000 Zloty für eine Aufenthaltsbestätigung verlangt und sich Einrichtungsgegenstände angeeignet.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 31.1.1950 wurde das Verfahren gegen Ullrich gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Anm.: Das Verfahren gegen Ullrich wurde 1947 beim Volksgerecht Wien eingeleitet. Die sowjetische Besatzungsmacht hat die Jurisdiktion übernommen; am 18.11.1948 wurde Ullrich dem Gefängnis Favoriten zur Verfügung der sowjetischen Besatzungsmacht überstellt. Der Gerichtsakt wurde der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft überstellt. Am 3.10.1949 wurde Ullrich wieder den österreichischen Behörden übergeben, wobei der Großteil des Gerichtsakts zurückbehalten werden durfte.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 1849/47 (Rekonstruktionsakt): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1115
DÖW-Signatur: V541/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 3247/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: -
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich MÄRKL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (§ 11 VG)

Friedrich Märkl wurde verdächtigt, bereits im Jänner 1938 der NSDAP beigetreten zu sein und im März 1938 als illegaler SA-Angehöriger zum Sturmführer des NSKK bestellt worden zu sein. Zudem sei er Inhaber der "Ostmarkmedaille" gewesen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 3.2. 1948 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 3247/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1115
DÖW-Signatur: V542/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 6761/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rigobert BAUMANN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 5a KVG ("Vertreibung aus der Heimat"), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Rigobert Baumann wurde verdächtigt, seit November 1932 Mitglied der NSDAP und als solches Mitarbeiter des Gaustabsamtes bzw. später des Wirtschaftsreferates in der Ortsgruppe "Ulrich-Spittelberg" gewesen zu sein. Er soll an der Vertreibung der im Haus Wien Neubau, Kirchengasse 29 lebenden jüdischen Familien Nuki (Nucki), Kronberger, Hammerschlag und Goldstein unter Androhung von Gewalt beteiligt gewesen sein. Zudem soll Baumann im Jänner 1939 gemeinsam mit Franz Kodym den Posamentenerzeugungsbetrieb von Karl Langsam in Wien Neubau, Kirchengasse 41, "arisiert" haben. ("Novemberpogrom" 1938).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 14.2.1951 wurde das Verfahren wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 5a KVG und am 28.4.1951 wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 6761/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1115
DÖW-Signatur: V543/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 4637/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien vor 1938, Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Max TELTSCHIK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Max Teltschik wurde beschuldigt, seit 1931 NSDAP-Mitglied und seit 1934 Mitglied der SS-Standarte 89 im Rang eines Oberscharführers sowie Wirtschaftsreferent der Ortsgruppe "Parkgasse" gewesen zu sein. Teltschik sei außerdem für den SS-Nachrichtendienst tätig und Inhaber des "Julleuchters" gewesen. Zudem wurde er verdächtigt, das Textilgeschäft der Familie Schüssler im September 1939 in Wien-Landstraße, Gerlgasse 22, "arisiert" zu haben und sich die Wohnung (samt Inventar) der Familie Dr. Isaak Engelstein in Wien-Landstraße, Geologengasse 1/10, ohne Bezahlung angeeignet zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 13.7. 1948 wurde lediglich wegen §§ 8 und 10 VG Anklage erhoben, mit Beschlussdatum vom 22.7.1948 wurde das Verfahren wegen § 11 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Am 27.9.1948 wurde das Verfahren gegen Teltschik auch wegen §§ 8 und 10 VG gemäß 227 StPO eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11d Vr 4637/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1115
DÖW-Signatur: V544/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 97/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Lublin), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Max TELTSCHIK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 134 StG (Mord),
§ 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Teltschik stand im Verdacht, als Angehöriger der Waffen-SS im Herbst 1940 in Lublin an Ermordungen von Juden/Jüdinnen beteiligt gewesen zu sein (nach Kriegsende sollen in der von ihm "arisierten" Wohnung der Familie Dr. Isaak Engelstein Photographien gefunden worden sein, die Teltschik bei Ermordungen von Juden/Jüdinnen durch die SS zeigte). Zudem habe er nach der Vertreibung der Familie Engelstein aus deren Wohnung veranlasst, dass Frau Engelstein an "Reibaktionen" in Wien- Landstraße im Jahr 1938 teilnehmen musste. Weiters habe Teltschik im Jahre 1938 das Motorrad von Dr. Franz Nitsche, den er für einen Juden/Jüdinnen hielt, beschlagnahmt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 30.12. 1952 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] hinsichtlich der Tatbestände nach §§ 1, 3, 4, 6 KVG und §§ 10, 11 VG sowie § 134 StG eingestellt.

Am 7.2.1953 erfolgte die Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Faktum Nitsche) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 97/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1115
DÖW-Signatur: V545/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 68/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Vermögensverfallsverfahren gegen Adolf Hitler

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien, Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf HITLER

wegen (§§): § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz (VVG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.5.1952 wurde das objektive Verfahren bezüglich des Vermögens von Adolf Hitler gemäß § 24 VVG eingeleitet. Hitler wäre aufgrund seiner Funktionen wegen des Verbrechens nach § 1/6 KVG zu verurteilen und gemäß § 9 KVG auf Einziehung seines Vermögens zu erkennen gewesen. Im Hinblick darauf, dass er nicht mehr vor Gericht gestellt werden konnte, wurde das selbständige Verfahren (Vermögensverfall) eingeleitet.

Am 5.9.1952 erkannte das Volksgericht Wien auf Verfall des gesamten Vermögens von Adolf Hitler, soweit es sich auf österreichischem Staatsgebiet befand, zugunsten der Republik Österreich.

Anmerkung: Jaromir Czernin-Morzin wollte sich als Privatbeteiligter dem gegenständlichen Verfahren anschließen: 1940 hatte Hitler von ihm das Gemälde von Jan Vermeer "Der Maler in seinem Atelier" für das Führermuseum in Linz erworben. (Das Gemälde befindet sich heute im Kunsthistorischen Museum Wien). Mit Beschluss vom 5.9.1952 wurde die Zulassung von Czernin-Morzin als Privatbeteiligter mit der Begründung abgelehnt, keine Aussonderungsansprüche in einem Vermögensverfallsverfahren stellen zu können.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 68/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1115+1116

DÖW-Signatur: V546/1–59

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 8953/66

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

RSHA-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Deutschland RSHA-Prozess

Strafverfahren gegen: Herbert MANNEL

und andere österreichische Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mordes (§§ 134ff. StG, §§ 211 RStGB) bzw. Totschlags gemäß § 212 RStGB

Anlass dieses Ermittlungsverfahrens waren die von der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin geführten Verfahren gegen deutsche RSHA-Angehörige.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 13.12.1966 teilte die Staatsanwaltschaft mit, dass die Anzeige gegen folgende Personen bereits zurückgelegt worden war: Johann BAUER, Dr. Rudolf ECKSTEIN, Dr. Gustav HERMANN, Rupert MANDL, Dr. Dipl.Kfm. Helmut ZUCHRISTIAN, Walter ASCHENBRENNER, Othmar BERANEK, Heinrich BERGER, Johann BIRKNER, Johann BLAMA, Dr. Raimund EHRENBERGER, Dr. Franz HERBERT, Gernot FRICK, Alois HERMANN, Walter INGRISCH, Helmut KIENAST, Erich KRONBERGER, Johann LEDERER, Alfred MAURER, Theodor ONDREJ, Dr. Franz RATZESBERGER, Egon SCHÖNPFLUG, Wilhelm SCHUBERNIG, Wilhelm SEIDL, Friedrich TURNAU, Georg UBEL, Dr. Richard ULBING, Hans VIKENSCHER, Wilhelm WALCH, Viktor ZEISCHKA, Karl BÖGNER, Dr. Klothilde BRATKE, Dipl.Kfm. Robert CHRISTOPH, Rudolf DANZINGER, Dr. Walter DILLERSBERGER, Johann DRAGSCHITZ, Heinz FRÖHLICH, Josef GENBÖCK, Walter GEISLER, Othmar HOLENIA, Alfons HOSCH, Dr. Wilhelm HÖTTL, Adolf KADLER, Josef KALTENBERGER, Julius KAMPITS, Otto KNÖSEL, Dr. Wilfried KRALLERT, Hermann LAPPER, Dr. Hans LEPUSCHÜTZ, Dipl.Kfm. Hans LICHTENEGGER, Ferdinand LOEWERT, Josef LUX, Dr. Kurt MAULAZ, Werner NEISSER, Anton POCK, Franz NOVAK, Dipl.Ing. Dr. Alfons PONGRATZ, Dr. Alfons ROSSE, Dr. Robert SCHMIED, Arthur SCHÖNKNECHT, Rudolf SCHREMS, Otto SKORZENY, Dr. Harald STROHSCHNEIDER, Dr. Ernst TEICHMANN, Dr. Egon VORAUER, Robert WAGNER und Walter ZUCHRISTIAN. In derselben Mitteilung gab die Staatsanwaltschaft bekannt, dass gegen folgende Personen das Verfahren gemäß § 224 StG eingestellt worden war: Hubert ACHAMER-PIFRADER, Dr. Josef AUINGER, Dr. August BLAHA, Anton BRUNNER II, Dr. Max de CRINES, Hans HAGEN, Leopold KADLEC, Dr. Ernst KALTENBRUNNER, Walter KLEIN, Dr. Heinz KLIMBURG, Franz MAREL, Alfons PFOSE, Willibald REGITSCHNIG, Dr. Herbert Karl STRICKNER und Dr. Franz TRAUTMANN. Gegen folgende Personen war das Verfahren gemäß § 412 StPO abgebrochen worden: Karl HROSINEK, Franz TEUFELHART und Friedrich MARTIN. Das Verfahren gegen Alois BRUNNER, Anton BURGER und Dr. Rudolf MILDNER war bereits gemäß § 57 StPO ausgeschieden und den jeweiligen gegen jeden einzelnen der Verdächtigen anhängigen Strafverfahren zur Einbeziehung gemäß § 56 StPO abgetreten worden.

6.2.1967: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold MILDENSTEIN gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

12.4.1967: Einstellung des Verfahrens gegen Johann MIKA und Alexander SCHOBER gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]. Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm WANECK gemäß

§ 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

17.12.1969: Einstellung des Verfahrens gegen Herbert MANNEL, Dr. Johann POKORNY, Richard HARTENBERGER und Franz STUSCHKA gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens gegen Anton ULLMANN, Karl PÖCHHACKER, Erika SCHOLZ, Elfriede EGGENHOFER, Karl RAUSCHMAYER, Alfred SLAWIK, Herta MAIER, Dr. Othmar TRENKER, Rudolf HEISCHMANN und Franz BÖHM gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 8953/66: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1116
DÖW-Signatur: V547/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 407/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: REIDER Rudolf
Dr. MAY Kurt
BAUER Rudolf

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung), Reider auch wegen § 11 VG (Illegalität).

Reider, May und Bauer wurden beschuldigt, sich bei der "Arisierung" der Blusen- und Kleiderexportfirma Hermann und Josef Schneider in Wien Innere Stadt, Stallburggasse 2, missbräuchlich bereichert zu haben. Rudolf Bauer wurde am 21.9.1938 zum kommissarischen Verwalter der Firma und am 14.3.1939 zum Veräußerungstreuhandler durch die VVSt bestellt. Am 29.3.1939 erwarben Rudolf Reider und Dr. Kurt May das Unternehmen zu einem deutlich unter dem Wert liegenden Preis. (1942 ging das Unternehmen an Hans Piper über, nachdem sich May vor einem SS-Ehrengericht wegen "Wechselreiterei" verantworten musste). Rudolf Reider wurde zudem verdächtigt, seit 1932 Mitglied der NSBO, seit 1933 Mitglied der NSDAP und nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 Zellenleiter der DAF gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 28.10.1947 wurde das Verfahren gegen Reider wegen § 11 VG und 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Am 7.2.1948 wurde das Verfahren gegen Bauer wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] und am 2.6.1955 gegen May gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Einbezogener Akt: Vg 5d Vr 7032/47 (Reider Rudolf, May Kurt, Bauer Rudolf)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 407/55 (LG Wien Vg 5d Vr 726/47): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1116
DÖW-Signatur: V548/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 7188/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Wien, Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär),
Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand PETIN

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), § 3 KVG

(
Q
u
ä
l
e
r
e
i
u
n
d
M
i
s
s
h
a
n
d
l
u
n
g
)
,
§
6
K
V
G
(
m
i

Ferdinand Petin wurde verdächtigt, seit 1927 NSDAP-Mitglied gewesen zu sein und nach dem März 1938 als Presseamtsleiter, Gaufachamtsleiter sowie Hauptstellenleiter der NSDAP (Ortsgruppe "Viadukt") tätig gewesen zu sein (Inhaber der "Ostmarkmedaille"). Im März 1938 habe Petin 1938 als kommissarischer Verwalter die Heilanstalt "Helia" in Wien-Innere Stadt, Fleischmarkt 7, übernommen und seit 1940 gemeinsam mit Eduard Baier geführt ("Helia" gehörte Amalie Neumann und ihrer Tochter Anna Rottwin; Amalie Neumann beging Selbstmord, Anna Rottwin konnte nach Shanghai emigrieren). Ferdinand Petin wurde zudem beschuldigt, als SS-Obersturmführer dem Feldgericht im Rudolfsspital angehört und Vernehmungen von "Selbstverstümmelern" vorgenommen zu haben, welche er misshandelt und gegen zahlreiche von ihnen Todesurteile erwirkt haben soll.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 25.10.1949 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Das gegenständliche Verfahren ist mit Beschluss vom 27.11.1948 aus dem Verfahren Vg 6a Vr 4013/47 (Karl EVERTS u.a.) ausgeschieden worden.

FStN-Mikrofilm Nr. 1116
DÖW-Signatur: V549/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 38/52

Deportationsprozess, Arisierungprozess, Denunziationsprozess

Opfer: slowen. ZivilistInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Jugoslawien

Volksgerechtes Verfahren gegen: Simon KOMPOSCH u.a.

wegen (§§): § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), § 3 KVG (Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung), § 7 KVG (Denunziation), § 11 VG, § 101 StG (Amtsmissbrauch), § 171 StG (Diebstahl)

Simon KOMPOSCH, BRUDERMANN, LÖSCHNIGG und den Brüdern Hubert Friedrich und Hardo GALLE wurde zur Last gelegt, im November 1939 Anzeige gegen Artur PURSCHKA unter anderem wegen "Rassenschande" und "Führerbeleidigung" beim deutschen Konsulat in Laibach erstattet zu haben. Aufgrund dieser Anzeige soll Purschka in Bad Neuhaus bei Cilli unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Jahre 1941 verhaftet und ins KZ Dachau deportiert worden sein. Seine Gattin Ella Maria Purschka, welche Jüdin war, wurde ebenfalls verhaftet und in Po_ega (Jugoslawien) interniert. Die Villa von Purschka soll von Komposch und den Gendarmen Franz HIRNER, Johann FELL und Hermann SUPPAN geplündert worden sein; Komposch habe sich des weiteren die Möbel von Purschka angeeignet. Hubert und Hardo Galle wurden beschuldigt, die Familie Therese, Lilian, Fritzi und Lothar Ruzicka sowie Maria Weidenbusch (Lebensgefährtin von Lothar Ruzicka) denunziert zu haben. Da Therese Ruzicka mit einem Juden/Jüdinnen verheiratet gewesen war, galten ihre Kinder Lilian, Fritzi und Lothar als "Mischlinge". Der Besitz und das Vermögen der Familie wurden beschlagnahmt. Lothar Ruzicka (1941 von der Gestapo verhaftet) gab an, in der Gestapohaft misshandelt worden zu sein. Lothar Ruzicka machte Simon Komposch (damals Bürgermeister von Bad Neuhaus bei Cilli) des weiteren für die Aussiedlung von ungefähr 500 Personen aus den Gemeinden Bad Neuhaus und Neukirchen verantwortlich. Die Brüder Galle wurden verdächtigt, sich als Konfidenten der Gestapo und des SD betätigt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 1.3.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hirner, Fell und Suppan wegen §§ 101, 171 StG sowie Übermittlung des ausgeschiedenen Akts an das allgemeine Referat zur weiteren Antragstellung (zu 26 Vr 3547/48). Ausscheidung des Verfahrens gegen Hirner wegen § 11 VG (zu Vg 2a Vr 2052/48).
- 2.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Komposch wegen §§ 1, 3, 4, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 12.6.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Hardo Galle wegen §§ 1, 3, 4, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 22.9.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Hubert Galle gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige], soweit es die Anschuldigungen wegen Konfidentenschaft bei der Gestapo und beim SD sowie die Beteiligung an einer Aussiedlungsaktion von Slowenen betrifft.
- 20.4.1953: Einbeziehung des Verfahrens LG Linz Vg 11 Vr 452/53, in welchem am 19.1.1950 das Verfahren gegen Hubert Galle wegen § 7 KVG und gegen Brudermann, Komposch, Hardo Galle und Löschnigg gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt worden war. Am 8.12.1952 hatte die Ratskammer des LG Linz über Antrag der Staatsanwaltschaft

vom 14.11.1952 die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen oben genannte Personen beschlossen. Am 16.11.1953 wurde das diesbezügliche Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Einbezogene Akten:

LG Graz 13 Vr 1765/46 (KG Leoben 18 Vr 1249/46), Simon Komposch;
LG Linz Vg 11 Vr 452/53, Hubert Friedrich Galle u.a.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 38/52 (LG Wien Vg 8e Vr 49/51, LG Wien Vg 2a Vr 809/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1116
DÖW-Signatur: V550/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 72/66
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Treblinka-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: N. BRUCKNER
Bruno BRUCKNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Mordes (§ 134 StG)

Den Beschuldigten wurde zur Last gelegt, als Angehörige der Wachmannschaft des Vernichtungslagers Treblinka an der Ermordung von Häftlingen ermordet gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 10.5.1966 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Das gegenständliche Verfahren ist mit Beschluss vom 3.1.1966 aus dem Verfahren 27c Vr 814/64 (Leopold Lanz u.a.) ausgeschieden worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 72/66: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1116+1117

DÖW-Signatur: V551/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 7/51

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Schupo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Drohobycz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold JAROS

wegen (§§): § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), § 3 KVG (Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde).

Leopold Jaros war von 1941 bis 1944 Hauptwachtmeister der Schutzpolizei in Drohobycz (Ostgalizien). In dieser Funktion sei er im Februar 1943 bei der Verhaftung von 450 Gefangenen des Ghettos in Drohobycz und deren Erschießung am 15.2.1943 im Wald von Bronica beteiligt gewesen. Im Juli 1944 habe Jaros außerdem im Zuge seiner Beteiligung an einem "Juden/Jüdinnentransport" von Krakau nach Wolfsbüttel einen flüchtenden Gefangenen erschossen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 31.5.1951 wurde das Verfahren gegen Jaros gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Das gegenständliche Verfahren ist mit Beschluss vom 3.1.1951 aus dem Verfahren Vg 7a Vr 3277/46 (Josef GABRIEL u.a.) ausgeschieden worden.

Einbezogener Akt: Vg 8e Vr 213/55 (Vg 6b Vr 5923/48) (Leopold JAROSCH)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 7/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V552/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2e Vr 5131/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, (Seltsamer!) Deportationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: KLAUSGRABER Josef
KLEIN Ferdinand
HAUMEIER

wegen (§§): § 5a KVG ("Vertreibung aus der Heimat"), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Der ehemalige Bürgermeister von Frauendorf a.d. Schmida (Niederösterreich), Josef KLAUSGRABER, der ehemalige Ortsbauernführer HAUMEIER und der ehemalige Kreisbauernführer Ferdinand KLEIN wurden beschuldigt, im Jänner 1941 die Landwirtin Katharina Fleischhacker mit erpresserischen Mitteln zum Verkauf ihres Anwesens an Johanna und Marie Schuh genötigt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 21.12.1946 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2e Vr 5131/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V553/1–30

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 12g Vr 3709/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann UMATHUM
Josef FETTER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (§§ 10, 11 VG), Denunziation (§ 7, Abs. 1 und 2 lit. b, Abs. 3 KVG)

Gegen Johann Umathum wurde am 12.11.1947 Anklage im gegenständlichen Verfahren, gegen Josef Fetter am 17.11.1947 im vereinigten Verfahren Vg 4c Vr 6584/46 erhoben. Johann Umathum und Josef Fetter wurde zur Last gelegt, im Jahre 1942 in Frauenkirchen (Burgenland) Eugen Erdei unter anderem wegen Abhörens ausländischer Sender denunziert zu haben, wobei sie vorhersehen mussten, dass die Denunziation eine Gefahr für das Leben von Eugen Erdei nach sich ziehen werde. Eugen Erdei wurde in der Folge ins KZ Auschwitz deportiert, von wo er am 21.10.1943 ins KZ Buchenwald überstellt wurde. Seine Mühle in Frauenkirchen wurde unter kommissarische Verwaltung gestellt. Josef Fetter wurde des weiteren beschuldigt, im Mai 1942 kommissarisch zum Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Frauenkirchen der NSDAP bestellt worden zu sein. Johann Umathum, Ortsbauernführer der NSDAP in Frauenkirchen nach der Annexion Österreichs im März 1938, soll des weiteren folgende Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen haben: Unmittelbar nach der Annexion habe er gemeinsam mit anderen führenden Parteigenossen in Frauenkirchen Sammlungen bei Juden/Jüdinnen durchgeführt. Am 17.3.1938 habe er den Holzhändler Tauber in Frauenkirchen zur Herausgabe von Geld aufgefordert; im Warenhaus Treibel soll er sich eine Badewanne angeeignet haben. Isidor Fried und Rechnitzer, denen er Geld schuldig war, habe er die Bücher entwendet, um die Schuld nicht bezahlen zu müssen. Dem Baumeister Georg Finster, dem er ebenfalls Geld schuldig war, habe er die Bezahlung der Schuld unter Androhung der Einweisung in das KZ Dachau verweigert.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.2.1948 wurde Umathum zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Fetter wurde freigesprochen.

Bereits am 24.11.1947 war das Verfahren gegen Umathum wegen § 6 KVG ("Arisierung"), § 8 VG (Registrierungsbetrug) und § 11 VG (SA-Sturmführer, Auszeichnung mit dem Goldenen Ehrenzeichen der NSDAP) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 1.12.1947 war das Verfahren gegen Fetter wegen § 8 VG, § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde von Maria Erdei, Gattin von Eugen Erdei, im Jahre 1941) und § 6 KVG ("Arisierung" des Branntweingeschäftes von Ernst Schey in Frauenkirchen, Kirchenplatz 1) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]

eingestellt worden.

Einbezogenes Verfahren: LG Linz Vg 8 Vr 1533/46 (Johann Umathum)

Vereinigtes Verfahren: Vg 4c Vr 6584/46 (Josef Fetter)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 12g Vr 3709/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V554/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 6100/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: alliierte Kriegsgefangene, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Frankreich Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig KUTIL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, SA-Oberscharführer (§§ 10, 11 VG), Registrierungsbruch (§ 8 VG), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 1 KVG), Misshandlung (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG), missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG)

Von Juni 1938 bis zu seiner Einrückung in die deutsche Wehrmacht im Jänner 1942 war Kutil als Zollspediteur für das Speditionsunternehmen Fa. Gustav Knauer (Wien-Innenstadt, Walfischgasse 15) tätig und soll sich am "Auswanderergut" von jüdischen Emigranten bereichert haben. Als Wehrmichtsangehöriger soll er ab Oktober 1942 unter anderem in einem Kriegsgefangenenlager in der Nähe von Strasbourg (Frankreich) sowjetische Kriegsgefangene in ihrer Menschenwürde verletzt und misshandelt haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 28.3.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG, §§ 1, 3, 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 27.6.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/2 VG gemäß I. Hauptstück, Abschnitt II, Zahl 3/2 Nationalsozialistengesetz 1947.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 6100/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V555/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 4384/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Seltsamer Deportationsprozess, Denunziationsprozess,
Arisierungsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Oberösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold KARLINGER u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Quälerei (§ 3 KVG), Vertreibung aus der Heimat (§ 5a KVG), missbräuchliche Bereicherung (§ 6 KVG) bzw.
Denunziation (§ 7 KVG)

Leopold Karlinger, ehemaliger Ortsbauernführer der Gemeinde Königswiesen (Oberösterreich) wurde beschuldigt, im Mai 1943 das gesamte Vieh aus dem Besitz von Franz Haun beschlagnahmt und den NSDAP-Parteigenossen Franz KARLINGER, Franz WIESINGER und Franz BRANDL gegeben zu haben. Franz Haun war Besitzer des sog. Schwarzenbergergutes in Harlingsedt Nr. 25, Gemeinde Königswiesen. Ebenfalls im Jahre 1943 soll Franz Haun von Leopold Karlinger angezeigt und in der Folge verhaftet worden sein, wodurch ihn Leopold Karlinger in einen qualvollen Zustand versetzt habe. Im Jänner 1944 soll Leopold Karlinger Franz Haun zum Verkauf seines Hauses gezwungen haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Karlinger wegen §§ 3, 5a, 6 und 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Franz Karlinger, Brandl und Wiesinger wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 4384/46 (LG Linz Vg 8 Vr 1237/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V556/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 638/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Arisierungprozess (Auslieferungsverfahren Ungarn)

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ungarn

Volksgerichtsverfahren gegen: Oskar STEINER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Auslieferung (an Ungarn)

Ermordung von Juden/Jüdinnen und politischen Gegnern

Oskar Steiner, welcher ungarischer Staatsbürger war, soll in der Zeit vom 15. Oktober 1944 bis Ende Dezember 1944 als "Leiter der Untersuchungsabteilung der Pfeilkreuzlerbewegung in Budafok (Ungarn) die durch die Pfeilkreuzler eingelieferten Anhänger der Linkspartei, fahnenflüchtige Soldaten und Juden/Jüdinnen geschlagen und schließlich eine aus mehreren Juden/Jüdinnen bestehende Gruppe zum Donauufer begleitet" haben, wo sie von den Pfeilkreuzlern und der Polizei erschossen wurden. Im selben Zeitraum soll er aktiver Führer der Pfeilkreuzler in Budafok gewesen sein, die "Aufsicht über die in Budafok aufgestellte Hungaristenlegion" gehabt und bewaffnet Dienst in der Polizei geleistet haben. Des weiteren habe er in diesem Zeitraum als Leiter der Untersuchungsabteilung der Pfeilkreuzlerbewegung bei mehreren Juden/Jüdinnen in Budafok Hausdurchsuchungen durchgeführt und deren bewegliches Vermögen an sich genommen und unter den Pfeilkreuzlern verteilt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 1.6.1948: Auslieferungsantrag der ungarischen Regierung durch die ungarische Gesandtschaft in Wien.
- 15.7.1948: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO und Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
- 7.5.1956: Die Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO bleibt aufrecht.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 638/55 (LG Wien Vg 5a Vr 4789/48)

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V557/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 5670/56

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Kriegsverbrecherprozess (Auslieferungsverfahren, Frankreich)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Frankreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto FUCHS

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Auslieferung (an Frankreich)

Otto Fuchs soll als Angehöriger der 12. SS-Panzerdivision "Hitlerjugend" an Morden und Plünderungen in Frankreich, vermutlich im Zeitraum Juni bis August 1944 in der Normandie, beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

21.3.1950: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO.

2.4.1951: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

30.7.1956: Überleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 36 StPO in ein inländisches Verfahren und Einstellung gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 5670/56 (LG Wien Vg 8e Vr 227/50): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V558/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 23/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Auslieferungsverfahren, Niederlande)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederlande

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz DORNINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 1/1 und 4 KVG), Misshandlung (§ 3/1 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4/1 KVG) bzw. Auslieferung (an die Niederlande)

Dorninger wurde zur Last gelegt, in der Zeit vom September bis November 1942 als SS-Angehöriger und Wachorgan im Lager "Palästina", angeschlossen an die SS-Schule "Avegoor" in Ellecom bei Rheden in den Niederlanden, dort inhaftierte niederländische Juden/Jüdinnen misshandelt (in einem Fall mit gesundheitlichen Folgen) und in ihrer Menschenwürde verletzt zu haben. Im sog. "Judenlager Palästina" herrschten fürchterlichste sanitäre Verhältnisse; bei schwerer körperlicher Arbeit und minimaler Verpflegung wurden die Häftlinge von den SS-Angehörigen misshandelt, schikaniert und in ihrer Menschenwürde gekränkt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.2.1953 wurde Dorninger zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt (schuldig bezüglich § 3/1 KVG). Das Verfahren wegen § 1/1 und 4 KVG, § 3/1 und § 4/1 (Faktum Slier) war in der Hauptverhandlung ausgeschieden worden. Das diesbezügliche Verfahren wurde am 28.10.1953 gemäß § 227 StPO eingestellt.

Das Auslieferungsverfahren (eingeleitet am 11.4.1950) war am 26.1.1953 in ein inländisches Verfahren übergeleitet worden.

Vereinigter Akt:

LG Linz Vr 317/50 (Franz Dorninger)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 23/53 (LG Wien Vg 9 Vr 276/50)

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V559/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3f Vr 4662/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Lackenbach-Prozess

Opfer: Roma
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert HORVATH

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Quälerei und Misshandlung (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG)

Robert Horvath wurde beschuldigt, als Kapo im "Arbeits- und Anhaltelager für Zigeuner" in Lackenbach (Burgenland) Mithäftlinge misshandelt zu haben. Des weiteren soll er politische und sonstige Äusserungen von Häftlingen an die Lageraufsichtsbehörde weitergeleitet haben, was für diese schwere Misshandlungen zur Folge gehabt haben soll.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
Am 3.10.1947 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3f Vr 4662/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V560/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 1980/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess (Auslieferungsverfahren Ungarn, abgelehnt)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Ungarn

Volksgerichtsverfahren gegen: Katharina MUNK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§§ 10, 11 VG) und missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KG) bzw. Auslieferung (an Ungarn)

Katharina Munk wurde beschuldigt, gemeinsam mit einem SS-Obersturmführer und einem SS-Untersturmführer im Mai 1944 die jüdische Familie Harstein (Hartstein) in Debrecen (Ungarn) aus deren Wohnung vertrieben und zahlreiche Gegenstände und Schmuck geraubt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 4.5.1950 wurde das Verfahren wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

Das Auslieferungsverfahren (eingeleitet am 2.9.1949 gemäß § 59 StPO) war am 4.5.1950 in ein inländisches Verfahren übergeleitet worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 1980/49 (LG Wien Vg 8f Vr 6183/48):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V561/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 2268/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Bezug zu Funktion im NS-Regime (Gauleiter)

Opfer: ZivilistInnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Burgenland

Volksgerichtsverfahren gegen: Gottfried PORTSCHY

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Gottfried Portschy (Bruder von Tobias Portschy, dem stellvertretenden Gauleiter des Gauess Steiermark) war seit 1943 Ortsbauernführer der Gemeinde Podler (Burgenland). Er wurde beschuldigt, Elisabeth Dely bedroht zu haben, nachdem sie sich geweigert hatte, einem jugoslawischen SS-Angehörigen und seiner Familie Unterkunft zu gewähren. Zudem habe Portschy auf seinem Gut eingesetzte Zwangsarbeiter misshandelt und nicht ausreichend gepflegt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 3.6.1946 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 2268/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117
DÖW-Signatur: V562/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 273/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Pfeilkreuzler-Prozess Auslieferungsverfahren (Ungarn, abgelehnt durch OGH)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Ungarn

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Erwin BOKOR

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Auslieferung an Ungarn

Bokor soll Angehöriger der Pfeilkreuzlerbewegung gewesen sein. Seine Position als Leiter der Filiale der Creditanstalt-Bankverein soll er dazu benutzt haben, die Pfeilkreuzlerbewegung bei der Machtergreifung im Herbst 1944 in Ungarn und deren Aufrechterhaltung durch Gewährung von größeren Krediten zu unterstützen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 17.2.1948: Einleitung des Auslieferungsverfahrens beim Volksgericht Linz, welches dem Volksgericht Wien im Jänner 1949 zuständigkeitshalber abgetreten wurde.
- 1.3.1949: Das OLG Wien lehnte den Auslieferungsantrag ab, da diese Handlungen nach österreichischem Recht keinen strafbaren Tatbestand begründen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 273/49 (LG Linz Vg 8g Vr 784/48): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1117+1118

DÖW-Signatur: V563/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2911/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm REISZ

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Quälerei und Misshandlung (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) und Vertreibung aus der Heimat (§ 5a KVG)

Reisz war im Jahre 1939 Beamter der IKG Wien und wurde in der Folge (im Zeitraum Herbst 1941 bis Frühjahr 1943) in Wien und Niederösterreich als Ordner bei den sog. "Judenaushebungen" eingesetzt und zwar als Gruppenführer der sog. Packer. Seitens eines SS-Scharführers wurde das Haus bestimmt, welches zur "Aushebung" kam. Reisz, welcher mit dem SS-Scharführer Gerwin zusammenarbeitete, wurde zur Last gelegt, in einem Haus in der Ferdinandstrasse in Wien-Leopoldstadt ganz allein im eigenen Wirkungskreis die "Aushebungen" veranlasst zu haben. In anderen Fällen soll Reisz, wenn der SS-Scharführer die "Aushebung" einer bestimmten Person übersah, diesen darauf aufmerksam gemacht haben. Des weiteren soll Reisz gegen die Menschen, die aus ihrer Wohnung vertrieben wurden, in brutaler Form vorgegangen sein und sie beleidigt und gekränkt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 8.7.1946 wurde Reisz zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Anwendung der Kerkerstrafe wurde am 24.11.1947 gemäß § 224 StG aufgehoben, da Reisz am 9.7.1946 in der Haft Selbstmord begangen hatte.

Bereits am 20.5.1946 hatte die Staatsanwaltschaft die Erklärung abgegeben, dass die Verfolgung wegen Diebstahls (§§ 171, 173, 174 Ic StG) gemäß § 34 StPO vorbehalten wird.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2911/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V564/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 117/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Auslieferungsverfahren (Frankreich; Ablehnung)

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Frankreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg LAIMER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Georg Laimer wurde zur Last gelegt, sich als stellvertretender Leiter der Gestapo von Hendaye (Frankreich) im Zeitraum 1940 bis 1944 unter anderem der vorsätzlichen Tötung, der unbefugten Freiheitsberaubung, ungesetzlicher Verhaftungen, Quälereien und Plünderungen schuldig gemacht zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

12.4.1951: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO.

20.1.1953: Beendigung des Verfahrens durch Ablehnung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO mit Beschluss des OLG Wien vom 31.5.1952.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 117/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V565/1–7

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 2293/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess, Auslieferungsverfahren (Frankreich; Ablehnung)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Frankreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg SCHALLEK

wegen (§§): § 1 KVG (Verbrechens gegen die Menschlichkeit)

Schallek wurde zur Last gelegt, als Angehöriger des 50. Fliegerregiments, 2. Bataillon, 3. Kompanie, an Aktionen gegen französische Widerstandskämpfer in Saint Germain du Salambre (Dordogne) in Frankreich am 23. und 24. Juli 1944 sowie am 18. August 1944 beteiligt gewesen zu sein. Schallek wurde des Verbrechens des Mordes, der Plünderung und Brandlegung beschuldigt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 18.1.1950: Vorläufige Einstellung/Abbruch des in sinngemäßer Anwendung des § 40 StG eingeleiteten inländischen Verfahrens gemäß § 412 StPO und Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO.
- 23.3.1951: Beschluss des OLG Wien über Ablehnung des Auslieferungsantrags.
- 20.9.1951: Einstellung des gemäß § 412 StPO abgebrochenen und gemäß § 36 StG fortzusetzenden inländischen Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 2293/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V566/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 358/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess, Auslieferungsverfahren (Frankreich; Ablehnung)

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Frankreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz TACHO

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Tacho wurde beschuldigt, als Angehöriger der 12. SS-Panzerdivision "Hitlerjugend", Aufklärungsabteilung, an einer "Vergeltungsaktion" der Deutschen Wehrmacht am 1. April 1944 in der französischen Stadt Ascq teilgenommen zu haben (76 Einwohner der Stadt sind ermordet worden).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

7.6.1950: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO.

23.12.1950: Beschluss des OLG Wien über Ablehnung des Auslieferungsantrags.

22.11.1951: Einstellung des Verfahrens, welches in sinngemäßer Anwendung des § 40 StG in ein inländisches Verfahren übergeleitet worden war, gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Am 25.10.1951 war Tacho vom Ständigen Militärgericht in Metz (Frankreich) in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden (Kopien und Abschriften aus diesem Verfahren, darunter Anklageschrift und Auszüge aus dem Urteil, sind im gegenständlichen Verfahren enthalten).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 358/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V567/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 6555/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Zerstörung des jüdischen Tempels in Lackenbach, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Bürgermeister), Arierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Lackenbach)

Volksgerichtsverfahren gegen: Matthias HLAWIN

wegen (§§): § 10, 11 VG (Illegalität)
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Matthias Hlawin, während der NS-Zeit Bürgermeister der Gemeinde Lackenbach (Burgenland) und angeblich Inhaber der Ostmarkmedaille, wurde beschuldigt, für die Zerstörung des jüdischen Tempels in Lackenbach verantwortlich gewesen zu sein. Zudem habe er sich das Grundstück, auf welchem der Tempel gestanden war, angeeignet und die Beschlagnahme mehrerer Häuser aus jüdischem Besitz veranlasst.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 6.1.1949 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 6555/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V568/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 7427/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Auslieferungsverfahren (Griechenland)

Opfer: ZivilistInnen (griechische)
Tatland (Tatort): Griechenland (Chania/Kreta)

Volksgerichtsverfahren gegen: Antonios PATERAKIS

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation)

Antonios Paterakis wurde beschuldigt, in Canea (Kreta) zwischen Mai 1941 und Mai 1945 für die deutsche Besatzungsmacht als "Agent der Gegenspionage" gearbeitet zu haben und im Zuge dessen griechische und einen ausländischen Staatsbürger und denunziert zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 23.5.1950 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Das Auslieferungsverfahren (eingeleitet am 13.1.1949 gemäß § 59 StPO) war am 23.3.1950 in ein inländisches Verfahren übergeleitet worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 7427/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V569/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 122/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Dachau-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef HAIDEN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verbrechens gegen die Menschlichkeit (§ 1 KVG), Quälerei und Misshandlung (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde

Josef Haiden wurde zur Last gelegt, in den Jahren 1940 bis 1942 als "Revier"-Kapo (Oberpfleger des Häftlingsspitals) im KZ Dachau kranke Mithäftlinge brutal misshandelt und an ihnen grausame Operationen durchgeführt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 16.3.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
- 31.7.1952: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG und Einleitung des objektiven Verfahrens gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz.
- 3.12.1952: Einstellung des objektiven Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 122/52 (LG Wien Vg 2d Vr 2356/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V570/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 880/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Auschwitz-Prozess

Opfer: Häftlinge, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm CLAUSEN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Quälerei und Misshandlung (§ 3 KVG), Mitschuld am Mord, Meuchelmord und bestellten Mord (§§ 5, 134, 135/1 und 3 StG)

Wilhelm Clausen wurde beschuldigt, als Rapportführer im KZ Auschwitz Häftlinge in der unmenschlichsten Weise misshandelt zu haben und auch misshandeln haben zu lassen, so dass sie zum Teil an den Folgen der Misshandlungen starben. Des weiteren soll er an der Selektion von Häftlingen, welche später in der Gaskammer ermordet wurden, beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 5.9.1957: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß § 13 NS-Amnestie 1957 und Fortsetzung des Verfahrens wegen §§ 5, 134, 135/1 und 3 StG und Abbruch gemäß § 412 StPO.
- 20.11.1959: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5, 134, 135/1 und 3 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 880/49: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V571/1–29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 4371/64

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

KZ-Auschwitz-Prozess, KZ Flossenbürg-Prozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Strafverfahren gegen: Roland ALBERT
Erwin LIEBUS
Rudolf ORLICH
Udo SCHUSTER
Karl NEMECEK
KRÄMER
Valentin SCHUSTER
Karl KROSCANY

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mitschuld am Mord (§§ 5, 134ff. StG)

Die Beschuldigten wurden verdächtigt, in den Jahren 1940 bis 1945 als Angehörige verschiedener Dienststellen des KZ Auschwitz an der Ermordung von Häftlingen beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 8.7.1964: Ausscheidung des gegenständlichen Verfahrens gegen Roland Albert aus dem Verfahren 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.) gemäß § 57 StPO.
- 27.12.1965: Einbeziehung des Verfahrens gegen Liebus, Orlich, Schuster, Nemecek, Krämer, Schuster und Krocsany in das gegenständliche Verfahren gemäß § 56 StPO.
- 27.12.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Karl Krocsany gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 5.1.1967: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl Nemecek, Krämer und Udo Schuster gemäß § 57 StPO und Einbeziehung in 27c Vr 5193/60 (Dr. Georg Meyer u.a.).
- 22.11.1973: Einstellung des Verfahrens gegen Roland Albert, Erwin Liebus und Udo Schuster gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 17.9.1974: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf Orlich gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Einbezogener Akt: LG Innsbruck 18 Vr 1838/64, Verfahren gegen Roland Albert, Eduard Reinisch und Richard Zahradnik ("Vernichtungsmarsch" der Häftlinge aus dem KZ Flossenbürg)

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V572/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 608/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Wilhelm QUITSCHAL

wegen (§§): §§ 10, 11 VG

Illegalität (SS), "Altparteigenosse", SS-Untersturmführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.9.1948 wurde Wilhelm Quitschal freigesprochen.

- 6.3.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 139b, 5, 134 StG (Mitwirkung am Selbstmord, Mitschuld am Mord). Quitschal soll seine Gattin Aurelia zur Ermordung ihrer unmündigen Kinder im Falle eines für Deutschland ungünstigen Kriegsausganges angestiftet haben (unmittelbar nach der Befreiung Österreichs vergiftete seine Gattin sich selbst, ihre Kinder und ihre Mutter mit einer Dosis Morphium).
- 27.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG ("Arisierung" der Fa. Tiller AG, Bekleidungs-Lieferungs- und Uniformierungsanstalt, Wien-Mariahilf, Mariahilferstrasse 22) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Quitschal soll des weiteren die Wohnung des Zahnarztes Dr. Steiner in Wien-Landstrasse, Weyrgasse 8, "arisiert" haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 608/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V573/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 2308/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gainfarn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Heinrich BLASCHKE u.a.

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung), § 7 KVG (Denunziation)

Heinrich BLASCHKE, Johann RUDER, Franz LUTZ und Wilhelm HENTSCHEL wurden beschuldigt, im Jahre 1938 den damaligen Gemeindefeldarzt von Gainfarn (Niederösterreich), Dr. Hermann Verderber, denunziert zu haben, was dessen fristlose Entlassung am 1.7.1938 zur Folge hatte. Johann Ruder soll des Weiteren die Villa von Regina Löw in Gainfarn im Jahre 1939 "arisiert" haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.3.1949: * Einstellung des Verfahrens gegen Heinrich Blaschke wegen § 7 KVG und gegen Johann Ruder wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
* Einstellung des Verfahrens gegen Franz Lutz und Wilhelm Hentschel wegen §§ 8, 10 VG, § 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 2308/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V574/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 7465/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Auslieferungsverfahren Niederlande)

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen (niederländische)
Tatland (Tatort): Niederlande (Venlo)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfons Hubert ARTS

wegen (§§): § 1/2 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), § 134 StG (Mord), § 206 StG
(Zweifache Ehe) bzw. Auslieferung an die Niederlande

Alfons Arts wurde die Ermordung bzw. die Mitschuld an der Ermordung des jüdischen Ehepaars Maisonpierre-Compris im September 1944 in Venlo (Niederlande) sowie der Eintritt in die Waffen-SS im Februar 1941 zur Last gelegt. Des weiteren wurde er beschuldigt, als Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung an Zerstörungen und Misshandlungen, begangen in den Niederlanden im Jahre 1941, beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

6.1.1949: Einleitung des Auslieferungsverfahrens.

25.2.1949: Abbruch des Auslieferungsverfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 7465/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V575/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1132/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Arisierungsprozess

Opfer: Volkssturm, Juden/Jüdinnen/Jüdninnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt), Niederösterreich (Purkersdorf, Hadersdorf-Weidlingau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois SCHARSACH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 14.3.1949 wurde das Verfahren wegen § 8 VG gemäß § 227 StPO eingestellt.

- 2.9.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 3 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Quälerei und Misshandlung) und § 134 StG (Mord) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Scharsach soll zu Kriegsende als Volkssturmkompanieführer die Volkssturmmänner bei den Kampfhandlungen in Purkersdorf und Hadersdorf-Weidlingau (Niederösterreich) wie auch in Wien-Hütteldorf vorsätzlich in das sowjetische Artilleriefeuer getrieben haben, obwohl diese Männer weder als Soldaten gekennzeichnet noch mit Waffen versehen waren.
- 1.2.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG (Illegalität) und § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Im Jahre 1938 soll Scharsach die Fa. Josef Lewitus, Vervielfältigungsapparate (Inhaberin: Henriette Spielmann), Wien-Innenstadt, Dr. Karl Lueger Ring 12, "arisiert" haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1132/46 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118
DÖW-Signatur: V576/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 823/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ORTMAYER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität, SA), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG
(missbräuchliche Bereicherung), § 134 StG (Mord), § 166 StG (Brandlegung)

Ortmayer, welcher Inhaber des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP gewesen sein soll, wurde beschuldigt, sich im Jahre 1943 die Wohnung der Familie Spennadel in Wien-Leopoldstadt, Am Tabor 13, angeeignet und dadurch die Familie obdachlos gemacht zu haben. Ortmayer soll des weiteren den Blutorden erhalten haben, weil er Juden/Jüdinnen ermordet habe. In der Nacht vom 11. auf den 12. April 1945 soll er das Haus Wien-Leopoldstadt, Am Tabor 13, in Brand gesteckt haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.2.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 823/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1118+1119

DÖW-Signatur: V577/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 287/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, "Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Ottakring)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KLAMPFER u.a.

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität, Blockleiter und provisorischer Propagandaleiter der NSDAP-Ortsgruppe "Yppenmarkt"), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Am 10.11.1938 soll Klampfer gemeinsam mit Heinrich BERR und zwei anderen Personen in die Wohnung des Ehepaares Adolf und Leopoldine Hönigsfeld in Wien-Ottakring, Weyprechtgasse 12, eingedrungen sein und dort eine Hausdurchsuchung durchgeführt haben. Im Zuge der Hausdurchsuchung, bei der sich Klampfer brutal verhalten haben soll, wurden Aktien und Wertgegenstände beschlagnahmt. Klampfer soll des Weiteren an Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen in den Wohnungen von Gustav Fürst (Weyprechtgasse 6) und Berger (Ottakringerstrasse 43) in Wien-Ottakring beteiligt gewesen sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.6.1950 wurde Klampfer zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Am 6.3.1950 hatte die Staatsanwaltschaft bekanntgegeben, dass in den Handlungen von Klampfer während der Hausdurchsuchung bei der Familie Hönigsfeld kein Tatbestand nach § 3 KVG erblickt wird.

Am 13.3.1950 war das Verfahren gegen Klampfer wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt worden. Mit selbem Datum war das Verfahren gegen Heinrich BERR wegen §§ 10, 11 VG, § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 287/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V578/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 3419/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisorganisationsleiter), Prozess wegen Endphase-
Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Volkssturm
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Melk)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann STEINDL

wegen (§§): § 11 VG
Illegalität ("Alter Kämpfer"). Am 1.12.1938 wurde Hermann Steindl zum Kreisorganisationsleiter
von Melk (Niederösterreich) bestellt und übernahm in der Folge auch die Leitung des Stabsamtes
der Kreisleitung Melk.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 10.12.1947 wurde Steindl zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

9.4.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG (Mitschuld an der Ermordung des
Volkssturmmannes Oskar Engelhardt am 4.5.1945 in Melk) gemäß § 90 StPO
[Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 3419/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V579/1–4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 1053/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Auslieferungsverfahren (Tschechoslowakei, Ungarn)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Slowakei (Komárno), Ungarn (Komárom)

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard WOJTOVITZ (WOJTOWITZ) sen.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Auslieferung an Ungarn bzw. die Tschechoslowakei

Das Volksgericht Győr (Ungarn) erliess am 2.5.1947 einen Steckbrief gegen Wojtovitz, da er im Verdacht stand, als Führer der Pfeilkreuzlerbewegung in Komarno (Slowakei) an von den Pfeilkreuzlern durchgeführten Massenhinrichtungen am Donauufer bei Komorn (Komárno/Komárom) führend beteiligt gewesen zu sein. Am 15.4.1947 war Wojtovitz vom Volksgericht beim Bezirksgericht in Komarno in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden, weil er Führer der "Nyilasska Partei" und als Regierungsbeauftragter mit der Vollmacht für das südliche Gebiet der Slowakei die Bestrebungen des nationalsozialistischen Deutschlands unterstützte. Als solcher wirkte er an der Deportation der politischen Gegner mit.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

19.2.1948: Einleitung des Auslieferungsverfahrens.
6.12.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 1053/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V580/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 328/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen vor 1938, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945,
Arisierungsprozess

Opfer:

Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Wieden), Oberösterreich (Trefling)

Volksgerechtsverfahren gegen: Eduard FLOCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), §§ 134, 135 StG (Mord), § 6 KVG (missbräuchliche
Bereicherung)

Eduard Floch wurde beschuldigt, Angehöriger der Österreichischen Legion und Inhaber des goldenen Ehrenzeichens der HJ gewesen sowie folgende Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen zu haben: Ermordung des ehemaligen SA-Führers Cornelius Zimmer im Juli 1934 in Wien ("Fememord") und Teilnahme am Einbruch in der Bezirksstelle Landstraße (Wien) der Vaterländischen Front im Jahre 1934. Floch wurde des weiteren verdächtigt, an der Ermordung von 13 WiderstandskämpferInnen Ende April/Anfang Mai 1945 auf der Militärschießstätte in Trefling bei Linz (Oberösterreich) beteiligt gewesen zu sein. Im Jahre 1938 soll Floch das Haus-, Küchen- und Keramikgeschäft von Hermann Tanne in Wien-Wieden, Favoritenstrasse 25, "arisiert" haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Das gegenständliche Verfahren wurde am 7.12.1948 aus dem Verfahren Vg 7a Vr 233/47 (Anton Schütze u.a.) ausgeschieden und beim Volksgerecht Wien unter der Gerichtszahl Vg 7a Vr 7408/48 wegen § 11 VG und Beteiligung an der Ermordung der Widerstandskämpfer geführt.

Am 28.1.1949 wurde das Verfahren dem Volksgerecht Wien gemäß §§ 51, 52 StPO abgetreten und dort unter der Gerichtszahl Vg 11 Vr 975/49 wegen §§ 10, 11 VG, §§ 134, 135 StG geführt.

Das Verfahren wegen §§ 134, 135 StG wurde am 26.4.1949 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt, das Verfahren wegen §§ 10, 11 VG wurde am 30.9.1949 gemäß § 412 StPO abgebrochen.

Am 21.4.1950 wurde das Verfahren gemäß §§ 51, 52, 56 StPO dem Volksgerecht Wien abgetreten, wo es wegen §§ 10, 11 VG, § 6 KVG weitergeführt wurde. Am 2.4.1951 wurde dieses Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 328/50 (LG Linz Vg 11 Vr 975/49, LG Wien Vg 7a Vr 7408/48): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V581/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1518/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiesmath)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann KOGELBAUER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Johann Kogelbauer ("Illegaler", "Alter Kämpfer") war NSDAP-Ortsgruppenleiter von Wiesmath (Niederösterreich) vom 13.3.1938 bis Kriegsende. Unmittelbar nach der Annexion Österreichs im März 1938 soll er gemeinsam mit anderen nationalsozialistischen Funktionären die jüdischen Geschäftsinhaber Isidor Reiningger sowie Isidor und Max Jaul dazu gezwungen haben, ihre Geschäfte einschließlich der Warenlager der Gemeinde Wiesmath zu "schenken". Das Warenlager wurde an die Bevölkerung verkauft; einen Teil der Waren soll sich auch Kogelbauer angeeignet haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.2.1948: Kogelbauer freigesprochen.

23.4.1949: Der OGH hebt das Urteil auf und verweist die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das gleiche Volksgericht, da durch das Urteil vom 25.2.1948 §§ 10, 11 VG, § 6 KVG zu Gunsten von Kogelbauer unrichtig angewendet worden waren.

8.3.1950: 3 Kogelbauer im wiederaufgenommenen Verfahren zu 15 Monaten schweren verschärften Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1518/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V582/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1270/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SA), Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BAYER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG
Illegalität, "Alter Kämpfer", SA-Truppführer, 10-jährige Dienstausszeichnung der NSDAP

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 28.7.1947 wurde Johann Bayer zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

2.4.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und § 134 StG (Mord) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Johann Bayer war des weiteren beschuldigt worden, "Leiter jüdischer Arbeitskolonnen" in Polen gewesen sowie als "Bauführer beim Südostwallbau" eingesetzt gewesen zu sein.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1270/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V583/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6d Vr 858/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton OHRENBARGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Registrierungsbetrugs (§ 8 VG) und § 7 Wahlgesetz 1945

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 7 Wahlgesetz 1945 in ein ordentliches
Strafverfahren
6.5.1947: Einstellung des Verfahrens hinsichtlich § 8 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der
Anzeige]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6d Vr 858/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V584/1–37

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 769/56
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Denunziationsprozess

Opfer: Polit. GegnerInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich, Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dipl.Ing. Franz HOJER
Dipl.Ing. Günther RIEDER u.a.

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität, "Altparteigenossen"),
§ 7 KVG (Denunziation)

Rieder und Hojer wurde zur Last gelegt, im Jahre 1941 in Spratzern bei Krems (Niederösterreich) den Wehrmachtsangehörigen Dr. Wilhelm Müller wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" denunziert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.10.1950 wurden Hojer und Rieder freigesprochen.

- 19.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HANKE sen. wegen § 3 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].
- 9.1.1950: * Einstellung des Verfahrens gegen Franz HOJER wegen §§ 3, 7 KVG bezüglich des Tatbestandes Scherbichler gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
* Einstellung des Verfahrens gegen Werner LINHARDT wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 3 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Ida REHBERGER wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Maria SCHUBERT wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Günther RIEDER wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm HARTWICH wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm TRELDE wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Franz HANKE jun. wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
* Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf REHBERGER wegen § 3 KVG, gegen Ing. Friedrich KRESTA wegen § 3 KVG und gegen Herbert HANKE wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
* Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz HANKE jun. wegen §§ 8, 10, 11 VG.
- 21.3.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Othmar EPPLE, Karl WEICHINGER, Franz NÜRNBERGER

und Peter WASSMANN gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Die obigen Beschuldigungen nach §§ 3, 4, 7 KVG hatten den Tatbestand Scherbichler betroffen: Hojer wurde beschuldigt, am 15.3.1938 gemeinsam mit anderen Personen in die Wohnung von Ferdinand Scherbichler, welcher als politischer Gegner der Nationalsozialisten galt, in Wien-Hietzing, Schrutkagasse 13, eingedrungen zu sein. Sie hätten das Ehepaar Scherbichler bedroht, es in einen Kellerraum getrieben, eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dabei Bargeld und andere kleine Gegenstände entwendet. In der Folge soll das Ehepaar Scherbichler auch denunziert worden sein.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 769/56 (LG Wien Vg 13a Vr 5883/48): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1119
DÖW-Signatur: V585/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 6249/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KADLEC
Otto MALIK (MALIK-BOGDANI)
Josef JORDAN
Leopold BRUNNER
Karl LANGMÜLLER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde; nur Kadlec)
§ 197 StG (Betrug; nur Malik)

Den Beschuldigten wurde zur Last gelegt, als Werkmeister bzw. Malik als Geschäftsführer im Rüstungsbetrieb Dietrich Sasse's Söhne (später Firma Malik & Co) in Wien Meidling, Lagardegasse 29, griechische Zwangsarbeiter bzw. andere Dienstverpflichtete körperlich misshandelt zu haben und sie wegen angeblicher "Dienstverweigerung" angezeigt zu haben. Zudem wurde gegen Malik wegen Bilanzfälschung ermittelt.

----- -Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 17.2.1948 wurde nur gegen Franz Kadlec wegen Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG) Anklage erhoben, am 31.8.1948 wurde er freigesprochen.

Das Verfahren wurde hinsichtlich § 3 KVG, § 7 KVG und § 197 StG gegen alle Beschuldigten gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 6249/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V586/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 5292/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Buchenwald-Prozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime, Arisierungsprozess,
Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Deutschland, Jugoslawien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johannes WOHLRAB
Franz PATERER
Dr. Ludwig PROSKE

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 10 (Illegalität), zudem
Wohlrab auch wegen § 11 VG,
Patterer wegen §§ 1, 4, 6 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verletzung der
Menschenwürde, missbräuchliche Bereicherung) und
Proske wegen § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit)

Wohlrab wurde zur Last gelegt, seit 1932 NSDAP- und seit 1934 SS-Mitglied gewesen zu sein. Er habe am Juliputsch 1934 teilgenommen und sei nach der Flucht nach Deutschland in der österreichischen Legion gewesen. Zudem sei er nach der Annexion Österreichs im März 1938 als Angehöriger des SD im Rang eines SS-Oberscharführers bei der Gestapoleitstelle Wien (Pressereferat und Referat für "Bibelforscher") tätig und ab 1944 als Bewachungsorgan im KZ Buchenwald eingesetzt gewesen. Franz Patterer wurde zur Last gelegt, in der "Verbotszeit" der NSDAP Mitglied des NSKK gewesen zu sein. Nach der Annexion Österreichs habe er sich an Juden/Jüdinnenverfolgungen in Wien beteiligt ("Reibaktionen"). Ab 1939 sei er kommissarischer Verwalter der Firma "Aeterna-Del-Ka" in Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 47, gewesen und soll als Prokurist der "Filialen Ost" dieser Firma in Krakau die Deportation von jüdischen Geschäftsleuten in die Ghettos Lodz und Warschau veranlasst haben. Dr. Ludwig Proske wurde beschuldigt, seit März 1933 NSDAP- und SA-Mitglied gewesen zu sein und als Bürgermeister in Marburg/Drau Kriegsverbrechen begangen haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 14.6.1949 wurde das Verfahren gegen Patterer und Proske gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] sowie gegen Wohlrab gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Einbezogenes Verfahren: Vg 4c Vr 6677/48 (Franz Patterer §§ 4, 6 KVG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 5292/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V587/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4e Vr 4570/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermine STREIT

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 2.6.1947 wurde das Verfahren gegen Streit gemäß Hauptstück I, Abschn. 2, Z. 3 Abs. 2 des NS-Gesetzes 1947 eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4e Vr 4570/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V588/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 4669/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Robert STIGLER

wegen (§§): § 10 VG (Illegalität)

Dr. Robert Stigler, ehemaliger Universitätsprofessor und Vorstand des physiologischen Instituts für Bodenkultur in Wien, war bereits im Jahr 1934 wegen des Verdachts der illegalen nationalsozialistischen Betätigung von diesem Posten suspendiert worden. Im März 1938 wurde Stigler wieder in den Dienst der Universität gestellt. Zudem war er Inhaber der "Ostmarkmedaille".

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 13.10.1947 wurde das Verfahren gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 4669/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V589/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 1226/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Auslieferungsverfahren (abgelehnt)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Jugoslawien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans KARLSBERGER u.a.

wegen (§§): §§ 1, 3, 7 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Quälerei und Misshandlung, Denunziation),
§§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität), § 134 StG (Mord), §§ 171, 173 StG (Diebstahl)
bzw. Auslieferung von Karlsberger an Jugoslawien

Karlsberger war im Zeitraum 1941 bis 1943 in Jesenice (Slowenien) bei der Krainischen Industriegesellschaft (KIG) beschäftigt. Von 1941 bis Mitte 1942 soll Karlsberger in Jesenice deutscher Wohnungs- und Aussiedlungskommissär gewesen sein und als solcher mit Gestapo und NSDAP zusammengearbeitet haben. Ihm wurde zur Last gelegt, Möbel und Wohnungsinventar von Slowenen, welche von der Gestapo verhaftet und deportiert worden waren, verwaltet und sich auf diese Art Möbel, Geld etc. angeeignet zu haben. Ebenso wie Josef TSCHINKOWITZ und Hermann MARN (beide Mitarbeiter der KIG) soll er wiederholt slowenische Antifaschisten und Freiheitskämpfer denunziert haben, welche ins KZ deportiert wurden. Karlsberger soll auch an der Aussiedlung der slowenischen Zivilbevölkerung aus Jesenice mitgewirkt haben. Karlsberger wurde des weiteren beschuldigt, einen jugoslawischen Staatsangehörigen ermordet zu haben. Peter BASLER soll Liquidator sämtlicher Konsumvereine in Jesenice gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 23.1.1946: Auslieferungsansuchen der jugoslawischen Regierung betreffend Karlsberger.
- 15.7.1947: Ablehnung des Auslieferungsansuchens durch das OLG Wien.
- 23.1.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef TSCHINKOWITZ wegen § 7 KVG, Peter BASLER wegen §§ 1, 3 KVG und Hermann MARN wegen § 7 KVG gemäß § 56 StPO und Abtretung an das Volksgericht beim Landesgericht Klagenfurt.
- 9.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Karlsberger wegen §§ 1, 7 KVG, §§ 134, 171, 173 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 29.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Karlsberger wegen § 6 KVG, §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 1226/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V590/1–3

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 332/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess (Auslieferungsverfahren, Niederlande)

Opfer: ZivilistInnen (niederländische)
Tatland (Tatort): Niederlande

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand SCHNELLER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf: Kriegsverbrechen

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 11.12.1946 stellte die niederländische Regierung das Auslieferungsansuchen betreffend Ferdinand Schneller, da dieser verdächtigt wurde, in den Niederlanden Kriegsverbrechen begangen zu haben.
Am 25.4.1947 wurde das Verfahren gemäß § 412 StPO abgebrochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 332/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V591/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 8849/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Auslieferungsverfahren Ungarn, stattgegeben)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Ungarn

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann KNOTZER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Auslieferung an Ungarn

Knotzer war vom Volksgerecht Sopron (Ödenburg) am 9.6.1946 zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, da er Mitte Jänner 1945 in Brennberg (Ungarn) als führendes Mitglied der Pfeilkreuzler den Bergwerksdirektor Arthur Vajk bei mehreren Gelegenheiten geohrfeigt und mit Füßen getreten hat.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 6.9.1946 stellte das Volksgerecht Sopron das Auslieferungsbegehren, da Knotzer am 15.6.1946 aus der Haft entsprungen war und sich nach Österreich abgesetzt hatte. Am 18.12.1947 bewilligte das OLG Wien die Auslieferung von Knotzer. Am 21.5.1948 wurden die Vorerhebungen gegen Knotzer, geführt wegen eines eventuell strafbaren Verhaltens von Knotzer in Österreich, gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 8849/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V592/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8cVr 1760/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Tschechische Republik

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef Ettl

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und § 171 StG (Diebstahl)

Josef Ettl wurde verdächtigt, sich im Jahr 1942 in Brünn an wertvollem Schmuck missbräuchlich bereichert zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 9.4.1948 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8cVr 1760/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V593/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 4703/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef MANHARTSBERGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), §§ 3, 4, 6 KVG (Quälerei und Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde, missbräuchliche Bereicherung)

Manhartsberger wurde beschuldigt, seit Juni 1938 Mitglied der SS-Standarte 11 "Planetta" gewesen und seit 1941 im Dienst der Gestapo (u.a. im Referat IIcH "Heimtücke") im Rang eines SS-Hauptscharführers und Kriminalsekretärs gestanden zu sein. Zudem wurde er verdächtigt, die Räumung und Übernahme der Wohnung der Familie Stärk in Wien Hernals, Lobenhauergasse 35, im Juni 1938 veranlasst zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 12.11.1948 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 4703/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V594/1–10

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 4703/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SD), Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Polen
Tatland (Tatort): Wien, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto KÖNIG

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§§ 3, 4, 6 KVG (Quälerei und Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde,
missbräuchliche Bereicherung)

König wurde beschuldigt, bereits seit 1930 NSDAP- bzw. Mitglied der 89.SS-Standarte gewesen zu sein und am "Juliputsch" 1934 teilgenommen zu haben. Zudem habe er sich 1938 an Plünderungen des Kaufhauses der Brüder Schiffmann beteiligt und die Wohnung der Familie Lindenberg in Penzing, Sandrockgasse 13, "arisiert" sowie sich an Möbeln aus der Möbelverwertungsstelle Krummbaumgasse missbräuchlich bereichert. König wurde außerdem beschuldigt, ab Mitte 1941 als SS-Unterscharführer bei der Gestapo bzw. dem SD in Radom (Polen) an der Erschießung und Festnahme von "politisch Verdächtigen" bzw. an der Auflösung des Ghettos Radom im Jahr 1942 beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 6.3.1950 wurde die Voruntersuchung bezüglich in Polen begangener Verbrechen gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
Am 23.5.1950 wurde das Verfahren bezüglich §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.
In der Beschuldigtenvernehmung vom 19.4.1948 leugnet König seine Beteiligung an der Auflösung des Ghettos in Radom 1942, gibt aber an, als Mitglied der Bewachungsmannschaft in Tschenschow an der "Eskortierung" der jüdischen Ghettohäftlinge zum Bahnhof und ihrer Deportation nach Treblinka beteiligt gewesen zu sein.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 4703/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V595/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12d Vr 7690/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: ZivilistInnen (Kath. Kirche)
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz RETTER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), §§ 3, 6 KVG (Quälerei und Misshandlung, missbräuchliche Bereicherung)

Retter wurde zur Last gelegt, in den Zeit von 1934 bis 1936 Gauleiter von Niederösterreich gewesen zu sein ("Alter Kämpfer," Inhaber des goldenen Ehrenzeichens und der Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze und Silber). 1938 bis 1939 war Retter Gauamtsleiter für Kommunalpolitik, seit 1939 Oberbürgermeister der Stadt Krems sowie SS-Angehöriger im Rang eines Sturmbannführers. Retter wurde weiters zur Last gelegt, für die Stadt Krems die Konfiszierung des Besitzes des Stiftes Göttweig veranlasst zu haben (Im Februar 1939 wurde Retter kommissarischer Leiter des Stiftes; mit Verfügung der Gestapo wurde am 1.8.1939 das gesamte Vermögen des Stiftes der Stadt Krems übertragen). Weiters wurde Retter beschuldigt, sich an einer wertvollen Briefmarkensammlung von Pater Gottfried Pfaff bereichert zu haben. Gemeinsam mit Leo Pilz soll er zudem im Jahr 1944 den Besitzer des Schlosses Nieder-Rana, Laurent Delegise, durch Misshandlungen zum Verkauf seines Schlosses unter dem tatsächlichen Wert genötigt haben, Lebensversicherungspolizzen gestohlen und eine zweimonatige Gestapohaft von Delegise in Wien veranlasst haben. Des weiteren wurde Retter zur Last gelegt, sich im Mai 1945 mit Geldern aus der Stadtkasse Krems missbräuchlich bereichert und insgesamt 470.000 RM an den Gauleiter Jury übergeben zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.4.1948 wurde Retter zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt (schuldig bezüglich §§ 10, 11 VG und Fakten Misshandlung und Zwang zum Verkauf des Besitzes von Laurent Delegise, §§ 3, 6 KVG). Bezüglich der anderen Anschuldigungen wurde Retter gemäß § 259 StPO freigesprochen.

Einbezogener Akt: LG Wien Vg 4c Vr 6981/46 (Retter Franz)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12d Vr 7690/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V596/1–21

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 7296/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard KAISER

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung).

Kaiser wurde beschuldigt, im Juli 1938 gemeinsam mit Egon Kunerth die Firma "Zagreber Slavonija, Holzverwertungsgesellschaft m.b.H" in Wien Meidling, Pohl gasse 14, von Elemer Kemeny "arisiert" zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 27.5.1949 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

Gegen Eduard Kaiser wurden an den Landesgerichten in Linz und Klagenfurt Voruntersuchungen wegen §§ 8, 10, 11, 12 VG und § 8 KVG eingeleitet. Er wurde beschuldigt, seit 1932 illegales NSDAP- und Mitglied der NS-Bauernschaft sowie Mitarbeiter der Hauptabteilung 5 der illegalen NSDAP in Österreich, der NSBO und Geschäftsführer der "Holzhandelsvereinigung", die als NS-Tarnorganisation vor 1938 in Österreich fun gierte, gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 8.11.1948 wurden die Voruntersuchungen wegen §§ 11, 12 VG und § 8 KVG vor dem LG Klagenfurt gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt und das Verfahren gleichzeitig hinsichtlich des Faktums missbräuchliche Bereicherung an der Firma "Zagreber Slavonija" an das LG Wien abgetreten.

Am 21.7.1949 erfolgte die Einstellung der Voruntersuchung am LG Linz wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] sowie die Abtretung des Verfahrens wegen § 6 KVG an das Volksgericht Wien.)

Einbezogene Akten:

LG Klagenfurt 17 Vr 2667/48 (KAISER Eduard),
LG Linz Vg 11 Vr 3086/48 (KAISER Eduard).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 7296/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1120
DÖW-Signatur: V597/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 1530/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto KOZAK

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung).

Kozak wurde beschuldigt, sich bei der "Arisierung" des Juweliergeschäftes "Emanuel Klein Sohn Josef Klein" in Wien Leopoldstadt, Kleine Sperlsgasse 1, missbräuchlich bereichert zu haben (den von der Vermögensverkehrsstelle festgelegten Kaufpreis soll Kozak mit dem Erlös aus dem Abverkauf von Waren aus dem Bestand der Firma beglichen haben).

Zudem sei Kozak auch kommissarischer Verwalter von einigen anderen Juweliersbetrieben in Wien gewesen: "*Siegmund Neufeld*," Leopoldstadt, Negerlegasse 9; "*Deutsch & Sohn*," Leopoldstadt, Springergasse 6; "*Deutsch Hugo*," Leopoldstadt, Novarragasse 28; "*Wilhelm Kurth jun.*," Innere Stadt, Plankengasse 6; Firma "*Ulm*," Innere Stadt, Bognergasse 1.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 31.1.1949 wurde das Verfahren gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 1530/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1121
DÖW-Signatur: V598/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2167/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GRABNER

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität)

Grabner wurde zur Last gelegt, seit 1934 SA-Mitglied gewesen zu sein. In seiner Funktion als SA-Truppenführer war er vor 1938 u.a. für die Verteilung von illegalen Flugschriften und das Einsammeln von Mitgliedsbeiträgen verantwortlich. Seit Juli 1938 war Grabner SA-Sturmführer (Sturm 3/14) und zudem Inhaber der Ostmarkmedaille.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.4.1946 wurde Grabner zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2167/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1121
DÖW-Signatur: V599/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6bVr 4814/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anna WAGNER
Pauline TRENTINA
Franz BRAUN

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
7 KVG (Denunziation) bzw. Braun zusätzlich wegen §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Wagner und Trentina wurden beschuldigt, Margarete Machold beim Ortsgruppenleiter Franz Braun wegen regimekritischer Äußerungen im Mai 1944 denunziert zu haben. (Machold wurde schließlich nach dem Heimtückegezetze vom Sondergericht beim LG Wien zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt). Franz Braun wurde zudem zur Last gelegt, seit 1933 illegales NSDAP-Mitglied und später Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Hofferplatz" in Wien Ottakring gewesen zu sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 12.3.1949 wurde nur gegen Anna Wagner wegen § 7 KVG Anklage erhoben, am 6.5.1949 wurde sie freigesprochen.

Bereits am 3.7. 1948 war das Verfahren gegen Braun gemäß § 412 StPO abgebrochen worden und wurde am 29.4.1957 gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957 eingestellt. Am 22.3.1949 wurde das Verfahren gegen Pauline Trentina gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6bVr 4814/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1121+1122+1123+1124

DÖW-Signatur: V600/1–188

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 3517/66

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen ("Stanislaw-Prozess"), Zusammenhang mit Schupo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Stanislaw, heute: Ivano-Frankvsk)

Strafverfahren gegen: Johann MAUER
Wilhelm MAUER

wegen (§§): §§ 134, 135/4 StG (gemeiner Mord)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.5.1962 wurde beim LG Salzburg die Voruntersuchung gegen Johann und Wilhelm MAUER wegen §§ 134f. StG eingeleitet. Die Anklageschrift vom 3.3.1965 legte ihnen die Mitwirkung an den wöchentlichen "Judenaktionen" (Misshandlung und Ermordung jüdischer Männer, Frauen und Kinder) in Stanislaw (heute: Ivano-Frankvsk) als Angehörige des Grenzpolizeikommissariats Stanislaw in den Jahren 1941 bis 1943 zur Last. Die Brüder Mauer sollen unter anderem an der Ermordung von 12.000 Jüdinnen und Juden/Jüdinnen am 12.10.1941 (Stanislawer "Blutsonntag") und im Sommer 1942 zu wiederholten Malen an der Erschießung von Jüdinnen und Juden/Jüdinnen in der Rudolfsmühle ("Teufelsmühle") bei Stanislaw beteiligt gewesen sein. Des Weiteren sollen sie an der Erschießung einer Vielzahl von Menschen am 12.9.1942 bei der Liquidierung des jüdischen Spitals und am 22. und 23.2.1943 bei der Liquidierung des Ghettos in Stanislaw beteiligt gewesen sein.

Am 17.2.1966 wurden Johann und Wilhelm Mauer von den Salzburger Geschworenen wegen Befehlsnotstands freigesprochen. Gemäß § 334 StPO wurde die Entscheidung durch das Gericht ausgesetzt. Der OGH verwies mit Beschluss vom 14.4.1966 die Sache gemäß § 334, Absatz 2 StPO an ein Geschwornengericht am Sitz des LG für Strafsachen in Wien.

Am 8.11.1966 wurde Johann Mauer vom Geschwornengericht in Wien zu 8 Jahren schweren Kerkers und Wilhelm Mauer zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

6.3.1965: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz HASLINGER gemäß § 57 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 3517/66 (LG Salzburg 23 Vr 792/62): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1124+1125+1126

DÖW-Signatur: V601/1–98

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27e Vr 3144/65

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Plaszow-Prozess, enthält auch Akten des polnische Verfahrens)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen (Plaszów, Tarnów)

Strafverfahren gegen: Franz GRÜN u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

gemeinen Mordes (§§ 134, 135/4 StG)

Ermordung und tödliche Misshandlung (vor allem) jüdischer Häftlinge des Zwangsarbeits- bzw. Konzentrationslagers Plaszow (Polen) als SS-Angehöriger der Lagerwache in der Zeit vom Frühjahr 1943 bis August 1944 in einer Vielzahl von Fällen; Erschießung eines Kleinkindes im September 1943 auf dem Bahnhof in Tarnow (Polen). Weiters habe Grün im Zeitraum Frühjahr 1943 bis August 1944 an Massenexekutionen durch Erschießen im Zwangsarbeits- bzw. Konzentrationslager Plaszow sowie im September 1943 an der Erschießung von jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Ghetto Tarnow teilgenommen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 3.3.1971 wurde Franz Grün zu 9 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Das gegenständliche Verfahren war am 13.5.1965 aus dem Verfahren LG Wien Vg 9 Vr 1676/49 (Franz Grün) ausgeschieden worden. Grün war mit Urteil des Wojewodschaftsgerichts Krakau vom 8.12.1953 zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden. Bezüglich der Fakten, die Gegenstand der Verurteilung gewesen waren, hatte die Staatsanwaltschaft Wien bereits von der weiteren Verfolgung des 1955 in Polen begnadigten und nach Österreich zurückgestellten Grün abgesehen.

2.9.1970: Einstellung des Verfahrens gegen Alois ZUGSBERGER wegen §§ 134ff. StG bzw. §§ 211, 212 RStGB gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27e Vr 3144/65

FStN-Mikrofilm Nr. 1126
DÖW-Signatur: V602/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6 Vr 1886/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo/SD), Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich KRISCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung).

Krisch wurde beschuldigt, Gestapo- und SD- Beamter im "Judenreferat" der Gestapo Wien – zuständig für Angelegenheiten die jüdische Kultusgemeinde betreffend – gewesen zu sein. Zudem wurde ihm zur Last gelegt, sich an Einrichtungsgegenständen der Familie Mayer in Wien Hietzing, Steckhovengasse 4/1 bereichert zu haben. (Die Familie Mayer wurde im Juli 1943 nach Theresienstadt deportiert). Krisch habe weiters "Umzugsgut" aus den Beständen der Vugesta bzw. der Möbelverwertungsstelle Krummbaumgasse gekauft.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 6.3.1951 wurde das Verfahren wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] sowie wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6 Vr 1886/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1126
DÖW-Signatur: V603/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 2341/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois RAMHARTER

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung).

Ramharter wurde zur Last gelegt, sich bei der "Arisierung" der Firma Pekarek & Weiss in Wien-Innere Stadt, Franz-Josefs-Kai 15, im Jänner 1939 missbräuchlich bereichert zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 18.4.1950 wurde das Verfahren wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt.

(Anmerkung: Mit Antrag vom 18.11.1949 wurde das Faktum "Arisierung" der Firma Pekarek & Weiss aus dem Verfahren Vg 7a Vr 9139/46 gegen Othmar Kober u.a. ausgeschieden)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 2341/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1126
DÖW-Signatur: V604/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2167/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime, vor 1938

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann Baptiste GUDENUS

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität)

Gudenus wurde beschuldigt, seit 1933 NSDAP- und SA Mitglied sowie seit Juli 1934 SA-Sturmführer und Sportreferent der SA-Brigade 91 gewesen zu sein. Zudem wurde ihm zur Last gelegt, an den Vorbereitungen zum "Juliputsch" 1934 beteiligt gewesen zu sein. Weiters habe er seit Jänner 1939 die Position eines SA-Obersturmführers inne gehabt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 10.12.1947 wurde Gudenus freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2167/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1126
DÖW-Signatur: V605/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 494/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess, Arisierungprozess (Bezug zu Gestapo), Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor
1938 (Juliputsch 1934)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Margarete PFOSER
Alfons PFOSER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
Margarete Pfoser des weiteren wegen § 8 VG (Registrierungsbetrug) sowie §§ 5a, 6 KVG
("Vertreibung aus der Heimat," missbräuchliche Bereicherung).

Margarete Pfoser wurde beschuldigt, seit 1937 NSDAP-Mitglied gewesen zu sein. Als Kanzleiangestellte der Gestapo Wien habe sie "jüdisches Umzugsgut" erwerben können. Ihr wurde zudem zur Last gelegt, im Jahr 1942 die Wohnung der Familie Flener in Wien Josefstadt, Blindengasse 4, "arisiert" zu haben und sich an Plünderungen von jüdischen Geschäften in Wien Josefstadt beteiligt zu haben. Alfons Pfoser wurde beschuldigt, seit 1932 illegales NSDAP-Mitglied gewesen zu sein (Blutordensträger) und am "Juliputsch" 1934 mitgewirkt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 5.7.1949 wurde das Verfahren gegen Margarete Pfoser gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt;

am 24.2.1956 wurde das Verfahren gegen Alfons Pfoser gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 494/55 (LG Wien Vg 8c Vr 5367/48):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1126+1127+1128

DÖW-Signatur: V606/1–123

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3f Vr 3121/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

großer Arisierungsprozess (Wiener Juweliere!), "Reichskristallnacht"-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan SAGHY u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrugs (§ 8 VG), Illegalität (§§ 10, 11 VG), Quälerei und Misshandlung (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG), missbräuchlicher Bereicherung (§ 6 KVG), Denunziation (§ 7 KVG), öffentliche Gewalttätigkeit durch Erpressung (§ 98b StG) bzw. boshafte Beschädigung fremden Eigentums (§ 468 StG)

Ermittlungsverfahren ohne Anklageerhebung

Die Beschuldigten standen im Verdacht, als "bewährte illegale Nationalsozialisten" in den Jahren 1938 bis 1940 die "Arisierungen" und Liquidierungen der jüdischen Uhren-Juwelen-Gold- und Silberwarenhandlungen in Wien geleitet, Warenvorräte beschlagnahmt, Hausdurchsuchungen vorgenommen, Juden/Jüdinnen misshandelt und Deportationen veranlasst, sowie sich durch kommissarische Verwaltungen jüdischer Betriebe, Aneignung von Wertgegenständen und "Arisierungen" missbräuchlich bereichert zu haben.

Laut Sachverständigengutachten vom 24.6.1949 vereinigte der Uhrmacher Stefan Saghy unmittelbar nach der Annexion Österreichs im März 1938 "verlässliche" Mitglieder der Branche um sich und ließ am 11.4.1938 110 der größten jüdischen Geschäfte besetzen. In der Folge habe er die Aktion auf 500 Firmen erweitert, für die er kommissarische Verwalter bestellte, die unter seiner Kontrolle die Geschäfte zu führen hatten. Dieses Vorgehen wurde durch eine Entscheidung des Staatskommissärs Rafelsberger am 12.5.1938 anerkannt, der den Auftrag zur Bildung eines Komitees zur Führung und Überwachung der kommissarischen Verwalter und Aufsichtspersonen der jüdischen Uhren- und Juwelengeschäfte gab. Leiter dieser Stelle war Saghy, sein Stellvertreter Josef Weishäupl. Im August 1938 wurde die Einkaufs- und Treuhandgenossenschaft für die Uhren- und Juwelenbranche gegründet, deren Aufgabe die Erwerbung der von den treuhändischen Verwaltungen übergebenen, eingezogenen und beschlagnahmten Waren und deren Veräußerung an Mitglieder der Genossenschaft war. Weishäupl war stellvertretender Obmann der Genossenschaft. Im Laufe des Jahres 1938 schaltete sich die Vermögensverkehrsstelle in die Liquidierung der jüdischen Juwelengeschäfte ein. Andreas Käs wurde von ihr mit der Abwicklung aller Geschäfte beauftragt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Fritz CHLADEK zu LG Wien Vg 5b Vr 528/47 mangels Zusammenhanges.

1.3.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Andreas KÄS und Abtretung an das Verfahren LG Wien Vg 7a Vr 273/46.

- 18.2.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Oscar TRENNER wegen § 11 VG, § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 9.9.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf HÜBNER wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 6 KVG und § 98b StG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 9.9.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Kurt BRAUN wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 9.9.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf JEKEL gemäß §§ 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 10.3.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Josef HÖGLINGER wegen § 5 StG, § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 10.3.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Alois RAMHARTER wegen § 6 KVG in Ansehung des Faktums "Arisierung des Geschäfts Pekarek und Weiss" gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 10.3.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Franz LECHNER in Ansehung des Tatbestandes nach § 6 KVG ("Arisierung" des Uhren- und Juwelengeschäftes Siegmund Mauer) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 13.6.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz LECHNER wegen §§ 8, 10 und 11 VG gemäß § 57 StPO zu LG Wien Vg 8e Vr 123/53.
- 13.6.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Stefan SAGHY wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 und 7 KVG sowie § 6 KVG und § 5 StG, § 6 KVG und Karl KREPINSKY wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 und 6 KVG gemäß § 57 StPO zu LG Wien Vg 8e Vr 124/53.
- 15.12.1958: Einstellung des Verfahrens gegen Stefan SAGHY wegen Misshandlung von Arthur Glaser und Aaron Steinfink sowie boshafter Sachbeschädigung nach § 486 StG zum Nachteil von Sigmund Tuschak und Eugen Zeisel sowie eines unbekanntem Uhrengeschäftsinhabers gemäß § 1, Absatz 1, Ziffer 2 NS-Amnestie 1957. In allen übrigen Fakten Einstellung des Verfahrens gegen SAGHY gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 15.12.1958: Einstellung des Verfahrens gegen Josef WEISHÄUPL wegen boshafter Sachbeschädigung nach § 486 StG zum Nachteil eines unbekanntem Uhrengeschäftsinhabers gemäß § 1, Absatz 1, Ziffer 2 NS-Amnestie 1957. Einstellung des Verfahrens gegen Weishäupl wegen § 6 Sprengstoffgesetz gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] und in allen übrigen Fakten gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Josef WEISHÄUPL wegen § 26, Absatz 1 des Vermögensverfallsgesetzes gemäß § 12, Absatz 1, Ziffer 4 NS-Amnestie 1957.
- 15.12.1958: Einstellung des Verfahrens gegen Alois RAMHARTER gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 15.12.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Otto LIEBEWIN und Julius LIEBEWEIN im Faktum Leo Lewita gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Folgende Personen bzw. Firmen wurden geschädigt:

- * Siegfried Mauthner, Inhaber des Juweliergeschäftes Michael Goldschmidt's Söhne, Wien I., Kärntnerstraße 2 (Privatbeteiligter: Francis M. Pick)
- * Hanna Sujeff-Graf ("Arisierung der Wohnung in Wien IV., Operngasse 28)
- * Josef Weil, Inhaber der Firma "Weil & Engelhardt", Wien I., Tuchlaubenhof-Seitzergasse (Privatbeteiligter: Ernst Bleier)
- * Sigmund Mauer: Inhaber des Uhr- und Juwelengeschäftes Sigmund Mohr, Wien XV., Reindorfergasse 40
- * Arnold Bellak: Inhaber der Uhrengroßhandlung Julius Bellak, Wien I., Kohlmessergasse 8 (Privatbeteiligte: Edda Bellak)
- * Einbruch im Uhren- und Goldwarengeschäft Isaak Scher, Wien XV., Mariahilferstraße 146 und in der

- Großhandelsfirma Alexander Uprimny, Wien I., Wipplingerstraße 18 (Anzeiger: Isidor Ehrenberg)
- * Markus Geduldig (Privatbeteiligter): Inhaber der Uhrenfirma Geduldig & Sohn, Wien I., Kärntnerstraße 39, und der Firma Marenzeller's Nachfolger, Wien I., Rotenturmstraße 19
 - * Fred Tuschak (Privatbeteiligter): Mitinhaber der Uhren- und Juwelenfirma Siegmund Tuschak, Wien VI., Hirschengasse 2
 - * Siegfried Grosser (Privatbeteiligter): Inhaber der Uhren- und Juwelenfirma S. Grosser, Wien I., Weihburggasse 10-12
 - * Fred Warren (Privatbeteiligter): Angestellter der Uhren- und Juwelenfirma Pekarek & Weiss, Wien I., Franz Josefs Kai 15
 - * Leo Lewita (Privatbeteiligter): Inhaber eines Juwelen- und Uhrmachergeschäftes in Wien XVI., Thaliastraße 29
 - * Karl Bank (Privatbeteiligter): Inhaber eines Juweliergeschäftes in Wien II., Obere Donaustraße 85
 - * Gustav Fuchs (Privatbeteiligter): Mitinhaber der Firma Adolf Fuchs, Wien II., Czerningasse 8
 - * Moriz Oesterreicher (Privatbeteiligter): Gesellschafter der Firma Moriz Oesterreicher, Wien I., Graben 7
 - * Leo Rottenstreich (Privatbeteiligter): Inhaber eines Uhren- und Juwelengeschäftes in Wien II., Glockengasse 5
 - * Wilhelm Neuer: Inhaber eines Geschäftes in Wien XVI., Thaliastraße 11-13
 - * Moritz Braunfeld: Inhaber der Juwelenhandlung Fischer & Braunfeld, Wien I., Adlergasse 1
 - * Julius Gollerstepper: Inhaber einer Uhrenerzeugung in Wien II., Taborstraße 1 (Privatbeteiligte: Erna Brandes)
 - * Barbara Politzer: Inhaberin eines Juwelen- und Antiquitätengeschäftes in Wien I., Lobkowitzplatz 1
 - * Isidor Politzer: Inhaber eines Juwelen- und Antiquitätengeschäftes in Wien I., Graben 28
 - * Leo Weiss, Egon Brüll und Joseph Holsten (sämtliche Privatbeteiligte), Arthur Glaser, Aaron Steinfink, Herr Rosenstingl, Norbert Jamenfeld

Einbezogene Akten:

LG Wien Vg 4a Vr 4445/46 (Rudolf HÜBNER);

LG Wien Vg 2b Vr 4147/47 (Stefan SAGHY);

LG Wien Vg 7d Vr 5579/47 (Josef WEISHÄUPL);

Erhebungsakt des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung betreffend Stefan SAGHY;

"Arisierungsakt" 562 Josef Weil, Wien I., Seitzergasse 6

Vereinigter Akt: LG Wien Vg 5b Vr 5371/47 (Josef WEISHÄUPL u.a.) =Band II des vorliegenden Akts.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3f Vr 3121/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1128+1129+1130

DÖW-Signatur: V607/1-100

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 8896/61

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Deportationsprozess, Polizei (Sipo)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederlande, Frankreich

Strafverfahren gegen: Dr. Erich RAJAKOWITSCH (RAJA)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mord als Mitschuldiger (§§ 5, 134, 135 Z. 3, 136 StG)

Die Anklageschrift vom 17.7.1964 legte Rajakowitsch zur Last, im August 1942 in Den Haag (Niederlande) als zeitweiliger Vertreter des Referates IV B 4 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die besetzten niederländischen Gebiete (BdS) die Deportation von 83 im Lager Drancy bei Paris festgehaltenen jüdischen Männern, Frauen und Kindern von Drancy ins KZ Auschwitz mitveranlasst zu haben. 82 Deportierte wurden ermordet.

Der Akt enthält weitere Unterlagen zur Tätigkeit von Rajakowitsch, welcher schon vor 1938 überzeugter Nationalsozialist war. Die folgenden Angaben wurden der Anklageschrift entnommen:

Nach der Annexion Österreichs im März 1938 arbeitete Rajakowitsch für den "Auswanderungsfonds" Wien und kam dadurch auch mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien in Verbindung. Etwa im Oktober 1939 meldete sich Rajakowitsch freiwillig zur SS und wurde im November 1939 nach Polen abkommandiert, wo er ungefähr einen Monat in der Nähe der Ortschaft Nisko am Sanfluss, dem ersten Deportationsziel von Juden/Jüdinnen aus Wien, eingesetzt war. Ab Jänner 1940 war Rajakowitsch im RSHA in Berlin tätig, nach einem Monat wurde er nach Prag beordert, um bei der dort bestehenden Zentralstelle für jüdische Auswanderung nach dem Vorbild von Wien einen jüdischen Auswanderungsfonds zu schaffen. In weiterer Folge arbeitete Rajakowitsch an dem sog. "Madagaskar-Plan" mit. Im April 1941 wurde Rajakowitsch in die besetzten niederländischen Gebiete beordert, wo er Kuratoriumsmitglied der "Vermögensverwaltungs- und Renten-Anstalt" (VVRA; zuständig für die Verwaltung der Verwertungserlöse "arisierter" Grundstücke und Betriebe, später auch des abgelieferten "jüdischen Vermögens") war. Als zuständiger Referent des BdS Den Haag war Rajakowitsch seit April 1941 an der Ausarbeitung von gesetzlichen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung der Niederlande beteiligt. Rajakowitsch wurde ferner mit der Leitung des im August 1941 geschaffenen "Sonderreferates Juden/Jüdinnen" (unterstand unmittelbar dem BdS) betraut. Im Rahmen dieses Referates soll Rajakowitsch alle Vorbereitungen für die geplante Deportation der Juden/Jüdinnen, welche im Juli 1942 einsetzte, getroffen haben. Die Aufgaben des "Sonderreferates Juden/Jüdinnen" gingen Anfang Jänner 1942 auf das damals neu geschaffene Referat IV B 4 beim BdS über, welches die "Führungsstelle in allen Judenangelegenheiten" wurde. Rajakowitsch wurde diesem Referat nicht zugeteilt. Er wurde jedoch Referent im Referat II B beim BdS (zuständig u.a. für die Bearbeitung von Justizangelegenheiten, Einziehung von Vermögenswerten, Ein- und Ausbürgerungen sowie Grundsatzfragen des Paßwesens). Allerdings soll Rajakowitsch zumindest im August 1942 auch das Referat IV B 4 des BdS Den Haag geleitet haben. In diese Zeitspanne fallen die ersten Massendeportationen von Juden/Jüdinnen in den Niederlanden in Konzentrationslager im Osten, insbesondere nach Auschwitz.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.3.1965 wurde Rajakowitsch zu 2,5 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Aufgrund des Beweisverfahrens erkannten die Geschwornen, dass Rajakowitsch des Mordes nicht schuldig sei. Aufgrund der vorliegenden Dokumente kamen sie zur Überzeugung, dass der Sachverhalt des § 87 StG ("Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit unter besonders gefährlichen Verhältnissen) gegeben sei, weshalb Rajakowitsch bezüglich § 87 StG verurteilt wurde.

Umfangreicher Beiakt, darunter u.a.:

- Anklageschrift gegen Kurt Lischka, Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn im Verfahren Staatsanwaltschaft Köln, 130 Js 4/78 (28.6.1978).
- Urteil gegen Dr. Wilhelm Harster, Wilhelm Zoepf und Gertrud Slotke im Verfahren LG München II 12 Ks 1/66 (24.2.1967).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 8896/61 : Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1130
DÖW-Signatur: V608/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 8976/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton KAISER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Kaiser wurde zur Last gelegt, im September 1938 die Getreidehandelsfirma Handl & Strauss in Wien Leopoldstadt, Taborstraße 11, "arisiert" zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 19.5.1948 wurde Kaiser bezüglich § 6 KVG freigesprochen.

Das Verfahren wegen § 11 VG war bereits am 3.7.1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 8976/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1130
DÖW-Signatur: V609/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2724/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien Arisierungsprozess

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf KREMEL
Dr. Wilhelm PLANKL

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Kremel wegen § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und §§ 8, 10 VG
Plankl wegen § 5 StG und § 6 KVG (Mitschuld an der missbräuchlichen Bereicherung)

Kremel wurde zur Last gelegt, im Jahre 1938 die Firma "Radio-Zentrale" (Inhaber Paul Halpert) in Wien-Neubau, Mariahilferstraße 86, und im Jahre 1940 die Geschäftsanteile von Kurt Bial an der Firma "Theodor Pichler, Saphir Handelsgesellschaft" in Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 103, "arisiert" zu haben. Dr. Wilhelm Plankl wurde zur Last gelegt, kommissarischer Verwalter der Firma "Saphir Handelsgesellschaft" und maßgeblich an der "Arisierung" dieses Unternehmens beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Anklage wurde nur gegen Kremel erhoben, welcher am 22.12.1948 zu 18 Monaten Kerker verurteilt wurde.

Bereits am 15.11.1948 war das Verfahren gegen Plankl wegen § 5 StG und § 6 KVG sowie gegen Kremel wegen §§ 8, 10/2 VG und § 1 BGBI. Nr. 6/1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 18. 11.1946 war das Verfahren gegen Kremel wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden. Nach dem Auftauchen neuer Beweismittel wurde das Verfahren gegen Kremel wegen § 6 KVG am 5.11.1947 erneut eingeleitet. Das Verfahren Vg 1d Vr 5680/47 (Dr. Wilhelm Plankl) wurde am 13.1.1948 mit dem gegenständlichen Verfahren vereinigt. [Anm.: Das Verfahren Vg 7d Vr 5680/47 (Dr. Wilhelm Plankl) war am 19.8.1947 aus dem Verfahren Vg 7d Vr 8274/46 (Dr. Wilhelm Plankl u.a.) ausgeschieden worden.]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2724/48
(LG Wien Vg 7d Vr 1801/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1130+1131

DÖW-Signatur: V610/1–17

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 615/50

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich, Wien Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz PFISTER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 3 KVG (Quälerei), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Der Beschuldigte gehörte bereits seit den zwanziger Jahren der NSDAP ("Alter Kämpfer") an. Er war Propagandaleiter in mehreren Ortsgruppen in Niederösterreich und betätigte sich während der "Verbotszeit" als Mitglied der Bezirksleitung Sankt Pölten (Niederösterreich). Im Rahmen seiner Tätigkeit für die Partei erhielt Pfister das Bronzene und Silberne Abzeichen der NSDAP.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.12.1949 wurde Pfister freigesprochen.

Der Oberste Gerichtshof hob am 23.9.1950 das Urteil auf, da durch das Urteil vom 23.12.1949 § 11 VG zum Vorteil des Angeklagten unrichtig angewandt worden war. Die Sache wurde zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das gleiche Volksgericht verwiesen. Am 18.12.1951 wurde das Verfahren gegen Pfister wegen § 11 VG gemäß § 2/4 StPO eingestellt.

Pfister wurde weiters zur Last gelegt, die Wohnung der Olga Sattel bzw. das im selben Haus (Wien VIII., Alserstraße 23) befindliche "Arkaden-Kino" (Eigentümerin: Olga Sattel) "arisiert" zu haben. Die Einstellung des diesbezüglich wegen §§ 3, 4, 6 KVG geführten Verfahrens erfolgte am 8.9.1949 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Am 28.3.1949 war das Verfahren gegen Franz Pfister wegen § 6 KVG aus dem Verfahren Vg 3c Vr 2519/46 (Bernhard Müller u. a.) ausgeschieden und in das gegenständliche Verfahren einbezogen worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 615/50

FStN-Mikrofilm Nr. 1131
DÖW-Signatur: V611/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 8494/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard HONISCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und § 6 KVG ("Arisierung")

Die Anklageschrift legte Honisch zur Last, zwischen Juli 1933 und März 1938 Mitglied der NSDAP sowie Träger des Blutordens und des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP gewesen zu sein. Nach der Annexion Österreichs im März 1938 soll er in Sankt Pölten (Niederösterreich) die Bewachung von "nichtarischen" Geschäften durch SA-Angehörige veranlasst haben, um die "arische" Bevölkerung von Einkäufen abzuhalten beziehungsweise den Verkehrswert der Geschäfte zu senken. Im Jahre 1939 wurde Honisch Ortsgruppenleiter in Sankt Pölten und einige Zeit später zur Mitarbeit in der dortigen Kreisleitung der NSDAP als Kreisorganisationsleiter und Kreispropagandaleiter herangezogen. Im Jahre 1941 wurde er Stadtrat von Sankt Pölten und zum SA-Sturmbannführer befördert. Honisch soll des weiteren im Jahre 1940 die Liegenschaft Schubertgasse 1 in Sankt Pölten (Eigentümer: Wilhelm Müllner) "arisiert" haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.5.1948 wurde in der Hauptverhandlung das Verfahren wegen § 6 KVG ("Arisierung" der Liegenschaft) ausgeschieden. Am 13.5.1948 wurde Honisch wegen § 11 VG verurteilt; das Gericht verhängte allerdings gemäß § 265 StPO keine Strafe.

Honisch wurde überdies die Beteiligung an der "Arisierung" folgender Geschäfte in Sankt Pölten zur Last gelegt:

Frischmann u. Söhne (Kremsergasse); Frischmann (Franziskanergasse); Kohn (Linzerstraße); Kohn (Kremsergasse); Lustig (Linzerstraße); Körner (Domgasse)

Das diesbezügliche Verfahren war bereits am 27.4.1948 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12c Vr 8494/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1131
DÖW-Signatur: V612/1–19

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12d Vr 4453/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: ZivilistInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Georg ETTINGSHAUSEN

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) ,
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG ("Arisierung")

Der Beschuldigte gehörte seit Anfang der dreißiger Jahre der SA und der NSDAP an. Der Jurist erhielt für die kostenlose Verteidigung angeklagter Nationalsozialisten die Ostmarkmedaille. Nach dem "Juliputsch 1934" floh Ettingshausen nach Deutschland. Dort hatte er zuerst den Rang eines SA-Obersturmbannführers inne, stieg allerdings im Laufe der Zeit zum SA-Standartenführer auf. Im März 1938 kehrte Ettingshausen nach Österreich zurück. Ettingshausen wurde des weiteren zur Last gelegt, im August 1944 in Wien die Menschenwürde der Paula Fröhlich verletzt zu haben, indem er sich zynisch über den gewaltsamen Tod ihres Ehegatten im KZ Mauthausen äußerte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 20.2.1948 wurde Ettingshausen zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 30.12.1947 erfolgte die Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß §109 StPO. Im Jahre 1944 soll sich Ettingshausen Bargeld eines inhaftierten Klienten angeeignet haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12d Vr 4453/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1131
DÖW-Signatur: V613/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef EMBERGER

wegen §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 3 KVG (Quälerei) und § 6 KVG ("Arisierung")

Der Beschuldigte galt als "Alter Kämpfer", da er bereits im Oktober 1932 der NSDAP beigetreten war. Ab März 1938 leistete Emberger Hilfsdienste für den örtlichen Kreisleiter der NSDAP. Im Laufe des Krieges stieg er zum Blockleiter und in weiterer Folge zum Zellenleiter auf. Emberger wurde weiters beschuldigt, im Herbst 1938 das Fleischhauergeschäft des Adolf Lampl in Wien-Brigittenau, Klosterneuburgerstraße 48, "arisiert" zu haben. In Zusammenhang mit der "Arisierung" des Geschäftes beziehungsweise der Ausschaltung eines unliebsamen Konkurrenten (Anton Haberler) wurde ihm der Tatbestand des Verbrechens der Quälerei zur Last gelegt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.7.1946 wurde Emberger zu zwölf Jahren schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1131
DÖW-Signatur: V614/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 3848/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppe Wien-Leopoldstadt),
Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert LEHNER u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (§§ 10, Absatz 1 und 3, 11 VG), Quälereien (§ 3 KVG), Verletzung der Menschenwürde (§ 4 KVG), versuchte Denunziation (§ 8 StG, § 7 Absatz 2 KVG), Raub (§§ 190, 192 StG), Diebstahl (§§ 171, 173, 174 I c, IIa StG), Registrierungsbruch (§ 8 VG)

Die Anklageschrift legte Lehner zur Last, als Blockleiter, Zellenleiter, Ortsgruppenwirtschaftsreferent und stellvertretungsweise als Ortsgruppenwohnungsreferent in der Ortsgruppe Leopoldstadt in Wien tätig gewesen zu sein. Im Jahre 1941 soll er in seiner Eigenschaft als Blockleiter Heinrich Hecht misshandelt haben. Gemeinsam mit den Kriminalbeamten Karl Frolik, Griessler und Schuster soll er Robert Porges anlässlich dessen Verhaftung schwer misshandelt haben. Im Jahre 1941 habe Lehner in seiner Eigenschaft als Ortsgruppenwohnungsreferent Frau Alpa zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen. Im Dezember 1944 habe er Friedrich Aufwerber zur zwangsweisen Räumung seiner Wohnung veranlasst. Im Jahre 1938 soll Lehner drei Mal Anzeige gegen Karl Rutschka erstattet haben, weil er an Juden/Jüdinnen Tee verkauft habe. Im Jahre 1941 habe er Anzeige gegen Elfriede Stanek wegen "Führerbeleidigung" erstattet. Des Weiteren soll Lehner im Jahre 1938 (unter anderem im Zuge des "Novemberpogroms 1938") folgenden (bekannten) Personen Wertgegenstände abgenommen haben (zum Teil in Zusammenwirken mit den NSDAP-Parteiangehörigen Franz Klein und Fratschek): Familie Fried (unter Androhung von Gewalt), Herr Mühlrad, Frau Saloschin, Herr Fisch, Herr Herzog und Stefanie Brandl.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 21.1.1948 wurde Lehner wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Das Verfahren gegen Lehner wegen §§ 8, 10 Absatz 2 VG war bereits am 18.10.1947 gemäß Punkt 3 (2), I. Hauptstück, 2. Abschnitt NSG 1947 eingestellt worden.

Das Verfahren gegen Frank KLEIN, FRATSCHEK, Hermann CLEMENS (KLEMENS), GRIESSLER, SCHUSTER und Karl FROLIK war bereits am 7.10.1946 ausgeschieden worden. Ebenfalls am 7.10.1946 war das Verfahren gegen Walter STURM zur Gänze und gegen LEHNER bezüglich § 6 KVG in den Fällen Deutsch und Kohn gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

FStN-Mikrofilm Nr. 1131
DÖW-Signatur: V615/1–18

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20 Vr 7722/60
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Randegg-Prozess), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter, Standgericht)

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen (österreichische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Scheibbs)

Strafverfahren gegen: Josef KRIPSCH u.a.

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Mord als Mitschuldiger (§§ 134, 135 Zahl 4 StG, § 5 StG)

Die Anklageschrift legte Kripsch zur Last, im April 1945 in Scheibbs (Niederösterreich) gemeinsam mit Johann Schrenk (Kreisleiter von Scheibbs) und dem Notar Dr. Nötzl gegen Richard Seidl das Todesurteil in einem ohne gesetzliche Grundlage gebildeten "Standgericht" gefällt und die Vollstreckung des Todesurteils durch ein Exekutionskommando vorsätzlich veranlasst zu haben. Kripsch hatte Mitte April 1945 in Scheibbs eine SD-Außendienststelle eingerichtet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:
Am 6.12.1961 wurde Kripsch freigesprochen.

Im gegenständlichen Verfahren wurde gegen Josef Kripsch auch wegen der Beteiligung an der Ermordung von ungarischen Juden/Jüdinnen zu Kriegsende in der Gegend Göstling, Randegg und Gresten (Niederösterreich) ermittelt. Das diesbezügliche Verfahren wurde am 14.9.1961 gemäß § 57 StPO ausgeschieden.

Im gegenständlichen Verfahren wurde des weiteren gegen Josef HÖBLINGER wegen Beteiligung an der Ermordung von Richard Seidl ermittelt; das diesbezügliche Verfahren wurde am 14.9.1961 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt. Das Verfahren gegen Josef Höblinger wegen der Mitwirkung an der Ermordung von ungarischen Juden/Jüdinnen zu Kriegsende im Gebiet von Scheibbs wurde am 14.9.1961 zum Verfahren 27a Vr 6543/61 mangels Zusammenhanges mit dem Anklagetatbestand gegen Josef Kripsch gemäß § 56 StPO ausgeschieden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20 Vr 7722/60

FStN-Mikrofilm Nr. 1131+1132

DÖW-Signatur: V616/1–27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 20a Vr 1612/57

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, alliierte Kriegsgefangene

Tatland (Tatort): Wien

Strafverfahren gegen: Franz NAHLIK

Josef NOTTNY

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 134 StG (Mord) bzw.
Totschlag (§ 212 RStGB)

Die Anklageschrift vom 6.11.1946 legte Nahlik zur Last, seine Stellung als Meister in der Autofabrik Fross & Büssing in Wien-Brigittenau, Nordbahnstraße, während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ausgenützt zu haben, um ihm unterstellte ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene durch Schläge und Treten mit den Füßen in ihrer Menschenwürde zu kränken.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 26.2.1947 wurde Nahlik wegen § 4 KVG zu 6 Monaten Kerker verurteilt.

Das Verfahren gegen Nahlik wegen § 134 StG war bereits am 3.5.1946 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden. Am 14.11.1946 war das Verfahren gegen Nahlik wegen § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

Am 18.7.1957 wurde Anklage gegen Nottny erhoben, da er im Sommer 1943 einen unbekanntes sowjetischen Kriegsgefangenen, welcher als Zwangsarbeiter in der Autofabrik Fross & Büssing eingesetzt war, vorsätzlich getötet haben soll. Nottny war als Werkschutzmann in diesem Unternehmen tätig.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 4.10.1957 wurde Nottny wegen § 212 RStGB zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Am 20.11.1957 legte Nottny Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil ein. Der OGH gab der Nichtigkeitsbeschwerde am 6.3.1958 Folge, hob das Urteil auf und wies die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an das Erstgericht zurück. Am 17.4.1959 wurde Nottny im wiederaufgenommenen Verfahren freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 20a Vr 1612/57

FStN-Mikrofilm Nr. 1132
DÖW-Signatur: V617/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 5190/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Bruno Rückert

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und § 7 KVG (Denunziation)

Rückert wurde beschuldigt die Firma A.Glücksman&Söhne, Wien XVII Beheimgasse 77, und die dazugehörige Liegenschaft, Wien XVII Pezlgasse 58, arisiert zu haben. Dem Beschuldigten wurde außerdem zur Last gelegt eine Anzeige gegen Dr. Siegfried Knapitsch, in der Absicht ihn durch Denunziation zu schädigen, eingebracht zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 14.6.1949 wurde Rückert vom Vorwurf der missbräuchlichen Bereicherung und der Denunziation gemäß § 259/3 StPO freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 5190/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1132
DÖW-Signatur: V618/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 491/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Polen, Italien

Volksgerichtsverfahren gegen: Odilo GLOBOCNIK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 58 StG (Hochverrat), § 1 KVG (Kriegsverbrechen), §§ 134 , 135 StG (Mord)

Globocnik gehörte der NSDAP ("Alter Kämpfer") und der SS an. Außerdem war er Mitglied des Reichstages, Gauleiter von Wien, Staatssekretär und im Stab des SS-Oberabschnittes Donau tätig. Während des Krieges war Globocnik als Höherer SS- und Polizeiführer von Lublin (Polen) für die Ermordung und Deportation von Millionen Juden/Jüdinnen ("Aktion Reinhard") verantwortlich. Gegen Kriegsende hielt er sich in der oberen Adria-Region auf und verübte im Gebiet von Triest (Italien) zahlreiche Verbrechen. Am 31. Mai 1945 wurde Globocnik von britischen Streitkräften festgenommen und verübte unmittelbar nach seiner Verhaftung Selbstmord.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 25.3.1946 wurde das Verfahren gemäß § 224 StG eingestellt.

Am 20.7.1965 erfolgte die endgültige Einstellung des Strafverfahrens gegen Globocnik gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 491/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1132
DÖW-Signatur: V619/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 1185/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Randegg-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Scheibbs, Randegg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl RESCHINSKY
Ludwig SCHINDL u.a.

wegen (§§): § 1, Absatz 2 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), §§ 5, 134, 135/4 StG (entfernte Mitschuld am Mord) bzw. § 3 KVG (Quälereien und Misshandlung)

Die Anklageschrift vom 16.12.1947 legte Reschinsky zur Last, an der Ermordung von vermutlich 90 bis 100 ungarischen Juden/Jüdinnen (Männer, Frauen und Kinder) durch SS-Angehörige am 15.4.1945 in der Nähe von Randegg (Niederösterreich) beteiligt gewesen zu sein, indem er die Hinrichtungsstätte ausgesucht habe bzw. an Absperrmaßnahmen beteiligt gewesen sei. Gemeinsam mit Ludwig Schindl soll er in den Jahren 1944 und 1945 aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt auf dem Gutshof Wiesent bei Amelsdorf (Niederösterreich) die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter Ignaz und Olga Glück, Sara und David Guttmann, Hella und Ferenc Bruck sowie eine weitere Anzahl namentlich nicht bekannter ungarischer Juden/Jüdinnen gequält und misshandelt haben. Am 27.4.1948 wurde Karl Reschinskys zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt. [Anm.: Das Urteil ist im Gerichtsakt nicht enthalten.]

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Am 10.1.1947 war das gegenständliche Verfahren gegen Alois MAURER, Johann GRUBMAYR, Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL aus dem Verfahren Vg 3c Vr 2092/45 (Vinzenz PETERMANN u.a.) gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden.

Am 9.5.1947 war das Verfahren gegen Alois Maurer und Johann Grubmayr wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden.

22.12.1947: Einbeziehung des Verfahrens Vg 2d Vr 1186/47. [Anm.: Dieses Verfahren ist im gegenständlichen Gerichtsakt nicht enthalten.]

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 1185/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1132
DÖW-Signatur: V620/1–29

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27b Vr 4229/62

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Deportationsprozess, Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Deutschland

Strafverfahren gegen: Dr. Gerhard BAST
Dr. Friedrich MAYER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
entfernte Mitschuld am Mord (§§ 5, 134, 135/3 StG)

Mayer war von Frühjahr 1943 bis Kriegsende unter der Bezeichnung Regierungsrat als Stellvertreter des Behördenleiters der Gestapoleitstelle Münster (Deutschland) tätig. Sein Vorgänger war Gerhard Bast. Dienststellenleiter war von Oktober 1942 bis Kriegsende der frühere Oberregierungsrat Alexander Landgraf. Bast und Mayer wurde die entfernte Mitschuld an der Exekution von "Fremdarbeitern" aus Polen, Russland und der Ukraine im Zeitraum April 1943 bis März 1945 im Geschäftsbereich der Staatspolizeileitstelle Münster zur Last gelegt. Des weiteren sollen sie an nachstehenden Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus dem Bezirk der Gestapo-Außenstelle Bielefeld nach Riga, Auschwitz und Theresienstadt beteiligt gewesen sein:

- * Deportation von mindestens 200 Menschen Anfang Dezember 1941 nach Riga
- * Deportation von mindestens 200 Menschen am 29.7.1942 nach Theresienstadt
- * Deportation von mindestens 200 Menschen am 3.3.1943 nach Auschwitz
- * Deportation von vermutlich 80 Menschen etwa im August/ September 1944 nach Theresienstadt
- * Deportation einer unbestimmten Anzahl von Menschen nach Theresienstadt am 30. 2. 1945

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 1.3.1963: Einstellung des Verfahrens gegen Gerhard Bast gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 19.8.1966: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich Mayer gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27b Vr 4229/62

FStN-Mikrofilm Nr. 1132+1133

DÖW-Signatur: V621/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27b Vr 8508/62 Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Kriegsverbrecherprozess, Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: Roma, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Jugoslawien (Pancevo)

Strafverfahren gegen: Otto KOPPITSCH

Karl GRABNER

Robert HABISAN

wegen (§§): §§ 134, 135 StG (Mord, gemeiner Mord)

Den Beschuldigten wurde zur Last gelegt, im Herbst 1941 in Pancevo (ehem. Jugoslawien) an der Ermordung von 200 Juden/Jüdinnen und Angehörigen der Roma und Sinti beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Das Verfahren gegen Koppitsch, Grabner und Habisan wurde am 17.12. 1964 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] eingestellt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27b Vr 8508/62

FStN-Mikrofilm Nr. 1133
DÖW-Signatur: V622/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 855/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg SCHOBER
Johann NEUBAUER
Johann RIEBENBAUER
Franz STICH

wegen (§§): §§ 10, Absatz 1, 11 VG (Illegalität) bzw. § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)

Illegalität (Schober und Neubauer). Schober, Neubauer und Riebenbauer wurde zur Last gelegt, am 10. November 1938 in die Wohnung des Ehepaares Wilhelm und Aloisia Burian eingedrungen zu sein. Der ebenfalls anwesende Sohn Franz Burian soll von Neubauer mit einem Revolver bedroht worden sein. Wilhelm Burian wurde verhaftet, mit zahlreichen anderen Juden/Jüdinnen in einem bereitgestellten Lastwagen in das Gasthaus Stich gebracht und anschließend von der Polizei 14 Tage grundlos in Haft gehalten.
"Novemberpogrom 1938"

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 13.2.1948 wurde Riebenbauer zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Schober wurde freigesprochen.

Das Verfahren gegen Neubauer war in der Hauptverhandlung am 13.2.1948 gemäß § 57 StPO ausgeschieden worden. Am 2.3.1948 wurde Neubauer zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

- 4.6.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Schober wegen § 6 KVG ("Arisierung" des Hauses von Gustav Kantor in Wien XXI., Anton Boschgasse 26) und wegen der Anzeigefakten Kantor gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Riebenbauer wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 19.3.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Stich gemäß § 412 StPO.
- 13.12.1955: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Fortsetzung des Verfahrens gegen Stich wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG.
- 31.10.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Stich wegen § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 13.4.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Stich wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 855/55
(LG Wien Vg 4a Vr 5281/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1133
DÖW-Signatur: V623/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 2594/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf ROGLER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 7 KVG (Denunziation)

Von 1938 bis 1944 war Rogler provisorischer Blockleiter in Floridsdorf und galt als "Scharfmacher" und "Antisemit". Die Anklageschrift legte Rogler des Weiteren zur Last, Julius Hellmer in Wien bei der Gestapo angezeigt zu haben, da er "mit Juden/Jüdinnen verkehre und sich kommunistischer Umtriebe schuldig mache".

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 1.4.1946 wurde Rogler zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

9.2.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG (gewaltsame Vertreibung der Burgschauspielerin Lilly Karoly aus ihrer Wohnung) und wegen § 7 KVG (in den Fällen Auguste Buchberger und Alois Hackenschmidt) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 2594/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1133
DÖW-Signatur: V624/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 30 Vr 8337/58
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Deutschland (Homburg)

Strafverfahren gegen: Felix LEITHNER

wegen (§§): § 134 StG (Mord)

Leithner wurde beschuldigt, als SS-Obersturmführer Ende April 1945 in Höchsten-Rubacker, Gemeinde Homburg (Deutschland) den Befehl zur Erschießung von August Braun und einem unbekanntem deutschen Soldaten, welche sich vermutlich unerlaubt von ihrer Truppe entfernt hatten, gegeben zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

7.7.1959: Einstellung des Verfahrens gegen Leithner gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 30 Vr 8337/58

FStN-Mikrofilm Nr. 1133
DÖW-Signatur: V625/1–7

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27a Vr 844/65
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzgruppen/Einsatzkommandos)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich, Tschechische Republik, Polen

Strafverfahren gegen: Benno MATTEL
Erwin STADLER

wegen (§§): §§ 134ff. StG (Mord)

Mattel wurde beschuldigt, im April 1938 an Judenpogromen in Mödling (Niederösterreich) beteiligt gewesen zu sein. Später soll er in der Kreispropagandaleitung gearbeitet und in weiterer Folge eine besondere Funktion in der Gaupropagandaleitung Wien ausgeübt haben. Im November 1938 soll er gemeinsam mit Adolf Eichmann die Judenverfolgungen in der Slowakei vorbereitet haben. Nach der Besetzung der "Rest-Tschechei" im Frühjahr 1939 habe er als Angehöriger des Stabes Heydrich an Erschießungen teilgenommen. Stadler wurde zur Last gelegt, im Jahre 1938 im Stab der Kreisleitung Mödling ein enger Mitarbeiter Mattels u. später dessen Vorgesetzter gewesen zu sein. Des weiteren soll er für die Mehrheit der Judenpogrome in Mödling verantwortlich und als SS-Angehöriger an der Ermordung von Juden/Jüdinnen in Polen beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 22.7.1966: Einstellung des Verfahrens gegen Benno Mattel gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 7.4.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Stadler gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27a Vr 844/65

FStN-Mikrofilm Nr. 1133
DÖW-Signatur: V626/1–27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27b Vr 4726/62

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Kulmhof-Prozess, Polizei

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen

Strafverfahren gegen: Johann HEILBRUNNER
Josef PEHAM
Josef STEINBAUER
Josef ISLINGER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Mitschuld am Mord (§§ 5, 135 StG bzw. §§ 5, 134, 135 StG)

Den Beschuldigten wurde zur Last gelegt, als Angehörige eines als Sonderkommando im Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno) eingesetzten Polizeiwachtkommandos in den Jahren 1942 und 1943 an der Ermordung jüdischer Häftlinge beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

23.7.1964: Einstellung des Verfahrens gegen Josef Peham wegen §§ 5, 134, 135 StG und gegen Johann Heilbrunner, Josef Steinbauer und Josef Islinger wegen §§ 5, 134 StG gemäß 90 StPO.

Ebenfalls im Akt enthalten:

- * Abschrift Anklageschrift der Oberstaatsanwaltschaft Bonn gegen Gustav Laab der s u.a. vom 5.7.1962 (LG Bonn 8 Js 180/61)
- * Abschrift des Urteils des LG Bonn gegen Gustav Laabs u.a. vom 30.3.1963 (LG Bonn 8 Ks 3/62)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27b Vr 4726/62

FStN-Mikrofilm Nr. 1133+1134

DÖW-Signatur: V627/1–14

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 1268/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess (Auslieferungsverfahren Polen, abgelehnt)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen, UdSSR

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois GSCHWANDTNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Auslieferung an Polen

Gschwandtner wurde zur Last gelegt, in den Jahren 1939 bis 1945 Angehöriger der Gestapo und des SD in Krakau und Lemberg gewesen zu sein und als solcher an der Ermordung von Polen und Juden/Jüdinnen in Krakau und Lemberg teilgenommen zu haben. Des weiteren soll er an Massen- und Einzelverhaftungen sowie an der Misshandlung und Quälerei von Polen und Juden/Jüdinnen beteiligt gewesen sein.

[Anm.: Gegen Gschwandtner war beim LG Wien zu Vg 5a Vr 6745/46 ein Strafverfahren wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 1, 3, 4 KVG anhängig, in welchem er unter anderem beschuldigt worden war, im Jahre 1939 in Wien und Krakau als Angehöriger der Gestapo aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt mehrere Juden/Jüdinnen und Emilie Rosdolsky in einen qualvollen Zustand versetzt zu haben. Während das Verfahren wegen § 1 KVG am 17.2.1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] eingestellt worden ist, wurde Gschwandtner in Ansehung aller übrigen Anschuldigungen zwar angeklagt, am 23.11.1948 jedoch freigesprochen.]

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.5.1949: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO im Verfahren Vg 5a Vr 6745/46 und Ausscheidung in das gegenständliche Verfahren.

23.6.1952: Beschluss der Ratskammer des LG Wien über die Ablehnung der Auslieferung von Gschwandtner.

Mitteilung des OLG Wien vom 20.9.1952: Das Bundesministerium für Justiz genehmigt nach Einholung einer Stellungnahme der zuständigen amerikanischen Besatzungsbehörden den Beschluss des OLG Wien vom 7.7.1942 über Ablehnung des Auslieferungsantrags.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 1268/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V628/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 6934/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Klosterneuburg-Weidling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Emilie RATH
Anton MUSINA
Friedrich CECH

wegen (§§): §§ 10 bzw. 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung)

Die Anklageschrift vom 1.4.1946 legte Emilie Rath neben der Illegalität zur Last, "in den ersten "Umbruch"stagen 1938, bevor die deutschen Truppen Wien erreichten", mit unbekanntem SA-Angehörigen in die Villa der Familie Herzer und in die Villa des Rechtsanwaltes Dr. Weissel in Weidling bei Klosterneuburg (Niederösterreich) gewaltsam eingedrungen zu sein und sich an der Zerstörung der Einrichtung dieser Villen beteiligt zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 29.7.1946 wurde Rath zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Gegen Friedrich Cech wurde am 24.3.1949 Anklage erhoben. Neben dem Vorwurf der Illegalität wurde er beschuldigt, in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP durch das gewaltsame Eindringen in die Villa Herzer in Weidling "in den ersten "Umbruch"stagen des Jahres 1938" Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen zu haben.

Am 10.6.1949 wurde Cech zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt. In der Hauptverhandlung war der Beschluss auf Ausscheidung des Faktums Herzer zwecks Vernehmung der nicht erschienenen Zeugin Ella Herzer gefaßt worden.

6.12.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton MUSINA wegen § 11 VG und §§ 3, 6 KVG und Abtretung an das Volksgericht Linz zur Einbeziehung in Vg 8 Vr 5141/46.

5.4.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Cech wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 6934/47
(LG Wien Vg 2a Vr 5368/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V629/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 680/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen (österreichische)
Tatland (Tatort): Wien (Hernals)

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard RENNER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung) und § 8 VG (Registrierungsbetrug)

Dem Beschuldigten wurde zur Last gelegt, der NSDAP bereits zwischen Juni 1933 und März 1938 angehört zu haben. Während der NS-Zeit soll er mehrere Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen haben. So legte ihm die Anklageschrift zur Last, sich im Mai 1938 im Milchgeschäft der Olga Blechinger, Wien XVII, darüber lautstark beschwert zu haben, dass die Inhaberin Milch an eine Jüdin namens Popper verkaufe. Die derart eingeschüchterte Besitzerin verlangte daraufhin die bereits ausgegebene Milch wieder zurück. Im Sommer 1940 oder 1941 soll sich ein ähnlicher Vorfall in der Konditorei der Anna Lustig, Wien XVII, abgespielt haben. Emilie Frühbauer, die Bäckereien einkaufen wollte, soll von Renner angefahren worden sein, weil sie nicht mit "Heil Hitler" begrüßt habe. Die Verkäuferin weigerte sich daraufhin, Waren an Frau Frühbauer zu verkaufen.

Weiters wurde dem Beschuldigten zur Last gelegt, Wilhelm Dörner, den ehemaligen Ortsgruppenleiter der Vaterländischen Front, an seinem Arbeitsplatz aufgesucht und seine Einweisung in das KZ Dachau gefordert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 11.11.1946 wurde Renner wegen §§ 10, 11 VG und § 8 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Anmerkung: interessanter § 11-Prozess

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 680/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V630/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 135/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann (Hans) GOLL
Therese KLEINMOND
Helene SCHINDLAUER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Schindlauer war seit 5.9.1939 als Vermittlerin in der "Juden/Jüdinnenvermittlung" des Arbeitsamtes in der Hermannsgasse, Wien VII, tätig. Die Anklageschrift legte der Beschuldigten zur Last, Personen, die nach den "Nürnberger Rassegesetzen" als Juden/Jüdinnen galten, nicht nur beschimpft, sondern ihnen auch mit der Gestapo oder der Verschickung nach Polen gedroht zu haben. Kranke Menschen soll sie an auswärtige Dienststellen vermittelt haben. Folgende Personen sollen durch Schindlauer beschimpft und in einen qualvollen Zustand versetzt worden sein: Margarete Würll, Helene Blaschich, Margarete Weiss und Trude Moik.

Goll gehörte der NSDAP bereits seit Mai 1933 an und leitete während des Krieges die Ortsgruppe "Märzstraße". Außerdem war er Leiter des jüdischen Arbeitsamtes in der Hermannsgasse, Wien VII und soll aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt, Menschen in einen qualvollen Zustand versetzt haben, indem er ihre Einweisung in ein KZ veranlasste.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 18.4.1947 wurde Schindlauer zu 2 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

- 17.10.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Johann Goll gemäß § 412 StPO. Ausscheidung des Verfahrens gegen Therese KLEINMOND wegen § 4 KVG.
- 10.2.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Schindlauer wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 23.8.1955: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Goll gemäß § 412 StPO.
- 9.6.1960: Einstellung des Verfahrens gegen Goll wegen §§ 3, 7 KVG gemäß §§ 13, 16 NS-Amnestiegesetz 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 135/55 (LG Wien Vg 2a Vr 4257/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V631/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 5384/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess,

Opfer: Juden/Jüdinnen, alliierte Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Wien (Neubau), Niederösterreich (Imbach)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann EHRlich
Leopold EHRlich

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Arisierung der Holzwarenfabrik Adolf Stulz AG in Imbach bei Krems/Donau (Niederösterreich) und eines dazugehörigen Büros in Wien VII, Kaiserstrasse 45, durch die Brüder Ehrlich im Jahr 1939. Leopold Ehrlich war Werkmeister in der Firma und soll russische Kriegsgefangene misshandelt und einheimische ArbeiterInnen wegen Kontakts zu den Kriegsgefangenen bedroht haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.10.1948: Einbeziehung des Aktes Vg 2a Vr 5592/46 (gegen Johann Ehrlich) wegen der gleichen Fakten in das gegenständliche Verfahren.

6.12.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Ehrlich wegen §§ 4, 6 KVG und Johann Ehrlich wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 5384/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V632/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1467/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Retz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Viktor SALINGER
Karl SCHNEIDER
Franz NEUDITSCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation

Die drei Angeklagten arbeiteten am Postamt Retz (Niederösterreich). Die ebenfalls dort beschäftigte Helene Seher äußerte sich mehrmals abfällig über Auszeichnungen für Soldaten, Spenden und eine Großkundgebung. Laut Anklageschrift sollen die drei Beschuldigten aus politischer Gehässigkeit Seher beim Ortsgruppenleiter denunziert haben. Seher wurde deswegen nach § 2 Heimtückegesetz zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dem Beschuldigten Salinger wurde weiters zur Last gelegt, Blockleiter und später Zellenleiter in Retz (Niederösterreich) gewesen zu sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.5.1946 wurde Salinger wegen § 7 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers und Neuditsch wegen § 7 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Am 15.7.1957 wurde das Verfahren gegen Schneider wegen § 7 KVG gemäß § 227 StPO eingestellt.

27.2.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Salinger wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1467/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V633/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 369/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Dachau-Prozess (Medizinverbrechen)

Opfer: Roma
Tatland (Tatort): Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Wilhelm Beiglböck

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) u. § 3 KVG
(Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung und Misshandlung von Angehörigen der Roma und Sinti.

Beiglböck leitete ab Sommer 1944 die Luftwaffenversuchsstation im KZ-Dachau. Dem Beschuldigten wurde zur Last gelegt, Experimente mit Meerwasser an Roma und Sinti durchgeführt zu haben, die zum Tod oder zu schwerer Gesundheitsschädigung der Betroffenen führten.

Im November 1946 wurde Beiglböck aus dem Grazer Landesgericht nach Nürnberg überstellt und im zweiten Nürnberger-Prozess ("Ärzte-Prozess") zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Beiglböck gehörte der NSDAP seit Juni 1933 an und war seit 1934 aktives Mitglied der SA. Von 1935-1937 leitete er die illegale Zelle an der I. Medizinischen Universitätsklinik. Er galt als "verdienter und einsatzbereiter Nationalsozialist".

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

14.7.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

14.10.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 369/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V634/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 203/55 (Vg 8a Vr 385/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Christian NICOLL

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Quälerei und Misshandlung von Gefangenen durch Gestapo-Beamte.

Der Beschuldigte war als Kriminalrat bei der Gestapoleitstelle Wien tätig und soll über Misshandlungen von Gefangenen durch seine Beamten informiert gewesen sein bzw. als Vorgesetzter nichts dagegen unternommen haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

22.11.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

30.6.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Nicoll wegen des von den beiden Zeugen Franz und Matthias Kaufmann geschilderten Faktums gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]

30.6.1951: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Nicoll im Übrigen gemäß § 412 StPO.

9.5.1955: Fortsetzung des gegenständlichen Verfahrens unter Vg 8e Vr 203/55

8.9.1955: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

2.4.1957: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestiegesetz 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 203/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V635/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 446/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition (Menschen, die Juden/Jüdinnen halfen), Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Annemarie PAROBK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation

Die Beschuldigte arbeitete als Bedienerin bei Franziska Großmuck, die bei sich den aus "rassischen" Gründen verfolgten Ewald Stransky – er war "Mischling" – beherbergte. Alexander Ehrenfeld, ein Freund Stranskys, versorgte die beiden mit Lebensmitteln. Parobek wurde beschuldigt, die genannten Personen angezeigt zu haben. Stransky wurde verhaftet und in das KZ Buchenwald gebracht.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.9.1945: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

11.9.1945: Fortführung des Verfahrens wegen § 7 KVG.

1.12.1945: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 446/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1134
DÖW-Signatur: V636/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 2395/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef PECHA

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation) und
§ 185 StG (Teilnehmung am Diebstahl)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Teilnehmung am Diebstahl

Pecha betrieb gemeinsam mit seiner Frau das Bordell "Madame Yvonne". Das Lokal wurde u.a. auch von Bican, Turian, Obermayer, Lukas, Nekam, Weber und Naller, die "Juden/Jüdinnentransporte" nach Polen begleiteten, besucht. Der Beschuldigte soll von ihnen Schmuck und Gold erworben und Handel damit betrieben haben.

Des Weiteren wurde Pecha zur Last gelegt, zwei namentlich nicht bekannte Männer denunziert zu haben und damit für ihre Einweisung in das KZ-Mauthausen verantwortlich zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.1.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Pecha gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 2395/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V637/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 5006/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GECZE

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte galt als überzeugter und fanatischer Nationalsozialist. Die Anklageschrift legte ihm zur Last, aus politischer Gehässigkeit eine unbestimmte Anzahl von Juden/Jüdinnen in einen qualvollen Zustand versetzt und empfindlich misshandelt zu haben. Des Weiteren wurde Gecze vorgeworfen, Therese Häusler und Maria Neumann in ihrer Menschenwürde gekränkt und beleidigt zu haben. Im Jahr 1940 soll er die Wohnung der Emma Neumann in Wien II, Ferdinandstrasse 17/23, arisiert haben. Matthias Weiss und Eduard Schramm soll er durch Denunziation bewusst geschädigt haben. Schramm verbüßte eine mehrjährige Haftstrafe.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 2.5.1947 wurde Gecze wegen §§ 3, 4 KVG und wegen der vollendeten und versuchten Denunziation (§ 7 KVG) zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Vom Vorwurf der missbräuchlichen Arisierung (§ 6 KVG) wurde er freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 5006/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V638/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 3596/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf RONOVSKY

wegen (§§): §§ 10,11 VG (Illegalität), § 8 VG (Registrierungsbetrug) und §§ 3,4 KVG (Quälerei, Misshandlung u. Verletzung der Menschenwürde, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Angeklagte gehörte der NSDAP und der SA bereits in der "Verbotszeit" an. Seit Sommer 1938 versuchte Ronovsky aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt, die Jüdin Rotkopf aus ihrer Wohnung in Wien XVIII, Hildebrandgasse 40/7 zu drängen. Am 9. November 1938 drang Ronovsky in Begleitung einiger SA-Leute in die Wohnung ein, räumte Einrichtungsgegenstände aus und stellte sie auf der Strasse ab. Dem Beschuldigten wurde zur Last gelegt, Frau Rotkopf in einen qualvollen Zustand versetzt und in ihrer Menschenwürde gekränkt zu haben. (Novemberpogrom 1938)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.6.1946: Ausweitung des Strafverfahrens auf §§ 3,4 KVG.

31.10.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 8 VG bzw. wegen §§ 3,4 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 3596/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V639/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 789/55 (Vg 8b Vr 525/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter), "Reichskristallnacht"-Prozess,
Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien;

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz IBASCHITZ
Franz TAUSCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG (Arisierung), § 7 KVG (Denunziation) und § 166 StG (Brandlegung)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Funktion im NS-Regime

Ibaschitz war seit 1932 Mitglied der NSDAP und in weiterer Folge Ortsgruppenleiter ("Kaiser von Meidling").

Franz Tausch wurde beschuldigt, Bezirksleiter der NSDAP in Meidling gewesen zu sein.

Verletzung der Menschenwürde, Misshandlung

Die Anklageschrift legte dem Beschuldigten zur Last, während der NS-Herrschaft zahlreiche Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen zu haben. So soll er aus politischer Gehässigkeit den Gatten der Hedwig Weisch und das Ehepaar Taussig in einen qualvollen Zustand versetzt bzw. die Gattin des Apothekers Kirschen misshandelt haben.

In Zusammenhang mit dem "Novemberpogrom 1938" soll er an Brandanschlägen auf Synagogen (Mittersteig und Storchengasse) beteiligt gewesen sein.

Arisierung

Des Weiteren wurde Ibaschitz beschuldigt, die Wohnung des Ehepaares Taussig in Wien XII, Zenogasse 5/17, arisiert und den Lokalbesitzer Alois Husak denunziert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.6.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Franz Ibaschitz wegen § 6 KVG gemäß 109 StPO.

6.8.1946: Verurteilung Ibaschitz' wegen §§ 10, 11VG und § 7 KVG zu 11 Jahren schweren Kerkers.
Freispruch als Angeklagter wegen §§ 3, 4 KVG und § 166 StG gemäß § 259/3 StPO.

18.1.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Tausch gemäß § 412 StPO.

22.7.1955: Fortsetzung des gegenständlichen Verfahrens unter Vg 8e Vr 789/55.

4.11.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Tausch wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 789/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V640/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 1422/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: dt. Polzisten
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hugo ROIGK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation

Der Angeklagte gehörte der NSDAP bereits während der "Verbotszeit" an und war außerdem noch Mitglied des NSKK.

Roigk besaß in Wien mehrere Liegenschaft (Häuser und Garagen). Mit einem Mietervertreter ("Hausvertrauensmann"), dem Polizeiwachmeister Karl Bauer, geriet er in Streit. In weiterer Folge behauptete Roigk, dass Bauer Kommunist sei und erstattete Anzeige.

24.1.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG zu sechs Monaten schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 1422/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V641/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 2326/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen (polnische, sowjetische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Herzogenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Franz KOLLER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Ostarbeitern

Franz Koller war in der Schlosserwarenfabrik und Tempergiesserei der Gebr. Grundmann in Herzogenburg (Niederösterreich) als Gießereileiter beschäftigt. Dem Beschuldigten wurde vorgeworfen zwischen Mai 1942 und April 1945 Ostarbeiter aus verschiedensten Gründen geschlagen bzw. geohrfeigt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.7.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 2326/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V642/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 2856/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich Randegg

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Max MALLY
(im Akt auch Maly genannt)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Der Angeklagte war Leiter des Fohlengestüts in Perwarth bei Steinakirchen am Forst (Niederösterreich). Für seine Verdienste um die illeg. NSDAP (Spenden) wurde er als "Altparteigenosse" anerkannt und erhielt die Ostmarkmedaille. Nach der Besetzung Österreichs betätigte sich Mally als Ortsgruppenschulungsleiter. Von 1940 bis Mai 1945 war er Ortsgruppenleiter von Randegg (Niederösterreich).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.4.1948: Ausscheidung Mallys wegen §§ 10, 11 VG aus dem Verfahren Vg 3c Vr 2092/45 (gegen Ernst Burian, Josef Kracker-Semmler u.a. wegen § 1 KVG, 134 StG und §§ 10, 11 VG)

3.8.1948: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 2d Vr 2856/48

Der vorliegende Akt enthält auch Aussagen zu den Vorgängen rund um das Massaker an 80 Juden/Jüdinnen im Schliefaugraben bei Randegg (Niederösterreich).

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V643/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 3046/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Rust)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul OSTERSEHER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Dem Beschuldigten wurde zur Last gelegt, Mitglied der NSDAP ("Alter Kämpfer") und der SA gewesen zu sein. Weiters soll er in Rust (Burgenland) an der Plünderung von Geschäften (u.a. des Wirkwarengeschäftes Löwy) und an der Verfolgung von Juden/Jüdinnen beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

7.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Osterseher wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 3,6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 3046/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V644/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 6794/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien, Tschechische Republik

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef REGELBERGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (Politischer Leiter der NS-Polizeigruppe "Gersthof 2").

Der Beschuldigte war Rayonsinspektor bei der Wiener Polizei und von Mai 1931 bis März 1938

Politischer Leiter der NS-Polizeigruppe "Gersthof 2".

Im August 1938 trat er der SS bei. Während des Krieges war Regelsberger als Kriminalsekretär bei der Gestapo in Wien und Brunn beschäftigt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

21.1.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 6794/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V645/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 7815/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Kriegsverbrecherprozess

Opfer:

Kriegsgefangene (italienische oder kroatische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Leobersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf HERTEL

wegen (§§): § 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) und
§§ 5, 134 StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung an der Ermordung von drei italienischen Kriegsgefangenen in Leobersdorf (Niederösterreich)
Hertel war Reichsdeutscher und arbeitete als Ingenieur in der Leobersdorfer Maschinenfabrik.
Der Beschuldigte wurde verdächtigt am Ostersonntag 1945 als Kompanieführer einer Gruppe von
Volkssturmmännern den Befehl zur Exekutierung von drei italienischen Kriegsgefangenen erteilt zu
haben, obwohl nur der Vorwurf des Diebstahls von Waffen und der Plünderung erhoben worden
war und kein Urteil eines zuständigen Gerichtes vorlag .

Anmerkung: Laut Aussage eines Zeugen könnte es sich bei den Ermordeten auch um 3 Kroaten gehandelt
haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 8.12.1947: Ausdehnung des Verfahrens (Vg 4f Vr 5142/45 gegen Lexa u.a.) auf den Beschuldigten
Hertel wegen § 1 KVG und §§ 5, 134 StG. Ausscheidung des Beschuldigten aus dem
Verfahren und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 6b Vr 7815/47.
- 11.12.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
- 12.9.1957: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 13 NS-Amnestiegesetz 1957. Das
Verfahren bleibt gemäß § 412 StPO abgebrochen.
- 27.4.1960: Abbruch des Verfahrens bleibt weiterhin gemäß § 412 StPO bestehen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 7815/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V646/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8a Vr 2165/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Böheimkirchen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz RAMSL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität) und § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung des Landwirtes Franz Nagl in Böheimkirchen (Niederösterreich).

Ramsl gehörte während der "Verbotszeit" der SS an und erhielt für seine Verdienste die Ostmarkmedaille. Als Mitglied der Ortsgruppe Böheimkirchen (Niederösterreich) nahm er im März 1938 gemeinsam mit dem SS-Mann Karl Schönweiler aus politischer Gehässigkeit den Landwirt Franz Nagl – er war Mitglied der Vaterländischen Front und der Ostmärkischen Sturmcharen – widerrechtlich fest und misshandelte ihn.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 24.6.1946 wurde Ramsl wegen § 11 VG und § 4 KVG zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8a Vr 2165/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V647/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11c Vr 6745/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Kriegsverbrecherprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess, Auslieferungsverfahren

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen (polnisch)
Tatland (Tatort): Wien, Polen (Kattowitz, Königshütte, Krakau, Warschau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois GSCHWANDTNER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 1 KVG (Verbrechen gegen die Menschlichkeit), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)
und § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, bereits zwischen 1933 und 1938 Mitglied der NSDAP und der SS gewesen zu sein. Er war Sicherheitswachebeamter und kam nach dem Anschluss als Kriminalbeamter ins Judenreferat (Ref. IIb 4) der Gestapo Wien. Im Rahmen des "Novemberpogroms 1938" führte er Hausdurchsuchungen und Verhaftungen durch.

Misshandlung/Beleidigung/Kränkung:

Während des Krieges war Gschwandtner bei der Gestapo in Kattowitz, Königshütte und Krakau (Polen) tätig. Der Angeklagte stand unter Verdacht in Wien und Polen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt mehrere Juden/Jüdinnen u.a. auch Dr. Roman und Emilie Rodolsky (richtig: Rosdolsky) in einen qualvollen Zustand versetzt zu haben.

Beteiligung an der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes 1944:

Gschwandtner befand sich während des Aufstandes im August 1944 in Warschau. Er stand deshalb auch unter Verdacht gegen die polnische Zivilbevölkerung vorsätzlich Handlungen begangen und veranlasst zu haben, "die den Anforderungen der Menschlichkeit und den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts widersprachen".

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 17.2.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 23.11.1948: Freispruch wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen). Einstellung des Verfahrens nach § 8 VG gemäß den Übergangsbestimmungen des VG 47.
- 4.5.1949: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO (von Polen 1948 beantragt). Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens aus dem gegenständlichen Verfahren (Vg 11c Vr 6745/46) und Anlegung eines neuen Aktes (Vg 5a Vr 1268/49).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11c Vr 6745/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V648/1–32

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1175/49 (Vg 4 Vr 202/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo Eisenstadt), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Misshandlung und Beraubung von Gefangenen),
Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen (österreichische, ungarische), Häftlinge
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich KNOTH
und andere ehem. Angehörige der Gestapo Eisenstadt

I. Verfahren (Vg 4 Vr 202/46)

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 10, 11 VG (Illegalität), § 1/2 KVG (Verbrechen gegen die
Menschlichkeit), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung), § 7 KVG (Denunziation) und § 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Angeklagte Knoth war SS-Sturmführer in der SS-Standarte 89 ("Holzwebern"). Er gehörte ab
1938 der Gestapo Eisenstadt als Kriminalsekretär an, war im "Judenreferat" beschäftigt und soll
für die Deportation zahlreicher Juden/Jüdinnen ins KZ Theresienstadt verantwortlich sein.
Gemeinsam mit dem Chef der Gestapo Eisenstadt Pöllhuber und Dr. Weymann (Ärztchef im
Stab der Kreisleitung Eisenstadt) – als Mitbeteiligte – stand Knoth unter Verdacht als Haupttäter
für den gewaltsamen Tod des Oberamtsmannes Prieler in Schützen/Geb. (Burgenland)
verantwortlich zu sein.

Im Jahre 1942 wurde die Magisterin Elisabeth Mnestian (geb. Fleischmann) wegen ihrer
"nichtarischen" Abstammung von der Gestapo verhaftet und in das KZ Theresienstadt deportiert.
Knoth soll sich im Rahmen einer Hausdurchsuchung gemeinsam mit Pöllhuber und Hauke,
Schmuck und andere Wertsachen angeeignet haben. Die Wohnung (Eisenstadt, Hauptstraße 16)
beschlagnahmten Pöllhuber und Hauke.

Elisabeth Schiavon beschuldigte Knoth, ihr während eines Verhörs Schmuck und persönliche
Habseligkeiten gestohlen zu haben.

Folgende Personen belasteten den Angeklagten, sie im Rahmen von Verhören misshandelt und in
einen qualvollen Zustand versetzt zu haben: Oswald Kämmerer, Gregor Grohal, Josef Wild, Ernst
Lipp, Ernst Gabriel, Adalbert Lörincz und Franz Pronai. Josef Wild starb an den Folgen der
Misshandlung im Oktober 1944. Außerdem soll Knoth noch zahlreiche namentlich nicht bekannte
ungarische Juden/Jüdinnen misshandelt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.4.1946: Ausweitung des Verfahrens gegen Knoth wegen § 6 KVG.

26.7.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Knoth wegen § 6 KVG und § 1 KVG gemäß 109 StPO.

Einstellung des Verfahrens gegen Pöllhuber, Dr. Weymann und Knoth wegen § 134 StG (Mordfaktum Prieler) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Dr. Weymann in Richtung § 3 KVG.

11.3.1949: Freispruch des Angeklagten Knoth wegen §§ 10,11 VG und § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen). Hinsichtlich § 8 VG behält sich die Staatsanwaltschaft Wien die Verfolgung nach § 263/2 StPO vor.

II. Verfahren (Vg 1a Vr 1175/49)

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug und Illegalität

Der Angeklagte Knoth gehörte bereits in der "Verbotszeit" der NSDAP an und wurde 1938 als "Altparteigenosse" anerkannt. 1947 machte er anlässlich seiner Anmeldung zur Registrierung von Nationalsozialisten unvollständige und unrichtige Angaben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

2.6.1949: Einleitung der Voruntersuchung gegen Knoth wegen §§ 8, 10/2 VG.

24.10.1949: Bitte des Angeklagten um Einstellung des anhängigen Vg-Verfahrens gemäß Art 65, Abs. 2 lit.c BVG.

29.3.1950: Einstellung des gegen Knoth wegen §§ 8, 10/2 VG anhängigen Vg-Verfahrens (laut Entscheidung der gemäß § 7 KVG 1947 im BM f. Inneres errichteten Beschwerdekommission).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8b Vr 6193/47

Das Verfahren Vg 4 Vr 202/46 enthält auch Hinweise zu Angehörigen der Gestapo Eisenstadt und zu Mitgliedern des Sturm 7/89 der SS-Standarte 89 ("Holzweber").

20.11.1946: Einbeziehung der Strafsache Vg 7c Vr 482/46 (betreffend Edmund Brauner; Kreisleiter d. NSDAP) und der Strafsache Vg 7a Vr 2972/46 (betreffend Dr. Emilian Weymann) in das gegenständliche Vg-Verfahren (Vg 4 Vr 202/46). Ausdehnung der Voruntersuchung gegen N. Sperlich (in der Kreisleitung als Verwaltungsleiter beschäftigt), gegen Brauner wegen § 1 KVG und § 134 StG und gegen Josef März wegen § 7 KVG.

13.8.1947 Beschluss der Ratskammer Wien: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Weymann wegen § 11 VG u. § 1, 3 KVG aus dem gegenständlichen Vg-Verfahren (Vg 4 Vr 202/46) und Errichtung eines neuen Aktes unter Vg 4 Vr 6004/47.

Ausscheidung des Vg-Verfahrens gegen:

Pöllhuber wegen §§1/2 und 6 KVG und § 134 StG,

Johann Hauke wegen § 6 KVG,

Edmund Brauner wegen §§ 10, 11 VG, §§ 1, 3, 7 KVG und § 134 StG,

N. Sperlich wegen § 1 KVG und § 134 StG und

Josef März wegen § 7 KVG

aus dem gegenständlichen Vg-Verfahren (Vg 4 Vr 202/46) und Errichtung eines neuen Aktes unter Vg 4 Vr 6007/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1135
DÖW-Signatur: V649/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1846/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen (Arbeitskollegin)
Tatland (Tatort): Wien (Firma Shell/Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann (Hans) SCHÖDL

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation:

Der Angeklagte arbeitete bei der Firma Shell in Wien-Floridsdorf. Die ebenfalls dort beschäftigte Maria Schiner äußerte sich abfällig über den Nationalsozialismus, wurde von Schödl aus Gehässigkeit bei der Gestapo denunziert und zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Misshandlung/Beleidigung/Kränkung:

Theodor Strauss, ein Jude, wurde vom Angeklagten wiederholt aus politischer Gehässigkeit in seiner Menschenwürde gekränkt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 23.5.1946 wurde Schödl wegen §§ 4, 7 KVG zu einem Jahr Kerker verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1846/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1136
DÖW-Signatur: V650/1–12

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 306/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: ZivilistInnen (Arbeitskollegen)
Tatland (Tatort): Wien (Volksoper)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert SCHAGGINGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

Der Angeklagte gehörte der NSDAP bereits seit 1927 an und erhielt dafür im Jahre 1942 das Goldene Ehrenzeichen.

Denunziation:

An der Volksoper Wien, wo Schagginger als Musiker tätig war, galt er als fanatischer Nationalsozialist. Gegen politisch Andersdenkende, wie Rudolf Schöfflein, Erich Kaufmann und Oskar Mörwald, erstattete Schagginger Anzeigen, die allerdings für die Betroffenen ohne Folgen blieben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

4.8.1945: Ausdehnung der Voruntersuchung wegen § 7 KVG.

20.3.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG zu fünf Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 306/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1136
DÖW-Signatur: V651/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 2153/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef SCHINDL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation),

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

Der Angeklagte gehörte der NSDAP bereits seit 1935 an, wurde als "Alter Kämpfer" anerkannt und erhielt die Ostmarkmedaille. Er war Wirtschaftsberater, Blockleiter und Zellenleiter der Ortsgruppe Arbesbach (Niederösterreich).

Misshandlung/Beleidigung/Kränkung:

Im Jahre 1938 versetzte er den jüdischen Schuhmacher Lazar Litwak aus politischer Gehässigkeit in einen qualvollen Zustand und misshandelte ihn. Folgende Personen wurden von Schindl während der NS-Herrschaft in ihrer Menschenwürde gekränkt und beleidigt:

Karl Braun, Berta Tröstl, Ing. Adalbert Medak und Sidonie Draganits. Berta Tröstl wurde vom Angeklagten auch gewalttätig behandelt. Karl Braun wurde von Schindl mehrmals denunziert.

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Der Beschuldigte stand auch unter Verdacht im Jahre 1938 die Wohnung des Lüfschitz´ in Wien XIX, Friedlgasse 45 arisiert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.10.1946: Einstellung der Voruntersuchung wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

5.2.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 3, 4, 7 KVG zu 4 1/2 Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 2153/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1136
DÖW-Signatur: V652/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 5544/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen (Gattin des Beschuldigten), Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Max BECK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 10 VG (Illegalität), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7/2b KVG (Denunziation - berufliche oder wirtschaftliche Gefährdung des
Denunzierten)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

Der Beschuldigte war Major des österreichischen Bundesheeres und Mitglied im
Nationalsozialistischen Soldatenring (NSR).

Verletzung der Menschenwürde:

In den Jahren 1938 bis 1940 soll er seine geschiedene Gattin Gisa Beck aus politischer
Gehässigkeit, nämlich aus Rassenhass (seine Gattin war Jüdin), in einen qualvollen Zustand
versetzt und in ihrer Menschenwürde gekränkt und beleidigt haben.

Denunziation:

Beck stand auch unter Verdacht, im März 1938 Offiziere des österreichischen Bundesheeres
denunziert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.9.1947: Einleitung der Voruntersuchung wegen § 3 KVG.

17.3.1948: Ausdehnung der Voruntersuchung wegen § 7/2b KVG.

24.3.1950: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der
Anzeige]. Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

27.3.1951: Freispruch wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 13b Vr 5544/47:

Das vorliegende Verfahren enthält auch Hinweise über Offiziere des österreichischen Bundesheeres, die
im März 1938 als politisch belastet eingestuft und vom Dienst suspendiert wurden. (Der frühere deutsche
Militärattaché, Generalleutnant Muff, war Vorsitzender der vom Oberkommando der Wehrmacht
aufgestellten Personalkommission, der auch die Offiziere Angelis, Nagy, Selinger und Dr. Eckinger

angehörten. Diese Kommission war mit der "Säuberung" des Offizierskorps beauftragt.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 5544/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1136
DÖW-Signatur: V653/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2639/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: ausländische ArbeiterInnen (sowjetische, polnische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Ybbs)

Volksgerichtsverfahren gegen: Michael AUER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung von Ostarbeitern:

Der Angeklagte war von August 1943 bis Ende 1944 in der Stahlwarenfabrik Brüder Wüster in Ybbs/Donau (Niederösterreich) als Aufseher tätig und misshandelte unter Ausnützung seiner dienstlichen Gewalt Ostarbeiter durch Fußtritte und Schläge.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.2.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3 KVG gemäß § 265a StPO (außerordentliches Milderungsrecht) zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2639/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1136+1137

DÖW-Signatur: V654/1–27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 435/51

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Eichgraben), Steiermark (Judenburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann BERCHTOLD

Gustav PRAXL

Ing. Rudolf TIMMEL

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 98 StG (Erpressung),
§ 134 StG (Mord),
§ 183 StG (Veruntreuung),
§ 185 StG (Teilnehmung am Diebstahl) und
§§ 197, 200 und 203 StG (Betrug).

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Hauptgegenstand des Verfahrens ist die Arisierung des Lederer-Konzerns bestehend aus:

AG Jungbunzlauer Spiritus- und chem. Fabrik

Stärke- und Dextrinfabriken Ges.m.b.H.

Die offene Handelsgesellschaft Ig. Lederer

Betrug, Erpressung, Diebstahl etc.:

Weiters enthält der Akt Dokumente betreffend Veruntreuung und Betrug im Zuge der nat.-soz.

Umstrukturierung der österr. Holzwirtschaft sowie betreffend Verbrechen in der Gemeinde Eichgraben (Niederösterreich).

Der Haupttäter Hermann Berchtold – SA-Brigadeführer und illegales Mitglied der NSDAP – kam 1937 als Vertreter der reichsdeutschen Handelsfirma "Transdanubia" nach Wien. Gemeinsam mit seinem Sekretär und Vertrauensmann Gustav Praxl soll er als Treuhänder und ab Februar 1939 als kommissarischer Verwalter des "Lederer- Konzerns" die einzelnen Firmen geschädigt und im Zuge der Arisierung hohe Provisionen erhalten haben.

Bereits im Februar 1937 gelang es Berchtold, Einfluss auf das Verkaufsbüro österreichischer Waldbesitzer zu nehmen. Mit Hilfe des Prokuristen Ing. Timmel wurde er in den Vorstand gewählt und in weiterer Folge zum kommissarischen Leiter bestellt. Im Rahmen der Umwandlung des Verkaufsbüros in eine andere Gesellschaftsform (Ostmärkische Holzverwertungs Gen.m.b.H.) wurde Berchtold und Timmel verbrecherische Erpressung, Betrug, Veruntreuung und missbräuchliche Bereicherung vorgeworfen.

Denunziation:

Berchtold stand auch unter Verdacht, Hans Lederer wegen angeblicher Devisenvergehen bei der Gestapo denunziert zu haben.

Mord (NS-Gewaltverbrechen vor 1938):

Berchtold stand auch unter Verdacht in den zwanziger Jahren in Deutschland und Österreich zahlreiche Morde aus politischen Motiven verübt zu haben. In der Voruntersuchung wurde ihm vorgeworfen, Ende Oktober/Anfang November 1921 in der Nähe von Judenburg (Steiermark) Wilhelm Hörnlein ermordet zu haben.

Verbrechen im März 1938:

Der Mittäter Praxl soll – als NS-Bürgermeister – im März 1938 aus politischer Gehässigkeit dem Maurermeister Franz Zimmermann die Ausübung seines Gewerbes in Eichgraben untersagt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

1. Hermann BERCHTOLD

- 9.9.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Berchtold gemäß § 412 StPO.
- 11.12.1951: Einleitung des objektiven Verfahrens gegen Berchtold unter Vg 8c Vr 435/51 gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- u. Vermögensverfallsgesetz 1947.
- 22.12.1947: Beschluss der Ratskammer des LG f. Strafsachen Wien betreffend Anordnung der Beschlagnahme des Vermögens des Hermann Berchtold gemäß § 5 Abs.1 und § 7 Abs.1 des Verfassungsgesetzes vom 19.9.1945.
- 13.4.1954: Einstellung des selbständigen Verfahrens nach § 24 VG 1947 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bezüglich des Vermögens des Hermann Berchtold.
- 1.4.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Berchtold wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 13 NS-Amnestiegesetz.
- 21.1.1958: Widerruf der Ausschreibung des Hermann Berchtold wegen §§ 10, 11 VG, § 98b StG und § 134 StG. Ausschreibung wegen §§ 134ff StG.
- 2.5.1962: Einbeziehung des Aktes 13 Vr 729/38 des KG Leoben (Mordfaktum Hörnlein 1921) gemäß § 56 StPO in das gegenständliche Verfahren. Auch bezüglich dieser Tathandlung bleibt das Strafverfahren gegen Berchtold gemäß § 412 StPO unterbrochen.
- 1.8.1963: Einstellung des Verfahrens gegen Hermann Berchtold wegen § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

2. Gustav PRAXL

- 12.9.1945: Einleitung der Voruntersuchung gegen Praxl wegen § 11 VG.
- 23.10.1945: Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Praxl wegen §§ 183, 185, 197, 200, 203 StG und § 6 KVG.
- 9.9.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Praxl bezüglich seiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter in Eichgraben, wegen seiner Beteiligung an verschiedenen Sprengstoffanschlägen während der "Verbotszeit" und wegen Verbrechen nach §§ 183ff und 197ff StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 22.4.1948: Verurteilung Praxls wegen §§ 10, 11 VG zu fünfzehn Monaten schweren Kerkers.

3. Ing. Rudolf TIMMEL

- 12.11.1945: Einstellung des Strafverfahrens gegen Ing. Timmel wegen §§ 98, 197, 200, 203 StG und wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

Der Angeklagte Praxl trat bereits 1931 der NSDAP und ein Jahr später der SA bei. Nach dem gescheiterten Juliputsch 1934 wurde er vier Wochen in Haft genommen. Von Oktober 1936 bis Jänner 1937 war der

Angeklagte wegen des Besitzes nationalsozialistischer Druckschriften ebenfalls in Polizeihaft. Während der "Verbotszeit" soll Praxl auch an Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen sein. Für seine Verdienste um die illegale NSDAP wurde er als "Alter Kämpfer" anerkannt. Im November 1938 erfolgte seine Beförderung zum SA-Sturmführer.

Praxl übernahm im März 1938 das Bürgermeisteramt der Gemeinde Eichgraben (Niederösterreich) und vertrat während des Krieges zeitweise den Ortsgruppenleiter.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 435/51 (Vg 2d Vr 1005/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137
DÖW-Signatur: V655/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 6129/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Kriegsgefangene (französische, italienische)
Tatland (Tatort): Wien-Simmering

Volksgerichtsverfahren gegen: Raimund NOWAK

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Angeklagte war während des Krieges Vorarbeiter in der Seifenfabrik Schicht in Wien-Simmering und soll zwischen 1943 und 1945 unter Ausnützung dienstlicher Gewalt eine unbestimmte Anzahl von französischen und italienischen Kriegsgefangenen in ihrer Menschenwürde gekränkt und beleidigt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 16.5.1946 wurde Nowak wegen § 4 KVG zu einer Kerkerstrafe von 10 Monaten verurteilt.

6.9.1948: Bewilligung des Wiederaufnahmeantrages des Verurteilten.

27.9.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 6129/48 (Vg 7c Vr 623/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137
DÖW-Signatur: V656/1–34

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 4143/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, KVG-§2-Verfahren (Kriegshetze)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt), Niederösterreich (Trattenbach)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl KALTENBERGER
und 7 weitere Familienmitglieder

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 2 KVG (Kriegshetze),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 5 KVG (Erschwerung betreffend § 3 KVG),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 5 StG (Beihilfe),
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Hauptgegenstand des Verfahrens ist die Arisierung der Weberei Trattenbach G.m.b.H. bestehend aus:
Produktionsstätte in Trattenbach (Niederösterreich) und einer Niederlassung in Wien I, Salzgries.

Der Haupttäter Max Kaltenberger - illegales Mitglied der NSDAP und Truppführer der SA –
flüchtete 1933 nach München und trat später der Österreichischen Legion bei. 1938 kehrte er
nach Österreich zurück und soll die im Besitz der Brüder Preiss befindliche, von Robert
Hönigsberg gepachtete Weberei Trattenbach G.m.b.H. in Trattenbach (Niederösterreich)
gemeinsam mit seiner Gattin Antonie und seinem Bruder Anton arisiert haben.

Das Verfahren enthält weiters Dokumente betreffend Ermordung des Heimwehrmannes Franz Wiesner
und anderer Verbrechen in Aue bei Schottwien (Niederösterreich) in Zusammenhang mit dem Juliputsch
1934 sowie betreffend Kriegsverbrechen in Aue zwischen März 1938 und Mai 1945 sowie weiterer
Verbrechen.

Max Kaltenberger wurde beschuldigt in der Nacht von 26. auf 27. Mai 1938 gemeinsam mit Felix
Friesenbichler und Leopold Handl einen Anschlag auf das Haus des Friedrich Binder in Aue
(Niederösterreich) verübt zu haben.

Antonie Kaltenberger stand gemeinsam mit ihrem Gatten Max unter Verdacht, den
Bäckerlehrling Walter Ruth denunziert und im Zuge seiner Verhaftung die Gestapobeamten dazu
aufgefordert zu haben, ihn zu verprügeln. Max Kaltenberger soll Ruth bei seiner Verhaftung eine
Ohrfeige verpaßt haben.

Im April 1945 versuchte Antonie Kaltenberger, laut vorliegenden Unterlagen, junge Arbeiterinnen
zu überreden, sich mit Mistgabeln, Stöcken und anderen Werkzeugen zu bewaffnen und gegen
die Russen zu kämpfen (§ 2 KVG).

Der Angeklagte Karl Kaltenberger wurde 1938 aufgrund seiner Verdienste für die NSDAP als
"Alter Kämpfer" anerkannt. Die Anklageschrift legte ihm zur Last, im Rahmen seiner Tätigkeit für

die illegale NSDAP und SA Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen zu haben. So soll Karl Kaltenberger Organisator von BÖllerattentaten gewesen sein. Im Zuge des Juliputsches 1934 soll er die Festnahme und Inhaftierung des Forstmeisters Heinrich Sonnenberg angeordnet haben. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch flüchtete er nach Deutschland und trat der Österreichischen Legion bei.

Die Brüder Anton, Karl und Max Kaltenberger standen auch unter Verdacht, im Zuge des Juliputsches 1934 den Heimwehrmann Franz Wiesner ermordet zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

1. Karl KALTENBERGER

19.7.1946: Voruntersuchung gegen Karl Kaltenberger wegen § 11 VG.

4.6.1947: Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Karl Kaltenberger wegen §§ 8, 10 VG, §§ 3,5 KVG und § 134 StG.

15.12.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Karl Kaltenberger wegen § 134 StG. gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

10.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Karl Kaltenberger wegen § 8 VG und § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

8.3.1951: Verurteilung Karl Kaltenbergers wegen §§ 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers.

2. Max KALTENBERGER

11.7.1946: Einbeziehung des Verfahrens Vg 8a Vr 4414/46 (gegen Max und Antonie Kaltenberger) und Vereinigung mit dem gegenständlichen Verfahren.

19.7.1946: Voruntersuchung gegen Max Kaltenberger wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6, 7 KVG und §§ 5, 134 StG.

10.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Max Kaltenberger wegen §§ 10, 11 VG, § 4, 6 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

10.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Max Kaltenberger, Leopold Handl und Felix Friesenbichler wegen § 4 KVG (Faktum Friedrich Binder) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

3. Antonie KALTENBERGER

19.7. 1946: Voruntersuchung gegen Antonie Kaltenberger wegen §§ 4, 6, 7 KVG.

10.8.1946: Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Antonie Kaltenberger wegen § 2 KVG.

10.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Antonie Kaltenberger wegen §§ 2, 4, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

4. Anton KALTENBERGER

19.7.1946: Voruntersuchung gegen Anton Kaltenberger wegen §§ 8, 10, 11 VG, § 6 KVG und §§ 5, 134 StG.

10.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Anton Kaltenberger wegen §§ 10, 11 VG, § 6 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

5. Leopold HANDL und Felix FRIESENBICHLER

10.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Max Kaltenberger, Leopold Handl und Felix Friesenbichler wegen § 4 KVG (Faktum Friedrich Binder) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

6. Olga und Ida KALTENBERGER

Gegen sie wurde nur wegen Bedarfsdeckungsgesetz ermittelt. Der Akt enthält außer der

polizeilichen Anzeige vom 11. April 1946 wegen Zigaretten- und Saccharinschmuggels keine diese Personen betreffenden Dokumente.

Faktum Walter RUTH (Denunziation):

25.4.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alois Schachner wegen § 7 KVG 47 zu 15 St 2502/50.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 4143/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137
DÖW-Signatur: V657/1–15

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4792/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. August BLAHA

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Der Polizeibeamte Blaha gehörte bereits während der "Verbotszeit" der NSDAP und der SS an. Aufgrund seiner Verdienste um die illegale Partei wurde er als "Alter Kämpfer" anerkannt und erhielt die Ostmarkmedaille.

Mitschuld an Quälereien infolge seiner leitenden Stellung (§ 3/3 KVG)

In Verbindung mit seiner Tätigkeit für die NSDAP beging Blaha zahlreiche Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung. Im Jahre 1938 wurde Blaha von der Gestapo Wien (Referat II E Wirtschaftl. Angelegenheiten und Referat II B Juden-Kirchen-Logen) übernommen und zum Polizeiregierungsrat befördert. Während des Krieges wurde er zum SD versetzt und 1941 zum SS-Sturmbannführer befördert. Blaha war bei der Gestapo in Brünn (Referate II E Wirtschaft, II C Opposition, II P Presse), Prag (Amt für Verwaltung und Recht) und Berlin (Hauptregistratur und Leumunderstellung) tätig.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.4.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

17.5.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8,10, 11 VG zu 20 Monaten schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4792/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137
DÖW-Signatur: V658/1–5

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 195/55 (Vg 8e Vr 2318/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zur Gestapo

Opfer: -
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BANKL

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Bankl gehörte der NSDAP und der SS bereits vor der "Verbotszeit" an, war Block- und Zellenleiter und erhielt aufgrund seiner Verdienste die Bezeichnung "Alter Kämpfer".

Der Beschuldigte war Kriminalrevierinspektor bei der Staatspolizei der Polizeidirektion Wien und gab interne Unterlagen und Informationen an Parteimitglieder weiter. Nach dem gescheiterten Juliputsch ermöglichte er Gesinnungsgenossen die Flucht ins Ausland.

Nach dem Einmarsch wurde Bankl von der Gestapo Wien übernommen, wo er bis zu seiner Versetzung zur Außendienststelle Olmütz im Jahre 1942 als Kriminalsekretär tätig war.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 24.4.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 412 StPO.
- 9.5.1955: Fortsetzung des gegenständlichen Verfahrens unter Vg 8e Vr 195/55.
- 3.4.1956: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] (Niederschlagung des Verfahrens durch den Bundespräsidenten).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 195/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137
DÖW-Signatur: V659/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 1177/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Trautmannsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermine ACKERL

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Die Angeklagte zeigte im Jahre 1940 Rosa Wiegand wegen beleidigender Äußerungen über Hitler und wegen Abhörens ausländischer Rundfunksendungen aus persönlicher Gehässigkeit bei der Ortsgruppe der NSDAP in Trautmannsdorf (Niederösterreich) an.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.1.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 7 KVG zu sechs Monaten Kerker.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 1177/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137
DÖW-Signatur: V660/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 19/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess
(gegen Hitlers Schwester)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Pöggstall)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paula HITLER (WOLF)
Eduard SCHMIED

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Paula Hitler, die Schwester Adolf Hitlers, und ihr Cousin Eduard Schmied wurden beschuldigt unter Ausnützung ihres Verwandtschaftsverhältnisses zu Hitler in Weiten (Niederösterreich) im Jahre 1938 das Haus Nummer 26 (Besitzer Herr Markert) und im Jahre 1942 das Haus Nummer 27 (Besitzerin Franziska Klapper) samt dazugehörigen Grundstücken arisiert zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 8.2.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Eduard Schmied wegen § 6 KVG beim BG Pöggstall (Niederösterreich) gemäß § 412 StPO.
- 18.2.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Paula Hitler wegen § 6 KVG beim BG Pöggstall gemäß § 412 StPO.
- 19.1.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Paula Hitler wegen § 6 KVG beim LG Wien gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 14.2.1952: Fortsetzung des Verfahrens gegen Eduard Schmied wegen § 6 KVG beim LG Wien unter Vg 8e Vr 19/55. Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 19/55 (Vg 8e Vr 4/52): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1137+1138

DÖW-Signatur: V661/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 408/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Penzing, Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann LIEBSCH

Bruno HANTSCH

Josef BELSCHAN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Die drei Beschuldigten standen unter Verdacht, im Jahre 1938 die Firma Beha Metallwaren Ges.m.b.H. in Wien XIV, Mitisgasse 4-6 (Besitzer Leopold Fischer, Grundstückseigentümerin Rosa Kaszab), arisiert zu haben.

Nach der Machtübernahme soll sich Liebsch auch die Wohnung des Dr. Neumann in Wien VII, Zieglergasse 63, angeeignet haben.

Bruno HANTSCH

Dem Beschuldigten Hantsch wurde weiters zur Last gelegt, für die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in der Firma Beha verantwortlich gewesen zu sein. Weiters soll er gegen ausländische ZwangsarbeiterInnen (namentlich gegen den Franzosen Fernand Thiery) wegen angeblicher Vergehen, Anzeigen beim FStN-Reichstreuhandler der Arbeit erstattet haben und damit für ihre Einweisung in das Lager Oberlanzendorf bei Maria Lanzendorf (Niederösterreich) verantwortlich sein.

Johann LIEBSCH

Dem Beschuldigten Liebsch wurde in diesem Verfahren auch angelastet, Mitglied der illegalen NSDAP gewesen zu sein und innerhalb der Partei zahlreiche Funktionen (Blockwart, Mitarbeiter des Pressedienstes) ausgeübt zu haben. Ab 1938 war er Wirtschaftsreferent der Ortsgruppe Brillantengrund und Betriebsführer im Arbeitsausschuss des Fachamtes Eisen und Metall.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

19.11.1946: Einleitung der Voruntersuchung gegen Liebsch wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG.

20.12.1946: OGH-Beschluss betreffend Abberaumung des Strafverfahrens gegen Liebsch (Vg Linz 8 Vr 5357/46) und Zuweisung an das Vg Wien gemäß § 63 StPO.

6.2.1948: Vereinigung des Verfahrens Vg 5b Vr 7518/47 (gegen Josef Belschan, Bruno Hantsch und Johann Liebsch) mit dem gegenständlichen Verfahren Vg 8c Vr 408/47.

7.9.1948: Einbeziehung des Verfahrens Vg 3d Vr 3277/48 (gegen U.T.) in das gegenständliche Verfahren Vg 8c Vr 408/47.

6.1.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Liebsch, Hantsch und Belschan wegen Erwerb der

Liegenschaft in Wien XIV, Mitisgasse 4-6, Fünkhgasse 16-18 (Besitzerin Rosa Kaszab) wegen § 6 KVG 47 gemäß § 90 StPO.

- 6.1.1949: Einleitung von Erhebungen gegen Hantsch wegen §§ 4, 7 KVG.
Einstellung des Verfahrens gegen Liebsch wegen §§ 8, 10/2 VG 47 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 15.7.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Hantsch wegen §§ 4, 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens gegen Liebsch, Hantsch und Belschan wegen § 6 KVG (Erwerb der Firma Beha) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
Einstellung des Verfahrens gegen Hantsch und Belschan wegen §§ 8, 10 VG 1947 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 29.7.1949: Einstellung der Voruntersuchung gegen Liebsch auch hinsichtlich § 11 VG 47 gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Vg-Verfahren enthält auch Abschriften aus dem Verfahren Vg 3d Vr 6881/46 (gegen Wilhelm Pattera und Genossen).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 408/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V662/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 5591/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Ungarn, Italien

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. med. Günther ADLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen)
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Adler war Mitglied der SA und SS. Aufgrund seiner Verdienste um die illegale NSDAP wurde er als "Alter Kämpfer" anerkannt.

Kriegsverbrechen/Misshandlung:

Während des Krieges war er u.a. auch in Ungarn und soll dort den Befehl erteilt haben, gefangen genommene russische Soldaten zu verstümmeln.

Denunziation

Der Beschuldigte stand auch unter Verdacht, während eines Aufenthaltes in Rom, einen Mönch, der ihm davon abriet weiterhin als Soldat zu dienen, bei der Gestapo angezeigt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 9.12.1946: Einstellung der Voruntersuchung wegen § 11 VG und § 1 KVG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 24.1.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
- 14.10. 1950: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 1/2 Amnestiegesetz 1950 bzw. gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 5591/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V663/1–7

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5c Vr 4187/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Feldgendarmerie)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Litauen, Belorussland/Belarus

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef SCHOPF

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte stand unter Verdacht, als Angehöriger der Feldgendarmerie in den Jahren 1940 bis 1943 in den besetzten Ostgebieten, insbesondere in Litauen, an der Ermordung und Misshandlung von Juden/Jüdinnen beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 13.5.1947: Überleitung der Voruntersuchung in ein Auslieferungsverfahren gemäß § 59 StPO mit Rücksicht auf § 10 KVG und § 1 des Verfassungsgesetzes vom 24.7.1946.
- 14.10.1948: Mitteilung des BM f. Justiz, dass mangels hinreichender Verdachtsgründe davon abgesehen wurde, die polnische Regierung bezüglich Auslieferung des Beschuldigten Schopf zu befragen.
- 8.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Schopf wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 109 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5c Vr 4187/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V664/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27d Vr 7197/60

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Euthanasieprozess, Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Einsatzgruppen/Einsatzkommandos)

Opfer: Psychisch Kranke und andere in Anstalten Festgehaltene, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Belorussland/Belarus (Minsk, Mogilew) Polen (Bialystok),

Strafverfahren gegen: Dr. Hans BATTISTA (Angehöriger des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B)

wegen (§§): § 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte war Truppenarzt der Einsatzgruppe B und soll an der Erschießung von Juden/Jüdinnen in Minsk und Bialystok im Sommer 1941 sowie an der Ermordung von Geisteskranken in Mogilew im Herbst 1941 beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

29.12.1966: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG gemäß § 90 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Verfahren enthält auch Unterlagen aus folgenden Verfahren österreichischer und deutscher Gerichte gegen Angehörige der Einsatzgruppe B:

KG Wels 9 Vr 767/60 (gegen Dr. Egon Schönpflug wegen §§ 134, 135 StG)

LG Stuttgart 13 Js 328/60 (gegen Dr. Albert Widmann, Hans Schmidt und Alfred Bauer)

LG Bremen 6 Js 3/60 (gegen Kriminaloberrat Karl Schulz)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27d Vr 7197/60: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V665/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 6304/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm BAUER
Dr. Felix VOLEK
Karl KLUSACEK

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Den drei Beschuldigten wurde vorgeworfen, im Jahre 1938 die Firma Egré und Co, Pelzhandel und Kürschnerbetrieb, Wien I, Kärntnerstraße 4 (Besitzer Emanuel und Rosa Egré) arisiert zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 11.1.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm Bauer gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
24.7.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Felix Volek und Karl Klusacek gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Vg-Verfahren enthält auch folgende Unterlagen aus dem Strafverfahren LG Wien 106a Vr 4153/40/379 [gegen Otto Haberer (Wirtschaftsprüfer), Josef Stormka (Abwesenheitskurator), Ludwig und Wilhelm Bauer, Dr. Felix Volek]:
Anklageschrift (7.7.1941)
Urteilsabschrift (22.1.1943): gegen Otto Haberer, Ludwig Bauer und Dr. Felix Volek; Strafausmaß:
Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 2d Vr 6304/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V666/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 168/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BARTH
Norbert MAYER
Robert HANKE
Hermann KUPFER

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Den vier Finanzbeamten wurde vorgeworfen, sich am 23. März 1938 im Rahmen einer Steuerexekution aus der Wohnung des Josef Goldberg in Wien XXI, Bentheimstraße 8, Möbelstücke und Bilder angeeignet und der Gattin einen Betrag von 20 ATS abgenommen zu haben. Barth und Hanke sollen weiters Frau Goldberg mit der Einweisung ins KZ Dachau gedroht haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

6.8.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Karl Barth, Norbert Mayer, Robert Hanke und Hermann Kupfer gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
27.8.1951: Abweisung eines vom Privatbeteiligten Josef Goldberg eingebrachten Antrags auf Einleitung der Voruntersuchung gegen Karl Barth, Norbert Mayer, Robert Hanke und Hermann Kupfer (Ratskammer-Beschluss).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 168/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V667/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 9144/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Kärnten (Klagenfurt), Tschechische Republik (Prag)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Heinrich BERGER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität),
§ 3/3 KVG (Quälerei und Misshandlung als leitender Beamter) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Polizeirat Berger – SS-Obersturmbannführer – war vor 1938 im Referat "über die kommunistische Bewegung" der Staatspolizei beschäftigt. Nach der Machtübernahme avancierte er zum stellvertretenden Leiter der Gestapoleitstelle Wien. Weiters war er bei der Gestapo in Prag und zuletzt Leiter der Gestapoleitstelle Klagenfurt (Kärnten).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.2.1947: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
11.10.1947: Einbeziehung der Strafsache 17 Vr 432/46 des LG Klagenfurt in das gegenständliche Verfahren.
27.10.1953: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 9144/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1138
DÖW-Signatur: V668/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 884/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Polen (Sosnowitz/Sosnowice, Königshütte/Chorzów)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl BERGAUER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Angeklagte war seit März 1938 Gestapobeamter und dem Referat II B 1S (Vaterländische Front und gegner. Verbände) zugeteilt. Im September 1939 erfolgte seine Versetzung zur Gestapoleitstelle Kattowitz. Laut eigener Aussage war er allerdings ausschließlich in den Außenstellen Königshütte und Sosnowitz tätig. Im September 1940 kehrte Bergauer als Judenreferent wieder in die Gestapoleitstelle Wien zurück.

Der Angeklagte stand unter Verdacht, Otto Lauterbach im Rahmen von zwei Verhören durch Fußtritte und Stockschläge misshandelt zu haben.

Dem Beschuldigten wurden weiters folgende Verbrechen zur Last gelegt:

Ende 1939 soll er die Wohnung des Julius Weinberg, Wien XV, Kriemhildplatz 10/24 arisiert haben.

Mignon Taussig und Helene v. Flesch beschuldigten Bergauer, ihnen im Rahmen von Hausdurchsuchungen zahlreiche Wertgegenstände abgenommen zu haben.

Das Ehepaar Ernst und Barbara Frankfurter sowie ihre Tochter Aloisia Trost warfen dem Beschuldigten vor, sie durch die Bezeichnung "Judenbagage" in ihrer Menschenwürde verletzt zu haben.

Richard Wachslar beschuldigte Bergauer, ihn misshandelt und in seiner Menschenwürde gekränkt zu haben. Des Weiteren soll er Wachslar im Rahmen einer Hausdurchsuchung 1.000 RM abgenommen haben.

Bergauer wurde außerdem zur Last gelegt, an der Ermordung des Fritz Sonnenschein und seiner Eltern im Zuge der gewaltsamen Erstürmung der Wohnung beteiligt gewesen zu sein.

Bergauer wurde auch beschuldigt, sich beschlagnahmtes jüdisches Eigentum angeeignet und für die Einweisung einer unbestimmten Anzahl von Personen in Konzentrationslager verantwortlich zu sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.4.1949: Freispruch des Angeklagten wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

3.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Bergauer wegen der Fakten Weinberg, Taussig, von Flesch, Frankfurter, Trost, Wachslar, Erwerb jüdischer Vermögenswerte und Einweisung zahlreicher Personen in ein KZ gemäß § 109 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 884/47: Zentrale österreichische

FStN-Mikrofilm Nr. 1138+1139

DÖW-Signatur: V669/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 166/53

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Bezug zu Novemberpogrom 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef SCHÖNLEITNER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§§ 171, 173, 174lc StG (Diebstahl)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität (seit 1933 Mitglied der NSDAP und der Motor SA, Oberscharführer im NSKK). Schönleitner war kommissarischer Verwalter der Firma Mathias Grünwald, Wien XXI, Floridsdorfer Hauptstraße 17 und einer dazugehörigen Tankstelle in Wien II, Hauptstraße 17.

Der Beschuldigte stand unter Verdacht, an der Verhaftung und Beraubung von Juden/Jüdinnen beteiligt gewesen zu sein. Unmittelbar nach dem Anschluss soll Schönleitner ein Kraftfahrzeug (Steyr Type 30E) der Firma Martin Schober & Sohn, Wien XXI, Donaufelderstraße 53, arisiert haben. Weiters wurde ihm zur Last gelegt, sich im Rahmen des "Novemberpogroms 1938" Schmuck, Geld und Möbel aus dem Besitz des Bäckermeisters Max Juhn angeeignet zu haben.

Schönleitner stand auch unter Verdacht, an der Beschlagnahme von Betriebsratsgelder der Fa. Hofherr und Schranz beteiligt gewesen zu sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.6.1946: Abtretung des am LG Linz eingeleiteten Strafverfahrens Vr 169/46 an das LG Wien (Vg 6a Vr 4797/46)

11.12.1946: Einleitung der VU wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG und §§ 171, 173, 174 lc StG.

22.9.1947: Einstellung des Verfahrens wegen der Fakten "Betriebsratsgelder" und Arisierung der Firma Mathias Grünwald gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

18.2.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

21.12.1950: Verurteilung des Angeklagten wegen § 6 KVG (Faktum PKW Schober) zu vier (4) Monaten Kerker.

Freispruch wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG (Faktum Max Juhn) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

24.8.1953: Aufhebung des Urteils und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 8e Vr 166/53.

29.10.1953: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Faktum PKW Schober) gemäß § 109 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält auch Abschriften aus dem Verfahren Vg 3a Vr 5142/46 (gegen Leopold Hubmer).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 166/53 (Vg 6a Vr 4797/46): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1139
DÖW-Signatur: V670/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11b Vr 6385/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hans AYE

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der Auslandsorganisation der NSDAP

Der Beschuldigte stand unter Verdacht, als Arbeitgeber gegen FremdarbeiterInnen folgende Verbrechen aus besonders verwerflicher Gesinnung heraus begangen zu haben:

a) Quälerei und Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde:

Die Griechin Maria Sutakis wurde von Aye gestoßen und verletzte sich das Nasenbein.

Der Französin Janine Michel soll er ärztliche Hilfe verweigert haben.

b) Denunziation:

Edmond Lais (Lebensgefährte der Janine Michel) und den italienischen Zwangsarbeiter Josef Ventura (Wentura) soll er bei der Gestapo denunziert haben. Lais kam für sechs Wochen in das Lager Oberlanzendorf (Niederösterreich).

Dem Beschuldigten wurde auch vorgeworfen, folgende Betriebe arisiert zu haben:

Maschinenfabrik Josef Horais, Wien XVI, Sautergasse 21 (Geschädigte: Witwe Sofie Horais)

Fa. Akros Kraftübertragungen, Wien I, Dominikanerbastei 20 (Geschädigter: Dr. Felix Smreker)

Fa. Fordham & Co (Handel mit Ölfeuerungen und technischen Artikeln), Wien VI, Anschrift unbekannt (Geschädigter: engl. Staatsbürger)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 5.2.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG (Edmond Lais) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 30.6.1947: Ausdehnung der Voruntersuchung in Richtung § 6 KVG.
- 1.10.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 9.3.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und §§ 4, 7 KVG zu achtzehn (18) Monaten schweren Kerkers. Freispruch wegen § 4 KVG (Janine Michel) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
- 23.9.1948: Aufhebung des Urteils wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 11b Vr 6385/48.
- 14.4.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 KVG (Maria Sutakis) zu einem (1) Monat Kerker. Freispruch wegen §§ 10, 11 VG, § 4 KVG (Janine Michel) und § 7 KVG (Josef Ventura)

gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 6385/48 (Vg 4d Vr 7411/46): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1139
DÖW-Signatur: V671/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 421/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz NAHODIL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Illegalität, seit 1932 Mitglied der NSDAP und der SA, Blockleiter der Ortsgruppe "Währinger Gürtel". Dem Angeklagten wurde weiters zur Last gelegt, im Rahmen des "Novemberpogroms 1938" aus besonders schimpflicher Gesinnung heraus die Vertreibung der jüdischen Hausbesitzerin Smilowitsch (Smilowici) aus ihrer Wohnung, Wien XVIII, Kutschkergasse 5/7, angeordnet zu haben, um in den Besitz der Wohnung zu gelangen.

- 16.1.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 4.2.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 11 VG zu vier (4) Jahren schweren Kerkers.
- 20.5.1950: Aufhebung des Urteils wegen § 11 VG und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 1i Vr 421/50.
- 24.7.1950: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

Laut einer im Akt enthaltenen Zeugenaussage soll der Beschuldigte an der Plünderung des Textilwarengeschäftes Ettinger, Wien XVIII; Kutschkergasse 10, beteiligt gewesen sein. Des Weiteren wurde ihm vom selben Zeugen zur Last gelegt, dem Geschäftsmann Dorflinger, Wien XVIII, Kutschkergasse, eine goldene Uhr abgenommen zu haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 421/50
(Vg 2d Vr 1395/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1139
DÖW-Signatur: V672/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 236/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess), Denunziationsprozess (österreich. Polizisten)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Ukraine (Stryj/Ostgalizien), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz BISCHINGER
(Angehöriger der Schupodienststelle Stryj-Ostgalizien)

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Wiener Polizeibeamte stand unter Verdacht zwischen 1941 und 1943 an der Misshandlung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Stryj beteiligt gewesen zu sein. Bischinger wurde weiters vorgeworfen, im Jahre 1938 die Wiener Polizeibeamten Leopold Amon, Rudolf Bammingner und Walter Schindler denunziert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 7.5.1949: Übergabe der ehemaligen Schutzpolizisten Alois Bidmon, Josef Christament, Alexander Garber, Johann Kranzler und Franz Venhoda an die sowjetischen Besatzungsbehörden. Überstellung ins Gefangenenhaus Favoriten. Der im Spital befindliche Bischinger steht unter sowjetischer Verfügungsgewalt.
- 8.10.1953: Erlass des BM f. Justiz betreffend der in Stryj begangenen Straftaten des Beschuldigten Bischinger. Die Strafsache ist von den österreichischen Behörden nach österreichischem Recht zu entscheiden. Gemäß § 40 StG ist die Zuständigkeit der österreichischen Gerichte hinsichtlich der dem Verdächtigen angelasteten Auslandstaten gegeben.
- 7.11.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Bischinger aus dem Verfahren Vg 7d Vr 2897/47 (gegen Johann Kranzler und andere Wiener Schupobeamte)
- 11.11.1953: Fortsetzung des wegen § 412 StPO unterbrochenen Verfahrens gegen Bischinger wegen §§ 1, 3, 4 KVG. Ausdehnung der Voruntersuchung wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 7 KVG.
- 1.4.1955: Verurteilung des Angeklagten wegen § 1 KVG (Eskortierung der jüdischen Opfer zur Hinrichtungsstätte) und § 3 KVG zu 10 (zehn) Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 1 KVG (Kopfschuss gegen unbekannte jüdische Person), § 7 KVG (Leopold Amon) und §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
- 24.2.1955: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG betreffend die Fakten Rudolf Bammingner und Walter Schindler gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
-

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält weiters auch Abschriften aus folgenden Verfahren:
– Vg 7d Vr 2897/47 (gegen Johann Kranzler und andere Wiener Schupobeamte) und
– LG Hamburg 14 Js 2474/51 (gegen den Leiter der Schupodienststelle Stryj Karl Klarmann)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 236/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1139+1140

DÖW-Signatur: V673/1-53

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 3331/56

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Stryj/Ostgalizien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz VENHODA

und andere Angehörige der Schupodienststelle Stryj

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 134 StG (Mord),
§ 171 StG (Diebstahl) und
§ 190 StG (Raub).

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung, Beraubung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Stryj unter Beteiligung von Wiener Schutzpolizisten in den Jahren 1941 bis 1944.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 6.12.1947: Einleitung der Voruntersuchung gegen Martin BEILNER, Alois BIDMON, Franz BISCHINGER, Josef CHRISTAMENT, Alexander GARBER, Leopold HICK, Karl KLARMANN, Alois KLEIN, Johann KRANZLER, Rudolf ROHRHOFER, Johann SCHAFFNER, Johann SCHEIFLINGER, Franz SCHÖPF, Franz VENHODA, Jaroslaw ZEMANN und Anton HEINRICH wegen §§ 1, 3, 4 KVG. Durchführung von Vorerhebungen gegen Maximilian PREUER wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 38/3 StPO.
- 20.12.1947: Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Alois Bidmon wegen § 11 VG, gegen Martin Beilner, Franz Bischinger, Josef Christament und Johann Scheiflinger wegen §§ 10, 11 VG.
- 21.1.1948: Einbeziehung des Verfahrens Vg 6d Vr 4499/47 (gegen Franz Bischinger) in das gegenständliche Verfahren Vg 7d Vr 2897/47.
- 31.1.1948: Einbeziehung des Verfahrens Vg 3c Vr 6347/47 (gegen Leopold Hick) in das gegenständliche Verfahren.
- 16.10.1951: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Beilner, Hick, Klarmann, Zemann und Heinrich gemäß § 412 StPO.

Verlauf des Verfahrens gegen die Haupttäter:

- 7.5.1949: Übergabe der ehemaligen Schutzpolizisten Alois BIDMON, Josef CHRISTAMENT, Alexander GARBER, Johann KRANZLER (stellv. Dienststellenleiter), Rudolf ROHRHOFER und Franz VENHODA an die sowjetischen Besatzungsbehörden. Überstellung ins Gefangenenhaus Favoriten. Der im Spital befindliche BISCHINGER steht unter

- sowjetischer Verfügungsgewalt.
- 27.9.1949: Verurteilung von Alois BIDMON, Josef CHRISTAMENT, Alexander GARBER, Johann KRANZLER, Rudolf ROHRHOFER und Franz VENHODA von einem sowjetischen Militärgericht in Baden/Wien zu 25 Jahren Arbeitslager.
- 28.11.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Bidmon, Bischinger, Christament, Garber, Kranzler, Rohrhofer und Venhoda gemäß § 412 StPO.
1. Franz BISCHINGER
- 7.11.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Bischinger aus dem Verfahren Vg 7d Vr 2897/47 (gegen Franz Venhoda und andere Wiener Schupobeamte). Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 8e Vr 236/53. (Siehe FStN-Mikrofilm Nr. 1139 = DÖW-Signatur: V672/1–20)
2. Johann SCHEIFLINGER
- 9.5.1950: Übergabe des Beschuldigten an die sowjetische Besatzungsmacht und Überstellung ins Gefangenenhaus Favoriten.
- 5.2.1951: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 412 StPO (Laut Angaben der sowjetischen Behörden verstirbt der Beschuldigte am 24.12.1951 in der Sowjetunion).
- 24.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Scheiflinger wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12/2 NS-Amnestiegesetz.
3. Alois BIDMON, Josef CHRISTAMENT, Alexander GARBER, Johann KRANZLER, Rudolf ROHRHOFER u.Franz VENHODA
- 16.11.1955: Rückkehr der sechs Verurteilten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft.
- 18.5.1956: Fortsetzung der Voruntersuchung gegen CHRISTAMENT, GARBER, KRANZLER, ROHRHOFER und VENHODA unter 31 Vr 3331/56.
- 18.9.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Alois BIDMON wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung] und wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 24.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen CHRISTAMENT, GARBER, HICK, KRANZLER, ROHRHOFER und VENHODA wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 2/4 StPO. (Entschließung des Bundespräsidenten vom 10. August 1957)
- 24.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen die Beschuldigten hinsichtlich folgender Fakten gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] :
- VENHODA und ROHRHOFER betreffend Teilnahme an der Erschießung von Juden/Jüdinnen auf dem jüdischen Friedhof.
 - CHRISTAMENT betreffend Beteiligung an den Erschießungen im jüdischen Spital.
 - GARBER betreffend Ermordung von Avigdor Kurz und seiner Schwester Jetti, sowie des Ehepaars Wollmann und zwei Kindern des Moritz Steif. Weiters betreffend Beteiligung an Judenerschießungen im Heeresbarackenlager, im Schlachthaus und im Rahmen der Aushebung von 42 Juden/Jüdinnen aus einem Bunker.
 - KRANZLER betreffend Ermordung von Juden/Jüdinnen im Schlachthaus und im Rahmen der Aushebung von 42 Juden/Jüdinnen aus einem Bunker.
 - HICK betreffend Ermordung von Juden/Jüdinnen im Zuge von Deportationen ins KZ Belzec.
- 24.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen die Beschuldigten GARBER und HICK hinsichtlich folgender Fakten gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige] :
- GARBER betreffend §§ 171ff und §§ 190ff StG (Diebstahl v. Wertsachen des Wladislaw Nowakowski).
 - HICK betreffend Erpressung von ATS 2.400 vom Ehepaar Bachrich in Wien im März 1938, betreffend Deportation des Ernst Fleischmann ins KZ-Dachau sowie betreffend Diebstahl von Waren des Fishel Liebman und betreffend Raub und Diebstahl von Goldstücken, Schmuck und Bekleidung aus dem Besitz von unbekanntem Juden/Jüdinnen.
- 24.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen die Beschuldigten CHRISTAMENT und VENHODA wegen

§§ 10, 11 VG gemäß NS-Amnestiegesetz 1957:

Verlauf des Verfahrens gegen die übrigen Beschuldigten:

Alois KLEIN

23.5.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Klein wegen § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Maximilian PREUER, Johann SCHAFFNER und Franz SCHÖPF

24.11.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Preuer wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Einstellung des Verfahrens gegen Schaffner und Schöpf wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Karl KLARMANN (Dienststellenleiter)

22.10.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Klarmann wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

16.3.1954: Verurteilung des Angeklagten Klarmann durch das Schwurgericht Hamburg wegen Beihilfe zum Mord zu 4 (vier) Jahren und 6 (sechs) Monaten Zuchthaus (LG Hamburg 14 Js 2474/51).

Martin BEILNER

24.8.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Beilner wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12/2 NS-Amnestiegesetz.

31.3.1960: Einstellung des Verfahrens gegen Beilner wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Jaroslav ZEMANN und Anton HEINRICH

2.9.1960: Einstellung des Verfahrens gegen Zemann wegen der Misshandlung eines Juden/Jüdinnen mit einem Stock gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Das Verfahren gegen Zemann und Heinrich bleibt weiterhin gemäß § 412 StPO abgebrochen (Laut Aussage eines Beschuldigten sollen die beiden Schutzpolizisten während des Krieges umgekommen sein).

Weitere Personen in diesem Verfahren:

Franz PABISCH

Josef HARTMANN

Felix SAILER u. Karl WITTICH (ausgeschieden zu Vg 7 Vr 2335/49 wegen § 7 KVG)

FStN-Mikrofilm Nr. 1140+1141

DÖW-Signatur: V674/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 643/55 (Vg 1b Vr 784/49, Vg 8e Vr 2873/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Bezug zu Schupo (Ostgalizien, Triest)

Opfer: Widerstand/Opposition (österr. Polizisten)

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann PFLAMITZER
Heinrich SCHWINGER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität.

Obersturmführer Pflamitzer – Mitglied der NS-Polizeigruppe "Gersthof 2"- galt als "Alter Kämpfer", sammelte Spenden für die illegale NSDAP, war Vertrauensmann der SW-Abteilung Rudolfsheim sowie Sprengel- und Zellenleiter der NSDAP. Nach der Machtübernahme war er Angehöriger einer der zahlreichen "fliegenden Kommissionen", die zur Säuberung des Polizeiapparates eingerichtet wurden.

Denunziation

Den beschuldigten Polizeibeamten wurde zur Last gelegt, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zahlreiche Kollegen (namentlich Karl Swoboda, Karl Lux und Johann Grüninger) denunziert zu haben.

Während des Krieges war Pflamitzer von Oktober 1941 bis März 1942 stellvertretender Leiter der Schupodienststelle Stryj (Ostgalizien). Von 1944 bis Kriegsende war er in Triest eingesetzt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 20.11.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Schwinger wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 7.4.1948: Verurteilung des Angeklagten Pflamitzer wegen §§ 10, 11 VG und § 7/2 KVG (Faktum Swoboda und Lux) zu 2 (zwei) Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen §§ 8, 11 VG und § 7 KVG/2 (Grüninger u.a. Polizeibeamte) gemäß § 259/3 StPO. Freispruch des Angeklagten Schwinger wegen § 7/2 KVG (Faktum Swoboda) gemäß § 259/3 StPO.
- 29.1.1949: Urteilsaufhebung (Das Volksgericht war der Rechtsauffassung, dass der Angeklagte nicht Angehöriger der SS, sondern einer besonderen Formation der Polizei-SS gewesen sei. Diese Rechtsauffassung ist verfehlt, denn eine besondere Polizei-SS hat es niemals gegeben). Wiederaufnahme unter Vg 1b Vr 784/49.
- 22.4.1949: Verurteilung des Angeklagten Pflamitzer wegen §§ 10, 11 VG und § 7/2 KVG (Faktum Swoboda und Lux) zu 2 (zwei) Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 7/2 KVG (Faktum Grüninger u.a.) gemäß § 259/3 StPO.
- 7.9.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Pflamitzer wegen § 8 VG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].
- 6.6.1955: Urteilsaufhebung (Laut Entscheidung des OGH vom 30.11.1953 5 Os 1345/53 sei im Zuge

einer Wiederaufnahme eine Beweiswürdigung nicht vorzunehmen). Wiederaufnahme unter Vg 8e Vr 643/55.

30.7.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Pflamitzer wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 643/55: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1141
DÖW-Signatur: V675/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 233/53 (Vg 7d Vr 2335/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Bezug zu Schupo (Ostgalizien)

Opfer: Widerstand/Opposition (österr. Polizisten)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Felix SAILER, geb. 1.11.1903
Karl WITTICH
Felix SAILER, geb.25.4.1912

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation

Den beschuldigten Polizeibeamten wurde vorgeworfen, 1938 ihren Kollegen Johann Auer denunziert zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.11.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Wittich und Sailer aus dem Verfahren Vg 7d Vr 2897/47 (gegen Venhoda u.a. Wiener Schutzpolizisten) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 7d Vr 2335/49.

7.6.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Felix Sailer (1.11.1903) wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Wittich wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 7 KVG gemäß § 412 StPO. Ausscheidung des Verfahrens gegen Felix Sailer (25.4.1912) wegen §§ 8, 10, 11 VG zu 15 St 10836/50.

21.11.1953: Fortsetzung des Verfahrens gegen Wittich unter Vg 8c Vr233/53.

20.2.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Wittich wegen § 7 KVG (Faktum Auer) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Die dem Beschuldigten Wittich zudem angelasteten Tatbestände §§ 10, 11 VG und § 7 KVG (Faktum Kart) finden unter Vg 8e Vr 8/54 ihre Erledigung.

Der Schutzpolizist Karl Wittich war während des Krieges u.a. in Kolomea als stellvertretender Dienststellenleiter eingesetzt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 233/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1141+1142

DÖW-Signatur: V676/1–70

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 3332/56 (Vg 8e Vr 315/55, Vg 7d Vr 6247/47)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Kolomea/Kolomyja, Ostgalizien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann GALL

und andere Angehörige der Schupodienststelle Kolomea/Ostgalizien

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 134 StG (Mord), § 135 Z.3 StG (bestellter Mord),
§ 137 StG (entfernte Mitschuld oder Teilnahme am Mord),
§ 152 StG (Körperverletzung),
§ 190 StG (Raub)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Misshandlung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Kolomea in den Jahren 1941 bis 1944 unter Mitwirkung von Wiener Schutzpolizisten.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 17.10.1947: Einleitung der Voruntersuchung gegen Johann GALL, Alois STEINER, Franz SCHIPANY, Franz STANKA, Franz PERNEK, Othmar KLEINBAUER, Josef RUPRECHTSHOFER und Jakob UITZ wegen §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG.
- 3.11.1947: Einleitung der Voruntersuchung gegen Herbert HÄRTEL (Dienststellenleiter), Franz HOFSTETTER (HOFSTÄTTER), Alois KRÖGNER, Karl GROSS, Franz STRAKA, Franz KNEISL, Josef REISENTHALLER, Johann LAYR, Josef MARKO und Leopold WINKLER wegen §§ 1, 3, 4 KVG.
- 14.11.1947: Vereinigung des Verfahrens Vg 7d Vr 7035/47 (gegen Franz Hofstetter wegen §§ 1, 3, 4 KVG) mit dem gegenständlichen Verfahren Vg 7d Vr 6247/47.
- 16.11.1947: Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Ruprechtshofer wegen § 8 VG.
- 11.8.1948: Übergabe der Beschuldigten GALL, PERNEK, KLEINBAUER, UITZ, GROSS, RUPRECHTSHOFER, STANKA, STRAKA, SCHIPANY, STEINER, LAYR und HOFSTETTER an die sowjetischen Besatzungsbehörden. Überstellung ins Gefangenenhaus Favoriten (Verurteilung zu 25 Jahren Arbeitslager von einem Militärgericht in Baden/Wien im Frühjahr 1949. Später erfolgte die Umwandlung in eine Gefängnisstrafe.)
- 11.6.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Marko und Abtretung an das Vg Graz. Abtretung des Verfahrens gegen Kneissl an das Vg Graz (Außensenat Klagenfurt). Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Gall, Hofstetter, Pernek, Kleinbauer, Uitz, Gross, Ruprechtshofer, Stanka, Schipany, Steiner, Layr, Straka, Härtel, Krögner und Reisenhaller gemäß § 412 StPO. Beendigung des Verfahrens gegen Winkler gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

- 8.3.1950: Mitteilung des LG Innsbruck betreffend Abtretung des Verfahrens gegen Kneissl vom Vg Graz (Außenstelle Klagenfurt) an das Vg Innsbruck 10 Vr 173/50.
- 25.6.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Härtel, Krögner und Reienthaller unter Vg 8e Vr 315/55.
- 16.11.1955: Rückkehr der ehemaligen Polizeibeamten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft.
- 18.5.1956: Fortsetzung der Voruntersuchung gegen Gall, Gross, Pernek, Schipany, Steiner, Stanka und Uitz unter 31 Vr 3332/56.
- 25.5.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Uitz gemäß § 412 StPO.
- 12.7.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Ruprechtshofer hinsichtlich § 8 VG gemäß § 1 der Amnestie 1950.
- 22.8.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Ruprechtshofer wegen §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 20.2.1957: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Stanka gemäß § 412 StPO.
- 2.7.1957: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Gross gemäß § 412 StPO.
- 3.9.1957: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Pernek gemäß § 412 StPO.
- 11.12.1957: Einstellung des Verfahrens gegen alle Beschuldigten wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß NS-Amnestie 1957. Einstellung des Verfahrens gegen Gall, Stanka und Gross wegen §§ 134ff., 152ff., 190ff. StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Stanka wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Pernek, Schipany, Steiner, Krögner, Reienthaller und Uitz wegen §§ 134, 135 Z.3, 137 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] bzw. § 2 Abs. 4 StPO aufgrund einer Entschließung des Bundespräsidenten vom 7.12.1957. Einstellung des Verfahrens gegen Kleinbauer, Hofstetter, Straka und Layr wegen §§ 134ff., 152ff., 190ff. StG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]. Das Verfahren gegen Härtel bleibt gemäß § 412 StPO abgebrochen.
- Einstellung des Verfahrens gegen Pernek wegen Mord an den Eltern der Hanna Lederfeind, den Mitgliedern der Familie Hilsenrath und weiteren namentlich nicht bekannten Personen sowie wegen Misshandlung der Mutter des Isaak Krauthammer gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- Einstellung des Verfahrens gegen Schipany wegen Mord an N. Katus, den Angehörigen der Familie Schieber, N. Feuerstein, Yaakov Heller, Pinchas Gwitz, David Markscheid, den Mitgliedern der Familie Hilsenrath und weiteren namentlich nicht bekannten Personen. Weiters wegen Misshandlung des Nahum Komet, wegen Raub an Markus Krauthammer sowie wegen Misshandlung und Raub an weiteren namentlich nicht bekannten Personen gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- Einstellung des Verfahrens gegen Steiner wegen Mord an Pauline Krauthammer, Shimson Feuerstein sowie weiteren namentlich nicht bekannten Personen. Weiters wegen Misshandlung des Markus Krauthammer, wegen Raub an N. Eifermann und N. Gerschenrath sowie wegen Misshandlung und Beraubung weiterer namentlich nicht bekannter Personen gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- Einstellung des Verfahrens gegen Jakob Uitz wegen Mord an Frau N. Frost und weiteren namentlich nicht bekannten Personen mit Ausnahme des vom Zeugen Josef Stern geschilderten Vorfalls der Erschießung eines unbekanntem Juden/Jüdinnen gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Einstellung des Verfahrens gegen Pernek, Schipany, Steiner, Krögner, Reienthaller und Uitz wegen Verbrechen des Mordes nach §§ 134, 135 Z.3, 137 StG (hinsichtlich der Teilnahme an Liquidierungsaktionen). Bezüglich Steiner weiters hinsichtlich des Faktums Mord an dem Kind N. Kantor, bezüglich Uitz weiters hinsichtlich der Fakten Mord an Frau N. Kantor und an dem vom Zeugen Josef Stern geschilderten Vorfall der Erschießung unbekannter Juden/Jüdinnen gemäß § 2 Abs. 4 StPO.

4.2.1960: Einstellung des Verfahrens gegen Härtel wegen § 134ff StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Weitere Beschuldigte:

Vinzenz MAURITZ,
Karl WITTICH, (stellver. Dienststellenleiter)
Karl WITTMANN (stellver. Dienststellenleiter),
Anton DOPPLER
Johann GALLHART

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 3332/56: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1142
DÖW-Signatur: V677/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7b Vr 5404/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann LAYR

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf:

Illegalität

"Alter Kämpfer", Ehrenwinkelträger, seit 1939 Zellen- und Blockleiter, SS-Angehöriger
(Untersturmführer).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.3.1947: Ausdehnung der Voruntersuchung in Richtung des § 8 VG und des §§ 7, 21/9 Wahlgesetz.
25.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Absonderung des
Verfahrens wegen § 7, § 21/9 Wahlgesetz aus diesem Verfahren und Abgabe an die
allgemeine Untersuchungsabteilung zur weiteren Antragstellung 14 St 46394/47.
2.2.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 1 (einem) Jahr schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7b Vr 5404/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1142
DÖW-Signatur: V678/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 215/50 (Vg 7d Vr 489/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Hochverratsprozess (Juliputsch 1934)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Polen, Ukraine (Distrikt Galizien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Otto Gustav WÄCHTER
Charlotte (Lotte) WÄCHTER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 24 VG (Vermögensverfall)
§ 6 KVG (Arisierung),
8 KVG (Hochverrat)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der SA, SS und der NSDAP, Bezirksleiter der Bezirksleitung der NSDAP Innere Stadt, Anwalt und Verteidiger von NSDAP-Mitgliedern, illegaler Gauleiter von Wien, Hauptbeteiligter am Juliputsch 1934, Personalkommissar zur Reinigung des österreichischen Berufsbeamtentums, SS-Brigadeführer, ab 1942 Gouverneur von Galizien.

Wächter bewohnte ab März 1938 gemeinsam mit seiner Gattin die Villa des Ankerbrot-Miteigentümers Otto Mendl, Wien XIX, Wallmodengasse 11. Lotte Wächter wurde beschuldigt sich zahlreiche Gegenstände aus dem Besitz der Familie Mendl angeeignet zu haben. Während ihres Aufenthaltes in Krakau soll sie Pelze aus dem Palais Potocki nach Wien geschickt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.4.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

22.12.1949: Einleitung des selbstständigen Verfahrens Vg 7d Vr 215/50 gegen Dr. Otto Gustav Wächter gemäß § 24 VG 47. Ausscheidung des Verfahrens gegen Lotte Wächter wegen § 6 KVG zu Vg 7d Vr 235/50.

5.3.1951: Das gesamte Vermögen des Dr. Otto Gustav Wächter wird gemäß § 24 VG 47 zugunsten der Republik Österreich für verfallen erklärt.
(Laut einer beiliegenden Sterbeurkunde verstarb der Beschuldigte am 14.7.1949 in Rom, wo er unter dem Namen Alfred Reinhardt gelebt hatte.)

Zusatzinformationen zum Akt

Das Verfahren enthält weiters NS-Unterlagen über den gescheiterten Umsturzversuch vom 25. Juli 1934 inklusive einer Liste mit den Namen von verurteilten Wiener Polizeibeamten.

FStN-Mikrofilm Nr. 1142
DÖW-Signatur V679/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 30 Vr 2723/58 (Vg 8e Vr 449/55, Vg 8c Vr 453/51)
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Prozess wegen Massenvernichtungsverbrechen (Schupo-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Ukraine (Kossow/Kosiv, Ostgalizien)

Strafverfahren gegen: N. DENK (DENG) u. andere Schutzpolizisten und Gendarmen der Dienststelle
Kossow – Ostgalizien

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung von Gendarmen und Schutzpolizisten an der Misshandlung und Ermordung der jüdischen
Bevölkerung von Kossow.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 19.5.1952: Einstellung des Verfahrens gegen N. Bayer, N. Winkler, N. Wycisk, N. Klotz, N. Kern, N. Hutsch und N. Petri wegen §§ 1, 3 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Einleitung der Voruntersuchung gegen N. Denk (Dengg) und N. Rauch wegen §§ 1, 3 KVG und § 134 StG und gegen N. Gross wegen § 3 KVG. Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen N. Denk (Dengg), N. Rauch und N. Gross gemäß § 412 StPO.
- 9.1.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Josef Denk (geb. 6.7.1902) wegen §§ 1, 3 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Der Betreffende ist mit dem Beschuldigten N. Denk (Dengg) nicht identisch.
- 31.5.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen N. Denk (Dengg), N. Rauch und N. Gross unter Vg 8e Vr 449/55.
- 7.9.1955: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen N. Denk (Dengg), N. Rauch und N. Gross gemäß § 412 StPO.
- 11.10.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Josef Denk (geb. 19.7.1910) wegen §§ 1, 3 KVG und § 134 StG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Der Betreffende ist mit dem gesuchten N. Denk (Dengg) nicht identisch.
- 14.9.1957: Einstellung des Verfahrens gegen N. Denk (Dengg) und N. Rauch wegen §§ 1, 3 KVG und gegen N. Gross wegen § 3 KVG gemäß §§ 12, 13 NS- Amnestiegesetz 1957. Aufrechterhaltung der Ausschreibung des N. Denk (Dengg) und des N. Rauch wegen § 134 StG.
- 10.1.1958: Einstellung des Verfahrens gegen Anatol Denk wegen § 134 StG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Nicht identisch mit dem gesuchten N. Denk. Fortsetzung des Verfahrens gegen N. Denk (Dengg) und N. Rauch unter 30 Vr 2723/58.
- 6.10.1958: Einstellung des Verfahrens gegen Hans Max Rauch (geb. 9.4.1909) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Nicht identisch mit dem Beschuldigten N. Rauch.

3.10.1960: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich Dengg (geb. 15.1.1912) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Der Genannte ist mit dem gesuchten N. Denk (Dengg) nicht identisch.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 30 Vr 2723/58: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1142+1143

DÖW-Signatur: V680/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 2917/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Lager-Plaszow-Prozess

(Bezug zum Goeth-Prozess 1947 in Krakau)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Polen (ZAL Plaszów)

Volksgerichtsverfahren gegen: Amon Leopold GOETH (GÖTH)

wegen (§§): §§ 10, 11 (Illegalität),
§ 24 VG (Vermögensverfall) und
§ 4 Sprengstoff-Gesetz

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der NSDAP, SA und SS, Politischer Leiter der Ortsgruppe Mariahilf, seit 1933 geschäftsführender Adjutant der 52. SS-Standarte und Führer der Motorstaffel, Waffen- und Sprengstoffschmuggel.

Ab 1940 gehörte er als Verwaltungsführer im Stab der Einsatzführung einem Sonderkommando des Reichsführers-SS Heinrich Himmler an. Von Februar 1943 bis September 1944 war Goeth als Kommandant des Lagers Plaszow für die Ermordung, Misshandlung und Beraubung der jüdischen ZwangsarbeiterInnen beziehungsweise für die Liquidation der Ghettos in Krakau und Tarnow sowie des Arbeitslagers in Szebnia bei Jaslo verantwortlich.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 10.11.1949: Beendigung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]. (Am 3.9.1946 wurde Goeth vom Obersten Volksgericht in Krakau zum Tode verurteilt und am 5.9.1946 hingerichtet.)
- 27.5.1955: Abtretung des Verfahrens 13 Vr 1417/55 (11 Vr 1605/48) [Verfahren gegen Amon Leopold Goeth und seinen Vetter Amon Goeth] des Vg Graz zu Vg 7d Vr 2917/48 des Vg Wien gemäß § 56 StPO.
- 14.6.1955: Vereinigung der beiden Akte 13 Vr 1477/55 und Vg 7d Vr 2917/48.

Zusatzinformationen zum Akt

Das Verfahren enthält das Urteil des Obersten Volksgerichts in Krakau vom 3.9.1946, Zl. Nr. NtN 466/46 und eine deutsche Übersetzung.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 2917/48: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1143
DÖW-Signatur: V681/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 8/54
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition (österr. Polizisten)
Tatland (Tatort): Wien (Ottakring)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WITTICH,
Franz BISCHINGER,
Johann SZABADOS und
Julius LINSMEIER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer", Verhalten aus besonders verwerflicher Gesinnung. Denunziation von Kollegen des Polizeikommissariats Ottakring (Leopold Amon, Emil Kart u.a.). Bischinger wurde weiters vorgeworfen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt einen verletzten Juden/Jüdinnen unbekanntem Namens und den Polizeibeamten Johann Auer in ihrer Menschenwürde gekränkt zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 17.2.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Wittich und Bischinger wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren Vg 2d Vr 4542/45 (gegen Robert Dörfler u.a.) zu Vg 2d Vr 1750/47.
- 21.1.1948: Einleitung der Voruntersuchung gegen Bischinger wegen §§ 3, 4 KVG. Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gegen Wittich gemäß § 412 StPO. Einbeziehung des Aktes Vg 6d Vr 4499/47 (gegen Bischinger wegen § 7 KVG) in das gegenständliche Verfahren Vg 2d Vr 1750/47.
- 4.3.1948: Einbeziehung des Verfahrens gegen Bischinger in das Verfahren Vg 7d Vr 2897/47 (gegen Franz Venhoda u. a. Angehörige der Schupodienststelle Stryj – Ostgalizien).
- 12.12.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann Szabados und Julius Linsmeier wegen §§ 4, 7 KVG zu Vg 8e Vr 708/50.
- 13.11.1953: Erlass des BM f. Justiz (Zl. 67.483/53) betreffend Rückkehr des Karl Wittich aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft.
- 30.1.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Wittich wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 9 Ges. 159/3 Spätheimkehreramnestie. Fortsetzung des Verfahrens gegen Wittich wegen § 7 KVG (Faktum Emil Kart) unter Vg 8e Vr 8/54.
- 29.11.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Wittich wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] (Entschießung des Bundespräsidenten vom 28.10.1954).
-

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Verfahren Vg 8e Vr 8/54 enthält den Akt Vg 6d Vr 4499/47 (gegen Franz Bischinger betreffend Denunziation des Leopold Amon) und Abschriften aus Vg 2d Vr 4542/45 (gegen Robert Dörfler u. a.).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 8/54 (Vg 2d Vr 1750/47) : Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1143
DÖW-Signatur: V682/1–24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 5670/48 (Vg 7c Vr 4557/46, Vg 7c Vr 5638/48)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Ravensbrück-Prozess, Auslieferungsverfahren (Polen)
("österreich. Braunsteiner-Prozess")

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Deutschland (Ravensbrück, Genthin), Polen (Majdanek)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermine BRAUNSTEINER-RYAN

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 134 StG (Mord),
§ 135 Z. 3 StG (bestellter Mord),
§ 137 StG (entfernte Mitschuld oder Teilnahme am Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Braunsteiner war Aufseherin in Ravensbrück und Majdanek sowie Lagerkommandantin von Genthin, einem Außenlager des KZ Sachsenhausen. Ihr wurde vorgeworfen unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Gewalt eine unbestimmte Zahl von Häftlingen – namentlich Kazimiera Zaloga – misshandelt und in einen qualvollen Zustand versetzt zu haben. Außerdem wurde sie der Mitwirkung an der Auswahl der zur Vernichtung bestimmten Personen beschuldigt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 19.12.1946: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
27.7.1948: Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 7c Vr 5638/48. Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 7c Vr 5670/48.
4.7.1949: Mitteilung des BM f. Justiz Zl. 26893/49 betreffend Beendigung des Auslieferungsverfahrens mangels einstimmiger Beschlussfassung des Alliierten Rates in der Auslieferungssache Braunsteiner.
10.9.1949: Überleitung des Auslieferungsverfahrens in ein Verfahren gemäß § 40 StG. Einbeziehung des Auslieferungsverfahrens Vg 7c Vr 5638/48 in das Verfahren Vg 7c Vr 5670/48. Einstellung des Verfahrens gegen Braunsteiner wegen § 3/3 KVG (Kommandantin, Lagerführerin) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und wegen §§ 134, 135 Zl.3 StG (Tötung jüdischer Frauen) und § 137 StG (Auswahl und Überstellung von zu erschießenden Häftlingen) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
22.11.1949: Verurteilung der Angeklagten wegen §§ 3/1 KVG und 4 KVG (KZ Ravensbrück) zu 3(drei) Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen §§ 3/1 u. 2 und 4 KVG (KZ Majdanek) gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung:

Einbezogener Akt Vg 7c Vr 5638/48 (Auslieferungsverfahren).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 5670/48: Zentrale österreichische

FStN-Mikrofilm Nr. 1143
DÖW-Signatur: V683/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5e Vr 7034/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Landstraße)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann (Hans) RUMPLER und
Johanna RUMPLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 10 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität

"Alte Kämpfer"

Arisierung von zwei Wohnungen in Wien III, Löwengasse 45, Nr. 9 und 11 (Geschädigte: Jenny Biller und die Familie Bergstein) und eines Marktstandes in Wien III, Großmarkthalle, Gitterzelle Nr. 93 (Geschädigter: Max Lustig)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 1.4.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Johann Rumpler wegen §§ 4, 6 KVG und gegen Johanna Rumpler wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige]. Einstellung des Verfahrens gegen Johann Rumpler hinsichtlich §§ 8, 10/2 VG 47 gemäß Zl. 3 der Übergangsbestimmungen, 1 Hauptstück, Abschnitt II des NS-Gesetzes.
- 28.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Johanna Rumpler wegen §§ 8, 10/1, 2 VG gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5e Vr 7034/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1143
DÖW-Signatur: V684/1–52

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 4006/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Denunziationsprozess, Bezug zu Gestapo

Opfer: Widerstand/Opposition (österreich. Gendarmen), Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gutenstein, Wiener Neustadt), Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Andreas SCHWENT,
Rudolf HOFSTÄTTER,
Bruno MAYRHOFER,
Karl HAINTHALER und
Florian SPANNRING

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 134 StG (Mord),
§ 135/3 StG (bestellter Mord),
§ 137 StG (entfernte Mitschuld oder Teilnahme am Mord)

Tatvorwürfe:

Im Mittelpunkt des Verfahrens steht die Ermordung des Heinrich Fischer wegen "Bandenbildung" im April 1945 in Gutenstein (Niederösterreich).

Im gegenständlichen Verfahren wird weiters auch die Denunziation des Johann Nödl (Oberförster, Obmann der Vaterländischen Front und Kommandant der Heimwehr) behandelt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 19.12.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Bruno Mayrhofer wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG aus dem Verfahren 2f Vr 4690/45 (gegen Leopold Döll u.a.) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 5b Vr 237/48.
- 11.12.1948: Einbeziehung der Verfahren Vg 6b Vr 2619/46 (gegen Florian Spannring), Vg 3a Vr 4901/46 (gegen Rudolf Hofstätter; ehem. Kriminalsekretär der Gestapo) und Vg 5b Vr 237/48 (gegen Bruno Mayrhofer) in das gegenständliche Verfahren. Einstellung des Verfahrens gegen Schwent wegen § 7 KVG (Faktum Panzenböck und Nödl) und gegen Hainthaler wegen § 7 KVG (Faktum Nödl) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung]. Einstellung des Verfahrens gegen Spannring wegen § 7 KVG (Faktum Nödl) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 9.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Mayrhofer wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] ("Ermordung von Juden/Jüdinnen und Polen im Osten").
- 2.3.1949: VERURTEILUNG des Rudolf Hofstätter wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG (Faktum Ferdinand Ganz) und wegen §§ 5, 134, 135/3 und 137 StG (entfernter Mitschuld am bestellten

Mord an Heinrich Fischer) zu 5 Jahren schweren Kerkers. Verurteilung des Bruno Mayrhofer wegen §§ 5, 134, 135/3 und 137 StG zu 3 Jahren schweren Kerkers. FREISPRUCH des Bruno Mayrhofer wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 134, 135/3 StG (Verbrechen des bestellten Mordes) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen). Freispruch des Andreas Schwent wegen §§ 10, 11 VG und §§ 5, 134, 135/3 und 137 StG gemäß § 259/3 StPO. Freispruch des Rudolf Hofstätter wegen § 4 KVG (Faktum Ferdinand Ganz) gemäß § 259/3 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Mit dem gegenständlichen Verfahren vereinigt sind:

Vg 6b Vr 2619/46 (gegen Florian Spannring)

Vg 3a Vr 4901/46 (gegen Rudolf Hofstätter) inkl. Beiakt Vg 7d Vr 8601/46 (gegen Hofstätter und Hermann They, Misshandlung des Johann Wallner. Ausscheidung des Verfahrens gegen Hermann They zu Vg 12a Vr 8154/47).

Vg 5b Vr 237/48 (gegen Bruno Mayrhofer wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG). Dieses Verfahren ist am 19.12.1947 aus Vg 2f Vr 4690/45 (gegen Leopold Döll u. a.) ausgeschieden worden.

Das gegenständliche Verfahren enthält weiters Abschriften aus Vg 4c Vr 4315/45 (gegen Alois Hafner u.a.) und aus Vg 2f Vr 4690/45 (gegen Leopold Döll u.a.) sowie Hinweise über Angehörige der Gestapo Außendienststelle Wiener Neustadt und über Funktionäre der Kreisleitung Wiener Neustadt. Weiters befindet sich im vorliegenden Akt eine Liste mit Namen von Gendarmeriebeamten, die von den Nationalsozialisten als "nicht zuverlässig" eingestuft wurden. Der Beschuldigte Schwent soll einer beim Abteilungskommando Wiener Neustadt eingerichteten Untersuchungskommission angehört haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 4006/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V685/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 8154/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Gestapo)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann THEY

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:
Illegalität

"Altparteigenosse", Angehöriger des NSKK,
Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung
Misshandlung des Friedrich Campustrini und Verletzung der Menschenwürde des Johann Wallner
als Angehöriger der Gestapo-Außendienststelle Wiener Neustadt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.12.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hermann They wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG
aus dem Verfahren Vg 3a Vr 4901/46 (gegen Hofstätter und They) gemäß § 57 StPO und
Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 12a Vr 8154/47.
10.3.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 KVG (Faktum Campustrini und Wallner) zu 6
Monaten Kerker. Freispruch wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Verfahren enthält Aktenteile aus Vg 3a Vr 4901/46 (gegen Hofstätter und They) und aus
dem dazugehörigen Beiakt Vg 7d Vr 8601/46. Weiters befindet sich in dem gegenständlichen Verfahren
eine Abschrift aus Vg 2c Vr 4075/45 (gegen Rudolf Mohr).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 8154/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V686/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 56/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")
(Mord an bzw. "Selbstmord" von General Zehner 10./11. April 1938)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann MÖSSLACHER
Josef JUNKER
Karl HEMETSBERGER
Franz HEMETSBERGER

wegen (§§): § 5, 134, 135/3 StG (Beihilfe zum bestellten Mord)

Ermordung des ehem. Staatssekretärs im Bundesministerium für Landesverteidigung (1934-1938),
General Wilhelm Zehner, in der Nacht von 10. auf 11. April 1938 in Wien durch Gestapobeamte.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 29.8.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Franz Hemetsberger wegen §§ 5, 134, 135/3 StG
gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren
gerichtlichen Verfolgung: Verwechslung mit Karl Hemetsberger].
- 29.11.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Mösslacher, Junker und Karl Hemetsberger gemäß §
109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen
Verfolgung].

Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus 27 Vr 2568/38 (gegen U.T.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 56/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V687/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 3373/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Bezug zu Juliputsch1934

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Gottfried BERGER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, "Alter Kämpfer", Mitglied der NS-Polizeigruppe "Gersthof II" und der SS-Standarte 89,
Kriminalsekretär der Gestapo.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.10.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG und §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung
der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 3373/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V688/1–6

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 4708/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien, Tschechische Republik ("Sudetenland"), Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SPERL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegales Mitglied der NSDAP und der SS seit 1936, Oberscharführer der SS, Träger der Ostmarkmedaille.
Der Beschuldigte war als Angehöriger der Gestapo im Sudetenland und in Polen eingesetzt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

19.6.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG und § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 4708/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V689/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 538/55 (Vg 3b Vr 1339/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Alsergrund)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Franz (Frank) UNGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der Landesleitung der Wiener NSDAP und Angehöriger des NS-Ärztebundes.
Arisierung der Wohnung und Praxis des Arztehepaares Dr. Franz und Martha Ornstein, Wien IX,
Votivplatz (heute: Rooseveltplatz) 4/5 im Jahr 1938.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 20.2.1948: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG gemäß § 412 StPO.
- 6.6.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 538/55. Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 29.2.1956: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält weiters Namen von Angehörigen des NS-Ärztebundes sowie Abschriften von Unterlagen der SA-Gruppe Donau.

Dr. Franz Unger wurde auch beschuldigt, im März 1938 an der Plünderung von Geschäften in Wien-Ottakring beteiligt gewesen zu sein. Der Vater des Beschuldigten, Franz Unger sen., geb. 13.1.1883, soll im Jahr 1938 die Buchhandlung Kuppitsch in Wien I, Schottenring 8, arisiert haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 538/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V690/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 3496/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alfred STROHSCHNEIDER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", NSKK-Sturmführer, kommissarischer Verwalter zahlreicher Taxi – und Fuhrwerksunternehmen in Wien. Der Angeklagte soll unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt sowie aus politischer Gehässigkeit die Menschenwürde des Franz Weiss und des N. Aulitzky verletzt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.4.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
12.9.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält eine Liste mit Namen von Taxi – und Fuhrwerksunternehmen, deren kommissarischer Verwalter Strohschneider, in den meisten Fällen bis zur Liquidation, war.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 3496/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144
DÖW-Signatur: V691/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 5142/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold HUBMER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
 § 24/1 VG (Vermögensverfall),
 § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
 § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
 § 6 KVG (Arisierung) und
 § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", Beteiligung an der Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde der jüdischen Bevölkerung in Wien-Floridsdorf im Zuge von Verhaftungen im November 1938 ("Novemberpogrom"). Arisierung von Schmuck und Möbeln des Max Juhn. Denunziation des Josef Glaser aus "Rassenhass".

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.4.1947: Tod des Beschuldigten.
16.5.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG (objektives Verfahren). Antrag der Staatsanwaltschaft auf Vermögensverfall gemäß § 24/1 VG.
18.11.1948: Abweisung des Antrages der Staatsanwaltschaft auf Verfall des Vermögens.
Begründung: Der verstorbene Beschuldigte wäre, auf Grund der Ergebnisse des durchgeführten Beweisverfahrens, wenn eine Anklage gegen ihn erhoben worden wäre und gegen ihn, falls er noch leben würde, hätte verhandelt werden können, gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) freigesprochen worden. Es wäre daher zu keinem Ausspruch über Vermögensverfall gekommen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 5142/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1144+1145

DÖW-Signatur: V692/1–53

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 8378/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef FLATZ,
Franz ENDT
Dr. Robert FLATZ

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Folgende Unternehmen und Realitäten wurden von Josef Flatz mit Unterstützung seines Bruders und des kommissarischen Verwalters Franz Endt arisiert:

– Fa. Adolf Spitzer & Co., Säcke – und Plachengroßhandlung, Wien XX, Treustraße 84, Besitzer: Ernst Eisinger, komm. Verwalter: Franz Endt

– Fa. Pollak & Neuron, Handel und Erzeugung von Säcken, Plachen, Zelten und Pferddecke, Wien II, Zirkusgasse 40-42, Besitzer: Gustav Pollak

– Fa. Daniel Wurf, Salzgroßhandlung, Wien

– Fa. Ing. Erwin Goldreich, Strickereiwarenfabrik, Wien V, Gartengasse 19 mit den Betrieben in Kirchberg am Walde und in Heidenreichstein (Niederösterreich)

– Fa. Ing. Emanuel Goldschmidt's Witwe, Spinnerei und Weberei, Deutschkreutz (Burgenland), Besitzer: Hugo und Paula Goldschmidt

– Strickereibetrieb in Litschau (Niederösterreich), Besitzer: Fam. Mandle

– Liegenschaft in Wien XX; Denisgasse 33, Eigentümer: Israelit. Kultusgemeinde

– Liegenschaft in Wien I, Esslinggasse 9, Besitzer: Heinrich Spitzer

– Villa in Bad Ischl (Oberösterreich), Jainzendorferstraße 2, Besitzer: Dr. Ernst und Ing. Ralf Redlich

27.3.1947: Einbeziehung des Verfahrens Vg 8 Vr 5378/46 (gegen Flatz, Endt und Dr. Flatz) des LG Linz in das gegenständliche Verfahren.

24.8.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Flatz wegen § 6 KVG bzgl. Arisierung der Fa. Adolf Spitzer & Co. und der Fa. Pollak und Neuron gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] (Teilvergleich zw. Flatz und den Geschädigten).

Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Flatz wegen § 6 KVG bzgl. Arisierung der Fa. Erwin Goldreich und Zweigbetriebe. Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 8e Vr 541/50. Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Flatz und Franz Endt wegen §§ 6 und 7 KVG (Faktum Daniel Wurf) zu Vg 8e Vr 541/50.

Einstellung des Verfahrens gegen Franz Endt wegen § 6 KVG (ausgenommen Faktum Wurf) und wegen § 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Robert Flatz wegen §§ 8, 10/2 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

18.2.1952: Freispruch des Angeklagten Josef Flatz wegen § 6 KVG (Faktum Goldschmidt und Redlich) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen). Die Privatbeteiligten Hugo und Paula Goldschmidt werden gemäß § 366/1 StPO auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

12.3.1952: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Flatz wegen §§ 20 und 8 VG und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 1a Vr 59/52.

Das gegenständliche Verfahren enthält das einbezogene Verfahren Vg 8 Vr 5378/48 des Vg Linz. Weiters befinden sich im vorliegenden Akt bzw. im Anhang:

- Abschriften und tw. auch Originale von Unterlagen aus der NS-Zeit wie Kaufverträge oder Inventarlisten betreffend Arisierung der aufgelisteten Unternehmen und Realitäten durch Josef Flatz.
- Gutachten des Sachverständigen Dipl.- Ing. Gustav Adolf Witt (Fa. Goldschmidt).
- Aufzeichnungen über die geschäftlichen Aktivitäten des Josef Flatz nach Kriegsende.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 8378/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1145
DÖW-Signatur: V693/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 541/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef FLATZ und
Franz ENDT

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Josef Flatz wurde beschuldigt mit Unterstützung des kommissarischen Verwalters Franz Endt folgende Betriebe und Liegenschaften arisiert zu haben:

* Fa. Daniel Wurf, Salzgroßhandlung, Wien, kommissarischer Verwalter: Franz Endt.

* Fa. Ing Erwin Goldreich, Strickereiwarenfabrik, Wien V, Gartengasse 19 (Büro) mit den Betrieben in Kirchberg am Walde und in Heidenreichstein (Niederösterreich).

Der Beschuldigte Flatz soll weiters Daniel Wurf bei der Gestapo angezeigt und die Beschlagnahme seines Vermögens angeordnet haben.

Weiters wurde Flatz zur Last gelegt, am 9. November 1938 ("Novemberpogrom") die Verhaftung des Daniel Wurf durch den Blockwart Dr. Rudolf Pickard veranlasst zu haben. Der NSDAP-Funktionär eignete sich, laut Aussage des Geschädigten, in weiterer Folge seine Wohnung im Haus Wien XIX, Heiligenstädterstraße 7 an.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.8.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Flatz wegen § 6 KVG betreffend Arisierung der Fa. Erwin Goldreich und Zweigbetriebe aus Vg 1a Vr 8378/46. Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 8e Vr 541/50. Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Flatz und Franz Endt wegen §§ 6 und 7 KVG (Faktum Daniel Wurf) aus Vg 1a Vr 8378/46 zu Vg 8e Vr 541/50.

21.2.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Franz Endt wegen §§ 6, 7 KVG (Faktum Wurf) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

12.4.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Josef Flatz wegen § 6 KVG (Faktum Goldreich) sowie wegen §§ 6 und 7 KVG (Faktum Wurf).

Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus Vg 1a Vr 8378/46 (gegen Josef Flatz, Franz Endt und Dr. Robert Flatz) sowie Hinweise auf den Rückstellungsakt 52 RK 211/47 (Fa. Ing. Erwin Goldreich).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 541/50: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1145
DÖW-Signatur: V694/1–3

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 59/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef FLATZ

wegen (§§): §§ 20, 8 VG (Registrierungsbetrug)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 12.3.1952: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Flatz aus Vg 1a Vr 8378/46 wegen §§ 20 und 8 VG und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 1a Vr 59/52.
8.4.1952: Einstellung des Verfahrens gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus Vg 1a Vr 8378/46 (Hv-Protokoll und Urteil).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 59/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1145
DÖW-Signatur: V695/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 145/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: --
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef FLATZ

wegen (§§): §§ 20, 8 VG (Registrierungsbetrug)

29.8.1952: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 145/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1145
DÖW-Signatur: V696/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 6881/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm PATERA,
Dr. Armin DIETRICH,
Dr. Egon WALTER u. a.

wegen : § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hauptgegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die Arisierung der Wiener Sauerstoffwerke Julius Kaszab und des Privatvermögens der Witwe Rosa Kaszab. Folgende Fabriksgebäude und Grundstücke wurden arisiert:

- Wien XIV, Lützowgasse 3-5 durch Wilhelm Pattera
- Wien XIV, Mitisgasse 4-6 durch Johann Liebsch u. a.
- Nebenbetrieb Fa. Syphon-Automat durch Karl Hinz

Die Wiener Sauerstoffwerke waren auch Gesellschafter der Vereinigten Autogen-Werke. Ihr Anteil umfaßte einen Flaschenpark von Stahl- und Dissousflaschen. Den anderen Teilhabern – Hydroxygen Ges.m.b.H und Österr. AGA-Werke – wurde vorgeworfen, sich an Vermögenswerten aus dem Besitz der Wiener Sauerstoffwerke missbräuchlich bereichert zu haben.

Die beiden Treuhänder des Privatvermögens der Rosa Kaszab, Dr. Armin Dietrich und Dr. Egon Walter, wurden beschuldigt, sich zahlreiche Wertgegenstände (u. a. auch zwölf Gemälde) angeeignet zu haben.

27.4.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Pattera wegen § 6 KVG und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 3d Vr 3276/48.

Ausscheidung des Verfahrens gegen U.T. (Inhaber der Beha-Werke) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 3d Vr 3277/48.

Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Walter wg. § 6 d. Ges. v. 10.5.1945 (vorsätzliche Unterlassung der Anmeldung oder Anzeige von entzogenen Vermögenswerten) aus dem gegenständlichen Verfahren gemäß § 2 VG und Abtretung an den Untersuchungsrichter (allgemeine Angelegenheiten) 23 St 18476/48.

1.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen U.T. (Inhaber der Österr. AGA-Werke), gegen U.T. (Inhaber der Hydroxygen) und gegen den Übernehmer der Fa. Syphon-Automat wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Dietrich und Dr. Walter wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Das gegenständliche Verfahren enthält folgende Unterlagen (tw. aus der NS-Zeit):

- Grundbuchsauszug Wien XIV, (Lützowgasse 3-5), EZ: 1849
- begl. Abschriften aus dem Handelsregister betreffend Fa. Hydroxygen, Österr. AGA-Werke und Vereinigte Autogen-Werke
- Abschriften über die Vermögenswerte der Rosa Kaszab u. a. eine detaillierte Aufstellung der im Dorotheum angebotenen Gegenstände inkl. Namen von KäuferInnen
- Unterlagen betreffend Betriebsvermögen der Wiener Sauerstoffwerke
- Sachverständigen-Gutachten Ernst Vrtilik (AGA und Hydroxygen)

Der vorliegende Akt beinhaltet weiters Hinweise zu folgenden Rückstellungsverfahren:

- 52 RK 67/47
- 52 RK 32/47 (32 Cg 62/42 und 35 Cg 441/41 – angeschlossene Verfahren)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 6881/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1145
DÖW-Signatur: V697/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 6452/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav GOLL und
Dr. Wolfgang STROHSCHNEIDER

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hauptgegenstand des Verfahrens ist die Arisierung der Kühler- und Metallwarenfabrik AG des Leopold Fischer in Wien XX, Stromstraße 66-68 und Dresdner Straße 42-44 (inkl. 2500 Aktien). Den beiden Beschuldigten wurden weiters folgende Verbrechen zur Last gelegt:

- Arisierung von Möbelstücken und einer Kiste Silber aus dem Privatvermögen des Leopold Fischer durch Goll.
- Arisierung des Hauses der Amalie Hochstim in Wien XX, Leithastraße 21 durch Goll und Dr. Strohschneider.
- Arisierung der Wohnung des Ernst Horch in Wien I, Laurenzberg 3/8 durch Dr. Strohschneider

29.10.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Goll und Dr. Strohschneider wg. § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

25.9.1952: Antrag des Leopold Fischer auf Einstellung des Strafverfahrens wg. 6 KVG, da die gesamte Rückstellungsangelegenheit vergleichsweise bereinigt wurde.

Das vorliegende enthält Hinweise auf folgendes Aktenmaterial:

- Arisierungsakt 2142 der Kühler- und Metallwarenfabrik AG
- 59 RK 58/47 (Rückstellungsakt Leopold Fischer)
- 59 RK 951/47 (Rückstellungsakt Amalie Hochstim)

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich weiters:

- Abschriften von Kaufverträgen und Geschäftsunterlagen
- Inventarlisten betreffend Betriebsvermögen der Kühler- und Metallwarenfabrik AG und betreffend Privatbesitz des Leopold Fischer
- div. SV-Gutachten betreffend Kühler- und Metallwarenfabrik AG
- Hinweise auf den Verkauf von Geschäftsanteile der Kühler AG an der Beha Metallwaren Ges.m.b.H., Wien XIV, Mitisgasse 4-6 durch Goll und Strohschneider an Johann Liebsch u.a. (Vg 8c Vr 408/47)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 6452/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1145+1146

DÖW-Signatur: V698/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 2652/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: August DEUTSCH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 (Illegalität) und § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Ortsstellenleiter der Gastwirte des III. Bezirkes, Abholung und Verteilung von Bezugsscheinen an die einzelnen Gastwirte. Pächter einer Weinhalle in Wien III, Marxergasse 15. Im Lokal des Beschuldigten verkehrten Angehörige der Vugesta. Deutsch stand unter Verdacht, sich jüdische Vermögenswerte u. a. Pretiosen günstig angeeignet zu haben. Weiters soll er als Verbandsmitglied der Volksbank, Wien III, Löwengasse 37, das Geldinstitut finanziell geschädigt haben.

- 8.4.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Deutsch wg. § 8, 10 VG 47 und § 6 KVG betreffend "Vugesta" gemäß § 57 StPO aus dem gegenständlichen Verfahren und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 4d Vr 2866/48.
- 3.3.1950: In Berichtigung des Beschlusses vom 8.4.1948 wird das Verfahren gegen Deutsch wg. §§ 8, 10 VG 47 aus dem Verfahren Vg 4d Vr 2866/48 ausgeschieden. Der Akt ist dem gegenständlichen Verfahren Vg 4d Vr 2652/45 anzuschließen.
- 18.1.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Deutsch wg. §§ 10, 11 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 23.1.1951: Ratskammer-Beschluss betreffend Einstellung des Verfahrens gegen Deutsch wg. § 8 VG gemäß § 1/2 NS-Amnestie 1950.

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Verfahren Vg 4d Vr 2866/48 (gegen Deutsch u. Angehörige der Vugesta).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 2652/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V699/1–26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 2333/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton WEINSTABL u. a.

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Weinstabl, Leiter der Ortsgruppe Venediger Au, war gemeinsam mit Adolf Kolarovics, Johann Wlk und anderen an der Vertreibung von rund 30-40 jüdischen Familien aus ihren Wohnungen in Wien-Leopoldstadt und der Umsiedlung in Massenquartiere, von wo aus die Betroffenen nach Polen deportiert wurden, beteiligt.

Dem Hauptbeschuldigten Weinstabl wurden weiters folgende Verbrechen zur Last gelegt:

- Misshandlung des Geschäftsinhabers Salo Wieselberg unter Mithilfe von Karl Günther.
- Misshandlung des Kurt Fischer, Beschimpfung und Misshandlung des Walter Fischer, Beschimpfung der Mutter der Gertrude Fischer.
- Öffentliche Misshandlung und Demütigung von namentlich nicht bekannten Juden/Jüdinnen durch Schlagen mittels einer Reitgerte und durch Heranziehung zu Reinigungsarbeiten.
- Arisierung der Spedition Arthur Kriss (Besitzer: Erich und Karl Herbert Kriss) in Wien II, Lilienbrunnngasse 18.
- Arisierung der Wohnung des Jonas Imp(b)ermann in Wien II, Wolfgang-Schmälzl-Gasse 19/7.
- lünderung der Parfümerie Grün, Wien II, Stuerstraße 13 gemeinsam mit seiner Gattin Leopoldine und Johann Wlk. Weinstabl soll sich dabei u.a. gewaltsam Schmuck der jüd. Besitzerin N. Grün angeeignet haben.
- Aneignung von Bargeld des Geschäftsinhabers Salo Wieselberg, Wien II, Wolfgang-Schmälzl-Gasse

- 5.5. 1948: Beendigung des Verfahrens gegen Raimund Sapletan wg. § 4 KVG gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
- 23.12.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Adolf Kolarovics wg. §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 1.3.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Johann Wlk wg. §§ 4 u. 6 KVG (ausgen. Faktum Misshandlung eines unbek. Juden/Jüdinnen vor der Bäckerei Singer) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 20.4.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Leopoldine Weinstabl wg. §§ 4 u. 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen

Verfolgung].

- 30.10.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Weinstabl wg. §§ 4 u. 6 KVG (bzgl. aller Fakten soweit nicht angeklagt) und bzgl. § 5a KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 11.11.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann Wlk wg. § 3 KVG zu 15 St 23240/50 (Vg 13 Vr 678/50).

19.1.1951:

- Verurteilung des Anton Weinstabl wg. §§ 10, 11 VG, § 4 KVG (öffentl. Demütigung und Beleidigung von Salo Wieselberg, Kurt Fischer, Walter Fischer sowie anderer namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen) und wg. § 6 KVG (Aneignung von Schmuck aus dem Besitz der N. Grün) zu 4 Jahren schweren Kerkers.
- Freispruch des Anton Weinstabl wg. § 6 KVG (Aneignung von Bargeld des Salo Wieselberg) gemäß § 259/3 StPO.
- Verurteilung des Karl Günther wg. § 4 KVG (Faktum Salo Wieselberg) zu 2 Monaten Kerker.

Der vorliegende Strafakt enthält Hinweise zu folgenden Verfahren:

- Vg 1 Vr 4224/45 gegen Hermann Klemencic wg. §§ 3, 4, 6 KVG
- Vg 3b Vr 5413/46 gegen Hermann Klemencic wg. §§ 3, 4, 5a, 7 KVG
- Vg 1 Vr 4901/45 gegen Eduard Macht wg. §§ 10, 11 VG und §§ 4, 6, 7 KVG.
- Verfahren betreffend Arisierung der Spedition Arthur Kriss, Wien II, Lilienbrunnngasse 18:
 - Arisierungsakt 5004
 - 50 RK 575/48
 - O 5210 G 612 (Akt d. Finanzlandesdirektion f. Wien, Niederösterreich, Burgenland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 2333/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V700/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 137/54
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess, Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Österreich (Mauthausen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef KOHL

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte war Schreiber im Krankenrevier des KZ Mauthausen und soll an der Ermordung von Häftlingen durch Verabreichung von Injektionen beteiligt gewesen sein.

29.11.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Kohl
wg. § 1 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Verfahren
Vg 5b Vr 7082/46 (gegen Paul Göbel u. a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 137/54

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V701/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 545/55 (Vg 8b Vr 1879/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

(Seltsamer!) Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige (deutsche/österreichische)
Tatland (Tatort): Jugoslawien (Rijeka/Fiume)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich HEINZE

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Erschießung des Soldaten Franz Schimpf jun. - angeblich auf Grund einer Verwechslung mit einem Tito-Partisanen – am 23.4.1945 in Nudo bei Villa dell Nuvaso (Halbinsel Fiume/Italien) durch den Offizier Friedrich Heinze.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.8.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

28.5.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 545/55.

6.6.1955: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 545/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V702/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 554/55 (Vg 8b Vr 697/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Auslieferungsverfahren (Tschechoslowakei)

Opfer: ZivilistInnen (tschechische)
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef DOKOUPIL

wegen (§§): § 59 StPO (Auslieferung zur Strafvollstreckung)

Denunziation des tschechoslowakischen Staatsbürgers Bohumil Zelinka im Jahre 1940 wegen erdachter Schädigung der deutschen Flagge. Der Angezeigte wurde zu einer mehrwöchigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Einschüchterung des tschechoslowakischen Staatsbürgers Josef Halamek durch absichtliche Drohung, ihn wegen reichsfeindlicher Einstellung bei der Gestapo anzuzeigen. Der Betroffene wurde dadurch, laut Ansicht des Gerichtes, in einen Zustand von Angst und Schrecken versetzt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 7.8.1945: Verurteilung des Josef Dokoupil durch das außerordentliche Volksgericht in Brünn zu 15 Jahren schweren Kerkers (in Abwesenheit).
- 13.1.1949: Auslieferungsbegehren des Justizministeriums der tschechischen Republik an das Bundesministerium für Justiz.
- 15.3.1949: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO.
- 13.4.1949: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Auslieferungsverfahrens gemäß § 412 StPO.
- 4.6.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 554/55.
- 30.7.1956: Vorläufige Einstellung/Abbruch des Verfahrens gemäß § 412 StPO. Widerruf der Ausschreibung des Josef Dokoupil im staatspolizeilichen Fahndungsblatt.

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält eine Urteilsabschrift des außerordentlichen Volksgerichtes Brünn (Lsp 41/45 gegen Josef Dokoupil).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 554/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V703/1–8

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 1173/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl MANG

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 101 StG (Missbrauch der Amtsgewalt)

Illegalität, Kriminalbeamter, SS-Sturmführer, Betätigung für den Nachrichtendienst der NSDAP, Vernichtung von Beweismaterial, Kriminalsekretär der Gestapo (Referat III f – Beobachtung von spionageverdächtigen Personen). Von September 1943 bis Kriegsende Auslandseinsatz in Italien.

7.3.1949: Einstellung des Verfahrens wg. §§ 8, 10, 11 VG und § 101 StG gemäß § 90 StPO
[Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 1173/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V704/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 203/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Steiermark (Graz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Universitätsprofessor Dr. Heinrich BRANDWEINER

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug und Illegalität) und §§ 1 u. 2 des Gesetzes v. 13.11.1946, BGBl. 6/47 (falsche Angabe in amtlichen Fragebögen)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

falsche Angabe in amtlichen Fragebögen

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

16.7.1952: OGH-Beschluss betreffend Delegation des Verfahrens 13 Vr 1886/52 des LG Graz gegen Dr. Heinrich Brandweiner an das LG Wien gemäß § 63 StPO.

15.4.1953: Einstellung des Verfahrens wg. §§ 1 u. 2 des Gesetzes v. 13.11.1946 gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

5.5.1953: Einstellung des Verfahrens wg. § 10 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens wg. § 8 VG gemäß § 1 NS-Amnestie 1950.

Zusatzinformationen zum Akt

Das Verfahren war möglicherweise politisch motiviert: Brandweiner war Bündnispartner der KPÖ in der Friedensbewegung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 203/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V705/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 2862/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, KVG-§2-Verfahren (Kriegshetze)

Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl Anton ROHAN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 2 KVG (Kriegshetze)

Illegalität, Katholisch-Nationaler, Schriftsteller. Seit 1935 Mitglied der Schenker-Demar-Gruppe, die eine Integration von Nationalsozialisten in die politische Gesellschaft und eine – unter Umständen auch gewaltsame – Übernahme der Regierungsmacht in Österreich anstrebte. Veröffentlichung von propagandistischen Artikeln in verschiedenen Zeitungen (Völkischer Beobachter, Wiener Tagblatt, Grazer Tagespost, Europäische Revue u.a.).

6.5.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl Anton Rohan wg. §§ 8, 10, 11 VG und § 2 KVG gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren Vg 6b Vr 4105/46 (gegen Ing. Dr. Leopold Tavs u. a.) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 6b Vr 2862/47.

19.12.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Karl Anton Rohan wg. §§ 10, 11 VG und § 2 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Mit dem gegenständlichen Verfahren Vg 6b Vr 2862/47 vereinigt:
- Vg 2c Vr 6579/46 (gegen Karl Anton Rohan)

Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus folgenden Verfahren:
- Vg 7c Vr 423/46 (gegen Dr. Oswald Menghin und Karl Anton Rohan)
- Vg 6b Vr 4105/46 (gegen Ing. Dr. Leopold Tavs u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 2862/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V706/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 6202/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Minister im "Anschluss-Kabinett")

Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Oswald MENGHIN

wegen (§§): § 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Katholisch-Nationaler, Rektor der Universität Wien, Vertrauensmann der Vaterländischen Front. Mitglied im "Siebener Ausschuss", der nach dem Juliabkommen 1936 als Bindeglied zwischen Regierung und Nationalsozialisten eingerichtet wurde. Unterrichtsminister im "Anschluss-Kabinett" Seyß-Inquart.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 6.9.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Menghin wg. § 8 KVG aus dem Verfahren Vg 6b Vr 4105/46 (gegen Ing. Dr. Leopold Tavs u.a.) gemäß § 57 StPO und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 6b Vr 6202/48.
- 22.9.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO bleibt aufrecht.
- 4.10.1956: Entschließung des Bundespräsidenten bezüglich Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Menghin.
- 25.10.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Menghin wg. § 8 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus folgenden Verfahren:

- Vg 7c Vr 423/46 (gegen Dr. Oswald Menghin und Karl Anton Rohan)
- Vg 6b Vr 4105/46 (gegen Ing. Dr. Leopold Tavs u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 6202/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V707/1–11

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 2863/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess

Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Helmut MARCHESANI

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Illegalität, Prokurist der österr. Saurer-Werke AG, Obertruppführer bei der SA-Standarte 4. Mitglied der Schenker-Demar-Gruppe, der zahlreiche prominente Persönlichkeiten angehörten und die im Falle einer politischen Annäherung zwischen Vaterländischer Front und Nationalsozialisten, die Regierungsmacht in Österreich – gegebenenfalls auch unter Anwendung von Gewalt – übernehmen wollte.

- 6.5.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Marchesani wg. §§ 8, 10, 11 VG und § 8 KVG gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren Vg 6b Vr 4105/46 (gegen Ing. Dr. Leopold Tavs) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 6b Vr 2863/47.
- 23.2.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Marchesani wg. §§ 8, 10, 11 VG und § 8 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus dem Verfahren Vg 6b Vr 4105/46 (gegen Ing. Dr. Leopold Tavs u.a.).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 2863/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V708/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 6289/48 (Vg 7c Vr 1063/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Bezug zu NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: General Wolfgang MUFF
Günther ALTENBURG

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

General Muff, von 1933 bis 1938 deutscher Militärattaché in Wien, war nicht nur an den militärischen Vorbereitungen für die Okkupation Österreichs maßgeblich beteiligt, sondern nach dem "Umbruch" als Vorsitzender einer sogenannten "Säuberungskommission" auch Hauptverantwortlicher für die Entfernung von Gegnern des Nationalsozialismus aus dem Offizierskorps des österr. Bundesheeres.

Der zweite Beschuldigte, Günther Altenburg, war Legationsrat der deutschen Gesandtschaft.

- 2.7.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Muff gemäß § 412 StPO.
22.9.1948: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 7c Vr 6289/48.
19.10.1954: Unterbrechung des Verfahrens gegen Muff gemäß § 412 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Altenburg wegen § 8 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
27.4.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Muff wg. §§ 3, 4, 8 KVG gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.

Das gegenständliche Verfahren enthält neben Hinweisen auf weitere Angehörige der so genannten "Säuberungskommission" auch Abschriften betreffend Juliputsch 1934 aus dem Verfahren Vg 6b Vr 7893/47 (gegen Dr. Rudolf Weydenhammer – Stabsleiter der Landesleitung Österreich der NSDAP)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 6289/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V709/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 4816/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu Lackenbach

Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Bernhard NEUREITER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Schulleiter in Steinbach (Burgenland), Illegalität, Vertrauensmann des SD, zwischen 1939 und 1944 Ortsgruppenleiter und Bürgermeister der Gemeinde Neustift an der Rosalia (Burgenland). "Beauftragter für Zigeunerfragen" im Rassenpolitischen Amt der Gauleitung Niederdonau. Mitwirkung an der Vertreibung und Zwangsumsiedlung von Roma und Sinti in das Lager Lackenbach (Burgenland).

16.9.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Neureiter wg. §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Im gegenständlichen Verfahren wird die Rolle des Beschuldigten bei der Vertreibung der Roma und Sinti im Burgenland nicht thematisiert.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 4816/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V710/1–12

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 5006/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GECZE

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Der Beschuldigte galt als überzeugter und fanatischer Nationalsozialist. Die Anklageschrift legte ihm zur Last, aus politischer Gehässigkeit eine unbestimmte Anzahl von Juden/Jüdinnen in einen qualvollen Zustand versetzt und empfindlich misshandelt zu haben. Des Weiteren wurde Gecze vorgeworfen, Therese Häusler und Maria Neumann in ihrer Menschenwürde gekränkt und beleidigt zu haben. Im Jahr 1940 soll er die Wohnung der Emma Neumann in Wien II, Ferdinandstrasse 17/23, arisiert haben. Matthias Weiss und Eduard Schramm soll er durch Denunziation bewusst geschädigt haben. Schramm verbüßte eine mehrjährige Haftstrafe.

Am 2.5.1947 wurde Gecze wegen §§ 3, 4 KVG und wegen der vollendeten und versuchten Denunziation (§ 7 KVG) zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Vom Vorwurf der missbräuchlichen Arisierung (§ 6 KVG) wurde er freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 5006/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1146
DÖW-Signatur: V711/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 4756/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Staatsanwalt)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Walter LILLICH

wegen (§§): § 3/3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Der Beschuldigte war Erster Staatsanwalt und Gruppenleiter der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Wien und soll zahlreiche Todesurteile beantragt haben.

5.1.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3/3, 4 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Anmerkung: Gemäß einem Beschluss der Ratskammer des LG für Strafsachen Wien vom 5.1.1948 stand dem Beschuldigten, für die durch die Haft erlittenen vermögensrechtlichen Nachteile, ein Anspruch auf angemessene Entschädigung zu.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 4756/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V712/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 1862/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Staatsanwalt), Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Standgericht)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems/Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Herbert MOCHMANN

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Staatsanwalt einer NS-Sondergerichtsabteilung der Staatsanwaltschaft Wien. Der Beschuldigte soll Angehöriger eines "Standgerichtes" gewesen sein, dass im April 1945 in Krems (Niederösterreich) vier Todesurteile (gegen Hauptmann Schweiger, Oberleutnant Kilian, Feldwebel Dr. Zelenka sowie gegen den Radiohändler Nowotny) verhängte.

18.2.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

Anmerkung: Dem von Gauleiter Jury gebildeten "Gericht des Reichsverteidigungskommissars" gehörten Dr. Stich als öffentlicher Ankläger, Landesgerichtsdirektor Dr. Reindl als Vorsitzender sowie Dr. Schwelle als Beisitzer an. Stellvertretender Ankläger soll Dr. Mochmann gewesen sein. Das gegenständliche Verfahren enthält weiters eine Liste mit Namen von, am 12. April 1945 in Sankt Pölten (Niederösterreich), zum Tode verurteilten WiderstandskämpferInnen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 1862/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V713/1–7

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 3289/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SELLINGER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung), § 7 KVG (Denunziation) und § 99 StG (Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch gefährliche Drohung)

Dem Beschuldigten, Zellen- und Blockleiter der Ortsgruppe Schottenviertel, wurden folgende Verbrechen vorgeworfen:

Erpressung des jüdischen Frauenarztes Dr. Grünbaum, dem er die Durchführung von Abtreibungen vorwarf.

Erpressung der Irene Himstett, von der er die Rückerstattung von Prozesskosten verlangte.

Arisierung der Fa. Radium-Kompressen Münzer, Wien I, Heßgasse 7 (Besitzer: N. Perlhefter).

Aneignung von Möbelstücken aus jüdischem Besitz.

Denunziation des französischen Staatsangehörigen Nerses Zohrab.

Denunziation des Gatten der Dr. Hilda Schuöcker, der versucht hatte, sich der Einberufung zur Wehrmacht zu entziehen. Der Betroffene fiel an der Front.

Denunziation des Viktor Lazarski, der in weiterer Folge zu 11 Monaten Zwangsarbeit verurteilt wurde.

21.7.1947: Einstellung des Verfahrens zur Gänze gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 3289/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V714/1–13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 4901/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard MACHT

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und § 6 KVG (Arisierung) und § 7 KVG (Denunziation)

Seit 1933 Mitglied der NSDAP, Verteilung von illegalen Zeitschriften, Einhebung von Mitgliedsbeiträgen, Block- und Zellenleiter der Ortsgruppe Venediger Au. Folgende Verbrechen wurden dem Angeklagten vorgeworfen:

Versetzung der Käthe Maas in einen qualvollen Zustand durch Drohung ihr die Wohnung zu versiegeln und die Möbel wegzunehmen.

Misshandlung von N. Himmelreich, Julie Pitra, Emil Singer, Gertrude Fischer sowie weiterer namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen.

Verletzung der Menschenwürde von Ludwig Grünhut, Heinrich Hilfreich, Barbara Himmelreich, Agathe Kouril, Therese Buchinger, Helene Fischer und zahlreicher anderer Personen.

vollendete und versuchte Denunziation von N. Himmelreich, Paula Kiraly, Emil Singer, Hilde Hoffmann und Friederike Cozzio.

Arisierung von Schmuck aus dem Besitz der Käthe Maas.

12.11.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 3, 4, 7 KVG.

29.11.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

15.2.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 7 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 8 VG gemäß 259/3 StPO.

Hinweise zu anderen Verfahren:

- Vg 1a Vr 4224/45 (gegen Hermann Klemencic)
- Vg 3b Vr 5413/46 (gegen Hermann Klemencic)
- Vg 13a Vr 2333/47 (gegen Anton Weinstabl u. a.)

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V715/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3e Vr 4224/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann KLEMENCIC

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde), § 6 KVG (Arisierung), § 7 KVG (Denunziation), §§ 171, 173, 174 I c und II a StG (Diebstahl)

Illegalität, von April 1938 bis Herbst 1943 Blockhelfer in der Ortsgruppe Venediger Au. Dem Angeklagten – genannt "Italiener" – wurden folgende Verbrechen angelastet:

Misshandlung des Dentisten Sigmund Weiss durch Schläge und Fußtritte.

Verletzung der Menschenwürde des Betroffenen durch Heranziehung zu erniedrigenden Arbeiten wie Gehsteigreinigen oder Schneeschaukeln.

Verletzung der Menschenwürde von Anna Riebler, Alfred Wenger, der Geschäftsinhaberin N. Klinger, des Ehepaares Weiss und deren Tochter, eines alten Rabbiners sowie namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen durch wiederholte Beschimpfungen, Misshandlungen und Verspottungen.

Beteiligung an der Plünderung jüdischer Geschäfte

(Gemischtwarengeschäft der N. Klinger, Wien II, Sebastian Kneippgasse; Fleischhauergeschäft Kaufer, Wien II, Wolfgang Schmälzlgasse) im November 1938 ("Novemberpogrom").

Arisierung der Wohnung des Ehepaares Sigmund und Stefanie Weiss, Wien II, Ausstellungsstraße 27/17.

Aneignung von Schmuck aus dem Besitz der N. Fiegler, Wien II, Molkereistraße 10.

Denunziation des Heinrich Huber.

Denunziation des Siegfried Frischer, der verhaftet und in weiterer Folge im KZ Auschwitz ermordet wurde.

5.2.1946: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG (Faktum Sigmund Weiss).

23.2.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Arisierung der Wohnung des Sigmund Weiss) und wegen § 7 KVG (Faktum Heinrich Huber) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

18.7.1946: Ausdehnung der Anklage im Zuge der Hauptverhandlung gemäß § 4 KVG auf Verletzung

der Menschenwürde von Anna Riebler, Alfred Wenger, N. Klinger, Stefanie Weiss und deren Tochter sowie namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen. Weiters auf missbräuchliche Bereicherung gemäß § 6 KVG und auf §§ 171ff. StG. Ausdehnung des § 4 KVG auf den höheren Strafsatz, da die Misshandlungen und Beschimpfungen empfindlich waren und öfters wiederholt wurden.

Weiters behält sich die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Verfolgung gemäß § 11 VG und § 7 KVG (Faktum Siegfried Frischer) vor.

18.7.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 3, 4 KVG sowie wegen § 6 KVG in Konkurrenz mit §§ 171, 173, 174 I c und II a StG zu 8 Jahren schweren Kerkers.

Hinweise auf andere Verfahren:

- Vg 1b Vr 4901/45 (gegen Eduard Macht)
- Vg 3b Vr 5413/46 (gegen Hermann Klemencic)
- Vg 13a Vr 2333/47 (gegen Anton Weinstabl u. a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3e Vr 4224/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V716/1–6

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 5413/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung,

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann KLEMENCIC

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 5a (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Dem Beschuldigten wurden folgende Verbrechen vorgeworfen:
Misshandlung der Elfriede Stanek sowie weiterer namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen.

Verletzung der Menschenwürde von Siegfried Frischer (Lebensgefährte der Anna Riebler), des Ehepaars Gerstmann und dessen Sohn Herbert durch wiederholte Beschimpfungen, Drohungen und Verspottungen. Herbert Gerstmann wurde zudem auf Anordnung des Beschuldigten zum Schneeschaufeln herangezogen.

Vertreibung der Elfriede Stanek aus ihrer Wohnung.

Vertreibung des Siegfried Frischer.

Aneignung von jüdischem Besitz.

Denunziation des Josef Fischer.

Denunziation des Siegfried Frischer, der im KZ Auschwitz ermordet wurde.

27.8.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Urteilsabschriften aus
1.) Vg 3e Vr 4224/45 (gegen Hermann Klemencic)
2.) 195 E Vr 666/44 (gegen Julie Hrinek, Karl Schubert und Hermann Klemencic)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 5413/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V717/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 678/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann WLK

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Misshandlung eines unbekanntes Juden/Jüdinnen aus politischer Gehässigkeit in Wien-Leopoldstadt.

13.10.1950: Anklageerhebung wegen § 3 KVG.

11.11.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann Wlk wegen § 3 KVG aus dem Verfahren Vg 5d Vr 2333/47 (gegen Anton Weinstabl u.a.) zu 15 St 23240/50 (Vg 13 Vr 678/50).

29.3.1951: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

Anmerkungen:

- 1.) Gegen den Beschuldigten wurden auch Erhebungen in Richtung § 6 KVG eingeleitet, da er an der Plünderung des Parfümeriegeschäftes Grün, Wien II, Stüwerstraße 13 beteiligt gewesen sein soll.
- 2.) Das vorliegende Verfahren enthält weiters Abschriften aus Vg 13a Vr 2333/47 (gegen Anton Weinstabl u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 678/50

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V718/1–14

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2342/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jünnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich HRUSCHKA

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Dem Beschuldigten wurden folgende Verbrechen zur Last gelegt:

Verletzung der Menschenwürde des Schuhmachers Johann Nitz, des Bernhard Fessler sowie mehrerer namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen durch wiederholte Beschimpfungen und Misshandlungen. Arisierung der Wohnung des Erwin Klipper, Wien II, Ferdinandstraße 16/6.

(vollbrachte) Denunziation eines bei ihm wohnenden, namentlich nicht bekannten Wehrmachtangehörigen sowie eines unbekanntem Juden/Jüdinnen.

(versuchte) Denunziation des Bernhard Fessler und der Anna Suppan.

16.3.1946: Anklageerhebung wegen §§ 4, 7 KVG (Da die Wohnung des Erwin Klipper leer war, stellte ihre Aneignung aus Sicht der Staatsanwaltschaft nicht ein Verbrechen nach § 6 KVG dar. Für den öffentlichen Ankläger war lediglich die Art, wie der Beschuldigte Hruschka den Vermieter zum Verlassen der Wohnung aufgefordert hat, ein strafbarer Tatbestand nach § 4 KVG).

4.6.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 KVG zu 8 Monaten schweren Kerkers. Freispruch wegen § 4 KVG (Faktum Johann Nitz) und wegen § 7 KVG (vollbrachte und versuchte Denunziation) gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2342/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V719/1–13

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4234/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Heinrich SCHÜLLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Mitglied der NSDAP, SA-Angehöriger. Betriebsführer und Ortsobmann der DAF, Ortsgruppe Neu-Gersthof. Im März 1938 drang der Beschuldigte gemeinsam mit zwei Unbekannten in die Wohnung der Jüdin N. Wolf, Wien XVIII, Gersthoferstraße 39 ein und eignete sich ihren Radioapparat an.

25.2.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10/3, 11/2 VG.

18.3.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

17.6.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10/3 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers. (Nach Ansicht des Volksgerichtes war die Entfernung des Radioapparates aus der Wohnung der N. Wolf nicht eine Handlung aus besonders verwerflicher Gesinnung, sondern eine Tat aus verwerflichen Beweggründen. Der Angeklagte hat daher ein Verbrechen nach § 10/3 VG und nicht nach § 11 VG begangen.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4234/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V720/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 829/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen (ungarische), Kriegsgefangene (sowjetische), Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Viktor GRIGAR, Ernst WEBER, Josef ZIRN u.a.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 85a und b und 5 StG (Beteiligung an der boshafte Beschädigung fremden Eigentums).

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Hauptgegenstand dieses Verfahrens ist die Misshandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen, ausländischen ZwangsarbeiterInnen und ungarischen Jüdinnen und Juden/Jüdinnen in den Lagern der Firma Waagner-Biró in Wien-Stadlau durch Grigar (Abwehrbeauftragter), Weber (stellv. Abwehrbeauftragter und Lagerführer) und Zirn (Betriebsführer).

- 29.1.1947: Anklageerhebung gegen Grigar wegen § 4 KVG und gegen Weber wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und § 85 a und b und 5 StG.
- 14.2.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Ernst Weber wegen § 7 KVG (Denunziation des N. Todes und seiner beiden desertierten Söhne Anfang April 1945). Ausscheidung des Verfahrens gegen Waldemar Corrieri, Erna Peter und Juliane Michalek wegen § 7 KVG (Faktum Todes) sowie gegen Franz Mach wegen §§ 3, 4, 7 KVG, N. Kordula wegen §§ 3, 4 KVG und Karl Fröschl wegen §§ 3, 4 KVG aus dem gegenständlichen Verfahren und Anlegung eines neuen Aktes.
- 27.3.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Josef Zirn wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 412 StPO.
- 28.4.1947: Verurteilung des Ernst Weber wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 4 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. (Im Rahmen der Hauptverhandlung erfolgte die Ausdehnung der Anklage gegen Weber auf § 8 VG). Freispruch wegen § 85 a und b und 5 StG gemäß § 259/3 StPO. Freispruch des Angeklagten Grigar wegen § 4 KVG gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).
- 6.12.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Zirn unter Vg 8e Vr 829/55.
- 10.12.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Josef Zirn wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Anmerkungen: Das gegenständliche Verfahren enthält neben Unterlagen aus der NS-Zeit über Ernst Weber auch eine Liste mit den Namen jener ungarischen Jüdinnen und Juden/Jüdinnen, die vom Genannten misshandelt wurden:

Maria Gartner Szolnok, Jaszkürt utca 2
Irene Weiss Kisujszallas, Kiraly utca 11
Elise Hartmann Turkeve Ungarn
Eva Csontos V. Porsonyistr. 54
Csillag Stibor Kadoros Bekez, Ungarn

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 829/55 (Vg 1e Vr 4111/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V721/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4290/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen (österreichische)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef KÖRBER und N. KOLLER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und §§ 171, 173, 174 II a StG (Diebstahl)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Josef Körber war Blockhelfer der Ortsgruppe Praterstern. Gemeinsam mit dem Ortsgruppenleiter N. Koller drang er am 10. November 1938 ("Novemberpogrom") in die Wohnung der Julie Neuer, Wien II, Heinestraße 32, ein und beschlagnahmte Schmuck und andere Wertgegenstände. Die Wohnungsbesitzerin und ihre anwesende Tochter Gerta Szammer wurden dabei vom Angeklagten Körber aus politischer Gehässigkeit in einen qualvollen Zustand versetzt. Des Weiteren wurde ihm vorgeworfen, Katherina Neuer zu Reinigungsarbeiten herangezogen und sie dadurch in ihrer Menschenwürde gekränkt zu haben.

- 28.3.1946: Anklageerhebung gegen Körber wegen §§ 3, 4 KVG.
8.4.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Körber wegen §§ 171ff. StG aus dem gegenständlichen Verfahren. Unterbrechung des Verfahrens gegen N. Koller gemäß § 412 StPO.
25.5.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO.
20.11.1959: Einstellung des Verfahrens gegen N. Koller wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß §§ 12/2, 13/2 NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4290/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1147
DÖW-Signatur: V722/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 2061/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl PFUNDSTEIN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 11 VG (Politischer Leiter),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 197, 200, 203 StG (Betrug)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte – Wohnungsreferent der Ortsgruppe Jägerstraße – gab sich als Transportbegleiter von Deportationszügen aus und bot dem Ehepaar Josef und Emilie Stappler, Janka Löwenstein, Klara Friedmann, Hermann Pollitzer sowie der N. Tutenauer seine Hilfe an, verlangte dafür als Gegenleistung Schmuck und Bargeld.

Des Weiteren versetzte der Angeklagte Emilie Stappler in einen qualvollen Zustand, indem er sie nicht, wie vorgegeben, ins Gauhaus, sondern in das Polizeigefangenenhaus Roßauer Lände brachte, von wo aus die Betroffene in das "Aussiedlungslager" Sperlgasse überstellt wurde.

Aus der verlassenen Wohnung des Ehepaares Stappler, Wien VII, Richterergasse 7/4, eignete sich Pfundstein Einrichtungsgegenstände sowie Wäsche und Kleider an.

Dem Beschuldigten Pfundstein wurden zusätzlich noch folgende Verbrechen zur Last gelegt:

Verletzung der Menschenwürde des Ehepaares Graber und deren Tochter Stefanie.
Arisierung der Wohnung des Ehepaares Graber, Wien XX, Treustraße 34/5.

Arisierung der Wohnung und des Geschäftes der Olga Traube, Wien XX, Klosterneuburgerstraße 53.

Arisierung des Schreib- und Bürowarengeschäftes Leopold und Regine Kuranda, Wien VI, Linke Wienzeile 42.

Arisierung der Fa. Siegfried Grossmann, Erzeugung von Strumpfbandgürteln, Wien VI, Kasernengasse 6.

Beteiligung an der Plünderung des Kleiderhauses Sass, Wien XX, Ecke Othmargasse/
Klosterneuburgerstraße.

Beteiligung an der Plünderung des Fleischergeschäftes Lampel, Wien XX, Klosterneuburgerstraße 48.

Beteiligung an der Plünderung des Geschirrgeschäftes Geldzähler, Wien XX, Hannovergasse.

Denunziation der Ottilie Hayek.

- 19.2.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
25.11.1949: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 7a Vr 2061/49.
14.8.1950: Anklageerhebung wegen § 8 VG und § 6 KVG.
5.9.1950: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG, § 4 KVG (Ehepaar Graber), § 6 KVG (ausgenommen Einrichtungsgegenstände des Ehepaars Stappler) und § 7 KVG (Ottilie Hayek). Ausscheidung des Verfahrens gemäß §§ 197, 200, 203 StG (hinsichtlich der Schädigung des Ehepaars Stappler, der Janka Löwenstein, der Klara Friedmann, der N. Tutenauer sowie des Hermann Pollitzer) zu 22d Vr 7537/50.
16.11.1950: Ausdehnung der Anklage auf § 3 KVG.
14.12.1950: Verurteilung des Angeklagten wegen § 8 VG und §§ 3, 6 KVG zu 1 Jahr schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 2061/49 (Vg 7a Vr 1250/48)

FStN-Mikrofilm Nr. 1147+1148

DÖW-Signatur: V723/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 567/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess,
"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wenzel und Marie HAJEK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 171, 173, 174 Id und IIa StG (Diebstahl)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

I. Der Beschuldigten MARIE HAJEK wurden folgende Verbrechen zur Last gelegt:

Verletzung der Menschenwürde der Antonie Krakauer. Die Angeklagte riss ihr die Handtasche, mit der sie den Judenstern verdeckte, aus der Hand, warf diese zu Boden und verursachte durch lautstarkes Schreien das Eingreifen der Polizei. Antonie Krakauer wurde wenig später in das "Aussiedlungslager" Sperlgasse überstellt und nach Polen deportiert.

Mehrfache Denunziation der Barbara Eiermann u. a. wegen staatsfeindlicher Äußerungen.
Denunziation der Anna Friedenthal und ihres Bruders.

II. Folgende Verbrechen wurden dem Beschuldigten WENZEL HAJEK vorgeworfen:

Denunziation der Barbara Eiermann.

Plünderung des Textilgeschäftes Blau & Winternitz Wien VII, Westbahnstraße im November 1938 ("Novemberpogrom").

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.12.1945: Anklageerhebung gegen Marie Hajek wegen § 4 KVG (Antonie Krakauer) und wegen § 7 KVG (versuchte Denunziation der Barbara Eiermann wegen staatsfeindlicher Äußerungen).

24.7.1945: Einstellung des Verfahrens gegen Wenzel Hajek wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

6.6.1946: Verurteilung der Angeklagten Marie Hajek wegen § 7 KVG zu 8 Monaten Kerker.
Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO.

19.12.1945: Einstellung des Verfahrens gegen Wenzel Hajek wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 171ff StG (Textilgeschäft Blau & Winternitz) aus dem gegenständlichen Verfahren zu 2a E Vr 10524/46.

FStN-Mikrofilm Nr. 1148
DÖW-Signatur: V724/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 3589/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Meidling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto GERSTENBERGER u.a.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 171, 173, 174 I c, d, IIa StG (Diebstahl)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte Gerstenberger gehörte der NSDAP und der SA bereits seit 1932 an. Dem Block- und späteren stellvertretenden Zellenleiter der Ortsgruppe Gaudenzdorf wurden folgende Verbrechen zur Last gelegt:

Bedrohung der Maria Rispler.

Verletzung der Menschenwürde des Ludwig Stern gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Anna Reidinger.

Denunziation des Karl Suchanek.

Denunziation des Johann Rath, der in weiterer Folge zu einer Haftstrafe von 6 Monaten verurteilt wurde.

Plünderung jüdischer Geschäfte am 10. November 1938 ("Novemberpogrom") gemeinsam mit Johann Tucek, Karl Pless, Leopold Amon, Wilhelm Prohaska und Maria Kropf:

Lederwarengeschäft des Josef Rispler, Wien XII, Schönbrunner Straße 186.

Schnittwarengeschäft Feirer, Wien XII, Schönbrunner Straße.

Wäsche- und Wirkwarengeschäft Wertheim, Wien XII, Schönbrunner Straße 199.

Geschäft eines jüdischen Brandweiners, Wien XII, Schönbrunner Straße.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 16.8.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann Tucek, Wilhelm Prohaska, Karl Pless, Leopold Amon und Maria Kropf wegen § 6 KVG und §§ 171ff. StG gemäß § 57 StPO aus dem gegenständlichen Verfahren. Anlegung eines neuen Akts unter Vg 13 Vr 6638/46.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Anna Reidinger wegen § 4 KVG (Beleidigung des Ludwig Stern) gemäß § 57 StPO aus dem gegenständlichen Verfahren. Anlegung eines neuen Akts unter Vg 5b Vr 6208/46.
Einstellung des Verfahrens gegen Otto Gerstenberger wegen § 7 KVG (Denunziation des Karl Suchanek) gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].
- 26.7.1946: Anklageerhebung gegen Otto Gerstenberger wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6, 7 KVG und wegen §§ 171ff. StG.
- 18.9.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG, §§ 4, 6, 7 KVG und wegen §§ 171ff.

StG zu 3 1/2 Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 8 VG.

Zusatzinformationen zum Akt

- 1.) Nach Ansicht des Gerichts konnte nicht gesagt werden, dass Maria Rispler durch die Bedrohung des Angeklagten in einen qualvollen Zustand versetzt wurde. Daher erfolgte eine Verurteilung nach § 4 KVG.
- 2.) Das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise zu folgenden Verfahren:
 - Vg 13 Vr 6638/46 (gegen Karl Pless, Leopold Amon u.a.)
 - Vg 5b Vr 6208/46 (gegen Anna Reidinger)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 3589/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1148
DÖW-Signatur: V725/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 3436/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Wieden, Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Edwart (Eduard) KINDERMANN

wegen (§§): § 11 VG (Politischer Leiter),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Der Beschuldigte gehörte seit März 1933 der NSDAP an und war Truppführer in der SA Standarte 99. Folgende Verbrechen wurden ihm zur Last gelegt:

NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen (Herstellung von Sprengkapseln und Zündapparaten) zwischen 1933 und 1938.

Misshandlungen/Verletzung der Menschenwürde

Misshandlung des jüdischen Hilfsarbeiters Albert Holländer durch Schläge.
Quälerei des Dr. Otto Weinberger und eines namentlich nicht bekannten älteren Kollegen durch Heranziehung zu körperlich anstrengenden Arbeiten.

Misbräuchliche Bereicherung unter Ausnützung der politischen Machtverhältnisse:

Arisierung der Fa. E. Reischer, Radiogroßhandlung, Wien IV, Rechte Wienzeile 37.

Arisierung des Hauses, Wien VII, Rechte Wienzeile 37, Besitzer E. Reischer

Arisierung der Fa. Nikolaus Rajk, Entladungsröhren und Hochvacuumtechnik, Wien VII, Neubaugasse 56.

Denunziation

Denunziation des Ing. Otto Novak.

Denunziation unbekannter jüdischer ArbeiterInnen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.3.1946: Anklageerhebung wegen § 11 VG und §§ 3, 6 KVG.

21.3.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

5.6.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 11 VG und § 6 KVG zu 6 Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise zum Rückstellungsakt 60 RK 605/47.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 3436/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1148
DÖW-Signatur: V726/1–10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 3276/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm PATERA
(Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und
Vermögensverfallsgesetz)

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Pattera wurde beschuldigt, folgende Liegenschaften und Firmen arisiert zu haben:
Liegenschaft der Rosa Kaszab, Wien XIV, Lützowgasse 3-5.
Fa. Rudolfsheimer mechan. Weberei und Rauherei, Erwin Blumenstein, Wien XV, Pfeiffergasse 3.
Weberei Robert Goldberg, Wien X, Schleiergasse 7 gemeinsam mit Dr. Walter Dobler.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.4.1948: Einleitung des objektiven Verfahrens gegen Wilhelm Pattera gemäß § 24 VG wegen § 6
KVG. Ausscheidung dieses Verfahrens aus Vg 3d Vr 6881/46 (gegen Wilhelm PATERA
u.a.) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 3d Vr 3276/48.
16.10.1950: Einstellung des objektiven Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der
Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

- 1.) Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus Vg 3d Vr 6881/46 (gegen Wilhelm PATERA u.a.)
und
- 2.) Hinweise zu folgenden Verfahren:
LG Wien Vg 8c Vr 408/47 (gegen Johann LIEBSCH u.a.)
53 RK 114/47 (Rückstellungsverfahren betreffend Fa. Rudolfsheimer mechan. Weberei)
50 RK 474/48 (Rückstellungsverfahren betreffend Fa. Goldberg)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 3276/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1148
DÖW-Signatur: V727/1–33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 2251/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Andreas VEITSCHBERGER u.a.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 101 StG (Amtsmissbrauch),
§§ 171, 173, 179 StG (Diebstahl),
§§ 181, 183 StG (Veruntreuung),
§§ 185, 186 StG (Teilnehmung am Diebstahl oder an Veruntreuung),
§§ 197, 200 StG (Betrug) und
§ 205c StG (Untreue)

1.) Andreas und Maria Anna VEITSCHBERGER

a.) Der Hauptbeschuldigte Andreas Veitschberger arbeitete ab 1938 als Inkassant für die Vermögensverkehrsstelle Sektor Uhren, Gold und Juwelen. Später verwaltete er im Auftrag des Reichskommissariats für Feindvermögensverwaltung folgende Güter und Liegenschaften:

- Gut Henriettenhof in Moosbrunn (Niederösterreich), Besitzerin Else Strauss-Bingham.
- Anglo-Austria-Bank, Niederlassung Wien I, Strauchgasse 1.
- Schloß und Waldbesitz Erla, Bezirk Amstetten (Niederösterreich), Besitzer Benedikt Hermann Goldschmidt.
- Gutsbesitz Albrechtsfeld und Wasserburg, Bezirk Neusiedl/See (Burgenland) und Sankt Pölten (Niederösterreich) samt Schloß, Eigentümer Graf Hugo Karl Seilern.
- Schloß Schönbühel und dazugehörige Forst- und Landwirtschaft, Bezirk Melk (Niederösterreich), Eigentümer Graf Oswald Seilern.
- Schloß Walpersdorf inkl. land- und forstwirtschaftlicher Güter, Bezirk Sankt Pölten (Niederösterreich), Besitzerin Gräfin Maria Falkenhayn.
- Schloß Seibersdorf und dazugehöriger Besitz (Niederösterreich), Eigentümer Mario von Riedemann.
- Miethaus des Grafen Antoine Seilern, Wien IV, Brahmsplatz 6.

Der Beschuldigte soll sich gemeinsam mit seiner Gattin Maria Anna Vermögenswerte (Antiquitäten, Kunstgegenstände, Schmuck, Qualitätsweine, Naturalien etc.) aus den verwalteten Gütern angeeignet haben.

b.) Fall Anna STEIN:

Weiters war Veitschberger für die Verwaltung des Vermögens der Anna Stein, die im November 1942 von der Gestapo verhaftet und im Frühjahr 1943 nach Ravensbrück deportiert wurde, verantwortlich. Aus der Wohnung, Wien I, Walfischgasse 6 entwendete er in Zusammenwirken mit seiner Gattin wertvolle Kunstgegenstände, Schmuck, Pelze, Qualitätsweine, Geschirr und Kleidung.

2.) Ferdinand SPANY, Kunsthändler:

Erwerb von Antiquitäten aus Beständen der Vugesta (Vermögensverwertungsstelle der Gestapo), die er in weiterer Folge im Dorotheum zum Verkauf anbot.
Handel mit Kunstgegenständen aus den von Veitschberger verwalteten Gütern.
Arisierung der Fa. Kauftheil & Müller, Juwelen und Goldwaren, Alleininhaber Hermann Kauftheil, Wien VII, Siebensterngasse 16.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 21.2.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Ferdinand Spany und Ludmilla Wotawa wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
Einstellung des Verfahrens gegen Maria Anna Veitschberger wegen §§ 185, 186 StG (betreffend Perlenschnur des Benedikt Goldschmidt) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens gegen Viktor und Etelka Spanner wegen § 6 KVG (Erwerb von Gegenständen aus dem Besitz der Anna Stein) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
Einstellung des Verfahrens gegen Georg Meindel, ehem. Generaldirektor der Steyrwerke und Franz Mörth wegen § 6 KVG und §§ 185, 186 StG (Erwerb von Kunstgegenständen aus dem Besitz des Benedikt Goldschmidt, Schloß Erla) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 3.3.1950: Beendigung des Verfahrens gegen Andreas Veitschberger gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].
Ausscheidung des Verfahrens gegen Maria Anna Veitschberger wegen §§ 185, 186 StG (betreffend Silberbrosche mit Brillanten aus dem Besitz der Anna Stein) zu 3 St 3308/50.
- 31.3.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Ferdinand Spany wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
- 9.5.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Maria Anna Veitschberger wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Zusatzinformationen zum Akt

- 1.) Das Verfahren Vg 3d Vr 5125/48 (gegen Viktor und Etelka Spanner, Maria Anna Veitschberger) wurde mit dem gegenständlichen Verfahren gemäß § 56 StPO vereinigt.
- 2.) Hinweise auf Rückstellungsverfahren:
63 RK 605/48 (Goldschmidt vs. Spany)
63 RK 677/50 (Stein vs. Veitschberger)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 2251/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1149
DÖW-Signatur: V728/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 6444/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Standgericht), Prozess wegen Funktion im NS-Regime (HJ), Bezug zum "Braun-Prozess"

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Schwarzau im Gebirge, Reichenau und Prein an der Rax)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton STEINMETZ

wegen (§§): § 1/2 KVG (Kriegsverbrechen)
§§ 134, 135/4 StG (vollbrachter gemeiner Mord)
§§ 8, 134, 135/4 StG (versuchter gemeiner Mord)
§§ 5, 134, 135/4 StG (Mitschuld am gemeinen Mord)

Der HJ-Oberscharführer Steinmetz wurde beschuldigt, zu Kriegsende im Rax-Gebiet/Niederösterreich (Schwarzau im Gebirge, Reichenau und Prein an der Rax) an der Vollstreckung von Todesurteilen durch ein ohne gesetzliche Grundlage gebildetes "Standgericht der Kreisleitung Neunkirchen" mitgewirkt zu haben. Folgende Verbrechen wurden dem Angeklagten vorgeworfen:

Teilnahme an der Vollstreckung des Todesurteiles an Ignaz Sommer sowie an der Erschießung der Marie Karasek und des Dr. Josef Thal(l)er.

Teilnahme an der Ermordung des Johann Ottersböck jun.

Mordversuch an Franz Karasek.

Mitschuld an der Ermordung der Marie Czuba, Marie Reifböck, Anna Fischer, Marie Habetinek und der Johanna Eggel.

17.5.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton Steinmetz gemäß § 57 StPO (Vermeidung von Verzögerungen) aus dem Verfahren Vg 1b Vr 1693/45 (gegen Johann Braun u.a.) und Rückleitung an den Untersuchungsrichter zur Durchführung der von Verteidiger und öffentlichem Ankläger beantragten Erhebungen.

23.12.1948: Anklageerhebung wegen § 1/2 KVG und §§ 134, 135/4 und 8 StG, 5 StG.

29.12.1948: Einstellung des Strafverfahrens wegen der Ermordung des Johann Ottersböck jun. gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

18.3.1949: Freispruch des Angeklagten wegen § 1/2 KVG und §§ 134, 135/4 u. 8 StG gemäß § 259/3 StPO. (Im Rahmen der Hauptverhandlung erfolgte die Modifizierung der Anklage in Richtung §§ 134, 135 u. 8 StG (Mitschuld am Verbrechen des gemeinen Mordes bzw. des Mordversuches.)

Freispruch des Angeklagten wegen Mitschuld an der Ermordung der Marie Czuba, Marie Reifböck, Anna Fischer, Marie Habietinek und der Johanna Eggl gemäß § 259/2 StPO. (Rücktritt des Staatsanwaltes von der Anklage.)

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus:

Vg 1b Vr 1693/45 – "Rax-Gebiet I" (gegen Kreisleiter Johann BRAUN u.a.)

Vg 6b Vr 8009/46 – "Rax-Gebiet II" (gegen Karl NEUNKIRCHNER u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12c Vr 6444/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1149
DÖW-Signatur: V729/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 613/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Justiz-Apparat)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Berlin, Polen (Krakau, Rzeszow)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf KRETSCHMER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Mitglied der NSDAP und der SA seit 1932, "Alter Kämpfer", Träger der Ostmarkmedaille. Ab März 1938 Leiter des Präsidialsekretariats des LG für Strafsachen Wien. Im Juni 1938 Versetzung ins Reichsjustizministerium, Abteilung Österreich. Von August bis September desselben Jahres Dienst bei der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof in Berlin.

Nach seiner Rückkehr wurde er dem Staatskommissar Dr. Otto Wächter zugeteilt und soll im Rahmen der "politischen Säuberung" des Justizapparates zahlreiche Richter und deren Familien in einen qualvollen Zustand versetzt sowie den Gerichtsvollzieher Leopold Westermayer in seiner Menschenwürde gekränkt und beleidigt haben.

21.10.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG.

6.11.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG betreffend Tätigkeit des Beschuldigten als "Standortsführer" der NSDAP in Reichshof /Rzeszów (Generalgouvernement Polen).

5.12.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Freispruch wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO.

17.10.1950: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 13a Vr 613/50. Freispruch wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (Im Sinne des § 360 StPO war es dem Gericht mit Zustimmung des öffentlichen Anklägers möglich, sofort ein Urteil zu fällen).

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält spärliche Informationen über die Rolle des Beschuldigten im Generalgouvernement Polen, wo Kretschmer als stellvertretender Leiter und Beisitzer des Deutschen Obergerichtes in Krakau sowie als Leiter des Sondergerichtes in Reichshof tätig war.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 613/50 (Vg 1a Vr 4078/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1149
DÖW-Signatur: V730/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 310/50 (Vg 1f Vr 860/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär), Bezug zu Arisierung

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Walter RABE

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/2 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Begünstigung von Nationalsozialisten ("Nazi-Richter"), Altparteigenosse, Träger der Ostmarkmedaille, NSKK – Obertruppführer.

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnützung der politischen Machtverhältnisse:

Arisierung der Wohnung der Josefine Freund, Wien XVIII, Türkenschanzstraße 2/11.

Während des Krieges stieg er zum Ersten Staatsanwalt und ab August 1942 zum Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Wien auf. Anfang 1945 erfolgte seine Ernennung zum Vertreter des Generalstaatsanwaltes Dr. Johann Stich.

Kurz vor der Einnahme Wiens durch die Rote Armee soll Dr. Rabe folgende Verbrechen begangen haben:

Verhinderung weiterer Entlassungen von Gefangenen aus der Haftanstalt des Landesgerichtes Wien.

Versetzung des Karl Schmid in einen qualvollen Zustand durch Androhung eines standgerichtlichen Verfahrens, falls er die Entlassungen von Gefangenen fortsetze.

Übergabe des Dr. Rudolf Granichstädten-Czerva an das Standgericht.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

19.4.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG sowie wegen § 1/2 und § 3 KVG.

23.9.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 1/2 KVG zu 4 Jahren schweren Kerkers. (Die Androhung des Angeklagten, Dr. Rudolf Granichstädten-Czerva und Reg. Rat. Karl Schmid vor ein Standgericht zu stellen, war nach Ansicht des Gerichtes kein strafbarer Tatbestand nach § 3 KVG. Die Tathandlungen des Angeklagten wurden daher unter § 1/2 KVG subsummiert.)

5.4.1950: Urteilsaufhebung durch den Obersten Gerichtshof und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 1i Vr 310/50 (Unrichtige Anwendung des § 1/2 KVG sowie erhebliche Bedenken gegen die Richtigkeit der im Urteil festgestellten Tatsachen).

19.5.1950: Einstellung des Verfahrens gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).

FStN-Mikrofilm Nr. 1149
DÖW-Signatur: V731/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 2050/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Anton STAININGER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug) und
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Rat des Jugendgerichtshofes, Mitglied der NSDAP seit Dezember 1932, Propagandaleiter der Dienststelle 29 der Gaufachschaft X, Träger der Ostmarkmedaille.

Nach der Besetzung Österreichs wurde der Angeklagte mit der Leitung des Jugendgerichtshofes beauftragt. Er übte die Funktion auch nach der Eingliederung dieses Gerichtes in das Landgericht Wien als aufsichtsführender Richter weiter aus. Im Dezember 1938 erfolgte seine Ernennung zum Landgerichtsdirektor.

Folgende Verbrechen wurden dem Angeklagten im Rahmen seiner richterlichen Tätigkeit vorgeworfen:

Bespitzelung der ihm unterstellten Beamten sowie Nötigung zu Geldspenden.

Erzwingung des deutschen Grußes.

Rechtsbeugung im Interesse der NS-Gewaltherrschaft. (Der Beschuldigte verhinderte im Rekursenat, dass jüdischen Eltern oder Organisationen das Rekursrecht in Pflugschafungsangelegenheiten jüdischer Kinder und Jugendlicher eingeräumt wurde).

20.2.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG.

22.6.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10, 11 VG zu 8 Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 2050/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1149+1150

DÖW-Signatur: V732/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 614/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär), Bezug zu Endphase-Verbrechen

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Zwettl)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Paul LUX

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

Mitglied der NSDAP seit 1931, Block-, Sprengel- und Zellenleiter der Ortsgruppe Landstraße, Rechtsberater der NSDAP, Mitarbeit in der "Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaft", SA-Obersturmführer, "Altparteigenosse", Träger der Dienstauszeichnung der NSDAP für zehnjährige aktive Mitgliedschaft, Gaurechtsberater beim Gaustabsamt Niederdonau.

Als Anerkennung für seine Verdienste um die illegale NSDAP gelangte der ehemalige Richter des Jugendgerichtshofes zwischen 1938 und 1945 in seiner richterlichen Laufbahn zu folgenden Funktionen:

Leitung des Personalreferates im Justizministerium (im Rahmen seiner Tätigkeit als Personalreferent soll er sich in Gegenwart der Emma Tuppy abfällig über ihren verhafteten Gatten Dr. Karl Tuppy geäußert haben)

Vizepräsident des Oberlandesgerichtes Wien.

Vorsitzender eines beim OLG Wien zur Beurteilung von Tatbeständen betreffend Hoch- und Landesverrat eingerichteten Senates

Präsident des Landgerichtes Wien.

Vorsitzender des Standgerichtes beim Reichsverteidigungskommissar für Niederdonau.

Mitglied der Standgerichts-Kommission in Zwettl (Niederösterreich).

22.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.

28.8.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 4 Jahren schweren Kerkers. (Urteil: Schuldig, zwischen 1933 und 1938 der NSDAP als Illegaler angehört zu haben und als politischer Leiter im Range eines Ortsgruppenleiters, nämlich als Gaurechtsberater beim Gaustabsamt Niederdonau, tätig gewesen zu sein und für seine Verdienste die bronzene Dienstauszeichnung der NSDAP für zehnjährige aktive Dienstzeit erhalten zu haben). Freispruch von der weiteren Anklage betreffend Tätigkeit als SA-Obersturmführer und betreffend abfälliger Äußerungen gegenüber Emma Tuppy gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung: Dr. Karl Tuppy war Vertreter der Anklagebehörde im Prozess gegen die am Putschversuch vom 25. Juli 1934 beteiligten Nationalsozialisten. Er wurde am 15.11.1939 im KZ Oranienburg ermordet.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 614/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V733/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6c Vr 8021/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär), Bezug zu Euthanasie-Verbrechen

Opfer: ZivilistInnen (Österreichische Opfer der Zwangssterilisation)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Anton ROLLEDER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 101 StG (Amtsmissbrauch) und
§ 152 StG (Verbrechen der schweren Körperverletzung)

Tatvorwürfe:

"Alter Kämpfer", Mitglied der NSDAP seit 1931, Angehöriger des NS-Juristenbundes, Beisitzer des Parteigerichtes Wien, Mitglied des Gau-Ehrengerichtes Wien, Leiter der I. Abstammungsforschungsschule.
Anfang 1940 erfolgte die Ernennung des Beschuldigten zum Vorsitzenden des Erbgesundheitsgerichtes Wien. Gemeinsam mit zwei beisitzenden Ärzten führte Rolleder Verfahren nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses durch und verfügte in Hunderten Fällen die zwangsweise Sterilisierung.

3.8.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Anmerkung:

- 1.) Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus Vg 2b Vr 3999/45 (gegen Dr. Alfred HACKL [HACKEL] u.a. – "Steinhof-Prozess"). Darin finden sich Namen von Opfern und Tätern.
- 2.) Weiters enthält das vorliegende Verfahren Abschriften eines Beschlusses des Erbgesundheitsgerichtes Wien vom 28.9.1944 betreffend Sterilisierung der Johanna Spiegel (Beisitzer in diesem Verfahren waren Dr. Ernst ILLING und Dr. August KRZIZEK)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6c Vr 8021/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V734/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1715/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt/Justizfunktionär)

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rupert SCHWELLE

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/2 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§§ 101, 102a StG (Amtsmissbrauch),
§§ 5, 134 StG (Mitschuld am Mord)

Tatvorwürfe:

"Alter Kämpfer", Mitglied der NSDAP seit 1931, Betriebszellenobmann im Justizpalast,
Hauptabteilungsleiter des NS-Richterbundes, Träger der Ostmarkmedaille. Ab März 1938
Referent im Justizministerium. Von 1942 bis 1945 beisitzender Richter des Sondergerichtes Wien.

Folgende Straftaten wurden dem Beschuldigten zur Last gelegt:

Mitwirkung an der Streichung von Rechtsanwälten.

Missbrauch der Amtsgewalt.

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie Verletzung der Menschlichkeit und
Menschenwürde, begangen an Parteien, Angeklagten und Zeugen.

Teilnahme an den Standgerichtsverhandlungen in Krems (Niederösterreich) als beisitzender
Richter.

24.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und wegen §§ 101, 102a StG.

3.12.1946: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1715/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V735/1–28

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 3489/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, "Reichskristallnacht"-Prozess,
Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SATTLER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Hauptgegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die Arisierung der Fa. Kleiderhaus Philipp und Eduard König ("Kleiderkönig"), Wien XV, Mariahilferstraße 179/Ecke Clementinengasse 28 (Grundstück und Haus sowie inklusive eines Geschäftes in Wien XV, Schwendergasse 3/Ecke Reindorfstraße 44).

Dem Beschuldigten wurden weiters noch folgende Verbrechen vorgeworfen:
Teilnahme am Putschversuch vom 25. Juli 1934. Anschließend Flucht nach Deutschland und Beitritt zur Österreichischen Legion.
Beteiligung an der Plünderung der Wohnung der Petronella König (Witwe des Philipp König), Wien XV, Mariahilferstraße 179 im November 1938 ("Novemberpogrom").
Arisierung der Wohnung der Petronella König.
Denunziation eines unbekanntes tschechischen Arbeiters.

- 28.8.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG.
2.9.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 34/2 StPO [Auslieferung].
8.10.1952: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Arisierung der Fa. Kleiderkönig) gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage).
26.5.1954: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Beteiligung an der Plünderung der Wohnung der Petronella König) gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
28.10.1954: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 2/4 StPO (Entschließung des Bundespräsidenten).

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Gutachten von

- a.) Arthur Erwin Kotschy
 - b.) Dr. Ernst Robetschek
 - c.) Dkfm. Felix Romanik
- und Hinweise auf den Rückstellungsakt 60 RK 662/47.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 3489/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V736/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 4051/46 (Vg 4c Vr 5072/47, Vg 3b Vr 798/48)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt), Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg STANGASSINGER u.a.

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und
§ 181 StG (Veruntreuung)

I. Hauptbeschuldigter Georg STANGASSINGER:

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Kriminalobersekretär, stellvertretender Leiter der Kriminalabteilung Wiener Neustadt (Niederösterreich) und ab März 1945 stellvertretender Leiter der Gestapo-Außendienststelle Wiener Neustadt.

Missbräuchliche Aneignung von 30.000 RM in Zusammenwirken mit Franziska Neusiedler, Rosa Niko und Wilhelm Stonek. (Das Geld war von der Gestapo im Zuge einer Hausdurchsuchung beim Gastwirt Josef Pichler beschlagnahmt und dem Beschuldigten Stangassinger zur Verwahrung übergeben worden).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 25.1.1949: Einbeziehung des Verfahrens Vg 3b Vr 798/48 (gegen Georg Stangassinger u.a. wegen § 6 KVG) in das gegenständliche Verfahren.
- 10.10.1949: Ausscheidung der Anzeige gegen Bruno Eggerth betreffend Ermordung des Häftlings "Boris" zu 15 St 7364/47.
- 21.3.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Stangassinger wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung] und wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Einstellung des Verfahrens gegen Franziska Neusiedler wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
Ausscheidung des Verfahrens gegen Stangassinger, Niko und Stonek wegen § 181 StG (Faktum 30.000 RM des Gastwirtes Josef Pichler) und Abtretung an das KG Wiener Neustadt (Niederösterreich).

II. Hauptbeschuldigter Wilhelm STONEK:

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitbegründer der NS-Jugendortsgruppe Floridsdorf, Angehöriger der Ortsgruppe Marokkanerkaserne, Kriminalbeamter, Übernahme in die Gestapoleitstelle Wien im März 1938. Von 1941 bis Kriegsende Sachbearbeiter im Referat Sabotage, Spionage und Betriebsabwehr der Gestapo-Außendienststelle Wiener Neustadt.

Beteiligung an der Erschießung des Andreas Strezek im April 1945.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 13.12.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm Stonek wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 21.3.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm Stonek wegen der Beteiligung an der Erschießung des Andreas Strezek gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Zusatzinformationen zum Akt

Verfahren gegen 23 Beschuldigte, darunter 2 Frauen

Im vorliegende Akt befinden sich weiters folgende Verfahren:

Vg 3b Vr 798/48 gegen Stangassinger, Stonek, Neusiedler und Niko.

Vg 4c Vr 5072/47 gegen Wilhelm Stonek. Dieses unter der Geschäftszahl Vg 4c Vr 5072/47 neu angelegte Verfahren wurde aus Vg 3b Vr 6679/46 (gegen Franz Rudischer u.a.) ausgeschieden.

Das gegenständliche Verfahren enthält eine Liste mit Namen von Angehörigen der Gestapo-Außendienststelle Wiener Neustadt (Niederösterreich).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 4051/46: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V737/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 b Vr 1634/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich SALVINETTI

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3/1 KVG (Quälerei und Misshandlung mit schweren gesundheitlichen Folgen),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte war zwischen 1942 und 1945 Kriminalassistent der Gestapo-Außendienststelle Wiener Neustadt (Niederösterreich) und soll folgende Verbrechen begangen haben:

Misshandlung von Häftlingen durch Fausthiebe und Fußtritte sowie durch Schläge mit einem Lederriemen.

Misshandlung der schwangeren Anna Knabl.

Misshandlung eines unbekanntes französischen Gefangenen.

Versetzung von Häftlingen in einen qualvollen Zustand durch Abgabe von Schreckschüssen.

Ermordung eines gefesselten ausländischen Gefangenen auf dem Weg vom Kreisgerichtsgebäude zur Gestapo-Außendienststelle.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.7.1948: Anklageerhebung wegen § 3/1 KVG.

16.7.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG und § 134 StG (Ermordung eines gefesselten Gefangenen) und wegen § 3 KVG (Misshandlung eines unbekanntes französischen Häftlings) gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

12.10.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/1 KVG zu 1 Jahr Kerker. Freispruch vom Tatvorwurf der Misshandlung der schwangeren Anna Knabl gemäß § 259/3 StPO.

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V738/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 4798/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Marie HEGER, gesch. BALWIN, und
Marie SEIBEZEDER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 5 StG, 7 KVG (Beihilfe zur Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Denunziation des Josef Blau im Jahre 1940.

Der Betroffene wurde auf Grund einer Anzeige der Hausmeisterin Marie Heger (damals Balwin),
Wien II, Stuverstraße 6 verhaftet, nach Polen deportiert und im KZ Auschwitz ermordet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.1.1946: Einbeziehung des Verfahrens Vg 2f Vr 4961/45 (gegen Marie Heger wegen §§ 3, 4, 7 KVG)
gemäß § 56 StPO in das gegenständliche Verfahren.
- 21.3.1946: Anklageerhebung gegen Marie Heger wegen § 7 KVG und gegen Marie Seibezeder wegen
§ 5 StG, § 7 KVG.
- 20.4.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Marie Heger wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO
[Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 14.6.1946: Verurteilung der Marie Heger wegen § 7 KVG zu 18 Monaten Kerker. Freispruch der
Marie Seibezeder wegen § 5 StG, 7 KVG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält den einbezogenen Akt Vg 2f Vr 4961/45 (gegen
Marie Heger wegen §§ 3, 4, 7 KVG).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 4798/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1150
DÖW-Signatur: V739/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9b Vr 2038/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm KHEK und
Ferdinand WOLETZ

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Novemberpogrom

Die Beschuldigten standen unter Verdacht, gemeinsam mit fünf anderen Männern am 10. November 1938 in die Wohnung des Ehepaars Brückner, Wien VII, Neustiftgasse 62/9 eingedrungen zu sein, den damals kranken Lazar Brückner durch Faustschläge misshandelt und sich eine Kassette mit Goldmünzen sowie eine brillantenbesetzte goldene Tabatiere angeeignet zu haben.

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Ferdinand Woletz wurde weiters die Arisierung der Konditorei Eduard und Franziska Becker(Bäcker), Wien I, Franz-Josefskai 39 vorgeworfen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.1.1950: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Anmerkung:

Der vorliegende Akt enthält Hinweise zum Verfahren Vg 13 Vr 6036/48 (gegen Ferdinand HABERL und Karl FITZKA wegen §§ 8, 10/2, 11 VG und § 6 KVG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9b Vr 2038/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V740/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7b Vr 4822/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen.
Tatland (Tatort): Slowakei (Pressburg/Bratislava)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul STEINER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Der Beschuldigte soll unter Ausnützung dienstlicher Gewalt an der jüdischen Bevölkerung von Bratislava (Pressburg) zahlreiche Verbrechen begangen haben:

Beteiligung an Judenverfolgungen.

Misshandlung des N. Prody.

Arisierung der Textilfirma "Zum Schmetterling", Pressburg, Sattlergasse 2, Besitzer Familie Lachovic (Lachowitz).

Denunziation der Familie Lachovic und zahlreicher, namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

8.3.1947: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

7.5.1956: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO. Widerruf der Ausschreibung zur Fahndung.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7b Vr 4822/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V741/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 2011/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold und Maria BRILL

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwürfe:

Im Mittelpunkt dieser gerichtlichen Voruntersuchung stehen Verbrechen, begangen an jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen des Hauses, Wien II, Rembrandtstraße 33:

Beschimpfung und Misshandlung von jüdischen Bewohnern und Bewohnerinnen durch Leopold Brill.

Weitergabe von Adressen jüdischer Mieter und Mieterinnen durch Maria Brill an ihren Schwiegersohn Josef Neversal, einem Angehörigen der SA-Standarte "Feldherrnhalle", in der Absicht die Betroffenen ausplündern zu lassen.

Arisierung der Wohnung des N. Gabel, Wien II, Rembrandtstraße 33/4.

Arisierung von Geld und Schmuckgegenständen aus dem Besitz der N. Heller und der Familie Berger, Wien II, Rembrandtstraße 33/6.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.10.1949: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 2011/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V742/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 1h Vr 2518/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Bezug zur Wehrmachtsjustiz

Opfer: Soldaten
Tatland (Tatort): ?

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HORNUNG

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10/3, 11 VG (Illegalität),
§ 7/3 (Denunziation) und
§ 7 Wahlgesetz

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

"Alter Kämpfer", seit 1935 Mitglied der NSDAP, ab 1938 Blockleiter in der Ortsgruppe Weinhaus,
Luftschutzbereichsführer: Mitwirkung an Schmier- und Streuaktionen zwischen 1933 und 1938.

Denunziation:

Denunziation des Anton Purk.

Denunziation des Robert Nowotny wegen Fahnenflucht im Februar 1945. Ein Schnellgericht der Wehrmacht verhängte über den Betroffenen die Todesstrafe. Die Vollstreckung des Urteils an Nowotny wurde nur durch einen glücklichen Zufall verhindert.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.3.1946: Abtretung des Verfahrens Vr 165/45 (gegen Franz Hornung) des LG Linz-Nord an das LG Wien.
- 2.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10/3, 11 VG und § 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang).
- 17.8.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10/3, 11 VG und § 7 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers.

Anmerkung: das vorliegende Verfahren enthält den Straftat Vr 165/46 des LG Linz-Nord.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 1h Vr 2518/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V743/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 717/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleitung Horn)

Opfer:
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Horn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich PITSCHE

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

Mitglied der NSDAP, SA-Sturmbannführer

Funktionen im NS-Regime:

ab März 1938 Leiter des Parteigerichtes der NSDAP für den Kreis Horn (Niederösterreich),
Ernennung zum Obersturmbannführer der SA, von Mai 1941 bis August 1943 Lehrer in
Lothringen (Frankreich), nach seiner Rückkehr Führung des SA-Sturmbannes Drosendorf
(Niederösterreich), ab Dezember 1944 Kreisstabsführer des Volkssturms in Horn.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.9.1945: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.

13.2.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 2 Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 717/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V744/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 601/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauamt für Volksgesundheit Wien), Bezug zu Euthanasie

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Anton ROLLEDER jun.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10/3, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:
"Alter Kämpfer", Mitglied der NSDAP seit 1930

Funktionen im NS-Regime

Angehöriger der SS-Ärzeschaft, Referent im Gauamt für Volksgesundheit Wien – Unterabteilung Eugenik und Rassenpolitik, Ernennung zum Gauhauptstellenleiter, ab August 1943 Dozent an der Universität Wien mit der Lehrbefugnis für gerichtliche Medizin, ab März 1944 Betriebsarzt bei der Firma Sempertit.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

20.5.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10/3, 11 VG.

5.8.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10/3, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerker.
Freispruch wegen § 8 VG gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 601/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V745/1–8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 1185/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf KUNZE

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Illegalität

"Altparteigenosse", Blockwaller in der Ortsgruppe Haydn, Träger der Ostmarkmedaille

Funktionen im NS-Regime

im April 1939 Berufung an das Oberlandesgericht Wien, Personalreferent der Richterschaft des OLG Wien, Beisitzer und Richter im Senat für Hoch- und Landesverrat des OLG Wien, Vizepräsident des OLG Wien, Beteiligung an der Vernichtung von Aktenbeständen im April 1945.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.10.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 1185/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V746/1–6

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 608/55 (Vg 2b Vr 1369/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Justiz-Apparat)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Hermann FEICHTINGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
 § 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Funktionen im NS-Regime:

Erster Staatsanwalt und später Oberstaatsanwalt beim Landgericht Wien. Beteiligung an der Vernichtung von Sondergerichtsakten im April 1945.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

10.9.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

21.6.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 608/55. Einstellung des Verfahrens wegen § 101 StG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

20.9.1955: Beendigung des Verfahrens gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 608/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V747/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3f Vr 4428/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 , Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter),
Bezug zu Wehrmacht

Opfer: Soldaten
Tatland (Tatort): Wien, Oberösterreich (Stadl Paura)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Norbert GÄRTNER
Albert Ernst MÖHRING
Arthur PASKE
(Angehörige der deutschen Luftwaffengerichtsbarkeit in Österreich –
Feldgericht Luftgau XVII mit Sitz in Wien)

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 181 StG (Veruntreuung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Im März 1945 Errichtung einer Außenstelle in Linz unter der Leitung von Dr. Gärtner. Anfang April 1945 erfolgte die Verlegung des Luftwaffengerichts von Wien nach Stadl-Paura bei Lambach (Oberösterreich). Die beiden Hauptbeschuldigten Dr. GÄRTNER, genannt "Blutrichter", und MÖHRING waren stellvertretende Leiter des Luftwaffengerichts. Sie verhängten in Wien und zu Kriegsende in Linz zahlreiche Todesurteile. Der dritte Beschuldigte PASKE, Verwaltungsbeamter beim Feldgericht, soll Schmuck und andere Wertgegenstände von Hingerichteten unterschlagen haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

17.4.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Albert Ernst Möhring, Arthur Paske und Dr. Norbert Gärtner wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
Unterbrechung des Verfahrens gegen Arthur Paske wegen § 181 StG gemäß § 412 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Akt enthält eine Liste mit Namen von Richtern des Luftgaugerichts XVII.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3f Vr 4428/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V748/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 683/55 (Vg 2b Vr 1158/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sigmundsherberg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz STEINBÖCK und
Rudolf WONDRAK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 134 StG (Mord) und
§§ 5, 134 StG (Anstiftung zum Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Ermordung von Ostarbeitern (Iwan Gadyzyn, Pawel Jakowolew und Stefan Kozanecki) in Sigmundsherberg, Bezirk Horn (Niederösterreich) im April/Mai 1945 durch Rudolf Wondrak im Auftrag des Ortsgruppenleiters Franz Steinböck.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 5.8.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Franz Steinböck gemäß § 412 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf Wondrak gemäß § 224 StG [Tod des Beschuldigten]: Rudolf WONDRAK war im Verfahren Vg 1i Vr 1725/45 (gegen Rudolf WONDRAK, Johann OHNSORG und Alois GRUBER) am 26.6.1946 zum Tode verurteilt worden (Vollstreckung des Todesurteils am 27.7. 1946).
- 8.8.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Franz Steinböck unter Vg 8e Vr 683/55.
- 23.1.1956: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz Steinböck wegen § 1 KVG und §§ 10, 11 VG gemäß § 57 StPO. Abtretung des Verfahrens gemäß § 51 StPO und § 8 des Gesetzes v. 20.12.1955 (Aufhebung der Volksgerichte) an das Kreisgericht Krems/Donau (Niederösterreich) zu Vr 101/56.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 683/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V749/1–13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg Vr 145/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich PODHAJSKY,
Heinrich BERGER,
Dr. Otto HEGER
und U.T.

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Den Beamten der Gestapoleitstelle Wien wurde vorgeworfen, für die Einweisung des Demeter Odnega – er galt gemäß den Nürnberger Rassengesetzen als "Mischling I. Grades" – in das KZ Auschwitz Anfang November 1941 und in weiterer Folge für dessen Tod verantwortlich zu sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.4.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich Podhajsky wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].
22.1.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Heinrich Berger, Dr. Otto Heger und U.T. wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO [Zurücklegung der Anzeige].

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus
Vg 7d Vr 2108/49 (gegen Dr. Otto KOLBE)

1 Urteilsabschrift aus Vg 18 Vr 432/46 des Vg Graz, Senat Klagenfurt (gegen Heinrich BERGER).

Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/3 KVG zu 11 Jahren schweren Kerkers. Das am LG Wien unter der Geschäftszahl Vg 8b Vr 9144/46 eingeleitete Verfahren gegen Heinrich BERGER wurde am 6.7.1948 dem Volksgericht Graz, Außensenat Klagenfurt abgetreten.

Interessant an diesem Verfahren ist das Engagement der Mutter des Opfers, Helene Zachiri (Zacchiri), die sich jahrelang – allerdings vergeblich – um die Aufklärung des Falls bemühte. (Anmerkung Siegfried Sanwald)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg Vr 145/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V750/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3a Vr 4586/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Bürgermeister), Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Pinkafeld)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert Max STÖGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:
Illegalität:

Mitbegründer und erster Ortsgruppenleiter der im Juni 1931 gegründeten Ortsgruppe Pinkafeld (Burgenland). Im März 1938 Ernennung zum Bürgermeister von Pinkafeld.

Denunziation:

Denunziation des Gustav Käller – Direktor der Tuchfabrik Hutter u. Schranz – im Jahre 1943 oder 1944 in Pinkafeld.

Verbrechen bei Kriegsende:

Beteiligung an Brandlegungen und an der Vernichtung von Lebensmittelvorräten Anfang April 1945 in Pinkafeld.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 17.9.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Robert Max Stöger aus dem Verfahren Vg 8b Vr 2374/46 (gegen Gustav Salge u.a. wegen §§ 3, 4 KVG) und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 3a Vr 4586/46.
- 18.11.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG.
- 6.1.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO [Erklärung der Staatsanwaltschaft: kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung].
- 1.7.1948: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3a Vr 4586/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V751/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27e Ur 1143/67 (Vg 9 Vr 259/51)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts für Strafsachen Wien

Kriegsverbrecherprozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Bezug zum
Todesmarsch rumänischer Kriegsgefangener)

Opfer: Kriegsgefangene (französische, rumänische)

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Blumau), Wien (Ottakring)

Volksgerichts- bzw. Strafverfahren gegen: Franz FEUCHT

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§§ 134, 135 (Mord),
§§ 152, 155, 156 (schwere Körperverletzung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Erschießung des französischen Kriegsgefangenen Gracien Mougenot im Dezember 1943 in der Nähe des
Lagers Blumau-Neurisshof (Niederösterreich).

Schwere Misshandlungen von französischen Kriegsgefangenen des Lagers Blumau-Neurisshof zwischen
1943 und 1944 durch Schläge und Fußtritte.

Der Beschuldigte war Anfang April 1945 Leiter eines in der Lorenz-Mandel-Schule in Wien-Ottakring
untergebrachten Lagers für rumänische Kriegsgefangene. Auf dem Evakuierungsmarsch nach
Braunau am Inn (Oberösterreich) ordnete er die Erschießung von 36 Gefangenen an.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

27.8.1951: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

14.12.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12 NS-Amnestie 1957.
Fortsetzung der Voruntersuchung in Richtung §§ 134, 135, 152, 155 und 156 StG.
Unterbrechung gemäß § 412 StPO.

19.8.1968: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO, aus dem Grunde des § 34 Abs. 2 vorletzter
Satz StPO: Feucht war, nach einer Verurteilung in Abwesenheit durch ein alliiertes
Gericht (Berufungsurteil des Tribunal Supérieur du Rastatt N° 41/53 am 11.5.1953:
Herabsetzung von lebenslänglich [Urteil vom 1.10.1952] auf 20 Jahre) mit Urteil des LG
Memmingen Ks 2/57 am 9.12.1958 zu 9 Jahren verurteilt (Herabsetzung von 10 [Urteil
vom 6.2.1958] auf 9 Jahren nach Revision) und nach Verbüßung von 2/3 der Strafe am
19.3.1963 freigelassen worden .

Zusatzinformationen zum Akt

Im vorliegenden Strafakt finden sich Urteilsabschriften

a.) des Obergerichts der Alliierten Hochkommission in Deutschland mit Sitz in Rastatt und

b.) des Urteils des LG Memmingen (Bundesrepublik Deutschland) Ks 2/57

Das vorliegende Verfahren enthält Hinweise zum Akt Vg 1d Vr 3244/47 (gegen Rudolf BELADA u.a.) =
Hauptprozess wegen des Todesmarschs rumänischer Kriegsgefangener (siehe FStN-Mikrofilm Nr.

1064+1065, DÖW-Signatur: V281/1–110)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27e Ur 1143/67: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151

DÖW-Signatur: V752/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 630/55 (Vg 8e Vr 3080/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Kriegsgefangener (sowjetischer)

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf PFEFFER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwurf:

Ermordung eines russischen Kriegsgefangenen Anfang Mai 1945 am Bahnhof von Gmünd/NÖ durch den Bahnschutzpolizisten Rudolf Pfeffer.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

12.4.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

1.7.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 630/55.

6.12.1955: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

23.11.1960: Widerruf der Ausschreibung im staatspolizeilichen Fahndungsblatt wegen § 1 KVG.
Neuausschreibung im Zentralpolizeiblatt wegen § 134 StG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 630/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V753/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 116/55 (Vg 5d Vr 6151/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef PLISCHKE

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Mitglied der NS-Betriebszelle der Firma Schicht AG, Wien XI, Grillgasse 51, Propagandaleiter und Ortsgruppenringleiter der Ortsgruppe Herderplatz.

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von ZwangsarbeiterInnen der Firma Schicht AG in seiner Funktion als Betriebsleiter.

Denunziation der Gisela Koeppel wegen Zersetzung der Wehrkraft im Jahre 1940. Die Betroffene wurde in der Folge zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

23.11.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

19.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 116/55.

2.1.1956: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

13.4.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 7 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957.

Zusatzinformationen zum Akt

Hinweise zu anderen Verfahren:

Vg 2c Vr 1577/45 (gegen Josef HUMMEL)

Vg 2 Vr 4077/45 (gegen Josef HUMMEL)

Vg 4d Vr 1078/47 (gegen Josef MORAWETZ)

Vg 1 Vr 3588/47 (gegen Franz KOPITSCH und Josef MORAWETZ)

Vg 2c Vr 5734/47 (gegen Josef HUMMEL)

Vg 3b Vr 3060/48 (gegen Adolf, Josef und Robert MORAWETZ)

FStN-Mikrofilm Nr. 1151
DÖW-Signatur: V754/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 2866/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo/Vugesta)

Opfer: Juden/Jüdinnen (österreichische)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: August DEUTSCH und
14 weitere Beschuldigte

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 185 StG (Teilnahme am Diebstahl)

Tatvorwurf:

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:
Die Beschuldigten standen unter Verdacht, bei der Vugesta ("Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der Geheimen Staatspolizei") Wertgegenstände aus jüdischem Besitz günstig erworben zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 8.4.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Deutsch wg. §§ 8, 10 VG 47 und § 6 KVG betreffend "Vugesta" gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren Vg 4d Vr 2652/45 und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 4d Vr 2866/48.
- 3.3.1950: Einstellung des Verfahrens gegen August Deutsch, Oberreichsbahnrat N. Birker, Oberfinanzpräsident Dr. Böttener od. Böttcher, N. Cischek (Generaldirektor der Interkontinental), Dr. N. Draxler, N. Fries (General-direktor der Interkontinental), Dr. Richard Heiserer, Dr. Ferdinand Hochleitner, Dr. Erwin Jesser, N. Joly, N. Kranzler (Schwester des Bernhard Witke), N. Köchler, Dr. Stefan Lehner, Dr. N. Stransky und Dr. Johann Tröster wegen § 6 KVG, § 185 StG gemäß § 90 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

In Berichtigung des Beschlusses vom 8.4.1948 wird das Verfahren gegen Deutsch wg. §§ 8, 10 VG 47 aus dem Verfahren Vg 4d Vr 2866/48 ausgeschieden. Der Akt ist dem gegenständlichen Verfahren Vg 4d Vr 2652/45 anzuschließen.

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Verfahren Vg 4d Vr 2652/45 (gegen August Deutsch) sowie Listen mit den Namen von MitarbeiterInnen und Kunden der Vugesta.

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V755/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 644/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Hernals)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold TINTNER

wegen (§§): §§ 11 (10) VG (Illegalität – Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung)

Tatvorwurf:

Der Angeklagte gehörte zwischen Juli 1933 und März 1938 der NSDAP an und soll in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP am 11. November 1938 ("Novemberpogrom") folgende Verbrechen aus besonders verwerflicher Gesinnung begangen haben:

Beteiligung an der Plünderung der Wohnung des Max Heller, Wien XVII, Urbangasse 10. Dem Betroffenen wurde ein Radioapparat, eine Taschenuhr, Silbermünzen, Kleider und Wäsche entwendet.

Versuch gemeinsam mit zehn SA-Männern Martha Benedikt aus ihrer Wohnung, Wien XVII, Laczygasse 5 zu vertreiben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.2.1946: Anklageerhebung wegen §§ 11 (10) VG.

7.6.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 11 (10) betreffend Martha Benedikt zu 1 Jahr schweren Kerker. Freispruch wegen §§ 11 (10) betreffend Max Heller gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 644/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V756/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 7082/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Oberösterreich (Mauthausen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Paul GÖBEL

wegen (§§): § 3/1 KVG (Quälerei und Misshandlung mit ernsten gesundheitlichen Folgen)

Tatvorwurf:

Misshandlung von Mithäftlingen unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Blockältester (Kapo) im KZ Mauthausen zwischen 1939 und 1942.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.12.1946: Anklageerhebung wegen § 3/1 KVG.

27.2.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/1 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 7082/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V757/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2f Vr 461/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SCHRÖCKINGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Illegalität, seit 1931 Mitglied der NSDAP, SA-Sturmbannführer, Angehöriger der Österr. Legion, Träger der Ostmarkmedaille.

Arisierung der Zahnarztpraxis und Wohnung des Dr. Oskar Pelzmann, Wien IX, Ayrenhofgasse 1/12 im Jahre 1938.

Arisierung einer Schlafzimmereinrichtung des Dr. Beer, Wien I, Wipplingerstraße im Jahre 1938.

19.11.1945: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.

30.11.1945: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO.

18.1.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 2 Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 2f Vr 461/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V758/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3928/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Mauer-Öhling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich BREITENEDER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Illegalität, "Altparteigenosse", Schulungsleiter und ab Mai 1944 Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Mauer-Öhling (Niederösterreich).

11.11.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.

13.11.1947: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung: der Akt enthält eine Mitgliederliste des NS-Lehrerbundes (Amstetten und Umgebung)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3928/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V759/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2f Vr 4690/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gutenstein)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold DÖLL
Bruno MAYRHOFER
Maria STREBINGER und
Alois PLANGL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 134 StG (Mord),
§ 212 RStGB (Totschlag)

Die Beschuldigten sollen in Gutenstein und Umgebung (Niederösterreich) Anfang April 1945 folgende Verbrechen begangen haben:

Ermordung des Gregor Harlander durch den Gendarmerie-Hauptwachtmeister Leopold Döll.

Beteiligung an der Ermordung des Johann Giel (Döll) und des Heinrich Fischer (Döll und Mayrhofer).

Denunziation des Heinrich Fischer durch Alois Plangl.

Denunziation des Ferdinand Panzenböck durch Döll und Maria Strebinger.

19.12.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Döll wegen §§ 1, 7 KVG gemäß § 109 StPO.

Ausscheidung des Verfahrens gegen Leopold Döll wegen § 212 RStGB (§ 134 StG) und Abtretung an das KG Wr. Neustadt zu 5 Vr 195/45.

Ausscheidung des Verfahrens gegen Bruno Mayrhofer wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG zu Vg 5b Vr 237/48. Dieses Verfahren wurde später mit dem Akt Vg 4c Vr 4006/45 (gegen Andreas SCHWENT u.a.) vereinigt.

Einstellung des Verfahrens gegen Maria Strebinger und Alois Plangl wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO.

28.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Döll wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO.

Der vorliegende Akt enthält Hinweise zum Verfahren:
a.) Vg 4c Vr 4006/45 (gegen Andreas SCHWENT u.a.)

b.) sowie Abschriften (u.a. Hauptverhandlungsprotokoll und Urteil) aus KG Wr. Neustadt 5 Vr 195/45 (gegen Leopold DÖLL)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2f Vr 4690/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V760/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1j Vr 4829/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Engerau-Verfahren), Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Slowakei (Bratislava-Petrzalka/Pozsonyligetfalu/Engerau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef HOLLMANN und
Alois PRESSLER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7/1 KVG (Denunziation) und
§ 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang)

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung, der Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde und der Denunziation, begangen an unbekanntem ungarischen Jüdinnen und Juden/Jüdinnen des Lagers Engerau – Lager Fürst zwischen Ende 1944 und Anfang 1945.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 3.5.1946: Vereinigung des Verfahrens Vg 2f Vr 5289/45 (gegen Alois PRESSLER wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 7 KVG) mit dem gegenständlichen Verfahren.
16.9.1946: Anklageerhebung gegen Josef Hollmann wegen §§ 10, 11 VG, § 4 KVG und § 7/1,3 KVG.
25.9.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Alois Pressler wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 7 KVG gemäß § 109 StPO.
8.2.1947: Verurteilung des Angeklagten Hollmann wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 20 Monaten schweren Kerkers. Freispruch wegen § 7/1,3 KVG gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1j Vr 4829/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V761/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8a Vr 484/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizeipräsident Wien)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Leo GOTZMANN

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk),
§ 58 StG (Hochverrat) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Illegalität, Kommandant der Alarmabteilung der Wiener Polizei, Beteiligung am Juliputsch 1934, Blutordensträger, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, Mitglied des deutschen Reichstags seit 1938, Polizeipräsident von Wien ab Jänner 1941, SS-Brigadeführer.

6.10.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG.

Anmerkung:

a.) das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Akt
Vg 7c Vr 490/46 (gegen Dr. Herbert HEDRICH, ehem. Vizepräsident der Wr. Polizei)

b.) Dr. Gotzmann wurde wegen seiner Beteiligung am Juliputsch 1934 von einem Militärgerichtshof am 23.3.1935 zu einer lebenslänglichen Kerkerstrafe verurteilt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8a Vr 484/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1152
DÖW-Signatur: V762/1-29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 358/55 (Vg 1d Vr 1290/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Anton KONETSCHNIGG
u.a. Offiziere des österr. Bundesheeres

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7/2 KVG (Denunziation) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Im Mittelpunkt des Verfahrens steht der Fall des Major Georg WAHRLICH, der im März 1938 in den Ruhestand versetzt wurde. Folgende Verbrechen sollen von Offizieren des österr. Bundesheeres an ihm begangen worden sein:

Denunziation.

Versetzung in einen qualvollen Zustand durch Pensionskürzungen.

Verletzung der Menschenwürde.

Der einzige Angeklagte in diesem Verfahren, Dr. Anton Konetschnigg, wurde beschuldigt, illegales Mitglied der NSDAP gewesen zu sein bzw. im März 1938 Dr. Karl Müllern, Dr. Viktor Reisner und Dr. Karl Rötzer – Angehörige des höheren Sanitätsdienstes des österr. Bundesheeres – durch Denunziation bewusst geschädigt zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 29.3.1947: Einbeziehung des Verfahrens Vg 7a Vr 1177/47 (gegen Maximilian Angelis wegen §§ 7, 8 KVG) in das gegenständliche Verfahren.
- 10.6.1948: Unterbrechung des Verfahrens gegen Maximilian Angelis und Maurice Viktorin gemäß § 412 StPO.
- 18.9.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Maurice Viktorin (wegen § 11 VG, § 8 KVG) gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren Vg 7a Vr 240/46 (gegen Karl Bardolff u.a.) und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren.
- 6.8.1949: Anklageerhebung gegen Dr. Konetschnigg wegen §§ 10, 11 VG und § 7/2 KVG.
- 16.8.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Fotila Fleischmann, Eugen Kaiser, Josef Magoy wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Karl Daum wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO.
Einleitung der Voruntersuchung gegen Dr. Anton Kranz, Dr. Max Rummler, Dr. Rudolf Doleschal, Dr. Günther Hummer, Dr. Hans Binder und Dr. Arthur Zimmer wegen § 7 KVG.
Ausscheidung aus dem gegenständlichen Verfahren zu 15 St 18804/49 (Vg 7d Vr 2158/49).
- 20.3.1951: Freispruch des Dr. Konetschnigg wegen §§ 10, 11 VG und § 7/2 KVG gemäß § 259/3 StPO.

- 29.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Angelis und Viktorin unter Vg 8e Vr 358/55.
26.5.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Viktorin wegen § 3 KVG und gegen Angelis wegen §§ 3, 7 KVG gemäß § 90 StPO.
2.3.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Angelis wegen § 8 KVG gemäß § 109 StPO.
18.5.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Angelis wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12 NS-Amnestie.

Zusatzinformationen zum Akt

- 1.) Einbezogenes Verfahren Vg 7a Vr 1177/47 (gegen Maximilian Angelis). Die Rolle des Beschuldigten als Staatssekretär für Heerwesen im "Anschluss-Kabinett Seyss- Inquart" wird nur am Rande erwähnt.
- 2.) Das vorliegende Verfahren enthält Abschriften aus Vg 7a Vr 240/46 (gegen Karl Bardolff u.a.) sowie Hinweise zu Vg 7d Vr 2158/49 (gegen Dr. Rudolf Doleschal u.a.).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 358/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1152+1153

DÖW-Signatur: V763/1-30

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 4594/46 (Vg 4e Vr 2755/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SCHURY und
Johann MAYER

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung) und
§ 5 StG, § 6 KVG (Mitschuld an der Arisierung) und § 24 VG (Vermögensverfall)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Arisierung der Wäsche – und Kleiderfabrik Philippine Lehr & Co. in Wien VII, Lindengasse 41, durch Rudolf Schury im Dezember 1938 unter Mithilfe des Johann Mayer – Referent der Vermögensverkehrsstelle.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

12.11.1945: Unterbrechung des Verfahrens gegen Rudolf Schury gemäß § 412 StPO.

17.6.1946: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 6a Vr 4594/46.

26.6.1947: Einbeziehung des Verfahrens Vg 5e Vr 2683/47 (gegen Rudolf Schury) in das gegenständliche Verfahren.

13.10.1949: Unterbrechung des Verfahrens gegen Rudolf Schury gemäß § 412 StPO. Einleitung eines selbständigen Verfahrens gemäß § 24 VG.

24.12.1952: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann Mayer wegen § 5 StG, § 6 KVG zu LG Wien Vg 9 Vr 69/53.

28.5.1954: Abweisung des Antrags der StA Wien 11.12.1952, das gesamte Vermögen des Rudolf Schury zu Gunsten der Republik Österreich für verfallen zu erklären. Nach Ansicht des Gerichts lag kein strafbarer Tatbestand nach § 6 KVG vor.

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständliche Verfahren enthält:

a.) Hinweise zu folgenden Verfahren:

53 RK 17/47 (Rückstellungsverfahren Philippine Lehr)

RK 430/49

50 RK 716/48 (Rückstellungsverfahren Hans Stern)

10 P 234/49

22.198-2/47 (Akt des BM f. Finanzen)

b.) div. Geschäftsunterlagen (Bilanzen, Inventarlisten, etc.) der Firma Lehr & Co. bzw. der Firma Rudolf E. Schury

c.) im Anhang Teile des Rückstellungsakts 53 RK 17/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1153
DÖW-Signatur: V764/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 124/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Wenzel BRÜCKNER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

"Alter Kämpfer", Weitergabe von Informationen an Nationalsozialisten u. a. an Dr. Josef Auinger während seiner Tätigkeit als Polizeibeamter des Kommissariats Ottakring.

Weiters wurde Brückner vorgeworfen, in der Kleingartenanlage "Wilhelminenberg" in Wien-Ottakring zahlreiche Verbrechen begangen zu haben:

Verletzung der Menschenwürde der Jüdin Sofie Maca aus politischer Gehässigkeit.

Arisierung des Kleingartens des N. Rabarber im Jahre 1938.

Denunziation des Franz Maca im Sommer 1942.

- 28.11.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG. Ausdehnung der Anklage auf § 4 KVG im Rahmen der Hauptverhandlung am 20.11.1947.
- 6.12.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO.
- 21.5.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Freispruch wegen §§ 4, 7 KVG gemäß § 259/3 StPO.
- 16.4.1952: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 8e Vr 124/52.
- 19.5.1952: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 124/52 (Vg 1j Vr 2677/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1153+1154

DÖW-Signatur: V765/1-37

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 5201/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess ("Hartmann-Prozess")

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien (Burgtheater), Niederösterreich (Klosterneuburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto HARTMANN

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang)

Denunziation von Mitgliedern der "Österreichischen Freiheitsbewegung" – Gruppe Prof. Roman Scholz, Gruppe Dr. Jakob Kastelic und Gruppe Dr. Karl Lederer – im Juli 1940 durch den damaligen Burgschauspieler und Gestapospitzel Otto Hartmann.

Die drei Führer sowie zahlreiche Funktionäre der Widerstandsgruppen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. NS-Sondergerichte verhängten weiters über dutzende Angehörige der "Österreichischen Freiheitsbewegung" langjährige Haftstrafen.

29.1.1946: Einbeziehung des Aktes Vg 4a Vr 3872/45 (gegen U.T.) in den Akt Vg 2b Vr 2305/45 (gegen Otto Hartmann).

23.4.1946: Unterbrechung des Verfahrens Vg 2b Vr 2305/45 gemäß § 412 StPO.

3.8.1946: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 7c Vr 5898/46. Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren am 10.8.1946.

22.8.1947: Anklageerhebung wegen § 7 Abs.1, Abs. 2 lit. b, c und d und Abs. 3 KVG.

22.11.1947: Verurteilung des Angeklagten nach § 7/3 KVG zu lebenslangem schweren Kerker. Vermögensverfall.

Anmerkung:

in der Beilage zum Hauptverhandlungsprotokoll befinden sich Abschriften von Anklageschriften und Urteilen gegen Angehörige der "Österreichischen Freiheitsbewegung".

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 5201/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1154
DÖW-Signatur: V766/1-25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 1420/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert HUBER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 6 KVG (Arisierung), §§ 5, 6 (Sprengstoffgesetz)

Im Mittelpunkt des Verfahrens stehen die Arisierung folgender Firmen und Liegenschaften:

Firma Robinson, Rubin & Kalwill, Kleiderfabrik in Wien VI, Gumpendorferstraße 132 im Jahre 1938.
Geschädigte: Eduard Robinson und Hermann Kalwill.

Arisierung der Liegenschaften Wien VI, Gumpendorferstraße 132 und Liniengasse 45 im Jahre 1938.
Geschädigter: Abraham Ambor.

Arisierung der Firma Wellisch & Sohn "Kleiderhaus zum Matrosen", in Graz, Herrengasse 7-9 im Jahre 1939.

Arisierung der Firma Brüder Selinko Mechanische Weberei Inzersdorf, Wien XXIII, Anton Baumgartner-Straße 17, Büro Wien I, Gonzagagasse 1 im Jahre 1940.

Arisierung der Liegenschaft Wien XIX, Sieveringerstraße 32, im März 1939. Geschädigte: Trude Käufler.

19.1.1948: Anklageerhebung wegen § 6 KVG (Arisierung der Firma Robinson, Rubin & Kalwill, Wien VII, Gumpendorferstraße 132).

26.1.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5, 6 Sprengstoffgesetz und wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO. Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Arisierung der Liegenschaften Gumpendorferstraße 132 und Liniengasse 45, Arisierung der Firma Wellisch & Sohn und Arisierung der Liegenschaft Sieveringerstraße 32) gemäß § 109 StPO.

Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Arisierung der Firma Gebrüder Selinko Mechan. Weberei Inzersdorf und Anlegung eines neuen Aktes unter Vg 5d Vr 1315/48)

23.3.1950: Freispruch wegen § 6 KVG (Arisierung der Firma Robinson, Rubin & Kalwill) gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkungen: das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise zu 51 RK 118/47 – Rückstellungsakt Eduard Robinson und Hermann Kalwill

59 RK 249/47 – Rückstellungsakt Abraham Ambor
59 RK 458/47 – Rückstellungsakt Trude Käufler
LG Wien Vg 5d Vr 1315/48 (gegen Robert Huber, Dr. Arthur Maché und Adolf Swoboda – Weberei
Inzersdorf)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 1420/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1154
DÖW-Signatur: V767/1-18

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 6230/47 (Vg 2b Vr 4572/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Kriegsverbrecherprozess, Arisierungprozess, Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Belorussland/Belarus, Polen

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter MÜNCH und
Josef RIEDELSPERGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7/1 KVG (Denunziation),
§ 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang)

Tatvorwürfe:

Der Hauptbeschuldigte Walter Münch galt als "Alter Kämpfer", war Träger der Dienstauszeichnung in Bronze und SS-Hauptscharführer. Seit 1941 gehörte der Polizeibeamte der Gestapo Wien als Kriminalsekretär an (Referat IV-D). Folgende Verbrechen wurden ihm zur Last gelegt:

Beteiligung an Maßnahmen gegen Wiener Juden/Jüdinnen im März 1938.

Arisierung eines Personenkraftwagens der Marke Tatra des Ferdinand Weiss im November 1938 gemeinsam mit Josef Riedelsperger.

Kriegsverbrechen, Verbrechen der Quälerei und Misshandlung, der Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde begangen in Polen und Weißrussland u.a. auch an der jüdischen Bevölkerung zwischen Sommer 1941 und Herbst 1942.

Denunziation Dr. Franz Messner, Generaldirektor der Firma Semperit, im Mai 1944. Der Betroffene wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.5.1946: Unterbrechung des Verfahrens gegen Münch gemäß § 412 StPO.

17.9.1947: Fortsetzung des Verfahrens gegen Münch unter Vg 2b Vr 6230/47.

6.7.1948: Anklageerhebung gegen Münch wegen §§ 10, 11 VG und § 7/1 u. 3 KVG.

16.7.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Münch wegen §§ 1, 3, 4 KVG und wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO.

Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef Riedelsperger wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu Vg 1 Vr 5148/48.

11.10.1948: Verurteilung des Angeklagten Münch wegen §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Freispruch wegen § 7/1 u. 3 KVG gemäß § 259/3 StPO. Vermögensverfall.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält eine Urteilsabschrift aus 6 J 158/44g oder 6 J 165/44g (gegen Dr. Franz Messner u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 6230/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V768/1-25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 1312/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Pottendorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold SCHIMEK und
Rudolf PAWLIK

wegen (§§): § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 5 StG und 6 KVG (Teilnahme an der Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation)
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

I. Folgende Verbrechen wurden dem Unternehmer Leopold Schimek vorgeworfen:

Arisierung der Wiener Teppichfabrik Bacher, Frankl & Co, Wien XII, Breitenfurterstraße 45 u.
Wien I, Schottenring 32 im Jahre 1938. Geschädigte: Felix Bacher und Isidor Frankl.

Arisierung der Firma Knüpftteppich – Industrie System Banyai AG in Pottendorf (Niederösterreich)
und Wien I, Lugeck 1 im Jahre 1938. Geschädigter: Dr. Maurus Banyai.

Arisierung einer Villa und eines dazugehörigen 5.000 Quadratmeter großen Grundstückes des Dr.
Banyai in Pottendorf.

Arisierung einer Villa des Dr. Banyai in Wien XIII, Elßnergasse 22.

Arisierung eines Hauses in Wien I, Rudolfsplatz 2 im Jänner 1941. Geschädigte: Dr. Heinrich und
Lilly Rübner.

II. Der Vermögensverwalter Rudolf Pawlik soll am Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung als
Mitschuldiger beteiligt gewesen sein.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.10.1945: Einbeziehung des Verfahrens Vg 2d Vr 1293/45 (gegen Rudolf Pawlik) in das
gegenständliche Verfahren.

14.4.1947: Anklageerhebung gegen Schimek wegen § 6 KVG und gegen Pawlik wegen § 5 StG und §
6 KVG (Firma Bacher, Frankl & Co. und Firma Banyai AG).

30.4.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Schimek wegen § 11 VG, § 7 KVG und § 8 KVG
(führende Rolle bei der Unterwanderung der österr. Wirtschaft durch die
Nationalsozialisten) und gegen Pawlik wegen § 11 VG und § 7 KVG gemäß § 109 StPO.

30.3.1949: Freispruch der beiden Angeklagten Schimek und Pawlik vom strafbaren Tatbestand der
missbräuchlichen Bereicherung nach § 6 KVG bzw. der Beihilfe zur missbräuchlichen
Bereicherung nach § 5 StG und § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO.

9.6.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Schimek wegen § 6 KVG betreffend Arisierung des
Hauses Wien I, Rudolfsplatz 2 gemäß § 90 StPO.

10.8.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Schimek und Pawlik wegen § 6 KVG betreffend Erwerb
bzw. Verkauf von Einrichtungsgegenständen der Villa Banyai gemäß § 90 StPO.

Anmerkung:

Im Anhang des gegenständlichen Verfahrens finden sich umfangreiche Geschäftsunterlagen der Fa. Banyai, teilweise im Original, teilweise in Abschriften.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 1312/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V769/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 819/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Währing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich LERCHNER und
Alois FEDERANKO

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf:

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie der Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde begangen an Paula Ambos im Haus, Wien XVIII, Michaelerstraße 9 am 5. Oktober 1938.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 23.11.1945: Unterbrechung des Verfahrens gegen Alois Federanko wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 412 StPO.
- 21.2.1946: Anklageerhebung gegen Friedrich Lerchner wegen §§ 3, 4 KVG.
- 13.5.1946: Verurteilung des Angeklagten Lerchner wegen §§ 3, 4 KVG nach § 3/1 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 5.12.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Alois Federanko unter Vg 8e Vr 819/55.
- 11.1.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Alois Federanko wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 34/2 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 819/55 (Vg 1b Vr 2780/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V770/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 590/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Wien), Bezug zu Massenvernichtungsverbrechen

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Klosterneuburg), Polen (Lublin)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef (Sepp) NEMEC

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§§ 4, 7 (Sprengstoffgesetz)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Verbrechen vor 1938:

"Alter Kämpfer", Mitglied der NSDAP und der SA seit November 1932, Schatzmeister und Adjudant der SA-Obergruppe "Österreich", ab Juni 1936 Leiter des illegalen Hilfswerks "Österreich".

Beteiligung an Sprengstoffanschlägen auf Bahnhöfe und Eisenbahnzüge als Angehöriger der Gruppe um Dipl.- Ing. Friedrich Woitsche.

Funktion im NS-Regime:

Nach der Machtübernahme im März 1938 Ernennung zum Gauinspekteur von Wien und Beförderung zum SS-Sturmbannführer. Auszeichnung mit der Ostmarkmedaille und dem Goldenen Verdienstzeichen der NSDAP.

Missbräuchliche Bereicherung:

Arisierung einer Wohnung in Wien XIX, Gregor Mendel-Straße 41/7 im Jahre 1938.

Missbräuchliche Bereicherung beim Erwerb von konfiszierten Grundstücken des Stiftes Klosterneuburg (Niederösterreich).

Mitarbeiter des Höheren SS- und Polizeiführers von Lublin, Odilo Globocnik, in den Jahren 1941/1942.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.10.1948: Abtretung des Verfahrens 10 Vr 2555/48 des LG Innsbruck gegen Josef Nemeč gemäß § 51 StPO an das VG Wien.

19.9.1949: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG.

22.9.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 90 StPO. Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 4, 7 Sprengstoffgesetz gemäß § 57 StPO und Abtretung an das allgemeine Gericht.

27.10.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Vermögensverfall. Freispruch wegen § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung) betreffend Leitung des illegalen Hilfswerks "Österreich" gemäß § 259/3 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

- 1.) Die Rolle des Beschuldigten als Mitarbeiter des Höheren SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik wird im vorliegenden Akt nur am Rande erwähnt.
- 2.) das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus:
 - a.) 20 Vr 8745/36 (gegen Friedrich WOITSCHKE u.a.)
 - b.) 26 Vr 9397/36 (gegen Friedrich WOITSCHKE u.a.)
 - c.) Vg 1b Vr 4331/47 (gegen Johann NEUBAUER)
 - d.) Vg 7c Vr 6068/48 (gegen Egon EDER u.a.)
- 3.) Hinweise zu anderen Verfahren:
 - Vg 11 Vr 2376/46 (objektives Verfahren gegen Friedrich WOITSCHKE)
 - Vg 12 e Vr 3434/47 (gegen Friedrich PLATTNER, SS-Standartenführer und Gauleiter von Tirol zw. Juli 1934 und Februar 1935).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 590/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V771/1-27

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 190/52 (Vg 1d Vr 69/51, Vg 1m Vr 2926/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SODOMA

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität – Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

"Alter Kämpfer", Abhaltung von Versammlungen, Aufbewahrung und Sprengstoff und
Propagandamaterial.

Arisierung der Gastwirtschaft "Tiroler Eck" der Ernestine Rattler in Wien IX, Nußdorferstraße 50, im Jahre
1938.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 9.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG.
- 24.9.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 2 1/2 Jahren schweren
Kerkers. Vermögensverfall.
- 31.1.1951: teilweise Wiederaufnahme des Verfahrens wegen § 6 KVG. Davon unberührt blieb die
Verurteilung wegen §§ 10, 11 VG. Wiederaufnahme unter Vg 1d Vr 69/51.
- 21.3.1951: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO.
- 10.4.1951: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers.
Neubemessung der Strafe hinsichtlich der von der Wiederaufnahme unberührt
gebliebenen Verurteilung wegen §§ 10, 11 VG.
- 16.6.1952: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 1a Vr 190/52.
- 29.5.1953: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 190/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V772/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 629/55 (Vg 1a Vr 611/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Wien)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl SCHARITZER
(objektives Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens und
Vermögensverfallsgesetz)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität – Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung), § 58 StG
(Hochverrat) und
§ 1/6 KVG (Kriegsverbrechen, stellvertretender Gauleiter von Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität:

Mitglied der NSDAP seit 1927, Ernennung zum Gauleiter von Salzburg im Mai 1932, Bundesrat
des Bundesstaates Österreich ab Dezember 1932, Beteiligung am Juliputsch 1934

Funktionen im NS-Regime:

stellvertretender Gauleiter von Wien zwischen 1938 und 1945, Mitglied des Reichstages, Träger
zahlreicher Auszeichnungen der NSDAP, SS-Brigadeführer, Mitverantwortlicher für die sinnlose
Verteidigung Wiens im April 1945.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.10.1949: Antrag der StA Wien auf Vermögensverfall.

29.10.1949: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO. Einleitung des objektiven Verfahrens
gemäß § 24 VG.

28.12.1949: Verfall des gesamten Vermögens gemäß § 24 VG zugunsten der Republik Österreich.

1.7.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 629/55. Einstellung des Verfahrens wegen §§
10, 11 VG, § 58 StG und § 1/6 KVG gemäß § 109 StPO (Auf Anordnung des
Bundespräsidenten vom 24.6.1955)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 629/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V773/1-9

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 523/55 (Vg 7b Vr 4412/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Dachau-Prozess, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Häftlinge, Ausländische ArbeiterInnen, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Deutschland (Dachau), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann (Hans) FEICHTINGER
(alias Hans RINNERTHALER)

wegen (§§): § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlung),
§ 6 KVG (Arisierung)
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität/Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung:

Aufbewahrung von Waffen und Sprengstoff für die SA.

Quälereien und Misshandlungen:

Misshandlung von KZ-Häftlingen in Dachau und Mauthausen als Angehöriger der Waffen-SS.

Misshandlung von ArbeiterInnen der Firma Suwewerk.

Arisierung der Firma Suwewerk, Sportartikel- und Metallwarenfabrik, Wien XV, Flachgasse 35-41 im Jahre 1943. Geschädigter: Siegmund Werner (auch Sigmund W.)

Denunziation des Franzosen Henri Lemanach und weiterer namentlich nicht bekannter ArbeiterInnen wegen Arbeitsverweigerung.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

7.6.1947: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

24.5.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 523/55.

15.6.1955: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Johann Feichtinger, der nach dem Krieg für tot erklärt wurde, lebte bis Ende der sechziger Jahre unter dem Namen Hans Rinnerthaler in Bayern. Nach Bekanntwerden seiner wahren Identität beging er Anfang November 1969 Selbstmord.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 523/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1155
DÖW-Signatur: V774/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 212/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Polizei), Schupo-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Polen (Distrikt Galizien, heute Ukraine)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HEITZINGER

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Mitwirkung an der Beraubung, Misshandlung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Galizien als stellvertretender Kommandeur der Ordnungspolizei des Distrikts von 1941 bis 1944.

26.10.1953: Mangels einstimmiger Beschlussfassung des Alliierten Rates betreffend Einleitung eines Auslieferungsverfahrens ging das Weisungsrecht auf die amerikanischen Behörden über. Die Klärung des Sachverhalts und die Entscheidung nach österreichischem Recht wurde den österreichischen Behörden überlassen. Unter Anwendung des § 40 StG war die Zuständigkeit des Vg Wien für diesen Fall rechtlich gegeben.

3.11.1953: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz Heitzinger wegen § 1 KVG aus dem Verfahren Vg 7b Vr 3277/46 (gegen Josef Gabriel u.a.) und Anlegung eines neuen Akts unter Vg 8e Vr 212/53.

16.4.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Franz Heitzinger wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO.

Anmerkung: das gegenständliche neben Namenslisten von Angehörigen der Schutzpolizei in Galizien auch Abschriften aus folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 7b Vr 3277/46 (gegen Josef GABRIEL u.a.)

LG Wien VG 3b Vr 734/47 (gegen Felix LANDAU u.a.)

LG Hamburg 14 Js 2474/51 (gegen den Leiter der Schupo – Dienststelle Stryj Karl KLARMANN inkl. Urteilsabschrift)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 212/53

FStN-Mikrofilm Nr. 1155+1156

DÖW-Signatur: V775/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 2701/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann und Susanne MAYRHOFER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 8 StG und § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Folgende Verbrechen wurden dem Ehepaar Mayrhofer zur Last gelegt:

Arisierung der Wohnung der Familie Schachter-Geller in Wien IX, Glasergasse 16/17, im Jahre 1938.

Denunziation der Verwandten des Josef Horowitz.

versuchte Denunziation der Helene Vlcek wegen regimiefeindlicher Äußerungen.

-
- 19.10.1946: Anklageerhebung gegen Susanne Mayrhofer wegen § 8 StG und § 7 KVG.
 - 4.11.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann Mayrhofer wegen §§ 6 u. 7 KVG gemäß § 90 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Susanne Mayrhofer wegen §§ 3 u. 6 KVG und wegen § 7 KVG betreffend Denunziation der Verwandten des Josef Horowitz gemäß § 109 StPO.
 - 31.1.1947: Verurteilung der Angeklagten Susanne Mayrhofer wegen § 8 StG und § 7 KVG zu 8 Monaten Kerker.
Kein Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 2701/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1156
DÖW-Signatur: V776/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 4747/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Albin DETTELBACHER und
Karl PONGRATZ

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf:

Im Mittelpunkt des Verfahrens steht die Arisierung des Warenhauses "Vor dem Schottentor", Inhaber Moritz Werner, Wien IX, Währingerstraße 9, im Jahre 1939.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.3.1950: Anklageerhebung gegen Albin Dettelbacher wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG.
23.3.1950: Unterbrechung des Verfahrens gegen Karl Pongratz gemäß § 412 StPO.
6.12.1950: Verurteilung des Angeklagten Albin Dettelbacher wegen § 6 KVG zu 9 Monaten Kerker.
Freispruch wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO.
Kein Vermögensverfall.
27.4.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Karl Pongratz wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie.

Zusatzinformationen zum Akt

Den Beschuldigten wurden im Rahmen dieses Vg-Verfahrens noch weitere strafbare Handlungen vorgeworfen.

Albin Dettelbacher: Illegalität, Mitglied der NSDAP und der SS seit 1932, SS-Oberscharführer, Angehöriger der Österreichischen Legion in Dachau von Jänner 1934 bis 1935.
Arisierung einer Liegenschaft, Wien XIX, Arbesbachgasse 23.

Karl Pongratz: Illegalität, Obersturmführer des NSKK
Arisierung einer Wohnung, Wien I, Ertlgasse 4/11a.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 4747/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1156
DÖW-Signatur: V777/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 3107/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Widerstand/Opposition, ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann REDLEIN

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:

Illegalität: Förderer der illegalen NSDAP, stellvertretender Zellenleiter der Ortsgruppe Ungarviertel in Wiener Neustadt (Niederösterreich).

Verletzung der Menschenwürde des Geza Bruchsteiner und seines Sohnes Georg im März 1938.

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von namentlich nicht bekannten ausländischen ArbeiterInnen.

Verletzung der Menschenwürde der Herta Kern Ende September 1944.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

18.2.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 109 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt

Im gegenständlichen Verfahren wurden auch Vorerhebungen in Richtung § 6 KVG durchgeführt, da sich Johann Redlein im Zuge der Übernahme des Skala-Kinos in Wiener Neustadt, Bebenbergerring 6 missbräuchlich bereichert haben soll. Geschädigter: Geza Bruchsteiner.

Der vorliegende Akt enthält weiters ein Gutachten von Gustav Scheibenpflug, Sachverständiger und Schätzmeister für das Kinowesen und Hinweise zu LG Wien Vg 2d Vr 5684/46 (gegen Friedrich LÖCKER) wegen §§ 10, 11 VG und §§ 6 und 7 KVG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 3107/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1156
DÖW-Signatur: V778/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 492/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess,
"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Brigittenau)

Volksgerechtheitsverfahren gegen: Hans GLASS,
Ernst SCHAFFER,
Leopold TILSCH und
Johann HUNGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation)

Im Mittelpunkt des gegenständlichen Verfahrens steht die Arisierung des Foto-Radio- und
Musikwarenhauses "Brigitta", Inhaber Otto Reich, Wien XX, Wallensteinstraße 17, im Herbst 1938.

Weitere strafbare Tatbestände:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde des Otto Reich durch die Beschuldigten Ernst
Schaffer und Hans Glass im Jahre 1938.

Arisierung von Schmuck und Wertpapieren des Otto Reich durch Hans Glass im Jahre 1938.

Denunziation des Otto Reich durch Hans Glass, Johann Hunger und Ernst Schaffer.

-
- 22.6.1948: Unterbrechung des Verfahrens gegen Ernst Schaffer und Johann Hunger gemäß § 412 StPO.
 - 18.6.1949: Anklageerhebung gegen Leopold Tilsch wegen § 6 KVG.
 - 27.6.1949: Unterbrechung des Verfahrens gegen Hans Glass gemäß § 412 StPO.
 - 14.11.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Hans Glass wegen § 11 VG 1947, §§ 3, 4, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO.
 - 11.2.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hans Glass wegen §§ 3, 4, 7 KVG (Faktum Sigmund Eidinger) zu 15 St 2647/50.
 - 10.5.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Tilsch wegen § 6 KVG gemäß § 227 StPO.
 - 29.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 492/55.
 - 2.6.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Ernst Schaffer wegen § 11 VG, §§ 3, 4, 6, 7 KVG und gegen Johann Hunger wegen § 11 VG und § 7 KVG gemäß § 109 StPO.

Anmerkungen zum gegenständlichen Verfahren:

- A.) der Beschuldigte Hans Glass war kommissarischer Verwalter folgender Firmen und Geschäfte:
- Firma Redisch, Inhaber Bruno Reich, Koffergeschäft, Wien I, Franz Josefs-Kai 25.
 - Küchengerätegeschäft Reich, Wien XX, Wallensteinstraße 17.
 - Kinderwäschegeschäft Reich, Wien XX, Wallensteinstraße 19.
 - Firma Max Delfinger, Seidenweberei, Wien XI, Leberstraße 56 (der vorliegende Gerichtsakt enthält Geschäftsunterlagen – Originale und Abschriften).
 - Textilwarengeschäft des Sigmund Eidinger, Wien II, Große Pfarrgasse 12 (Verbrechen der Quälerei, Verletzung der Menschenwürde und der Denunziation begangen von Hans Glass an Sigmund Eidinger).
- B.) Hinweise zu Rückstellungsverfahren:
- 63 RK 302/47 (Seidenweberei Max Delfinger).
 - 50 RK 314/48 (Foto- Radio und Musikwarenhaus "Brigitta").
 - 59 RK 10/48 (Liegenschaft, Wien XIX, Vermosergasse 6, Geschädigte: Juliana Bachrach, Beschuldigte: Emilie Glass).
- C.) Das vorliegende Vg-Verfahren enthält weiters eine Urteilsabschrift aus Landgericht Wien 104a Vr 2264/41 (gegen Hans GLASS wegen Veruntreuung und falscher Zeugenaussage).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 492/55 (Vg 13a Vr 4463/48)

FStN-Mikrofilm Nr. 1156
DÖW-Signatur: V779/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 159/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, KVG-§2-Verfahren (Kriegshetze), Prozess wegen Funktion im NS-Regime
(Ortsgruppenleiter, Bürgermeister)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Windpassing bei Hollabrunn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann WODY

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 2 KVG (Kriegshetzerei),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Dem Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Windpassing, Bezirk Hollabrunn (Niederösterreich)
wurden folgende strafbare Handlungen zur Last gelegt:

missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung seiner politischen Macht unter anderen im Jahre 1942
zum Nachteil des Landwirtes Franz Satzinger.

Denunziation des Josef Appoyer sowie versuchte Denunziation des Leopold Asperl im Herbst 1939, des
Alois Hörker im Jahre 1941 und des Johann Beier oder Baier im Jahre 1941 bei der Kreisleitung der NSDAP
in Hollabrunn.

8.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 8 StG, § 7 KVG.
17.7.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 2, 6 KVG und § 7 KVG (Faktum Appoyer) gemäß §
109 StPO.
21.11.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 8 StG, § 7 KVG zu 3 1/2 Jahren
schweren Kerkers. Vermögensverfall.
13.4.1955: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vg 8e Vr 159/55.
15.6.1955: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 8 StG, § 7 KVG gemäß § 109
StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 159/55 (Vg 1h Vr 3643/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1156
DÖW-Signatur: V780/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 6638/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann TUCEK u.a.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 5 StG, § 6 KVG (Beteiligung an der Arisierung),
§§ 171, 173, 174 Ic, IIa StG (Diebstahl)

Plünderung jüdischer Geschäfte in der Schönbrunnerstraße (Wien-Meidling) am 10. November 1938
("Novemberpogrom"):

Lederwarengeschäft des Josef Rispler, Wien XII, Schönbrunner Straße 186.
Schnittwarengeschäft Feirer, Wien XII, Schönbrunner Straße.
Wäsche- und Wirkwarengeschäft Wertheim, Wien XII, Schönbrunner Straße 199.
Geschäft eines jüdischen Brandweiners, Wien XII, Schönbrunner Straße.

-
- 16.8.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann TUCEK, Wilhelm PROHASKA, Karl PLESS, Leopold AMON und Maria KROPF wegen § 6 KVG und §§ 171, 173, 174 Ic, IIa StG gemäß § 56 StPO aus dem Verfahren LG Wien Vg 3d Vr 3589/46 gegen Otto Gerstenberger.
- 28.12.1948: Anklageerhebung gegen Johann Tucek und Karl Pless wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG. Anklageerhebung gegen Wilhelm Prohaska, Leopold Amon und Maria Kropf wegen § 6 KVG.
- 4.1.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Johann Tucek, Wilhelm Prohaska, Karl Pless, Leopold Amon und Maria Kropf wegen §§ 171, 173, 174 Ic, IIa StG gemäß § 109 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Amon wegen §§ 8, 10, 11 VG und gegen Maria

K
r
o
p
f
w
e
g
e
n

29.6.1949: Verurteilung des Johann Tucek wegen §§ 8, 10 VG zu 6 Monaten schweren Kerkers.
Freispruch wegen § 11 VG und § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO.
Vermögensverfall.
Verurteilung der Maria Kropf wegen § 5 StG, § 6 KVG zu 3 Monaten Kerker. Kein
Vermögensverfall.
Verurteilung des Wilhelm Prohaska und des Leopold Amon wegen § 5 StG, § 6 KVG zu je 2
Monaten Kerker. Kein Vermögensverfall.
Freispruch des Karl Pless wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus LG Wien Vg 3d Vr 3589/46 gegen Otto
GERSTENBERGER sowie ein Mitgliederverzeichnis der Ortsgruppe Gaudenzdorf.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 6638/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1156-1157

DÖW-Signatur: V781/1-27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 7447/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Bundeskanzler des "Anschluss"-Kabinetts)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Objektives Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens.-u. Vermögensverfallsgesetz gegen:

Dr. Arthur SEYSS-INQUART

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/Abs. 1, 2, 5, 6 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 5a/Abs. 1, 2, 3 KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Illegalität, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, Kanzler des so genannten "Anschluß-Kabinetts", Reichsminister, Mitglied des Reichstages, SS-Gruppenführer.

Kriegsverbrechen im engeren Sinn und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen als Reichsstatthalter von Österreich, als Stellvertreter des Generalgouverneurs Frank und Verwaltungschef des südlichen Polen sowie von Mai 1940 bis Kriegsende als Reichskommissar für die besetzten Niederlande. Seyss-Inquart wurde vom internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg im so genannten "Hauptkriegsverbrecherprozess" zum Tode verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

31.1.1948: Einleitung eines selbständigen Verfahrens gemäß § 24 VG unter Vg 3c Vr 7447/47.

8.7.1949: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfall des gesamten Vermögens gemäß § 24 VG.

23.9.1949: Verfall des gesamten Vermögens gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz zu Gunsten der Republik Österreich.

Anmerkungen: im gegenständlichen Verfahren finden sich Abschriften aus LG Wien Vg 3e Vr 1920/45 (gegen Guido SCHMIDT u.a.) und aus LG Wien Vg 2c Vr 9089/46 (gegen Emilie LOIDL – Vermögensverwalterin von Arthur Seyss-Inquart) sowie Abschriften aus dem Verfahren des Beschuldigten vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (betreffend Annexion Österreichs).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 7447/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V782/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 6702/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Staatssekretär des "Anschluss"-Kabinetts, SS, Reichssicherheitshauptamt)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Objektives Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens.-u. Vermögensverfallsgesetz gegen:
Dr. Ernst KALTENBRUNNER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG,
§ 1, Abs. 1, 2 und 6 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3/3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk).

Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der gewaltsamen Änderung der Regierungsform und der Machtergreifung der NSDAP in Österreich.

Führer der gesamten SS in Österreich, Staatssekretär für das Sicherheitswesen im so genannten "Anschluss-Kabinett" Seyss-Inquart, Ernennung zum SS-Oberabschnittsführer Donau, Höherer SS- und Polizeiführer von Wien und Salzburg, Mitglied des Reichstages. Ab 30. Jänner 1943 Chef des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin und Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Kaltenbrunner wurde vom internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.10.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Ernst Kaltenbrunner aus dem Verfahren Vg 3c Vr 1920/45 (gegen Dr. Guido SCHMIDT u.a.) und Einleitung eines selbständigen Verfahrens gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz unter Vg 3c Vr 6702/48.
1.6.1949: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfall des gesamten Vermögens gemäß § 24 VG.
22.7.1949: Vermögensverfall gemäß § 24 VG.

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus LG Wien Vg 3c Vr 1920/45 (gegen Dr. Guido SCHMIDT u.a.). Darin befinden sich unter anderen auch Unterlagen betreffend die Ermordung von hohen Linzer Polizeifunktionären im März 1938.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 6702/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V783/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 2197/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Handelsminister des "Anschluss"-Kabinetts)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederlande

Objektives Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens.-u. Vermögensverfallsgesetz gegen:
Dr. Hans FISCHBÖCK

wegen: §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk) und
§ 58 StG (Hochverrat)

Illegalität, Spenden für inhaftierte Nationalsozialisten.

Handelsminister im "Anschluss-Kabinett" Seyss-Inquart. Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Änderung der Regierungsform und der Machtergreifung der NSDAP in Österreich. Nach der Besetzung Österreichs Leiter der Wirtschaftskammer und Präsident der Industrie- und Handelskammer in Wien. Ab Mai 1940 Generalkommissar für Finanzen und Wirtschaft beim Reichskommissar (Seyss-Inquart) für die besetzten Niederlande. Ab Jänner 1942 Reichskommissar für Preisbildung. Brigadeführer des NSKK und SS-Brigadeführer, Mitglied des Reichstages.

- 31.8.1946: Unterbrechung des unter Vg 7a Vr 414/46 eingeleiteten Verfahrens gemäß § 412 StPO.
- 5.11.1949: Einleitung eines selbständigen Verfahrens gemäß § 24 VG unter Vg 7a Vr 2197/49. Einbeziehung des Verfahrens Vg 7a Vr 414/46 in den gegenständlichen Akt.
- 27.9.1950: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfall des gesamten Vermögens gemäß § 24 VG.
- 15.3.1951: Vermögensverfall gemäß § 24 VG zu Gunsten der Republik Österreich.
- 26.10.1959: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 8 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-

A
m
n
e
s
t
i
e
1
9
5
7
u
n
d
w
e

Anmerkungen:

im gegenständlichen Verfahren befindet sich das einbezogene Verfahren LG Wien Vg 7a Vr 414/46 (gegen Dr. Hans FISCHBÖCK) und eine Abschrift des Protokolls über die Ministerratssitzung vom 13. März 1938 anlässlich der Beschlussfassung über das so genannte "Anschlussgesetz" sowie eine Liste der aus Österreich stammenden Abgeordneten des Reichstages.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 2197/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V784/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 493/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Vizekanzler des "Anschluss"-Kabinetts),
Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Kroatien (Zagreb/Agram)

Objektives Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens.- u. Vermögensverfallsgesetz gegen:
Dr. Edmund GLAISE-HORSTENAU

wegen (§§): §§ 10, 11 (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk) und
§ 58 StG (Hochverrat)

Tatvorwürfe:

Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der gewaltsamen Änderung der
Regierungsform und der Machtergreifung der NSDAP in Österreich.

Teilnahme an den Beratungen zur Vorbereitung des Abkommens vom 11.7.1936 ("Juli-
Abkommen") als Vertreter der so genannten "nationalen Opposition".

Mitglied der Regierung Schuschnigg bis März 1938.

Vizekanzler der Regierung Seyss-Inquart.

Stellvertreter des Reichsstatthalters in Österreich bis Mai 1938 und Mitglied der österr.
Landesregierung bis März 1940.

Ernennung zum bevollmächtigten General in Kroatien im Februar 1941.

Arisierung einer Villa mit Garten, Wien XIII, Mühlbachergasse 8, Geschädigte: Germaine Strager

26.10.1946: Beendigung des Verfahrens gemäß § 224 StG (Selbstmord des Beschuldigten am
20.7.1946 im Lager Langwasser bei Nürnberg). Einleitung eines objektiven Verfahrens
gemäß § 24 VG.

27.9.1950: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Vermögensverfall gemäß § 24 VG.

15.12.1950: Verfall des gesamten Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich.

Anmerkungen:

das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus
LG Wien Vg 3c Vr 1920/45 (gegen Dr. Guido SCHMIDT).

LG Wien Vg 1b Vr 445/45 (gegen Dr. Rudolf NEUMAYER).

LG Wien Vg 8b Vr 409/46 (gegen Dr. Franz HUEBER).

Urteilsabschrift gegen Dr. Franz HUEBER aus LG Linz Vg 10 Vr 1326/50.

Abschrift aus dem Verfahren gegen Dr. Arthur SEYSS-INQUART vor dem Nürnberger
Kriegsverbrechertribunal.

Abschrift aus dem Vernehmungsprotokoll des Dr. Edmund GLAISE-HORSTENAU vor dem Internationalen
Militärgerichtshof in Nürnberg.

Hinweise zum Verfahren 59 RK 541/48 (Rückstellungsverfahren Germaine Strager)

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V785/1-38

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 943/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess,
"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich SWOBODNIK,
Anton SWOBODNIK und
Rudolf CERNY

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde,
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG, § 8 StG (versuchte Denunziation),
§ 83 StG (Hausfriedensbruch),
§§ 171, 173, 174Ic, IIa StG (Diebstahl) und
§§ 190, 192 StG (Raub)

Verbrechen an jüdischen BewohnerInnen der Häuser Blumauergasse 18, 20, 22 und 24 in Wien-
Leopoldstadt in den Jahren 1938/39:

Misshandlung der Ehepaare Fuchs, Fleischmann, Herzka, Fisch, Feldstein, Bochmann, Lustig,
Grünhut, Preis, Rottenberg sowie der Maltshi Fleischmann, der Terese Reininger und des N.
Nagler.

Verletzung der Menschenwürde der Szemere Klopper, der Maltshi Fleischmann, des N.
Fleischmann, der Familie Eisenmeier sowie mehrerer namentlich nicht bekannter Juden/Jüdinnen
und Jüdinnen.

Aneignung von Vermögenswerten folgender Personen: Siegfried Herzka, Terese Reininger, Erwin
Feldstein, Osias Birkenfeld, Max Weiss, Szemere Klopper, N. Fisch, N. Hochmann, N. Lustig, N.
Grünhut, N. Preiss, N. Rottenberg, N. Wiener, N. Waschinsky, N. Fuchs, N. Fleischmann und
weiterer namentlich nicht bekannter Jüdinnen und Juden/Jüdinnen.

versuchte Denunziation des in so genannter "Mischehe" lebenden Ehepaares Johann und Martha
Blaha in den Jahren 1942 bis 1944.

- 21.9.1946: Anklageerhebung gegen Friedrich Swobodnik wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und
wegen §§ 171, 173, 174 Ic, IIa StG, §§ 190, 192 StG.
- 2.10.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich Swobodnik wegen § 83 StG und § 6 KVG
gemäß § 109 StPO.
- 22.8.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Anton Swobodnik gemäß § 412 StPO.

- Zurückziehung der Anklageschrift gegen Friedrich Swobodnik gemäß § 227 StPO und Ausfertigung einer neuen Anklageschrift gegen Friedrich Swobodnik wegen §§ 3, 4, 6 KVG und §§ 190, 192 StG, § 13/2 KVG und gegen Rudolf Cerny wegen §§ 3, 4, 6 KVG.
- 13.12.1947: Verurteilung des Friedrich Swobodnik wegen § 6 KVG zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall. Freispruch wegen §§ 3, 4 KVG und §§ 190, 192 StG, § 13/2 KVG gemäß § 259/3 StPO.
Verurteilung des Rudolf Cerny wegen § 6 KVG zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Freispruch wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 259/3 StPO.
- 9.4.1948: Fortsetzung des Verfahrens gegen Anton Swobodnik unter LG Wien Vg 1f Vr 3148/48.
- 12.7.1948: Anklageerhebung gegen Anton Swobodnik wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG und wegen § 8 StG, § 7 KVG.
- 27.10.1948: Freispruch des Angeklagten Anton Swobodnik gemäß § 259/3 StPO.
- 26.2.1949: teilweise Aufhebung des Urteils gegen Anton Swobodnik durch den Obersten Gerichtshof und Wiederaufnahme des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 8 StG, § 7 KVG unter LG Wien Vg 1e Vr 943/49. Der Freispruch von der Anklage wegen §§ 3, 4, 6 KVG blieb davon unberührt.
- 19.10.1949: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 8 StG, § 7 KVG gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 943/49 (Vg 1f Vr 3148/48, Vg 1f Vr 3043/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V786/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 120/55
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franziska ZELLER und
Leopold BURIAN

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung) und
§ 98b StG (Erpressung)

Verbrechen der Erpressung und gefährlichen Drohung, Einschränkung der persönlichen Freiheit und der missbräuchlichen Bereicherung begangen an Rechtsanwalt Dr. Emil Taubes (später erfolgte eine Namensänderung auf Dr. Reem), in Wien I, Elisabethstraße 3, im Mai 1938.

Gemeinsam mit ihrem Bruder Leopold Burian erschien Franziska Zeller im Mai 1938 in der Kanzlei ihres Vermögensverwalters Dr. Taubes und erpresste unter Drohungen (Einweisung in das KZ Dachau) die Herausgabe von ATS 25.000.-

- 6.9.1948: Anklageerhebung gegen Franziska Zeller wegen § 6 KVG.
- 11.9.1948: Unterbrechung des Verfahrens gegen Leopold Burian gemäß § 412 StPO.
- 7.12.1948: Verurteilung der Angeklagten wegen § 6 KVG zu 1 Jahr schweren Kerker. Vermögensverfall.
- 15.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Leopold Burian unter Vg 8e Vr 120/55. Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO bleibt aufrecht.
- 14.9.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Burian wegen § 6 KVG gemäß § 13 NS-Amnestie 1957. Fortsetzung des Verfahrens gegen Leopold Burian wegen § 98b StG. Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
- 19.1.1960: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold Burian gemäß § 224 StG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 120/55 (Vg 12i Vr 7600/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V787/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 15/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Bezug zu Verbrechen bei Kriegsende)

Opfer: Juden/Jüdinnen (ungarische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Berg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Egon KÖNIG

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Illegalität, Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie der Verletzung der Menschenwürde begangen an ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen im Rahmen der Errichtung des "Südostwalls" im Unterabschnitt Berg (Niederösterreich) zwischen August 1944 und März 1945.

23.12.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Egon König aus dem Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 299/55 (Vg 2d Vr 6790/46) ["4. Engerau-Prozeß" gegen Gustav TERZER u.a.] und Anlegung eines neuen Aktes.

4.6.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO.

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus:
LG Wien Vg 2e Vr 1125/45 ("2. Engerau-Prozeß" gegen Josef ENTENFELLNER u.a.)
LG Wien Vg 1c Vr 3015/45 ("3. Engerau-Prozeß" gegen Emanuel ALBRECHT u.a.)
LG Wien Vg 8e Vr 299/55 (Vg 2d Vr 6790/46) ["4. Engerau-Prozeß" gegen Gustav TERZER u.a.].

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 15/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1157
DÖW-Signatur: V788/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2681/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen (österreichische)
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HADERER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10/3, 11 VG (Illegalität),
§ 8 StG, § 6 KVG (versuchte Arisierung) und
§§ 4, 6 Sprengstoffgesetz

Folgende Verbrechen wurden dem Beschuldigten zur Last gelegt:

Illegalität, Mitglied der NSDAP seit 1932, Angehöriger der SA "Alter Kämpfer", Träger der Ostmarkmedaille.

Beteiligung an Sprengstoffanschlägen zwischen 1933 und 1938.

versuchte Arisierung des Schuhgeschäftes Bauer, Wien IX, Schlickgasse 4 im November 1938.

versuchte Arisierung des Likörherstellungsunternehmens Schwarzwald & Co., Inhaber Max Klausner, Wien I, Heiligenkreuzerhof, im Februar 1939.

26.4.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10/3, 11 VG und § 8 StG, § 6 KVG.

14.5.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 4, 6 Sprengstoffgesetz gemäß § 109 StPO.

15.3.1948: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 8, 10/3, 11 VG und § 8 StG, § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Dokumente und Unterlagen über den Beschuldigten aus der NS-Zeit; teilweise im Original und teilweise in Abschriften.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2681/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1157+1158

DÖW-Signatur: V789/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 8e Vr 161/55

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Bezug zu Verbrechen bei Kriegsende)

Opfer: Juden/Jüdinnen (ungarische), ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gmünd/NÖ)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Herbert PEIKERT

Paul PAPKE

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Kriegsverbrechen, Verbrechen der Quälerei und Misshandlung begangen an ausländischen ArbeiterInnen und ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen der Kartoffelverwertungs AG – Werk Gmünd (Niederösterreich) zwischen 1941 und März 1945 durch den Werksdirektor Dr. Herbert Peikert und den kaufmännischen Leiter Paul Papke.

19.4.1946: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 861/46 (gegen Paul PAPKE) gemäß § 51 StPO an das LG Wien.

19.12.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Paul Papke gemäß § 412 StPO.

13.2.1948: Unterbrechung des Verfahrens gegen Dr. Peikert gemäß § 412 StPO.

21.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 161/55.

21.5.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Peikert und Papke gemäß § 109 StPO.

Anmerkungen:

Folgende ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter werden im gegenständlichen Verfahren namentlich angeführt:

Dr. Leopold FISCHER- Budapest

Dr. Georg UYHELY – Totkomlos, Comitatus Beces.

Den beiden Beschuldigten wurde weiters vorgeworfen, den französischen Arbeiter N. LANDRÈ bei der Gestapo angezeigt zu haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 8e Vr 161/55 (Vg 7a Vr 523/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V790/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 13b Vr 6036/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand HABERL und
Karl FITZKA

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglieder der Ortsgruppe "Brillantengrund".
Arisierung der Betriebseinrichtung der Buchdruckerei Samuel Neufeld, Wien VII, Myrthengasse 5,
am 10. November 1938 ("Novemberpogrom").
Arisierung des Goldschmiedegeschäftes Oskar Haas in
Wien VI, Gumpendorferstraße 82, durch Karl Fitzka.

1.2.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl Fitzka wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG und
Abtretung gemäß § 51 StPO an das LG Linz zu Vg 8 Vr 4481/46.
Einstellung des Verfahrens gegen Ferdinand Haberl wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO.

21.1.1949: Anklageerhebung gegen Ferdinand Haberl wegen §§ 8, 10/1 VG.

26.4.1949: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 13b Vr 6036/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V791/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 2766/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische), ausländische ArbeiterInnen (französische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krumau/Kamp)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl LAMMER

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Misshandlung eines unbekanntem russischen Kriegsgefangenen im April 1943 in Krumau am Kamp
(Niederösterreich) als Angehöriger der Landwacht.

15.7.1946: Anklageerhebung wegen § 3 KVG.
24.7.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 4 KVG gemäß § 90 StPO.
16.10.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 KVG (auf Antrag der Staatsanwaltschaft in der
Hauptverhandlung) zu 3 Monaten Kerker.
Kein Vermögensverfall.

Anmerkung:

Dem Beschuldigten wurde weiters vorgeworfen, während des Krieges unbekanntem osteuropäische
ZwangsarbeiterInnen sowie im April 1945 namentlich nicht bekannte französische Arbeiter durch Schläge
misshandelt zu haben.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 2766/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V792/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 2672/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz GÖTZINGER

wegen (§§): § 6 KVG (Arisierung)

Arisierung des Haus- und Küchengerätegeschäftes Felix Sommer, Wien IV, Schleifmühlgasse 15, im Jahre 1938.

Arisierung der Wohnung der N. Faltischek, Wien IV, Schleifmühlgasse 15, im Jahre 1939.

13.11.1945: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 2672/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V793/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 2663/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz SCHNEIDER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Illegalität, Mitglied der NSDAP seit 1932.

Verletzung der Menschenwürde der Anna Steiner im Jahre 1938.

Arisierung der Wohnung der Anna Steiner, Wien XVIII, Scheibenbergstraße 14/3, im Jahre 1938.

8.12.1945: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 2663/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V794/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 3417/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Hans THALLMAYER und
Josefa HAUSER

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf:

Missbräuchliche Bereicherung an Vermögenswerten des Dr. Jakob Klarfeld, Wien XVII, Pallitzgasse 17,
durch dessen ehemalige Lebensgefährtin Josefa Hauser und ihren Anwalt Dr. Hans Thallmayer.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

23.7.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 3417/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V795/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 153/55 (Vg 4d Vr 3460/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Hernals)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ignaz BAUMGARTNER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde namentlich nicht bekannter Jüdinnen und Juden/Jüdinnen in Wien-Hernals.

Beteiligung an der Plünderung der Wohnung des Max Heller, Wien XVII, Urbangasse 10, am 10. November 1938 ("Novemberpogrom"). Dem Betroffenen wurde ein Radioapparat, eine Taschenuhr, Silbermünzen, Kleider und Wäsche entwendet.

Beteiligung an der Plünderung der Tintenfabrik Reischer, Wien XVII.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

27.4.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Ignaz Baumgartner wegen §§ 4, 6 KVG gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren LG Wien Vg 4d Vr 4343/46 (gegen Johann KUBIK u.a.) und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 4d Vr 3460/48.

10.5.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

26.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 153/55.

20.6.1955: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

18.5.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus
LG Wien Vg 4d Vr 4343/46 (gegen Johann KUBIK u.a.)
sowie Hinweise zu:
LG Wien Vg 1d Vr 644/45 (gegen Leopold TINTNER)
LG Wien Vg 2d Vr 663/45 (gegen Käthe KUBIK)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 153/55: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V796/1-4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 52/55

Kriegsverbrecherprozess

Opfer: ZivilistInnen (polnische, sowjetische)
Tatland (Tatort): Polen, UdSSR

Volksgerechtes Verfahren gegen: Walter HILDENBRAND

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Kriegsverbrechen, Quälerei und Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde begangen in Polen und Russland.

5.11.1946: Überstellung des Beschuldigten in den Gewahrsam der sowjetischen Besatzungsmacht und Übergabe des Strafaktes LG Wien Vg 7d Vr 7789/46 an die sowjetische Rechtsabteilung.

15.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter Vg 8e Vr 52/55.

22.4.1955: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 52/55 (Vg 7d Vr 7789/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V797/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 6208/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Meidling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anna REIDINGER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Verletzung der Menschenwürde des Ludwig Stern in Zusammenwirken mit Otto Gerstenberger in Wien XII.

16.8.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anna Reidinger wegen § 4 KVG gemäß § 57 StPO aus dem Verfahren LG Wien Vg 3d Vr 3589/46 (gegen Otto GERSTENBERGER u.a.) und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 5b Vr 6208/46.

12.11.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO.

Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus LG Wien Vg 3d Vr 3589/46 (gegen Otto GERSTENBERGER u.a.).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 6208/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V798/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11i Vr 7011/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Wien)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Erwin SCHAFFAR

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 1/6 KVG (Kriegsverbrechen, kommissarischer Kreisleiter)

Tatvorwurf:
Illegalität ("Alter Kämpfer"), SA-Sturmbannführer, goldenes Ehrenzeichen der NSDAP, Dienstausszeichnungen der NSDAP in Silber und Bronze, Gauorganisationsamtsleiter, kommissarischer Kreisleiter des Kreises VI des Gaues Wien.

Am 16.12.1947 wurde SCHAFFAR zu 3 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

16.10.1948: Aufhebung des Urteils durch den OGH hinsichtlich § 1/6 KVG und im Ausspruch über die Strafe (§ 1/6 KVG war zum Vorteil des Angeklagten unrichtig angewendet worden). Das Urteil blieb im Schuldspruch wegen §§ 10, 11 VG unberührt, das Verfahren wurde zur neuerlichen Entscheidung an das gleiche Volksgericht verwiesen.

Am 15.2. 1949 wurde SCHAFFAR zu 10 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

2.7.1951: Bedingte Nachscheidung der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11i Vr 7011/48 (Vg 8d Vr 3927/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V799/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3f Vr 3461/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef WEINHANDEL und
Hugo ABLASSER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

"Arisierung" der Firmen Moritz Krausz jun. und Moritz Krausz & Co. in Wien-Innenstadt, Rotenturmstraße
20 und 23, im Jahre 1939

27.5.1949: Einstellung des Verfahrens gegen WEINHANDEL und ABLASSER wegen § 6 KVG gemäß §
109 StPO.

29.6.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen ABLASSER wegen §§ 8, 10, 11 VG und Abtretung an
das Volksgericht Graz gemäß § 51 StPO.

Anmerkungen:

das gegenständliche Verfahren enthält eine Urteilsabschrift aus LG Wien Vg 12 b Vr 899/45 (gegen Josef
WEINHANDEL u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3f Vr 3461/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1158
DÖW-Signatur: V800/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2798/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938 ("Futterweit-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GRAF
(vormals Josef KRCIL)

wegen (§§): § 4 Sprengstoffgesetz
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf:

Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf das Juweliergeschäft Futterweit in Wien XII, Meidlinger Hauptstraße 19, am 12. Juni 1933 als Bombenwerfer. Dem Attentat fielen der jüdische Geschäftsinhaber Norbert Futterweit und der Passant Johann Hotik sen. zum Opfer. Als Folge dieses und eines weiteren Anschlages (in Krems/Donau) wurde am 19. Juni die NSDAP (per 1. Juli 1933) in Österreich verboten.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.10.1946: Anklageerhebung wegen § 4 Sprengstoffgesetz und §§ 10, 11 VG.
15.1.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 Sprengstoffgesetz und §§ 10, 11 VG zu einer lebenslänglichen schweren Kerkerstrafe. Vermögensverfall.
22.12.1954: Bedingte Entlassung auf Grund einer Entschließung des Bundespräsidenten vom 18.12.1954.

Zusatzinformationen zum Akt

Hauptverhandlungsprotokoll und Urteil enthalten Begründungen betreffend Aburteilung von Tatbeständen nach dem allgemeinen Strafgesetz bzw. dem Sprengstoffgesetz durch das Volksgesicht. Der Attentäter Josef KRCIL änderte im Jahre 1933 seinen Namen auf Karl GRAF.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2798/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1158+1159

DÖW-Signatur: V801/1-37

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 445/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Finanzminister des "Anschluss"-Kabinetts)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf NEUMAYER

wegen (§§): § 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Der Angeklagte war Beamter und ab Februar 1934 Leiter des Finanzamtes der Stadt Wien. Von November 1936 bis März 1938 gehörte Dr. Neumayer der Regierung Schuschnigg als Finanzminister an. Nach dem politischen Umsturz übte der Angeklagte dieses Amt auch unter Bundeskanzler Seyss-Inquart aus. Von Juni 1938 bis zu seiner Entlassung im Dezember 1945 war er Generaldirektor der Wiener Städtischen Versicherungsgesellschaft.

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mitwirkung an der Beschlussfassung des so genannten "Anschlussgesetzes" vom 13. März 1938. Überleitung der österreichischen Finanzverwaltung in die deutsche Reichsfinanzverwaltung.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.11.1945: Anklageerhebung wegen § 8 KVG.

2.2.1946: Verurteilung zu einer lebenslangen schweren Kerkerstrafe. Vermögensverfall.

30.12.1948: Enthftung gemäß § 398 StPO (Unterbrechung des Strafvollzugs auf Grund schwerer Erkrankung).

15.12.1951: Nachsicht der Reststrafe sowie der mit der Verurteilung verbundenen Rechtsfolgen durch den Bundespräsidenten (Vermögensverfall davon nicht betroffen).

20.3.1957: Tilgung der Verurteilung durch den gemäß Artikel 64 des Bundesverfassungsgesetzes die Funktion des Bundespräsidenten ausübenden Bundeskanzlers (Tod des damaligen Bundespräsidenten Dr. Theodor Körner).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 445/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1159
DÖW-Signatur: V802/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 227/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef Ferdinand ERNST

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität) und § 6 KVG (Arisierung)

Im Mittelpunkt des gegenständlichen Verfahrens steht die Arisierung der Firma Leopold Ascher und Bruder, Handel mit Kleidern, Blusen, Mäntel und Pelzmäntel, Wien VII, Mariahilfer Straße 50, im März 1938.

21.10.1950: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG und § 6 KVG gemäß § 90 StPO.

Anmerkungen: der vorliegende Akt enthält

Abschriften von Geschäftsunterlagen (Bilanzen, Kaufvertrag, etc.) der Firma Leopold Ascher und Bruder.

SV-Gutachten des Dr. Friedrich GRUMPTMANN betreffend Arisierung der Firma Leopold Ascher und Bruder.

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich weiters Abschriften folgender Verfahren:

LG Wien 123e Vr 3589/39 (gegen Josef Ferdinand ERNST wegen §§ 98b, 183 StG, Erpressung und Veruntreuung im Zuge der Arisierung der Firma Leopold Ascher und Bruder, Verfahrenseinstellung).

LG Wien 35 Cg 422/41 (Josef Ferdinand ERNST gegen Alfons STRIEG betreffend Rückgabe der Firma Leopold Ascher und Bruder an Josef Ferdinand ERNST)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 227/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1159
DÖW-Signatur: V803/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 1386/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort):

Volksgerechtsverfahren gegen: Arnulf TEPPNER

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität), § 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat) und § 6 KVG (Arisierung)

Der Beschuldigte war Direktor des Bankhauses Krentschker & Co. In Zusammenwirken mit anderen u.a. Dr. Erich Rajakowitsch soll er von Februar 1939 bis Juli 1941 als Leiter der "Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark" an der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung sowie an der Beschlagnahme jüdischer Vermögenswerte beteiligt gewesen sein.

11.1.1949: Vereinigung des Verfahrens LG Graz 7 Vr 6618/46 (gegen Arnulf TEPPNER und Dr. Erich RAJAKOWITSCH) mit dem Verfahren LG Graz 11 Vr 2400/46 (gegen Moritz KRENTSCHKER). Ausscheidung des Verfahrens gegen TEPPNER gemäß § 57 StPO zu LG Graz 11 Vr 254/49.

17.2.1949: Delegierung des Verfahrens LG Graz 11 Vr 254/49 (gegen Arnulf TEPPNER) gemäß § 63 StPO an das LG Wien.

3.6.1950: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5a, 6 KVG gemäß § 109 StPO und wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 90 StPO.

Anmerkung:

- 1.) Das gegenständliche Verfahren enthält den einbezogenen Akt LG Graz 11 Vr 254/49 (gegen Arnulf TEPPNER – der Akt enthält u.a. Namenslisten von aus der Steiermark vertriebenen Jüdinnen und Juden/Jüdinnen).
- 2.) Hinweise zu anderen Verfahren: LG Graz 11 Vr 2400/46 (gegen Moritz KRENTSCHKER). Abtretung des Verfahrens LG Wien Vg 3b Vr 3984/46 (gegen Moritz KRENTSCHKER) an das LG Graz.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 1386/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1159+1160

DÖW-Signatur: V804/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 3495/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Anton und Gertrude FEHRINGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Illegalität.

Im Oktober 1938 soll Dr. Anton Fehringler gemeinsam mit seiner Gattin Gertrude, Tochter des Gauleiters Dr. Hugo Jury, das Sanatorium Rekawinkel (Niederösterreich), Vorbesitzer Dr. Siegmund Weiss, arisiert haben.

Weiters wurde den beiden Beschuldigten die missbräuchliche Aneignung von zwei Ölgemälden zur Last gelegt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 28.9.1946: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 4035/46 (gegen Gertrude FEHRINGER) gemäß § 51 StPO an das LG Wien.
- 4.2.1949: Anklageerhebung gegen Dr. Anton FEHRINGER wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG sowie gegen Gertrude FEHRINGER wegen § 6 KVG.
- 11.2.1949: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreffend missbräuchliche Aneignung von zwei Ölgemälden gemäß § 34/2 StPO.
- 7.8.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Gertrude FEHRINGER wegen § 6 KVG gemäß § 227 StPO.
- 6.12.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Anton FEHRINGER wegen § 6 KVG gemäß § 227 StPO.
- 8.1.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Anton FEHRINGER wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 227 StPO (Entschließung des Bundespräsidenten vom 27.11.1951).

Anmerkung:

das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise zum Rückstellungsverfahren 61 Rk 411/48 (Dr. Siegmund WEISS).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 3495/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1160
DÖW-Signatur: V805/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4461/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf RATZEK u. a.

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation)

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde und der Denunziation begangen an ausländischen ArbeiterInnen und ZwangsarbeiterInnen sowie an ArbeiterInnen des städtischen Gaswerkes Leopoldau, Wien-Floridsdorf, in den Jahren 1938 bis 1945 durch den Betriebsobmann Adolf Ratzek, teilweise in Zusammenwirken mit Anderen.

- 1.8.1946: Einbeziehung der Verfahren LG Wien Vg 7a Vr 1071/46 (gegen Leopold GEYER) und LG Wien Vg 2b Vr 4663/46 (gegen Rudolf ZIEGLER und Richard HABERHAUER).
- 3.1.1947: Anklageerhebung gegen Adolf RATZEK wegen §§ 10, 11 VG, § 1/1 KVG, § 3/1 KVG, § 4 KVG und § 7/2 KVG.
- 17.2.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann PROKSCH, Michael SCHULZ, Franz STOCKINGER, Vinzenz BRANTNER, Anton SCHREIBER, N. MENSCHIK, Johann FEES, Christian DAX, Rudolf ZIEGLER, Richard HABERHAUER und Leopold GEYER. Anlegung eines neuen Aktes.
- 18.4.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 1/1 KVG (Misshandlung eines notgelandeten amerikanischen Fliegers) zwecks polizeilicher Ausforschung weiterer Zeugen.
- 18.4.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG, § 3/1 KVG, § 4 KVG und § 7/2b KVG (Faktum Ludwig HAUNOLD und Franz BUCHHAMMER) zu 12 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Freispruch wegen § 3 KVG (Androhung von Erschießungen) und § 7/2b KVG (Faktum Josef BRUNNER) gemäß § 259/3 StPO.
- 17.12.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 1/1 KVG gemäß § 227 StPO.
- 22.12.1951: Enthftung des Verurteilten (Entschließung des Bundespräsidenten vom 19.12.1951). Bis 10.1.1952 in sowjetischer Verwahrungshaft.
- 7.9.1957: Abweisung des Antrags auf Tilgung der Verurteilung des Adolf Ratzek gemäß §§ 14, 15 NS-Amnestie durch das LG für Strafsachen Wien.

Anmerkungen:

das gegenständliche Verfahren enthält eine Liste mit Namen von während der NS-Herrschaft hingerichteten bzw. zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Mitarbeitern des Gaswerkes Leopoldau.

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Abschriften aus folgenden Verfahren:

6 OJs 289/42 (Anklageschrift und Urteil gegen Josef PROXAUF, Rudolf SKET und Johann GIEFING).

OJs 449/42 (Anklageschrift gegen Josef BRUNNER)

OJs 533/43 (Anklageschrift gegen Ludwig HAUNOLD)

LG Wien Vg 7a Vr 1071/46 (gegen Leopold GEYER)

LG Wien Vg 7a Vr 1671/46 (gegen Leopold GEYER).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4461/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1160
DÖW-Signatur: V806/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 1727/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois SCHRATTENECKER

wegen (§§): § 7 Abs. 1, 2b und 3 KVG (Denunziation) und
§§ 171, 173 StG (Diebstahl)

Denunziation der Ida Neumark wegen Wehrkraftzersetzung und Abhörens ausländischer Sender bei der Gestapo Wien im November 1942. Dem Verteidiger Dr. Fritz Blosch war es gelungen, durch Einbringung eines Antrags auf Feststellung der eventuell volljüdischen Abstammung, eine Vertagung der Hauptverhandlung zu erwirken, die auf Grund des Zusammenbruchs der NS-Herrschaft nicht stattfand. Die Angehörigen der Ida Neumark – Irma Plohn (Mutter), Max Neumark (Ehemann) und Dr. Moritz Neumark (Schwager) – wurden ebenfalls von der Gestapo verhaftet und in das KZ Theresienstadt eingewiesen.

Dem Beschuldigten wurde weiters die Aneignung von Gegenständen aus der Wohnung der Ida Neumark, Wien I, Ebendorferstraße 3/11, vorgeworfen.

- 21.11.1946: Anklageerhebung wegen § 7, Abs. 1, 2b, 3 KVG
27.10.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 7, Abs. 1, 2b, 3 KVG nach § 7, 1/3 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
10.1.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 171, 173 StG gemäß § 34/2 StPO.
22.12.1951: Gnadenweise Entlassung des Verurteilten gemäß einer Entschließung des Bundespräsidenten vom 19.12.1951. Bis 10.1.1952 Verwahrungshäftling der sowjetischen Besatzungsmacht.
Anmerkung: das gegenständliche Verfahren enthält den Gestapoakt IV A1/ 1740/42 (gegen Ida NEUMARK).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 1727/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1160
DÖW-Signatur: V807/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4007/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Penzing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Norbert STREIT und
Karl PABLIK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie Verletzung der Menschenwürde begangen an Leopold Zeller, an Elisabeth Mendelbaum (Else Mandelbaum) und ihrem jüdischen Ehemann sowie an zahlreichen namentlich nicht bekannten Jüdinnen und Juden/Jüdinnen in Wien-Penzing im Rahmen von Hausdurchsuchungen während des Jahres 1938.

- 2.9.1946: Anklageerhebung gegen Norbert STREIT wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG.
29.1.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 8a Vr 5302/46 (gegen Norbert STREIT und Karl PABLIK) in das gegenständliche Verfahren.
7.3.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 5b Vr 397/47 (gegen Karl PABLIK) in das gegenständliche Verfahren.
10.4.1947: Anklageerhebung gegen Karl PABLIK wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG.
24.6.1947: Verurteilung des Norbert Streit wegen § 11 VG und § 58 StG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall. Freispruch wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 259/3 StPO.
Verurteilung des Karl Pablik wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG zu 1 1/2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall. Ausscheidung des Verfahrens wegen § 8 VG.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4007/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1160
DÖW-Signatur: V808/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 5224/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Soldaten der Deutschen Wehrmacht

Tatland (Tatort): Deutschland, Niederösterreich (Trasdorf), Oberösterreich (Ried/Innkreis)

Volksgerichtsverfahren gegen: Georg FEILENREITER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verbrechen des Mordes, der Quälerei und Misshandlung sowie der Verletzung der Menschenwürde begangen als Aufseher und Abteilungsleiter an Häftlingen in Gefängnissen der Wehrmacht in Glatz, Lübben, Ludwigsdorf (Schlesien), Torgau an der Elbe (Deutschland), Belgrad, Wien-Simmering, Trasdorf bei Tulln (Niederösterreich) und Ried im Innkreis (Oberösterreich) in den Jahren 1942 bis 1945.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.8.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG.
25.8.1947: Verfahrenseinstellung wegen § 134 StG gemäß § 109 StPO.
2.10.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG zu 12 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
2.4.1952: Enthaltung des Verurteilten. Bedingte Nachsicht der Reststrafe mit Entschließung des Bundespräsidenten vom 29.3.1952.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 5224/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1160
DÖW-Signatur: V809/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 927/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv

(Seltsamer!) Kriegsverbrecherprozess
(ehemalige Wehrmachtangehörige denunzieren österreichische Widerstandskämpfer als
Kriegsverbrecher und versuchen, sie vor das Volksgericht zu bringen!)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Norwegen (Signaldalen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Wilhelm GRIMBURG und
Johann BAUER

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§§ 134, 135/4 StG (Mord, gemeiner Mord)
§§ 212, 213 RStGB (Totschlag)

Erschießung von zwei Wehrmachtsoffizieren – Hauptmann Walter Sornberger (Zornberger) und Leutnant Hermann Kuhn – der 4. Batterie des Gebirgsjägerartillerieregiments 118. in der Nacht von 8. auf 9. Mai 1945 in Signadal am Lyngenfjord (Norwegen).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 23.10.1952: Abtretung des Verfahrens gemäß § 54 StPO an das LG Graz.
- 3.11.1952: Abtretung des Verfahrens LG Graz 13 Vr 3384/52 an das LG Klagenfurt.
- 12.11.1952: Rückabtretung des Verfahrens an das LG Wien.
Neue Aktenzahl LG Wien Vg 8e Vr 302/52.
- 4.2.1953: Beschluss auf Fortführung des Verfahrens in Richtung §§ 134ff StG. Bewertung der Straftat in Richtung § 1 KVG bleibt nicht aufrecht. Ausscheidung des Verfahrens zu LG Wien 27c Vr 927/53.
- 16.3.1953: Beschluss auf Untersuchung der angelasteten Straftat nach §§ 212, 213 RStGB (Recht zur Tatzeit).
- 1.8.1953: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 212, 213 RStGB gemäß § 1a des Bundesgesetzes vom 21.12.1945 betreffend Einstellung von Strafverfahren und Strafnachsicht für Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und Faschismus.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 927/53 (LG Wien Vg 8e Vr 302/52) (LG Wien Vg 8e Vr 210/52)

FStN-Mikrofilm Nr. 1160
DÖW-Signatur: V810/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 3290/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Jennersdorf, Eisenberg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois GLASL und
Franz CSENAR

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität, Handlung aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, Blutordensträger.

Beteiligung am Juliputsch 1934. Überfall auf das Zollhaus Minihof-Liebau, Bezirk Jennersdorf (Burgenland) in der Nacht von 25. auf 26. Juli 1934. Unterlassung der Hilfeleistung im Fall des schwer verletzten Zollwachebeamten Robert Jaros, der kurze Zeit später verstarb.

Alois Glasl soll weiters im März 1938 in Eisenberg (Burgenland) den Lehrer Emmerich Brenner misshandelt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 9.2.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 7a Vr 1136/46 (gegen Alois GLASL und Franz CSENAR) in das gegenständliche Verfahren.
- 17.10.1946: Anklageerhebung gegen Alois Glasl und Franz Csenar wegen §§ 10, 11 VG. Betreffend Alois Glasl bleibt die Ausdehnung der Anklage in Richtung § 8 VG und §§ 3, 4 KVG der Hauptverhandlung vorbehalten.
- 24.1.1947: Verurteilung des Angeklagten Alois GLASL wegen §§ 10, 11 VG zu 8 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall. Ausscheidung des Verfahrens gegen Alois GLASL wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 57 StPO.
Verurteilung des Franz CSENAR wegen §§ 10, 11 VG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Anmerkungen:

Die beiden Angeklagten waren am 24.8.1934 vom Militärgerichtshof Wien zu mehrjährigen schweren Kerkerstrafen verurteilt worden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 3290/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1160+1161

DÖW-Signatur: V811/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 273/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Andreas KÄS u.a.

wegen (§§): § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Der Hauptbeschuldigte Andreas Käs war als Leiter der Überprüfungs- und Abwicklungsstelle für das Uhren- und Juwelierfach (Wien I, Spiegelgasse 13) der Vermögensverkehrsstelle an der Liquidierung von ungefähr 580 jüdischen Geschäften beteiligt und soll sich dabei Vermögenswerte angeeignet haben. Seiner Gattin Stefanie Käs und seinem Cousin (Vetter) Friedrich Käs wurde vorgeworfen, folgende Geschäfte arisiert zu haben:

Strick – und Wirkwarengeschäft Wien III, Landstraßer-Hauptstraße 3

Strick- und Wirkwarengeschäft Wien IV, Wiedner Hauptstraße 8.

(Inhaber dieser Geschäfte waren Josef, Franz und Martha Matzner)

- 1.3.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Andreas KÄS aus LG Wien Vg 3f Vr 3121/45 (gegen Oskar TRENNER u.a.) und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren.
- 13.10.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef BRABENEC wegen § 7/2b KVG gemäß § 57 StPO und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 1 Vr 6639/47.
- 25.3.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Andreas KÄS aus LG Wien Vg 5b Vr 5371/47 (gegen Josef WEISSHÄUPL u.a.) und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren.
- 27.1.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Andreas KÄS wegen § 11 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich KÄS und Stefanie KÄS wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

im vorliegenden Akt befinden sich Teile aus

LG Wien Vg 3f Vr 3121/45 (gegen Oskar TRENNER u.a.)

LG Wien Vg 5b Vr 5371/47 (gegen Josef WEISSHÄUPL u.a.)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7a Vr 273/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V812/1-29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 2857/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter von Scheibbs), Prozess wegen Endphase-
Verbrechen/Kriegsende 1945 (Standgericht)

Opfer: ZivilistInnen (österreichische), ausländische ArbeiterInnen (polnische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Scheibbs)

Volksgerechtes Verfahren gegen: Johann SCHRENK

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Fällung eines Todesurteils in Scheibbs (Niederösterreich) gegen Richard Seidl in einem ohne gesetzliche Grundlage gebildeten so genannten "Standgericht" und Veranlassung der Vollstreckung des Todesurteils (§§ 134, 135/4, 5 StG); seiner Tätigkeit als Kreisleiter von Scheibbs vom Jahre 1940 bis Mai 1945 (§ 1/6 KVG); Illegalität, "Alter Kämpfer", Blutordensträger, Kreisleiter und Kreiskassenleiter in Scheibbs, SS-Untersturmführer, wegen des Befehls zur boshafte Beschädigung von Staatstelefonen und Staatstelegraphen Anfang Juni 1934 im Gerichtsbezirk Gaming (Niederösterreich) (§§ 10, 11 VG); Misshandlung eines namentlich nicht bekannten Polen im Sommer 1944 in Scheibbs (§ 3/1 KVG)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

Am 15.3.1948 erfolgte die Anklageerhebung gegen Johann Schrenk.

Am 1.12.1948 wurde Johann Schrenk wegen §§ 134, 135/4, 5 StG, § 1/6 KVG und §§ 10, 11 VG zu 15 Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall verurteilt.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren LG Wien Vg 11 Vr 2857/48 war mit Beschluss vom 7.4.1948 aus dem Verfahren Vg 3c Vr 2092/45 (Leopold Pölleritzer u.a.)ausgeschieden worden.

Einbezogene Akten:

BG Scheibbs Z 99745 (Johann Schrenk)
LG Wien Vg 6d Vr 3738/46 (Johann Schrenk)
KG Leoben 18b Vr 1353/47 (Hans Schrenk)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 3290/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V813/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 2855/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen (ungarische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Randegg bei Scheibbs)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef SCHWELLER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 134 StG (Mord)

Illegalität, "Alter Kämpfer", Träger der Ostmarkmedaille, Begünstigung von Nationalsozialisten im Rahmen seiner Tätigkeit als Kriminalbeamter zwischen 1933 und 1938.

Denunziation seines Schwagers Ludwig Bräuer wegen dessen jüdischer Abstammung.

Beteiligung an der Ermordung von ungarischen Jüdinnen und Juden/Jüdinnen Mitte April 1945 in Randegg (Niederösterreich).

7.4.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef SCHWELLER wegen §§ 10, 11 VG, § 1 KVG, § 134 StG und § 7 KVG (Faktum Ludwig Bräuer) aus dem Verfahren LG Wien Vg 3c Vr 2092/45 (gegen Leopold PÖLLERITZER u.a.) und Anlegung eines neuen Aktes unter Lg Wien Vg 2d Vr 2855/48.

13.6.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG, § 1 KVG, § 134 StG und § 7 KVG gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

Das vorliegende Verfahren enthält

- a.) Einbezogenen Akt Lg Linz Vg 8 Vr 5913/47 (gegen Josef SCHWELLER).
- b.) Ausgeschiedene Verfahrensteile aus LG Wien Vg 3c Vr 2092/45 (gegen Leopold PÖLLERITZER u.a.).
- c.) Hinweise auf die Zugehörigkeit des Beschuldigten zur Dienststelle des KdS Lettland von Mai 1942 bis März 1944.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 2855/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V814/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 4975/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Ortsgruppenleiter von Randegg bei Scheibbs), Prozess wegen
Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen (ungarische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Randegg bei Scheibbs)

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Max MALLY
(im Akt auch Maly genannt)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität (Ortsgruppenleiter),
Mitwisserschaft am Juden/Jüdinnenmord von Randegg

Der Beschuldigte war Leiter des Gestüts in Perwarth bei Steinakirchen am Forst (Niederösterreich). Für seine Verdienste um die illegale NSDAP (Spenden) wurde er als "Altparteigenosse" anerkannt und erhielt die Ostmarkmedaille. Nach der Besetzung Österreichs betätigte sich Mally als Ortsgruppenschulungsleiter. Von 1940 bis Mai 1945 war er Ortsgruppenleiter von Randegg (Niederösterreich).

An der Ermordung von rund 100 ungarischen Jüdinnen und Juden/Jüdinnen zu Kriegsende im Schliefaugraben bei Randegg soll er als Mitwisser beteiligt gewesen sein.

26.8.1945: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.
1.8.1947: Delegation des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 4679/47 (gegen Dr. Max MALLY) an das LG Wien gemäß § 51 StPO.
2.9.1947: Einbeziehung des Verfahrens in LG Wien Vg 3 c Vr 2092/45 (gegen Ernst Burian, Josef Kracker-Semmler u.a. wegen §§ 10, 11 VG, § 1 KVG, 134 StG und §§ 10, 11 VG).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 2c Vr 4975/45

a.) Einbezogenes Verfahren LG Linz Vg 8 Vr 4679/47 (gegen Dr. Max MALLY).
b.) Gegen den Beschuldigten wurde auch unter LG Wien Vg 2d Vr 2856/48 ein Verfahren eingeleitet.
Freispruch.

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V815/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 133/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HASLINGER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Illegalität, "Alter Kämpfer", SS-Untersturmführer.

Denunziation des Polizeibeamten Franz Hawran wegen dessen ablehnender Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Nach der Machtübernahme im März 1938 wurde Hawran zwangsweise in den Ruhestand versetzt.

12.1.1948: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.
19.1.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO.
19.4.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers.
Vermögensverfall.
Der Staatsanwaltschaft blieb die Verfolgung nach § 8 VG vorbehalten.
16.6.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG gemäß § 34/2 StPO.
6.4.1951: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1d Vr 133/51.
Freispruch des Angeklagten in einer gemäß § 360 StPO abgehaltenen nicht öffentlichen Sitzung vom Vorwurf der Illegalität gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 133/51 (Vg 12g Vr 5441/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V816/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 2514/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Euthanasieprozess

Opfer: Psychisch Kranke und andere in Anstalten Festgehaltene
Tatland (Tatort): Wien (Am Steinhof, Klinik Rodaun)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Erwin JEKELIUS u.a.

wegen (§§): § 134 StG (Mord)

Tatvorwürfe:

Ermordung von geistig behinderten Patienten am Pavillon XXII der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" von März bis Mai 1944 durch Karl Auer, Josef Oellerer, Johann Daniel, Anna Erlebach und Maria Bogner. Ermordung des Heinrich Császár in der Nervenklinik Wien-Rodaun im Jahr 1941 durch Dr. Erwin Jekelius und die Leiterin Anita Convalexius.

27.5.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann DANIEL gemäß § 224 StG.

24.3.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Karl AUER, Josef OELLERER, Anna ERLEBACH und Maria BOGNER wegen § 134 StG gemäß § 109 StPO.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Erwin JEKELIUS und Anita CONVALEXIUS gemäß § 57 StPO. Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 2b Vr 5000/47.

Anmerkung:

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich

- a.) Abschriften aus LG Wien Vg 2b Vr 2365/45 (gegen Dr. Ernst ILLING u.a.)
- b.) Obduktionsbefunde (Abschriften) von zwischen März und Mai 1944 am Pavillon XXII der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" (damals Wagner v. Jauregg – Heil- und Pflegeanstalt) verstorbenen Patienten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 2514/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V817/1-22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 69/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Juden/Jüdinnen (ungarische)
Tatland (Tatort): Burgenland (Donnerskirchen)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto SEITS

wegen (§§): § 1/2 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3/1 KVG (Quälerei und Misshandlung mit ernststen gesundheitlichen Folgen) und
§§ 134,135/3 StG (Mord, bestellter Mord)

Tatvorwurf:

Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern während seines Dienstes als Hilfsgendarm im Rahmen der Errichtung des so genannten "Südostwalls" im Abschnitt Donnerskirchen (Burgenland) Ende Jänner 1945.

- 1.) Quälerei und Misshandlung von unbekanntem ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern.
- 2.) Erschießung von zwei unbekanntem ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern auf Befehl des damaligen Streifenleiters Nikolaus Schorn.

23.8.1952: Anklageerhebung wegen § 1/2 KVG, § 3/1 KVG und §§ 134, 135/3 StG.

8.9.1952: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 11 Vr 1140/52 (gegen Otto SEITS) an das LG Wien.

5.4.1954: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkungen:

- a.) das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise zu LG Wien Vg 1 Vr 1322/49 (gegen Nikolaus SCHORN u.a.)
- b.) Einbezogener Akt LG Linz Vg 11 Vr 1140/52 (gegen Otto SEITS)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 69/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1161
DÖW-Signatur: V818/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1238/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Landstraße)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl ADAMEK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Illegalität, nach der Machtübernahme im März 1938 Blockleiter und Filmstellenleiter der Ortsgruppe Rennweg.

Quälerei und Misshandlung von Jüdinnen und Juden/Jüdinnen in Wien-Landstraße. Der Angeklagte war an Verbrechen gegen Angehörige der Familie Pattner, Max Rosenberg, N. Goldenberg, N. Rendelstein, den Sohn des Ing. Rubenstein, die Gattin des Regierungsrat Langer sowie gegen namentlich nicht bekannte Personen beteiligt.

26.4.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 3 KVG.

16.7.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 3 KVG zu 8 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

20.5.1950: Bedingte Strafnachsicht durch den Bundespräsidenten.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1238/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1161+1162

DÖW-Signatur: V 819/1-9

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 4172/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Mariahilf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Guido GARZON

Otto HARTMANN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)

§§ 10, 11 VG (Illegalität)

§ 6 KVG (Arisierung)

Illegalität und Zugehörigkeit zum NSKK; Zugehörigkeit zur SS und Registrierungsbetrug (Otto Hartmann);

Arisierung der Firma Regine Gut, Maßschneiderei in Wien VI, Gumpendorferstraße 10 im Jahre 1939

8.12.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Guido Garzon wegen § 10, 11 VG und § 6 KVG und gegen Otto Hartmann wegen §§ 8, 10, 11 VG und 6 KVG gemäß § 90 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 4172/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V820/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8a Vr 3720/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (NSV), Bezug zum KZ Auschwitz

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien, Polen (Auschwitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Gottfried BLECHA sen. u.a.

wegen (§§): § 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk) und
§§ 171, 173, 174 IIa StG (Diebstahl)

Gottfried BLECHA sen.: "Alter Kämpfer", Blutordensträger, Beteiligung am Juliputsch 1934, Angehöriger der österr. Legion, SS-Untersturmführer. Während der NS-Herrschaft Kreisamtsleiter des Kreises Wien VIII der NSV.

Adolf KOLFELNER: "Alter Kämpfer", Blutordensträger.
Während der NS-Herrschaft Kreiskassenwalter des Kreises VIII der NSV.

Diebstahl und Veruntreuung von 16.000 RM des NSV zu Kriegsende in Wien durch Blecha sen. und Kolfelner.

Johann Gottlieb BLECHA jun.: Registrierungsbetrug, Angehöriger der Bewachungsmannschaft im KZ Auschwitz.

- 19.7.1947: Anklageerhebung gegen Gottlieb BLECHA sen. und Adolf KOLFELNER wegen §§ 8, 10, 11 VG.
- 7.8.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Gottlieb BLECHA sen. wegen §§ 1, 7, 8 KVG und §§ 171, 173, 174 IIa StG gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Adolf KOLFELNER wegen §§ 171, 173, 174 IIa StG gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Johann Gottlieb BLECHA jun. wegen § 8 VG gemäß § 109 StPO und wegen § 3 KVG gemäß § 90 StPO.
- 25.9.1947: Verurteilung des Gottlieb BLECHA sen. wegen §§ 10, 11 VG zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall. Die Staatsanwaltschaft behielt sich die Verfolgung des Beschuldigten nach § 8 VG vor.
Verurteilung des Adolf KOLFELNER wegen §§ 8, 10, 11 VG zu 20 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8a Vr 3720/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V821/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8a Vr 5794/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef RANCIGLIO und
Otto MOLEND A

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Der Hauptbeschuldigte Josef RANCIGLIO soll während der "Verbotszeit" der NSDAP und der SS angehört haben. Weiters wurde ihm vorgeworfen, im Jahre 1938 das Kindermodenhaus Ignaz Bittmann, Inhaber Rudolf Bittmann, Wien I, Kärntnerstraße 12, gemeinsam mit dem kommissarischen Verwalter Otto MOLEND A arisiert zu haben.

1.7.1947: Abtretung des Verfahrens LG Graz 13 Vr 1698/47 (gegen Josef RANCIGLIO) wegen § 6 KVG gemäß § 51 StPO an das Volksgericht Wien.
10.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen beide Beschuldigte gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

im gegenständlichen Verfahren befinden sich Teile aus dem Vg-Verfahren LG Graz 13 Vr 1698/47 (gegen Josef Ranciglio).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8a Vr 5794/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V822/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 1551/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann (Hans) DOBLHOFER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 1/6 KVG (Kriegsverbrechen, Kreisleiter)

Der Angeklagte war von 10. April bis 26. Juli 1938 Kreisleiter von St. Pölten (Niederösterreich).

4.8.1947: Anklageerhebung wegen § 1/6 KVG.

24.10.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 1/6 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

14.10.1949: Gnadenweise Strafnachsicht durch Entschließung des Bundespräsidenten. Von 14.10 bis
21.10.1949 Verwahrungshäftling der sowjetischen Besatzungsmacht.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält eine Zeugenvernehmung aus KG St. Pölten Hs 434/47.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 1551/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V823/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 6923/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager St. Valentin/Nibelungenwerk)

Opfer: Häftlinge (polnische, griechische), ZivilistInnen (österreichische)
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand POLSTERER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Hochverrat / Illegalität)
§ 1/1, 1/4 KVG (Kriegsverbrechen)
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität und Zugehörigkeit zur SA ("Alter Kämpfer"); Misshandlung von griechischen und polnischen KZ-Häftlingen aus dem Lager Mauthausen als Aufseher im Nibelungenwerk (Werkschutz) in St. Valentin (Niederösterreich) in den Jahren 1942-1944 – ein ausländischer KZ-Häftling wurde dabei ermordet; Verletzung der Menschenwürde von Franz Schmid und Johann Pilsinger im Nibelungenwerk.

Anklageerhebung am 21.01.1947

VERURTEILT am 17.11.1947 wegen §§ 10/11 VG und § 1/1 KVG zu 12 Jahren schweren Kerker, Vermögensverfall.

FREISPRUCH am 17.11.1947 gemäß 259/3 StPO wegen § 4 KVG.

Anmerkungen:

EINBEZOGENER Akt: Bezirksgericht Haag Z 242/46 (Anzeige wegen 3 KVG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 6923/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur V 824/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 5684/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich (Fritz) LÖCKER
Oskar STÜCKHEIL (STUCKHEIL)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Friedrich Löcker war seit 21. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, 1937/38 Bezirksleiter u. 1938/39 Kreispropagandaleiter der NSDAP.

Arisierung von Wohnungen und der Skala-Film-Ges.mb.H.

Als Leiter des Wohnungsamtes (Sept. 1938-März 1945) Wiener Neustadt habe F. Löcker unter Beteiligung von Oskar Stückheil mehrere Wohnungen arisiert bzw. sich selbst jüdische Vermögenswerte angeeignet; Löcker soll zusätzlich an der Arisierung des Skala-Kinos beteiligt gewesen sein.

Denunziation

Bei der Gestapo habe Löcker einen Karl Posch denunziert.

Anklage am 3.3.1949 wegen:

- zu a) §§ 10/1, 11 VG (Hochverrat, Illegalität) u. 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
 - Einstellung des Verfahrens gegen F. Löcker bezüglich § 6 KVG (Faktum Skala-Kino) u. 7 KVG gemäß § 109 StPO
 - Einstellung des Verfahrens gegen O. Stückheil gemäß § 34/2 StPO
- Verurteilt am 16.2.1950 wegen §§ 10, 11 VG zu eineinhalb Jahren schweren Kerker und Vermögensverfall

Anmerkungen:

- Das Verfahren wurde gemäß § 51 StPO von Innsbruck nach Wien abgetreten (Tatort: Wiener Neustadt)
- Anschlussklärung an das Strafverfahren von Dr. Richard Ehrenhaft, Rechtsanwalt in Bern, Gurtengasse 3
- Einbezogener Akt: LG Wien Vg 7d Vr 2070/47 (darin Abschriften aus LG Wien Vg 3d Vr 3199/46)
- Abschriften aus dem Akt LG Wien Vg 4d Vr 3107/45
- Einem Antrag vom 26.2.1957 auf Rückerstattung des verfallenen Vermögens wurde am 4.4.1957 stattgegeben.
- Tilgung der Verurteilung durch die Amnestie 1957

FStN-Mikrofilm Nr. 1162

Döw-Signatur: V825/1-6

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 528/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Währling)

Volksgerechtsverfahren gegen: Fritz (Friedrich) CHLADEK wegen Beraubung des Dr. A.P. Grünberger in
Wien

wegen (§§): §§ 8, 10/3 VG (Registrierungsbetrug u. Illegalität),
6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
190 StG (Raub)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

seit 1931 Mitglied der NSDAP; in der Nacht von 14. auf 15.03.1938 soll Friedrich Chladek als Anführer einer NSDAP bzw. SA-Truppe Dr. Alois Grünberger, Wien 18., Peter Jordanstr. 45 od. 47 beraubt haben (Liste von Schmuckgegenständen im Akt)

6.5.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß 224 StG

(22.8.1940: Fritz Chladek ist in Sonnenstein bei Pirna (Deutschland) in der Landes-Heil und Pflegeanstalt verstorben)

17.9.1948: EINLEITUNG eines objektiven Verfahrens gemäß §§ 24 ff VVG 47

4.1.1949: Einstellung des objektiven Verfahrens gemäß § 109 StPO

Anmerkungen: Der Akt ist eine Ausscheidung aus LG Wien Vg 3f Vr 3121/45 (Abschriften davon im Akt)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5b Vr 528/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V826/1-8

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 1445/49 (LG Linz Vg 11 Vr 966/49, Vg 8 Vr 7192/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (verschiedene Nebenlager)

Opfer: Häftlinge, Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Oberösterreich (Wagrein bei Vöcklabruck, Ternberg, Gusen), Polen (Plaszow)

Volksgerechtheitsverfahren gegen: Franz SIMONLEHNER (SIMONLECHNER)

wegen (§§): §§ 3/1 u. 3/2 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Franz Simonlehner habe in der Zeit zwischen 1941 und 1945 als SS-Bewachungsorgan in den Konzentrationslagern (Außenkommandos des KZ Mauthausen) Wagrein bei Vöcklabruck, Ternberg und Gusen sowie im Zwangsarbeitslager Krakau-Plaszow (Kraków-Plaszów) zahlreiche KZ-Häftlinge durch Faustschläge und Stöße mit dem Gewehrlauf und durch Anwendung barbarischer Lagerstrafen in einen qualvollen Zustand versetzt und empfindlich misshandelt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.4.1948 Anklageerhebung

Zusatzinformationen zum Akt

- Aktenteile betr. Vorerhebungen/Voruntersuchung fehlen
- Aktendeckel aus Linz – ursprünglich LG Linz Vg 11 Vr 966/49 (teilweise Originale, teilweise Abschriften aus Vr 966/49 im Akt)
- Anklage original LG Linz Vg 8 Vr 7192/47 – überschrieben durch LG Wien Vg 1c Vr 1445/49
- keine Hauptverhandlung, kein Hinweis auf Urteil bzw. Einstellung des Verfahrens
- Abschriften von Zeugenvernehmungen u. der Hauptverhandlung LG Linz Vg 6 Vr 7192/47 wegen § 3/1 KVG (vermutlich Verurteilung zu 18 Monaten Haftstrafe)
- neue Ermittlungen gegen Franz Simonlehner in Linz und Wels in den 1970er (1974 bzw. 1976) Jahren wegen § 134 StG (Geschäftszahlen aus den im Aktenlager des LG Wien befindlichen Aktenteilen nicht ersichtlich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Vg 1c Vr 1445/49: Zentrale österreichische Forschungsstelle
Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V827/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 5008/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Ravensbrück-Prozess

Opfer: Häftlinge
Tatland (Tatort): Deutschland (Ravensbrück)

Volksgerichtsverfahren gegen: Genoveva (Genofeva) REICHERT, geb. PUCIA (PUTZIA)

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie der Verletzung der Menschenwürde begangen an Häftlingen im KZ Ravensbrück in den Jahren 1941 und 1942 unter Ausnutzung ihrer dienstlichen Gewalt als Aufseherin.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 2.10.1946: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG.
- 26.11.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen §§ 3, 4 KVG zu 11 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 22.12.1951: Bedingte Begnadigung durch Entschließung des Bundespräsidenten.
- 3.7.1962: Abweisung des Antrags auf Tilgung der Verurteilung gemäß NS-Amnestie 1957.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 5008/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1162
DÖW-Signatur: V828/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 28/50 (LG Wien 1f Vr 4914/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Margareten, Penzing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Mag. pharm. Otto JAKSCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer", seit den frühen zwanziger Jahren Mitglied der NSDAP, Mitbegründer der Ortsgruppe Meidling, ab März 1938 Ortsgruppenschulungsleiter und stellvertretender Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Alt-Penzing. Träger zahlreicher Parteiauszeichnungen.

Arisierung der Haydn-Apotheke, Wien V, Margaretengürtel 98, Besitzer Mag. pharm. Josef Kramer, am 18. Juli 1938.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.6.1946: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8a Vr 1605/46 (gegen Otto JAKSCH) gemäß § 51 StPO an das LG Wien.

30.10.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG.

25.4.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

3.1.1950: Aufhebung des Urteils hinsichtlich des Schuldspruchs nach § 6 KVG und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1d Vr 28/50. Freispruch des Angeklagten in einer gemäß § 360 StPO abgehaltenen nicht öffentlichen Sitzung vom Vorwurf der missbräuchlichen Bereicherung gemäß § 259/3 StPO. Neubemessung der Strafe hinsichtlich der von der Wiederaufnahme unberührt gebliebenen Verurteilung wegen §§ 10, 11 VG. Strafausmaß: 1 1/2 Jahre schwerer Kerker. Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt

Das gegenständlichen Verfahren enthält ein für den Beschuldigten belastendes Gutachten des Mag. pharm. Heinrich BARTL sowie ein ihn vom Vorwurf der missbräuchlichen Bereicherung entlastendes Gutachten des Mag. pharm. Gustav HUMMER.

Einbezogenes Verfahren LG Linz Vg 8a Vr 1605/46 (gegen Otto JAKSCH).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 28/50: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1162+1163

DÖW-Signatur: V829/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 1268/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gestapo/SD), Auslieferungsprozess (Polen)

Opfer: Juden/Jüdinnen, ZivilistInnen (polnische)

Tatland (Tatort): Polen (Krakau), Ukraine (Lemberg/Lwow/Lviv)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois GSCHWANDTNER

wegen (§§): § nachtragen!

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Gschwandtner wurde zur Last gelegt, in den Jahren 1939 bis 1945 Angehöriger der Gestapo und des SD in Krakau und Lemberg gewesen zu sein und als solcher an der Ermordung von Polen und Juden/Jüdinnen in Krakau und Lemberg teilgenommen zu haben. Des Weiteren soll er an Massen- und Einzelverhaftungen sowie an der Misshandlung und Quälerei von Polen und Juden/Jüdinnen beteiligt gewesen sein.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.5.1949: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 59 StPO im Verfahren LG Wien Vg 5a Vr 6745/46 und Ausscheidung in das gegenständliche Verfahren.

23.6.1952: Beschluss der Ratskammer des LG Wien über die Ablehnung der Auslieferung von Gschwandtner.

Mitteilung des OLG Wien vom 20.9.1952: Das Bundesministerium für Justiz genehmigt nach Einholung einer Stellungnahme der zuständigen amerikanischen Besatzungsbehörden den Beschluss des OLG Wien vom 7.7.1952 über Ablehnung des Auslieferungsantrags.

Zusatzinformationen zum Akt

Gegen Gschwandtner war beim LG Wien unter Vg 5a Vr 6745/46 ein Strafverfahren wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 1, 3, 4 KVG anhängig, in welchem er unter anderem beschuldigt worden war, im Jahre 1939 in Wien und Krakau als Angehöriger der Gestapo aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt mehrere Juden/Jüdinnen und Emilie Rosdolsky in einen qualvollen Zustand versetzt zu haben. Während das Verfahren wegen § 1 KVG am 17.2.1947 gemäß § 109 StPO eingestellt worden ist, wurde Gschwandtner in Ansehung aller übrigen Anschuldigungen zwar angeklagt, am 23.11.1948 jedoch freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 1268/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V830/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 920/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SD Eisenstadt)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Heinrich KUNNERT

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität

"Alter Kämpfer", Beamter der burgenländischen Landeshauptmannschaft und Archiv-Referent, ab März 1938 Leiter des Filialarchivs Eisenstadt des Reichsstatthalters in Niederdonau. Hauptstellenleiter für Kultur, Leiter des Grenzlandamtes, Schulungsredner und Leiter der Volkstumsstelle in der Kreisleitung der NSDAP Eisenstadt.

Mitschuld an Quälereien infolge seiner leitenden Stellung (§ 3/3 KVG)
Ab 1943 Leiter der SD-Außendienststelle in Eisenstadt (Burgenland).

9.6.1947: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG.
3.5.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 8 VG zu 3 Monaten Kerker.
Freispruch wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 920/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V831/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 3711/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (SD Eisenstadt)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Robert HÖNIG

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer"

NS-Funktionär

Mitglied der SA-Ärzeschaft, Kreis-Tierärzteführer, Leiter der SD-Außendienststelle Eisenstadt (Burgenland) ab Herbst 1938.

8.1.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.

23.6.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Anmerkung: der vorliegende Vg-Verfahren enthält den einbezogenen Akt Z 406/45 des BG Eisenstadt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 3711/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V832/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 85/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Waldtraut BAUGUT

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Arisierung der Firma Arnold Weissbrunn, Alleineigentümer Arnold Weissbrunn, Erzeugung von Damenwäsche, Blusen, Pyjamas und Morgenröcken, in Wien I, Wollzeile 19 am 30.6.1939.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.12.1949: Anklageerhebung wegen § 6 KVG.

6.3.1951: Freispruch der Angeklagten wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO.

21.3.1952: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1 Vr 85/52.

11.8.1952: Freispruch der Angeklagten wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkungen:

der vorliegende Akt enthält

- a.) Sachverständigengutachten Honorar Dozent Dkfm. Felix ROMANIK und
- b.) Sachverständigengutachten Dr. Carl-Ludwig SCHMUTZER
- c.) Urteil des Obersten Gerichtshofes 6 Os 56/51
- d.) Hinweise auf das Rückstellungsverfahren 52 RK 201/47

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 85/52 (LG Wien Vg 1d Vr 5214/48): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V833/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 301/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Favoriten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef MICHELFEIT

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Der Beschuldigte habe 1939 die Firma Knie & Co (Spielwaren und Küchengeräte), Wien 10,
Favoritenstraße 102, unrechtmäßig erworben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Einstellung des Verfahrens am 24.4.1953 gemäß § 90 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 301/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V834/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 6309/48 (LG Wien Vg 4b Vr 6123/46)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Eisenstadt), Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Paul NEUNTEUFEL

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität

Mitglied der NSDAP, SS-Rottenführer im SD, Träger der Ostmarkmedaille.

NS-Funktionär

Leiter der SD-Hauptaußenstelle Eisenstadt (Burgenland) von Herbst 1942 bis Frühjahr 1943.

Arisierung der Wohnung des Ernst Ruider, Wien I, Spiegelgasse 8/11 im Jahre 1939.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

20.8.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

6.10.1948: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 4c Vr 6309/48.

10.11.1948: Einbeziehung des Verfahrens LG Linz Vg 8f Vr 3927/48 in das gegenständliche Verfahren.

28.3.1949: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält

- a.) Einbezogenen Akt LG Linz Vg 8f Vr 3927/48 (gegen Ing. Paul NEUNTEUFEL)
- b.) Abschrift aus LG Wien Vg 2 Vr 86/46 (gegen Gustav WEISS)
- c.) Eidesstattliche Erklärung des Dr. Wilhelm HÖTTL
- d.) Hinweise auf Einsätze des Beschuldigten in Italien und Ungarn

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 6309/48 (LG Wien Vg 4b Vr 6123/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V835/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 6370/48

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Ottakring)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef KOUTNY (KUTNY)

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Arisierung eines Kleidergeschäftes

Josef Koutny soll das Geschäft von Salomon Krupnik in Wien 16, Thaliastrasse 55, im Mai 1938 im "Arisierungswege" übernommen haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

Einstellung: am 21.4.1949 gemäß § 109 StPO

Anmerkung:

Der Volksgerichtsakt beinhaltet eine Zusammenfassung des Arisierungsaktes KRUPNIK – KUTNY, Wien XVI, Thaliastrasse 55 (Zahl 1909 – Gewerbe) aus dem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 6370/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V836/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8f Vr 4732/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Maria MOLLNAR

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Die Beschuldigte soll das jüdische Strickwarengeschäft von Josef Linczyc in Wien I, Werdertorg. 14 arisiert haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
15.11.1948 Einstellung gemäß § 109 StPO

Anmerkung:

Arisierungsakt dazu aus dem Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (Zahl – Gewerbe 137)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8f Vr 4732/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V837/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 392/50 (Vg 2d Vr 1023/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Döbling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl WEINGARTNER (WEINGARTEN)

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Beteiligung am Novemberpogrom 1938

Der Angeklagte soll aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung von Gewalt Fam. Horowitz (Horowitz) am 9.11.1938 aus ihrer Wohnung in Wien XIX, Heiligenstädterlande 29, vertrieben haben.

Funktionär der NSDAP-Ortsgruppe Oberdöbling

Weingartner trat 1938 der NSDAP bei, war provisorischer Blockleiter von 1938-41 u. gehörte auch der SA an. Gemeinsam mit anderen Personen aus seiner Ortsgruppe habe er am 9.11.1938 an einer Aktion teilgenommen, Juden/Jüdinnen aus ihren Wohnungen in Döbling zu vertreiben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.5.1945 Anzeige durch Sucher Horowitz
24.8.1945 Anklageerhebung wegen §§ 3 u. 4 KVG
5.10.1945 Verurteilung zu 6 Monaten schweren Kerker u. Vermögensverfall wegen § 3 KVG
Freispruch von 4 KVG gemäß § 259/3
1.6.1950 Urteilsaufhebung u. Wiederaufnahme des Verfahrens unter Vr 392/50
Freispruch gem 259/3 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 392/50 (Vg 2d Vr 1023/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V838/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 1722/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen, Kriegsgefangene (sowjetische)
Tatland (Tatort): Wien (Liesing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard RAUSCHER,
Ernst HEROLD,
Karl SATTLER und
Bernhard SCHÜTTE

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Bedrohung, Misshandlung und Denunziation von ausländischen Arbeitern (Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen) im Wiener Leichtmetallwerk Liesing, Wien XXIII, Brunnerstraße 340 als Angehörige des Werkschutzes.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.6.1950: Anklageerhebung gegen Eduard Rauscher wegen § 4 KVG.

30.6.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Eduard RAUSCHER wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Ernst HEROLD und Karl SATTLER wegen §§ 3, 4 KVG
gemäß § 90 StPO. Ausscheidung des Verfahrens gegen Bernhard
SCHÜTTE zu LG Wien Vg 8c Vr 444/50.

9.1.1951: Freispruch des Angeklagten wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO.

Anmerkung:

das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise zu LG Wien Vg 8b Vr 2139/49 (gegen Dr. Hans CARLI, Vertreter der Wehrmacht)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 1722/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V839/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2f Vr 184/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu NS-Justiz

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerechtheitsverfahren gegen: Dr. Anton NIRSCHL

wegen (§§): §§ 10 (11) VG (Illegalität, Hochverrat)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Anton Nirschl trat im Oktober 1932 der NSDAP bei und erhielt die "Anschlussmedaille" als
damaliger Präsident des Jugendgerichtshofs.
1938-1942 Mitglied der Ortsgruppe Wien-Meidling

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.5.1945 anonyme Anzeige per Postkarte
27.11.1945 Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2f Vr 184/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V840/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 3165/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter), Bezug zu NS-Justiz

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Sankt Pölten), Oberösterreich, Polen (Krakau), Wien (Döbling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Karl NOSKO

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 1/6 KVG (Kriegsverbrechen, Kreisleiter)

Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer" (Mitglied der NSDAP seit November 1930), SS-Angehöriger, Zellenleiter in der Generaldirektion der Post- und Telegrafverwaltung, Angehöriger des Parteigerichts der NSDAP seit 1937

NS-Funktionär

Vorsitzender der Gaugerichte Wien und Oberdonau, Mitwirkung am Aufbau des Parteigerichts in Krakau (September 1941 bis Jänner 1942), Kreisleiter von Wien-Heiligenstadt ab März 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.10.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 1/6 KVG.

5.12.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 5 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 1/6 KVG gemäß § 259/3 StPO.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 3165/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1163
DÖW-Signatur: V841/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 118/52 (LG Wien Vg 4c Vr 2863/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu NS-Justiz

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Horn), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Johann URBANEK

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer" (Mitglied der NSDAP seit 1927), SA-Sturmmann

NS-Funktionär

Kreisamtsleiter im Kreis Horn 1938/39 (Niederösterreich), Sondergerichtsbeisitzer von Oktober 1943 bis September 1944 und ab Jänner 1945, Beisitzer eines Hoch- und Landesverrats senates beim Oberlandesgericht Wien von Herbst 1944 bis Ende 1944

Verlauf der Vorerhebungen:

7.1.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO.

12.2.1952: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 118/52.

21.8.1952: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften von Unterlagen und Dokumenten aus der NS-Zeit. Darunter finden sich auch Hinweise auf eine Hochverratsverhandlung vom 24.9.1943 (der Senat setzte sich aus dem Vorsitzenden OLG Rat Dr. Haussteiner, OLG Rat Dr. Linderman und Landesgerichtsrat Dr. Urbanek zusammen. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Makowski. Angeklagt waren Jaroslav Brezik, Jaroslav Novak, Franziska Fibi, Maria Katzlinger, Wilhelm Seloucky und Walter Karder).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 118/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur: V842/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 8661/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Währling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Alfred SCHNEEWEISS (Schneeweiß)

wegen (§§): §§ 8, 10/3 (Registrierungsbetrug, Illegalität) und
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf:

Arisierung des Hauses Wien XVIII, Colloredogasse 4, Besitzerin Flora Streicher, im Jahre 1941.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

1.12.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/3 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

das gegenständliche Verfahren enthält

a.) Zeugenvernehmung aus LG Wien Vg 7d Vr 698/47

b.) Hinweise auf die Rückstellungsverfahren 60 RK 484/47 (Flora Streicher) und 60 RK 573/47

c.) Schätzgutachten und Kaufvertrag

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 8661/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur: V843/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 3059/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Alois LINDERMANN

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwürfe:

Mitschuld an Quälereien infolge seiner leitenden Stellung (§ 3/3 KVG)
Oberlandesgerichtsrat, Vorsitzender und Beisitzer des so genannten "Volksgerichtshof-Senates"
des Oberlandesgerichts Wien.

Verlauf der Vorerhebungen:

24.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG und § 101 StG gemäß § 109 StPO.

Anmerkungen:

das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften von Urteilen des Oberlandesgerichts Wien

- a.) OLG Wien 7 OJs 98/44 (gegen Adolf Georg WEISMAYR)
- b.) OLG Wien 7 OJs 399/43 (gegen Hermine LOHNINGER, Todesurteil) sowie
- c.) Verzeichnis der Verfahren in denen der Beschuldigte Vorsitzender oder Beisitzer war
- d.) Abschrift Zeugenvernehmung Marianne KAISER aus LG Wien Vg 3c Vr 8726/46 (gegen Dr. Leopold MAKOVSKI (MAKOWSKI))

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 8661/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur: V844/1-9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 299/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Pottenstein), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. August DELLISCH

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbreitung illegaler Druckschriften u. Förderung von verbotenen Organisationen als aktiver Richter (1928–1940 war Dr. Dellisch Gerichtsvorsteher in Pottenstein; dort habe er "politische Häftlinge", d.h. illegale Nationalsozialisten, begünstigt, illegale Druckschriften verbreitet und Zuwendungen an die Partei, Parteimitglieder und Familienangehörige gemacht)
Besitzer der Erinnerungsmedaille an den 13.3.1938.

NS-Richter

Dr. Dellisch war ab 1940 Landesgerichtsdirektor in Wien und von 1943-44 Mitglied des Senates 7 am OLG Wien (betraf Hoch- u. Landesverratsachen)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

29.7.1948 Einstellung gemäß § 109 StPO

Anmerkungen:

- Abschrift (Kurzfassung) des Urteils 7 Ojs 399/43 bezüglich Hermine LOHNINGER (Todesurteil)
- Abschrift bezüglich einer Beurteilung der Urteile Dr. Dellischs aus den Jahren 1943/44 vom OLG vom 5.7.1946
- Schreiben des Bundesministeriums für Inneres vom 23.5.1946 inkl. einer Beurteilung über Dr. Dellisch vom 3.8.1944

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 299/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur: V845/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 3876/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Robert SEIBERT

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Mitschuld an Quälereien infolge seiner leitenden Stellung (§ 3/3 KVG)
Oberlandesgerichtsrat, Beisitzer des so genannten "Volksgerechtshof-Senates" des Oberlandesgerichts
Wien. Gemeinsam mit Dr. Lindermann (Vorsitzender) und Landesgerichtsdirektor Dr. Dellisch verurteilte
der Beschuldigte am 6. Juni 1944 die Angeklagte Hermine Lohninger wegen Wehrkraftzersetzung zum
Tode. Vertreter der Anklage in diesem Verfahren war Dr. Leopold Makowski (Makowski).

Verlauf der Vorerhebungen:

22.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 3 KVG und § 101 StG gemäß § 109 StPO.

Anmerkung:

Das gegenständliche Verfahren enthält Urteilsabschriften des Verfahrens OLG Wien 7 OJs 399/43 (gegen
Hermine LOHNINGER, Todesurteil)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 3876/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur 846/1-9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 6416/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich MÜLLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§ 10, 11 VG (Illegalität, Hochverrat)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität und falsche Registrierungsangaben

Müller sei seit 1.3.1933 NSDAP-Mitglied gewesen ("Alter Kämpfer"), von 1937-38 illegaler Ortsgruppenleiter, weiters Angehöriger der SS seit 1938, SS-Untersturmführer und Referent der Rassenpolitik. Bei der Registrierung habe er lediglich die Mitgliedschaft zur NSDAP seit 1938 angegeben.

Verlauf der Vorerhebungen:

3.2.1951 Einstellung wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 227/1 StPO

7.2.1951 Einstellung wegen § 8 VG gemäß § 1/2 der Amnestie 1950

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 6416/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur: V847/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 6703/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Justizfunktionär)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Johann KLEIN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität, Bezug zu NS-Justiz

Als Richter habe Klein in der "Verbotszeit" intensiv unter seinen Amtskollegen dafür geworben, der NS-Bewegung beizutreten. Klein gab bei der Registrierung an, von 1933-1939 nur Anwärter auf die Partei gewesen zu sein; er sei erst ab 1939 Mitglied geworden (formelles Parteibeitrittsdatum: 1. Mai 1938).

NS-Funktionär:

Von April 1938 bis Anfang 1941 war er kommissarischer Schulungswalter des RDB (Schulungs- u. Propagandaleiter des Reichsbundes der deutschen Beamten), Fachschaft 10. Von Mitte 1940 bis 1945 war er stellvertretender Gaugruppenwalter des Rechtswahrerbundes.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.1.1949 Einstellung gemäß 90 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 6703/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V848/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4a Vr 5199/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto EWALD

wegen (§§): §§ 11 (10) VG (Illegalität, Hochverrat)

Tatvorwurf:

illegale Parteimitgliedschaft und SA-Angehörigkeit trotz seiner dienstlichen Funktion als Kommandant der Rathauswache in Wien (ab Mai 1937).

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.10.1947 Einstellung gemäß § 224 StG

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 3b Vr 4574/47:

Otto EWALD war Mitglied der NSDAP seit 12.2.1932 und der SA seit 1932, er war SA-Sturmbannführer u. HJ-Führer von 1930-32, später SA-Hauptsturmführer, Er war Besitzer der NSDAP Dienstausszeichnung in Bronze, Träger des goldenen Ehrenzeichens der HJ und der Ostmarkmedaille.

Anmerkungen:

- der Akt ist eine Ausscheidung aus Vg 4a Vr 4991/45
- Abschrift aus dem Verfahren gegen Anna Ewald Kreisgericht Ried im Innkreis Vr 231/46
- Abschriften aus dem Verfahren gegen Oskar KRONIG u. das Ehepaar EWALD

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4a Vr 5199/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V849/1- 14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 7072/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer:

-

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Kirchberg am Wagram)

Volksgerechtfertigungsverfahren gegen: Dr. Friedrich SCHOBER

wegen (§§): § 11 (10) VG (Hochverrat, Illegalität)

Tatvorwurf:

Illegalität

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

4.8.1947 Anklage

16.3.1948 Verurteilung zu 1 Jahr schweren Kerker und Vermögensverfall

28.5.1957 NS-Amnestie 1957

Zusatzinformationen zum Akt Vg 1d Vr 7072/46:

F. Schober geb. am 18.2.1906 in Fels am Wagram (NÖ)

NSDAP, Nr. 53.020 (Mitglied seit März 1927, "Altparteigenosse")

seit November 1941 (bzw. seit 1938) Sturmführer des NSKK

Träger der Ostmarkmedaille und des goldenen Parteiabzeichens.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7072/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V850/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 4574/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter), KVG-§2-Verfahren (Kriegshetze)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Ludwig KOLOSEUS

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität),
§ 2 KVG (Kriegshetze)
§ 3/3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität, "Alter Kämpfer"

Mitglied der NSDAP seit September 1931, Verbindungen mit der SA.
Mitschuld an Quälereien infolge seiner leitenden Stellung (§ 3/3 KVG)
Tätigkeit als NS-Richter in Wien: Oberlandesgericht, Senatsmitglied des Sondergerichts Wien, ab April 1942 Mitglied des Gaugerichtes Niederdonau.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

30.5.1949: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG.
2.6.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 2, 3/3 KVG gemäß § 109 StPO.
6.12.1950: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 227 StPO. (Entschließung des Bundespräsidenten)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 3b Vr 4574/47:

Dr. Ludwig Koloseus, geb. 24.1.1903 in Wien (Anzeige fehlt!)
NSDAP-Mitgliedsnummer 510.495
Ab März 1938 Beitritt zu zahlreichen nationalsozialistischen Organisationen (NSV, Reichsbund der Deutschen Beamten, NS- Rechtswahrer-Bund u.a.)
Ab Mai 1938 SA-Obertruppführer
Ortsgruppenstellenleiter der Stelle Oberlandesgericht Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 4574/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V851/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4b Vr 2838/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu NS-Justiz (LG Wien)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Felix Maria GABRIEL

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Illegalität

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:
24.11.1955: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4b Vr 2838/45:
Dr. Felix Maria GABRIEL, geb. 20.5.1889 in Budweis (Böhmen):
seit 20.5.1926 Mitglied der NSDAP,
Blockleiter und Organisationswalter der NSV,
Referent für Rassenpolitik,
NS-Richter, Landgerichtsdirektor in Wien
Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Aus dem gegenständlichen Akt fehlt der Personalakt des Beschuldigten (Ordnungsnummer 20, Blatt 55)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4b Vr 2838/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V852/1– 5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 622/55 (LG Wien Vg 3c Vr 7149/47)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Niederdonau)

Opfer:

-

Tatland (Tatort): Niederösterreich

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Roman JÄGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Kriegsverbrechen, Gauleiter) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österreichischen Volk)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Tätigkeit als illegaler NSDAP-Gauleiter von Niederösterreich

Hochverrat am österreichischen Volk

Gauleiter/Landeshauptmann von Niederdonau im März 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

31.12.1947: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO

22.6.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 622/55

27.6.1955: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1/6, 8 KVG gemäß § 109 StPO

23.1.1956: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 622/55 (LG Wien Vg 3c Vr 7149/47):

Dr. Roman JÄGER:

seit 1928 SA-Mitglied,

ab 1930 Propagandaleiter der Ortsgruppe Weißenkirchen in der Wachau,

seit 24.6.1931 Mitglied der NSDAP,

kommissarischer Hochschulgruppenführer der Universität Wien,

von 1930 bis 1933 Propagandaleiter der NSDAP,

illegaler Gauleiter der NSDAP in Niederösterreich (Niederdonau),

Anfang 1938 Beteiligung an der so genannten "Reinhaller-Aktion",

erster Gauleiter und Landeshauptmann von Niederösterreich ab 13. März 1938 (Vorgänger von Dr. Hugo JURY),

Gauschulungsleiter der Gauleitung Niederdonau,

Abgeordneter des Deutschen Reichstages,

ab 12.7.1939 SA-Standartenführer und Amtsleiter im Referat für Weltanschauung und kulturelle Angelegenheiten,

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Der Beschuldigte wurde am 16.6.1955 offiziell für tot erklärt.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 622/55 (LG Wien Vg 3c Vr 7149/47)

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V853/1–23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11c Vr 317/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess; Bezug zu NS-Justiz (LG Wien)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Ottakring)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton DOMES

wegen (§§): § 11 (10) VG (Hochverrat, Illegalität)
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Hochverrat, Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung
Verbindungsmann für die in Haft befindlichen Nationalsozialisten, Kontakte zu hohen NS-
Funktionären u.a. zum späteren Wiener Polizeipräsidenten Otto Steinhäusl
missbräuchliche Bereicherung
am 13.1.1939 Arisierung der Papierfabrik Heinrich Hordner, Besitzerin war die Witwe Sabine
Hordner, Wien XVI, Stöberplatz 5. Der Beschuldigte war zuvor kommissarischer Verwalter der
arisierten Fabrik.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.11.1945: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien VG 4e Vr 3000/45 gegen Anton DOMES in das
gegenständliche Verfahren.
27.1.1947: Anklageerhebung wegen § 11 (10) VG und § 6 KVG
27.8.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 11 (10) VG und § 6 KVG zu 4 1/2 Jahren schweren
Kerkers. Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 11c Vr 317/45:

Anton DOMES

Justizwachebeamter im Landesgericht Wien I
seit 1933 Mitglied der NSDAP
am 1.8.1935 Beitritt zur SS-Standarte 89 Abteilung Polizei

Der gegenständliche Akt enthält Gutachten von Franz Englisch und Karl Salzer sowie Hinweise auf das
Verfahren LG Wien 195 Vr 577/44 gegen Anton Domes
Aus dem gegenständlichen Verfahren fehlt: ONr. 26 Blatt 49

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11c Vr 317/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V854/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 1525/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer:

Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Döbling, Josefstadt)

Volksgerechtfertigungsverfahren gegen: Dr. Hermann HAUSSTEINER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität)
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung; Bezug zu NS-Justiz (OLG Wien)

Denunziation

Denunziation der Justizangestellten Marie Grois wegen regierungsfeindlicher Äußerungen;
Denunziation des Otto Seeber dessen Gattin Gisela als "Mischling" bezeichnet wurde.

Weiters forderte der Beschuldigte schutzsuchende Personen zum Verlassen des Luftschuttkellers auf.

Verlauf der Vorerhebungen:

28.8.1950: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 7d Vr 1525/49:

Dr. Hermann HAUSSTEINER, Oberlandesgerichtsrat
seit 16.6.1932 Mitglied der NSDAP
September 1934 bis April 1938 Zivilrichter in Hernals
ab Jänner 1939 im Oberlandesgericht Wien (Senatsvorsitzender und stellvertretender
Vorsitzender)
Träger der Ostmarkmedaille

Das gegenständliche Verfahren enthält eine Urteilsabschrift aus 6 OJs 564/43 gegen Josef KOTH sowie Vernehmungen von Zeugen, die vom Beschuldigten als NS-Richter verurteilt wurden.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 1525/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V855/1– 7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 3584/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu NS-Justiz (Rechtswahrerbund)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Franz FURLER jun.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug) und
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf:
Illegalität

Verlauf der Vorerhebungen:

6.8.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO und wegen §§ 10, 11 VG
gemäß § 109 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 3584/46:

Dr. Franz FURLER jun., geboren 14.3.1914 in Guntramsdorf (Niederösterreich), Jurist
seit 1931 HJ-Mitglied
1932 Mitglied der Burschenschaft "Silesia"
seit 1937 Angehöriger der SA
seit 1.5.1938 Mitglied der NSDAP
Träger des HJ-Ehrenzeichens
Mitglied des NS-Rechtswahrer-Bunds
bis 1939 Angestellter in der Rechtsabteilung der Girozentrale der österr. Zentralsparkasse

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 3584/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1164
DÖW-Signatur V856/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 842/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Häftlinge (tschechische)
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Stein/Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto PRUCKNER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:
Verletzung der Menschenwürde eines tschechischen Häftlings des Zuchthauses Stein an der Donau
(Niederösterreich)

Verlauf der Vorerhebungen:
5.8.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 2c Vr 842/45:

Otto PRUCKNER, geboren 29.4.1899 in Schrems (Niederösterreich)
1940 – 1941 Hilfsaufseher in der Strafanstalt Stein (Niederösterreich).
1941 – 1944 Justizwachtmeister bei der Staatsanwaltschaft Krems/Donau (Niederösterreich)
Aktenvermerk: Aus dem gegenständlichen Akt fehlt Ordnungsnummer 3 Blatt 10 (Beschuldigtenprotokoll)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 842/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V857/1– 22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4a Vr 4991/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Währling)

Volksgerechtsverfahren gegen: Oskar KRONIG,
Otto EWALD und
Anna EWALD

wegen (§§): § 8 (Registrierungsbruch),
§§ 11 (10) VG (Illegalität, Hochverrat) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf:
Denunziation

Denunziation der Franziska Langer aus politischer Gehässigkeit, u.a. wegen Nichttragens des "Judensterns" im Dezember 1940. Die Betroffene wurde in das KZ Auschwitz deportiert. Sie überlebte die insgesamt dreieinhalbjährige Lagerhaft.

Verlauf der Vorerhebungen:

- 11.6.1946: Unterbrechung des Verfahrens gegen Otto EWALD gemäß § 412 StPO.
7.7.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Oskar KRONIG, Otto EWALD und Anna EWALD wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Otto EWALD wegen §§ 11 (10) VG. Bildung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 4a Vr 5199/47.
17.9. 1947: Einstellung des Verfahrens gegen Anna EWALD wegen §§ 8, 10/2 VG gemäß den Übergangsbestimmungen I/II/3 NS-Gesetz 1947 und Erlass des Bundesministeriums für Justiz vom 8.3.1947 Zahl 10712/47.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4a Vr 4991/45:

Oskar KRONIG, geb. 1.10.1893 in Smyrna/Izmir (Türkei)
Anna EWALD, geb. 8.4.1914 in Wien
Otto EWALD, geb. 27.3.1913 in Wien
Das gegenständliche Verfahren enthält den Akt Kreisgericht Ried im Innkreis Vr 231/46 gegen Anna EWALD

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4a Vr 4991/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V858/1– 18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 5991/47 (LG Wien Vg 1h Vr 4223/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Favoriten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf OTTE

wegen (§§): §§ 11 (10) VG (Hochverrat, Illegalität) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:

Illegalität:

Verbreitung von NS-Propagandamaterial, Geldspenden für inhaftierte Nationalsozialisten

Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung:

Beschimpfung und Nötigung des jüdischen Geschäftsmannes Bruno Schöngut und Nötigung zur
Herausgabe eines Geldbetrages in unbekannter Höhe Ende März 1938 in Wien-Favoriten

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 11 (10) VG und § 4 KVG

3.10.1946: Verurteilung wegen §§ 11 (10) VG und § 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

2.8.1947: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1 Vr 5991/47
durch den Obersten Gerichtshof (OLG Wien 5 Os 15/47)

26.9.1948: Verurteilung wegen §§ 11 (10) VG und § 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt Vg LG Wien Vg 1 Vr 5991/47 (LG Wien Vg 1h Vr 4223/45):

Adolf OTTE, geb. 20.11.1890 in Stadt Liebau /Sudetenland

Träger der Ostmarkmedaille, "Alter Kämpfer"

ab 1.11.1937 Mitglied der SS-Standarte 89

am 1.3.1939 Ernennung zum Hauptscharführer

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 5991/47 (LG Wien Vg 1h Vr 4223/45):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V859/1– 23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 1182/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Staatsanwalt)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Deutschland (Leipzig)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Robert KAUER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 8 KVG (Hochverrat am österreichischen Volk) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwurf:
Illegalität; Unterstützung der illegalen NSDAP
Oberreichsanwalt beim Reichsgericht Leipzig, Oberstaatsanwalt beim OLG Wien

Verlauf der Vorerhebungen:
17.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 101 StG
3.12.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 8 KVG gemäß § 109 StPO
(Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt Vg 2a Vr 1182/45:

Dr. Robert KAUER, geb. 13.5.1901 in Wien
ab April 1930 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Wien II
seit 1932 illegales Parteimitglied ("Alter Kämpfer")
Amtswalter der NS-Beamenschaft sowie des NS-Juristenbundes, Obmann-Stellvertreter im
Deutschen Beamtenverband
1933 Mitbegründer der Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaft (Tarnorganisation für den
NS-Rechtswahrerbund)
1933 Versetzung zur Staatsanwaltschaft beim Jugendgerichtshof wegen nationalsozialistischer
Einstellung, Beratung von Parteianwälten der NSDAP
1936 Entlassung wegen illegaler Betätigung für die NSDAP
ab 1937 Beisitzer zum Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss der Landesleitung Österreich
der NSDAP, Erstellung von Gutachten in verfassungsrechtlichen Angelegenheiten (März 1938
Gutachten über angebliche Verfassungswidrigkeiten der von Bundeskanzler Schuschnigg
geplanten Volksabstimmung)
März 1939 Oberreichsanwalt beim Oberreichsgericht in Leipzig
November 1939 Ernennung zum Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Wien

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V860/1– 9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 5104/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess; Bezug zu NS-Justiz (LG Wien, Amtsgericht Spitz)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Spitz/Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Robert SCHANDL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

31.1.1948: Verfahrenseinstellung gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4c Vr 5104/46

Dr. Robert SCHANDL, geb. 10.2.1907 in Wien

Rechtsanwaltsanwärter beim Landesgericht für Strafsachen Wien II

Amtsgerichtsrat in Spitz/Donau

Redner und Schulungsleiter der NSDAP Ortsgruppe Spitz/Donau

von Mai bis August 1938 Blockwalter, später Zellenleiter

ab 1.1.1941 Mitglied der NSDAP

Landesgerichtsrat

ab Juli 1944 Beisitzer eines Sondergericht-Senats des Landgerichts Wien unter dem Vorsitz von

Dr. Rudolf Kunze

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 5104/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V861/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2359/49 (LG Wien Vg 4b Vr 4165/46, LG Wien Vg 4c Vr 2928/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess; Bezug zu NS-Justiz (LG Wien, LG Korneuburg)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Zwettl, Korneuburg)

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Hermann HILTSCHER

wegen (§§): § 11 (10) VG (Illegalität)

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.12.1945: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).

27.5.1946: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 4b Vr 4165/46.

26.9.1946: Anklageerhebung wegen § 11 (10) VG.

20.11.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 11 (10) VG zu 1 Jahr schweren Kerker. Vermögensverfall.

15.11.1949: Urteilsaufhebung durch das Volksgericht Wien und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1g Vr 2359/49. Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt Vg LG Wien Vg 1g Vr 2359/49

Dr. Hermann HILTSCHER, geb. 3.7.1903 in Inzersdorf bei Wien):

Dezember 1925 Gründer und Mitglied der Ortsgruppe Payerbach (Niederösterreich)

1934/1935 Angehöriger des NS-Rechtswahrerbundes

seit 16. März 1934 Mitglied der Vaterländischen Front

bis Mai 1936 Untersuchungsrichter am Landesgericht für Strafsachen Wien II

von Mai 1936 bis März 1938 Gerichtsvorsteher und Bezirksrichter in Zwettl / NÖ

ab März 1938 Landesgerichtsrat in Korneuburg (Niederösterreich)

ab Oktober 1939 Landgerichtsdirektor in Wien

Träger des goldenen Parteiabzeichens

"Alter Kämpfer"

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2359/49 (LG Wien Vg 4b Vr 4165/46, LG Wien Vg 4c Vr 2928/45): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V862/1– 13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 8726/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter/Staatsanwalt)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien, Oberösterreich (Linz), Burgenland (Güssing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Leopold MAKOWSKI
(im Akt auch MARKOVSKY und MAKOVSKI genannt)

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 58 StG (Hochverrat) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwürfe:

Hochverrat, Illegalität

illegales NSDAP-Mitglied trotz Tätigkeit als Richter

Mitschuld an Quälereien infolge seiner leitenden Stellung (§ 3/3 KVG)

Tätigkeit als Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Wien, ab Februar 1945 Anklagevertreter vor dem Standgericht

Verlauf der Vorerhebungen:

7.5.1947: Verfahrenseinstellung gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 3c Vr 8726/46

Dr. Leopold MAKOWSKI, geb. 17.1.1907 in Lemberg (Galizien; heute Lviv, Ukraine):

seit 24.6.1932 Parteimitglied

Rechtspraktikant bei der Staatsanwaltschaft Wien II

von Februar 1934 bis Ende 1934 Richter der Staatsanwaltschaft in Linz (Oberösterreich)

von Jänner 1935 bis Oktober 1935 Richter in Güssing (Burgenland)

Richter beim Strafbezirksgericht Wien-Innere Stadt

Mai 1939 Ernennung zum Staatsanwalt

Sommer 1942 Ernennung zum Ersten Staatsanwalt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 8726/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V863/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3a Vr 4781/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Favoriten), Niederösterreich (Neuhaus an der Tristing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz Rudolf WERNER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität; Handlungen aus verwerflicher Gesinnung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde, Arisierung und Denunziation

Verlauf der Vorerhebungen:

10.6.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 3a Vr 4781/45:

Franz Rudolf WERNER, geb. 6.11.1892 in Wien

NSDAP-Mitgliedsnummer 1,521.635

von 1923 bis 1927 Mitglied der NSDAP und wieder ab März 1933

Gründer und von 1925 bis 1927 Leiter der Ortsgruppe Neuhaus an der Triesting
(Niederösterreich)

von 1933 bis 1937 Angehöriger der SS; SS-Rottenführer

Organisationsleiter, Marschblockleiter, Presseleiter,

Zellenleiter und stellvertretender Blockleiter der Ortsgruppe Wienerfeld

Beteiligung an der Plünderung des N. Hochwald im November 1938 ("Novemberpogrom 1938") in
Wien-Favoriten. Aneignung von Schmuck, Bargeld und Gegenständen aus dem Besitz des
Ehepaars Hochwald

Träger der Erinnerungsmedaille zum 13. März 1938

"Alter Kämpfer"

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3a Vr 4781/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1165
DÖW-Signatur V864/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 2318/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess; Bezug zu NS-Justiz (LG Wien)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Otto CERNSTEIN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug) und
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwürfe:
Illegalität und Registrierungsbetrug

Verlauf der Vorerhebungen:
21.4.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 7d Vr 2318/48:

Dr. Otto CERNSTEIN, geb. 21.11.1898 in Gottschee
seit 1.9.1937 Mitglied der NSDAP
von März 1938 bis März 1939 Angehöriger der SA
bis 1934 Richter in Villach (Kärnten)
von 1934 bis 1936 Richter beim Landesgericht für Strafsachen Wien I (Landesgerichtsrat)
von 1936 bis 1937 Presserichter von Wien
ab März 1938 Richter beim Landesgericht für Strafsachen Wien I; Vorsitzender des allgemeinen
Strafsenats
später Richter in einer Devisenabteilung des LG Wien
1940 Ernennung zum Landgerichtsdirektor
Träger der Erinnerungsmedaille zum 13. März 1938
Organisations- und Schulungswalter des RDB (Reichsbund Deutscher Beamten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 2318/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1165+1166

DÖW-Signatur V865/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8b Vr 6193/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Weigelsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich (Fritz) SCHINDLER, Josef KREUPL und 4 weitere Beschuldigte

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 5 StG, § 6 KVG (Beihilfe zur missbräuchlichen Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Haupttäter Dr. Friedrich SCHINDLER:

Tatvorwurf/Tatvorwürfe:

Illegalität:

seit 28.4.1933 illegales Parteimitglied, Angehöriger der Ortsgruppe Wolfurt (Vorarlberg)
unterstützendes Mitglied der SS, des NSKK, des NSFK und der DAF
Verbindungen zur Kreisleitung in Bregenz (Vorarlberg) und zur Gauleitung Innsbruck (Tirol)

Arisierung, Denunziation:

Arisierung der "Freudenthaler Leinen- und Tischzeugfabrik Johann Plischke & Söhne",
Alleineigentümer Adolf Plischke, am 20.7.1938 in Wien
Arisierung der Firma "Weigelsdorfer Mechanische Weberei Nagler & Opler" im Herbst 1938 in
Weigelsdorf (Niederösterreich) in Zusammenwirken mit Hans GANAHL und Paul FISCHER
Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung und Denunziation begangen an dem
Einzelprokuristen der Wiener Niederlassung der Firma Textilwerke Schindler & Co, Wien I,
Neutorgasse 5, Jack KUTCHER (früher Jakob HERZ-KUCZER). Verbrechen der Denunziation
begangen in Zusammenwirken mit Josef GRANINGER und Josef KUSTER

Josef KREUPL, Gestapobeamter:

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung, Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde,
begangen an Jack KUTCHER (früher Jakob HERZ-KUCZER)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.3.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Friedrich SCHINDLER wegen §§ 10, 11 VG und §§ 6,
7 KVG gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Josef KUSTER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO
(Verfügung des Untersuchungsrichters).
Einstellung des Verfahrens gegen Josef GRANINGER wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige).
Einstellung des Verfahrens gegen Hans GANAHL und Paul FISCHER wegen § 5 StG, § 6 KVG
gemäß § 90 StPO.

Einleitung der Voruntersuchung gegen Josef KREUPL wegen §§ 3, 4 KVG und Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).

Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef KUSTER wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG zu LG Wien Vg 8c Vr 671/50.

17.5.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Josef KREUPL wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8b Vr 6193/47

Beschuldigte: Dr. Friedrich (Fritz) SCHINDLER, Josef GRANINGER, Josef KUSTER, Hans GANAHL, Paul FISCHER und Josef KREUPL (im Akt auch KREUPEL, KREUCHEL, GREIPEL und GEIPL)

Dr. Friedrich (Fritz) SCHINDLER, geb. 4.5. od. 5.5 1894 od. 1895 in Glarus (Schweiz)

Josef GRANINGER, geb. 8.3.1896 in Kennelbach (Vorarlberg)

Hans GANAHL, geb. 25.11.1901 in ?

Josef KUSTER, geb. 18.6.1912 in ?

Paul FISCHER, geb. ?

Josef KREUPL, geb. 3.12.1914 in Mattighofen bei Braunau (Oberösterreich)

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich der Akt LG Feldkirch Vr 519/47 (gegen Dr. Fritz SCHINDLER) sowie Hinweise auf den Rückstellungsakt 68 RK 251/48 (betreffend Nagler & Opler)

Fehlende Aktenteile:

Ordnungsnummer 141 (Akt des LG Feldkirch Vr 972/48)

Ordnungsnummer 21 Blatt 191 fehlt

Ordnungsnummer 24 Blatt 209/219 Sachverständigenbekanntgabe

Ordnungsnummer 27 Blatt 227/229

Ordnungsnummer 32 Blatt 241 Arisierungsakt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8b Vr 6193/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V866/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 992/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess; Bezug zu NS-Justiz (AG Wien-Favoriten, SG Wien)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Favoriten)

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Josef DÖLZL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität; Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde von jüdischen MieterInnen unter
Ausnützung dienstlicher Gewalt als Zivilrichter des Amtsgerichts Favoriten

seit dem Frühjahr 1933 illegales Mitglied der NSDAP

März 1938 Beitritt zur NSDAP

seit 1936 Mitglied der SS

15.7.1933 Richter des Bezirksgerichts Oberpullendorf (Burgenland)

1.9.1939 Versetzung zum Amtsgericht Favoriten; Amtsgerichtsrat

Durchführung von Kündigungsprozessen gegen jüdische MieterInnen, Verletzung der Menschlichkeit und
Menschenwürde durch Beschimpfungen und Drohungen.

April 1940 bis Februar 1943 Fachschaftsleiter der DAF in der Gauleitung Wien

Mitglied des Reichsbundes Deutscher Beamter

ab Jänner 1942 Beisitzer und stellvertretender Vorsitzender des Sondergerichts Wien

Verlauf des Verfahrens:

2.5.1946: Anklageerhebung wegen § 11 VG und § 4 KVG.

1.8.1946: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1a Vr 992/46

Im Akt finden sich Hinweise auf Verfahren des damaligen Amtsgerichts Favoriten:
Amtsgericht Favoriten 2 C 882/39 (Kündigungsverfahren des Leopold HIRSCHKORN)
Amtsgericht Favoriten 2 C 858/39 (Kündigungsverfahren des Josef KRENBERGER)

Hauptverhandlung am 25.6.1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS

Richter: OLGR. Dr. LAHR

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. MENZEL

Verteidiger: Dr. ZÖRNLAIB

Hauptverhandlung am 1.8.1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS
Richter: OLGR. DR. LAHR
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. ENGE
Verteidiger: Dr. Eugen ZÖRNLAIB

Geograf. Bezug: Wien
 Wien-Favoriten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 992/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V867/1– 17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 6727/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938), Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Hütteldorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig BRUNNER
Max OBERTHALER und
Karl KLIMA

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde und Denunziation

Haupttäter Ludwig BRUNNER:

seit 1939 Parteianwärter

ab Juli 1940 Angehöriger der NSDAP

Mitglied der Betriebs-SA der Firma Rohrbacher, Wien XIII, Hietzinger Hauptstraße 119

Registrierungsbetrug

Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde des Ignaz Steiner im Jahre 1938. Brunner versuchte den Betroffenen im Jahre 1938 auf Grund dessen jüdischer Abstammung aus einem Gasthaus weisen zu lassen. Weiters war er bestrebt sich die Wohnung des Ignaz Brunner anzueignen.

Denunziation des Engelbert Dorninger aus politischer Gehässigkeit im März 1938. Der Polizeibeamte wurde zwangsweise pensioniert.

Denunziation des Robert Kolar, Mitarbeiter der Firma Rohrbacher, in Zusammenwirken mit Max Oberthaler und Karl Klima wegen regimiefeindlicher Äußerungen. Der Betroffene wurde zu 10 Monaten Kerker verurteilt und nach Verbüßung der Haftstrafe einer Strafkompagnie zugeteilt.

Verlauf des Verfahrens:

22.8.1947: Anklageerhebung gegen Ludwig BRUNNER wegen §§ 4, 7/1 u.2 KVG.

18.9.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Ludwig BRUNNER wegen § 8 VG und § 7 KVG (Faktum KOLAR) gemäß § 109 StPO (Verfügung des Untersuchungsrichters).

24.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Max OBERTHALER wegen § 7 KVG (Faktum KOLAR) und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 6a Vr 6458/47. Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl KLIMA wegen § 7 KVG (Faktum KOLAR) zu LG Wien Vg 7d Vr 7719/46.

13.1.1948: Verurteilung des Angeklagten Ludwig BRUNNER wegen §§ 4, 7/1 u. 2 KVG zu 7 Monaten schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11a Vr 6727/46 gegen Ludwig BRUNNER u.a.:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich eine Zeugenvernehmung des KG Krems Hs 542/47 (Johann NADER)

Ludwig BRUNNER, geb. 19.12.1904 in Wien

Max OBERHALER, geb. 17.2.1921 in Wien

Karl KLIMA, geb. 09.12.1899 in ?

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 13.1.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. PATTIS

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. ALTMANN

Verteidiger: Dr. Franz PRANTER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 6727/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V868/1–7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 1357/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Staatsanwalt)

Opfer: -
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Korneuburg)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Felix EDENBURG

wegen (§§): § 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwurf:

Vernichtung von Aktenbeständen im Kreisgericht Korneuburg (Niederösterreich) auf Anweisung des
Staatsanwaltes Dr.
Edenburg am 4. April
1945.

ab 23.10.1934 Rechtsanwaltsanwärter im richterlichen Vorbereitungsdienst des Kreisgerichts Korneuburg
(Niederösterreich)
ab 1940 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Korneuburg (Niederösterreich)
ab 1942 Mitglied der NSDAP
ab Dezember 1944 Leiter der Staatsanwaltschaft Korneuburg

Verlauf der Vorerhebungen:

5.11.1945: Einstellung der Vorerhebungen gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 1357/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V869/1– 10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 1075/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Justizfunktionär)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Otto LUDWIG

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität und Denunziation

Illegalität

seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP

von 1930 bis Juli 1934 Angehöriger des Sudetendeutschen Heimatbundes provisorischer
Ortsgruppenstellenleiter

Spenden für notleidende Berufskollegen in der Ortsgruppe Klosterneuburg (Niederösterreich)

seit 1938 Mitglied im NS-Rechtswahrerbund

Funktion im NS-Regime

Landesgerichtsdirektor, Gerichtsoffizier

1933 bis April 1939: Exekutionsgericht Wien I Riemergasse

1939 bis 1940: Amtsgericht Wien I Riemergasse

Jänner 1941 bis Juni 1941: Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien

Juni 1941 bis Kriegsende: Heeresbekleidungsamt Wien

Denunziation

Denunziation des Camillo Berger, Feldwebel im Dienst des Heeresbekleidungsamtes Wien-Brunn,
im August 1944. Der Betroffene wurde vom Zentralgericht der Wehrmacht in Berlin zu 2 Jahren
Kerker verurteilt.

Denunziation des Zahlmeisters Karl Stumfoll wegen abfälliger Äußerungen über die NSDAP im
Dezember 1944. Stumfoll wurde in der Folge zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

14.4.1947: Verfahrenseinstellung gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch
Verfügung des Untersuchungsrichters).

*Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 3b Vr 1075/47 (gegen Dr. Otto LUDWIG, geb. 16.8.1898 in
Brünn*

Aus dem vorliegenden Akt fehlt die Ordnungsnummer 18 Blatt 139

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 1075/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V870/1– 9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 41/54 (LG Wien Vg 8c Vr 3532/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Theresienstadt-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Tschechische Republik (Terezin/Theresienstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Robert PROCHNIG
(im Akt auch PROCHNIK genannt)

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Verbrechen im Ghetto Theresienstadt

Stellvertreter von Dr. Benjamin Murmelstein im Ghetto Theresienstadt

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie der Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an jüdischen Häftlingen in Zusammenwirken mit Dr. Murmelstein
Zusammenstellung der Deportationslisten

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

5.10.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtlinge).

15.4.1954: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 41/54.

2.12.1954: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 41/54 gegen Robert PROCHNIG (im Akt auch PROCHNIK genannt), geb. 15.11.1915 in Wien:

Das gegenständliche Verfahren enthält Zeugenvernehmungen sowie Namenslisten von ehemaligen Häftlingen des Ghettos ("KZ") Theresienstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V871/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 698/55 (LG Wien Vg 7a Vr 895/49)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (Theresienstadt-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Tschechische Republik (Terezin/Theresienstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Benjamin MURMELSTEIN

(Rabbiner und Lehrer, Judenältester im Ghetto Theresienstadt)

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§§ 5, 134 StG (Mitschuld und Teilnahme am Verbrechen des Mordes)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an jüdischen Häftlingen in den Jahren 1943 und 1944
Zusammenstellung von Todestransporten nach Auschwitz gemeinsam mit seinem Stellvertreter Robert Prochnik (Prochnig)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

8.4.1949: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).

19.8.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 698/55.

30.11.1955: Verfahrenseinstellung gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 698/55 (LG Wien Vg 7a Vr 895/49) : Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V872/1–16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 196/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Richter), Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Soldaten der Deutschen Wehrmacht, Widerstand/Opposition, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Wien, Polen (Litzmannstadt [Lodz], Warschau)

Volksgerichtsverfahren gegen Karl EVERTS

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Oberfeldrichter

Eigenbezeichnung "Kleiner Himmler von Wien"

seit 1937 aktiver Heeresrichter in Deutschland, März 1938 Versetzung nach Wien

Anfang 1944 Ernennung zum Divisionsrichter des Gerichts der Division Nr. 177
enge Zusammenarbeit mit Angehörigen der Wehrmachtsfahndung in Wien (Heeresstreife Groß-Wien, Untergruppe Fahndungsdienst) insbesondere Oberleutnant Edelmayer und Oberfeldwebel Pürner
Sonderbeauftragter für die Bekämpfung von Selbstverstümmelern im Wehrkreis XVII, später für das gesamte Reichsgebiet

Im Frühjahr 1944 Verfolgung von 30 Volksdeutschen und Polen in Warschau und Litzmannstadt wegen Beihilfe zur Selbstverstümmelung.

Misshandlung der Beschuldigten durch Oberfeldwebel Pürner und Feldwebel Feigl gemeinsam mit Angehörigen der Abwehrstelle und Gestapoaußenstelle Litzmannstadt

Acht der Angeklagten wurden auf Grund der von Everts gestellten Strafanträge hingerichtet. Die anderen Beschuldigten, darunter mehrere Frauen, erhielten hohe Gefängnisstrafen

Von August 1944 bis März 1945 Verfolgung von 150 Selbstverstümmelern in Zusammenwirken mit Unteroffizier Dr. Dittrich, Feldwebel Feigl und Hauptmann Petin, Gerichtsoffizier des Reservelazarets XIa in Wien-Landstrasse

Ernennung zum Chef der Heeresausrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres
"Sonderuntersuchungsführer beim Chef der Heeresjustiz"

Erpressung von Geständnissen durch Drohungen und Gewaltanwendung in Zusammenwirken mit Angehörigen der Wehrmachtsfahndung in Wien (Heeresstreife Groß-Wien, Untergruppe Fahndungsdienst)

Kriegsverbrechen an Wehrmachtsangehörigen und Zivilisten

15.5.1951: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl EVERTS wegen §§ 1, 3, 4 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 6b Vr 1705/49 und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 6e Vr 196/51.

26.6.1954: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

27.1.1955: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten). Laut Mitteilung des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen war der Beschuldigte bereits am 7.7.1952 verstorben.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 6e Vr 196/51 gegen Karl EVERTS, geb. 11.3.1905 in Rüdenroth im Rheinland (Deutschland):

- a.) Das gegenständliche Verfahren enthält den Personalakt des Oberfeldrichters Karl Everts (Gericht der Division 177)
- b.) In dem Akt befinden sich Abschriften aus folgenden Verfahren gegen Angehörige der Wehrmachtsfahndung in Wien (Heeresstreife Groß-Wien, Untergruppe Fahndungsdienst)
 - I. LG Wien Vg 11d Vr 7188/46 "Heeresstreifenprozeß" (LG Wien Vg 4 Vr 3118/45), FStN-Mikrofilm Nr. 1004 und 1005, DÖW-Signatur: V11/1-73
 - II. LG Wien Vg 13b Vr 4013/47, FStN-Mikrofilm Nr. 1074, DÖW-Signatur: V336/1-49
 - III. LG Wien Vg 6b Vr 1705/49

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 196/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1166
DÖW-Signatur V873/1–36

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 4795/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen Heinrich TURBA, Rudolf PACHERT, Emmerich STUDLIK und Ing. N. TISCHER wegen Illegalität, Registrierungsbruch und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Innere Stadt

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 58 StG (Hochverrat) und
§§ 7 u. 21 Wahlgesetz

Heinrich Turba:
Illegalität, von Mai 1938 bis Juli 1942 Parteianwärter der NSDAP,
ab Juli 1942 Parteimitglied, Block- und Zellenleiter, "Altparteigenosse"

Emmerich Studlik: Illegalität, von Juli 1938 bis 1941 Parteianwärter der NSDAP, ab 1941 Parteimitglied, Zellenleiter, "Altparteigenosse"

Rudolf Pachert: Parteianwärter der NSDAP

Ing. N. Tischer: Ortsgruppenleiter

Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Innere Stadt im November 1938 ("Novemberpogrom") und im Herbst 1944:
Misshandlung unbekannter jüdischer BewohnerInnen des Hauses Judengasse 6 durch PACHERT und TURBA.

Vertreibung von jüdischen MieterInnen aus dem Haus Latzenhof 2 durch PACHERT. Misshandlung des N. Neumann mit einem Gummiknüppel. Beschimpfung des Dr. Pollak und Androhung von Schlägen.

Vertreibung von jüdischen MieterInnen namentlich der Familien Richtmann, Breisach, Prinz und Karpf aus dem Haus Hoher Markt 9 durch PACHERT und STUDLIK. Durchführung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Wertgegenständen. Beschimpfung der Familien durch STUDLIK.

Durchführung von Hausdurchsuchungen durch PACHERT und STUDLIK bei unbekannt jüdischen Familien am Hohen Markt, in der Vorlaufstraße und am Salzgraben. Aneignung von Bargeld, Schmuck und anderen Wertgegenständen.

Plünderung der Wohnung eines unbekanntem Juden am Rudolfsplatz durch PACHERT in Zusammenwirken mit namentlich nicht bekannten Tätern. Überstellung des gesamten Mobiliars in die Wohnung des Ortsgruppenleiters Ing. N. TISCHER.

Mitwirkung des PACHERT an der Überstellung des Mobiliars aus der Wohnung eines unbekanntem Juden in der Gonzagagasse in das Magazin der zuständigen NSDAP-Ortsgruppe.

Zerstörung der Wohnungseinrichtung jüdischer BewohnerInnen des Hauses Latzenhof 2 durch PACHERT.

Mitwirkung an der Zerstörung des jüdischen Bethauses im Haus Latzenhof 2 durch TURBA und PACHERT.

Vertreibung von unbekanntem Jüdinnen und Juden, die, im Herbst 1944 aus den Trümmern des durch Bomben zerstörten Hauses Seitenstettengasse, 6 Tote und Verwundete bergen wollten. Androhung von Schlägen mit einem Drahtseil durch TURBA.

Denunziation des Leopold Latscher durch TURBA im Oktober 1941 sowie Vertreibung des Betroffenen aus der Wohnung im Haus Wien I, Sterngasse 3.

2.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Heinrich TURBA wegen § 7 KVG (Faktum Latscher) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

10.1.1947: Anklageerhebung gegen Heinrich TURBA wegen §§ 8, 10/1 u. 3 VG.

7.7.1947: Zurückziehung der Anklageschrift gegen Heinrich TURBA gemäß § 227 StPO (Rücktritt des Anklägers von der Anklage).

7.7.1947: Anklageerhebung gegen Heinrich TURBA wegen §§ 8, 10 VG (§ 58 StG).

Anklageerhebung gegen Emmerich STUDLIK wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 4, 6 KVG.

Anklageerhebung gegen Rudolf PACHERT wegen § 8 VG und §§ 4, 6 KVG.

22.7.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Ing. N. TISCHER wegen § 11 VG und § 6 KVG und des Verfahrens gegen Rudolf PACHERT wegen § 7 u. 21 Wahlgesetz aus dem gegenständlichen Akt.

26.11.1947: Verurteilung des Heinrich TURBA wegen §§ 8, 10/1 VG zu 10 Monaten schweren Kerkers. Kein Vermögensverfall.

Verurteilung des Emmerich STUDLIK wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 4, 6 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Verurteilung des Rudolf PACHERT wegen § 8 VG und §§ 4, 6 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Kein Vermögensverfall.

Freispruch der Angeklagten Heinrich TURBA und Rudolf PACHERT vom Vorwurf der Gewaltausübung gegen jüdische BewohnerInnen des Hauses Judengasse 6 im November 1938 ("Novemberpogrom") gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen). Freispruch des Angeklagten Heinrich TURBA vom Vorwurf der Bedrohung unbekannter Jüdinnen und Juden im Herbst 1944 gemäß § 259/3 StPO.

Freispruch der Angeklagten Rudolf PACHERT und Emmerich STUDLIK vom Tatvorwurf der Aneignung von Bargeld, Schmuck und anderen Wertgegenständen im Zuge von Hausdurchsuchungen bei namentlich nicht bekannten jüdischen Familien am Hohen Markt, in der Vorlaufstraße und am Salzgries im November 1938 ("Novemberpogrom") gemäß § 259/3 StPO.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11f Vr 4795/46:

Heinrich TURBA, geb. 29.1.1894 in Wien

Rudolf PACHERT, geb. 30.3.1887 in Wien
Emmerich STUDLIK, geb. 31.12.1890 in Wien
Ing. N. TISCHER, geb. ? in ?

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 26.11.1947

Vorsitzender: LGR. Dr. STOCKHAMMER

Richter: Dr. KNOLL

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Othmar HLAVAC (TURBA)

Dr. Felix FREUND [f. Dr. Hans GÜRTLER] (STUDLIK)

Dr. SCHEITENBERGER [f. Dr. Michael STERN] (PACHERT)

Geograf. Bezug: Wien – Innere Stadt

Fehlende Aktenteile

BAND I:

Ordnungsnummer 55 Blatt 259

Ordnungsnummer 58 Blatt 273

Ordnungsnummer 83 Blatt 379-381

BAND II:

Ordnungsnummer 139 Blatt 119

Ordnungsnummer 163 Blatt 191

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 4795/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1167
DÖW-Signatur V874/1–100

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 2092/45 (LG Wien Vg 8c Vr 1/52, Vg 8e Vr 234/53, Vg 8e Vr 694/55)

sämtliche Verfahren (insgesamt 5 Bände) liegen ein in: KG St. Pölten 5 Vr 666/63

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts Sankt Pölten

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Randegg-Prozess)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Soldaten der Deutschen Wehrmacht, Mitglieder der HJ, ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Schwarzaau im Gebirge, Scheibbs, Göstling, Randegg, Gresten/Gemeindegebiet Schadneramt, Lunz am See, Baden bei Wien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst BURIAN
Josef KRACKER-SEMLER

sowie Volksgerichts- und Strafverfahren gegen folgende weitere Beschuldigte, die entweder eingestellt oder ausgeschieden wurden:

Herbert AHLERS, Willi BAUER, Philipp BRANDL, Alfred BRAUNSTEINER, Mina (Minna) BRINKMANN (PRINKMANN), Stefan BUCHNER, Anton DEINL (DEINDL), Emil FRIEDRICH, Johann GRUBMAYR (GRUBMAYER, GRUBMEYER), Axel HAUPT, Friedrich HOFHECKER (HOFEGGER), Josef HÖBLINGER, Gottfried HÖFFLER, Ferdinand HÜBNER, Josef KERNSTOCK, Karl KOLE, Josef KRIPSCH, N. KOSEPH oder KROSEPH, Johann KRUG, Alois MAURER, Dr. Max MALY (MALLY), Dr. Friedrich NÖTZL, Vinzenz PETERMANN, N. POPP (BOPP), Leopold PÖLLERITZER, Karl RESCHINSKY, Otto SCHATTNER, Gertrude SCHOLZ, Johann SCHRENK, Karl-Heinz (Hein oder Heinrich) SCHWARZ, Josef SCHWELLER, Matthias SIEBER, Dr. Eduard STEPAN, Johann STICHA, Franz STIFT, Berta TROLP und Alfred WEIDMANN

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/1 KVG (Kriegsverbrechen; Widerspruch zu den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts oder des Kriegsrechts. Vorsätzliche Tat gegen Angehörige der Wehrmacht der Kriegsgegner oder gegen die Zivilbevölkerung eines mit dem Deutschen Reich im Krieg befindlichen oder von deutschen Truppen besetzten Staates oder Landes),
§ 1/2 KVG (Kriegsverbrechen; Unmenschliche Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen organisierter Verbände),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime; Kreisleiter),
§ 2 KVG (Kriegspropaganda)
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 98 lit b. StG (Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung),
§§ 134, 135/3 StG (Verbrechen des bestellten Mordes),
§§ 5, 134, 135/3 (Mitschuld am bestellten Mord),

§§ 5, 134, 135/1 (Mitschuld am Meuchelmord) und
§§ 5, 134, 135/4 StG (Mitschuld am gemeinen Mord)

Tatvorwürfe:

Ermordung von 76 ungarischen Juden (23 Männer, 43 Frauen und 10 Kindern) durch SS-Angehörige im Arbeitslager Göstling (Niederösterreich) am 13. April 1945

Ermordung von 90 bis 100 ungarischen Juden (Männer, Frauen und Kinder) durch ein SS-Sonderkommando unter Beteiligung von SD- und HJ-Angehörigen im Hundegraben in der Schlieffau bei Randegg (Niederösterreich) am 15. April 1945

Ermordung von 16 ungarischen Jüdinnen und Juden (2 Männer, 12 Frauen und 2 Kinder) – unter ihnen Mitglieder der Familie Klein – durch SS-Angehörige im Gemeindegebiet Schadneramt bei Gresten (Niederösterreich) am 19. April 1945

Ermordung des Hauptmanns Erwin R. V. CSERNY oder CZERNY (im Akt auch CERNY und SCERNY genannt) in Göstling in der Nacht von 3. auf 4. Mai 1945

Mitschuld des Ernst BURIAN an der Ermordung von 76 ungarischen Jüdinnen und Juden in Göstling durch Bereitstellung eines Personenkraftwagens für das Liquidierungskommando

Mitschuld des Ernst BURIAN an der Ermordung von 90 bis 100 ungarischen Jüdinnen und Juden in Randegg durch Beischaffung von Benzin, Teilnahme an Besprechungen in der HJ-Bannführung Scheibbs, durch das Mitwirken bei der Auswahl des Liquidierungsortes, durch das Mitfahren mit dem Erschießungskommando sowie durch seine Anwesenheit am Tatort zur Verhinderung von Fluchtversuchen

Geplanter Mordanschlag des Ernst BURIAN auf den Pfarrer von Lunz am See Karl GASCHLER zu Kriegsende

Ermordung von 3 HJ-Angehörigen des Wehrrertüchtigungslagers Lunz am See wegen mangelnder NS-Gesinnung durch Ernst BURIAN

Ermordung eines unbekanntes Soldaten durch Ernst BURIAN in Zusammenwirken mit Josef KRACKER-SEMLER in Lunz am See am 11. oder 12. April 1945

Mitschuld des Ernst BURIAN und des Josef KRACKER-SEMLER an der Ermordung des Rudolf OBENDORFER durch einen unbekanntes Unteroffizier der deutschen Wehrmacht in Lunz am See am 8. Mai 1945. KRACKER-SEMLER durch Erteilung des Erschießungsbefehls und BURIAN durch Übergabe des Rudolf OBENDORFER an den Unteroffizier. Der Stabsleiter der HJ-Gebietsführung Niederdonau und Stellvertreter des Gebietsführers KRACKER-SEMLER, der Reichsdeutsche N. BOPP oder POPP, sprach sich ebenfalls für die Erschießung des Rudolf OBENDORFER wegen tätlicher Beleidigung des Josef KRACKER-SEMLER sowie wegen dessen kommunistischer Einstellung aus und erteilte an BURIAN den Erschießungsbefehl

Mitschuld des Josef KRACKER-SEMLER an der Ermordung des sechzehnjährigen Flakhelfers Roman KNEISSL in Schwarzau im Gebirge am 15. April 1945 durch ein ohne gesetzliche Grundlage von Johann Braun, Johann Wallner und Josef Weninger gebildetes Standgericht der Kreisleitung Neunkirchen (Niederösterreich)

Verbrechen der Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Rudolf OBENDORFER durch Josef KRACKER-SEMLER in Lunz am See am 8. Mai 1945

Misshandlung des HJ-Angehörigen Walter GERNEDL durch Josef KRACKER-SEMLER im Rahmen einer Musterung in Baden bei Wien (Niederösterreich) am 8. Dezember 1944

Der Angeklagte Josef KRACKER-SEMLER gehörte zwischen 1.7.1933 und 13.3.1938 der NSDAP, SA und HJ an. Er wurde als "Altparteigenosse" anerkannt und war Träger des bronzenen Parteiabzeichens der NSDAP sowie des goldenen Ehrenzeichens der HJ

Verlauf des Hauptverfahrens:

- 15.3.1948: Anklageerhebung gegen Ernst BURIAN wegen § 1/1 KVG und §§ 5, 134, 135/4 StG und gegen Josef KRACKER-SEMLER wegen §§ 10, 11 VG, § 1/2 KVG, § 4 KVG und §§ 5, 134, 135/4 StG.
- 19.6.1948: Verurteilung des Ernst BURIAN wegen § 1/1 KVG, §§ 5, 134, 135/1 StG (Ermordung von ungarisch-jüdischen Männern, Frauen und Kindern in Göstling und Randegg) und wegen §§ 5, 134, 135/3 StG (Erschießung des Rudolf OBENDORFER) zu LEBENSLANGEM schweren Kerker. Verfall des gesamten Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich. Verurteilung des Josef KRACKER-SEMLER wegen §§ 10, 11 VG, § 1/2 KVG (gutächtliche Äußerung gegenüber dem Kreisleiter von Neunkirchen Johann BRAUN als Vorsitzenden eines ohne gesetzliche Grundlagen gebildeten Standgerichts mit Bezug auf den Angeklagten Roman KNEISSL) und wegen § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und Menschenwürde des Rudolf OBENDORFER) zu 20 JAHREN schweren Kerkers. Verfall des gesamten Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich. Freispruch des Josef KRACKER-SEMLER wegen §§ 134, 135/3 StG (Verbrechen des bestellten Mordes durch Befehl, Anraten und Lob im Fall des Roman KNEISSL sowie durch Erteilung des Erschießungsbefehls im Fall des Rudolf OBENDORFER) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
- 22.12.1953: Bedingte Entlassung des Ernst BURIAN durch Entschließung des Bundespräsidenten vom 18.12.1953. Der Beschuldigte wurde vom 22.12.1953 bis 31.3.1955 als Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht in der Strafanstalt Stein angehalten.
- 7.8.1954: Bedingte Entlassung des Josef KRACKER-SEMLER durch Entschließung des Bundespräsidenten vom 5.8.1954. Der Beschuldigte wurde vom 7.8.1954 bis 31.3.1955 als Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht in der Strafanstalt Stein angehalten.

Angaben zu den Verfahren gegen die übrigen Beschuldigten:

- 25.5.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 6d Vr 3738/46 gegen Johann SCHRENK in das gegenständliche Verfahren.
- Juni 1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Eduard STEPAN, Ferdinand HÜBNER und Matthias SIEBER wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 57 StPO (gesonderte Führung zur Vermeidung von Verzögerungen). Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 3c Vr 3554/48.
- 16.7.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann STICHA wegen § 1 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters). Einstellung des Verfahrens gegen Karl KOLE wegen § 1 KVG, § 134 StG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).
- 9.8.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4b Vr 4971/46 gegen Gertrude SCHOLZ gemäß § 56 StPO (Führung eines Verfahrens gegen mehrere Personen wegen derselben strafbaren Handlung bei dem gleichen Gericht) in das gegenständliche Verfahren.
- 3.9.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Vinzenz PETERMANN gemäß § 109 StPO. Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4 Vr 3299/45 gegen Dr. Friedrich NÖTZL gemäß § 56 StPO in

- das gegenständliche Verfahren.
- 18.9.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef KRACKER-SEMLER wegen § 1 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 3e Vr 1693/45 (gegen Johann BRAUN u.a.) und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren.
- 10.1.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich HOFECKER wegen § 1 KVG und gegen Alfred BRAUNSTEINER wegen § 1 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Berta TROLP wegen § 4 KVG und gegen Gertrude SCHOLZ wegen § 1 KVG gemäß § 90 StPO.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Alois MAURER, Johann GRUBMAYR und Karl RESCHINSKY gemäß § 57 StPO. Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 11b Vr 1185/47.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL. Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 2d Vr 1186/47. (Am 22.12.1947 erfolgte die Rückvereinigung mit LG Wien Vg 11 Vr 1185/47).
Ausscheidung des Verfahrens gegen Friedrich NÖTZL zu LG Wien Vg 2d Vr 1187/47.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Gottfried HÖFFLER wegen §§ 8, 10/3 VG und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 2d Vr 1154/47.
Unterbrechung des Verfahrens gegen Josef KERNSTOCK, Franz STIFT, Stefan BUCHNER, Herbert AHLERS, Karl-Heinz SCHWARZ, Johann KRUG, Willi BAUER, Anton DEINL, Philipp BRANDL, Josef SCHWELLER, Emil FRIEDRICH, Josef KRIPSCH, N. KOSEPH oder KROSEPH, Mina BRINKMANN, Axel HAUPT, Alfred WEIDMANN und Josef HÖBLINGER gemäß § 412 StPO
- 23.7.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Otto SCHATTNER wegen § 1 KVG, § 134 StG gemäß § 109 StPO. Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und Anlegung eines neuen Akts LG Wien Vg 3c Vr 5414/47.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton DEINL wegen §§ 10, 11 VG und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 11g Vr 2854/48.
Unterbrechung des Verfahrens gegen Dr. Max MALY (MALLY) gemäß § 412 StPO (Verfahren gegen Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).
- 21.10.1947: teilweise Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 2c Vr 4975/45 gegen Dr. Max MALY in das gegenständliche Verfahren.
- 21.11.1947: Einbeziehung des Verfahrens KG Leoben 18b Vr 1353/47 gegen Johann SCHRENK in das gegenständliche Verfahren.
- 7.4.1948: Verfahrenseinstellungen:
Einstellung des Verfahrens gegen Ernst BURIAN wegen der Ermordung von 3 HJ-Jungen, 1 Soldaten und der Erschießung von ungarischen Jüdinnen und Juden in Gresten und der Ermordung des Hauptmanns Scerny gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Josef KRACKER-SEMLER wegen der Ermordung eines SS-Mannes und des Hauptmanns Scerny (Cerny) sowie weiters wegen der Ermordung von ungarischen Jüdinnen und Juden zu Kriegsende in Göstling, Randegg und Gresten und wegen Misshandlung des Walter Gernedl gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Johann SCHRENK wegen §§ 2, 7 KVG und der Ermordung von ungarischen Jüdinnen und Juden zu Kriegsende in Göstling, Randegg und Gresten gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Leopold PÖLLERITZER wegen § 1 KVG und § 134 StG betreffend Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Anton DEINL wegen § 1 KVG und § 134 StG betreffend Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Alfred WEIDMANN wegen §§ 1 KVG, 134 StG betreffend Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden gemäß § 109 StPO.
Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Max MALY wegen § 1 KVG betreffend Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden gemäß § 109 StPO.

- 7.4.1948: Verfahrensausscheidungen:
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann SCHRENK wegen §§ 10, 11 VG, § 1/6 KVG, § 3/1 KVG und §§ 134, 135/4 StG zu LG Wien Vg 11f Vr 2857/48.
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Leopold PÖLLERITZER wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 1c Vr 2853/48.
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton DEINL wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 11g Vr 2854/48.
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Alfred WEIDMANN wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 11g Vr 2859/48. Ausscheidung des Verfahrens wegen § 98 lit b. StG (Faktum Prischink-Dernitzky) und Abtretung an das KG Krems (Niederösterreich).
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Max MALY wegen §§ 10, 11 VG zu LG Wien Vg 1f Vr 2856/48.
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann SCHWELLER wegen § 11 VG, § 1 KVG (Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden), § 134 StG und § 7 KVG (Faktum Ludwig Bräuer) zu LG Wien Vg 2d Vr 2855/48.
 Ausscheidung des Verfahrens gegen Leopold PÖLLERITZER, geb. 31.1.1905 wegen §§ 8, 10, 11 VG zu LG Wien Vg 8b Vr 2852/48. (Der Genannte ist nicht ident mit dem Beschuldigten Leopold PÖLLERITZER, geb. 30.10.1881)
- 7.4.1948: Unterbrechung des Verfahrens gegen Josef KERNSTOCK gemäß § 412 StPO.
- 2.9.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Emil FRIEDRICH wegen § 1 KVG zu LG Wien Vg 2a Vr 2466/48.
- 3.1.1952: Fortsetzung des Verfahrens gegen Philipp BRANDL wegen § 1 KVG und § 134 StG unter LG Wien Vg 8c Vr 1/52.
- 14.10.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Philipp BRANDL gemäß § 90 StPO.
- 24.9.1953: Fortsetzung des Verfahrens gegen Johann KRUG und Ausscheidung des Verfahrens wegen § 1 KVG und § 134 StG zu LG Wien Vg 8c Vr 181/53.
- 25.11.1953: Fortsetzung des Verfahrens gegen Stefan BUCHNER wegen § 1 KVG unter LG Wien Vg 8e Vr 234/53.
- 23.3.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Stefan BUCHNER gemäß § 109 StPO.
- 10.8.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Franz STIFT wegen § 1 KVG und § 134 StG gemäß § 90 StPO.
- 13.8.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Franz STIFT wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 9 des Bundesverfassungsgesetzes vom 17.12.1951 über die Befreiung der Spätheimkehrer von der Verzeichnungs- und Sühnpflicht, die Einstellung von Strafverfahren und die Strafnachsicht.
- 30.9.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Herbert AHLERS, Karl-Heinz SCHWARZ, Willi BAUER, N. KRIPSCH, N. KOSEPH, Mina BRINKMANN, Axel HAUPT und Josef HÖBLINGER wegen §§ 1, 3, 4 KVG gemäß § 13 NS-Amnestie 1957.
- 30.9.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Josef KERNSTOCK wegen §§ 10, 11 VG und §§ 1, 3, 4 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957. Weiterführung des Verfahrens wegen § 134 StG. Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO bleibt aufrecht.
- 5.12.1961: Einstellung der Voruntersuchung gegen Josef KRIPSCH wegen §§ 134, 135 StG (Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden im Bezirk Scheibbs im April 1945) gemäß § 109 StPO.
- 8.5.1963: Einleitung von Vorerhebungen gegen UT wegen §§ 134, 135 StG.
 Einstellung des Verfahrens gegen Josef KRIPSCH und Josef HÖBLINGER gemäß § 90 StPO durch das LG Wien.
 Abtretung des Verfahrens gegen Josef KERNSTOCK, Herbert AHLERS, Karl-Heinz SCHWARZ, Willi BAUER, N. KOSEPH oder KROSEPH, Mina BRINKMANN und Axel HAUPT wegen §§ 134 ff StG. gemäß § 8 Abs.1 des Ges. vom 20.12.1955 BGBl. Nr. 285/55 (Auflösung der Volksgerichte) und § 51 StPO (Zuständigkeit der Strafgerichte) an das Kreisgericht St. Pölten (Tatort Bezirk Scheibbs) zu 5 Vr 666/63.

- Abtretung des Verfahrens gegen UT wegen der Ermordung ungarischer Jüdinnen und Juden im Bezirk Scheibbs zu Kriegsende gemäß § 51 StPO an das KG St. Pölten zu 5 Vr 666/63.
- 11.9.1963: Einstellung des Verfahrens gegen Herbert AHLERS, Karl-Heinz SCHWARZ, Mina BRINKMANN, Willi BAUER, N. KOSEPH oder KROSEPH und Axel HAUPT wegen §§ 134ff StG. gemäß § 90 StPO.
Einleitung der Voruntersuchung gegen HJ-Oberbannführer N. POPP (BOPP) wegen §§ 5, 134ff StG (Verdacht der Beteiligung am Mord an Rudolf OBENDORFER).
Einbeziehung des Verfahrens KG St. Pölten 5 Vr 665/63 (vormals LG Wien 27a Vr 6542/61) gegen Josef KRIPSCH u.a. in den Akt KG St. Pölten 5 Vr 666/63.
- 12.3.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen N. POPP (BOPP) gemäß § 57 Abs. 1 StPO aus dem gegenständlichen Verfahren.
- 15.6.1964: Unterbrechung des Verfahrens gegen Josef KERNSTOCK gemäß § 412 StPO.
- 23.8.1978: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO bleibt aufrecht.

Zusatzinformationen zum Akt mit der aktuellen Geschäftszahl LG St. Pölten 5 Vr 666/63

Einbezogene Verfahren:

a.) Vg-Verfahren

LG Wien Vg 3c Vr 1580/45 (gegen Alfred WEIDMANN) – wieder ausgeschieden

LG Wien Vg 4 Vr 3299/45 (gegen Dr. Friedrich NÖTZL) – wieder ausgeschieden

LG Wien Vg 3f Vr 3566/45 (gegen Josef KRACKER-SEMLER)

LG Wien Vg 2d Vr 4925/45 (gegen Josef KRACKER-SEMLER)

teilweise LG Wien Vg 2c Vr 4975/45 (gegen Dr. Max MALY – DÖW-Signatur: V814/1-11; FStN-Mikrofilm Nr.1161)

LG Wien Vg 6d Vr 3738/46 (gegen Johann SCHRENK) – wieder ausgeschieden

LG Wien Vg 4b Vr 4971/46 (gegen Gertrude SCHOLZ)

b.) Strafverfahren

KG St. Pölten 5 Vr 665/63

vormals LG Wien 27a Vr 6542/61 (gegen Josef KRIPSCH)

(Gegen HÖBLINGER wurde auch unter LG Wien 20 Vr 6543/61 – ausgeschieden aus LG Wien 27a Vr 7722/60 – ein Verfahren eingeleitet, das mit einem Freispruch des Angeklagten vom Tatvorwurf der Mitwirkung an der Ermordung ungarisch-jüdischer Männer, Frauen und Kinder in Randegg endete)

KG St. Pölten 5 Vr 658/45 gegen Johann STICHA

KG Steyr (Oberösterreich) Vr 169/46 gegen Alfred BRAUNSTEINER

BG Scheibbs Z 27/45 gegen Ernst BURIAN und Josef KRACKER-SEMLER

BG Scheibbs Z 152/45 gegen Josef KERNSTOCK

BG Scheibbs Z 198/45 gegen Vinzenz PETERMANN

Abschriften:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 3e Vr 1693/45 (gegen Johann BRAUN u.a.)

LG Wien 27a Vr 7722/60 (gegen Josef KRIPSCH und Josef HÖBLINGER) Aus diesem Akt wurde das Verfahren LG Wien 27a Vr 6542/61 gegen KRIPSCH betreffend Ermordung ungar. Jüdinnen und Juden im Bezirk Scheibbs zu Kriegsende sowie das Verfahren LG Wien 20 Vr 6543/61 gegen HÖBLINGER betreffend Ermordung ungarischer Jüdinnen und Juden in Randegg ausgeschieden

Ausgeschiedene Verfahren:

LG Wien Vg 2d Vr 1154/47 (gegen Gottfried HÖFFLER)
LG Wien Vg 11 Vr 1185/47 (gegen Alois MAURER, Johann GRUBMAYR (GRUBMAYER, GRUBMEYER) und Karl RESCHINSKY) – DÖW-Signatur: V619/1-15, FStN-Mikrofilm, Nr.1132
LG Wien Vg 2d Vr 1186/47 (gegen Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL)
LG Wien Vg 2d Vr 1187/47 (gegen Dr. Friedrich NÖTZL)
LG Wien Vg 3c Vr 5414/47 (gegen Otto SCHATTNER)
LG Wien Vg 2a Vr 2466/48 (gegen Emil FRIEDRICH)
LG Wien Vg 8b Vr 2852/48 (gegen Leopold PÖLLERITZER, geb. 23.1.1905. Der Genannte ist nicht ident mit dem Beschuldigten Leopold PÖLLERITZER, geb. 30.10.1881).
LG Wien Vg 1c Vr 2853/48 (gegen Leopold PÖLLERITZER, geb. 30.10.1881)
LG Wien Vg 11g Vr 2854/48 (gegen Anton DEINL)
LG Wien Vg 2d Vr 2855/48 (gegen Josef SCHWELLER – DÖW-Signatur: V813/1-11, FStN-Mikrofilm, Nr.1161)
LG Wien Vg 1f Vr 2856/48 (gegen Dr. Max MALY – DÖW-Signatur:V642/1-16, FStN-Mikrofilm, Nr. 1135)
LG Wien Vg 11f Vr 2857/48 (gegen Johann SCHRENK) In diesem Akt enthalten sind die Verfahren KG Leoben 18b Vr 1353/47, LG Wien Vg 6d Vr 3738/46 und BG Scheibbs Z 99/45. – DÖW-Signatur: V812/1-29, FStN-Mikrofilm, Nr. 1161
LG Wien Vg 11g Vr 2859/48 (gegen Alfred WEIDMANN)
LG Wien Vg 3c Vr 3554/48 (gegen Dr. Eduard STEPAN, Ferdinand HÜBNER und Matthias SIEBER)
LG Wien Vg 8c Vr 181/53 (gegen Johann KRUG)

Fehlende Aktenteile:

Teile des Hauptverhandlungsprotokolls (1. Tag, 14.6.1948)
Band I: Blatt 159/160 und Blatt 175/179 (ONr. 47)
Band IV: Blatt 73 (ONr. 512)

Zusätzliche Dokumente:

im Akt befindet sich auch eine Abschrift aus dem Totenbuch der Pfarre Gresten vom April 1945

der Akt enthält Dokumenten von Angehörigen der Familie Klein. Sie wurden im April 1945 in Gresten (Niederösterreich) ermordet.

im gegenständlichen Verfahren befindet sich ein Akt des Landesgendarmariekommandos f. Niederösterreich, der u.a. Namenslisten der in Göstling und Randegg ermordeten Jüdinnen und Juden enthält

Detailinformationen zur Hauptverhandlung gegen die Angeklagten BURIAN und KRACKER-SEMLER:

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung von 14. bis 19. Juni 1948
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOCHMANN
Richter: Dr. OMINGER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Privatbeteiligte: Johanna SEIDLBERGER, Franz, Leopoldine und Josef OBENDORFER

Verteidiger: Dr. Andreas POSCH für Ernst BURIAN

Dr. Alfred FÜRST für Josef KRACKER-SEMLER

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

AHLERS Herbert, geb. 1.3.1928 in Bremen, Angehöriger der Waffen-SS

BAUER Willi, geb. 1.10.1908 in ?, SD-Angehöriger, angeblich SS-Angehöriger

BOPP (POPP) N., geb. ?, HJ-Oberbannführer, Stabsleiter der HJ-Gebietsführung Niederdonau und Stellvertreter des HJ-Gebietsführers KRACKER-SEMLER

BRANDL Philipp, geb. 20.5.1924 in Lunz am See, Fähnleinführer der HJ, Junker der Waffen-SS

BRAUNSTEINER Alfred, geb. 18.4.1921 in Wien, HJ-Führer, Leiter des HJ-Erholungsheims Göstling

BUCHNER Stefan, geb. 5.12.1922 in Behamberg, Bez. Amstetten, Sekretär des Kreisleiters Schrenk

BURIAN Ernst, geb. 17.6.1919 in Jägerndorf (Oberschlesien), ab 1.Juli 1937 Mitglied der NSDAP-Ortsgruppe Gänserndorf

ab 1. Mai 1938 offizieller Beitritt zur NSDAP, Nr. 6, 145.965

ab 12. März 1938 Leiter der HJ-Ortsgruppe Gänserndorf, Standortführers von Gänserndorf, HJ-Scharführer,

Beförderung zum Oberkameradschaftsführer im Jahre 1939,

von August 1939 bis zum Frühjahr 1943 Angehöriger der Wehrmacht (wegen Kriegsverletzung frontdienstuntauglich)

Frühjahr 1943 Lagerführer im Wehrtüchtigungslager der HJ in Raab an der Thaya (Niederösterreich)

Herbst 1943 Versetzung in das Ertüchtigungslager Innermanzing bei Neulengbach

1944 Versetzung in ein HJ-Wehrtüchtigungslager nach Tarvis (Italien)

September 1944 Lagerführer in Lunz am See

DEINL Alois, geb. ? HJ-Gebietsführer

FRIEDRICH Emil, geb. ? SD-Angehöriger

GRUBMAYR Johann, geb. 21.1.1928 in Lunz am See (Niederösterreich)

HAUPT Axel, HJ-Oberbannführer, Werwolf-Angehöriger, geb. ??

HOFECKER (HOFEGGER) Friedrich, geb. 10.7.1922 in Gusswerk (Steiermark), Ausbilder im Wehrtüchtigungslager Reinsberg

HÖBLINGER Josef., geb. 17.8.1920 in St. Pölten, ehem. Angehöriger des SD in Scheibbs

HÖFFLER Gottfried, SS-Führer, Angeh. eines Kommandos des SD (gem. mit Joh. Siebenhandel, geb. 20.10.1910 in Purgstall an der Erlauf und Karl Schlögl)

HÜBNER Ferdinand, geb. 10.7.1887 in Hagenbrunn bei Wien

KERNSTOCK Josef, geb. 19.5.1920 in St. Pölten, HJ-Bannführer in Scheibbs

KOLE Karl, geb. 13.10.1918 in Wien, HJ-Führer, Leiter des Lehrlingsheimes der HJ, Wien III, Schützengasse 27

KOSEPH oder KROSEPH N., SS-Sturmführer, Angehöriger des SD

KRACKER-SEMLER Josef, geb. 25.7.1911 in Rabensdorf, Bez. Klagenfurt, Lehrer, HJ-Gebietsführer von Niederdonau, er gehörte zwischen 1.7.1933 und 13.3.1938 der NSDAP, SA und HJ an. Führer eines SA-Sturms. Er wurde als "Altparteigenosse" anerkannt und war Träger des bronzenen Parteiabzeichens der NSDAP sowie des goldenen Ehrenzeichens der HJ.

von 1925 bis 1930 Mitglied im Wehrverband "Studentenkompanie"

von 1930 bis 1933 Grenzdienst der SA

am 23.Mai 1933 Beitritt zur NSDAP-Ortsgruppe Arnoldstein, Bez. Villach, Mitglieds-Nr. 6, 306.295 Sprengelleiter der NSDAP, Führer des SA-Sturms 13/7

von Mai 1933 bis Juni 1934 Bezahlung der Mitgliedsbeiträge an die Ortsgruppe Bodensdorf am

Ossiachersee

Juni 1934 Flucht nach Deutschland, Angehöriger der Österr. Legion

Austritt im November 1934 und Ernennung zum Leiter der HJ-Führerschule Kuhlmühle

von 15. April 1935 bis Anfang April 1936 Erzieher in der NS-Anstalt Napola Oranienstein bei Dietz an der Lahn in Hessen-Nassau

von April 1936 bis 1938 Wehrsportlehrer an der Reichsschule der Hitlerjugend in Potsdam

Ernennung zum Bannführer, später zum Oberbannführer

Mai 1938 Versetzung nach Grödig bei Salzburg. Leitung einer neu errichteten Führerschule des Obergerbietes Südost

Anfang 1939 Stableiter der HJ-Gebietsführung Wien

Oktober 1939 bis September 1941 Angehöriger der Wehrmacht

bis Sommer 1942 Stabsleiter der Gebietsführung Wien

ab Sommer 1942 Führung des HJ-Gebietes Niederdonau

Sommer 1943 Ernennung zum Gebietsführer von Niederdonau

KRIPSCH Josef , geb. 15.12.1912 in Wien

seit 1.3.1934 Mitglied der NSDAP Nr. 6, 127.933 (Blockwart der NSDAP)

von 1.3.1934 bis 1.5.1935 SA-Mitglied, SA-Scharführer

Rottenführer im SA-Sturm 11/15,

ab 1.5.1939 SS-Mitglied Nr. 337 377

SS-Unterscharführer

ab 30.1.1942 SS-Untersturmführer

ab 9.11.1944 SS-Obersturmführer

bis 1938 im Nachrichtendienst der SS tätig

ab 1.5.1938 Leiter der SD-Aussenstelle im Unterabschnitt Wien

1942 Ernennung zum Aussenstellenleiter beim SD-Leitabschnitt Wien

bis Anfang April 1945 Leiter der SD-Aussenstelle in Wien XV, Felberstraße

Verlegung der Dienststelle nach Scheibbs

Angehöriger eines ohne gesetzliche Grundlage gebildeten Standgerichts in Scheibbs unter der Leitung des Kreisleiters Johann Schrenk als Beisitzer. Der zweite Beisitzer war der Notar Dr. Friedrich Nötzl; die Verhandlungsleitung führte ein unbekannter reichsdeutscher Jurist. Der Angeklagte Richard Seidl wurde zum Tode verurteilt und von einer Einheit der Waffen-SS erschossen.

Nach dem Krieg ließ sich Kripsch für tot erklären und lebte unter dem Namen Paul Bolek – ein ehemaliger Schulfreund des Beschuldigten – unbehelligt bis Anfang der sechziger Jahre in Graz.

KRUG Johann, geb. 28.7.1908, SD-Angehöriger, Gestapobeamter in Scheibbs

MAURER Alois, geb. 6.2.1929 in Gaming (Niederösterreich), HJ-Angehöriger

NÖTZL Friedrich Dr., geb. 11.6.1894 in Wien, öffentlicher Notar, Beisitzer einer Standgerichtsverhandlung in Scheibbs gegen Richard Seidl, verstarb am 26.7.1946 im Lager Glasenbach

PETERMANN Vinzenz, geb. 16.11.1895 in Puchberg bei Randegg (Niederösterreich), ab 1.4.1933 Mitglied der NSDAP,

von 12.3.1938 bis 2.3.1939 Propagandaleiter der Ortsgruppe Randegg,

seit 12.3.1938 Blockleiter in der Ortsgruppe Randegg,

Bürgermeister von Randegg

PÖLLERITZER Leopold, geb. 30.10.1881 in Alland, Bez. Baden,

ab Ende 1938 Schulungsleiter der Ortsgruppe Reinsberg

ab 1941 vertretungsweise Leitung der Amtsgeschäfte des eingerückten Ortsgruppenleiters von Reinsberg. Nach seiner Versetzung nach Scheibbs als Oberlehrer Kreisorganisationsleiter, Kreisschulungsleiter, Berater des Kreisleiters in Schul- und Erziehungsfragen sowie Kulturstellenleiter und Kreisredneranwärter.

BRINKMANN (PRINKMANN) Mina, geb. 4.1.1912 in Ostpreußen, Küchenleiterin des HJ-Erholungsheimes Göstling

RESCHINSKY Karl, geb. 30.11.1922 in Scheibbs, HJ-Angehöriger

SCHATTNER Otto, geb. 12.1.1918 in Kritzendorf, Leutnant und HJ-Bannführer
 SCHOLZ Gertrude, verehe. MILZ geb. 4.11.1919 in Gresten (Niederösterreich) Schriftführerin oder Sekretärin beim SD in Scheibbs, Sekretärin des Josef Kripsch und des Kreisleiters Schrenk
 SCHRENK Johann, geb. 24.12.1897 in Heilbrunn (Südböhmen), Kreisleiter von Scheibbs
 SCHWARZ Karl-Heinz (im Akt auch Heinrich oder Hein genannt), geb. 12.7.1928 in Duisburg, SS-Angehöriger
 SCHWELLER Josef, geb. 27.4.1897, Kriminalobersekretär, SS-Untersturmführer, Angehöriger der SD-Dienststelle in Scheibbs
 SIEBER Matthias, Kommandant des Gendarmeriepostens Göstling
 STEPAN Eduard Dr., Bürgermeister von Göstling
 STICHA Johann, geb. 1.5.1905 in Kauzen (Waidhofen an der Thaya), Kriminalbeamter in St. Pölten, SD-Angehöriger
 STIFT Franz, geb. 12.10.1917 in Purgstall (Niederösterreich), HJ-Bannführer
 TROLP Berta, geb. 19.3.1921 in Waidhofen an der Ybbs (Niederösterreich), ehem. Bannmädführerin, Verdacht der Mitwisserschaft an den "Judenmorden" in Randegg
 WEIDMANN Alfred, HJ-Bannführer

Namensliste der ermordeten Jüdinnen und Juden des Lagers Göstling:

- 1.) BERNAT Edith, 12 Jahre
- 2.) BERNAT Adel, 8 Jahre
- 3.) BERNAT Erwin, 4 Jahre
- 4.) BERNAT Alexander, 10 Jahre
- 5.) BERNAT Ernst, 16 Jahre
- 6.) BERNAT Ibalya, 14 Jahre
- 7.) BERNAT Malwin, 41 Jahre
- 8.) BINDER Andreas, 63 Jahre
- 9.) BINDER Ilona, 52 Jahre
- 10.) BRUNNER Emmerich, 59 Jahre
- 11.) BRUNNER Elisabeth, 60 Jahre
- 12.) DEUTSCH Ladislaus, 51 Jahre
- 13.) DEUTSCH Elisabeth 45 Jahre
- 14.) DOZSA Berta, 76 Jahre
- 15.) DOZSA Elisabeth, 42 Jahre
- 16.) EGAN Ernst, 60 Jahre
- 17.) EGAN Anna, 45 Jahre
- 18.) EGAN Marianne, 21 Jahre
- 19.) FENYVES Berta, 62 Jahre
- 20.) FIACHER Aranka, 68 Jahre
- 21.) HALPHEN Nikolaus, 23 Jahre
- 22.) KALLAI Emil, 64 Jahre
- 23.) KALLAI Ottilia, 51 Jahre
- 24.) KARDOS Klara, 40 Jahre
- 25.) KARDOS Franz, 13 Jahre
- 26.) KELLER Anna, 37 Jahre
- 27.) KELLER Johann, 7 Jahre
- 28.) KELLER Peter, 10 Jahre
- 29.) KERTES (Z) Alexander, 62 Jahre
- 30.) KERTESZ Margarethe, 61 Jahre
- 31.) KISS David, 58 Jahre
- 32.) KISS Margarethe, 47 Jahre
- 33.) KISS Susanna, 17 Jahre
- 34.) KISS Melchior, 56 Jahre

- 35.) KISS Katalin, 43 Jahre
- 36.) KISS Anna, 20 Jahre
- 37.) KISS Judith, 23 Jahre
- 38.) KLEIN Irene, 73 Jahre
- 39.) KRAUS Ludwig, 67 Jahre
- 40.) MOSKOWITZ Ludwig, 63 Jahre
- 41.) MOSKOWITZ Elisabeth, 61 Jahre
- 42.) NEMET Desider, 46 Jahre
- 43.) NEMET Barbara, 34 Jahre
- 44.) NEMET Maria, 13 Jahre
- 45.) NEMET Eugen, 77 Jahre
- 46.) NEMET Juliana, 68 Jahre
- 47.) ORNSTEIN Leopold, 62 Jahre
- 48.) ORNSTEIN Olga, 51 Jahre
- 49.) OVARI Ladislaus, 55 Jahre
- 50.) OVARI Irma, 47 Jahre
- 51.) OVARI Livia, 20 Jahre
- 52.) RAHMER Therese, 64 Jahre
- 54.) SZASZ Mariska, 71 Jahre
- 55.) SZAMEK Georg, 50 Jahre
- 56.) SZAMEK Magda, 41 Jahre
- 57.) SZAMEK Susanna, 19 Jahre
- 58.) SZOBOTKA Stefan, 54 Jahre
- 59.) SZOBOTKA Elisabeth, 51 Jahre
- 60.) SCHIFFMANN Berta, 44 Jahre
- 61.) SCHIFFMANN Olga, 20 Jahre
- 62.) SCHIFFMANN Anna, 16 Jahre
- 63.) SCHIFFMANN Tibor, 14 Jahre
- 64.) SCHIFFMANN Andor, 12 Jahre
- 65.) SCHIFFMANN Edith, 10 Jahre
- 66.) SCHIFFMANN Erwin, 2 Jahre
- 67.) SCHIFFMANN Hanni, 86 Jahre
- 68.) VARADI Ignaz, 66 Jahre
- 69.) VARADI Aranka, 67 Jahre
- 70.) VARADI Nikolaus, 68 Jahre
- 71.) VARADI Irene, 32 Jahre
- 72.) VARADI Eva, 5 Jahre
- 73.) WIESZ Gisela, 67 Jahre
- 74.) WINTER Charlotte, 44 Jahre
- 75.) WINTER Susanna, 17 Jahre
- 76.) WINKLER Jakob, 69 Jahre

Die Ärztin SZEOESI Charlotte überlebte, da sie sich am 13. April 1945 zufällig in Gaming aufhielt.

Namensliste der ermordeten Jüdinnen und Juden von Randegg:

Ein Teil der Ermordeten war im Lager Stangental bei Lilienfeld untergebracht und bei der Fa. Oberleitner & Schneider zwangsweise eingesetzt. Der Rest stammte aus dem Lager Kerschenbach bei St. Veit an der Gölsen und war bei der Firma Gebrüder Schlarbaum, Ziegelfabrik, zwangsweise eingesetzt.

HAUER Moritz, geb. 10.7.1902

HAUER Dora, geb. Ungar 15.7.1901

HAUER Eva, geb. 19.2.1937

HAUER Judith, geb. 29.9.1938

HAUER Erwin, geb. 25.12.1941
HAUER Edith, geb. 2.5.1940
WEISZ Samuel, geb. 8.5.1891
WEISZ Jenny, geb. Neumann, 15.2.1891
WEISZ Klara, geb. 15.1.1929
MARKOVITS Katherina, geb. Weisz, 11.6.1919
MARKOVITS Julius, geb. 10.7.1944
MARKOVITS Franz, geb. 26.3.1943
KOVIES Michael, geb. 12.10.1884
KOVIES Rosalie, geb. Fleischmann, 18.11.1886
KOVIES Aranka, geb. 30.11.1914
KOVIES Helene, geb. 2.2.1922
DOZSA Magdalena, geb. Rozsa, 26.11.1906
DOZSA Anna, geb. 3.3.1936
DOZSA Agnes, geb. 17.2.1937
RITTER Elisabeth, geb. Dozsa 1.9.1908
RITTER Eva Susanne, geb. 4.1.1937
RITTER Marie, geb. 30.1.1943
RITTER Therese, geb. Dozsa 22.7.1916
RITTER Dionis, geb. 13.1.1941
RUDAS Rosalie, geb. Ritter 19.8.1910
RUDAS Gabriel, geb. 19.9.1939
ROBERT Leopold, geb. 11.11.1887
ROBERT Jeanette, geb. Hermann 1.7.1894
VERTES Klementine, geb. Mayer 23.3.1885
VERTES Helene, geb. 27.5.1912
RITTER Hermine, geb. Weisz, 12.12.1873
LÖWY Serene, geb. Klein, 8.7.1881
LÖWY Charlotte, geb. Dozsa, 2.9.1912
SZÖKE Andreas Dr., geb. 2.8.1906
LEITNER Serene, geb. 20.8.1901
LEITNER Paula, geb. 5.3.1927
LEITNER Sandor, geb. 14.10.1928
LEITNER Jenö, geb. 15.7.1931
LEITNER Tiber, geb. 5.1.1934
LEITNER Zoltan, geb. 1.7.1935
LEITNER Ernö, geb. 15.3.1937
LEITNER Bela, geb. 30.11.1940
SCHWED Elisabeth, geb. 13.7.1900
SCHWED Theodor, geb. 30.11.1927
SCHWED Ethel, geb. 6.3.1929
SCHWED Judith, geb. 1.9.1930
SCHWED Sandor, geb. 1.6.1934
SCHWED Mihal, geb. 20.11.1938
SCHWED Klara, geb. 13.8.1940
DEUTSCH Margarethe, geb. 4.1.1903
DEUTSCH Theodor, geb. 12.3.1921
DEUTSCH Eva, geb. 19.12.1926
DEUTSCH Judith, geb. 3.8.1931
DEUTSCH Vera, geb. 26.9.1933
DEUTSCH Elisabeth, geb. 6.8.1935
DEUTSCH Istvan, geb. 24.7.1939

DEUTSCH Erwin, geb. 1.3.1941

Ermordete Jüdinnen und Juden von Gresten:

Viktor KLEIN, geb. 1893 in Püspökladány

Zseni KLEIN, geb. HAMMER, geb. 4.8.1905 in Hajduböszörmény

Kinder:

Ilona, geb. 5.9.1924

Josef, geb. 28.10.1925

Eva, geb. 13.9.1927

Magdalena, geb. 8.4.1931

Gisela, geb. 17.4.1939

Wohnort: Hajduböszörmény, Benedek utca 7

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 2092/45 (LG Wien Vg 8c Vr 1/52, Vg 8e Vr 234/53, Vg 8e Vr 694/55) bzw. KG St. Pölten 5 Vr 666/63: Zentrale österreichische Forschungsstelle
Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1167+1168

DÖW-Signatur: V875/1– 32

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 291/56 (LG Wien Vg 1 Vr 1829/49, Vg 8a Vr 1513/46)

sämtliche Verfahren (insgesamt 2 Bände) liegen ein in: KG Krems 8 Vr 43/56

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts Krems/Donau

Kriegsverbrecherprozess, Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Arisierungprozess, "Reichskristallnacht"-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition, Häftlinge (österreichische), alliierte Kriegsgefangene *Tatland (Tatort)*: Niederösterreich (Gföhl, Groß-Motten, Loiwein und St. Leonhard am Hornerwald), Kärnten (Spittal an der Drau), Tschechien (Premysl)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann BRAUN,
Ernst EDHOFER,
Franz HENGSTBERGER,
Ludwig SCHULZ,
Richard WINNER und
Ignaz ZEISER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde und der Menschlichkeit),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 58 StG (Hochverrat)

Tatvorwürfe:

Kriegsverbrechen:

Verdacht der Beteiligung des Richard WINNER an Misshandlung und Liquidierung von Kriegsgefangenen in den Lagern Pikulicze-Nehrybka bei Premysl (Tschechien) und Spittal an der Drau (Kärnten) zwischen 1941 und 1944

Humanitätsverbrechen an Juden/Jüdinnen, Oppositionellen und ZivilistInnen von März 1938 bis März 1939:

Schwere Misshandlung des Johann WÖLFL – ehem. Bataillonskommandant der Frontmiliz und Bezirksobmann des österr. Gewerkschaftsbundes – durch Richard WINNER in Zusammenwirken mit Leo PILZ in der Gastwirtschaft Schützenhofer (Pächter Hameder) in Gföhl (Niederösterreich) am 28. September 1941. Verminderung der Sehschärfe auf dem linken Auge als Folge der Misshandlungen.

Verletzung der Menschenwürde der Familie WÖLFL durch WINNER, EDHOFER und ZEISER in Gföhl im März 1938. Verhaftung des Johann Wöfl durch WINNER und ZEISER über angeblichen Auftrag der Gestapo im März 1938

Verletzung der Menschenwürde und der Menschlichkeit von Johann WÖLFL, Alois LEHNER, Elisabeth MOLDASCHL, Heinrich BLUMENTHAL, Berthold KOPPENSTEINER und Bruno SCHOBBER durch

Richard WINNER aus politischer Gehässigkeit in Gföhl, Groß-Motten und St. Leonhard am Hornerwald (Niederösterreich) von März 1938 bis März 1939

Weitergabe von Vermögenswerten des Hofrat Heinrich BLUMENTHAL durch den Beschuldigten WINNER in Gföhl im Jahre 1938

Missbräuchliche Aneignung von Uhren aus dem Besitz des Hofrat BLUMENTHAL durch Richard WINNER in Gföhl im November 1938 ("Novemberpogrom").

Missbräuchliche Aneignung von Vermögenswerten des Ehepaars Moritz und Berta KREUZER sowie der Irma BINDERMANN durch den Beschuldigten WINNER in Gföhl und Loiwein im Jahre 1938

Missbräuchliche Aneignung von Vermögenswerten der Irma BINDERMANN durch Johann BRAUN, Franz HENGSTBERGER und Ludwig SCHULZ im Rahmen einer Versteigerung in Loiwein (Niederösterreich) im Jahre 1938 oder 1941/1942

Denunziation des Bürgermeisters von St. Leonhard am Hornerwald Leopold LOIMER durch Richard WINNER im Frühjahr 1939.

Denunziation des Johann WÖLFL wegen Beleidigung des Ortsgruppenleiters von Gföhl durch Richard WINNER am 28.9.1941.

Beleidigung des Gerichtsvorstehers des Bezirksgerichts Gföhl Dr. Bruno PRINZ durch WINNER im Frühjahr 1938. In weiterer Folge zwangsweise Versetzung des Richters.

Erpressung des Franz BALDT zur Herausgabe einer bestimmten Geldsumme als Spende für die NSDAP durch Richard WINNER in Gföhl im Frühjahr 1938

Zerstörung von Fensterscheiben der Wohnung des Heinrich BLUMENTHAL in Gföhl im März 1938

Durchführung einer widerrechtlichen Hausdurchsuchung in der Pfarre St. Leonhard am Hornerwald (Niederösterreich) durch WINNER gemeinsam mit unbekanntem SA-Angehörigen im Frühjahr 1939

Erpressung des Franz BALDT zur Herausgabe einer bestimmten Geldsumme als Spende für die NSDAP durch Richard WINNER in Gföhl im Frühjahr 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.9.1947: Anklageerhebung gegen Richard WINNER wegen § 58 StG in der Fassung § 11 (10) VG und §§ 4, 7 KVG
- 22.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Ernst EDHOFER wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 57 StPO (gesonderte Führung eines Verfahrens zur Vermeidung von Verzögerungen) aus dem gegenständlichen Verfahren.
Einstellung des Verfahrens gegen Richard WINNER betreffend Misshandlung des Johann WÖLFL, Erpressung des Franz BALDT, Denunziation des Leopold LOIMER, Beleidigung des Dr. Bruno PRINZ, Misshandlung von unbekanntem Kriegsgefangenen sowie missbräuchliche Bereicherung an Vermögenswerten des Ehepaars Moritz und Berta KREUZER, des Heinrich BLUMENTHAL und der Irma BINDERMANN.
Einstellung des Verfahrens gegen Ludwig SCHULZ, Johann BRAUN und Franz HENGSTBERGER wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
Unterbrechung des Verfahrens gegen Ignaz ZEISER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).
- 20.1.1948: Verurteilung des Angeklagten Richard WINNER wegen § 4 KVG (Fakten Johann WÖLFL, Alois LEHNER, Heinrich BLUMENTHAL und Berthold KOPPENSTEINER) zu 1 Jahr Kerker. Kein Vermögensverfall.
Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 (10) VG, § 4 KVG (Fakten Elisabeth MOLDASCHL und Bruno SCHOBER) und § 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
- 16.7.1949: Urteilsaufhebung durch den OGH hinsichtlich § 4 KVG (Fakten Johann WÖLFL, Heinrich BLUMENTHAL und Berthold KOPPENSTEINER).
Wiederaufnahme unter LG Wien Vg 1i Vr 1829/49.
- 11.10.1949: Beschluss des VG Wien in einer nichtöffentlichen Sitzung auf Wiederaufnahme des Verfahrens und auf Aufhebung des Urteils gemäß § 358 StPO (Aufhebung des Urteils)

bezüglich der Fakten hinsichtlich derer die Wiederaufnahme bewilligt wurde).
Zurückziehung der Anklage wegen § 4 KVG hinsichtlich der Fakten WÖLFL, BLUMENTHAL
und KOPPENSTEINER durch die Staatsanwaltschaft und Einstellung des Verfahrens gemäß
§ 227 StPO.

Freispruch des Angeklagten WINNER wegen § 4 KVG (Faktum Lehner) gemäß § 259/3
StPO (mangels Beweisen).

13.1.1956: Fortsetzung des Verfahrens gegen Ignaz ZEISER wegen § 4 KVG unter LG Wien 31 Vr
291/56.

Abtretung des Verfahrens gemäß § 8 BGBl. Nr. 285/55 (Auflösung der Volksgerichte am
20.12.1955) an das KG Krems zu Vr 43/56.

19.4.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Ignaz ZEISER wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO durch
das KG Krems.

Zusatzinformationen zum Akt LG Krems Vr 43/56 gegen Richard WINNER u.a.:

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich

a.) der Akt BG Gföhl Z 137/46 (gegen Richard WINNER, Johann BRAUN, Ludwig SCHULZ und Franz
HENGSTBERGER betreffend Arisierung von Vermögenswerten der Irma BINDERMANN)

b.) OGH-Urteil 5 Os 310/48 vom 16.7.1949

Gerichtspersonal:

Detailinformationen zur Hauptverhandlung am 20.1.1948:

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Beisitzender: OLGR. Dr. DOLLMEYER

Schöffen: 2 Frauen, 2 Mann

Richter: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. SPERL und Dr. SCHLÄFFER

Gerichtspersonal:

Detailinformation zum Sitzungsvermerk vom 11.10.1949:

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: Karl BOHRN, Franz JANU und Peter KARNER

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. KNOTEK

Geograf. Bezug: Gföhl

St. Leonhard am Hornerwald

Gross-Motten

Loiwein

Pikulicze-Nehrybka bei Premysl (Böhmen und Mähren)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BRAUN Johann, geb. 14.6.1892 in Taubitz, Bez. Krems, Landwirt

Illegalität,

Juni 1932: Mitglied der NSDAP, Nr. 1.384.715

März 1938-Kriegsende: Bürgermeister der Gemeinde Loiwein, Blockleiter (1939-1945) und

Ortsbauernführer der Ortsgruppe Loiwein

Träger der Ostmarkmedaille

EDHOFER Ernst, geb. 6.7.1905 in Gföhl, Bez. Krems,
illegales Mitglied der NSDAP seit 1934, Nr. 6,180.148
Mitglied in verschiedenen NS-Organisationen NSKK, DAF, NS-Volkswohlfahrt, Luftschutzbund, NS-
Reichsbund für Leibesübungen, Volksbund für das Deutschtum im Ausland, Kolonialbund, Rotes
Kreuz, Organisationsleiter

HENGSTBERGER Franz, geb. 23.11.1907 oder 22.8.1908 in Felling, Bez. Krems
1932: Mitglied der SA, Nr. 1.384.581
1936: Mitglied der NSDAP
Ortsbauernführer
Landwirt

SCHULZ Ludwig, geb. 18.8.1896 in Reichau, Bez. Krems
Mitglieds Nr. 6.236.857
Mitglied des NS-Reichskriegerbundes und des Deutschen Roten Kreuzes
Gastwirt

WINNER Richard, geb. 1.11.1907 in Wien
1933: Beitritt zur NSDAP, Nr. 6, 262.859
SA-Angehöriger
Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes,
Angehöriger des NS-Reichsbundes für Leibesübungen
Träger des SA-Sportabzeichens
10.11.1929: Eintritt in den Justizdienst
1931: Versetzung zum Exekutionsgericht Wien
September 1936: Versetzung als Assistent an das Bezirksgericht Gföhl (Niederösterreich)
März 1938: Ernennung zum Justizinspektor
März 1938: Mitglied beim SA-Trupp Gföhl, SA-Oberscharführer
1.5.1938: offizieller Beitritt zur NSDAP
26.6.1939-27.1.1941: Wehrmacht, Teilnahme am Polenfeldzug
1941-Ende 1944: Dienst in den Kriegsgefangenenlagern Pikulicze-Nehrybka bei Premysl (Böhmen
und Mähren) bis Herbst 1944 und Spittal an der Drau (Kärnten).
Altparteigenosse

ZEISER Ignaz, geb. 25.1.1917 in Jaidhof, Bez. Krems
Illegaler SA-Angehöriger

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 291/56 (LG Wien Vg 1 Vr 1829/49, Vg 8a Vr
1513/46) bzw. KG Krems 8 Vr 43/56: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur: V876/1–11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 769/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess (Bezug zu Verbrechen des Volkssturms 1945)

Opfer:

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems an der Donau, Stein an der Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen Franz JÄGER wegen Illegalität

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung (§ 11 VG):

Nötigung von Untergebenen durch Androhung von Erschießungen

Mitglied des so genannten "Sonderkommandos", das im Auftrag der Gauleitung Verhaftungen durchführte

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.8.1945: Anklageerhebung wegen § 11 (10) VG

5.11.1945: Verurteilung des Angeklagten wegen § 11 (10) VG zu 5 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt Vg LG Wien Vg 1a Vr 769/45 gegen Franz JÄGER, geb. 11.12.1895 in Krems (Niederösterreich)

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

bis 1928 Angehöriger des österr. Bundesheeres

ab 1933 Mitglied der SA und der NSDAP

ab 1934 SA-Scharführer

ab 1938 SA-Rottenführer

ab 1940 SA-Obertruppführer

ab 1943 SA-Sturmführer

von 1940 bis 1944 Hilfsaufseher in der Strafanstalt Stein

von 28.11.1944 bis Kriegsende Angehöriger des Volkssturms

Träger der Erinnerungsmedaille vom 13. März 1938

Hauptverhandlung am 5.11.1945

Vorsitzender: LGR. Dr. MARKUS

Richter: OLGR. Dr. DONAU

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HOCHMANN

Verteidiger: Dr. Franz VONDRAK

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V877/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4e Vr 4786/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Roma und Sinti
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Alexander NAGY

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwürfe:

Sommer 1943 freiwilliger Eintritt in die deutsche Schutzpolizei

Ab August 1944 Aufenthalt im Lager der Ordnungspolizei in Wien-Kagran. Verwendung im polizeilichen Hilfsdienst.

Ab Oktober 1944 Beteiligung an Deportationen ungarischer Jüdinnen und Juden sowie Angehöriger der Roma und Sinti in das KZ Dachau als Mitglied der Wachmannschaft. Aneignung von Schmuckstücken während des Transportes unter Ausnützung dienstlicher Gewalt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

6.5. 1946: Anklageerhebung wegen § 3 KVG

27.11.1946: Freispruch des Angeklagten wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4e Vr 4786/45 gegen Alexander NAGY, geb. 2.11.1904 in Kissarmas Komitat Klausenburg (Ungarn, heute Rumänien)

Hauptverhandlung am 22.11.1946 und 27.11.1946

Vorsitz: Vizepräsident Dr. BERGER

Richter: LGR. Dr. PAUSINGER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. FANTA

Verteidiger: Dr. Julius MAUREK

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4e Vr 4786/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V878/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 2207/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Deportationsprozess, Bezug zu Euthanasie (Zwangssterilisierung)

Opfer: Juden/Jüdinnen, Roma
Tatland (Tatort): Wien, Tschechien (Prag, Brünn, Prossnitz)

Volksgerechtfertigungsverfahren gegen: Friedrich MESSER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 99 StG (gefährliche Drohung)

Tatvorwürfe:

Deportation (Verbrechen an Jüdinnen und Juden sowie an Angehörigen der Roma als Transportbegleiter im Rahmen der Deportationen von Wien nach Polen):

Dezember 1940 Einberufung des Angeklagten als Hilfspolizist
Aufenthalte in Prag, Prossnitz und Brünn. Verbrechen an Jüdinnen und Juden als
Transportbegleiter im Rahmen der Deportationen von Theresienstadt nach Warschau
Nach seiner Rückkehr im Jahre 1942 bis Kriegsende Dienst als Polizeibeamter in Wien

Denunziation:

Anzeige seiner Schwägerin Leopoldine MÖNNICH bei der Gestapo im Jahre 1942. Die Betroffene – Angehörige der Roma – war nach der Flucht aus dem Lager Lackenbach bei ihrer Schwester Magdalena Messer untergetaucht. Nach ihrer neuerlichen Festnahme im Oktober 1942 wurde sie nach Auschwitz deportiert.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.1.1947: Anklageerhebung wegen § 7/3 KVG
17.1.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters). Einleitung der Voruntersuchung wegen § 99 StG und Ausscheidung dieses Verfahrens.
31.3.1947: Freispruch wegen § 7/3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 6c Vr 2207/46 gegen Friedrich MESSER:

Aloisia (Luise) MESSER, Gattin des Angeklagten, wurde im Jahre 1942 von ihrer Untermieterin Lina Prohaska wegen eines angeblichen Verhältnisses mit einem französischen Kriegsgefangenen denunziert und in das Arbeitslager für asoziale Frauen in Wien-Steinhof eingewiesen. Sie wurde vom Erbgesundheitsgericht entmündigt und mit Zustimmung ihres Ehemanns, der als Kurator eingesetzt war, zwangsweise sterilisiert. Im Akt finden sich auch Hinweise auf Misshandlungen durch Ärzte und Angehörige des Pflegepersonals.

Hauptverhandlung am 31.3.1947:

Vorsitzender: LGR. Dr. Friedrich ZEILINGER
Richter: Dr. Karl ASCHENBRENNER
Schöffen: 3 Männer
Staatsanwalt: Dr. HELMREICH
Verteidiger: Dr. Emanuel KNAPIL

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 2207/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V879/1–8

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 5358/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Stein an der Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz LOIDOLT

wegen (§§): § 3/3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung begangen als Angehöriger der Gestapoleitstelle Wien
Mitarbeiter der Gestapoleitstelle Wien (Referat II-A-1 = Abhören ausländischer Rundfunksendungen, Marxismus und Kommunismus)
30.12.1946: Verfahrenseinstellung gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt Vg LG Wien Vg 3b Vr 5358/45:

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

Franz LOIDOLT, geb. 13.10.1899 in Wien
seit November 1922 Angehöriger der Wiener Sicherheitswache
seit 4.7.1932 Mitglied der NSDAP, Nr. 1.085.992
Blockwart der NSDAP
seit 1.11.1937 Mitglied der SS, SS-Rottenführer
seit August 1938 Mitglied der NSV
ab 1941/1942 bis 1945 SS-Sturmscharführer
zwischen 1933 und 1938 Weitergabe von Informationen an Parteiangehörige, Duldung von Schmieraktionen
im März 1938 Übernahme in die Gestapoleitstelle Wien, Kriminalsekretär
von Mai 1938 bis Dezember 1940 im Referat II G
(Schutzdienst und Personalüberprüfung) der Gestapoleitstelle Wien
anschließend bis Kriegsende im Referat II-A-1
Begleitung von Häftlingstransporten von Wien nach Mauthausen zu Kriegsende
Verdacht der Beteiligung an den Verbrechen in der Strafanstalt Stein am 6. April 1945
"Alter Kämpfer",
Träger der Bronzenen Tapferkeitsmedaille und des Karl Truppenkreuz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 5358/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V880/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 6675/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Staatsanwalt)

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien, Oberösterreich (Wels), Salzburg

Volksgerichtsverfahren gegen Dr. Walter HAUKE wegen Amtsmissbrauch und Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen als NS-Staatsanwalt

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwurf:

Staatsanwalt beim 7. Senat des OLG Wien

Verbrechen der Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Adolf Georg Ritter von Weismayr, Johanna von Weismayr, Anna Schönbacher und Julius Lintner im Rahmen von Verhandlungen vor dem 7. Senat des OLG Wien in Salzburg und Wels im Juni und Oktober 1944.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.2.1947: Verfahrenseinstellung gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 6675/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V881/1–6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 4658/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu NS-Justiz

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Gutenstein)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Udo SPERCH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

13.11.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4d Vr 4658/48 gegen Dr. Udo SPERCH, geb. 27.5.1907 in
Oberleutensdorf/ CSR:

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

ab 17.11.1939 Parteianwärter

ab 1.1. 1940 Mitglied der NSDAP, Nr. 8.520.017

Redner, Schulungsleiter und Pressebeauftragter der Ortsgruppe Gutenstein (Niederösterreich)

Mitglied in verschiedenen NS-Organisationen

(NSFK-Sturm, NSV, NSRB und RDB)

Gauakt Nr. 92.853

von 1936 bis 1943 Richter am Oberlandesgericht Wien

ab 1945 Richter am Bezirksgericht Wien Innere-Stadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 4658/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V882/1-4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 1971/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu NS-Justiz
Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Oskar MILAN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)

Tatvorwürfe:

März 1938 Vorsitzender für Zivilrechtssachen in Wien
von Juni 1938 bis Anfang 1945 Parteianwärter der NSDAP

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.5.1948: Verfahrenseinstellung gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien:

Biografische Angaben zu Dr. Oskar MILAN: geb. 13.8.1884 in Wien, Amtsgerichtsdirektor

© Copyright für die Beschreibung des Akts Vg 2d Vr 1971/48: Zentrale österreichische Forschungsstelle
Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V883/1-4

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 221/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen Dr. Karl EGGER wegen
missbräuchlicher Bereicherung

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Missbräuchliche Aneignung von Vermögenswerten des Leopold Hager, Wien VII, Neustiftgasse 54/8, am
15. Dezember 1945.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

5.4.1948: Verfahrenseinstellung gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 221/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V884/1–5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4e Vr 2788/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##
Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen Dr. Otto EDER wegen

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung)

Tatvorwurf:

Verbrechen der Quälerei und Misshandlungen im Rahmen seiner Tätigkeit als NS-Richter
Landgerichtsdirektor

Vorsitzender des Senats 2 des Sondergerichts I beim Landgericht Wien. Verurteilung des Eduard Lippmann am 7. Oktober 1941 wegen Abhörens ausländischer Sender zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis. (Dem Senat gehörten als weitere Mitglieder Landgerichtsrat Ewald und Landgerichtsrat Maasz an. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Thoma.)

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

14.8.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt:

der Akt enthält eine Abschrift des Urteils KLS 69/41 (454) – 2. Senat des Sondergerichts I beim Landgericht Wien – gegen Eduard Lippmann

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4e Vr 2788/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V885/1–9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 584/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##
Opfer:
Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen Dr. Gottfried FRIES wegen Illegalität

wegen (§§): § 10 (11) VG (Illegalität)

1932 Beitritt zum NS-Juristenbund
September 1932 Mitglied der NSDAP, Nr. 1.301.659
Rechtsberater der Ortsgruppe Inzersdorf
Juni 1933 Unterbrechung der Parteimitgliedschaft
März 1938 neuerlicher Beitritt zur NSDAP
Herbst 1938 Schulungsleiter der Ortsgruppe Inzersdorf

10. Oktober 1931 Eintritt in den Justizdienst
1. Jänner 1937 Übernahme in den richterlichen Vorbereitungsdienst
1.12.1938 Ernennung zum Landgerichtsrat beim LG Wr. Neustadt (Niederösterreich)
ab 24. April 1939 Referent für Strafvollzugsangelegenheiten beim Generalstaatsanwalt, Sachbearbeiter in Personalfragen, Bearbeitung sämtlicher Angelegenheiten des Personals der Strafvollzugsanstalten im Sprengel des OLG Wien
August 1940 bis Jänner 1941 Versetzung als Staatsanwalt zum Landgericht Wien
Jänner 1941 Rückkehr zur Generalstaatsanwaltschaft, Referent für Personalangelegenheiten sowie Dienststrafsachen
1942 Beförderung zum Ersten Staatsanwalt beim Oberlandesgericht Wien

"Alter Kämpfer"
KVK II. Klasse

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

23.1.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung des Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 2d Vr 584/45 gegen Dr. Gottfried FRIES, geb. 23.7.1907 in Wien-Inzersdorf. Im Akt befindet sich die Abschrift eines Schreibens des Generalstaatsanwalts Dr. Stich an den Reichsminister der Justiz in Berlin betreffend Ernennung des Dr. FRIES zum Ersten Staatsanwalt beim OLG Wien.

© Copyright für die Beschreibung des Akts : Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V886/1–17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 32d Vr 4359/51
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Krems/Donau)

Strafverfahren (Schöffengericht) gegen: Johann DELI

wegen (§§): §§ 9, 134, 135/4 (versuchte Verleitung zum Verbrechen des Mordes)

Versuchte Verleitung des kroatischen Volkssturmangehörigen Karl Hahn zum Verbrechen des Mordes an dem ukrainischen Arbeiter Anton Kowal (im Akt auch Koval, Kowahl bzw. Kowald und genannt) in einem geräumten Lager ("Ausländerlager Schmidhütte") in Krems-Landersdorf durch Johann Deli – Kompanieführer des Volkssturmes Rohrendorf (Bataillon 125) – im April 1945.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.4.1951: Anklageerhebung wegen §§ 9, 134, 135/4 StG

30.5.1951: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann DELI wegen §§ 9, 134, 135/4 StG aus dem Volksgerichtsverfahren LG Wien Vg 9 Vr 59/51 und Abtretung an das ordentliche Verfahren (LG Wien 32d Vr 4359/51).

3.7.1951: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 9, 134, 135/4 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 32d Vr 4359/51 gegen Johann DELI, geb. 28.2.1899 in Oberschilding, Bezirk Steinamanger/Szombathély (Ungarn)

Dieses Verfahren wäre eigentlich an das Kreisgericht Krems abzutreten gewesen, aus Zweckmäßigkeitsgründen, insbesondere um die Anfertigung von Abschriften des umfangreichen Aktes und die Befassung eines anderen Gerichts mit dem Beweismaterial zu ersparen, wurde das Verfahren auf entsprechendem Antrag dem Landesgericht für Strafsachen Wien zugewiesen.

Das gegenständliche Strafverfahren enthält folgende Abschriften aus dem Volksgerichtsverfahren LG Wien Vg 9b Vr 59/51 (ursprünglich eingeleitet unter Vg 11f Vr 4018/45):

Abschrift des Hauptverhandlungsprotokolls gegen Johann DELI

Abschrift des Todesurteils gegen Johann DELI

Gerichtspersonal

I. Tag: 2.7.1951 an Ort und Stelle im Kreisgericht Krems

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. Josef STÜRZENBAUM
II. Tag: 3.7.1951 an Ort und Stelle in der Siedlung Lerchenfeld in Krems an der Stelle des ehemaligen
Ausländerlagers
Gerichtshof wie am Vortage

Geograf. Bezug: Krems

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 32d Vr 4359/51: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V887/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 2760/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen Josef RÖSSLER wegen Verbrechen an jüdischen BewohnerInnen des Hauses
Wien VII, Neubaugasse 61 im November 1938

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Verbrechen der Quälerei und Misshandlung sowie der Verletzung der Menschlichkeit und der
Menschenwürde begangen als SA-Angehöriger in Zusammenwirken mit seinem Freund Josef SKOVAY und
anderen Nationalsozialisten im November 1938 ("Novemberpogrom"):
Versuchte Vertreibung des Max ALTMANN aus seiner Wohnung im Haus Wien VII, Neubaugasse 61/2/14.

Vertreibung der Emanuel und Josefine FISCHER sowie der beiden Frauen N. MESUSE und N. WEINBERGER
aus ihren Wohnung im Haus Wien VII, Neubaugasse 61. Die betroffene Bewohner- Innen wurde
gezwungen, in die Wohnung des Max ALTMANN einzuziehen.

Beschimpfung des Max ALTMANN und anderer jüdischer BewohnerInnen des Hauses Wien VII,
Neubaugasse 61.

Verdacht der missbräuchlichen Aneignung eines silbernen Essbestecks der Josefine FISCHER sowie eines
Radioapparates der N. WEIN-BERGER

Verdacht der Beteiligung an der Einweisung von Max ALTMANN und anderer Jüdinnen und Juden in ein
KZ

30.7.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5a, 6 und 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung des
Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters). Vorbehalt der
Staatsanwaltschaft auf Ausdehnung der Anklage in Richtung §§ 8, 10, 11 VG.

19.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG.

29.10.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 3, 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt Vg 1d Vr 2760/46

Biografische Angaben zum Beschuldigten

Josef RÖSSLER, geb. 13.10.1912 in Wien

April oder Mai 1938 SA-Angehöriger; SA-Standarte 12/IV

September 1938 Mitglied der NSDAP

Hauptverhandlung am 29.10.1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. URICH

Verteidiger: Dr. Jaro ERICHLEB

Geograf. Bezug:

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2760/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V888/1– 22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 186/52 (Vg 7d Vr 1278/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gauleitung Wien)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen Josef GRILLMAYER
wegen Illegalität und Betrug

wegen (§§): §§ 8, 10/3, 11 VG (Illegalität)
 § 58 StG (Hochverrat) und
 §§ 197, 200, 203 StG (Betrug)

Tatvorwurf:

Der Beschuldigte benützte seine Stellung als Gauhauptstellenleiter dazu verschiedenen Personen in betrügerischer Absicht Gelder herauszulocken

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 7.2.1946: Abtretung des Verfahrens LG Wien 21c Vr 4878/45 an das Volksgericht Wien zu LG Wien Vg 7d Vr 1278/46.
- 26.8.1946: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 197, 200, 203 StG und Abtretung an das allgemeine Referat zu LG Wien 21 Vr 8639/46.
- 1.12.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10 VG
- 10.12.1946: Verfahrenseinstellung wegen § 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 26.4.1949: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
- 23.6.1952: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung § 10/2 VG 47. Neue Verfahrensnummer LG Wien Vg 1a Vr 186/52.
- 3.11.1952: Verurteilung des Angeklagten unter Bedachtnahme auf das Urteil LG Wien 4a Vr 10219/49 vom 17.11.1950 zu 18 Monaten schweren Kerkers.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1a Vr 186/52

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

Josef GRILLMAYER, geb. 26.1.1911 in Unterwaltersdorf bei Wien

1927: Mitglied der SA

Beitritt zur SS, SS-Truppführer

1.6.1932: Beförderung zum SS-Scharführer

15.11.1932: Beitritt zur NSDAP, Nr. 1,386.679

1.11.1933: Ernennung zum SS-Oberscharführer

1933-1938: Tätigkeit beim Flüchtlingshilfswerk Nordwest München, Flüchtlingspass Nr. 1.969

Sozialreferent für geflüchtete Nationalsozialisten aus Österreich,
SS-Angehöriger
Lagerführer im KZ Dachau
1938: Rückkehr nach Österreich, Anstellung bei der Gauleitung Niederdonau
Gauhauptstellenleiter
"Alter Kämpfer"
Gauakt Nr. 116.056

Im Akt finden sich Hinweise zu folgenden weiteren Verfahren gegen Josef GRILLMAYER:
LG Wien 104 Vr 53/44 (Verurteilung wegen Betrugs zu 8 Jahren Kerker)
LG Wien 21c Vr 4878/45
LG Wien 21 Vr 8639/46 (Freispruch des Angeklagten)
LG Wien 4a Vr 10219/49 (Verurteilung wegen Verbrechens der Untreue und des Betrugs zu 2 1/2 Jahren schweren Kerkers)

Hauptverhandlung am 28.1.1947:

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER
Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYR
Schöffen: 3 Männer
Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY
Verteidiger: Dr. Friedrich WEIDINGER

Unterbrechung des Verfahrens bis zur Erledigung des gegen den Beschuldigten anhängigen allgem. Strafverfahrens wegen Verbr. des Betruges.

Hauptverhandlung am 11.1.1949:

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. SPERL
Verteidiger: Dr. Josef LANGER

Vertagung zwecks Psychiatrierung des Angeklagten

Hauptverhandlung am 26.4.1949:

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER
Richter: LGR. Dr. SCHNEIDER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. TINKL
Verteidiger: Dr. Josef LANGER

Hauptverhandlung am 3.11.1952

Vorsitzender: LGR. Dr. SCHACHERMAYR
Richter: LGR. Dr. POGANY
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. HACKL
Verteidiger: Dr. Erich LIEHL für Dr. HANSLIK

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V889/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 1919/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Stockerau)

Volksgerichtsverfahren gegen Karl RÖSSLER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Dr. Blatt in Stockerau im März 1938
Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des zur Strassenreinigung gezwungenen Dr. Blatt in Stockerau (Niederösterreich) im März 1938. Der Angeklagte setzte sich auf den Rücken des jüdischen Rechtsanwaltes und ahmte das Reiten nach.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.5.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG

13.2.1948: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Da aus Sicht des Gerichtes die rechtlichen Voraussetzungen (politische Gehässigkeit in der Handlungsweise des Angeklagten beziehungsweise dienstliche oder sonstige Gewalt unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände) für einen Schuldspruch nach § 4 KVG nicht gegeben waren, erfolgte mangels Vorliegens eines strafbaren Tatbestandes ein Freispruch.

Zusatzinformationen zum Verfahren gegen Karl RÖSSLER, geb. 30.3.1889 in Stockerau (Niederösterreich):

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 13.2.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: Dr. PRIMUS

Schöffen: Viktor FELLNER, Josef CAPEK und Hedwig CZERKAUER

Staatsanwalt: Erster Staatsanwalt Dr. LASSMANN

Verteidiger: Dr. Wilhelm GRUNDLER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 1919/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V890/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 275/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen Florian EDER, Hedwig GANSFUSS, Anna GRASSL, Elisabeth KULOVITS (im Akt auch KULOWITS, KULOVICS und KULOWITSCH genannt) und Alfred (Josef) SLAWIK (SLAVIK)- spätere Eichmann-Mitarbeiter in Ungarn – wegen Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde und Denunziation mit Todesfolge

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)
§ 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang)

Denunziation des Anton HAJEK durch Florian EDER und Alfred (Josef) SLAWIK zur Unterstützung der NS-Gewaltherrschaft in Wien-Meidling, Karl-Löwe-Gasse 4 (Neuwallgasse 4) im November 1941. Anton HAJEK wurde vom Sondergericht Wien wegen kommunistischer Betätigung, Abhörens ausländischer Sender und Unterschlagung von Feldpostbriefen zum Tode verurteilt und am 7.1.1943 hingerichtet. Den Beschuldigten Hedwig GANSFUSS, Anna GRASSL und Elisabeth KULOVITS wurde vorgeworfen, an der Verhaftung und Verurteilung des Anton HAJEK als Zeuginnen mitgewirkt zu haben.

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Antonie HAJEK und ihres minderjährigen Sohnes durch Florian EDER aus politischer Gehässigkeit in Wien-Meidling, Karl-Löwe-Gasse 4 (Neuwallgasse 4) im Jahre 1943. Versuch des Angeklagten Mutter und Sohn aus dem Haus zu vertreiben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 27.8.1946: Unterbrechung des Verfahrens gegen Alfred (Josef) SLAWIK gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige). Einstellung der Vorerhebungen gegen Elisabeth KULOWITS und Hedwig GANSFUSS gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).
- 28.10.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alfred (Josef) SLAWIK wegen § 7 KVG zu LG Wien Vg 2a Vr 7254/47.
Ausscheidung des Verfahrens gegen Anna GRASSL wegen § 7 KVG zu LG Wien Vg 2a Vr 7254/47.
- 9.8.1946: Anklageerhebung gegen Florian EDER wegen § 4 KVG und §§ 7/1,3 KVG.
- 6.4.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 KVG und §§ 7/1,3 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
- 11.2.1953: Bedingte Entlassung des Verurteilten. Bis 24.4.1953 Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Detailinformationen

Gerichtspersonal:

a.) Hauptverhandlung am 8.10.1946 (Vertagung wegen Abwesenheit der Hauptbelastungszeugin Antonie HAJEK)

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: LGR. Dr. BRIK

Schöffen: Josef MARINELLI, Johann SCHIMEK und Theodor ZILINSKY

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

b.) Hauptverhandlung am 6.4.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. IRO

Schöffen: Heinrich EICHBERGER, Oskar CHROMY und Marie STOLL

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Walter KREPPLER für Dr. Hans GÜRTLER

Detailinformationen zu den Beschuldigten

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

EDER Florian, geb. 16.9.1892 in Glashütte bei Alland (Niederösterreich)

Parteianwärter seit 1938

Blockhelfer in der Ortsgruppe "Am Fuchsenfeld"

1941: Parteimitglied Nr. 7,695.964

GANSFUSS Hedwig, geb. 4.10.1887 in Budapest

GRASSL Anna, geb. ca. 1913 oder 1914

Arbeitskollegin von Anton HAJEK im Postamt 82, Arndtstr. 81

KULOVITS Elisabeth, geb. 30.7.1889 in Wien, Hausmeisterin

SLAWIK Alfred (Josef), geb. 20.10.1913 in Wien

SS- und SD-Angehöriger,

Scharführer

Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien,

Eichmann-Mitarbeiter in Ungarn

FStN-Mikrofilm Nr. 1168
DÖW-Signatur V891/1–13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 4246/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerechtigungsverfahren gegen Franz OHRENBARGER
wegen Illegalität, missbräuchlicher Bereicherung und versuchter Denunziation

wegen (§§): §§ 8, 10/3 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität), § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
und §§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

seit 1936: Mitglied der NSDAP, Nr. 21.352
Anbringung von Plakaten und Abhaltung von Versammlungen

November 1939-Mai 1941: Politischer Leiter der Ortsgruppe "Spittelberg"
Mai 1941-Juli 1943: Wehrmacht
1944/45: Gauquartiermeister für den VII. Wiener Bezirk

Arisierung der Wohnung des N. HILLE, Wien VII, Döblergasse 2/26b am 29.10.1938

Versuchte Denunziation des Lederhändlers Raimund HOFBAUER in Wien VII, Döblergasse 2 wegen
Beleidigung des Ortsgruppenleiters der Ortsgruppe "Brillantengrund" Ende 1938

9.1.1947: Anklageerhebung wegen §§ 8, 11 (10) VG und §§ 8 StG, 7 KVG

19.2.1947: Verfahrenseinstellung wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

18.11.1947: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 8, 11 (10) VG und
§§ 8 StG, 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

*Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11g Vr 4246/46 gegen Franz OHRENBARGER, geb. in Pula
(Istrien)*

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 18.11.1947

Vorsitzender: LGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. SAMESECH

Schöffen: Karl BROZ, Lorenz STEINDL und Berta STEINER

Staatsanwalt: Dr. MENZEL

Verteidiger: Dr. Hans KLEIN

Dr. Ernst ZÖRNLAIB

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1168+1169
DÖW-Signatur V892/1–20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11i Vr 977/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Wien (Hernals)

Volksgerichtsverfahren gegen Hans (im Akt auch Johann und Franz genannt) ZUBER wegen Illegalität und Denunziation von Polizeibeamten des Kommissariats Wien-Hernals im März 1938

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität), § 7/2 KVG (Denunziation) und § 58 StG (Hochverrat)

Tatvorwurfe:

Mitglied einer Säuberungskommission am Polizeikommissariat Wien-Hernals im März 1938. In Zusammenwirken mit Oberstleutnant Dörfler, Hauptwachtmeister Josef Gurmanner, Rayonsinspektor Heinrich Binder, Ferdinand Hartmann und Polizeirat Dr. Onderka Denunziation von Polizeibeamten u.a. der Kriminalbeamten Josef DIFERENZ, N. MIKSCH und N. PIPICH sowie von Hofrat Dr. Konrad BÄUMEN, Oberinspektor Johann SCHMID und Oberpolizeirat Otto NEUMANN, der vom Dienst suspendiert und in das KZ Dachau überstellt wurde.

Arisierung der Wohnung des N. ROSENFELD in Wien-Währing, Erndtgasse 30 im März 1938 durch den Beschuldigten ZUBER. Dieser Tatvorwurf wurde nicht näher untersucht.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.2.1947: Anklageerhebung wegen § 58c StG in der Fassung des §§ 8,10/1,2 und 11 VG und § 7/2 a u. b KVG

1.7.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 c StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 7/2 a, b KVG und § 8 VG zu 8 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

22.12.1951: Formelle Entlassung des Verurteilten auf Grund eines Gnadenaktes des Bundespräsidenten vom 22.12.1951. Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht bis 10.1.1952.

6.7.1957: Abweisung des Ansuchens um Tilgung der Verurteilung nach dem NS-Amnestiegesetz 1957 mangels gesetzlicher Voraussetzungen. (Das Gericht ging davon aus, dass der Beschuldigte Zuber für den Tatbestand der wissentlich falschen Anzeige nicht eine geringere, als eine fünfjährige Haftstrafe erhalten hätte.)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11i Vr 977/46 gegen Johann (im Akt auch Hans und Franz genannt) ZUBER, geb. 15.12.1894 in Marienbad (Tschechoslowakei)

Im gegenständlichen Verfahren finden sich Hinweise auf Mitglieder so genannter "Säuberungskommissionen" bei der Wiener Sicherheitswache:

Dr. Zimmermann (Disziplinarreferent für Polizeioffiziere)
Oberstleutnant Dörfler (Leiter des Untersuchungsausschusses des Generalinspektorats der Wiener Sicherheitswache)
Bezirksinspektor Johann Nader (Angehöriger der Abteilung Wien-Währing, Mitglied des Untersuchungsausschusses)
Hofrat der Polizei Michall (Vorsitzender der Disziplinarkommission für Polizeioffiziere)
Major der Polizei Herzog (Beisitzer der Disziplinarkommission)

Biografie

25.1.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 440.220
politischer Vertrauensmann am Kommissariat Wien-Hernals
Betätigung im Nachrichten- und Warnungsdienst der NSDAP
Kontakte zum SD
Weitergabe von polizeiinternen Informationen
Unterstützung von inhaftierten Nationalsozialisten
SS-Angehöriger
10.10.1935-1.12.1935: Suspendierung vom Polizeidienst wegen Betätigung für die NSDAP
1.12.1938: NSV-Mitglied, Nr. 10.883.664
Juli 1943: Beförderung zum Kriminal-Obersekretär
"Alter Kämpfer"
Gauakt Nr. 30.060

Hauptverhandlung am 27.6.1947 (Vertagung auf 1.7.1947):

Vorsitzender: OLGR. Dr. Fritz HACKAUF

Richter: Dr. Paul LITZLFELLNER

Schöffen: Tobias KIRNBAUER, Elisabeth SCHMIDT und Anton ZDARZIL

Staatsanwalt: Dr. Herbert REICHER

Verteidiger: Dr. Richard SMOLÉ

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V893/1–14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 5732/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##
Opfer:
Tatland (Tatort):

Volkserichtsverfahren gegen Magister Ilse TASCHLER wegen Illegalität und Arisierung der Apotheke
Maria Lourdes in Wien-Meidling, Tivoligasse 34

wegen (§§): §§ 8, 10/3 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität,
seit 1936 illegales Parteimitglied, Angehörige der NS-Frauenschaft
1.5.1938: NSDAP, Nr. 6,362.820
1.8.1938: Mitglied der Deutschen Apothekerschaft, Nr. 19.252

"Altparteigenossin"

Arisierung der Apotheke Maria Lourdes in Wien-Meidling, Tivoligasse 34, Besitzerin Malvine KIRSCHEN,
durch Ilse TASCHLER am 1.7.1938

Ihr Gatte Hugo Taschler war illegaler NSDAP-Bezirksleiter von Neunkirchen (Niederösterreich) und

Organisa-
tor der
SA
Standart
e.
Beteiligu-
ng an
Böhleran-
schlägen
. In Haft
von
Februar
1934 bis
April
1934
und von
Mai
1936 bis
Mitte
Juli
1936. Er

verstarb
am 26.
August
1937.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.3.1948: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG und
§ 6 KVG

4.12.1948: Freispruch der Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

*Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11f Vr 5732/46 gegen Ilse TASCHLER, geb. 2.4.1901 in
Portschach an der Südbahn (Niederösterreich):*

Im vorliegenden Akt befinden sich zwei SV-Gutachten:

ein belastendes Gutachten von Magister Heinrich BARTL, Präsident der österr. Apothekerkammer, und
ein die Angeklagte entlastendes Gutachten von Magister Gustav HUMMER

Aus dem gegenständlichen Verfahren fehlt Blatt 51 ONr. 6

Gerichtspersonal

Hauptverhandlung am 4.12.1948:

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHITTENGRUBER

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: Johann TASCH, Leopold CHRISTENHEIT und Karoline RAPP

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Walter KREPPLER für Dr. GÜRTLER

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V894/1– 15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 6275/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Wien (Mariahilf)

Volksgerichtsverfahren gegen Stefan MUSIL wegen Illegalität und Arisierung des Haydn-Kinos in Wien VI,
Mariahilfer Straße 57

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 58 StG (Hochverrat)

Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer"

Blutordensträger

Teilnahme am Reichsparteitag 1927 und 1929 in Nürnberg

Träger des Ehrenzeichens des Reichsparteitages in Nürnberg 1929

Träger der Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Dienstauszeichnungen in Bronze, Silber und Gold

Arisierung des Haydn-Kinos, Besitzer Bela und Rosa KÖNIG, in Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 57,
gemeinsam mit dem SS-Sturmführer Fritz MENSCHIK, MENTSCHIK, MENSCHIG oder MENCJK im Jahre
1939

Arisierung der Lederfabrik KUCHER & NOWOTNY, Vorbesitzer Johann WEINBERGER, in Znaim
(Tschechien) gemeinsam mit Fritz MENSCHIK im Jahre 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.6.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

1.9.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6
KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

30.6.1951: Formelle Entlassung des Verurteilten durch Entschließung des Bundespräsidenten vom
29.6.1951. Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht von 2.7.1951 bis
29.10.1951.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11d Vr 6275/46 gegen Stefan MUSIL, geb. 30.10.1898 in Wien
Das gegenständliche Verfahren enthält ein belastendes SV-Gutachten von Direktor Gustav
SCHEIBENPFLUG

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

1922: Mitglied der NSDAP, Nr. 51.415, Mitbegründer und Kassier der Ortsgruppe Mariahilf
1.5.1923: SA-Angehöriger "Erster SA-Mann Wiens" und "Ältester Wiener Bezieher des Völkischen Beobachters"
Bezirkskassier und Gauabteilungs- bzw. Gauhauptstellenleiter
1927-1929: Gruppenführer (Scharführer) im späteren SA-Sturm
1930-1933: Dienst im SA-Sturm I, Sturm 52 und SA-Stabswache
1927-1934: Kolportageleiter und Kassier bei verschiedenen NS-Zeitungen
1933: Organisation der Verteilung sämtlicher illegaler Parteizeitungen der NSDAP mit ca. 400 Kolporteuren
Beteiligung an NS-Terroraktionen
Verbindungsmann der Gestapo im Wege des SS-Nachrichtendienstes
November 1935-1937: SS-Angehöriger, Mitarbeit im Fahndungsdienst der illegalen Gestapo
12.7.1937: Flucht nach Deutschland, Aufenthalt im Lager des Hilfswerks Nordwest (Godsberg), Dienst in der Österr. Legion, SA-Ausweisnummer 30.207
Ernennung zum SA-Truppführer
Versetzung nach Berlin in das Gauschatzamt als Bürohilfskraft
Sommer 1938: Rückkehr nach Österreich, Tätigkeit im Gauschatzamt der NSDAP in Wien bis 31.7.1939
9.11.1938: Ernennung zum SA-Haupttruppführer der Standarte 81 und zum ehrenamtlichen Fürsorgereferenten
1940: Politischer Leiter in der Ortsgruppe "Windmühle"
30.1.1942: Beförderung zum SA-Sturmführer der Gruppe "Donau"
11.10.1943-Kriegsende: Wehrmacht

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften eines Verfahrens gegen Friedrich MENSCHIK vor dem 3. Senat der Berufungskammer München vom 18.12.1950.
Ein vor dem Volksgericht Wien gegen Friedrich MENSCHIK eingeleitetes Verfahren wurde gemäß § 412 StPO unterbrochen.

Hauptverhandlung am 1.9.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHULZ

Beisitzer: OLGR. Dr. KITL

Schöffen: Konrad MAYER, Franz MÜLLNER und Ludwig HERENDA

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Karl HEIDRICH für Dr. Josef EZDORF

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V895/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7a Vr 2259/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##
Opfer:
Tatland (Tatort):

Volkserichtsverfahren gegen Julius MADRITSCH
wegen Arisierung der Wäscheerzeugung und Textilgroßhandlung WEISZFELD & Co, Wien-Landstraße,
Rennweg 88 im Jahre 1938

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug) und
 § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Arisierung der Wäscheerzeugung und Textilgroßhandlung von WEISZFELD & Co, Besitzerinnen Rosa WEISZFELD und Paula WEISZFELD, verehelichte NEUMANN, in Wien-Landstraße, Rennweg 88 im Jahre 1938

Ab dem Frühjahr 1940 Betätigung als Textilgroßhändler in Polen. Anhäufung eines beträchtlichen Vermögens durch Schmuggel von Pelzen.

Verlauf der Vorerhebungen:

6.7.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).
 Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG gemäß Punkt 3(1) Übergangsbestimmungen I
 Hauptstück II Abschnitt des NS-Gesetzes 1947.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 7a Vr 2259/48 gegen Julius MADRITSCH, geb. 4.8.1906 in Wien

Im gegenständlichen Akt befinden sich Schreiben des Polnisch-Jüdischen Hilfskomitees und der Jüdischen Gemeinde Bad Ischl (Oberösterreich), in denen Julius MADRITSCH und Raimund TITSCH für die Rettung Hunderter Juden aus Krakau, Bochnia, Tarnov und aus anderen polnischen Städten Dank ausgesprochen wird.

Arisierungsakt Gewerbe 4361
Akt der Rückstellungskommission 50 RK 73/48

Biografie:

1939-7.11.1941: Parteianwärter der Ortsgruppe "Westbahn"
Gauakt Nr. 249.102

1926-1938: Angestellter und Einkäufer der Firma Felbermayer "Zum Herrenhuter", Wien I, Neuer Markt
17

1940: Angestellter einer Textilgesellschaft in Krakau

28.4.1941-23.11.1942: Wehrmacht

3.11.1944: Verhaftung durch den SD und Einlieferung in das Gefängnis Monte-Lubi

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V896/1–18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4278/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort): Wien (Hütteldorf), Tschechische Republik (Prag)

Volksgerichtsverfahren gegen Dr. Rudolf HANEL und Johann MAYER wegen Arisierung der Danubia
Textilfabrik in Wien-Penzing, Hütteldorfer Straße 219 im März 1939

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 58 StG (Hochverrat)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung der Danubia Textilfabrik, Vorbesitzer Dr. Paul TRITSCH (TRIETSCH) und Franz BRAUCHBAR, in
Wien-Penzing, Hütteldorferstraße 219 in Zusammenwirken mit Johann (Hans) MAYER, Beamter der
Vermögensverkehrsstelle, im März 1939

Gegen den Beschuldigten Dr. Rudolf HANEL wurden in diesem Verfahren noch folgende weitere
Tatvorwürfe erhoben, die allerdings nicht näher untersucht wurden:
Arisierungen in Tschechien und Ungarn

Tätigkeit für Gestapo und SD in Prag

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.11.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung §§ 10/3, 11 VG, § 8 VG und § 6 KVG

6.10.1947: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

6.12.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Rudolf HANEL wegen § 6 KVG und gegen Johann
MAYER, geb. 17.3.1902, wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu LG Wien Vg 8c Vr 6951/48

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1 Vr 4278/46 gegen Dr. Rudolf HANEL, geb. 17.5.1902 in Wien:

illegales Mitglied der NSDAP

Sturmführer der Reiterstandarte 90 der SA

10.5.1937: Mitglied der NSDAP; Nr. 6, 106.445

"Alter Kämpfer"

Besitzer des Kompass-Verlag, Wien I, Wipplingerstraße 32, gemeinsam mit seinem Vater Kommerzialrat
Rudolf HANEL. Verbindungen zwischen dem Verlag und dem SD-Hauptamt in Berlin. Nach dem Tod des
Vaters im Jahre 1941 alleiniger Inhaber des Verlags.

seit 1943: Mitglied der österreichischen demokratischen Freiheitsbewegung, Gruppe St. Anton am Arlberg (Tirol). Unterlagen im Akt enthalten.

Johann MAYER, geb. 17.3.1902

Beamter der Vermögensverkehrsstelle, SS und SD-Angehöriger

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung gegen Dr. Hanel am 12.5.1947 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR. Dr. SUCHER

Richter: Dr. DOLP

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. PASTROVICH

Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Hauptverhandlung gegen Dr. Hanel am 29.9.1947 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR. Dr. SUCHER

Richter: Dr. GLEISNER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Hauptverhandlung gegen Dr. Hanel am 6.10.1947

Vorsitz: OLGR. Dr. SUCHER

Richter: Dr. SIMONET

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. MENZL oder MENZEL

Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V897/1–15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 682/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volksgerichtsverfahren gegen Rudolf CHROMECEK (CROMECEK) und Friedrich NOWOTNY (NOWOTNY)
wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Josefstadt im November 1938 ("Novemberpogrom")

wegen (§§): § 11 (10) VG (Illegalität, Handlungen aus verwerflicher Gesinnung)
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Misshandlung des Alois DRAGON und des Dr. Alfred BRUNNER durch Fußtritte und Faustschläge in Wien-Josefstadt, Löwenburggasse 3/11 am 9. November 1938 ("Novemberpogrom")

Beteiligung des Rudolf CHROMECEK an der Zerstörung des jüdischen Tempels in der Josefstadt
(Neudeggasse) am 9. November 1938 ("Novemberpogrom")

Arisierung der Wohnung des Max PALLEMBERG (PALMBERG), Wien-Josefstadt, Löwenburggasse 3/7 durch
Rudolf CHROMECEK im Dezember 1938. Max PALLEMBERG soll im Zuge der Arisierung seiner Wohnung von
CHROMECEK die Stiegen hinunter gestoßen worden sein und sich dabei den Arm gebrochen haben.

Missbräuchliche Aneignung einer Speisezimmereinrichtung der Emma FISCHLER in Wien-Josefstadt,
Schönborngasse 10, CHROMECEK im November 1938

Misshandlung, Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde von unbekanntem Jüdinnen und
Juden in Wien-Josefstadt durch CHROMECEK und NOWOTNY und missbräuchliche Aneignung von
Wertgegenständen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25. 11.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Rudolf CHROMECEK (CROMECEK) und Friedrich
NOWOTNY (NOWOTNY) aus dem Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 899/45 (gegen Karl
KLEMMAYER und andere Beschuldigte) und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien
Vg 1a Vr 682/49
- 10.1.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf CHROMECEK wegen § 4 KVG (Faktum Haus
Wien-Josefstadt, Schönborngasse 6) gemäß § 227/1 StPO (Rücktritt der
Staatsanwaltschaft von der Anklage vor Beginn der Hauptverhandlung) und wegen §§ 3, 4
KVG (Fakten DRAGON und Dr. BRUNNER) gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich NOWOTNY wegen §§ 3, 4 und 6 KVG gemäß §
227/1 StPO und wegen §§ 3, 4 KVG (Fakten DRAGON und Dr. BRUNNER) gemäß § 109

- StPO
- 11.3.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich NOWOTNY wegen § 11 VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 18.7.1952: Anklageerhebung gegen Rudolf CHROMECEK wegen § 6 KVG (Faktum Speisezimmereinrichtung der Emma FISCHLER)
- 30.7.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf CHROMECEK wegen § 11 VG gemäß § 227 StPO
- 17.11.1952: Freispruch des Angeklagten CHROMECEK gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1a Vr 682/49 gegen Rudolf CHROMECEK und Friedrich NOWOTNY:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus LG Wien Vg 12 Vr 899/45 (gegen Karl KLEMMAYER und andere Beschuldigte)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

Rudolf CHROMECEK, geb. 29.4.1904 in Wien

9.2.1935: Mitglied der NSDAP, Ortsgruppe Josefstadt, Nr. 6, 133.031

Aufbewahrung von Propagandamaterial und Sprengstoff

1.4.1938: Blockleiter der Ortsgruppe Hamerling

Mitglied in verschiedenen NS-Organisationen (NSV, RKB und DAF)

24.5.1940: Wehrmacht

Gauakt Nr. 112.398

Träger der Ostmarkmedaille

Friedrich NOWOTNY, geb. 14.7.1902 in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 17.11.1952

Vorsitzender: LGR. DR. SCHACHERMAYR

Beisitzer: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Herbert JAHN

Wien (Josefstadt)

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V898/1–19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 127/51 (LG Wien Vg 8c Vr 1433/46)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volkserichtsverfahren gegen Hermann und Marie GEER wegen Registrierungsbruch, Illegalität,
Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde, Arisierung und Denunziation

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbruch, Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe:

Vertreibung des jüdischen Mieters Israel MAYER (MAIER) und Arisierung der Wohnung, Wien-Alsergrund,
Liechtensteinstraße 59/9 im Jahre 1939

Mitwirkung an der Arisierung folgender Bäckereien als kommissarischer Verwalter:

Lauer/Leib/Seinwel, Wien-Brigittenau, Engerthstraße 98

Otto Kuhn, Wien-Ottakring, Neulerchenfelderstraße 5

Abraham Chaim Halpern, Wien-Leopoldstadt, Schiffamtsgasse 20

Denunziation des Amtrats Alois SETTINGER vom Standesamt 6, Wien-Landstraße, Reisnerstraße 5 beim
Ortsgruppenleiter Hans Griessler am 10. Oktober 1939. Der
Standesbeamte hatte dem Angeklagten auf Grund fehlender
Dokumente den Vollzug der Eheschließung verweigert.

Denunziation der Amalie FRIEDSAMER bei der Ortsgruppe "Liechtental" wegen abfälliger Bemerkungen
über einen Bericht der Wochenschau am 14. Jänner 1941 in Wien-Alsergrund
Die Gattin des Beschuldigten, Marie Geer, soll ein Damenkonfektionsgeschäft arisiert haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 16.2.1946: Beschluss auf abgesonderte Führung des Verfahrens gegen Marie GEER und Anlegung
eines neuen Akts unter LG Wien Vg 8c Vr 1798/46
- 6.9.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Hermann GEER wegen § 8 VG und § 6 KVG gemäß § 109
StPO (Einstellung des Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 16.8.1946: Anklageerhebung gegen Hermann GEER wegen §§ 10/1, 11 VG, § 4 KVG, 7 KVG und §§ 8
StG, 7 KVG
- 29.12.1947: Änderung der Anklage wegen § 7 KVG in der Hauptverhandlung auf das Verbrechen der
versuchten Denunziation nach §§ 8 StG, 7 KVG. Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8
StG, 7 KVG zu 8 Monaten Kerker. Vermögensverfall.

- Freispruch wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG (Faktum Israel MAYER) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 16.2.1951: Teilweise Aufhebung des Urteils (Faktum Alois SETTINGER) und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1i Vr 127/51
- 10.4.1951: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8 StG, 7 KVG (Faktum Alois SETTINGER) gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage vor Beginn der Hauptverhandlung)
- 30.5.1951: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8 StG, 7 KVG (Faktum Amalie FRIEDSAMER) zu 4 Monaten Kerker.
Kein Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1i Vr 127/51 (LG Wien Vg 8c Vr 1433/46) gegen Hermann und Maria GEER

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften von NS-Dokumenten betreffend Arisierung der Bäckereien Abraham Chaim HALPERN
Otto KUHN und LAUFER/LEIB/SEINWEL

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

Hermann GEER, geb. 17.7.1906 in Wien

1.3.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 520.059

Kassenrevisor der Fachorganisation der "Jungen Bäcker" in Wien

"Alter Kämpfer"

10.7.1939-Kriegsende: Wehrmacht

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 29.12.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. GRUCHOL

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. Rudolf SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Ludwig MARGREITER

Hauptverhandlung am 30.5.1951

Vorsitzender: OLGR. Dr. STAHL

Richter: LGR. Dr. PICHLER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. HACKL

Verteidiger: Dr. Ludwig MARGREITER

*Geograf. Bezug:*Wien-Landstraße

Wien-Alsergrund

Wien-Ottakring

Wien-Brigittenau

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1118

DÖW-Signatur V899/1–8 (identisch mit DÖW-Signatur V564/1-7)

Benützungsbefchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 117/51

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen ##

Opfer:

Tatland (Tatort):

Volksgerechtsverfahren gegen Georg LAIMER wegen Auslieferung an Frankreich gemäß eines am 28.10.1950 vom Ständigen Militärgericht in Bordeaux erlassenen Haftbefehls

wegen (§§): § 59 StPO (Auslieferung an eine ausländische Behörde)

Tatvorwürfe:

Der Beschuldigten stand unter Verdacht, als stellvertretender Leiter der Gestapo von Hendaye an der französisch-spanischen Grenze zwischen 1940 und 1944, sich der Bandenbildung und -teilnahme, vorsätzlicher Tötung, Freiheitsberaubung, Quälereien und Plünderungen schuldig gemacht zu haben.

Beteiligung an der Durchführung von Hausdurchsuchungen und der Beschlagnahme von Wertgegenständen in St. Jean de Luz im Jahre 1944.

Verlauf des Auslieferungsverfahrens:

18.4.1952: Einleitung des Auslieferungsverfahrens gegen Georg LAIMER gemäß § 59 StPO

31.5.1952: Beschluss des Oberlandesgerichtes Wien auf Ablehnung der Auslieferung des Georg LAIMER

20.1.1953: Beendigung des Verfahrens durch Ablehnung des Auslieferungsbegehrens gemäß § 59 StPO mit Beschluss des Oberlandesgerichtes Wien vom 31.5.1952

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 117/51 gegen Georg LAIMER:

Im gegenständlichen Auslieferungsverfahren finden sich Hinweise auf folgende weitere Angehörige der Gestapodienstsstelle Hendaye (Frankreich):

Alfons NORDMANN, Hugo KÖNIG, Georg HAWELKA, WARTHONA,
Josef GUGGENBERGER (Chauffeur des Gestapokommissars Schmidt),
HASEMANN und Heinz SCHWERS

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

Georg LAIMER, geb. 18.12.1908 in St. Wolfgang (Oberösterreich)

Kriminalbeamter im Range eines Kriminaloberassistenten

1932: Mitglied der NSDAP

1938-1940: Dienst bei den Kommissariaten Meidling und Wieden

Versetzung nach Paris. Dienst bei der Abteilung 5 des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Frankreich. Fahndungsbeamter

Jänner oder Februar 1944: Versetzung nach Hendaye

1.7.1944: Abberufung nach Paris

9.9.1944: Dienstantritt bei der Kripodienststelle in Wien-Liesing

Geograf. Bezug: Hendaye (Frankreich)
St. Jean de Luz (Frankreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V900/1– 14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1791/45 (31 Vr 222/56)

sämtliche Verfahren liegen ein in: LG Korneuburg 8a Vr 92/56

Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts Korneuburg

Kriegsverbrecherprozess, Denunziationsprozess

Opfer: ausländische ArbeiterInnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Strasshof)

Volksgerechtsverfahren gegen: Heinrich WEINBERGER,
Anna GRANDINGER und
Franz SCHREINER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Kriegsverbrechen

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde und Denunziation von ausländischen Arbeitern, vorwiegend russischen Zwangsarbeitern, durch Heinrich WEINBERGER unter missbräuchlicher Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt als Vorsteher des Bahnbetriebswerkes in Strasshof (Niederösterreich) von Oktober 1940 bis März 1945

Denunziationen

Denunziation des Lokführers Markus FELLNER durch Heinrich WEINBERGER und Anna GRANDINGER, weil er im Rahmen einer Heldenehrung im August 1944, am Friedhof in Strasshof die Hand nicht gehoben hat

Denunziation des Franz VITOUL durch Heinrich WEINBERGER wegen abfälliger Bemerkungen über die NSDAP im Rahmen einer Versammlung

Denunziation des Lagermeisters Johann HOLZMÜLLER durch Heinrich WEINBERGER wegen angeblicher Spionage

Denunziation von Josef HASSIL, Josef WINDSCHAL, Miroslav KUKLIK und Ludwig PARTOSIK durch Heinrich WEINBERGER wegen unentschuldigen Fernbleibens von der Arbeit. Einweisung der Betroffenen in das Arbeitslager Oberlanzendorf im Gemeindegebiet von Maria Lanzendorf.

Denunziation der Ostarbeiter Ladislaus KULICENKO, Michael und Josef SUPCIK und Andreas KOSEL wegen Diebstahl und anderer Delikte. KOSEL wurde angeblich im Wiener Landesgericht ermordet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.3.1947: Anklageerhebung gegen Heinrich WEINBERGER wegen §§ 4, 7 KVG

3.4.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Franz SCHREINER gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Unterbrechung des Verfahrens gegen Anna GRANDINGER gemäß § 412 StPO

(Unbekannte,
Abwesende oder
Flüchtige)

- 13.9.1948: Freispruch des Angeklagten WEINBERGER wegen §§ 4, 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 11.1.1956: Fortsetzung des Verfahrens gegen Anna GRANDINGER unter LG Wien 31 Vr 222/56. Abtretung an das Kreisgericht Korneuburg gemäß § 8 Bundesgesetzblatt 285/55 (Auflösung der Volksgerichte) zu KG Korneuburg 8a Vr 92/56
- 15.2.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Anna GRANDINGER wegen § 7 KVG gemäß § 224 StG (Tod der Beschuldigten)
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 31 Vr 222/56 (LG Wien Vg 1a Vr 1791/45), einliegend in LG Korneuburg 8a Vr 92/56:

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

WEINBERGER Heinrich, geb. 25.10.1894 in Lundenburg, Bez. Nikolsburg (Tschechei)

seit November 1939: Parteianwärter

22.6. 1943: NSDAP-Mitglied, Nr. 9,042.800

1919-1938: Lokomotivführer und Aufsichtslokführer in Hohenau, Bezirk Gänserndorf (Niederösterreich)

8.10.1938-Oktober 1940: Versetzung nach Lundenburg., Stellvertreter des Heizhausvorstandes ab 11.10.1940-März 1945: Bahnbetriebswerkvorsteher in Strasshof

GRANDINGER Anna, geb. 8.11.1885 in Oderberg (Schlesien), gest. 15.1.1956 in Munderfing

SCHREINER Franz, geb. 30.8.1910 in Rust (Burgenland)

1943-1945: Partieführer im Ausländerlager Strasshof

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 26.4.1948 (Vertagung)

Vorsitz: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: Dr. SIMONET

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Andreas POSCH

Hauptverhandlung am 13.9.1948:

Vorsitz: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. COULON

Verteidiger: Dr. Andreas POSCH

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Korneuburg 8a Vr 92/56 (enthaltend auch LG Wien Vg 1a Vr 1791/45 und 31 Vr 222/56): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1169
DÖW-Signatur V901/1–12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4a Vr 5711/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: - (Sachbeschädigung)
Tatland (Tatort): Wien (Inzersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf SACHER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 85c StG (boshafte Beschädigung fremden Eigentums)

Tatvorwürfe:

Illegalität,

Mitgliedschaft in der Auslandsorganisation der NSDAP und Leiter der Ortsgruppe Sternhof- Kreis
V in Wien

Verbrechen bei Kriegsende

Sprengung der "Franzensbrücke" in Wien-Siebenhirten gemeinsam mit Franz SCHWABEL zu
Kriegsende

Verlauf der Voruntersuchungen:

- 29.8.1947: Erklärung der Staatsanwaltschaft Wien auf Zurückziehung des Antrages auf Einleitung der
Voruntersuchung gegen Rudolf SACHER wegen §§ 3, 4 KVG
- 10.9.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 5597/47 gemäß § 56 StPO (Zuständigkeit der
Strafgerichte) in das gegenständliche Verfahren
- 3.7.1949: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch
Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4a Vr 5711/47 gegen Rudolf SACHER:

Im vorliegenden Akt befindet sich der einbezogene Akt LG Linz Vg 8 Vr 5597/47 gegen Rudolf SACHER
sowie Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 4a Vr 3470/45 gegen Johann PRASSE, Leiter der Ortsgruppe
Wien-Inzersdorf

Weiters finden sich im beigelegten Polizeiakt Informationen über die Rolle des Franz SCHWABEL in
Wien-Inzersdorf zu Kriegsende

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

Rudolf SACHER, geb. 23.1.1886 in Wien

1934-1938: Aufenthalt in Buenos Aires, Einrichtung und Leitung einer Metallwarenfabrik

Mai 1938: Ansuchen um Aufnahme in die NSDAP

1938: Rückkehr nach Österreich, Organisationsleiter der DAF Ortsgruppe Inzersdorf,

fallweise Vertretung des Ortsgruppenleiters von Inzersdorf, Prasse

während des Krieges Beamter der Inzersdorfer Teigwarenfabrik

Mitglied der NSDAP, der NSV und der DAF
Zugführer im Volkssturm in Wien-Inzersdorf

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4a Vr 5711/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1169+1170

DÖW-Signatur V902/1–22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12f Vr 1379/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: - (Sachbeschädigung)

Tatland (Tatort): Wien, Oberösterreich (Mauthausen)

Volksgerechtsverfahren gegen: Ing. Johann STANZIG

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§§ 10, 11 VG (Illegalität, SS-Standartenführer)

Tatvorwürfe:

Löschverbot der im Zuge des "Novemberpogroms"

Stanzig befahl am 10. November 1938, die im Zuge des "Novemberpogroms" in Wien in Brand gesteckten Synagogen keineswegs zu löschen, sondern nur das Übergreifen des Feuers auf angrenzende Objekte zu verhindern.

Abzug der Feuerwehr aus Wien in der Nacht vom 6. zum 7. April 1945

In der Nacht vom 6. zum 7. April 1945 erteilte Stanzig an die bereitgestellten Löscheinheiten den Befehl, Wien in Richtung Korneuburg-Krems zu verlassen. In Wien blieben nur ein schadhaftes Löschgerät und 35 Feuerwehrleute zurück. Stanzig überwachte streng die Ausführung seines Befehls und drohte, die zurückgebliebenen Feuerwehrmänner zu bestrafen. Die aus Wien abgezogenen Löschfahrzeuge samt Mannschaften wurden nach Mauthausen gebracht, wo die "Feuerschutzpolizei Wien" aufgelöst wurde; die Feuerwehrmänner wurden in zwei Kompanien eingeteilt, um die Waffen-SS im Bewachungsdienst des KZ Mauthausen abzulösen. Bei Heranrücken der amerikanischen Streitkräfte versuchte Stanzig die ihm früher unterstellten Feuerwehrmänner zum Beitritt in eine Sonderformation zu überreden, welche von SS-Hauptsturmführer Skorzeny befehligt wurde und die Aufgabe hatte, vor und hinter der Front "Sonderaktionen" (z. B. "Liquidierung bestimmter Personen") durchzuführen.

Im Februar 1944 machte Stanzig anlässlich einer Inspektion der Feuerwache Landstraße die Bemerkung, dass die Feuerschutzpolizei eine gründliche Reinigung ihrer Reihen von gewissen Elementen benötige. Gegenüber dem Exerziermeister Götz drohte, dass nicht nur die Köpfe von zwei sich bereits in Haft befindlichen, sondern noch von vielen anderen Feuerwehrleuten rollen würden.

Im April 1945 ohrfeigte Stanzig einen Feuerwehrmann, welcher mit dem Tankwagen auf der Fahrt nach Mauthausen in den Straßengraben fuhr.

Im Jahre 1943 hatten Rosa Klasz und Leopoldine Schlaf Stanzig gebeten, sich für die Begnadigung ihrer Ehemänner, welche Feuerwehrmänner und zum Tode verurteilt worden waren, einzusetzen. Ihre Bitte wurde von Stanzig in brüsker und unmenschlicher Weise abgewiesen (auf diesen Punkt wurde die Anklage in der HV erweitert).

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.12.1946: Anklageerhebung wegen §§ 1, 4 KVG, §§ 10, 11 VG.

3.2.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 101, 102c StG und Abtretung an den

Untersuchungsrichter der allgemeinen Abteilung.

26.2.1948 (3. Tag der HV):

Der StA tritt von der Anklage des Verbrechens nach § 4 KVG (Faktum Ohrfeigung eines Feuerwehrmannes) zurück und beantragt den Schuldspruch im Sinne der Anklageschrift und Bestrafung wegen Äußerung gegenüber Rosa Klasz und Leopoldine Schlaf in der Richtung des § 11 VG.

26.2.1948: Verurteilung von Johann Stanzig zu 5 Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall wegen §§ 10, 11 VG; Freispruch bezüglich §§ 1, 4 KVG.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12f Vr 1379/46

AKTENVERMERK (1.9.2003):

Im vorliegenden Akt Vg 12 f Vr 1379/46 (Johann STANZIG) fehlen folgende Ordnungsnummern bzw. Teile daraus:

ONr. 3 (Beilagen, Fotos)

ONr. 6: Zl. 177

ONr. 47

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

STANZIG Johann Ing., geb. 10.10.1882 in Wien

seit 1912: Wiener Berufsfeuerwehr

1929 bis 1939: Brandoberinspektor

18.3.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,601.577

1.1.1936: SS

1939: Versetzung zum Stadtbauamt als Oberbaurat, Leiter der Luftschutzstelle

1943: SS-Standartenführer, Kommandeur der Wiener Feuerschutzpolizei

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 5.5.1947 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR Max GRIEB

Richter: Georg PATTIS

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. Herbert EICHLER

Verteidiger: Dr. Oskar MAYR

Hauptverhandlung von 24.-26.2.1948:

Vorsitz: OLGR Dr. SEHORZ

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Oskar MAYR

FStN-Mikrofilm Nr. 1170
DÖW-Signatur V903/1-21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 474/49 (Vg 5a Vr 5318/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), "Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen Franz SAGAI

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Illegalität, SA-Obertruppführer, Registrierungsbruch),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§§ 166, 167b StG (Brandlegung) und
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Sagai hat in Wien-Leopoldstadt in den Tagen unmittelbar nach dem "Anschluss" gemeinsam mit anderen unbekannt Personen jüdische Frauen, Männer und auch Kinder überfallen und diese mit Faustschlägen und Fußtritten misshandelt. Sagai hat veranlasst, dass jüdischen Frauen und Männern Schilder umgehängt wurden, mit welchen sie vor Geschäften stehen mussten und auf welchen geschrieben stand, dass in diesen Geschäften nur Juden einkaufen dürfen.

Inbrandsteckung der Synagoge in der Stuwertstraße in Wien-Leopoldstadt und des Bethauses in der Wohlmutstraße im Zuge des "Novemberpogroms".

"Arisierung" des Sportgeschäftes Kurt Pollak in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 11b, im Dezember 1938.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.7.1947: Ausscheidung des gegenständlichen Verfahrens aus dem Verfahren Vg 2e Vr 3692/45 (Adolf KUNZE u.a.).

25.2.1948: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 166, 167b StG.

3.5.1948: 8 Monate Kerker, schuldig bezüglich §§ 8, 10/1, 10/2 VG; Freispruch bezüglich § 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG, §§ 166, 167b StG

8.1.1949: Der OGH hob den Freispruch bezüglich § 6 KVG auf, da er erhebliche Bedenken gegen die dem Urteil in Richtung § 6 KVG zugrundegelegten Tatsachen hatte.

7.3.1949: Sagai wird im Wiederaufnahmeverfahren wegen § 6 KVG zu 2 Monaten Kerker verurteilt.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1h Vr 474/49 (LG Wien Vg 5a Vr 5318/47)

Das gegenständliche Verfahren wurde mit Beschluss vom 11.7.1947 aus dem Verfahren Vg 2e Vr 3692/45 (Adolf KUNZE u.a.) Ausgeschieden und enthält Abschriften bzw. Originalakte aus Vg 2e Vr 3692/45.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

SAGAI Franz, geb. 29.3.1909 in Wien

1923: HJ

1929: SA
1.8.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 514.087
1933: SA-Obertruppführer
1933-1934: SA-Terrorgruppe
1934-1937: selbständige ND-Gruppe
"Alter Kämpfer", goldenes Ehrenzeichen der HJ

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13.4.1948 (Vertagung):

Vorsitz: Dr. JOST
Richter: OLGR Dr. POPPY
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. HICKE
Verteidiger: Dr. Franz SEJNA

Hauptverhandlung vom 3.5.1948:

Vorsitz: Dr. JOSST
Richter: DR. GLEISSNER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: DR. GÖHL
Verteidiger: Dr. Franz SEJNA

Hauptverhandlung vom 7.3.1949 (Wiederaufnahme):

Vorsitz: Dr. APELTAUER
Richter: DR. EBERLIN
Schöffen: 3 Männer
Staatsanwalt: Dr. TINKL
Verteidiger: Dr. Franz SEJNA

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 474/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1170
DÖW-Signatur V904/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 7276/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: - (Sachbeschädigung)
Tatland (Tatort): Wien (Margareten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Edmund DRBAL

wegen (§§): §§ 166, 167c StG (Brandlegung)

Tatvorwurf:

Inbrandsteckung des Tempels am Mittersteig in Wien-Margarethen im Zuge des "Novemberpogroms".

Verlauf des Voruntersuchungen:

14.11.1947: Ausscheidung des gegenständlichen Verfahrens aus Vg 6d Vr 8023/46 (Edmund DRBAL).
4.2.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 6a Vr 7276/47:

Das gegenständliche Verfahren ist am 14.11.1947 aus dem Verfahren LG Wien Vg 6d Vr 8023/46 (Edmund DRBAL) ausgeschieden worden und enthält umfangreiche Abschriften aus Vg 6d Vr 8023/46 (Antrags- und Verfügungsbogen, Beschuldigtenvernehmung Edmund Drbal, Anklageschrift vom 7.3.1947, Hauptverhandlungsprotokoll vom 24.5.1947).

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

Edmund DRBAL, geb. 14.6.1899 in Wien
Juli bis Oktober 1938: Kraftfahrer bei der SA

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 7276/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1170
DÖW-Signatur V905/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 102/53
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Alsergrund)

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter LORENZ

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§§ 166, 167b StG (Brandstiftung)

Tatvorwürfe:

Inbrandsteckung des Tempels in Wien IX., Müllnergasse

Am 10. November 1938 erschien Lorenz gemeinsam mit anderen SA-Angehörigen um 6 Uhr früh vor dem Tempel in Wien IX., Müllnergasse 21. Sie schlugen den Tempelwart Max Ullmann, der ihnen den Einlass verwehrte, nieder; anschließend zerstörten sie die Bänke des Tempels, rissen die Bundeslade auf und entfernten daraus die Thorarollen. Sie legten ein Feuer, das bald darauf aber wieder erlosch.

empfindlicher Misshandlung von Max Ullmann im Zuge des "Novemberpogroms"

Am 10. November 1938 erschien Lorenz gegen 10 Uhr mit einer größeren Anzahl von SA-Angehörigen beim Tempel in Wien IX., Müllnergasse 21, wo sie den Tempelwart Max Ullmann so schwer misshandelten, dass dieser 6 Wochen im Krankenhaus stationär behandelt werden musste. Daraufhin zündeten sie die Inneneinrichtung des Tempels mit Pechfackeln an, so dass der Tempel bis auf das äußere Mauerwerk niederbrannte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.5.1953: Ausscheidung des gegenständlichen Verfahrens aus LG Wien Vg 6a Vr 2488/47 (Franz LORENZ u.a.).
16.12.1953: Anklageerhebung wegen § 3 KVG, §§ 166, 167b, 167c StG.
8.10.1954: Freispruch bezüglich § 3 KVG, §§ 166, 167c StG.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1 Vr 102/53:

18.5.1953: Ausscheidung des gegenständlichen Verfahrens aus LG Wien Vg 6a Vr 2488/47 (Franz Lorenz u.a.). Im Akt befinden sich Abschriften aus den Verfahren Vg 6a Vr 2488/47 und Vg 6b Vr 5487/48 (Lorenz u.a.).

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

LORENZ, Walter, geb. 17.5.1908 in Wien
3.3.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,457.781
seit März 1933: SA-Oberscharführer in der österreichischen Legion
1.7.1938 bis 1.4.1939: Referent der Vermögensverkehrsstelle
29.6.1939: Personalamtsleiter der Ortsgruppe Alt -Lerchenfeld

Erinnerungsmedaille an den 13.3.1938

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 2.7.1954 (Vertagung):

Vorsitz: LGR Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR Dr. VANECEK

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. EIGENBAUER

Verteidiger: Dr. Andreas STENITZER

Hauptverhandlung vom 8.10.1954:

Vorsitz: LGR Dr. SCHACHERMAYR

Richter: LGR Dr. JÄGER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. EIGENBAUER

Verteidiger: Dr. Andreas STENITZER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 102/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1170
DÖW-Signatur V906/1-31

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 5154/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Kagran, Floridsdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Gustav BARTSCH,
Julius SCHOBERMAYR,
Michael HITZINGER,
August NEUBAUER und
Felix WOLF

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3/2 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 5 StG, § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung als Mitschuldiger und Teilnehmer),
§§ 8, 134 StG (versuchter Mord)

Tatvorwurf:

Schwere Misshandlung des Ehepaares Max und Franziska Weiss im Zuge des "Novemberpogroms"
In der Nacht vom 9. auf 10. November 1938 gab Kreisleiter Werner Tutschko den Ortsgruppenleitern seines Kreises (Kagran) den Befehl, "dass mit den Juden aufzuräumen sein". Bartsch nahm diesen Befehl wörtlich und hatte die Absicht, die Juden zu knebeln und zu fesseln, in Säcke zu verpacken und in die Donau zu werfen. Gemeinsam mit Schobermayr, Hitzinger und Neubauer drang Bartsch in die Wohnung des Ehepaares Weiss in Wien XXI., Johann Teichgasse, ein. Wolf übergab dem Neubauer Stofffetzen, welche als Knebel dienen sollten. Die Angeklagten versuchten, Max Weiss zu fesseln und zu knebeln; als sich dieser wehrte und ihm auch seine Ehefrau zu Hilfe kam, wurden beide von Bartsch, Hitzinger, Schobermayr und Neubauer misshandelt. Als Hitzinger die Pistole, welche Bartsch verloren hatte, aufhob und sich ein Schuss löste, ließen die Täter von ihrem ursprünglichen Vorhaben ab. In der Zwischenzeit war Wolf vor dem Haus Posten gestanden und hatte einen Nachbarn davon abgehalten, dem Ehepaar zu Hilfe zu kommen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 21.11.1946: Erklärung der Staatsanwaltschaft über Einstellung des Verfahrens gegen Bartsch, Schobermayr, Hitzinger und Neubauer wegen §§ 8, 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 21.11.1946: Anklageerhebung gegen Bartsch, Hitzinger Neubauer wegen §§ 10, 11 VG und § 3/2 KVG, gegen Schobermayr wegen § 3/2 KVG und gegen Wolf wegen §§ 10, 11 VG, § 5 StG, § 3 KVG.
- 18.6.1947: Verurteilung von Bartsch wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall. Verurteilung von Schobermayr wegen § 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall. Verurteilung von Hitzinger wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall. Verurteilung von Neubauer wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 2 ½ Jahren schweren

Kerkers und Vermögensverfall. Verurteilung von Wolf wegen §§ 10, 11 VG und § 5 StG, § 4 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers und Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 1d Vr 5154/45:

Einbezogener Akt: LG Wien Vg 8b Vr 1175/46 (Julius SCHOBERMAYR, Michael HITZINGER, August NEUBAUER); Einbeziehungsbeschluss vom 19.2.1946.

AKTENVERMERK (3.9.2003):

Im vorliegenden Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 5154/45 (Gustav BARTSCH u.a.) fehlen folgende Ordnungsnummern bzw. Teile daraus:

ONr. 2: Bl. 3, 7, 11

ONr. 161

ONr. 167

ONr. 171

ONr. 180

ONr. 182

ONr. 183

Im einbezogenen Akt LG Wien Vg 8b Vr 1175/46 (Julius Schobermayr u.a.) Fehlen die Blätter 1, 3, 5, 9 und 95.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BARTSCH August geb. 10.7.1896 in Jägerndorf

29.7.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 512.094

Mai 1935: 6 Wochen Polizeiarrest wegen illegaler Betätigung

Mai bis November 1938: Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Freihof in Wien-Kagran

Altparteigenosse, Ostmarkmedaille 1938

SCHOBERMAYR Julius, geb. 11.12.1890 in Wien

NSDAP-Mitglied, Nr. 7,679.308

Mai 1938: Blockleiter und zeitweise Einsatztruppführer der Ortsgruppe Kagran

HITZINGER Michael, geb. 12.3.1911 in Wien

1.4.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,084.506

bis Februar 1935: Absolvierung einer Schulung als Sanitäter bei der SA, SA-Scharführer

Altparteigenosse

NEUBAUER August, geb. 26.7.1890 in Wien

Februar 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6,117.000

März 1938: Blockhelfer der Ortsgruppe Freihof in Wien-Kagran

Juli 1938: Blockleiter der Ortsgruppe Freihof in Wien XXI.

Altparteigenosse

WOLF Felix, geb. 10.8.1909 in Wien

17.6.1933: NSDAP-Mitglied,

1933 bis Februar 1936: Blockwart, später Sprengelleiter

1938: Block- und Zellenleiter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 18.6.1947:

Vorsitz: Vizepräsident Dr. BERGER

Richter: LGR DR. APELTAUER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Rudolf GRANICHSTAEDTEN (von Bartsch), Dr. Julius STELLAMORE (von Schobermayr), Dr. Friedrich WEIDINGER (von Hitzinger), Dr. Ernst JAHODA (von Neubauer), Dr. FREUND (von Wolf)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5154/45: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1170
DÖW-Signatur V907/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3472/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung,
Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Favoriten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl SMEJKAL

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG, § 8 StG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe:

Misshandlung und Verletzung der Menschenwürde von Karl Schenker im Herbst 1938

Im Herbst 1938 ging Smejkal in SA-Uniform zu Karl Schenker, Wien X., Ettenreichgasse 3, um diesen zu einer "jüdischen Arbeitssammelstelle" in der Leibnitzgasse 19 zu bringen. Als Schenker seinen Anweisungen nicht sofort Folge leistete, misshandelte er ihn und schleppte ihn gewaltsam zur "Sammelstelle", wo Schenker gemeinsam mit anderen Personen unter der Aufsicht von Smejkal demütigende Reinigungsarbeiten verrichten musste.

Beteiligung an der Plünderung des Tempels Wien X., Humboldtplatz 10, im November 1938

Im Zuge des "Novemberpogroms" beteiligte sich Smejkal an der Plünderung des Tempels in Wien X., Humboldtplatz 10, und eignete sich einen roten Teppich, Möbel und weitere Gegenstände an.

Versuchte Denunziation der Anna Rücker im Jahre 1943

Im Jahre 1943 zeigte Smejkal Anna Rücker, welche im selben Wohnhaus wie er (Wien X., Ettenreichgasse 6) wohnte, beim Ortsgruppenleiter an, weil sie angeblich eine abfällige Bemerkung über illegale getätigt hatte. Für Anna Rücker traten nur deswegen keine weiteren Folgen ein, weil der Ortsgruppenleiter die Sache nicht weiterleitete.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.5.1946: Anklageerhebung wegen § 11 VG, §§ 3, 4 KVG, § 8 StG, § 7 KVG.

3.6.1946: Einstellung der Voruntersuchung wegen § 6 KVG (Faktum Aneignung von Möbeln und Gegenständen aus dem Tempel in Wien X.).

31.8.1946: Verurteilung zu 2 Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall, schuldig bezüglich § 11 VG, §§ 3, 4 KVG, § 8 StG, § 7 KVG.

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 1d Vr 3472/45:

AKTENVERMERK (3.9.2003):

Im vorliegenden Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 3472/45 (Karl SMEJKAL) fehlt Blatt Nr. 19 der

Ordnungsnummer 2.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

SMEJKAL Karl, geb. 27.1.1906 in Wien

29.6.1933: SA, später SA-Oberscharführer

29.6.1933 (nach seinen Angaben: 1.5.1938): NSDAP-Mitglied, Nr. 6,267.694

1943: Blockhelfer, später Blockleiter

Ostmarkmedaille, Alter Kämpfer

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 31.8.1946:

Vorsitz: OLGR Dr. HOLLMANN

Richter: LGR Dr. KITTL

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. VONDRAK

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3472/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1170+1171

DÖW-Signatur V908/1-27

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8 Vr 23/52 (Vg 1d Vr 5238/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Hütteldorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ernst BIGLER,
Alfred BIGLER,
Alfred TRENKLER,
Karl FÜRST und
Karl KAMEL

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Verbrechen im Zuge des Novemberpogroms in Wien-Hütteldorf:

Beteiligung an der Misshandlung, der Verletzung der Menschenwürde und der Beraubung von Jüdinnen und Juden, welche in Wien XIV., Linzerstraße 442 und Wolfersberggasse 6, wohnhaft waren (Trenkler, Fürst, Ernst Bigler und Alfred Bigler) (§§ 3, 4, 6 KVG).

Durchführung einer so genannten "Hausdurchsuchung" bei Julius Weiss in Wien XIV., Wolfersberggasse 6, am 10. November 1938 (Fürst und Ernst Bigler). Empfindliche Beschimpfung von Julius Weiss und dessen Tochter Blanka Weiss durch Fürst.

"Beschlagnahme" einer Briefmarkensammlung sowie von Schmuck und Bargeld durch Ernst Bigler (§§ 3, 4, 6 KVG).

Verhaftung von Richard Blumenfeld, Wien XIV., Bjattigasse 12/8, durch Ernst Bigler (§ 3 KVG). Misshandlung, Beraubung und Vertreibung aus ihrer Wohnung von Berta John durch Ernst Bigler (§§ 3, 4, 6 KVG).

Misshandlung und Verhaftung von Dr. Georg Botstieber und Ing. Hans Botstieber durch Ernst Bigler (§ 3 KVG).

Erpressung von 10 RM von Laura Blumenfeld, Ehefrau von Richard Blumenfeld, durch Ernst Bigler (§ 6 KVG).

Verhaftung von Philipp Kraus, Wien XIV., An der Niederhaid 7/1a durch Ernst Bigler, welcher Philipp Kraus dazu zwang, ihm seine Möbel unter dem Wert zu verkaufen (§§ 3, 4, 6 KVG).

Beschlagnahme von Schmuck und Bargeld bei so genannten "Hausdurchsuchungen" durch Ernst Bigler (§ 6 KVG).

Aneignung einer Schreibmaschine aus dem Besitz von Richard Blumenfeld durch Ernst Bigler (§ 6 KVG).

Ernst Bigler setzte Sidonie Berger unter Druck, damit sie ihm einen Radioapparat und einen Luster unter dem Wert verkaufte (§ 6 KVG).

Beschlagnahme von drei Schreibmaschinen (Eigentümer unbekannt) durch Ernst Bigler (§ 6 KVG).

Misshandlung und Vertreibung des Ehepaares Adolf und Anna Biss aus ihrer Wohnung in Wien XIV., Brudermannngasse 6/1, durch Ernst Bigler und Karl Fürst. Aneignung von Gegenständen aus dem Besitz des Ehepaares Biss durch Ernst Bigler (§§ 3, 4, 6 KVG). Erpressung von Albine Rausnitz und Dr. Rausnitz, ihr Haus in Wien XIV., Bahnstraße 26, zu verkaufen (Ernst Bigler). (§ 3 KVG)

Beschlagnahmung von rund 600 ATS in der Wohnung von Isidor Botstieber in Wien XIV., Isbarygasse 12, am 10. November 1938 durch Ernst Bigler und Karl Kamel (§ 6 KVG).

Aneignung von 600 RM aus dem Eigentum von Frau Dr. Pariser, Wien XIV., Linzerstraße 442/3 durch Ernst Bigler (§ 6 KVG).

Am 10. November 1938 kam Ernst Bigler mit mehreren Jüdinnen und Juden, darunter Frau Dr. Pariser, ihr Kind sowie das Ehepaar Turad, in die Wohnung von Günther Fischer in Wien XIV., Linzerstraße 442/2. Günther Fischer war "Arier", seine Gattin Marie Fischer Jüdin. Einer der Parteifunktionäre, die Ernst Bigler begleitet hatten, sagte zu Marie Fischer, dass die Jüdinnen und Juden in ihrer Wohnung untergebracht werden sollten (§§ 3, 4 KVG).

Ende Juni/Anfang Juli 1938 wies Ernst Bigler der Familie Botstieber ein Schreiben der Ortsgruppe Hütteldorf vor, in welchem Isidor Botstieber aufgefordert wurde, binnen 8 Tagen seine Wohnung zu räumen, vor (§§ 3, 4 KVG).

Verlauf des der Voruntersuchungen und des Gerichtsverfahrens:

- 28.10.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Alfred TRENKLER wegen § 8 VG, §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 28.10.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Alfred BIGLER wegen §§ 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 11.5.1949: Anklageerhebung gegen Ernst BIGLER wegen §§ 3/1,4 KVG (Fakten Julius Weiss, Philipp Kraus, Frau Pariser, Ehepaar Turad, Marie Fischer, Familie Botstieber und unbekannte Juden), § 6 KVG (Fakten Larua Blumenfeld, Richard Blumenfeld, Sidonie Berger, Julius Weiss, Philipp Kraus und unbekannte Täter)
- 17.5.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Ernst BIGLER wegen:
§§ 3, 4, 6 KVG (Verdrängung des Ehepaares Adolf und Anna Biss sowie Berta John aus ihrer Wohnung, Beraubung und Misshandlung derselben)
§ 3 KVG (Verhaftung von Richard Blumenfeld)
§ 3 KVG (Erpressung des Ehepaares Rausnitz)
§§ 3, 4 KVG (Misshandlung und Verhaftung von Dr. Georg Botstieber und Ing. Hans Botstieber)
§ 6 KVG (Aneignung von 600 RM aus dem Eigentum von Frau Dr. Pariser)
§§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 17.5.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl KAMEL wegen § 6 KVG gemäß § 57 StPO zu Vg 4e Vr 1385/49.
- 5.7.1949: Verurteilung von Ernst Bigler zu 15 Monaten Kerker und zum Verfall des halben Vermögens wegen §§ 4, 6 KVG (Verletzung der Menschenwürde von Philipp Kraus und anderen unbekanntem Juden; missbräuchliche Bereicherung betreffend die Fakten Richard Blumenfeld, Sidonie Berger, Philipp Kraus und unbekannter jüdischer Eigentümer). Freispruch von Ernst Bigler bezüglich § 3/1 KVG (Fakten Julius Weiss, Philipp Kraus, Frau Pariser, Ehepaar Turad, Marie Fischer, Familie Botstieber und andere unbekannte Juden), § 4 KVG (Julius Weiss, Frau Pariser, Ehepaar Turad, Marie Fischer, Familie Botstieber und andere unbekannte Juden), § 6 KVG (Laura Blumenfeld und Julius Weiss).
- 20.12.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Karl FÜRST wegen §§ 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 8 Vr 23/52 (LG Wien Vg 1d Vr 5238/48):
Einbezogener Akt Vg Linz Vg 8f Vr 2914/48 (Ernst BIGLER); mit Beschluss vom 7.7.1948 einbezogen.

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

BIGLER Alfred, geb. 28.4.1917 in Wien

BIGLER Ernst, geb. 17.9.1913 in Wien

1.12.1937: NSDAP-Mitglied, Nr. 8,128.860

1938 (1939): Propagandaleiter der Ortsgruppe Hütteldorf

FÜRST Karl, geb. 11.11.1898 in Wien

1937: Betriebs-SA

1.12.1937: Blockwart der Ortsgruppe Hütteldorf

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 7,360.294 (6,270.499?)

Dezember 1938: Zellenleiter

KAMEL Karl, geb. 13.1.1898 in Wien

1938-März 1939: Blockleiter der Ortsgruppe Hütteldorf

März 1939: Ortsamtswalter der NSV

TRENKLER Alfred, geb. 30.10.1901 in Königshof

April 1938 bis März 1940: Parteianwärter

Mai 1938: Blockhelfer in der Ortsgruppe Hütteldorf

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 5.7.1949:

Vorsitz: LGR Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR Dr. OMINGER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Walter WOZAK

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8 Vr 23/52 (LG Wien Vg 1d Vr 5238/48):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V909/1-44

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 136/53 (LG Wien Vg 3d Vr 6202/46)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Alsergrund, Innere Stadt, Rudolfsheim-Fünfhaus)

Volksgerichtsverfahren gegen: Erwin ARTNER,
Alois ARTNER,
Robert PAAR,
Karl SCHWED,
Rudolf ÖSTERREICHER,
Richard PAWLIK,
Franz SCHÖNDORFER,
Emil THOMA und
unbekannte Täter

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§§ 171ff. StG (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Beteiligung an der Plünderung des Wäsche- und Stoffgeschäftes Leopold Grünauer in Wien IX.,
Währingerstraße 20, dessen Inhaber Ignaz Grünauer war, am 10. November 1938
(ÖSTERREICHER, THOMA, SCHWED, PAWLIK, Erwin ARTNER, Alois ARTNER, PAAR und
unbekannter Täter).

"Arisierung" des Damen- und Kindermodengeschäftes Robert Tritsch in Wien XV., Schwendergasse
22-24, am 20.2.1939 durch SCHÖNDORFER und PAAR.

Aneignung von Warenbeständen aus den Geschäften Jonas Goldsand, Wien IX., Währingerstraße 17,
Ernst Porges, Wien IX., Liechtensteinstraße 23, sowie aus dem Wäsche- und
Brautausstattungsgeschäft Hermine Seifer, Wien I., Tuchlauben 7a, durch Alois ARTNER (im
Faktum Seifer gemeinsam mit Erwin ARTNER) vermutlich nach dem "Novemberpogrom"
1938.

Verlauf der Voruntersuchungen und des Gerichtsverfahrens:

- 27.5.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4a Vr 1123/47 (Franz SCHÖNDORFER und
Robert PAAR).
- 15.12.1947: Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Alois ARTNER auf § 197 StG (Aneignung von
Waren, welche Ignaz Grünauer bestellt hatte, im Jahre 1946).
- 7.2.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alois ARTNER wegen § 197 StG.
- 24.10.1949: Anklageerhebung gegen Robert PAAR wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG (Plünderung
des Geschäftes Grünauer).
- 31.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Richard PAWLIK wegen § 6 KVG, gegen Franz
SCHÖNDORFER wegen § 6 KVG, § 11 VG sowie gegen Rudolf ÖSTERREICHER und Karl
SCHWED wegen § 6 KVG, §§ 171ff. StG gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten).

- 31.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Robert PAAR wegen § 6 KVG ("Arisierung") gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 31.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Alois ARTNER wegen § 11 VG, § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 31.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Emil THOMA wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige).
- 31.10.1949: Abbruch des Verfahrens gegen unbekanntes Täter wegen § 6 KVG (Plünderung des Geschäftes Grünauer) gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).
- 6.2.1950: Verurteilung von Robert PAAR wegen § 6 KVG zu 1 Jahr Kerker.
- 27.10.1953: Anklageerhebung gegen Erwin ARTNER wegen § 6 KVG (Plünderung des Geschäftes Grünauer).
- 3.11.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Erwin ARTNER wegen § 6 KVG im Faktum Seifer gemäß § 109 StPO.
- 25.1.1954: Verurteilung von Erwin ARTNER wegen § 6 KVG zu 6 Monaten Kerker.
- 29.4.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Erwin ARTNER wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 1 Vr 136/53 (LG Wien Vg 3d Vr 6202/46):
 Einbezogener Akt LG Wien Vg 4a Vr 1123/47 (Franz SCHÖNDORFER und Robert PAAR); einbezogen mit Beschluss vom 27.5.1947.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

- PAAR Robert, geb. 20.6.1895 in Wien
 2.10.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 899.525
 Jänner 1935: Blockwart im Sprengel IX
 Anfang April bis Mai 1937: 6 Wochen Polizeistrafe wegen illegaler Betätigung
 April 1938: Zellenleiter der Ortsgruppe "Rossau"
- ARTNER Alois, geb. 16.12.1886 in Waldegg
 1.9.1938: NSDAP-Mitglied
- ARTNER Erwin, geb. 31.12.1911 in Wien
 1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 8,928.313
 3.1.1940: Waffen-SS
- SCHÖNDORFER Franz, geb. 9.4.1890 in Wien
 gest. 7.3.1941 in Wien
- ÖSTERREICHER Rudolf, geb. 26.12.1909 in Ödenburg
- THOMA Emil, geb. 22.2.1890 in Göding (ehem. Tschechoslowakei)
 Sozialwalter bei der DAF
- SCHWED Karl, geb. 12.4.1894 in Ober-Lanzendorf
 gest. 21.2.1945 in Wien
 1.1.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 440.033
 Block- und Zellenleiter
 30.1.1942: Dienstauszeichnung in Bronze und Silber
 30.1.1944: Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter
- PAWLIK Richard, geb. 1.3.1900 in Wien
 28.9.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,303.920
 1932-1935: Blockwart und Sprengelleiter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 6.2.1950 (Robert PAAR):

Vorsitz: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: Dr. MÜLLER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Hans PERGAUER

Hauptverhandlung vom 18.1.1954 (gegen Erwin ARTNER; Vertagung):

Vorsitz: LGR Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR Dr. BRIK

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Heinz GROSS

Hauptverhandlung vom 25.1.1954 (gegen Erwin ARTNER):

Vorsitz: LGR Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR Dr. BRIK

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. STOIBA

Verteidiger: Dr. Heinz GROSS

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 136/53 (LG Wien Vg 3d Vr 6202/46):

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V910/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2691/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Mariahilf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hugo GÖRG,
Karl Georg WASCHMANN,
Hermine PODUSCHKA,
Marianne PINTERA und
Marie UHL

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§§ 171, 173, 174 Ia StG (Diebstahl),

Tatvorwürfe:

Vertreibung von jüdischen Familien aus ihrer Wohnung sowie Beschlagnahmung von Geldbeträgen und Wertgegenständen im Zuge des "Novemberpogroms"

Durchführung von so genannten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmung von Bargeld und Wertgegenständen bei den Familien Charlotte Fischl, Heller (Wien VI., Webgasse 6), Back (Wien VI., Webgasse 10), Godel (Wien VI., Webgasse 6), Schwarz (Wien VI., Webgasse 6), Goldreich (Wien VI., Webgasse 6), Raoul und Elsa Wasservogel (Wien VI., Webgasse 4) durch Hugo Görg, Karl Waschmann und Marianne Pintera am 10. November 1938

Vertreibung der Familien Charlotte Fischl, Heller, Back, Godel, Schwarz, Goldreich, Raoul und Elsa Wasservogel sowie anderer unbekannter Personen aus ihren Wohnungen durch Hugo Görg, Karl Waschmann und Marianne Pintera am 10. November 1938 (§ 3 KVG, Görg auch wegen § 4 KVG).

Hugo Görg zog im November 1938 in die Wohnung der Familie Goldreich in Wien VI., Webgasse 6, ein und bezahlte für Teile der Wohnungseinrichtung einen zu niedrigen Betrag.
Beschimpfung von Hermine Horak am 10.11.1938 in Wien VI., Webgasse 6, durch Marie Uhl (§ 4 KVG).

Sammlung von Unterschriften für eine Kündigung von Hermine Horak, Wien VI., Webgasse 6/9, durch Marianne Pintera und Hermine Poduschka im November 1938 (§ 4 KVG).

Verlauf der Voruntersuchungen und des Gerichtsverfahrens:

28.6.1946: Anklageerhebung gegen Hugo Görg wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG.

12.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Marianne PINTERA wegen §§ 3, 4 KVG, §§ 10, 11 VG und §§ 171, 173, 174 Ia StG.

12.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl Georg WASCHMANN wegen §§ 10, 11 VG, § 3 KVG und §§ 171, 173, 174 Ia StG.

12.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Marie UHL und Hermine PODUSCHKA wegen § 4

KVG.
11.10.1946: Verurteilung von Hugo Görg wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 6 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers und Vermögensverfall.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1i Vr 2691/45:

AKTENVERMERK (10.9.2003):

Im vorliegenden Verfahren Vg 1i Vr 2691/45 (Hugo GÖRG u.a.) fehlen die Ordnungsnummern 20, 21, 25, 29, 30, 31, 32, 34, 43, 44, 61 und 63.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GÖRG Hugo, geb. 11.1.1882 in Pleil

1932: NSDAP-Mitglied, Nr. unter 2,000.000

1938: Zellenleiter der Ortsgruppe Schmalzhofgasse

Alter Kämpfer

WASCHMANN Karl Georg, geb. 29.6.1902 in Wien

April 1938: Parteianwärter

1938: Blockleiter der Ortsgruppe Schmalzhofgasse

PINTERA (verwitwete KACHLER) Marianne, geb. 28.6.1896 in Wien

1931 bis Jänner 1933: Blockhelferin in der NS-Frauenschaft

Mai 1938: NSDAP-Mitglied

UHL Marie, geb. 1902 in Engelsberg

PODUSCHKA Hermine

keine weiteren Angaben im Akt

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 11.10.1946:

Vorsitz: OLGR Dr. HUBER

Richter: OLGR Dr. SEIBT

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. DUDA

Verteidiger: Dr. Karl HIRSCH

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2691/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V911/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 825/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Josefstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef PAPST und
Franz HECL

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Missbräuchliche Bereicherung

Beteiligung von Franz Hecl und Josef Papst an der Plünderung des Geschäftes Julius Flener (Eigentümer: Maria Flener, Emma Wimmer, Grete Broczyner und Stella Komolka) in Wien VIII., Blindengasse 4, am 10.11.1938.

Beteiligung von Josef Papst an der Plünderung des Geschäftes Johanna Gerö in Wien VIII. am 10.11.1938.

"Arisierung" des Geschäftes Julius Flener, Wien VIII., Blindengasse 4, im Dezember 1938 und der Liegenschaft Wien VIII., Blindengasse 4, im Jahre 1942 durch Josef Papst.

Franz Hecl erhielt im August 1939 die Wohnung von Edmund Broczyner in Wien VIII., Blindengasse 4, und soll Teile des Inventars zu einem zu niedrigen Preis erworben haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.5.1949: Anklageerhebung gegen Josef PAPST wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG (Faktum Beteiligung an der Plünderung) sowie gegen Franz HECL wegen § 6 KVG (Faktum Beteiligung an der Plünderung).
- 17.5.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HECL wegen § 6 KVG (Faktum Wohnung Broczyner) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 17.5.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Josef PAPST wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige) und wegen § 6 KVG (Faktum "Arisierung" des Geschäftes und der Liegenschaft) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).
- 26.5.1950: Verurteilung von Josef PAPST wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 15 Monaten schweren Kerkers und Vermögensverfall. Freispruch von Franz HECL bezüglich §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 825/48:

Einbezogener Akt LG Wien Vg 7d Vr 2697/48 (Josef PAPST); mit Beschluss vom 31.10.1949 einbezogen worden.

AKTENVERMERK (10.9.2003):

Im vorliegenden Akt LG Wien Vg 1d Vr 825/48 (Josef PAPST und Franz HECL) fehlt die Ordnungsnummer 21 im einbezogenen Akt LG Wien Vg 7d Vr 2697/48 (Josef PAPST).

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

PAPST Josef, geb. 14.3.1893 in Michalkovitz (Poln. Ostrau)

1.4.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,604.626

1939: Zellenleiter der Ortsgruppe Alt-Lerchenfeld

Alter Kämpfer

HECL Franz, geb. 27.10.1909 in Wien

Jänner 1934: NSDAP-Mitglied, Nr. 6,334.562

Altparteigenosse

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13.12.1949 (Vertagung):

Vorsitz: OLGR Dr. ZEILINGER

Richter: TITZ

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: DR. SPERL

Verteidiger: Dr. Ernst ZÖRNLAIB (von Papst), Dr. Johann HOUSKA (von Hecl)

Hauptverhandlung vom 26.5.1950:

Vorsitz: OLGR Dr. SEHORZ

Richter: Dr. SATOR

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: DR. SPERL

Verteidiger: Dr. Ernst ZÖRNLAIB (von Papst), Dr. Johann HOUSKA (von Hecl)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 825/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V912/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg1d Vr 554/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton ROHRHOFER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 5 StG (als Mitschuldiger)

Tatvorwurf:

Führende Beteiligung am "Novemberpogrom" in Wien

Anton Rohrhofer hatte in der Nacht zum 10. November 1938 vom Kreisleiter Paul Slupetzky den fernmündlichen Auftrag erhalten, die Ortsgruppenleiter zu einer Dienstbesprechung für die Morgenstunden des 10. November 1938 einzuberufen. Rohrhofer leitete durch die Weitergabe des Parteibefehls die Durchführung des "Novemberpogroms" im Kreis IX in Wien ein, welcher die Verhaftung von etwa 800 Juden durch politische Leiter der NSDAP, die Schließung von 309 jüdischen Geschäften im Kreis IX und umfangreiche Vermögensbeschlagnahmen zur Folge hatte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 3.8.1948: Anklageerhebung gegen Anton ROHRHOFER wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 3 KVG, § 5 StG im Verfahren LG Wien Vg 11f Vr 3789/47 (Anton Rohrhofer). Am 25.10.1948 wurde das Verfahren wegen § 3 KVG, § 5 StG in der Hauptverhandlung ausgeschieden unter dem gegenständlichen Verfahren weitergeführt.
- 3.3.1949: Freispruch von Anton Rohrhofer.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 554/49:

Ist am 25.10.1948 aus dem Verfahren LG Wien Vg 11f Vr 3789/47 (Anton Rohrhofer) ausgeschieden worden.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

ROHRHOFER Anton, geb. 3.2.1898 in Hadersdorf-Weidlingau

1.7.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,084.147

nach dem 1.7.1933: Block- und Sprengelgruppenleiter

4.6. 1937 bis Mai 1938: Bezirksleiter von Währing

August 1937 bis März 1938: Gauorganisationsleiter-Stellvertreter

2.1.1938: SS, Nr. 304.646

Mai 1938 bis 18.10.1943: Kreisorganisationsleiter des Kreises VIII (nachmalig IX)
"Heiligenstadt"

nach dem 18.10.1943: Kreisorganisationsleiter des Kreises "Innere Stadt"

1938 bis 1945: Kreisamtsleiter mit dem Rang eines Abschnittsleiters
1943: SS-Untersturmführer
Dienstauszeichnung in Bronze
Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 3.3.1949:

Vorsitz: OLGR Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR Dr. BRIK

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. HICKE

Verteidiger: Dr. Camillo POLITZKY

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg1d Vr 554/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V913/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 232/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Augusta KARAS und
unbekannter Täter

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf:

Beteiligung an der Plünderung des Wäsche- und Strickwarengeschäftes Egon Strauss in Wien VII.,
Neubaugasse 8, am 10. November 1938.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.5.1953: Anklageerhebung gegen Augusta KARAS wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG.
24.7.1953: Abbruch des Verfahrens gegen unbekanntem Täter wegen § 6 KVG gemäß § 412 StPO
(Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige).
31.8.1953: Freispruch von Augusta KARAS.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1 Vr 232/52:

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

KARAS Augusta, geb. 22.11.1908 in Wien
1.5.1933 bis April 1945: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,602.799
Alter Kämpfer

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 31.8.1953
Vorsitz: OLGR Dr. SCHACHERMAYR
Richter: OLGR Dr. IRO
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. STOLBA
Verteidiger: Dr. Guido POLZER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 232/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V914/1-16

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required
Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 1071/47 (Lg Wien Vg 1d Vr 2535/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef KUGLER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:

Misshandlung von Richard Freikind in Wien im Zuge des "Novemberpogroms"
Aneiferung von SA-Angehörigen am 10. November 1938, die beim Polizeikommissariat Prater festgehaltenen Juden zu misshandeln. Empfindliche Misshandlung seines ehemaligen Kollegen, des früheren Polizei-Rayonsinspektors Richard Freikind, am 10. November 1938 beim Polizeikommissariat Prater durch Fußtritte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.3.1946: Anklage gegen Josef KUGLER wegen § 11 VG und § 3 KVG.
18.6.1946: Freispruch von Josef KUGLER.
23.1.1947: Der OGH hebt das Urteil bezüglich § 11 VG (Illegalität) auf (5 Os 3/47).
16.6.1948: Josef KUGLER wird im wiederaufgenommenen Verfahren bezüglich § 11 VG freigesprochen.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1f Vr 1071/47

AKTENVERMERK (10.9.2003):
Im vorliegenden Verfahren LG Wien Vg 1f Vr 1071/47 (Josef KUGLER) fehlt Blatt 8 der Ordnungsnummer 4.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

KUGLER Josef, geb. 22.3.1903 in Neu-Ruppersdorf
30.4.1933: NSDAP, Nr. 1,618.256
1923: Polizei 2., Praterwachhaus Hauptallee und Koat. II
1938: Polizei Leopoldsgasse
November 1938: Polizeibeamter beim Polizeikommissariat Prater
Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 18.6.1946:

Vorsitz: OLGR Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR Dr. LAHR

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. FANTA

Verteidiger: Dr. Hans von NEUBURG

Hauptverhandlung vom 16.6.1948 (Wiederaufnahme):

Vorsitz: OLGR Dr. PRAZAK

Richter: Dr. JOKESCH

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HICKE

Verteidiger: Dr. Hans NEUBURG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 1071/47 (Lg Wien Vg 1d Vr 2535/45):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V915/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11i Vr 5114/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Floridsdorf-Jedlersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz KARL

wegen (§§): §§ 8, 10/1, 10/2, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Führende Beteiligung als Ortsgruppenleiter an der Festnahme von etwa 50 Juden in Bereich der Ortsgruppe Jedlersdorf im November 1938. Die Juden wurden in der Folge in der Garage von Leopold Hubmer in Wien XXI., Amtsstraße 19, festgehalten.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.5.1947: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10/1, 10/2, 11 VG und §§ 3, 4 KVG
3.4.1948: Verurteilung wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 15 Monaten schweren Kerkers und Vermögensverfall. Freispruch bezüglich § 8 VG und § 3 KVG.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 11i Vr 5114/46

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

KARL Franz, geb. 24.7.1893 in Wien
1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,208.353
April 1938: "Gruppenleiter" der Ortsgruppe Jedlersdorf
August 1938: Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Jedlersdorf

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 3.4.1948:
Vorsitz: LGR Dr. STOCKHAMMER
Richter: OLGR Dr. PÖLZL
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. EICHLER
Verteidiger: Dr. Richard TENSCHERT

AKTENVERMERK (11.9.2003):

Im vorliegenden Verfahren LG Wien Vg 11i Vr 5114/46 (Franz KARL) fehlen die Ordnungsnummer 50 sowie die Blätter 195 und 197 der Ordnungsnummer 52.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11i Vr 5114/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1171
DÖW-Signatur V916/1-10

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 120/52 (Vg 9b Vr 2040/49, Vg 8e Vr 6517/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Auslieferungsverfahren (Tschechoslowakei)

Opfer: ZivilistInnen (tschechische)

Tatland (Tatort): Tschechische Republik (Zilina bei Kladno)

Volksgerechtsverfahren gegen: Anton JELLINK

wegen (§§): § 59 StPO (Auslieferung an eine ausländische Behörde)

Tatvorwürfe: Misshandlung, Verletzung der Menschenwürde, Erpressung und Denunziation von EinwohnerInnen der Gemeinde Zilina bei Kladno (Tschechoslowakei)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 13.11.1948: Unterbrechung gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 17.9.1949: Fortsetzung unter LG Wien Vg 9b Vr 2040/49
- 19.9.1950: Unterbrechung gemäß § 412 StPO
- 25.4.1952: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 9 Vr 120/52
- 30.6.1952: Beschluss der Ratskammer des Landesgerichts für Strafsachen Wien auf Bewilligung des Auslieferungsantrags der tschechischen Behörden
- 28.7.1952: Bewilligung der Auslieferung durch das Oberlandesgericht Wien
- 24.12.1952: Genehmigung der Auslieferung durch das Bundesministerium für Justiz
- 29.1.1953: Übergabe des Beschuldigten an die tschechischen Behörden

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 9 Vr 120/52 (LG Wien Vg 9b Vr 2040/49, LG Wien Vg 8e Vr 6517/48) gegen Anton JELLINK, geb. 18.2.1898 in Wien

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

- ab 1918: tschechoslowakischer Staatsbürger
- 1925: Einberufung zur Waffenübung nach Prag
- 1928-1945: Aufenthalt in Zilina
- 1939: deutscher Staatsbürger
- Kriegsende: Internierung in verschiedenen Lagern (Prag, Loubedin und Bistritz bei Beneschau)
- 1946: Abschiebung nach Bayern
- 28.7.1946: Aufenthalt in Österreich (Pottendorf bei Wr. Neustadt und Wien)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 120/52 (Vg 9b Vr 2040/49, Vg 8e Vr 6517/48): Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1172
DÖW-Signatur V917/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2186/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Ravensbrück-Prozess

Opfer: Häftlinge, Roma und Sinti
Tatland (Tatort): Deutschland (Ravensbrück)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johanna ("Hansi") HANZ

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Misshandlung und Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Roma und Sinti-
Frauen als Stuben- und Blockälteste im KZ Ravensbrück von Februar 1942 bis Februar 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.6.1950: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG

18.4.1951: Verurteilung wegen § 4 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Von einer Verurteilung nach § 3 KVG wurde Abstand genommen, da aus Sicht des
Gerichts die "Tathandlungen der Angeklagten der Art
der Verübung nach und zufolge der eingetretenen
Wirkungen doch nicht schwerwiegend genug waren,
um eine Versetzung in einen qualvollen Zustand
oder eine empfindliche Misshandlung zu
beinhalten."

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1i Vr 2186/49 gegen Johanna HANZ:

Biografische Angaben zur Beschuldigten:

Johanna HANZ wurde im Februar 1942 auf Grund mehrerer Verurteilungen wegen Diebstahls
als so genannte "Berufsverbrecherin" in das KZ Ravensbrück eingewiesen.

Vorgeschichte:

Emigration der Eltern nach Amerika; Kinder bleiben in Österreich

Aufgewachsen bei Pflegeeltern

Hilfsarbeiterin in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe

Zahlreiche Vorstrafen wegen Diebstahls

1941: Verbüßung einer achtmonatigen Haftstrafe in Wels

anschließend Stubenmädchen in Alt-Aussee

Februar 1942-Februar 1945: KZ Ravensbrück

Februar 1945: Überstellung in ein Lager nach Dresden

27.2.1945: Ankunft in Wien

Nach dem Krieg verhängte das Landesgericht Graz über Johanna HANZ am 1.4.1949 eine
zweijährige schwere Kerkerstrafe (LG Graz 4 Vr 6249/48) und am 27.3.1951 wegen

"Gewohnheitsdiebstahls" eine sechsjährige schwere Kerkerstrafe (LG Graz 7 Vr 37/51). Am 29.12.1956 trat sie die Verbüßung der zweijährigen Kerkerstrafe wegen Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Roma und Sinti-Frauen an. Entlassung am 27.6.1957.

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 18.4.1951

Vorsitz: OLGR. Dr. STAHL

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. HACKL

Verteidiger: Dr. Desiderius SATAI

AKTENVERMERK 17.9.2003:

Aus dem vorliegenden Verfahren LG Wien Vg 1i vr 2186/49 gegen Johanna HANZ fehlt:

Ordnungsnummer 89

Blatt 255

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2186/49: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1172
DÖW-Signatur V 918/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1510/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Roma
Tatland (Tatort): Burgenland (Halbturn)

Volksgerichtsverfahren gegen: Michael STEINER,
Michael SCHIENER und
N. NAGY

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe betreffend den Hauptbeschuldigten Michael STEINER, ehemaliger Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Halbturn:

Illegalität

Denunziation des Schnittwarenhändlers Ignaz PIRRINGER in Zusammenwirken mit Michael SCHIENER wegen kommunistischer Propaganda im Mai 1939. PIRRINGER wurde zu einem Jahr Kerker verurteilt.

Verbrechen an burgenländischen "Zigeunern"

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Ignaz PIRRINGER durch Schläge ins Gesicht im Mai 1939. Weiters wurde der Betroffene im Jahr 1940 von der SA mit Zustimmung des Angeklagten STEINER eine Nacht im Gemeindeamt eingesperrt

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Maria PIRRINGER aus politischer Gehässigkeit im Jahr 1940

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Angehörigen der Roma und Sinti im Sommer 1938 (in Zusammenwirken mit dem SA-Führer N. NAGY) und im Jahr 1940 oder 1941. Vertreibung aus Halbturn und Versteigerung der Vermögenswerte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.8.1947: Anklageerhebung gegen Michael STEINER wegen §§ 10, 11 VG und §§ 4, 7 KVG

8.9.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Michael SCHIENER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einleitung der Voruntersuchung gegen N. NAGY wegen § 4 KVG und Ausscheidung des Verfahrens aus dem gegenständlichen Akt zu LG Wien Vg 7b Vr 6134/47

8.11.1947: Verurteilung des Angeklagten Michael STEINER wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 1510/46 gegen Michael STEINER, Michael SCHIENER und N. NAGY:

der Akt enthält eine Abschrift der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts Dr. Johann Stich vom

27.2.1940 gegen Ignaz PIRRINGER (Geschäftszahl OJs 92/39)

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

SCHIENER Michael, geb. 25.8.1885 in Halbtorn, Bez. Neusiedl am See

8.6.1932: NSDAP

15.3.1938-6.10.1938: provisorischer Ortsgruppenleiter von Halbtorn

STEINER Michael, geb. 14.8.1909 in Halbtorn, Bez. Neusiedl am See

Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Halbtorn

8.6.1932: NSDAP und SA

13.3.1938-10.4.1938: Führer der SA-Halbtorn

Oktober 1938-Juni 1941: Ortsgruppenleiter von Halbtorn

NAGY N.

Angehöriger der österr. Legion

Führer der SA-Halbtorn

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 8.11.1947

Vorsitz: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. STAHL

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. R. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Hans KURZ

Aktenvermerk vom 18.9.2003:

Aus dem gegenständlichen Verfahren fehlen

ONr. 10 Blatt 25 und

ONr. 65 Blatt 185

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1510/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1172
DÖW-Signatur V919/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6e Vr 1403/49 (LG Wien Vg 3d Vr 1756/48)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ing. Emmerich SOMMER

wegen (§§): §§ 8, 10(2) VG, (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 1 Fragebogengesetz (Gesetz über unwahre Angaben in amtlichen Fragebögen)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbruch

Vertreibung der Familie Rottmann und Aneignung der Wohnung in Wien-Leopoldstadt, Zirkusgasse
34/6 im Herbst 1939

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 31.12.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtlinge)
- 30.5.1949: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 6e Vr 1403/49
- 11.10.1949: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 1 Fragebogengesetz und Abtretung an das Allgemeine Referat
Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 23.11.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 90 StPO

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 6e Vr 1403/49 (Vg 3d Vr 1756/48)

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

Ing. Emmerich SOMMER, geb. 4.1.1910 in Zauchtel an der Oder (Sudetenland)

angeblicher Geheimgurier

Betriebszellenleiter bei den österr. Siemens-Werken

1937: Antrag um Aufnahme in die NSDAP

10.7.1937: Mitglied im Hilfsbund der Deutsch-Österreicher, Nr. 18.044

November 1939: Parteianwärter

28.2.1940: Mitglied der Ortsgruppe Reichsbrücke, Nr. 6, 143.398

März 1941-5. Mai 1945: "Freiheitskämpfer"

Konstrukteur und Elektroingenieur

1934-1936: Maschinenhilfsarbeiter in den Siemens-Werken in Wien

1.1.1937-1.1.1939: Siemens-Werk in Berlin, Kabelfabrik Dr. Cassiera & Co.

Oktober oder November 1939: Rückkehr nach Wien, Anstellung bei der Fa. Ericson, später

bei der Ostmärkischen Filmbetriebsgesellschaft
1.3.1941: Betriebsingenieur beim Luftgau-Kommando XVII Wien
6.3.1941-5.5.1945: Aufenthalt in Pardubitz
Gausammelakt C 62/475

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6e Vr 1403/49 (LG Wien Vg 3d Vr 1756/48):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1172
DÖW-Signatur V920/1-20

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 2960/46 (31 Vr 556/56)
sämtliche Verfahren liegen ein in: LG Wiener Neustadt 5a Vr 570/56
Standort des Original-Akts: Aktenlager des Landesgerichts Wiener Neustadt

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Gloggnitz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Wilhelm Emil BENDER (im Akt auch BENDA genannt)
Hermann KURZ

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang),
§ 7 KVG, § 8 StG (versuchte Denunziation) und
§§ 9, 85 StG (Verleitung zur boshafte Beschädigung fremden Eigentums)

Tatvorwürfe:

Denunziation

Versuchte Denunziation des Emmerich MONGOLD, Betriebsrat der Filztuchfabrik in Gloggnitz (Niederösterreich), durch den Betriebsleiter Wilhelm BENDER im Mai 1939. Mongold wurde am 5. Mai 1940 vom Oberlandesgericht Wien (OJs 144/39) wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren und 9 Monaten verurteilt. Nach Verbüßung der Haftstrafe wurde er am 15. Juni 1942 in das KZ Dachau überstellt. Befreiung am 29. April 1945 durch amerikanische Truppen.

Denunziation des tschechischen Arbeiters Svatomir TICHY durch Wilhelm BENDER und Hermann KURZ am 30. Mai 1942 in Gloggnitz wegen abfälliger Bemerkungen in Zusammenhang mit dem Attentat auf Reinhard Heydrich. Tichy kam am 17. November 1942 im KZ Mauthausen ums Leben.

Die dem Beschuldigten ebenfalls vorgeworfene Denunziation des Arbeiters Franz BINDER wegen "Sabotage am Aufbauwerk des Dritten Reiches" wurde im vorliegenden Verfahren nicht näher untersucht.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 19.9.1947: Anklageerhebung wegen § 7/3 KVG und § 7 KVG, § 8 StG
24.9.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO
(Verfahrenseinstellung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Ausdehnung der Voruntersuchung in Richtung §§ 9, 85 StG und Abtretung des Verfahrens an das Kreisgericht Wr. Neustadt
24.10.1947: Beschluss auf Verhängung der Verwahrungshaft über den Zeugen Hermann KURZ wegen §§ 10, 11 VG und § 7/3 KVG
Siehe LG Wien Vg 8c Vr 639/48
28.10.1947: Verurteilung des Angeklagten BENDER wegen § 7 Abs. 2 lit b KVG (Denunziation des Svatomir TICHY) zu 3 Jahren schweren Kerkers. Das Gericht vertrat die Ansicht, dass der Angeklagte "nicht unbedingt mit dem Tod des Denunzierten rechnen mußte". Daher waren auch die Voraussetzungen für eine Verurteilung des Angeklagten nach §

7/3 KVG nicht gegeben. Die Denunziation und die damit " in Zusammenhang stehende voraussehbare längere Inhaftierung" stellten lediglich eine "ernstliche Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz" des im KZ Mauthausen umgekommenen Svatomir Tichy dar.

Vermögensverfall.

Landesverweisung des deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Bender aus dem Bundesgebiet der Republik Österreich.

Freispruch des Angeklagten wegen § 7 KVG, § 8 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

- 5.1.1956: Aufhebung des Urteils betreffend Verurteilung wegen § 7 Abs. 2 lit b KVG und Wiederaufnahme unter LG Wien 31 Vr 556/56.
- 6.2.1956: Abtretung des Verfahrens an das Kreisgericht Wiener Neustadt zu 5a Vr 570/56
- 19.5.1956: Einstellung des Verfahrens gemäß § 227/1 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1b Vr 2960/46 (LG Wien 31 Vr 556/56), einliegend in: LG Wiener Neustadt 5a Vr 570/56:

Aus dem gegenständlichen Akt fehlt die Ordnungsnummer 83 (Blatt 297/299)

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

BENDER Wilhelm, geb. 13.10.1900 in Düren (Rheinland)

Ende 1936/ Anfang 1937: Angehöriger des Bundes der Reichsdeutschen in Österreich

1.10.1937: Mitglied der NSDAP, Nr. 4, 456.954

1924: Übersiedelung nach Österreich, Direktorstellvertreter bei der Filztuchfabrik in Gloggnitz

1936-1945: Direktor

KURZ Hermann, geb. 22.2.1875

März 1938: Mitglied der NSDAP

Betriebsingenieur in der Filztuchfabrik

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 24.10.1947 (Vertagung) und 28.10.1947

Vorsitz: Rat des OLG. Dr. HOCHMANN

Richter: OLGR: Dr. KITL

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Emil RIEMER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 2960/46 (LG Wien 31 Vr 556/56), einliegend in: LG Wiener Neustadt 5a Vr 570/56: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1172
DÖW-Signatur V921/1-33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 70/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Fünfhaus)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef und Johanna PLEMATL,
Leo (Leopold) MEDEK,
Johann (Hans) GIRSCHEK,
Franz ZINNAUER und
N. POLSCHITZKY

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 171, 174 I c StG (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an jüdischen BewohnerInnen des "Kauerhofs"/Stiege 13 in Wien-Fünfhaus
ertreibung der jüdischen Familien KOHN, WELLISCH und WEISS aus dem Haus Wien-
Fünfhaus, Kauerhof/Stiege 13 (Ecke Ulmannstraße 31) durch Josef PLEMATL, Johann
GIRSCHEK und Leopold MEDEK am 10. November 1938

Durchführung einer Hausdurchsuchung bei Anna ZWIEBACK durch Leopold MEDEK und
Johann GIRSCHEK am 10. November 1938. Aneignung von Gegenständen (Fernglas, zwei
Operngläsern und zwei Patronenschachteln).

Durchführung einer Hausdurchsuchung bei Marie STEINER durch Johann GIRSCHEK am 10.
November 1938

Aneignung der gesamten Wohnungseinrichtung der Klara WELLISCH durch Josef PLEMATL
um 50 Reichsmark im November 1938

Aneignung von Gegenständen (Linoleum und Ofen) aus der Woh-nung der Klara WELLISCH
durch Franz ZINNAUER im November 1938

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Rosa TURKOFF durch Johanna PLEMATL
im Jahr 1942. Die Beschuldigte forderte TURKOFF auf, ihre Wohnung in Wien-Landstraße,
Weissgärber Lände 50/8, binnen kürzester Zeit zu räumen.

Denunziation der Marie SACK, des Wenzel STURM und des Dr. Hubert BAUER durch Leo MEDEK

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.11.1948: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 8b Vr 4880/47 gegen Leopold MEDEK in
den gegenständlichen Akt. Das Verfahren LG Wien Vg 8b Vr 4880/47 wurde am
10.7.1947 aus dem Akt LG Wien Vg 8b Vr 1980/47 gegen Josef MEDEK u.a.
ausgeschieden.

3.3.1949: Anklageerhebung gegen Josef PLEMATL wegen §§ 4, 6 KVG, gegen Johann GIRSCHEK
wegen § 4 KVG und gegen Leopold MEDEK wegen § 4 KVG

10.3.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johanna PLEMATL wegen § 4 KVG zu LG Wien Vg

7d Vr 960/49

Einstellung des Verfahrens gegen Franz ZINNAUER wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz ZINNAUER wegen §§ 171, 174 I c StG (Faktum Ofen und Linoleum der Klara WELISCH) zu LG Wien 23b Vr 3379/49

Einstellung des Verfahrens gegen Johann GIRSCHEK wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Leopold MEDEK wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Leopold MEDEK wegen § 7 KVG (Denunziation der Marie SACK, des Wenzel STURM und des Dr. Hubert BAUER) gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Einleitung der Voruntersuchung gegen N. POLSCHITZKY wegen §§ 4, 6 KVG und Ausscheidung des Verfahrens zu LG Wien Vg 7d Vr 959/49

5.9.1950: Verurteilung des Josef PLEMATL wegen § 4 KVG (Familie WELLISCH) zu 1 Monat Kerker. Verurteilung des Johann GIRSCHEK (Familien WELLISCH, KOHN, WEISS, Anna ZWIEBACK und Marie STEINER) wegen § 4 KVG zu 3 Monaten Kerker. Verurteilung des Leo MEDEK (Familien WELLISCH, KOHN, WEISS und Anna ZWIEBACK) wegen § 4 KVG zu 6 Wochen Kerker. Kein Vermögensverfall. Freispruch des Josef PLEMATL wegen § 6 KVG (Wohnungseinrichtung der Klara WELISCH) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 13b Vr 70/48:

Einbezogener Akt LG Wien Vg 8b Vr 4880/47 (gegen Leo MEDEK)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

PLEMATL, Josef, geb. 15.3.1908 in Budweis

Chem. Putzer und Schneider

1933: Mitglied der NSDAP

1935: 14 Tage Arrest wegen NS-Betätigung

PLEMATL, Johanna, geb. 13.2.1903 in Mitterndorf (Steiermark)

Inhaberin eines Wäschereibetriebes

Herbst 1938: Rückkehr aus England

ZINNAUER, Franz, geb. 12.8.1901 in Wien

Baupolier und Hausmeister

GIRSCHEK, Johann, geb. 23.1.1907 in Wien

Tischlermeister

1.3.1937: Mitglied der NSDAP

1.3.1939: NSV-Mitglied, Nr. 11, 825.778

3.1938-7.1938: Blockleiter bei der Ortsgruppe Sechshaus

7.1938-3.1939: Zellenleiter bei der Ortsgruppe Sechshauser Gürtel

Amtsleiter der NSV "Rudolfsheim"

7.4.1940: Medaille für deutsche Volkspflege

MEDEK, Leopold, geb. 27.3.1904 in Wien

Vertragsbediensteter der Post und Telegrafendirektion Wien

12.3.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 441.867 oder 876

1.7.1938: offizieller Beitritt zur Mitglied der NSDAP

POLSCHITZKY N., Referent beim damaligen Magistrat XV, Ullmannstr.

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 5.9.1950

Vorsitz: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. MÜLLER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Heinz ROHN – Josef PLEMATL

Dr. Engelbert KRUBL – Johann GIRSCHEK

Dr. Hans BITTESNEK f. Dr. Anton HANNL – Leo MEDEK

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 70/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1172
DÖW-Signatur V922/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 6709/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Fünfhaus)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anton KRIVSKY (KRIWSKY),
Leopold KUTSCHERA,
N. BETSCHWAR oder PEZERVA,
N. DAVID,
Roman DUFFEK,
Franz Robert EYMANN,
Ing. Robert FÜHRLINGER (FIERLINGER),
Wilhelm HAJEK (HEIJEK),
Alfred HINKE,
Karl KOCHMANN,
N. REINHARDT,
Friedrich STANZL,
Karl WEINZIERL und
N. WIPPEL

wegen (§§): §§ 8, 10/3, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität), § 3 KVG (Quälerei und
Misshandlung), § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde), §
6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und § 171ff StG (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an jüdischen BewohnerInnen in Wien-Fünfhaus, Chrobakgasse 2, 4, 6, 8 und 1, 3, 5, 7
sowie Pilgerimgasse 22-24 im November 1938 ("Novemberpogrom")

Durchführung von Hausdurchsuchungen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung
dienstlicher Gewalt durch die Angeklagten KRIVSKY und KUTSCHERA in Zusammenwirken mit
anderen Personen bei jüdischen BewohnerInnen der Häuser Chrobakgasse und Pilgerimgasse
am 10/11. November 1938 ("Novemberpogrom"). Aneignung von Schmuck, Geld,
Sparbüchern, Radioapparaten und Schreibmaschinen.

Versetzung der Familienmitglieder des Adolf BARASCH, Wien XV, Chrobakgasse 8/3 in einen
qualvollen Zustand. Vertreibung aus der Wohnung und Aneignung von 2.000 RM.

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Familienmitglieder der Otti
BASCH unter Ausnützung dienstlicher Gewalt durch KRIVSKY im November 1938

Beschlagnahme eines Sparbuchs der N. WENGRAF sowie einer goldenen Halskette der N.
DEUTSCH durch KRIVSKY im November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.9.1947: Anklageerhebung gegen Anton KRIVSKY wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG
sowie gegen Leopold KUTSCHERA wegen §§ 3, 4, 6 KVG

11.11.1947: Einstellung der Voruntersuchung gegen Anton KRIVSKY und Leopold KUTSCHERA

wegen §§ 171ff StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Ausscheidung des Verfahrens gegen N. BETSCHWAR oder PEZERVA, N. DAVID, Roman DUFFEK, Franz Robert EYMANN, Ing. Robert FÜHRLINGER (FIERLINGER), Alfred HINKE, Karl KOCHMANN, N. REINHARDT, Friedrich STANZL, Karl WEINZIERL und N. WIPPEL wegen §§ 3, 4, 6 KVG und gegen Wilhelm HAJEK (HEIJEK) wegen § 6 KVG zu LG Wien Vg 7d Vr 4341/48

- 1.3.1948: Verurteilung des Anton KRIVSKY wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG zu 20 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Verurteilung des Leopold KUTSCHERA wegen §§ 3, 4, 6 KVG zu 6 Monaten schweren Kerkers. Kein Vermögensverfall.
Verurteilung der beiden Angeklagten KRIVSKY und KUTSCHERA zur Zahlung von 1.000 ATS an Amtsrat Adolf BARASCH.

Zusatzinformationen zum Akt Lg Wien Vg 7c Vr 6709/46

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KRIVSKY Anton, geb. 23.1.1907 in Wien

1936: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 136.313

Zellenleiter der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

1938-1940: Zellenleiter

1941: Wehrmacht

Inhaber der Ostmarkmedaille

"Altparteigenosse"

KUTSCHERA Leopold, geb. 1.11.1903 in Wien

1.2.1932: NSDAP-Mitglied

Juli 1938-April 1939: Blockhelfer in der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

ab Juli 1938: Parteianwärter

bis 31.8.1939: Mitarbeiter im Organisationsamt der Ortsgruppe

31.8.1939-17.10.1939: Hauptstellenleiter für Statistik

EYMANN, Franz Robert, geb. 4.1.1875 in Teblitz

Ortsgruppenleiter

KOCHMANN Karl, geb. 28.10.1897 in Wien

ehrenamtlicher Organisationsleiter der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

zu anderen Beschuldigten keine näheren Angaben

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 1.3.1948

Vorsitz: OLGR. Dr. BIBULOWICZ

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Rudolf KERCHLER für Dr. Franz BACHMAYER (Anton KRIVSKY)

Dr. Karl POSTL sen. (Leopold KUTSCHERA)

FStN-Mikrofilm Nr. 1172+1173

DÖW-Signatur V923/1-31

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 4341/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Fünfhaus)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto DAVID,
Roman DUFFEK,
Franz Robert EYMANN,
Ing. Robert FÜHRLINGER (FIERLINGER),
Wilhelm HAJEK,
Alfred HINKE, Franz PECEVAR, Josef PECEVAR, Raimund REINHARDT,
Friedrich STANZL, Karl WEINZIERL und Johann WIPPEL

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 5 StG (Mitschuld und Teilnahme an Verbrechen)

Tatvorwürfe:

Verbrechen begangen durch Mitglieder der Ortsgruppe "Innere Schmelz" im November 1938

Verbrechen an jüdischen BewohnerInnen in Wien XV, Chrobakgasse 2, 4, 6, 8 und 1, 3, 5, 7
sowie Pilgerimgasse 22-24 ("Heimhof"), unter anderen an den Familien BUGGER (BUGER)
und DEUTSCH.

Durchführung von Hausdurchsuchungen auf Anordnung des Ortsgruppenleiters Franz Robert
EYMANN und unter der Führung des Hausmeisters Roman DUFFEK.

Beschlagnahme von Bargeld, Schmuck und anderen Wertgegenständen unter Ausnützung
dienstlicher Gewalt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.11.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen N. BETSCHWAR oder PEZERVA, N. DAVID,
Roman DUFFEK, Franz Robert EYMANN, Ing. Robert FÜHRLINGER (FIERLINGER),
Alfred HINKE, Karl KOCHMANN, N. REINHARDT, Friedrich STANZL, Karl WEINZIERL
und N. WIPPEL wegen §§ 3, 4, 6 KVG und gegen Wilhelm HAJEK (HEIJEK) wegen § 6
KVG aus LG Wien Vg 7c Vr 6709/46.
- 22.8.1949: Anklageerhebung gegen Roman DUFFEK wegen §§ 3, 4, 6 KVG, gegen Franz Robert
EYMANN wegen § 5 StG, §§ 3,6 KVG und gegen Robert FÜHRLINGER, Karl WEINZIERL,
Friedrich STANZL und Wilhelm HAJEK wegen §§ 3, 6 KVG
- 15.9.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Otto DAVID wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 224 StG
(Tod des Beschuldigten)
Einstellung des Verfahrens gegen Alfred HINKE, Raimund REINHARDT, Franz
PECEVAR, Josef PECEVAR und Johann WIPPEL wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)
- 21.10.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Karl KOCHMANN wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90

StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Franz Robert EYMANN, Ing. Robert FÜHRLINGER,
Friedrich STANZL und Karl WEINZIERL wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO
25.4.1951: Verurteilung des Wilhelm HAJEK wegen § 6 KVG zu 3 Wochen Kerker. Kein
Vermögensverfall. Freispruch wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels
Beweisen).
Verurteilung des Franz Robert EYMANN wegen § 6 KVG unter Bedachtnahme auf den
unter LG Wien Vg 12 Vr 2991/47 wegen §§ 10, 11 VG ergangenen Schuldspruch zu
einer Zusatzstrafe von 2 Monaten Kerker. Kein Vermögensverfall. Freispruch wegen §
3 KVG gemäß § 259/3 StPO.
Freispruch des Roman DUFFEK wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 259/3 StPO
Freispruch der Angeklagten Robert FÜHRINGER, Karl WEINZIERL und Friedrich
STANZL wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 259/3 StPO

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 13a Vr 4341/48

AKTENVERMERK 09.10.2003:

Aus dem gegenständlichen Akt LG Wien Vg 13a Vr 4341/48 gegen Franz Robert EYMANN u.a. fehlt:
BAND II
ONr. 161 Blatt 43

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

DAVID Otto, geb. ? in Wien, verstorben am 27.2.1940
Metalldrucker

DUFFEK Roman, geb. 26.2.1899 in Wien
Blockleiter- bzw. Blockhelfer der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

EYMANN Franz Robert, geb. 4.1.1875 in Teplitz (Tschechoslowakei)
ehemaliger Buchsachverständiger
Juni 1931: Ortsgruppenleiter, DAF-Hauptgemeinschaftsleiter, Mitglied der NSV, NSKOV, VDA
und NSRB
1932: NSDAP, Nr. 510.738
1.7.1938: NSV, Nr. 9, 217.191
Träger der Dienstauszeichnung in Bronze
Gauakt Nr. 207.041 und 336.113

FÜHRLINGER Robert Ing., geb. 20.4.1898 in Wilhering bei Linz (Oberösterreich)
Architekt

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 136.165

1.7.1938: NSV, Nr. 9, 401.155

März 1938-November 1939. Prov. Blockleiter in der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

HINKE Alfred, geb. 3.5.1902 in Wien

Litograph

1.5.1938: NSDAP, Nr. 6, 136.246

1.7.1939: NSV, Nr. 12, 666.976

HAJEK Wilhelm, geb. 23.7.1895 in Wien

Volksschullehrer

Blockhelfer in der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

1.7.1938: Blockwalter der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

18.6.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 449.996 und Angehöriger des NSLB Nr. 377.493

1.10.1938: Mitglied des NSLB und der NSV., Nr. 9, 526.771

Gauakt Nr. 54.472

KOCHMANN Karl, geb. 28.10.1897 in Wien
Kellner
1932: Mitglied des Kampfpofferrings
1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 227.482
Mitglied der NSFK, der DAF, NSV und RLB
Juli 1938-November 1939: Politischer Leiter der Ortsgruppe "Innere Schmelz"

PECAVAR Franz, geb. 20.7.1908 in Wien
Büroangestellter
September 1939: Ansuchen um Aufnahme in die NSDAP

PECAVAR Josef, geb. 20.11.1909 (auch 1908 und 1911) in Wien
Techniker, Telegrafangestellter
1.7.1938: Blockhelfer in der Ortsgruppe "Innere Schmelz"
Mitglied der DAF und NSV
Gauakt Nr. 172.657
März 1938: Angehöriger der SA, Sturm 16
Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 449.838
1.11.1939-10.10.1942: Politischer Leiter
September 1941: SA-Rottenführer
Gauakt Nr. 132.348

REINHARDT Raimund, geb. 7.8.1898 in Wien
Kaufmann
1.7.1938: NSV-Eintritt, Nr. 9, 408.016
1939: Ansuchen um Aufnahme in die NSDAP
1.7.1940: NSDAP, Nr. 8, 118.998

STANZL Friedrich, geb. 13.2.1899 in Wien
Polizeiinspektor a.D.
1931-1933: Mitglied der NSDAP, Nr. 1,304.963
Verbreitung illegaler Flugblätter und Zeitschriften
Juli 1938: Wiedereintritt
Blockleiter und Mitglied der NSV und des RDB
Gauakt Nr. 42.389

WEINZIERS Karl, geb. 25.9.1898 in Wien
1932-1934: Mitglied der NSBO
Mai 1938: NSDAP-Mitglied
20.5.1938: Blockhelfer in der Ortsgruppe "Innere Schmelz"
Mitglied der DAF und NSV
Gauakt Nr. 163.201

WIPPEL Johann, geb. 15.11.1890
Drogist
15.12.1931: NSDAP-Mitglied
Blockleiter und Zellenwarter der DAF
illegaler Kämpfer
Gauakt Nr. 28.588

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 31. Oktober 1950 (Vertagung)
Vorsitz: Vizepräsident Dr. HACKAUF
Richter: Dr. FISCHER
Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann
Staatsanwalt: Dr. FISCHER
Verteidiger: Dr. Heinz MILHARD für Dr. Hans BITTESNIK (FÜHRLINGER), Dr. Julius HAFNER
(WEINZIERS), Dr. Leo FEITZINGER (STANZL), Dr. Helmut EBNER für Dr. Andreas POSCH

(DUFFEK), Dr. Otto WIESENTHAL (HAJEK), Dr. Karl Albrecht MAJER (EYMANN)
Hauptverhandlung vom 24. und 25. April 1951

Vorsitz: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Hans BITTESNIK (FÜHRLINGER), Dr. Julius HAFNER (WEINZIERL), Dr. Leo

FEITZINGER (STANZL), Dr. Helmut EBNER für Dr. Andreas POSCH (DUFFEK), Dr. Otto

WIESENTHAL (HAJEK), Dr. Karl Albrecht MAJER (EYMANN)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 4341/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1173
DÖW-Signatur V924/1-34

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 3111/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Alsergrund)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois AUTHERIED (im Akt auch AUTHERIETH genannt),
Franz EBNER,
Franz GRÖLL,
Margarethe GRÖLL,
Josef IHANIC,
Hermann KUMMER,
Julius POLSTERER,
Franz SCHUSTER,
Wilhelm SCHWENK und
Alois EBNER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der missbräuchlichen Bereicherung begangen an Jüdinnen und Juden im Rahmen von Plünderungen und Vertreibungen in Wien-Alsergrund
Arisierung von Schmuck und Bargeld des Ehepaares WALZER, Wien IX, Liechtensteinstraße 92/20 durch Franz EBNER am 10. November 1938
Vertreibung der Familie Simon KNOLL aus der Wohnung Wien IX, Ruggasse 2/4 im November 1938. Arisierung von verschiedenen Wertgegenständen u.a. einer goldenen Armbanduhr der Franziska KNOLL durch EBNER, der sie im Rahmen der Hausdurchsuchung auch ohrfeigte.

Arisierungen

Arisierung des Schuhhauses Ferdinand BECK, Wien IX, Währingerstraße 50 durch Franz EBNER am 1. Oktober 1938

Arisierung von Bargeld und Schmuck der Emmy FÄRBER und Plünderung des Lebensmittelgeschäftes Alfred FÄRBER, Wien IX, Liechtensteinstraße 131 durch Franz EBNER in Zusammenwirken mit Alois AUTHERITH

Denunziation des Gemischtwarenhändlers Alfred FÄRBER durch Franz EBNER im Jahr 1938

Sonstige Verbrechen

Plünderung des Spirituosengeschäftes des N. WINTER, Wien IV, Nussdorferstraße 88 durch Julius POLSTERER in Zusammenwirken mit Franz EBNER

Beschimpfung der Anna FELLNER durch Julius POLSTERER und Franz EBNER im Jahr 1940.

Bedrohung der Anna FELLNER durch EBNER mit einer Hundepeitsche.
Weitergabe von beschlagnahmten Einrichtungsgegenständen der Familie REICH an Parteigenossen durch Franz GRÖLL im November 1938
Denunziation von Ferdinand KAUFMANN, Rudolf HÖFLER, Johann HOFBAUER, Anton HOLOWITZ und Franz RICHTER durch ihren Arbeitskollegen im Allgemeinen Krankenhaus Josef IHANIC
Versuchte Denunziation des Franz FREYLACH (im Akt auch FREILER genannt) wegen abfälliger Äußerungen über die SA durch die Arbeitskollegen Josef IHANIC (Betriebsobmann) und Wilhelm SCHWENK (Betriebszellenobmann im Allgemeinen Krankenhaus) am 22. Mai 1940

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 5.5.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz EBNER, Franz SCHUSTER, Heinrich KUMMER, Franz GRÖLL, Josef IHANIC und Josef LATAL aus dem Verfahren LG Wien Vg 6c Vr 4596/46 (gegen Josef POLSTERER u.a.) und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 6b Vr 3111/47
Abtretung des Verfahrens gegen Josef LATAL zu LG Wien Vg 8a Vr 1139/46.
- 8.8.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Alois AUTHERIED wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
Einstellung des Verfahrens gegen Margarethe GRÖLL wegen § 7 KVG (Faktum Mayer) gemäß § 90 StPO. Ausscheidung des Verfahrens gegen Margarethe GRÖLL wegen § 8 VG zu LG Wien Vg 5a Vr 1921/49
- 5.12.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Hermann KUMMER zur Gänze
Einstellung des Verfahrens gegen Josef IHANIC wegen §§ 3, 4 KVG und § 7 KVG (weitere Denunziationen) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Ausscheidung des Verfahrens gegen Josef IHANIC und Wilhelm SCHWENK gemäß § 57 StPO (gesonderte Führung des Verfahrens zur Vermeidung von Verzögerungen) zu LG Wien Vg 6e Vr 712/50
- 24.1.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Julius POLSTERER gemäß § 34/2 StPO (Nichtverfolgung der Straftat auf Antrag der Staatsanwaltschaft) betreffend Faktum Färber
- 17.6.1952: Einstellung des Verfahrens gegen Franz EBNER wegen § 6 KVG (nur wegen der Fakten Beck, Färber, Walzer, Plünderung in einem Haus in der Nussdorferstraße) und wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Franz EBNER betreffend Faktum Fellner gemäß § 90 StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Franz GRÖLL wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO
Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz GRÖLL wegen § 6 KVG gemäß § 57 StPO zu LG Wien Vg 8e Vr 174/52
Einstellung des Verfahrens gegen Franz SCHUSTER wegen §§ 3, 4 KVG und §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Alois AUTHERIED wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO
- 22.12.1954: Anklageerhebung gegen Franz EBNER wegen §§ 4, 6 KVG (Fakten Franziska KNOLL und Spirituosengeschäft N. WINTER)
- 8.7.1955: Freispruch des Angeklagten Franz EBNER wegen §§ 4, 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 6b Vr 3111/47 gegen Franz EBNER u.a.

Der Akt enthält ein Sachverständigengutachten des Honorarprofessors Dkfm. Felix ROMANIK

betreffend Arisierung des Schuhhauses Ferdinand BECK
Alois EBNER wurde am 25. März 1955 als Beschuldigter vernommen; ein Beschluss betreffend
Verfahrenseinstellung konnte nicht gefunden werden
Im vorliegenden Akt befinden sich einbezogene Teile bzw. Abschriften aus folgenden Verfahren:
LG Wien Vg 6c Vr 4596/46 gegen Julius POLSTERER u.a.
LG Linz Vg 11 Vr 1511/48 gegen Josef IHANIC

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

AUTHERIED Alois, geb. 29.12.1910 in Wien,

Fleischselcher

1.8.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 451.957

Blockhelfer in der Ortsgruppe "Liechtenwerd"

Juli 1938: Parteianwärter

30.1.1939-29.4.1939: Wehrmacht

15.8.1939-Kriegsende: Wehrmacht

Arisierung der Wohnung des Desider Steiner Wien IV, Nussgasse 4/19

EBNER Alois, geb. 24.3.1901 in St. Andrä Wördern

1939: Blockhelfer in der Ortsgruppe "Himmelfortgrund"

EBNER Franz, geb. 20.11.1902, Schuhhändler

1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 902.872

Blockwart im Gewerbering

Mai 1937: Bezirksführer für Handwerk und Handel des Gaus Wien

Vertrieb von Propagandamaterial

Aufbewahrung von Lebensmittelpaketen für illegale Parteigenossen

Blockleiter in der Ortsgruppe "Liechtenwerd"

Propagandaleiter von Wien-Alsergrund

1940-1945: Wehrmacht

Gauakt Nr. 72/93

GRÖLL Franz, geb. 14.8.1887,

ehem. politischer Leiter der NSDAP in Wien-Alsergrund,

30.6.1938: NSDAP-Erfassungsantrag

1939-1942: Angestellter der Hauptkasse der Gemeinde Wien

1942-10.9.1944: Wach- und Schließgesellschaft

Gauakt Nr. 105. 390

GRÖLL Margarethe

IHANIC od. IBANIC, IHANITZ Josef, geb. 24.4.1891 in Edenburg

Angestellter des Allg. Krankenhauses, Betriebsratsobmann

Propagandaleiter der NSDAP

Aufbewahrung von Paketen für illegale Parteiangehörige

1937: NSDAP-Mitglied

1938: Block- und Zellenleiter

1940: DAF Betriebsobmann des Allgemeinen Krankenhauses

Träger der Ostmarkmedaille

Gauakt Nr. 197.545

KUMMER Hermann, geb. 26.9.1902, Cafetier

Kreisstabsamtsleiter und Kreispersonalamtsleiter der NSDAP

1925: NSDAP-Mitglied, Nr. 27.750

1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 531.801

LATAL Josef, , geb.

POLSTERER Julius, geb. 17.8.1894

1932: NSDAP

politischer Leiter
Inhaber des Kinos "Lichtenwerd"

SCHUSTER Franz, geb. 8.9.1912, Drogist
Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe "Lichtenwerd"
November 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 781.243
1.4.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 903.119
20.3.1938: SS-Angehöriger
1938: Wahlsprengelleiter
2.7.1938: Provisorischer Ortsgruppenleiter
1940-Kriegsende: Wehrmacht
Träger der Ostmarkmedaille
Gauakt Nr. 265.331

SCHWENK oder SCHWENDT Wilhelm, geb. 13.11.1903 in Wien
Maurer, NS-Betriebszellenobmann im allgemeinen Krankenhaus
1938: NSDAP-Parteianwärter
1941-Kriegsende: Wehrmacht
Gauakt Nr. 8052

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 4.2.1955
Vorsitz: LGR. Dr. August SCHACHERMAYR
Richter: LGR. Dr. EBERLE
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. EIGENBAUER
Verteidiger: Dr. Viktor HRDLICKA

Hauptverhandlung vom 8.7.1955
Vorsitz: LGR. Dr. August SCHACHERMAYR
Richter: OLGR. Adolf TOBNER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. Julius EIGENBAUER
Verteidiger: Viktor HRDLICKA

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 3111/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1173
DÖW-Signatur V925/1-38

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 5841/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Richard TRETTER,
Johann BLOUDICEK,
Josef HERZOG,
Leopold HLAWATSCH und
Georg HUBER

wegen (§§): §§ 8, 10, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§§ 171 ff. (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an jüdischen BewohnerInnen der Häuser Kenyongasse 18, 20 und 22 sowie Urban Loritz-Platz 5, 7 und 8

Plünderung der jüdischen Geschäfte BENEDIK (Ecke Kenyongasse/Seidengasse), KUBIN (Seidengasse 38) und Fritz WOLF (Seidengasse 33) im November 1938

Durchführung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Wertpapieren, Schmuck, Geld und anderen Vermögenswerten in den Häusern Kenyongasse 18, 20 und 22. Die jüdischen BewohnerInnen mußten ihre Wohnungen verlassen und wurden in eine so genannte "Judenwohnung" gesperrt.

Aneignung von Schmuck und Bargeld im Fabrikbüro der Olga Wolf, Seidengasse 31, durch TRETTER und HERZOG im November 1938

Aneignung eines Persianermantels, eines Brillantenringes sowie von Wäsche und Bargeld der Julie FROMMER, Kenyongasse 22, durch TRETTER und HUBER im November 1938

Aneignung von Wertpapieren, Schmuck, Teppichen und Bargeld der Marie TUSCHEK (TUSCHAK), Kenyongasse 22, durch TRETTER und HUBER im November 1938

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des jüdischen Gatten der Julie FROMMER durch Georg HUBER im November 1938

Beteiligung des Leopold HLAWATSCH an der Misshandlung und Beraubung des Louis NÜRNBERG, Wien-Neubau, Urban Loritz-Platz 8

Beteiligung des Leopold HLAWATSCH an der Plünderung der Wohnung des N. SCHEUER, Urban Loritz-Platz 7, im November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.3.1949: Anklageerhebung gegen Richard TRETTER wegen § 8 VG und §§ 3, 6 KVG, Georg HUBER wegen §§ 3, 4, 6 KVG und gegen Josef HERZOG wegen § 58 StG in der Fassung

- des § 11 VG und § 6 KVG
- 16.3.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold HLAWATSCH wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens gegen Johann BLOUDICEK wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 34/2 StPO (Nichtverfolgung der Straftat auf Antrag der Staatsanwaltschaft)
Einstellung des Verfahrens gegen Richard TRETTER und Josef HERZOG hinsichtlich der nicht angeklagten Fakten gemäß § 109 StPO
- 4.4.1950: Verurteilung des Richard TRETTER wegen § 3 KVG zu 1 Jahr schweren Kerker. Verfall eines Drittels des Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch des Richard TRETTER wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
Ausscheidung des Verfahrens gegen Richard TRETTER wegen § 8 VG zu IG Wien Vg 1e Vr 326/50
Freispruch des Georg HUBER wegen §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 259/3 StPO
Freispruch des Josef HERZOG wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1 Vr 5841/46 gegen Richard TRETTER u.a.:

Der vorliegende Akt enthält Abschriften aus
LG Wien Vg 2b Vr 2868/46 (gegen Johann BLOUDICEK)
LG Wien Vg 3c Vr 3919/45 (gegen Josef HUG(E)L)
Einbezogener Akt BG Vöcklabruck (Oberösterreich) Z 1079/47 (gegen Georg HUBER)

Aus dem vorliegenden Akt LG Wien Vg 1e Vr 5841/46 fehlen:

Band I

ONr. 7 Blatt 71

Band III

Onr. 244 Blatt 291/293

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BLOUDICEK Johann, geb. 23.3.1904 in Wien

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 202.014

März 1938: Zellenleiter

"Alter Kämpfer"

HERZOG Josef, geb. 23.2.1903 in Wien

Dezember 1934: NSDAP-Mitglied

Blockleiter der Ortsgruppe Schottenfeld-Nord

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 297.208

"Altparteigenosse"

HLAWATSCH Leopold, geb. 19.3.1904 in Wien

Hausmeister

Unterstützung notleidender Parteigenossen, Aufbewahrung von Schriftmaterial

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 299.217

HUBER Georg, geb. 19.4.1883 in Bogenhofen bei Braunau am Inn (Oberösterreich), ehem.

Angehöriger der Wiener Berufsfeuerwehr

Mitglied in der Ortsgruppe Schottenfeld-Nord

Anfang 1939: Parteianwärter

1941-Kriegsende: NSDAP-Mitglied

TRETTER Richard, geb. 26.2.1884 in Wien

Buchdrucker
1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 449.649
DAF und NSV
Blockhelfer sowie Schreib- und Aushilfskraft in der Ortsgruppe Schottenfeld-Nord
Politischer Leiter
Kriegsende: Ortskommandant in Potz, Neusiedl Burgenland, Misshandlung von
ZwangsarbeiterInnen im Rahmen des Südostwallbaus

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 24.1.1950 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. MAKOWETZ

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. LIEBISCH

Verteidiger: Dr. Alfred FÜRST (Richard TRETTER), Dr. Viktor SÖLLNER (Georg HUBER) und Dr.
Michael STERN (Josef HERZOG)

Hauptverhandlung vom 4.4.1950

Vorsitz: OLGR. Dr. SEHORZ

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. LIEBISCH

Verteidiger: Dr. Alfred FÜRST (Richard TRETTER), Dr. Anton NIRSCHL (Georg HUBER) und Dr.
Michael STERN (Josef HERZOG)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 5841/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1173
DÖW-Signatur V926/1-30

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 1921/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Ottakring, Hernals)

Volksgerichtsverfahren gegen: Vinzenz KLECAK jun.,
Vinzenz KLECAK sen.,
Marie KLECAK,
Eduard FREISTÄDTER (FREISTÄTTER),
Alois JÜMLICH und
Franz ROSENSTINGL

wegen (§§): §§ 8, 10/3, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation)
§§ 171ff StG (Diebstahl),
§ 199a StG (Betrug; Meineid) und
§ 7 Wahlgesetz

Tatvorwürfe:

Durchführung einer Hausdurchsuchung bei Elise SCHREIBER in Wien-Ottakring, Ottakringerstraße 36/4, am 10. November 1938 ("Novemberpogrom"). Beschlagnahme von Bargeld, Schmuck, Wertpapieren und 4 Sparbüchern durch Vinzenz KLECAK jun., Eduard FREISTÄDTER, Franz ROSENSTINGL und Alois JÜMLICH

Beteiligung des Vinzenz KLECAK jun. an der Plünderung des Herrenmodengeschäftes KREUZFUCHS, Wien-Hernals, Pezlgasse 40, im Frühjahr 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.1.1947: Anklageerhebung gegen Vinzenz KLECAK jun. wegen §§ 8, 10 VG
28.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Vinzenz KLECAK jun. wegen § 7 Wahlgesetz zu LG Wien 26 Vr 2455/47
Einstellung des Verfahrens gegen KLECAK jun. wegen § 6 KVG und §§ 171 ff. StG (Faktum KREUZFUCHS) gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
Ausscheidung des Verfahrens gegen Vinzenz KLECAK sen. wegen §§ 8, 10/3 VG zu LG Wien Vg 2b Vr Vr 1565/47
Einstellung des Verfahrens gegen Vinzenz KLECAK sen. wegen § 11 VG und §§ 171 ff. StG gemäß § 90 StPO
Ausscheidung des Verfahrens gegen Marie KLECAK wegen § 199a StG zu LG Wien 22 Vr 2456/47
23.1.1950: Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Vinzenz KLECAK jun. wegen § 171 StG und §

- 6 KVG (Faktum KREUZFUCHS)
- 11.7.1950: Anklageerhebung gegen Vinzenz KLECAK wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG, gegen Franz ROSENSTINGL wegen § 6 KVG und gegen Eduard FREISTÄDTER wegen § 6 KVG
- 7.8.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alois JÜMLICH wegen § 6 KVG zu LG Wien Vg 8e Vr 544/50
Zurückziehung der Anklage gegen Vinzenz KLECAK jun. wegen § 6 KVG gemäß § 227/2 StPO (Zurückziehung der Anklageschrift durch den Staatsanwalt unter gleichzeitiger Einbringung einer neuen Anklageschrift)
- 5.12.1950: Freispruch der drei Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 13a Vr 1921/46 gegen Vinzenz KLECAK jun. u.a.:
Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus LG Wien Vg 2d Vr 1565/47 gegen Vinzenz KLECAK sen.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

- FREISTÄDTER Eduard, geb. 7.7.1908 in Wien
Kaufmann
Mitglied der Ortsgruppe "Zimmermannplatz"
- KLECAK Vinzenz Jun., geb. 20.9.1916 in Wien
Regisseur(assistent)
19.6.1933: NSDAP-Mitglied, SA-Angehöriger
September 1939-Kriegsende: Wehrmacht
Mitglied der Ortsgruppe "Bergsteig"
Aufbewahrung von Waffen
"Alter Kämpfer"
Gauakt Nr. 321.219
- KLECAK Vinzenz Sen., geb. 24.3.1892 u. Marie KLECAK:
keine näheren Angaben
- FREISTÄTTER Eduard, geb. 7.7.1908 in Wien
Kaufmann
Mitglied der Ortsgruppe "Zimmermannplatz"
- ROSENSTINGL Franz, geb. 27.2.1891 in Wien
Postfacharbeiter
Mitglied der Ortsgruppe "Hernalsergürtel"
1.1.1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 9,025.235
Blockleiter
- JÜMLICH Alois, geb. ?
Mitglied der Ortsgruppe "Hernalsergürtel"

Gerichtspersonal:

- Hauptverhandlung vom 5.2.1948 gegen Vinzenz KLECAK jun. (Vertagung und Rückleitung des Strafverfahrens gemäß § 57 StPO)
Vorsitz: OLGR. Dr. GRUCHOL
Richter: Dr. BAUER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Staatsanwalt: Dr. MANN
Verteidiger: Dr. Franz BROSENBAUER
- Hauptverhandlung vom 8.11.1948 gegen Vinzenz KLECAK jun. (Vertagung)
Vorsitz: OLGR. Dr. GRUCHOL

Richter: Dr. GLEISSNER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. GRÖTSCHEL

Verteidiger: Dr. Hans OTT für Dr. Franz BROSENBAUER

Hauptverhandlung vom 12.12.1950 und 15.12.1950 gegen Vinzenz KLECAK jun., Eduard FREISTÄDTER und Franz ROSENSTINGL

Vorsitz: Vizepräsident Dr. HACKAUF

Richter: LGR. Dr. ZAPLATILEK

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Friedrich TRAMPISCH für Dr. Nikolaus SCHLITTER (KLECAK jun.), Dr. Otto SCHLÄGER (ROSENSTINGL), Dr. August SPORN (FREISTÄDTER)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 1921/46: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1173+1174

DÖW-Signatur V927/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11i Vr 6697/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Denunziationsprozess, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen Johann WINKLER wegen Verbrechen an Adolf NEUMANN und Gattin

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 171ff StG (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Verbrechen im März 1938

Der Angeklagte Johann WINKLER war Schriftsetzer beim "Neuen Wiener-Tagblatt" und wurde im Jahr 1933 vom damaligen Direktor Adolf NEUMANN wegen Alkoholproblemen entlassen. Nach der Besetzung Österreichs im März 1938 verfolgte, beschimpfte und misshandelte WINKLER seinen ehemaligen Vorgesetzten.

Novemberpogrom

Am 10. November 1938 drang der Angeklagte gemeinsam mit anderen Personen in die Wohnung des Ehepaares NEUMANN in Wien-Leopoldstadt, Gredlerstraße 3, ein. Er beschimpfte, misshandelte und beraubte Adolf NEUMANN und seine Gattin. Gemeinsam mit seinen namentlich nicht bekannten Komplizen eignete sich der Angeklagte einen Silberfuchs, einen Radioapparat und 1 Brillantenohrgehänge aus dem Besitz des Ehepaares NEUMANN an. Weiters gab WINKLER die Anschrift des Adolf NEUMANN an gewalttätige SS-Angehörige weiter.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.3.1947: Anklageerhebung wegen §§ 4, 6 KVG. Eine Ausdehnung der Anklage auf das Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen nach § 3 KVG sowie eine Ausdehnung der Anklage auf das Verbrechen der Denunziation nach § 7 KVG (Bekanntgabe der Adresse an plündernde SS-Angehörige) blieb der Hauptverhandlung vorbehalten.

1.7.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 4 KVG zu 4 Monaten Kerker. Freispruch wegen § 4 KVG (Gewalttätige Behandlung des Ehepaares NEUMANN) und wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

WINKLER Johann, geb. 15.10.1892 in Wien

Vetragsangestellter

ehem. Schriftsetzer beim "Neuen Wiener Tagblatt"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 19.2.1948 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR. Dr. DONNER

Richter: Dr. BAUER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. MÄRZ

Verteidiger: Dr. GESSELBAUER für Dr. KORN

Hauptverhandlung vom 23.3.1948 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR. Dr. DONNER

Richter: Dr. EBERLIN

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Josef KORN

Hauptverhandlung vom 1.7.1948

Vorsitz: OLGR. Dr. DONNER

Richter: Dr. LUGERT

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. TRETTWER

Verteidiger: Dr. GESSELBAUER

FStN-Mikrofilm Nr. 1174
DÖW-Signatur V928/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4863/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), "Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerechtfertigungsverfahren gegen: Paul DUFEK (DUFFEK)

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung des §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Verbrechen im an Juden/Jüdinnen 1938

Misshandlung des Kindes der jüdischen Familie HACKER aus politischer Gehässigkeit
Misshandlung eines unbekanntes älteren Juden im Rahmen einer "Marktkontrolle" am
Karmelitermarkt in Wien-Leopoldstadt im März 1938
Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde einer unbekanntes älteren Jüdin
durch Beschimpfungen im März 1938
Durchführung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Radioapparaten und
Schreibmaschinen bei jüdischen BewohnerInnen in Wien-Leopoldstadt, Haidgasse 10, 12 und
14 durch den Angeklagten in Zusammenwirken mit N. GLASER, N. ZIFFNER (ZIVNA), N.
ROSSWURM und N. PISCHWITZ im November 1938 ("Novemberpogrom").
Beschlagnahme eines Radioapparates des N. OSTER (OSTERER oder ÖSTERREICHER) in Wien-
Leopoldstadt, Taborstraße 33, durch Paul DUFEK, N. ZIFFNER (ZIVNA), N. FIALA und einen
unbekanntes Mann
Arisierung der Wohnung des N. KASCHKE, KARSKE, GARSKE oder GARSKY in Wien-
Leopoldstadt, Tandelmarktgasse 19/6 im November 1938. Arisierung eines Teils der
Wohnungseinrichtung des N. LAUER im November 1938.
Plünderung des Geschäftes des Geflügelhändlers Julius PISK in Wien-Leopoldstadt, Große
Sperlgasse 14, durch Paul DUFFEK, N. EISENHELD und 3-4 unbekanntes Männer im November
1938. Aneignung von 3 Schreibmaschinen, 1 Briefmarkensammlung, 1 Korb mit Wäsche und
2 Pelzüberziehern.
Plünderung des Konfektionsgeschäftes GOLDSTEIN, Wien-Leopoldstadt, Tandelmarktgasse
19, im November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.5.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG
25.5.1946: Ausscheidung des Verfahrens betreffend Diebstahl eines Radioapparates des N.
OSTER und Abtretung an das ordentliche Gericht zu LG Wien 2d E Vr 5510/46
8.8.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung des § 11VG und wegen
§§ 3, 4, 6 KVG zu 8 Jahren schweren Kerkers. Verfall des Vermögens zu Gunsten der

Republik Österreich
19.12.1951: Begnadigung des Verurteilten durch den Bundespräsidenten. Von 22.12.1951 bis
10.1.1952 Verwahrungshäftling der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 4863/45 gegen Paul DUFFEK:

Der gegenständliche Akt enthält eine Urteilsabschrift aus LG Wien 2d E Vr 5510/46 (gegen Paul DUFFEK wegen Verbrechen des Diebstahls nach §§ 171, 173, 174 Ic, IIa StG) Im Hinblick auf die zu LG Wien Vg 1d Vr 4863/45 verhängte Strafe von 8 Jahren verschärften, schweren Kerkers, wurde keine Strafe ausgesprochen

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

DUFFEK Paul, geb. 23.4.1905 in Wien
Schneidermeister
seit 1933: NSDAP-Anwärter
1.5. 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 187.824
Politischer Leiter, Blockleiter, Zellen- und Propagandaleiter in der Ortsgruppe Karmeliterplatz
Durchführung von "Marktkontrollen" am Karmelitermarkt
1938-Mai 1941: Angestellter des Karten- und Verrechnungsstellenamtes Obere
Augartenstraße
Mai 1941-März 1943: Wehrmacht
ab März 1943-Kriegsende: Kartenstelle
Träger der Erinnerungsmedaille vom März 1938

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 8.8.1946
Vorsitz: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: LGR. Dr. KITTL
Schöffen: 3 Männer
Staatsanwalt: Dr. SCHMEISSER
Verteidiger: Dr. Johann PREINDL

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4863/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1174
DÖW-Signatur V929/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required
Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 216/51 (LG Wien Vg 8c Vr 655/50)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Neubau, Penzing)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ludwig Johann FERDINY jun.

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Beteiligung am Novemberpogrom in Wien-Penzing

Beschlagnahme von Schmuck, Bargeld sowie eines Sparbuches im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei der Familie Friedrich KOHLMANN in Wien-Penzing, Linzerstraße 47, durch den Beschuldigten und zwei unbekannte NSDAP-Funktionäre im November 1938 ("Novemberpogrom").

Verbrechen an Juden/Jüdinnen in Wien-Neubau im Jahr 1941

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen aus politischer Gehässigkeit an dem Ehepaar Hugo und Elisabeth KLEIN durch Vertreibung aus ihrer Wohnung in Wien-Neubau, Neubaugasse 68/11, im November 1941. Arisierung der Wohnung durch den Beschuldigten.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 7.11.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Ludwig FERDINY wegen §§ 3, 6 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 5 Vr 2201/45 gegen Ludwig FERDINY u.a.
27.12.1950: Anklageerhebung wegen §§ 3, 6 KVG
15.3.1951: Verurteilung des Angeklagten wegen § 6 KVG zu 6 Wochen Kerker.
Freispruch wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
11.5.1951: Aufhebung des Urteils und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1i Vr 216/51
29.6.1951: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 227/1 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1i Vr 216/51 (LG Wien Vg 8c Vr 655/50) gegen Ludwig Johann FERDINY

Der gegenständliche Akt enthält Teile aus LG Wien Vg 5 Vr 2201/45 gegen Ludwig FERDINY u.a.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

FERDINY Ludwig, geb. 24.3.1906 in Wien

Ing. Architekt

18.3.1938: NSDAP-Mitglied

Juli 1938 bis Mai 1939: Blockleiter der NSDAP, Ortsgruppe Breitensee-Süd, Wien
Mai 1939: Zellenleiter der Ortsgruppe
1939-Kriegsende: Wehrmacht
Gauakt Nr. 96.382

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 15.3.1951

Vorsitz: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. MÜLLER

Schöffen: 3 Frauen

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Otto WIESENTHAL

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 216/51 (LG Wien Vg 8c Vr 655/50):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1174
DÖW-Signatur V930/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 9197/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

"Reichskristallnacht"-Prozess, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Brigittenau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl HEGER und
N. FÖRSTER (im Akt auch FORSTER genannt)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Beteiligung am Novemberpogrom

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an unbekanntem Jüdinnen und Juden in Wien-Brigittenau durch Karl HEGER. Weiters Beteiligung an der Beschlagnahme von jüdischen Vermögenswerten in den Häusern in Wien-Brigittenau, Treustraße 2-4, im November 1938 ("Novemberpogrom").

Misshandlung sowie Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Josef BERGER im Lokal der Ortsgruppe "Wolfsau" in Wien-Brigittenau, Perinettgasse 1. An der Misshandlung des Josef BERGER sollen Karl HEGER, der Ortsgruppenleiter N. FORSTER und andere unbekannte Angehörige der Ortsgruppe "Wolfsau" beteiligt gewesen sein.

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Dr. ROCHMES durch Bedrohung mit einer Pistole

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde jüdischer BewohnerInnen der Häuser, Wien-Brigittenau, Klosterneuburgerstraße 2-4, im November 1938

Plünderung des Installationsgeschäftes des Josef BERGER in Wien-Brigittenau, Klosterneuburgerstraße 5, durch Karl HEGER in Zusammenwirken mit N. HEINRICH und Josef BEER zwischen 12. und 15. November 1938. Weiters eignete sich der Beschuldigte Bargeld, Schmuck und Uhren aus dem Besitz des Ehepaares BERGER an.

Weitere Verbrechen an Brigittenauer Juden/Jüdinnen

Plünderung der Wohnung der Familie DREIKURS durch die beiden Beschuldigten im Frühjahr 1938

Beschlagnahme von Einrichtungsgegenständen aus der Wohnung der N. EISKRAUT in Wien-Brigittenau, Württemberggasse 3 durch Karl HEGER im Jahr 1942

Denunziation des Josef BERGER durch Karl HEGER bei der Ortsgruppe "Wolfsau" im November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

1.4.1949: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG

22.4.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Karl HEGER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO

(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Ausscheidung des Verfahrens gegen N. FÖRSTER wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG
zu LG Wien Vg 8c Vr 1190/49 (Fortgesetzt unter LG Wien Vg 8e Vr 923/55)
6.11.1951: Verurteilung des Angeklagten HEGER wegen § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung
an Vermögenswerten des Ehepaares BERGER) zu 5 Monaten Kerker. Kein
Vermögensverfall.
Freispruch wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG und § 6 KVG (Faktum N. EISKRAUT)
gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 13a Vr 9197/46 gegen Karl HEGER und N. FORSTER:
Der gegenständliche Akt enthält Hinweise auf das Rückstellungsverfahren 50 RK 280/48 (Josef
BERGER)

Fehlende Aktenteile:

BAND I:

ONr. 95 Blatt 329
ONr. 98 Blatt 335/337

BAND II:

ONr. 135 Blatt 97

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

HEGER Karl, geb. 16.4.1910 in Wien

Installateur

3.5.1932-Jänner 1935: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 084.485

Beteiligung an Sabotage- und Terroraktionen während der "Verbotszeit", Brandlegung im
Wienerwald (Gebiet Kobenzl) im Juli 1934

1939-14.März 1941: Wehrmacht

Gauakt Nr. 159.044

"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 5.12.1950 (Vertagung)

Vorsitz: Vizepräs. Dr. HACKAUF

Richter: LGR. Dr. FISCHER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. ILLICHMANN

Verteidiger: Dr. Friedrich WEBER für Dr. TLAPEK

Hauptverhandlung vom 30.10.1951 (Vertagung)

Vorsitz: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: Dr. LOIBL

Schöffen: 3 Frauen

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Ludwig Franz TLAPEK

Hauptverhandlung vom 6.11.1951

Vorsitz: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: OLGR. Dr. BERGAUER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Ludwig Franz TLAPEK

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 9197/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1174
DÖW-Signatur V931/1-24

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 1927/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Deportationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Josefstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef KÖHLER und
Gisela FUCHS

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang),
§ 5 StG (Mitschuldige und Teilnehmer an Verbrechen) und
§§ 197, 199a StG (Betrug, Meineid)

Tatvorwurf:

Denunziation der Gerty VALNAI durch den Leiter der Zentralstelle der Standesämter in Wien-Josefstadt, Albertgasse 7, Josef KÖHLER am 30. September 1942. Gerty VALNAI wurde noch in der Zentralstelle verhaftet und bereits am 5. Oktober 1942 nach Minsk deportiert. Johann Kollenstein (John Kollenstein), ein aus Österreich stammender kanadischer Staatsbürger, wollte die Jüdin Gerty VALNAI heiraten. Zum Zweck der Eheschließung suchte er um Befreiung des Eheschließungszeugnisses, das er auf Grund seiner kanadischen Staatsbürgerschaft benötigte, an. Die Ehe mit dem Arier Johann Kollenstein hätte Gerty VALNAI nicht nur zur kanadischen Staatsbürgerin gemacht, sondern ihr überdies die begünstigte Stellung in einer privilegierten Mischehe verschafft und sie vor der Deportation bewahrt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.10.1948: Anklageerhebung gegen Josef KÖHLER wegen §§ 10, 11 VG, §§ 5a KVG, 5 StG und § 7/3 KVG
3.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Gisela FUCHS wegen §§ 197, 199a StG und wegen §§ 7 KVG, 5 StG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
25.2.1949: Verurteilung des Angeklagten KÖHLER wegen §§ 10, 11 VG und § 7/3 KVG zu 6 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich. Freispruch wegen §§ 5a KVG, 5 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
13.4.1951: Bedingte Entlassung des Verurteilten

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11e Vr 1927/48 gegen Josef KÖHLER und Gisela FUCHS:
Der gegenständliche Akt enthält:

Hinweise auf den Akt LG Wien Vg 3d Vr 7448/47 (gegen Dr. Eduard ZWANOWETZ)
Personalliste der Zentralverwaltung der Standesämter in Wien

Personalliste des Referates IV B 4 ("Judenreferat") der Gestapoleitstelle Wien
Personalliste der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien
Urteilsabschrift aus LG Wien Vg 1m Vr 1029/45 gegen Robert WALCHER: Verurteilung zu 10 Jahren schweren Kerkers wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden als Verwalter und Kommandant verschiedener Sammellager

AKTENVERMERK 9.12.2003:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11e Vr 1927/48 (gegen Josef KÖHLER und Gisela FUCHS) fehlen:

BAND I:

ONr. 60 Blatt 191

ONr. 105 Blatt 289

BAND II:

ONr.: 202 Blatt 101/103

ONr.: 209 Blatt 123

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KÖHLER Josef, geb. 21.8.1903 in Budapest

Mai 1933: NSDAP-Beitritt, Nr. 6, 361.913

Oktober 1933: SA-Beitritt

März 1935: sippenkundlicher Referent der SA-Standarte 81

Februar 1938: Angehöriger der SS

SA-Scharführer, Truppführer und Obertruppführer

SS-Rottenführer

Gauhauptstellenleiter des Rassenpolitischen Amtes

Chef des Rassenamtes Wien

Wirtschafts- und Personalreferent der Standesämter-Zentralverwaltung

Gauwalter des Reichsverbandes der Standesbeamten

Träger der Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938

"Alter Kämpfer"

Gauakt Nr. 334.643

FUCHS Gisela, geb. 29.6.1901 in Wien

1.10.1940: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 461.945, Ortsgruppe Neustift am Walde

Helferin in der NS-Frauenschaft

Angestellte der Zentralverwaltung der Standesämter in Wien,

Mitarbeiterin des Josef Köhler

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 11.11.1948 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. FRASZ

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. ALTMANN

Verteidiger: Dr. Peter HASLINGER für Dr. Richard HASLINGER

Hauptverhandlung am 25.2.1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. FRASZ

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. ALTMANN

Verteidiger: Dr. HASLINGER

FStN-Mikrofilm Nr. 1174
DÖW-Signatur V932/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required
Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 2230/47 (LG Wien Vg 3c Vr 1852/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Leopoldstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl JUFFMANN
(Magister der Pharmazie)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung der Erzherzog-Karl-Apotheke, Besitzer August und Klothilde SILBERSTEIN, in Wien-
Leopoldstadt, Ennsgasse 23, am 17. November 1938

Denunziation des Johann MACHO wegen staatsfeindlicher Äußerungen am 27. September 1938 in
Wien-Leopoldstadt

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 14.6.1946: Anklageerhebung wegen §§ 11 (10) VG, § 6 KVG und § 7 KVG
1.10.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 6, 7 KVG zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen §§ 11 (10) VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
28.3.1947: Teilweise Aufhebung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof in Richtung des § 6
KVG. Teilweise Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1 Vr 2230/47.
27.9.1947: Freispruch des Angeklagten wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
Neubemessung der Strafe wegen des Verbrechens der Denunziation. Verurteilung
des Angeklagten wegen § 7 KVG zu 8 Monaten Kerker. Kein Vermögensverfall.

*Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1 Vr 2230/47 (LG Wien Vg 3c Vr 1852/45) gegen Mag.
pharm. Karl JUFFMANN:*

Der gegenständliche Akt enthält:

Hinweise auf den Akt LG für Strafsachen Wien I 6f Vr 6265/38 gegen Johann MACHO

Belastendes Sachverständigengutachten von Mag. pharm. Heinrich BARTL, Präsident der österr.
Apothekerkammer

AKTENVERMERK 10.12.2003:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 2230/47 (LG Wien Vg 3c Vr 1852/45) gegen
Mag. pharm. Karl JUFFMANN fehlen:

BAND I:

ONr. 28 Blatt 63

ONr. 42 Blatt 131

ONr.: 43 Blatt 133

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

JUFFMANN Karl, Mag. pharm., geb. 20.5.1897 in Bozen

1.1.1937: NSDAP-Mitglied

DAF und NSKOV

Träger der Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 1.10.1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. KORST

Richter: OLGR. Dr. SCHIROKY

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HELMREICH

Verteidiger: Dr. Karl WEISS

Hauptverhandlung am 27.9.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidigerin: Frau Dr. BANN für Dr. Karl WEISS

Geograph. Bezug:

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 2230/47 (LG Wien Vg 3c Vr 1852/45):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1174+1175

DÖW-Signatur V933/1-20

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4907/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Landstraße)

Volksgerichtsverfahren gegen: Rudolf STEINER
(Magister der Pharmazie)

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung der Erdberg-Apotheke, Besitzer Isaak SCHATZ, in Wien-Landstraße, Schlachthausgasse 11,
am 30. Juni 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.6.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

14.3.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 7d Vr 1650/47 gegen Rudolf STEINER in den
gegenständlichen Akt

31.5.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Verfall
des Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 4907/45 gegen Mag. pharm. Rudolf STEINER:

Der gegenständliche Akt enthält:

Einbezogenen Akt LG Wien Vg 7d Vr 1650/47 (gegen Mag. pharm. Rudolf STEINER)

Belastendes Sachverständigengutachten von Mag. pharm. Heinrich BARTL, Präsident der österr.

Apothekerkammer

Mitgliederliste der Ortsgruppe Sieghartskirchen (Niederösterreich)

Losungsbuch der Erdberg-Apotheke von Mai 1936-März 1945

AKTENVERMERK 10.12.2003:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 4907/45 gegen Mag. pharm. Rudolf STEINER
fehlen:

ONr. 44 Blatt 123/125

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

STEINER Rudolf, Mag. pharm., geb. 11.5.1893 in Langenluksch (Mähren)

Februar 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 533.561, Mitglied der Ortsgruppe Sieghartskirchen

(Niederösterreich)

Oktober 1938-Februar1943: Schulungsleiter der Ortsgruppe Erdberger Mais

Februar 1943-Kriegsende: Ortsgruppenleiter, Organisation und Aufstellung des Volkssturms

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 24.8.1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. ZEILINGER

Verteidiger: Dr. Walter KREPLER für Dr. Hans GÜRTLER

Hauptverhandlung am 31.5.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. BRICK

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidigerin: Dr. Hans GÜRTLER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4907/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V934/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 4560/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Himberg bei Wien)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl MEIXNER
(Magister der Pharmazie)

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität
Arisierung der Apotheke "Zum heiligen Georg", Besitzer Magister der Pharmazie Ludwig oder Ulrich
DUB, sowie der Liegenschaft Hauptplatz 9, in Himberg bei Wien, am 15. Juli oder 11.
November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.3.1947: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG
27.3.1947: Einstellung des Verfahrens hinsichtlich der Arisierung der Liegenschaft Himberg,
Hauptplatz 9, gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung
des Untersuchungsrichters)
5.7.1947: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8c Vr 4560/46 gegen Mag. pharm. Karl MEIXNER:

Der gegenständliche Akt enthält:
Einbezogenen Akt LG Linz Vg 8 Vr 783/46 (gegen Mag. pharm. Karl MEIXNER)
Belastende Schriftstücke der Ortsvorsteherung Himberg betreffend Arisierung der Apotheke "Zum
heiligen Georg" durch Mag. pharm. Karl MEIXNER

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

MEIXNER Karl, Mag. pharm.,
geb. 12.2.1895 in Brüx (Tschechoslowakei)
Mai oder November 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 303.234
Ortsgruppenleiter von Donnerskirchen
Hauptortsgruppenleiter des Kreises Eisenstadt
1933: Angeklagter im Landesgericht Wien II wegen §§ 51a, 52
März 1938: Ortswahlleiter in Donnerskirchen
Ortsgruppen-Propagandaleiter

Träger der Ostmarkmedaille
"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 5.7.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Franz HAUSA für Dr. Alexander GLOBOCNIK

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 4560/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V935/1-7

Benützungsbefugung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 163/52
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Meidling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl MEIXNER

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf:

Denunziation des Reichsbahnbediensteten Karl DLOUHY wegen Sabotage und reichsfeindlicher Äußerungen in Wien-Meidling, Untere Meidlinger-Straße 89, am 8. Oktober 1942. DLOUHY wurde am 9. Februar 1944 zu 4 Jahren Gefängnis und Ehrverlust verurteilt. Gleichzeitig mit Karl DLOUHY hatten sich der spätere Bundesrat und Obmann der Eisenbahnergewerkschaft Richard FREUND und der Zentralsekretär der Eisenbahnergewerkschaft Andreas THALER wegen Hochverrats und Feindbegünstigung vor Gericht zu verantworten. Beide wurden durch die Zeugenaussagen Karl MEIXNERS ebenfalls belastet.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

4.8.1952: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8c Vr 163/52 gegen Karl MEIXNER, geb. 13.10.1902:

Der gegenständliche Akt enthält:

Abchrift eines Urteils des 5. Senats des Volksgerichtshofs 7 J 404/43 gegen Richard FREUND, Andreas THALER und Karl DLOUHY. Die Angeklagten FREUND und THALER wurden zu je 3 Jahren Gefängnis, der Angeklagte DLOUHY zu einer Strafe von 4 Jahren Gefängnis und zum Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

MEIXNER Karl, geb. 13.10.1902 (Bundesbahnbeamter)
1.7.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 612.160
1.7.1933-1936: SA-Angehöriger

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 163/52: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V936/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12b Vr 3359/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Lilienfeld)

Volksgerichtsverfahren gegen: Ferdinand GRUBER,
Dr. Leopold MINNICH,
Dr. Rudolf EGGER,
Raimund REIF,
Anton KELLNER,
Maria HARTAN und
Leopoldine HOLLAUS

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf:

Denunziation des Kriegshilfsangestellten Anton GROH wegen dienstlicher Verfehlungen und
staatsfeindlicher Äußerungen im Finanzamt Lilienfeld im Juni 1944. Groh wurde am 22.
Dezember 1944 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.2.1948: Anklageerhebung gegen Ferdinand GRUBER wegen § 11 (10) und § 7/2 KVG
13.2.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Leopold MINNICH, Dr. Rudolf EGGER, Raimund
REIF, Anton KELLNER, Maria HARTAN und Leopoldine HOLLAUS wegen § 7 KVG
gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)
1.6.1948: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

*Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12b Vr 3359/46 gegen Ferdinand GRUBER und andere
Beschuldigte:*

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften von NS-Dokumenten (Meldungen, Fragebögen und
Anzeigen) betreffend Denunziation des Anton GROH

Aus dem gegenständlichen Akt fehlt die ONr. 54 Blatt 171

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GRUBER Ferdinand, geb. 20.10.1887 in Trumau
Finanzbeamter, Amtsrat, Regierungsrat
30.10.1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 361.587

Spenden für Nationalsozialisten

1.8.1938: Ehrenamtlicher Blockleiter in der Ortsgruppe Hadersdorf-Weidlingau

1941-1943: stellvertretender Propagandaleiter der Ortsgruppe Hadersdorf-Weidlingau

1.3.1944: Vorsteher des Finanzamtes Lilienfeld

Träger der Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938

"Altparteigenosse"

MINNICH Leopold Dr., geb. 9.12.1883 in Wien

Finanzgerichtspräsident

EGGER Rudolf Dr., geb. 23.9.1880 in Wien

Sektionschef im Finanzministerium, späterer Oberfinanzpräsident

REIF Raimund, geb. 2.12.1897 in Seyfrieds, Bez. Gmünd,

Oberinspektor und Kassenleiter des Finanzamtes Lilienfeld

KELLNER Anton, geb. 26.10.1919 in Jaslowitz, Bez. Znaim

Angestellter des Finanzamtes Lilienfeld

HARTAN Maria, geb. 13.4.1911 in St. Pölten

Angestellte des Finanzamtes Lilienfeld

HOLLAUS Leopoldine, geb. ?

Angestellte des Finanzamtes Lilienfeld

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 1.6.1948 gegen Ferdinand GRUBER

Vorsitzender: Dr. JOSST

Richter: Dr. WOLFF

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. MERTZ

Verteidiger: Dr. Johann LUSTIG für Dr. Konrad SENGSTBRATL

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12b Vr 3359/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V937/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 6875/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zur NS-Justiz

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Johann SCHWANDTNER
(Richter)

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf:

Illegalität

"Alter Kämpfer"

Funktion im NS-Regime

Landesgerichtsdirektor des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien

Vorsitzender des Kreisgerichtes VIII, Wien-Ottakring

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.2.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG

1.10.1948: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

SCHWANDTNER Johann (Hans) Dr., geb. 28.6.1894 in Friedburg (Oberösterreich)

1.12.1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 364.434

1931: kommissarischer Leiter der Ortsgruppe Purkersdorf

1932: Bezirksleiter-Stellvertreter und Bezirkspropagandaleiter in den Gerichtsbezirken

Purkersdorf und Neulengbach

April 1932-1933: Ortsgruppenleiter in Hadersdorf-Weidlingau

30.5.1932: Ernennung zum Rat des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien

Vorsitzender des Kreisgerichtes VIII, Wien-Ottakring

25.2.1939: Ernennung zum Landesgerichtsdirektor

14.2.1940: Wehrmacht

"Alter Kämpfer"

Träger des Kriegsverdienstkreuzes 2 Klasse mit Schwerter

Träger des Kriegsverdienstkreuzes 1 Klasse mit Schwerter

Träger des Treudienstehrenzeichens 2. Stufe

Gauakt Nr. 53.289

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 25.3.1947 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. Fritz HACKAUF

Richter: OLGR. Dr. PÖLTZL

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. Adolf MERTZ

Verteidiger: Dr. Heinrich SCHEER

Hauptverhandlung am 1.10.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. HACKAUF

Richter: OLGR. Dr. PRIMUS

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Heinrich SCHEER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 6875/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V938/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 6572/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung (1938)

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Mauer)

Volksgerechtheitsverfahren gegen: Dr. Eduard BACHOFNER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des jüdischen Hausbesitzers Sigmund LIEBLING und der Bewohnerin N. OSTERWEIL in Wien-Mauer, Hauptstraße 10, im Jahr 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

1.12.1947: Verfahrenseinstellung gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

BACHOFNER Eduard Dr., geb. 17.8.1906 in Wien

1.10.1940-27.4.1945: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 463.051

Vertretungsweise Blockleiter der Ortsgruppe Rosenhügel

Rechtsberater der NSDAP

kommissarischer Verwalter des Hauses Wien-Mauer, Hauptstraße 10

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 6572/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V939/1-11

Benützungsbekchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 3141/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Widerstand/Opposition, ausländische ArbeiterInnen, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Landstraße)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HIRSCH und
Wilhelm NAMPELY

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG Hochverrat) in der Fassung der §§ 10/1,2, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbetrug

Denunziation

Denunziation der Emilie KOSTIAL, der Ludmilla RATKA, der Charlotte TULACH und des Johann FROIDL wegen Abhörens ausländischer Sender durch Franz HIRSCH und Wilhelm NAMPELY in Wien-Landstraße im Oktober 1943

Emilie KOSTIAL, Ludmilla RATKA und Charlotte TULACH wurde am 24. Februar 1944 vom Sondergericht Wien 7 SKLs 10/44 wegen Verbrechen gegen die Rundfunkverordnung zu mehrjährigen Gefängnisstrafen (TULACH und RATKA zu 3 Jahren, KOSTIAL zu 2 Jahren Gefängnis) verurteilt.

Die ebenfalls erhobenen Vorwürfe wie Ermordung von ausländischen Zwangsarbeitern in der Simmeringer Waggonfabrik, Vertreibung einer Jüdin aus ihrer Wohnung und Denunziation von ArbeiterInnen der Simmeringer Waggonfabrik wurden nicht näher untersucht.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.5.1948: Anklageerhebung gegen Franz HIRSCH wegen §§ 8, 10/1,2 und 11 VG und § 7/2b KVG

2.6.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HIRSCH wegen Erschießung von 1 oder 2 ausländischen Arbeitern (§ 3 KVG, § 134 StG) und Vertreibung einer unbekanntes Jüdin aus ihrer Wohnung (§§ 3, 4 KVG) gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
Einstellung des Verfahrens gegen Franz HIRSCH wegen § 7 KVG (Faktum Johann FROIDL) gemäß § 109 StPO (Einstellung des Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Unterbrechung des Verfahrens gegen Wilhelm NAMPELY gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

27.7.1948: Verurteilung des Angeklagten Franz HIRSCH wegen §§ 8, 10/1,2 VG und § 7/2b KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

25.11.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Wilhelm NAMPELY wegen § 7 KVG zu LG Wien

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11 Vr 3141/47 gegen Franz HIRSCH und Wilhelm NAMPELY:
Franz HIRSCH wurde weiters vom Straflandesgericht Wien wegen der Mitschuld an der Nachahmung öffentlicher Kreditpapiere (LG Wien 20 Vr 13134/46) und wegen Schleichhandel, Kettenhandels und Preisüberschreitung (LG Wien 4E Vr 5195/47) verurteilt.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HIRSCH Franz, geb. 28.3.1907 in Neu-Dietmanns

Angehöriger des Bundesheeres, Soldat und später Korperal

29.2.1926: NSDAP-Mitglied, Nr. 50.501

1927-1929: Schriftführer der Ortsgruppe Wr. Neustadt und Vertrauensmann der Garnison Wr. Neustadt

15.7.1930: NSDAP-Mitglied, prov. Mitgliedsnummer 197.981

Ortsgruppe Landstraße

1932: Ausschluss aus dem Bundesheer

20.5.1932: NSDAP-Mitgliedsnr. 1, 088.012

1932-1934: SA-Angehöriger, SS-Hauptscharführer

22.9.1939: Angehöriger der Waffen-SS

9.3.1940: Ernennung zum Stadtinspektor

Anwärter auf das goldene Parteiabzeichen, Nr. 50.501

"Alter Kämpfer", Angehöriger der Alten Garde

Gauakt Nr. 252753

NAMPELY Wilhelm, geb. 2.11.1898 in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 27.7.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. Fritz HACKAUF

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 3 Männer (1 Frau als Ersatz-Schöffin)

Staatsanwalt: Dr. FISCHER

Verteidiger: Dr. Albert UEHLEIN

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V940/1-12

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 6376/48
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zu Gestapo

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl MAYR

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug) und
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10,11 VG (Illegalität)

Tatvorwürfe:
Illegalität, Registrierungsbetrug
Funktion im NS-Regime
Polizeioffizier
Angehöriger der Gestapo und des SD
SS-Hauptsturmführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.2.1949: Anklageerhebung gegen Karl MAYR wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG.
Die Ausdehnung der Anklage auf das Verbrechen des Registrierungsbetrugs nach § 8
VG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten.
21.4.1949: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

MAYR Karl, geb. 10.10.1905 in Wien
31.3.1928: Angehöriger der Wr. Polizei
1.3.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 896.024 (6, 299.142)
1.11. 1937: SS-Angehöriger Nr. 393.243,
Mitarbeit im Nachrichtendienst der SS, Verteilung von Propagandamaterial
März 1938: Versetzung zur Gestapoleitstelle Wien
3.11.1938: Aufnahme in die Polizei Offiziersschule
20.4.1941: Ernennung zum SS-Obersturmführer
4.10.1941: Rückkehr aus Tilburg (Niederlande)
20.4.1942: Ernennung zum SS-Hauptsturmführer
SS-Hauptscharführer
Angehöriger der Gestapo und des SD
Oberleutnant der Schutzpolizei
"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 21.4.1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. APeltauer

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HACKL

Verteidiger: Dr. Hubert MAYERHOFER für Dr. Alfred FÜRST

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 6376/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V941/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 3455/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess, Bezug zu Arisierung

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Rudolf EGGER,
Dr. Gustav WAGNER und
Karl EGGER

wegen (§§): §§ 8, 10/2 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf:

Registrierungsbetrug, Illegalität

Denunziation des Regierungsrates Dr. Alfons KLEIN wegen persönlicher Bereicherung, Zersetzung der Wehrkraft und Sabotage durch Vorgesetzte im Finanzamt Wien-Innere Stadt in den Jahren 1942-1945. In der Anzeige des Reichsdeutschen Dr. KLEIN finden sich auch Hinweise auf die Arisierung der Liegenschaft der Familie SABORSKY am Kahlenberg (Wien) sowie Informationen betreffend angeblicher Vermögensverschiebungen durch das Bankhaus SCHÖLLER.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

26.10.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Rudolf EGGER, Dr. Gustav WAGNER und Karl EGGER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung des Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
17.12.1947: Einstellung der Vorerhebungen gegen Dr. Gustav WAGNER wegen §§ 8, 10 (2) VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

EGGER Rudolf Dr., geb. 23.9.1880 in Wien
Finanzamt Wien-Innere Stadt (West)
Bis 1938: Sektionschef im BM für Finanzen
1.7.1940: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 450.495
Träger der Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938
WAGNER Gustav Dr., geb. 7.4.1879 in Wien
Regierungsrat, wirklicher Hofrat
NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 303.509
Vorsteher des Finanzamt Wien-Innere Stadt (West)

EGGER Karl, geb. 22.10.1886 in Wien
Amtsrat, Obersteuerinspekteur im Finanzamt- Innere Stadt (West)
Juli 1920: Eintritt in den österr. Finanzdienst
1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 242.408
Oktober 1938: Obersteuerinspekteur
Februar 1939-Oktober 1943: Blockleiter
"Altparteigenosse"

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 3455/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V942/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 2122/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zur NS-Justiz

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Johann POWALATZ
(Richter)

wegen (§§): §§ 10,11 VG (Illegalität) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwürfe:
Illegalität

Spenden für die illegale NS-Frauenschaft
Missbrauch der Amtsgewalt

Begünstigung des Beschuldigten Dr. Robert SCHEIKL (SCHEICKL) im Jahr 1936 oder 1937
Dr. POWALETZ war im Juni 1936 Vorsitzender des Prozesses gegen den SA-Brigadeführer
Oberleutnant Johannes (Hans) LUKESCH und andere Beschuldigte. Der vorsitzende Richter
Dr. POWALETZ gewährte Mitgliedern der illegalen Landesleitung der NSDAP Einsichtnahme in
den Gerichtsakt.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Johann POWALATZ aus dem Verfahren LG
Wien Vg 3f Vr 3868/45 (gegen Maria BRANDSTEIDL u.a.) und Anlegung eines neuen
Aktes LG Wien Vg 5a Vr 2122/47

24.2.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 101 StG gemäß § 224 StG (Tod
des Beschuldigten)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 5a Vr 2122/47 gegen Dr. Johann POWALATZ:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus
LG Wien Vg 3f Vr 3868/45 (gegen Maria BRANDSTEIDL u.a.)

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

POWALATZ Johann Dr., geb. 12.9.1885 in Göllersdorf, Bez. Oberhollabrunn (Niederösterreich)
bis 1927: BG Waidhofen an der Ybbs. Versetzung als Landesgerichtsrat an das Landesgericht
Wien I,
Untersuchungs- und später Presserichter im Strafbezirksgericht Wien I
Anfang 1933: Rückversetzung an das Landesgericht Wien I, Untersuchungsrichter und
Ersatzvorsitzender

Mai 1938: OLG Wien

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 206.264

1939: Senatsvorsitzender beim Oberlandesgericht Linz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 2122/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V943/1-8

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5a Vr 2121/47
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zur NS-Justiz

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerechtsverfahren gegen: Dr. Adolf BAYER
(Richter)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbruch

Geldspenden für die illegale NS-Frauenschaft

Missbrauch der Amtsgewalt

Weitergabe von Nachrichten an inhaftierte Nationalsozialisten

Begünstigung von Dr. Robert SCHEIKL (SCHEICKL) und Hans BLASCHKE in seiner Funktion als
Richter am Landesgericht für Strafsachen Wien I

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Adolf BAYER aus dem Verfahren LG Wien Vg
3f Vr 3868/45 (gegen Maria BRANDSTEIDL u.a.) und Anlegung eines neuen Aktes LG
Wien Vg 5a Vr 2121/47

29.11.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung
durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 5a Vr 2121/47 gegen Dr. Adolf BAYER:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus
LG Wien Vg 3f Vr 3868/45 (gegen Maria BRANDSTEIDL u.a.)

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

BAYER Adolf Dr., geb. 24.10.1877 in Wien

Oberlandesgerichtsrat

Landesgerichtsdirektor

Mitglied des Alpenländischen Verbandes der Kriegsteilnehmer

1914: Landesgerichtsrat am Straflandesgericht Wien I

Untersuchungsrichter und Vorsitzender in allgemeinen Strafsachen, Angehöriger des
Standgerichtes im Ständestaat

Vorsitzender in Hochverratsprozessen gegen illegale Nationalsozialisten

ab 1937: Geldspenden für Angehörige von inhaftierten Nationalsozialisten

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 335.104 (Mitglied der Ortsgruppe "Laimgrube")
Vorsitzender des Referates für Arbeitsdelikte
Träger der Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938
Gauakt Nr. 67.202

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5a Vr 2121/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V944/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 712/50
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zur NS-Justiz

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Langenlois)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Richard VASICEK
(Richter)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf:

Illegalität, Funktion im NS-Regime

Schulungsleiter in Langenlois (Niederösterreich)

Hauptstellenleiter im Gaurechtsamt Niederdonau

kommissarischer Bürgermeisterstellvertreter in der Stadtgemeinde Langenlois

Einvernahme von NS-Gegnern nach dem "Umbruch" im März 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

26.11.1951: Einstellung der Vorerhebungen gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige) mit Rücksicht auf die Entschließung des Bundespräsidenten vom 13.9.1951, mit welcher Dr. VASICEK die Ausnahme von der Behandlung nach den Bestimmungen des Art. III Verbotsgesetz/1947 (Strafrechtliche Sonderbestimmungen für illegale Nationalsozialisten) bewilligt wurde

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

VASICEK Richard Dr., geb. 26.10.1906 in Mährisch-Ostrau

Amtsgerichtsrat

26.2.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 440.558

Hauptstellenleiter im Gaurechtsamt Niederdonau

kommissarischer Bürgermeisterstellvertreter bei der Stadtgemeinde Langenlois

Einvernahme von NS-Gegnern nach dem "Umbruch" im März 1938

SA-Schulungsleiter (SA-Obertruppführer)

Angehöriger der Waffen-SS (SS-Unterscharführer)

Gauakt Nr. 83.194

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V945/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 97/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess, Bezug zur NS-Justiz

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (St. Pölten, Korneuburg), Burgenland (Eisenstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Karl ENDERS
(Richter)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwurf:

Illegalität, Funktion im NS-Regime

Rechtsberater der DAF Kreisverwaltung St. Pölten (Niederösterreich) von September 1938-
Juni 1939

Richter in Wien-Floridsdorf, Eisenstadt (Burgenland) und Korneuburg (Niederösterreich)

Untersuchungsrichter und Staatsanwalt beim Straflandesgericht Wien I

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

11.9.1945: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung
durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

ENDERS Karl Dr., geb. 10.03.1901 in Wien

Amtsgerichtsrat

18.5.1926: NSDAP-Mitglied, Nr. 51.300

November 1931: offizieller Beitritt, vorübergehend Blockhelfer, Erledigung von
Kanzleiarbeiten

Jänner 1933: Ausscheiden aus dem Gerichtsdienst

Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen während der "Verbotszeit"

September 1938-Juni 1939: Rechtsberater der DAF Kreisverwaltung St. Pölten. Abhaltung von
Sprechtagen bei den Kreisleitungen der NSDAP in Tulln, Lilienfeld, Krems, Amstetten und
Scheibbs.

Leiter des juristischen Büros beim Finanzkommissar des Gewerkschaftsbundes der Kammer
für Arbeiter und Angestellte. Eintreibung von ausständigen Gewerkschaftsbeiträgen.

September 1939: Rechtsanwalt

Ehrenamtliche Tätigkeit in der Kreisleitung V in Wien

Dezember 1939: Zivilrichter in Eisenstadt

Mai 1940: Strafrichter in Wien-Floridsdorf

Oktober 1940: Zivil-, Straf- und Exekutionsrichter beim Amtsgericht Korneuburg
November 1941-November 1944: Wehrmacht
Untersuchungsrichter beim Straflandesgericht Wien I
Jänner 1945: Staatsanwalt beim Straflandesgericht Wien I

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 97/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V946/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 2017/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Entnazifizierungsprozess

Opfer: -
Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann ZMEK (ZMECK)

wegen (§§): §§ 8, 10/3 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität) und
§§ 8, 197 StG (versuchter Betrug)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität
Polizei- und SS-Angehöriger, Versuch durch falsche Angaben die Wiederaufnahme in die
österreichische Polizei zu erreichen

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

19.2.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 10/3 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters). Ausscheidung des
Verfahrens wegen §§ 8, 197 StG und Abtretung zu LG Wien 21 Vr 3052/47.
25.2.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG gemäß § 109 StPO

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

ZMEK (ZMECK) Johann, geb. 24.5.1896 in Wien
Meister der Schutzpolizei, Angehöriger der Wiener Sicherheitswache
1.3.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 784.968
1934-1938: Amtswalter der Vaterländischen Front
6.2.1939: SS-Angehöriger, Nr. 1, 419.740
1938-1940: Mitarbeiter bzw. Helfer der NSV in der Ortsgruppe Ober St. Veit (Wien-Hietzing)
1940-1943: Verwaltungsdienst Abteilung II
November 1943-August 1944: Angehöriger der Kriegsfahndung auf den Bahnstrecken
Warschau-Wien, Wien-Straßburg, Wien-Paris, Wien-Oberhausen

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 2017/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1175
DÖW-Signatur V947/1-9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5b Vr 1168/49
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Favoriten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz HIRSCH

wegen (§§): § 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Dr. Erich HEYROWSKY und Franz HIRSCH wurden nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im März 1938 zu kommissarischen Verwaltern der Firma G. & W. HELLER (Schokolade-Zuckerwaren und Obstkonservenfabrik – Besitzer Kommerzialrat Stefan HELLER, Dr. Hans HELLER und Karl HELLER), in Wien-Favoriten, Belgradplatz 3-5, ernannt. Franz HIRSCH wurde vorgeworfen, im Rahmen seiner Tätigkeit als kommissarischer Verwalter im Jahr 1938 von Hans HELLER ATS 12.000.- erpresst zu haben.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

21.9.1950: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 5b Vr 1168/49 (gegen Franz HIRSCH):

Der vorliegende Akt enthält
Abschriften aus dem Arisierungsakt 7835 betreffend Fa. HELLER
Hinweise auf den Rückstellungsakt 50 RK 588/48 beteff. Fa. HELLER
Abschrift des Hauptverhandlungsprotokolls aus dem Verfahren LG Wien Vg 1c Vr 285/46 (gegen Dr. Erich HEYROWSKY)

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

HIRSCH Franz, geb. 2.2.1908 in Wien
Juli 1931: Angestellter (Außendienstmitarbeiter) der Firma HELLER
1.1.1938: Reorganisation der Verkaufsabteilung der Firma HELLER
1.7.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 8,529.383 oder
1941: NSDAP-Mitglied Nr.: 9,051.370, Ortsgruppe Klagbaum

FStN-Mikrofilm Nr. 1175+1176

DÖW-Signatur V948/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 3558/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt), Niederösterreich (Vöslau)

Volksgerichtsverfahren gegen. Otto und Helene EDER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 1 VRStrVO (Verbrauchsregelungsstrafverordnung – "Schleich- oder Tauschhandel")

Tatvorwürfe:

Verletzung der Menschenwürde

Gewaltsame Vertreibung jüdischer MieterInnen aus ihren Wohnungen durch Otto EDER

Missbräuchliche Bereicherung:

Arisierung eines Hauses in Wien-Innere Stadt, Lugeck 7, Besitzer Rechtsanwalt Dr. Norbert WEINBERGER, am 13. Juni 1940 sowie einer Liegenschaft in Vöslau (Niederösterreich), Besitzer Baron GUTTMANN DE GELSE, am 21. Dezember 1938

Denunziation

mehrfache Denunziation des Mieters Karl STIELLY durch Otto EDER in Wien-Innere Stadt, Lugeck 7, in den Jahren 1940 bis 1945

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

25.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Otto EDER wegen § 1 VRStrVO zu LG Wien 24 Vr 9522/46
25.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Otto und Helene EDER wegen § 6 KVG (Arisierung des Hauses Wien-Innere Stadt, Lugeck 7) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
30.10.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Otto EDER wegen § 4 KVG, § 6 KVG (Arisierung einer Liegenschaft in Vöslau) und wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO und § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 4c Vr 3558/45 (gegen Otto und Helene EDER):

Der vorliegende Akt enthält

Hinweise auf den Rückstellungsakt 59 RK 440/47 betreffend Liegenschaft, Wien-Innere Stadt, Lugeck

7

SV-Gutachten Baumeister Rudolf HARTL betreffend Liegenschaft, Wien-Innere Stadt, Lugeck 7

AKTENVERMERK 09.01.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt LG Wien Vg 4c Vr 3558/45 (gegen Otto und Helene EDER) fehlt:

Aktenspiegel für Band I

Band I

ONr. 10 Blatt 49

ONr. 11 Blatt 51

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

EDER Otto, geb. 16.10.1899 in Schladming (Steiermark)

April 1938: förderndes Mitglied der SS

1942-1945: Mitarbeiter der Firma Kallinger

EDER Helene, geb. 15.4.1894 in Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 3558/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1176
DÖW-Signatur V949/1-26

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required
Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 18/52 (LG Wien Vg 6b Vr 5087/46)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Niederösterreich (Bruck an der Leitha)

Volksgerichtsverfahren gegen: Alois HERMANN und
Friedrich KÖHLER

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10,11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Dem Hauptbeschuldigten Alois HERMANN wurden in der Anklage folgende Verbrechen zur Last
gelegt:

Illegalität

Verbrechen begangen unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Gestapobeamte der
Grenzpolizeistelle Bruck an der Leitha (Niederösterreich) zwischen 1938 und 1945

Quälereien und Misshandlungen begangen an Paul DÜRR, Nikolaus LUZIN (im Akt auch LUCIN
genannt), Dr. Josef MAYER, Emil PETE, Paul RUMPELTES, Ignaz SZEPANEK und Josef SIGETY
(im Akt auch SZIGETY oder SZIGELY genannt)

Gegen den Hauptbeschuldigten Alois HERMANN wurden darüber hinaus auf Grund folgender
Tatvorwürfe Untersuchungen eingeleitet:

Quälerei und Misshandlung der Regina (Rosina) GUTSCH

Quälerei und Misshandlung des Dr. Josef MAYER am 12. März 1938 und im Mai 1938

Quälerei und Misshandlung des Emil PETE am 11. und 12. November 1938. Der Beschuldigte
schlug PETE mehrere Zähne aus und schleuderte ihn gegen die Wand bis er bewusstlos war.

Quälerei und Misshandlung des Paul RUMPELTES am 16. September 1942

Quälerei und Misshandlung des Paul DÜRR am 1. Oktober 1942. Paul DÜRR wurde im Mai
1943 zum Tode verurteilt und im Oktober 1943 hingerichtet.

Quälerei und Misshandlung des Rudolf WEINER durch Schläge mit einem Gummiknüppel im
Jänner 1943

Quälerei und Misshandlung des Häftlings Josef SZIGETY durch Alois HERMANN mit einem
Schlagring im April 1944 im Bezirksgericht Bruck an der Leitha. SZIGETY wurde am folgenden
Tag erhängt in seiner Zelle aufgefunden.

Quälerei und Misshandlung des Nikolaus LUZIN am 7. Jänner 1945

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Paul HESSHEIMER am 22.
Februar 1943 in Bruck an der Leitha

Aneignung einer Schreibmaschine sowie zweier Radioapparate aus dem Besitz des Gustav
EICHINGER am 21. August 1943 in Bruck an der Leitha. Verhaftung und Einweisung des

Betroffenen in das KZ Buchenwald.

Denunziation des Franz GIBISER durch Alois HERMANN am 8. Jänner 1943. Verhaftung und Einweisung des Betroffenen in das KZ Dachau.

Denunziation des Klemens und Julius WALTERSAM im Jahr 1943

Weitere Opfer des Alois HERMANN:

Johann DÜRR, Josef FALK, Johann GERENC(Z)ER, Ignaz PIRRINGER und Richard WOLF

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 23.10.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 6c Vr 6082/46 gegen Alois HERMANN in das gegenständliche Verfahren
- 28.12.1948: Anklageerhebung gegen Alois HERMANN wegen §§ 10, 11 VG § 3/1 KVG
- 6.1.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Alois HERMANN wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters) Ausscheidung des Verfahrens gegen Friedrich KÖHLER wegen § 4 KVG zu LG Wien Vg 6e Vr 116/49
- 1.3.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG, § 3/1 KVG (begangen an Emil PETE und Ignaz SZEPANEK), § 3/2 KVG (Dr. Josef MAYER) und § 4 KVG (begangen an Paul DÜRR und Paul RUMPELTES) nach § 3/2 KVG zu 12 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich. Freispruch des Angeklagten wegen § 3/1 KVG (begangen an Josef SIGETY und Nikolaus LUZIN) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 8.1.1952: Aufhebung des Urteils hinsichtlich des Schuldspruches gemäß § 3/2 KVG wegen Misshandlung des Dr. Josef MAYER. Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 18/52.
- 25.1.1952: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG, § 3/1 KVG und § 4 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich. Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht von 12. Februar bis 14. Mai 1952.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 18/52 (LG Wien Vg 6b Vr 5087/46) gegen Alois HERMANN und Friedrich KÖHLER:

Der gegenständliche Akt enthält die Abschrift einer Anklage OJs 92/39 gegen Ignaz PIRRINGER, der am 18.12.1942 hingerichtet wurde

Einbezogener Akt LG Wien Vg 6c Vr 6082/46 gegen Alois HERMANN

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HERMANN Alois, geb. 14.6.1907 in Wien

Beamter

1931-1938: Gendarmerie

1938: Überleitung in die Kriminalpolizei

Kriminalsekretär bei der Gestapo

Sicherheitsbeamter in Verwendung als Grenzpolizeiorgan im Rahmen des SD

1941: Angehöriger der SS

Illegales Mitglied der NSDAP

KÖHLER Friedrich, geb. 27.1.1908

Gestapobeamter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 1.3.1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. DONNER

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Walter KIRCHBERGER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 18/52 (LG Wien Vg 6b Vr 5087/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1176
DÖW-Signatur V950/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 669/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition
Tatland (Tatort): Wien (Josefstadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef SUWA

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10,11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG, § 8 StG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität,

Spenden für die illegale NSDAP

Der Angeklagte setzte in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP gegen die BewohnerInnen des Hauses Wien-Josefstadt, Breitenfeldergasse 22 folgende Handlungen:

Bedrohung der Hermine HENGESBERGER mit Anzeige bei der Gestapo wegen Kontakte zum jüdischen Hausbewohner Dr. KLING

öffentliche Beschimpfung der Jüdin N. KOSTRON, die am 26. März 1938 Selbstmord verübte
Nötigung der Elisa DRECHSEL im Februar 1945 ein vorgelegtes Schriftstück zu unterschreiben
versuchte Denunziation der Franziska BUKACEK, Wien-Josefstadt, Breitenfeldergasse 22/6a,
im Jahr März 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.12.1945: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG, § 8 StG

28.1.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG, § 8 StG (Faktum Franziska BUKACEK) zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

SUWA Josef, geb. 20.2.1888 in Wien

1927-1929: selbständiger Taxiunternehmer

1.1.1936: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 136.468

14.3.1938: NSKK-Angehöriger

1.5.1938: offizieller Beitritt

1938: Wahlhilfsdienst

Blockhelfer

Blockleiter der Ortsgruppe Breitenfeld

Politischer Leiter der NSDAP

1940: Gemeinde Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 28.1.1946

Vorsitzender: LGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. BÄRTL

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. GRÖTSCHEL

Verteidiger: Dr. Reinhard DOLLINGER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 669/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1176
DÖW-Signatur V951/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 2332/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Wien (Liesing), Niederösterreich (Raum Mödling-Baden)

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz STADLER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Quälerei und Misshandlungen:

Misshandlung von russischen Zwangsarbeitern durch Faustschläge und Fußtritte im Raum Mödling-Baden (Niederösterreich);

Misshandlung eines italienischen Kriegsgefangenen im April 1945 im Raum Mödling-Baden
Denunziation des Arbeitskollegen Johann SCHUSTER, der einen Soldaten bei sich versteckt hielt, am 19. August 1943 in Mödling (Niederösterreich). Der Deserteur Alois SAUER versuchte zu flüchten, wurde angeschossen und verübte daraufhin Selbstmord. Johann SCHUSTER wurde bei seiner Festnahme schwer misshandelt, wegen Hoch- und Landesverrat zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und in das KZ Mauthausen eingewiesen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.5.1946: Anklageerhebung wegen § 3 KVG
24.5.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
26.9.1946: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

STADLER Franz, geb. 24.8.1903 in Wien
1.4.1939: NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 090.702
Betriebsobmann und Küchenchef im Bahnhof Mödling (Niederösterreich), Stellwerk II
Bediensteter des Bahnhofs Wien-Liesing

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 26.9.1946
Vorsitzender: LGR. Dr. DONNER
Richter: LGR. Dr. KITTL

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. ZEILINGER

Verteidiger: Dr. Robert JANOWICZ (JANOWITZ) für Dr. MARKUS

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 2332/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1176
DÖW-Signatur V952/1-26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7c Vr 2658/46
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss", Mord), Arisierungprozess,
Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition, Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt, Hietzing), Ukraine

Volksgerechtfertigungsverfahren gegen: Johann MARTIS – Deckname "ANDERLAN"
sowie
Karl und Else GSTÖTTERBAUER (im Akt auch GSTÖTTENBAUER
genannt)

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälerei und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (vollbrachte missbräuchliche Bereicherung),
§§ 6 KVG, 8 StG (versuchte missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 4 Sprengstoffgesetz

Tatvorwürfe betreffend den Hauptbeschuldigten MARTIS:
Verbrechen im März 1938

Beteiligung an der Besetzung des Wiener Rathauses in der Nacht von 12. auf 13. März 1938
Leiter der Rathausverwaltung und Kommandant der Rathaus SA. Auf seinen Befehl wurden
Juden von SA-Leuten in den Werkstättenkeller verschleppt und misshandelt. Einem
unbekannten Juden schmuggelte der Beschuldigte MARTIS seine eigene Dienstpistole in die
Tasche und ließ ihn dann unter der Beschuldigung eines geplanten Attentates von der
Gestapo verhaften.

Misshandlung von Jüdinnen und Juden, weil sie im Zuge einer Vorsprache im Rathaus den
Aufzug benutzt hatten.

Versetzung des Moritz KARPEL in einen qualvollen Zustand. KARPEL wurde mit der
Ermordung im KZ Dachau gedroht.

Quälerei und Misshandlung sowie Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde
von mindestens zwei unbekanntem Juden durch Faustschläge, Ohrfeigen und Fußtritte
Durchführung einer Hausdurchsuchung als Angehöriger eines SA-Rollkommandos in der
Wohnung des Emil EHRENFEST, Wien-Innere Stadt, Himmelpfortgasse 5 und in der dem
Wohnungsbesitzer gehörenden Pfandleihanstalt, Wien-Innere Stadt, Kärntnerstraße 21, am
13. März 1938. Beschlagnahme von ATS 19.400.- wegen angeblichen "Devisenvergehens".

Versetzung der Familie EHRENFEST in einen qualvollen Zustand.

Plünderung der Wohnung des Edgar RADOS in Wien-Innere Stadt, Dorotheergasse 7, im März
1938. Aneignung von Möbelstücken durch Else GSTÖTTERBAUER.

Versuch des Verbrechens der missbräuchlichen Bereicherung

Beschlagnahme von drei Häusern in Wien-Hietzing, Auhofstraße 16 (Besitzer RABL), Wien-Hietzing, Schließmanngasse 12 (Besitzer FEILBOGEN) und Wien-Währing, Schindlergasse 12 (Besitzer MAUTHNER) im April 1938.

Denunziation des Roman DAUBRAVSKY bei der Gestapo wegen angeblicher Verbindung mit ausländischen Staatsfeinden, Zersetzung der Wehrkraft und Abhörens feindlicher Radiosender sowie Unterstützung von Juden mit Geld und Lebensmitteln am 19. September 1944

Beteiligung an einer von Gaupropagandaleiter Eduard FRAUENFELD durchgeführten Mundpropagandaaktion ("Aktion Semmering") ab April 1944

Gegen den Hauptbeschuldigten wurden auf Grund folgender Anschuldigungen ebenfalls Untersuchungen eingeleitet:

Mitglied der Sprengstoff- und Terrorgruppe des Eisenbahnattentäters Ing. Friedrich ("Fritz") WOITSCHE. Beteiligung an der Planung und Durchführung von Sprengstoffanschlägen in Wien und Niederösterreich u.a. auch an dem geplanten Attentat auf Bundeskanzler Schuschnigg.

Mitbeteiligung an der Ermordung des jüdischen Pelzhändlers Leon KRANZ in Wien-Innere Stadt, Dorotheergasse 7, im März 1938

Beteiligung am Sturm auf das Erzbischöfliche Palais in Wien-Innere Stadt, Stephansplatz, im Jahr Oktober 1938. Im Rahmen dieser von der NSDAP geplanten und von HJ-Angehörigen durchgeführten Aktion wurde 1 Priester aus dem Fenster geworfen.

Arisierung der Tuchfirma WEISS und GROSSNER (GROSNER), Wien-Innere Stadt, Salzgries Nr. 18 oder 23 in Zusammenwirken mit Roman DAUBRAVSKY im März 1939

Dem Beschuldigten MARTIS wurde auch zur Last gelegt, in der Ukraine als Angehöriger der Wehrmacht Verbrechen an Zivilistinnen begangen zu haben

Verbindungsmann und Geheimpkurier zwischen dem SS-General Sepp Dietrich und der Gauleitung Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl GSTÖTTERBAUER (GSTÖTTENBAUER) wegen § 11 VG und § 6 KVG zu LG Wien Vg 7c Vr 992/47

15.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Else GSTÖTTERBAUER zu LG Wien Vg 7a Vr 1680/46

13.9.1948: Anklageerhebung gegen Johann MARTIS wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG, § 6 KVG, §§ 6 KVG, 8 StG und § 7 Abs. 2 lit. a, b, d KVG. Die Ausdehnung der Anklage wegen Denunziation des Richard HOGEL blieb der Hauptverhandlung vorbehalten.

20.9.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

26.11.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 10, 11 VG, §§ 3, 6, 7 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich. Freispruch wegen § 4 KVG (Beschimpfung unbekannter Jüdinnen und Juden im Jahr 1938) gemäß § 259/3 StPO. Weiters wurde er vom Vorwurf einem unbekanntem Juden seine eigene Dienstpistole in die Tasche geschmuggelt und ihn anschließend von der Gestapo verhaftet lassen zu haben ebenfalls gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) freigesprochen.

3.8.1949: Bedingte Entlassung des Verurteilten. Von 3.8. bis 15.9.1949 Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

6.6.1950: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 7c Vr 2658/46 in das Verfahren LG Wien Vg 3c Vr 6829/48 (gegen Walter AN DER LAN, geb. 19.7.1914).

9.6.1951: Trennung der Verfahren LG Wien Vg 7c Vr 2658/46 und LG Wien Vg 3c Vr 6829/48

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 7c Vr 2658/46 gegen Johann MARTIS u.a.:

Der vorliegende Akt enthält eine Abschrift aus

LG Wien Vg 7a Vr 1680/46 (Beschuldigtenvernehmung Else GSTÖTTENBAUER)

LG Wien Vg 6b Vr 6170/46 gegen Ing. Karl ARNOLDI

LG Wien Vg 3c Vr 6829/48 gegen Walter AN DER LAN

Der Akt enthält weiters Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 1a Vr 1222/46 gegen Thomas KOZICH

LG Wien Vg 6b Vr 6170/46 gegen Ing. Karl ARNOLDI

LG Wien Vg 11 Vr 6407/46 gegen SA-Führer LUKESCH

LG Wien Vg 2b Vr 586/47 gegen Johann SANITZER

LG Wien Vg 4b Vr 1223/47 gegen Dr. Karl EBNER

LG Wien Vg 8 Vr 3819/47 gegen Rudolf SCHREIBER

LG Wien Vg 6b Vr 5118/47 gegen Dr. Roman LOOS

LG Wien Vg 8 Vr 7305/47 gegen Anton HASLINGER (Vertrauter des Ing. WOITSCHKE)

LG Wien Vg 3c Vr 6829/48 gegen Walter AN DER LAN

Verfahren gegen Dr. Karl GSTÖTTENBAUER, SA-Oberführer und Adjutant des Oberbürgermeisters NEUBACHER

Das gegenständliche Verfahren enthält weiters eine Namensliste von Mitarbeiter des Kirchenreferats der Gestapo:

BANKL Karl, LG Wien Vg 8c Vr 2318/47

BIRKHOLZ Erwin (Reichsdeutscher)

EBERHARDT Franz, LG Wien Vg 11 Vr 6147/46

FISCHER Karl, LG Wien Vg 4c Vr 2282/47

GSCHWANDTNER Alois, LG Wien Vg 5a Vr 6745/46

HAASE Walter,

HLAWICKA Walter,

LEHNER Alois,

MATULA Johann,

MIKA Johann,

STADLBAUER Alois und

STEINER Johann

AKTENVERMERK 23.01.2004:

Aus dem vorliegenden Akt LG Wien Vg 7c Vr 2658/46 gegen Johann MARTIS u.a. fehlen folgende Teile:

BAND I:

ONr. 2 Blatt 5

ONr. 9 Blatt 65

ONr. 52 Blatt 321

BAND II:

ONr. 137 Blatt 85

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

MARTIS Johann, geb. 21.7.1909 in Wien

Decknamen "ANDERLAN" und "SPRENGSTOFFHANSL"

kaufmännischer Angestellter

1923-1926: Angehöriger des Freikorps "Rossbach", Angehöriger des Steirischen

Heimatschutzes

März 1930-1934: Angehöriger des österreichischen Bundesheeres

15. Juni 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 303.608

1932: SA-Angehöriger

Kurierdienste, Verbreitung von Flugschriften und Propagandamaterial, Beteiligung an der Herausgabe des illegalen Flugblattes "Österreichischer Beobachter"

Verbindungen zum Eisenbahnattentäter Ing. Friedrich WOITSCHE

Beteiligung an Sprengstoffanschlägen in Wien und Niederösterreich

Flucht nach Deutschland, Verurteilung zu zwei Jahren Kerker in Abwesenheit

März 1938: Rückkehr nach Wien

Leiter der Rathausverwaltung, Ernennung zum Oberkommissär

SA-Sturmchef, Kommandant der Rathaus SA

März 1939: Austritt aus dem Gemeindedienst

August 1939-1945: Wehrmacht, Angehöriger der 8. Panzerdivision

11. Oktober 1941: Ernennung zum SA-Führer, SA-Sturmchef

Ende 1942: Ukraine

Träger der Ostmarkmedaille und der Ostmedaille

Gauakt Nr. 185.582

Gauakt Nr. 235.456

Akt der ehem. SA-Führer 217.992

Mitglied der "Alten Garde"

"Altparteigenosse"

GSTÖTTENBAUER Else, geb. 7.7.1905 in Lobositz bei Leitmeritz

Illegalität

Mitglied der NSV und der NS-Frauenschaft

Kurierdienst für die illegale NSDAP

1937: Ausreise nach Berlin zu ihrem geflüchteten Mann

März 1938: Rückkehr

Aneignung von Einrichtungsgegenständen aus der Wohnung des Edgar RADOS, Wien-Innere Stadt, Drotheergasse 7

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 26.11.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. EICHLER und Dr. PAULITSCH

Verteidiger: Dr. Hubert MAYERHOFER für Dr. Alfred FÜRST

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7c Vr 2658/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1176
DÖW-Signatur V953/1-40

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 265/52 (LG Wien Vg 1a Vr 309/51) (LG
Graz 13 Vr 732/51)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 17999/51 (Staatsanwaltschaft Graz 10 St 572/51)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: Soldaten/Polizisten/HJ-/Volkssturmangehörige/HJ-/Volkssturmangehörige
Tatland (Tatort): Steiermark (Edelsbach, Bezirk Feldbach)

Volksgerichtsverfahren gegen: Kurt GORTANO,
Josef KILZER,
Rudolf KRAUS und
Johann PÖLTL

wegen (§§): §§ 11(10) VG (Illegalität),
§ 1/2 KVG (Kriegsverbrechen; Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit
kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen
organisierter Verbände, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit
widersprechen),
§ 3/1 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 134 StG (Mord),
§§ 5, 134 StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Tatvorwurf:

Ermordung des HJ-Angehörigen Franz KERN durch Johann PÖLTL in Zusammenwirken mit Kurt
GORTANO und Josef KILZER auf Befehl des HJ-Führers und stellvertretenden Leiter des Lagers
Kirchberg/Raab Rudolf KRAUS im April 1945 im Gemeindegebiet Edelsbach, Bezirk Feldbach
(Steiermark)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.4.1951: Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Graz gegen Johann PÖLTL, Josef KILZER und
Kurt GORTANO wegen § 1/2 KVG, § 3/1 KVG und § 134 StG
Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Graz gegen Rudolf KRAUS wegen § 1/2
KVG, § 3/1 KVG, §§ 5, 134 StG und § 11 VG
23.5.1951: Freispruch der vier Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) durch das
Volksgericht Graz
17.7.1951: Aufhebung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof (6 Os 42/51) betreffend
Freispruch des Rudolf KRAUS wegen §§ 10, 11 VG, § 1/2 KVG und §§ 5, 134 StG und
betreffend Freispruch des Josef KILZER wegen § 1/2 KVG und § 134 StG. Zuweisung
des Verfahrens an das Volksgericht Wien zu LG Wien Vg 1a Vr 309/51.
Der Oberste Gerichtshof bemerkte in seinen Ausführungen, dass entgegen der
Rechtsansicht der Staatsanwaltschaft Graz der Angeklagte Rudolf KRAUS durch die
Erteilung des Erschießungsbefehles und durch die Auswahl des Johann PÖLTL, Kurt

- GORTANO und Josef KILZER zur Ausführung der Tatdas Verbrechen des bestellten Mordes nach den §§ 134 und 135/3 StG begangen hat.
- 17.10.1951: Unterbrechung des Verfahrens gegen Josef KILZER gemäß § 422 StPO (gegen Abwesende und Flüchtige nach erfolgter Versetzung in den Anklagestand)
- 8.11.1951: Freispruch des Angeklagten KRAUS wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt des Staatsanwaltes von der Anklage) durch das Volksgericht Wien
 Freispruch des Angeklagten KRAUS wegen § 1/2 KVG und §§ 5, 134 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) durch das Volksgericht Wien
- 25.10.1952: Fortsetzung des gegen Josef KILZER gemäß § 422 StPO unterbrochenen Verfahrens unter LG Wien Vg 1 Vr 265/52
- 27.11.1952: Freispruch des Angeklagten KILZER wegen § 1/2 KVG und § 134 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) durch das Volksgericht Wien

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GORTANO Kurt, geb. 31.5.1929 in Wien

HJ-Angehöriger und Volkssturmmangehöriger

KILZER Josef, geb. 25.7.1924 in Lippa, Kreis Temesvar (Rumänien)

Volksdeutscher

gewesener SS-Mann, Angehöriger der SS-Division Nordland

Gefreiter der Waffen-SS

Volkssturmmangehöriger

Einsätze in Kroatien, Russland und Polen

KRAUS Rudolf, geb. 22.2.1915 in Graz

NSDAP-Mitgliedsnr. 3, 914.288

1939: Wehrmacht, Gebirgsjägerregiment 138

Einsätze in Frankreich und Russland

1944: Ernennung zum Feldwebel, Entlassung aus der Wehrmacht

Landdienstreferent

Kriegsende: Aufenthalt in Feldbach

Eingliederung der HJ-Abteilung in den Volkssturm als "Kampfgruppe Hitlerjugend"

Zugführer einer Kampfgruppe der HJ

"Alter Kämpfer"

PÖTLT Johann, geb. 24.10.1927 in Reith, Bezirk Feldbach (Steiermark)

Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes (RAD)

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 23.5.1951 vor dem Volksgericht Graz

Vorsitzender: LGR. Dr. CICHOCKI

Richter: OLGR. Dr. RENOVICZ

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. BUTSCHEK

Verteidiger: Dr. Josef GRÖBLBAUER (PÖTLT)

Dr. Walter EISENDLE (KILZER)

Dr. Otto FEIERTAG (GORTANO)

Dr. Guido HELD (KRAUS)

Sachverständiger: Dr. Max LORENZONI

Hauptverhandlung gegen Rudolf KRAUS von 6.11. bis 8.11. 1951 vor einem Senat des Volksgerichtes

Wien am Landesgericht für Strafsachen Graz

Vorsitzender: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: Dr. BAUMGARTNER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. Hans ROTH

Sachverständiger: Prim. Dr. ARLT

Hauptverhandlung gegen Josef KILZER von 25.11. bis 27.11. 1952 vor einem Senat des Volksgerichtes

Wien am Landesgericht für Strafsachen Graz

Vorsitzender: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: Dr. BAUMGARTNER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. Ewald BÜCHLER für Dr. Hans PRUCKNER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 265/52 (LG Wien Vg 1a Vr 309/51, LG
Graz 13 Vr 732/51)

FStN-Mikrofilm Nr. 1177
DÖW-Signatur V954/1-40

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11b Vr 1885/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14754/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Stein-Prozess, Massaker in Hadersdorf)

Opfer: Gefangene

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Hadersdorf am Kamp)

Volksgerechtes Verfahren gegen: Richard KUEN,
Edmund HUBER,
Otto IFLAND und
Josef SUMETZBERGER

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 11(10) VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 1/2 KVG (Kriegsverbrechen; Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit
kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen
organisierter Verbände, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit
widersprechen),
§ 134 StG (Mord), §§ 5, 134 StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Tatvorwurf:

Ermordung von 61 Häftlingen in Hadersdorf am Kamp

Mitwirkung an der Durchführung des von der Kreisleitung der NSDAP in Krems erteilten
Befehls zur Festnahme, Anhaltung und Übergabe von 61 entlassenen Häftlingen der
Strafanstalt Stein an SS-Angehörige am 6. und 7. April 1945 in Hadersdorf am Kamp. Die
Verhafteten wurden am 7. April 1945 am Friedhof von Hadersdorf am Kamp von SS-
Angehörigen ermordet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

1.8.1947: Vereinigung des Verfahrens LG Wien Vg 5c Vr 2674/47 gegen Edmund HUBER wegen
§§ 10, 11 VG, § 1 KVG und § 134 StG mit dem gegenständlichen Verfahren
23.1.1947: Anklageerhebung gegen Richard KUEN (Anhaltung und Übergabe der entlassenen
Häftlinge an SS-Angehörige) und Josef SUMETZBERGER (Anhaltung der entlassenen
Häftlinge, Zuweisung eines Exekutionsplatzes und Bereitstellung von Kalk) wegen §§
10, 11 VG, § 1 KVG und §§ 5, 134 StG
29.3.1947: Verurteilung des Josef SUMETZBERGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11
VG nach § 11 VG (Handlungen in Verbindung mit seiner Tätigkeit für die NSDAP) zu
10 Jahren schweren Kerkers (Zuweisung eines Exekutionsplatzes, Auskunftserteilung
an die SS-Offiziere während der Durchführung der Exekution und Bereitstellung von
Kalk). Verfall des gesamten Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich
Auf Grund der dem Gericht zustehenden freien rechtlichen Beurteilung des unter
Anklage gestellten Tatbestandes gelangte das Gericht zur Überzeugung, dass die
unter Anklage gestellten Handlungen der beiden Angeklagten nicht unter die

- Strafsanktion des § 1 KVG und auch nicht unter die Strafsanktion der §§ 5, 134 StG zu unterstellen, sondern im Tatbestand des § 11 VG zu subsumieren sind.
Wiederaufnahme des Beweisverfahrens und Ausscheidung des Verfahrens hinsichtlich des Angeklagten Richard KUEN
- 9.10.1947: Anklageerhebung gegen Edmund HUBER wegen §§ 10, 11 VG, § 1/2 KVG und §§ 5, 134 StG (Überbringung des Erschießungsbefehls bezüglich der 61 aus der Strafanstalt Stein entlassenen Häftlinge, Anhaltung und Übergabe an SS-Angehörige)
- 19.12.1947: Verurteilung des Richard KUEN wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG nach § 11 VG (Handlungen in Verbindung mit seiner Tätigkeit für die NSDAP) zu 20 Jahren schweren Kerkers (Festnahme, Anhaltung und Übergabe der 61 entlassenen Häftlinge an ein Erschießungskommando der SS). Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Verurteilung des Edmund HUBER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG nach § 11 VG (Handlungen in Verbindung mit seiner Tätigkeit für die NSDAP) zu 15 Jahren schweren Kerkers (Überbringung des Erschießungsbefehls, Anhaltung und Übergabe der Häftlinge an ein Erschießungskommando der SS). Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Auf Grund der dem Gericht zustehenden freien rechtlichen Beurteilung des unter Anklage gestellten Tatbestandes gelangte das Gericht zur Überzeugung, dass die unter Anklage gestellten Handlungen der beiden Angeklagten nicht unter die Strafsanktion des § 1 KVG und auch nicht unter die Strafsanktion der §§ 5, 134 StG zu unterstellen, sondern im Tatbestand des § 11 VG zu subsumieren sind.
- 26.4.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Otto IFLAND wegen §§ 5, 134 StG und § 1 KVG zu LG Wien Vg 3 Vr 3456/48. Fortsetzung unter LG Wien Vg 8e Vr 431/55.
- 3.7.1951: Bedingte Entlassung des Josef SUMETZBERGER durch Entschließung des Bundespräsidenten
- 22.12.1953: Bedingte Entlassung der beiden Verurteilten HUBER und KUEN durch Entschließung des Bundespräsidenten
- KUEN wurde von 22.12.1953 bis 5.3.1954 als Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht in der Strafanstalt Stein angehalten
HUBER wurde von 22.12.1953 bis 31.3.1955 als Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht in der Strafanstalt Stein angehalten

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11b Vr 1885/45 gegen Richard KUEN u.a.:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich der Akt KG Krems Vr 467/45 gegen Richard KUEN
Weiters enthält das vorliegende Verfahren den einbezogenen Akt LG Wien 5c Vr 2674/47 gegen Edmund HUBER

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HUBER Edmund, geb. 8.10.1899 in Wien
Gauhauptstellenleiter
stellvertretender Ortsgruppenleiter von Hadersdorf am Kamp (Niederösterreich)
1918: Fahrdienstleiter bei den österr. Bundesbahnen
1. November 1930: NSDAP-Mitgliedsnummer 360.622
13. Juli 1933: Flucht nach Deutschland
März 1938: Rückkehr nach Österreich
9. November 1939: SA-Haupttruppführer
Stellvertreter des Kreisleiters und Kreisgeschäftsführer von Waidhofen an der Thaya (Niederösterreich)

9.11.1942: Versetzung zur Gauleitung Niederdonau
1. Juli 1943: Führer beim Stab der SA-Gruppe "Donau"
März 1945: Versetzung der Gauleitung nach Krems
Bronzene und Silberne Dienstauszeichnung
IFLAND Otto, geb. 15.5.1913 in Halle an der Saale
Angehöriger der Kanzlei des Führers
Reichshauptstellenleiter
Gauhauptamtsleiter und Oberbereichsleiter in der Gauleitung Niederdonau
KUEN Richard, geb. 28.4.1893 in Astett, Bezirk Braunau (Oberösterreich)
Oberlehrer
November 1932: Beitritt zur NSDAP
1938: Organisationsleiter in Langenlois (Niederösterreich)
1939-1945: Ortsgruppenleiter von Hadersdorf am Kamp (Niederösterreich)
"Alter Kämpfer"
Träger der Ostmarkmedaille
Träger des Kriegsverdienstkreuzes II Klasse
SUMETZBERGER Josef, geb. 2.9.1898 in Rust, Bezirk Tulln (Niederösterreich)
Anfang 1937: Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen für die SA in Gobelsburg (Niederösterreich)
März 1938-1939: Bürgermeister von Hadersdorf
1944: Blockleiter, zuletzt vertretender Zellenleiter und Organisationsleiter der Ortsgruppe
Hadersdorf
"Illegaler"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung gegen KUEN und SUMETZBERGER am 28.3.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. HICKE

Verteidiger: Dr. Josef STANDHARTINGER für Dr. Anton LEITHNER (KUEN)

Dr. Hugo ZÖRNLAIB (SUMETZBERGER)

Hauptverhandlung gegen KUEN und HUBER am 19.12.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: LGR. Dr. PROCHASKA

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. HELMREICH

Verteidiger: Dr. Josef STANDHARTINGER für Dr. Anton LEITHNER (KUEN)

Dr. Wolfgang SUPPAN (HUBER)

Opferliste – Hadersdorf am Kamp (soweit namentlich bekannt):

BALASIC Ivan

CECH Franz

FIALA Franz Paul

FILIPOVIC Anton

FÜHRICH Leopold

GEBHARDT Gustav

HOFBAUER Alfred

LUDWIG Franz

MONAJ Miodrak

MUCHART Andreas

PELIKAN Karl

PINTHER Josef Friedrich

SCHACHERMAYER Johann
SCHNELLER Friedrich
SKORA Stanislaus
STILLNER Friedrich
STOJANOVIC Dragoslav
TSANGARAKIS Dimitrios
TUSTAGIS Constantinos
VRANEK Franz
WESTERMEIER Alois

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 1885/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1177+1178

DÖW-Signatur V955/1-49

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 262/55 (Vg 12 Vr 6121/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 10189/55 (15 St 36648/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Wiederbetätigung, Arisierungsprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen, Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien und Niederösterreich (Baden bei Wien)

Volksgerechtsverfahren gegen: Wilhelm AICHELBURG,
Kurt BAUER,
Karl BISCHOF,
Günther DWORSCHAK,
Karl FÜRCHTNER,
Erich HAFENBRADL,
Barbara HÖFINGER,
Gertrud HÖLLER,
Friedrich REINER,
Rudolf ROTTER,
Paul SCHMID,
N. SAVEL oder SABL,
Oskar SCHWARZ,
Stefan TOMASSONI und
Anton ULLRICH

wegen (§§): § 3 VG (Wiederbetätigung),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 11(10) VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 93 StG (Einschränkung der persönlichen Freiheit eines Menschen) und § 214 StG
(Begünstigung von Verbrechen)

Tatvorwürfe:

Illegale Betätigung für die NSDAP

Versuchter Aufbau einer nationalsozialistischen Organisation nach Kriegsende unter der Leitung des ehemaligen SA-Obersturmführers Karl BISCHOF in Zusammenarbeit mit ehemaligen Angehörigen der Hitlerjugend. Die geschaffene Geheimorganisation verteilte anonyme Flugschriften ("Die Gerechten"), betätigte sich in der Flüsterpropaganda und wollte einen Nachrichtendienst einrichten. Die Gruppe verfügte weiters auch über Kontakte zu der Gruppe des Ing. Dr. Helmuth RIEDL in Innsbruck (Tirol)

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Der Beschuldigte Friedrich REINER – Stellvertreter des Karl BISCHOF – stand unter Verdacht, im Jahr 1938 das Küchengerätegeschäft "Winternitz", in Wien-Meidling, Meidlinger Hauptstraße 74, arisiert zu haben. Die gerichtliche Voruntersuchung wurde allerdings durch

Verfügung des Untersuchungsrichters eingestellt.

Denunziation

Dem Hauptbeschuldigten Karl BISCHOF wurde auch vorgeworfen, im Juni 1944 Rosalia BÖHM wegen Betätigung für die Kommunistische Partei denunziert zu haben. Die Betroffene wurde verhaftet und in das KZ Ravensbrück eingeliefert.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 5.9.1946: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 3470/46 gegen Günther DWORSCHAK, Oskar SCHWARZ und Kurt BAUER wegen § 3 VG an das Volksgericht Wien und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren
- 7.7.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Kurt BAUER und Günther DWORSCHAK wegen § 3 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl FÜRCHTNER und Gertrud HÖLLER wegen § 214 StG zu LG Wien
21 Vr 10853/47
- 13.1.1948: Anklageerhebung gegen Karl BISCHOF wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1,2, 11 VG und § 3 VG
Anklageerhebung gegen Friedrich REINER und Barbara HÖFINGER wegen § 58 StG in der Fassung des § 10/1,2 VG und § 3g/1 VG
Anklageerhebung gegen Wilhelm AICHELBURG, Erich HAFENBRADL und Paul SCHMID wegen § 3g/1 VG
- 22.1.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Oskar SCHWARZ und Anton ULLRICH wegen § 3 VG gemäß § 109 StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich REINER wegen § 6 KVG, § 11 VG gemäß § 109 StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Karl BISCHOF wegen § 7 KVG, § 93 StG gemäß § 109 StPO
Unterbrechung des Verfahrens gegen Rudolf ROTTER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
Ausscheidung des Verfahrens gegen N. SAVEL (SABL) wegen § 3g VG zu LG Wien Vg 5b Vr 796/48
Ausscheidung des Verfahrens gegen Stefan TOMASSONI wegen § 3g VG zu LG Wien Vg 1g Vr 797/48
- 8.5.1948: Verurteilung des Karl BISCHOF wegen § 3g VG und §§ 10, 11 VG zu 12 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Verurteilung des Friedrich REINER wegen §§ 3g, 10 VG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Verurteilung der Barbara HÖFINGER wegen §§ 3g, 10 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Verurteilung der Angeklagten Wilhelm AICHELBURG, Paul SCHMID und Erich HAFENBRADL wegen § 3 VG zu 18 Monaten strengen Arrest
- 19.12.1952: Bedingte Entlassung des Karl BISCHOF durch Entschließung des Bundespräsidenten vom 18.12.1952
- 19.4.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Rudolf ROTTER unter LG Wien Vg 8e Vr 262/55
- 20.5.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf ROTTER gemäß § 109 StPO

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8e Vr 262/55 (LG Wien Vg 12 Vr 6121/46) gegen Karl

BISCHOF u.a.:

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Hinweise auf den Akt LG Innsbruck 10 Vr 3631/46 gegen Ing. Dr. Helmuth RIEDL
Weiters enthält das vorliegende Verfahren den einbezogenen Akt LG Linz Vg 8 Vr 3470/46 gegen Günther DWORSCHAK, Oskar SCHWARZ und Kurt BAUER

AKTENVERMERK 19.01.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 262/55 gegen Karl BISCHOF u.a. fehlt:

BAND Ic:

ONr. 76 Blatt 635-639

ONr. 94 Blatt 703

ONr. 132 Blatt 847

BAND II:

ONr. 266 Blatt 155

ONr. 269 Blatt 161

ONr. 286 Blatt 203

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

AICHELBURG Wilhelm, geb. 14.4.1928 in Wien

Gymnasiast

1938: NSDAP

Oberjungenschaftsführer, HJ Bann 504

November 1944: Schanzarbeiten in Gols (Burgenland)

Jänner 1945: Angehöriger des Volkssturms

BAUER Kurt, geb. 22.8.1924 in Wels (Oberösterreich)

Student der Hochschule für Bodenkultur

BISCHOF Karl, geb. 27. 4. 1905 in Wien

Deckname "Peter"

1927: Krankenpfleger in der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof"

23. März 1932: SA-Mitglied, SA-Bezirksführer

April 1933: NSDAP, Nr. 1,614.037

September 1935: Reorganisation der SA-Margarethen

27. April 1937: Ernennung zum SA-Obersturmführer, Gruppe Donau

Juni 1937-März 1938: Verbindungsführer in der SA-Obergruppe Österreich

26. März 1938-16. April 1938: Adjutant im Hause der Gesetzgebung bei der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda

Hauptamtlicher SA-Führer

Juni 1938: Ernennung zum Inspekteur für die städtischen Bauten des 3. Bezirkes

"Alter Kämpfer"

Blutordensträger

DWORSCHAK Günther, geb. 9.2.1921 in Wien

1940-1943: Wehrmacht

FÜRCHTNER Karl, geb. 20.9.1919 in Wien

Schauspieler und Angestellter

SA-Mitglied

Quartiergeber

HAFENBRADL Erich, geb. 24.4.1929 in Wien

Realgymnasiast

1939: HJ-Angehöriger, Bann 504

"Oberjungenschaftsführer"

1. April 1945: Angehöriger des Volkssturms

Verbindungsmann zu Ing. Riedl
HÖFINGER Barbara, geb. 2.8.1914 in Wien
Studentin
Braut des Karl BISCHOF
1.5.1938: Aufnahme in die NSDAP, Nr. 6, 236.361
1940: Blockfrauenschaftsleiterin
HÖLLER Gertrude, geb. 16.5.1919 in Wien
Fotografengehilfin
1.Jänner 1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 9, 660.992
RAINER (REINER) Friedrich, geb. 1.7.1911 in Wien
Kaufmann
Stellvertreter des Karl BISCHOF
Deckname "Fritz"
16. Juni 1933: NSDAP-Mitglied, Nr.: 6, 104.825
1.August 1933: SA-Angehöriger
SA-Obertruppführer
Träger der Ostmarkmedaille
ROTTER Rudolf, geb. 28.6.1922
Angestellter
1. Juli 1936-1940: HJ-Mitglied, Bann Wien Süd 503
1938:Ernennung zum Scharführer
1939: Sportreferent der HJ
1940: Angehöriger des Fliegerausbildungsregiments 26 in Heilighafen in Schleswig Holstein
1.September 1944: Angehöriger des SS-Jägerbat. 502
Dienstvorgesetzter war Dr. RIEDL
Angehöriger des Nachrichtendienstes des Ing. RIEDL
"Altparteigenosse"
SCHMID Paul, geb. 19.11.1927 in Wien
Student
Juli 1938: HJ-Angehöriger
HJ-Scharführer
Aufenthalt in Göppingen (Deutschland)
SCHWARZ Oskar, geb. 25.1.1925 in Wien
Hilfsarbeiter
Jungzugführer der HJ
Marineangehöriger
Kriegsende: Waffen-SS
Kriegskamerad von Rudolf ROTTER
TAMUSSIONI Stefan, geb. 12.5.1902 in Mödling
Kaufmännischer Angestellter
NSDAP-Mitgliedsnr.: 6, 240.004
1934: Ausbürgerung
7.12.1945-6.1.1946: Anhaltelager Stadlau gemeinsam mit Friedrich REINER
ULLRICH Anton, geb. 24.1.1911 in Wien
Angestellter der Gauleitung Wien
Verbindungsmann zu Staatssekretär Graf

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung gegen BISCHOF, AICHELBURG, HAFENBRADL, REINER, SCHMID und HÖFINGER von
3.5 bis 8.5.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. POPPY

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Walter FAULHABER (BISCHOF und HAFENBRADL)
Dr. FIEDLER (AICHELBURG)
Dr. Hanns BOUSEK (REINER)
Dr. ENIS (SCHMID)
Dr. SCHERER (HÖFINGER)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 262/55 (LG Wien Vg 12 Vr 6121/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1178
DÖW-Signatur V956/1-25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 6995/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 41161/46 (15 St 491/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen (Theresienstadt-Prozess, Außenlager Wulkow-Zossen und Schnarchenreuth)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Deutschland (Wulkow-Zossen bei Berlin, Schnarchenreuth bei Hof)

Volksgerechtsverfahren gegen: Franz STUSCHKA und
Alfred WEISZ

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug)
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3/1,2,3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation),
§§ 134, 135/4 StG (gemeiner Mord) und
§§ 5, 134, 135/1 StG (Mitschuld am Verbrechen des Meuchelmordes)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen und Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen durch den Lagerkommandanten Franz STUSCHKA in Zusammenwirken mit dem Lagerpolizisten Alfred WEISZ an Häftlingen des KZ-Außenlagers Wulkow-Zossen bei Berlin und des KZ-Außenlagers Schnarchenreuth [im Akt auch: Schnarchenreuth] bei Hof in Bayern (Deutschland) zwischen Februar 1944 und Februar 1945
Denunziation des Fritz GRAF durch Alfred WEISZ im KZ-Außenlager Wulkow-Zossen
Ermordung des Häftlings Herbert GRÄTZER durch Franz STUSCHKA im KZ-Außenlager Wulkow-Zossen im Oktober 1944
Mitwirkung des Franz STUSCHKA an der Ermordung von 20 Juden im KZ-Außenlager Wulkow-Zossen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.11.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4d Vr 7168/46 gegen Alfred WEISZ wegen §§ 3, 4, 7 KVG in das gegenständliche Verfahren
15.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alfred WEISZ zu LG Wien Vg 2a Vr 9072/46 Unterbrechung des Verfahrens gegen Franz STUSCHKA gemäß § 412 StPO
5.11.1947: Einleitung eines gesondert geführten Auslieferungsverfahrens gegen den Beschuldigten STUSCHKA unter LG Wien Vg 2a Vr 7459/47 auf Gesuch der Tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien
13.11.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz STUSCHKA wegen § 3/2 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 7d Vr 8881/46 gegen Ernst GIRZIG u.a. und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren
30.9.1949: Anklageerhebung gegen Franz STUSCHKA wegen § 58 StG in der Fassung der § 11

- (10) VG, § 3/1, 2 und 3 KVG, § 4 KVG und §§ 134, 135/4 StG
- 3.11.1949: Überleitung des Auslieferungsverfahrens LG Wien Vg 2a Vr 7459/47 gegen Franz STUSCHKA gemäß § 40 StG (Ahndung von im Ausland begangenen Verbrechen durch österreichische Gerichte- Umwandlung des Auslieferungsverfahrens in ein inländisches Strafverfahren) in das gegenständliche Verfahren. Die Ausdehnung der Anklage wegen Registrierungsbruch bleibt der Hauptverhandlung vorbehalten.
- 4.11.1949: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG (Zugehörigkeit zur Österreichischen Legion) und wegen §§ 5, 134, 135/1 StG (Mitschuld an der Ermordung von 20 Juden) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 17.12.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG, § 3 KVG und § 4 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen §§ 3/3 KVG (aus Sicht des Gerichtes konnte das KZ Theresienstadt nicht als KZ bezeichnet werden) und §§ 134, 135/4 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
Der Staatsanwaltschaft bleibt die selbständige Verfolgung wegen § 8 VG vorbehalten.
- 1.3.1951: Bedingte Entlassung des Verurteilten

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 6995/46 gegen Franz STUSCHKA enthält folgende einbezogene Akten sowie Abschriften:

Auslieferungsverfahren LG Wien Vg 2a Vr 7459/47 gegen Franz STUSCHKA
Einbezogener Akt des BG Bad Ischl 755/46 gegen Franz STUSCHKA sowie
Abschriften aus LG Wien Vg 7d Vr 8881/46 gegen Ernst GIRZIG u.a.

Namensliste von Häftlingen des KZ-Außenlagers Wulkow-Zossen laut Gerichtsakt:

ADAM N.
ARNDT N.
BECK Hans
BLEY Luise
BLOCK Viktor
BOBOK Franz
BOCK N.
BRE(I)UER Ludwig
BUDZISLAWSKY Ilse
CERNOCH Franz
EDEL Hans
EDEL Siegfried
EHRlich Heinrich (Henry)
ENGELSTEIN Adolf Ing.
FEIGL Richard
FIALA Fritz
GOLDBAUM Jakob
GOLDBERGER N.
GOLDSCHMIED Traute
GRAF Friedrich
GRAF Wilhelm

GRÄTZER Herbert
GROSS N.
HAAS Robert
HALPERN Bernhard
INWALD Walter
JUNGMANN Albert
KATZ (KATT) Otto
KLENKA Josef
KNÖPF(EL)MACHER Kurt
KNÖPFEMACHER Theodora, geb. LUSTIG
KORMIS Walter
KOTZINA N. Ing.
KRAUS Martha
KIRMES Hildegard
LONEK Jakob
LÖWY Friedrich
LUSTIG Franz
MOSKOWITZ Aron
MUKDEN N. Ing.
NEUFELDAfred
NEUMANN Leo
NEUHAUS Herbert
OPPENHEIMER Josef
PICK Ella
PRINZ Kurt
PROTZER N.
RATAR Karl
ROSENBAUM Käthe
ROSENBAUM oder ROSENBAUER Werner
RUTAR Karl
SCHWARZ Erna
SCHWARZ Erwin
SPITZ Kurt
SPITZ Otto
SPITZER Leo
STEINHARD Martha
STIMMER, Ernst Ing.
STÖCKEL Käthe
SÜSS Bedja
TAUSSIG Erich
THOMAS Elisabeth
TICHAUER Wilhelm
WEIGL Kurt
WEINER Gregor
WEINER Otto
WEISS Alfred
WEISS Anton
WITKOWSKI Max
WOHL Fritz Ing.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

STUSCHKA Franz, geb. 3.7.1910 in Wien

SS-Obersturmführer

Angehöriger des SD

1. September 1934: NSDAP, Nr. 6, 230.233

Ende 1935: SS-Angehöriger, Mitglied der Standarte 4/89

Sturm-und Truppführer der SS

Oktober 1936-Juni 1937: Anhaltelager Wöllersdorf

24. August 1937: Flucht nach Deutschland

März 1938: Rückkehr nach Österreich

Oktober 1939: RSHA

bis Juli 1940-August 1940: Aufenthalt in Prag als Angehöriger einer Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei

Beförderung zum SS-Hauptscharführer, später Obersturmführer

1940-1945: Aufenthalt in Berlin, Angehöriger des RSHA

Februar 1944-Februar 1945: Kommandant des KZ-Außenlagers Wulkow
"Altparteigenosse"

Gauakt Nr. 136601

WEISZ Alfred, geb. 18.10.1920 in Wien

Oktober 1944-Jänner 1945: Lagerpolizist in Wulkow

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung gegen STUSCHKA von 15.12 bis 17.12.1949

Vorsitzender: LGR. Dr. DOLP

Richter: OLGR. Dr. PATTIS

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Helmuth PFEFFER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 6995/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1178
DÖW-Signatur V957/1-28

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 63/54 (Vg 1 Vr 278/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 22943/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Dachau-Prozess

Opfer: Häftlinge (polnische, tschechische, jüdische, griechische)

Tatland (Tatort): Deutschland (Dachau), Oberösterreich (Linz-Urfahr)

Volksgerichtsverfahren gegen: August JORDAN

Kapo eines Straßenbaukommandos im KZ Dachau

wegen (§§): § 3/2 KVG (Quälereien und Misshandlungen mit Todesfolge),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§§ 134, 135/4 (gemeiner Mord) und
§ 137 StG (entfernte Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Tatvorwürfe:

Gewaltverbrechen an Mithäftlingen des KZ Dachau – vorwiegend Polen, Tschechen und Juden –
durch den Kapo August JORDAN zwischen Mai und November 1940

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen von Häftlingen, die wenig später aus
Verzweiflung Selbstmord verübten

Anzünden eines mit Holzwolle gefüllten Tragkorbes, in dem ein erschöpfter Jude lag. Der
unbekannte Mann erlag seinen schweren Verbrennungen.

Entfernte Mitschuld am Verbrechen des Mordes in drei Fällen durch Bereitstellen eines
Schemels, auf den sich die Mithäftlinge des Angeklagten stellen mußten. Die unbekannt
jüdischen Männer wurden dann von Josef VOGGESBERGER gehängt.

Misshandlung von griechischen Zwangsarbeitern in Urfahr bei Linz (Oberösterreich) im
Frühjahr 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.9.1946: Anklageerhebung wegen § 3/2 KVG und §§ 134, 135/4 StG

21.11.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/2 KVG und § 137 StG nach § 3/2 KVG zu 20
Jahren schweren Kerkers.

Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

Das Gericht verhängte in "Würdigung der Tatsache", dass der Angeklagte unter
"absolutem Druck der Lagerwachmannschaft" gestanden sei, Mithäftlingen in ihrer
Notlage geholfen, in einzelnen Fällen sogar Mithäftlingen durch entsprechende
Arbeitseinteilung das Leben gerettet hat, statt der im § 3/2 KVG vorgesehen
Todesstrafe eine zwanzigjährige Kerkerstrafe.

Freispruch wegen § 3 KVG (Misshandlung griechischer Zwangsarbeiter) gemäß §
259/3 StPO (mangels Beweisen)

24.4.1954: Teilweise Aufhebung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof (OGH 6 Os 1/54)
hinsichtlich des Schuldspruches wegen des Verbrechens der entfernten Mitschuld
am Mord nach § 137 StG (Bereitstellung eines Schemels). Teilweise Wiederaufnahme

des Verfahrens unter LG Wien Vg 1 Vr 63/54.
29.6.1954: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/2 KVG nach § 3/2 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich. Freispruch wegen § 137 StG gemäß § 259/3 StPO. Aus Sicht des Gerichts konnte ein schuldhaftes Verhalten nicht angenommen werden, da dem Angeklagten die eigentliche Verwendung des von ihm herbeigebrachten Schemels zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst war. Der Hauptbeschuldigte Josef VOGGESBERGER wurde wegen dieses und anderer Verbrechen im KZ Dachau vom Volksgericht Wien unter LG Wien Vg 12 Vr 8456/46 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Zusatzinformationen zum Akt

Das vorliegende Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 63/54 gegen August JORDAN enthält folgende einbezogene Akten:
Einbezogener Akt des LG Linz-Nord Vr 154/45 gegen August JORDAN

AKTENVERMERK 9.3.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 63/54 gegen August JORDAN fehlen:

ONr. 103 Blatt 387

ONr. 129 Blatt 451

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

JORDAN August, geb. 13.8.1914 in Linz

1933-1938: Angehöriger der Vaterländischen Front und des Österr. Heimatschutzes (Kraftfahrerkorps)

18. Oktober 1938- September 1939: KZ-Dachau

September 1939-Mai 1940: KZ-Flossenbürg

Mai 1940-November 1940: KZ-Dachau

Ernennung zum Vizekapo

Kapo eines Straßenbaukommandos

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung von 20.11 bis 21.11.1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: LGR. Dr. JOST

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. REHM

Verteidiger: Dr. Rudolf GRANICHSTAEDTEN-CZERVA

Hauptverhandlung von 28.6. bis 29.6.1954

Vorsitzender: LGR. Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR. Dr. VANECEK

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Gottfried KÖHLER

FStN-Mikrofilm Nr. 1178
DÖW-Signatur V958/1-21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 2611/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 18464/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Gesundheitsamt Wiener Neustadt), Bezug zu Endphase-Verbrechen

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Wiener Neustadt, Felixdorf, Lichtenwörth)

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. August JUNGMANN

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und § 181 StG (Veruntreuung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

NSDAP, SS, SA und NSKK

Aneignung von Schreibmaschinen und Radios in seiner Funktion als Leitender Luftschutzwart und Fachführer der Polizei in Wiener Neustadt (Niederösterreich)

Der Beschuldigte war Amtsarzt des Gesundheitsamtes Wiener Neustadt (Niederösterreich) und als solcher mitverantwortlich für die Lebensbedingungen der ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen in den Lagern "Engelmühle" in Felixdorf (Niederösterreich), Wiener Neustadt (beim Schlachthof) und Lichtenwörth (Niederösterreich). Die dort untergebrachten Jüdinnen und Juden waren beim "Südostwallbau" in Güns (Ungarn) eingesetzt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.6.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG

25.6.1947: Einstellung des Verfahrens betreffend Verbrechen an ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige). Ausscheidung des Verfahrens wegen § 181 StG (Schreibmaschinen und Radioapparate) zu LG Wien 22 Vr 6944/47

22.6.1948: Freispruch des Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

JUNGMANN August Dr., geb. 31.7.1899 in Wr. Neustadt (Niederösterreich)

Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes Wiener Neustadt und Stellvertreter des Kreisärztesführers

1929: Amtsarzt bei der Stadtgemeinde Wiener Neustadt

Dezember 1933: Arzt des SS-Sturms 9/89 der SS-Standarte, NSDAP-Mitglied Nr. 6, 179.619

Sommer 1936: NSKK

25. Dezember 1936 bis März 1938: Motor-SA-Mann
Herbst 1939: Angehöriger der Reiter-SA Wr. Neustadt
Herbst 1940: Sanitätssturmführer der SA
30. Jänner 1941: Ernennung zum SA-Sturmführer
1942: Sanitätsobersturmführer
20. April 1943: Ernennung zum SA-Obersturmführer
1944: Leitender Luftschutzarzt und Fachführer der Polizei
März 1945: Leitung des Gesundheitsamtes Neunkirchen
Träger des SA-Reiterabzeichens in Silber

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 4.3.1948 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: Dr. BAUER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. MENZEL

Verteidiger: Dr. Felix KOSCH

Hauptverhandlung von 22.6.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. COULON

Verteidiger: Dr. Felix KOSCH

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 2611/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V959/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 5876/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 896/49 (15 St 34378/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Innere Stadt)

Volksgerechtsverfahren gegen: Martin HELL
Friedrich KNOLL und
Rudolf KRISTOFICS-BINDER

wegen (§§): §§ 8, 10/3, 11 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf:

Arisierung der Textilgroßhandlung HASZ & Co – Besitzer Jenö HASZ, Paul HACKER und Hugo WEISS –
in Wien-Innere Stadt, Rudolfsplatz 6, durch Martin HELL, Friedrich KNOLL und Rudolf
KRISTOFICS-BINDER am 16. Februar 1939

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

16.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich KNOLL wegen § 6 KVG gemäß § 224 StG
(Tod des Beschuldigten)

5.11.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Martin HELL wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 90
StPO (Zurücklegung der Anzeige)

11.4.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Martin HELL und Rudolf KRISTOFICS-BINDER wegen
§ 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

*Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 3c Vr 5876/46 (gegen Martin HELL, Friedrich KNOLL und
Rudolf KRISTOFICS-BINDER):*

Der gegenständliche Akt enthält ein belastendes SV-Gutachten von Dr. Karl ZIEGLER vom 17.11.1947
sowie ein entlastendes Ergänzungsgutachten vom 6.3.1950

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

HELL Martin, geb. 19.7.1889 in Kleinscheuern bei Hermannstadt (Rumänien)

Kaufmann

Generalsekretär a.D. des Jockey Clubs für Österreich

1. April Juni 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 601.533

29. September 1938: Ernennung zum kommissarischen Leiter der Firma Hasz & Co

KNOLL Friedrich, geb. 16.8.1883 in Wien, gest. 21.8.1940

Kaufmann und Buchsachverständiger

Friedrich KNOLL jun. – Blutordensträger

Juliputschist, Beteiligung an der Erstürmung des Bundeskanzleramtes

KRISTOFICS-BINDER Rudolf, geb. 24.1.1896 in Cakovec (Jugoslawien) Dkfm.

Offener Gesellschafter der Firma Hasz & Co

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 5876/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V960/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 3079/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 20694/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess, Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Südostwall-Prozess)

Opfer: Ausländische ArbeiterInnen
Tatland (Tatort): Burgenland (Stoob)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann STIX
(Volkssturmmangehöriger)

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§§ 134, 135/4 StG (gemeiner Mord) und
§ 140 StG (Totschlag)

Tatvorwürfe:

Misshandlungen von unbekanntem Zwangsarbeitern unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Wachorgan und Verpflegsleiter im Abschnitt Oberpullendorf, Baustreifen Stoob, von Jänner bis Februar 1945

Ermordung des Zwangsarbeiters David ANDREJUK auf der Stoober Wiese am 19. Februar 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.7.1946: Anklageerhebung wegen § 3 KVG und §§ 134, 135/4 StG
17.6.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3 KVG und § 140 StG nach § 3/2 KVG zu 16 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
22.12.1953: Bedingte Entlassung des Verurteilten durch Entschließung des Bundespräsidenten vom 18.12.1953.
Von 22.12.1953 bis 5.3.1954 Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

STIX Johann, geb. 15.6.1922 in Euratsfeld, Bez. Amstetten (Niederösterreich)

1938: HJ-Angehöriger

Oberkameradschaftsführer von Euratsfeld (Niederösterreich)

1941: NSDAP-Anwärter

November 1944: Volkssturm, Abkommandierung zum Stellungsbau

11. Dezember 1944: Stellungsbau in Eisenstadt, Versetzung nach Ödenburg, Rückkehr nach Kloster Marienberg bei Oberpullendorf

Anfang Jänner 1945-2. März 1945: Wachorgan und Verpflegsleiter beim Abschnitt

Oberpullendorf, Baustreifen Stoob

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 5.11.1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. HANEL

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. REHM

Verteidiger: Dr. Hugo MEINHART

Hauptverhandlung 17.6.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. KITTL

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. REHM

Verteidiger: Dr. Hermann HEINDL

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 3079/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V961/1-13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 6068/48

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27657/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arsierungsprozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Neubau, Favoriten), Niederösterreich (Himberg)

Volksgerechtsverfahren gegen: Egon EDER
Maximilian FLECK und
Franz KACHELMEIER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe (betreffend Egon EDER):

Illegalität, NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Verteilung von NS-Propagandamaterial

Durchführung eines Sprengstoffanschlags auf die Ostbahnbrücke bei Himberg

(Niederösterreich) gemeinsam mit dem SA-Obertruppführer Johann NEUBAUER am 18. Mai
1934

Arsierung des Geschäftes der Rosa KRIESS, Wien-Favoriten, Favoritenstraße 126 im Jahr 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

15.9.1948: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8h Vr 3448/48 gegen Egon EDER wegen §§ 10,
11 VG und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren

7.7.1949: Anklageerhebung gegen Egon EDER wegen §§ 10, 11 VG. Ausdehnung der Anklage in
Richtung
§ 8
VG
blieb
der
Haupt-
verhandlung
vor-
gehalten.

- 21.7.1949: Erklärung nach § 34/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Verfolgung) hinsichtlich des Verfahrens wegen § 6 KVG unter Vorbehalt späterer Verfolgung
Ausscheidung des Verfahrens gegen Maximilian FLECK wegen § 11 VG zu LG Wien Vg 7d Vr 1858/49
Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz KACHELMEIER wegen §§ 8, 10, 11 VG zu LG Wien Vg 7d Vr 1868/49
- 12.12.1953: Einstellung des Verfahrens gegen Egon EDER gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1g Vr 6068/48 (gegen Egon EDER u.a.):

Der gegenständliche Akt enthält

- A.) Abschrift des Hauptverhandlungsprotokolls LG Wien Vg 1b Vr 4331/47 gegen Johann NEUBAUER und den
B.) Einbezogenen Akt LG Linz Vg 8h Vr 3448/48 gegen Egon EDER

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

EDER Egon, geb. 8.8.1909 in Wien

1924: Beitritt zur Ortsgruppe Neubau

1926: Beteiligung an der Gründung einer Ortsgruppe der HJ in Wien-Neubau

8. Oktober 1929: NSDAP, Nr. 116.081

15. Mai 1931: SA-Beitritt (Sturm 48, 1/84)

Herbst 1931: Geldverwalter beim Sturmbann I /84

1932: Beförderung zum Adjudanten

Oktober 1933: Beförderung zum SA-Sturmführer

17. März 1935: Angehöriger der Österr. Legion

SA-Obersturmführer

15. Mai 1939-Oktober 1944: Wehrmacht

1943: SA-Hauptsturmführer

"Alter Kämpfer"

FLECK Maximilian, geb. 30.6.1897

KACHELMEIER Franz, geb. 5.7.1901

NSDAP- Mitgliedsnr. 6,261.570

Beteiligung an Sprengstoffanschlägen und am Juliputsch 1934

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 6068/48: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V962/1-15

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 2486/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11089/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Fünfhaus)

Volksgerechtsverfahren gegen: Karl, Marie und Edith WATZINGER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der
Menschenwürde begangen an der jüdischen Familie KLOS in Wien-Fünfhaus,
Schweglerstraße 40/26, zwischen 1938 und 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.9.1946: Anklageerhebung gegen Karl WATZINGER wegen §§ 3, 4 KVG

18.10.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Marie und Edith WATZINGER gemäß § 109 StPO
(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

24.2.1948: Freispruch des Angeklagten Karl WATZINGER gemäß § 259/3 StPO (mangels
Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1h Vr 2486/45

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

WATZINGER Karl, geb. 15.9.1889 in Waidhofen an der Ybbs
Gemeindeangestellter

WATZINGER Marie, geb. 17.11.1890 in Linz an der Donau (Oberösterreich)
Hausfrau

WATZINGER Edith (Tochter), geb. 11.9.1918 in Waidhofen an der Ybbs (Niederösterreich)
Kindergärtnerin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 24.2.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. MERZ

Verteidiger: Dr. Friedrich NEPP

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 2486/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V963/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11c Vr 2376/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 4826/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien, Chile

Volksgerichtsverfahren gegen: Dipl.-Ing. Friedrich WOITSCHÉ
selbständiges Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und
Vermögensverfallsgesetz

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz

Tatvorwürfe:

Hochverrat, Illegalität:

Gründer des Kampfbundes der Deutschösterreicher in Chile

Unterstützung von Hinterbliebenen der "Juliputschisten"

Im Jahr 1935 kehrte WOITSCHÉ unter falschem Namen nach Österreich zurück und gründete
eine nationalsozialistische Terrororganisation (Durchführung zahlreicher
Sprengstoffanschläge auf Bahnhöfe und Eisenbahnzüge, wofür WOITSCHÉ verhaftet und zu
12 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden war – LG Wien 26 Vr 9397/36)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.1.1947: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfall des Nachlassvermögens des Dipl.-Ing.
Friedrich WOITSCHÉ gemäß § 24 Abs. 1 VG wegen Verbrechen nach § 58 StG in der
Fassung der §§ 10, 11 VG

22.5.1947: Verfall des gesamten Vermögens nach Dipl.-Ing. Friedrich WOITSCHÉ im Sinne des §
24/1 Volksgerichts- und Vermögensverfallsgesetz wegen Verbrechen nach § 58 StG
in der Fassung der §§ 10, 11 VG

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11c Vr 2376/46

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

WOITSCHÉ Friedrich, Dipl.-Ing., geb. 16.2.1903 in Wörgl (Tirol), verstorben am 7.1.1945

Gründer und Führer des Kampfbundes der Deutschösterreicher in Chile

1934: Unterstützung der Hinterbliebenen der Juliputschisten

1935: Rückkehr nach Österreich unter falschem Namen

Gründung einer nationalsozialistischen Terrororganisation zwecks Ermordung des

Bundespräsidenten und der Regierungsmitglieder

Durchführung zahlreicher Sprengstoffanschläge

1938: Anstellung bei der Gemeinde Wien, Ernennung zum Obermagistratsrat
"Alter Kämpfer"
Blutordensträger
Träger der Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 22.5.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. DONNER

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. URICH

Verteidiger: Dr. PASCHINGER, Verlassenschaftskurator

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11c Vr 2376/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179

DÖW-Signatur V964/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 69/53

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 21467/52

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann MAYER

ehemaliger Referenten der Vermögensverkehrsstelle

wegen (§§): § 5 StG, § 6 KVG (Mitschuld am Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung)

Tatvorwurf:

Mitwirkung des Johann MAYER an der Arisierung der Wäsche- und Kleiderfabrik Philippine LEHR & Co. in Wien-Neubau, Lindengasse 41, durch Rudolf SCHURY im Dezember 1938

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

24.12.1952: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann MAYER aus dem Verfahren LG Wien Vg 9 Vr 4594/46 gegen Rudolf SCHURY u.a.) und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 9 Vr 69/53

10.7.1954: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 9 Vr 69/53 gegen Johann MAYER:

Der gegenständliche enthält Abschriften aus dem bereits bearbeiteten und mikroverfilmten Verfahren LG Wien Vg 9 Vr 4594/46 (Vg 4e Vr 2755/45) gegen Rudolf SCHURY und Johann MAYER. Siehe DÖW-Signatur: V763/1-30, FStN-Mikrofilm, Nr.1152+1153

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

MAYER Johann, geb. 17.3.1902 in St. Veit an der Glan (Kärnten)

Beamter in der Abteilung Export der Vermögensverkehrsstelle

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 69/53: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V965/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1881/48 (Vg 4d Vr 5880/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29179/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter von Freistadt/OÖ)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Oberösterreich (Freistadt)

Volksgerechtsverfahren gegen: Wilhelm WOLFSGRUBER

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime; Kreisleiter) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österreichischen Volk)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Kreisleiter von Freistadt (Oberösterreich) von Juli 1938 bis Mai 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.7.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Wilhelm WOLFSGRUBER gemäß § 412 StPO
(Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

5.3.1948: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 1d Vr 1881/48

6.7.1948: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 1/6 KVG

15.9.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und
wegen § 1/6 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der
Republik Österreich.

25.5.1949: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten

Zusatzinformationen zum Akt

AKTENVERMERK 29.3.2004:

Aus dem vorliegenden Akt LG Wien Vg 1d Vr 1881/48 gegen Wilhelm WOLFSGRUBER fehlen:

ONr. 8 Blatt 31, 33

ONr. 35 Blatt 169

ONr. 43 Blatt 193

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

WOLFSGRUBER Wilhelm, geb. 27.11.1911 in Freistadt (Oberösterreich)

15. August 1931: SA-Angehöriger

30. Dezember 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 689.122

1933: Bezirkspropagandaleiter

1936: Bezirksleiter

1937: Kreisorganisationsleiter

Juli 1938 bis Mai 1944: Kreisleiter von Freistadt, Oberösterreich

Mai 1944 bis Mai 1945: Einsatz in Norwegen (Stavanger) als Referent im Staatsdienst

SA-Sturmbannführer

"Alter Kämpfer"

Blutordensträger

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 15.9.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. Adolf PRAZAK

Richter: OLGR. Dr. PATTIS

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. ALTMANN

Verteidiger: Dr. Johann BAUMANN

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1881/48 (Vg 4d Vr 5880/46): Zentrale
österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V966/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1720/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14304/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter von Zwettl/NÖ)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Zwettl)

Volksgerichtsverfahren gegen: Hermann REISINGER

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Kreisleiter von Zwettl (Niederösterreich) von 11. Juni 1938 bis Kriegsende

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.12.1945: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4 Vr 2756/45 gegen Hermann REISINGER in
das gegenständliche Verfahren

5.3.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG

17.5.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG zu 1 Jahr
schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1b Vr 1720/45 gegen Hermann REISINGER:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich der einbezogene Akt LG Wien Vg 4 Vr 2756/45 gegen
Hermann REISINGER

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

REISINGER Hermann, geb. 16. Jänner 1900 in Hadersdorf am Kamp (Niederösterreich)

1927/1929: NSDAP-Beitritt

1928: Ernennung zum Bezirksleiter von Zwettl

1931-1932: Kreisleiter

26. Oktober 1933: 7 Wochen Arrest wegen Betätigung für die verbotene NSDAP

11. Juni 1938: Ernennung zum Kreisleiter (bis Kriegsende)

1944: Aufstellung von 10 Volkssturm-Bataillonen

Errichtung von Waffen- und Lebensmittellagern

Errichtung von Panzersperren

3. Mai 1945: Bestätigung des Freispruchs des Oberlehrers und Bundesrates Franz MATZKE

Träger des goldenen Parteiabzeichens

Träger der Ostmarkmedaille

Kriegsverdienstkreuz II. Klasse
"Alter Kämpfer"
"Kulturapostel"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 17.5.1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOCHMANN

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. PASTROVICH

Verteidiger: Dr. Walter KOSCHAROCH

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1720/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V967/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 7527/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1123/47 (15 St 35042/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Bruck an der Leitha), Wien (Ottakring)

Volksgerichtsverfahren gegen: Edwin RENNER

(selbständiges Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und
Vermögensverfallsgesetz)

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz

Tatvorwürfe:

Illegalität

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als kommissarischer Verwalter
von jüdischen Apotheken

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.5.1947: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfall des Nachlassvermögens des Magister
Edwin RENNER gemäß § 24 Abs. 1 VG wegen Verbrechen nach § 58 StG in der
Fassung der §§ 10/1, 11 VG

30.8.1947: Verfall des gesamten Vermögens nach Magister Edwin RENNER im Sinne des § 24/1
Volksgerichts- und Vermögensverfallsgesetz wegen Verbrechen nach § 58 StG in der
Fassung der §§ 10/1, 11 VG

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

RENNER Edwin, Magister, geb. 12.11.1895

Mitglied des sudetendeutschen Heimatbundes und der Landsmannschaft Böhmerwald

1920-1924: Gründer der Ortsgruppe Bruck an der Leitha (Niederösterreich) und

Ortsgruppenleiter

Angehöriger der SA

1924-1926: Kreisführer der SA

1926-1928: Bezirksleiter der NSDAP in Wien-Ottakring, Mitarbeit in der "SA-

Apothekerschaft" bei der Landesleitung der NSDAP

7. September 1926: NSDAP-Mitglied, Nr. 51.721

März 1938: NSV und DAF

1940: Ernennung zum Apothekendirektor
Referent für Pharmazie im Ministerium für kulturelle und innere Angelegenheiten
SA-Standartenführer
Inhaber des Ehrenzeichens der NSDAP
Träger der Parteiauszeichnungen in Bronze, Silber und Gold
Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse ohne Schwerter
"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 30.8.1947

Vorsitzender: LGR. Dr. APELTAUER

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. URICH

Verlassenschaftskurator: Dr. Alfred KOSTNER

Verteidiger: Dr. Adalbert PAULS

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 7527/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V968/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 3648/56 (Vg 8c Vr 145/51)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14423/57 (15 St 2281/56, 15 St 6698/51)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess, Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Auslieferungsverfahren (Polen)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Polen (Krakau), Niederlande (Den Haag), Tschechische Republik

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Kajetan MÜHLMANN

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 8 KVG (Hochverrat am österreichischen Volk)
§ 101 StG (Amtsmissbrauch),
§ 181 StG (Veruntreuung),
§§ 197, 200, 201c, 203 StG (Betrug) und
§ 59 StPO (Auslieferung an eine ausländische Behörde)
§ 5 Sprengstoffgesetz

Tatvorwürfe:

Illegalität, Hochverrat

Verbindungsmann zwischen der illegalen NS-Gruppen um den Gau- und Landesleiter Hauptmann LEOPOLD und der illegalen Gruppe unter der Führung des Rechtsanwaltes Dr. SEYSS-INQUART

Verbindungsmann zwischen der Vaterländischen Front (Dr. Guido SCHMIDT und Guido ZERNATTO) und den Nationalsozialisten (Dr. Arthur SEYSS-INQUART)

Gespräche mit GÖRING am 11. Juli 1936 und im Jahr 1937

Mitarbeiter von Dr. SEYSS-INQUART und Dr. JURY

Übernahme von Informationen über Maßnahmen und Vorgänge innerhalb der Vaterländischen Front vom damaligen Direktor der Phönix Versicherungs AG, Dr. Karl ANGERER und Weitergabe an Dienststellen der illegalen NSDAP

Ausarbeitung eines Plans in Zusammenwirken mit Dr. Karl ANGERER und Dr. Hans FISCHBÖCK zur Sprengung der Telefonzentrale "Am Hof" in der Nacht von 12. auf 13. März 1938. Auf Grund der Besetzung Österreichs wurde dieser geplante Sprengstoffanschlag nicht ausgeführt.

Teilnahme als offizieller Beobachter am Treffen zwischen SCHUSCHNIGG und HITLER in Berchtesgaden im Februar 1938. Gespräche mit RIBBENTROP, VON PAPEN und HITLER. Staatssekretär für Kunstangelegenheiten im "Anschluss- Kabinett" SEYSS-INQUART. Die Ernennung erfolgte allerdings erst am 15. März 1938

Weitere Delikte

Mitwirkung an der Verhaftung des jüdischen Unternehmers N. DUKES im März 1938

Sonderbeauftragter des Reichsmarschalls Hermann GÖRING für die Erfassung von Kunst- und

Kulturschätzen in Polen, Holland und der Tschechoslowakei. Beschlagnahme und Aneignung von Kultur- und Kunstgegenständen.

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

- 11.4.1951: Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens aus dem Akt LG Wien Vg 8c Vr 426/46 gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 8c Vr 145/51
- 31.5.1951: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 29.5.1956: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien 31 Vr 3648/56
- 21.9.1956: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO
- 3.8.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 8 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957
Fortsetzung der Voruntersuchung gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN wegen §§ 101, 181, 197, 200, 201c, 203 StG und § 5 Sprengstoffgesetz
- 14.4.1958: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 101, 181, 197ff. StG und § 5 Sprengstoffgesetz gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1(6) und § 6 KVG gemäß § 13/2 NS-Amnestie 1957
Einstellung des Verfahrens hinsichtlich der Fakten Verhaftung des N. DUKES und Aneignung von Kunstgegenständen in der Tschechoslowakei gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 31 Vr 3648/56 (LG Wien Vg 8c Vr 145/51) gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN:

Dr. MÜHLMANN wurde am 15. Juni 1945 verhaftet und in das Lager Glasenbach gebracht. Am 26. Oktober 1946 erfolgte seine Überstellung in das Gefangenenhaus des Landesgerichtes für Strafsachen Wien. Am 10. Februar 1948 gelang ihm die Flucht aus einem Münchner Krankenhaus. Dr. MÜHLMANN konnte niemals vor Gericht gestellt werden. Laut Auskunft seiner Gattin starb er am 2. August 1958 "im Ausland".

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Abschriften aus folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 8c Vr 426/46 gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN
LG Wien Vg 3c Vr 1920/45 gegen Dr. Guido SCHMIDT u.a.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

MÜHLMANN Kajetan, Dr., geb. 26.6.1898 in Uttendorf (Salzburg)

Kunsthistoriker

Mai 1935: Verurteilung wegen Geheimbündelei zu 6 Wochen Arrest

1936: Angehöriger der allgemeinen SS, Nr. 309.791

1. Mai 1938: NSDAP, Nr. 6, 106.587

SS-Untersturmführer

12. März 1938: SS-Hauptsturmführer

1939: Sturmbannführer

1940: SS-Standartenführer

1942: SS-Oberführer

Träger der Ostmarkmedaille

Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 3648/56 (LG Wien Vg 8c Vr 145/51):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V969/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 105/52 (Vg 8c Vr 426/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7847/52 (15 St 2728/48, 15 St 28510/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Kajetan MÜHLMANN
selbständiges Verfahren gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und
Vermögensverfallsgesetz

Das Verfahren wurde ursprünglich gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN, Dr. Hans POSSANER und Gottfried
SCHENKER-ANGERER eingeleitet

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime),
§ 8 KVG (Hochverrat am österreichischen Volk) und
§ 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbindungsmann zwischen der illegalen NS-Gruppen um den Gau- und Landesleiter
Hauptmann LEOPOLD und der illegalen Gruppe unter der Führung des Rechtsanwaltes Dr.
SEYSS-INQUART

Verbindungsmann zwischen der Vaterländischen Front (Dr. Guido SCHMIDT und Guido
ZERNATTO) und den Nationalsozialisten (Dr. Arthur SEYSS-INQUART)

Gespräche mit GÖRING am 11. Juli 1936 und im Jahr 1937

Mitarbeiter von Dr. SEYSS-INQUART und Dr. JURY

Übernahme von Informationen über Maßnahmen und Vorgänge innerhalb der
Vaterländischen Front vom damaligen Direktor der Phönix Versicherungs AG, Dr. Karl
ANGERER und Weitergabe an Dienststellen der illegalen NSDAP

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss")

Ausarbeitung eines Plans in Zusammenwirken mit Dr. Karl ANGERER und Dr. Hans FISCHBÖCK
zur Sprengung der Telefonzentrale "Am Hof" in der Nacht von 12. auf 13. März 1938. Auf
Grund der Besetzung Österreichs wurde dieser geplante Sprengstoffanschlag nicht
ausgeführt.

Teilnahme als offizieller Beobachter am Treffen zwischen SCHUSCHNIGG und HITLER in
Berchtesgaden im Februar 1938. Gespräche mit RIBBENTROP, VON PAPPEN und HITLER.
Staatssekretär für Kunstangelegenheiten im "Anschluss- Kabinett" SEYSS-INQUART. Die
Ernennung erfolgte allerdings erst am 15. März 1938.

Kunstraub:

Sonderbeauftragter des Reichsmarschalls Hermann GÖRING für die Erfassung von Kunst- und
Kulturschätzen in Polen, Holland und der Tschechoslowakei. Beschlagnahme und Aneignung

von Kultur- und Kunstgegenständen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 5.12.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Gottfried SCHENKER-ANGERER und Dr. Hans POSSANER zu LG Wien Vg 6b Vr 4105/46
- 23.4.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 11.4.1951: Einleitung eines Auslieferungsverfahrens.
Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens aus dem Akt LG Wien Vg 8c Vr 426/46 gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 8c Vr 145/51
- 16.4.1952: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfall des Nachlassvermögens des Dr. Kajetan MÜHLMANN gemäß § 24 Abs. 1 VG wegen Verbrechen nach § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 1/6 KVG und § 8 KVG
- 1.8.1952: Verfall des gesamten Vermögens nach Dr. Kajetan MÜHLMANN im Sinne des § 24/1 Volksgerichts- und Vermögensverfallsgesetz wegen Verbrechen nach § 11 VG

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 8c Vr 105/52 (LG Wien Vg 8c Vr 426/46) gegen Dr. Kajetan MÜHLMANN:

Dr. MÜHLMANN wurde am 15. Juni 1945 verhaftet und in das Lager Glasenbach gebracht. Am 26. Oktober 1946 erfolgte seine Überstellung in das Gefangenenhaus des Landesgerichtes für Strafsachen Wien. Am 10. Februar 1948 gelang ihm die Flucht aus einem Münchner Krankenhaus. Dr. MÜHLMANN konnte niemals vor Gericht gestellt werden. Laut Auskunft seiner Gattin starb er am 2. August 1958 "im Ausland".

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Abschriften aus folgendem Verfahren:
LG Wien Vg 3c Vr 1920/45 gegen Dr. Guido SCHMIDT u.a.

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

MÜHLMANN Kajetan, Dr., geb. 26.6.1898 in Uttendorf (Salzburg)
Kunsthistoriker
Mai 1935: Verurteilung wegen Geheimbündelei zu 6 Wochen Arrest
1936: Angehöriger der allgemeinen SS, Nr. 309.791
1. Mai 1938: NSDAP, Nr. 6, 106.587
SS-Untersturmführer
12. März 1938: SS-Hauptsturmführer
1939: Sturmbannführer
1940: SS-Standartenführer
1942: SS-Oberführer
Träger der Ostmarkmedaille
Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse
Gauakt Nr. 15.550
Personalakt 79.294 oder 97.294

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 1.8.1952
Vorsitzender: LGR. Dr. SCHACHERMAYR
Richter: LGR. Dr. SCHWARZ
Schöffen: 3 Frauen
Staatsanwalt: Dr. GÖHL
Verteidiger: Dr. Otto TIEFENBRUNNER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 105/52 (LG Wien Vg 8c Vr 426/46):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1179
DÖW-Signatur V970/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4f Vr 2790/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 19909/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerechtheitsverfahren gegen: Dr. Wilhelm HEINISCH

wegen (§§): § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 1 VRStrVO (Verbrauchsregelungsstrafverordnung – "Schleich- oder Tauschhandel")

Tatvorwürfe:

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse
Arisierung der Firma Otto GRUONER -Radio- und Musikwaren-Großhandlung in Wien-
Neubau, Mondscheingasse 3, Ende 1938/ Anfang 1939
Arisierung einer jüdischen Wohnung in Wien-Neubau, Kirchengasse 19/13, Ende
1938/Anfang 1939

Verlauf der Vorerhebungen/Voruntersuchung:

3.7.1946: Einstellung des Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung
durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

HEINISCH Wilhelm, Dr., geb. 27.4.1896 in Oderfurt (Tschechoslowakei)
1919-1938: Aufenthalt in Deutschland
1932: Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft
1. Jänner 1934: förderndes Mitglied der SS-Motorstaffel, Nr. 294.390
Ende 1938: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4f Vr 2790/45: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180
DÖW-Signatur V971/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12e Vr 6871/47 (Vg 8c Vr 426/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 42724/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938 (Juliputsch 1934)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Neubau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann PROKSCH

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Teilnahme am Juliputsch 1934 (Beteiligung an der Besetzung des Bundeskanzleramtes)
Arisierung des Schuhhauses "Hermes", Besitzer N. HULLES, in Wien-Neubau, Kaiserstraße 1, im
September 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.12.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG

3.1.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der
Anzeige)

16.6.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG zu 3
Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12e Vr 6871/47 gegen Johann PROKSCH:

Der Angeklagte PROKSCH wurde im Februar 1947 vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in
Nürnberg als Zeuge (betreffend SS- Rasse- und Siedlungshauptamt) vernommen und Anfang Oktober
1947 nach Glasenbach überstellt.

AKTENVERMERK 8.4.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 12e Vr 6871/47 gegen Johann PROKSCH fehlt:
ONr. 39 Blatt 127

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

PROKSCH Johann, geb. 3.8.1906 in Wien

12. März 1928-11.März 1934: Angehöriger des österreichischen Bundesheeres

1929-1933: Angehöriger des "Deutschen Soldatenbundes"

1933-1945: Angehöriger der SS, Nr. 278.930

Angehöriger der Militärstandarte, später SS-Standarte 89

SS-Untersturmführer

Beteiligung an der Besetzung des Bundeskanzleramtes
Juli 1934- 21. Dezember 1936: Anhaltung im Lager Wöllersdorf
22. Jänner 1937: Ausreise nach Berlin über Prag, SS-Lager Ranis in Thüringen
1. Mai 1938: NSDAP, Nr. 6, 295.262
5. August 1938: Rückkehr nach Österreich
Träger des Blutordens Nr. 3988
Träger der Ostmarkmedaille
"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 16.6.1948

Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. FIALA

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Gustav NEUKIRCHEN für Dr. Rudolf Maria BRAUN-STAMMFEST

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12e Vr 6871/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180
DÖW-Signatur V972/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 7155/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 44146/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945

Opfer: ungarischer Soldat

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Klein-Wolfstal, Bezirk Amstetten)

Volksgerichtsverfahren gegen: Friedrich GRÜN
(ehemaliger Wehrmichtsangehöriger)

wegen (§§): § 1/2 KVG (Kriegsverbrechen, Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen organisierter Verbände, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit widersprechen),
§§ 134, 135/4 StG (Verbrechen des gemeinen Mordes) und
§ 212 deutsches Reichsstrafgesetz (Totschlag)

Tatvorwürfe:

Ermordung eines unbekanntes ungarischen Soldaten durch den Wehrmichtsangehörigen Friedrich GRÜN am 6. April 1945 in Klein-Wolfstein, Bezirk Amstetten (Niederösterreich)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.5.1948: Anklageerhebung wegen § 1/2 KVG und §§ 134, 135/4 StG

24.6.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 1/2 KVG in Tateinheit mit dem Verbrechen nach § 212 deutsches Reichsstrafgesetz zu 10 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

18.12.1952: Entschließung des Bundespräsidenten auf bedingte Nachsicht der Reststrafe. Von 20.12.1952 bis 24.4.1953 Verwahrungsgefängener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1b Vr 7155/47 gegen Friedrich GRÜN:

Der Angeklagte war von Ende April bis Anfang Mai 1945 Angehöriger eines Jagdkommandos unter Leutnant Friedrich KOLMBERGER. Neben dem namentlich unbekanntes ungarischen Soldaten wurde zur selben Zeit ein zweiter unbekanntes Mann – entweder ebenfalls ungarischer Soldat oder rumänischer Zwangsarbeiter – von Angehörigen dieses Kommandos ermordet.

AKTENVERMERK 14.4.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1b Vr 7155/47 gegen Friedrich GRÜN fehlen:

ONr. 59 Blatt 201

ONr. 64 Blatt 229

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

GRÜN Friedrich, geb. 10.8.1919 in Wien

1. Dezember 1938: Wehrmacht

1. August 1944: Beförderung zum Feldwebel

27. Februar 1945: Kriegsschule der Infanterie in Wiener Neustadt

April bis Anfang Mai 1945: Angehöriger eines Jagdkommandos unter Leutnant Friedrich KOLMBEGER

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 24.6.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. GRUCHOL

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. FISCHER

Verteidiger: Dr. Erich SCHWINNER für Dr. Hugo ZÖRNLAIB

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 7155/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180
DÖW-Signatur V973/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 7254/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7975/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien (Meidling)

Volksgerichtsverfahren gegen: Anna GRASSL
Alfred SLAWIK (im Akt SLAVIK genannt)
und andere

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit vorhersehbarem tödlichem Ausgang)

Tatvorwurf:

Denunziation des Anton HAJEK durch Florian EDER und Alfred (Josef) SLAVIK in Wien-Meidling, Karl-Löwe-Gasse 4 (Neuwallgasse 4), im November 1941.

Anton HAJEK wurde wegen kommunistischer Betätigung, Abhörens ausländischer Sender und

Unterschlagung von Feldpostbriefen zum Tode verurteilt und am 7. Jänner 1943 hingerichtet.

Den Beschuldigten Hedwig GANSFUSS, Anna GRASSL und Elisabeth KULOVITS wurde vorgeworfen, an der Verhaftung und Verurteilung des Anton HAJEK als Zeuginnen mitgewirkt zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

28.10.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anna GRASSL und Alfred SLAVIK aus dem Verfahren LG Wien Vg 2a Vr 275/45 gegen Florian EDER u. a. und Anlegung eines neuen Akts unter LG Wien Vg 2a Vr 7254/47

1.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Anna GRASSL gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige) und gegen Alfred SLAVIK gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1b Vr 7254/47 gegen Anna GRASSL und Alfred SLAWIK, späterer Eichmann-Mitarbeiter in Ungarn:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem bereits mikroverfilmten Volksgerichtsakt LG Wien Vg 2a Vr 275/45 (DÖW-Signatur V890/1-18, FStN-Mikrofilm, Nr. 1168) gegen Florian EDER u.a.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 7254/47: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180
DÖW-Signatur V974/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 5251/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29298/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Verbrechen im März 1938 ("Anschluss"), Prozess wegen
Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Gestapo-Prozess, Arisierungprozess, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen
Tatland (Tatort): Wien (Brigittenau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef GRAF

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Mitglied der NSDAP von Juni 1933 bis 1935

Teilnahme an Versammlungen der illegalen NSDAP

Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Brigittenau von 1938 bis 1943:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Dr. LICHTENBERG und seiner Gattin. Beide wurde von GRAF gezwungen, die Straße zu reinigen.

Misshandlung, Beraubung und Denunziation des Jakob STÜCKLER im Jahr 1938

Misshandlung von jüdischen Gästen des Kaffeehauses "Treuhoof" in Wien-Brigittenau, Ecke Walleinsteinstraße/ Treustraße durch Stöße und Schläge am 14. März 1938. Weiters ließ GRAF die Juden auf der Straße in Dreierreihen antreten und führte sie zur Nordwestbahnhalle.

Misshandlung und Beraubung des Adolf RIESEL unter Mitwirkung des Josef GRAF in Wien-Brigittenau am 24. April 1938

Misshandlung einer unbekanntenen jüdischen Person im Kaffeehaus "Rothenberg" in Wien-Brigittenau, Wallensteinstraße, im Sommer oder Herbst 1938

Misshandlung des Paul WEISS in Wien-Brigittenau, Wallensteinplatz, im Jahr 1938

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an jüdischen Gästen des Café Sport in Wien-Brigittenau, Ecke Wintergasse/Wallensteinstraße, im Oktober oder November 1938

Misshandlung von jüdischen Gästen eines Kaffeehauses in Wien-Brigittenau, Wintergasse, im Jahr 1941 oder 1942

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Robert STEINER im Kaffee Brunnthaler im Jahr 1943

Misshandlung des Franz BUDIN, des Robert BRÜLL, des Siegfried ABERBACH (ARBERBACH),

des Josef POLAK (POLLAK), des N. KÜMMEL und der Viktoria LÖWY
Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Franz Josef KOHN, des
Heinrich SCHALL und des Gustav KRAUS

Arisierung des Wirkwarengeschäftes "Zur schönen Wienerin"

(Firma FLESCHE) in Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 103, im Jahr 1938. Beschlagnahme des
Warenlagers des Moritz HOLZER – Strickwaren, Westen und Pullover – in Wien-Innere Stadt,
Kärntnerstraße 53.

Denunziation:

Denunziation des Franz SOEL im Mai 1938

Denunziation der Maria CAP oder KAP und des Jakob Franz LÖWY aus politischer
Gehässigkeit in Wien-Brigittenau, Gaussplatz 7, am 1. Oktober 1940

Beschimpfung von arischen Kunden jüdischer Geschäfte. Robert EIS wurde gezwungen sich eine Tafel
mit der Aufschrift "Arisches Schwein geht zum Judenkafee rein" umzuhängen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 6.2.1948: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 4 KVG und § 7/1
KVG. Verfolgung des Beschuldigten wegen Falschregistrierung nach § 8 VG blieb der
Hauptverhandlung vorbehalten.
- 16.3.1948: Ausdehnung der Anklage wegen Verletzung der Menschlichkeit und der
Menschenwürde des Franz Josef KOHN, des Heinrich SCHALL und des Gustav KRAUS
blieb der Hauptverhandlung vorbehalten
- 24.6.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und
wegen §§ 3, 4, 7/1 KVG zu 8 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten
der Republik Österreich.
Freispruch wegen § 4 KVG betreffend Dr. LICHTENBERG, Robert STEINER und Josef
KOHN wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
Freispruch wegen § 7/1 KVG betreffend Franz SOEL gemäß § 259/3 StPO.
- 22.12.1951: Bedingte Enthftung des Josef GRAF. Von 22.12.1951 bis 10.1.1952
Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1d Vr 5251/47 gegen Josef GRAF:

Biografische Angaben zu Beschuldigten:

GRAF Josef, geb. 5.2.1903 in Wien

1935-1938: Tätigkeit als Sportlehrer und Fußballtrainer in Deutschland

1. Mai 1938: NSDAP, Nr. 6, 208.601

Mitglied des NSKK

Angehöriger der Ortsgruppe "Sachsenplatz"

1940-1941: Postfacharbeiter beim Postamt 46

Gab sich fälschlicherweise als Politischer Leiter und Blutordensträger aus

"Alter Kämpfer"

"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 24.6.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. KIRCHBERGER für Dr. Karl BERG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5251/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180
DÖW-Signatur V975/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 5273/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27863/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Adolf FEILER (ehemals FIALKA)
(ehemaligen Gestapobeamter)

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3/1 KVG (Quälereien und Misshandlungen unter Ausnützung dienstlicher Gewalt
oder aus politischer Gehässigkeit) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen unter Ausnützung dienstlicher Gewalt begangen an
Häftlingen der Gestapoleitstelle Wien zwischen September 1939 und März 1943

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 19.2.1948: Einbeziehung der Verfahren LG Wien Vg 4c Vr 7721/47 gegen Adolf FEILER und LG
Wien Vg 4c Vr 7723/47 gegen Adolf FEILER in den gegenständlichen Akt
- 6.3.1948: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4c Vr 7492/47 gegen Adolf FEILER in den
gegenständlichen Akt
- 5.2.1949: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3/1 KVG
Ausdehnung der Anklage betreffend Misshandlungen des Vinzenz MALY, des Leopold
STALZER und des Eduard JAROSLAWSKY blieben der Hauptverhandlung vorbehalten
- 31.3.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/1 KVG und § 4 KVG zu 6 Jahren schweren
Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen § 3/1 KVG betreffenden Johann ROMANYSZYM und Karl JOHN
gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO
- 6.6.1950: Beschluss auf bedingte Entlassung des Verurteilten. Die Enthftung konnte auf Grund
einer fehlenden Genehmigung seitens der Stadtkommandantur Krems nicht
vollzogen werden.
- 27.7.1950: Flucht des Verurteilten aus der Strafanstalt Stein
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1 Vr 5273/47 gegen Adolf FEILER:

In den vorliegenden Akt wurden folgende Verfahren einbezogen

- a.) LG Wien Vg 4c Vr 7721/47 gegen Adolf FEILER,
b.) LG Wien Vg 4c Vr 7723/47 gegen Adolf FEILER und

c.) LG Wien Vg 4c Vr 7492/47 gegen Adolf FEILER

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

FEILER (ehemals FIALKA) Adolf, geb. 16.12.1911 in Mattersburg (Burgenland)

August 1934: Gendarmeriebeamter

1.10.1937: NSDAP, Nr. 6, 304.847

Mitglied des NS-Soldatenringes

November 1938: Gestapo. Erkennungsdienst

1939: Zuteilung zum Referat II A 1 (Marxismus und Kommunismus)

August 1940-Februar 1942: Bewachung des Reichsstatthalters Baldur von SCHIRACH

30. Oktober 1942: Ernennung zum SS-Untersturmführer

November 1942-März 1944: Angehöriger des Referates IV/2 (Sabotage und Funkspionageabwehr) unter Johann SANITZER.

März 1944: Versetzung nach Ungarn

20. April 1944: Ernennung zum SS-Obersturmführer

28. Mai 1945 bis 17. Juli 1947: Lager Glasenbach

"Alter Kämpfer"

"Altparteigenosse"

SS-Angehöriger, Nr. 373.613

Folgende Personen wurden von FEILER misshandelt:

BAUMGARTNER Johann

BIHARY Napoleon Dr.

CERNY Robert

GRISSINGER Rupert

HERZY Stefan

JAROSLAVSKY (JAROSLAWSKY) Eduard (wurde hingerichtet)

JOHN Karl

MALY Franz

MALY Vinzenz

OBEREGGER Maximilian

ROMANYSZYM Johann

STALZER Leopold

VORLICEK Franz

VORLICEK Johann

VORLICEK Josef

VORLICEK Leopold

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung 17.3.1949 (Erstreckung der HV auf 31.3.1949 zwecks Stattgebung der von der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft beantragten Beweise)

Vorsitzender: OLGR. Dr. APELTAUER

Richter: Dr. STELZHAMMER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Leopold HASENBÜHEL als Armenvertreter

Hauptverhandlung 17.3.1949 (Erstreckung der HV auf 31.3.1949 zwecks Stattgebung der von der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft beantragten Beweise)

Vorsitzender: OLGR. Dr. APELTAUER

Richter: Dr. STELZHAMMER

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. TINKL
Verteidiger: Dr. Hermann WEYSS

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 5273/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180
DÖW-Signatur V976/1-12

Benützungsbekchränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 1643/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8279/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung, Denunziationsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Ulrichskirchen, Wolkersdorf), Tschechische Republik (Theresienstadt)

Volkgerichtsverfahren gegen: Oskar SENGER
(ehemaliger Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung
in Wien)
Friedrich SIMPERL
Margarete GLAS

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 7 KVG, 8 StG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe betreffend den Hauptbeschuldigten Oskar SENGER:

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde

unter Ausnützung dienstlicher Gewalt als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien von Jänner 1939 bis Jänner 1942

Misshandlung des Max HAUSER durch Fußtritte im Dezember 1938

Misshandlung eines unbekanntes älteren Juden durch Fußtritte und Schläge in der Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Jahr 1940

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Josef STAPPLER – Neffe des Max SCHÖNGUT – der Anna DIAMANT, geb. PFAFFL und weiterer unbekannter Jüdinnen und Juden durch Schläge und Beschimpfungen zwischen 1939 und 1943

Misbräuchliche Bereicherung unter Ausnützung der politischen Machtverhältnisse:

Arisierung der Wohnung des Samuel SCHÖNGUT in Wien-Landstraße, Reisererstraße 38/4, durch Oskar SENGER am 15. Mai 1941 (Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Samuel SCHÖNGUT durch Schläge und Beschimpfungen beziehungsweise durch gewaltsame Entfernung aus seiner Wohnung)

Denunziation

der Anna DIAMANT, geb. PFAFFL in Wolkersdorf (Niederösterreich) bei Wien im Jahr 1939 (Weiters wurde sie von SENGER im Sommer 1939 zur Zahlung eines Betrages von ATS 1.000.-

für jüdische Auswanderer gezwungen, obwohl "nur" ein Betrag von ATS 50.- vorgeschrieben war)

Versuchte Denunziation des Rudolf TICHY, des Leopold GRABNER, des Raimund WOLF und seiner Lebensgefährtin Laura MATL in Wolkersdorf (Niederösterreich) bei der Kreisleitung Mistelbach (Niederösterreich) durch SENGER am 10. Juli 1939.

Denunziation des Raimund WOLF, des Leopold GRABNER und der Laura MATL durch Friedrich SIMPERL und Margarete GLAS in Wolkersdorf (Niederösterreich) im Jahr 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 8.3.1947: Zuweisung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 5772/46 gegen Oskar SENGER an das LG Wien zu LG Wien Vg 12 Vr 1643/47
- 15.11.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Friedrich SIMPERL gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)
- 4.2.1948: Anklageerhebung gegen SENGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und wegen §§ 3, 4, 6, 7 KVG und §§ 7 KVG, 8 StG
- 16.2.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Oskar SENGER wegen § 8 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters) Ausscheidung des Verfahrens gegen Margarete GLAS wegen § 7 KVG zu LG Wien Vg 6c Vr 1477/48
- 12.6.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG und §§ 7 KVG und 8 StG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
- 26.9.1950: Bedingte Entlassung des Verurteilten. Von 26.9.1950 bis 21.4.1951 Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12 Vr 1643/47 gegen Oskar SENGER u.a.:

Der Beschuldigte SENGER war von Jänner 1942 bis April 1942 in der Verwaltung des KZ Theresienstadt tätig. Nähere Informationen sind im gegenständlichen Verfahren allerdings nicht enthalten.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

SENGER Oskar, geb. 19.4.1909

1. Dezember 1930: NSDAP, Nr. 362.017

1929-1931: Angehöriger des österreichischen Bundesheeres, Infanterist

1931: stiller Teilhaber eines Transportunternehmens, Besitzer Bruder Hans SENGER

1932-1937: Arbeitslos

1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 307.017 und Mitbegründer der SA in Ulrichskirchen (Niederösterreich)

1932-1934: Angehöriger der SA Ulrichskirchen, Sturm 9/21, Standarte Mistelbach, SA-Scharführer

Verteilung von Zeitschriften

1937-12. Februar 1938: Vertragsangestellter beim Postamt Wien 27, Wien-Leopoldstadt, Weintraubengasse

März 1938: Wiedereinstellung

9. Jänner 1939- Jänner 1942: Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

Jänner 1942- April 1942: Verwaltung des KZ Theresienstadt

1. Juni 1942-Sommer 1944: Sachbearbeiter für Luftschutz und Betriebsassistent der Werkstoffprüfung im Flugmotorenwerk Wr. Neudorf (Niederösterreich)

Sommer 1944-Kriegsende: Tätigkeit im Verlagerungsbetrieb Schwechat
SIMPERL Friedrich, geb. ?
GLAS Margarete, geb. ?

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 11. u. 12.6.1948

Vorsitzender: Dr. JOSST

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Wolfgang SUPAN

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 1643/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1180+1181

DÖW-Signatur V977/1-34

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 2466/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 55027/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien (Penzing), Niederösterreich (Klosterneuburg-Weidling, Groß-Enzersdorf)

Volksgerichtsverfahren gegen: Walter TURZA und
Karl MAREK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime)
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und § 5 StG, § 6 KVG (Mitschuld am
Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Funktion im NS-Regime

SS-Standartenführer und SS-Oberführer

Missbräuchliche Bereicherung unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse:

Arisierung der Wohnung des Dr. GESCHWIND, Wien-Wieden, Wiednergürtel 32/9, durch
Walter TURZA im Oktober 1938

Arisierung des Sägewerk- und Holzbearbeitungsmaschinenbetriebes Isidor WACHSTEIN,
Wien-Penzing, Breitenseerstraße 56, durch Walter TURZA am 25. November 1938

Arisierung eines Grundstückes mit Haus der Hermine BUDLOVSKY (BUDLOWSKY) in Wien-
Gross Enzersdorf, Oberhausen 3, durch Walter TURZA unter Mitwirkung des
Gebäudeverwalters Karl MAREK am 30. April 1940

Arisierung der Liegenschaft (Haus mit Garten) der Ella HERZER (Witwe des Franz LÉHAR) in
Klosterneuburg-Weidling (Niederösterreich), Kierlingerstraße 31, durch Walter TURZA unter
Mitwirkung des Gebäudeverwalters Karl MAREK und des Alois BRUNNER am 13. Juni 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 29.10.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 5942/47 (vormals LG Linz Vg 8 Vr
4494/46) gegen Walter TURZA in das gegenständliche Verfahren
- 8.12.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 3c Vr 5474/47 gegen Walter TURZA und
Karl MAREK in den gegenständlichen Akt
- 26.8.1948: Anklageerhebung gegen Walter TURZA wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11
VG, § 1/6 KVG und § 6 KVG
Ausdehnung der Anklage wegen § 6 KVG betreffend Hermine BUDLOVSKY sowie
wegen Falschregistrierung nach § 8 VG blieben der Hauptverhandlung vorbehalten
- 4.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Walter TURZA wegen §§ 4, 6 KVG betreffend Dr.
GESCHWIND gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung

- des Untersuchungsrichters)
Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl MAREK wegen § 6 KVG zu LG Wien Vg 5d Vr 6141/48
- 12.11.1948: Verurteilung des Angeklagten TURZA wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 1/6 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen § 6 KVG betreffend Isidor WACHSTEIN gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
Ausscheidung des Verfahrens betreffend HERZER
Vorbehalt der Staatsanwaltschaft betreffend Verfolgung des Faktums BUDLOVSKY gemäß § 263/2 StPO (Vorbehalt der Staatsanwaltschaft betreffend Verfolgung)
- 30.11.1948: Enthaltung des Verurteilten wegen schwerer Erkrankung
- 8.12.1950: Einstellung des Verfahrens gegen TURZA wegen § 6 KVG betreffend Ella HERZER und Hermine BUDLOVSKY gemäß § 34/2 StPO (Nichtverfolgung der Straftat auf Antrag der Staatsanwaltschaft)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11g Vr 2466/47 gegen Walter TURZA und Karl MAREK:

Einbezogene Akten:

- a.) LG Linz Vg 8 Vr 5942/47 (vormals LG Linz Vg 8 Vr 4494/46) gegen Walter TURZA
- b.) LG Wien Vg 3c Vr 5474/47 gegen Walter TURZA und Karl MAREK

Akt enthält Hinweise auf folgende Akten:

- I.) Landesgerichts für Zivilrechtssachen Wien 1 Cg 253/45 gegen Walter TURZA betreffend Liegenschaft der Ella HERZER
- II.) Arisierungsakt 7912 betreffend Hermine BUDLOVSKY
- III.) Arisierungsakt 6698 betreffend Isidor WACHSTEIN
- IV.) Arisierungsakt 9169 betreffend Ella HERZER

Sachverständigengutachten Karl J. KAFKA betreffend WACHSTEIN, BUDLOVSKY und HERZER

Abschriften von Dokumenten aus der NS-Zeit (u.a. Kaufverträge, Skizzen und Pläne der arisierten Häuser und Grundstücke, Parteiauszeichnungen, etc.)

AKTENVERMERK 22.4.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11g Vr 2466/47 gegen Walter TURZA und Karl MAREK fehlen:

- ONr. 2 Blatt 15
- ONr. 36 Blatt 209
- ONr. 37 Blatt 211
- ONr. 80 Blätter 425/427

Aus dem einbezogenen Akt LG Wien Vg 3c Vr 5474/47 gegen Walter TURZA und Karl MAREK fehlen:

- ONr. 13 Blatt 105
- ONr. 14 Blatt 107

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

TURZA Walter, geb. 4.8.1890 in Olbersdorf, Bezirk Jägerndorf (Tschechoslowakei)

Sommer 1925-1929: SA

1927: Ernennung zum SA-Sturmführer

1924 oder September 1926-1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 51.232 oder 51.282

1930-1932: SS-Angehöriger, Nr. 2.389

1. Jänner 1930: Aufbau und Organisation der SS in Österreich im Auftrag des Reichsführers-SS

1937-Februar 1938: Aufenthalt in Mühlhausen, Thüringen

12. September 1937: Ernennung zum SS-Untersturmführer

14. März 1938: Ernennung zum SS-Hauptsturmführer

April 1938: SS-Sturmführer, hauptamtlicher Führer der SS

11. September 1938: Ernennung zum SS-Sturmbannführer

Inspekteur der Stammabteilung des SS-Oberabschnittes Donau

1. September 1939: Ernennung zum SS-Standartenführer

15. Jänner 1942: SS-Oberführer im Stab des SS-Abschnittes Donau

1944: Oberführer der allgemeinen SS

Führer der SS-Standarten 11 und 89

Übernahme der Führung der Wiener SS-Standarte

20. April 1944: Ernennung zum SS-Oberführer

Träger des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Träger der bronzenen und silbernen Dienstausszeichnung der NSDAP

Träger der Ostmarkmedaille

Träger der Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938

Träger des Kriegsverdienstkreuzes I und II Klasse ohne Schwerter

Galt als einer der ältesten und bewährtesten Parteigenossen von Wien

"Alter Kämpfer", Angehöriger der "Alten Garde"

Träger des Ehrendegens, Träger des SS-Rings

Gauakt Nr. 38.757

MAREK Karl, geb. 3.7.1897 in Vasas (Ungarn)

Gebäudeverwalter bei der Dienststelle des SS Oberabschnittes Donau

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 12.11.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. HACKAUF

Richter: Dr. PICHLER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Andreas POSCH

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V978/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12d Vr 3434/47 (Vg 6c Vr 6413/46)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16718/47 (15 St 37504/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Hochverratsprozess

Opfer: -

Tatland (Tatort): Tirol (Innsbruck), Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Friedrich Oswald PLATTNER
(ehemaliger Universitätsprofessor)

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Juli 1934 bis Februar 1935 Gauleiter von Tirol
Führende Persönlichkeit der illegalen NS-Bewegung in Österreich
Angehöriger des SS-Oberabschnittes "Donau"

Hochverrat

Ernennung zum Leiter der Abteilung IV des Ministeriums für Innere und Kulturelle
Angelegenheiten der Österreichischen Landesregierung im Jahr 1938
Ernennung zum SS-Standartenführer im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 16.9.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder
Flüchtige)
- 24.5.1947: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 6c Vr 3434/47
- 17.11.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG
- 24.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG und § 1/6 KVG gemäß § 109 StPO
(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 18.8.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 5
Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
- 24.8.1949: Bedingte Begnadigung durch den Bundespräsidenten

Zusatzinformationen zum Akt

AKTENVERMERK 3.5.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 12d Vr 3434/47 (LG Wien Vg 6c Vr 6413/46) gegen
Dr. Friedrich Oswald PLATTNER fehlt:

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

PLATTNER, Friedrich Dr., geb. 1.9.1896 in Ottensheim, Tirol, Universitätsprofessor
1915-1918: Leutnant der Artillerie
Assistent am Physiologischen Institut in Innsbruck
1926: Ernennung zum Dozenten an der Uni Innsbruck
1930 oder 1931: Ernennung zum Professor für Physiologie in Innsbruck
Juli 1934 bis Februar 1935: Gauleiter von Tirol
1936: Berufung als ordentlicher Professor nach Königsberg
1. April 1933: NSDAP, Nr. 1,601.804 oder 1, 601.822
SS-Nr. 308.218
9. November 1936: Ernennung zum SS-Untersturmführer
Angehöriger des SS-Oberabschnittes "Donau"
6 Monate Haft im Anhaltelager Wöllersdorf
Beteiligung an der "Aktion Reinhaller"
25.7.1938: Beförderung zum SS-Standartenführer
April 1938: Vertretungsweise Leitung des physiologischen Instituts in Wien
Ernennung zum ordentlichen Professor
März 1938-20. Juni 1940: Staatskommissar im Unterrichtsministerium der österreichischen Landesregierung
1941: Wehrmacht, Oberstabsarzt
Leiter des physiologischen Instituts der Universität Wien
Vorsitzender des Ausschusses für ärztliche Prüfungen
"Alter Kämpfer"
Inhaber des Ehrendegens des Reichsführers-SS
Gauakt Nr. 187.315

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 25.2.1948 (Vertagung)

Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: OLGR. Dr. PATTIS

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HICKE

Verteidiger: Dr. Wilhelm BUCHTA

Hauptverhandlung am 18.8.1948

Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: Dr. FIALA

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Wilhelm BUCHTA

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V979/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 2843/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9534/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphase-Verbrechen/Kriegsende 1945 (Stein-Prozess)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Stein a. d. Donau)

Volksgerichtsverfahren gegen: Josef ENDL

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§§ 5, 134 (Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Tatvorwürfe:

Beteiligung an der Verfolgung von entlassenen Häftlingen der Strafanstalt Stein an der Donau
(Niederösterreich) im Ortsgebiet von Stein an der Donau am 6. April 1945

Misshandlung eines schwerverletzten Häftlings im Ortsgebiet von Stein an der Donau am 6. April
1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.9.1947: Anklageerhebung wegen § 1 KVG und §§ 5, 134 StG

10.4.1948: Freispruch des Angeklagten wegen § 1 KVG und §§ 5, 134 StG gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

ENDL Josef, geb. 1.2.1894 in Krems an der Donau (Niederösterreich)

Maurer

Schwerkriegsversehrter des I. Weltkriegs

bis 1934: Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 15.12.1947 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. BIBULOWICZ

Richter: LGR. Dr. GLEISSNER

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. GRÖTSCHL

Verteidiger: Dr. SCHIESSL für Dr. ULLMANN

Hauptverhandlung am 10.4.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. BIBULOWICZ

Richter: LGR. Dr. POPPY

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HIEKE

Verteidiger: Dr. Herbert NEUHAUSER für Dr. ULLMANN

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 2843/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V980/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 2171/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12628/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Arisierungsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Kreisleiter von Scheibbs),
"Reichskristallnacht"-Prozess

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Scheibbs, Purgstall)

Volksgerichtsverfahren gegen: Otto RÖSSLER
(ehemaliger NSDAP-Kreisleiter von Scheibbs)
sowie
Karl und Juliana (Juliane) BRUCKMÜLLER,
Otto RÖSSLER,
Anton FAHRNER und
Berta BARTONEK

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime)
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Arisierung des Doppelhauses Purgstall 32 und 34 des Ehepaares Leo und Mathilde THIERFELD samt
dazugehöriger Schneiderei durch Karl und Juliana BRUCKMÜLLER sowie Berta BARTONEK –
unter Beihilfe des Kreisleiters von Scheibbs (Niederösterreich) Otto RÖSSLER und des
Kreiswirtschaftsberaters Anton FAHRNER – am 11. November 1938 in Purgstall
(Niederösterreich)

Der Beschuldigte Otto RÖSSLER war von März 1938 bis Jänner 1940 Kreisleiter von Scheibbs

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.12.1947: Anklageerhebung gegen Otto RÖSSLER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11
VG und § 1/6 KVG
31.12.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Karl und Juliane BRUCKMÜLLER, Berta BARTONEK,
Anton FAHRNER und Otto RÖSSLER wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung
der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
23.4.1948: Verurteilung des Otto RÖSSLER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und
§ 1/6 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich
15.10.1949: Bedingte Strafnachsicht durch den Bundespräsidenten

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12a Vr 2171/47 gegen Otto RÖSSLER u.a.:

Im gegenständlichen Akt befindet sich ein Schätzgutachten betreffend Vermögenswerte des

Ehepaares THIERFELD von Ing. Josef RAAB

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BARTONEK Berta, geb. 1.6.1908 in Purgstall, Bezirk Scheibbs (Niederösterreich)

Schwester der Julianna BRUCKMÜLLER

BRUCKMÜLLER Karl, geb. 5.10.1896 in Steinakirchen am Forst

Schneidermeister

BRUCKMÜLLER Julianna, geb. 12.2.1900 in Mährisch-Rothmühl, Mähren

FAHRNER Anton, geb. 7.5.1880 in Neunkirchen (Niederösterreich)

Mühlenbesitzer

Kreiswirtschaftsberater

RÖSSLER Otto, geb. 27.2.1894 in Wien

Kreisleiter von Scheibbs (Niederösterreich)

April 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 209.655, SA-Beitritt

illegaler Ortsgruppenleiter in Neustift bei Scheibbs (Niederösterreich) und Bezirks- bzw.

Kreisleiter von Scheibbs

Beteiligung an Sammlungen und Weiterleitungen von Spenden für politisch verfolgte

Nationalsozialisten

Beteiligung an Streu- und Schmieraktionen

Verteilung von NS-Flugschriften

1936: Verurteilung vom Kreisgericht St. Pölten zu 5 Monaten Kerker (14. Jänner bis 23. Juni 1936)

25. Juni 1936: Ernennung zum Bezirksleiter der NSDAP in Scheibbs

März 1938-Jänner 1940: Kreisleiter von Scheibbs

Jänner 1940: Wehrmacht

"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 23.4.1948

Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: Dr. PROHASKA

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. HICKE

Verteidiger: Dr. Franz WEISS

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 2171/47 : Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V981/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 2992/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16384/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Mauthausen-Prozess (Nebenlager Ebensee), Kriegsverbrecherprozess

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Oberösterreich (Ebensee, Attnang-Puchheim)

Volksgerichtsverfahren gegen: Michael SCHUH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 1/4 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 134 StG (Mord)

Tatvorwürfe:

Gewaltverbrechen an Häftlingen im KZ-Außenlager Ebensee (Oberösterreich) und am Bahnhof von
Attnang-Puchheim (Oberösterreich) aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung
dienstlicher Gewalt als Angehöriger der Bewachungsmannschaft von Ende Februar 1944 bis
Jänner 1945

Misshandlungen von Häftlingen durch Faustschläge und Fußtritte, in zahlreichen Fällen mit
Todesfolge

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.4.1948: Anklageerhebung wegen § 3 KVG

16.4.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG, § 1/4 KVG, § 4 KVG und § 134 StG gemäß §
109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

3.7.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3 KVG nach § 3/2 KVG zu 15 Jahren schweren
Kerkers

Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich

22.12.1953: Enthftung des Verurteilten durch Entschließung des Bundespräsidenten.

Von 22.12.1953 bis 5.3.1954 Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 12 Vr 2992/47 gegen Michael SCHUH:

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Protokolle aufgenommen mit den ehemaligen KZ-
Häftlingen David GRÜNBERG, Schmucl BLUM und Aron PREISLER

Weiters enthält das Verfahren Hinweise auf den Akt LG Wien Vg 5e Vr 3810/47 gegen den Koch des
KZ-Außenlagers Ebensee Franz THALLER

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

SCHUH Michael, geb. 16.2.1921 in Aspersdorf, Bez. Hollabrunn (Niederösterreich)
März 1938: Beitritt zur HJ
HJ-Gefolgschaftsführer
1939: Wehrmacht
11. Oktober 1939: SS-Beitritt, Angehöriger der SS-Standarte "Der Führer-Verfügungstruppe"
November 1939: Versetzung nach Rozmithal bei Pilsen
Versetzung nach Graz-Wetzelsdorf
bis Ende 1940: Ausbildner und SS-Sturmmann an der HJ-Gebietsführerschule Storkhob bei Berlin
bis 1942 Aufenthalte in folgenden Lagern: HJ-Lager Senheim/Elsaß, Polizeilager Steckskopf/Westerwald
Wehrrertüchtigungslager Eschenwalde
SS-Ergänzungsstelle Spree in Berlin/Moabit
Ernennung zum SS-Unterscharführer
bis Ende 1943: Aufenthalt im Wehrrertüchtigungslager St. Gilgen (Oberösterreich)
Polizeilager Trögen oder Pögen, Aufenthalt im Lazarett Bad Aussee
Ende Februar 1944-Jänner 1945: Angehöriger der Bewachungsmannschaft im KZ-Außenlager Ebensee
Jänner 1945: Angehöriger der Einheit "Genesungs- und Ausbildungsbataillon I/462 Horn (Niederösterreich), Volkssturm"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 3.7.1948
Vorsitzender: OLGR. Dr. STAHL
Richter: OLGR. Dr. BRIK
Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann
Staatsanwalt: Dr. COCA
Verteidiger: Dr. Theodor CZECHOWSKI

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 2992/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V982/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 1608/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7593/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Kriegsverbrecherprozess, Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen

Opfer: Kriegsgefangene (sowjetische)

Tatland (Tatort): Wien (Stadlau)

Volksgerechtsverfahren gegen: Leopold HIRSCHMANN
(ehemaliger Wehrmattsangehöriger)

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)
§ 1/1 KVG (Kriegsverbrechen; Widerspruch zu den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts oder des Kriegsrechts. Vorsätzliche Tat gegen Angehörige der Wehrmacht der Kriegsgegner oder gegen die Zivilbevölkerung eines mit dem Deutschen Reich im Krieg befindlichen oder von deutschen Truppen besetzten Staates oder Landes),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 134, 135/4 StG (Verbrechen des gemeinen Mordes)

Tatvorwurf:

Ermordung von 2 unbekanntem sowjetischen Kriegsgefangenen durch den Unteroffizier der Wehrmacht Leopold HIRSCHMANN im März 1944. HIRSCHMANN war Angehöriger der Wachmannschaft des Kriegsgefangenenlagers der Firma Waagner-Biro in Wien-Stadlau.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

20.2.1947: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Ausscheidung des Verfahrens gegen Leopold HIRSCHMANN aus dem Akt LG Wien Vg 5b Vr 4908/46 gegen Karl BARTL u.a. und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 5b Vr 1608/47

24.7.1947: Anklageerhebung wegen § 1/1 KVG in Tateinheit mit dem Verbrechen des gemeinen Mordes nach §§ 134, 135/4 StG

7.8.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

1.10.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen "Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens" an einem unbekanntem sowjetischen Kriegsgefangenen in Zusammenwirken mit einem anderen Wehrmattsangehörigen auf dem Werksgelände der Firma Waagner-Biro in Wien-Stadlau im März 1944.
Verurteilung wegen § 1/1 KVG nach § 1/4 KVG zu 12 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen der Ermordung eines zweiten unbekanntem sowjetischen Kriegsgefangenen in Hirschstetten bei Wien gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
Freispruch wegen §§ 134, 135/4 StG.

28.5.1953: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten.
Von 30.5.1953 bis 5.11.1954 Verwahrungsgefangener der sowjetischen
Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 11e Vr 1608/47 gegen Leopold HIRSCHMANN:

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich

- a.) Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 5b Vr 4908/46 gegen Karl BARTL u.a.
(Verfahren gegen Wehrmachtsangehörige und Mitarbeiter der Firma Waagner-Biro wegen
Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen)
- b.) Abschrift aus dem Verfahren LG Wien Vg 5b Vr 1611/47 gegen Rudolf BEISSER
- c.) Abschrift einer Zeugenvernehmung aus dem Verfahren LG Vg 5b Vr 1615/47 gegen Martin
CRION

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

HIRSCHMANN Leopold, geb. 1.9.1896 in Wien

Unteroffizier der Wehrmacht

1922: Angestellter der Gemeinde Wien

1927-1934: Angehöriger der Rathauswache

1934-1938: Angestellter des Arbeitsamtes der Stadt Wien

1938: Städt. Wohnungsamt

1941: Wehrmacht, Angehöriger des Landeschützen-Bataillons 890

1. Februar 1944: Angehöriger der Wachabteilung des Kriegsgefangenenlagers der Firma
Waagner-Biro

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 3.7.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. Karl KORST

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Jakob HORN

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 1608/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V983/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 4331/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23523/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen NS-Gewaltverbrechen vor 1938

Opfer: - (Sachbeschädigung)

Tatland (Tatort): Niederösterreich (Schwechat-Rannersdorf, Himberg), Deutschland

Volksgerichtsverfahren gegen: Johann NEUBAUER

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Gewaltverbrechen vor 1938

Beteiligung an Sprengstoffanschlägen u.a. auf die Ostbahnbrücke bei Himberg
(Niederösterreich) in Zusammenwirken mit Egon EDER am 18. Mai 1934
Angehöriger der Österreichischen Legion

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

21.6.1947: Anklageerhebung wegen §§ 10/1, 11 VG

3.10.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 11 (10) VG zu
5 Jahren schweren Kerkers
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

21.11.1950: Enthaltung des Johann NEUBAUER. Von 21.11.1950 bis 21.4.1951
Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1i Vr 4331/47 gegen Johann NEUBAUER:

Im gegenständlichen Verfahren finden sich Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 1g Vr 6068/48
gegen Egon EDER, Maximilian FLECK und Franz KACHELMEIER (DÖW-Signatur V961/1-13, FStN-
Mikrofilm, Nr. 1179)

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

NEUBAUER Johann, geb. 12.4.1895 in Rannersdorf bei Wien

1. November 1932: SA und NSDAP, Nr. 1,305.637

SA-Scharführer und später SA-Truppführer

2. Kassenverwalter der SA-Standarte 24

Beteiligung an Sprengstoffanschlägen

ab 1934-1938: Aufenthalt in Deutschland

von 1934-1936: Angehöriger der österr. Legion

Juni 1938: Rückkehr nach Österreich

"Alter Kämpfer"

Träger der Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 3.10.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOCHMANN

Richter: Dr. POGANYI

Schöffen: 1 Frau, 2 Männer

Staatsanwalt: Dr. MENZL

Verteidiger: Dr. Hans WIEDMANN

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 4331/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1181
DÖW-Signatur V984/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12i Vr 5212/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29028/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Funktion im NS-Regime (leitender SS-Funktionär)

Opfer: -

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Franz WEILGUNY

Das Verfahren gegen seine Gattin Gertrude WEILGUNY, geb. GOTTSCHALK wegen Mitschuld am Verbrechen der Denunziation wurde ausgeschrieben.

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Funktion im NS-Regime)
§ 7 KVG, § 5 StG (Mitwirkung am Verbrechen der Denunziation) und
§§ 197, 201d StG (Betrug durch Namensänderung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

"Alter Kämpfer"

Funktion im NS-Regime

SS-Standartenführer

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.12.1947: Anklageerhebung gegen Franz WEILGUNY wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 2 und 11 VG und § 1/6 KVG
- 23.12.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz WEILGUNY wegen §§ 197, 199d (Betrug, Erschleichung und Verwendung einer falschen Kennkarte) und Übermittlung an das allgemeine Referat zu LG Wien 23 Vr 1358/48
Ausscheidung des Verfahrens gegen Gertrude WEILGUNY, geb. GOTTSCHALK wegen § 7 KVG, § 5 StG zu LG Wien Vg 5d Vr 717/48
- 24.3.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1 und 11 VG zu 3 Jahren schweren Kerkers
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich
Freispruch wegen § 1/6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 1.3.1949: Enthftung des Franz WEILGUNY

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

WEILGUNY Franz, geb. 16.8.1903 in Wien

Reichsbankrat

Leiter einer Reichsbanknebenstelle

Angehöriger der SS, SS-Standartenführer

Herbst 1924: SA-Mann ohne Rang und Funktion

1. Juli 1927: NSDAP-Mitglied, Nr. 53.774

Mai 1930-Mitte Jänner 1933: ehrenamtlicher Geldverwalter des Verwaltungsamtes-SS

Oktober 1932: Ernennung zum SS-Sturmbannführer

Mitte Jänner 1933: Ausschluss aus der SS und der NSDAP

1934-1938: Zellenleiter einer illegalen Betriebszelle

Oktober 1938: Wiederaufnahme in die SS und NSDAP

Obersturmbannführer beim Stab SS-Oberabschnitt Donau, Nr. 2.390

1. Juli 1941: Wehrmacht

9. November 1941: Beförderung zum SS-Standartenführer

"Alter Kämpfer"

Träger des Goldenen Parteiabzeichens und der Auszeichnungen in Bronze und Silber

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 24.3.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. STAHL

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. ILLICHMANN

Verteidiger: Dr. Alois PURKHAUSER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12i Vr 5212/47: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1181+1182

DÖW-Signatur V985/1-48

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27b Vr 3967/61 (LG Wien Vg 1 Vr 435/47)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11164/61 (15 St 7898/46, 15 St 290/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Deportationsprozess, Prozess wegen Funktion im NS-Regime (Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien), Prozess wegen der Ermordung von Gefangenen, Prozess wegen Misshandlung/Beleidigung/Kränkung ("Slawik-Prozess")

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Wien, Burgenland (Deutschkreutz), Ungarn (Budapest), Deutschland (Berlin, Schnarrchenreuth bei Hof in Bayern), Slowakei, Griechenland

Volksgerichtsverfahren/Strafverfahren gegen: Alfred SLAWIK

Ursprünglich eingeleitet als Volksgerichtsverfahren gegen den Eichmann-Mitarbeiter Alfred Josef SLAWIK (im Akt auch SLAVIK genannt) wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien, Budapest, Deutschkreutz, Griechenland, Slowakei und im KZ-Außenlager Schnarrchenreuth bei Hof in Bayern (Deutschland)

Wiederaufnahme des Verfahrens am 8. Juni 1961 wegen der Ermordung des Stefan SALOMON durch Alfred SLAWIK in Zusammenwirken mit Adolf EICHMANN in der Ascher-Villa in Budapest im Juni 1944

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 134 StG (Mord) und
§§ 7, 21 Wahlgesetz

Tatvorwürfe:

Verbrechen an Jüdinnen und Juden als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. Quälerei, Misshandlung und Beraubung von Jüdinnen und Juden in den Lagern Castellezgasse und Kleine Sperlgasse.

Durchführung von Hausdurchsuchungen und Aneignung jüdischer Vermögenswerte

Mitwirkung an der Verhaftung von Jüdinnen und Juden (u.a. im Fall des Ehepaars Alfred und Karola HERZOG) zwecks Komplettierung von Deportationen

Misshandlung eines kranken rumänischen Juden mit einer Hundepeitsche in Wien-Leopoldstadt, Große Stadtgutgasse 16, Ende 1941

Misshandlung des Dr. Julius ZIEGLER im Lager Klein Sperlgasse am 22. August 1942

Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung von Budapest (u.a. an Ladislaus HELTAI) von 6. April 1944

bis 12. November 1944
Ermordung des jüdischen Zwangsarbeiters Stefan SALOMON in Zusammenwirken mit Adolf EICHMANN in der Ascher-Villa in Budapest im Juni 1944
Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen unter Ausnützung dienstlicher Gewalt als Lagerführer in Deutschkreutz (Burgenland) von November 1944 bis Jänner 1945 ("Südostwall")
Verbrechen an Häftlingen (u.a. an Otto KATT, Jakob LONEK und N. WOLL) des KZ-Außenlagers Schnarrchenreuth bei Hof in Bayern (Deutschland) im Jahr 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 29.4.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 4430/46 gegen Alfred SLAWIK in den gegenständlichen Akt
- 3.2.1948: Vereinigung des unter LG Wien Vg 7d Vr 3371/47 eingeleiteten Auslieferungsverfahrens gegen Alfred SLAWIK mit dem gegenständlichen Verfahren
- 1.6.1949: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG, § 5 StG, § 5a StG, § 6 KVG und § 8 VG
- 11.6.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1, 7 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 7, 21 Wahlgesetz und Abtretung an das allgemeine Referat zu LG Wien 15 St 14108/49
- 20.9.1949: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und § 5 StG, 5a KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Freispruch wegen § 8 VG und § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 20.6.1950: Enthftung des Verurteilten. Von 20.6.1950 bis 21.4.1951 Verwahrungsgefängener der sowjetischen Besatzungsmacht.
- 8.6.1961: Wiederaufnahme des am 11.6.1949 gemäß § 109 StPO eingestellten Verfahrens betreffend Ermordung des Stefan SALOMON gemäß § 352 StPO (Wiederaufnahme des Verfahrens aufgrund neuer Beweismittel- Zeugenaussage des Abraham GORDON im Jerusalemer Eichmann-Prozess) unter LG Wien 27b Vr 3967/61
- 5.2.1962: Einstellung des Verfahrens gegen SLAWIK wegen § 134StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters wegen Verjährung)

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien 27b Vr 3967/61 (LG Wien Vg 1 Vr 435/47):

In den vorliegenden Akt wurden folgende Verfahren einbezogen

- a.) LG Linz Vg 8 Vr 4430/46 gegen Alfred SLAWIK
- b.) LG Wien Vg 7d Vr 3371/47 gegen Alfred SLAWIK

Weiters enthält der vorliegenden Akt folgende Unterlagen:

- a.) Abschriften aus dem Eichmann-Prozess u.a. des Protokolls der Sitzung 54 vor dem Bezirksgericht Jerusalem mit der Zeugeneinvernahme des Abraham GORDON vom 26.5.1961 sowie einer Vernehmung des Zeugen Schmucl WEISS.
Weiters enthält der vorliegende Akt Abschriften des Protokolls der Sitzung 87 vom 6.7.1961 und der Sitzung 104 Sitzung vom 20.7.1961
- b.) Abschriften aus dem Verfahren 4 Js 1018/59 vor dem Landgericht Frankfurt/Main:
Zeugeneinvernahme Gerhard Paul GÜNNEL
- c.) Akt der Untersuchungsstelle für NS-Verbrechen beim Landesstab der israelischen Polizei
- d.) Niederschriften und Tatortskizzen der Zeugen Abraham GORDON, Schmucl WEISS und Joel AL-DOR (Stefan ALDOR)

e.) Abschriften aus LG Wien 27b Vr 529/61 gegen Franz NOWAK

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

SLAWIK Alfred Josef, geb. 20.10.1913 in Wien

Eichmann-Mitarbeiter

Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

Beteiligung an der Verfolgung, Misshandlung und Beraubung der jüdischen Bevölkerung in Wien, Budapest, der Slowakei und in Griechenland.

Verbrechen an Häftlingen des KZ-Außenlagers Schnarrchenreuth bei Hof in Bayern (Deutschland)

1933: NSDAP-Mitglied, (nachträgl. Nr. 6,330.601 erhalten)

1936: SS-Angehöriger

1. Mai 1938: formelle Aufnahme in die NSDAP-Mitglied

1. Februar 1939: Ernennung zum SD-Führer des SS-Oberabschnittes Donau

2. Februar 1939: Mitarbeiter der Zentralstelle in Wien

1942: Ernennung zum SS-Scharführer

9. November 1943: Ernennung zum SS-Oberscharführer

Ende 1944: Dienstverpflichtung nach Berlin

Träger des Ehrenwinkels für "Alte Kämpfer"

Gauakt Nr. 22.523

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 20.9.1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. MENZEL

Verteidiger: Dr. Hans NEUBURG

Besonderheiten des Beratungsprotokolls:

Einhelliger Beschluss über Schuld und Vermögensverfall.

Strafausmaß 5 Jahre (1 Richter, 2 Schöffen), 4 Jahre (1 Richter, 1 Schöffe)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27b Vr 3967/61 (LG Wien Vg 1 Vr 435/47):
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1182
DÖW-Signatur V986/1-22

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 5331/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6735/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Gestapo-Prozess, Denunziationsprozess

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien, Niederösterreich (Retz)

Volksgerichtsverfahren gegen: Karl GLÜCK
(ehemaliger Kriminalsekretär)

Weiters wurden in diesem Verfahren auch gerichtliche Untersuchungen gegen Karl GLÜCK, Max PLOBNER, Auguste KREMER, Wilhelm DELL und Johann FLEISCHHACKER, geb. 17.12.1903, wegen Verbrechen an Viktor KREMER eingeleitet

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität, NS-Gewaltverbrechen als Gestapobeamter und Denunziation

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde aus besonders verwerflicher Gesinnung und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt als Gestapobeamter der Leitstelle Wien begangen an Franz MURKO, Herbert BAUMANN und Erwin FERNBACH im Oktober 1944

Denunziation des Friedrich SLIVA wegen abfälliger Bemerkungen über Hitler und andere führende Persönlichkeiten des NS-Staates durch den Gestapobeamten GLÜCK in Wien-Währing am 24. September 1941

Denunziation des Kleingrundbesitzers Vinzenz LINTNER wegen negativer Äußerungen über die Kriegslage auf der Bahnfahrt von Sierndorf nach Retz durch den Gestapobeamten GLÜCK am 19. Mai 1943. LINTNER wurde verhaftet und im Verfahren OJs 441/43 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Denunziation des Viktor KREMER wegen Hochverrats, Unterstützung der österreichischen und polnischen Widerstandsbewegung und Spionage durch seine Gattin Auguste KREMER, Karl GLÜCK und Max PLOBNER am 8. Juni 1944. KREMER wurde am 15. Juni 1944 von GLÜCK und Hauptmann Wilhelm DELL (ehem. Kommandeur des Fahndungsdienstes der Streifenkompanie Groß Wien- "Heeresstreife") durch Schläge und Tritte misshandelt. Am 14.2.1945 verurteilte das Zentralgericht des Heeres Viktor KREMER in der Festung Torgau zum Tode. KREMER konnte vor der Urteilsvollstreckung fliehen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.7.1946: Unterbrechung des Verfahrens gegen Karl GLÜCK wegen § 7 KVG gemäß § 412 StPO

- (Abwesende, Unbekannte oder Flüchtige)
Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 3b Vr 7522/46 gegen Karl GLÜCK in den gegenständlichen Akt
- 29.7.1947: Anklageerhebung gegen Karl GLÜCK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3/1, 4 KVG und § 7/2b KVG.
Ausdehnung der Anklage auf § 8 VG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten.
- 2.9.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Karl GLÜCK wegen Denunziation des Viktor KREMER und des Friedrich SLIVA
Einstellung des Verfahrens gegen Max PLOBNER wegen Denunziation des Viktor KREMER
Ausscheidung des Verfahrens gegen Auguste KREMER wegen § 7/3 KVG zu LG Wien Vg 5c Vr 6106/47
Ausscheidung des Verfahrens gegen Wilhelm DELL wegen § 4 KVG zu LG Wien Vg 5c Vr 6105/47
Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann FLEISCHHACKER wegen § 3 KVG zu LG Wien Vg 4c Vr 6103/47
- 28.10.1947: Verurteilung des Angeklagten Karl GLÜCK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und § 7/2b KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
- 3.7.1951: Gnadenweise Entlassung des Karl GLÜCK. Von 3.7.1951 bis 29.10.1951 Verwahrungsfangener der sowjetischen Besatzungsmacht.
-

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1i Vr 5331/46 gegen Karl GLÜCK u.a.:

In den vorliegenden Akt wurde folgendes Verfahren einbezogen:

LG Wien Vg 3b Vr 7522/46 gegen Karl GLÜCK (in diesem Akt befinden sich Abschriften aus LG Wien Vg 3b Vr 1385/45 gegen Katharina SCHRÖPFER u.a.)

Aktenvermerk 3.6.2004:

Aus dem vorliegenden Akt LG Wien Vg 1i Vr 5331/46 gegen Karl GLÜCK u.a. fehlen:

- ONr. 10 Blatt 39
ONr. 19 Blatt 69, 113 und 137
ONr. 94 Blatt 427
ONr. 97 Blatt 439

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GLÜCK Karl, geb. 31.1.1900 in Waschbach, Bezirk Hollabrunn (Niederösterreich)

Kriminalinspektor

Gestapobeamter

Juden- und Sabotagereferat

31.8.1923-1934: Angehöriger der Wiener Sicherheitswache

5.8.1926: NSDAP

4.12.1927: Wiederaufnahme NSDAP, Nr. 81.717

1932: NS-Sprengelleiter für Wien-Währing

September 1932: Bezirkspropagandaleiter

bis 1933: Propagandaleiter der Wiener Polizeigruppe der NSDAP

Juli 1933 bis Juli 1934: Blockleiter innerhalb der illegalen Polizeigruppe

11. September 1934: Verurteilung zu 120 Tagen Arrest

1. November 1937 offizielle Aufnahme in die SS

20. März 1938: Aufnahme in die Gestapo

SS-Hauptscharführer
1942: Kriminalobersekretär, später Kriminalinspektor
Obersturmführer
"Alter Kämpfer"
Träger des Goldenen Parteiabzeichens und von Dienstauszeichnungen in Bronze und Silber
Träger des Ehrenwinkels der SS
Gestapo Nr. 7392
Gauakt Nr. 247715

PLOBER Max, geb.

Juli 1925: NSDAP, Nr. 51.421
Angehöriger der SS (11. SS-Standarte) und SA
SS-Obersturmbannführer
Träger des Goldenen Ehrenzeichens

KREMER Auguste, geb. 5.9.1912 in Wien

DELL Wilhelm, geb. 10.2.1897 in Wien

ehemaliger Hauptmann (Major)
ehem. Kommandeur des Fahndungsdienstes der Streifenkompanie, Groß Wien
("Heeresstreife")

FLEISCHHACKER Johann, geb. 17.12.1903

ehem. Gestapoangehöriger (Referat IV-a-2)

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 28.10.1947 (gegen Karl GLÜCK)

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOCHMANN

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Josef STANDHARTINGER für Dr. Anton LEITHNER für Dr. Theodor
CZECHOWSKI

Besonderheiten des Beratungsprotokolls:

Fehlt !

FStN-Mikrofilm Nr. 1182
DÖW-Signatur V987/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 7344/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 43130/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Denunziationsprozess (Gestapo-Spitzel)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Wien

Volksgerichtsverfahren gegen: Eduard KORBEL

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe:

Unterstützung der illegalen NSDAP als Informant im Auftrag des Polizeidirektors Otto STEINHÄUSL
und des Vizepräsidenten der Wiener Polizei Michael SKUBL

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten arbeitete er unter dem Decknamen "Edi" als
Informant für die Gestapoleitstelle Wien von März 1938 bis Kriegsende und gab von Berichte
über Funktionäre der Revolutionären Sozialisten weiter (versuchte Denunziation als
Informant der Gestapoleitstelle Wien)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.10.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 8 StG, § 7/1
KVG

13.8.1948: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zum Akt

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

KORBEL Eduard, geb. 28.11.1893 in Wien

Lehrer

1914-1918: Kriegsteilnehmer, Leutnant der Reserve

Tätigkeit für den Nachrichtendienst der Regierung während des I. Weltkriegs

1918: Fortsetzung unter Polizeipräsident Schober

Funktionär verschiedener politischer Parteien u.a. war er bis 1934 Kreisführer des
Sozialdemokratischen Schutzbundes

Weiterarbeit auch unter Polizeidirektor Otto Steinhäusl und Vizepräsidenten Michael SKUBL

Oberleutnant der Wehrmacht

Träger des KVK II mit Schwertern

Gauakt Nr. 58.698

Liste der Personen, deren Denunziation dem Angeklagte vorgeworfen wurde:

Alois EMANOVSKY,
N. ENGELHARDT,
N. EHRENHOF,
Josef FRONEK,
Franz GRUBEK,
N. HOLUBEK,
N. HRUBY,
N. KAUDELA,
N. MEIDL,
N. NEUBAUER,
Franz PASCH,
N. PETTER,
V. POKORNY,
Hans RICHTER,
Karl STARIBACHER,
N. WEBER und
Johanna WOCHUROWA

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 13.8.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. PRAZAK

Richter: OLGR. Dr. MACHALEK

Schöffen: 3 Männer

Staatsanwalt: Dr. HACKL

Verteidiger: Dr. Kurt SCHNEIDER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 7344/46: Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1182
DÖW-Signatur V988/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2571/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 18631/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

KZ-Auschwitz-Prozess (Nebenlager Blechhammer)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz, Blechhammer), Wien (Innere Stadt)

Volksgerichtsverfahren gegen: Viktor RUEFF
(im Akt auch RUEF genannt)

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§§ 171, 176IIb StG (Diebstahl)

Tatvorwurf:

NS-Gewaltverbrechen (Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) begangen unter Ausnützung seiner Position als Blockältester (Block 15) an Mithäftlingen im KZ-Außenlager Auschwitz-Blechhammer (Auschwitz II) im April oder Mai 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

6.7.1946: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG

17.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 171, 176 II b StG begangen an Dr. Emma MIKLAS (Diebstahl von Vermögenswerten u.a. 300 kg Kohle aus der Wohnung Wien-Innere Stadt, Wiesingerstraße 3/16) im Mai 1945 und Abtretung an das allgemeine Referat zu LG Wien 21 Vr 7237/46

9.11.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 3, 4 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

21.3.1948: Bedingte Entlassung des Viktor RUEFF

Zusatzinformationen zum Akt LG Wien Vg 1a Vr 2571/45 gegen Viktor RUEFF:

Das Verfahren gegen Viktor RUEFF wirft viele Fragen auf. Der Beschuldigte war Angehöriger der mosaischen Glaubensgemeinschaft bevor er 1919 zum Christentum konvertierte. Als Blockältester, diese Funktion übte er im April oder Mai 1944 angeblich nur für 18 Tage aus, soll er dem Häftling Max KLÜGER, der gar nicht dem Block 15 zugeteilt war, bei der Essensausgabe einen Zahn ausgeschlagen haben. Fast keiner der Zeugen hatte ein Verbrechen des Angeklagten selbst beobachtet, sondern berichtete nur aus Erzählungen anderer Häftlinge. Antisemitische Tendenzen des Gerichts sind im Fall RUEFF unübersehbar. Interessantes Detail am Rande: Der Beschluss über die Strafdauer von 3 Jahren schweren Kerkers erfolgte mit den Stimmen des Beisitzers und der drei Schöffen gegen die Stimme des Vorsitzenden OLGR. Dr. MARKUS, der für eine Strafe von 2 Jahren stimmte. (Anm. v. Siegfried Sanwald)

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

RUEFF Viktor, geb. 26.8.1899 in Wien

Blockältester im KZ-Außenlager Auschwitz-Blechhammer (Block 15)

Theatersekretär

Verwaltungsdirektor und Regisseur für Kinos und Theater

in Österreich, Deutschland und der Schweiz

1919: Übertritt zum katholischen Glauben

1923: Ernennung zum Direktor des Lustspieltheaters in Wien

Tätigkeit bei den Kammerspielen, am Raimundtheater, Stadttheater und an der Scala

Direktor bzw. Intendant in Kassel, Danzig, Bern, Wilhelmshafen, Freiberg und Hamburg

Jänner 1933: Intendant in Freiberg in Sachsen

März 1933: Entlassung aus politischen, rassischen und kulturellen Gründen

Rückkehr nach Wien: Leitung des Stadttheaters für den Pfefferverlag und den Albertiverlag

und des Raimundtheaters für den Pfefferverlag

Tournee nach Rumänien

März 1938: Flucht nach Frankreich

1942: Verhaftung und Abschiebung nach Oberschlesien

Herbst 1942-März 1945: KZ-Außenlager Auschwitz-Blechhammer

Mai 1944: Ernennung zum Blockältesten für 18 Tage

nach 1945: Funktionär und Spezialreferent in der Bezirksleitung der KPÖ, Wien-Innere Stadt

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 9.11.1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Staatsanwalt: Dr. Dr. HELMREICH

Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Besonderheiten des Beratungsprotokolls:

Einhelliger Beschluss über Schuld. Der Beschluss über die Strafdauer erfolgte mit den Stimmen des Beisitzers und den drei Schöffen gegen die Stimme des Vorsitzenden, der für eine Strafe von 2 Jahren stimmte.

DÖW-Signatur V989/1-30

FStN-Mikrofilm Nr. 1182+1183

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12b Vr 3268/47

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16302/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen den Magister der Pharmazie Walter RENTMEISTER wegen Illegalität, Tätigkeit als Kreisleiter von Mödling (Niederösterreich), Arisierung der Apotheke "Zur Mutter Gottes" und Verbrechen an Jüdinnen und Juden als Leiter des Wohnungsamtes der Stadt Wien in den Jahren 1943 und 1944

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1/6 KVG (Kriegsverbrecher; Kreisleiter)
§ 2 KVG (Kriegshetze),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen), § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Landtagsabgeordneter der NSDAP

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Kreisleiter von Mödling (Niederösterreich) Mai 1939 bis November 1939

Kriegshetze als Gauredner der NSDAP

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen als Leiter des Wohnungsamtes der Stadt Wien in den Jahren 1943 und 1944 an in "Mischehen" lebenden Personen, um sie aus ihren Wohnungen zu vertreiben

Arisierung der Apotheke "Zur Mutter Gottes", Besitzer Dr. Anton ZIFFERER, in Wien-Favoriten, Gudrunstraße 150 am 15. Juli 1938

Arisierung einer Villa, Besitzer N. GEIRINGER, in Hinterbrühl bei Mödling (Niederösterreich), Badgasse 14 im Jahr 1938

Denunziation des Dr. Alexander WILCKENS bei der Wirtschaftspolizei

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.3.1948: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 1/6 KVG und §§ 3, 4, 6 KVG

6.4.1948: Einstellung des Verfahrens wegen Beleidigung und Kränkung des Rudolf POSAMENTIER (§ 4 KVG) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG betreffend Josef und Rosa IVANKOVICS, Alexander BORMANN, Karl LAMBOR und Anton PESCHEL gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens wegen Arisierung einer Villa in Hinterbrühl bei Mödling (Niederösterreich), Badgasse 14 gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG betreffend Denunziation des Dr. Alexander WILCKENS gemäß § 109 StPO

16.9.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG zu 6 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.

Freispruch wegen § 1/6 KVG und § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

30.8.1949: Bedingte Entlassung des Verurteilten. Von 30.8.1949 bis 15.10.1949
Verwahrungshäftling der sowjetischen Alliierten

3.3.1953: Einstellung des Verfahrens wegen § 2 KVG gemäß § 109 StPO

Detailinformationen zu LG Wien Vg 12b Vr 3268/47 gegen den ehemaligen Stadtrat Walter RENTMEISTER:

Der gegenständliche Akt enthält:

a.) Schätzungsgutachten von Hans JAKSCH betreffend die Villa in Hinterbrühl bei Mödling, Badgasse 14

b.) Belastendes Sachverständigengutachten von Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK betreffend Arisierung der Apotheke "Zur Mutter Gottes"

c.) Namen von Opfern ("Mischehepaare"):

ADLER Richard
AMLINGER N.
AMLINGER Paul
ANTOSCH Josef und Gattin
BALASCH Maria
BAYERL Ruppert
BLEMENSITS Charlotte
BLEMENSITS Rudolf
BOHEIM Jakob
BOHEIM Wilhelmine
BORMANN Alexander
BÖCK Ferry und Gattin
BRICH-SCHWARZ Marie
DEUTSCH Ernst
DEUTSCH Marie

DOPPLER Franz
DOPPLER Silvia Hermine
DRESCHER Johann
DREXLER Anton
ECKER Helene
ECKER Josef
EHRlich Amalie
EHRlich N.
EITELBERG Cornelius und Gattin
ELLINGER Marianne
ENDL Georg und Gattin
FLAMM Robert und Gattin
FREUND Elsa
FREUND Ernst und Gattin
FUCHS Berta
FUCHS Emil
FÜRNKRANZ Otto Dr. und Gattin
GERBEL Helene
GERBEL N.
GILADY Stefanie
GÖZ Paul
HABER N.
HEIMLER Raoul
HERRMANN Hugo und Gattin
HERZLER Berta
HERZLER N.
HERZOG Marie
HERZOG N.
HOCHSTIM Max
HOCHSTIM Pauline
HOLLRIEDER Karl Heinrich
HOPPE Willi
HOPPE Pauline
HORAK Hermine
HÖRMANN Alfred
HÖRMANN Rosa
IDINGER Ferdinand und Gattin
JOBSTMANN Willibald
KATSCHTA(H)LER Elise
KATSCHTALER N.
KÄMPF Elisabeth
KÄMPF Siegfried
KLIMEK Heinrich und Gattin
KOBLITZ Alexander Ing.
KOBLITZ Irene
KULKA Julius
KULKA Amalie
KUNODY Kurt Dr. und Gattin
KÜGLER (KRÜGER) Leopold
KÜRNBerg Ludwig
KÜRNBerg Margarete

KÜRNBERG Rosa
LAMBOR Karl
LANDSBERGER Anna
LEIB N., Ing.
LICHTBLAU Alfred
LICHTWITZ Alexander und Gattin
LOTH Gisela
LOTH N.
LOTTE Wilhelm
MACHANEK Erich
MACHANEK N.
MANDL Therese
MANDL Wilhelm
MARDETSCHLÄGER N.
MARSCHAK Frieda
NEUMANN Hanna
NOWOTNY Elisabeth
NOWOTNY Herbert Dr.
MESSINGER Armin
MESSINGER Valerie
OSTERSETZER Berthold
PANESCH Anton
PANESCH Paula
PANOS Alois
PANOS Else
PANIZEK Karl
PESCHEL Anton
POLLAK Josefine
POLLAK N.
POSAMENTIER Rudolf
RAPPAPORT Alfred
RIHA Adele
RIHA N.
ROTH Auguste
ROTH N.
SCHICK Otto Hans
SCHMUTZER Josef Friedrich
SCHNEIDER Heinrich Dr.
SCHNEIDER Magda
SCHWARZ Gustav
SCHWARZ Leopold Dr.
SCHWARZ Marie
SROKA Ludwig
STRANSKY Erwin Dr. und Gattin
STRÄUßLER Ernst
TLACH Alfred
TRAXLER Rudolf
UMSHAUS Leopold Dr.
WEBERHOFER Adolfine
WEBERHOFER Georg
WENZEL Wilhelm

WEYS Gertrude
WEYS Rudolf
WEYS Rudolf Dr.
WILLHEIM Maria
WOLF Sophie
WÖRNER (KÖRNER) Wilhelmine
ZWERGBAUM N.

AKTENVERMERK 8.6.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt LG Wien Vg 12b Vr 3268/47 gegen Walter RENTMEISTER fehlen:

BAND I:

ONr. 3 Blatt 97
ONr. 63 Blatt 459

BAND II:

ONr. 132 Blatt 139
ONr. 209 Blatt 455
ONr. 210 Blatt 457

BAND III:

ONr. 229 Blatt 23
ONr. 240 Blatt 105 bis 109

Biografie:

RENTMEISTER Walter, geb. 3.12.1894 in Feldbach (Steiermark)

1925: NSDAP-Mitglied, Nr. 51.546

Angestellter der landwirtschaftl. Krankenkasse in Klagenfurt

Juni 1926-27. März 1927: Gauleiter von Wien

1932: SA-Angehöriger, Landtagsabgeordneter der NSDAP

1934: Flucht nach Deutschland

bis Juli 1934: Schriftleiter der Tageszeitung "Der Deutsche" in Berlin

9. November 1935: Ernennung zum SA-Obersturmbannführer

bis 1938: Geschäftsführer des internat. Zentralen Büros "Freude und Arbeit"

März 1938: Rückkehr nach Österreich

Ernennung zum Kreisleiter

20. April 1938: Mitglied des Reichstages

1939: Gauredner der NSDAP

1939-Kriegsende: Ernennung zum Leiter des Wohnungsamtes der Stadt Wien

Ratsherr von Wien

Sonderreferent für die Wiedergewinnung "Zweckentfremdeten Wohnraumes"

Vertreibung jüdischer MieterInnen aus ihren Wohnungen

September 1941: Ernennung zum Reichsredner

1. Februar 1942: Wehrmacht

Leiter des Heeressanitätsparks in Neapel

9. November 1944: Ernennung zum SA-Oberführer

SA-Brigadeführer

Führerrat der Deutschen Apothekerschaft
Führer im Stabe der SA-Gruppe Donau

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP
Dienstauszeichnungen in Bronze, Silber und Gold
Träger des Nürnberger-Parteitagsabzeichens der NSDAP 1929
Träger des Gauehrenszeichens Sachsen 1933

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 14.-16.9.1948

Vorsitzender: Richter Dr. JOSST

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: Margarete GRUBER, Edmund HOFBAUER und Leopoldine HUMMER

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld, Strafausmaß und Freispruch

Geograph. Bezug: Wien

Mödling (Niederösterreich)

Hinterbrühl (Niederösterreich)

LG Wien Vg 12b Vr 3268/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1183
DÖW-Signatur V990/1-15

Benützungsbefugnis beachten-gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court require

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 2295/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11300/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen Walter LORENZ und Gustav FALLINSKY wegen Illegalität und Arisierung der Firma Hollindia in Wien-Landstraße am 28. August 1939

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe betreff. Walter LORENZ:

Illegalität, Angehöriger der Österreichischen Legion

Arisierung der Firma "Hollindia" (Holländisch-Indische Handels-Aktiengesellschaft) in Wien-Landstraße, Beatrixgasse 19 am 28. August 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.1.1947: Anklageerhebung gegen Walter LORENZ wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

Ausdehnung der Anklage wegen § 8 VG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten

24.3.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Gustav FALLINSKY wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter LORENZ und Gustav FALLINSKY wegen §§ 4/2, 14 Lebensmittelgesetz und Abtretung an das allgemeine Referat zu LG Wien 26 Vr 4372/47

27.7.1948: Verurteilung des Walter LORENZ wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 8, 10/1,2, 11 VG und § 6 KVG zu 15 Monaten schweren Kerkers.
Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich

7.4.1949: Bedingte Entlassung des Walter LORENZ

Detailinformationen zu LG Wien Vg 11a Vr 2295/45 gegen den Walter LORENZ u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält:

Belastendes Sachverständigengutachten der Firma Union Wirtschaftsberatungsgesellschaft m.b.H., Sachverständiger Dr. Ernst ROBETSCHKE
Hinweise auf den Arisierungsakt Nr. 7519 betreff. Hollindia Handelsgesellschaft

Hinweise auf den Rückstellungsakt 60 RK 681/47 betreff. Firma Hollindia

Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 4a Vr 998/47 gegen Ernst STELZEL

AKTENVERMERK 23.6.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt LG Wien Vg 11a Vr 2295/45 gegen Walter LORENZ und Gustav FALLINSKY fehlen:

ONr. 12	Blatt 26	
ONr. 19	Blatt 39-41	
ONr. 27	Blatt 71	
<u>ONr. 34</u>	<u>Blatt 95-107</u>	<u>HV-PROTOKOLL</u>
ONr. 37	Blatt 117	
ONr. 65	Blatt 193	

Biografie:

LORENZ Walter, geb. 17.5.1908 in Wien

3. März 1933: NSDAP-Mitglieds Nr. 1, 457.781

Blockleiter von Jänner bis August 1933

Angehöriger der Ortsgruppe Bauernfeldplatz

März 1933: SA- Angehöriger

14. August 1933: Flucht nach Deutschland, Angehöriger der österreichischen Legion

SA-Scharführer

NSKK-Mitglied

1934-1935: Stab der SA-Obergruppe VIII bzw. im Hilfswerk München

Hauptamtlicher Beamter der Reichsleitung in München, Sektion Stab des Reichsschatzmeisters

März 1938: Oberscharführer in der Österreichischen Legion

August 1938: Rückkehr nach Österreich

Block-, Sprengel-, Zellenleiter und Personalamtsleiter

Angehöriger der Ortsgruppe Alt-Lerchenfeld

Juni 1940-20.April 1945: Wehrmacht

FALLINSKY Gustav, geb. 24.7.1906

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27.7.1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. MACHALIK

Schöffen: Ferdinand FRANCO, Josef LIER und Karl GAILLINGER

Staatsanwalt: Dr. COCA

Verteidiger: Dr. Fritz DESCHKA

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld, Strafausmaß und Freispruch

Geograph. Bezug:

Wien

Wien-Landstraße

LG Wien Vg 11a Vr 2295/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1183
DÖW-Signatur V991/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 99/51

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1959/48

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen Hildegard DVORAK (im Akt auch DWORAK und DWORSCHAK genannt)
wegen Misshandlung und Ermordung von Kindern (Euthanasie) in der Anstalt "Am Steinhof-
Spiegelgrund" (Wien)

wegen (§§): § 3/2 KVG (Quälereien und Misshandlungen mit Todesfolge) und
§§ 134, 135/1 StG (Verbrechen des Mordes; Meuchelmord)

Tatvorwurf:

Euthanasie

Misshandlung und Ermordung von Kindern in der Anstalt "Am Steinhof-Spiegelgrund" (Wien) von
1940 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.2.1951: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hilde DVORAK aus dem Verfahren LG Wien Vg
4d Vr 5442/46 gegen Anna KATSCHENKA und Anlegung eines neuen Aktes unter LG
Wien Vg 8c Vr 99/51

9.5.1951: Einstellung des Verfahrens wegen § 3/2 KVG und §§ 134, 135/1 StG gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)

FStN-Mikrofilm Nr. 1183
DÖW-Signatur V992/1-32

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 1535/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 2837/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen Philipp SOHL, Tibor und Josef PÜSPÖK wegen Illegalität und
Verbrechen an Jüdinnen und Juden sowie an Zivilisten der Gemeinde Frauenkirchen (Burgenland)

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen), § 4 KVG (Verletzungen der
Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§§ 85a,b (boshafte Beschädigung fremden Eigentums),
§ 98b (Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung) und
§§ 197, 199a StG (Betrug)

Tatvorwürfe:

1. Hauptbeschuldigte Tibor PÜSPÖK:

Illegalität

Verbrechen an der jüdischen Gemeinde von Frauenkirchen (Burgenland) als Bürgermeister
von 1938 bis 1942

Verbrechen der boshafte Beschädigung fremden Eigentums durch Zerstörung jüdischer
Häuser und des Tempels

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und
der Menschenwürde begangen an der jüdischen Bevölkerung von Frauenkirchen durch
Verbot der Benützung des Gehsteigs

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und
der Menschenwürde durch widerrechtliche Verhaftung von Jüdinnen und Juden sowie von
politischen Gegnern des Nationalsozialismus im März 1938

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und
der Menschenwürde begangen an Siegfried SZEPANEK am 20. August 1942

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und
der Menschenwürde durch widerrechtliche
Verhaftung und Anhaltung des Johann GROISS im
März 1938

Arisierung der Lederhandlung des Samuel LÖWIN in Frauenkirchen (Burgenland), Märzstraße

1255

4 am 16. Februar 1939

Arisierung anderer jüdischer Geschäfte (Alexander WEISS und Isidor SCHEY) zugunsten seiner Schwester und seines Schwagers Otto UNGAR

Arisierung des Warenlagers des Geschäftes RECHNITZER

Denunziation der Familie ERDEI durch Veranlassung des Erscheinens von Zeitungsartikeln gegen diese Familie im "Völkischen Beobachter"

Denunziation des Ignaz SZEPANEK im Mai 1942

Erpressung des ERDEI SEN. wegen dessen jüdischer Abstammung im März 1938

Verbrechen des Betrugs durch Bewerbung um ein falsches Zeugnis des Siegfried SZEPANEK

2. Josef PÜSPÖK:

Arisierung jüdischer Warenlager (ROSENFELD und DEUTSCH)

Denunziation der Familie ERDEI durch Veranlassung des Erscheinens von Zeitungsartikeln gegen diese Familie im "Völkischen Beobachter"

3. Philipp SOHL:

Illegalität

Veröffentlichung zahlreicher Hetzartikel im "Völkischen Beobachter" gegen die Familie ERDEI

Versuch die Mühle des Franz und Eugen ERDEI in Frauenkirchen Neustiftgasse 2 zu arisieren

Denunziation des Eugen ERDEI (im Sommer 1938), des Franz KISS (1938), des Johann LEHNER (Ende 1943) und des Johann FISCHER durch Philipp SOHL

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.2.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 3d Vr 3243/46 gegen Tibor und Josef PÜSPÖK in das gegenständliche Verfahren
- 19.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Philipp SOHL und Tibor PÜSPÖK wegen §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens gegen Josef PÜSPÖK wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO
- Einstellung des Verfahrens gegen Josef PÜSPÖK wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 23.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Tibor PÜSPÖK wegen §§ 85a,b, 98b und §§ 197, 199a StG gemäß § 109 StPO

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 3d Vr 1535/46 gegen den Tibor PÜSPÖK u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 3d Vr 3243/46 gegen Tibor und Josef PÜSPÖK
- b.) Einbezogenen Akt des Bezirksgerichts Neusiedl am See (Burgenland) Z 315/46 gegen Tibor PÜSPÖK
- c.) Einbezogenen Akt des Bezirksgericht Neusiedl am See (Burgenland) Z 314/46 gegen Josef PÜSPÖK
- d.) Einbezogenen Akt des BG Bad Ischl (Oberösterreich) Z 310/46 gegen Tibor PÜSPÖK
- e.) Entlastendes Sachverständigengutachten von Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK betreffend Arisierung der Lederhandlung Samuel LÖWIN
- f.) Liste mit Namen von Käufern jüdischer Vermögenswerte in den Gemeinden Frauenkirchen, Mönchhof, Halbturn, Gols, Andau und Wallern (Burgenland)
- g.) Namen jüdischer Opfer aus Frauenkirchen:

BROCK Flora
DEUTSCH Marie
DUNAITZ Emmerich
DUNAITZ Theresia
FEUEREISEN Salomon
FISCHER Gisela
FRIED Alexander Dr.
GROISS Johann
GRÜNWALD Berta
HIRSCHLER Marie
HOFF Regina
KARLBURGER Sidonia
KASTNER Theresia
KRAUS Jakob
RAAB Gisela
RECHNITZER Adalbert
SCHIMMEL Moritz
SPITZER Johanna
STERN Fanni
UNGER Maximilian
UNGER Rosa

Biografie:

PÜSPÖK Tibor, geb. 27.9.1903 in Pamhagen (Burgenland)
Bürgermeister von Frauenkirchen

1932: NSDAP- und SS-Mitglied
Anfang 1938: Anhaltelager Wöllersdorf
1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied
Träger der Ostmarkmedaille
1938-19. Mai 1942: Bürgermeister von Frauenkirchen

PÜSPÖK Josef, geb. 26.3.1899 in Budapest
Diktator des Tibor PÜSPÖK
1.5.1938: NSDAP-Mitglied

SOHL Philipp, geb. 10.4.1897 in Dorzer Kom. Patschka (Bacska)- (Ungarn)
Kaufmann und Müller
erster Volksredner in St. Andrä (Burgenland)
Schulungs- und Propagandaleiter
Volkssturmführer in St. Andrä

Mai 1938: NSKK, später Ernennung zum Rottenführer
Juli 1943-Oktober 1943: Schulungsleiter bei der Ortsgruppe Frauenkirchen

Geograph. Bezug: Frauenkirchen (Burgenland)

LG Wien Vg 3d Vr 1535/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1183
DÖW-Signatur V993/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2058/49 (Vg 3a Vr 6328/46, Vg 2a Vr 1240/45)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 22996/49 (15 St 31628/47, 15 St 51239/46; 15 St 51239/46; 15 St 10806/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volkserichtsverfahren gegen Viktor BLAHUT, seine Lebensgefährtin Anna STRAUBINGER, den Schätzmeister des Gauwirtschaftsamtes Robert MÖDER, den kommissarischen Verwalter Julius RITTERSPORN, Franz WILFERT und U.T. wegen Illegalität und Arisierung des Stilmöbelhauses Brüder Arthur, Hans und Siegmund SOFFER, Wien- Innere Stadt, Singerstraße 4 am 15. Juni 1938 und Denunziation des Ehepaares Arthur und Katharina SOFFER zwischen 1939 und 1941

wegen (§§): § 58 StG (Hochverrat) in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 7KVG/ § 8 StG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe betreffend den Hauptbeschuldigten BLAHUT:

Illegalität

Arisierung des Stilmöbelhauses SOFFER, Wien-Innere Stadt, Singerstraße 4 am 15. Juni 1938

Denunziation des Ehepaares Arthur und Katharina SOFFER beim Gauleiter von Wien und beim Polizeipräsidenten in den Jahren 1939 und 1941. Im Fall von Arthur SOFFER handelt es sich um eine Denunziation mit Todesfolge, bei Katharina SOFFER liegt der Tatbestand der versuchten Denunziation vor.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.11.1945: Einstellung des Verfahrens gegen Anna STRAUBINGER gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)

Unterbrechung des Verfahrens gegen Viktor BLAHUT gemäß § 412 StPO
(Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 3a Vr 6328/46

3.8.1947: Anklageerhebung gegen Viktor BLAHUT wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

14.8.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Viktor BLAHUT zu 15 St Wien 31628/47

Ausscheidung des Verfahrens gegen Anna STRAUBINGER und Julius RITTERSPORN wegen § 26 VGVerf.Ges. zu LG Wien Vg 3a Vr 5639/47 (15 St 31630/47)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Robert MÖDER wegen §§ 4, 6 KVG und Franz WILFERT wegen § 6 KVG zu LG Wien Vg 3a Vr 5640/47 (15 St 31629/47)

Ausscheidung des Verfahrens gegen U.T. zu 15 St 31631/47

12.9.1947: Verurteilung des Viktor BLAHUT wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 6 KVG, § 7 KVG, § 8 StG/ § 7 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall und Landesverweis.

10.9.1949: Urteilsaufhebung unter 5 Os 180/49 betreffend Verurteilung des Viktor BLAHUT wegen § 7 KVG und § 7 KVG/ § 8 StG und teilweise Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1i Vr 2058/49

21.11.1949: Freispruch des Angeklagten Viktor BLAHUT wegen § 7 KVG, § 7 KVG/§ 8 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Verurteilung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers.

Vermögensverfall zu Gunsten der Republik Österreich.
Kein Landesverweis.

Detailinformationen zum Verfahren

LG Wien Vg 1i Vr 2058/49

(LG Wien Vg 3a Vr 6328/46)

(LG Wien Vg 2a Vr 1240/45) gegen Viktor BLAHUT u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Hinweise auf den Arisierungsakt Nr. 7848 betreffend Schuhfabrik "Eldorado"
- b.) Belastendes Sachverständigengutachten von Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK betreffend Arisierung des Stilmöbelhauses SOFFER
- c.) Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit
- d.) Einbezogenes Verfahren LG Wien Vg 5d Vr 426/47 (gegen BLAHUT und STRAUBINGER) in das gegenständliche Verfahren

AKTENVERMERK 6.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt

LG Wien Vg 1i Vr 2058/49

(LG Wien Vg 3a Vr 6328/46)

(LG Wien Vg 2a Vr 1240/45) gegen Viktor BLAHUT u.a.:

fehlen:

Biografie:

BLAHUT Viktor, geb. 25.8.1891 in Deschenitz, Bezirk Klattau

Geschäftsführer und Mitbegründer des Gaues Wien

16. September 1927: NSDAP-Mitglied, Nr. 54.293

1927-1930: Gau-, Landes- und Reichsredner

1. Jänner 1929: hauptamtlicher Geschäftsführer des Gaues Wien

Mitarbeiter im illegalen SA-Nachrichtendienst

12. März 1938: Hilfsreferent der Soz. Fürsorge der SA Gruppe Österreich (SA-Gruppe Donau)

9. November 1938: Ernennung zum SA-Obersturmführer

30. November 1939: Beförderung zum SA-Hauptsturmführer

9. November 1942: SA-Sturmbannführer

1. Oktober 1944: Wehrmacht

SA-Ehrensturmbannführer

Träger des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP

Träger der silbernen und bronzenen Dienstauszeichnungen der NSDAP

Träger der Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938 (Sudetenmedaille)

Teilnehmer an den Reichsparteitagen 1927/1929

"Alter Kämpfer"

Gauakt Nr. 128.639

MÖDER Robert, geb.

Schätzmeister des Gauwirtschaftsamtes

RITTERSPORN Julius, geb. 25.10.1891 in Wien

Innenarchitekt und Stilmöbelzeichner

öffentlicher Verwalter der Firma SOFFER ab 1.6.1945

STRAUBINGER Anna, geb. 18.7.1893 in Ostrau

Lebensgefährtin des Viktor BLAHUT

WILFERT Franz, geb.

Schätzmeister (Minderschätzung im Fall SOFFER)

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 12.9.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: LGR. Dr. GALLEN

Schöffen: Therese RADL, Anna MASEK und Karl RAUSCHER

Privatbeteiligte: Katharina, Kurt und Hans SOFFER

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Eugen BOCHNER für Dr. Berthold LAUER

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld, Strafausmaß und Vermögensverfall.
Verweisung der Privatbeteiligten auf den Zivilrechtsweg

Hauptverhandlung vom 21.11.1949 (Wiederaufnahme)

Vorsitzender: OLGR. Dr. Oskar STAHL

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: Rudolf PECHO, Katharina KODRLIK und Anna EHRENREICH

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Ludwig LUKSCH

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld, Strafausmaß und Vermögensverfall.

Geograph. Bezug: Wien-Innere Stadt

LG Wien Vg 1 Vr 2058/49

(LG Wien Vg 3a Vr 6328/46)

(LG Wien Vg 2a Vr 1240/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1183
DÖW-Signatur V994/1-31

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1489/49 (Vg 8b Vr 1166/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 5527/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volkserichtsverfahren gegen Magister der Pharmazie Maximilian BILLEG wegen
Registrierungsbetrug, Illegalität und Arisierung der Vindobona-Apotheke des Dr. Norbert SILBER in
Wien-Alsergrund, Bauernfeldplatz 7 im Jahre 1938

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug, Illegalität

Arisierung der Vindobona-Apotheke des Dr. Norbert SILBER in Wien-Alsergrund, Bauernfeldplatz 7 im
Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

4.6.1946: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6
KVG

21.9.1946: Verurteilung wegen § 8 VG und § 6 KVG zu 1 ½ Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen)

15.12.1947: Beschlussfassung im Sinne des Antrages des Staatsanwaltes betreffend Aufhebung
der Verurteilung des Maximilian BILLEG wegen § 8 VG

20.3.1948: Keine Bedenken seitens des Obersten Gerichtshofs (OGH) betreffend Verfahren und
Richtigkeit der tatsächlichen Feststellung des Urteils vom 21. September 1946 (OGH-
Beschluss 5 Os 21/48)

10.5.1949: Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1d Vr 1489/49 betreffend
Tatbestand nach § 6 KVG. Freispruch des Angeklagten in einer nicht öffentlichen
Sitzung wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Detailinformationen zum Verfahren

LG Wien Vg 1d Vr 1489/49
(LG Wien Vg 8b Vr 1166/46) gegen Maximilian BILLEG

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Belastendes Sachverständigengutachten von Magister der Pharmazie Heinrich BARTL
 - b.) Hinweise auf den Rückstellungsakt 51 RK 225/47
-

AKTENVERMERK 12.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 8b Vr 1166/46 gegen Maximilian BILLEG
fehlen:

Band I:

ONr. 35 Blatt 167 (Beratungsprotokoll)
ONr. 53 Blatt 239 (Arisierungsakt)
ONr. 54 Blatt 241

Biografie:

BILLEG Maximilian, geb. 3.10.1894 in Vitis (Niederösterreich)

1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 205.336
1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied
Angehöriger der SA
Truppführer der SA
Standartenapotheker

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 22.8.1946 (Vertagung)
Vorsitzender: Vizepräsident Dr. Paul MIRONOVICI
Richter: OLGR. Dr. PÖLZL
Schöffen: Ludwig FLEISCHINGER, Viktor ZELZER und Ing. Alfred UNGER
Staatsanwalt: Dr. REHM
Verteidiger: Dr. Hans KURZ

Hauptverhandlung vom 21.9.1946

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V995/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11d Vr 2437/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12457/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen Maria KASTL und ihre Kinder Johann KASTL JUN. und Maria DIEBL, geb. KASTL wegen versuchter Denunziation und Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an
Margareta KIENAST und ihren Familienangehörigen in Wien-Penzing zwischen 1938 und 1945

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
 § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
 § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
 § 7 KVG (Denunziation) und
 §§ 8 StG/ 7 KVG (versuchte Denunziation)

Tatvorwürfe:

Versuchte Denunziation und Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Margareta KIENAST, Ingo KIENAST, Roswitha KIENAST und Karl HOFMEIER durch Maria KASTL und ihre Kinder Johann KASTL und Maria DIEBL, geb. KASTL in Wien-Penzing zwischen 1938 und 1945

Margareta KIENAST war Mietpartei in dem der Beschuldigten Maria KASTL gehörenden Einfamilienhaus, Wien-Penzing, Linzerstraße 334. Die drei Beschuldigten erreichten schlussendlich am 17. November 1941 eine zwangsweise Delogierung der Margareta KIENAST, die nach den Nürnberger Rassegesetzen als Mischling galt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.6.1948: Anklageerhebung gegen Johann KASTL wegen § 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG, gegen Maria DIEBL wegen § 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG sowie gegen Maria KASTL wegen § 4 KVG

18.6.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Maria KASTL und ihre Kinder Johann KASTL und Maria DIEBL wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Maria KASTL wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO

29.11.1948: Freispruch des Johann KASTL und der Maria DIEBL wegen § 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Ausscheidung des Verfahrens gegen die Beschuldigte Maria DIEBL wegen §§ 10, 11 VG

14.1.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Maria KASTL wegen § 4 KVG gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 11d Vr 2437/46 gegen Angehörige der Familie KASTL

Der gegenständliche Akt enthält

Hinweise auf Verfahren vor dem Bezirksgericht Wien-Hietzing aus den dreißiger Jahren

AKTENVERMERK 13.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 11d Vr 2437/46 gegen Angehörige der Familie KASTL
fehlen:

ONr. 8 Blatt 119

ONr. 27 Blatt 167

Biografie:

KASTL Maria, geb. 13.4.1871 in Leitersdorf bei Troppau
Hausfrau
Besitzerin des Hauses, Wien XIV, Linzerstraße 334

DIEBL Maria, geb. 24.11.1904 in Wien
Tochter der Maria KASTL
Chorsängerin der Staatsoper
1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 197.371

KASTL Johann, geb. 12.2.1903 in Wien
Sohn der Maria KASTL
1940: NSDAP-Mitglied, Nr.8, 470.555

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 11.11.1948 (Vertagung)
Vorsitzender: OLGR. Dr. Franz SCHULZ
Richter: OLGR. Dr. GRIEB
Schöffen: August SIMEK, Karl SAGL und Georg BENETZEDER
Staatsanwalt: Dr. SIMAN
Verteidiger: Dr. Reginald SPITZ

Privatbeteiligte: Margarete, Ingo und Roswitha KIENAST und Karl HOFMEIER
Rechtsanwalt: Dr. Richard SCHOTTEGG

Hauptverhandlung vom 29.11.1948
Vorsitzender: OLGR. Dr. Franz SCHULZ
Richter: OLGR. Dr. GRIEB
Schöffen: August SIMEK, Karl SAGL und Franz STREIT
Staatsanwalt: Dr. SIMAN
Verteidiger: Dr. Reginald SPITZ

Privatbeteiligte: Margarete, Ingo und Roswitha KIENAST und Karl HOFMEIER
Rechtsanwalt: Dr. Richard SCHOTTEGG

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Freispruch. Einhelliger Beschluss auf Ausscheidung des Verfahrens gegen Maria DIEBL wegen §§ 10, 11 VG. Verweisung der Privatbeteiligten auf den Zivilrechtsweg

Geograph. Bezug: Wien-Penzing

LG Wien Vg 11d Vr 2437/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V996/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 835/55 (Vg 11g Vr 3090/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25011/55 (15 St 17151/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen Josef NESTLER, Josef SCHRÖDL, Erhard KAUER, Johanna KAUER, Michael ZAND, Sophie HAAS, Eleonore ECKEL-FRITSCH, Dr. Leopold RIEDER und Johann FISCHER wegen Verbrechen an den jüdischen Familien DEUTSCH und KOLARIK in Enzersdorf bei Staatz, Bezirk Mistelbach (Niederösterreich) im Jahre 1938

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des jüdischen Kaufmanns Felix DEUTSCH, seiner Tochter Steffi DEUTSCH und deren Lebensgefährten Rudolf KOLARIK in Enzersdorf Nr. 31 bei Staatz unter Leitung des Bürgermeisters Josef NESTLER im Jahr 1938

Plünderung und Schließung des Geschäftes der Steffi DEUTSCH und ihres Lebensgefährten Rudolf KOLARIK in Enzersdorf Nr. 31 bei Staatz auf Anordnung des Bürgermeisters Josef NESTLER im Jahr 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.4.1948: Anklageerhebung gegen Josef NESTLER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG

26.4.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Josef NESTLER wegen §§ 4, 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Josef SCHRÖDL wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Johanna KAUER, Michael ZAND, Sophie HAAS und Eleonore ECKEL-FRITSCH wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Einstellung des Verfahrens gegen Johann FISCHER wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Einstellung des Verfahrens gegen Erhard KAUER wegen § 4 KVG gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

Unterbrechung des Verfahrens gegen Dr. Leopold FISCHER wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 412 StPO (Abwesende, Unbekannte oder Flüchtige)

15.6.1948: Verurteilung des Josef NESTLER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Vermögensverfall.

12.12.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Dr. Leopold RIEDER unter LG Wien Vg 8e Vr 835/55

15.12.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Leopold RIEDER wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO und wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO

AKTENVERMERK 14.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 8e Vr 835/55
(LG Wien Vg 11g Vr 3090/46) gegen Josef NESTLER u.a. fehlen

ONr. 60 Blatt 191

ONr. 61 Blatt 193

Biografie:

ECKEL-FRITSCH Eleonore, geb. 27.6.1878 in Herrenbaumgarten, Bez. Poysdorf (Niederösterreich)
1939: NS-Frauenschaft

FISCHER Johann, geb. 21.11.1903 in Enzersdorf bei Staatz
Landwirt

HAAS Sophie, geb. 29.2.1904 in Enzersdorf bei Staatz
1942: NSDAP-Anwärterin
1943: NSDAP-Mitglied

KAUER Erhard, gest. 1946
Kaufmann

KAUER Johanna, geb. 22.4.1898 in St. Veit an der Glan (Kärnten)

NESTLER Josef, geb. 9.5.1898 in Neuruppersdorf, Bezirk Mistelbach (Niederösterreich)
kommissarischer Ortsgruppenleiter
20. März 1938-10. September 1943: Bürgermeister

April 1938-10. September 1943: Ortsgruppenkassenleiter
1939 und von 1941-1943: kommissarischer Ortsgruppenleiter
10. September 1943-1945: Wehrmacht
Träger der Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938
Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse
"Altparteigenosse"

RIEDER Leopold Dr., 13.8.1912 in Wigstadtl (Tschechoslowakei-Schlesien)
Tierarzt
Ortsgruppenleiter
NSDAP-Mitglieds, Nr. 902595

SCHRÖDL Josef, geb. 16.12.1900 in Enzersdorf bei Staatz, Bezirk Mistelbach (Niederösterreich)
Landwirt
13. März 1938: Kassenleiter der Gemeinde Enzersdorf
1939-Juli 1941: NSDAP-Zellenleiter

ZAND Michael, geb. 19.11.1890 in Enzersdorf bei Staatz
Landwirt
2. Jänner 1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 9,047.021

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 15.6.1948
Vorsitzender: LGR. Dr. ZEILINGER
Richter: Dr. SCHNEIDER
Schöffen: Marie FRENZEL, August GUTA und Franz VOHRZYKA
Staatsanwalt: Dr. FISCHER
Verteidiger: Dr. Hans BEINHOFER

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld, Strafausmass und Vermögensverfall.

Geograph. Bezug: Enzersdorf bei Staatz,
Bezirk Mistelbach (Niederösterreich)

LG Wien Vg 8e Vr 835/55
(LG Wien Vg 11g Vr 3090/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V997/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 1730/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12849/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerichtsverfahren gegen Josefa ERTL wegen Illegalität, Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von polnischen und russischen ZwangsarbeiterInnen und von Angehörigen der Zivilbevölkerung in Groß Sirning, Bezirk St. Pölten (Niederösterreich) zwischen 1938 und 1945

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen), § 4 KVG (Verletzungen der
Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§§ 9, 134 StG (versuchte Verleitung zum Verbrechen des Mordes)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Flüsterpropaganda für die verbotene NSDAP

Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von polnischen und russischen ZwangsarbeiterInnen durch Schläge und Beschimpfungen

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Franz BACHL, Friedrich GRUBER, Leopold PISCHINGER, Maria PRISKA, Franz ROBINAU, Josef STEFKA und zweier unbekannter Zwangsarbeiter durch Beschimpfungen

Aufforderung eines Wehrmichtsangehörigen zur Erschießung einer unbekannt polnischen Zwangsarbeiterin im Mai 1945 *Verlauf des Gerichtsverfahrens:*

29.5.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG

6.7.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG und §§ 9, 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

9.1.1947: Verurteilung der Angeklagten Josefa ERTL wegen § 4 KVG betreffend die Fälle Leopold PISCHINGER und Maria PRISKA zu 18 Monaten scheren Kerkers. Verfall von des Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich.

Freispruch der Angeklagten wegen § 4 KVG betreffend die Fälle Franz BACHL, Friedrich GRUBER, Franz ROBINAU, Josef STEFKA und 2 unbekannt Zwangsarbeiter.

Biografie:

ERTL Josefa, geb. 31.12.1890 in Groß Sirning, Gemeinde Haunoldstein, Bezirk St. Pölten

(Niederösterreich)
Landwirtin
1938: NS-Frauenschaft

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9.1.1947
Vorsitzender: OLGR. Dr. DONNER
Richter: OLGR. Dr. KOWALSKY
Schöffen: Fritz SEUCHTER, Franziska HOFMANNSRICHTER und Franziska BERTHOLD
Staatsanwalt: Dr. DOUDA
Verteidiger: Dr. Erna BÖHM

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld, Strafausmass und Vermögensverfall.
Freispruch betreffend Kränkung der Menschenwürde des Franz BACHL, des Franz ROBINAU, des
Friedrich GRUBER, des Josef STEKA und 2 unbekannte Zwangsarbeiter

Geograph. Bezug: Groß Sirning, Bezirk St. Pölten (Niederösterreich)

LG Wien Vg 1 Vr 1730/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V998/1-13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 4566/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 26723/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volksgerechtsverfahren gegen Elisabeth (Elsa) EICHWALDER wegen Gewaltverbrechen an weiblichen politischen Häftlingen im KZ Ravensbrück von 1944 bis April 1945

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an weiblichen politischen Häftlingen im KZ Ravensbrück von 1944 bis April 1945 unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Aufseherin und Leiterin der Personalküche

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 3.2.1947: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 21.6.1947: Anklageerhebung wegen § 3/1,2 KVG und § 4 KVG
- 30.9.1947: Verurteilung der Angeklagten wegen § 3/1 KVG und § 4 KVG zu 6 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 6.2.1950: Tod der Beschuldigten
-

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 3b Vr 4566/46
gegen Elsa EICHWALDER:

Namensliste von ehem. Häftlingen des KZ Ravensbrück:

BÖHM Rosa
BUBENIK Therese
BURESCH Maria
GRASSINGER Maria
HAND Anna
HÜBNER Celestine
MISTINGER Anna

SALVINI Hermine
SCHEFZIK Anna
STABEY Grete
THURY Elisabeth
WERNER Marie

Biografie:

EICHWALDER Elsa, geb. 6.2.1901 in Wien

Köchin

Gattin des Stationsvorstandes von Dobersberg

10. März 1938-1944: Aufenthalt in England, Internierungslager Isle of Man

1944 bis März 1945: KZ Ravensbrück

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 30.9.1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. SZOKACS

Schöffen: Herbert DOBYHAL, Karl SCHAFHAUSER und Johann ZWICKER

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Emil SCHEIBENHOF f. Dr. Josef KORN

Beratungsprotokoll: Einhelliger Beschluss über Schuld und Vermögensverfall.

Bei der Strafbemessung stimmten die drei Schöffen für 6 JAHRE, der Vorsitzende und der Beisitzer hingegen für 5 JAHRE

Geograph. Bezug: Ravensbrück

LG Wien Vg 3b Vr 4566/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V999/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 861/55 (Vg 4a Vr 2269/46)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25079/55 (15 St 12232/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Volkserichtsverfahren gegen Johann BUKWA, Franz und Felix BAMLITSCHKA (im Akt auch PAWLITSCHKA und PAPTITSCHKA genannt), Johann DAS(S)EK oder TASSEK, Stefan KREJCI und N. REICHERT wegen Illegalität und Verbrechen an Juden und Angehörigen der Religionsgemeinschaft "Gesellschaft der Theosophen" in Wien-Hütteldorf im Jahr 1938

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen), § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§§ 5 StG/ 4 KVG (Mitschuld am Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
§§ 171, 173, 174Ic, IIa StG (Diebstahl) und
§ 199a StG (Meineid)

Tatvorwürfe gegen den Hauptbeschuldigten Johann BUKWA:

Illegalität, Einhebung von Mitgliedsbeiträgen und Verbreitung von illegalen Druckschriften

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der jüdischen Bevölkerung der Siedlung Eden in Wien-Hütteldorf u.a. des N. SONNENSCHNEIDER und des Adolf SCHÄRF im März 1938

Teilnahme an der Plünderung des jüdischen Lebensmittelgeschäftes SONNENSCHNEIDER in Wien-Hütteldorf, Hüttelbergstraße 59-61 im März 1938

Beteiligung an der Plünderung von Wertgegenständen der Religionsgemeinschaft "Gesellschaft der Theosophen" in Wien-Hütteldorf, Knödelhüttenstraße 64 im Juni oder Juli 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.8.1946: Anklageerhebung gegen Johann BUKWA wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 4 KVG, §§ 5 StG, 4 KVG und §§ 171, 173, 174 Ic, IIa StG

4.2.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Stefan KREJCI wegen § 199a StG und Abtretung an das allgemeine Referat

14.11.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Johann BUKWA gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

Unterbrechung des Verfahrens gegen Franz und Felix BAMLITSCHKA, N. REICHERT und Johann DAS(S)EK oder TASSEK gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtlinge)

- 14.12.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 861/55
- 4.1.1956: Hinweis der Staatsanwaltschaft Wien, daß das Verfahren gegen Felix BAMLITSCHKA und Johann DAS(S)EK oder TASSEK zu LG Wien Vg 4d Vr 271/48 ausgeschieden wurde
- 10.1.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Franz BAMLITSCHKA und N. REICHERT gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 861/55 (LG Wien Vg 4a Vr 2269/46) gegen Johann BUKWA u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält eine Namensliste von illegalen NSDAP-Mitgliedern der Siedlung Eden in Wien-Hütteldorf

AKTENVERMERK 15.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 8e Vr 861/55 (LG Wien Vg 4a Vr 2269/46)
gegen Johann BUKWA u.a. fehlen:

ONr. 27 Blatt 109

ONr. 28 Blatt 111

Biografie:

BAMLITSCHKA Felix

BAMLITSCHKA Franz

BUKWA Johann, geb. 27.4.1906 in Wien
2. Jänner 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 363.187
NS-Block- und Zellenleiter
stellvertretender Personalamtsleiter der Ortsgruppe Wolfersberg
7. März 1940: Wehrmacht
Träger der Ostmarkmedaille

DASSEK oder TASSEK Johann

KREJCI Stefan, geb. 5.11.1921 in Wien
Polizeibeamter

REICHERT N.

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 24.1.1947 (Vertagung)

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. BERGER

Richter: Dr. ASCHENBRENNER

Schöffen: Maximilian BOLLART, Leopold HERZNER und Ludwig LACNICKA

Staatsanwalt: Dr. MAYERHOFER
Verteidiger: Dr. Hans FRANK
Geograph. Bezug: Wien-Penzing
LG Wien Vg 8e Vr 861/55
(LG Wien Vg 4a Vr 2269/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V1000/1-19

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 7463/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 38891/46

Volksgerichtsverfahren gegen den Leiter der Gestapo- Außendienststelle Krems an der Donau (Niederösterreich) Karl Peter MACHER und den Gestapobeamten Erwin LINAUER wegen der Mitwirkung an der Ermordung von 44 aus Wien überstellten Häftlingen in der Strafanstalt Stein an der Donau (Niederösterreich) am 15. April 1945

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug), § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 1 KVG (Kriegsverbrechen), §§ 8 StG, 1/2 KVG (versuchte Kriegsverbrechen; Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen organisierter Verbände, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit widersprechen), § 9 StG, 1 KVG (versuchte Verleitung zur Durchführung von Kriegsverbrechen), § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen), § 134 StG (Mord) und §§ 9, 134 StG (versuchte Verleitung zum Mord)

Tatvorwürfe gegen den Hauptbeschuldigten Karl Peter MACHER:

Illegalität

Mitwirkung von MACHER und LINAUER an der Ermordung von 44 aus Wien überstellten Häftlingen in der Strafanstalt Stein am 15. April 1945

Beteiligung von MACHER und LINAUER an der Ermordung dreier Wehrmachtsangehöriger des Kriegsgefangenenlagers Gneixendorf bei Krems (Hauptmann SCHWAIGER, N. ZELENKA und N. KILIAN) am 25. April 1945

Erschießung eines reichsdeutschen Beamten

Mitwirkung an der Verhaftung, Verurteilung und Hinrichtung des V-Manns Rudolf FRAN(C)K am 4. Mai 1945 in der Strafanstalt Stein

MACHER wurde weiters beschuldigt, die Hinrichtung des nach einem Selbstmordversuch schwer verletzten Häftlings N. NOVOTNY durch Intervention bei Generalstaatsanwalt Dr. STICH forciert und die Hinrichtung befohlen zu haben.

Befehlserteilung an die dem Streifendienst zugeteilten Gestapoangehörigen, verhaftete Ausländer an Ort und Stelle zu ermorden

Mitwirkung an Misshandlungen durch Zulassung von verschärften Verhören in Stein

Einschüchterung seiner Untergebenen

MACHER bezog im Jahr 1938 in Wien-Alsergrund, Liechtensteinstraße 32/11 eine Wohnung, in der

vorher ein jüdischer Mieter namens N. SCHAPIERER gewohnt hatte. Untersuchungen in Richtung § 6 KVG wurden allerdings nicht eingeleitet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 17.5.1947: Einbeziehung des Verfahrens gegen Erwin LINAUER wegen § 134 StG in das gegenständliche Verfahren
- 6.3.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Karl MACHER und Erwin LINAUER wegen der Mitwirkung an der Ermordung von 44 aus Wien überstellten Häftlingen gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens gegen Karl MACHER wegen der Mitwirkung an der Hinrichtung eines vom Standgericht Krems zum Tode verurteilten Häftlings, der einen Selbstmordversuch unternommen hatte, gemäß § 109 StPO
Einstellung des Verfahrens gegen Karl MACHER wegen der Erschießung eines reichsdeutschen Beamten gemäß § 109 StPO
Ausscheidung des Verfahrens gegen Erwin LINAUER wegen §§ 8, 10, 11 VG zu LG Wien Vg 6e Vr 4896/47 (gegen Josef DUNKL u.a. wegen §§ 1, 3, 4 KVG betreffend Kriegsverbrechen in Stanislau)
- 6.11.1948: Anklageerhebung gegen Karl MACHER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG sowie wegen §§ 8 StG, 1/2 KVG und §§ 9, 134 StG (Aufforderung an unterstellte Beamte, verhaftete Ausländer zu ermorden)
- 10.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Karl MACHER wegen Mitwirkung an der Ermordung des Rudolf FRAN(C)K, Mitwirkungen an Misshandlungen durch Zulassung von verschärften Verhören in Stein sowie wegen Einschüchterung seiner Untergebenen gemäß § 109 StPO
- 1.3.1949: Verurteilung des Karl MACHER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 2½ Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.
Freispruch wegen §§ 8 StG, 1/2 KVG und §§ 9, 134 StG (Aufforderung an unterstellte Beamte, verhaftete Ausländer zu ermorden) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
-

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 6d Vr 7463/46 gegen Karl Peter MACHER:

Der Beschuldigte MACHER war von April 1941 bis September 1941 Angehöriger der Sicherheitspolizei und des SD Radom (Polen) sowie von 24. Dezember 1943 bis Ende September 1944 Angehöriger der Sicherheitspolizei und des SD in Athen

Im gegenständlichen Verfahren finden sich Hinweise auf

- a.) Verfahren LG Wien Vg 6e Vr 4896/47 gegen Josef DUNKL u.a. wegen Verbrechen in Stanislau
- b.) Beteiligung des Franz KLEEDORFER an der Ermordung von 44 aus Wien überstellten Häftlingen in Stein zu Kriegsende. Mitwirkung des Franz KLEEDORFER an der Ermordung von verhafteten Ausländern.
- c.) Schwere Misshandlungen von Häftlingen durch den Gestapobeamten Rudolf HITZLER in Krems zu Kriegsende
- d.) Der vorliegende Akt enthält eine Namensliste von Mitgliedern der illegalen NS-Zelle der Milchindustrie AG

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Abschriften aus folgenden Verfahren:

- 1.) LG Wien Vg 5a Vr 9185/46 gegen Anton MATULA

- 2.) LG Wien Vg 6d Vr 612/46 gegen Rudolf HITZLER
3.) LG Wien Vg 4a Vr 5143/45 gegen Franz HITTINGER
-

AKTENVERMERK 26.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt

LG Wien Vg 1 Vr 7463/46 gegen Karl Peter MACHER und Erwin LINAUER fehlen:

ONr. 2 Blatt 5
ONr. 32 Blatt 165
ONr. 131 Blatt 487

Biografie:

MACHER Karl Peter, geb. 18.11.1911 in Wien
Leiter der Gestapo-Außenstelle Krems im April 1945

28. Dezember 1932: NSDAP-Mitglieds, Nr. 1, 386.323
März 1933-Dezember 1937: Blockwart
1937: Sprengelleiter

März 1934-Juli 1935: Adjutant des Sturmbannführers (SA-Sturm 11/15)
August 1935-Februar 1936: SS-Sturm 12/III/II
1935: Mitglied der Vaterländischen Front
März 1936-April 1938: SA-Standarte III/99 Stabstrupp 41
Organisationsleiter der Ortsgruppe "Arbesbach"
Vorsitzender der Wahlkommission Sprengel 35

Teilnahme am Nürnberger Reichsparteitag 1938

6. Mai 1935-29. September 1935: Filialinspekteur der Milchindustrie AG

15. April 1936- 9. Juni 1938: Filialinspekteur bei der Milchindustrie AG in Wien

9. Juni 1938: Kriminalpolizeileitstelle Wien

21. November 1938-4. Februar 1939: Wehrdienst in Hollabrunn (Niederösterreich)

1. Mai 1939-4. August 1940: Gestapoleitstelle Wien

5. August 1940–April 1941: Sicherheitspolizeischule Berlin-Charlottenburg

Versetzung zur Sicherheitspolizei und SD nach Radom (Polen)

September 1941-Dezember 1943: Lehrer für Spionageabwehr an der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg

24. Dezember 1943-Ende September 1944: Angehöriger der Sicherheitspolizei und des SD in Athen, Mitglied des Schnellgerichts

April 1941: Beförderung zum SS-Untersturmführer

1944: Rückkehr nach Wien, Ausländerreferat der Gestapoleitstelle Wien

April 1945: Leiter der Gestapo-Außendienststelle Krems-Stein

"Alter Kämpfer"

LINAUER Erwin, geb. 16.1.1905 in Oberwagram

Gestapobeamter

Mitwirkung an der Ermordung von 44 Häftlingen in Stein an der Donau (Niederösterreich) zu Kriegsende

Teilnahme an der Hinrichtung dreier Wehrmachtsangehöriger

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 1.3.1949

Vorsitzender: LGR. Dr. DOLP

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: Marie REITSAMER, Leopold RATH und Ernst RAUSCHER

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Hermann WEYSS

Einhelliger Beschluss betreffend Schuld- und Freispruch sowie Vermögensverfall

Geograph. Bezug: Stein an der Donau (Niederösterreich)
Radom (Polen)
Athen (Griechenland)

LG Wien Vg 1 Vr 7463/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V1001/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 3680/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 24335/45

Volksgerichtsverfahren gegen Franziska STEINDL, geb. BUCHINGER wegen Gewaltverbrechen an weiblichen Häftlingen im KZ Ravensbrück von 1. Mai 1940 bis 30. Juni 1941 unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Aufseherin

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von weiblichen Häftlingen im KZ Ravensbrück von 1. Mai 1940 bis 30. Juni 1941 unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Aufseherin

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.4.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG

17.6.1946: Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage nach Eröffnung der Hauptverhandlung)

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 1g Vr 3680/45 gegen Franziska STEINDL:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich der einbezogene Akt des Bezirksgerichts Scheibbs Z 397/45 gegen Franziska STEINDL

AKTENVERMERK 19.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 1g Vr 3680/45
gegen Franziska STEINDL fehlen:

ONr. 30 Blatt 49
ONr. 31 Blatt 61
ONr. 35 Blatt 75

Biografie:

STEINDL Franziska, geb. 22.3.1920 in Ried in der Riedmark (Oberösterreich) unter dem Namen BUCHINGER

Schneiderin

1. Mai 1940-1. Juli 1941: Aufseherin im KZ Ravensbrück

Ihr Gatte Franz STEINDL war SS-Angehöriger und im KZ als Kraftfahrer und Automechaniker tätig

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 17.6.1946

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. MIRONOVICI

Richter: OLGR. Dr. LAHR

Schöffen: Johann HACKER, Karl LUX und Felix WERNER

Staatsanwalt: Dr. AGGERMANN

Verteidiger: Dr. Konrad SENGBRATL

Einstimmiger Beschluss über den Freispruch sowie über die Zuerkennung einer Haftentschädigung

Geograph. Bezug: Ravensbrück

LG Wien Vg 1g Vr 3680/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V1002/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 4409/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16203/46

Volksgerichtsverfahren gegen Franz STEINDL- Ehemann der Aufseherin Franziska STEINDL- wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von weiblichen Häftlingen im KZ Ravensbrück von 1. Juli 1940 bis März/April 1941 unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von weiblichen Häftlingen im KZ Ravensbrück von 1. Juli 1940 bis März/April 1941 unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.7.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 6a Vr 4409/46 gegen Franz STEINDL:

Im Akt finden sich Hinweise darauf, dass der Beschuldigte von den jugoslawischen Behörden als Kriegsverbrecher gesucht wurde.

Biografie:

STEINDL Franz, geb. 9.9. 1915 in Wien

Automechaniker
Ehemann der Aufseherin Franziska STEINDL, geb. BUCHINGER

Juli 1939: Eintritt in die allgemeine SS
Juli 1940-Ostern 1941: Dienst im KZ Ravensbrück
1. Oktober 1940: Übernahme in die Waffen-SS
Versetzung nach Russland
1943: Versetzung nach Kroatien
22. Februar 1945: Versetzung nach Ungarn
SS-Oberscharführer

Geograph. Bezug: Ravensbrück

LG Wien Vg 6a Vr 4409/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1184
DÖW-Signatur V1003/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 4223/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23452/47

Volksgerichtsverfahren gegen Friedrich ÜRGEDI -genannt "MALI Fritzl" wegen Denunziation und Gewaltverbrechen an Häftlingen im KZ Ravensbrück von Dezember 1943 bis Ende 1944 unter Ausnützung dienstlicher Gewalt als Angehöriger der Lagerwache

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Gewaltverbrechen an Häftlingen im KZ Ravensbrück von Dezember 1943 bis 1944 unter Ausnützung dienstlicher Gewalt als Angehöriger der Lagerwache

Misshandlung der österreichischen Staatsbürgerin N. RIFFEL durch Schläge

Denunziation des polnischen Häftlings Leszek STANIEWSKI.
Dem Betroffenen wurde aus dem Frauenlager ein Brief zugeworfen. ÜRGEDI zeigte diesen Sachverhalt an und STANIEWSKI erhielt 50 Stockhiebe und Bunkerhaft

Denunziation einer Nonne, die einem russischen Häftling Brot zugesteckt hatte.
Ein Außenkommando von KZ-Häftlingen arbeitete in einem Sanatorium, in welchem Nonnen als Krankenschwestern beschäftigt waren. Die Nonne wurde verwarnt, der Häftling erhielt eine Prügelstrafe.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.1.1948: Anklageerhebung wegen §§ 4, 7 KVG

11.3.1948: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

AKTENVERMERK 21.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 12c Vr 4223/47
gegen Friedrich ÜRGEDI fehlt:

ONr. 2 Blatt 61

Biografie:

ÜRGEDI Friedrich, geb. 23.7.1919 in Bratislava
Angehöriger der Lagerwache in Ravensbrück

1939-1943: kosmetischer Laborant in Preßburg
Mitglied der "Deutschen Partei"
November 1943: Angehöriger der Waffen-SS
Dezember 1943-Ende 1944: Angehöriger der Lagerwache in Ravensbrück

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 11.3.1948

Vorsitzender: Dr. MITTERER

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: Karl BAKOCZ, Josef BITTMANN und Ludwig DIETRICH

Staatsanwalt: Dr. HELMREICH

Verteidiger: Dr. Egon TIPPOW, Armenverteidiger

Einstimmiger Beschluss über den Freispruch

Geograph. Bezug: Ravensbrück

LG Wien Vg 12c Vr 4223/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1004/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6c Vr 563/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 31883/45

Volksgerechtheitsverfahren gegen Elisabeth SCHMID, geb. HYBLER wegen Gewaltverbrechen an weiblichen KZ-Häftlingen in den Lagern Schloss Lichtenburg und Ravensbrück von November 1938 bis Juli 1939 unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Aufseherin

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Gewaltverbrechen an weiblichen KZ-Häftlingen in den Lagern Schloss Lichtenburg (von 1. November 1938 bis Mai 1939) und Ravensbrück (Mai 1939 bis 25. Juli 1939) unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Aufseherin

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.7.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Biografie:

SCHMID Elisabeth, geb. 26.10.1905 in Wien unter dem Namen HYBLER

Lohnbuchhalterin

Geograph. Bezug: Lichtenburg bei Pretin, Kreis Torgau und
Ravensbrück

LG Wien Vg 6c Vr 563/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1005/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 1614/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11331/45

Volksgerichtsverfahren gegen Walter ECKERT, Theresia und Elisabeth HUBER sowie Gustav ULLMANN
wegen Denunziation des Anton HASTIK aus politischer Gehässigkeit beim
Gendarmeriepostenkommando Wien-Oberlaa im Juni 1938

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwurf:

Denunziation des Anton HASTIK wegen Beleidigung des Führers Adolf HITLER durch Theresia HUBER,
ihre Tochter Elisabeth, Walter ECKERT und Gustav ULLMANN in Wien-Oberlaa im Juni 1938. HASTIK
wurde zu 4 Monaten Arrest verurteilt (LG Wien 9 Vr 3183/38)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Theresia HUBER gemäß § 224 StG (Tod der
Beschuldigten)
- 7.3.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Elisabeth HUBER gemäß § 109 StPO (Einstellung
der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 17.11.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter ECKERT und Gustav ULLMANN zu LG
Wien Vg 3c Vr 7315/47

AKTENVERMERK 22.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Akt
LG Wien Vg 3c Vr 1614/45 gegen Theresia und Elisabeth HUBER fehlt:

ONr. 14 Blatt 20

Biografie:

ECKERT Walter, geb.
HUBER Elisabeth, geb. 18.11.1908 in Winden (Burgenland)

HUBER Theresia, geb. 23.10.1884 und verstorben am 25.9.1943

ULLMANN Gustav, geb.

Geograph. Bezug: Wien-Oberlaa

LG Wien Vg 3c Vr 1614/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1006/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 7384/48
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 48170/48

Volksgerichtsverfahren gegen Olga KÜNZEL wegen Illegalität und Verteilung des Dr. HERLAND aus seiner Wohnung in Wien-Landstraße, Adamsgasse 5/8 im Jahr 1939

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Verteilung von illegalen Zeitschriften

Vertreibung des jüdischen Mieters Dr. HERLAND aus seiner Wohnung in Wien-Landstraße, Adamsgasse 5/8 im Jahr 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.2.1949: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Biografie:

KÜNZEL Olga, geb. 26.11.1910 in Wien
Schneiderin
April 1932: NSDAP-Mitglied
1. Mai 1938: Nr. 6, 270.339

Geograph. Bezug: Wien-Landstraße

LG Wien Vg 2d Vr 7384/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1007/1-17

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 3377/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 21980/45

Volksgerichtsverfahren gegen Dr. Hugo SEKYRA wegen Illegalität, Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Dr. Alfred HEINRICH und Denunziation des Johann ENGL in Mannersdorf (Niederösterreich)

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität), § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und § 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Gemeindefeldarztes von Mannersdorf (Niederösterreich) Dr. Alfred HEINRICH im Jahr 1938. Dr. HEINRICH wurde unter Ausnutzung der nationalsozialistischen Machtverhältnisse in das Burgenland versetzt.

Denunziation des Johann ENGL wegen verbotenen Umgangs mit einer Polin im Juni 1940 in Mannersdorf

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 22.6.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 7b Vr 4170/46 gegen Dr. Hugo SEKYRA in das gegenständliche Verfahren
- 9.9.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 7/1 KVG
- 19.9.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 8.2.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Ausscheidung des Verfahrens wegen § 7 KVG

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 11e Vr 3377/45 gegen Dr. Hugo SEKYRA:

Im gegenständlichen Akt befindet sich

- a.) Einbezogene Verfahren LG Wien Vg 7b Vr 4170/46 gegen Dr. Hugo SEKYRA sowie eine
- b.) Urteilsabschrift aus LG Wien Vg 1c Vr 2231/45 gegen Johann ASSL und Alois ZINSMEISTER

AKTENVERMERK 22.7.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11e Vr 3377/45 gegen Dr. Hugo SEKYRA fehlen:

ONr. 70 Blatt 203

ONr. 76 Blatt 215

Biografie:

SEKYRA Hugo Dr., geb.18.1.1886 in Wien, gest. 1.10.1953

Gemeinde- und Kreisarzt in Mannersdorf am Leithagebirge (Niederösterreich)

26.1.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 783.953

Gründer der NSDAP in Bruck an der Leitha (Niederösterreich)

Bezirksführer der NSDAP

SA-Sturmführer

4. September 1934-5. November 1934: Anhaltelager Wöllersorf

November 1937: Flucht nach Deutschland

1938-Kriegsende: Gemeinde- und Kreisarzt

SA-Sanitätsobersturmbannführer

Juni 1938: Kreisamtsleiter für Volksgesundheit

Februar 1943-Juni 1944: Bürgermeister in Mannersdorf am Leithagebirge

Träger der Ostmarkmedaille

Träger des Ehrenzeichens für deutsche Volkspflege

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 8.2.1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: OLGR. Dr. IRO

Schöffen: Paul HATWAGNER, Marie HEIDLMAJR und Engelbert HENGEL

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Hermann STURM für Dr. Theodor CZECHOWSKI

Einstimmiger Beschluss über Ausscheidung des Verfahrens wegen § 7 KVG, Schuld und Strafausmass

Geograph. Bezug: Mannersdorf (Niederösterreich)

LG Wien Vg 11e Vr 3377/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1008/1-13

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12c Vr 5423/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29815/47

Volksgerichtsverfahren gegen Erich HAHN wegen Denunziation der Rachel FINSTER, des Franz HELLER und des Martin SCHAIER in Wien-Innere Stadt am 23. Mai 1941

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation),
§ 7/2d KVG (Denunziation aus eigennützigen Beweggründen) und
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Tatvorwurf:

Denunziation der Rachel FINSTER, des Franz HELLER und des Martin SCHAIER wegen
Devisenvergehen in Wien-Innere Stadt, Salztorgasse 1 am 23. Mai 1941.

Erich HAHN, der Jude war, arbeitete als Spitzel für N. RIEK (auch RILK genannt), der ihm wegen Umgangs mit einem arischen Mädchen mit einer Anzeige wegen Rassenschande drohte. Auf Weisung des N. RIEK nahm HAHN mit HELLER Kontakt auf und begleitete ihn in dessen Wohnung. Zwei Gestapobeamte nahmen eine Perlustrierung der in der Wohnung anwesenden Personen vor. Rachel FINSTER, die später in einem KZ verstarb, Franz HELLER und Martin SCHAIER wurden zur Zollfahndungsstelle mitgenommen. Im Fall der Rachel FINSTER lag aus Sicht der Staatsanwaltschaft eine Denunziation mit Todesfolge vor.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 29.12.1947: Anklageerhebung wegen § 7 Abs. 1/2 lit. d KVG und wegen § 7/3 KVG
- 15.4.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 7/2 KVG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Kein Vermögensverfall.
- 15.6.1948: Urteilsaufhebung durch den Obersten Gerichtshof (5 Os 114/48). Aus Sicht des Obersten Gerichtshofes stellte eine Unterstützung der staatlichen Behörden wie in diesem Fall nicht automatisch eine Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dar. Somit fehlten für den OGH wesentliche Merkmale für den Tatbestand einer Denunziation.
- 20.6.1948: Verfahrenseinstellung gemäß § 227 StPO StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 12c Vr 5423/47 gegen Erich HAHN:

Im gegenständlichen Akt finden sich Hinweise auf das Verfahren LG Wien 102a Vr 2030/41 gegen Erich HAHN wegen Einbruch, Diebstahl und Veruntreuung

AKTENVERMERK 5.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 12c Vr 5423/47 gegen Erich HAHN fehlen:

ONr. 21	Blatt 121
ONr. 23	Blatt 125
ONr. 36	Blatt 165
ONr. 48	Blatt 219

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

HAHN Erich, geb. 27.12.1903 in Wien

Journalist

1932-1933 Reporter beim "Berliner 8 Uhr Abend-Blatt"
1933-1935: Reporter bei der "Ö.Z. Am Abend"
1935-1937: Journalist
Februar 1937-März 1938: Reporter A.P. (Asotiated Press)
1938-1940: Arbeitslager Braunkirchen und eisenerz
Jänner 1946: Redakteur beim "Wiener Kurier"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 15.4.1948

Vorsitzender: Richter Dr. MITTERER

Richter: Dr. SCHLINGER

Schöffen: Marie MACH, Karl PICHLER und Johann KRAFT

Staatsanwalt: Dr. AGGERMANN

Verteidiger: Dr. Raimund BILLITER für Dr. Michael STERN

Einstimmiger Beschluss über Schuld, Strafausmaß und Absehung vom Verfall des Vermögens

Geograph. Bezug: Wien-Innere Stadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12c Vr 5423/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1009/1-25

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 3588/47 (Vg 2d Vr 272/45)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 26594/48 (15 St 6237/45)

Volksgerichtsverfahren gegen Aloisia und Johann HAUPTFLEISCH, den Zellenleiter Franz KORPITSCH und den Ortsgruppenleiter Josef MORAWETZ wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Favoriten in den Jahren 1938 und 1939

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§§ 171ff StG (Diebstahl) und
§ 26 Waffengesetz

Tatvorwürfe:

Illegalität

Durchführung einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der Ella MARIAN-NEUMANN in Wien-Favoriten, Leibnitzgasse 2, durch HAUPTFLEISCH und KORPITSCH im Auftrag des Ortsgruppenleiters Josef MORAWETZ. Beschlagnahme von Schmuck, Geld und anderen Vermögenswerten am 10. November 1938 („Novemberpogrom"). Gewaltsame Aneignung des von Frau MARIAN-NEUMANN am Körper getragenen Schmucks durch HAUPTFLEISCH.

Arisierung der Wohnung und des Lederwarengeschäftes der Brüder FISCHMANN in Wien-Favoriten, Quellenstraße 107 durch Johann HAUPTFLEISCH im Jänner 1939. Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des N. FISCHMANN durch HAUPTFLEISCH.

Arisierung des Taschner- und Lederwarengeschäftes der Rudolfine LEINER in Wien-Favoriten, Favoritenstraße 88, durch MORAWETZ am 12. Dezember 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.10.1945: Unterbrechung des Verfahrens gegen Franz KORPITSCH und Josef MORAWETZ gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

5.7.1946: Anklageerhebung gegen Johann HAUPTFLEISCH wegen §§ 3, 4, 6 KVG

16.7.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann HAUPTFLEISCH wegen §§ 171 ff StG (Teilnahme an Plünderungen beim Einmarsch der Roten Armee) und § 26 Waffengesetz (Erwerb und Besitz einer Pistole) zu LG Wien 21 Vr 7435/46

Ausscheidung des Verfahrens gegen Aloisia HAUPTFLEISCH wegen §§ 171 ff StG und Abtretung an das allgemeine Referat

29.10.1946: Verurteilung des Johann HAUPTFLEISCH wegen §§ 3, 4, 6 KVG zu 4 Jahren schweren

Kerkers. Vermögensverfall.

20.5.1947: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 2d Vr 3588/47

Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 5b Vr 1936/47 gegen Josef MORAWETZ in den gegenständlichen Akt

11.6.1948: Anklageerhebung gegen Josef MORAWETZ wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

21.6.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz KORPITSCH zu LG Wien Vg 2d Vr 4774/48

31.8.1948: Verurteilung des Josef MORAWETZ wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG und § 6 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Detailinformationen zu LG Wien Vg 2d Vr 3588/47 gegen Johann HAUPTFLEISCH:
Im gegenständlichen Akt befindet sich

a.) Einbezogene Verfahren LG Wien Vg 5b Vr 1936/47 gegen Josef MORAWETZ

b.) Einbezogene Verfahren LG Linz Vg 8 Vr 2799/46 gegen Josef MORAWETZ

c.) Belastendes Sachverständigengutachten von Paul RICHTER betreffend Arisierung der Firma Rudolfine LEINER (Arisierungsakt Nr. 2156)

AKTENVERMERK 4.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 2d Vr 3588/47 (LG Wien Vg 2d Vr 272/45) gegen Johann HAUPTFLEISCH fehlt:

ONr. 107 Blatt 335/337

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HAUPTFLEISCH Johann, geb. 1.9.1887 in Wien
Schuhmacher

NSDAP-Blockleiter
Mai 1938: Blockhelfer

KORPITSCH Franz, geb. ?
Zellenleiter
1939: Berlin

MORAWETZ Josef, geb. 26.1.1897 in Wien
27. April oder Juni 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 609.924 oder 1, 669.024
25. Juli 1935-September 1936: Polizeihäft
Juli 1938-Februar 1939: Leiter der Ortsgruppe Quellenplatz

Leiter der Ortsgruppe Rotenhof

Kreishauptstellenleiter im Kreis IV bis 1945

Blutordensträger Nr. 3176

Träger der Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 29.10.1946 gegen Johann HAUPTFLEISCH

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYR

Schöffen: Hans SCHMELZER, Moritz KOLESA und Karl PELLET

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Franz K. VONDRAK

Einstimmiger Beschluss über Schuld, Strafausmass und Vermögensverfall

Hauptverhandlung vom 31.8.1948 gegen Josef MORAWETZ

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: Ludwig HOF, Franz KLETECKA und Rudolf WARINGER

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Rudolf STONITSCH

Einstimmiger Beschluss über Vermögensverfall und über die Schuld des Angeklagten nach §§ 10/1 u. 11 VG sowie nach § 6 KVG (Faktum LEINER).

Bezüglich der Verschuldensfrage im Faktum Marian-Neumann stimmten die drei Schöffen und der beisitzende Richter für die Qualifikation einer verwerflichen Handlung, der Vorsitzende für die Annahme eines Verschuldens nach § 6 KVG, § 5 StG (4:1)

Bei der Festsetzung des Strafausmaßes stimmten die drei Schöffen und der beisitzende Richter für 2 Jahre, der Vorsitzende für zweieinhalb Jahre (4:1)

Geograph. Bezug: Wien-Favoriten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 3588/47
(LG Wien Vg 2d Vr 272/45)

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1010/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 659/50
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25700/50

Volksgerechtheitsverfahren gegen Gustav FRANZL, kommissarischer Verwalter des Taschner- und Lederwarengeschäftes der Rudolfine LEINER in Wien-Favoriten, Favoritenstraße 88 wegen Aneignung von 6.000.- RM aus dem Besitz der Rudolfine LEINER

wegen (§§): § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwurf:

Gustav FRANZL war kommissarischer Verwalter des Taschner- und Lederwarengeschäftes der Rudolfine LEINER in Wien-Favoriten, Favoritenstraße 88 vom 16. September bis 1. Dezember 1938. Rudolfine LEINER beschuldigte ihn, sie zur Herausgabe von 6.000.- RM gezwungen zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.6.1952: Verfahrenseinstellung wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Detailinformationen zu LG Wien Vg 8e Vr 659/50 gegen Gustav FRANZL:

Im gegenständlichen Akt finden sich Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 2d Vr 3588/47 gegen Josef MORAWETZ u.a.

AKTENVERMERK 10.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 659/50 gegen Gustav FRANZL fehlt:

ONr. 16 Blatt 35

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

FRANZL Gustav, geb. 26.10.1913 in Wien
kommissarischer Verwalter

Geograph. Bezug: Wien-Favoriten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 659/50

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1011/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 2303/48
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14008/48

Volkserichtsverfahren gegen Josef FEICHTEGGER wegen Illegalität und Arisierung des Café RITTER,
Besitzer Paul und Isidor STRASSER, in Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 73 am 17. Oktober 1938

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung des Café Ritter in Wien-Mariahilf, Besitzer Paul und Isidor STRASSER, Mariahilferstraße 73
am 17. Oktober 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.9.1948: Anklageerhebung wegen § 6 KVG
- 18.9.1948: Verfahrenseinstellung wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 5.11.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 6 KVG zu 6 Monaten schweren Kerkers. Kein
Vermögensverfall.

Detailinformationen zu LG Wien Vg 7d Vr 2303/48 gegen Josef FEICHTEGGER:

Im gegenständlichen Akt befindet sich

- a.) Einbezogener Akt LG Innsbruck 10 Vr 755/48 gegen Josef FEICHTEGGER
- b.) Belastendes Sachverständigengutachten Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK

AKTENVERMERK 10.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 7d Vr 2303/48 gegen Josef FEICHTEGGER fehlt:

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:
FEICHTEGGER Josef, geb. 19.3.1890 in Mariazell (Steiermark)
2. Februar 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 452.166
bis 1935: Hotelier in Mariazell

1935: Flucht nach Deutschland
März 1938: Rückkehr nach Österreich

Gauakt Nr. 290.096

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 5. November 1948 gegen Josef FEICHTEGGER

Vorsitzender: OLGR. Dr. WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. EXENBERGER

Schöffen: Emmerich PERESZTEGI, Konrad ZEHETNER und Leondine SEMPER

Staatsanwalt: Dr. MAYERHOFER

Verteidiger: Dr. Franz PICHLER für Dr. Max SCHEFFENEGGER

Einstimmiger Beschluss über Schuld, Strafausmass und Vermögensverfall

Geograph. Bezug: Wien-Mariahilf

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 2303/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1012/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 3120/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14698/47

Volksgerichtsverfahren gegen Rudolf SCHÜPFERLING wegen Registrierungsbruch und Illegalität

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch) und
§§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbruch

Illegalität, SS-Angehöriger seit 1. Juni 1936

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.7.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 8d Vr 3872/47 gegen Rudolf
SCHÜPFERLING in das gegenständliche Verfahren

11.3.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/2, 11 VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung
der Anzeige)

Detailinformationen zu LG Wien Vg 3c Vr 3120/47 gegen Rudolf SCHÜPFERLING:

Im gegenständlichen Akt befindet sich

a.) Einbezogene Akt LG Wien Vg 8d Vr 3872/47 gegen Rudolf SCHÜPFERLING

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten::

SCHÜPFERLING Rudolf, geb. 27.5.1916 in Steinfeld
1.6.1936: SS-Angehöriger, Nr. 320.790

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 3120/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1185
DÖW-Signatur V1013/1-11

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 7d Vr 4776/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14698/46

Volksgerechtsverfahren gegen Dr. Erich MÜLLSCHITZKY wegen Illegalität, Amtsmissbrauch in seiner Funktion als Polizeiarzt zwischen 1934 und 1938 und wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Hermann WENDL im März 1938

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Spenden für die illegale NSDAP

Begünstigung verhafteter Nationalsozialisten in seiner Funktion als Amtsarzt der
Polizeikommissariate 18 und 19 zwischen 1934 und 1938

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Hermann WENDL im März 1938. Der Betroffene wurde unmittelbar vor seinem Abtransport nach Dachau von Dr. MÜLLSCHITZKY mit dem Zähneein schlagen bedroht.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.11.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/2, 11 VG, § 4 KVG und § 101 StG gemäß §
109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

MÜLLSCHITZKY Erich Dr., geb. 28.4.1900 in Geppersdorf (Mähren)

Oberstabsarzt

1921: SA-Mitglied

Winter 1921/1922: Beteiligung an der Sprengung eines Vortrages des Arztes Magnus
Hirschfeld im Wiener Konzerthaus

15. Juni 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 084.150

1. August 1934-1938: Amtsarzt in den Polizeikommissariaten 18 und 19

21. Juni 1938: Ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD

1. Juni 1941: SS-Angehöriger, Nr. 393.302

Oktober 1939-Ende April 1945: Oberstabsarzt der Polizei

"Alter Kämpfer"
SS-Sturmbannführer
SS-Obersturmbannführer
Mitglied des nationalen Verbandes Deutscher Offiziere
Kompagnieführer beim Deutschen Wehrbund
Formationsarzt beim Freikorps "Oberland"
Gauakt Nr. 270.706

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 7d Vr 4776/47

FStN-Mikrofilm Nr.

DÖW-Signatur V1014/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 2191/48

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7818/48

Volksgerechtheitsverfahren gegen Karl BELKHOFER, Hans DÖRFLER, Eugen KAROLY, Karl NEUHUBER, Dipl.-Ing. Walter RAFELSBERGER (im Akt auch RAFFELSBERGER genannt), Anton ROHRHOFER, Alfred WAIDMANN und Dr. Franz WINTER wegen Wiederbetätigung ("Aktion Zucker")

wegen (§§): § 3a VG (Wiederbetätigung; Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung einer gesetzlich aufgelösten nationalsozialistischen Organisation oder Gründung einer Verbindung zum Zwecke der Betätigung im nationalsozialistischen Sinn) und

§ 3g VG (Betätigung im nationalsozialistischen Sinn)

Tatvorwürfe:

Wiederbetätigung ("Aktion Zucker")

Wiederherstellung einer gesetzlich aufgelösten nationalsozialistischen Organisation

Errichtung einer NS-Untergrundbewegung. Bei den Mitgliedern dieser Gruppe handelte es sich vorwiegend um aus Wien stammende, vielfach unter falschen Namen sich versteckt haltende, ehemalige führende Nationalsozialisten wie Kreisleiter oder Gauorganisationsleiter

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter RAFELSBERGER, Hans DÖRFLER, Karl NEUHUBER, Anton ROHRHOFER, Karl BELKHOFER, Alfred WAIDMANN, Eugen KAROLY und Franz WINTER aus dem Akt LG Linz Vg 8 Vr 467/47 und Delegation des Verfahrens nach Wien

5.1.1948: Beschluss des Obersten Gerichtshofs auf Zuweisung des Linzer Verfahrens gegen Walter RAFELSBERGER und 7 weitere Beschuldigte an das Volksgericht Wien

20.2.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter RAFELSBERGER, Hans DÖRFLER, Karl NEUHUBER, Anton ROHRHOFER, Karl BELKHOFER und Alfred WAIDMANN wegen § 3a VG und gegen Eugen KAROLY und Franz WINTER wegen § 3g VG aus dem Verfahren LG Wien Vg 6b Vr 5746/46 (gegen Walter RAFELSBERGER u.a.)

4.6.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl BELKHOFER und Hans DÖRFLER wegen § 24 Passgesetz und Abtretung an das allgemeine Referat zu LG Wien 22 Vr 7455/48

27.1.1949: Einstellung des Verfahrens gegen RAFELSBERGER, BELKHOFER, NEUHUBER, WAIDMANN, DÖRFLER und ROHRHOFER wegen § 3a VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Eugen KAROLY und Franz WINTER wegen § 3g VG gemäß § 109 StPO

Detailinformationen zu LG Wien Vg 6b Vr 2191/48 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.

Das gegenständliche Akt enthält Abschriften beziehungsweise Hinweise zu folgenden Verfahren

- a.) LG Wien Vg 6b Vr 5746/46 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.
- b.) LG Wien Vg 8e Vr 5097/47 gegen Hans DÖRFLER
- c.) LG Linz Vg 8 Vr 467/47 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.
- d.) Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6348/47 gegen Karl BELKHOFER
- e.) LG Wien Vg 8f Vr 3149/47 gegen Franz WINTER
- f.) LG Wien Vg 7d Vr 1978/47 gegen Eugen KAROLY
- g.) LG Wien Vg 8f Vr 3789/47 gegen Anton ROHRHOFER
- h.) LG Wien Vg 2a Vr 7070/46 gegen Karl NEUHUBER
- i.) LG Wien Vg 2 Vr 6790/46 gegen Alfred WAIDMANN

Einbezogene Akten:

LG Linz Vg 8 Vr 4568/47 gegen Hans DÖRFLER
LG Linz Vg 8 Vr 5102/46 gegen Hans DÖRFLER

LG Linz Vg 8 Vr 4425/47 gegen Walter RAFELSBERGER
AKTENVERMERK 12.8.2004:

Aus dem vorliegenden Verfahren LG Wien Vg 6b Vr 2191/48 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.
fehlen:

ONr. 2 Blätter 293-297
und 373

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BELKHOFER Karl, geb. 12.2.1904 in Köresör, Bezirk Lasko (Ungarn)

1. Oktober 1930: NSDAP
Sprengelleiter in Wien-Meidling
Juni 1938: hauptamtlicher Amtsleiter der NSDAP
Organisationsleiter
Oktober 1940: kommissarische Führung des Kreises X
1943: Ernennung zum Kreisleiter

DÖRFLER Hans, geb. 7.3.1907 in Wien
Kreisleiter des Kreises IV in Wien

3. Februar 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 784.204

KAROLY Eugen, geb. 1.3.1906 in Wien

1. November 1933-23. Oktober 1940: NSDAP-Mitglied, Nr. 3, 332.497

Blutordensträger, Nr. 2551

Teilnahme am Juliputsch 1934

Mischling 1. Grades (Zurücklegung der Parteimitgliedschaft und Rückgabe des Blutordens)

NEUHUBER Karl, geb. 13.4.1904 in Steindlberg (Oberösterreich)

Kreispersonalamtsleiter

Abschnittsleiter

NSDAP-Mitglied Nr. 1, 604.622

Blutordensträger Nr. 3419

RAFELBERGER Walter Dipl.-Ing., geb. 4.8.1899 in Wien

1. Mai 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 616.497

Propagandaleiter in Judenburg

SS-Angehöriger, Nr. 293.726

SS-Brigadeführer

Mitwirkung an Anschlägen auf Eisenbahnzüge und Bahnhöfe (Gruppe Ing. Woitsche)

Staatskommissar in der Privatwirtschaft

Leiter der Vermögensverkehrsstelle

SS-Brigadeführer

ROHRHOFER Anton, geb. 3.2.1898 in Hadersdorf-Weidlingau

seit 1932 Parteimitglied, Nr. 1,084.147

Bezirksleiter in Wien-Währing

Kreisorganisationsleiter

Kreisamtsleiter und stellvertretender Kreisleiter in Wien-Innere Stadt

WAIDMANN Alfred, geb. 13.12.1903 in Wien

Mitglieds Nr. 361.212

Kreisleiter des Kreises Wien-Ottakring

Abschnittsleiter beim Stellungsbau "Südostwall", Abschnitt Engerau

Blutordensträger Nr. 2760

Träger der Dienstauszeichnung in Bronze

Gauakt Nr. 62.200

WINTER Franz, geb. 21.7.1897 in Wien

März 1931: NSDAP-Mitglied

Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Rossauerlände

Volkssturmführer

Geograph. Bezug: Österreich

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 2191/48

FStN-Mikrofilm Nr.

DÖW-Signatur V1015/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 5746/46

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7838/48 (15 St 28519/45, 15 St 11762/55)

Volksgerichtsverfahren gegen Dipl.-Ing. Walter RAFELSBERGER (im Akt auch RAFFELSBERGER genannt), Karl BELKHOFER, Hans DÖRFLER, Eugen KAROLY, Karl NEUHUBER, Anton ROHRHOFER, Alfred WAIDMANN und Dr. Franz WINTER wegen Illegalität, Funktion im NS-Regime, missbräuchlicher Bereicherung und Wiederbetätigung ("Aktion Zucker")

wegen (§§): § 3a VG (Wiederbetätigung; Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung einer gesetzlich aufgelösten nationalsozialistischen Organisation oder Gründung einer Verbindung zum Zwecke der Betätigung im nationalsozialistischen Sinn),

§ 3g VG (Betätigung im nationalsozialistischen Sinn)

§ 8 VG (Registrierungsbetrug),

§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),

§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),

§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und

§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk) und

§ 199 StG (Betrug; Dokumentenfälschung)

Tatvorwürfe betreff. den Hauptbeschuldigten Dipl.-Ing. Walter RAFELSBERGER:

NS-Propagandaleiter in Judenburg (Steiermark)

Mitwirkung an Sprengstoffanschlägen auf Bahnhöfe und Eisenbahnzüge (Gruppe Ing. Fritz WOITSCHKE) unter dem Decknamen RABLES, RABL und RAFFL

Funktion im NS-Regime (SS-Brigadeführer)

Leiter der Vermögensverkehrsstelle in Wien. Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Jüdinnen und Juden sowie Aneignung von Vermögenswerten im Rahmen von Arisierungen.

Staatskommissar für die Privatwirtschaft

Mitwirkung an der Arisierung des Kaufhauses GERNGROSS in seiner Funktion als Staatskommissar für die Privatwirtschaft. Ernennung des Abteilungsleiters der Vermögensverkehrsstelle (VVSt) Dipl. Kaufmann Fritz KRAUS zum Generaldirektor der Gerngross AG auf Wunsch RAFELSBERGERS.

Sonderbeauftragter des Rüstungsministers Albert SPEER

Wiederbetätigung ("Aktion Zucker")

Kontaktaufnahme mit dem Führer der NS-Untergrundbewegung, dem ehemaligen Kreisleiter Anton ROHRHOFER

Wiederherstellung einer gesetzlich aufgelösten nationalsozialistischen Organisation

Verfassung einer Erklärung des politischen Standpunktes der ehemaligen Nationalsozialisten in Österreich

Verbreitung von NS-Gedankengut

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 29.1. 1947: Verhaftung des Walter RAFELSBERGER in Innsbruck und Übergabe an die Sicherheitsabteilung der französischen Kontrollmission in Innsbruck
- 20.6.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen RAFELSBERGER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
10. 9.1947: Überstellung des Walter RAFELSBERGER im Auftrag der US-Militärverwaltung zwecks Einvernahme als Zeuge nach Nürnberg
- 20.2.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter RAFELSBERGER, Hans DÖRFLER, Karl NEUHUBER, Anton ROHRHOFER, Karl BELKHOFER und Alfred WAIDMANN wegen § 3a VG und gegen Eugen KAROLY und Franz WINTER wegen § 3g VG zu LG Wien Vg 6b Vr 2191/48 (gegen Walter RAFELSBERGER u.a.)
- Ausscheidung des Verfahrens gegen Hans DÖRFLER wegen §§ 8, 10, 11 VG und §§ 1/6, 2, 3, 4, 5a, 6 KVG zu LG Wien Vg 8e Vr 5097/47
- 18.2.1949: Fortsetzung des Verfahrens gegen Ing. Walter RAFELSBERGER
- 18.10.1949: Unterbrechung des Verfahrens gegen RAFELSBERGER gemäß § 412 StPO
- 11.4.1957: Einstellung des Verfahrens gegen Dipl.Ing. Walter RAFELSBERGER wegen §§ 10, 11 VG, § 1/6, § 6 KVG und § 8 KVG gemäß NS-Amnestie 1957

Detailinformationen zu LG Wien Vg 6b Vr 5746/46 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.

Walter RAFELSBERGER wurde vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal als Zeuge vernommen. Er erhielt am 6. Oktober 1948 einen zehntätigen Hafturlaub und tauchte unter.

Das gegenständliche Akt enthält Abschriften beziehungsweise Hinweise zu folgenden Verfahren

- a.) LG Wien Vg 6b Vr 2191/48 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.
- b.) LG Wien Vg 8e Vr 5097/47 gegen Hans DÖRFLER
- c.) LG Linz Vg 8 Vr 467/47 gegen Walter RAFELSBERGER u.a.
- d.) LG Innsbruck 10 Vr 1953/47 gegen Walter RAFELSBERGER

e.) LG Linz Vg 8 Vr 4425/47 gegen Walter RAFELBERGER

f.) Arisierungssakt Nr. 3801 betreff. Kaufhaus GERNGROSS

AKTENVERMERK 17.8.2004:

Aus dem vorliegenden Verfahren LG Wien 6b Vr 2191/48 gegen Walter RAFELBERGER u.a. fehlt:

ONr. 30 Blatt 139

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

RAFELBERGER Walter Dipl.-Ing., geb. 4.8.1899 in Wien
Betriebsingenieur der steirischen Gußstahlwerke in Judenburg

- 1. Mai 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 616.497
Propagandaleiter in Judenburg
politischer Leiter in der Landesgeschäftsführung
- Mitte Jänner 1935: Stellvertreter des oberöstr. HJ- Landesleiters BOLEK
geplante Herausgabe einer NS-Zeitung unter dem Titel "Deutsche Gemeinschaft"
- Oktober 1936-März 1938: Aufenthalt in Deutschland (Österr. Flüchtlingshilfswerk in Berlin)
- 23. März 1938: SS-Angehöriger, Nr. 293.726
SS-Sturmbannführer
SS-Obersturmbannführer
- Juli 1938: SS-Standartenführer
Leiter der Vermögensverkehrsstelle bis 1. September 1939
Gauwirtschaftsberater der Gauleitung Wien
- 1. September 1939: Ernennung zum Stadtrat für die wirtschaftlichen Unternehmungen bei der Gemeinde Wien
- 2. Februar 1940: Ernennung zum Staatskommissar
- 1. März 1941: Ernennung zum Stadtrat, Leiter der Hauptabteilung F, Wohlfahrt und Jugendpflege
Herbst 1944: Berufung ins Rüstungsministerium, Leiter für die Vereinfachung der Prüf- und Materialwareneinsparung, Sonderbeauftragter des Reichsministers Speer
- SS-Brigadeführer
Mitwirkung an Anschlägen auf Eisenbahnzüge und Bahnhöfe (Gruppe Ing. Woitsche)
Staatskommissar in der Privatwirtschaft
Leiter der Vermögensverkehrsstelle
SS-Brigadeführer

nach Kriegsende lebte er bis zu seiner Verhaftung im Jänner 1947 in Innsbruck unter den Namen Wilhelm REITBAUER und Wilhelm ROTTMANN in Österreich

Geograph. Bezug: Wien, Steiermark
Österreich

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr 5746/46

FStN-Mikrofilm Nr.

DÖW-Signatur V1016/1-17

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 1780/45

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 13598/45

Volksgerichtsverfahren gegen Josef NIKODEM wegen Illegalität und Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde sowie wegen Denunziation unter Ausnützung dienstlicher als Polizeioffizier in Wien von 1938 bis 1943

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Unterstützung von Nationalsozialisten durch Weitergabe polizeiinterner Informationen

Verbreitung von NS-Propagandamaterial

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der im Lager Karajangasse in Wien-Leopoldstadt angehaltenen Jüdinnen und Juden im November 1938

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde eines unbekanntes polnischen Zwangsarbeiters durch Faustschläge im Wachzimmer Wien-Jedlersdorf Ende 1943

Denunziation des Polizeiangehörigen Richard JARATH. Der Betroffene wurde am 12. März 1938 zwangsweise vom Dienst suspendiert. Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Richard JARATH durch NIKODEM im Wachzimmer Wallensteinstraße, Wien-Brigittenau, am 15. März 1938. Der Angeklagte riss ihm die Armbinde mit der Aufschrift "Deutsche Polizei" herunter.

Denunziation des N. CERWENKA oder CSERVENKA, Vertreter der Firma Mautner-Markhof, wegen abfälliger Äußerungen über Reinhard HEYDRICH im Juni 1942. Der Denunzierte wurde zu einer Haftstrafe von 7 Monaten verurteilt.

Josef NIKODEM drohte weiters dem Gastwirt Josef SCHALLEK mit einer Anzeige, weil in dessen Lokal angeblich staatsfeindliche Reden gehalten wurden

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.11.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 4, 7/1 KVG

14.11.1947: Verfahrenseinstellung wegen § 8 VG, § 3 KVG und § 7 KVG (Faktum Richard JARATH und HOHENAUER) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

27.2.1951: Verurteilung des Angeklagten wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde eines unbekanntem polnischen Zwangsarbeiter zu 2 Monaten Kerker.
Kein Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 4 KVG (betreff. Richard JARATH und namentlich nicht bekannte Jüdinnen und Juden des Lagers Karajangasse) sowie wegen § 7/1 KVG (Denunziation des N. CERWENKA oder CSERVENKA) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

NIKODEM Josef, geb. 28.6.1890 in Gromberg, Bezirk Mährisch-Schönberg

Polizeioffizier

Revieroberleutnant der Schutzpolizei

30. Juni 1920: Angehöriger der Sicherheitskorps

1932: stellvertretender Obmann der Ortsgruppe Stadt des Wirtschaftsverbandes

1. September 1933: Strafversetzung von der Abteilung Stadt zur Abteilung Brigittenau

1. Juni 1934: Mitglied der NS-Polizeigruppe Gersthof II

8. November 1937: Angehöriger der SS Standarte 89

1. Juni 1938: NSDAP-Mitglied, Ortsgruppe Wien Jedlersdorf

1. Mai 1939: SS-Untersturmführer der Stammabteilung "Donau"

August 1943: Ernennung zum SS-Untersturmführer

Revierführer in Jedlersdorf, Leitung des weltanschaulichen Unterrichts

Sicherheitreferent der Ortsgruppe Jedlersdorf

Blockhelfer und Blockleiter

Träger des Ehrenwinkels

"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 24. Mai 1949 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: Dr. RICHTER

Schöffen: Richard DORNHOFER, Friedrich LINKA und Stewfanie STEFFAN

Staatsanwalt: Dr. STIGLITZ

Verteidiger: Dr. Raimund BILLITTER für Dr. Michael STERN

Hauptverhandlung vom 27. Februar 1951

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: Rudolf GEBAUER, Mathilde PRAGER und Franz MOHNL

Staatsanwalt: Dr. SPERL

Verteidiger: Dr. Raimund BILLITTER für Dr. Michael STERN

Einstimmiger Beschluss über Schuld, Strafausmass, Abweisung aller weiteren Beweisanträge wegen Unerheblichkeit und Vermögensverfall

FStN-Mikrofilm Nr. 1186
DÖW-Signatur V1017/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5107/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 21929/46

Volksgerichtsverfahren gegen Franziska GRIESBACHER wegen Quälereien und Misshandlungen der jüdischen Mieterin Katharina oder Käthe ÖSTERREICHER in Wien-Landstraße, Barichgasse 6a/5 im November ("Novemberpogrom") und Dezember 1938

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Tatvorwurf:

Quälereien und Misshandlungen der jüdischen Mieterin Katharina oder Käthe ÖSTERREICHER in Wien-Landstraße, Barichgasse 6a/5 im November 1938 ("Novemberpogrom") sowie am 27. oder 28. Dezember 1938 durch die Hausbesitzerin Franziska GRIESBACHER. Vertreibung der Betroffenen aus ihrer Wohnung mit Unterstützung der Ortsgruppe Arenberg aus politischer Gehässigkeit und unter Berufung auf die Rassengesetzgebung.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 21.9.1948: Anklageerhebung wegen § 3/1 KVG
- 11.11.1948: Verurteilung der Angeklagten wegen § 3/1 KVG zu 8 Monaten schweren Kerkers. Verfall eines ¼ des Vermögens zu Gunsten der Republik Österreich.
- 12.2.1949: Selbstmord durch Erhängen
-

AKTENVERMERK 23.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 11 Vr 5107/47
gegen Franziska GRIESBACHER fehlen:

ONr. 61 Blatt 269
ONr. 72 Blatt 297

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

GRIESBACHER Franziska, geb. 24.2.1898 in Bad Neuhaus

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 4. November 1948 (Vertagung)
Vorsitzender: OLGR. Dr. Bruno PRINZ
Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: Johann BAUER, Marie BAUER und Rudolf KAAAN
Staatsanwalt: Dr. URICH
Verteidiger: Dr. Felix POPPER

Hauptverhandlung vom 4. November 1948 (Vertagung)
Vorsitzender: OLGR. Dr. Bruno PRINZ
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: Johann BAUER, Marie BAUER und Rudolf KAAAN
Staatsanwalt: Dr. URICH
Verteidiger: Dr. Felix POPPER und Dr. Josef STÜRZENBAUM

Einstimmiger Beschluss über Schuld, Strafausmass und Vermögensverfall

Geograph. Bezug: Wien-Landstraße

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5107/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1186
DÖW-Signatur V1018/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 3684/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23680/45

Volksgerichtsverfahren gegen Josef LUDWIG wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden
in Wien-Favoriten im November 1938 ("Novemberpogrom")

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§§ 83, 98b StG (Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit) und
§§ 171, 174 Ic, d, Iia (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Aneignung eines Geldbetrages in unbekannter Höhe im Rahmen der Plünderung eines
Branntweingeschäftes in Wien-Favoriten, Laxenburgerstraße im November 1938

Plünderung des Taschner- und Lederwarengeschäftes der Rudolfine LEINER in Wien-Favoriten,
Favoritenstraße 88 im November 1938 ("Novemberpogrom"). Aneignung von Schmuck und Bargeld
aus dem Besitz der Rudolfine LEINER und anderer unbekannter Jüdinnen und Juden.

Beschlagnahme eines Revolvers und dreier Gewehre aus dem Besitz der Paula RÖSCHL in Wien-
Favoriten, Raaberbahngasse 22 zwischen November 1939 und Februar 1940

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 14.5.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG, § 6 KVG und §§
171, 174 Ic, d, Iia
- 27.5.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreffend missbräuchliche Bereicherung
durch Aneignung eines Geldbetrages im Rahmen der Plünderung eines
Branntweingeschäftes in der Laxenburgerstraße gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 83, 98b StG betreffend Paula RÖSCHL und
Abretung an das allgemeine Referat zu LG Wien 21 Vr 5145/46
- 19.7.1946: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

LUDWIG Josef, geb. 16.2.1894 in Wien
12. Juli 1933: NSDAP, Nr. 6, 243.597
bis 1937: SA-Mitglied
Juni 1938: Blockleiter in der Ortsgruppe Keplerplatz
September 1938: Zellenleiter
Zellenleiter

Träger der Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938
Altparteigenosse
"Alter Kämpfer des Bezirks"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 19. Juli 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER
Richter: LGR. Dr. Walter KITTL
Schöffen: Franz AICHINGER, Ernst HASSENPFUG und Leopold MARZIK
Staatsanwalt: Dr. HELMREICH
Verteidiger: Dr. Walter KREPLER für Dr. Hans GÜRTLER

Geograph. Bezug: Wien-Favoriten

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 1c Vr 3684/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1186
DÖW-Signatur V1019/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4019/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 26080/45

Volksgerichtsverfahren gegen Josef WURZBERGER, ehemaliger Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Liesing, wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Liesing im November 1938 ("Novemberpogrom")

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 166 StG (Brandlegung) und
§§ 171, 174 Ic StG (Diebstahl)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Teilnahme an der Brandlegung im jüdischen Tempels in Atzgersdorf bei Liesing, Karlsgasse, in der Nacht von 10. auf 11. November 1938 ("Novemberpogrom")

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an der jüdischen Bevölkerung von Wien-Liesing u.a. an Olga LACINA, Leopoldine NEUMANN, Max und Alice KUDERNA sowie an weiteren unbekanntem Jüdinnen und Juden in Wien-Liesing im November 1938 ("Novemberpogrom"). Die Betroffenen wurden auf Anordnung des Beschuldigten aus ihren Wohnungen geholt und auf Lastwägen nach Wien gebracht. Während ihrer Abwesenheit wurde aus ihren Wohnungen Schmuck, Geld und Wäsche gestohlen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.6.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG und §§ 171, 174 Ic StG

2.9.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG zu 6 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen §§ 171, 174 Ic StG (Radioempfänger der Alice KUDERNA) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

16.9.1949: Bedingte Entlassung

AKTENVERMERK 26.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren

LG Wien Vg 1a Vr 4019/45
gegen Josef WURZBERGER fehlen:

ONr. 13 Blatt 49
ONr. 14 Blatt 50/52
ONr. 24 Blatt 89

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WURZBERGER Josef, geb. 23.4.1892 in Bisch-Tainitz, Böhmen
Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Wien-Liesing
1. November 1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 442.862
Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Liesing
1. Juni 1938-Mai 1944: Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Alt-Liesing
Träger der Ostmarkmedaille
Träger der Medaille für 10 jährige treue Dienste
galt als einer der hervorragendsten Nationalsozialisten von Liesing
erster nationalsozialistischer Gemeindeverwalter (bis zur Eingemeindung von Liesing am 15.
Oktober 1938)
Familienangehörige waren ebenfalls Nationalsozialisten

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 2. September 1946
Vorsitzender: Vizepräsident Dr. MIRONOVICI
Richter: LGR. Dr. Walter KITTL
Schöffen: Johann KOLAR, Josef MÜLLNER und Walter LOIDOLT
Staatsanwalt: Dr. REHM
Verteidiger: Dr. Franz KORINEK

Geograph. Bezug: Wien-Liesing

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 1a Vr 4019/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1186
DÖW-Signatur V1020/1-25

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 1956/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 15487/45 (15 St 21245/49)

Volksgerichtsverfahren gegen Karl BUCHHEIM und den Schätzmeister Alois GETZINGER wegen Registrierungsbruch, Illegalität, Quälereien und Misshandlungen von Jüdinnen und Juden und Aneignung von jüdischen Vermögenswerten in Wien-Fünfhaus im November 1938 ("Novemberpogrom")

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 5 StG, § 6 KVG (Mitschuld am Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung) und
§ 81 StG (öffentliche Gewalttätigkeit)

Tatvorwürfe gegen den Hauptbeschuldigten BUCHHEIM:

Illegalität

Aufbewahrung von NS-Propagandamaterial in seinem Kaffeehaus
Unterstützung illegaler Parteimitglieder

Quälereien und Misshandlungen eines unbekanntes Rabbiners und seiner Tochter im November 1938. BUCHHEIM zerrte die beiden Personen gemeinsam mit zwei unbekanntes Männern aus dem Tempel Storchengasse 21 und misshandelte sie durch Faustschläge und Fußtritte ("Novemberpogrom").

Quälereien und Misshandlungen eines unbekanntes Juden sowie des Tempeldieners N. SCHWARZ in der Nähe des Tempels Storchengasse am 10. November 1938 ("Novemberpogrom")

Beteiligung an Misshandlungen von unbekanntes Jüdinnen und Juden am Sparkasseplatz in Wien-Fünfhaus im November 1938 ("Novemberpogrom")

Quälereien und Misshandlungen von Häftlingen des Wehrmachtsgefängnisses Wien-Favoriten durch den Unteroffizier Karl BUCHHEIM im März 1945

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Familie TERNER in Wien-Fünfhaus, Rauchfangkehrergasse 18

Beteiligung an Plünderungen jüdischer Wohnungen u.a. der des Ehepaars BERISCH in Wien-Fünfhaus, Pillergasse 10/4 am 10. November 1938 ("Novemberpogrom")

Arisierung der Wohnung des Juweliers Jakob FUTTERWEIT (Bruder des am 12. Juni 1938 ermordeten Juweliers Norbert FUTTERWEIT) in Zusammenwirken mit dem Schätzmeister Alois GETZINGER in Wien-Fünfhaus, Graumanngasse 41 am 27. August 1938. Jakob FUTTERWEIT wurde im März 1938 verhaftet und verstarb unmittelbar darauf.

Arisierung des Geschäftslokals des ehemaligen Kleiderhauses TAUBENRAUCH (Wien-Innere Stadt, Rauhensteingasse 1), um darin ein Kaffeehaus zu eröffnen. Weiters wurde dem Beschuldigten zur Last gelegt, die Bäckerei des Otto KUHN arisiert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens gegen den Hauptbeschuldigten BUCHHEIM:

- 29.6.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl BUCHHEIM aus dem Verfahren LG Wien Vg 4c Vr 3044/45 gegen August WIEDEMANN u.a. und Einbeziehung in den gegenständlichen Akt
- 16.11.1946: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3 KVG. Die Ausdehnung der Anklage in Richtung § 6 KVG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten.
- 3.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Alois GETZINGER wegen § 5 StG, § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- Einstellung des Verfahrens gegen Karl BUCHHEIM wegen § 3 KVG betreff. Misshandlung von Häftlingen des Wehrmachtsgefängnisses Wien-Favoriten und § 4 KVG betreff. Beschimpfung der N. TERNER mit dem Ausdruck "Saujüdin" gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- Ausscheidung des Verfahrens wegen § 81 StG begangen an Herfried JAITNER am 20. Juni 1946 und Abtretung an das ordentliche Gericht zu LG Wien 22 Vr 3858/47
- 7.7.1947: Freispruch des Angeklagten wegen §§ 8, 10/2 VG gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage nach Eröffnung der Hauptverhandlung)
- Freispruch des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 29.3.1951: Abweisung des Antrages der Staatsanwaltschaft auf Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich der Plünderung der Wohnung des Ehepaares BERISCH am 10. November 1938. Die Hauptbelastungszeugin Julie BERISCH war erst Ende der vierziger Jahre aus Palästina nach Wien zurückgekehrt.

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 3c Vr 1956/45:

Das gegenständliche Verfahren enthält

- a.) Originalakt des Kreisgerichtes VII gegen Karl BUCHHEIM
- b.) Sachverständigengutachten von Ottokar WEIGEL betreff. Arisierung der Wohnung des Jakob FUTTERWEIT
- c.) Unterstützungserklärung des Bundes Demokratischer Freiheitskämpfer vom 26. Juni 1946 betreff. Enthftung des Karl BUCHHEIM
- d.) Weiters finden sich in dem Verfahren Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 4b Vr

AKTENVERMERK 27.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 3c Vr 1956/45
gegen Karl BUCHHEIM fehlt:

ONr. 93 Blatt 277 (Beratungsprotokoll)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BUCHHEIM Karl, geb. 21. März 1907 in Hennersdorf-Wien
NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 288.350 oder 6, 788.350
Mitglied der Ortsgruppe Färbergrund
persönlicher Freund des Gauleiters BÜRCKEL
1924-1934: Mitglied der sozialdemokratischen Partei
1. August 1934: NSDAP, Nr. 6, 288.350
Frühjahr 1940: Wehrmacht
1943: Unteroffz. im Wehrmachtsgefängnis Wien-Favoriten, Hartmuthgasse Sachverwahrer
März 1945: österr. Widerstandsbewegung Kampfgruppe Walter
Mai 1945: Mitglied der KPÖ

Blutordensträger

GETZINGER Alois, geb. 2. Februar 1900 in Gablitz (Niederösterreich)
Möbel- und Altwarenhändler
seit 1930: gerichtlich beeideter Schätzmeister

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. März 1947 (Vertagung)
Vorsitzender: OLGR. Dr. LEDL
Richter: OLGR. Dr. BRIK
Schöffen: Alois SEDMIK, August BERNHARD und Elisabeth ZACK
Staatsanwalt: Dr. ALLINGER CSOLLICH
Verteidiger: Dr. Michael STERN

Hauptverhandlung vom 7. Juli 1947
Vorsitzender: OLGR. Dr. LEDL
Richter: OLGR. Dr. KITTL
Schöffen: August BERNHARD, Elisabeth ZACK und Rosa CERNY
Staatsanwalt: Dr. PASTROVICH
Verteidiger: Dr. Michael STERN

Geograph. Bezug: Wien-Fünfhaus

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 1956/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1186
DÖW-Signatur V1021/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1431/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11889/45

Volksgerechtigungsverfahren gegen Wilhelm SCHÄTTINGER wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden aus Gehässigkeit und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt im Rahmen seiner Tätigkeit als Referent im Wohnungsamt der Stadt Wien in den Jahren 1943 und 1944

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Wiener Jüdinnen und Juden in den Jahren 1943 und 1944. Der Beschuldigte war Referent im Wohnungsamt der Stadt Wien und erhielt vom damaligen Stadtrat Walter RENTMEISTER den Auftrag die Wohnungsangelegenheiten der so genannten "Mischlinge" zu regeln. Er ist somit - aus Sicht der Staatsanwaltschaft - für die Vertreibung dieser Menschen aus ihren Wohnungen, die Unterbringung in Massenunterkünften und die willkürliche Trennung der in Mischehen lebenden Ehepaare verantwortlich.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

20.12.1945: Anklageerhebung wegen §§ 11 (10) VG, §§ 3, 4 KVG und § 101 StG

31.1.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 11 (10) VG zu 3 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Freispruch wegen §§ 3, 4 KVG und § 101 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen). Ein Schuldspruch konnte nicht gefällt werden, weil aus Überzeugung des Gerichtes Schättinger weder Initiator der Aktion war noch die Umsiedlungsentscheidung in den einzelnen Fällen getroffen hat.

25.6.1947: Bedingte Entlassung

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 1431/45:

AKTENVERMERK 30.8.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 1d Vr 1431/45

gegen Wilhelm SCHÄTTINGER fehlen:

ONr. 46 Blatt 97
ONr. 48 Blatt 105/107
ONr. 64 Blatt 147

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SCHÄTTINGER Wilhelm, geb. 21.9.1891 in Wien

Referent im Wohnungsamt der Stadt Wien

1926: NSDAP-Mitglied, Nr. 51.098

1930: Wiedereintritt, Nr. 440.202

Herbst 1934: Flucht nach Deutschland

1935: Kassarevisor beim Gauamt Düsseldorf, später Kündigung und Versetzung nach
Meklenburg zum RAD, Rechnungsprüfer beim weiblichen RAD

20. Jänner 1937: Ortsgruppenleiter beim Hilfswerk der "Deutsch-Österreicher" in Schwerin,
Propagandaleiter

1938-12. September 1941: Rückkehr nach Österreich, Arbeitsführer und Meldeamtsleiter im
RAD

1943: Referent im Wohnungsamt der Stadt Wien

Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 31. Jänner 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. GALL

Schöffen: Erwin KASPEROWSKI, Franz ROTH und Siegmund WEISS

Staatsanwalt: LGD. Dr. SCHMEISSER

Verteidiger: Dr. Helfried HERRDEGEN

Opfer:

BURGHARDT Lothar, Dr.

KÜGLER Leopold

SCHÖNHERZ Arnold und Klementine

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1431/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1022/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 1029/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9840/45

Volksgerichtsverfahren gegen Robert WALCHER wegen
Verbrechen an Jüdinnen und Juden begangen als Funktionär der Lager Castellezgasse, Sperlgasse und Malzgasse von 1939 bis 1941, weiters als stellvertretender Wachführer des Lagers Dopp(e)l bei Linz (Oberösterreich) im Jahr 1941 sowie als Verwalter und Kommandant des Lagers Sandhof- Windhag bei Waidhofen an der Ybbs (Niederösterreich) von April 1941 bis Herbst 1943

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung des § 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen)
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Jüdinnen und Juden als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in den Lager Castellezgasse, Sperlgasse und Malzgasse von 1939 bis 1941, weiters als stellvertretender Wachführer des Lagers Dopp(e)l bei Linz (Oberösterreich) im Jahr 1941 sowie als Verwalter und Kommandant des Lagers Sandhof-Windhag bei Waidhofen an der Ybbs von April 1941 bis Herbst 1943.

Beteiligung an der Deportation von Jüdinnen und Juden nach Nisko als Transportbegleiter im Jahr 1939

Überstellung von Insassen des Lagers Sandhof nach Wien, die in weiterer Folge nach Polen deportiert wurden

Beteiligung an der Zusammenstellung von Deportationen

Aneignung von Möbeln, Wäsche, Geschirr und anderen Gegenständen aus dem Besitz des Gutes Sandhof in Windhag, Bezirk Waidhofen an der Ybbs zwischen 1941 und 1945

Aneignung von jüdischen Vermögenswerten u.a. aus dem Besitz des Emil BAUER und des Alexander KLARFELD in Wien zwischen 1940 und 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.9.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG,
§ 3 KVG und § 6 KVG

3.12.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG, § 3 KVG
und § 6 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

3.7.1951: Gnadenweise Entlassung.
Enthftung nach Genehmigung der Stadtkommandantur Krems am 29. Oktober 1951.

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 1029/45 gegen Robert WALCHER:

Das gegenständliche Verfahren enthält zwei Skizzen des Lagers Sandhof-Windhag bei Waidhofen an der Ybbs (Niederösterreich)

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WALCHER Robert, geb. 8.5.1907 in Tanzenberg bei St. Veit an der Glan (Kärnten)

Fleischhauer

August oder September 1939: Beitritt zur allgemeinen SS,

SS-Angehöriger

15. Juli 1939-1940: Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, enger Mitarbeiter des Alois BRUNNER

Begleiter des Transportes nach Nisko, Mitarbeit beim Aufbau des Lagers

bis 1941: Lagerführer in Dopp(e)l bei Linz

Herbst 1941-Juni 1945: Lager Sandhof-Windhag

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 3. Dezember 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Karl KORST

Richter: OLGR. Dr. SCHIROCKY

Schöffen: Karl MATAUSCH, Karl SCHRAMEK und Alfred VOLLRATH

Staatsanwalt: Dr. ZEILINGER

Verteidiger: Dr. Josef STÜRZENBAUM

Opfer:

ADLER Gerson

BARON N.

BECK Hans

BERESCH Rudl

BRECHER Filipp

EHRENBERGER N.

EMIL Ernst

FEUERZEUG Kurt
HALPERN oder HILPERN Manfred
HERZKA N.
HOLLÄNDER N.
KIMMEL N.
KOLISCH Siegfried Ing.
LINDNER Hans
MARBACH Leo
NEUHAUS Walter
POJER Ernst
PROCHNIK Ludwig
RIEGLER Hans
RIEGLER Hermann
SAMEK N.
SCHAFRANEK oder SCHAFFRANEK Jaques
SEGEL Schulim
SPIRA Arnold

Geograph. Bezug: Wien
 Linz (Oberösterreich)
 Windhag (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 1029/45

DÖW-Signatur V1023/1-14
FStN-Mikrofilm Nr. 1187

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13a Vr 111/50
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1180/50

Prozess wegen Verbrechen an einem jüdischen Bewohner von Güssing (Burgenland)

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan LANG

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung des §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat) und
§ 5a KVG und § 5 StG (Verbrechen der Beihilfe zur Vertreibung aus der Heimat)

Opfer: Jude

Tatland (Tatort): Burgenland (Güssing)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Kurierdienste

Mitwirkung beim Streuen von Hakenkreuzen

Mitwirkung bei der Verteilung von Flugschriften

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an dem jüdischen Gastwirt und Ziegelwerksbesitzer Samuel LAZTER durch Johann RÖSSLER und Stefan LANG aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Nationalsozialisten in Güssing (Burgenland) zu Ostern 1938

Verbrechen der Beihilfe zur Vertreibung des Samuel LAZTER aus Güssing zu Ostern 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.6.1949: Anklageerhebung gegen Stefan LANG wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3/1 KVG

13.1.1950: Ausscheidung des Verfahrens gegen Stefan LANG aus dem Verfahren LG Wien Vg 13a Vr 6165/47 gegen Johann RÖSSLER u.a. und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 13a Vr 111/50

27.3.1950: Verurteilung des Stefan LANG wegen § 3 KVG und § 5a KVG, § 5 StG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

20.12.1950: Bedingte Entlassung

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 13a Vr 111/50 gegen Stefan LANG:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 13a Vr 6165/47 gegen Johann RÖSSLER u.a. (Anklageschrift, Hauptverhandlungsprotokoll und Urteil) Verurteilung des Johann RÖSSLER am 13. Jänner 1950 wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 111/50:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

LANG Stefan, geb. 12. Juli 1914 in Deutsch-Tschantschendorf (Burgenland)

Schlosser
Mitglied des Deutschen Turnvereins und
Deutschen Männergesangsvereins
Mai 1934: NSDAP, Mitglieds-Nr. 6, 104.521
12. August 1937: Ausreise nach Deutschland
13. März 1938: Rückkehr nach Österreich
Zellenleiter
SA-Scharführer

"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. März 1950
Vorsitzender: Vizepräsident Dr. HACKAUF
Richter: Dr. Josef MÜLLER
Schöffen: 1 Frau, 2 Männer
Johann BUCHER, Leopold BUCHMANN und Barbara GLOTZMANN
Staatsanwalt: Dr. ALTMANN
Verteidiger: Dr. Hans BITTESNEK für Dr. Anton HANNL

Geograph. Bezug: Güssing (Burgenland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13a Vr 111/50

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1024/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12e Vr 7696/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 48386/47

Prozess wegen Verbrechen an zur Deportation bestimmten Jüdinnen und Juden in Wien

Volkserichtsverfahren gegen: Franz JURANITSCH

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden
Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen beziehungsweise der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde sowie weiters der missbräuchlichen Bereicherung an jüdischen Vermögenswerten begangen an zur Deportation bestimmten Jüdinnen und Juden in seiner Funktion als Kraftfahrer in den Jahren 1941 und 1942. Der Beschuldigte misshandelte und beraubte sie auf der Fahrt von ihren Wohnungen in die Sammellager beziehungsweise in weiterer Folge auf dem Weg von den Sammellagern zum Aspangbahnhof.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.3.1948: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4, 6 KVG

17.12.1948: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 12e Vr 7696/47 gegen Franz JURANITSCH:

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

JURANITSCH Franz, geb. 26. Juni 1894 in Mödling
Chauffeur der Firma Theodor Deimel oder Teimel
Durchführung von "Judentransporten" im Auftrag der Gestapo

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. Juni 1948 (Vertagung)
Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER
Richter: LGR. Dr. FIALA
Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Anna PETER, Karoline GEPP und Josef KRIZAJ
Staatsanwalt: Dr. COCA
Verteidiger: Dr. Ernst ZÖRNLAIB

Hauptverhandlung vom 17. Dezember 1948

Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. ZIMMERMANN

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Jacor CELEDA, Margarete ZELNICEK und Josef SOLAU

Staatsanwalt: Dr. SCHERMANN

Verteidiger: Dr. Leo FRISCHENSCHLAGER für
Dr. Ernst ZÖRNLAIB

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12e Vr 7696/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1025/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 442/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6266/45

Prozess gegen einen Gestapobeamten wegen Verbrechen an so genannten "Mischlingen"

Volkserichtsverfahren gegen: Alois BUCHER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat) und
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 98b StG (Erpressung),
§ 101 StG (Amtsmissbrauch), § 125 StG (Notzucht) und §§ 197, 200, 203 StG (Betrug)

Opfer: Jüdinnen/Juden, ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen, Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde sowie der Vertreibung aus der Heimat begangen als Kriminalsekretär der Gestapo an so genannten "Mischlingen" ab Herbst 1941

Erpressung der Amalia WUNSCH. Der Beschuldigte zwang sie unter der Drohung, sie andernfalls nach Buchenwald zu deportieren, zum außerehelichen Geschlechtsverkehr.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 28.12.1945: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4, 5a KVG
Ausdehnung der Anklage wegen §§ 98b, 101 StG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten
- 10.1.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG gemäß § 109 StPO
(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 23.1.1946: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 125 StG und §§ 197, 200, 203 StG zu LG Wien
26 Vr 1034/46
- 26.2.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 3, 4, 5a KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers.

Kein Vermögensverfall.

8.9.1948: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 442/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 442/45 gegen Alois BUCHER:

Heinrich MACHATSCHEK, geb. 14.2.1918 ist der Sohn eines Afroamerikaners und einer Tschechin

AKTENVERMERK:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 442/45 gegen Alois BUCHER fehlen:

ONr. 2 Blätter 10-18 (Anzeige)

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

BUCHER Alois, geb. 6. August 1905 in St. Martin an der Raab (Steiermark)
Kriminalsekretär der Gestapo in Wien

- 1. März 1929: Eintritt in die Sicherheitswache Wien, Standort Innere Stadt
- 1. Oktober 1938: Teilnahme an der Besetzung des Sudetenlandes
- 1. Juli 1941: Freiwilliger Eintritt in die Gestapo
- 1. Juni 1942: Polizeischule Fürstenberg in Mecklenburg
- 1. September 1942: Rückkehr nach Wien
Abteilung IV b ("Judenabteilung")
Ernennung zum Kriminaloberassistenten

Träger der Erinnerungsmedaille des Sudetengaus

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 26. Februar 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. KORST

Schöffen: 3 Männer

Ludwig HALLER, Jakob KOHN und Franz MASA

Staatsanwalt: Dr. LASSMANN

Verteidiger: Dr. Michael STERN

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 442/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1026/1-7

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6a Vr 2846/47 (Vg 6a Vr 4573/46)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 26721/46

Prozess wegen Verbrechen im KZ Ravensbrück

Volkserichtsverfahren gegen: Agnes SCHACHTNER, genannt "Das blonde Gift"

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit)

Opfer: weibliche politische KZ-Häftlinge
Tatland (Tatort): Deutschland (Ravensbrück)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an weiblichen politischen Häftlingen im KZ Ravensbrück unter Ausnützung dienstlicher Gewalt als Aufseherin von Oktober 1944 bis Mitte April 1945

Verlauf der gerichtlichen Voruntersuchung:

14.8.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

2.5.1947: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 6a Vr 2846/47

8.12.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 2846/47:

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 6a Vr 2846/47 (LG Wien Vg 6a Vr 4573/46) gegen Agnes SCHACHTNER:

Zeuginnen:

BRÜLL Rosa
BRÜLL Sophie
BURGHART Rudolfine
HAND Anna
KÖLNBERGER Elisabeth
MISTINGER Anna
SCHWARZER Hermine

Biografische Angaben zur Beschuldigten:

SCHACHTNER Agnes, geb. 28. Jänner 1912 in Weissenbach an der Triesting (Niederösterreich)

28. April 1936-1. September 1944: Aufenthalt in England, Norwich

Mitte Oktober 1944-Mitte April 1945: Ravensbrück

Geograph. Bezug: Ravensbrück (Deutschland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 2846/47 (LG Wien Vg 6a Vr 4573/46)

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1027/1-15

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 4827/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 28932/45

Prozess gegen einen ehemaligen Primararzt wegen Verbrechen an jüdischen Patienten, politischen Häftlingen und Krankenschwestern

Volksgerichtsverfahren gegen: Dr. Hermann KAHLER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 134 StG (Mord)

Opfer: Jüdinnen/Juden, politische Häftlinge und ZivilistInnen
Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Aufnahme von verfolgten Nationalsozialisten im Spital, um sie dem Zugriff der Polizei zu entziehen

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen, Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen als Primararzt auf der internen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses an jüdischen Patienten. Der Beschuldigte beschimpfte sie und entließ noch nicht geheilte Patienten vorzeitig aus dem Spital.

Beschimpfung des politischen Häftlings Josef KLUKNER als Simulant und Überstellung an die Polizei aus politischer Gehässigkeit im August 1944

Denunziation von Krankenschwestern u.a. der Aloisia GAIDA ("Schwester Leogisa"), die todkranken PatientInnen geistlichen Trost spenden wollten

Ermordung eines unbekanntem ungarischen Patienten durch Verabreichung einer tödlichen Injektion

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

24.2.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG

5.3.1947: Verfahrenseinstellung wegen §§ 3, 4, 7 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

3.2.1948: Verfahrenseinstellung gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 4827/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 11a Vr 4827/45 gegen Dr. Hermann KAHLER:

AKTENVERMERK 10.09.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11a Vr 4827/45 gegen Dr. Hermann KAHLER fehlen:

ONr. 34 Blätter 71-91 (Ärztliches Gutachten)
ONr. 35 Blatt 93

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

KAHLER Hermann Dr., geb. 4.10.1891 in Wien
Primararzt im Wiener Allgemeinen Krankenhaus und im Krankenhaus Lainz

1932: Primarius am Wiener Rudolfsspital
Privatdozent an der Wiener Universität
5. August 1940: Primararzt am Wiener allgemeinen Krankenhaus
1944: Lainzer Spital- Primarius und Abteilungsvorstand

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 4. November 1947 (Vertagung)
Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: OLGR. Dr. SEHORZ
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Viktor BRASSER, Maria CMUND und Berta LEIHS
Staatsanwalt: Dr. HELMREICH
Verteidiger: Dr. Otto TIEFENBRUNNER

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 4827/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1028/1-14

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 7041/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 42219/46

Prozess wegen Verbrechen an der Bevölkerung von Glashütten (Burgenland)

Volkserichtsverfahren gegen: Franz KUBIN

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen)
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 8 StG, § 5a KVG (versuchte Vertreibung aus der Heimat)
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Zwangsarbeiter, ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Glashütten im Burgenland)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen, der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde, der versuchten Denunziation sowie der versuchten Vertreibung aus der Heimat begangen an dem ehemaligen Ortsleiter der Vaterländischen Front von Glashütten (Burgenland) Josef HARTTER und seiner Familie von März 1938 bis April 1945

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an unbekanntem ausländischen Zwangsarbeitern

Denunziation des ehemaligen Bürgermeister Johann WENDL wegen unerlaubten Fernbleiben von seinem Arbeitsplatz im Jahr 1941 oder 1942. Der Betroffene wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Im Jahr 1944 bedrohte der Beschuldigte aus politischer Gehässigkeit den als Gegner des Nationalsozialismus bekannten Landwirt Johann MÜLLER mit dem Erschießen

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an einem polnischen Zwangsarbeiter. 1943 versetzte der Beschuldigte, der als Förster polnische Zwangsarbeiter beaufsichtigte, aus politischer Gehässigkeit einem dieser Arbeiter einen Fußtritt

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an einem unbekanntem Ausländer, den er aus politischer Gehässigkeit mit einem Stock schlug und ihm ein Stück Brot wegnahm.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.3.1947: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG, §§ 8 StG, 7 KVG und §§ 8 StG, 5a KVG

28.8.1947: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7041/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz
Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 7041/46 gegen Franz KUBIN:

AKTENVERMERK 10.09.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 7041/46 gegen Franz KUBIN fehlen:

Biografische Angaben zum Beschuldigten:

KUBIN Franz, geb. 5. September 1907 in Sigless, Bez. Mattersburg (Burgenland)
Revierförster
8. Jänner 1931: NSDAP-Mitglieds, Nr. 364.626
1932-1937: Hilfsförster in St. Martin, Bez. Oberpullendorf
Zellenleiter der NSDAP in der Gemeinde Glashütten bei Langeck

Kriegsverdienstkreuz ohne Schwerter, II. Klasse

Ortsleiter der NSDAP in Glashütten im Rang eines Zellenleiters der Ortsgruppe Lockenhaus
"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 28. August 1947
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Josef SEDLAK, Amalie ARTNER und Franz WÖBER
Staatsanwalt: Dr. MERTZ
Verteidiger: Dr. René Maria BLAVIER

Geograph. Bezug: Glashütten, Bez. Oberpullendorf (Burgenland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7041/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1187
DÖW-Signatur V1029/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 1/53
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 22159/52

Prozess wegen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung von Mattersburg (Burgenland)

Volkserichtsverfahren gegen:

Oskar RAMBERGER,
Sabino GOLOSETTI,
Johann HAIDENWOLF,
Franz HAIDENWOLF und U.T.

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Mattersburg im Burgenland)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen, der Vertreibung aus der Heimat sowie der missbräuchlichen Aneignung von Vermögenswerten begangen an der jüdischen Bevölkerung von Mattersburg (Burgenland) im Jahre 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.2.1955: Anklageerhebung gegen Oskar RAMBERGER und Sabino GOLOSETTI wegen §§ 3, 5a, 6 KVG
- 25.2.1955: Einstellung der Vorerhebungen gegen Johann und Franz HAIDENWOLF gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- Unterbrechung des Verfahrens gegen U.T. gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 1.12.1955: Freispruch der beiden Angeklagten RAMBERGER und GOLOSETTI gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).
Obwohl die beiden Angeklagten Jüdinnen und Juden in einen qualvollen versetzt hatten, durfte aus Sicht des Gerichtes nicht außer Acht gelassen werden, dass der erste Verfolgungsantrag der Staatsanwaltschaft am 31.12.1952 und die erste Verfolgungshandlung des Untersuchungsrichters am 9.12.1953 erfolgte, sodass im

Hinblick auf die inzwischen eingetretene Verjährung mit einem Freispruch zu entscheiden war.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 1/53:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 13 Vr 1/53 gegen Oskar RAMBERGER u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING
- b.) Unterlagen der Bezirksgerichte Haifa und Jerusalem (Original und Übersetzung).
Vernehmungen von Überlebenden auf Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien

AKTENVERMERK 15.09.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 13 Vr 1/53 gegen Oskar RAMBERGER fehlen:

ONr. 30 Blatt 105
ONr. 31 Blätter 109-123

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GOLOSETTI Sabino, geb. 2. Jänner 1911 in Torsa (Italien)
italienischer Staatsbürger
seit 1921: Aufenthalt in Österreich

HAIDENWOLF Franz, geb. 26.7.1917 in Mattersburg
Zuckerbäcker
NSDAP-Mitglieds, Nr. 6, 157.950

HAIDENWOLF Johann, geb. 5.12.1911 in Mattersburg
Lehrer
NSDAP-Mitglieds, Nr. 6, 157.951

RAMBERGER Oskar, geb. 5. Mai 1908 in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 1. Dezember 1955

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. Hermann EBERLE

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Josefa WLACH, Hermann KOVAZH und Karl PLATZER

Staatsanwalt: Dr. Julius EIGENBAUER

Verteidiger: Dr. Josef NOWAK

Opferliste:

FRISCHMANN Ida, geb. HACKER

GELLIS Regina, verehe. ROSENBERGER

GELLES Lazar

GELLES Margarethe, verehe. HACKER

HACKER Samuel

HACKER Sidoni

MANDL Irene

MANDL Lazarus

WOITTITZ oder WOTITZ Rudolf

WOITTITZ oder WOTITZ Rosa

WOITTITZ Lilly

WOITTITZ Nelly

Geograph. Bezug: Mattersburg (Burgenland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 1/53

FStN-Mikrofilm Nr. 1187+1188
DÖW-Signatur V1030/1-35

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5166/48
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 30481/48

Prozess wegen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung von Hollabrunn (Niederösterreich)

Volkserichtsverfahren gegen:

Franz REISINGER und Friedrich SCHENK

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Hollabrunn in Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Vertreibung aus der Heimat und der missbräuchlichen Aneignung von Vermögenswerten begangen an der jüdischen Bevölkerung des Kreises Hollabrunn im Herbst 1938. Anlässlich der Besetzung des Sudetenlandes im Herbst 1938 erging die Weisung, aus den Grenzgebieten, zu denen auch der Kreis Hollabrunn gehörte, die jüdische Bevölkerung zu vertreiben. Die Durchführung dieser Weisung wurde vom Kreisleiter Leopold SCHUSTER dem Beschuldigten Franz REISINGER aufgetragen. Er legte den Jüdinnen und Juden Formulare vor, in welchen sie ihm unbeschränkte Vollmachten zum Verkauf ihrer Grundstücke und Häuser erteilen mußten. Auf Grund der Vollmachten verkaufte REISINGER die Liegenschaften teils an Private, teils an den Beschuldigten Friedrich SCHENK als Verwalter der Gemeinde Hollabrunn. Die Kaufpreise lagen tief unter dem tatsächlichen Verkehrswert, was sich insbesondere bei den Übertragungen an die Stadtgemeinde Hollabrunn zeigte, da diese bei der Weiterveräußerung einen vielfach beträchtlich höheren Kaufpreis erzielte.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 29.9.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 8a Vr 6373/47 gegen Franz REISINGER in den Akt LG Vg 2b Vr 1541/45 gegen Leopold SCHUSTER
- 16.7.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz REISINGER und Friedrich SCHENK wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 1541/45 gegen Leopold SCHUSTER, ehemaliger Kreisleiter von Hollabrunn (Niederösterreich) und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 11 Vr 5166/48
- 13.10.1948: Anklageerhebung gegen Franz REISINGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 5a KVG und § 6 KVG

Anklageerhebung gegen Friedrich SCHENK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

19.10.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Franz REISINGER hinsichtlich des Faktums Franz und Sofie KELLNER und bezüglich Friedrich SCHENK hinsichtlich der Fakten Franz JUNG und N. PEICHL gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

23.12.1949: Verurteilung des Franz REISINGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch des Franz REISINGER wegen § 5a KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Verurteilung des Friedrich SCHENK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG
und
§ 6
KVG
zu 14
Mon
aten
schw
eren
Kerk
ers.
Verm
ögen
sverf
all.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5166/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 11 Vr 5166/48 gegen Franz REISINGER und Friedrich SCHENK:

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 1541/45 gegen Leopold SCHUSTER, ehem. Kreisleiter von Hollabrunn
- b.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 8a Vr 6373/47 gegen Franz REISINGER
- c.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 8f Vr 4145/47 gegen Friedrich SCHENK

c.) Unterlagen betreff. Arisierung jüdischer Liegenschaften durch Friedrich SCHENK inklusive Abschriften von Kaufverträgen und Schätzungsgutachten von Karl GAUGUSCH (nach 1945)

d.) Hinweise auf ein Verfahren gegen Oskar ÜBEL vor dem Sondergericht Wien wegen Verbrechens gegen §§ 1, 2 der Rundfunkverordnung. Der Beschuldigte wurde wegen § 129 Ib StG zum Tode verurteilt.

AKTENVERMERK 16.09.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11 Vr 5166/48 gegen Franz REISINGER und Friedrich SCHENK fehlen:

ONr. 115 Blätter 453-455
ONr. 130 Blätter 497-499
ONr. 131 Blatt 501

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

REISINGER Franz, geb. 19. Juli 1901 in Hollabrunn (Niederösterreich)
5. September 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 212.042, NSKK-Sturmführer
Vertreter der Ortsgruppe in der Bezirksleitung
1933: 6 Wochen Arrest wegen Teilnahme an einer NS-Demonstration
Jänner 1934-Mai 1934: Kaisersteinbruch und Wöllersdorf
Juli 1934: 5 Wochen Sicherungshaft
ab 1938-Kriegsende: Kreiswirtschaftsberater
Jänner 1941-Mai 1942: Vertretung des Kreisleiters Schuster
Gau- und Kreiswirtschaftsberater
Kreisamtsleiter

"Alter Kämpfer"
Träger der Ostmark- und Sudetenmedaille
Gauakt Nr. 293.543

SCHENK Friedrich, geb. 10. Juni 1896 in Groß-Reipersdorf, Bez. Horn

Rechnungsrat der Stadtgemeinde Hollabrunn

28. August 1929: Parteimitglied, Nr. 115.706

1. Februar 1932-10. Juni 1933: Ortsgruppenleiter von Hollabrunn
von 13. März 1938-4. April 1939: Gemeindeverwalter, Ortswahlleiter

September 1938-28. April 1941: Ortsgruppenleiter von Hollabrunn

5. April 1939: Bürgermeister

28. April 1941: Wehrmacht

März 1942: Betreuungsoffizier der Kriegsversehrten in Wien

Kreisredner

"Alter Kämpfer"

Träger des "Ehrenzeichens der HJ in Gold"

Träger der Dienstauszeichnungen der NSDAP in Bronze und Silber

Träger der Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 3. Dezember 1948 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. NANKE

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Rupert DITTRICH, Karl DVORAK und Maria MATTES

Staatsanwalt: Dr. FISCHER

Verteidiger: Dr. Karl KOHLSCHÜTTER (für beide Angekl.)

Hauptverhandlung vom 29. November 1949 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. TITZ

Schöffen: 3 Männer

Anton HLAVA, Karl PIXA und Julius RAMBOUSEK

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Karl KOHLSCHÜTTER (für beide Angekl.)

Hauptverhandlung vom 23. Dezember 1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. ZEILINGER

Richter: Dr. TITZ

Schöffen: 3 Männer

Anton HLAVA, Karl PIXA und Julius RAMBOUSEK

Staatsanwalt: Dr. FISCHER

Verteidiger: Dr. Karl KOHLSCHÜTTER (für beide Angekl.)

Opferliste:

ABELES Katharina

DEIXNER Albert und Klara

FÜRNBERG Armin

HAUSER Moritz und Ida
NEUSPIEL Otto und Käthe
RANZENHOFER Erwin
RANZENHOFER Karl und Berta
RITTER Hermine
SCHIDLOCH oder SCHIDLOF Wilhelm und Paula
SKUDETZKY, SKUTETZKY oder SKUTEZKY Emil (Vorsteher der Kultusgemeinde)
WALLISCH Karl
WEISS Gisela

Geograph. Bezug: Hollabrunn (Niederösterreich)
© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5166/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1031/1-43

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 6310/46 (2 Bände)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 18035/46

Prozess wegen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung von Mattersburg (Burgenland)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann FREIBERGER
Franz GIEFING,
Johann HAIDENWOLF,
Josef HAIDER,
Dr. Peter HINTERLECHNER,
Georg HOFER,
Alfred KRAUSE,
Georg LEITGEB,
Franz LUBENIK,
Johann (Hans) RIGLER oder RIEGLER,
Leo SCHWARZ,
Karl SOBOTA und
Anton WEISSENSTEINER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 98b StG (öffentliche Gewalttätigkeit),
§ 101 StG (Amtsmissbrauch) und
§ 190 StG (Raub)

Opfer: Jüdinnen/Juden /Zwangsarbeiter/ Zivilisten

Tatland (Tatort): Österreich (Mattersburg im Burgenland,

Kaumberg/Triestingtal in
Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Misshandlung von inhaftierten Jüdinnen und Juden durch Dr. Peter HINTERLECHNER, den Bürgermeister Franz GIEFING und Anton WEISSENSTEINER in Mattersburg am 21. März 1938. Unter den Misshandelten befanden sich Dr. Ernst BRANDL, Dr. BERZELLER, Dr. GIESKANN und Dr. NEUBURGER, Alexander und Leopold KERPEL sowie Ludwig SPRINZELESS.

GIEFING eignete sich weiters Wertgegenstände aus jüdischem Besitz an, veranlasste die Deportation von Mattersburger Jüdinnen und Juden nach Wien beziehungsweise ordnete die Abschiebung der ungarischen Jüdinnen und Juden an. Weiters ließ der Bürgermeister den Tempel von Mattersburg sowie Häuser, die im Besitz von Juden waren, zerstören. Grabsteine wurden auf seine Anordnung hin beim Straßenbau verwendet.

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen unter Ausnützung dienstlicher Gewalt an dem Arzt Dr. Ernst BERZELLER durch Leo SCHWARZ, Anton WEISSENSTEINER, Karl SOBOTA, Franz GIEFING und Josef HAIDER in Mattersburg im März 1938. Weiters wurden aus der Wohnung und der Ordination Einrichtungsgegenstände, Teppiche, Silbergeschirr, Uhren, Schmuck und Bargeld im Wert von ATS 58.000.- arisiert.

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Julie GRUBER durch GIEFING am 22. Juni 1939.

GIEFING und RIGLER wurden beschuldigt, im Sommer 1943 den Josef BIERBAUM oder BIRBAUM aus Mattersburg in einen qualvollen Zustand versetzt zu haben.

Misshandlungen von ukrainischen Zwangsarbeitern durch GIEFING und HOFER in Mattersburg von 1941 bis 1945

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an dem Kommunisten Mathias BUCHINGER durch GIEFING und HOFER in Mattersburg im Jahre 1943

Denunziation des Oberamtsrates der Stadtgemeinde Mattersburg Johann SIMON wegen abfälliger Äußerungen über Hitler durch GIEFING

Aneignung von 2 Pferden samt Geschirr und Wagen aus dem Besitz des Franz HOLZER durch GIEFING in Kaumberg/ Triestingtal (Niederösterreich) am 11. April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 5.9.1946: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8b Vr 6467/46 gegen Georg HOFER zu LG Wien Vg 1d Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING u.a.
- 11.12.1946: Antrag der Staatsanwaltschaft Wien auf Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 5c Vr 8508/46 gegen SCHWARZ, GIEFING, SOBOTA, WEISSENSTEINER und HAIDER in den gegenständlichen Akt
- 31.1.1947: Abtretung des Verfahrens LG Innsbruck 10 Vr 4657/46 gegen Franz GIEFING an das LG Wien zu Vg 1d Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING u.a.
- 9.5. 1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann RIGLER und Bildung eines neuen Aktes
Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Peter HINTERLECHNER und Bildung eines neuen Aktes
- 28.5.1947: Einbeziehung der Akten Z 336/46 und Z 288/46 gegen Johann FREIBERGER und Franz LUBENIK in das gegenständliche Verfahren
- 29.8.1947: Anklageerhebung gegen Franz GIEFING wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4 KVG (Dr. Ernst BRANDL und Julie GRUBER) und § 5a KVG
- 4.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz GIEFING wegen § 6 KVG, gegen Johann HAIDENWOLF wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 6 KVG und gegen Georg LEITGEB wegen § 6 KVG
Einstellung des Verfahrens gegen Franz GIEFING hinsichtlich der weiteren Fakten gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens gegen Georg HOFER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO
Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton WEISSENSTEINER und Abtretung an das LG Graz zu 19 Vr 1569/46
Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl SOBOTA und Anlegung eines neuen Aktes
Einstellung des Verfahrens gegen Leo SCHWARZ, Alfred KRAUSE, Johann FREIBERGER und Franz LUBENIK gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 11.12.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und wegen §§ 3, 4 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
Freispruch des Angeklagten wegen § 5a KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 20.5.1948: Bedingte Entlassung des Franz GIEFING
-

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 6310/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Einbezogenen Akt LG Linz 8b Vr 6467/46 gegen Georg HOFER
- b.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 5c Vr 8508/46 (gegen Leo SCHWARZ, Anton WEISSENSTEINER, Karl SOBOTA, Franz GIEFING und Josef HAIDER
- c.) Einbezogene Akt LG Innsbruck 10 Vr 4657/46 gegen Franz GIEFING

AKTENVERMERK 16.09.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING u.a. fehlen:

Band II:
ONr. 196 Blätter 69/71 (Gnadentabelle)

Aus dem einbezogenen Akt LG Linz Vg 8b Vr 6467/46 gegen Georg HOFER fehlen:

ONr. 2 Blätter 9-13

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

FREIBERGER Johann, geb. 21. Juli 1913 in Wr. Neustadt
1. Jänner 1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 520.229

GIEFING Franz, geb. 9. Mai 1904 in Mattersburg
ehemaliger Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Mattersburg
März 1932: NSDAP-Mitglieds, Nr. 784.524
 Verbreitung von Propagandamaterial
21. Februar 1936: Verhaftung, 5 Monate Untersuchungshaft im Kreisgericht Wr. Neustadt
11. Juli 1936: Enthaftung

März 1938: Ernennung zum Bürgermeister und Ortsgruppenleiter

Träger der Erinnerungsmedaille
"Alter Kämpfer"

HAIDER Josef
Gastwirt

HINTERLECHNER Peter Dr., geb. 18. Oktober 1901 in Meransen, Bez. Brixen (Südtirol)

Jurist
ehemaliger Landrat von Oberwart (Burgenland)
NSDAP-Mitglieds Nr. 6, 157.956

1. Juli 1934-30. November 1935: Angestellter der burgenländischen Landesregierung,
Abteilung für soziale Fragen

1. Dezember 1937-27. Juni 1938: Bezirkshauptmannschaft Mattersburg

28. Juni 1938-5. April 1945: Bezirkshauptmannschaft in Oberwart

8. Mai 1940: Ernennung zum Landrat

1. Dezember 1944: SA-Beitritt

5. April 1945: Volkssturm

HOFER Georg, geb. 10. Mai 1900 in Mattersburg

bis 1945 Hilfsgendarm in Mattersburg

NSDAP-Mitglieds, Nr. 9, 219.825

1925-1933: Revierjäger

1938: NSKK-Mitglied

1942: Blockleiter

1944: Zellenleiter

LUBENIK Franz, geb. 13. November 1914 in Sauerbrunn (Burgenland)

RIGLER oder RIEGLER Hans, geb. 23. Oktober 1897 in Bürg bei
Neunkirchen (Niederösterreich)

seit 2. Februar 1927 in Mattersburg

Gärtnereibesitzer

Obmann der Landesgartenbauvereinigung

Obmann der Kriegsofferfürsorge

NSDAP-Mitglieds, Nr. 1, 162.306 oder 1, 622.308

SCHWARZ Leo, geb. 3. Jänner 1888 in Mattersburg

Eisenhändler

NSDAP-Mitglieds, Nr. 6, 158.006

Vizepräsident des burgenländischen Jagdschutzvereines

25. Juli 1934-Mitte August 1934: U-Haft im BG Mattersburg

WEISSENSTEINER Anton, geb. 1. Jänner 1913 in Neunkirchen (Niederösterreich)

Kreisleiter

Landesobmann der DAF in Graz

SOBOTA Karl

Kreisleiterstellvertreter

Amtsleiter der DAF in Graz

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 11. Dezember 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Ferdinand GASSNER, Franz HOFSTÄTTER und Leopoldine MAYER

Staatsanwalt: Dr. ILLICHMANN

Verteidiger: Dr. Hugo LUDVIK

Geograph. Bezug: Mattersburg (Burgenland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 6310/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1032/1-26

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 634/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7789/45

Prozess wegen Verbrechen an der Zivilbevölkerung von Mannersdorf am Leithagebirge
(Niederösterreich)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Konrad HOFFMANN
Rupert LUDL
Michael PÖSCHL
Josef SCHAPPELWEIN
Edwin STELZIG
Johann STÖCKL oder STÖCKEL

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 2 KVG (Kriegspropaganda),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)
§ 5 StG, § 7 KVG (Mitschuldiger am Verbrechen der Denunziation),
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)
§ 98b StG (öffentliche Gewalttätigkeit),
§ 8 Sprengstoffgesetz (Aufbewahrung von Sprengmitteln)

Opfer: ZivilistInnen und Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Mannersdorf am Leithagebirge in Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an der Zivilbevölkerung von Mannersdorf begangen durch den Ortsgruppenleiter Rupert LUDL, den NSV-Amtswalter Johann STÖCKL, den SA-Oberscharführer Josef SCHAPPELWEIN und den Organisationsleiter Edwin STELZIG von 1941 bis 1945. Die Ortsbevölkerung wurde von den Beschuldigten terrorisiert, bei der Gestapo angezeigt und beim kleinsten Anlass mit dem Erschießen bedroht. LUDL und STELZIG wurde weiters vorgeworfen, zwischen 1941 und 1945, 12 als Kommunisten verdächtige Personen bei der Gestapo denunziert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.12.1945: Anklageerhebung gegen Rupert LUDL wegen § 3/1 KVG, § 7/1, 2 lit. b KVG, § 7/3 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG
Anklageerhebung gegen Edwin STELZIG wegen

§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und
§§ 5 StG, 7 KVG

Anklageerhebung gegen Josef SCHAPPELWEIN wegen § 58 StG in der Fassung der §§
10, 11 VG und § 7 KVG

3.1.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann STÖCKL gemäß § 109 StPO
(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Michael PÖSCHL wegen § 7 KVG betreff.
Denunziation des Anton KÜHSCHITZ gemäß § 109 StPO

Ausscheidung des Verfahrens gegen Konrad HOFFMANN zu LG Wien Vg 3a Vr 562/46

30.3.1946: Verurteilung des Rupert LUDL wegen des Verbrechens der teils vollbrachten, teils
versuchten Denunziation nach § 7 Abs. 3, 1. Strafsatz KVG bzw. § 8 StG nach § 7 Abs.
3 1. Strafsatz zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch des Rupert LUDL wegen § 8 StG, § 7 KVG betreff. Alois REICHERT und Hilde
PILLITSCH und wegen § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen der Bevölkerung von
Mannersdorf durch gefährliche Drohung) gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt der
Staatsanwaltschaft von der Anklage nach Eröffnung der Hauptverhandlung)

Verurteilung des Edwin STELZIG wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und
wegen § 5 StG, § 7/3 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Verurteilung des Angeklagten Josef SCHAPPELWEIN wegen § 58 StG in der Fassung
des § 11 VG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch des Josef SCHAPPELWEIN wegen § 7 KVG betreff. Hilde PILLITSCH gemäß §
259/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage nach Eröffnung der
Hauptverhandlung).

30.11.1946: Bedingte Entlassung des Josef SCHAPPELWEIN

6.9.1949: Bedingte Entlassung des Edwin STELZIG. Vom 6.9.1949 bis 19.9.1949
Verwahrungsgefangener der sowjetischen Alliierten.

9.7.1950: Bedingte Nachsicht der Reststrafe des Rupert LUDL durch Gnadenakt des
Bundespräsidenten. Vom 13.7.1950 bis 21.4.1951 Verwahrungsgefangener
der sowjetischen Alliierten.

14.11.1952: Tod des Edwin STELZIG

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 634/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 634/45 gegen Rupert LUDL u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Unterlagen von Rupert LUDL aus der NS-Zeit (Urkunden, Auszeichnungen, Bescheinigungen, etc.) teilweise im Original

AKTENVERMERK 5.10.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 634/45 gegen Rupert LUDL u.a. fehlen:

ONr. 2	Blatt 48/49
ONr. 89	Blatt 309
ONr. 90	Blatt 311
ONr. 100	Blatt 341
ONr. 104	Blatt 351

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HOFFMANN Konrad, geb. ?

LUDL Rupert, geb. 23. September 1894 oder 1884 in Mannersdorf
Eisenbahnvorstand
Mai 1938: Blockleiter in Wolfsthal (Niederösterreich)
1. Jänner 1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 542.837
1942: Ortsgruppenleiter von Mannersdorf

Träger der Ostmarkmedaille

PÖSCHL Michael, geb. 21. April 1902 in Kittsee (Burgenland)
Lokführer

SCHAPPELWEIN Josef, geb. 23. März 1893 in Neudörfl, Kreis Mattersburg
Fabrikarbeiter
1937: illegales Mitglied der NSDAP und der SA
28. Mai 1938: NSDAP-Mitglied
SA-Oberscharführer

STELZIG Edwin, geb. 23. Februar 1886 in Schönborn bei Bodenbach, Bezirk Teschen
Güterkassier am Bahnhof Mannersdorf
1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 203.799
März 1938: Blockleiter, Zellenleiter und Organisationsleiter der Ortsgruppe Mannersdorf
Angehöriger des Volkssturms
Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse
Träger der Ostmarkmedaille

STÖCKL Johann, geb. 21. September 1898 in Wien
Fahrdienstleiter

NSV-Amtswalter

Opfer:

HABERSACK Cornelia
HEMMER Thomas
HUMMEL Leopold
KLETTNER Josef
KOVACS Alexander
KÜHSCHITZ Anton
LENTSCH Hermine
MALLAK Arthur
MENYHART Franziska
PILLITSCH Hilde
REICHART Alois
SELG Ludwig
STUMMER Matthias

angebliche „Kommunisten“:

BRENNER Thomas
EIBL Franz
HARRER Anton
HUMMEL Leopold
KUSO Josef
KÜHSCHITZ Josef
MUSCHL N.
PETER Franz
POITNER N.
REICHEL Michael
TREBITSCH N.
WACHTER Johann
WONISCH Friedrich
ZERBES Emil

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 29. März 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOCHMANN

Richter: LGR. Dr. KNEISSL

Schöffen: 3 Männer

Viktor STEIDEN, Anton WAYDOWSKY und Rudolf KOLB

Staatsanwalt: Dr. LASSMANN

Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER (LUDL),
Dr. Paul MAHLER (STELZIG) und
Dr. Hermann NEUBAUER (SCHAPPELWEIN)

Geograph. Bezug: Mannersdorf (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 634/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1033/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 863/55 (Vg 4d Vr 6166/46)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25207/55

Verfahren wegen Verbrechen an der Bevölkerung von Bruck an der Leitha (Niederösterreich)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Karl BAUER
Otto LEITL
Dr. Karl SCHUBERT
Dr. Hugo SEKYRA
Johann TAUBER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Zivilist und Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Bruck an der Leitha in Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Entlassung des Stefan SCHMUCKER durch Johann TAUBER unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als Leiter des Arbeitsamtes Bruck an der Leitha im Jahr 1938.

SCHMUCKER konnte, auf Grund seines geringen Verdienstes, den Familienunterhalt nicht mehr bestreiten, wurde verhaftet und in das Arbeitslager Schongau gebracht. Nach 6 Monaten kehrte er nach Bruck an der Leitha zurück und wurde von Johann TAUBER und den Brüdern KRAKHOFER durch Fußtritte misshandelt.

Beschimpfung des Josef REITH und des Josef OPITZ aus politischer Gehässigkeit durch Dr. Karl SCHUBERT, Dr. Hugo SEKYRA und Karl BAUER in Bruck an der Leitha im Sommer oder Herbst 1938. Josef OPITZ wurde weiters mit dem Erschießen bedroht.

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Josef REITH durch Johann TAUBER in Bruck an der Leitha im Jahr 1938

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an Josef REITH durch den SA-Angehörigen Otto LEITL im Jahr 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.11.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Johann TAUBER, Dr. Karl SCHUBERT und Dr. Hugo SEKYRA gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Unterbrechung des Verfahrens gegen Karl BAUER und Otto LEITL gemäß § 412 StPO
(Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

14.12.1955: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 8e Vr 863/55

19.12.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Karl BAUER und Otto LEITL gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 863/55:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 8e Vr 863/55 gegen Johann TAUBER u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält zwei einbezogene Akten

a.) Bezirksgericht Bruck an der Leitha Z 271/48 gegen Dr. Karl SCHUBERT

b.) Bezirksgericht Bruck an der Leitha gegen Dr. Hugo SEKYRA, Johann TAUBER, Otto LEITL und
Karl BAUER

AKTENVERMERK 6.10.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 863/55 gegen Johann TAUBER u.a. fehlt:

ONr. 24 Blatt 67

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BAUER Karl, geb. 27. April 1895 in Bruck an der Leitha

LEITL Otto, geb. 28. August 1905 in Öblarn (Steiermark)

SEKYRA Hugo Dr., geb. 18. Jänner 1886 in Wien
26. Jänner 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 783.953

SCHUBERT Karl Dr., geb. 3.8.1889 in Bruck an der Leitha
Rechtsanwalt

TAUBER Johann, geb. 24. Jänner 1895 in Groß Petersdorf, Bezirk Oberwart (Burgenland)
1. Jänner 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 900.183
Obertruppführer der SA-Standarte 11
Leiter des Arbeitsamtes in Bruck an der Leitha
1939-1941: provisorischer Zellenleiter

Geograph. Bezug: Bruck an der Leitha (Niederösterreich)

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1034/1-14

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 850/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 2564/46

Prozess wegen Verbrechen an dem Ehepaar Ing. Paul und Hermine GOLDSTEIN in Wien-Döbling

Volkserichtsverfahren gegen: Therese HEINZEL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Döbling)

Tatvorwürfe:

Therese Heinzl lebte seit Dezember 1939 bei dem Ehepaar GOLDSTEIN in Untermiete und versuchte sie durch ständige Drohungen einzuschüchtern. Paul GOLDSTEIN wurde von ihr aus politischer Gehässigkeit durch wiederholtes Beschimpfen, Versetzen von Schlägen und Ausweisen aus der Wohnung in einen qualvollen Zustand versetzt.

Denunziation des Ehepaares Ing. Paul und Hermine GOLDSTEIN in Wien-Döbling, Barawitzkagasse 7, am 21. Jänner 1943. Beide wurden verhaftet und in das Polizeigefängnis Roßauer Lände gebracht. Hermine GOLDSTEIN wurde enthaftet, ihr Mann wurde nach Auschwitz deportiert, wo er im Juli 1943 verstarb. Therese HEINZEL verfügte über gute Kontakte zu den Gestapobeamten KOCH und ZEITELBERGER.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.9.1946: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 3 KVG und § 7 KVG

31.1.1947: Verurteilung der Angeklagten wegen § 8 VG, § 3 KVG und § 7/2b KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers.
Kein Vermögensverfall.

14.4.1948: Neubemessung des Strafausmaßes durch den Wegfall des § 8 VG. Verurteilung wegen §§ 4, 7 KVG zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 850/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1 Vr 850/46 gegen Therese HEINZEL :

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

HEINZEL Therese, geb. 5. Jänner 1896 in Wien
Untermieterin des Ehepaares GOLDSTEIN

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 31. Jänner 1947
Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER
Richter: OLGR. Dr. PAUSINGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Johann AXMANN, Johann HARTL und Viktoria DELLERT
Staatsanwalt: Dr. MENZEL
Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Neubemessung des Strafausmaßes am 14. April 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER
Richter: Ri. Dr. FIALA
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Viktoria KERSCHNER, Amalia MATULA und Eduard SCHWACH

Geograph. Bezug: Wien-Döbling

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 850/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1035/1-20

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 604/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 2188/46

Prozess wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Adele GINDL in Wien-Neubau

Volksgerichtsverfahren gegen:

Josefine WINKLER und Fritz ELGES

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 171, 174 StG (Diebstahl)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an Helene GAIDA, ihren Angehörigen und anderen BewohnerInnen des Hauses Wien-Neubau, Kirchengasse 18 durch Josefine WINKLER und den Blockleiter Fritz ELGES von 1939 bis 1942

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Adele GINDL, Schwester der Helene GAIDA, durch Josefine WINKLER und Fritz ELGES in den Jahren 1941 und 1942. Adele GINDL wurde in Polen ermordet.

Denunziation des Herbert GAIDA durch Josefine WINKLER wegen staatsfeindlicher Äußerungen, Valutenschmuggel für Juden und Hochverrats am 12. Juni 1939 sowie Ende März 1940

Denunziation der Helene GAIDA durch Josefine WINKLER wegen angeblichen Schleichhandels im Mai 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.4.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Fritz ELGES wegen § 4 KVG und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien

1379

12.6.1946: Anklageerhebung gegen Josefine WINKLER und Fritz ELGES wegen § 4 KVG betreffend Adele GINDL

5.7.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Josefine WINKLER wegen § 7 KVG betreffend Herbert GAIDA gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 8a Vr 2864/46 gegen Fritz ELGES in den gegenständlichen Akt

Ausscheidung des Verfahrens gegen Josefine WINKLER wegen §§ 171, 174 Ic StG zu LG Wien 21 Vr 6404/46

2.3.1948: Freispruch der beiden Angeklagten wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 604/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 11 Vr 604/46 gegen Josefine WINKLER und Fritz ELGES :

Das gegenständliche Verfahren enthält

a.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 8a Vr 2864/46 gegen Fritz ELGES

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

ELGES Fritz, geb. 12. März 1892 in Hermannstadt (Rumänien)
Herbst 1938: Blockhelfer in der Ortsgruppe Schwaighof,
später in der Ortsgruppe Siebenstern

WINKLER Josefine, geb. 6. September 1906 in Ulrichskirchen (Niederösterreich)
Hausbesorgerin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 2. März 1948
Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL
Schöffen: 1 Mann , 2 Frauen
Hans IBL, Anna EBERLE und Anna KRAMMERSCHITZ
Staatsanwalt: Dr. REHM
Verteidiger: Dr. Raimund BILLITER für Dr. Michael STERN (WINKLER)
Dr. WEIDINGER (ELGES)

Geograph. Bezug: Wien-Neubau

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 604/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1036/1-22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 5043/47
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6350/45

Prozess wegen Verbrechen an der Jüdin Rosa BIND in Wien-Alsergrund

Volkserichtsverfahren gegen:

Karl und Maria EIPELDAUER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 24 Volkserichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz

Opfer: Jüdin

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund)

Tatvorwürfe:

Beschimpfung und Bedrohung der Rosa BIND durch Karl EIPELDAUER unmittelbar vor ihrem Selbstmord im Jahr 1941

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Rosa BIND aus politischer Gehässigkeit durch Maria EIPELDAUER im Jahr 1938

Arisierung der Wohnung der Rosa BIND in Wien-Alsergrund, Nußdorferstraße 4/15 im Jahr 1941. Die jüdische Mieterin beging aus Verzweiflung über den Verlust ihrer Wohnung Selbstmord.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 28. 10.1945: Tod des Beschuldigten Karl EIPELDAUER
- 20.2.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Karl EIPELDAUER gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)
- 15.6.1946: Anklageerhebung gegen Maria EIPELDAUER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG
- 20.2.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Karl EIPELDAUER gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)
- 14.8.1946: Verurteilung der Maria EIPELDAUER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 30.4.1948: Einstellung des objektiven Verfahrens gegen Karl EIPELDAUER gemäß § 109 StPO

(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 5043/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 2c Vr 5043/47 gegen Karl EIPELDAUER - objektives Verfahren :

Das gegenständliche Verfahren enthält

- a.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 1c Vr 117/45 gegen Karl und Maria EIPELDAUER (Hauptverfahren mit Anklageschrift, Hauptverhandlungsprotokoll und Urteil)
- b.) Abschrift des Hauptverhandlungsprotokolls aus dem Verfahren LG Wien Vr 7937/35 gegen Maria EIPELDAUER u.a.

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

EIPELDAUER Karl, geb. 10. August 1889 in Wien
18. März 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 442.533
Angehöriger der SA-Reserve
Träger der Ostmarkmedaille
Betriebsführer der Lesdorfer Papierwarenfabrik Wien-Baden

EIPELDAUER Maria, geb. 30. Mai 1896 in Wien
1934: NSDAP-Mitglied
September 1935: Verurteilung zu 10 Monaten Gefängnis
1940-1941: Mitarbeit in der Kreisleitung
Mitarbeit in der Ortsgruppe Himmelpfort
Mitglied der NS-Frauenschaft
Trägerin der Medaille für Volkspflege

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 14. August 1946
Vorsitzender: LGR. Dr. WAGNER-LÖFFLER
Richter: OLGR. Dr. BRICK
Schöffen: 3 Männer
Hans WITEK, Friedrich OECHSLE und Josef SCHEIBSTOCK
Staatsanwalt: Dr. MAYERHOFER
Verteidiger: Dr. Hans NEUBURG

Geograph. Bezug: Wien-Alsergrund

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 5043/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1188
DÖW-Signatur V1037/1-15

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 439/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27218/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Neubau

Volkserichtsverfahren gegen:

Therese SKOUMAL und
Hans WÖGERBAUER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdin

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde aus politischer Gehässigkeit durch Therese SKOUMAL begangen an jüdischen BewohnerInnen des Hauses Wien VII, Lerchenfelderstraße 65, insbesondere an Irma SINGER und Maria HAMBURGER, von März 1938 bis April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 15.4.1946: Anklageerhebung gegen Therese SKOUMAL wegen §§ 3, 4 KVG
- 27.4.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hans WÖGERBAUER wegen § 7 KVG zu LG Wien Vg 8b Vr 3511/46
- 22.7.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen §§ 3, 4 KVG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 22.3.1947: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 439/46:

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 2c Vr 439/46 gegen Therese SKOUMAL und Hans WÖGERBAUER :

Das gegenständliche Verfahren enthält

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

SKOUMAL Therese, geb. 21. September 1895 in Wien
Angehörige des NS-Frauenwerks
1939-Kriegsende: Luftschutzwartin

WÖGERBAUER Hans, geb. ?

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 22. Juli 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER
Richter: LGR. Dr. EXENBERGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Ernst HASSENPFUG, Betty MEISEL und Karl ILEK
Staatsanwalt: Dr. GRÖTSCHEL
Verteidiger: Dr. Hans KLEIN

Beratungsprotokoll: Bei der Abstimmung über die Schuld der Angeklagten stimmten die Schöffin MEISEL und der Schöffe HASSENPFUG für Freispruch, weil sie die Handlung nicht für strafbar hielten. Der Schöffe ILEK und die beiden Richter stimmten für Schuldspruch im Sinne der Anklage.

Geograph. Bezug: Wien-Neubau

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 439/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1038/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 31884/45

Prozess wegen Verbrechen begangen am jüdischen Ehepaar WEINER in Wien-Meidling

Volkserichtsverfahren gegen:

Helene BEHAL

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Meidling)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des jüdischen Ehepaares Richard und Anna WEINER und dessen Kind aus politischer Gehässigkeit im Jahr 1938

Denunziation des Richard WEINER aus verwerflichen Beweggründen bei der Gestapo im Jahr 1938.
WEINER verstarb am 7. Jänner 1939 im KZ Dachau.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.4.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG und § 7/2b, 3 KVG

20.7.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 4 KVG zu
3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 7/2 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 2/46 gegen Helene BEHAL :

Das gegenständliche Verfahren enthält

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BEHAL Helene, geb. 10. Mai 1889 in Rokiza (Böhmen)

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 20. Juli 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS

Richter: LGR. Dr. BRIK

Schöffen: 3 Männer

Wilhelm BEER, Franz DOBRWONY und Johann MATEJKA

Staatsanwalt: Dr. LASSMANN

Verteidiger: Dr. Erwin MESSER

Geograph. Bezug: Wien-Meidling

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1039/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 264/49
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6726/52 (15 St 34494/48)

Prozess wegen Verbrechen an Friedrich HÖNIGSBERG in Wien-Hietzing

Volkserichtsverfahren gegen:

Walter und Johanna KLINGSBIGL
Ingrid KATZINGER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 5 StG, § 3 KVG (Mitschuld am Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen)

Opfer: Jude

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Hietzing)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an Friedrich HÖNIGSBERG in Wien-Hietzing am 16. April 1938:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung von Gewalt durch Walter KLINGSBIGL in Zusammenwirken mit unbekanntem SS-Angehörigen

Mitschuld der Johanna KLINGSBIGL am Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen durch Bekanntgabe des Aufenthaltsortes des Friedrich HÖNIGSBERG

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

31.1.1950: Anklageerhebung gegen Walter KLINGSBIGL wegen
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3 KVG

Anklageerhebung gegen Johanna KLINGSBIGL wegen
§ 5 StG, § 3 KVG

23.2.1950: Unterbrechung des Verfahrens gegen Ingrid KATZINGER gemäß § 412 StPO
(Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

12.6.1950: Freispruch der Johanna KLINGSBIGL wegen § 5 StG, § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter KLINGSBIGL wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3 KVG und Abtretung an das VG Linz zu LG Linz Vg 8

Vr 2480/47

5.11.1959: Einstellung des Verfahrens gegen Ingrid KATZINGER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß NS-Amnestie 1957

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 264/49:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1g Vr 264/49 gegen Walter KLINGSBIGL u.a. :

Das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise auf die Akten

- a.) LG Linz Vg 8 Vr 2480/47 gegen Walter KLINGSBIGL und
- b.) LG Wien Vg 6e Vr 3333/47 gegen Walter KLINGSBIGL u.a.

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KATZINGER Ingrid, geb. 7. Mai 1920 in Wien
Gartenbautechnikerin

KLINGSBIGL Johanna, geb. 19. Mai 1903 in Wien

KLINGSBIGL Walter, geb. 5. August 1908 in Wien
Bildhauer
15. Oktober 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 135.117
1. Februar 1938: SS-Angehöriger, Nr. 297.305
Winkelträger
"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 12. Juni 1950

Vorsitzender: OLGR. Dr. GRUCHOL

Richter: Dr. POGANYI

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Otto HERMANN, Johann HOLZINGER und Paula NEMETH

Staatsanwalt: Dr. ALTMANN

Verteidiger: Dr. Herbert EGGSTAIN

Geograph. Bezug: Wien-Hietzing

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1040/1-15

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 5430/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 465/46

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen in Wien-Mariahilf

Volkserichtsverfahren gegen:

Anna POTUCEK

wegen (§§): § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung, besonders schimpfliche Handlungen oder Handlungen, die den Gesetzen der Menschlichkeit gröblich widersprechen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Fünfhaus)

Tatvorwürfe:

Mitwirkung an der Verhaftung des jüdischen Stechviehhändlers HAUSER am 9. November 1938 ("Novemberpogrom"). HAUSER, der dem Ehepaar POTUCEK ein Darlehen in der Höhe von mehreren tausend Schilling gewährt hatte, wurde nach Dachau deportiert, wo er kurze Zeit später verstarb.

Denunziation des Alfred SINGER in Wien-Fünfhaus, Mariahilferstraße 200 am 8. Dezember 1938 sowie im Sommer 1941. Alfred SINGER wurde auf Betreiben des Ehepaares POTUCEK im Jänner 1940 aus der Wehrmacht ausgeschlossen beziehungsweise von der Firma Olympia Schreibmaschinen GesmbH als auch von der Allianz AG fristlos entlassen.

Mehrfache Denunziation des Otto FRITSCH zwischen 1938 und 1939, weil er in seinem Kaffeehaus Speisen und Getränke an Juden verkaufte. Außerdem wurde er von Anna POTUCEK wegen Duldung von Juden in seinem Lokal wiederholt als "Judenknecht" beschimpft und dadurch in seiner Menschenwürde gekränkt und beleidigt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.11.1946: Anklageerhebung wegen §§ 4, 7 KVG betreff. Alfred SINGER und Otto FRITSCH
26.11.1946: Verfahrenseinstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters). Einstellung des

Verfahrens wegen § 11 VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

16.11.1948: Freispruch wegen §§ 4, 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 5430/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1g Vr 5430/46 gegen Anna POTUCEK:

Das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise auf die Akten

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

POTUCEK Anna, geb. 20. Juni 1895 in Wien
1940: NSDAP-Mitgliedschaft, Nr. 8, 471.473

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 24. Februar 1948 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYER
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Wilhelmine GILLER, Wilhelmine KÖHLER und Karl SNOUR
Staatsanwalt: Dr. MERZ
Verteidiger: Dr. Fritz PETRETKO für Dr. Theodor HELMBERG

Hauptverhandlung vom 16. November 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: OLGR. Dr. PÖLZL
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Leopold DEUTSCH, Adele ROSZMANN und Justine SCHNEIDER
Staatsanwalt: Dr. HELMREICH
Verteidiger: Dr. Theodor HELMBERG

Geograph. Bezug: Wien-Fünfhaus

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1041/1-13

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 3484/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 19086/46

Prozess wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Gertraud ENGELMANN
in Wien

Volksgerichtsverfahren gegen:

Martina KUBARTH

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Zivilistin

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Beschimpfung der Gertraud ENGELMANN mit den Ausdrücken "Judenbinkl" und "Judenmensch"
durch ihre Schwester Martina KUBARTH. Die Gründe dafür waren der freundschaftliche Verkehr der
Gertraud ENGELMANN mit dem Mischling Manfred HIRSCH.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.4.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG

25.4.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Martina KUBARTH wegen § 4 KVG aus LG Wien
Vg 7a Vr 1089/46

11.7.1946: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 3484/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 3484/46 gegen Martina KUBARTH:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 7a Vr
1089/46 gegen Theodor KUMMER

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

KUBARTH Martina, geb. 24.12.1912 in Wien
Geschäftsfrau
Schwester der Gertraud ENGELMANN

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 11. Juli 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Hermann STEINHARDT, Josef BAUER und Johanna HENDLER
Staatsanwalt: Dr. LASSMANN
Verteidiger: Dr. Arthur ERNST

Geograph. Bezug: Wien-Fünfhaus

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 3484/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1042/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2517/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 17947/45

Prozess wegen Verbrechen an Leopoldine FLEISCHMANN und ihrem Ehemann in Baden bei Wien
(Niederösterreich)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Elisabeth SARG

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Zivilistin

Tatland (Tatort): Österreich (Baden bei Wien-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Ehepaares FLEISCHMANN durch wiederholte Beschimpfungen mit den Ausdrücken "Zuchthäusler" und "Kommunistengesindel" in Baden bei Wien in den Jahren 1944 und 1945

Denunziation der Mieterin Leopoldine FLEISCHMANN beim Arbeitsamt Baden wegen Beschäftigung eines tschechischen Mädchens sowie bei der Schutzpolizei Baden wegen luftschutzwidrigen Verhaltens durch die Hausbesitzerin Elisabeth SARG im März 1945. Elisabeth SARG erstattete die Anzeigen aus persönlicher Gehässigkeit, um die Entfernung der Mietpartei Leopoldine FLEISCHMANN aus dem ihr gehörenden Haus zu erzwingen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.12.1945: Anklageerhebung wegen § 8 StG, § 7/ Abs. 2 lit d

23.3.1946: Verurteilung wegen § 8 StG, § 7 Abs. 2 lit.d KVG zu 15 Monaten schweren Kerkers.
Kein Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

23.11.1946: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2517/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 2517/45 gegen Elisabeth SARG:
Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus dem Kündigungsverfahren
Bezirksgericht Baden 3 C 236/44 Elisabeth SARG gegen Leopoldine FLEISCHMANN

AKTENVERMERK 3.11.2004:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 2517/45 gegen Elisabeth SARG fehlen:

ONr. 7	Blatt 57/59
ONr. 8	Blatt 61
ONr. 26	Blatt 107
ONr. 35	Blatt 143

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

SARG Elisabeth, geb. 16. August 1897 in Baden bei Wien (Niederösterreich)
Hausbesitzerin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 23. März 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS
Richter: LGR. Dr. BRIK
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Franz SCHINKO, Emilie NEMEC und Josef HOLUP
Staatsanwalt: Dr. URICH
Verteidiger: Dr. Paul Viktor WINFRIED

Einhelliger Beschluss über Freispruch nach § 4 KVG. Die Festlegung des Strafausmaßes erfolgte mit den Stimmen des Schöffen Holup und der beiden Berufsrichter. Die Schöffin Nemic plädierte für eine Strafdauer von 2 Jahren, der Schöffe Schinko für 18 Monate.

Geograph. Bezug: Baden bei Wien (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2517/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1043/1-13

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 2865/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 19966/45

Prozess wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von so genannten
"Mischehepaaren" in Wien im Jahr 1942

Volksgerichtsverfahren gegen:

Ursula SINKOVIC oder SINKOVICS

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Wieden)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen aus politischer Gehässigkeit an den Mischehepaaren GOLLERSTEPPER, BRETISCH, SCHÖNBRUNN und HOROWITZ durch Ursula SINKOVICS in Wien-Wieden, Hahngasse 15/27 am 2. Juli 1942.

Aneignung der Wohnung der Berta SCHÖNBRUNN in Wien-Wieden, Hahngasse 15/27 durch das Ehepaar Martin und Ursula SIMKOVICS im April 1943

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.4.1946: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG

13.8.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 4 KVG zu
3 Monaten Kerker. Kein Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 2865/45:

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1b Vr 2865/45 gegen Ursula SINKOVIC:

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

SINKOVICS Ursula, geb. 20. Oktober 1906 in Gallizien (Kärnten)
Kontakte zu Alois BRUNNER

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13. August 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. KORST
Richter: LGR. Dr. Paul BRIK
Schöffen: 3 Männer
Johann BEYER, Ing. Adolf HRIBERNIGG und Theodor SPICKA

Staatsanwalt: Dr. Heinrich SCHMEISSER
Verteidiger: Dr. Paul WINFRIED für Dr. Hans GÜRTLER

Opfer:

BRETISCH Julius
GOLLERSTEPPER Siegfried und Josefa
HOROWITS Eleonore
SCHÖNBRUNN Leo und Berta

Geograph. Bezug: Wien-Wieden

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 2865/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1044/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3385/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23144/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden

Volkserichtsverfahren gegen:

Juliane WINAUER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen unter Ausnutzung von Gewalt an Cäcilie WINAUER und ihren Kinder Rosa und Babette durch die Schwägerin Juliane WINAUER in Wien im Jahre 1940

Versuchte Denunziation der Cäcilie WINAUER und ihrer Kinder Rosa und Babette aus verwerflichen Beweggründen durch die Schwägerin Juliane WINAUER in Wien im Jahre 1940

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.9.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG und § 8 StG, § 7 KVG

6.11.1947: Freispruch wegen § 4 KVG und § 8 StG, § 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3385/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 3385/45 gegen Juliane WINAUER:

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

WINAUER Juliane, geb. 19. September 1904 in Leobersdorf

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 6. November 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. STAHL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Josef REITSTÄTTER, Josefine HÖRREY und Anton VOGLER

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Alfred FÜRST

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3385/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1045/1-18

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 4809/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 21467/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Josefstadt im April 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Frieda und Josef PRESSLACHER und Bernhard LEPPA

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 4 KVG (Verletzungen der
Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Josefstadt)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an Jüdinnen und Juden aus politischer Gehässigkeit im April 1938. Ehemalige jüdische Gäste des Café Lang von Josef und Frieda PRESSLACHER in Wien-Josefstadt, Josefstädterstraße 105 mußten mit Zahnbürsten den Boden reiben und wurden dabei von Josef und Frieda PRESSLACHER sowie vom Oberkellner Bernhard LEPPA angespuckt und beschimpft beziehungsweise wurde ihnen dreckiges Wasser ins Gesicht geschüttet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.11.1946: Anklageerhebung gegen Frieda PRESSLACHER wegen
§ 4 KVG

Anklageerhebung gegen Bernhard LEPPA wegen § 8 VG und § 58 StG in der Fassung
des § 10 VG

3.12.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Josef PRESSLACHER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109
StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Bernhard LEPPA wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109
StPO. Einstellung des Verfahrens gegen Bernhard LEPPA wegen § 11 VG gemäß § 90

StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Bernhard LEPPA wegen §§ 8, 10 VG zu
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 51237/46

13.5.1948: Freispruch der Angeklagten Frieda PRESSLACHER gemäß § 259/3 StPO (mangels
Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 4809/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1h Vr 4809/45 gegen Frieda PRESSLACHER:

AKTENVERMERK

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

LEPPA Bernhard, geb. 11. November 1887 in Wien
Oberkellner

1932: NSDAP-Mitglied

"Alter Kämpfer"

Träger der Ostmarkmedaille

PRESSLACHER Frieda, geb. 15. Jänner 1890 in Pressburg (Slowakei)

PRESSLACHER Josef, geb. 6. Februar 1886 in Graz

17. April 1940: NSDAP-Anwärter

1942: Mitglied

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13. Mai 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: OLGR. Dr. PATTIS
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Helene CERNY, Robert SEITS und Luise FORTELNY
Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ
Verteidiger: Dr. Viktor SÖLLNER

Geograph. Bezug: Wien-Josefstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 4809/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1046/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 4201/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27056/45

Prozess wegen Verbrechen an einem abgesprungenen amerikanischen Piloten

Volkserichtsverfahren gegen:

Marie DIPPELREITER und
Josefine WIDHALM

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Alliiertes Kriegsgefangener

Tatland (Tatort): Österreich (Ebreichsdorf-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde aus politischer
Gehässigkeit begangen an einem abgestürzten amerikanischen Piloten in Ebreichsdorf
(Niederösterreich) im Sommer 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 5.4.1946: Anklageerhebung gegen Josefine WIDHALM wegen § 4 KVG
- 16.4.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Marie DIPPELREITER gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)
- 31.7.1946: Freispruch der Josefine WIDHALM wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels
Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4201/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz
Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1c Vr 4201/45 gegen Josefine WIDHALM u.a. :

AKTENVERMERK VOM 11. November 2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1c Vr 4201/45 gegen Josefine WIDHALM u.a. fehlt:
ONr. 27 Blatt 41

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

DIPPELREITER Marie, geb. 15. November 1895 in Gross-Otscheuhau

WIDHALM Josefine, geb. 29. August 1903 in Wien

Mai 1938: NSDAP-Mitglied

Angehörige der NS-Frauenschaft

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 31. Juli 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. KORST

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Ernst HASSENPFUG, Betty MEISSEL und Josef HUBACEK

Staatsanwalt: Dr. REHM

Verteidiger: Dr. Heinrich GERHARD

Geograph. Bezug: Ebreichsdorf (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 4201/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1047/1-15

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 3667/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23641/45

Prozess wegen Verbrechen an der jüdischen Mieterin Frieda HEJDUK in Wien-Währing

Volkserichtsverfahren gegen:

Josefine WIRL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdin

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Währing)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde aus politischer
Gehässigkeit begangen an der jüdischen Mieterin Frieda HEJDUK durch die Hausmeisterin Josefine
WIRL in Wien-Währing, Haizingergasse 43 in den Jahren 1938 bis 1942

Illegalität, Angehörige der NSDAP seit 1933

Registrierungsbetrug am 24. Juli 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 26.8.1946: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10/3, 11 VG und § 4
KVG
- 16.12.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG und
§ 4 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 8 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

6.10.1947: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 3667/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 4d Vr 3667/45 gegen Josefine WIRL :

AKTENVERMERK 12.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 4d Vr 3667/45 gegen Josefine WIRL fehlt:

ONr. 7 Blatt 22/24

ONr. 43 Blatt 99

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

WIRL Josefine, geb. 13. März 1886 in Nieder-Fladnitz (Niederösterreich)

1933: NSDAP-Mitglied
1. Juli 1938: NSV-Mitglied, Nr. 9,538.189
NSV-Blockleiterin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 16. Dezember 1946

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. MIRONOVICI

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Wilhelm FUNK, Johann JIRSA und Emilie SCHWEIZER

Staatsanwalt: Dr. HELMREICH

Verteidiger: Dr. Leopold HEINDL

Geograph. Bezug: Wien-Währing

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 3667/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1048/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 1898/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14832/45

Prozess wegen Verbrechen an Prof. WITROFSKY und Angehörigen der Familie GOLD in Wien-Döbling

Volkserichtsverfahren gegen:

Hermine TRAUNFELLNER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: JüdInnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Döbling)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an Professor WITROVSKY oder WITROFSKY und Angehörigen der Familie GOLD in Wien-Döbling, Pleischlgasse 4/8 im Herbst 1940. Die Betroffenen mußten auf Betreiben der Angeklagten ihre Wohnung räumen.

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Siegfried KOHN und anderen namentlich nicht bekannten Jüdinnen und Juden durch Beschimpfungen in Wien-Döbling in den Jahren 1938 bis 1942

Aneignung der Wohnung des Prof. WITROVSKY in Wien-Döbling, Pleischlgasse 4/8 im Herbst 1940

Denunziation des Josef FRANNER wegen Hochverrats und Zersetzung der Wehrkraft im Jahr 1938. FRANNER wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Denunziation des Siegfried KOHN in Wien-Döbling, Pleischlgasse 4 im Juni 1942

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.7.1946: Anklageerhebung wegen § 3 KVG

9.7.1946: Verfahrenseinstellung wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

3.10.1946: Verurteilung wegen § 3 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1898/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 1898/45 gegen Hermine TRAUNFELLNER :

AKTENVERMERK 12.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 1898/45 gegen Hermine TRAUNFELLNER fehlt:

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

TRAUNFELLNER Hermine, geb. 30. September 1903 in Rainfeld, Bezirk Lilienfeld (Niederösterreich) bis August 1943: Blockfrauenschaftsleiterin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 3. Oktober 1946

Vorsitzender: OLGR Dr. MARKUS

Richter: OLGR. Dr. KITTL

Schöffen: 3 Männer

Friedrich KOLM, Lorenz SCHIFFLEITHNER und Mathias TURANSKY

Staatsanwalt: Dr. GRÖTSCHEL

Verteidiger: Dr. Oskar STÖGER

Geograph. Bezug: Wien-Döbling

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 1898/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1049/1-15

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 1926/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14860/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Währing

Volkserichtsverfahren gegen:

Johann und Maria DOBLER

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: JüdInnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Währing)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Hermine
RENNER und anderen unbekanntem Jüdinnen und Juden in Wien-Währing ab März 1938

Denunziation des Hausbesitzers Heinrich LÖWENSTEIN, Wien-Währing, Kreuzgasse 68 bei der
Gestapo Wien durch Maria DOBLER am 22. Februar 1939

Denunziation des Richard LÖWENSTEIN bei der Gestapo Wien. Dem Betreffenden wurde der
Gewerbeschein entzogen und der Betrieb gesperrt. Weiters mußte LÖWENSTEIN 7 Wochen
Schanzarbeiten im Altreich verrichten.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.7.1946: Anklageerhebung gegen Maria DOBLER wegen § 4 KVG und § 7/2b KVG

21.8.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Johann DOBLER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO
(Einstellung des Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Maria DOBLER wegen § 7 KVG betreff. Adele KRAUS
gemäß § 109 StPO

- 30.7.1946: Anklageerhebung gegen Maria DOBLER wegen § 4 KVG und § 7/2b KVG
- 23.10.1946: Verurteilung der Maria DOBLER wegen § 4 KVG und § 7/2b KVG zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 7.7.1947: Bedingte Entlassung der Maria DOBLER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 1926/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1e Vr 1926/45 gegen Johann und Marie DOBLER:

AKTENVERMERK 16.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1e Vr 1926/45 gegen Johann und Marie DOBLER fehlt:

ONr. 29 Blatt 79 (Beratungsprotokoll)
ONr. 31 Blatt 89

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

DOBLER Johann, geb. 24. November 1891 in Samberg (Oberösterreich)

DOBLER Marie, geb. 29. Juli 1897 in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 23. Oktober 1946

Vorsitzender: OLGR Dr. KORST

Richter: OLGR. Dr. SCHIROCKY

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

August HAWLECEK, Marie ILESCHKO und Ludwig WODRASCHKA

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. BECKER

Geograph. Bezug: Wien-Währing

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 1926/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1189
DÖW-Signatur V1050/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1655/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 13623/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Alsergrund im November 1938
("Novemberpogrom")

Volkserichtsverfahren gegen:

Otilie BÖHM

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 98 StG (öffentliche Gewalttätigkeit)

Opfer: JüdInnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von namentlich unbekanntem Personen
zwischen März 1938 und April 1945

Denunziation von Jüdinnen und Juden u.a. des Paul SCHNEIDER in Wien-Alsergrund im November
1938 ("Novemberpogrom"). Die Angeklagte gab Gestapo-Angehörigen Namen und Adressen von
Jüdinnen und Juden bekannt.

Bedrohung von Geschäftsleuten in der Absicht, sie durch ihre Beziehungen zur Gestapo zur
Herausgabe von Waren zu zwingen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.6.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG und § 7 KVG

29.10.1946: Verurteilung wegen § 7 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1655/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 1655/45 gegen Otilie BÖHM:

AKTENVERMERK 17.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 1655/45 gegen Otilie BÖHM fehlt:

ONr. 31 Blatt 51

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

BÖHM Otilie, geb. 29. Jänner 1878 in Jauernig
genannt "SS-Mutti"
SS-Fürsorgerin im SS-Lazarett "Währinger Gürtel"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 20. Juli 1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 3 Männer
Franz FIALA, Johannes BESSEMER und Alois GREGAR
Staatsanwalt: Dr. ALTMANN
Verteidiger: Dr. Hermann NEUBAUER

Hauptverhandlung vom 29. Oktober 1946
Vorsitzender: OLGR Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. EBERLIN
Schöffen: 3 Männer
Otto KERN, Alois WICKE und Johann KOMENEK
Staatsanwalt: Dr. URICH
Verteidiger: Dr. Hermann NEUBAUER

Der Beschluss über das Strafausmaß von 3 Jahren schweren Kerkers erfolgte mit den Stimmen der Schöffen Alois WICKE und Johann KOMENEK und gegen die Stimmen des Schöffen Otto KERN, des Mitrichters und des Vorsitzenden.

Geograph. Bezug: Wien-Alsergrund

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1655/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1051/1-21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1215/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11183/45

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an Vilma RASZ sowie an der jüdischen Familie GRAUBARD in Wien-Hietzing und Mühlendorf (Niederösterreich)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Rosa NEUMÜLLER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung) und
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen)

Opfer: JüdInnen/Juden und Zivilistin

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Hietzing und Mühlendorf in Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität
Kurierdienste und Propaganda

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen aus politischer Gehässigkeit begangen an Wilma RASZ am 16. März 1938 in Mühlendorf (Niederösterreich). Neumüller nahm über Aufforderung eines unbekanntes SA-Angehörigen eine Leibesvisitation an Vilma oder Wilma RASZ nach angeblich in ihrem Besitz befindlichen jüdischen Wertgegenständen vor.

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen aus politischer Gehässigkeit an der jüdischen Familie GRAUBARD in Wien-Hietzing, Weinrothergasse 5-7 im Jahr 1940. Neumüller veranlasste nicht nur die Durchführung einer Hausdurchsuchung, sondern kurze Zeit später auch die Räumung der Wohnung durch die Gestapo.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

20.2.1946: Anklageerhebung wegen § 11 VG und § 3 KVG

19.4.1947: Verurteilung der Angeklagten wegen § 3 KVG betreff. Familie GRAUBARD zu 8 Monaten schweren Kerker.

Freispruch wegen § 11 VG und § 3 KVG betreff. Vilma RASZ gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1215/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 1215/45 gegen Rosa NEUMÜLLER:

Im gegenständlichen Akt befinden sich Zeitungen und Zeitschriften aus der NS-Zeit

AKTENVERMERK 25.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 1215/45 gegen Rosa NEUMÜLLER fehlt:

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

NEUMÜLLER Rosa, geb. 14. Juni 1902 in Ottenthal bei Mistelbach (Niederösterreich)
1934: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 159.914
7. Oktober 1942: Parteiausschluss wegen Interessenlosigkeit und Nichtmitarbeit

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 17. April 1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR Dr. Franz SCHULZ
Richter: OLGR. Dr. SCHIMA
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Lina FÜRST, Therese HOFER und Johann HRUBY
Staatsanwalt: Dr. AGGERMANN
Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Hauptverhandlung vom 28. November 1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. KITTL
Schöffen: 3 Männer
Alois FASTNER, Edmund FRÜHWIRT und Rudolf KOHLBECK
Staatsanwalt: Dr. URICH
Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Hauptverhandlung vom 25. Februar 1947 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYER
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Klara ADAMEK, Franz NOVOTNY und Elise RABENSEIFNER
Staatsanwalt: Dr. FISCHER
Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Hauptverhandlung vom 19. April 1947

Vorsitzender: OLGR Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. KITTL
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Franz BAYER, Hans HASLINGER und Rosa JENIK
Staatsanwalt: Dr. MENZEL
Verteidiger: Dr. E. WEISS für Dr. Hans GÜRTLER

Geograph. Bezug: Wien-Hietzing

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1215/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1052/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 187/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6768/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Hernals

Volkserichtsverfahren gegen:

Auguste WAGNER (Mutter)
Gertrude WAGNER (Tochter)
Josef WAGNER (Vater)
Helene MÜHLVENZL oder MÜHLWENZL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: JüdInnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Hernals)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Gattin des Gustav BLOCH durch Josef und Auguste WAGNER aus politischer Gehässigkeit in Wien-Hernals, Hernalser Hauptstraße 79a im Frühjahr 1938

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der jüdischen Mieterin Olga SRANKOVIC durch Auguste WAGNER und ihre Tochter Gertrude in Wien-Hernals, Hernalser Hauptstraße 79a

Aneignung der Wohnung des Gustav BLOCH in Wien-Hernals, Hernalser Hauptstraße 79a durch Josef WAGNER im Frühjahr 1938

Denunziation der OLGA SRANKOVIC durch Josef und Auguste WAGNER

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.4.1946: Anklageerhebung gegen Josef WAGNER wegen § 11 VG und § 4 KVG sowie gegen

Auguste und Gertrude WAGNER wegen § 4 KVG

27.4.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Josef WAGNER wegen §§ 3, 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung des Verfahrens durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Auguste und Gertrude WAGNER wegen §§ 3, 7 KVG gemäß § 109 StPO

Ausscheidung des Verfahrens gegen Helene MÜHLVENZL zu LG Wien Vg 12 Vr 3879/46

4.9.1947: Freispruch der drei Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 187/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 187/45 gegen Josef WAGNER u.a.:

AKTENVERMERK 25.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 187/45 gegen Josef WAGNER u.a. fehlt:

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

MÜHLVENZL oder MÜHLWENZL Helene, geb. 21. November 1881 in St. Pölten (Niederösterreich)
Propagandaleiterin bei der NS-Frauenschaft

WAGNER Auguste, geb. 30. September 1889 in Lquitz, Bez. Dux (Tschechoslowakei)

WAGNER Gertrude, geb. 2. März 1922 in Wien
Medizinstudentin
1940: NSDAP-Mitglied

WAGNER Josef, geb. 4. November 1887 in Maria Radschitz
Oberapotheker
2. Oktober 1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 300.235
1932: Leiter des Medikamentendepots des Allgemeinen Krankenhauses in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 4. September 1947

Vorsitzender: OLGR Dr. SUCHER

Richter: OLGR. Dr. DOLP

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Rudolfine BISCHKO, Elisabeth WARSITZKA und Ludwig OSWALD
Staatsanwalt: Dr. EICHLER
Verteidiger: Dr. Andreas UNTERBERGER

Geograph. Bezug: Wien-Hernals

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 187/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1053/1-29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2201/45, 2 Bände
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16686/45

Prozess wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden sowie an ZivilistInnen in Wien-Neubau

Volkserichtsverfahren gegen:

Annemarie ALMPARZER
Luise oder Aloisia FERDINY
Ludwig FERDINY, der Ältere
Ludwig FERDINY, der Jüngere
Margarete FERDINY
Alfons PRANTL
Karl ZIEGLER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: JüdInnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Ehepaares Robert und Maria Dora RADDA aus politischer Gehässigkeit durch Ludwig FERDINY, den Älteren und Luise FERDINY in Wien-Neubau, Schottenfeldgasse 60/24 in den Jahren 1938 bis 1945

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Ehepaares Andreas und Johanna NEIDER durch Ludwig FERDINY, den Älteren in Wien-Neubau in den Jahren 1938 bis 1945

Aneignung von jüdischen Vermögenswerten durch Ludwig FERDINY, den Älteren als kommissarischer Leiter der Firma CONTINENTALE HOLZVERKEHRS-GES. BIEGLER & CO in Wien-Neubau, Burggasse 58 im Jahr 1938

Denunziation des Josef VETTER wegen hochverräterischer Äußerungen durch Ludwig FERDINY, den Älteren, Margarete FERDINY, Annemarie ALMPARZER, Alfred oder Alfons PRANTL und Karl ZIEGLER in Wien-Neubau im Juli 1942. VETTER wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Versuchte Denunziation des Ehepaares Andreas und Johanna NEIDER durch Ludwig und Luise FERDINY in Wien-Neubau zwischen 1938 und 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 21.4.1947: Anklageerhebung gegen Ludwig FERDINY, den Älteren wegen § 4 KVG und §7/1 u. 2b

Anklageerhebung gegen Margarete FERDINY und Annemarie ALMPARZER wegen § 7/1 u. 2b KVG

Anklageerhebung gegen Luise FERDINY wegen § 4 KVG
- 3.5.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Ludwig FERDINY wegen § 11 VG, § 6 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation des Ehepaares NEIDER) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- Unterbrechung des Verfahrens gegen Karl ZIEGLER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 6.11.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 5a Vr 142/47 gegen Alfons PRANTL in das gegenständliche Verfahren
- 4.10.1950: Rückzug der Anklageschrift vom 21.4.1947 gemäß § 227/2 StPO (Rückzug der Staatsanwaltschaft von der eingebrachten Anklageschrift unter gleichzeitiger Einbringung einer neuen Anklageschrift)
- Anklageerhebung gegen Ludwig FERDINY wegen § 4 KVG und § 7/1 u. 2b KVG
- Anklageerhebung gegen Margarete FERDINY, Annemarie ALMPARZER und Karl ZIEGLER wegen § 7/1 u. 2b KVG
- Anklageerhebung gegen Luise FERDINY wegen § 4 KVG
- 11.10.1950: Ausscheidung des Verfahrens LG Wien Vg 5a Vr 142/47 gegen Alfons PRANTL wegen § 11 VG und § 6 KVG sowie das Verfahren wegen § 7 KVG zu LG Wien Vg 1c Vr 656/50
- Einleitung der Voruntersuchung gegen Ludwig FERDINY, den Jüngeren, geb. 24.3.1906 wegen §§ 3, 6 KVG und Ausscheidung des Verfahrens zu LG Wien Vg 1i Vr 216/51 (LG Wien Vg 8c Vr 655/50)
- 19.1.1951: Freispruch für Ludwig, Luise und Margarete FERDINY sowie weiters für Annemarie ALMPARZER und Karl ZIEGLER
- 19.2.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Luise FERDINY gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2201/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 2201/45 gegen Ludwig FERDINY u.a.:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich eine Abschrift des Urteils 6 OJs 152/43 gegen
Josef VETTER vom 12. Juli 1943

AKTENVERMERK 25.11.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 2201/45 gegen Ludwig FERDINY u.a. fehlt:

Band II

ONr. 135 Blatt 39
ONr. 148 Blatt 115

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

ALMPARZER Annemarie, geb. 12. Juli 1915 in Strelitz bei Znaim
Buchhalterin

FERDINY Ludwig, geb. 25. Mai 1884 in Wien
Buchrevisor
1933: NSDAP-Mitglied, Blockleiter der Ortsgruppe "Am Neubau"
„bezirksbekannter Scharfmacher"
kommissarischer Leiter der Firma Biegler & Co

FERDINY Ludwig, geb. 24. März 1906

FERDINY Luise, geb. 28. November 1896 in Dolni-Vakov (Bosnien)
Parteisekretärin der NSDAP

FERDINY Margarete, geb. 13. Dezember 1905 in Wien
Buchhalterin

PRANTL Alfons, geb. 2. August 1896

ZIEGLER Karl, geb. 2. Juli 1889 in Wien
Handelsvertreter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 18. Juni 1947 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR Dr. GRUCHOL

Richter: LGR. Dr. KNOLL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Anton HRUZA, Leopold STIDL und Emilie ZEMANN

Staatsanwalt: Dr. MENZL

Verteidiger: Dr. Anton MRAZEK (Ludwig und Louise FERDINY)

Dr. Wilhelm PHILIPP für Dr. Michael STERN (Margarete FERDINY)

Dr. Alfred STIASSNY (Annemarie ALMPARZER)

Hauptverhandlung vom 19. Jänner 1951

Vorsitzender: Dr. August SCHACHERMAYR

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Sofie MAIER, Ambros MANDL und Karl HACKE

Staatsanwalt: Dr. Theodor MANN

Verteidiger: Dr. Walter MRASEK (Ludwig und Louise FERDINY)

Dr. Emil MAURER (Margarete FERDINY)

Dr. Kurt GÖRLICH (Annemarie ALMPARZER)

Dr. MÖSSLAN für Dr. GÜRTLER (Karl ZIEGLER)

Geograph. Bezug: Wien-Hernals

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2201/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1054/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2638/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 13852/46

Prozess wegen Verbrechen an dem Ehepaar Dr. Alfons und Klara APPELT in Wien-Alsergrund

Volkserichtsverfahren gegen:

Margarethe SPIRK

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdin und Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Opernsängerin und Stimmpädagogin Klara APPELT aus politischer Gehässigkeit in Wien-Alsergrund, Strudelhofgasse 13. APPELT wurde im Herbst 1944 angespuckt und als "Judengesindel" beschimpft.

Denunziation des Ehepaares Dr. Alfons und Klara APPELT aus verwerflichen Gründen in Wien-Alsergrund, Strudelhofgasse 13 im März 1944. Die Hausbesorgerin Margarethe SPIRK, die eine Wohnung für ihre Tochter benötigte, hatte in Erfahrung gebracht, dass Klara APPELT Jüdin und ihr Gatte Alfons Arier sei und dass beide trotzdem im Jahre 1941 geheiratet hätten. Gegen das Ehepaar APPELT wurde vor dem Gausippenamt ein Verfahren eingeleitet, um die Abstammungsverhältnisse der Klara APPELT zu klären.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.5.1946: Anklageerhebung wegen §§ 4, 7 KVG

25.9.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen §§ 4, 7/2b KVG zu 2 ½ Jahren. Vermögensverfall.

12.2.1948: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2638/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1d Vr 2638/46 gegen Margarethe SPIRK:

AKTENVERMERK 2.12.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 2638/46 gegen Margarethe SPIRK fehlt:

ONr. 27	Blatt 105
ONr. 30	Blatt 113 bis 123 (Hv-Protokoll)
ONr. 36	Blatt 143

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:
SPIRK Margarethe, geb. 4. Jänner 1886 in Wien
Hausbesorgerin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 25. September 1946

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. BERGER

Richter: LGR. Dr. KITTL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Josef HUBACEK, Käthe KÖRNER und Ludwig VESELY

Staatsanwalt: Dr. FANTA

Verteidiger: Dr. Ignaz BRANDSTETTER

Geograph. Bezug: Wien-Alsergrund

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 2638/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1055/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1698/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9099/46

Prozess wegen Verbrechen an Stefanie KOPECEK und anderen unbekanntem Jüdinnen und Juden in
Wien-Favoriten

Volkserichtsverfahren gegen:

Anna MAZUR

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Favoriten)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Stefanie KOPECEK aus politischer
Gehässigkeit in Wien-Favoriten, Keplerplatz 12 in den Jahren 1938 bis 1945

Denunziation des N. NEUMANN, des N. LITAL und anderer unbekannter jüdischer Inhaber von
Hutgeschäften unter Ausnutzung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und aus Gehässigkeit in
Wien-Favoriten in den Jahren 1938 und 1939

Versuchte Denunziation der Stefanie KOPECEK durch Erstattung mehrerer Anzeigen bei der NSDAP in
den Jahren 1938 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.6.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG, § 7 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG

16.3.1948: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1698/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1h Vr 1698/46 gegen Anna MAZUR:

AKTENVERMERK 2.12.2004

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1h Vr 1698/46 gegen Anna MAZUR fehlt:

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

MAZUR Anna, geb. 7. November 1897 in Wien
Oktober 1940: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 451.464
Landwirtin
Gattin eines Hutmachermeisters
Bekannte des Kreisleiters Hans DÖRFLER

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. Dezember 1947 (Vertagung wegen Nichterscheinen der Angeklagten)

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Josefa GARTNER, Eduard PAGAC und Ferdinand POCHILY

Staatsanwalt: Dr. MERZ
Verteidiger: Dr. Ernst ZÖRNLAIB

Hauptverhandlung vom 16. März 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Anton HAPPENHOFER, Josef NUSSBAUM und Pius WECKERLE

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Ernst ZÖRNLAIB

Geograph. Bezug: Wien-Favoriten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1698/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1056/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1073/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 4079/46

Prozess wegen Verbrechen an dem jüdischen Ehepaar Dr. Rudolf und Karoline MEHSER in Wien-Fünfhaus, Sperrgasse 23/10 im Jahr 1942

Volksgerichtsverfahren gegen:

Hans und Anna GÖBHARTER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
§ 7 KVG (Denunziation)
§ 98 StG (öffentliche Gewalttätigkeit) und
§ 101 StG (Amtsmissbrauch)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Fünfhaus)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an dem jüdischen Ehepaar Dr. Rudolf und Karoline MEHSER in Wien-Fünfhaus, Sperrgasse 23/10 im Zuge der Aneignung der Wohnung durch Hans und Anna GÖBHARTER im Jahr 1942

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

24.5.1946: Anklageerhebung gegen Hans GÖBHARTER wegen § 8 VG und § 3 KVG

Anklageerhebung gegen Anna GÖBHARTER wegen § 3 KVG

10.7.1946: Verurteilung der beiden Angeklagten wegen § 3 KVG zu 6 Monaten schweren Kerkers.
Kein Vermögensverfall.

Freispruch des Hans GÖBHARTER wegen § 8 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1073/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GÖBHARTER Anna, geb. 1. Mai 1896 in Wien

GÖBHARTER Hans, geb. 26. Mai 1895 in Wien

1932: Angehöriger der NSBO

SA-Angehöriger

Beamter des Wiener Wohnungsamtes

politischer Leiter der DAF

1938: prov. Zellenleiter bei der NSV, Ortsgruppe Rustendorf

1938-Ende 1940: prov. Blockleiter der Ortsgruppe Neubaugürtel

17. Juli 1939: Mitarbeiter der Gemeinde Wien, Aufnahmebeamter des Wohnungsamtes

1. Juli 1940: NSDAP-Mitglieds, Nr. 8,120.408

3. Jänner 1941-August 1941: Wehrmacht

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 10. Juli 1946

Vorsitzender: LGR. Dr. LEDL

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Leopold GARTNER, Albert HLAUCAL und Marie SCHWELLA

Staatsanwalt: Dr. ZEILINGER

Verteidiger: Dr. Karl WALTER für Hans GÖBHARTER

Dr. Michael STERN für Anna GÖBHARTER

Privatbeteiligte: Dr. Rudolf und Karoline MEHSER vertreten durch Dr. Erwin MESSER

Geograph. Bezug: Wien-Fünfhaus

© Copyright für die Beschreibung des Akts
LG Wien Vg 1b Vr 1073/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1057/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 2102/49 (Vg 6b Vr 3802/46)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 21729/46

Prozess wegen Arisierung der Apotheke "Zum Biber" in Wien-Alsergrund, Porzellangasse 5 am 13.
Oktober 1938

Volkserichtsverfahren gegen:

Magister der Pharmazie Anton GREGOR

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 6 Sprengstoffgesetz

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung der Apotheke "Zum Biber", Besitzer Dr. Philipp und Martin SOBEL, in Wien-Alsergrund,
Porzellangasse 5 am 13. Oktober 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

4.11.1946: Anklageerhebung wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

14.11.1946: Verfahrenseinstellung wegen § 6 Sprengstoffgesetz und hinsichtlich der vom
Beschuldigten ausgeübten Funktion eines Ortsgruppenleiters und SA-Sturmführers
gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

22.1.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und
wegen § 6 KVG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

3.7.1948: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten

23.9.1949: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens unter LG Wien Vg 1a Vr 2102/49. Freispruch des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 2102/49:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1a Vr 2102/49 gegen Anton GREGOR:

Im gegenständlichen Akt befindet sich ein belastendes Gutachten von Magister Heinrich BARTL und Komm. Rat. Magister MINARIK sowie ein entlastendes Gutachten von Magister Gustav HUMER oder HUMMER

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

GREGOR Anton, geb. 10. September 1892 in Holschitz (Tschechoslowakei)

1919: Ausweisung aus der Tschechoslowakei

1921: Mitbegründer der ersten NS Ortsgruppe in Kärnten in Zusammenarbeit mit Rentmeister

1923: SA-Sturmführer

1927: Gemeinderat von Gaming (Niederösterreich)

1930: Ortsgruppenleiter von St. Peter bei Graz

1. Jänner 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 364.782

1933: Blockwart und Sturmführer der SA in St. Peter bei Graz

1934: Haftstrafe

Mitglied der DAF, NSV, des RLB, DRK und RKB

"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 22. Jänner 1948

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. MIRONOVICI

Richter: LGR. Dr. WASZNER

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Alois KASPAR, Franz POKOJ und Karl PÖLZ

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Gustav BAUER für Josef BERKOVITS

Hauptverhandlung vom 23. Jänner 1949 (nicht öffentliche Sitzung)

Vorsitzender: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: Dr. NANKE

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Siegmund WEINREB, Anna BRÄNDLE und Theodor BAUM

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Gustav BAUER für Josef BERKOVITS

Geograph. Bezug: Wien-Alsergrund und
St. Peter bei Graz (Steiermark)

© Copyright für die Beschreibung des Akts

LG Wien Vg 1a Vr 2102/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1058/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1b Vr 1833/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 13620/45

Prozess wegen Denunziation mit Todesfolge in Gerstenfeld, Kreis Znaim (Tschechoslowakei) im April 1945

Volksgerichtsverfahren gegen: Johanna WOLLEIN

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Angehöriger der deutschen Wehrmacht

Tatland (Tatort): Tschechoslowakei (Gerstenfeld, Kreis Znaim)

Tatvorwürfe:

Denunziation des desertierten Soldaten Franz WASTL in Gerstenfeld Nr. 40, Kreis Znaim (Tschechoslowakei) zur Unterstützung der NS-Gewaltherrschaft am 22. April 1945. WASTL wurde dem Feldgericht Kallendorf, Kreis Znaim überstellt und dort am 26. April 1945 als Deserteur erschossen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

20.5.1946: Anklageerhebung wegen § 7/3 KVG

17.7.1946: Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1b Vr 1833/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

WOLLEIN Johanna, geb. 16. August 1885 in Gerstenfeld, Znaim (Tschechoslowakei)
geborene KREPPENHOFER

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 17. Juli 1946

Vorsitzender: LGR. Dr. LEDL

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Marie KASTNER, Josef WEIHS und Stefan HERR

Staatsanwalt: Dr. LASSMANN

Verteidiger: Dr. HELMBERG für Dr. Anton GMOSEK

Geograph. Bezug: Gerstenfeld, Kreis Znaim (Tschechoslowakei)

© Copyright für die Beschreibung des Akts

LG Wien Vg 1b Vr 1833/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1190
DÖW-Signatur V1059/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1300/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11738/45

Prozess wegen versuchter Denunziation eines Deserteurs in St. Pölten (Niederösterreich) im März 1945

Volkserichtsverfahren gegen:

Annemarie HEUBERGER

wegen (§§): § 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Angehöriger der deutschen Wehrmacht

Tatland (Tatort): Österreich (St. Pölten-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Versuchte Denunziation des desertierten Soldaten Johann WURZER in St. Pölten (Niederösterreich) zur Unterstützung der NS-Gewaltherrschaft im März 1945. Gemeinsam mit Gertrude HOLUB, Führerin des BDM, erstattete HEUBERGER eine Anzeige gegen WURZER wegen Zersetzung der Wehrkraft. WURZER konnte allerdings bis Kriegsende von der Gestapo nicht gefunden werden.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.11.1945: Anklageerhebung wegen §§ 8 StG, 7 KVG

19.2.1946: Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1300/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

HEUBERGER Annemarie, geb. 2. Mai 1923 in Röchlitz (Bez. Reichenberg, Tschechoslowakei)

1943: NSDAP-Mitglied

März 1945: Rotkreuzdienst

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 19. Februar 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Ludwig HALLER, Jakob KOHN und Franz MASA

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. FEITZINGER für Dr. WILLE

Geograph. Bezug: St. Pölten (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts

LG Wien Vg 1d Vr 1300/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1190+1191
DÖW-Signatur V1060/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1m Vr 4739/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29387/45

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an dem jüdischen Ehepaar STÖGER in Wien-Leopoldstadt im Jahr 1942

Volkserichtsverfahren gegen:

Ing. Erwin und Gisela ECKHARDT

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG,
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlung),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an dem jüdischen Ehepaar STÖGER in Wien-Leopoldstadt, Schöllerhofgasse 5 im Rahmen der Arisierung der Wohnung im Jahr 1942

Aneignung von Möbeln aus jüdischem Besitz in Wien-Leopoldstadt im März 1938

Arisierung der Parfümerie ADLER, Inhaberin Stella ADLER, in Wien-Leopoldstadt, Ferdinandstraße 15 im Jahr 1938

Versuchte Denunziation der Karoline SCHWARZ wegen regimiefeindlicher Äußerungen in Wien-Leopoldstadt, Ferdinandstraße 17 im Jahr 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

6.6.1946: Anklageerhebung gegen Gisela ECKHARDT wegen § 58 StG in der Fassung der

§§ 10, 11 VG und §§ 3, 4 KVG

25.6.1946: Verfahrenseinstellung gegen Gisela ECKHARDT wegen § 6 KVG (betreff. Arisierung der Parfümerie ADLER und Erwerb von Möbeln aus jüdischem Besitz) gemäß § 109 StPO (Einstellung durch Verfügung des Untersuchungsrichters).

Verfahrenseinstellung wegen § 8 StG, § 7 KVG (versuchter Denunziation der Karoline SCHWARZ) gemäß § 34/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Verfolgung unter Vorbehalt späterer Verfolgung)

Einleitung der Voruntersuchung gegen Ing. Erwin ECKHARDT wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG. Ausscheidung des Verfahrens zu LG Wien Vg 1d Vr 5051/46.

29.8.1946: Verurteilung der Gisela ECKHARDT wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, KVG und wegen §§ 8 StG, 7 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1m Vr 4739/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

ECKHARDT Gisela, geb. 20. Jänner 1895 in Wien

1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 119.483

Blutordensträgerin
"Alte Kämpferin"
"Altparteigenossin"

ECKHART Erwin, Ing. geb. 22. Dezember 1893

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 29. August 1946

Vorsitzender: Vizepräsident Dr. MIRONOVICI

Richter: LGD. Dr. Walter KITTL

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Viktor ZELZER, Ludwig FLEISCHINGER und Dipl.-Ing. Alfred UNGER

Staatsanwalt: Dr. MAYERHOFER

Verteidiger: Dr. Martin HÖBERLE

Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1m Vr 4739/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1061/1-12

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1197/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1467/46

Prozess wegen Verbrechen an dem Ehepaar MERTZIK in Wien-Alsergrund zwischen 1939 und 1945

Volkserichtsverfahren gegen:

Julia STEINBÖCK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)
und §§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Jüdin/Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Ehepaares Karl und Alice MERTZIK aus politischer Gehässigkeit in Wien-Alsergrund, Wagnergasse 2 zwischen 1939 und 1945. Die Beschuldigte Julia STEINBÖCK war Hausmeisterin und Blockwartin der NSV. In besonderer Weise ging sie gegen die jüdische Bewohnerin Alice MERTZIK vor, die sie mit dem Ausdruck "Saujüdin" beschimpfte beziehungsweise ihr die Benützung des Luftschuttkellers verbieten wollte.

Versuchte Denunziation der Alice MERTZIK wegen hitlerfeindlicher Äußerungen in Wien-Alsergrund, Wagnergasse 2 im Jahr 1942

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.4.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG

2.5.1946: Verfahrenseinstellung wegen § 8 VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

7.10.1947: Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1197/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

STEINBÖCK Julia, geb. 12. Mai 1896 in Peigarten, Bez. Hollabrunn (Niederösterreich)

Hausmeisterin
Blockwartin des NSV

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 7. Oktober 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karoline ENGSTFELD, Franz HAWEL und Heinrich WERNER

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. Richard TEKUSCH

Geograph. Bezug: Wien-Alsergrund

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1197/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1062/1-13

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2220/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11974/46

Prozess wegen Illegalität und Denunziation von TeilnehmerInnen spiritistischer Sitzungen in Wien im Jahr 1940

Volksgerichtsverfahren gegen:

Katharina KRUIZEK

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: ZivilistInnen und Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität (Aufbewahrung von Propagandamaterial)

Denunziation der Antonia MOST, der Antonia FIALA, der Josefine SUCHANEK, der Anna HOTOVEC, der Agnes KRAHULEC, des Ludwig RUNSER und anderer namentlich nicht bekannter Personen wegen Teilnahme an spiritistischen Sitzungen in Wien im Jahr 1940

Denunziation des Franz VRANKA wegen regimfeindlicher Äußerungen im Jahr 1940

Denunziation der Philippine HROMATKA bei der Gestapo

Denunziation ihrer Schwiegermutter Viktoria KRUIZEK bei der Gestapo im Dezember 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.6.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 7 KVG

Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Verfolgung betreffend Denunziation Philippine HROMATKA und Viktoria KRUIZEK gemäß § 34/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Verfolgung unter Vorbehalt späterer Verfolgung)

13.12.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 7 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen §§ 8 StG, 7 KVG betreffend Viktoria KRUZEK gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2220/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Zusatzinformationen zu dem Akt LG Wien Vg 1i Vr 2220/46 gegen Katharina KRUZEK:

Im gegenständlichen Akt befindet sich eine Urteilsabschrift aus dem Verfahren 212 U 569/44 vor dem
Amtsgericht Wien gegen Katharina KRUZEK

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

KRUZEK Katharina, geb. 16. September 1896 in Seitenstetten (Niederösterreich)

19. Juni 1932: NSBO-Mitglied

19. Juni 1933: NSDAP-Mitglied

"Altparteigenossin"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13. Dezember 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Ferdinand LIMBECK, Josef JARY und Leopoldine KERSCHNER

Staatsanwalt: Dr. MENZEL

Verteidiger: Dr. Erich GOGLIA

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2220/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1063/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4433/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27962/45

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an dem "Mischehepaar" Hans und Josefine LANGER in
Wien-Leopoldstadt ab März 1938

Volkserichtsverfahren gegen:

Laurentius und Maria SCHMID

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verbrechen an dem jüdischen Ehepaar LANGER in Wien-Leopoldstadt, Sterneckplatz 5 ab März 1938

Verbrechen an unbekanntem Jüdinnen und Juden in Wien-Leopoldstadt ab März 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.3.1946: Anklageerhebung gegen Laurentius SCHMID wegen § 58 StG in der Fassung
der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG

Anklageerhebung gegen Maria SCHMID wegen §§ 3, 4 KVG

21.3.1946: Verfahrenseinstellung gegen Laurentius SCHMID wegen § 3 KVG (Verbrechen an
unbekanntem Jüdinnen und Juden) und wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung
der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Verfahrenseinstellung gegen Maria SCHMID wegen § 3 KVG (Verbrechen an
unbekanntem Jüdinnen und Juden) gemäß § 109 StPO

9.4.1946: Freispruch

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

SCHMID Laurentius, geb. 31. Oktober 1896 in Weidendorf (Niederösterreich)
1. Mai 1935: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 277.173

Blockleiter bei der Ortsgruppe Reichsbrücke

SCHMID Maria, geb. 1. Februar 1899 in Probsdorf
Bedienerin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. April 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. MIRONOVICI
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Johann BANAR, Kamillo NEMETZ und Leopold STELLFELD
Staatsanwalt: Dr. DOUDA
Verteidiger: Dr. Alfred FÜRST

Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1064/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 1719/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14221/45

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an BewohnerInnen des Hauses Lessinggasse 18 in Wien-Leopoldstadt zwischen 1941 und 1944

Volkserichtsverfahren gegen:

Hermine und Otto CZERMAK
(im Akt auch CERMAK genannt)

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe betreffend Otto CZERMAK:

Illegalität

Denunziation der Hausbesorgerin Josefine LEXA und des Hausverwalters Otto ROBITSCHKEK
am 13. März 1941

Denunziation des Ehepaares Lorenz und Rosalia ELLER am 13. März 1941

Denunziation des jüdischen Ehepaares Karl und Irma oder Irmgard SLOZIL sowie ihrer
Schwägerin Sofie SLOZIL am 13. März 1941

Sofie SLOZIL erlitt einen Nervenzusammenbruch und wurde im Dezember 1942 in die Anstalt
"Am Steinhof" gebracht. In weiterer Folge wurde sie in das Lager Malzgasse überstellt und im
März 1943 nach Polen deportiert.

Denunziation der Sofie GUGGERELL wegen angeblichen Ehebruchs in den Jahren 1941 und

1944

Tatvorwürfe betreffend Otto und Hermine CZERMAK:

Verbrechen der Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde aus politischer Gehässigkeit von folgenden BewohnerInnen des Hauses Lessinggasse 18 zwischen 1938 und 1945:

Familie Karl und Irma oder Irmgard SLOZIL
Familie Katharina NOWAK

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.1.1946: Anklageerhebung gegen Otto CZERMAK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG , § 4 KVG, § 7/2b KVG und § 7/3 KVG

Anklageerhebung gegen Hermine CZERMAK wegen § 4 KVG

4.3.1946: Verurteilung des Otto CZERMAK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 4, 7/2b KVG zu 12 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 7/3 KVG betreffend Sofie SLOZIL gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Verurteilung der Hermine CZERMAK wegen § 4 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

10.11.1949: Bedingte Nachsicht der Reststrafe der Hermine CZERMAK durch den Bundespräsidenten

14.7.1951: Bedingte Nachsicht der Reststrafe des Otto CZERMAK durch den Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1719/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

CERMAK Otto, geb. 7. März 1886 in Wien
Industriemaler
Kriminalbeamter
Fischhändler

1. Jänner 1937: NSDAP-Mitglied

1938: Blockleiter bei der Ortsgruppe "Am Hof"

1. Juni 1938: Amtsleiter und Politischer Leiter

7. April 1940: Parteidienstmedaille für deutsche Volkspflege

Träger der Ostmarkmedaille

Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse

CERMAK Hermine, geb. 31. Oktober 1901 in Baden bei Wien

NSDAP-Mitglied

Trägerin der Anerkennungsmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 4. März 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Franz SCHULZ

Richter: OLGR. Dr. KLEISSL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Franz KASAL, Alois MUDRA und Marie GRIMME

Staatsanwalt: Dr. ZASTIERA

Verteidiger: Dr. Emil KRASSER (Otto CERMAK)

Dr. Rudolf KREUZ (Hermine CERMAK)

Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 1719/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1065/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 3679/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 22417/45

Prozess wegen Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an BewohnerInnen des
Hauses Ernst-Ludwiggasse 11 in Wien-Favoriten zwischen 1938 und 1945

Volkserichtsverfahren gegen:

Theresia EGGER

wegen (§§): § 3 VG (Wiederbetätigung),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Favoriten)

Tatvorwürfe:

Wiederbetätigung

Verbrechen aus politischer Gehässigkeit an BewohnerInnen des Hauses Ernst Ludwiggasse 11
in Wien-Favoriten zwischen 1938 und 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.8.1946: Anklageerhebung wegen § 3 KVG

27.8.1946: Verfahrenseinstellung wegen § 3 VG und §§ 4, 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung
der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

3.10.1946: Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3679/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

EGGER Therese, geb. 14. Dezember 1892 in Sollenau (Niederösterreich)
1939: NS-Frauenwerk
1942: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 453.607 und Angehörige der NS-Frauenschaft

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 3. Oktober 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. KOWALSKI
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Friedrich BACH, Hans JIRAK und Oskar MAUTNER
Staatsanwalt: Dr. FANTA
Verteidiger: Dr. A. POSCH
Geograph. Bezug: Wien-Favoriten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 3679/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1066/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 5139/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29353/45

Prozess wegen Illegalität und Denunziation von Michael RÖHRENBACHER in Weitra (Niederösterreich)
am 10. Juli 1941

Volkserichtsverfahren gegen:

Karl und Maria SEITZ

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Weitra-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Denunziation des Michael RÖHRENBACHER wegen regimfeindlicher Äußerungen in Weitra
(Niederösterreich) am 10. Juli 1941. RÖHRENBACHER wurde gemäß § 2 Heimtückegesetz zu 8
Monaten Haft verurteilt.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.11.1946: Anklageerhebung gegen Karl SEITZ wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG
und § 7 KVG

Anklageerhebung gegen Maria SEITZ gegen § 7 KVG

13.12.1948: Freispruch der Maria SEITZ

25.11.1949: Unterbrechung des Verfahrens gegen Karl SEITZ gemäß § 422 StPO (Unterbrechung
des Verfahrens gegen Abwesende und Flüchtige nach Anklageerhebung)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5139/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

SEITZ Karl, geb. 9. Mai 1884 in Weitra (Niederösterreich)
Kaufmann

1. Mai 1933: Gewerbering (NS-Berufsorganisation)

1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 611.307

SEITZ Maria, geb. 18. Dezember 1896 in Langschlag (Niederösterreich)

1938-1941: Parteianwärterin

1941-1945: Parteimitglied

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13. Dezember 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Wenzel POHLREICH, Michael FÜCHSEL und Edmund BREYER

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Geograph. Bezug: Weitra (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5139/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1067/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 3546/46
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14872/46

Prozess wegen Illegalität und Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde von unbekanntem Jüdinnen und Juden in Gresten (Niederösterreich) von März bis Mai 1945

Volksgerechtsverfahren gegen:

Emilie PÖCKL

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung des
§ 11 VG (Illegalität) und
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen/Juden, Kriegsgefangene und Wehrmachtsangehörige

Tatland (Tatort): Österreich (Gresten-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Beschimpfung von unbekanntem Jüdinnen und Juden in Gresten (Niederösterreich) im Jahr 1945. In ihrer Funktion als NSV-Walterin war PÖCKL für die Verpflegung von Kriegsgefangenen, Flüchtlingen und Juden zuständig. Bei der Ausgabe von Speisen beschimpfte sie aus politischer Gehässigkeit französische und russische Kriegsgefangene besonders aber verschleppte Jüdinnen und Juden in ordinärer Weise und verlangte die Ausgabe kleinerer Rationen.

Denunziation älterer Wehrmachtsangehöriger wegen fehlender Kriegsbegeisterung beim Ortsgruppenleiter von Gresten im Jahr 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.7.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und § 4 KVG

- 10.8.1946: Verfahrenseinstellung wegen § 7 KVG (Anzeige älterer Wehrmachtsangehöriger beim Ortsgruppenleiter) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 27.9.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und wegen § 4 KVG zu 7 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 17.9.1949: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch Entschließung des Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 3546/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

PÖCKL Emilie, geb. 23. Juli 1891 in Neustift, Bez. Scheibbs (Niederösterreich)

Sommer 1932: NSDAP-Mitglied

1. Mai 1938: offizieller Beitritt

Mitarbeiterin des Ortsgruppenleiters Magnay
Organisationsleiterin, Block- und Zellenleiterin,
stellvertretende Frauenschaftsleiterin, NSV-Walterin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. September 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. KORFF

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Marie BRANDAUER, Otto HORWATH und Anna KEILBAUER

Staatsanwalt: Erster Staatsanwalt Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. Herbert EGGSTAIN

Geograph. Bezug: Gresten (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 3546/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1191
DÖW-Signatur V1068/1-19

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 3839/45
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14603/45

Prozess wegen Verbrechen der Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde sowie wegen Arisierung eines Parfümerie- und Haushaltensartikelgeschäftes in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 27 am 25. November 1938

Volkserichtsverfahren gegen:

Gisela PALLENDORF und
Gottlieb SCHUSTER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§§ 5 StG, 6 KVG (Mitschuld am Verbrechen der missbräuchlichen Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Ausländische Arbeiterin und Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe betreffend Gisela PALLENDORF:

Registrierungsbetrug

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde der ukrainischen Hausgehilfin Anuschka DUNJA durch Schläge und Zufügung von blutenden Wunden in Wien-Leopoldstadt zwischen 1941 und 1945

Arisierung des Parfümerie- und Haushaltensartikelgeschäftes Karl und Auguste FAHRER in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 27 am 25. November 1938

Denunziation des Karl FAHRER bei der Gestapo im Jahr 1938

Tatvorwürfe betreffend Gottlieb SCHUSTER:

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Karl FAHRER in Wien-Leopoldstadt im Jahr 1938

Mitwirkung an der Arisierung des Parfümerie- und Haushaltensartikelgeschäftes Karl und

Auguste FAHRER in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 27 am 25. November 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.6.1946: Anklageerhebung gegen Gisela PALLENDORF wegen §§ 4, 6 KVG

Einstellung des Verfahrens gegen Gisela PALLENDORF wegen § 8 VG und § 7 KVG
gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

18.10.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Gottlieb SCHUSTER wegen § 4 KVG und §§ 5 StG,
6 KVG

27.10.1948: Freispruch der Gisela PALLENDORF

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 3839/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

PALLENDORF Gisela, geb. 7. Dezember 1903 in Wien

SCHUSTER Gottlieb, geb. 24. Mai 1899
1938-1945: Parteianwärter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. Februar 1948 (Vertagung-Beschluss auf Einleitung der Voruntersuchung
gegen Gottlieb SCHUSTER wegen §§ 4, 6 KVG)

Vorsitzender: OLGR. Dr. WAGNER-LÖFFLER
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Rudolf LÖFFLER, Walter MÜLLER und Hedwig NEMETH
Staatsanwalt: Dr. MERZ
Verteidiger: Dr. Otto KAUER

Privatbeteiligter: Gustav HOROWITZ
Vertretung: Dr. Felicitas GEISSLER für Dr. STERN

Hauptverhandlung vom 27. Oktober 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. WAGNER-LÖFFLER
Richter: LGR. Dr. SCHMIDT
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Schöffen: Maire KERSCHL, Emelie BLECHINGER und Erich MAERTEN
Staatsanwalt: Dr. HICKE
Verteidiger: Dr. Arthur ERNST

Privatbeteiligter: Gustav HOROWITZ

Vertretung: Dr. Wilhelm PHILIPP für Dr. Michael STERN
Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt
© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 3839/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1191+1192
DÖW-Signatur V1069/1-46

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 10/53 (1c Vr 1552/49, Vg 4f Vr 3657/45)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1660/53 (15 St 2369/50, 15 St 23574/45)

Prozess wegen Denunziation mit Todesfolge des Radiohändlers Oskar BECK in Wien-Leopoldstadt im März oder April 1943

Volksgerichtsverfahren gegen:

Therese DRAXLER
Otto JURKOVIC
Wilhelm PORUBKA (BORUBKA)
Johann SZERENCES
Leopoldine SZERENCES

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation),
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge) und
§§ 5 StG, 7 KVG (Mitwirkung an der Denunziation)

Opfer: Zivilist ("Mischling 1. Grades")

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)
Tatvorwurf:

Denunziation des Radiohändlers Oskar BECK wegen abfälliger Äußerungen über den Kriegseinsatz von Frauen in Wien-Leopoldstadt im März oder April 1943. Oskar BECK wurde vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Wehrkraftzersetzung im Juli 1943 zum Tode verurteilt und am 18. Oktober 1943 hingerichtet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 3.12.1945: Einstellung des Verfahrens gegen Wilhelm PORUBKA gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)
- 22.2.1946: Anklageerhebung gegen Therese DRAXLER wegen § 7/3 KVG
- 10.5.1946: Verurteilung der Therese DRAXLER wegen § 7/3 KVG zu 15 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 18.6.1949: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Therese DRAXLER unter LG Wien Vg 1a Vr 1552/49
- 29.10.1949: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 9b Vr 2218/49 gegen Johann SZERENCES in das gegenständliche Verfahren

- 01.08.1951: Anklageerhebung gegen Therese DRAXLER, Johann SZERENCES, Leopoldine SZERENCES und Otto JURKOVIC wegen § 7/2 lit. b KVG
- 27.11.1951: Freispruch der vier Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 15.12.1952: Urteilsaufhebung und Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Therese DRAXLER und Johann SZERENCES unter LG Wien Vg 13b Vr 10/53
- 20.4.1953: Freispruch der beiden Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 10/53:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz
Detailinformation zu LG Wien Vg 13b Vr 10/53 gegen Theresia DRAXLER u.a.:

Das gegenständliche Vg-Verfahren enthält

- a.) Einbezogenes Verfahren LG Wien Vg 9b Vr 2218/49
(Wiederaufnahmeverfahren von LG Wien LG Wien Vg 4c Vr 5162/45) gegen Johann SZERENCES
- b.) Hinweise auf folgende Verfahren:
LG Wien Vg 13a Vr 9324/46 gegen Otto JURKOVIC
- c.) Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit betreff.
Otto JURKOVIC, Alois DRAXLER sowie Johann und Leopoldine SZERENCES
- d.) Abschriften von Erhebungsberichten und Gerichtsdokumenten (Anklageschrift 9 J 617/43 und Urteil) aus der NS-Zeit betreff. Oskar BECK
- e.) Abschrift von Haftbefehlen des Volksgerichtshofes (2. Senat) betreff. die Wiener Straßenbahner Josef KRČMARIK, Johann PLOCEK, Josef FRIEDL, Leopold SLABY und Ludwig KUPSKY

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

PORUBKA Wilhelm, geb. 10. Jänner 1885 in Littau
gest. 19. Februar 1945

Zellenleiter der Ortsgruppe Rembrandtstraße

DRAXLER Therese, geb. 1. November 1899 in Wien
Postsekretärin a.D.

JURKOVIC Otto, geb. 31. Oktober 1909 in Wien
Buchbindergehilfe

August 1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 510.433
1930-1932: SA-Angehöriger
27. April 1932: SS-Angehöriger
Juli 1932: Magentritt (66prozentiger Invalide)
15. Mai 1933: SS-Unterscharführer
Juli 1939: SS-Auszeichnung, SS-Nr. 37.531

Blutordensträger

SZERENCES Johann, geb. 12. Mai 1894 in Wien
Geschäftsdienner
Politischer Leiter

1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 117.335
8. September 1939-2. Oktober 1941: Blockhelfer der Ortsgruppe Rembrandtstraße

SZERENCES Leopoldine, geb. 12. November 1899 in Wien
30. September 1938: NS-Frauenschaft
1. November 1939: NSV
1. April 1943: DAF

Blockfrauenschaftsleiterin
Angehörige der Ortsgruppe Rembrandtstraße

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 10. Mai 1946 (Theresia DRAXLER)
Vorsitzender: OLGR. Dr. Franz SCHULZ
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Schöffen: Elise DWORAK, Franz OTT und Luise SLAMA
Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY
Verteidiger: Dr. Franz KULLA
Hauptverhandlung vom 27. November 1951
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: Dr. FISCHER
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Otto BLAUENSTEINER, Leopold INNTHALER und Johann SEDLAK
Staatsanwalt: Dr. HACKL
Verteidiger: Dr. Otto ROTSCHE (DRAXLER)
Dr. Walter RIEHL (SZERENCES)
Dr. Johann OTT (JURKOVIC)

Hauptverhandlung vom 20. April 1953

Vorsitzender: LGR. Dr. SCHACHERMAYR
Richter: LGR. Dr. FIEDLER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Otto KUNDNER, Josef POLENKA und Else HEILINGER
Staatsanwalt: Dr. STOLBER
Verteidiger: Dr. Otto ROTSCHE (DRAXLER)
Dr. Ingomar KAPLAN (SZERENCES)

Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt
© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 10/53

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1070/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 363/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6370/45)

Prozess wegen Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde sowie wegen Denunziation von BewohnerInnen des Hauses Taborstraße 57, Wien-Leopoldstadt, durch Eleonore NEYER zwischen 1938 und 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Eleonore NEYER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7/2 KVG (Denunziation) und
§§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Juden/Jüdinnen und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verletzung der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Erna GSUR, der N. HEUER und anderer jüdischer BewohnerInnen des Hauses Taborstraße 57 aus politischer Gehässigkeit

Denunziation der Lehrerin Marie DOIFL, der Familie GOLDSTEIN sowie eines unbekanntes Juden. Aufgrund der eingebrachten Anzeige wurden die Familie GOLDSTEIN und der unbekanntes Jude nach Polen deportiert. Marie DOIFL wurde im Jahr 1940 strafweise nach Polen versetzt.

Denunziation folgender weiterer BewohnerInnen des Hauses Taborstraße 57:

Erna GSUR,
Gerda KOCH,
Anton
KRATOCHWI
L und Alfred
LÖWI oder
LÖWY

Versuchte Denunziation des Georg SCHMIDT und der Gisela SPRUNG bei der Ortsgruppe "Stadtgut" wegen Kontakt mit Jüdinnen und Juden

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.2.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG, § 7/2b KVG und §§ 8 StG, 7 KVG
- 23.2.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und wegen § 7 KVG betreff. Erna GSUR, Gerda KOCH, Anton KRATOCHWIL und Alfred LÖWI oder LÖWY gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 6.4.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 4 KVG, § 7/2lit.b und §§ 8 StG, 7 KVG zu 6 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 27.11.1948: Enthftung wegen schwerer Krankheit
- 6.2.1950: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 363/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

NEYER Eleonore, geb. 8. Februar 1910 in Wien
geborene LEIDENFROST
Hausmeisterin
1. Oktober 1940: NSDAP-Beitritt, Nr. 8, 452.505
Mitglied in der NS-Frauenschaft

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 6. April 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS
Richter: OLGR. Dr. KLEISSL
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Karl EBNER, Johann SCHÖNHOFER und Hermine BRETSCHNEIDER
Staatsanwalt: Dr. PASTROVICH
Verteidiger: Dr. Ludwig MARGREITER

Einhelliger Beschluss über die Schuld der Angeklagten. Die Strafbemessung erfolgte mit den Stimmen der beiden Schöffen BRETSCHNEIDER und SCHÖNHOFER, des Votanten sowie des Vorsitzenden. Der Schöffe EBNER stimmte für eine Haftstrafe von 10 Jahren.

Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 363/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1071/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 5543/48
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 30809/48)

Ermittlungsverfahren wegen illegaler Betätigung für die NSDAP in Mödling (Niederösterreich)
zwischen
1. Juli 1933 und 13. März 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Karl WALENTA

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatland (Tatort): Österreich (Mödling-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität
SA-Scharführer beim Sturm 25/81

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.5.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß
§ 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 5543/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WALENTA Karl Dr., geb. 12. Mai 1897 in Wien

1. September 1936: SA-Scharführer beim Sturm 25/81
1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 133.400

Beförderung zum Landesgerichtsdirektor
Versetzung ins Reichsjustizministerium nach Berlin

Geograph. Bezug: Mödling (Niederösterreich)

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1072/1-7

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 7510/47
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 37609/47)

Ermittlungsverfahren gegen Dr. Karl WEISS wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Arthur SOFFER in Wien-Innere Stadt am 15. Juni 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Karl WEISS

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jude

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwurf:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Arthur SOFFER als Konzipient der Kanzlei Dr. Franz WRABETZ. Im Rahmen der Arisierung des Stilmöbelhauses Brüder Arthur, Hans und Siegmund SOFFER, Wien- Innere Stadt, Singerstraße 4 am 15. Juni 1938 drohte Dr. WEISS dem Arthur SOFFER im Falle der Nichtunterzeichnung des so genannten "Kaufvertrags" mit der Einweisung in das KZ Dachau.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.4.1949: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG gemäß
§ 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 7510/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zum Verfahren LG Wien 2c Vr 7510/47 gegen Dr. Karl WEISS:

Im gegenständlichen Akt befindet sich die Abschrift einer Zeugenvernehmung der Katharina SOFFER aus dem Verfahren LG Wien Vg 1i Vr 2058/49 gegen Viktor BLAHUT u.a.

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WEISS Karl Dr., geb. 24. September 1910 in Guntramsdorf (Niederösterreich)

1. Jänner 1938-15. August 1939: Konzipient der Kanzlei Dr. Franz WRABETZ, Wien-Josefstadt, Strozzigasse 32

Geograph. Bezug: Wien

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 7510/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1073/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3415/66 (27c Vr 3803/64)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12197/66 (15 St 12078/64)

Strafverfahren gegen Alois KURZ wegen Mitwirkung am Verbrechen des Mordes im KZ Auschwitz als Mitarbeiter des Arbeitseinsatzführers vom 12. Juni bis 1. November 1944

Strafverfahren gegen:

Alois KURZ

wegen (§§): §§ 5 StG, 134ff StG (Mitwirkung am Verbrechen des Mordes)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwurf:

Verbrechen des Mordes in Auschwitz als Mitarbeiter des Arbeitseinsatzführers vom 12. Juni bis 1. November 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.8.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alois KURZ wegen §§ 134ff StG aus dem Verfahren LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a. und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien 27c Vr 3803/64

23.10.1964: Unterbrechung des Verfahrens gemäß 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtlinge)

21.4.1966: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien 27c Vr 3415/66

30.8.1966: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5, 134, 135 StG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3415/66:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zum Verfahren LG Wien 27c Vr 3415/66 gegen Alois KURZ:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus

- a.) LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a.
- b.) LG Wien 27c Vr 3812/64 gegen Johann SCHINDLER

c.) Unterlagen des Berlin Document Center über Alois KURZ

sowie Hinweise zu folgenden Strafverfahren:

LG Graz 13 Vr 3329/63 gegen Alois KURZ wegen Verbrechen im KZ Lublin-Majdanek

LG Wien 27c Vr 3801/64 gegen Franz FUGGER-CRAIGHER

LG Wien 27c Vr 3802/64 gegen Alfred RAUE-HLADIK u.a.

LG Wien 27c Vr 3804/64 gegen Friederieke SCHNEIDER

LG Wien 27c Vr 3805/64 gegen Franz WUNSCH

LG Wien 27c Vr 3806/64 gegen Walter DEJACO, Friedrich ERTL und Hermann TÖFFERL

LG Wien 27c Vr 3807/64 gegen Dr. Erwin HESCHL und Dr. Georg MEYER

LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖBLINGER

LG Wien 27c Vr 3809/64 gegen Otto GRAF

LG Wien 27c Vr 3810/64 gegen Hermann KNAUS und Leon MARGEWITSCH

LG Wien 27c Vr 3811/64 gegen Konstantin Orest SALABAN

LG Wien 27c Vr 3812/64 gegen Johann SCHINDLER

LG Wien 27c Vr 4371/64 gegen Roland ALBERT

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KURZ Alois, geb. 14. Juli 1917 in Saalfelden

1938: Waffen-SS

9. November 1940: SS-Untersturmführer

18. August 1941: Chef der 2. Baukompanie des SS-Bataillons "SS-Truppenübungsplatz Debica"

25. Oktober 1941: Zugführer in der 1. Kompanie des genannten SS-Bataillons

1942: Majdanek, Leiter einer Wachkompanie

12. Juni 1944-1. November 1944: Mitarbeiter des Arbeitseinsatzführers in Auschwitz

Ende 1944: Versetzung nach Nordhausen, Außenlager des KZ Buchenwald, Leiter des Arbeitseinsatzes

Anfang 1945: Versetzung nach Mauthausen

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3415/66

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1074/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 52/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 31609/45)

Prozess wegen Verbrechen an BewohnerInnen des Hauses Schönbrunnerstraße 198, Wien-Meidling,
zwischen 1938 und 1945

Volkserichtsverfahren gegen:

Anna SCHUMANN

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Meidling)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an BewohnerInnen des Hauses Schönbrunnerstraße 198 in Wien-Meidling zwischen 1938
und 1945:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an der jüdischen Bewohnerin N.
SCHWARZ im November 1938 („Novemberpogrom“). N. SCHWARZ wurde auf Betreiben der
Anna SCHUMANN aus ihrer Wohnung vertrieben.

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Alexander GRÜNBAUM, der
Therese GRÜNBAUM, des Ottokar FORMANEK, der N. SCHWARZ, der Anna BALGAVY und der
Antonie GOLD aus politischer Gehässigkeit

Missbräuchliche Aneignung der Wohnung der N. SCHWARZ im November 1938

Denunziation des Alexander GRÜNBAUM, des Ottokar FORMANEK und der Anna BALGAVY

Versuchte Denunziation des Jakob ERNST und der Marie HORNIK aus politischer Gehässigkeit
bei der Gestapo

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.5.1946: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG

- 29.5.1946: Verfahrenseinstellung wegen § 11 VG, § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 26.11.1946: Verurteilung der Angeklagten wegen § 4 KVG, § 7/1 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall. Der unter § 3 KVG angeklagte Tatbestand der Vertreibung der N. SCHWARZ aus ihrer Wohnung wurde seitens des Gerichts als Verbrechen nach § 4 KVG bewertet.
Betreffend § 7 KVG modifizierte der Staatsanwalt in der Hauptverhandlung die Anklage in den Fällen GRÜNBAUM, FORMANEK und BALGAVY auf das Verbrechen der vollendeten Denunziation.
- 5.2.1948: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 52/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

SCHUMANN Anna, geb. 21. November 1897 in Stolzenhain (Tschechoslowakei)

15. September 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 676.676

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 26. November 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Otto HOCHMANN

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Wilhelmine DEUTSCH, Heinrich LEMBERGER und Anna VINENZ

Staatsanwalt: Dr. REHM

Verteidiger: Dr. Fritz LANZENDORFER für Dr. Walter ENDER

Geograph. Bezug: Wien-Meidling

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 52/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1075/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 2155/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16311/45)

Prozess wegen Denunziation mit Todesfolge des Ostarbeiters Paul KALINITSCHENKO
(KALITSCHENKO) in Oberwölbling bei St. Pölten (Niederösterreich) am 21. April 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Josef MAYER

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Ausländischer Arbeiter

Tatland (Tatort): Österreich (Oberwölbling, Niederösterreich)

Tatvorwurf:

Im April 1945 wurde in Oberwölbling das Kaufmannsgeschäft des Josef MAYER von russischen Soldaten, Ostarbeitern und Ortsbewohnern geplündert. Unter den plündernden Ostarbeitern befand sich auch Paul KALINITSCHENKO. Als Oberwölbling am 21. April 1945 wieder von der Wehrmacht besetzt wurde, soll MAYER Anzeige gegen Paul KALINITSCHENKO erstattet haben, der daraufhin erschossen wurde.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.10.1946: Anklageerhebung wegen § 7 KVG

20.5.1948: Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 2155/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

MAYER Josef, geb. 10. Jänner 1892 in Gobelsburg, Bez. Krems (Niederösterreich)

Kaufmann

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 20. Mai 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. PITTNER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Klemens BERKA, Anton SCHNEIDER und Hermine WEICHSELBAUM
Staatsanwalt: Dr. AGGERMANN
Verteidiger: Dr. Hans NEUBURG

Geograph. Bezug: Oberwölbling (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr 2155/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1076/1-13

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 3984/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 15450/45)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen an einem unbekanntem
Deserteur im Gebiet von St. Aegydt am Neuwald (Niederösterreich) am 21. April 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann (Hans) SCHÖBER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung des § 11 VG (Illegalität) und § 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Opfer: Wehrmachtsangehöriger

Tatland (Tatort): Österreich (St. Aegydt am Neuwald, Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Angehöriger der NSDAP und der SA (SA-Sturmführer)

Verhaftung und Auslieferung eines unbekanntem Deserteurs an ein SS-Sonderkommando in seiner
Funktion als Führer einer Volkssturmeinheit in St. Aegydt am Neuwald am 21. April 1945. Der
namentlich unbekanntem Deserteur wurde in den folgenden Tagen von SS-Angehörigen erschossen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.7.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und §1/1 KVG

9.9.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG zu 15 Monaten schweren
Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 1/1 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 3984/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SCHÖBER Johann, geb. 20. April 1891 in Eggersdorf (Niederösterreich)

NSDAP-Mitglieds, Nr. 6, 163.649

Juni 1938: SA-Angehöriger
8. November 1938: Rottenführer
1939: Scharführer
1940: Truppführer
1941: Obertruppführer
1943: Sturmführer des Sturmes 16/21

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. September 1946

Vorsitzender: Vizepräs. Dr. MIRONOVICI

Richter: OLGR. Dr. KITTL

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Karl KAFKA, Johann KOLLER und Walter LEIDOLD

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Anton LEITNER

Geograph. Bezug: St. Aegydt am Neuwalde (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 3984/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1077/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1c Vr 5012/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 31064/45)

Prozess wegen versuchter Denunziation von Leopold KOLBE, Marie NEUBERGER und Hermine KATH
sowie wegen versuchten Meuchelmordes an Franz DAMPF in Wien-Atzgersdorf im März 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz SCHNEGLBERGER

wegen (§§): §§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation),
§ 99 StG (gefährliche Drohung),
§§ 8, 134, 135/1 StG (Verbrechen des versuchten Meuchelmordes) und
§ 166 StG (Brandlegung)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Atzgersdorf)

Tatvorwürfe:

Versuchte Denunziation des Leopold KOLBE wegen abfälliger Äußerungen über den Angeklagten

Versuchte Denunziation der Gastwirtin Marie NEUBERGER am 22. September 1944 bei der
Ortsgruppe, weil sie Bier an ausländische Arbeiter ausgeschenkt hatte

Versuchte Denunziation der Hermine KATH wegen Umgangs mit ausländischen Arbeitern

Verbrechen des versuchten Meuchelmordes begangen an Franz DAMPF in Wien-Atzgersdorf im März
1945

Bedrohung der Hedwig BAIERL, der N. HEININGER, der Anna KOLBE und der Antonie KRENN mit
vorgehaltenem Gewehr im Haus Wien-Atzgersdorf, Brunnergasse 29 zu Kriegsende

Bedrohung der Rudolfine CAPKA mit vorgehaltener Pistole im Haus Wien-Atzgersdorf,
Breitenfurterstraße 22 zu Kriegsende

Brandlegung im Holzverarbeitungsbetrieb WALDMANN zu Kriegsende

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.12.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8 StG, 7 KVG und §§ 8, 134, 135/1 StG

10.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen §§ 99, 166 StG und Abtretung an die allgemeine

Abteilung zu LG Wien 3d E Vr 939/47

22.3.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen §§ 8 StG, 7 KVG (versuchter Denunziation des Leopold KOLBE und der Hermine KATH) zu 8 Monaten Kerker. Vermögensverfall.

Freispruch wegen §§ 8 StG, 7 KVG (Marie NEUBERGER) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Freispruch wegen §§ 8, 134, 135/1 StG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 5012/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SCHNEGELBERGER oder SCHNEGLBERGER Franz, geb. 29. Juli 1894 in Wien

Oktober 1940: NSDAP-Anwärter

1941-1945: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 458.403

Block- und prov. Zellenleiter der Ortsgruppe "Heide"

Volkssturmangehöriger

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 19. März 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. KITTL

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Marie DVORAK, Therese KIESEL und Franz PLOT

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Josef STANDHARTINGER für Dr. Anton LEITHNER

Hauptverhandlung vom 22. März 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: LGR. Dr. Gallent

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Karl EBNER, Rosa ZEMANN und Adele BRUCKMÜLLER

Staatsanwalt: Dr. AGGERMANN

Verteidiger: Dr. Norbert FITZTHUM für Dr. Anton LEITHNER

Geograph. Bezug: Wien-Atzgersdorf

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1c Vr 5012/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1078/1-16

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 2319/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 10495/46)

Prozess wegen Denunziation mit Todesfolge des Franz August GICA in Krems an der Donau
(Niederösterreich) am 13. April 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Ludwig ROSENMAYR im Akt auch
ROSENMAYER genannt

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Krems an der Donau-
Niederösterreich)

Tatvorwurf:

Denunziation mit Todesfolge des Kriegsversehrten Franz August GICA wegen abfälliger Äußerungen über das NS-Regime in Krems an der Donau am 13. April 1945. GICA wurde auf Grund der Denunziation von einem Offizier im Brauhaus Krems festgenommen, dem Standgericht in der Strafanstalt Stein an der Donau (Niederösterreich) übergeben und zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils erfolgte noch am 13. April 1945.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.8.1946: Anklageerhebung wegen § 7/3 KVG

20.11.1946: Verurteilung des Angeklagten wegen § 7/3 KVG zu 8 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall zur Hälfte.

1.2.1950: Tod des Verurteilten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 2319/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1079/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1m Vr 7323/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 40275/46)

Prozess wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Angehörigen der Familie SPITZ in Wien-Neubau, Burggasse 114 in den Jahren 1938 bis 1942

Volksgerichtsverfahren gegen:

Elisabeth KUDERNA

wegen (§§): § 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Juden/Jüdinnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschenwürde und der Menschlichkeit von Julius und Franziska SPITZ sowie von deren Kindern Ernst und Bianca SPITZ, verheiratete KLEIN, durch Beschimpfungen wie "Judenhure", "jüdische Hure" oder "jüdischer Mischlingsbastard" in den Jahren 1938 bis 1942

Denunziation des Julius SPITZ, der am 1. Februar 1942 von der Gestapo verhaftet und am 31. März 1942 nach Auschwitz deportiert wurde, wo er am 27. Mai 1942 ermordet wurde.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.11.1946: Anklageerhebung wegen § 4 KVG

2.12.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

10.3.1948: Freispruch

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1m Vr 7323/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1m Vr 7323/46 gegen Elisabeth KUDERNA:

Im gegenständlichen Verfahren finden sich Hinweise darauf, dass Johann AXMANN und Marie WEBER an der Denunziation des Julius SPITZ beteiligt gewesen sein sollen

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

KUDERNA Elisabeth, geb. 22. Februar 1899 in Wien

seit 1920: Mitglied des Deutschen Sängerbundes

1937: Teilnahme am Deutschen Sängerfest in Breslau

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 10. März 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. KORST

Richter: OLGR. Dr. BOROUTKA

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karl MITTELMAIER, Alice FRANKEL und Fritz BIRNBAUM

Staatsanwalt: Dr. EICHLER

Verteidiger: Dr. Walter TANZER

Geograph. Bezug: Wien-Neubau

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1m Vr 7323/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1192
DÖW-Signatur V1080/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 656/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1808/46)

Prozess wegen Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Anna HAMPEL sowie wegen Denunziation des Ehepaares Ernst und Anna HAMPEL in Wien-Margarten, Reinprechtsdorferstraße 35 in den Jahren 1940 bis 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Ehepaar Oswald und Rosa KRÖBER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdin und Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Margareten)

Tatvorwürfe betreff. Oswald KRÖBER:

Illegalität

Angehöriger der NSDAP und der SA

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Anna HAMPEL durch Versetzung eines Stoßes in die Magengegend im Jahr 1940 oder 1941

Denunziation des Ehepaares Ernst und Anna HAMPEL bei der Kartenstelle, beim Gausippenamt, bei der NSDAP-Ortsgruppe und der Gestapo in den Jahren 1941 bis 1944. Auf Grund der Anzeigen erhielt Anna Hampel bei der Kartenstelle keine Lebensmittelkarten beziehungsweise wurde ihr Antrag auf Ausstellung eines Bezugsscheins abgelehnt. Beim Gausippenamt mußte sich die gesamte Familie HAMPEL einer Untersuchung unterziehen, ob nach den äußeren körperlichen Merkmalen eine nicht arische Abstammung wahrscheinlich sei.

Die Anzeige bei der Gestapo hatte zur Folge, dass Anna HAMPEL mehrmals vernommen wurde. Im Jahr 1944 wurde sie neuerlich in Haft genommen und sollte nach Auschwitz deportiert werden. Nur dadurch, dass Anna HAMPEL einen Selbstmordversuch beging, wurde sie nicht deportiert.

Tatvorwürfe betreff. Rosa KRÖBER:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Anna HAMPEL durch Beschimpfungen mit dem Ausdruck "Saujüdin" in den Jahren 1940/41

Denunziation des Ehepaares Ernst und Anna HAMPEL bei der Kartenstelle, beim Gausippenamt, bei der NSDAP und der Gestapo in den Jahren 1941 bis 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.5.1946: Anklageerhebung gegen Oswald KRÖBER wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und wegen §§ 4,7 KVG

Anklageerhebung gegen Rosa KRÖBER wegen §§ 4,7 KVG

12.9.1946: Verurteilung des Oswald KRÖBER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG sowie wegen §§ 4, 7 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 8 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Verurteilung der Rosa KRÖBER wegen §§ 4, 7 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

13.9.1948: Bedingte Begnadigung der Rosa KRÖBER

30.6.1949: Bedingte Nachsicht der Reststrafe des Oswald KRÖBER durch den Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 656/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KRÖBER Oswald, geb. 22. September 1898 in Wien

Oktober 1933: SA-Angehöriger

SA-Sturmführer

1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 277.027

Angehöriger der SA-Standarte 4

9. Jänner 1940: "Alter Kämpfer"

1. September 1942: Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse

KRÖBER Rosa, geb. 26. Mai 1898 in Wien

Gemeindeangestellte

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 12. September 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS

Richter: OLGR. Dr. KITTL

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Karl BAUER, Adalbert LOOS und Alexander MAYER

Staatsanwalt: Dr. SCHMEISSER

Verteidiger: Dr. Engelbert FIEDLER (Oswald KRÖBER)

Dr. Hans NEUBURG (Rosa KRÖBER)

Geograph. Bezug: Wien-Margareten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 656/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1193
DÖW-Signatur V1081/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4529/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 28708/45)

Prozess wegen Illegalität und Denunziation mit Todesfolge von Mitgliedern einer kommunistischen Jugendorganisation in Wien-Landstraße im Herbst 1939

Volkserichtsverfahren gegen:

Karl FREYENSCHLAG und
Marie NEUMÜLLER,
geb. HOFFMANN

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: *Widerstand/Opposition*

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Landstraße)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Denunziation mit Todesfolge von Mitgliedern einer kommunistischen Jugendorganisation in Wien-Landstraße, Khunngasse 23 im Herbst 1939. Im Zuge des Verfahrens gegen den bei der Gestapo denunzierten Franz NEUWERTH wurde eine illegale kommunistische Jugendorganisation, der NEUWERTH an führender Stelle angehörte, aufgedeckt und ungefähr 36 Mitglieder verhaftet. NEUWERTH wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt und nach Auschwitz gebracht. Zwei Verurteilte, Eduard DÖRR und Felix MACHER, wurden einer Strafkompagnie zugeteilt und verstarben. Walter SCHUHMANN galt zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung als vermisst.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.5.1946: Anklageerhebung gegen Karl FREYENSCHLAG wegen
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG und § 7 KVG

Anklageerhebung gegen Marie NEUMÜLLER wegen
§ 7 KVG

12.7.1946: Verurteilung des Karl FREYENSCHLAG wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG und § 7/3 KVG zu 15 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Verurteilung der Marie NEUMÜLLER wegen § 7/3 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

2.7.1951: Bedingte Nachsicht der Reststrafe der Marie NEUMÜLLER durch den Bundespräsidenten

20.3.1952: Bedingte Nachsicht der Reststrafe des Karl FREYENSCHLAG durch den Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4529/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 4529/45 gegen Karl FREYENSCHLAG und Marie NEUMÜLLER:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich eine Urteilsabschrift aus dem Verfahren OJs 194/40 vor dem Oberlandesgericht Wien gegen Franz NEUWERTH, Rudolf MIKUNDA, Walter STANGL, Eduard DÖRR, Felix MACHER und Walter SCHUHMANN. Die Angeklagten wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Aktenvermerk 9.2.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 4529/45 gegen Karl FREYENSCHLAG und Marie NEUMÜLLER fehlt:

ONr. 109 Blatt 315

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

FREYENSCHLAG Karl, geb. 27. Oktober 1895 in Wien

NEUMÜLLER Marie, geb. 14. August 1903 in Wien
Mitglied in der NS-Frauenschaft
Mitarbeiterin des Blockleiters
Hausbesorgerin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 12. Juli 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. CHAMRATH

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Adolf KVASNICKA, Karl MAYER und Alexander RIEL

Staatsanwalt: Dr. ZEILINGER

Verteidiger: Dr. Franz SEJNA (FREYENSCHLAG)

Dr. Ernst ZÖRNLAIB für Dr. Michael STERN (NEUMÜLLER)

Geograph. Bezug: Wien-Landstraße

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4529/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1183
DÖW-Signatur V1082/1-26

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 2118/49
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 20399/49)

Prozess wegen Illegalität, Misshandlung einer unbekanntes Jüdin durch Fußtritte und Denunziation der Marie SADILEK wegen staatsfeindlicher Äußerungen in Wien-Landstraße am 25. August 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann MÜLLER,
Johann SCHWARZ und
Auguste SCHWARZ

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdin/ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Landstraße)

Tatvorwurf Johann MÜLLER sowie Johann und Auguste SCHWARZ:

Denunziation der Maria SADILEK wegen staatsfeindlicher Äußerungen in Wien-Landstraße, Löwengasse 8 im Ende August 1944. Maria SADILEK wurde festgenommen und bis 21. September 1944 inhaftiert.

Tatvorwürfe Johann SCHWARZ:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen aus politischer Gehässigkeit an einer unbekanntes Jüdin im Zuge der Räumung des Versorgungsheims Radetzkystraße. Johann SCHWARZ trat sie mit den Füßen und versetzte sie dadurch in einen qualvollen Zustand.

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Bäckermeisters Anton SOMMER in Wien-Landstraße, Löwengasse 9. Johann SCHWARZ wurde beschuldigt, aus politischer Gehässigkeit bei Appellen den Leuten eingeredet zu haben, im Geschäft des SOMMER nicht einzukaufen. Weiters soll er dem Bäckermeister SOMMER ein Wohnungsfenster durch Steinwürfe eingeschlagen haben.

Außerdem wurde Johann SCHWARZ vorgeworfen, als Politischer Leiter zahlreiche Personen denunziert und mit dem Erschießen bedroht zu haben.

Denunziation der Theresia KRIPNER, der Franziska RADA und der Hermine KÖCK durch Johann SCHWARZ

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 30.8.1949: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8e Vr 4959/48 gegen Johann SCHWARZ an das Volksgericht Wien und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren
- 24.1.1950: Anklageerhebung gegen Johann MÜLLER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10,11 VG und § 7 KVG
- Anklageerhebung gegen Auguste SCHWARZ wegen § 7 KVG
- Anklageerhebung gegen Johann SCHWARZ wegen §§ 3,7 KVG
- 14.2.1950: Verfahrenseinstellung gegen Johann SCHWARZ wegen §§ 3, 4 KVG (Boycott gegen den Bäcker SOMMER, Einschlagen eines Fensters des SOMMER und Drohungen mit Erschießen) und wegen § 7 KVG (Fälle KRIPNER, KÖCK und RADA) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- Verfahrenseinstellung gegen Auguste SCHWARZ wegen § 7 KVG (Fälle KRIPNER, KÖCK und RADA) gemäß § 109 StPO
- 6.7.1950: Verurteilung des Johann MÜLLER wegen § 7 KVG zu 1 Monat Kerker
- Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10,11 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- Freispruch des Johann SCHWARZ wegen § 3 KVG gemäß § 259/3 StPO
- Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann SCHWARZ wegen § 7 KVG zur gemeinsamen Verhandlungen mit der nicht erschienenen Angeklagten Auguste SCHWARZ
- 16.4.1952: Freispruch des Ehepaares Johann und Auguste SCHWARZ wegen § 7 KVG gemäß § 259/3 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 2118/49:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 1h Vr 2118/49 gegen Johann SCHWARZ u.a.:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich eine der einbezogene Akt LG Linz Vg 8e Vr 4959/48 gegen Johann SCHWARZ

Weiters finden sich im vorliegenden Akt Hinweise zu folgenden Verfahren:

- a.) Sondergericht Wien 7 S Js 2903/44 gegen Marie SADILEK
- b.) LG Wien Vg 1g Vr 741/46 gegen Johann MÜLLER

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

MÜLLER Johannes, geb.12. August 1893 in Wien
1932: Mitglied der NSDAP
Mai 1938-November 1944: Leiter der Ortsgruppe "Oberer Weissgärber"
"Alter Kämpfer"

SCHWARZ Johann, geb. 23. Mai 1895 in Bautsch, Mähren (Tschechoslowakei)
Mai 1938-August 1938: Angehöriger der Werks-SA
Mai 1939: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 463.754

Organisations- und Luftschutz Einsatzleiter der Ortsgruppe Obere Weissgärber
Träger des Kriegsverdienstkreuzes ohne Schwerter

SCHWARZ Auguste, geb. 22. Oktober 1898 in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 6. Juli 1950 (Johannes MÜLLER und Johann SCHWARZ)

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. BRICK

Schöffen: 2 Männer,1 Frau

Schöffen: Hans Wilhelm FRICK, Dorothea SACKEN und Willibald LOSERT

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Oskar BITTERMANN (MÜLLER)

Dr. Alfred MUSIL (Johann SCHWARZ)

Hauptverhandlung vom 7. November 1950 (Johann und Auguste SCHWARZ-Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. PRIMUS

Schöffen: 3 Frauen

Schöffen: Cäcilie SKOPEK, Emma SCHAFFLER und Frieda WEIL

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Alfred MUSIL

Hauptverhandlung vom 16. April 1952 (Johann und Auguste SCHWARZ-Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. SCHWARZ

Schöffen: 2 Frauen, 1 Mann

Schöffen: Anna MARESCH, Johann MANDL und Maria TRÖSTER

Staatsanwalt: Dr. HACKL

Verteidiger: Dr. Alfred MUSIL

Geograph. Bezug: Wien-Landstraße

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 2118/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1193
DÖW-Signatur V1083/1-17

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12a Vr 6443/47
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 22161/47)

Zweiter Raxgebiet-Prozess

Prozess wegen Verbrechen zu Kriegsende begangen unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als
Gendarmeriekreisführer an 14 inhaftierten Personen in Prein an der Rax Ende April/Anfang Mai 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Rudolf PAUSPERTL

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und §§ 101, 102a StG (Amtsmissbrauch)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Niederösterreich- Prein an der Rax)

Tatvorwurf:

Rudolf PAUSPERTL war Gendarmerieoberleutnant und bis April 1945 Gendarmerieabteilungsführer des
Gendarmeriepostens Reichenau, der zum Kreis Neunkirchen gehörte. Infolge Vorrückens der Roten
Armee wurde der Gendarmerieposten Reichenau am 1. April 1945 aufgelöst und am 22. April 1945 mit
Sitz in Hirschwang wieder errichtet. Am 23. April 1945 wurde Rudolf PAUSPERTL zum
Gendarmeriekreisführer ernannt.

Anhand einer vom Ortsgruppenleiter Paul KLAMMER vorgelegten Liste wurden 14 politisch
unzuverlässige Personen von der Gendarmerie unter der Leitung von PAUSPERTL und von Angehörigen
eines HJ-Sonderkommandos in Reichenau verhaftet und nach Prein an der Rax gebracht. Dort ließ sie
PAUSPERTL ohne Verpflegung im Keller des Postgebäudes Eggl festhalten.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 18.9.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf PAUSPERTL wegen § 3/1 u. 2 KVG gemäß § 109
StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 16.7.1947: Wiederaufnahme des unter der Geschäftszahl LG Wien Vg 1b Vr 1693/45 (gegen
Johann BRAUN u.a.) gemäß § 109 StPO eingestellten Verfahrens gegen den
Beschuldigten PAUSPERTL durch Beschluss der Ratskammer des LG Wien. Neue
Geschäftszahl LG Wien Vg 3c Vr 6443/47.
- 2.12.1948: Anklageerhebung wegen § 3/1 KVG
- 16.12.1948: Verfahrenseinstellung wegen §§ 101, 102a StG gemäß § 109 StPO

27.1.1949: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3/1 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

24.5.1950: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 6443/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 12a Vr 6443/47 gegen Rudolf PAUSPERTL:

Das Verfahren gegen den Beschuldigten PAUSPERTL wurde seinerzeit eingestellt, weil auf Grund der damaligen Ergebnisse der Voruntersuchung zunächst der Verdacht bestand, dass Johann BRAUN als Kreisleiter von Neunkirchen Kenntnis von allen Endphaseverbrechen hatte, die vom Ortsgruppenleiter Paul KLAMMER und vom Ortsgruppenpropagandaleiter Franz PLECHARD in Reichenau an der Rax und Umgebung angeordnet wurden. Die Voraussetzungen für diese Verbrechen hat PAUSPERTL insofern geschaffen, als er in seiner Eigenschaft als Gendarmeriebeamter die von KLAMMER und PLECHARD gewünschten Verhaftungen missliebiger Personen vornahm und ihnen die Verhafteten unbekümmert um deren weiteres Schicksal auslieferte.

Aus den Ergebnissen der Hauptverhandlung ergab sich, dass BRAUN über die Verbrechen von KLAMMER und PLECHARD nicht informiert war, d.h. für das Gericht war es fraglich, ob PAUSPERTL von der Kreisleitung überhaupt Befehle zu den Verhaftungen erhalten hatte. An die Befehle des Ortsgruppenleiters Paul KLAMMER war der Beschuldigte nicht gebunden, da er dem Ortsgruppenleiter nicht unterstellt war. Aus diesem Grund erschien der Ratskammer des Landesgerichtes für Strafsachen Wien die Wiederaufnahme des Verfahrens als begründet.

Im gegenständlichen Verfahren befinden sich Abschriften aus

- a.) LG Wien Vg 1b Vr 1693/45 gegen Johann BRAUN u.a.
- b.) LG Wien Vg 6a Vr 8009/46 gegen Thomas IRSCHIK u.a. ("Rax II")

beziehungsweise der einbezogene Akt
Hs 297/47 des Bezirksgerichts Gloggnitz (Niederösterreich)

Folgende 14 Personen wurden von PAUSPERTL in einen qualvollen Zustand versetzt:

CZUBA Marie
EGGL Johanna
FISCHER Anna
FRIND Anna
HABIETINEK Marie
KARASEK Franz
KARASEK Marie
LANDSKRON Marie
REIFBÖCK Marie
THALER Josef Dr.
WAMMERL Marie

WEISSNIX Elisabeth
WEISSNIX Olga
WEITZBAUER Therese

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PAUSPERTL Rudolf, geb. 14. Juli 1896 in Wien
Gendarmeriebezirksoberleutnant

1924-1940: Kanzleidienst im Bundeskanzleramt
Februar 1940: Versetzung als Gendarmerieleutnant
Mitte April 1940-April 1945: Gendarmerieabteilungsführer in Reichenau
6. April 1945: Versetzung nach Schwarzau
25. April 1945: Leitung des Gendarmeriekreises Neunkirchen
12. Mai 1945: Angehöriger des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 26. Jänner 1949
Vorsitzender: OLGR. Dr. STAHL
Richter: OLGR. Dr. BRIGG
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Johann SIMEL, Johann SIMONETTI und Martin MRZ
Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY
Verteidiger: Dr. Erich MÖSLER für Dr. Hans GÜRTLER

Geograph. Bezug: Prein an der Rax (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12a Vr 6443/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1193
DÖW-Signatur V1084/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3811/64
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12086/64)

Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Angehörigen Konstantin Orest SALABAN wegen
Verbrechen des Mordes im KZ Auschwitz als Blockführer des Blocks 11 von Ende Oktober 1941 bis
Sommer 1944

Strafverfahren gegen:

Konstantin Orest SALABAN

wegen (§§): 134ff StG (Verbrechen des Mordes)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwurf:

Ermordung von Häftlingen als Blockführer des Blocks 11 beziehungsweise Teilnahme an Exekutionen an
der so genannten "Schwarzen Wand" in dem zum Block 11 gehörigen Hof von Oktober 1941 bis
Sommer 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen Konstantin Orest SALABAN wegen §§ 134ff StG
aus dem Verfahren LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a. und Anlegung
eines neuen Aktes unter LG Wien 27c Vr 3811/64

3.4.1975: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 134ff StG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung
der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3811/64:

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien 27c Vr 3811/64 gegen Konstantin Orest SALABAN:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus

- a.) LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a.
- b.) LG Wien 27c Vr 3802/64 gegen Alfred RAUE-HLADIK u.a.
- c.) LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖLBLINGER

sowie Hinweise zu folgenden Strafverfahren:

LG Graz 13 Vr 3329/63 gegen Alois KURZ wegen Verbrechen im KZ Lublin-Majdanek

LG Wien 27c Vr 3801/64 gegen Franz FUGGER-CRAIGHER

LG Wien 27c Vr 3802/64 gegen Alfred RAUE-HLADIK u.a.

LG Wien 27c Vr 3804/64 gegen Friederieke SCHNEIDER

LG Wien 27c Vr 3805/64 gegen Franz WUNSCH

LG Wien 27c Vr 3806/64 gegen Walter DEJACO, Friedrich ERTL und Hermann TÖFFERL

LG Wien 27c Vr 3807/64 gegen Dr. Erwin HESCHL und Dr. Georg MEYER

LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖBLINGER

LG Wien 27c Vr 3809/64 gegen Otto GRAF

LG Wien 27c Vr 3810/64 gegen Hermann KNAUS und Leon MARGEWITSCH

LG Wien 27c Vr 3812/64 gegen Johann SCHINDLER

LG Wien 27c Vr 4371/64 gegen Roland ALBERT

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SALABAN Konstantin Orest, geb. 25. Februar 1912 in Czernowice (Ukraine)

1918-1940: rumänischer Staatsangehöriger

1941: Übersiedlung nach Baden-Baden, Angehöriger der Waffen-SS, Unterscharführer, SS-Rottenführer

1941-Sommer 1944: KZ Auschwitz

27. Dezember 1947: Entlassung aus dem Lager Glasenbach

Februar 1948: Mitarbeiter der VOEST

1951: österr. Staatsangehöriger

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3811/64

FStN-Mikrofilm Nr. 1193
DÖW-Signatur V1085/1-10

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 1814/56
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14962/55)

Ermittlungsverfahren gegen Rudolf HAINDL wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (Stab Brunner I) von Ende 1940 bis 1942 sowie an jüdischen Häftlingen des KZ Theresienstadt als Angehöriger der Bewachungsmannschaft von 1942 bis April 1945

Strafverfahren gegen:

Rudolf HAINDL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10/3, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 24 Volksgerechtigkeits- und Vermögensverfallsgesetz

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Theresienstadt (Tschechoslowakei)
Wien

Tatvorwürfe:

Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung (Stab Brunner I) von Ende 1940 bis 1942 sowie an jüdischen Häftlingen des KZ Theresienstadt als Angehöriger der Bewachungsmannschaft von 1942 bis April 1945.

Haindl war Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und gehörte dem Stab Brunner I an. Er beteiligte sich an Aushebungen und Abtransporten. Im Jahr 1942 erfolgte seine Versetzung nach Prag. Als Aufseher im KZ Theresienstadt beging er an jüdischen Häftlingen Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde. Weiters eignete er sich Wertgegenstände und Schmuck von Häftlingen an und fertigte Transporte nach Auschwitz ab.

Aneignung von Möbeln, Bildern, Büchern, etc. aus jüdischem Besitz als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung

Arisierung einer jüdischen Wohnung in Wien-Josefstadt, Skodagasse 15

Arisierung der Wohnung des Bernhard STEPASKI in Wien-Meidling, Bonygasse 5/1/4

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 17.10.1947: Auslieferung an die tschechoslowakischen Behörden
- 17.9.1948: Hinrichtung in der Tschechoslowakei
- 7.1.1956: Ausscheidung des Verfahrens gegen Rudolf HAINDL wegen §§ 8, 10/3, 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 8881/46 gegen Ernst GIRZIK oder GIRZICK u.a. und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien 31 Vr 1814/56
- 17.4.1956: Einstellung des Verfahrens gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)
- 7.5.1956: Einstellung des Verfahrens wegen § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige mangels vorhandenen Vermögens)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 1814/56:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien 31 Vr 1814/56 gegen Rudolf HAINDL:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus

LG Wien Vg 1 Vr 8881/46 gegen Ernst GIRZIG oder GIRZICK u.a.

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

HAINDL Rudolf, geb. 16. Juni 1912 in Wien
SS-Oberscharführer

Ende 1940-1942: Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

1942-April 1945: Aufseher im KZ Theresienstadt

17. Oktober 1947: Auslieferung an die tschechoslowakischen Behörden

17. September 1948: Hinrichtung in der Tschechoslowakei

Geograph. Bezug: Wien
Theresienstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 1814/56

FStN-Mikrofilm Nr. 1193
DÖW-Signatur V1086/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1m Vr 4120/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 14817/46)

Prozess gegen den Justizwachebeamten Johann ("Hans") SCHUSTER wegen Illegalität und Verbrechen an Justizwachebeamten des Wiener Straflandesgerichtes II sowie an BewohnerInnen des Hauses Wien-Alsergrund, Viriotgasse 4 und Umgebung

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann SCHUSTER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der
§§ 10/1, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 8 StG, 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: ZivilistInnen und Polizeibeamte

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Unterstützung der illegalen NSDAP durch Propaganda und Werbung neuer Mitglieder in seiner Funktion als Justizwachebeamter im Wiener Straflandesgericht II

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Justizwachebeamten Jakob DEUTSCH, der Mischling war, durch abfällige Äußerungen am 13. März 1938

Beleidigungen und Kränkungen sozialdemokratischer Kollegen durch Beschimpfungen wie "Rotes Gesindel oder Schweinehunde"

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde einer unbekanntes Frau durch Versetzung eines Schlages in Wien-Alsergrund im Jahr 1940. Die Frau hatte sich geweigert, im Rahmen einer Versammlung, die Hand zum deutschen Gruß zu heben. SCHUSTER brachte sie zur Polizei und erstattete die Anzeige.

Denunziation des Franz KRAMBERGER wegen abfälliger Äußerungen über die NSV sowie des Albert KRAMBERGER wegen Verweigerung des deutschen Grußes in Wien-Alsergrund, Viriotgasse 4

Denunziation des Justizwachebeamten Franz MAYER. Der Betroffene wurde strafweise nach Korneuburg (Niederösterreich) versetzt.

Mitwirkung an der strafweisen Versetzung von sozialdemokratisch eingestellten Justizwachebeamten nach Polen - u.a. des Ludwig HORA - als Mitglied einer so genannten "Säuberungskommission" im Jahr 1938

Versuchte Denunziation eines unbekanntes jüdischen Buben, der beim "Auge Gottes" in Wien-Alsergrund um Brot bettelte

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.9.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG, § 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG

30.9.1946: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens wegen Denunziation von Franz und Albert KRAMBERGER sowie von Justizwachebeamten

26.11.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11 VG, § 4 KVG und §§ 8 StG, 7 KVG (unbekannte Frau) zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 1m Vr 4120/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SCHUSTER Johann Franz, geb. 15. April 1887 in Alberndorf
Erster Hauptwachtmeister (Justizwachebeamter) am Wiener Straflandesgericht II

1920: Justizwache

19. Dezember 1939: Ernennung zum 1. Hauptwachtmeister (Wachkommandant)

1930: NSDAP-Mitglied

1932: SA-Beitritt

1. Mai 1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 330.657
SS-Hauptscharführer, Nr. 323.107

Träger der Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938

Träger des SS-Ehrenwinkels

"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 26. November 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Karl KORST

Richter: OLGR. Dr. SCHIROCKY

Schöffen: 1 Mann, 1 Frau und ?

Schöffen: Elisabeth HART, August FELDER und N. KUBISTA

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Kurt Georg RÖSCHL
Geograph. Bezug: Wien-Alsergrund
© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 1m Vr 4120/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1193
DÖW-Signatur V1087/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 292/55
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9826/55)

Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Kapo Jakob KOZELESYK oder KOZELEZYK genannt "Jakob",
"Bunker-Jakob" oder "Henker von Auschwitz" - wegen NS-Gewaltverbrechen an Häftlingen des KZ
Auschwitz im Block 11 ("Exekutionsblock") von 1939 bis 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Jakob KOZELLZIK, KOZELEZYK,
KOZIVLCZYK, KOZIOLIZYK
oder KOZIOLCZYK

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§§ 134ff StG (Verbrechen des Mordes)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an Häftlingen des so genannten "Bunkers"
durch Vollziehung der Prügelstrafe

Mitwirkung an Hinrichtungen. Der Beschuldigte entkleidete die Häftlinge und führte sie anschließend in
den Hof an die so genannte "Schwarze Wand", wo sie von SS-Angehörigen erschossen wurden.

Verbrechen des Mordes begangen an Ernst BURGER, Rudolf VESSELY und Rudolf FRIMEL und anderen
Häftlingen durch Vollziehung der Todesstrafe von Mai 1943 bis Jänner 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.1.1956: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder
Flüchtige)

15.2.1958: Einstellung des Verfahrens wegen § 1 KVG gemäß §§ 12, 13 NS-Amnestie 1957

14.6.1960: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 292/55:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KOZELLZIK, KOZELEZYK,
KOZIVLCZYK, KOZIOLIZYK
oder KOZIOLCZYK Jakob, geb. ?

Kapo in Auschwitz

ehemaliger Ringer
groß und kräftig

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 292/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1193+1194
DÖW-Signatur V1088/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 5145/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 29755/46)

Prozess gegen den Polizeibeamten Wilhelm KLIMPFINGER wegen Illegalität und Registrierungsbruch

Volksgerichtsverfahren gegen:

Wilhelm KLIMPFINGER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der
§§ 10/1, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)
Polen (Auschwitz)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbruch

Illegalität

Der Beschuldigte war als Polizeibeamter im Rahmen des SS-Polizeisturms für die NSDAP und die
SS tätig und von 1930 bis 1936 Leiter der NS-Betriebszelle im Polizeipräsidium Wien

Verdacht der Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit
und der Menschenwürde begangen an Häftlingen des KZ Auschwitz von Juli
1944 bis Jänner 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 16.10.1946: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10/1 u. 3, 11 VG
- 28.10.1946: Verfahrenseinstellung wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 16.1.1947: Verurteilung wegen §§ 8, 11 VG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 16.9.1947: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5145/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

AKTENVERMERK 2.3.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 5145/46 gegen Wilhelm KLIMPFINGER fehlt:

ONr. 2 Blätter 7, 31 und 43

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KLIMPFINGER Wilhelm, geb. 23. Juni 1900 in Wien

- 1. Juni 1927: SS-Angehöriger, Nr.278.905
- 2. Jänner 1930: Anstellung bei der Wiener Polizei
- Ende November 1933: Abteilung VI des Innenministeriums
- Jänner 1934-Juni 1934: Freistellung wegen NS-Betätigung
- 24. September 1932: Beitritt zur NSDAP, Nr. 1, 303.597
- 1. April 1934: Beitritt zur SS-Standarte 89
- 1. Dezember 1936: Flucht nach Deutschland, Aufenthalt im
SS-Lager Ranis/Thüringen
- Jänner 1939: Rückkehr nach Wien
- März 1940: Versetzung zur Polizeiverwaltung nach Stettin
- Ende Juni 1944-Jänner 1945: KZ Auschwitz
- SS-Obersturmführer
- Träger der Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938
- Träger der Sudetenmedaille
- Träger des Ehrenwinkels für "Alte Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 16. Jänner 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. BRICK

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Anna FUCHS, Johann MAYRHOFER und Eduard SVOBODA

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. GLASAUER

Geograph. Bezug: Wien
Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 5145/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1194
DÖW-Signatur V1089/1-9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 3520/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 20130/46)

Ermittlungsverfahren gegen Adolf KASUBEK wegen Verbrechen im KZ Auschwitz begangen als
Angehöriger der Lagerwache von Jänner 1941 bis September 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Adolf KASUBEK

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwurf:

Verdacht der Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit
und der Menschenwürde begangen als Angehöriger der Lagerwache an Häftlingen des KZ Auschwitz
von Jänner 1941 bis September 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.9.1946: Verfahrenseinstellung wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 3520/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

AKTENVERMERK 2.3.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 3d Vr 3520/46 gegen Adolf KASUBEK fehlt:

ONr. 2 Blätter 14 und 33

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KASUBEK Adolf, geb. 17. September 1905 in Wien
Lohnfuhrwerksunternehmer

NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 681.082

SS-Rottenführer

Mai 1939. Parteianwärter, Blockhelfer

10. Mai 1940: Einberufung zur Waffen-SS

Jänner 1941 bis September 1944: KZ Auschwitz

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 3520/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1194
DÖW-Signatur V1090/1-6

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 2370/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 17915/45)

Ermittlungsverfahren gegen Michael PAGLER wegen Verbrechen in den Konzentrationslagern
Oranienburg und Auschwitz begangen als Angehöriger der Lagerwache

Volksgerichtsverfahren gegen:

Michael PAGLER, geb. 9.9.1903

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Deutschland (Oranienburg)
Polen (Auschwitz)

Tatvorwurf:

Verdacht der Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit
und der Menschenwürde begangen als Angehöriger der Lagerwache an Häftlingen der
Konzentrationslager Oranienburg und Auschwitz von Oktober 1940 bis April 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.12.1945: Verfahrenseinstellung wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 2370/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PAGLER Michael, geb. 9. September 1903 in Fünfkirchen (Ungarn)
Fleischhauer

15. Oktober 1940-1945: Angehöriger der Waffen-SS
SS-Unterscharführer

Geograph. Bezug: Oranienburg
Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 2370/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1194
DÖW-Signatur V1091/1-7

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3b Vr 5712/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 32730/46)

Ermittlungsverfahren gegen Michael PAGLER wegen Verbrechen im KZ Auschwitz begangen als
Angehöriger der Lagerwache von Oktober 1940 bis April 1941

Volksgerichtsverfahren gegen:

Michael PAGLER, geb. 9.9.1903

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwurf:

Verdacht der Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit
und der Menschenwürde begangen als Angehöriger der Lagerwache an Häftlingen des KZ Auschwitz
von Oktober 1940 bis April 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.11.1946: Verfahrenseinstellung wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 5712/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PAGLER Michael, geb. 9. September 1903 in Fünfkirchen (Ungarn)
Fleischhauer

15. Oktober 1940-1945: Angehöriger der Waffen-SS
SS-Unterscharführer

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3b Vr 5712/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1194
DÖW-Signatur V1092/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8c Vr 1970/49
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 19532/49)

Ermittlungsverfahren gegen den Volkssturmmangehörigen Rudolf SLEZINA wegen Endphaseverbrechen an ungarischen Juden auf dem Streckenabschnitt Eisenerz-Präbichl-Leopoldsteinersee im April 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Rudolf SLEZINA

wegen (§§): § 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Eisenerz - Präbichl,
Steiermark)

Tatvorwurf:

Ermordung von 3 ungarischen Juden auf dem Todesmarsch nach Mauthausen als Angehöriger des Volkssturms Eisenerz (Steiermark) auf dem Streckenabschnitt Eisenerz-Präbichl-Leopoldsteinersee im April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.8.1949: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 1 KVG aus dem Verfahren LG Wien 26 Vr 11810/48

2.6.1950: Verfahrenseinstellung wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8c Vr 1970/49:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Sein Vorgesetzter, der Volkssturmkommandant Ludwig KREN(N) wurde von einem Britischen Militärgericht am 21. Juni 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SLEZINA Rudolf, geb. 10. April 1903 in Lundenburg (Tschechoslowakei)

März 1939-Juni 1945: Dienstverpflichteter der Alpine Montangesellschaft
Februar 1945: Volkssturm

Geograph. Bezug: Eisenerz-Präbichl

FStN-Mikrofilm Nr. 1194
DÖW-Signatur V1093/1-11

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3d Vr 3382/48
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 19374/48)

Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Oberlandesgerichtsrat Dr. Josef LOB wegen
Registrierungsbetrug, Illegalität und Tätigkeit als NS-Richter am Volksgerichtshof in Berlin von März
1939 bis Juni 1940

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Josef LOB

wegen (§§): §§ 8, 10 VG (Registrierungsbetrug, Illegalität) und § 3/3 KVG (Quälereien und
Misshandlungen, leitender Beamter)

Opfer:

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)
Deutschland (Berlin)

Tatvorwürfe:

Illegalität,
seit Dezember 1934 Mitglied der NSDAP und der SA

Richter am Volksgerichtshof in Berlin von März 1939 bis Juni 1940

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

1.4.1948: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 8018/47 gegen Dr. Josef LÖB zu LG
Wien Vg 3d Vr 3382/48

16.11.1948: Verfahrenseinstellung wegen §§ 8, 10 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters) und wegen § 3/3 KVG
gemäß
§ 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 3382/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 3d Vr 3382/48 gegen Dr. Josef LOB:

Im gegenständlichen Verfahren befindet sich der einbezogene
Akt LG Linz Vg 8 Vr 8018/47 gegen Dr. Josef LOB

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

LOB Josef Dr., geb. 19. September 1902 in Wien
Oberlandesgerichtsrat

18. Juli 1930-November 1934: Richter beim BG Zistersdorf (Niederösterreich)
1934-Juni 1941: Richter beim Straflandesgericht Wien I
März 1939-Juni 1940: Hilfsrichter beim Volksgerichtshof in Berlin
Juni 1940: Wehrmichtsangehöriger
Juni 1941: Oberlandesgerichtsrat des Oberlandesgerichtes Kattowitz (Polen)

Dezember 1934: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 127.966 und
SA-Angehöriger

Juni 1938-Februar 1939: Blockleiter

November 1938-Februar 1939: DAF-Schulungsleiter

Geograph. Bezug: Wien
 Berlin

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3d Vr 3382/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1194
DÖW-Signatur V1094/1-34

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3810/64 (3 Bände)
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12085/64)

Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der Lagerwache des KZ Auschwitz und Außenlagern
wegen Verbrechen des Mordes an Häftlingen von 1941 bis Anfang 1945

Strafverfahren gegen:

Hermann KNAUS
Josef KOSOBUD
Leon MARGEWITSCH
Martin ZENTNER

wegen (§§): 134ff StG (Verbrechen des Mordes) und
§§ 5, 134, 135 StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwurf:

Ermordung von Häftlingen des KZ Auschwitz und Außenlagern als Angehörige der Lagerwache von
Herbst 1941 bis Anfang 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen Hermann KNAUS und Leon MARGEWITSCH wegen
§§ 134ff StG aus dem Verfahren LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a.
und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien 27c Vr 3810/64
- 18.5.1973: Einstellung des Verfahrens gegen Hermann KNAUS und Josef KOSOBUD wegen §§ 134ff
StG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- Einstellung des Verfahrens gegen Martin ZENTNER wegen
§§ 134ff StG gemäß § 90 StPO (aus dem Grund des § 34/2 StPO)
- 27.4.1976: Einstellung des Verfahrens gegen Leon MARGEWITSCH
wegen §§ 134ff StG (§§ 75, 321 StGB) gemäß § 90 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3810/64:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien 27c Vr 3810/64 gegen Hermann KNAUS u.a.:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus

- a.) LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a.
- b.) LG Wien 27c Vr 8592/62 gegen Dr. Bernhard AUINGER u.a.
- c.) LG Wien 27c Vr 3802/64 gegen Alfred RAUE-HLADIK u.a.
- d.) LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖLBLINGER
- e.) LG Wien 27c Vr 3806/64 gegen Walter DEJACO, Friedrich ERTL und Hermann TÖFFERL
- f.) LG Wien 27c Vr 4371/64 gegen Roland ALBERT

sowie Hinweise zu folgenden Strafverfahren:

- LG Wien 27c Vr 8592/62 gegen Dr. Bernhard AUINGER u.a.
- LG Wien 27c Vr 3801/64 gegen Franz FUGGER-CRAIGHER
- LG Wien 27c Vr 3802/64 gegen Alfred RAUE-HLADIK u.a.
- LG Wien 27c Vr 3804/64 gegen Friederieke SCHNEIDER
- LG Wien 27c Vr 3805/64 gegen Franz WUNSCH
- LG Wien 27c Vr 3806/64 gegen Walter DEJACO, Friedrich ERTL und Hermann TÖFFERL
- LG Wien 27c Vr 3807/64 gegen Dr. Erwin HESCHL und Dr. Georg MEYER
- LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖLBLINGER
- LG Wien 27c Vr 3809/64 gegen Otto GRAF
- LG Wien 27c Vr 3812/64 gegen Johann SCHINDLER
- LG Wien 27c Vr 4371/64 gegen Roland ALBERT

Hinweise zu Volksgerichtsakten:

LG Wien Vg 2b Vr 5406/47 gegen Josef KOSOBUD

Einbezogener Akt:

BG Schladming Z 33/47 Vorstrafakt Hermann KNAUS

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KNAUS Hermann, geb. 9. Februar 1908 in Ramsau (Steiermark)

SS-Rottenführer

Sommer 1942-Herbst 1944: Lager Depitza bei Krakau

KOSOBUD Josef, geb. 25. Februar 1910 in Wien

Angehöriger der NSDAP und der SA

17. April 1940: Angehöriger der Waffen-SS, Versetzung nach Posen

1. August - 30. September 1940: Angehöriger der Lagerwache im KZ Auschwitz

25. September 1941: Versetzung zum SS-Bataillon "Ost"

Angehöriger des Sonderkommandos 7a der Einsatzgruppe B

ehemaliger Angehöriger des Sonderkommandos 7a der Einsatzgruppe B

(Einstellung dieses Verfahrens LG Wien 27c Vr 8592/62 gemäß §90 StPO am 27. Juni 1966)

MARGEWITSCH Leon, geb. 4. November 1909 in Marzinkin (Litauen)

Blockführer im Außenlager Jaworzno

Anfang Oktober 1941: Einberufung zur Waffen-SS

Oktober 1941-Anfang 1945: KZ Auschwitz

Anfang 1945: Versetzung nach Mauthausen, Außenlager Ebensee

ZENTNER Martin, geb. 3. November 1917 in Ruma (Jugoslawien)

SS-Rottenführer
Wachposten im KZ Auschwitz

Dienstleistung in der jugoslawischen Armee

22. Oktober 1942: SS-Division "Prinz Eugen"

Angehöriger der Lagerwache

7. Februar 1945: russische Kriegsgefangenschaft

22. August 1948: Verurteilung von einem sowjetischen Militärgericht in Molotov zu 25 Jahren
Zwangsarbeit

5. Dezember 1963: Verleihung der österr. Staatsbürgerschaft

15. Oktober 1965: Rückkehr nach Österreich

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3810/64

FStN-Mikrofilm Nr. 1194+1195
DÖW-Signatur V1095/1-61

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 27c Vr 3812/64 (6 Bände)
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12087/64)

Ermittlungsverfahren gegen Johann SCHINDLER wegen Verbrechen des Mordes begangen an Häftlingen
in Auschwitz-Birkenau von Herbst 1940 bis Jänner 1945

Strafverfahren gegen:

Johann "Hans" SCHINDLER

wegen (§§): 134ff StG (Verbrechen des Mordes) und
§§ 5, 134 ff StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Auschwitz)

Tatvorwürfe:

NS-Gewaltverbrechen an Häftlingen in Auschwitz-Birkenau als dienstführende Unteroffizier (Spiess)
bzw. als Adjutant des SS-Totenkopf-Wachsturmbannes in Auschwitz-Birkenau von Herbst 1940 bis
November 1943 sowie als Adjutant des Lagerkommandanten Hartjenstein von November 1943 bis
Jänner 1945:

Zusammenstellung von Exekutionskommandos

Teilnahme an Exekutionen

Abstellung von Angehörigen des Wachsturmbannes insbesondere der Hundestaffel zu
Absperrendiensten an der Rampe und bei den Gaskammern

Durchführung von Selektionen an der Rampe

Durchführung von Nachselektionen im Lager

Mitwirkung bei den Liquidierungen des Theresienstädter Familienlagers in der Nacht zum 9.
März 1944 und Ende Juni 1944

Mitwirkung bei der Liquidierung des Zigeunerlagers in der Nacht zum 1. August 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.6.1964: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann SCHINDLER wegen §§ 134ff StG aus dem
Verfahren LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a. und Anlegung eines
neuen Aktes unter LG Wien 27c Vr 3812/64

1.3.1974: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 5, 134, 135, 136 StG gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)

26.3.1975: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 134ff StG (§§ 75, 321 StGB) gemäß § 90 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3812/64:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien 27c Vr 3812/64 gegen Johann SCHINDLER:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus

- a.) Frankfurter Auschwitzprozess
- b.) Verfahren vor dem britischen Militärgericht in Lüneburg gegen Josef KRAMER und 44 Beschuldigte
- c.) LG Wien 27c Vr 5193/60 gegen Dr. Georg MEYER u.a.
- d.) LG Wien 27c Vr 8592/62 gegen Dr. Bernhard AUINGER u.a.
- e.) LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖLBLINGER
- f.) LG Wien 27c Vr 3806/64 gegen Walter DEJACO, Friedrich ERTL und Hermann TÖFFERL
- g.) LG Wien 27c Vr 4371/64 gegen Roland ALBERT
- h.) LG Wien 27c Vr 3807/64 gegen Dr. Erwin HESCHL und Dr. Georg MEYER
- j.) LG Wien 27c Vr 3810/64 gegen Hermann KNAUS u.a.

sowie Hinweise zu folgenden Strafverfahren:

LG Wien 27c Vr 8592/62 gegen Dr. Bernhard AUINGER u.a.

LG Wien 27c Vr 3801/64 gegen Franz FUGGER-CRAIGHER

LG Wien 27c Vr 3802/64 gegen Alfred RAUE-HLADIK u.a.

LG Wien 27c Vr 3804/64 gegen Friederieke SCHNEIDER

LG Wien 27c Vr 3805/64 gegen Franz WUNSCH

LG Wien 27c Vr 3806/64 gegen Walter DEJACO, Friedrich ERTL und Hermann TÖFFERL

LG Wien 27c Vr 3807/64 gegen Dr. Erwin HESCHL und Dr. Georg MEYER

LG Wien 27c Vr 3808/64 gegen Karl HÖLBLINGER

LG Wien 27c Vr 3809/64 gegen Otto GRAF

LG Wien 27c Vr 3812/64 gegen Johann SCHINDLER

LG Wien 27c Vr 4371/64 gegen Roland ALBERT

Einbezogener Akt:

Kreisgericht Ried im Innkreis (Oberösterreich) 4b Vr 211/50 gegen Johann SCHINDLER wegen
Fälschung eines Identitätsausweises

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SCHINDLER Johann "Hans", geb. 15. Juni 1907

Juli 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 614.858

Sommer 1939: Waffen-SS

Herbst 1940-Jänner 1945: Auschwitz

SS-Untersturmführer

Juli 1943: Adjutant des Lagerkommandanten Hartjenstein in Auschwitz-Birkenau

Geograph. Bezug: Auschwitz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 27c Vr 3812/64

FStN-Mikrofilm Nr. 1195+1196
DÖW-Signatur V1096/1-67

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 4467/47 (7 Bände)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25723/47 (15 St 12392/63)

Prozess gegen Walter PROCH wegen Illegalität, NS-Gewaltverbrechen an Jüdinnen und Juden in Bad Rabka und Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Richard SCHULZ in Wien-Landstraße

Volksgerechtsverfahren gegen:

Walter PROCH,
Helene PROCH,
Wilhelm ODER und
Wilhelm ROSENBAUM

wegen (§§): § 3g (Wiederbetätigung),
§ 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 134 StG (Mord) und
§§ 134, 135/4 StG (gemeiner Mord)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Polen (Bad Rabka)
Österreich (Wien-Landstraße)

Tatvorwürfe betreffend den Hauptbeschuldigten Walter PROCH:

Illegalität

illegales Parteimitglied seit 1930
SS-Mitglied seit April 1934
Teilnahme am Juliputsch 1934, Angehöriger der SS-Standarte 89 (Teilnahme an der Besetzung des Bundeskanzleramtes)
Angehöriger der Österr. Legion
Blutordensträger
Träger der Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze

Misshandlung und Ermordung von Jüdinnen und Juden aus Bad Rabka (Polen) und Umgebung, insbesondere aus Neu-Sandec und Nowy Targ, durch Walter PROCH (SS-Hauptscharführer und Angehöriger der Sicherheitspolizei und des SD an der Schule der Sicherheitspolizei und des SD in Bad Rabka) in Zusammenwirken mit dem Leiter der Polizeischule, SS-Untersturmführer Wilhelm ROSENBAUM und SS-Scharführer Wilhelm ODER von 1941 bis 1943:

Ermordung des Eduard LIEBERHEIM, des polnischen Bettlers N. MACIEJ, 5 Angehöriger der Familie FEIG und anderer unbekannter Jüdinnen und Juden

Mitschuld am Verbrechen des gemeinen Mordes an Bernhard TRIEGER

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt an Eduard LIEBERHEIM und anderen unbekanntem Jüdinnen und Juden

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Richard SCHULZ u.a. durch die Äußerung: „ Du Jud Du, wenn ich Dich bei mir in Polen hätte, würde ich Dich so umlegen wie die anderen" sowie durch Schläge, begangen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnützung dienstlicher Gewalt im Rahmen einer Hausdurchsuchung in Wien-Landstraße, Czapkagasse 8 im Dezember 1943

Missbräuchliche Bereicherung des Walter PROCH an Vermögenswerten des Richard SCHULZ (Schreibmaschine und Wertpapiere um 2.000 US-Dollar) in Wien-Landstraße, Czapkagasse 8 im Dezember 1943

Arisierung der Wohnung des Richard SCHULZ in Wien-Landstraße, Czapkagasse 8/2/19

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.6.1948: Einbeziehung des Verfahrens gegen Wilhelm ODER wegen §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG in das gegenständliche Verfahren

11.8.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Walter PROCH und Wilhelm ROSENBAUM und Einleitung eines Auslieferungsverfahrens an Polen unter LG Wien Vg 6b Vr 5774/48

12.11.1948: Ablehnung der seitens der polnische Regierung geforderten Auslieferung des Walter PROCH durch Beschluss der Ratskammer des LG Wien

11.3.1949: Unterbrechung des inländischen Verfahrens gegen Walter PROCH hinsichtlich der in Polen begangenen Verbrechen nach §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG gemäß § 412 StPO

Unterbrechung des gesamten inländischen Verfahrens gegen Walter PROCH nach Einleitung und Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

Unterbrechung des inländischen Verfahrens gegen Wilhelm ROSENBAUM hinsichtlich der in Polen begangenen Verbrechen gemäß § 412 StPO

Unterbrechung des inländischen Verfahrens gegen Helene PROCH wegen § 3 KVG gemäß § 412 StPO unter gleichzeitiger Einleitung des Auslieferungsverfahrens wegen der in Polen begangenen Verbrechen unter LG Wien Vg 6b Vr 1007/49 und Ausscheidung des Verfahrens an das Volksgericht Linz zu LG Linz Vg 11 Vr 1280/49

Unterbrechung des inländischen Verfahrens gegen Wilhelm ODER wegen der in Polen begangenen Verbrechen gemäß § 412 StPO unter gleichzeitiger Einleitung des Auslieferungsverfahrens unter LG Wien Vg 6b Vr 1008/49 wegen der in Polen begangenen Verbrechen und Ausscheidung des Verfahrens an das Volksgericht Linz zu LG Linz Vg 11 Vr 1241/49

25.10.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Wilhelm ODER wegen §§ 8, 10,11 VG und § 10 KVG und Abtretung an das VG Linz

Einleitung der Voruntersuchung gegen Wilhelm ROSENBAUM wegen §§ 1,3,4,6 KVG und § 134 StG hinsichtlich der in Polen begangenen Verbrechen

Unterbrechung des inländischen Verfahrens gegen Wilhelm ROSENBAUM wegen §§ 8,10,11 VG gemäß § 412 StPO

16.12.1949: Ausscheidung des inländischen Verfahrens gegen Wilhelm ROSENBAUM wegen §§ 8, 10, 11 VG zu LG Linz Vg 8f Vr 4185/48

Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens gegen Wilhelm ROSENBAUM und Abtretung zu LG Linz 8f Vr 4185/48

Einbeziehung des Auslieferungsverfahrens Vg 6b Vr 5774/48 gegen Walter PROCH in das gegenständliche Verfahren

2.10.1951: Anklageerhebung gegen Walter PROCH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10,11VG, §§ 134, 135/4 StG, §§ 5, 134, 135/4 StG (Fall Bernhard TRIEGER), § 1/1, 4 KVG, § 3/1 KVG und § 4 KVG

Ausdehnung der Anklage wegen §§ 6, 7 KVG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten

21.11.1951: Einstellung des Verfahrens gegen Walter PROCH wegen § 3g VG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Einstellung des Verfahrens gegen Walter PROCH wegen § 6 KVG und § 11 VG (bezüglich Österr. Legion) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

15.1.1952: Verurteilung des Walter PROCH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG

(Beteiligung am Juliputsch 1934, Träger des Blutordens) und wegen § 4 KVG (Richard SCHULZ) zu 6 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10,11 VG (betreff. Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze)

Freispruch wegen §§ 134,135/4 StG und §§ 5 , 134, 135/4 StG

Freispruch wegen § 1/1, § 1/4 KVG und § 3/1 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

30.11.1957: Amnestiebeschluss betreff. Walter PROCH

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4467/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 4467/47 gegen Walter PROCH u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus

dem Verfahren 141 Js 856/61 der Staatsanwaltschaft Hamburg gegen Wilhelm ROSENBAUM u.a.

Erhebungen und Zeugenvernehmungen sowie

Anklageschrift gegen ROSENBAUM vom 29. Oktober 1965 und

Urteil (50) 21/67 des Landgerichts Hamburg gegen ROSENBAUM vom 15. August 1968
(lebenslänglich)

LG Wien Vg 8b Vr 8304/47 gegen Dr. Albert ULLRICH

LG Linz Vg 8f Vr 4185/48 gegen Wilhelm ROSENBAUM

LG Wien Vg 9b Vr 7412/48 gegen Franz VIKTORIN

Der gegenständliche Akt enthält Unterlagen der Jüdischen Historischen Kommission in Krakau

Einbezogener Akt:

LG Wien Vg 6b Vr 5774/48 gegen Walter PROCH und Wilhelm ROSENBAUM

Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 5a Vr 6745/46 gegen Alois GSCHWANDTNER

LG Wien Vg 6b Vr 4896/47 gegen Erwin LINAUER und Josef DUNKL

LG Wien Vg 5a Vr 5509/47 gegen Viktor GURGUL

LG Wien Vg 1g Vr 5669/47 gegen Anton BERKA

LG Wien Vg 7c Vr 2260/48 gegen Karl PROCH

LG Linz Vg 8f Vr 4185/48 gegen Wilhelm ROSENBAUM

LG Wien Vg 9b Vr 7412/48 gegen Franz VIKTORIN

LG Wien Vg 6b Vr 1007/49 gegen Helene PROCH (Auslieferung)

LG Wien Vg 6b Vr 1008/49 gegen Wilhelm ODER (Auslieferung)

LG Linz Vg 11 Vr 1242/49 gegen Wilhelm ODER

LG Linz Vg 11 Vr 1280/49 gegen Helene PROCH

LG Wien 8c Vr 510/50 gegen Johann SWOBODA (Mitarbeiter des Arbeitsamtes in Neu-Sandec)

LG Linz Vg 11 Vr 1791/50 gegen Wilhelm ODER

LG Salzburg 11 Vr 1383/56 gegen Wilhelm ROSENBAUM

AKTENVERMERK 15.3.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 4467/47 gegen Walter PROCH u.a. fehlt:

Band I:

ONr. 35 Blätter 161-197

Band III:

ONr. 254 Blätter 145/147

ONr. 255 Blatt 151

ONr. 271 Blatt 239

ONr. 272 Blatt 241

ONr. 280 Blatt 285

ONr. 281 Blatt 307

Band V:

ONr. 377 Blatt 57

Einbezogener Akt LG Wien Vg 6b Vr 5774/48 gegen Walter PROCH und Wilhelm ROSENBAUM

ONr. 6/7 Blätter 103-107
ONr. 13/14 Blätter 113/115
ONr. 16 Blätter 125/129

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

PROCH Walter, geb. 30. Oktober 1909 in Teplitz Schönau

Kriminalsekretär
Februar 1929-März 1932: SA

2. Dezember 1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 361.291
Juli 1933: Ausschluss aus dem österr. Bundesheer wegen NS-Betätigung
1. April 1934: SS-Angehöriger, Nr. 281.098
Juli 1934: Teilnahme am Juliputsch, Besetzung des Bundeskanzleramtes. Verurteilung von einem Militärgerichtshof zu schwerer Zwangsarbeit auf eine unbestimmte Zeit
22. Dezember 1936: Amnestie
März 1937: Flucht nach Deutschland (Flüchtlingsausweis Nr. 13 283), Einweisung in das SS-Lager Ranis/Thüringen
1. Juni 1937: Ernennung zum SS-Hauptsturmführer
1. April 1938: Kriminalpolizei, Abberufung nach Köln
November 1940: Verleihung des Blutordens
Kriminalkommissariaten Petrikau, Tschenstochau, Lemberg und Rabka
1. Oktober 1943: Rückkehr nach Wien

Blutordensträger, Nr. 3351
Träger der Dienstauszeichnung in Bronze
Träger der 10jährigen Dienstauszeichnung der NSDAP
Träger der Ostmarkmedaille
Träger des Ehrenwinkels für Alte Kämpfer

Gauakt Nr. 237.635

PROCH Helene, geb. 20. Oktober 1917

ODER Wilhelm, geb. 18. März 1905 in Vöcklabruck (Oberösterreich)

Verwaltungsführer der Polizeischule in Rabka

ROSENBAUM Wilhelm, geb. 27. April 1915 in Berlin

Gestapobeamter der Gestapoleistelle Salzburg
Schulleiter der Schule des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Rabka, Leiter einer
Polizeischule

1. Februar 1930: HJ-Angehöriger
1. Februar 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 982.610
August 1943-1945: Gestapoleitstelle Salzburg

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 14. und 15. Jänner 1952

Vorsitzender: LGR. Dr. SCHACHERMAYR

Richter: LGR. Dr. SATOR

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Leopold BANDION, Hermine SCHMITTNER und Franz PETRASOVITS

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Privatbeteiligte: Ingeborg SCHULZ

Verteidiger: Dr. Leopold MAKOWSKI

Geograph. Bezug: Wien-Landstraße
Bad Rabka (Polen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 4467/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1197
DÖW-Signatur V1097/1-61

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wels 9 Vr 767/60 (6 Bände)
(Staatsanwaltschaft Wels 1 St 1139/60)

Prozess gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Dr. Egon SCHÖNPFLUG wegen NS-Gewaltverbrechen (Verbrechen des gemeinen Mordes und Mitschuld am bestellten Mord) an Jüdinnen und Juden im Raum Minsk und Mogilew (Bialystok, Slonin, Baranowicze, Bobruisk, Borisow und Orscha) als Teilkommandoführer des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD im Sommer und Herbst 1941

Strafverfahren gegen:

Dr. Egon SCHÖNPFLUG

wegen (§§): § 211 RStGB-deutsches Strafgesetzbuch (Mord),
§ 134 StG (Mord),
§§ 5, 134, 135/3 StG (Mitschuld am bestellten Mord)
§§ 134, 135/4 StG (Verbrechen des gemeinen Mordes)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Sowjetunion (Raum Mogilew und Minsk)

Tatvorwürfe:

NS-Gewaltverbrechen (Verbrechen des gemeinen Mordes und Mitschuld am bestellten Mord) an Jüdinnen und Juden im Raum Minsk und Mogilew (Bialystok, Slonin, Baranowicze, Bobruisk, Borisow und Orscha) als Teilkommandoführer des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD im Sommer und Herbst 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

24.4.1961: Anklageerhebung gegen Dr. Egon SCHÖNPFLUG wegen §§ 134, 135/4 StG und §§ 5, 134, 135/3 StG

29.6.1961: Verurteilung des Dr. Egon SCHÖNPFLUG wegen §§ 134, 135/4 StG zu 9 Jahren schweren Kerkers

Freispruch wegen §§ 5, 134, 135/3 StG (Mitschuld am bestellten Mord durch Erteilung von Befehlen an Angehörige seines Teilkommandos sowie an zugeteilte unbekannte Schutzpolizisten) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

18.10.1961: Anhebung der Strafe auf 12 Jahre schweren Kerkers durch das Oberlandesgericht Linz
30.7.1968: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wels 9 Vr 767/60:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wels 9 Vr 767/60 gegen Dr. Egon SCHÖNPFLUG:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus:

Staatsanwaltschaft Landgericht München I 1a Js 1522/58, 414/59, 891/59, 1222/59 und 1112/59 gegen Dr. Otto BRADFISCH u.a.

Vernehmungsniederschriften und Protokolle

Anklageschrift gegen Dr. Otto BRADFISCH, Wilhelm SCHULZ, Carl RUHRBERG, Oskar WINKLER und Günther STRÖH vom 19. April 1960

Gutachten von Dr. Hans-Günther SERAPHIM, Lehrbeauftragter der Universität Göttingen vom 1. Juli 1958 ("Befehlsnotstand")

Gerichtsunterlagen aus dem Eichmann-Prozess vor dem Bezirksgericht Jerusalem (39. und 40. Sitzung vom 15. Mai 1961)

Abschriften aus dem Verfahren vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gegen Otto OHLENDORF und andere Angehörige der Einsatzgruppe D ("Einsatzgruppen-Prozess")

LG Wien 27d Vr 7197/60 gegen Dr. Hans BATTISTA

Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Wien 27d Vr 7197/60 gegen Dr. Hans BATTISTA
LG Wiener Neustadt Vr 1233/61 gegen Dr. Friedrich BERGER u.a.

Staatsanwaltschaft München I 1a Js 1522/58, 414/59 und 891/59 gegen Dr. Otto BRADFISCH

u.a. (Befehlshaber des Einsatzkommandos 8)

Staatsanwaltschaft München I 1 Js 1186/59 gegen Werner SCHÖNEMANN
(Teilkommandoführer des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B)

Staatsanwaltschaft Dortmund 10 Js 68/61 gegen Werner SCHÖNEMANN

Staatsanwaltschaft Kiel 2 Js 615/61 gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Hans GRAALFS

AKTENVERMERK 29.3.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wels 9 Vr 767/60 gegen Dr. Egon SCHÖNPFLUG fehlt:

Band IV:

Teil I :

ONr. 90 Blätter 847-869 (Anklageschrift im Original, nur Kopie vorhanden)

Teil II:

ONr. 124 Blätter 1219/1221

ONr. 126 Blätter 1227/1235

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

SCHÖNPFLUG Egon Dr., geb. 5.12.1913 in Innsbruck

Herbst 1938: Kriminalpolizeistelle Innsbruck

9. Dezember 1938 bis 31. Oktober 1939: Kriminalpolizeistelle München

November 1939: Kommissaranwärterlehrgang in Berlin

Juni 1940: Kommissarprüfung in Berlin, anschließend Versetzung zur Kripo-Leitstelle Brünn und Prag

3. Jänner 1941: SD-Abschnitt Frankfurt am Main

1. April 1941: Kripo-Leitstelle Berlin

Sommer 1941-Herbst 1941: Teilkommandoführer des Einsatzkommandos 8 der Einsatzgruppe B

November 1944-Kriegsende: Versetzung zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei nach Verona

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 26. Juni 1961

Vorsitzender: OLGR. Dr. DAURER

Richter: LGR. L. HAUSER

Dr. SCHÖNAUER

Geschworene: 8 Männer

Geschworene: Johann AUGENEDER, Johann BUCHEGGER, Josef ECKER, Julius GABRIEL, Josef GUTENBERGER, Raimund HUBER, Max NEUHUBER und Adam SPIESIC

Ersatzgeschworene: Leopold REIZELSDORFER und Ernst SILBER

Staatsanwalt: Erster Staatsanwalt Dr. FERNHUBER

Verteidiger: Dr. Franz ZAMPONI und

Dr. Walter WANKO

Geograph. Bezug: Minsk und Mogilew (Russland)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wels 9 Vr 767/60

FStN-Mikrofilm Nr. 1197+1198
DÖW-Signatur V1098/1-33

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 23a Vr 6319/94 (3 Bände)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 17161/58

Weitere im Akt enthaltene Verfahren:

LG Wien 23a Vr 4340/92 (30 Vr 6300/58, 31 Vr 3632/56)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 24872/56 (Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9619/55)

LG Wien Vg 9 Vr 122/51 (Vg 6e Vr 6375/48)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 17040/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Anton-Burger-Verfahren

I. Ermittlungsverfahren gegen ANTON BURGER wegen NS-Gewaltverbrechen und Verbrechen der schweren Körperverletzung an Jüdinnen und Juden im Protektorat Böhmen und Mähren begangen in den Jahren 1939 bis 1943 als Leiter der Nebenstelle Brünn des "Zentralamtes zur Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren" beziehungsweise als Lagerkommandant des Ghettos Theresienstadt von Juli 1943 bis Februar 1944

II. Ermittlungsverfahren gegen Anton BURGER und 15

weitere Beschuldigte wegen NS-Gewaltverbrechen begangen an Jüdinnen und Juden sowie an der Zivilbevölkerung in Athen, Ioanina, Korfu, Kos, Rhodos und Saloniki in den Jahren 1942 und 1944. Beteiligung an Massenerschießungen, Plünderungen, Verhaftungen, Brandschatzungen, Folterungen und Deportationen in das KZ Haidari

Strafverfahren (eingeleitet als Verfahren vor dem Volksgericht Wien) gegen:

Anton BURGER
Dr. Otto BEGUS
Karl FISCHER
N. HARTMANN
Dr. Walter KIRCHBERGER
Alois KLIMM
Josef LAHNER
Fritz LINNEMANN
Karl MACHER
Wilhelm MICHELITZ
Ernst RUMETSCH
Walter SCHIMANA
Karl SCHNEIDER
Friedrich SCHUBERT
Alfred SLAWIK
N. ULESBERGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 98 StG (Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit),
§ 99 StG (gefährliche Drohung)
§ 134 StG (Mord),
§§ 5, 134 StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes),
§ 152 StG (Verbrechen der schweren Körperverletzung) und §§ 171ff StG (Diebstahl)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Tschechoslowakei (Brünn und Theresienstadt)
Griechenland

Tatvorwürfe gegen den Hauptbeschuldigten Anton BURGER:

Illegalität

illegales Mitglied der NSDAP und der SA
Angehöriger der Österr. Legion
Teilnahme am Juliputsch 1934 in Kollerschlag (Oberösterreich)

NS-Gewaltverbrechen (Verbrechen des Mordes) und Verbrechen der schweren Körperverletzung an Jüdinnen und Juden im Protektorat Böhmen und Mähren begangen in den Jahren 1939 bis 1943 als Leiter der Nebenstelle Brünn des "Zentralamtes für die Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren" beziehungsweise als Lagerkommandant des Ghettos Theresienstadt von Juli 1943 bis Februar 1944

Weitere Tatvorwürfe gegen Anton BURGER betreff. Verbrechen an Jüdinnen und Juden begangen als Leiter des Referates IV B 4 beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Athen:

Deportation von 1.700 Jüdinnen und Juden aus Athen nach Auschwitz am 24. März 1944

Deportation von 1.795 Jüdinnen und Juden aus Korfu nach Auschwitz am 20. Juni 1944

Deportation von 100 Jüdinnen und Juden aus Kos nach Auschwitz am 19. Juli 1944

Tatvorwürfe gegen Anton BURGER und 15 andere Beschuldigte betreff. Verbrechen in Griechenland:

Verbrechen an Jüdinnen und Juden sowie an ZivilistInnen in Athen, Joanina, Korfu, Kos, Rhodos und Saloniki in den Jahren 1942 und 1944. Beteiligung an Massenerschießungen, Plünderungen, Verhaftungen, Brandschatzungen, Folterungen und Deportationen in das KZ Haidari:

Mord an 20 Personen und 352 namentlich unbekanntenen Personen auf dem Schießplatz Kaessariani

Mord an Nicolaus BOUKAS und 195 namentlich unbekanntem Personen im Gefängnis Aweroff

Ermordung von insgesamt 3000 Häftlingen des KZ Haidari im September 1944

Hinrichtung von insgesamt 250 Personen auf dem Schießplatz von Athen am 1. Mai 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 18.6.1947: Flucht aus dem amerikanischen Internierungslager Glasenbach (Salzburg)
- 14.9.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton BURGER hinsichtlich der in Theresienstadt begangenen Verbrechen aus dem Verfahren LG Wien Vg 6d Vr 6669/46 gegen Anton BURGER u.a. und Einleitung eines Auslieferungsverfahrens an die Tschechoslowakei unter LG Wien Vg 6e Vr 6375/48
- Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtlinge)
- 5.4.1951: Fortsetzung des Verfahrens gegen Anton BURGER unter LG Wien Vg 9 Vr 122/51
- 9.4.1951: Flucht des Anton BURGER aus der Untersuchungshaft
- 15.5.1951: Unterbrechung des Verfahrens gegen Anton BURGER gemäß § 412 StPO
- 25.4.1956: Fortsetzung des Verfahrens gegen Anton BURGER unter LG Wien 31 Vr 3632/56
- 3.12.1956: Unterbrechung des Auslieferungsverfahrens und Widerruf der Ausschreibung des Anton BURGER hinsichtlich des Auslieferungsverfahrens
- Einleitung der Voruntersuchung gegen Anton BURGER wegen §§ 10, 11 VG und §§ 1, 3, 4 KVG und § 134 StG
- Unterbrechung des Verfahrens gegen Anton BURGER gemäß § 412 StPO
- 30.9.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12 NS-Amnestie. Weiterführung des Verfahrens in Richtung §§ 134, 98, 152 allenfalls in Richtung §§ 171ff StG
- 11.3.1958: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien 23a Vr 5668/56 gegen Anton BURGER in das gegenständliche Verfahren
- 26.8.1958: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien 30 Vr 6300/58
- 13.5.1965: Ausscheidung des Verfahrens gegen Anton BURGER aus dem Verfahren LG Wien Vg 9 Vr 748/55 gegen Hermann KRUMEY u.a. und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren

- 18.12.1967: Unterbrechung des Verfahrens gegen Anton BURGER gemäß § 412 StPO
- Einstellung des Verfahrens gegen Walter SCHIMANA, Alois KLIMM und Karl SCHNEIDER wegen §§ 5, 134 StG gemäß § 224 StG (Tod der Beschuldigten)
- Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Walter KIRCHBERGER, Dr. Otto BEGUS, Josef LAHNER, Fritz LINNEMANN, Wilhelm MICHELITZ, Karl FISCHER, Karl MACHER, N. ULESBERGER, Alfred SLAWIK, N. HARTMANN, Ernst RUMETSCH und Friedrich SCHUBERT wegen §§ 5, 134 StG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 3.4.1992: Fortsetzung des Verfahrens gegen Anton BURGER unter LG Wien 23a Vr 4340/92
- 10.4.1992: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO bleibt aufrecht
- 1.6.1994: Fortsetzung des Verfahrens gegen Anton BURGER unter LG Wien 23a Vr 6319/94
- 7.6.1994: Einstellung des Verfahrens gegen Anton BURGER wegen Tod des Beschuldigten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 23a Vr 6319/94:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zum Verfahren LG Wien 23a Vr 6319/94 gegen Anton BURGER u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus:

LG Wien Vg 6d Vr 770/46 gegen Dr. Siegfried SEIDL

LG Wien Vg 6d Vr 6669/46 gegen Anton BURGER u.a.
(inländische Verfahren fortgesetzt unter LG Wien Vg 9 Vr 110/51, zu finden unter LG Wien Vg 9 Vr 748/55 gegen Hermann KRUMEY u.a.)

LG Wien Vg 9 Vr 748/55 gegen Hermann KRUMEY u.a.

LG Wien 33b Hs 889/58 gegen Walter SCHIMANA u.a.

sowie Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 1 Vr 770/46 gegen Dr. Siegfried SEIDL
LG Wien Vg 6d Vr 6669/46 gegen Anton BURGER u.a.
(fortgesetzt unter LG Wien Vg 9 Vr 748/55)

LG Wien Vg 1 Vr 7463/46 gegen Karl Peter MACHER

LG Wien 8E Vr 183/53 gegen Fritz LINNEMANN

LG Wien Vg 8 Vr 212/53 gegen Franz HEITZINGER

LG Wien Vg 9 Vr 748/55 gegen Hermann KRUMEY u.a.

(Vg 8e Vr 610/51)

(Vg 9 Vr 110/51)

(Vg 6d Vr 6669/46)

LG Salzburg 5 Vr 1056/57 gegen Karl FISCHER

LG Wien 30 Vr 1270/57 gegen Ernst RUMETSCH (Abtretung an das LG Linz)

LG Wien 33b Hs 889/58 gegen Walter SCHIMANA u.a.

LG Wien 30 Vr 2431/58

LG Linz Vr 1928/65 gegen Ernst RUMETSCH

Hinweise zu deutschen Gerichtsverfahren:

Staatsanwalt beim Landgericht Stuttgart 15 Js 5248/58, 15 Js 2501/59, 15 Js 2502/59 gegen Dr. Otto BEGUS u.a.

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bremen 10 Js 156/64 gegen Anton BURGER

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Stuttgart 16 Js 234/66

gegen Anton BURGER

Staatsanwaltschaft beim Landgericht Traunstein 6 Js 71/67 gegen

Dr. Otto BEGUS

Einbezogener Akt:

LG Wien 23a Vr 5668/56 gegen Anton BURGER

Unterlagen:

Dokumenten der israelischen Polizei aus dem Eichmann-Prozess über die Vernichtung der jüdischen Gemeinde in Griechenland

AKTENVERMERK 5.4.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien 23a Vr 6319/94 gegen Anton BURGER u.a. fehlt:

Band I:

ONr. 26Blatt 119-131

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BURGER Anton, geb. 19.11.1911 in Neunkirchen (Niederösterreich)

7. April 1930-31.Juli 1933: Österr. Bundesheer

8. Oktober 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 611.604

16. August 1933: SA-Angehöriger

Juli 1933: Flucht nach Deutschland

Angehöriger der Österr. Legion

13. August 1935: Deutscher Staatsangehöriger

Kommandant von Theresienstadt

Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag

NS-Gewaltverbrechen an der Bevölkerung von Athen und Umgebung

Gauakt Nr. 207/84

SS-Angehöriger, Nr. 342.783

BEGUS Otto Dr., geb. 25. September 1899 in Bozen

März 1943-Ende Juni 1944: Leiter der Einheiten 1000 (Athen) und 2000 (Saloniki)

Feldpolizei-Kommissar

FISCHER Karl, geb. 13. Oktober 1907 in Graz-Eggenberg

KLIMM Alois, geb. 3. Februar 1896 in Bergreithenstein oder 23. April 1901 in Winterberg

SS-Angehöriger

KIRCHBERGER Walter Dr., geb. 7. November 1908 in St. Pölten

Verhandlungsleiter und Chef des deutschen Feldgerichtes in Athen

Oktober 1942-Mai 1944: Kriegsgerichtsrat der Luftwaffe beim Luftwaffengericht in Athen

LAHNER Josef, geb. 11. März 1896 in Gross Enzersdorf

Hauptmann und Kommandant des Stabquartiers der 117 Jäger-Division

LINNEMANN Fritz, geb. 9. Oktober 1915 in Aussig

SS-Oberscharführer und Zollbetriebsassistent

MACHER Werner, geb. 28. Juli 1904 in St. Margarethen bei Völkermarkt (Kärnten)

MACHER Karl, geb. 18. November 1911 in Wien

MICHELITSCH Wilhelm, geb. 17. Mai 1910 in Wien

Kriminal-Oberassistent und SD-Angehöriger in Griechenland

SS-Hauptscharführer und Sturmscharführer

17. Dezember 1943-September 1944: Kriminal-Oberassistent in Athen

SCHIMANA Walter, geb. 12. März 1898 in Troppau (Tschechien)
Generalleutnant der Waffen-SS
Höherer SS- und Polizeiführer in Griechenland

Geograph. Bezug: Brunn (Tschechoslowakei)
 Theresienstadt (Tschechoslowakei)
 Griechenland

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 23a Vr 6319/94

FStN-Mikrofilm Nr. 1198

DÖW-Signatur V1099/1-22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 1591/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8588/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Johann SPEIL wegen Illegalität, Denunziation und Arisierung jüdischer Geschäfte in Mattersburg (Burgenland) im April 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann SPEIL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der
§§ 10/1, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§§ 8 StG, 6 KVG (versuchte missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)
§ 7 Wahlgesetz
§§ 1, 2 Verbrauchsregistrierungsverordnung

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Mattersburg)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug

Illegalität

Tatvorwurf der missbräuchlichen Bereicherung:

Dem Beschuldigten wurde zur Last gelegt, folgende Geschäfte in Mattersburg am 4. April 1939 arisiert zu haben:

Moritz BREUER, Kleider- und Modewarengeschäft, Judengasse 10

Ludwig WEISS, Kleider- und Textilwarenhandel, Judengasse 1

Nach der Sprengung des Geschäftes des vormaligen Besitzers Moritz BREUER Übersiedlung in die Räumlichkeiten des Bettfederngeschäftes SCHOTTEN im September 1942

Aneignung einer Zimmereinrichtung aus der Wohnung des Adalbert NUSSBAUM im Rahmen seiner

Tätigkeit als Buchprüfer der Firma Adalbert NUSSBAUM, Holz- und Baumaterialienhandlung, Bahngasse.
Übergabe an den Kreisleiter Anton WEISSENSTEINER als Hochzeitsgeschenk.

Aneignung von Textil- und Modewaren aus dem Lager der Firma HIRSCHL Ende 1939/ Anfang 1940

Missbräuchliche Bereicherung an Vermögenswerten der Firmen Isidor BENEDIKT und Salomon
GOTTESMANN in Zusammenwirken mit Josef THURNER

Missbräuchliche Bereicherung an Vermögenswerten der Firma RECHNITZER in Frauenkirchen im
Rahmen seiner Tätigkeit als kommissarischer Verwalter

Tatvorwurf der Denunziation:

Denunziation des Johann SIMON wegen abfälliger Äußerungen über das NS-Regime am 12. März 1941

Denunziation der Helene SIEBER wegen einer angebliche Beschwerde über den Beschuldigten beim
Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Franz GIEFING im Jahr 1943

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.11.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 6 KVG (Moritz
BREUER und Ludwig WEISS) und § 7/1, 2lit b KVG (Johann SIMON)

25.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10/2 VG,
§ 6 KVG (Bettwarengeschäft SCHOTTEN, Firma
RECHNITZER, Firma Isidor BENEDIKT und Firma HIRSCHL und
§ 7 KVG (Helene SIEBER) sowie

wegen § 7 Wahlgesetz und §§ 1,2 Verbrauchsregistrierungsverordnung gemäß § 109
StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Ausdehnung der Anklage hinsichtlich des Faktums Salomon GOTTESMANN blieb der
Hauptverhandlung vorbehalten

Ergänzung und Richtigstellung der Anklage hinsichtlich Zimmereinrichtung des Adalbert
NUSSBAUM in Richtung §§ 8 StG, 6 KVG erfolgte in der Hauptverhandlung am 28. März
1950

28.3.1950: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 1591/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 1591/46 gegen Johann SPEIL:

Das gegenständlichen Verfahren enthält im Anhang Unterlagen der Firma Adalbert NUSSBAUM

AKTENVERMERK 8.4.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 1591/46 gegen Johann SPEIL fehlt:

ONr. 10 Blatt 51

ONr. 12 Blatt 65

ONr. 33 Blatt 141

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SPEIL Johann, geb. 22. April 1894 in Wien
Bilanzbuchhalter

1. Februar 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 453.866

Kassen-, Zellen- und Blockleiter und teilweise Vertreter des Ortsgruppenleiters der NSDAP in
Mattersburg

1. April 1938: kommissarischer Verwalter in Mattersburg

2. Dezember 1944: Volkssturm

"Alter Kämpfer"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 16. September 1948 (Vertagung)

Vorsitzender: LGR. Dr. DOLP

Richter: Dr. SIMONET

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karl KAIDA, Karl SCHATZ und Karoline SCHLINGER

Staatsanwalt: Dr. MERZ

Verteidiger: Dr. Josef LANGER für Dr. Friedrich WEIDINGER

Hauptverhandlung vom 14. Oktober 1948 (Vertagung)

Vorsitzender: LGR. Dr. DOLP

Richter: Dr. KNITTL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Karl KAIDA, Karl SCHATZ und Karoline SCHLINGER
Staatsanwalt: Dr. COCA
Verteidiger: Dr. Josef LANGER für Dr. Friedrich WEIDINGER

Hauptverhandlung vom 28. März 1950

Vorsitzender: OLGR. Dr. GRUCHOL
Richter: OLGR. Dr. GRIEB
Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen
Schöffen: Rudolf KÖHLER, Emma STEPANEK und Marie SWOBODA
Staatsanwalt: Dr. GÖHL
Verteidiger: Dr. Josef LANGER für Dr. Friedrich WEIDINGER

Geograph. Bezug: Mattersburg (Österreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 1591/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1198

DÖW-Signatur V1100/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11b Vr 7560/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 33644/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Karl SOBOTA wegen Illegalität, Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Mattersburg (Burgenland) im März 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Karl SOBOTA

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der
§§ 10/1, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Mattersburg und Sauerbrunn-Burgenland)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug

Illegalität

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an Ludwig BRÄUER und anderen unbekanntem Jüdinnen und Juden in Sauerbrunn und Mattersburg im März 1938. BRÄUER wurde auf Veranlassung von SOBOTA am 13. März 1938 in Sauerbrunn verhaftet, im Keller des Rathauses eingesperrt und von SA-Angehörigen verprügelt.

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen aus politischer Gehässigkeit an Dr. Ernst BRANDL, Dr. Richard BERCZELLER und Dr. N. GIESSKANN im Gerichtsgefängnis von Mattersburg. In der Nacht des 31. März 1938 inszenierten der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter von Mattersburg Franz GIEFING, Kreisleiter Anton WEISSENSTEINER und Karl SOBOTA eine Art Gerichtsverhandlung. Dabei wurden Dr. Ernst BRANDL, Dr. Richard BERCZELLER, Dr. N. GIESSKANN und andere unbekanntem Juden erpresst und misshandelt.

Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt als politischer Leiter an Anna MANSBERGER oder MANNBERGER in Sauerbrunn am 4. Dezember 1938. SOBOTA bedrohte sie im Rahmen einer Hausdurchsuchung mit einer Pistole und äußerte dabei die Absicht, sie nach Dachau zu bringen.

Aneignung von Bargeld in der Höhe von ATS 18.500.- sowie von Wertgegenständen wie Teppichen, Silbergeschirr, Uhren, Schmuck, etc. im Wert von ATS 40.000.- aus der Wohnung und Ordination des Dr. Richard BERZELLER in Zusammenwirken mit Leo SCHWARZ, Josef HAIDER, Anton WEISSENSTEINER und Franz GIEFING in Mattersburg im März 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.12.1946: Antrag der Staatsanwaltschaft Wien auf Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 5c Vr 8508/46 gegen SCHWARZ, GIEFING, SOBOTA, WEISSENSTEINER und HAIDER in das Verfahren LG Wien Vg 5a Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING u.a.
- 4.9.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl SOBOTA und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 11b Vr 7560/47
- 19.4.1948: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 4, 6 KVG und § 8 VG
- 25.5.1948: Verurteilung des Karl SOBOTA wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und wegen § 3 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
(Das Verbrechen an Anna MANSBERGER wurde vom Gericht nach der ihm zustehenden freien rechtlichen Beurteilung nicht als Tatbestand des § 4 KVG, sondern als Tathandlung nach § 3 KVG beurteilt)
- Freispruch wegen § 6 KVG und § 8 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- Ausscheidung des Verfahrens gegen Helene SOBOTA wegen § 6 KVG (Möbel der Anna MANSBERGER oder MANNBERGER) und Übermittlung an die Staatsanwaltschaft
- 27.8.1948: Bedingte Nachsicht der Reststrafe des Karl SOBOTA durch Entschließung des Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 7560/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11b Vr 7560/47 gegen Karl SOBOTA:

Das gegenständlichen Verfahren enthält Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Graz 19 Vr 1569/46 gegen Anton WEISSENSTEINER

LG Wien Vg 5a Vr 6310/46 gegen Franz GIEFING u.a.

LG Wien Vg 5c Vr 8508/46 gegen Franz GIEFING u.a. (einbezogen in LG Wien Vg 5a Vr 6310/46)
Bezirksgericht Mattersburg Z 251/47 gegen Franz GIEFING u.a.

Einbezogene Akten:

Bezirksgericht Mattersburg Z 336/46 gegen Karl SOBOTKA

LG Graz 17 Vr 3623/47 gegen Karl SOBOTA

AKTENVERMERK 13.4.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11b Vr 7560/47 gegen Karl SOBOTA fehlt:

ONr. 36 Blätter 101/103

ONr. 39 Blatt 109

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SOBOTA Karl, geb. 23. März 1903 in Wien

Sparkassenbeamter der Gemeinde Sauerbrunn (Burgenland)
bis 1934: Mitglied der SPÖ

Eintritt in die Vaterländische Front
Leutnant beim Heimatschutz

Propagandaredner bei öffentlichen Versammlungen
Kreisleiterstellvertreter

1.7.1935: SA-Angehöriger und NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 158.815
Juni 1938-1939: kommissarischer Ortsgruppenleiter von Sauerbrunn
September 1939-Sommer 1943: Wehrmacht
1.10.1943: SA-Sturmführer
1943-1945: Abteilungsleiter der Gauverwaltung der DAF Graz

"Altparteigenosse"
Träger der Ostmarkmedaille

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 25. Mai 1948
Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Richard TRNKA, Franz KOP und Ludwig KRPALEK
Staatsanwalt: Dr. EICHLER
Verteidiger: Dr. Hugo LUDVIK

Geograph. Bezug: Mattersburg und
 Sauerbrunn (Österreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11b Vr 7560/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1198

DÖW-Signatur V1101/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 7131/48

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 45903/48)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen den ehemaligen Oberverwalter des Polizeigefangenenhauses Roßauer Lände Eduard ECKHARDT wegen Misshandlung des jüdischen Häftlings N. GLÜCK

Volksgerichtsverfahren gegen:

Eduard ECKHARDT

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwurf:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen unter Ausnützung dienstlicher Gewalt an dem jüdischen Häftling N. GLÜCK im einem Sammellager im Wiener Praterstation am 30. September 1939.

GLÜCK wurde vom Beschuldigten derart geschlagen, dass er vom Sessel fiel. Außerdem brachte ihn ECKHARDT eigenmächtig, ohne dafür einen Befehl erhalten zu haben und in Kenntnis darüber, dass GLÜCK als Kranker vom Transport ausgenommen war, zum Westbahnhof und übergab ihn einem Transport, der nach Buchenwald bestimmt war. Dort verstarb GLÜCK aufgrund seiner Krankheit nach kurzer Zeit.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.10.1949: Anklageerhebung wegen § 3 KVG

22.12.1949: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7131/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

ECKHARDT Eduard, geb. 29.12.1897 in Bischof-Steinitz oder Teinitz (Tschechoslowakei)

Polizeibeamter

Hauptwachtmeister der Schutzpolizei

Oberverwalter im Polizeigefängnis Roßauer Lände

Kanzleileitung in der Verwaltung des Polizeigefangenenhauses

Gauakt Nr. 273.329

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 29. November 1949 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. PATTIS

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Johanna ENDLICHER, Josef NEURATH und Anton ZAHRADNIK

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Kurt BÖHM

Hauptverhandlung vom 22. Dezember 1949

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. PATTIS

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Franz BAUER, Ernst HABTMANN und Stefan MISIK

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Kurt BÖHM

Geograph. Bezug: Wien-Leopoldstadt

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7131/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1198

DÖW-Signatur V1102/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12b Vr 2217/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12477/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Ladislaus KAMPITS wegen Registrierungsbruch, Illegalität und Verbrechen an der jüdischen Familie HOLZER in Pinkafeld (Burgenland) im März 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Ladislaus KAMPITS

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG,
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Pinkafeld-Burgenland)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbruch

Illegalität

Spenden für die illegale NSDAP
Aufstellung von SA Wehrverbänden
Verwahrung einer Maschinenpistole

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Brüder Holzer im Rahmen einer Hausdurchsuchung in Pinkafeld am 15. März 1938.

Oskar HOLZER wurde von KAMPITS mit den Worten "Saujud, jetzt gibst alles her" beschimpft, die 12jährige Tochter des Oskar HOLZER, die bereits schlief, wurde aus dem Bett gezerrt und auf den Boden geworfen. Einem der Brüder versetzte der Beschuldigte einen Stoß mit dem Ellbogen. Am nächsten Tag wurden die beiden Brüder verhaftet und dem Bezirksgericht Oberwart überstellt.

Im Rahmen der Hausdurchsuchung beschlagnahmte KAMPITS in Begleitung des Gendarmeriebeamten Johann KRANICH und mehrerer junger SA-Angehöriger Schmuck, Silberbesteck, Wertpapiere, Aktien, Bargeld in der Höhe von ATS 5.000.- sowie eine Pistole mit Nickelbeschlagnahme aus dem Besitz der Brüder

HOLZER.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.10.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG sowie wegen §§ 4, 6 KVG und § 8 VG

16.12.1947: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 2 und 11 VG und § 8 VG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen §§ 4, 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

16.7.1948: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12b Vr 2217/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

AKTENVERMERK 14.4.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 12b Vr 2217/47 gegen Ladislaus KAMPITS fehlt:

ONr. 45 Blatt 171/173

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KAMPITS Ladislaus, geb. 20. September 1913 in Pinkafeld

1.1.1930: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 107.753

SA-Führer von Pinkafeld

Truppführer,

Sturmführerstellvertreter,

Sportreferent in der Standarte 83

Haft im Anhaltelager Wöllersdorf

Jänner-Februar 1938: Gefangenenhaus des Wiener Landesgerichtes II

1938: Gendarmeriepostenkommandant von Pinkafeld

August 1938: Obersturmführer, Sportwart einer Gebirgsjägerstandarte

28.8.1939-Kriegsende: Wehrmacht

"Altparteigenosse"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 16. Dezember 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. JOSST

Richter: OLGR. Dr. SCHLINGER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Franz NEDWED, Franz HÖRMANN und Katharina GRILL

Staatsanwalt: Dr. Rudolf SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Fritz LANZENDORFER für Dr. Karl FULTH

Geograph. Bezug: Österreich (Pinkafeld)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12b Vr 2217/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1198+1199+1200

DÖW-Signatur V1103/1-57

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Salzburg 15 Vr 1318/66, 4. Bände und Beiakte

(*Staatsanwaltschaft Salzburg 1 St 2404/66*)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des LG Salzburg

Prozess gegen Anton SILLER wegen NS-Gewaltverbrechen (Verbrechen des gemeinen Mordes und Mitschuld am bestellten Mord durch Erteilung entsprechender Befehle an untergeordnete SS-Angehörige sowie an Angehörige ukrainischer Milizen) begangen an Jüdinnen und Juden im Ghetto von Lemberg sowie in den Zwangsarbeitslagern Stupki und Janowska von Frühjahr 1942 bis Herbst 1943

Strafverfahren gegen: Anton SILLER und
U.T.

wegen (§§): § 211 RStGB (deutsches Strafgesetzbuch) (Mord),
§ 134 StG (Mord),
§§ 134, 135/4 StG (Verbrechen des gemeinen Mordes)
§§ 5, 134, 135/3 StG (Mitschuld am Verbrechen des bestellten Mordes) und
§§ 8, 134, 135/4 StG (Verbrechen des versuchten gemeinen Mordes)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Ukraine (Boryslaw, Drohobycz, Lemberg, Stupki und Zloczow)

Tatvorwürfe:

NS-Gewaltverbrechen (Verbrechen des gemeinen Mordes und Mitschuld am bestellten Mord durch Erteilung entsprechender Befehle an untergeordnete SS-Angehörige sowie an Angehörige ukrainischer Milizen) begangen an Jüdinnen und Juden im Ghetto von Lemberg sowie in verschiedenen Zwangsarbeitslagern in Galizien (Winniki, Stupki [Teillager von Borki-Wielki], Drohobycz-Boryslaw und Lemberg Janowskastraße) als stellvertretender Lagerführer des Zwangsarbeitslagers Winniki von 18. Oktober 1941 bis Frühjahr 1942, als Lagerführer des Zwangsarbeitslagers Stupki von Frühjahr bis Sommer 1942 beziehungsweise als Angehöriger der Lagerwache der Zwangsarbeitslager Drohobycz-Boryslaw von Sommer 1942 bis Frühjahr 1943 und Lemberg - Janowskastraße von Frühjahr 1943 bis November 1943

Anklageerhebung wegen:

Verbrechen des gemeinen Mordes begangen als Angehöriger einer SS-Lagerwachmannschaft, zum Teil in leitender Stellung, an Jüdinnen und Juden im Ghetto von Lemberg beziehungsweise im Zwangsarbeitslager Janowska von Sommer 1942 bis Herbst 1943

Verbrechen der Mitschuld am bestellten Mord durch Erteilung entsprechender Befehle an ihm untergebene oder zugeteilte SS-Wachmannschaften oder Angehörige ukrainischer Milizen im Frühjahr oder Sommer 1942 im Zwangsarbeitslager

Stupki, in der Zeit von Sommer 1942 bis Herbst 1943 in Lemberg (Ghetto und Zwangsarbeitslager Janowska) sowie im Herbst 1943 in der Nähe von Zloczow

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 11.11.1969: Anklageerhebung gegen Anton SILLER wegen §§ 134, 135/4 StG und §§ 5, 134, 135/3 StG
- 24.11.1969: Unterbrechung des Verfahrens gegen U.T. (Ausführende des bestellten Mordes) gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

- 18.4.1970: Verurteilung wegen §§ 134, 135/4 StG und §§ 8, 134, 135/4 StG zu 7 Jahren schweren Kerkers.

Verbrechen des vollbrachten gemeinen Mordes begangen an N. SCHULMANN, N. GRÜNBERG sowie einem unbekanntem Juden im Zwangsarbeitslager Janowska im Sommer 1943

Verbrechen des versuchten gemeinen Mordes begangen an 16 unbekanntem Juden wegen der Flucht von vier Juden von einer Arbeitsbrigade im Zwangsarbeitslager Janowska im April 1943

Freispruch wegen des Verbrechens des vollbrachten gemeinen Mordes begangen an Ghettobewohner in Lemberg und Häftlingen des Zwangsarbeitslagers Janowska von Herbst 1942 bis Herbst 1943 gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Freispruch wegen des Verbrechens des versuchten gemeinen Mordes begangen an Ghettobewohnern in Lemberg und Häftlingen des Zwangsarbeitslagers Janowska von Sommer 1942 bis Herbst 1943 gemäß § 259/3 StPO

Freispruch wegen des Verbrechens der Mitschuld am bestellten Mord begangen an Ghettobewohnern in Lemberg (Herbst 1942 bis Herbst 1943) und Häftlingen der Zwangsarbeitslager Stupki (Frühjahr oder Sommer 1942) und Janowska (Herbst 1942 bis Herbst 1943) sowie an Jüdinnen und Juden in der Nähe von Zloczow im Herbst 1943 durch Erteilung entsprechender Befehle an untergeordnete SS-Wachmannschaften sowie an Angehörige ukrainischer Milizen gemäß § 259/3 StPO

- 31.12.1971: Bedingte Entlassung

FStN-Mikrofilm Nr. 1201

DÖW-Signatur V1104/1-23

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11h Vr 1538/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 11408/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen den ehemaligen Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Sauerbrunn (Burgenland) Franz NEMETH und seine Frau Maria wegen Registrierungsbruch, Illegalität und Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung von Sauerbrunn im März 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz und Maria NEMETH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG,
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§§ 5 StG, 3 KVG (Mitschuld am Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden und Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Sauerbrunn-Burgenland)

Tatvorwürfe:

Illegalität

illegaler Ortsgruppen- und Sprengelleiter von Sauerbrunn

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen durch Franz NEMETH an den Töchtern des jüdischen Arztes Dr. HOFMANN, die er im März 1938 in Kleidern aus Sauerbrunn wegjagen ließ und sie dadurch in einen qualvollen Zustand versetzte

Misshandlung des jüdischen Hausbesitzers Sigmund BIBERSTEIN im März 1938 im Keller des Gemeindeamtes von Sauerbrunn durch zwei unbekannte Männer im Auftrag des Bürgermeisters NEMETH, der ihn nach Sauerbrunn gelockt und zur Herausgabe eines Geldbetrages in der Höhe von ATS 1.000.- gezwungen hatte

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Kellners Franz VOJT oder VOITH im Gemeindeamt von Sauerbrunn durch den Bürgermeister Franz NEMETH im Herbst 1939

Aneignung von Schmuck, Kleidung, Wäschestücken und Einrichtungsgegenständen aus dem Besitz des Arztes Dr. HOFMANN, Sauerbrunn Kirchengasse und anderer unbekannter Jüdinnen und Juden aus Sauerbrunn durch den Bürgermeister Franz NEMETH im März 1938

Arisierung des Hauses Schubertgasse oder Schubertallee 3 der Familie Margarethe FISCHHOF (Töchter Gerda HAUPT und Alice JELINEK) in Sauerbrunn durch Franz und Maria NEMETH am 24. November 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 15.2.1947: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens gegen Franz NEMETH wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens gegen Maria NEMETH wegen § 11 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO
- 15.2.1947: Anklageerhebung gegen Franz NEMETH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 3, 6 KVG und §§ 5 StG, 3 KVG
- Anklageerhebung gegen Maria NEMETH wegen § 58 StG in der Fassung des § 10/1, 3 VG und § 8 VG
- 14.10.1947: Verurteilung des Franz NEMETH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 4, 6 KVG und §§ 5 StG, 3 KVG zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- Freispruch des Franz NEMETH wegen § 3 KVG (Ausweisung der Töchter des Dr. HOFMANN) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz NEMETH betreffend Arisierung des Hauses Schubertgasse 3 aus dem gegenständlichen Verfahren
- Verurteilung der Maria NEMETH wegen § 58 StG in der Fassung des § 10/1, 3 VG und § 8 VG zu 8 Monaten Kerker
- 8.1.1948: Aufhebung des Urteils gegen Maria NEMETH durch den Obersten Gerichtshof (5 Os 142/47)
- 18.3.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Maria NEMETH gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11h Vr 1538/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11h Vr 1538/45 gegen Franz und Maria NEMETH:

Der gegenständliche Akt enthält

Einbezogenen Akt LG Wien Vg 2c Vr 1540/45 gegen Maria NEMETH
AKTENVERMERK 25.4.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren

LG Wien Vg 11h Vr 1538/45 gegen Franz und Maria NEMETH fehlt:

ONr. 63 Blätter 141/143
ONr. 69 Blatt 159
ONr. 71 Blätter 165/167
ONr. 83 Blätter 213/215

Aus dem einbezogenen Verfahren
LG Wien Vg 2c Vr 1540/45 gegen Maria NEMETH fehlt:

ONr. 3 Blätter 8/9

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

NEMETH Franz, geb. 12. April 1897 in Sauerbrunn

Illegaler Ortsgruppenleiter und Sprengelleiter

November 1934: NSDAP-Mitglied, Nr.

1936: stellvertret. Ortsgruppenleiter der illegalen NSDAP

1937: Sprengelleiter

1938: Wahlleiter und Bürgermeister von Sauerbrunn

13.3.1938-10.4.1938: prov. Bürgermeister

Mai 1938-Dezember 1938: Organisationsleiter der NSDAP

26.8.1939: Wehrmacht

NEMETH Maria, geb. 20. Februar 1895 in Jois (Burgenland)

1937: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 185.805, Mitbegründerin der NS-Frauenschaft in Mattersburg

1938: Blockleiterin der NSF

"Alte Kämpferin"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 14. Oktober 1947

Vorsitzender: LGR. Dr. ZEILINGER

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karl LEX, Johann RATH und Auguste LEHMANN

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Heinrich GERHARD f. Dr. Felix KOSCH

Geograph. Bezug: Österreich (Sauerbrunn-
Burgenland)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 11h Vr 1538/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1201

DÖW-Signatur V1105/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4444/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 40210/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Michael PINTER wegen Illegalität und Verbrechen an der Bevölkerung von Großhöflein (Burgenland) im Frühjahr 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Michael PINTER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG,
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden und ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Großhöflein-Burgenland)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Beteiligung an Streu-, Schmier- und Klebeaktionen von 1934 bis 1938

Beteiligung an militärischen Übungen der SA

Teilnahme an Ausschreitungen gegen die nicht nationalsozialistisch gesinnte Bevölkerung von Großhöflein im März 1938

Beteiligung an der Zertrümmerung von Fensterscheiben (Bürgermeister, Pfarramt und Wohnung des Oberlehrers Johann FRANK) in Großhöflein am 13. März 1938

Beschlagnahme von Eigentum der katholischen Kirche (Radioapparat und Kirchenfahne) sowie des katholischen Burschenvereines und Mädchenbundes (Wimpel, Bänke ein Vervielfältigungsapparat sowie die Vereinskasse)

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen aus politischer Gehässigkeit an Ernö FIGDOR, der im März 1938 eine schwere Weinpumpe auf einem Schubkarren durch den Ort führen mußte. Als er vor Erschöpfung nicht mehr weiter konnte, versetzte ihm PINTER Fußtritte in den Bauch.

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen aus politischer Gehässigkeit im März 1938 an Ignaz FIGDOR, der Autos waschen mußte. Er wurde von PINTER mit Wasser bespritzt, als "Saujud" beschimpft und mit den Füßen

getreten.

Denunziation des Oberlehrerslehrers Julius TIHANYI aus politischer Gehässigkeit im Mai 1938, der daraufhin aus dem Schuldienst entlassen wurde

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.2.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 3/1 KVG, § 4 KVG und § 7/2b KVG

8.5.1947: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, §§ 4, 7/2b KVG zu 4 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Ausscheidung des Verfahrens wegen § 8 VG und § 3 KVG

9.10.1948: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4444/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 4444/45 gegen Michael PINTER:

AKTENVERMERK 25.4.2005:

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PINTER Michael, geb. 23. Dezember 1915 in Großhöflein (Bezirk Eisenstadt)

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 158.187

Mitglied der SA (Scharführer), Block- und Zellenleiter der NSDAP, Zugführer beim Volkssturm

März 1938-Februar 1940: Blockleiter der Ortsgruppe Großhöflein

10.2.1940-2.12.1943: Wehrmacht (Frankreich, Belgien und Rußland)

1944: Torwart und Telefonist beim Finanzamt Eisenstadt

1944: Blockleiter der NSDAP in Großhöflein

September 1944: Ernennung zum Zellenleiter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 8. Mai 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SUCHER
Richter: LGR. Dr. IRO
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Franz DIEMER, Oskar HOLY und Anna RIEGLBAUER
Staatsanwalt: Dr. HELMREICH
Verteidiger: Dr. Georg NAGLER

Geograph. Bezug: Österreich (Großhöflein)
Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1a Vr 4444/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1201

DÖW-Signatur V1106/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 89/54

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 13588/54)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Karl BOGNER wegen missbräuchlicher Bereicherung an Waren im Wert zwischen ATS 25.000.- und 30.000.- aus dem Textilgeschäft der Geschwister HIRSCH am Hauptplatz von Sauerbrunn am 15. März 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Karl BOGNER
Johann HORVATH und
Franz LUBENIK

wegen (§§): § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Sauerbrunn-Burgenland)

Tatvorwürfe:

Missbräuchliche Bereicherung durch SA-Angehörige an Waren im Wert zwischen ATS 25.000.- und 30.000.- aus dem Textilgeschäft der Geschwister Samuel, Abraham, Hugo und Hilde HIRSCH am Hauptplatz von Sauerbrunn am 15. März 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.6.1954: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl BOGNER, Johann HORVATH und Franz LUBENIK wegen § 6 KVG aus dem Verfahren LG Wien Vg 9 Vr 77/51 gegen Johann FREIBERGER u.a. und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien VG 13 Vr 89/54

16.7.1954: Unterbrechung des Verfahrens gegen Karl BOGNER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

5.1.1955: Anklageerhebung gegen Karl BOGNER wegen § 6 KVG

14.1.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Johann HORVATH und Franz LUBENIK wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

21.6.1955: Verurteilung des Karl BOGNER wegen § 6 KVG zu 14 Tagen Kerker. Kein Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 89/54:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 13 Vr 89/54 gegen Karl BOGNER u.a.:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften aus LG Wien 9 Vr 77/51 gegen Johann FREIBERGER u.a:

Anklageschrift vom 31.5.1954
Urteil vom 16.11.1954
Zeugenvernehmungen

AKTENVERMERK 25.4.2005:

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BOGNER Karl, geb. 1. Jänner 1914 in Budapest

NSDAP-Mitglieds, Nr. 9, 239.065
SA-Angehöriger

HORVATH Johann, geb. 1. Juli 1919 in Sauerbrunn
SA-Angehöriger

LUBENIK Franz, geb. 13. November 1914 in Sauerbrunn
SA-Angehöriger

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 21. Juni 1955
Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER
Richter: LGR. Dr. MÜLLER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Albertine LIER, Otto KUKLA und August GRÜNBERGER
Staatsanwalt: Dr. EIGENBAUER
Verteidiger: Dr. Erik MÖSSLANG

Geograph. Bezug: Österreich (Sauerbrunn)
Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 13 Vr 89/54

FStN-Mikrofilm Nr. 1201

DÖW-Signatur V1107/1-24

Benützungsbefreiung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 4507/45

(*Staatsanwaltschaft Wien 15 St 28191/45*)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Ludmilla BAUER, Sofie BILEK, Karl NASSBERGER und Marie OBERHOFER wegen Verbrechen an der jüdischen Familie STERN in Wien-Leopoldstadt, Ybbsstraße 22 in den Jahren 1938 bis 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

BAUER Ludmila oder Ludmilla

BILEK Sofie

NASSBERGER Karl und

OBERHOFER Maria oder Marie

wegen (§§): § 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe:

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde des Siegfried STERN, seiner Frau Leopoldine STERN und seiner beiden Töchter Elfriede und Sofie STERN aus politischer Gehässigkeit durch die Hausmeisterin Sofie BILEK, ihre Tochter Ludmila BAUER und den Hausbewohner Karl NASSBERGER in Wien-Leopoldstadt, Ybbsstraße 22 in den Jahren 1938 bis 1944. Leopoldine STERN, nach den Nürnberger Rassegesetzen Ariern, war mit dem Juden Siegfried STERN verheiratet. Ab März 1938 wurde die Familie STERN von der Hausmeisterin und den MitbewohnerInnen wiederholt in gröblicher Weise mit "Saujuden", "Dreckige Juden" und anderen Ausdrücken beschimpft.

Denunziation des Siegfried STERN wegen staatsfeindlicher Äußerungen durch Ludmila BAUER und Maria OBERHOFER im August 1944. Siegfried STERN wurde verhaftet und nach Auschwitz deportiert.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.1.1946: Anklageerhebung gegen Ludmila BAUER wegen §§ 4, 7 KVG und gegen Sofie BILEK und Karl NASSBERGER wegen § 4 KVG

6.12.1946: Anklageerhebung gegen Maria OBERHOFER wegen § 7 KVG

12.7.1947: Verurteilung der Ludmila BAUER und der Maria OBERHOFER wegen § 7 KVG zu 6 Monaten Kerker.
Kein Vermögensverfall.

Freispruch der Ludmila BAUER und der Sofie BILEK wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO
(mangels Beweisen)

28.6.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Karl NASSBERGER wegen § 224 StG (Tod des
Beschuldigten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 4507/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 4507/45 gegen Ludmilla BAUER u.a.:

AKTENVERMERK 25.4.2005:

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BAUER Ludmila, geb. 29. November 1912 in Wien
Tochter der Hausbesorgerin Sofie BILEK

BILEK Sofie, geb. 6. November 1875 in Gross Garlowitz
Hausbesorgerin

NASSBERGER Karl, geb. 1. September 1880 in Linz
Maurergehilfe

OBERHOFER Maria, geb. 29. November 1906 in Wien

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. März 1946 (Vertagung, Vernehmung des Zeugen Siegfried STERN)
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. BRICK
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Ferdinand EBNER, Johann JACKL und Johann PETERSINN
Staatsanwalt: Dr. DOUDA
Verteidiger: Dr. Norbert IMMERDAUER (BAUER)
Dr. Julius MOUREK (NASSBERGER)
Dr. Anton MRASEK (BILEK)

Hauptverhandlung vom 9. Mai 1946 (Vertagung, Vernehmung des Zeugen Dr. Michael STERN)
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. KLEISSL
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Hubert VALENTIN, Eduard SCHREDER und Otto ZENKA
Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY
Verteidiger: Dr. Norbert IMMERDAUER (BAUER)

Dr. Julius MOUREK (NASSBERGER)
Dr. Anton MRASEK (BILEK)

Hauptverhandlung vom 12. Juli 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Anna ASENBAUM, Therese SCHWARZ und Franz STRNAD

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. GRÖTSCHEL

Verteidiger: Dr. Norbert IMMERDAUER (BAUER)

Dr. Julius MOUREK (NASSBERGER)

Dr. Anton MRASEK (BILEK)

Dr. H. GÖDL (OBERHOFER)

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Leopoldstadt)
Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1d Vr 4507/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1201
DÖW-Signatur V1108/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 7059/48 (Vg 8c Vr 411/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9990/55 und 15 St 2991/48 (15 St 28499/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Chef der Gestapoleitstelle Wien Franz Josef HUBER

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz Josef HUBER

wegen (§§): § 1/6 KVG (Kriegsverbrecher; SS-Brigadeführer),
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen/Juden, Widerstand/Opposition, ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien, Niederösterreich und
Burgenland)

Tatvorwürfe:

Ermittlungsverfahren gegen SS-Brigadeführer Franz Josef HUBER wegen Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen als Chef der Gestapoleitstelle Wien von 1938 bis 1944 sowie als Inspekteur und späterer Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Wehrkreis XVII von 1942 bis April/Mai 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.3.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
18.11.1948: Fortsetzung des Verfahrens unter LG Wien Vg 4c Vr 7059/48
5.11.1949: Unterbrechung des Auslieferungsverfahrens gemäß § 412 StPO
21.5.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 1/6, 3, 4 KVG gemäß §§ 13, 16 NS-Amnestiegesetz 1957

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 7059/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 4c Vr 7059/48 gegen Franz Josef HUBER:

Franz Josef HUBER wurde im Jänner 1949 aus einem US-Lager in Deutschland entlassen. Es gelang ihm unterzutauchen; sein Aufenthaltsort konnte nicht ermittelt werden. Am 5. April 1956 erteilte er dem Wiener Rechtsanwalt Dr. Michael Stern eine schriftliche Vollmacht.

Der Akt enthält Hinweise zu folgenden Verfahren

LG Wien Vg 4c Vr 2839/46 gegen Dr. Othmar TRENKER (auch TRNKA)
LG Wien Vg 11c Vr 586/47 gegen Johann SANITZER
LG Wien Vg 4c Vr 589/47 gegen Dr. Viktor SIEGL
LG Wien Vg 4b Vr 1223/47 gegen Dr. Karl EBNER
LG Wien Vg 4c Vr 3533/47 gegen Josef GARHOFER

AKTENVERMERK 25.4.2005:

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

HUBER Franz Josef, geb. 22. Jänner 1902 in München

NSDAP-Mitglieds, Nr. 4, 583.151

SS-Mitglieds, Nr. 107.099

Gauakt Nr. 321.580

SS-Brigadeführer

Leiter der Gestapoleitstelle Wien

Generalmajor der Polizei

Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien

später Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Wien

Chef der Kripo in Wien

1934: Gestapo Berlin (Referat Österreich)

4.7.1934: Ernennung zum SS-Untersturmführer

30.1.1935: SS-Obersturmführer

20.4.1936: SS-Hauptsturmführer

30.1.1937: SS-Sturmbannführer

12.3.1938: Ernennung zum SS-Obersturmbannführer

1938-1944: NS-Multifunktionär in Wien (Leiter der Gestapoleitstelle Wien, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Chef der Kripo und Generalmajor der Polizei)

1945: SS-Lazarett Altaussee

1945-1948: Aufenthalt in Glasenbach, Internierungs- und Arbeitslager Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg-Langwasser (Expertenwissen in Spionageabwehr und Desinformation im Tausch gegen schonende Behandlung)

Jänner 1949: Entlassung aus der Haft, Aufenthalt unbekannt

Geograph. Bezug: Österreich (Wien, Niederösterreich und Burgenland)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 4c Vr 7059/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1201+1202+1203

DÖW-Signatur V1109/1-135

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Graz 13 Vr 95/70 (10 Bände) (13 Vr 3329/63)

Staatsanwaltschaft Graz 3 St 13753/69 (3 St 1205/65, 1 St 16702/63)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des LG für Strafsachen Graz

Ermittlungsverfahren gegen Alois KURZ und andere Angehörige der Wachmannschaft wegen NS-Gewaltverbrechen im KZ Lublin-Majdanek von 1941 bis 1944

Strafverfahren gegen:

ABT Nikolaus,
BACHERT Adam,
BLANTZ Martin,
BLESIVS Johann,
BRAUNSTEINER Hermine,
DOBOVISEK Johann,
DÖRNER Josef, geb. 1.6.1908,
DÖRNER Josef, geb. 25.1.1915,
ENDRES Franz,
ENGL Georg,
EPNER Heinrich,
FISCHER Karl Josef, Dr.
FLEISCHER Georg,
FREUND Philipp,
FRITZ oder FRITSCH Franz,
FUSS Johann,
GABRIEL Hermann
GALKA Karl,
GÄRTNER Adam,
GEGENHUBER Johann,
GEMMEL Jakob,
GEORG Andreas,
GUTH Heinrich,
HAWLICEK oder HAVLICEK Franz,
HENGESBERGER Leopold,
KURZ Alois,
PEER Otto,
QUINTUS Peter,
RAAB Karl,
RASTL Simon,
REDUHN Kurt,
REINISCH Edith,
REINISCH Eduard,
SCHÖN Karl,
SCHMOLL Philipp,
SCHMUCK August,
SCHRAGNER Josef,
UNGER Franz,

URSINITSCH Franz
WALLISCH Georg,
WALLISCH Erna, geb. PFANNSTIEL,
WINTERSTEIN Gerhard,
und andere Beschuldigte

wegen (§§): §§ 5, 134 ff (Mitschuld bzw. Teilnahme am Verbrechen des Mordes)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Lublin-Majdanek)

Tatvorwürfe gegen Alois KURZ:

Teilnahme an Selektionen
Beteiligung an Massenerschießungen und Einzelhinrichtungen

Teilnahme an der Tötung von 2.000 jüdischen Frauen und Kindern im Frühjahr 1942

Mitschuld an der Ermordung von 100 bis 150 männlichen jüdischen Gefangenen durch Vergasen, Erschlagen, Erschießen oder Erhängen im Feld 2

Teilnahme an der Ermordung einer unbekannt Anzahl von kranken und abgemagerten jüdischen Häftlingen durch Verhungern lassen

Mitwirkung an der Ermordung zahlreicher jüdischer Häftlinge bei Fluchtversuchen

Teilnahme an der Ermordung von an Fleckfieber erkrankten Häftlingen vom Oktober bis Dezember 1942

Mitwirkung an der Ermordung von Häftlingen aus dem Warschauer Ghetto zwischen Mai und Juli 1943

Teilnahme an der Ermordung älterer und nicht mehr arbeitsfähiger jüdischer Häftlinge

Mitschuld an der Ermordung von 1.500 jüdischen Häftlingen in einem Waldstück bei Krepicz

Mitwirkung an der Ermordung von 18.000 jüdischen Häftlingen durch Erschießen am Tag der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee

Teilnahme an der Ermordung von jüdischen Häftlingen, die verspätet zum Appell angetreten waren

Teilnahme an der Ermordung jüdischer Häftlinge durch Erschlagen mit Eisenstangen und Ketten, durch Ertränken in den Latrinen und auf andere Weise

Tatvorwurf gegen Gerhard WINTERSTEIN und Georg ENGL:

Ermordung einer unbekanntem Anzahl von Häftlingen

Tatvorwurf gegen August SCHMUCK:

Ermordung eines unbekanntem Häftlings durch Schläge mit einem eisenbeschlagenen Schemel auf den Kopf

Tatvorwürfe gegen Karl GALKA:

Ermordung des Häftlings NEUMEISTER durch Erhängen in Zusammenwirken mit dem Feldältesten N. BÜRZER

Ermordung mehrerer jüdischer Häftlinge während des Arbeitseinsatzes durch Schläge mit einem Holzprügel auf den Kopf

Tötung eines unbekanntem jüdischen Häftlings durch Erhängen in Zusammenwirken mit dem Kapo WYDERKA

Tatvorwürfe gegen Dr. Karl Josef FISCHER:

Durchführung von Selektionen und Veranlassung der Ermordung von Häftlingen in seiner Funktion als Lagerarzt

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 15.6.1964: Unterbrechung des Verfahrens gegen Alois KURZ gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)
- 2.2.1965: Einstellung des Verfahrens gegen Hermine BRAUNSTEINER wegen Beteiligung an der Ermordung von Häftlingen gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 20.11.1968: Einstellung des Verfahrens gemäß § 90 StPO gegen jene Beschuldigten (Georg ENGL, Karl GALKA, Georg und Erna WALLISCH, Gerhard WINTERSTEIN, August SCHMUCK) und andere Beschuldigte mit nichtösterreichischer Staatsangehörigkeit gegen die von der Staatsanwaltschaft Köln unter 24 Js 200/62 ein Strafverfahren eingeleitet wurde
- 13.11.1969: Unterbrechung des Verfahrens gegen Peter QUINTUS, Edith REINISCH und Kurt REDUHN gemäß § 412 StPO
- 3.12.1969: Einstellung des Verfahrens gegen Leopold HENGESBERGER, Karl SCHÖN, Adam GÄRTNER und Franz UNGER gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)
- 22.12.1969: Einstellung des Verfahrens gegen Hermann GABRIEL gemäß § 224 StG
- 27.4.1970: Einstellung des Verfahrens gegen Franz ENDRES und Simon RASTL gemäß § 90 StPO
- 12.1.1973: Einstellung des Verfahrens gegen Nikolaus ABT, Adam BACHERT, Josef BARLIAN, Adam BAUER, Johann BLESIUS, Georg BEDNER, Michael BOLTRES, Michael BLANTZ, Johann

DOBOVISEK, Heinrich EPNER, Georg FLEISCHER, Philipp FREUND, Johann GEGENHUBER, Peter GELZ, Jakob GEMMEL, Heinrich GUTH, Anton KREUTZER, Andreas GEORG, Franz HAWLICEK, Ludwig HEBEL, Philipp KENDEL, Felix LINDNER, Georg LOHNER, Andreas PLELLI, David RACK, Josef SCHRAGNER, Matthias STEGMÜLLER, Andreas THEIL, Franz URSINITSCH, Erna WALLISCH, Michael WEINGÄRTNER, Josef WENDLING, Josef WURST, Johann ZELLER, Franz DÖRNER, geb. 1.6.1908, Franz DÖRNER, geb. 25.1.1915, Johann FUSS, Friedrich FINK und Johann GAUK gemäß § 90 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Alois KURZ, Dr. Carl Josef FISCHER, Georg WALLISCH, Otto PEER, Karl RAAB, Eduard REINISCH, Erna WALLISCH und Peter QUINTUS gemäß § 90 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Jakob OPSCHITZ, Kurt REDUHN, Edith REINISCH, Gerhard WINTERSTEIN, Georg ENGL, Karl GALKA und August SCHMUCK gemäß § 90 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Paul VOITH gemäß § 224 StG

Unterbrechung des Verfahrens gegen Johann (Hans, Franz) FRITZ (auch FRITSCH) gemäß § 412 StPO

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Graz 13 Vr 95/70:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Graz 13 Vr 95/70 gegen Alois KURZ u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 2696/62 gegen Helmut POHL u.a.

LG Wien 27c Vr 825/62 gegen Helmut POHL u.a.

Staatsanwaltschaft Köln 24 Js 200/62 gegen Dr. Heinrich RINDFLEISCH und Andere wegen NS-Gewaltverbrechen im Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek

LG Wien Vg 1g Vr 5670/48 gegen Hermine BRAUNSTEINER

(Einbezogenes Verfahren LG Wien Vg 7c Vr 4557/48)

- Urteilsabschrift vom 22.11.1949 (3 Jahre schwerer Kerker wegen Verbrechen im KZ Ravensbrück)

- Beschuldigtenvernehmung

Fotos und Kopien von Dokumenten aus dem Dokumentationsarchiv des Museums in Majdanek

Handakt über das KZ Majdanek

Übersetzung aus "Die Kriegsverbrechen im Lichte des Polnischen Rechtes"

Unterlagen der polnischen Hauptkommission

Ermittlungsunterlagen der Israel. Polizei

Übersetzung aus dem Buch "Tagebücher von Lehern" - Aus nazistischen Lagern und

Gefängnissen, Josef KORCZ in Majdanek

Unterlagen der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg

Unterlagen des Berlin Document Center

sowie Hinweise zu folgende Verfahren:

LG Linz Vg 10 Vr 4979/47 gegen Georg ENGL
LG Linz Vg 8 Vr 4230/48 gegen Dr. Karl Josef FISCHER
LG Wien 27c Vr 5512/63 gegen Georg ENGL

Einbezogene Verfahren:

LG Graz 18 Vr 3335/64 gegen August SCHMUCK
LG Graz 12 Vr 3336/64 gegen Gerhard WINTERSTEIN und Georg ENGL
LG Graz 15 Vr 3337/64 gegen Dr. Karl Josef FISCHER
LG Graz 17 Vr 1518/65 gegen Karl GALKA

AKTENVERMERK 11.7.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Graz 13 Vr 95/70 (13 Vr 3329/63) gegen Alois KURZ u.a. fehlen:

Band IV:

ONr. 138 Blätter 227, 243, 252 und 273
ONr. 143 Blatt 373

Band V:

ONr. 158 Blatt 79
ONr. 164 Blatt 197

Band VIII:

ONr. 307 Blätter 109/113

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

ABT Nikolaus, geb. 3. September 1916 in Llaca (Jugoslawien)
SS-Angehöriger
Jänner 1943-1944: Angehöriger der Wachmannschaft im KZ Majdanek

BACHERT Adam, geb. 20. Juni 1908 in Inweg (Jugoslawien)
Angehöriger einer SS-Totenkopf-Division
15. Oktober 1942: Angehöriger der Waffen-SS
Nov. 1942-1944: Lublin
BLANTZ Martin, geb. 15. Juli 1915 in Slankamen (Jugoslawien)
Waffen-SS, "Viking-Division"

BLESIOUS Johann, geb. 23. Mai 1910 in Racinov (Jugoslawien)

BRAUNSTEINER Hermine, verheiratete RYAN, geb. 16. Juli 1919 in Wien
Aufseherin in Ravensbrück und Majdanek
15.1.1963: US-Staatsbürgerin

DOBOVISEK Johann, geb. 14. September 1910 in Graz
Krimineller
Häftling

DÖRNER Franz, geb. 1. Juni 1908 in Batschki Prestovaz, Jugoslawien

DÖRNER Franz, geb. 25. Jänner 1915 in Krnjaja (Jugoslawien)

ENDRES Franz, geb. 29. September 1920 in Arat, St. Martin (Rumänien)
1942: Angehöriger der SS-Totenkopfdivision Ostmark

ENGL Georg, geb. 26. Februar 1913 in Lauffen, Bezirk Gmunden
Kriminalassistent in Lublin

EPNER Heinrich, geb. 26. November 1923 in Ceric (Jugoslawien)
SS-Angehöriger
Jänner 1943-April 1944: Angehöriger der Wachmannschaft

FISCHER Karl Josef, Dr. jur., geb. 14. März 1904 in Graz
1.1.1940: NSDAP, Nr. 9006513
20.4.1940: Waffen-SS, Nr. 324.601, Beförderung zum Obersturmführer
April 1940-Ende November 1940: KZ Auschwitz

FLEISCHER Georg, geb. 15. März 1914 in Kleinschelken (Rumänien)

FREUND Philipp, geb. 19. Jänner 1910 in Kricedin (Jugoslawien)
SS-Angehöriger
15.10.1942: Angehöriger einer SS-Totenkopf-Division
bis Ende 1943: Lublin

FUSS Johann, geb. 1913 in Katzendorf (Rumänien)

GALKA Karl, geb. 21. Jänner 1923 in Wien
Häftlingskapo

GÄRTNER Adam, geb. 13. Juni 1922 in Liebling (Rumänien)
Angehöriger der Wachmannschaft

GEGENHUBER Johann, geb. 20. März 1909 in Pressburg
SS-Unterscharführer
1941: Waffen-SS
1942: Ausbildner im KZ Majdanek

GEMMEL Jakob, geb. 27. Mai 1913 in Gilat (Rumänien)
SS-Angehöriger

GEORG Andreas, geb. 1910 in Dobanovci (Jugoslawien)
Waffen-SS
August 1942: Angehöriger der SS

November 1942-Mai 1943: Angehöriger der Wachmannschaft im KZ Majdanek

GUTH Heinrich, geb. 15. Juli 1898 in Wien

KURZ Alois, geb. 14. Juli 1917 in Saalfelden

1938: Waffen-SS

9. November 1940: SS-Untersturmführer

18. August 1941: Chef der 2. Baukompanie des SS-Bataillons "SS-Truppenübungsplatz Debica"

25. Oktober 1941: Zugführer in der 1. Kompanie des genannten SS-Bataillons

1942: Majdanek, Leiter einer SS-Wachkompanie

12. Juni 1944-1. November 1944: Mitarbeiter des Arbeitseinsatzführers in Auschwitz

Ende 1944: Versetzung nach Nordhausen, Außenlager des KZ Buchenwald, Leiter des Arbeitseinsatzes

Anfang 1945: Versetzung nach Mauthausen

PEER Otto, geb. 14. Juli 1915 in Linz

Häftling

PFANNSTIEL Erna, verheiratete WALLISCH, geb. 10. Februar 1922 in Benshausen, Kreis Schmalkaden (Deutschland)

SS-Aufseherin

Mai 1941: Aufseherin im KZ Ravensbrück

Oktober 1942: Versetzung nach Majdanek

RAAB Karl, geb. 25. Jänner 1920 in Wien

Bäcker

21. September 1939: Waffen-SS

Juli 1942: Auszubildender im KZ Majdanek

REDUHN Kurt, geb. 10. Juli 1910 in Renz bei Tulln (Niederösterreich)

REINISCH Eduard, geb. 15. Jänner 1922 in Wien

SS-Rottenführer

15.5.1938: SS-Totenkopfstandarte "Brandenburg"

Teilnahme an der Besetzung Polens, Hollands, Belgiens und Frankreichs

1940: KZ Buchenwald und Flossenbürg

21.6.1942: KZ Majdanek, 6 Monate Blockführer, Angehöriger einer Ausbildungskompanie

SCHMOLL Philipp, geb. 19. April 1921 in Betschmen (Jugoslawien)

SS-Angehöriger

Frühjahr 1943: Angehöriger des Bewachungspersonals im KZ Majdanek

SCHRAGNER Josef, geb. 10. Juni 1911 in Groß Weikersdorf, Bez. Tulln (Niederösterreich)

1932 oder 1933: NSDAP, Mitglied der allgemeinen SS

1939: Versetzung als Angehöriger des 8. Totenkopfbataillons nach Krakau

1941/1942: Versetzung nach Warschau

1944: SS-Unterscharführer

URSINITSCH Franz, geb. 26. März 1909 in Straßgang

Häftling

WALLISCH Georg, geb. 20. Mai 1922 in Wien

16.5.1938: Waffen-SS

1940: Ernennung zum SS-Rottenführer

1941-1943: Angehöriger der SS-Wachmannschaft des KZ Majdanek

Ausbildner der 3. Kompanie

WINTERSTEIN Gerhard, geb. 12. Mai 1910 in Breslau

1938: Wehrmacht

1941-1944: Lublin

Träger des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse

Geograph. Bezug: Polen (Lublin-Majdanek)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Graz 13 Vr 95/70

(LG Graz 13 Vr 3329/63)

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1110/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6b Vr 3116/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27747/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Mitarbeiter der Kontrollbank Dr. Walter KASTNER (Prokurist) und Dr. Hermann LEITICH (Direktor) wegen missbräuchlicher Bereicherung im Rahmen der Arisierung des Hotels de France

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Walter KASTNER und
Dr. Hermann LEITICH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Innere Stadt)

Tatvorwürfe:

Registrierungsbetrug

Arisierung des Hotels de France (Gesellschafter des Unternehmens Gisela, Ella und Ernst HERZOG, Salo und Paula DUKRES sowie Rudolf und Grete NEUSPIEL) in Wien-Innere Stadt, Schottenring 3 durch Dr. KASTNER und Dr. LEITICH am 10. März 1939. Der "Kaufpreis" betrug 34.000 RM. Das Hotel wurde dann am 19. Mai 1939 von der Kontrollbank um 80.000 RM an Otto BETZ verkauft.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 1.3.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Hermann LEITICH wegen § 11 VG, § 6 KVG und gegen Dr. Walter KASTNER wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 28.4.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Hermann LEITICH wegen §§ 8, 10/2 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 11.9.1947: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 6364/47 gegen Dr. Hermann LEITICH an das LG Wien
-

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6b Vr Vr 3116/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 6b Vr 3116/46 gegen Dr. Walter KASTNER und Dr. Hermann LEITICH

Der gegenständliche Akt enthält:

a.) Einbezogenes Verfahren

LG Linz Vg 8 Vr 6364/47 gegen Dr. Hermann LEITICH

b.) Hinweise zu folgenden Verfahren:

Arisierungsakt 7932/Stat. und 7933/Stat. betreff. Hotel de France

AKTENVERMERK 18.7.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 6b Vr 3116/46 gegen Dr. Walter KASTNER und Dr. Hermann LEITICH fehlt:

ONr. 26 Blatt 103

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KASTNER Walter, Dr., geb. 11. Mai 1902 in Gmunden
27.4.1935-31.5.1938: Ministerialsekretär im Finanzministerium
1.6.1938-30.9.1938: Berufung in die Reichsstatthalterei als Fachmann für wirtschaftliche Fragen
Prüfungskommissär für Handels- und Wechselrecht an der Uni Wien
Oktober 1938: Entsendung als Prokurist in die Kontrollbank im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit
1939: NSKK- und NSV-Mitglied
Herbst 1940: NSDAP-Mitglied, Ortsgruppe Buchenfeld
20.10.1943: NSDAP-Mitglied, Nr. 9,021.901
Juni 1942-1945: Vorstandsdirektor der Semperit AG

Gauakt Nr. 12146

LEITICH Hermann, Dr., geb. 26. Juli 1894 in Wien
26.4.1938-Mai 1939: Direktor der Österr. Kontrollbank für Industrie und Handel
15.6.1939: Leiter und Direktor der Wienerberger Ziegelfabrik
1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 104.809

Altparteigenosse

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Innere Stadt)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 6b Vr 3116/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1111/1-11

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 4148/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 21403/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Mitarbeiter der Kontrollbank Dr. Walter KASTNER (Prokurist) und Dr. Hermann LEITICH (Direktor) wegen missbräuchlicher Bereicherung im Rahmen der Arisierung der Firma A. Glücksmann und Söhne Wellpappe- und Kartonagenfabrik, Druckerei und lithographische Anstalt

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Walter KASTNER und
Dr. Hermann LEITICH

wegen (§§): § 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Hernals)

Tatvorwürfe:

Arisierung der Firma A. GLÜCKSMANN und Söhne (Besitzer Robert und Otto GLÜCKSMANN) Wellpappe- und Kartonagenfabrik, Druckerei und lithographische Anstalt in Wien XVII, Beheimgasse 77 am 31. Dezember 1938. Der "Kaufpreis" betrug 115.525 RM. Das Unternehmen wurde dann am 24. Jänner 1939 von der Kontrollbank um 183.000 RM an Dr. Bruno RÜCKERT verkauft.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

20.9.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Walter KASTNER und Dr. Hermann LEITICH wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2c Vr Vr 4148/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 2c Vr 4148/47 gegen Dr. Walter KASTNER und Dr. Hermann LEITICH

Der gegenständliche Akt enthält:

Abschriften aus folgendem Verfahren:

LG Wien Vg 3d Vr 5190/46 gegen Dr. Bruno RÜCKERT
- Zeugenvernehmungen
- Gedankenprotokoll über den "Verkauf" an Dr. Bruno RÜCKERT
- Anklageschrift gegen Dr. Bruno RÜCKERT vom 27.5.1947

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KASTNER Walter, Dr., geb. 11. Mai 1902 in Gmunden
27.4.1935-31.5.1938: Ministerialsekretär im Finanzministerium
1.6.1938-30.9.1938: Berufung in die Reichsstatthaltereirei als Fachmann für wirtschaftliche Fragen
Prüfungskommissär für Handels- und Wechselrecht an der Uni Wien
Oktober 1938: Entsendung als Prokurist in die Kontrollbank im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit
1939: NSKK- und NSV-Mitglied
Herbst 1940: NSDAP-Mitglied, Ortsgruppe Buchenfeld
20.10.1943: NSDAP-Mitglied, Nr. 9,021.901
Juni 1942-1945: Vorstandsdirektor der Semperit AG

Gauakt Nr. 12146

LEITICH Hermann, Dr., geb. 26. Juli 1894 in Wien
März 1938: Prokurist der Creditanstalt-Bankverein
26.4.1938-Mai 1939: Direktor der Österr. Kontrollbank für Industrie und Handel
15.6.1939-April 1945: Leiter und Direktor der Wienerberger Ziegelfabrik
1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 104.809
Altparteigenosse

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Innere Stadt)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 6b Vr 3116/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1112/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4c Vr 5659/48

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8625/55 (15 St 43032/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Gestapobeamten Johann GROSSBERGER wegen Quälereien und Misshandlungen

Volkserichtsverfahren gegen:

Johann Josef GROSSBERGER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Leiter der Ausforschungsgruppe der Gestapo, Ref. 60/1a, Kommunismus und Marxismus

Misshandlung unbekannter Häftlinge im Zuge von Einvernahmen

Misshandlung des Rudolf GALUSCHKA wegen angeblicher kommunistischer Betätigung am 3. und 4. November 1944

Misshandlung der Olga KAUFMANN durch Schläge mit einer Holzlatte Anfang März 1945

Beteiligung an der Verhaftung von 50 Angehörigen der Wiener Berufsfeuerwehr wegen kommunistischer Betätigung von Jänner bis November 1943. Unter den Verhafteten waren Johann BERTHOLD, Karl SCHACHINGER, Anton SCHABMANN und Rudolf HAIDER.

Beteiligung an der Verhaftung von 10-12 Personen im Finanzamt Wieden wegen Durchführung einer Sammlung für inhaftierte politische Häftlinge im Jahr 1944. Verhaftet wurden Robert DEMUTH, Theresia KONRAD, Karoline CHMELIK und andere unbekannte Personen.

Weiters soll GROSSBERGER für den Tod zahlreicher Eisenbahner und Feuerwehrmänner verantwortlich sein, die wegen kommunistischer Betätigung verhaftet und in ein KZ eingeliefert wurden

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.10.1948: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtlinge)

27.4.1957: Einstellung des Verfahrens gemäß NS-Amnestie 1957

23.2.1962: Todeserklärung durch das Kreisgericht Korneuburg (Niederösterreich)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4c Vr 5659/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 4c Vr 5659/48 gegen Johann GROSSBERGER:

Der gegenständliche Akt enthält:

Hinweise zu folgendem Verfahren:

LG Wien Vg 1f Vr 2884/45 gegen Maria TERTSCH

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

GROSSBERGER Johann, geb. 21. Mai 1910 in Retz (Niederösterreich)

Heimwehrangehöriger

1938: Kripo

1941: Abkommandierung zur Gestapo
Gestapopreferent für Kommunismus und Marxismus

Leiter der Ausforschungsgruppe der Gestapo, Ref. 60/Ia, "rechte Hand des Gruppenführers Wedl"

zuständiger Referent im Prozess gegen Angehörige der Wiener Berufsfeuerwehr

Träger des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern

3.5.1945: Übergabe an die sowjetische Besatzungsmacht, Grossberger gilt seither als verschollen

23.2.1962: Todeserklärung durch das Kreisgericht Korneuburg (Grossberger hat aus Sicht des Gerichts den 31.12.1950 nicht überlebt)

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 4c Vr 5659/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1113/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6c Vr 5298/46
(*Staatsanwaltschaft Wien 15 St 31323/46*)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Ferdinand DAURACH wegen Illegalität und Handlungen aus verwerflicher Gesinnung

Volkserichtsverfahren gegen:

Ferdinand DAURACH

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)
Tschechoslowakei (Böhmen und Mähren)

Tatvorwürfe:

Illegalität, SS-Angehöriger
Teilnahme an Appellen und Zusammenkünften

Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien und Prag, Verwaltungsführer und
Mitarbeiter des Alois BRUNNER ("BRUNNER I")

Verdacht der Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der
Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Jüdinnen und Juden in Wien und Prag

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.11.1946: Anklageerhebung wegen § 11 VG

2.12.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

27.2.1947: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6c Vr 5298/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

DAURACH Ferdinand, geb. 3. September 1912 in Wien

1925-1929: Mitglied des katholischen Reichsbundes

Mai 1936: NSDAP-Mitglied, Nr. 8, 465.352, SS-Angehöriger, Nr. 392.200, Mitglied SS-Standarte 89

24.4.1938: Beförderung zum SS-Scharführer

1938-1940: kaufmännischer Angestellter der AEG- Union in Wien-Stadlau

17.12.1940: Überstellung zum SD-Hauptamt

21.10.1939-1943: Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

1943: Versetzung nach Prag

Februar 1944-Kriegsende: Angehöriger der Waffen-SS

Juni 1944-Oktober 1944: SS-Verwaltungsdienst im KZ Dachau

Oktober 1944: Versetzung nach Italien, später nach Ungarn

Träger des SS-Ehrenwinkels

Scharführer

Oberscharführer

Untersturmführer

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. Februar 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. Friedrich ZEILINGER

Richter: OLGR. Dr. Clemens PAUSINGER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Elly HOTAR, Anton SIMON und Georg TRAXLER

Staatsanwalt: Dr. HELMREICH

Verteidiger: Dr. LEMBERGER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)
Tschechoslowakei (Böhmen und Mähren)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 6c Vr 5298/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1114/1-14

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1g Vr 4969/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 27669/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Richard HARTENBERGER wegen Verbrechen begangen als Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung sowie als stellvertretender Lagerleiter des KZ Außenlager Wulkow-Zossen bei Berlin

Volksgerichtsverfahren gegen:

Richard HARTENBERGER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde) und
§ 5a KVG (Vertreibung aus der Heimat)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien) und
Deutschland (Wulkow-Zossen)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Jüdinnen und Juden durch Beschimpfungen. Der Beschuldigte war ab 1938 Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien. Jüdinnen und Juden wurden von ihm mit Ausdrücken wie z.B. "Saujuden" beschimpft. Einem unbekanntem Oberbahnrat schlug er die Kopfbedeckung herunter.

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Häftlingen des Lagers Wulkow-Zossen als stellvertretender Lagerleiter im Jahr 1944. So mußten die Häftlinge auf Anordnung des Beschuldigten nach einem 12stündigen Arbeitstag bei Regen schwere Erdarbeiten verrichten.

Im Mai 1944 misshandelt HARTENBERGER den Häftling Kurt KNÖPFMACHER durch Ohrfeigen, weil er sich über das Essen beschwert hatte.

Beteiligung an der Deportation von 5.000 Jüdinnen und Juden von Wien in das Litzmannstädter Ghetto im Oktober 1941

Verdacht der missbräuchlichen Bereicherung an jüdischen Vermögenswerten

Arisierung der Wohnung des jüdischen Mieters Dr. SICS in Wien-Mariahilf, Kasernengasse 4/7 im Jahr 1941

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.10.1949: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG

8.11.1949: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG und § 5a KVG gemäß § 109 StPO
(Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Ausdehnung der Voruntersuchung auf § 8 VG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten

2.3.1950: Verurteilung wegen §§ 3, 4 KVG zu 9 Monaten schweren Kerkers. Kein
Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1g Vr 4969/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Liste der Wiener Lagerhäftlinge des Lagers Wulkow-Zossen:

BECK Hans
BLEY Luise
BREUER Ludwig
CERNOCH Franz
EHRlich Henry
GOLDBAUM Jakob
GRAF Wilhelm
JUNGMANN Albert
KATZ Otto
KORMIS Walter
KNÖPFMACHER Kurt
KNÖPFMACHER Theodora
LONEK Jakob
LÖWY Friedrich
NEUFELD Alfred
NEUHAUS Herbert
SCHWARZ Erwin
SPITZER Leo
STIMMER Ernst, Ing.
WEIGL Kurt
WEIß Anton

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

HARTENBERGER Richard, geb. 27.4.1911 in Wien

Angehöriger der allgemeinen SS
SD
SS-Unterscharführer

Juli 1938: Bewerbung um Aufnahme in die allgemeine SS, Übernahme in die Sicherheitspolizei

1.12.1938-1941: NSDAP-Anwärter

1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 678.447

Dez. 1938-1943: Mitarbeiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien

1941: kurzfristige Abkommandierung zum Referat IV B 4 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin, Mitwirkung an der Deportation von 5.000 Wiener Jüdinnen und Juden nach Lodz

9.11.1943: Versetzung zum RSHA nach Berlin, Beförderung zum SS-Untersturmführer

1944: KZ-Außenlager Wulkow-Zossen, Aufstellung einer Lagerpolizei, stellvertretender Lagerleiter

Gauakt Nr. 86.359

SS-Nr. 396.217

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 2. März 1950

Vorsitzender: Dr. LEITHE

Richter: OLGR. Dr. Clemens PAUSINGER

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Franz HENNINGER, Franz HENZERLKNECHT und Anton SCHÜCKER

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Andreas POSCH

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)
Deutschland (Wulkow-Zossen)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1g Vr 4969/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1115/1-14

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 9072/46 (Vg 4d Vr 7168/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 43126/46

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Alfred WEISZ wegen Verbrechen begangen als Kapo an Häftlingen im KZ Außenlager Wulkow-Zossen bei Berlin vom 2. März 1944 bis 3. März 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Alfred WEISZ

wegen (§§): § 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Deutschland (Wulkow-Zossen)

Tatvorwürfe:

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen als Kapo an Häftlingen des KZ Außenlagers Wulkow-Zossen vom 2. März 1944 bis 3. März 1945:

Misshandlung des N. VITKOFKY oder WITKOWKI durch Schläge mit einem Stock auf den Kopf

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Häftlinge Jakob GOLDBAUM und N. HERZ durch Ohrfeigen und Beschimpfungen

Mitwirkung an der Überstellung jüdischer Häftlinge in ein Vernichtungslager

Misshandlung tschechischer Juden

Weiters wurde WEISZ vorgeworfen, Mithäftlinge wegen geringster Vergehen beim Lagerführer angezeigt zu haben, worauf die Betroffenen misshandelt wurden

Denunziation des Fritz GRAF. Der Häftling wurde vom Beschuldigten zur Anzeige gebracht und nach Theresienstadt deportiert.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

29.11.1946: Einbeziehung des Verfahrens gegen Alfred WEISZ in das Verfahren LG Wien Vg 2a Vr 6995/46 gegen Franz STUSCHKA

15.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Alfred WEISZ aus dem Verfahren gegen Franz STUSCHKA und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 2a Vr 9072/46

27.1.1947: Einstellung des Verfahrens wegen Mitwirkung an der Überstellung jüdischer Häftlinge in ein Vernichtungslager, Misshandlung tschechischer Juden sowie wegen Veranlassung der Überstellung des Juden N. GRAF in ein Vernichtungslager gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

21.12.1947: Anklageerhebung wegen §§ 3, 4 KVG

8.9.1948: Freispruch wegen § 259/2 StPO (Rücktritt des Staatsanwalts von der Anklage)

nach Eröffnung der Hauptverhandlung)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 9072/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 9072/46 gegen Alfred WEISZ:

Der gegenständliche Akt enthält Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 2a Vr 995/46 gegen Karl FALTINGER
LG Wien Vg 2a Vr 6995/46 gegen Franz STUSCHKA
AKTENVERMERK 3.8.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 2a Vr 9072/46 gegen Alfred WEISZ fehlt:

ONr. 30Blatt 129

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WEISZ Alfred, geb. 18.10.1920 in Wien

2.3.1944-3.3.1945: Kapo in Wulkow-Zossen

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 8. September 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. KORST

Richter: LGR. Dr. JOKESCH

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karl MASTNY, Franz MATOUSKA und Karoline MASEK

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. POPPER

Geograph. Bezug: Deutschland (Wulkow-Zossen)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 2a Vr 9072/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1116/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 727/55 (Vg 2d Vr 369/45)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6299/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Franz HOLZINGER wegen Mitschuld an der Vertreibung seiner jüdischen Frau Elisabeth und wegen versuchter Denunziation des Friedrich GRÜSSEL

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz HOLZINGER
Hildegard HOLZINGER
Charlotte PEIKER
Roman PEIKER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 5 StG, § 5a KVG (Mitschuld an der Vertreibung aus der Heimat)
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)
§ 7 KVG (Denunziation),
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation),
§ 99a StG (gefährliche Drohung) und
§§ 8, 134 StG (Verbrechen des versuchten Mordes)

Opfer: Jüdin und Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Verdacht des versuchten Mordes an Elisabeth HOLZINGER durch ihren Gatten Franz HOLZINGER in Wien-Hernals, Hernalser Hauptstraße 206

Der Beschuldigte soll weiters in Zusammenwirken mit seiner Tochter Charlotte und ihrem Ehemann Roman PEIKER, die Deportation seiner jüdischen Frau Elisabeth HOLZINGER im November 1942 in das KZ Theresienstadt veranlasst haben. (Mitschuld an der Vertreibung aus der Heimat). Elisabeth HOLZINGER überlebte und kehrte nach Kriegsende wieder zurück.

Franz HOLZINGER wurde weiters vorgeworfen, die Deportation von Rosa DONNER und Fanny WITTEK nach Polen erwirkt zu haben

Arisierung von Möbel, Kleidungsstücken, Einrichtungsgegenständen der Elisabeth HOLZINGER durch Charlotte PEIKER und Hildegard HOLZINGER

Arisierung des Geschäftsanteils des Walter DONNER-KÖNIG, Firma L. DONNER & Co, Wien-Währing, Wallrißstraße 2 oder Salierigasse 20, am 31. Oktober 1939

Versuchte Denunziation des Friedrich GRÜSSEL wegen Sabotage durch Franz HOLZINGER zwischen Februar 1943 und Ostern 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.7.1945: Unterbrechung des Verfahrens gegen Roman PEIKER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

14.12.1945: Einstellung des Verfahrens gegen Charlotte PEIKER wegen § 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

12.5.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HOLZINGER wegen §§ 8, 134 StG gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Charlotte PEIKER wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO

23.9.1946: Anklageerhebung gegen Franz HOLZINGER wegen §§ 5 StG, 5a KVG und §§ 8 StG, 7 KVG

8.10.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HOLZINGER wegen § 11 VG und § 6 KVG gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Hildegard HOLZINGER wegen §§ 3, 6 KVG gemäß § 109 StPO

Ausscheidung des Verfahrens gegen Hildegard HOLZINGER wegen Aneignung von Gegenständen aus dem Besitz der Elisabeth HOLZINGER und Abtretung an das ordentliche Gericht zu LG Wien 22 Vr 10684/46

14.5.1947: Verurteilung des Franz HOLZINGER wegen §§ 5 StG, 5a KVG zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch des Franz HOLZINGER wegen versuchter Denunziation des Friedrich GRÜSSEL gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Verweisung der Elisabeth HOLZINGER gemäß § 366 StPO auf den Zivilrechtsweg

Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz HOLZINGER und Charlotte PEIKER wegen § 99a StG und Abtretung an das ordentliche Gericht

2.3.1948: Bedingte Entlassung

16.9.1955: Fortsetzung des Verfahrens gegen Roman PEIKER wegen §§ 10, 11 VG unter LG Wien Vg 8e Vr 727/55

14.11.1955: Einstellung des Verfahrens gegen Roman PEIKER wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 224 StG
(Tod des Beschuldigten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 727/55:

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 727/55 gegen Franz HOLZINGER u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält Hinweise zu folgenden Verfahren:

LG Wien Vg 2d Vr 4574/45 gegen Anton BRUNNER II

LG Wien Vg 6b Vr 173/47 gegen Josef KOFLER

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HOLZINGER Franz, geb. 15.12.1893 in Wien

1918: Eintritt in die Firma DONNER

HOLZINGER Hildegard, geb. 17.4.1902 in Wien (WEINSTABEL)

Geliebte und spätere Frau des Franz HOLZINGER

PEIKER Charlotte, geb. 25.6.1920 in Wien

Stieftochter der Elisabeth HOLZINGER

PEIKER Roman, geb. 6.9.1911

Studienrat

am 28.10.1950 für Tod erklärt

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 14. Mai 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. Karl KORST

Richter: OLGR. Dr. SCHIRMER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Otto MARKAHART, Josefine ZEHETBAUER und Karl KRAIJC

Staatsanwalt: Dr. PASTROVICH

Privatbeteiligte: Elisabeth HOLZINGER

Verteidiger: Dr. Ignaz BUDSCHEDL

Abstimmungsverhältnis 4:1 für Schuldspruch betreff. Vertreibung aus der Heimat (für Freispruch plädierte Dr. SCHIRMER)

Geograph. Bezug: Wien-Hernals

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 8e Vr 727/55

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1117/1-18

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 6c Vr 8514/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1617/49)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Josefine BLOCK - Gattin des Gestapochefs von Drohobycz - wegen Verbrechen der Quälerei und Misshandlung mit Todesfolge begangen an einem siebenjährigen jüdischen Mädchens in Drohobycz

Volksgerichtsverfahren gegen:

Josefine BLOCK

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen)
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)
und
§ 134 StG (Mord)

Opfer: Jüdinnen/Juden, Roma und Sinti, Häftlinge

Tatland (Tatort): Polen (Drohobycz)

Tatvorwürfe:

Misshandlung von Jüdinnen und Juden im Zwangsarbeitslager und im Ghetto von Drohobycz

Misshandlung mit Todesfolge eines 7jährigen jüdischen Mädchens

Mitschuld an der Ermordung von 3 polnischen Mädchen durch SS-Angehörige. Josefine BLOCK wurde vorgeworfen, die Mädchen wegen Arbeitsunwilligkeit beim Gestapobeamten Günther angezeigt zu haben.

Beteiligung an der Ermordung von 20 oder 200 "Zigeunern" durch Angehörige der ukrainischen Miliz

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.3.1949: Anklageerhebung wegen § 3/1 u.2 KVG (Misshandlung mit Todesfolge eines unbekanntem siebenjährigen Mädchens)

16.3.1949: Einstellung des Verfahrens gegen Josefine BLOCK wegen §§ 8, 10, 11 VG und wegen §§ 1, 3, 4 KVG (Erschießungen im Ghetto im September 1942, Erschießung von "Zigeunern", Meldung von Verstößen von Lagerinsassen an den Gestapobeamten Günther, Aufstellung der zur Liquidierung bestimmten Personen) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

15.9.1949: Freispruch wegen § 3/1 u. 2 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6c Vr 8514/46:

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 6c Vr 8514/46 gegen Josefine BLOCK :

Der gegenständliche Akt enthält

Liste mit Namen von ehemaligen Polizei- und Gestapobeamtinnen aus Drohobycz

Abschriften aus dem Verfahren:

LG Wien Vg 3b Vr 734/47 gegen Felix LANDAU
Beschuldigtenvernehmung
Zeugenvernehmungen

LG Wien Vg 3b Vr 7658/47 gegen Gertrude LANDAU
Vernehmungsniederschriften
Beschuldigtenvernehmung
Zeugenvernehmungen

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

BLOCK Josefine, geb. 11.3.1910 in Wien
Gattin des Gestapochefs von Drohobycz, SS-Sturmbannführer Hans BLOCK
1930-1932: Angestellte der Wiener Polizei
1938-1939: Gestapoleitstelle Wien, Registraturbeamtin
Referat II f (Personalkartei)
Referat II b (Judenreferat)

Gauakt Nr. 12.246

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 13. April 1949
Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER
Richter: OLGR. Dr. BRIK
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Margit PAGACS, Karoline ZECHMEISTER und Georg SLUNSKY
Staatsanwalt: Dr. ALTMANN
Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Hauptverhandlung vom 15. September 1949
Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. PATTIS
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Raimund JELINEK, Josef KASPAR und Johann MODER
Staatsanwalt: Dr. TINKL
Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Geograph. Bezug: Polen (Drohobycz)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 6c Vr 8514/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1203

DÖW-Signatur V1118/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 5418/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23740/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Rechtsanwalt Dr. Erich FÜHRER wegen Illegalität

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Erich FÜHRER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)
und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 98 StG (öffentliche Gewalttätigkeit) und
§ 334 StG (Anmaßung der Ausübung eines öffentlichen Amtes)

Opfer: Jüdinnen/Juden und Häftlinge

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität (SS-Hauptsturmführer, Leiter des Kreisamtes, Strafverteidiger von Nationalsozialisten)

Arisierung einer Wohnungs- und Kanzleieinrichtung

Arisierung der Ankerbrotfabrik in Wien-Favoriten im Jahr 1939

Arisierung des Sanatoriums LÖW in Zusammenwirken mit Dr. Friedrich NEUWIRTH im Frühjahr 1938

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen in Zusammenwirken mit Walter HIEDLER an Dr. Richard BÖHM im Rahmen einer Einvernahme im Wiener Polizeigefangenenhaus im März 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

22.7.1946: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

25.11.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Arisierung des Sanatoriums LÖW) zu LG Wien Vg 4d Vr 7754/47 (gegen Dr. Friedrich NEUWIRTH und Dr. Erich FÜHRER)

- 22.7.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG
- 8.8.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreff. Arisierung der Ankerbrotfabrik gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 9.9.1947: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 9.5.1948: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 5418/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11 Vr 5418/46 gegen Dr. Erich FÜHRER :

Der gegenständliche Akt enthält Hinweise:

LG Wien Vg 3 Vr 5360/45 (Alfred BODENSTEIN)

LG Wien Vg 7c Vr 877/46 (Rudolf CHRIST u.a.)

LG Wien Vg 3d Vr 7378/46 (Rudolf CHRIST u.a.)

LG Wien Vg 4d Vr 7754/47 (Dr. Erich FÜHRER und Dr. Friedrich NEUWIRTH)

AKTENVERMERK 13.8.2005

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11 Vr 5418/46 gegen Dr. Erich FÜHRER fehlt:

ONr. 61 Blatt 285/287 (Anklageschrift)

ONr. 77 Beratungsprotokoll

ONr. 89 Blatt 423

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

FÜHRER Erich, Dr., geb. 5. April 1900 in Wien

15.6.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1,205.383

1934: SS-Angehöriger, Nr. 309.363, SS-Hauptsturmführer der Standarte 89

6 Monate Haft in Wöllersdorf

Mitglied der illegalen Landesleitung der NSDAP

Leiter des Rechtswahrerbundes

Verteidiger von Otto Planetta und anderen Nationalsozialisten

20.4.1935: Ernennung zum SS-Obersturmführer der Allgemeinen SS

1938: Mitglied der NSV und des WSRWB

Präsident der Wiener Rechtsanwaltskammer

24.2.1939: Stellvertretender Rechtsberater der 89. SS-Standarte

kommissarischer Verwalter des Vermögens von Ferdinand BLOCH-BAUER

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 9. September 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. PÖLZL

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Therese RADL, Anna MASEK und Karl RAUSCHER

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Hugo ZÖRNLAIB

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 11 Vr 5418/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1204
DÖW-Signatur V1119/1-8

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 779/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8600/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren gegen Richard KASTNER wegen Illegalität

Volkserichtsverfahren gegen:

Richard KASTNER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität)

Tatland (Tatort): Österreich (Stein an der Donau-
Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität (illegales Mitglied der NSDAP seit 21. Jänner 1934, Teilnahme an Versammlungen)

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

4.9.1945: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 779/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KASTNER Richard, geb. 11. Jänner 1902 in Stein/Donau (Niederösterreich)

21.1.1934: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 185.186

September 1938: Blockleiter

Ende 1942: stellvertretender Zellenleiter in der Ortsgruppe Krems-Und

Träger der Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938

Geograph. Bezug: Stein an der Donau (Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2b Vr 779/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1204

DÖW-Signatur V1120/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 3873/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25008/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Marlies KRUPICKA und Karoline WEIDINGER wegen Denunziation der Leopoldine AMORT im November 1941

Volksgerechtsverfahren gegen:

Marlies KRUPICKA und
Karoline WEIDINGER

wegen (§§): § 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Zivilistin

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Ottakring)

Tatvorwürfe:

Denunziation der Leopoldine AMORT wegen Abhörens ausländischer Sender im November 1941 in Wien-Ottakring, Gablenzgassee 48. Karoline WEIDINGER erstattete Anzeige und Marlies KRUPICKA war bei der Hauptverhandlung die Belastungszeugin. Leopoldine AMORT wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt und verlor ihre Wohnung.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

25.3.1946: Anklageerhebung gegen Marlies KRUPICKA und Karoline WEIDINGER wegen § 7/2b KVG

27.6.1946: Verurteilung der Karoline WEIDINGER wegen § 7/2b KVG zu 8 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch der Marlies KRUPICKA gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 3873/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1i Vr 3873/45 gegen Marlies KRUPICKA und Karoline WEIDINGER :

Der gegenständliche Akt enthält

*Abschrift des Sondergerichtsurteils 1. SKIs 125/41 (658) gegen Leopoldine AMORT
Biografische Angaben zu den Beschuldigten:*

KRUPICKA Marlies, geb. 28.11.1917 in Bielefeld (Deutschland)
Buchhalterin
1.11.1939-Februar 1942: Luftgaukommando Wien, Fernschreiberin

WEIDINGER Karoline, geb. 15.1.1882 in Wien
Mai 1938: NSDAP-Mitglied
1.1.1939: Bedienerin in der Sektion "Liebhart"
1.1.1944-November 1944: Fürsorgerätin

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. Juni 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS
Richter: OLGR. Dr. BRIK
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Leopold DWORAK, Andreas BERGER und Josefine ZUMTOBEL
Staatsanwalt: Dr. FANTA
Verteidiger: Dr. Georg NAGLER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Ottakring)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 1i Vr 3873/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1204
DÖW-Signatur V1121/1-13

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1a Vr 4136/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 23614/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Dr. Heinrich MÜNZBERGER wegen Denunziation des Major Rudolf Karl Freiherr von STENGEL am 15. Juni 1943 in der Nähe von Roslawl (Sowjetunion)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Heinrich MÜNZBERGER

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus verwerflicher Gesinnung),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Wehrmachtsangehöriger

Tatland (Tatort): Sowjetunion (Roslawl)

Tatvorwürfe:

Denunziation des Majors Rudolf Karl Freiherr von Stengel am 15. Juni 1943 in der Nähe von Roslawl (Sowjetunion). Freiherr von Stengel wurde wegen Zersetzung der Wehrkraft zu 3 Jahren Gefängnis und zum Rangverlust verurteilt.

Weiters wurde gegen Dr. MÜNZBERGER wegen Verdachts der Verbrechen nach §§ 3, 4 KVG begangen an verwundeten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ermittelt. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, im Jahr 1939 in Wien-Alsergrund, Thurngasse 11, eine Wohnung arisiert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.8.1946: Anklageerhebung wegen § 7/1, 2b und 3 KVG

12.9.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

14.11.1946: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1a Vr 4136/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1a Vr 4136/46 gegen Dr. Heinrich MÜNZBERGER:

Der gegenständliche Akt enthält

Abschrift des Feldurteils vom 15. März 1944 gegen Major Rudolf Karl Freiherr von Stengel

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

MÜNZBERGER Heinrich, Dr., geb. 19.4.1914 in Wien
Unterarzt bei der Panzerjägerabteilung 292
Träger des Eisernen Kreuzes I. Klasse und des Sturmabzeichens

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 14. November 1946
Vorsitzender: OLGR. Dr. MARKUS
Richter: OLGR. Dr. SCHIROKY
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Anna WOHAK, Wilhelmine BERTA und Adolf EDER
Staatsanwalt: Dr. PASTROVICH
Verteidiger: Dr. Emil RIEMER

Beschluss über den Freispruch des Angeklagten erfolgte mit den Stimmen des Vorsitzenden und der drei Schöffen und gegen die Stimme des beisitzenden Richters, der für schuldig plädierte

Geograph. Bezug: Roslawl (Russland)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 1a Vr 4136/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1204
DÖW-Signatur V1122/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 430/51

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 26911/51)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Anton PERSCHL wegen Illegalität und Verbrechen im Außenlager des KZ Mauthausen in St. Aegydt am Neuwalde (Niederösterreich)

Volksgerichtsverfahren gegen:

Anton PERSCHL

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 5 StG, § 3 KVG (Mitschuldiger am Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen)
und
§ 134 StG (Mord)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Österreich (St. Aegydt am Neuwalde -
Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität und Registrierungsbetrug

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen sowie Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Häftlingen im Außenlager des KZ Mauthausen in St. Aegydt am Neuwalde in seiner Funktion als Angehöriger der Lagerwachmannschaft sowie als Rapport- und Arbeitsdienstführer von 1944 bis Kriegsende

Misshandlung des verwundeten Häftlings BERGER. Der Beschuldigte gab ihm ein Ohrfeige.

Mitschuldiger an der Misshandlung eines geflüchteten polnischen Häftlings durch Mithäftlinge. Perschl stand dabei und schaute zu, ohne einzugreifen.

Ermordung eines Lagerkapos mit Vornamen VINZENZ am 20. Dezember 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.9.1952: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung des § 10 VG, § 3/1 KVG, § 4 KVG und § 5 StG, § 3/1 KVG (Mitschuldiger an der Misshandlung eines geflüchteten polnischen Häftlings durch Mithäftlinge)

18.10.1952: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 134 StG (Ermordung des Lagerkapos VINZENZ) und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 13 Vr 268/52

Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

27.11.1952: Verurteilung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung des § 10 VG und § 3 KVG (Misshandlung des verwundeten Häftlings BERGER) , 4 KVG (Verabreichung von Fußtritten und Stockhieben) zu 7 Monaten schweren Kerkers. Kein Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 5 StG, § 3 KVG (geflüchteter polnischer Häftling) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 430/51:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 13 Vr 430/51 gegen Anton PERSCHL:

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PERSCHL Anton, geb. 18. Jänner 1908 in Streifing (Niederösterreich)

4.1.1934: SA-Angehöriger

30.11.1937: SS-Mitglied, 302.453

30.1.1938: SS-Sturmmann

1938: Waffen-SS

10.9.1939: SS-Rottenführer

1944: Angehöriger der Wachmannschaft des KZ-Außenlagers St. Aegy

NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 151.296 oder 6, 151.290

Träger des Ehrenwinkels der SS

SS-Rottenführer

Altparteigenosse

Gauakt 250/400

SS-Akt 6719/46

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. November 1952

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: OLGR. Dr. FRÜHAUF

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Hans SCHOPF, Barbara LONGIN und Margarethe EIGEL

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Engelbert KRUBL

Geograph. Bezug: St. Aegy am Neuwalde (Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 13 Vr 430/51

FStN-Mikrofilm Nr. 1204
DÖW-Signatur V1123/1-22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13 Vr 268/52
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 17207/52)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Anton PERSCHL wegen NS-Gewaltverbrechen im Außenlager des KZ Mauthausen in St. Aegydt am Neuwalde (Niederösterreich) am 20. Dezember 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Anton PERSCHL

wegen (§§): § 1/2 KVG (Kriegsverbrechen; Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen organisierter Verbände, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit widersprechen),
§ 134 StG (Mord)

Opfer: Häftling

Tatland (Tatort): Österreich (St. Aegydt am Neuwalde - Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Ermordung eines Lagerkapos mit Vornamen VINZENZ am 20. Dezember 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.10.1952: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 134 StG (Ermordung des Lagerkapos VINZENZ) aus dem Verfahren LG Wien Vg 13 Vr 430/51 und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 13 Vr 268/52

23.1.1953: Anklageerhebung wegen § 1/2 KVG und § 134 StG

1.12.1953: Freispruch gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13 Vr 268/52:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 13 Vr 268/52 gegen Anton PERSCHL:

Das gegenständliche Verfahren enthält handgefertigte Skizzen des KZ-Außenlagers St. Aegydt am Neuwalde

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PERSCHL Anton, geb. 18. Jänner 1908 in Streifing (Niederösterreich)

4.1.1934: SA-Angehöriger

30.11.1937: SS-Mitglied, 302.453

30.1.1938: SS-Sturmmann

1938: Waffen-SS

10.9.1939: SS-Rottenführer

1944: Angehöriger der Wachmannschaft des KZ-Außenlagers St. Aegyd

NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 151.296 oder 6, 151.290

Träger des Ehrenwinkels der SS

SS-Rottenführer

Altparteigenosse

Gauakt 250/400

SS-Akt 6719/46

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 24. Februar 1953 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. MÜLLER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Auguste LUGHOFER, Franz STACJ und Johann RUSINGER

Staatsanwalt: Dr. STOLBA

Verteidiger: Dr. Engelbert KRUBL

Hauptverhandlung vom 17. November 1953 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. GLEISNER

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Schöffen: Marie BAUER, Marie MICKL und Georg MALER

Staatsanwalt: Dr. STOLBA

Verteidiger: Dr. Engelbert KRUBL

Hauptverhandlung vom 1. Dezember 1953

Vorsitzender: OLGR. Dr. PAUSINGER

Richter: LGR. Dr. GLEISNER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Marie HUBER, Fritz DEICHSLER und Anton PILLER

Staatsanwalt: Dr. FISCHER

Verteidiger: Dr. Engelbert KRUBL

Geograph. Bezug: St. Aegyd am Neuwalde (Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 13 Vr 268/52

FStN-Mikrofilm Nr. 1204
DÖW-Signatur V1124/1-9

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11e Vr 4458/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 28158/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen den ehemaligen Gestapobeamten Hubert FROSCH wegen Illegalität und
Registrierungsbetrug

Volksgerichtsverfahren gegen:

Hubert FROSCH

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung des § 10/3 VG (Illegalität) und
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Österreich, Tschechoslowakei und Polen
(Wien, Brünn und Bad Rabka)

Tatvorwürfe:

Illegalität (NSDAP- und SS-Angehöriger)

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen als Gestapobeamter in Wien, Brünn und Bad
Rabka von 1938 bis 1944

Registrierungsbetrug nach 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

21.1.1947: Anklageerhebung wegen § 8 VG und § 58 StG in der Fassung des § 10/3 VG

25.1.1947: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens wegen § 11 VG und § 3
KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 4458/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11e Vr 4458/45 gegen Hubert FROSCH:

Das Verfahren gegen Hubert FROSCH wegen Illegalität und Registrierungsbruch wurde eingestellt; ein entsprechender Gerichtsbeschluss ist im Akt nicht enthalten

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

FROSCH Hubert, geb. 3. November 1912 in Mitterndorf (Steiermark)

1928-1930: HJ-Angehöriger

1931: Berufssoldat

4.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 900.808

1935-1938: Polizeibeamter, Angehöriger der Wr. Sicherheitswache

11.1937: SS-Mitglied

4.1938-3.1939: Krim. Oberassistent bei der Gestapo, Referat IIA3 (Emigration aus Russland und Jugoslawien)

3.1939-6.1944: Brünn, Kriminaloberassistent in Brünn, Industriesicherung und später Sachbearbeiter beim Abwehrbeauftragten in Brünn

6.1944-12.1944: Schule der Sicherheitspolizei in Bad Rapka

12.1944: Rückkehr nach Wien

SS-Hauptscharführer

Träger der Polizeiverdienstmedaille

Träger der Protektoratsmedaille

Träger des SS-Ehrenwinkels

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom

Geograph. Bezug: Österreich (Wien),
Tschechoslowakei (Brünn) und
Polen (Bad Rabka)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 11e Vr 4458/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1204
DÖW-Signatur V1125/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 101/53 (LG Linz Vg 8 Vr 2794/47)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8205/53 (Staatsanwaltschaft Linz 3 St 2165/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Franz STRASSMAIER wegen Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen im Außenlager des KZ Mauthausen in Gusen II (Oberösterreich) im Jahr 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz STRASSMAIER und
Karl WEIDHOFER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Österreich (Mauthausen, Außenlager Gusen II - Oberösterreich)

Tatvorwürfe:

Misshandlung von Häftlingen des Außenlagers Gusen II im Jahr 1944 unter Ausnützung dienstlicher Gewalt durch die beiden Hilfskapos Franz STRASSMAIER und Karl WEIDHOFER. STRASSMAIER war zudem auch Angehöriger der Lagerpolizei

Ein jüdischer Häftling, Natan HOCHHAUSER, wurde 1944 von WEIDHOFER durch Schläge mit einem Gummiknüppel und einer Holzlatte schwer verletzt

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.5.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Karl WEIDHOFER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

30.7.1947: Anklageerhebung gegen Franz STRASSMAIER durch die Staatsanwaltschaft Linz wegen § 3/1 KVG

28.2.1948: Freispruch des Franz STRASSMAIER durch das Volksgericht Linz wegen § 3/1 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

7.5.1953: Abtretung des Verfahrens gegen Karl WEIDHOFER an das Volksgericht Wien zu LG Wien Vg 9 Vr 101/53

11.2.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Karl WEIDHOFER gemäß § 34/2 StPO (Nichtverfolgung der Straftat auf Antrag der Staatsanwaltschaft, da der Beschuldigte bereits 1947 von

einem amerikanischen Militärgericht in Dachau verurteilt worden war)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9 Vr 101/53:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 9 Vr 101/53 gegen Franz STRASSMAIER und Karl WEIDHOFER:

Das gegenständliche Verfahren enthält Abschriften von Vernehmungsprotokollen des Karl WEIDHOFER vor dem amerikanischen Militärgericht in Dachau. Er wurde zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt; im Gnadenweg erfolgte eine Herabsetzung der Strafe auf zwölf Jahre

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

STRASSMAIER Franz, geb. 9. Juni 1911 in Wien

Schaffner

1935: Verurteilung zu 10 Jahren schweren Kerkers wegen versuchten Mordes

1.1939: Überstellung in das Moorkamp Lager Braulrede im Emsland

Mitte Juli 1943: Außenlager Gusen I

Mitte März 1944: Gusen II

Hilfskapo und Angehöriger der Lagerpolizei

WEIDHOFER Karl, geb. 24. Juli 1909 in Linz

Bäckergeselle

11.1939: Verurteilung vom Sondergericht Linz zu 7 Monaten Gefängnis

2.1940: Einweisung in das KZ Oranienburg-Sachsenhausen

Verlegung nach Neugaming bei Hamburg

Dachau

Groß Rosen

9.1944: Mauthausen

10.1944: Gusen II

19.3.1947: Überstellung an das amerikanische Militärgericht in Dachau

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 4. Oktober 1947 vor dem LG Linz (Vertagung)

Vorsitzender: LGR. Dr. NIEDENHUBER

Richter: Dr. EDER

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Otto AMANN, Heinrich DRAXLER und Mathias THALHAMMER

Staatsanwalt: Dr. GRÖSSWANG

Verteidiger: Dr. Alfred MAYR

Hauptverhandlung vom 28. Februar 1948 vor dem LG Linz

Vorsitzender: LGR. Dr. NIEDENHUBER

Richter: OLGR. Dr. KAINZ

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Franz AUSTERWEGER, Franz FORSTER und Andreas STEINDL

Staatsanwalt: Dr. HASELAUER

Verteidiger: Dr. Alfred MAYR

Geograph. Bezug: Gusen II (Oberösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 9 Vr 101/53

FStN-Mikrofilm Nr. 1204

DÖW-Signatur V1126/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 12 Vr 9320/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 36621/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Franz HÖGER wegen Misshandlung von Häftlingen in den Außenlagern des KZ Mauthausen in Melk und Ebensee als Kommandoführer einer Bewachungsmannschaft von September 1944 bis Mai 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz HÖGER, genannt „Tiger“
und
Matthias HIERHOLD

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 134 StG (Mord)

Opfer: Häftlinge und Kriegsgefangene

Tatland (Tatort): Österreich [Mauthausen, Außenlager Melk-Außenstelle Loosdorf-Merkensdorf (Niederösterreich) und Ebensee (Oberösterreich)]

Tatvorwürfe betreff. HÖGER:

Illegalität, Mitglied der NSDAP seit Mai 1935

Misshandlung von Häftlingen der Außenlager Melk - Außenstelle Loosdorf-Merkensdorf und Ebensee als Kommandoführer einer Bewachungsmannschaft durch Fußtritte und Stockschläge von September 1944 bis Mai 1945

Registrierungsbetrug nach 1945

Tatvorwürfe betreff. HÖGER und HIERHOLD

Ermordung von 5 oder 6 unbekanntem Kriegsgefangenen im Zuge eines Evakuierungsmarsches von Linz nach Ebensee im April 1945 in der Nähe von Lambach (Oberösterreich).

Im April 1945 wurden Häftlinge des Außenlagers Melk auf der Donau von Melk nach Linz gebracht. Der Beschuldigte HÖGER soll als Kommandoführer erschöpfte Kriegsgefangenen auf dem Fußmarsch von Linz nach Ebensee durch Genickschuss ermordet und in einen Fluss (Traun) gestoßen haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

3.8.1948: Anklageerhebung gegen Franz HÖGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10,

11 VG, § 3/1, § 3/2 KVG und § 8 VG

- 5.8.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Franz HÖGER wegen § 1 KVG und § 134 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 29.9.1948: Verurteilung des Franz HÖGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 3/1, § 3/2 KVG und § 8 VG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 19.12.1951: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten
- 9.6.1954: Ausscheidung des Verfahrens gegen Matthias HIERHOLD wegen §§ 1, 3 KVG zu LG Wien Vg 8e Vr 71/54 und Abtretung an das Volksgericht Linz

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 9320/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 9320/46 gegen Franz HÖGER und Matthias HIERHOLD:

Das gegenständliche Verfahren enthält Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 1e Vr 4080/46 gegen Reinhold NEUWIRTH

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HÖGER Franz, geb. 1. Dezember 1898 in Muthmannsdorf (Niederösterreich)

Fleischhauer

Mai 1935: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 200.036

1938: SA-Angehöriger

20.4.-20.12.1935: Kreisgericht Wr. Neustadt

26.8.1939-20.6.1945: Wehrmacht, Fliegerfeldwebel

1.9.1944-8.5.1945: Angehöriger der Bewachungsmannschaft der KZ-Außenlager Melk und Ebensee, Kommandoführer

1.12.1939: Feldwebel

2.1944: Oberfeldwebel

"Altparteigenosse"

HIERHOLD Matthias, geb. 23. Februar 1904

Wehrmichtsangehöriger

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 29. September 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. VINTSCHGER

Richter: Dr. BORUTIK
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Ottilie SKODA, Martin SKOLA und Rudolf HILMERA
Staatsanwalt: Dr. EICHLER
Verteidiger: Dr. Fritz GRÖGL

Beratungsprotokoll: Der Beschluss über den Schuldspruch nach § 3/2 KVG erfolgte gegen die Stimme des Schöffen SKOLA und des vorsitzenden Richters, die für § 3/1 KVG stimmten.

Geograph. Bezug: Melk (Niederösterreich)
 Lambach (Oberösterreich)
 Ebensee (Oberösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 12 Vr 9320/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1204

DÖW-Signatur V1127/1-22

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3e Vr 5016/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 2690/48 und 15 St 30653/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen Mag. Pharm. Ighigenie NEUBACHER wegen Arisierung der St. Anna Apotheke des Mag. Pharm. Ludwig RONIGER in Ebreichsdorf (Niederösterreich) am 6. August 1940

Volksgerichtsverfahren gegen:

Mag. Pharm. Ighigenie NEUBACHER, geb. PILS

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung)

Opfer: Jude

Tatland (Tatort): Österreich (Ebreichsdorf-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Registrierungsbetrug

Arisierung der St. Anna-Apotheke in Ebreichsdorf (Niederösterreich) am 6. August 1940

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.10.1948: Anklageerhebung wegen § 6 KVG

8.10.1948: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 8, 10, 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

28.12.1948: Freispruch gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3e Vr 5016/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 3e Vr 5016/45 gegen Mag. Pharm. Ighigenie NEUBACHER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

a.) Abschrift des zwischen Mag. Ighigenie NEUBACHER und Mag. Ludwig RONIGER

abgeschlossenen "Kaufvertrags" vom 6. August 1940
b.) Sachverständigengutachten von Mag. Pharm. Klemens LUBOJATZKY vom 6.
September 1947

Aktenvermerk 10.10.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 3e Vr 5016/45 gegen Ighigene NEUBACHER fehlt:
ONr. 47 Blatt 211
ONr. 82 Blatt 317

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

NEUBACHER Ighigene, geb. 28. April 1901 in Kritzendorf (Niederösterreich)
geb. PILS

1923: Beitritt zu deutschnationalen "Schulz-Bewegung"

1933-1935: Aufenthalt in der Schweiz

1936-1938: Angestellt der St. Anna-Apotheke in Wien-Alsergrund, Währingerstraße 56

"Alte Kämpferin"

NSDAP-Mitglied, Nr. 10.011

Trägerin des Goldenen Parteiabzeichens

Gesuch um Zuerkennung des Blutordens

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 28. Dezember 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. LAHAJNAR

Richter: Dr. Josef FISCHER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Maria PÜRINGER, Josef GRAUSAM und Franz KOWAR

Staatsanwalt: Dr. MOHR

Verteidiger: Dr. Elisabeth PANN

Geograph. Bezug: Ebreichsdorf (Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 3e Vr 5016/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1205
DÖW-Signatur V1128/1-5

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 708/56

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1824/56)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des LG für Strafsachen Wien

Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ladislaus CONRAD wegen NS-Gewaltverbrechen als Lagerarzt im KZ Mauthausen von 1942 bis 1943

Strafverfahren gegen:

Dr. Ladislaus CONRAD

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 134 StG (Mord)

Opfer: Häftlinge

Tatland (Tatort): Österreich (Mauthausen)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Angehöriger der NSDAP seit 1. April 1934

Ermordung von politischen Häftlingen des KZ Mauthausen durch Verabreichung von Benzininjektionen
in den Jahren 1942 und 1943

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.4.1956: Unterbrechung des Verfahrens gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder
Flüchtige)

21.10.1957: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 12 NS-Amnestie 1957

16.12.1971: Einstellung des Verfahrens wegen § 134 StG gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 708/56:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien 31 Vr 708/56 gegen Dr. Ladislaus CONRAD:

Laut Mitteilung der Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin vom 27. April 1967 war Dr. Ladislaus CONRAD am 17. Februar 1944 bei Lissjanka (Sowjetunion) verstorben

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

CONRAD Ladislaus, Dr., geb. 28. August 1913 in Siegendorf (Burgenland)

1.4.1934: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 133.500

10.1933-10.1935: SA

10.1936-11.3.1938: Angehöriger des NS-Studentenbundes

20.3.1938-19.5.1938: SA

19.5.1938: SS-Angehöriger

SS-Untersturmführer

1942-1943: Lagerarzt in Mauthausen

1944: SS-Obersturmführer beim Stab des II. SS-Panzer-Grenadierregiments

17.2.1944: Tod des Beschuldigten

Gauakt Nr. 218.636

Geograph. Bezug: Mauthausen (Oberösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien 31 Vr 708/56

FStN-Mikrofilm Nr. 1205

DÖW-Signatur V1129/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 9 Vr 1676/49 (2 Bände)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12542/49

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Auslieferungsverfahren gegen Franz GRÜN wegen NS-Gewaltverbrechen - Ermordung und tödliche Misshandlung (vor allem) jüdischer Häftlinge des Zwangsarbeits- bzw. Konzentrationslagers Plaszów (Polen) als SS-Angehöriger der Lagerwache in der Zeit vom Frühjahr 1943 bis August 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz GRÜN und
Alois ZUGSBERGER

wegen (§§): Auslieferung an Polen und
§ 134 StG (Mord)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Polen (Plaszów)

Tatvorwürfe betreff. den Hauptbeschuldigten GRÜN:

Ermordung des Schachne ENGELBERG, Angehöriger der Familie TEITELBAUM und anderer unbekannter Personen im April oder Mai 1943

Ermordung des Adolf GOLDSTEIN, des N. HILEWICZ und zweier namentlich unbekannter Häftlinge in der Zeit von Frühjahr 1943 bis 1944

Ermordung von 28 Häftlingen unter ihnen den Rabbiner von Krakau, N. KLINGENBERG, N. KUPFERWASSER und N. SONNTAG mit ihrer Tochter Ende 1943 oder Anfang 1944

Ermordung des Ehepaares CHILOWITSCH oder CHILOWITZ und anderer unbekannter jüdischer Häftlinge im Rahmen eines Fluchtversuchs im Sommer 1944

Ermordung des Manek FÄRBER

Teilnahme an Massenerschießung jüdischer Männer, Frauen und Kinder

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an N. ARONSON, Jakob KLEINMANN, Samuel SONNENSCHNEIDER, Wilhelm TANNENBAUM und anderen unbekannt jüdischen Häftlingen vom Frühjahr 1943 bis 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 1.6.1949: Ausscheidung des Auslieferungsverfahrens gegen Franz GRÜN aus LG Wien Vg 9b Vr 1312/49 und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 9b Vr 1676/49
- 30.6.1950: Auslieferungsantrag der Polnischen Mission in Wien
- 6.10.1950: Verhängung der Auslieferungshaft über Franz GRÜN gemäß § 59 StPO
- 8.4.1953: Entlassung des Franz GRÜN aus der österreichischen Haft und Auslieferung an Polen
- 14.5.1957: Erklärung der Staatsanwaltschaft Wien, dass von einer weiteren Verfolgung des Franz GRÜN hinsichtlich jener im Ausland begangenen Verbrechen, wegen der GRÜN vom Wojewodschaftsgericht Krakau am 8.12.1953 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war, gemäß § 34/2 StPO abgesehen wird
- 1.3.1965: Abtretung des Verfahrens LG Graz 17 Vr 427/65 gegen Franz GRÜN an das LG Wien und Einbeziehung in das gegenständliche Verfahren
- 13.5.1965: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz GRÜN und andere ehemalige SS-Angehörige des Zwangsarbeitslagers Plaszów hinsichtlich der neu hervorgekommenen Verbrechen und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien 30 Vr 3144/65
- 12.11.1965: Unterbrechung des Verfahrens gegen Alois ZUGSBERGER wegen §§ 134 ff StG gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 9b Vr 1676/49:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 9b Vr 1676/49 gegen Franz GRÜN und Alois ZUGSBERGER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

- a.) Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 9b Vr 1312/49 gegen Franz GRÜN
- b.) Einbezogenen Akt LG Graz 17 Vr 427/65 gegen Franz GRÜN
- c.) Abschrift des Urteils des Obersten Gerichts in Warschau vom 19. Februar 1954

Franz GRÜN wurde am 8.12.1953 vom Wojewodschaftsgericht Krakau zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Nach seiner Begnadigung 1955 kehrte er nach Österreich zurück. Am 14.5.1957 gab die Staatsanwaltschaft eine Erklärung ab, dass von einer Verfolgung des Franz GRÜN wegen der Ermordung des Adolf GOLDSTEIN, des N. HILEWICZ und zweier unbekannter Häftlinge abgesehen wird, da er für diese Verbrechen bereits von einem polnischen Gericht verurteilt worden war. Die von GRÜN begangenen Misshandlungen waren zum damaligen Zeitpunkt bereits verjährt und die Zugehörigkeit zur SS konnte auf Grund der herrschenden

Rechtslage ebenfalls nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden.

Das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Unterscharführer Alois ZUGSBERGER wegen Misshandlung und Tötung von Häftlingen in Plaszów in den Jahren 1943/44 wurde aus dem vom Volksgericht Wien eingeleiteten Auslieferungsverfahren gegen Franz GRÜN zu dem neu angelegten Akt LG Wien 30 Vr 3144/65 gegen Franz GRÜN und andere Beschuldigte ausgeschieden. Am 2.9.1970 erfolgte die Einstellung des Verfahrens gegen Alois ZUGSBERGER wegen §§ 134ff. StG bzw. §§ 211, 212 RStGB gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Aktenvermerk vom 24.10.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 9b Vr 1676/49 gegen Franz GRÜN und Alois ZUGSBERGER fehlt:

ONr. 18 Blatt 81
ONr. 31 Blatt 251

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GRÜN Franz, geb. 5. Oktober 1902 in Wien
24.3.1931: Mitglied der NSDAP, Nr. 442.388 oder 444.388
15.9.1931: SS-Angehöriger, SS-Scharführer
1939: Waffen-SS
1943: SS-Ausbildungsregiment Prag, Versetzung nach Plaszow
SS-Rottenführer
Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP
Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938
SS-Winkelträger
Julleuchter

ZUGSBERGER Alois, geb. 19. November 1921 in Attnang (Oberösterreich)
SS-Unterscharführer

Geograph. Bezug: Plaszów (Polen)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 9b Vr 1676/49

FStN-Mikrofilm Nr. 1205
DÖW-Signatur V1130/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 4064/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25939/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess gegen den ehemaligen Redakteur der Arbeiterzeitung Johann PAV wegen Denunziation mit Todesfolge von leitenden Funktionären der Wiener Organisation der "Revolutionären Sozialisten" Österreichs in den Jahren 1938 bis 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann "Hans" PAV

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge) und
§ 8 StG/ § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

PAV war Sportberichterstatler, Redakteur der Arbeiterzeitung und führender Funktionär der "Revolutionären Sozialisten". Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei Österreichs im Februar 1934, führte ein Teil der Funktionäre unter der Bezeichnung "Revolutionäre Sozialisten" die Arbeit in der Illegalität fort.

Ab 1938 stellte sich PAV in den Dienst der Gestapo und arbeitete als Konfident. Er veranlasste die Verhaftung zahlreicher Personen von denen einige - unter ihnen Käthe LEICHTER - zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Dem Beschuldigten wurde weiters zur Last gelegt, Parteigelder unterschlagen zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.11.1946: Anklageerhebung wegen § 7/3 KVG und § 8 StG/ § 7 KVG

18.1.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 7/3 KVG und § 8 StG/ § 7 KVG zu 15 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 8 StG/ § 7 KVG (betreff. Karl BROSCHE) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

18.12.1953: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten. Vom 22.12.1953 bis 5.3.1954 Verwahrungsgefangener der sowjetischen Besatzungsmacht.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 4064/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1i Vr 4064/45 gegen Johann PAV:

Folgende Personen sollen von PAV bei der Gestapo denunziert worden sein:

BERGMANN August
BROSCH Karl
BUCHTA Franz, Dr.
CMEJREK Otto
FELLEIS Roman
FÜRST N.
HACKENBERG Heinz
HOCKAUF Rudolf
HOLOUBEK Karl
JOCHMANN Rosa
KYESELA Karl
LEICHTER Käthe
LEITHNER Otto
LÖWY Friedrich
MAYER Franz
MOIK Wilhelmine
MUHR Rudolfine
NÖDL Friederike
OLAH Franz
PFANNENSTIEL Franz
POLLAK Friedrich
POTETZ Helene
PROBST Otto
SCHARF Erwin
SKRITEK Otto
TOTH N.
THURY Elisabeth

Aktenvermerk 31.10.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1i Vr 4064/45 gegen Johann PAV fehlt:

ONr. 26 Blatt 91
ONr. 50 Blatt 279

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

PAV Johann, geb. 19. Dezember 1902 in Wien
1921-1924: SAJ, Bildungsfunktionär und Sektionsleiter der sozialistischen Jugend
1924-1934: SPÖ
1926: Sportberichterstatteur und später Redakteur der Arbeiterzeitung
1934-1938: Mitglied des Zentralkomitees der revolutionären Sozialisten Österreichs
1937: provisorischer Organisationsleiter

1938: Verhaftung durch die Gestapo

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 17. und 18. Jänner 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. SCHULZ

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Karl REITERER, August SCHNEEWEIHS und Rudolf OLBRICH

Staatsanwalt: Erster Staatsanwalt Dr. Paul PASTROVICH

Verteidiger: Dr. Ludwig MARGREITER f. Dr. Rolph TRUMMER

Geograph. Bezug: Wien (Österreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1i Vr 4064/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1205

DÖW-Signatur V1131/1-8

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 5d Vr 1335/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 3981/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren gegen Johann PAV wegen Denunziation mit Todesfolge von Mitgliedern der Wiener Organisation der "Revolutionären Sozialisten" Österreichs zwischen 1938 und 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann "Hans" PAV

wegen (§§): § 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Denunziation mit Todesfolge von Mitgliedern der Wiener Organisation der "Revolutionären Sozialisten" Österreichs durch den führenden Parteifunktionär und ehemaligen Redakteur der Arbeiterzeitung Johann PAV.

N. CAPEK oder CZAPEK, N. KIRCHBERGER, Ferdinand KÜNZL oder KÜNZEL und N. ROSENHEIM wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.8.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 5d Vr 1335/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 5d Vr 1335/47 gegen Johann PAV:

Der gegenständliche Akt enthält:

Abschrift Anklageschrift des Volksgerichtshofs 7 J 273/42 vom 29. Juni 1942 gegen Gustav KIESEL, Otto KIRCHPAL und Ferdinand KÜNZL wegen Hochverrat

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)
Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 5d Vr 1335/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1205

DÖW-Signatur V1132/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 3c Vr 3554/48

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 30294/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Göstling an der Ybbs
(Niederösterreich) in den Jahren 1944 und 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Eduard STEPAN
Ferdinand HÜBNER und
Matthias SIEBER

wegen (§§): § 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 4 KVG (Verletzungen der
Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Göstling-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Verbrechen an ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen in Göstling an der Ybbs (Niederösterreich) in den Jahren 1944 und 1945 begangen durch den Bürgermeister Dr. STEPAN, den Bahnvorstand HÜBNER und den Gendarmeriepostenkommandanten SIEBER. Alle drei Beschuldigten sollen auch über die geplante Ermordung von 76 ungarischen Juden (23 Männer, 43 Frauen und 10 Kindern) durch SS-Angehörige im Lager Göstling am 13. April 1945 informiert gewesen sein und zugestimmt haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.6.1946: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. STEPAN, HÜBNER und SIEBER aus dem Verfahren LG Wien Vg 2d Vr 2092/45 gegen Ernst BURIAN u.a. zu Staatsanwaltschaft Wien 15 St 30294/46

13.5.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. Eduard STEPAN und Ferdinand HÜBNER gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Matthias SIEBER gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 3c Vr 3554/48:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 3c Vr 3554/48 gegen Dr. Eduard STEPAN u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus dem Verfahren LG Wien Vg 2d Vr 2092/45 gegen Ernst BURIAN u.a.

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HÜBNER Ferdinand, geb. 10. Juli 1887 in Hagenbrunn (Niederösterreich)

Bahnvorstand in Göstling

1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 159.043

SIEBER Matthias, geb. 18. November 1891 in Weissoletten, Bez. Nikolsburg (Tschechoslowakei)

Gendarmeriepostenkommandant von Göstling

STEPAN Eduard, Dr., geb. 21. Juli 1874 in Göstling

1.5.1938: NSDAP-Mitglied

Bürgermeister von Göstling

Geograph. Bezug: Göstling an der Ybbs (Österreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 3c Vr 3554/48

FStN-Mikrofilm Nr. 1205

DÖW-Signatur V1133/1-29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 1185/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1010/47)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Endphaseverbrechen an ungarischen Jüdinnen und Juden in Randegg im April 1945 und wegen Misshandlung von ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen auf dem Gutshof Wiesent in Amelsdorf, Bezirk Horn (Niederösterreich) von 1944 bis 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Johann GRUBMAYR,
Alois MAURER,
Karl RESCHINSKY und
Ludwig SCHINDL

wegen (§§): § 1, Absatz 2 KVG (Kriegsverbrechen; Taten gegen andere Personen in Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen, mit militärischen Handlungen oder mit Handlungen organisierter Verbände, die den natürlichen Anforderungen der Menschlichkeit widersprechen),
§§ 5, 134, 135/4 StG (entfernte Mitschuld am Verbrechen des gemeinen Mordes),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Randegg und Amelsdorf - Niederösterreich)

Tatvorwürfe betreff. GRUBMAYR, MAURER und RESCHINSKY:

Den 3 ehemaligen HJ-Angehörigen wurde zur Last gelegt, an der Ermordung von vermutlich 90 bis 100 ungarischen Juden (Männer, Frauen und Kinder) durch SS-Angehörige am 15. April 1945 in der Nähe von Randegg (Niederösterreich) beteiligt gewesen zu sein, indem sie die Hinrichtungsstätte ausgesucht haben bzw. an Abspermaßnahmen beteiligt gewesen seien

Tatvorwürfe betreff. RESCHINSKY und SCHINDL:

Gemeinsam mit Ludwig SCHINDL soll RESCHINSKY in den Jahren 1944 und 1945 aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt auf dem Gutshof Wiesent bei Amelsdorf (Niederösterreich) die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter Ignaz und Olga GLÜCK, Sara und David GUTTMANN, Hella und Ferenc BRUCK oder BRÜCK sowie eine weitere Anzahl namentlich nicht bekannter ungarischer Juden und Jüdinnen gequält und misshandelt haben

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann GRUBMAYR, Alois MAURER, Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL aus dem Akt LG Wien Vg 2d Vr 2092/45 (gegen Ernst BURIAN u.a.) und Anlegung eines neuen Verfahrens unter LG Wien Vg 2d Vr 1185/47

Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL hinsichtlich jener Delikte, die nicht in Zusammenhang mit den im Bezirk Scheibbs begangenen Endphaseverbrechen an ungarischen Jüdinnen und Juden stehen zu LG Wien Vg 2d Vr 1186/47 (Misshandlungen auf dem Gutshof Wiesent)

9.5.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Alois MAURER und Johann GRUBMAYR wegen § 1 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

16.12.1947: Anklageerhebung gegen Karl RESCHINSKY wegen § 1/2 KVG, § 3/1 KVG und §§ 5, 134, 135/4 StG

Anklageerhebung gegen Ludwig SCHINDL wegen § 3/1 KVG

22.12.1947: Rückvereinigung des Verfahrens LG Wien Vg 2d Vr 1186/47 mit LG Wien Vg 11 Vr 1185/47

27.4.1948: Verurteilung des Karl RESCHINSKY wegen § 3/1 KVG (betreff. Gutshof Wiesent) zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch des Karl RESCHINSKY wegen §§ 5, 134, 135/4 StG und § 1/2 KVG (betreff. Randegg) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Verurteilung des Ludwig SCHINDL wegen § 3/1 KVG zu 1 Jahr schweren Kerker. Vermögensverfall.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 1185/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 2d Vr 1185/47 gegen Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL:

Der gegenständliche Akt enthält Abschriften aus

a.) LG Wien Vg 2d Vr 2092/45 gegen Ernst BURIAN u.a.

b.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 2b Vr 1186/47 gegen Karl RESCHINSKY und Ludwig SCHINDL

c.) OGH-Entscheid 4 Os 21/46-2 vom 21. September 1946

betreff. Verurteilung des HJ-Angehörigen Hugo SCHEER

AKTENVERMERK 15.11.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 11 Vr 1185/47 gegen Karl RESCHINSKY u.a. fehlen:

ONr. 10 Blatt 53, 55, 57, 65 u. 67

ONr. 25 Blatt 189

ONr. 41 Blatt 277

ONr. 42 Blatt 279

ONr. 48 Blatt 305-309

ONr. 52 Blatt 319-327 (Anklageschrift)

ONr. 77 Blatt 431

ONr. 99 Blatt 483

ONr. 103 Blatt 491

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

GRUBMAYR Johann, geb. 21. Jänner 1928 in Lunz am See (Niederösterreich)
HJ-Angehöriger, Rottenführer
April 1945: Abberufung zur Dienstleistung auf der HJ-Bannführung in Scheibbs
Kurierdienste als Motorradfahrer

MAURER Alois, geb. 6. Gebruar 1929 in Gaming (Niederösterreich)
HJ-Angehöriger, Sportreferent

RESCHINSKY Karl, geb. 30. November 1922 in Scheibbs (Niederösterreich)
1938: HJ-Angehöriger
1940: Ernennung zum HJ-Scharführer
1941: Infanteriepionier in Regensburg
1942: Kriegsinvalide, Amputation des rechten Arms
1943: Entlassung aus der Wehrmacht

9.1944-2.1945: Adjutant auf dem Gutshof Wiesent
Vorgesetzter des Ludwig SCHINDL

SCHINDL Ludwig, geb. 28. Juni 1894 in Friedersbach, Bez. Zwettl
(Niederösterreich)

ab 6.5.1942: Arbeiter auf dem Gutshofs Wiesent in Amelsdorf

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 27. April 1948 gg. RESCHINSKY und SCHINDL

Vorsitzender: OLGR. Dr. HUBER

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Franz KALETA, Aloisia SKONMAL und Michael THEIL

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Walter RIEHL (Reschinsky)

Dr. Wilhelm SCHÜR f. Dr. Herbert FRANZ

Geograph. Bezug: Randegg, Bez. Scheibbs (Niederösterreich)
Amelsdorf, Bez. Horn (Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 2b Vr 1185/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1205

DÖW-Signatur V1134/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2d Vr 1187/47

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 12094/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren wegen Endphaseverbrechen begangen als Beisitzer eines im April 1945 in Scheibbs (Niederösterreich) gebildeten Standgerichts

Volksgerichtsverfahren gegen:

Dr. Friedrich NÖTZL

wegen (§§): § 11 VG (Illegalität),
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen) und
§ 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz

Opfer: Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Scheibbs-Niederösterreich)

Tatvorwurf:

Mitwirkung an dem Todesurteil gegen Richard SEIDL als Beisitzer eines im April 1945 in Scheibbs gebildeten Standgerichts. Das Todesurteil wurde durch Erschießen vollstreckt.

Dem Standgericht sollen weiters auch Friedrich KRIPSCH, Obersturmführer und Chef der im April 1945 in Scheibbs eingerichteten SD-Außendienststelle, als Vorsitzender und Kreisleiter Johann SCHRENK als Beisitzer angehört haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.7.1946: Tod des Beschuldigten Dr. NÖTZL

3.9.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 4 Vr 3299/45 gegen Dr. NÖTZL in das Verfahren LG Wien Vg 3c Vr 2092/45 gegen Ernst BURIAN u.a.

10.1.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Friedrich NÖTZL aus dem Verfahren LG Wien Vg 3c Vr 2092/45 gegen Ernst BURIAN u.a. und Anlegung eines neuen Aktes unter LG Wien Vg 2d Vr 1187/47

13.1.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Dr. NÖTZL gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten) und Einleitung eines selbständigen Verfahrens gemäß § 24 Volksgerichtsverfahrens- und Vermögensverfallsgesetz gegen die Verlassenschaft nach Dr. Friedrich NÖTZL

20.3.1948: Einstellung des eingeleiteten selbständigen Verfahrens gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2d Vr 1187/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 2d Vr 1187/47 gegen Dr. Friedrich NÖTZL:

Der gegenständliche Akt enthält

- a.) Abschriften aus LG Wien Vg 2d Vr 2092/45 gegen Ernst BURIAN u.a.
- b.) Einbezogenen Akt LG Wien Vg 2f Vr 1356/45 gegen Dr. Friedrich NÖTZL

AKTENVERMERK 15.11.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 2d Vr 1187/47 gegen Dr. Friedrich NÖTZL fehlen:

ONr. 26 Blatt 75

ONr. 46 Blatt 205

ONr. 47 Blatt 209

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

NÖTZL Friedrich, Dr., geb. 11. Juni 1894 in Wien
Notar und Rechtsanwalt
Richter am Landesgericht Wien, Landesgerichtsrat
NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 299.534
1936: Notariatskanzlei in Eisenstadt
Vorsitzender des Kreisgerichts der NSDAP in Eisenstadt
Kreisredner
1942: Übersiedelung nach Wien
Ehrenamtlicher Mitarbeiter im Gaugericht Niederdonau
Ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Rechtsberatung des Gaus Niederdonau
Vertreter der Notare und Rechtswahrerbund Gau Wien
April 1945: Beisitzer des Standgerichts in Scheibbs
26.7.1946: Tod des Beschuldigten im Lager Glasenbach

Geograph. Bezug: Eisenstadt (Burgenland)
Scheibbs (Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2b Vr 1187/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1205
DÖW-Signatur V1135/1-28

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required
Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 8e Vr 92/54 (Vg 11 Vr 3607/45)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 18865/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Registrierungsbruch und Illegalität

Volkgerichtsverfahren gegen: Anton LESTINA,
Helene SCHLOSSER,
Rosa STRASSER und
Otto TÖGELHOFER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen) und § 7 KVG (Denunziation)

Opfer: ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Meidling)

Tatvorwürfe:

Illegalität und Registrierungsbruch des Anton LESTINA

Denunziation des Dr. Karl PORADEK und seiner Mutter Bozena PORADEK durch die vier Beschuldigten. Rosa STRASSER soll durch Drohungen versucht haben, die Mutter des Karl PORADEK zum Beitritt zur NSV zu zwingen. Da dies erfolglos war, soll sie Anzeige bei Anton LESTINA, Leiter der Ortsgruppe Flurschutz, erstattet haben. Dem Zellenleiter Otto TÖGELHOFER wurde zur Last gelegt, ein Verfahren eingeleitet zu haben, um Mutter und Sohn aus der Wohnung in Wien-Meidling Steinbauergasse 1-7/15/5 zu entfernen. Die Hausbesorgerin Helene SCHLOSSER soll in diesem Zusammenhang Spitzeldienste geleistet haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.1.1947: Anklageerhebung gegen Anton LESTINA wegen § 8 VG und § 58 StG in der Fassung 10/1,3 u. 11 VG

19.2.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Helene SCHLOSSER und Rosa STRASSER gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

18.3.1947: Verurteilung des Anton LESTINA wegen § 8 VG und § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung im Rahmen seiner Betätigung für die NSDAP) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

13.9.1947: Aufhebung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof betreff. Schuldspruch nach § 8 VG (5 Os 49/47)

29.10.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Anton LESTINA wegen § 8 VG gemäß dem I.

Hauptstück, Abschn. II, Pkt. 3 Abs. 2 des NS-Gesetzes

18.11.1947: Verurteilung des Anton LESTINA wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

2.12.1947: Bedingte Entlassung des Anton LESTINA

19.8.1954: Einstellung des Verfahrens gegen Otto TÖGELHOFER wegen §§ 10, 11 VG und § 3 KVG gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 8e Vr 92/54:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 8e Vr 92/54 gegen Anton LESTINA u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Einbezogenen Akt LG Linz Vg 8 Vr 3538/46 gegen Anton LESTINA

Hinweise zu LG Wien Vg 1g Vr 4950/45 gegen Heinrich LUNZER (Vertreter des Anton LESTINA in der Ortsgruppe Flurschütz)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

LESTINA Anton, geb. 2. März 1902
Leiter der Ortgruppe Flurschütz
16.5.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 614.034
1939: NSKK, NSFK
ab 26.3.1940: Wehrmacht
Waffen-SS, Hauptscharführer
SS-Unterscharführer

Vizeinspektor der städt. Straßenbahnen
Mitarbeit in der illegalen Betriebszellenorganisation
Vizeinspekteur im Krankenhaus Lainz

"Alter Kämpfer"
Träger der Ostmarkmedaille

SCHLOSSER Helene, geb. 21. Juni 1895 in Wien
Hausbesorgerin

STRASSER Rosa, geb. 24. Oktober 1873 in Wigstadt, Tschechoslowakei
Ende 1941-1944: Hilfsblockwartin bei der NSV

TÖGELHOFER Otto, geb. 22. September 1886 in Wien
1938. NSKK-Mitglied, DAF
1.6.1940: NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 681.292
Blockleiter (Zellenleiter)

8.6.1954: Tod des Beschuldigten

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 18. März 1947 gegen Anton LESTINA

Vorsitzender: OLGR. Dr. Fritz HACKAUF

Richter: OLGR. Dr. Alfred EBERLIN

Schöffen: 3 Männer

Schöffen: Georg HAAS, Rudolf HOLZDORFER und Alfred PTAK

Staatsanwalt: Dr. Adolf MERTZ

Verteidiger: Dr. Rudolf GRANICHSTÄDTEN-CZERVA

Hauptverhandlung vom 18. November 1947 gegen Anton LESTINA

Vorsitzender: Dr. MITTERER

Richter: OLGR. Dr. DOLLMAYER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karl LEHNER, Anna FÜHRLINGER und Adalbert BISS

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Rudolf GRANICHSTÄDTEN-CZERVA

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Meidling)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 8e Vr 92/54

FStN-Mikrofilm Nr. 1205
DÖW-Signatur V1136/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11 Vr 7636/46

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 45809/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an Irene HIRSCH im Rahmen der Arisierung ihres Hauses mit Nebengebäuden und Garten in Wien-Döbling, Neustift am Walde Nr. 12 im Juli 1941

Volksgerichtsverfahren gegen:

Walter PURKHART,
Dr. Richard KAUREK und
Dr. Max KAPILLER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen)
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Döbling)

Tatvorwürfe betreff. den Hauptbeschuldigten PURKHART:

Illegalität, ab 1935 Tätigkeit im illegalen Nachrichtendienst der SS u.a. Verbindungsmann des illegalen Landesleiters der NSDAP-Österreich Hauptmann Leopold und Sonderkurier des SS-Oberabschnittes

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen begangen an Irene HIRSCH durch Walter PURKHART, der ihr, für den Fall, dass sie sich weigern sollte mit ihm einen so genannten "Kaufvertrag" abzuschließen, mit der Einweisung in das Sammellager Große Sperlgasse drohte. Unterstützung erhielt er, auf Vermittlung von SS-Obersturmführer Dr. Max KAPILLER, vom Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, Alois BRUNNER, der auf Irene HIRSCH entsprechenden Druck ausübte.

Arisierung eines Hauses mit Nebengebäuden und Garten in Wien-Döbling, Neustift am Walde Nr. 12 am 25. Juli 1941 durch Walter PURKHART. Geschädigte waren Irene HIRSCH und ihre beiden Söhne, Dr. Paul und Ing. Wilhelm HIRSCH. An dieser Liegenschaften zeigte neben Walter PURKHART auch Dr. Richard KAUREK großes Interesse.

Denunziation der Irene HIRSCH beim Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, Alois BRUNNER, um sie aus rassistischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zur Unterzeichnung eines so genannten "Kaufvertrags" zu zwingen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

26.7.1947: *Anklageerhebung gegen Walter PURKHART* wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11

VG, § 3 KVG und § 7 Abs. 2 lit b und d KVG

4.8.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Dr. Richard KAUREK wegen §§ 10, 11 VG und § 6 KVG und Dr. Max KAPILLER wegen §§ 10, 11 VG und § 7 KVG zu LG Wien Vg 4 Vr 6005/47

3.2.1948: Verurteilung des Walter PURKHART wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 3 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 7 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 7636/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11 Vr 7636/46 gegen Walter PURKHART u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Hinweise zu LG Wien Vg 4 Vr 6005/47 gegen Richard KAUREK und Dr. Max KAPILLER

Hinweise darauf, dass der Beschuldigte Dr. KAUREK eine Grossdrogerie in Wien-Josefstadt und eine Apotheke in Wien-Favoriten arisiert haben soll

Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit betreff. Vorgänge rund um die Arisierung der Liegenschaft Wien-Döbling, Neustift am Walde 12. An diesem lukrativen Objekt waren Walter PURKHART und Dr. Richard KAUREK gleichermaßen interessiert.

Abschrift des so genannten "Kaufvertrags" zwischen Irene HIRSCH und Walter PURKHART vom 25. Juli 1941

AKTENVERMERK 17.11.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 11 Vr 7636/46 gegen Walter PURKHART u.a. fehlen:

ONr. 40 Blatt 239

ONr. 65 Blatt 337
ONr. 66 Blatt 339
ONr. 83 Blatt 405/407
ONr. 90 Blatt 421

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

KAUREK Richard Dr., geb.
1932: NSDAP-Mitglied

KAPILLER Max Dr., geb.
SS-Obersturmführer
SD-Angehöriger, Abteilung für Wirtschaft

PURKHART Walter, geb. 13. Oktober 1911 in Linz
vor 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 414.790 dann Austritt
September 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 222.087
März 1938: Gauhauptstellenleiter, Abteilungsleiter im Landesnährungsamt
Beamter des Reichsnährstandes
Stabsleiter der Landesbauernschaft Niederdonau
10.7.1940: SS-Untersturmführer
1942: SS-Obersturmführer
September 1945: Glasenbach

SS-Untersturmführer
SS-Obersturmführer
SS-Oberscharführer
Gauakt Nr. 114.879

"Alter Kämpfer"
Altparteigenosse

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 28. November 1947 gegen Walter PURKHART
Vorsitzender: LGR. Dr. ZEILINGER
Richter: OLGR. Dr. OMINGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Karl BROZ, Marie HOGL und Raimund KACEROVSKY
Staatsanwalt: Dr. HICKE
Verteidiger: Dr. Max von CHIZZALI-BONFADIN

Hauptverhandlung vom 3. Februar 1948 gegen Walter PURKHART

Vorsitzender: LGR. Dr. ZEILINGER
Richter: OLGR. Dr. PÖLZL
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Ferdinand HANGL, Marie PELLER und Rudolf RECHTBERGER
Staatsanwalt: Dr. ALTMANN
Verteidiger: Dr. Rudolf DESIMAYER für Dr. Max von CHIZZALI-BONFADIN

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Döbling)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 11 Vr 7636/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1206

DÖW-Signatur V1137/1-30

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 1128/45 (2 Bände und Beiakten)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 4321/48 (15 St 10633/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren wegen Arisierung des Unternehmens "Österreichische Zuckerindustrie AG" inklusive Firmenvermögen und Grundstücke in Bruck an der Leitha (Niederösterreich) durch Clemens AUER von November 1938 bis September 1939. Mehrheitseigentümer war die Familie Bloch-Bauer.

Volksgerichtsverfahren gegen:

Clemens AUER,
Trude KARNITSCHNIGG
Walter MALEK,
Karl RIGAL und
Leonhard WOLZT

wegen (§§): § 11 VG (Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation),
§§ 181, 183 StG (Veruntreuung)
und § 205c StG (Betrug, Untreue)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Bruck an der Leitha-Niederösterreich)

Tatvorwürfe betreff. den Hauptbeschuldigten Clemens AUER:

Arisierung der Österreichischen Zuckerindustrie A.G. durch Clemens AUER. Der Beschuldigten soll sich in der Zeit von November 1938 bis September 1939 durch Ankauf von bisher in jüdischem Besitz befindlichen Aktienpaketen der Österreichischen Zuckerindustrie AG missbräuchlich bereichert haben.

Dem von ihm eingesetzten Direktor Karl RIGAL wurde vorgeworfen, Firmenvermögen in der Höhe von zwei Millionen Reichsmark veruntreut zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.4.1947: *Einstellung des Verfahrens gegen Karl RIGAL* gemäß
§ 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des
Untersuchungsrichters)

15.4.1948: *Ausscheidung des Verfahrens gegen Trude KARNITSCHNIGG und Walter MALEK* zu LG
Wien Vg 2a Vr 6363/48

2.12.1948: *Einstellung des Verfahrens gegen Clemens AUER* wegen
§ 6 KVG gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Leopold WOLZT wegen § 6 KVG gemäß § 90 StPO
(Zurücklegung der Anzeige)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11 Vr 1128/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11 Vr 1128/45 gegen Clemens AUER u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Hinweise zu LG Wien Vg 2a Vr 6363/48 gegen Trude KARNITSCHIGG und Walter MALEK

Hinweise zu LG Wien Vg 3c Vr 1764/45 gegen Ing. Heinrich RÜDEGGER wegen Arisierung der
Metallschlauchfabrik Engerau

Grundbuchsauszug der Brucker Zuckerfabrik

Bilanzabschriften der Brucker Zuckerfabrik Clemens AUER aus den Jahren 1939 und 1940
(Eröffnungsbilanz und richtiggestellte Eröffnungsbilanz)

Belastendes Sachverständigengutachten Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK vom 9. Juli 1946

Belastendes Gutachten Univ.- Prof. Dr. Anton HAAR vom 1. Juli 1947

Entlastendes Gutachten Hofrat Dipl.-Ing. Otto KORWIK vom 19. September 1947 und 10. Mai
1948

Entlastendes Gutachten Dipl.-Kfm. Hermann LANG aus Braunschweig vom 23. Oktober 1947

Entlastendes Gutachten der Rheinisch-Westfälischen „Revision“ Treuhand A.G. vom 22. Juli
1948

Unterlagen der Wiener Börsenkammer

Abschrift Urteil des Obersten Gerichtshofs 5 Os 105/47 vom 26. Februar 1948 betreff. LG Graz
Vg 1 Vr 4430/46 gegen Johann WINKLER

Akt Bezirksgericht Bregenz Hs 477/48 Zeugeneinvernahme Leonhard WOLZT, ehem. Direktor der
Länderbank AG

Unterlagen der Brucker Zuckerfabrik Clemens AUER aus der NS-Zeit

Berichte über die Arisierung der Österr. Zuckerindustrie AG in englischer Sprache

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

AUER Clemens, geb. 27. Juni 1894 in Köln

1939: Treffen mit dem österr. Handelsminister FISCHBÖCK in Berlin

NSDAP-Mitglied
Altparteigenosse

KARNITSCHNIGG Trude, geb. 23. März 1903

MALEK Walter, geb. 21. Mai 1899

RIGAL Karl, geb. 2. Februar 1888 in Wien
Direktor und Gesellschafter der Brucker Zuckerfabrik Clemens Auer
Parteianwärter
Kommerzialrat
1926: Direktor der Rohrbacher Zuckerfabrik in Brünn
1926: Wechsel zur Hirmer Zuckerfabrik AG
1930: christlichsozialer Landtagsabgeordneter im Burgenland

WOLTZ Leonhard, geb.
Direktor der Länderbank

Geograph. Bezug: Österreich (Bruck an der Leitha- Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 11 Vr 1128/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1206

DÖW-Signatur V1138/1-29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 13b Vr 7982/46 (2 Bände)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1798/49 (15 St 47659/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Arisierung der Firma Julius SCHILLER - Handel mit Papier-Schreib- und Zeichenwaren - in Wien-Döbling, Stadtbahnviadukt 173-174 am 8. Dezember 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Karl TRAXLER und
Karl RADLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Döbling)

Tatvorwürfe:

Arisierung der Firma Julius SCHILLER - Handel mit Papier-Schreib- und Zeichenwaren - in Wien-Döbling, Stadtbahnviadukt 173-174 durch TRAXLER in Zusammenwirken mit dem kommissarischen Verwalter RADLER. Fritz SCHILLER wurde im KZ Dachau gezwungen, die Firma an TRAXLER zu "verkaufen". Auf die beiden anderen Gesellschafter Walter und Klara SCHILLER übte die Gestapo Druck aus, um sie zum "Verkauf" zu zwingen.

Denunziation des Fritz SCHILLER im November 1938. Er wurde nach Dachau deportiert und starb wenige Monate später.

Der Beschuldigte RADLER soll im Jahr 1938 die Wohnung der Familie HERZL in Wien-Landstraße, Weyrgasse 8 arisiert haben. Er wurde weiters beschuldigt, eine Buchdruckerei in Wien-Döbling, Klotzgasse und Philippovichgasse 16 arisiert zu haben.

Registrierungsbetrug des Karl TRAXLER am 21. November 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

15.10.1946: Tod des Beschuldigten RADLER

8.1.1947: *Einstellung des Verfahrens gegen Karl RADLER* gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

- 10.2.1949: Anklageerhebung gegen Karl TRAXLER wegen § 6 KVG
- 17.2.1949: Einstellung des Verfahrens gegen TRAXLER wegen § 8 VG und § 7 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 9.5.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Karl TRAXLER wegen § 6 KVG gemäß § 227/1 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)
- 15.9.1950: Aufhebung des Einstellungsbeschlusses durch das Oberlandesgericht Wien, da das Verfahren, ohne dem Privatbeteiligten Walter SCHILLER vorher Gelegenheit zu einer Erklärung zu geben, eingestellt worden war
- 18.12.1950: Freispruch des Karl TRAXLER gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 13b Vr 7982/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 13b Vr 7982/46 gegen Karl TRAXLER und Karl RADLER:

Der gegenständliche Akt enthält

Hinweise auf den Rückstellungsakt 50 RK 99/48

Hinweise auf den Arisierungssakt 8378 Ha

Bilanzen der Firma J. SCHILLER

Sachverständigengutachten Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK vom 4. März 1947

Ergänzungsgutachten SEDLAK vom 18. Juni 1947

Zusatzgutachten SEDLAK vom 15. Februar 1948

Belastendes Sachverständigengutachten Rudolf Ferdinand ERBSTEIN vom 6. Oktober 1947

Belastendes Sachverständigengutachten Josef SINGER vom 10. Dezember 1948

Entlastendes Sachverständigengutachten Felix ROMANIK vom 2. Februar 1950

Ergänzungsgutachten ROMANIK vom 15. Dezember 1950

Sachverständigengutachten Arthur MATERNO vom November 1950

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

RADLER Karl, geb. 10. Mai 1897 in Wien
Buchhalter
kommissarischer Verwalter des Firma J. Schiller
Illegaler
Mitglied der Ortsgruppe "Pulverturm"

TRAXLER Karl, geb. 26. November 1901 in Wien
Propagandaleiter der Deutschen Arbeitsfront der Ortsgruppe "Pulverturm"

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 21. November 1950 (Fortsetzung 27. November und 18. Dezember) gegen
TRAXLER

Vorsitzender: LGR. Dr. PAUSINGER
Richter: OLGR. Dr. SCHRÖFFL
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Otto ZERBS, Paul DOBROWODSKY und Helene KNECHTELSTORFER

Subsidiarankläger (Staatsanwalt): Privatbeteiligter
Walter SCHILLER vertreten durch Dr. Viktor ENGELMANN

Privatbeteiligter: Walter SCHILLER

Sachverständige: Arthur MATERNO
Josef SINGER
Ferdinand ERBSTEIN
Felix ROMANIK

Verteidiger: Dr. Julius Robert BEINERTH

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Döbling
und Wien-Landstraße)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 13b Vr 7982/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1206+1207

DÖW-Signatur V1139/1-76

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien 31 Vr 675/56 (3 Bände) (Vg 1a Vr 8651/46)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25613/55 (15 St 35003/47, 15 St 48821/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Angehörigen der Vaterländischen Front aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt am 23. April 1938 in Hainburg an der Donau (Niederösterreich)

Volksgerichtsverfahren gegen: Leopold BRIER,
Johann DOMSCHITZ,
Leopold DOMSCHITZ,
Marie DOMSCHITZ,
Rosa DOMSCHITZ,
Ulrich ESEL,
Josef FARTELY,
Maria FARTELY,
Johann GABRIEL,
Walter GERWEIS,
Karl GUTLEBER,
Marie HESZTERA
Konrad ILITY,
Antonie KLEEDORFER,
Franz KLEEDORFER,
Elisabeth KORNER,
Rudolf KORNER,
Konrad KÖNIGSHOFER,
Dr. Leopold LANGER,
Heinrich LEMOCH,
Karl MAYER,
Stefan NIEFERGALL,
Emil POLAK,
Johann PSCHIL,
Anton RASCHER,
Franz RASCHER und
Marie RASCHER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung) und
§§ 5, 134 StG (Mitschuld am Verbrechen des Mordes) und
§§ 197, 199a StG (Betrug)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Hainburg-Niederösterreich)

Tatvorwürfe:

Am Braunsberg bei Hainburg an der Donau (Niederösterreich) wurde zum Andenken an den ermordeten Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ein Denkmal, genannt das Dollfuß-Kreuz, errichtet. Nach der Besetzung Österreichs wurde der Plan gefasst, dieses Denkmal abzutragen. Am 23. April 1938 forderte der Ortsgruppenleiter von Hainburg, Emil Polak, Angehörige der Vaterländischen Front auf sich im Sturmlokal der SA zu versammeln und auf den bei Hainburg gelegenen Braunsberg zu marschieren. Unter Aufsicht von Angehörigen der Ortsgruppe Hainburg mußte sie dann das Kreuz umsägen und in einer Art Kreuzzug ("Kreuzzug vom Braunsberg", "Hainburger Kreuzzug") mehrmals durch das Stadtgebiet tragen. Dabei wurden sie beschimpft, bespuckt, gestoßen und geschlagen.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

13.11.1947: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 6a Vr 4737/47 gegen Emil POLAK in das gegenständliche Verfahren

30.12.1947: Unterbrechung des Verfahrens gegen Konrad ILITY, Walter GERWEIS und Anton RASCHER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

9.4.1948: Anklageerhebung gegen Emil POLAK, Franz RASCHER, Karl GUTLEBER, Ulrich ESEL, Johann DOMSCHITZ, Dr. Leopold LANGER, Josef FARTELY, Leopold DOMSCHITZ und Karl MAYER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG

Anklageerhebung gegen Maria FARTELY und Konrad KÖNIGSHOFER wegen § 4 KVG

29.4.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Marie DOMSCHITZ und Antonie KLEEDORFER wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Johann GABRIEL gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

14.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf und Elisabeth KORNER wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 5 StG, § 134 und § 5 StG, § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz KLEEDORFER wegen §§ 10, 11 VG, §§ 1, 3, 4, 6 KVG und § 134 StG zu LG Wien Vg 6d Vr 7463/46

- 14.9.1948: Einstellung des Verfahrens gegen Heinrich LEMOCH wegen § 4 KVG gemäß § 109 StPO
- Einstellung des Verfahrens gegen Johann PSCHILL wegen § 11 VG und § 4 KVG gemäß § 34/2 StPO (Nichtverfolgung der Straftat auf Antrag der Staatsanwaltschaft)
- Einstellung des Verfahrens gegen Leopold BRIER, Marie RASCHER, Rosa DOMSCHITZ und Marie HETZERA gemäß § 109 StPO
- Einstellung des Verfahrens gegen Stefan NIEFERGALL wegen § 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 17.9.1948: Anklageerhebung gegen Anton RASCHER wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG
- 21.10.1948: Anklageerhebung gegen Konrad ILITY wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG
- 26.11.1948: Verurteilung des Emil POLAK wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 18 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- Verurteilung des Karl GUTLEBER (1 Jahr), des Ulrich ESEL (1 Jahr), des Josef FARTELY (15 Monate), des Leopold DOMSCHITZ (1 Jahr), des Karl MAYER (15 Monate), des Anton RASCHER (20 Monate) und des Konrad ILITY (2 Jahre) wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG. Vermögensverfall.
- Verurteilung der Maria FARTELY wegen § 4/1 KVG zu 4 Monaten Kerker. Kein Vermögensverfall.
- Freispruch des Emil POLAK betreff. Dienstausszeichnung der NSDAP in Bronze und Johann DOMSCHITZ betreff. Handlung aus verwerflicher Gesinnung in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP und SA gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- Freispruch des Emil POLAK wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO
- Freispruch des Johann DOMSCHITZ wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO
- 26.11.1948: Freispruch des Franz RASCHER und des Konrad KÖNIGSHOFER wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO
- Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz RASCHER wegen §§ 10, 11 VG zu dem Verfahren wegen § 4 KVG (Heranziehung ehemaliger Angehöriger der Vaterländischen Front zum Abkratzen und Abwaschen von Plakaten) zu LG Wien Vg 5a Vr 221/49
- 2.12.1948: Ausscheidung des Verfahrens gegen Heinrich LEMOCH zu LG Wien Vg 5a Vr 222/49
- 17.2.1949: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann PSCHILL wegen §§ 197, 199a StG zu Staatsanwaltschaft LG Wien 23a Vr 1863/49

- 9.3.1949: Freispruch des Dr. Leopold LANGER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)
- 26.1.1956: Fortsetzung des Verfahrens gegen Walter GERWEIS wegen §§ 10, 11 VG und § 4 KVG unter LG Wien 31 Vr 675/56
- 12.4.1956: Einstellung des Verfahrens gegen Walter GERWEIS gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien 31 Vr 675/56:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 31 Vr 675/56 gegen Emil POLAK u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Material der KPÖ Hainburg aus der NS-Zeit

Hinweise auf die Verfahren:

LG Wien Vg 6d Vr 7463/46 gegen Franz KLEEDORFER

LG Wien Vg 1c Vr 2260/45 gegen Dr. Erich ROLAND

LG Wien II 3 Vr 3736/34 gegen Franz KLEEDORFER

LG Wien II 4 Vr 3332/35 gegen Emil POLAK

LG Wien II 2 Vr 4853/37 gegen Karl GUTLEBER

Einbezogene Akten:

Bezirksgericht Hainburg Z 292/46 gegen Elisabeth und Rudolf KORNER

Bezirksgericht Hainburg Z 248/48 gegen Konrad ILITY

LG Wien Vg 6a Vr 4737/47 gegen Emil POLAK

LG Wien Vg 5b Vr 5569/47 gegen Heinrich LEMOCH

Teilakt LG Linz Vg 8 Vr 7812/47 gegen Leopold DOMSCHITZ

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BRIER Leopold, geb. 16. Juli 1901 in Prerau (Tschechoslowakei)

Angestellter

15.9.1938: SS-Angehöriger

30.1.1939: SS-Unterscharführer

DOMSCHITZ Johann, geb. 20. Mai 1913 in Hainburg
Bäcker
1.2.1938: NSDAP-Mitglied und Angehöriger der SA, Scharführer

DOMSCHITZ Leopold, geb. 21. August 1918 in Hainburg
Dachdecker
1.8.1936: NSDAP-Mitglied und Angehöriger der SA, Oberscharführer
Block- und Zellenleiter in der Ortsgruppe Hainburg

DOMSCHITZ Marie, geb. 30. März 1879 in Hundsheim, Bez. Bruck an der Leitha (Niederösterreich)
Pensionistin

DOMSCHITZ Rosa, geb. 5. August 1890 in Deutsch-Altenburg
Pensionistin

ESEL Ulrich, geb. 3. Februar 1904 in Petronell (Niederösterreich)
Schuhmacher
1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 896.560
21.1.1932: SA, Scharführer

FARTELY Josef, geb. 24. Oktober 1914 in Hainburg
Mai 1932: HJ-Angehöriger
1.5.1938: SA-Angehöriger
30.6.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 9, 044.159

FARTELY Maria, geb. 24. November 1886 in Prellenkirchen, Bez. Bruck an der Leitha (Niederösterreich)
Pensionistin

GABRIEL Johann, geb.
SA-Angehöriger

GERWEIS Walter, geb. 21. Oktober 1913 in Hainburg
Angestellter
1.7.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 159.801 und Angehöriger der SA, Obertruppführer

Blutordensträger

GUTLEBER Karl, geb. 19. September 1918 in Hainburg
Maurer
25.3.1937: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 171.229 und Angehöriger der SA
20.12.1937: 2 Monate Kerker

"Altparteigenosse"
Träger der Ostmarkmedaille

HESZTERA Maria, geb. 26. Oktober 1906 in Hainburg
Schwester des Franz KLEEDORFER
Damenschneiderin

ILITY Konrad, geb. 23. September 1912 in Hainburg
Zollbeamter
1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 186.674
11.4.1933: SA-Angehöriger
1933: Flucht nach Deutschland, Angehöriger der Österr. Legion
1938: Rückkehr nach Österreich
1.8.1938: Zollbeamter
16.3.1942: Wehrmacht

"Alter Kämpfer"
"Altparteigenosse"

KLEEDORFER Antonie, geb. 6. Jänner 1883 in Hainburg
Pensionistin

KLEEDORFER Franz, geb. 7. März 1908 in Hainburg
Maler und Anstreicher
1933: SA-Angehöriger, Mitglied der illegalen NSDAP
Verurteilung zu 2 Jahren und 5 Monaten schweren Kerkers wegen illegaler Betätigung für die NSDAP
11.1938-4.1940: Schutzpolizist in Engerau
Erster Adjutant von Seyss-Inquart in Holland
Beteiligung an der Ermordung von Jüdinnen und Juden in Holland und Griechenland
Vorwurf der Beteiligung an der Ermordung ungar-jüdischer Zwangsarbeiter aus Engerau
Mitwirkung an der Ermordung von Biedermann, Huth und Raschke

Blutordensträger
"Bluthund von Athen"

KORNER Elisabeth, geb. 18. September 1885 in Wien
13.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 171.249
Aneignung von 12.000 RM
Mitwirkung an unmittelbar vor Kriegsende von KLEEDORFER verübten Morden an 2 Personen

KORNER Rudolf, geb. 8. Oktober 1889 in Alt-Rotwasser (Tschechoslowakei)
Elektriker
1.5.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 901.612
Mitglied der NSV, des NS Fliegerkorps, des NS Reichkolonialbundes und des NS-Reichsluftschutzbundes
1.11.1939-1.4.1945: Zellenleiter
Aneignung von 12.000 RM
Mitwirkung an unmittelbar vor Kriegsende von KLEEDORFER verübten Morden an 2 Personen

Träger der Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938

KÖNIGSHOFER Konrad, geb. 28. März 1896 in Klein-Motten, Bez. Waidhofen an der Thaya
(Niederösterreich)
Pensionist

LANGER Leopold, Dr., geb. 7. Oktober 1910

Arzt, Truppenarzt bei der Wehrmacht
18.3.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 522.458
1.5.1933: SA-Angehöriger, Truppführer
26.1.1939: Ausbezahlung einer Wiedergutmachung in der Höhe von RM 200.-

"Alter Kämpfer"
Träger der Ostmarkmedaille

LEMOCH Heinrich, geb. 24. Juni 1904 in Hainburg
Beamter
22.2.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 441.368
Blockleiter in der Ortsgruppe Hainburg
22.2.1931: SA-Angehöriger, Scharführer, Nr. 29530
1932: Propagandaleiter
4.1932-9.1936: Tätigkeit in der NSBO-Leitung
6.6.1936: Flucht nach Deutschland

MAYER Karl, geb. 20. Dezember 1906 in Hainburg
Kraftwagenlenker

22.2.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 441.389, Angehöriger der SA, Scharführer
bis 1932: Ortsgruppenleiter von Hainburg

April 1934: Flucht nach Deutschland
Angehöriger der Österr. Legion
SA-Obertruppführer

"Alter Kämpfer"
Träger der Ostmarkmedaille

NIEFERGALL Stefan, geb. 1. November 1901 in Hainburg
Hilfsarbeiter

POLAK Emil, geb. 8. Mai 1906 in Hainburg
Angestellter des Finanzamts
22.2.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 441.418
Ortsgruppenleiter von Hainburg
Bereitschaftsleiter
9.11.1935: Verurteilung zu 1 Jahr strengem Arrest

Blutordensträger
Träger der Erinnerungsmedaille

PSCHIL Johann, geb. 12. Juli 1901 in Stockerau
Hilfsarbeiter
1.10.1933: NSDAP-Mitglied
19.7.1934: 6 Monate wegen Vergehen nach dem Sprengstoffgesetz

Träger der Erinnerungsmedaille

RASCHER Anton, geb. 7. September 1912 in Hainburg
Fleischhauer

16.8.1933: Verlust der österr. Staatsbürgerschaft

1933-1938: Aufenthalt in Deutschland, Angehöriger der Österr. Legion

RASCHER Franz sen., geb. 9. November 1882 in Hainburg
Pensionist

14.5.1933-2.1.1939: NSDAP-Mitglied

RASCHER Marie, geb. 1. Februar 1887 in Purbach (Eisenstadt)
Pensionistin

Opfer:

CEYKA, Franz

HLAVATY oder HLAWATY, Otto

KORSCHINEK, Gottlieb

KUHN, Johann

KÜTTNER, Leopold

LOIBL, Rudolf

MIKULITSCH, Anton

MITTERMAIER, Franz

MORITZ, N.

PRATSCHER, Johann

RAMPAK, Ernst

SCHWARZ, Johann

STOCKINGER, Leopold

WINDHOLZ, Matthias

ZEILER, Josef

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 22.-26. November 1948

Vorsitzender: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Hermann TENSCHERT, Maria KALUS und Roman FLEISCHANDERL

Staatsanwalt: Dr. COCA

Verteidiger:

Dr. Otto BILZER (POLAK)
Dr. Hans WIALA (Franz RASCHER)
Dr. Hans BITTESNECK (GUTLEBER)
Dr. Walter DOPPLER f. Dr. Florian DOPPLER (ESEL)
Dr. LEISIGANG für Franz BIXNER (Johann DOMSCHITZ)
Dr. Hermann MÜNICH für Dr. Heinrich WILLE (Dr. LANGER)
Dr. KREPLER für Dr. GÜRTLER (Josef und Maria FARTELY,)
Dr. Albrecht MAJER (Leopold DOMSCHITZ)
Dr. L. BONDI (Karl MAYER)
Dr. BREITLER (KÖNIGSHOFER)
Dr. BROSENBAUER (Anton RASCHER)
Dr. Franz Karl GRIES (ILLITY)

Hauptverhandlung vom 9. März 1949 gegen Dr. Leopold LANGER

Vorsitzender: Dr. SCHACHERMAYR
Richter: OLGR. Dr. SCHMIED
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Franz RUTIC, Konrad MELICHAR und Helene KREUZINGER
Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Hermann MÜNICH f. Dr. Heinrich WILLE

Geograph. Bezug: Österreich (Hainburg an der Donau-Niederösterreich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 1a Vr 8651/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1207

DÖW-Signatur V1140/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 4d Vr 2705/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 16565/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Ermittlungsverfahren wegen Illegalität, Arisierungsverbrechen und Denunziation von politischen Gegnern durch den Verleger Friedrich BOHNENBERGER

Volksgerichtsverfahren gegen:

Friedrich BOHNENBERGER

wegen (§§): §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Missbräuchliche Bereicherung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 197 StG (Betrug)

Opfer: Jüdinnen/Juden und Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Alsergrund und
Wien-Döbling)

Tatvorwürfe :

Illegalität, ab 1937 Vorbereitung des Anschlusses an Deutschland durch Einfuhr und Verkauf von NS-Propaganda wie z.B. "Mein Kampf" oder Bildern von Hitler und Göring

Arisierung der Firma Elegance Wiener Moden Ges.m.b.H., Wien-Innere Stadt, Kärntnerstraße 32 des Ehepaares Lazlo und Hedwig UNGAR und den damit in Verbindung stehenden Modegeschäften in Wien-Innere Stadt, Rotenturmstraße 19 und Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 74b im Oktober 1939

Arisierung zweier Zinshäuser in Wien-Alsergrund, Tendlergasse 15 und 17 am 6. Oktober 1938. Die Häuser befanden sich im Besitz von Dr. Walter FRÖHLICH-FELDAU (45%), Dr. Rudolf TERSCH (7%), Helene MEYER (3%) und der Wohnpalais Tendlergasse 15-17 Ges.m.b.H. (45%)

Arisierung einer Villa des Leopold LIPSCHÜTZ in Wien-Döbling, Hartäckerstraße 18 am 27. August 1938

Denunziation der Brüder Alfred und Eduard RABOFSKY wegen kommunistischer Betätigung im November 1941. Eduard RABOFSKY erhielt eine zweijährige Haftstrafe, Alfred RABOFSKY wurde im September 1944 hingerichtet.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.11.1945: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

26.4.1946: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 6, 7 KVG gemäß § 109 StPO

1.8.1947: Ausscheidung des Verfahrens wegen Diebstahl und Erpressung des Eduard

RABOFS
KY zu
LG
Wien
21 Vr
7724/4
6

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 4d Vr 2705/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 4d Vr 2705/45 gegen Friedrich BOHNENBERGER:

Der gegenständliche Akt enthält

Abschriften von Unterlagen der NSDAP betreff. Parteiausschluss des Friedrich BOHNENBERGER wegen parteischädigendem Verhalten

Abschrift eines "Kaufvertrags" zwischen Leopold LIPSCHÜTZ und Friedrich BOHNENBERGER vom 27. August 1938

Abschrift eines "Kaufvertrags" zwischen den Eigentümern der Häuser Tendlergasse 15-17 und BOHNENBERGER vom 6. Oktober 1938

Entlastendes Gutachten des Wirtschaftsberaters Otto ENGELMANN betreff. Arisierung der Firma Elegance und der dazugehörigen Geschäfte vom 28. September 1945

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

BOHNENBERGER Friedrich, geb. 24. Februar 1889 in Unterreichenbach in Kreis Calw (Deutschland)

Verleger

NSDAP-Mitglied, Nr. 384.635

1931: Persönliches Empfehlungsschreiben von Hitler, dass er dann den in seinem Verlag erschienenen Werk ("Erbe unserer Ahnen") beilegte

1936: Parteiausschluss in Stuttgart

7.1937: Übersiedelung nach Wien, Gründung eines Verlagsgeschäftes in Wien-Alsergrund, Garnisongasse 3

Verbreitung von NS-Publikationen

Gründung der Friedrich Bohnenberger Verlags- und Reisebuchhandlung

9.6.1942: Parteiausschluss in Wien

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Döbling)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 4d Vr 2705/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1207

DÖW-Signatur V1141/1-36

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11g Vr 1467/47 (2 Bände)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 1580/47

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Denunziation - auch mit Todesfolge - von Mitarbeitern des Gaswerks Leopoldau in Wien-Floridsdorf Ende Oktober 1941

Volksgerichtsverfahren gegen:

Vinzenz BRANTNER,
Christian DAX,
Johann FEES,
Leopold GEYER,
Richard HABERHAUER,
Josef MENSCHIK oder MENCZIK,
Anton PROKSCH,
Anton SCHREIBER,
Michael SCHULZ,
Franz STOCKINGER und
Rudolf ZIEGLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 7/3 KVG (Denunziation mit Todesfolge)

Opfer: Widerstand/Opposition

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Floridsdorf)

Tatvorwürfe :

Illegalität

Denunziation von Mitarbeitern des Gaswerks Leopoldau in den Jahren 1941 und 1942. Insgesamt 9 Beschuldigte wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet oder im April 1945 in der Strafanstalt Stein erschossen. 14 Verurteilte erhielten Gefängnisstrafen zwischen 1 und 15 Jahren.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.2.1947: Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann PROKSCH, Michael SCHULZ, Franz STOCKINGER, Vinzenz BRANTNER, Anton SCHREIBER, Josef MENSCHIK oder MENCZIK, Johann FEES, Christian DAX, Rudolf ZIEGLER, Richard HABERHAUER und Leopold GEYER aus dem Verfahren LG Wien Vg 3b Vr 4461/45 gegen Adolf RATZEK u.a.

3.7.1947: Anklageerhebung gegen Johann FEES und Leopold GEYER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG

Anklageerhebung gegen Johann FEES, Leopold GEYER und Richard HABERHAUER wegen § 7/2b KVG und § 7/3 KVG

Anklageerhebung gegen Leopold GEYER wegen § 8 VG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten

27.9.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Anton SCHREIBER und Vinzenz BRANDTNER wegen § 7 KVG (Denunziation des Franz BUCHHAMMER) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Rudolf ZIEGLER und Josef MENCZIK wegen § 7 KVG (Rudolf SKET, Franz KUCHAR und Josef FOHRINGER) gemäß § 109 StPO

Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz STOCKINGER wegen § 7 KVG (Denunziation des Franz BUCHHAMMER) zu LG Wien Vg 12 Vr 6360/47

Ausscheidung des Verfahrens gegen Johann PROKSCH und Christian DAX wegen § 7 KVG (Denunziation des Josef BRUNNER) zu LG Wien Vg 3b Vr 6358/47

Ausscheidung des Verfahrens gegen Michael SCHULZ wegen § 7 KVG (Denunziation des Ludwig HAUNOLD) zu LG Wien Vg 13 Vr 6359/47

16.12.1947: Verurteilung des Richard HABERHAUER wegen § 7/2b KVG (Rudolf SKET, Franz KUCHAR und Josef FOHRINGER) zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch des Johann FEES und des Leopold GEYER wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 7/2b KVG und § 7/3 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11g Vr 1467/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 11g Vr 1467/47 gegen Johann FEES u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Abschriften

LG Wien Vg 3b Vr 4461/45 gegen Adolf RATZEK u.a.

Anklageschrift O Js 289/42 der Generalstaatsanwaltschaft Wien vom 28. Juli 1942 gegen Josef PROXAUF und Rudolf SKET wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Urteil 6 OJs 449/42 des Oberlandesgerichts Wien vom 18. Februar 1943 gegen Josef
BRUNNER wegen
Vorbereitung zum
Hochverrat

Urteil 6 OJs 289/42 des Oberlandesgerichtes Wien vom 19. November 1942 gegen Josef
PROXAUF, Rudolf SKET und Johann GIEFING wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Urteil 8 OJs 60/44 des Oberlandesgerichtes Wien vom 5. April 1944 gegen Rudolf
ALBRECHT, Anton FÜHRER, Leopold HAUNOLD, Anton HERTWIG, Karl KADLEC, August
REGELBERGER und Anna NEMEC wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Einbezogene Verfahren

LG Wien Vg 7a Vr 1071/46 gegen Leopold GEYER

LG Wien Vg 2b Vr 4663/46 gegen Rudolf ZIEGLER und Richard HABERHAUER
AKTENVERMERK 8.12.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11g Vr 1467/47 gegen Johann FEES u.a. fehlt:

ONr. 35 Blatt 157

ONr. 54 Blatt 215

ONr. 187 Blatt 143-147

AKTENVERMERK 8.12.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 7a Vr 1071/46 gegen Leopold GEYER fehlt:

ONr. 17 Blatt 83

ONr. 29 Blatt 109

Opferliste:

HINGERICHTETE:

ESCHNER, Alfred (hingerichtet 17.3.1943)
FOHRINGER, Josef (Selbstmord 30.10.1941)
FUHRICH, Leopold (erschossen 6.4.1945 Strafanstalt Stein)
GEBHART, Gustav (erschossen 6.4.1945 Strafanstalt Stein)
HAMMERSCHMIEDT, Josef (hingerichtet 17.3.1943)
HLOBIL, Rudolf (hingerichtet 18.11.1942)
JAROSCH, Franz (hingerichtet 18.11.1942)
KUCHAR, Franz (hingerichtet 17.3.1943)
PORTH, Marian (erschossen 6.4.1945 Strafanstalt Stein)

ZU GEFÄNGNISSTRAFEN VERURTEILTE:

BLASCHEK, Leopold (3 Jahre)
BRUNNER, Josef (4 Jahre)
GIEFING, Johann (4 Jahre)
HAUNOLD, Ludwig (2 Jahre)
HERDEGEN, Karl (15 Jahre)
JERABEK, Franz (2 Jahre)
KIESER, Johann (1½ Jahre)
KLIMT, Franz (10 Jahre)
KRAL, Anton (3 Jahre)
PROXAUF, Josef (4 Jahre)
RITTER, Karl (3 Jahre)
SCHWARZ, August (2 Jahre)
SKET, Rudolf (10 Jahre)
WAGNER, Franz (1 Jahr)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BRANDNER Vinzenz, geb.
Gerüster

DAX Christian, geb. 11. September 1898 in Raggendorf (Ungarn)
SA-Angehöriger

1918-1920: Oberbauarbeiter bei der ungarischen Staatsbahn
Bauarbeiter und Landarbeiter
April 1938: SA
1939: Gleiseleger im Gaswerk Leopoldau
30.3.1943: Wehrmacht

FEES Johann, geb. 4. September 1890 in Deutsch-Wagram
11.4.1911: Kaufm. Beamter im Gaswerk Leopoldau
1.2.1928-Jänner 1934: Hauptbuchhaltung
Jänner 1934-März 1938: Pension wegen illegaler politischer Betätigung
1938-1945: Leiter der kaufm. Abteilung im Städt. Gaswerk
Vorstand der Personalabteilung

20.2.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 453.569
Propagandawart der Betriebszelle der Gaswerke
Juli 1938: NSKK

Träger der Ostmarkmedaille
Schulungs- und Propagandawalter in der Gaufachabteilung
"Alter Kämpfer"

GEYER Leopold, geb. 10. Oktober 1908 in Wien
Betriebsobmann
Motorenschlosser
1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 337.088
1938: SS-Angehöriger Sturm 11/91

"Altparteigenosse"

HABERHAUER Richard, geb. 26. Mai 1906 in Rothmühl (Tschechoslowakei)
Angestellter der städt. Gaswerke

PROKSCH Johann, geb.
SA-Angehöriger

SCHREIBER Anton, geb.
Kanzleiangestellter im Städt. Gaswerk Leopoldau

SCHULZ Michael, geb. 7. März 1907
Maschinenwärter im Gaswerk Leopoldau
Jänner 1939: Parteianwärter

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 16. Dezember 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HACKAUF

Richter: Dr. EBERLIN

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Schöffen: Paula CHRIST, Johann KRIVANEK und Ing. Anton RUBEY

Staatsanwalt: Dr. URICH

Verteidiger:

Dr. Karl KOHLSCHÜTTER (Johann FEES)

Dr. Karl WERNHARD (Leopold GEYER)

Dr. Ignaz BRANDSTETTER (Richard HABERHAUER)

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Floridsdorf)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 11g Vr 1467/47

FStN-Mikrofilm Nr. 1208

DÖW-Signatur V1142/1-29

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 7039/46 (1 Hauptakt und 5 Beiakte)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 501/47 (15 St 42189/46)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierungsverbrechen in Wien-Neubau in den Jahren 1938 und 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Edmund SCHALLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Jüdinnen/Juden und Zivilist

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Sprengel- und Propagandaleiter
"Alter Kämpfer"

Verbrechen der Quälerei begangen an dem Ehepaar Josef und Josefine BRODHEIM. SCHALLER drohte ihnen, für den Fall, dass sie einer Übernahme der Firma und der dazugehörigen Liegenschaften durch ihn nicht zustimmen sollten, mit einer Anzeige bei der Gestapo und der Einweisung in das KZ Dachau.

Arisierung des Möbelhauses "Neubauhof", Inhaber Josef und Josefine BRODHEIM, eines Geschäftes in Wien-Neubau, Kaiserstraße 17 und zweier Häuser in Wien-Neubau, Kaiserstraße 14 und 24 am 1. Dezember 1938 durch den Ausgleichsverwalter und späteren kommissarischen Verwalter SCHALLER

Aneignung von Vermögenswerten aus der Wohnung der Familie BRODHEIM in Wien-Neubau, Stollgasse 5a im Jahr 1938

Missbräuchliche Bereicherung an Vermögenswerten des Jacques SILBERBERGER (James Robert SELBY) in Wien-Neubau, Schottenfeldgasse 63 durch Weiterverkauf in der Zeit vom 21. September 1938 bis 21. März 1939

Denunziation des Josef BRODHEIM im April 1938

Denunziation des Leopold VOHNOUT in Wien-Neubau, Neubaugasse 64-66 im April 1942

Versuchte Denunziation des Buchhalters der Firma BRODHEIM, Albin BERANEK, im Jahr 1938

Registrierungsbetrag am 27. Juli 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

19.4.1949: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 3 KVG, § 6 KVG und § 8 StG, § 7 KVG

2.5.1949: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreff. SILBERBERGER (weitere Bereicherungen außer dem unter Anklage gestellten Sachverhalt), Fall BRODHEIM und wegen § 7 KVG betreff. Josef BRODHEIM und Leopold VOHNOUT gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

14.9.1950: Verurteilung des Angeklagten wegen § 3 KVG und § 8 StG, § 7 KVG zu 11 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG (Vermögenswerte aus dem Besitz des Jacques SILBERBERGER) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 7039/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 7039/46 gegen Edmund SCHALLER:

Der gegenständliche Akt enthält

Sachverständigengutachten von Hofrat Prof. Vinzenz SEDLAK vom 10. Juni 1947 betreff. Firma BRODHEIM

Entlastenden Bericht und Gutachten SEDLAK vom 31. Jänner 1949 betreff. Firma BRODHEIM und Wohnungseinrichtung des Ehepaares BRODHEIM

Sachverständigengutachten Baumeister Rudolf HARTL vom 16. Februar 1948 betreff. Häuser Kaiserstraße 14 und 24 inkl. Skizzen

Schätzgutachten Karl SALZER vom 14. April 1948 betreff. Wertgegenstände des Jacques SILBERBERGER

Liste mit Gegenständen aus der Wohnung des Jacques SILBERBERGER (James Robert SELBY) in Wien-Neubau, Schottenfeldgasse 63
Grundbuchauszug betreff. Liegenschaften Kaiserstraße 14 und 24 in Wien-Neubau

Originalkrankengeschichte Josefine BRODHEIM aus dem Jahr 1938

Hinweise zu folgenden Rückstellungsverfahren

60 RK 342/48
60 RK 425/48
50 RK 597/48 Firma BRODHEIM

AKTENVERMERK 13.12.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 7039/46 gegen Edmund SCHALLER fehlt:

ONr. 6 Blatt 87
ONr. 17 Blatt 119

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SCHALLER Edmund, geb. 28. Juni 1886 in Liesing
März 1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 305.127
Bezirksnachrichten-, Sprengel- und Propagandaleiter
Stellvertreter des Bezirkskassiers
Wirtschaftsreferent in der Ortsgruppe Metzleinstal
14.9.1937: Ausschluss aus der Vaterländischen Front (Gegenpropagandist)
3 Monate Haft wegen nationalsozialistischer Betätigung
März 1938: Wahlbezirksorganisationsleiter in Wien-Margareten
"Alter Kämpfer"
NSV
DAF

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 14. September 1950

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN
Richter: OLGR. Dr. VANACEK
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Karl GAILLINGER, Leopold NÖST und Maria RAUSCHER
Staatsanwalt: Dr. GÖHL
Privatbeteiligte: Nelly THIER, geb. BRODHEIM
Vertreter: Dr. Richard EHRENHAFT
Verteidiger: Dr. Alfred FÜRST

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Neubau)
Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 1d Vr 7039/46

FStN-Mikrofilm Nr. 1208

DÖW-Signatur V1143/1-43

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1f Vr 4030/45 (3 Bände und 3 Beiakte)

Staatsanwaltschaft Wien 15 St 25049/45

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierungsverbrechen in Retz (Niederösterreich) am 29. Juli 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Alois GASSER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Opfer: Jüdinnen/Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Retz-Niederösterreich)

Tatvorwürfe :

Illegalität, Bezahlung von Beiträgen und Unterstützungen

Arisierung der im Besitz von Josef und Theresia sowie Max KÖNIG befindlichen Firma Jakob KÖNIG, Eisengroßhandlung und Schlosserwerkstatt in Retz (Niederösterreich) und von 3 dazugehörigen Häusern (Hauptplatz Nr. 42, 43 und 124) in Retz am 29. Juli 1939

Weiters wurde dem Beschuldigten vorgeworfen, in Verbindung mit seiner Tätigkeit für die NSDAP besonders schimpfliche Handlungen begangen zu haben, indem er durch eine Eingabe an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien die rechtzeitige Ausreise der Familie KÖNIG erschwert habe

Registrierungsbetrug in Wien 1945 und 1946

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.4.1946: Anklageerhebung wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 10/3, 11 VG und § 6 KVG

16.10.1948: Verurteilung wegen § 6 KVG zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 8 VG, § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 10/3, 11 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen).

Weiters wurde er vom Vorwurf in Verbindung mit seiner Tätigkeit für die NSDAP besonders schimpfliche Handlungen begangen zu haben, indem er durch eine Eingabe an die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien die rechtzeitige Ausreise der Familie KÖNIG erschwert habe, ebenfalls freigesprochen.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1f Vr 4030/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1f Vr 4030/45 gegen Alois GASSER:

Der gegenständliche Akt enthält

Abschriften

U 80/42 Urteil des Amtsgerichts Retz vom 8. Februar 1944 gegen Alois GASSER

"Kaufvertrag" vom 29. Juli 1939 zwischen der Kontrollbank für Industrie und Handel und Alois GASSER

Sachverständigengutachten

Belastendes Gutachten der Firma Union Wirtschaftsberatungs-Gesellschaft m.b.H. vom 21. September 1946 sowie eine Stellungnahme vom 26. Februar 1947 und ein Nachtrag vom 4. Mai 1948

Entlastendes Gutachten des Buchprüfers und Steuerberaters Robert KALCIK vom 15. Juli 1947

Äußerung des Sachverständigen für Hochbau Ing. Emanuel Karl EHRlich vom 6. Februar 1947

Bericht über die Besichtigung der enteigneten Liegenschaft am 27. Jänner 1948 mit Fotos und Plänen

Schätzgutachten des Ingenieurs Lambert Ferdinand HOFER betreff. Liegenschaft in Retz, Hauptplatz 124 vom 8. März 1948

Entlastendes Ergänzungsgutachten des Dr. Ernst ROBETSCHKE vom 24. Juli 1948

Sachverständigen Gutachten Rudolf HARTL vom 14. November 1952

Entlastendes Sachverständigen Gutachten Dr. Erich FRITSCH vom 29. Jänner 1953

Entlastendes Gutachten des Buchsachverständigen Josef MALFATTI vom 15. Dezember 1950

FStN-Mikrofilm Nr. 1210+1211

DÖW-Signatur V1144/1-100

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Graz 13 Vr 2193/61 (11 Bände)

Staatsanwaltschaft Graz 2 St 9454/61

Standort des Original-Akts: Aktenlager des LG für Strafsachen Graz

Prozess gegen Friedrich LEX wegen NS-Gewaltverbrechen an Jüdinnen und Juden als Judenreferent und zeitweise Chef der Gestapo des Kreises Tarnopol und stellvertretender Leiter der Außendienststelle Tarnopol des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD vom Jänner 1942 bis Mai 1943 und als Leiter der Außendienststelle Tarnopol ab Juni 1943

Strafverfahren gegen:

Friedrich LEX

wegen (§§): § 134 StG (Mord),
§§ 134, 135/3 StG (Verbrechen des bestellten Mordes)
§§ 134, 135/4 StG (Verbrechen des gemeinen Mordes)
§ 5 StG (Mitschuldiger und Teilnehmer an Verbrechen)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Sowjetunion (Tarnopol und andere Städte und Orte des Kreises)

Tatvorwürfe:

Friedrich LEX, SS-Untersturmführer und Kriminalsekretär, war in den Jahren 1942 und 1943 Judenreferent und zeitweise Chef der Gestapo bei der Außenstelle Tarnopol des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg.

Von Mitte 1942 an leitete er in Tarnopol die Abteilung Sicherheitspolizei und war gleichzeitig Stellvertreter des Dienststellenleiters, des SS-Sturmbannführers Hermann MÜLLER. Er war einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung und Deportation jüdischer Männer, Frauen und Kinder aus dem Ghetto von Tarnopol und den umliegenden Orten und Städten Brzezany, Mikulince, Podhajce, Rohatyn, Skalat, Trembowla, Zbaracz, Zborow und Zlozow:

- Erteilung von Befehlen an Angehörige seiner Dienststelle, Angehörige der Polizei, Gendarmerie und ukrainische Miliz zur Ermordung von Jüdinnen und Juden

- Zusammenstellung von Transporten in das Vernichtungslager Belzec

Mitschuld an der Ermordung des N. NUSSBAUM Anfang 1942. LEX ließ ihn verhaften und ordnete seine Erschießung an.

Mitschuld an der Ermordung von 400 im Ghetto verhafteten Personen in der Nähe von Tarnopol im Winter 1942/1943

Ermordung des Dr. ZELLERMEIER in Trembowla bei Tarnopol im Sommer 1943

Mitschuld an der Ermordung des letzten Vorstandes des Judenrates von Tarnopol, N. GRÜNFELD, am jüdischen Friedhof im Sommer 1943

Ermordung der N. BUCHSBAUM und ihres Sohnes, Ermordung der Frau und der Kinder des Herschel WAGREICH am 13.11.1942 auf dem Friedhof von Tarnopol

Mitwirkung an der Deportation von ungefähr 600 Waisenkindern und Kranken aus dem Ghetto in das Vernichtungslager Belzec am 26. März 1942

Mitwirkung an der Deportation von Jüdinnen und Juden aus den Städten Mikulince, Strusov, Zbaracz und aus dem Ghetto von Tarnopol nach Belzec Ende August 1942

Mitwirkung an der Deportation von ungefähr 750 Jüdinnen und Juden aus dem Ghetto Tarnopol nach Belzec am 30. September 1942

Mitwirkung an der so genannten "Reinigungaktion" von April 1943 bis Juni 1943 in deren Verlauf 2.000 Personen im Ghetto verhaftet und in der Nähe von Tarnopol ermordet wurden

Anklageerhebung am 12. November 1964 wegen:

Erteilung von Befehlen an Angehörige seiner Dienststelle sowie an untergeordnete Einheiten von Polizei, Gendarmerie und ukrainischer Miliz zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Tarnopol und den umliegenden Städten und Orten

Zusammenstellung von Transporten in das Vernichtungslager Belzec
Ermordung eines unbekanntes Juden in Zbaracz im Sommer 1942

Ermordung von Lea und Mendel BUCHSBAUM in Tarnopol im Sommer 1942

Ermordung der Schwestern Tony und Fanny PLATTER auf dem Pferdemarkt in Tarnopol am 31. August 1942

Ermordung des Israel FISCHMANN, der Klara FISCHMANN und der Frieda MANNHEIM auf dem Marktplatz in Tarnopol am 31. August 1942

Ermordung des Marcus BERNHARD in der Miodowagasse in Tarnopol am 31. August 1942

Ermordung des Moses HELFENBEIN anlässlich einer Massenverhaftung im Ghetto von Tarnopol in der Baron-Hirsch-Straße im Oktober 1942

Ermordung eines unbekanntes Juden in der Bogte-Straße in Tarnopol im Oktober 1942

Ermordung des Meier LANDESMANN durch Schläge mit einem Knüppel am 9. November 1942 in

Skalat

Ermordung des N. HOROWITZ im Ghetto von Tarnopol im November 1942

Ermordung einer unbekanntem Anzahl von Jüdinnen und Juden im Rahmen von Massenerschießungen

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 12.11.1964: Anklageerhebung wegen §§ 134, 135/3,4 StG und §§ 5, 134, 135/3, 4 StG
- 15.12.1964: Einstellung des Verfahrens wegen Ermordung des Dr. ZELLMAYER, des N. NUSSBAUM, der N. WAGREICH und ihrer Kinder, des N. GRÜNFELD und von 40-50 alten und kranken Jüdinnen und Juden gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 26.3.1965: Verurteilung wegen §§ 134ff StG zu 15 Jahren schweren Kerkers
- 3.12.1965: Abweisung der Nichtigkeitsbeschwerde durch den Obersten Gerichtshof
- 17.6.1970: Anrechnung der Vorhaftstrafe des Friedrich LEX vom 7.9.1945 bis 9.8.1947 durch Urteil des Obersten Gerichtshofs
- 26.1.1971: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Graz 13 Vr 2193/61:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Graz 4 Vr 2193/61 gegen Friedrich LEX

Der gegenständliche Akt enthält

Hinweise zu LG Graz Vg 1 Vr 1942/47 gegen Friedrich LEX wegen Illegalität. Am 2. Juli 1948 wurde der Angeklagte gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) freigesprochen.

Abschrift einer Sachverhaltsdarstellung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Waldshut 1 Js 8658/59 für das Verfahren über die Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen in Galizien

Abschriften von Unterlagen der Staatsanwaltschaft Waldshut 1 Js 4048/60 gegen Hermann MÜLLER

Abschriften von Vernehmungen des Kriminalkommissariats Waldshut

Unterlagen aus dem Verfahren Ks 7/64 LG Stuttgart = 12 Js 1403/61 gegen Paul RAEBEL, Hermann MÜLLER und Andere wegen NS-Gewaltverbrechen in Galizien

- Vernehmungsniederschriften

- Erhebungsunterlagen
- Einvernahmen von Zeugen und Beschuldigten
- Unterlagen israel. Behörden und Gerichte
- Anklageschrift vom 20. März oder 8. April 1964
- Urteil

Unterlagen des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Kreis Tarnopol

Unterlagen der Untersuchungsstelle für NS-Gewaltverbrechen beim Landesstab der israelischen Polizei

Tagebuchmanuskript des Markus HOROWITZ

Zeugeneinvernahmen durch israelische und deutsche Gerichte

Abschrift des Urteils des Landgerichts München I 2 Kls 1/52 gegen Dr. Philipp AUERBACH u.a. vom 14. August 1952

Abschrift des Urteils des Bundesgerichtshofs 1 StR 338/53 gegen Dr. Aaron OHRENSTEIN vom 9. Juli 1954

Abschrift des Urteils des Landgerichts Augsburg 12 Ks 5/56 gegen Dr. Aaron OHRENSTEIN vom 15. Jänner 1957

Aktenvermerk 22.12.2005:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Graz 13 Vr 2193/61 gegen Friedrich LEX fehlt:

Band VIII:

ONr. 119 Blatt 381

Band X:

ONr. 203 Blatt 457

ONr. 204 Blatt 459

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

LEX Friedrich, geb. 26. Juni 1902 in Graz
 1927-1933: Staatspolizei
 1933-1937: Kriminalpolizei
 1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 268.629
 Mitglied des NSR (Nationalsozialistischer Soldatenring)
 Überleitung in die SS, SS-Untersturmführer

1938-1941:Kriminalobersekretär und SS-Untersturmführer bei der Gestapo Graz, Abteilung 2c (Bekämpfung der Rechtsopposition)
1.7.1943: Beförderung zum Obersekretär, Dienststellenleiter der Sicherheitspolizei in Tarnopol
1941: Versetzung nach Lublin

Jänner 1942 bis Juli 1943: Judenreferent der Gestapo in der Außenstelle Tarnopol des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg, zeitweise auch Leiter der Abteilung Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo)

Leiter der Außenstelle Tarnopol und Vorgesetzter von Friedrich Lex war Hermann Müller

6.7.1943: Verwundung und Einlieferung in ein Lazarett

Oktober 1943: Versetzung nach Kolomea

April 1949: Angestellter der bischöflichen Finanzkammer in Graz
SS-Angehöriger, Nr. 303.594

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 15. bis 26. März 1965

Vorsitzender: LG Präs. Dr. CIMANSEN

Richter: OLGR. Dr. MARA und OLGR. Dr. PANNHOFER

Geschworene: 5 Männer, 3 Frau

Geschworene:

Christian BUCK

Irmgard GRIESSL-GARGITTER

Max HÖDL

Dipl. Kfm. Erich KADDICK

Hildegard MOSER

Hermann PLATZER

Olga SCHWAB

Kilian STENZL

Staatsanwalt: Hofrat Dr. FUHRMANN

Verteidiger: Dr. SCHÖNHOFER

Geograph. Bezug: Tarnopol (Sowjetunion)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Graz 13 Vr 2193/61

FStN-Mikrofilm Nr. 1211+1212+1213

DÖW-Signatur V1145/1-134

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Graz 4 Vr 912/69 (11 Bände und 2 Beiakte)

(Staatsanwaltschaft Graz 3 St 813/69)

Standort des Original-Akts: Aktenlager des LG Graz

Prozess gegen den ehemaligen Gestapobeamten Karl MACHER wegen NS-Gewaltverbrechen an Jüdinnen und Juden im Distrikt Radom als Leiter der Außenstelle Tomaszów-Mazowiecki der Sicherheitspolizei und des SD im Jahr 1942

Strafverfahren gegen:

Karl MACHER

wegen (§§): § 87 StG (Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Handlungen und Unterlassungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen) und §§ 5, 134, 135/3 StG (Mitschuld am Verbrechen des bestellten Mordes)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Polen (Tomaszów-Mazowiecki)

Tatvorwürfe:

Der Gestapobeamte Karl MACHER, SS-Obersturmführer, war in den Jahren 1941 und 1942 Leiter der Außenstelle Tomaszów-Mazowiecki des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Radom. Er wurde angeklagt, folgende Verbrechen begangen zu haben:

Anstiftung zum Mord in der Nacht vom 27. auf den 28. April 1942 an jüdischen Ärzten, Richtern, Rechtsanwälten, Offizieren und anderen Mitgliedern der jüdischen Intelligenz im Rahmen der so genannten "Kommunistenaktion"

Anstiftung zum Mord in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai 1942 an Mitgliedern des Judenrates

Anstiftung zum Mord an jüdischen Häftlingen im Sommer 1942

Anstiftung zum Mord an jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Rahmen von Deportationen am 29. Oktober und 1. November 1942

Ermordung von zwei unbekanntem jüdischen Frauen in Zusammenwirken mit einem Angehörigen der Außendienststelle der Sicherheitspolizei Tomaszów-Mazowiecki im Jahr 1942

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.12.1967: Anklageerhebung gegen MACHER wegen §§ 5, 134, 135/3 StG

21.6.1968: Beschluss des Obersten Gerichtshofs auf Zuweisung des Verfahrens LG Innsbruck 20 Vr

637/64 gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER vom LG Innsbruck an das LG Graz

8.4.1969: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl MACHER aus LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER u.a. und Anlegung eines eigenen Aktes unter LG Graz 4 Vr 912/69

10.5.1970: Verurteilung des Karl MACHER wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Handlungen und Unterlassungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen anlässlich der Erschießung jüdischer Ärzte, Richter, Rechtsanwälte, Offiziere und anderer Mitglieder der jüdischen Intelligenz in der Nacht vom 27. auf den 28. April 1942. Unter Berücksichtigung seiner Verurteilung vom 1. März 1949 (LG Wien Vg 1 Vr 7463/46) erfolgte die Verurteilung zu 5 Jahren schweren Kerkers.

Freispruch wegen der Mitschuld an der Ermordung des Judenrates von Tomaszów-Mazowiecki in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai 1942 und der Mitwirkung an der Ermordung zweier unbekannter jüdischer Frauen im Jahr 1942 gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Freispruch wegen der Mitschuld an der Ermordung jüdischer Häftlinge im Sommer 1942 und jüdischer Männer, Frauen und Kinder im Rahmen von Deportationen aus dem Ghetto am 29. Oktober und 1. November 1942 durch Erteilung entsprechender Befehle an untergeordnete Polizeiangehörige gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt des Staatsanwaltes von der Anklage nach Eröffnung der Hauptverhandlung)

19.11.1971: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Graz 4 Vr 912/69:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Graz 4 Vr 912/69 gegen Karl MACHER

Der gegenständliche Akt enthält

Abschriften und Hinweise auf österr. Gerichtsverfahren:

Abschrift Anklageschrift LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER vom 14.12.1967

Abschrift Hauptverhandlungsprotokoll LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER
Urteilsabschrift LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen MAYER (11 Jahre), LUSSER (7 Jahre), POPP (Freispruch) und UNTERBERGER (Freispruch)

Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 7463/46 gegen Karl MACHER

Abschriften und Hinweise auf deutsche Gerichtsverfahren:

Abschriften von Unterlagen des LG Darmstadt 2 Js 461/64 gegen Karl GRÖSSER und 11 Andere wegen NS-Gewaltverbrechen in Tomazów-Mazowiecki (120 Bände auszugsweise Kopien im Akt enthalten)

Abschrift Todesurteil des Wojewodschaftsgerichts in Lodz vom 29. August 1951 gegen Johann KROPFITSCH

Anklageschrift LG Darmstadt 2 Js 1296/67 (2 Js 461/64) vom 27. August 1968 gegen Georg BOETTIG, Benjamin Paul FUCHS und Alois Johann REICHL

Hinweise auf das Urteil LG Darmstadt 2 Ks 1/69 gegen Georg BOETTIG, Benjamin Paul FUCHS und Alois Johann REICHL wegen der Ermordung von Angehörigen der jüdischen Intelligenz im Rahmen der so genannten "Kommunistenaktion" in der Nacht vom 27. auf 28. April 1942 in Tomazów-Mazowiecki

Urteilsabschrift LG Bochum 16 Ks 1/65 vom 22. Juli 1966 gegen Heinrich HAMANN wegen Massen-, Gruppen- und Einzelschießungen von Jüdinnen und Juden, die im Bereich der Sipo-Außenstelle Neu-Sandez (Nowy Sacz) lebten. Deportation von mindestens 15.000 Jüdinnen und Juden nach Belzec im Rahmen der Liquidierung des Ghettos im August 1942

Hinweise auf ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Hamburg 147 Js 38/65 gegen WINRICH und Andere wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Radom

Hinweise auf ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Hamburg 147 Js 8/73 gegen Karl ESSIG wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Kielce

Abschriften diverser Unterlagen:

Abschriften von Schreiben des Leiters der Außendienststelle Tomaszów des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Radom

Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit betreff. Karl MACHER (NSDAP-Personalbogen, Lebenslauf, etc.)

Abschriften von Verordnungen des Generalgouverneurs Frank in deutscher und polnischer Sprache

Abschriften von Unterlagen der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg betreff. NS-Gewaltverbrechen im Kreis Tomaszów-Mazowiecki

Abschriften von Unterlagen der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen:

Zeugeneinvernahme Edmund GLAESMANN v. 18.2.1964

Unterlagen LKPA Niedersachsen Sonderkommission Z

Unterlagen Bundesministerium für Inneres Abteilung 2C (später Abteilung 18)

Unterlagen des Hessischen Landeskriminalamtes (Vernehmung von Zeugen)

Abschriften von Unterlagen des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Radom

Fotos:

Das Verfahren enthält Fotos von

A.) Karl MACHER

B.) Jüdischen Bevölkerung von Tomaszów-Mazowiecki

Aktenvermerk 3.1.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Graz 4 Vr 912/69 gegen Karl MACHER fehlt:

Band II:

ONr. 35 Blatt 281

Band III:

ONr. 92 Blatt 111/123

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

MACHER Karl, geb. 18. November 1911 in Wien

Bibliothekar in der Kunstakademie

28.12.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 386.323 Ortsgruppenleiter der NSDAP

1934: Expeditionsbeamter in der Milchindustrie, später Filialinspektor

6.6.1938: Kripoleitstelle Wien

11.1938-Mitte 1939: Wehrmacht

Rückkehr nach Wien, Kriminalkommissaranwärter

28.4.1940: SS-Angehöriger, Nr. 353.500

5.8.1940: Kriminalschule Berlin, Charlottenburg

Mai 1941: Versetzung zur Kriminalpolizeidienststelle nach Radom

August 1942: Lehrer in der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg in Mecklenburg

Dezember 1943: Griechenland, Referent 4 N Nachrichtenreferat beim KdS und SD in Athen

1944: Rückkehr nach Wien, Ausländerreferat der Sicherheitspolizei

April 1945: Leiter der Außendienststelle der Sicherheitspolizei in Stein

1.3.1949: Verurteilung vom Volksgericht Wien wegen Illegalität zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers

Erhebungsbeamter bei einer Schweizer Versicherung, Verkehrsunfallsachbearbeiter

Volkswagenversicherungsdienst

SS-Untersturmführer
SS-Obersturmführer
30.1.1945: SS-Hauptsturmführer
Gauakt Nr. 69.668
Ortsgruppe Wien-Heiligenstadt

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 1. April bis 10. Mai 1970

Vorsitzender: OLGR. Dr. KOFLER

Richter: OLGR. Dr. HÖDL, OLGR. Dr. FUCHS und OLGR. Dr. MAYER

Geschworene: 6 Männer, 2 Frauen

Geschworene:

Franz BUCHRIESER

Walter GERLACH

Anton HAAS

Maria KOCH

Margarethe OZIMIC

Günther SCHÖNBAUER

Alois STRAUSS

Franz SUPPAN

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. Arthur FLICK

Verteidiger: Dr. Rudolf SUPPAN

Geograph. Bezug: Tomaszów-Mazowiecki (Polen, Distrikt Radom)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Graz 4 Vr 912/69

FStN-Mikrofilm Nr. 1213+1214+1215
DÖW-Signatur V1146/1-146

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Graz 4 Vr 1707/68

(Staatsanwaltschaft Graz 9 St 7310/68)

Verfahren ursprünglich eingeleitet als: LG Innsbruck 20 Vr 637/64

Staatsanwaltschaft Innsbruck 1 St 1700/64 (5 St 2394/65)

(nur 8 Bände für die Verfilmung vorhanden)

Anklageschrift, Hauptverhandlungsprotokoll und Urteil am Ende verfilmt!

Standort des Original-Akts: Aktenlager des LG Graz

Prozess gegen Angehörige von Polizei und Gendarmerie wegen NS-Gewaltverbrechen an Jüdinnen und Juden und der polnischen Zivilbevölkerung im Distrikt Radom in den Jahren 1941 bis 1944

Strafverfahren gegen: Alfred LUSSER,
Karl MACHER,
Gerulf MAYER,
Karl POPP,
Friedrich SCHWAB,
Georg UNTERBERGER
und über 100 andere Beschuldigte

wegen (§§): § 212 RStGB Reichsstrafgesetzbuch(Totschlag),
§ 134 StG (Mord),
§§ 134, 135/2 StG (Raubmord),
§§ 134, 135/3 StG (bestellter Mord)
§§ 134, 135/4 StG (gemeiner Mord)
§§ 5, 134, 135/3 StG (Mitschuld am Verbrechen des bestellten Mordes) und
§§ 5, 134, 135/4 StG (Mitschuld am Verbrechen des gemeinen Mordes)

Opfer: Jüdinnen und Juden/polnische Zivilbevölkerung

Tatland (Tatort): Polen/Distrikt Radom (Chmielnik/Kreis Busko, Checiny, Dabrowna, Jedrzejew,
Kielce, Nowe Korzyn, Opatow, Polska Skalka, Radomsko, Sandomierz,
Tomaszów-Mazowiecki)

Anklageerhebung gegen Gerulf MAYER wegen:

Ermordung der N. ADLER, eines Kindes mit Namen TYZOM und weiterer unbekannter Jüdinnen und Juden am 5. Oktober 1942 in Chmielnik

Ermordung eines jüdischen Kindes mit Namen IGIELNIK im Oktober 1942 in Chmielnik

Ermordung von Mitgliedern der Familie des Tischlers Zysman DZIADEK und anderer namentlich nicht bekannter Jüdinnen und Juden Ende 1942 in Checiny

Ermordung mindestens einer jüdischen Person in den Jahren 1942 und 1943 in Chmielnik

Ermordung der Frauen des Adolf LEVI und des N. GOLDBERG in Zusammenwirken mit Hans

GAIER im August 1943 in Kielce

Ermordung von unbekanntem Angehörigen der polnischen Zivilbevölkerung am 11. Mai 1943 in Polska Skalka

Ermordung von namentlich nicht bekannten Mitgliedern einer polnischen Dorfwache im Mai 1944 in einem Dorf auf der Strecke Bieliny-Kapitulni und Kielce

Mitschuld an der Erschießung des Judenrates, von Mitgliedern der Familie Zysman DZIADEK und anderer zum Arbeitsdienst verpflichteter Jüdinnen und Juden Ende des Jahres 1942 in Checiny

Mitschuld an der Liquidierung der EinwohnerInnen des Ortes Polska Skalka am 11. Mai 1943 (92 Tote, darunter 23 Frauen und 31 Kinder)

Mitschuld an der Erschießung einer polnischen Dorfwache im Mai 1944 in einem Dorf auf der Strecke Bieliny-Kapitulni (mindestens 6 Tote)

Mitschuld an der Erschießung von 10 bis 15 Männern im September 1944 in Dabrowna

Anklageerhebung gegen Alfred LUSSEK wegen NS-Gewaltverbrechen in Jedrzejew:

Ermordung des jüdischen Ehepaares M. und N. KAUFMANN und deren Kind Ende August 1942

Ermordung des jüdischen Schneiders N. RUBIN Mitte September 1942

Ermordung des Aron SALCMAN am 16. September 1942

Ermordung des Abram ZYGMANSKI am 17. September 1942

Ermordung eines unbekanntem jungen Polen im September 1942

Ermordung eines namentlich nicht bekannten Polen im September 1942

Ermordung des Zacharias WARSZAWASKI im September 1942

Anklageerhebung gegen Karl POPP wegen NS-Gewaltverbrechen in Radomsko:

Ermordung zweier unbekannter Juden kurze Zeit nach dem 9. Oktober 1942

Ermordung einer unbekanntem Anzahl von Jüdinnen und Juden unmittelbar nach dem 5. Jänner 1943

Anklageerhebung gegen Georg UNTERBERGER wegen NS-Gewaltverbrechen in Tomaszów-Mazowiecki in den Jahren 1941 und 1942:

Mitwirkung an Transporten gefesselter jüdischer Häftlinge zu den Hinrichtungsstätten und Beteiligung an Absperrmaßnahmen

Karl POPP wurden weiters folgende NS-Gewaltverbrechen vorgeworfen:

Beteiligung an Deportationen im Oktober 1942 und Jänner 1943 in Radomsko

Beteiligung an der Erschießung von 300 Juden auf dem jüdischen Friedhof von Radomsko im Jahr 1943

Friedrich SCHWAB, Bezirksleutnant und Kommandant der Gendarmerie in Nomy Korczyn, wurden folgende Gewaltverbrechen vorgeworfen:

Beteiligung an der Deportation in Nowy Korczyn am 2. November 1942

Erschießung einer jüdischen Hebamme, die einer Frau bei der Entbindung geholfen hatte, am 2. November 1942

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

5.5.1964: Einbeziehung des Verfahrens gegen Gerulf MAYER in LG Innsbruck 20 Vr 637/64 gegen Friedrich SCHWAB

5.4.1965: Unterbrechung des Innsbrucker Verfahrens gegen Florian PICHLER, Mathias HAUSNER, Josef PILCH, Alois SCHMALZER, Karl STANGL, Franz PÖLZL, Mathias RUMPL, Johann SCHNEIDER, Stefan HARING, Ferdinand SORGER, Heinrich WEINBUB und Vinzenz WEBER gemäß § 412 StPO (Unbekannte, Abwesende oder Flüchtige)

13.4.1965: Unterbrechung des Innsbrucker Verfahrens gegen Josef BRUNNER, Max PETER, Julius EHMANN, Hans HOLZER und Wilhelm SCHWARZ und B. BLUDENZ gemäß § 412 StPO

8.2.1966: Einbeziehung des Verfahrens gegen Peter TITZ und Rudolf PLESCH in das Innsbrucker Verfahren

20.11.1967: Einleitung der Voruntersuchung gegen Alfred LUSSER und Karl POPP wegen §§ 134, 135/3, 135/4 StG und gegen Karl MACHER und Georg UNTERBERGER wegen §§ 5, 134, 135/3 StG

14.12.1967: Anklageerhebung gegen MAYER wegen §§ 134, 135/3 StG und §§ 5, 134, 135/3 StG,

gegen LUSSER wegen §§ 134, 135/4 StG,

gegen POPP wegen §§ 134, 135/3 StG und §§ 134, 135/4 StG,

gegen UNTERBERGER wegen §§ 5, 134, 135/3 StG

Nach Rechtskraft der Anklageschrift Antrag der Staatsanwaltschaft Innsbruck auf

Delegierung des Verfahrens nach Wien

15.12.1967: Unterbrechung des Verfahrens gegen N. BLUDENZ, Josef BRUNNER, Julius EHMANN, N. LACHARI und Matthias RUMPL gemäß § 412 StPO

Einstellung des Verfahrens gegen Johann KROPFITSCH, Adolf LANDL, Andreas MOCIC, Max PETER, Florian PICHLER, Johann PICHLER, Johann SCHNEIDER und Johann WAGNER gemäß § 224 StG (Tod des Beschuldigten)

Einstellung des Verfahrens gegen Alois ANDERLE, Oskar BERDAN, N. BERGER, Johann BLATT, Franz BRANTNER, Johann BREZINSEK, Franz BRUNNER, Georg DIETZL, Franz DÖBL, Josef DÜR, Heinrich EHART, Josef EMBERGER, Ulrich ENDER, Johann ENDL, Eduard FAHRNBERGER, Josef FEIFER, Siegfried FISCHER, Josef GEIGER, Alfred GERHARTL, Anton GRÖFLING, Josef GRIESER, Johann GRUBER, Johann HALLER, Stefan HARING, Matthias HAUSNER, Thomas HEILINGER, Josef HERZOG, Johann HOLZER, Alfred HOMOLKA, Johann JAINDL, N. JELKE, Kaspar JURITSCH, Karl KONRAD, Wilhelm KASTINGER, N. KOCH, Dr. Kurt KORTNER, Georg KRITSCH, Matthäus KUTEY, Josef LACKNER, Franz LANG, Alfons LEITL, N. LUSSER (Gattin des Alfred LUSSER), Ludwig MALOVITS, Johann MALUS, N. MILLE, Karl MUSTER, Eduard NEMAS, Friedrich NEUMANN, Julius NIMMERRICHTER, Johann ÖLWEINER, Hubert PAMBALK, Johann PAMMER, Karl PEISSER, Josef PILCH, Josef PIRKER, Rudolf PLESCH, Simon POGLOTSCH, Franz PÖLZL, Ignaz PÖLTNER, Franz PRILLER, Johann PUCHHAMMER, Guido PURIN, Franz PURKART, Michael PUSZTAI, Gustav RADA, Leonhard RAUTER, Josef REIL, Heinrich REITER, Johann ROM, Valentin ROPP, Josef ROTHWEIN, Karl SCHACHNER, Hubert SCHAUTZER, Friedrich SCHWAB, Alois SCHMALZER, Johann SCHMID, Anton SCHMIED, Karl SELLINGER, N. SIEBERT, Ferdinand SORGER, Karl STANGL, Leopold STEIGBERGER, Raimund STEINWENDER, Karl STIPPEL, Leopold SWOZILEK, Bartolomäus TASCHEK, Franz THALHAMMER, Georg TITZL, Peter TITZ, Heinrich TOMSCHITZ, N. TOWEITH, Valentin TREFFNER, Josef TREIBENREIF, Alfred WAGNER, Friedrich WALDHERR, Vinzenz WEBER, Heinrich WEINHUB, Leopold WOLFERMAYER, N. UNKLERT und Walter ZILLICH gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Ausscheidung des Verfahrens gegen Alfred LUSSER wegen § 134 StG

Einstellung des Verfahrens gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER aller über den Rahmen der Anklage hinausgehenden Fakten - ausgenommen die gegen Alfred LUSSER ausgeschiedenen Fakten - gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

21.6.1968: Beschluss des Obersten Gerichtshofs auf Zuweisung des Verfahrens LG Innsbruck 20 Vr 637/64 gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER vom LG Innsbruck an das LG Graz

28.3.1969: Verurteilung des Gerulf MAYER wegen §§ 134, 135/4 StG und §§ 5, 134, 135/3 StG zu 11 Jahren schweren Kerkers

Verbrechen des gemeinen Mordes begangen in Chmielnik an:

Im Herbst 1942 an einem etwa 1 jährigen Kind, das weinend auf einem Spielplatz zurückgeblieben war und an dem Kind IGIELNIK, das hinter einer Hausecke hervorsah

Im Juli 1942 an einem unbekanntem Juden, der beim Auto des Angeklagten vorbeiging

Mitschuld am Verbrechen des bestellten Mordes am 11. Mai 1943 anlässlich der Liquidierung des Ortes Polska Skalka (92 Tote, davon 23 Frauen und 31 Kinder)

Freispruch des Gerulf MAYER gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen) wegen

Ermordung von namentlich nicht bekannten Mitgliedern einer polnischen Dorfweiche im Mai 1944 in einem Dorf auf der Strecke Bieliny-Kapitulni und Kielce

Freispruch des Gerulf MAYER gemäß § 259/2 StPO (Rücktritt des Staatsanwaltes von der Anklage nach Eröffnung der Hauptverhandlung) wegen

Ermordung eines jungen Juden, der nicht gehfähig war, im Herbst 1942 in Chmielnik

Ermordung von Mitgliedern der Familie des Tischlers Zysman DZIADEK und anderer namentlich nicht bekannter Jüdinnen und Juden

Ende 1942 in Checiny

Ermordung mindestens einer jüdischen Person in den Jahren 1942 und 1943 in Chmielnik, auf die er einen Hund hetzte und sie durch diesen herbei schleifen ließ

Ermordung der Frauen des Adolf LEVI und des N. GOLDBERG in Zusammenwirken mit Hans GAIER im August 1943 in Kielce

Ermordung von unbekanntem Angehörigen der polnischen Zivilbevölkerung am 11. Mai 1943 in Polska Skalka

Mitschuld an der Erschießung von 10 bis 15 Männern im September 1944 in Dabrowna

Ausscheidung des Verfahrens gegen Gerulf MAYER wegen

Ermordung des Säuglings TYZOM, den er der Mutter entriss, auf den Boden schleuderte und erschoss

Ermordung der N. ADLER

Ermordung mehrerer unbekannter Jüdinnen und Juden

Ermordung mehrerer unbekannter Jüdinnen und Juden und des Tischlers Zysman DZIADEK

Anstiftung zur Erschießung des Judenrates, des Zysman DZIADEK und anderer zum Arbeitsdienst angehaltener Jüdinnen und Juden (ca. 30 Tote)

Ermordung des Josef ZUCKERMANN im Sommer oder Herbst 1942 in Checiny durch Schläge mit einem Revolver gegen den Kopf und durch Tritte gegen den Hals

Ermordung von 12 namentlich unbekanntem, einem Arbeitskommando angehörigen Personen, die auf einer Pritsche lagen

Verurteilung des Alfred LUSSER wegen §§ 134, 135/4 StG zu 7 Jahren schweren Kerkers wegen

Ermordung des jüdischen Ehepaares M. und N. KAUFMANN und deren 5jähriges Kind Ende August 1942 in Jedrzejew

Ermordung des Aron SALCMAN, der Mitglied des Judenrates war, am 16. September 1942 in Jedrzejew

Ermordung eines unbekanntem jungen Polen im September 1942 in Jedrzejew

Ermordung des Zacharias WARSZAWSKY, der einem Arbeitskommando angehörte, im September 1942

Freispruch des Alfred LUSSER wegen § 259/3 StPO wegen

Ermordung eines unbekanntem jungen Polen, der in ein Haus flüchten wollte, im September 1942 in Jedrzejew

Freispruch gemäß § 259/2 StPO wegen

Ermordung des jüdischen Schneiders N. RUBIN Mitte September 1942

Ermordung des Abram ZYGMANSKI am 17. September 1942

Freispruch des Karl POPP gemäß § 259/3 StPO

Freispruch des Georg UNTERBERGER gemäß § 259/3 StPO

- 8.4.1969: Ausscheidung des Verfahrens gegen Karl MACHER aus LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER u.a. und Anlegung eines eigenen Aktes unter LG Graz 4 Vr 912/69
- 9.7.1970: Herabsetzung des Strafausmaßes durch den Obersten Gerichtshof auf 10 Jahre schweren Kerkers im Gefolge einer Berufung des Gerulf MAYER

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Graz 4 Vr 1707/68:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER u.a.:

Der gegenständliche Akt enthält

Abschriften und Hinweise auf österr. Gerichtsverfahren:

Abschrift Anklageschrift LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER vom 14.12.1967 - *aus dem Verfahren LG Graz 4 Vr 912/69 gegen Karl MACHER nur zum Zweck der Mikroverfilmung entnommen und nach dem 8. Band verfilmt*

Abschrift Hauptverhandlungsprotokoll LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen Gerulf MAYER, Alfred LUSSER, Karl POPP, Karl MACHER und Georg UNTERBERGER - *aus dem Verfahren LG Graz 4 Vr 912/69 gegen Karl MACHER nur zum Zweck der Mikroverfilmung entnommen und nach dem 8. Band verfilmt*

Urteilsabschrift LG Graz 4 Vr 1707/68 gegen MAYER (11 Jahre), LUSSER (7 Jahre), POPP (Freispruch) und UNTERBERGER (Freispruch) - *aus dem Verfahren LG Graz 4 Vr 912/69 gegen Karl MACHER nur zum Zweck der Mikroverfilmung entnommen und nach dem 8. Band verfilmt*

Hinweise auf das Verfahren LG Wien 26 f Vr 4476/46 (15 St 3005/50) gegen Karl POPP

Hinweise auf das Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 7463/46 gegen Karl MACHER

Einbezogener Akt LG Innsbruck 20 Vr 2078/65 gegen Karl POPP und N. WAGNER oder WEGNER wegen Beteiligung an NS-Gewaltverbrechen in Radomsko

Einbezogener Akt LG Graz 12 Vr 1043/65 gegen Rudolf PLESCH

Einbezogener Akt LG Graz 16 Vr 1062/65 gegen Peter TITZ

Einbezogener Akt LG Innsbruck 14 Vr 1929/65 gegen Georg UNTERBERGER, Johann JAINDL, Valentin ROPP und Hubert SCHAUTZER wegen Beteiligung an NS-Gewaltverbrechen in Tomaszów-Mazowiecki

Einbezogener Akt LG Salzburg 23 Vr 2158/65 gegen Rudolf PLESCH und Peter TITZ

Abschriften und Hinweise auf deutsche Gerichtsverfahren:

Abschriften von Unterlagen des LG Darmstadt 2 Js 461/64 gegen Karl GRÖSSER und 11 Andere wegen NS-Gewaltverbrechen in Tomaszów-Mazowiecki (120 Bände auszugsweise Kopien im Akt enthalten)

Abschrift Todesurteil des Wojewodschaftsgerichts in Lodz vom 29. August 1951 gegen Johann KROPFITSCH

Urteilsabschrift LG Bochum 16 Ks 1/65 vom 22. Juli 1966 gegen Heinrich HAMANN wegen Massen-, Gruppen- und Einzelschießungen von Jüdinnen und Juden, die im Bereich der Sipo-Außenstelle Neu-Sandez (Nowy Sacz) lebten. Deportation von mindestens 15.000 Jüdinnen und Juden nach Belzec im Rahmen der Liquidierung des Ghettos im August 1942

Hinweise auf das Ermittlungsverfahren StA München I 1a Js 311/60 gegen Albert Johann Heinrich STURMANN oder STÜRMAN und Andere wegen NS-Gewaltverbrechen in Nowe Korzyn

Hinweise auf ein Verfahren vor dem Schwurgericht Köln 24 Ks 2/56 gegen Franz Ferdinand SCHWARZE wegen NS-Gewaltverbrechen in Ostrowiec

Hinweise auf das Verfahren der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach 6 Js 3157/64 gegen Andreas KEMPENICH und Andere wegen NS-Gewaltverbrechen im Kreis Radomsko inkl. 3 Fotos von Karl POPP

Abschriften und Hinweise auf polnische Gerichtsverfahren:

Hinweise auf das Verfahren Landgericht Radom I K 66/49 gegen Herbert BÖTTCHER, auszugsweise Abschriften des Hauptverhandlungsprotokolls

Unterlagen der Hauptkommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Polen

Abschrift Anklageschrift der Staatsanwaltschaft der Woiwodschaft Kielce vom 28. Oktober 1959 sowie Urteil vom 27.6.1964 gegen Ludwik MANKA und 5 Andere

Abschriften diverser Unterlagen:

Abschriften von Schreiben des Leiters der Außendienststelle Tomaszów des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Radom

Unterlagen der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg betreff. Albert Johann Heinrich STURMANN oder STÜRMAN und Gendarmeriebeamte wegen NS-Gewaltverbrechen in Nowy Korczyn

Unterlagen des Bayrischen Landeskriminalamtes betreff. NS-Gewaltverbrechen in Nowy Korczyn Niederschrift des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg aufgenommen mit Hans STATHER, ehem. Postenkommandant von Lopuszno

Unterlagen der Untersuchungsstelle für NS-Gewaltverbrechen der israel. Polizei

Namen von ehemaligen österr. Schutzpolizisten und Gendarmeriebeamten, die im Verdacht standen, an NS-Gewaltverbrechen an Jüdinnen und Juden in Polen beteiligt gewesen zu sein

Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit betreff. Friedrich SCHWAB

Unterlagen Bundesministerium für Inneres Abteilung 2C (später Abteilung 18)
Abschriften eines Tagebuchs mit dem Titel "Mein Polnisches Tagebuch" des am 27. August 1963

im Krankenhaus Rottenmann verstorbenen Gendarmerierayonsinspektors Adolf LANDL, in dem er seine Erlebnisse während der Zeit von 1941 bis 1944 am Gendarmerieposten Lopuszno im Distrikt Radom beschreibt

Auflistung von Exekutions- und Hinrichtungsorten im Kreis Kielce, inkl. handschriftlicher Namensliste von Opfern

Fotos:

Das Verfahren enthält Porträtfotos von

- a.) Friedrich SCHWAB
- b.) Adolf LANDL
- c.) Albert STÜRMANN
- d.) Sepp ROTHENWEIN oder RHOTWEIN
- e.) Karl POPP
- f.) Valentin TREFFNER
- g.) Josef HERZOG
- h.) Kaspar JURITSCH

Fotos

- i.) Untersuchungsstelle für NS-Gewaltverbrechen der israel. Polizei
- j.) 12 Fotos aus dem Besitz des Adolf LANDL zur Verfügung gestellt vom polnischen Journalisten Jerzy BUTWILLO

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

LUSSER Alfred, geb. 28. Juni 1911
Postenkommandant in Schwarzach

MACHER Karl, geb. 18. November 1911 in Wien
Bibliothekar in der Kunstakademie
28.12.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 386.323 Ortsgruppenleiter der NSDAP
1934: Expeditionsbeamter in der Milchindustrie, später Filialinspektor
6.6.1938: Kripoleitstelle Wien
11.1938-Mitte 1939: Wehrmacht
Rückkehr nach Wien, Kriminalkommissaranwärter
28.4.1940: SS-Angehöriger, Nr. 353.500
5.8.1940: Kriminalschule Berlin, Charlottenburg
Mai 1941: Versetzung zur Kriminalpolizeidienststelle nach Radom
August 1942: Lehrer in der Sicherheitspolizeischule Fürstenberg in Mecklenburg
Dezember 1943: Griechenland, Referent 4 N Nachrichtenreferat beim KdS und SD in Athen
1944: Rückkehr nach Wien, Ausländerreferat der Sicherheitspolizei
April 1945: Leiter der Außendienststelle der Sicherheitspolizei in Stein
1.3.1949: Verurteilung vom Volksgericht Wien wegen Illegalität zu 2 ½ Jahren schweren Kerkers

Erhebungsbeamter bei einer Schweizer Versicherung, Verkehrsunfallsachbearbeiter
Volkswagenversicherungsdienst

SS-Untersturmführer
SS-Obersturmführer
30.1.1945: SS-Hauptsturmführer
Gauakt Nr. 69.668
Ortsgruppe Wien-Heiligenstadt

MAYER Gerulf, geb. 4. Februar 1910 in Gloggnitz (Niederösterreich)
1930: Matura
13.4.1931: Österr. Bundesheer
1.2.1935: Überstellung zur Gendarmerie, Angehöriger des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich
1.11.1938-15.4.1939: Polizeioffizierschule in Fürstfeldbruck bei München
20.4.1939: Leutnant der Schutzpolizei
Sommer 1939: Distriktführer in Leibnitz, später Versetzung nach Liezen
Anfang 1941; Versetzung nach Gumbinnen, Ostpreußen
16.3.1941-Jänner 1945: Gendarmeriehauptmannschaftsführer in Kielce, Distrikt Radom
20.4.1942: Ernennung zum Hauptmann der Gendarmerie

Nach 1945:
Abteilungskommandant in Ried/Innkreis
Spätsommer 1945: Rückkehr in die Steiermark
Gendarmerieoffiziersprüfung
1.1.1952: Oberleutnant der Gendarmerie
Gendarmeriemajor I. Klasse und Abteilungskommandant von Leibnitz
POPP Karl, geb. 11. Oktober 1913 in Wien

Mitte der sechziger Jahre: Offizierstellvertreter der Heereskraftfahrschule Baden

SCHWAB Friedrich, geb. 24. April 1897 in Innsbruck

Gendarmeriebezirksinspekteur

1915-1918: Teilnahme am I. Weltkrieg

10.1.1919: Bundesgendarmerie

1935: Chargenschule in Mödling

24.4.1937: Postenkommandant in Hopfgarten (Tirol), Versetzung nach Zell am Ziller

NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 890.818

Mitglied des NSKOV und der NSV

1941: Bezirksoffiziersprüfung

September 1942-Oktober 1943: Gendarmeriepostenführer von Nowe Korzyn, Bezirksleutnant und Kommandant der

nach 1945: staatsanwaltschaftlicher Funktionär beim Bezirksgericht Innsbruck

UNTERBERGER Georg, geb. 19. November 1900 in Unter-Dellach (Kärnten)

Polizeibeamter

12.1941: Versetzung von Klagenfurt nach Tomaszów

Ende 1943: Abkommandierung aus Tomaszów

Polizeihauptwachtmeister

Polizeimeister

ANDERLE Alois, geb. 18. Juni 1911 in Wien

Gendarm i. R.

BLUDENZ N., geb.

SS-Angehöriger, Kommandant des Lagers Bodzechow

BRANDTNER Franz, geb. 9. September 1909 in Sachsendorf, Bez. Horn

Gendarmerierevierinspekteur

BRUNNER Franz, geb. 7. September 1900 in Berg (Kärnten)

1920-1924: Österr. Bundesbahnen

1925: Bundesheer

1930: Polizei

1940: Versetzung nach Kielce

Mitte Jänner 1945: Rückzug

BRUNNER Josef, geb. 6. Jänner 1906 in Langenwang

SS-Oberscharführer

seit 28. Dezember 1944 vermisst

BERDAN Oskar, geb. 24. Dezember 1899

Gendarm

verstorben am 10. August 1947

DIETZL Georg, geb. 3. Februar 1907
30.9.1930: Gendarmerie
30.10.1940: Radom, Gendarmerieposten Opatow
20.6.1941: Wr. Neustadt

nach 1945: Postenkommandant in Markt Piesting

EHART Heinrich, geb. 5. Jänner 1908 in Gänserndorf
Gendarmeriebezirksinspekteur
Funker beim Gendarmeriezug Opatow

EHMANN Julius, geb. 13. September 1903 in Budafok
4.2.1956: Neuseeland

GRIESSNER Josef, geb. 31. Jänner 1909 in Mühlbach (Tirol)
Gendarmerierevierinspekteur i.R.

HALLER Johann, geb. 5. März 1913 in Wörgl (Tirol)

HAUSNER Mathias, geb. 9. Dezember 1897
Polizeigruppeninspekteur
1. Oktober 1963: verstorben

HOLZER Hans, geb. 14. August 1908 in Attnang/Puchheim
Oberwachtmeister der Gendarmerie
22.8.1961: verstorben

HOMOLKA Alfred, geb. 9. Mai 1908 in Innsbruck
Gendarmeriebeamter
Gendarmeriezug Opatow

JAINDL Johann, geb. 17. Mai 1903 in Klagenfurt
Schutzpolizist in Tomaszów
1939: Reservist
12.1939-8.1940: Schutzpolizeiabteilung in Petrikau, Tarnow und Reichshof
8.1940: Rückkehr nach Klagenfurt
1941: Radom (Kielce, Tomaszów und Ostrowiec)
8.1942: Rückkehr nach Klagenfurt

KRITSCH Georg, geb. 10. Oktober 1896 in Mitter-Arnsdorf
Gendarmeriehauptwachtmeister beim Gendarmerieposten Opatow
26.4.1965: Selbstmord

KONRAD Karl, geb. 11. August 1896 in Graz
Polizeiinspekteur

MALUS Johann, geb. 19. Juli 1911 in Bruck an der Leitha (Niederösterreich)
Gendarmeriebeamter
Gendarmeriezug Opatow

MUSTER Karl, geb. 17. März 1908 in Wien
September 1939-September 1940: Gendarmerieposten Opatow

NEMAS Eduard, geb. 10. April 1906 in Dellach
8.4.1929: Bundesheer
26.6.1935: Bundespolizei Villach
1938: Revier Oberwachtmeister
7.1940: Kielce

nach 1945: Bundespolizeikommissariat Villach

NEUMANN Friedrich, geb. 12. Februar 1914 in Meran
Gendarmeriebeamter

NIMMERICHTER Julius, geb. 16. Juli 1893 in Müglitz (Mähren)
Oktober 1940-Jänner 1945: Büro des Gendarmeriezugs Opatow

PAMMER Josef, geb. 30. Jänner 1908 in Graz
Polizeirevierinspekteur

PETER Max, geb. 30. Mai 1909 in Ochsenfeld
Kriminaloberassistent und SS-Hauptscharführer
verstorben am 11. Juli 1944

PICHLER Florian, geb. 20. April 1900
16.10.1956: verstorben

PILCH Josef Peter, geb. 7. April 1903
Polizeibezirksinspekteur
30.12.1962: verstorben

PLESCH Rudolf, geb. 18. Dezember 1908 in Graz
1.1.1931: Polizeiangehöriger in Graz
1939: Versetzung nach Krumau an der Moldau
Marburg, Krakau, Lodz, Kiew

POGLITSCH Simon, geb. 13. August 1897 in Albern
1.2.1921: Städtische Sicherheitswache Klagenfurt
1938: Beförderung zum Meister der Schutzpolizei
7.1940-9.1940: Kielce

PÖLZL Franz Thomas, geb. 29. September 1899 in Schönaich, Bez. Deutschlandsberg
Meister der Schutzpolizei
24.6.1942: gefallen in Malkow (Sowjetunion)

PRILLER Franz, geb. 6. Februar 1912 in Klaus (O.Ö.)

PURKART Franz, geb. 18. Jänner 1897 in Gratkorn
Polizeirayonsinspekteur

PUSZTAI Michael, geb. 27. April 1910 in Eisenstadt
Gendarmerierevierinspekteur
1939-20.11.1940: Gendarmerieposten Opatow

RADA Gustav, geb. 19. Juli 1912 in Wien
Gendarmeriebezirksinspekteur
1935: Gendarmerie
11.1940: Versetzung nach Radom
berittener Gendarm des Postens Sandomierz
8.1941-Ende 1942: Tlumacz
Anfang 1943: Schreiber in Stanislaw
März 1945: Rückzug

REIL Josef, geb. 8. Jänner 1906 in St. Georgen
Gendarm i. R.
Gendarmeriezug Opatow

REITER Heinrich, geb. 29. April 1897 in Großmotten, Bez. Krems
Gendarmeriebezirksinspekteur
21.1.1919: Gendarmerie
1938: Gendarmeriehauptwachtmeister
1942: Meister der Gendarmerie
31.12.1962: Ruhestand

ROPP Valentin, geb.
Schutzpolizist in Tomaszów

SCHAUTZER Hubert, geb. 16. November 1903 in Bleiburg
Schutzpolizist in Tomaszów

SCHNALZER Alois, geb. 16. Mai 1896
Polizeibeamter
2.12.1960: verstorben

SELLINGER Karl, geb. 8. August 1901 in Stockerau
Gendarmeriebezirksinspekteur
30.4.1927: Gendarmerie
30.10.1940: -9.9.1941: Tomaszów
10.9.1941-15.12.1942: Kalusz
Rückversetzung nach Stetteldorf
30.9.1962: Pensionierung

STANGL Karl, geb. 11. Jänner 1896
Polizeibeamter
29.8.1962: verstorben

STEIGBERGER Leopold, geb. 4. Juli 1904 in Gutenbrunn
4.4.1927: Bundesheer
1.7.1930: Sicherheitswache
1938: Revier Oberwachtmeister
6.7.1940-9.1940: Kielce

STIPPEL Karl, geb. 12. Jänner 1920 in Korneuburg
1919: Gendarmerie
30.10.1940-Jänner 1941: Tschenstochau
Februar 1941- Februar 1942: Polizeispital Wien
1948: Pensionierung

TIETZL Georg, geb. 3. Dezember 1907 in Seindorf an der March
Gendarmeriebeamter

TITZ Peter, geb. 30. Mai 1898 in Feldbach (Steiermark)
Polizeirevierinspekteur
12.3.1941-7.7.1942: Kielce und Stanislaw

TOMSCHITZ Heinrich, geb. 15. Juni 1909 in Marburg

TREIBENREIF Josef, geb. 11. Juni 1910 in Wien
1935: Gendarmerie
Juli/August 1939: Sudetengau
1939: Tscheschow, Przemisl und Neu Sandecz
1940: Rückversetzung nach Tulln
Mai/Juni 1942: Finnland
1957: Pensionierung

WALDHEER Friedrich, geb. 8. Februar 1908 in Waidendorf, Bez. Gänserndorf
Gendarmeriezug Opatow

WEBER Vinzenz, geb. 20. Februar 1905 in Burgstall, Bez. Graz
1941: Schutzpolizei
1942: Kielce
1945: Rückkehr nach Graz
Oberwachtmeister

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung vom 20. Jänner bis 28. März 1969

Vorsitzender: OLGR. Dr. KOFLER

Richter: OLGR. Dr. Leo MARKOW und LGR. Dr. Ernst ALBEGGER

Geschworene: 7 Männer, 1 Frau

Geschworene:

Johann BAUER
Bernhard BUCHRIESER
Josef HIERZER
Otto MAXA
Alexander MOIK
Ernst RIEGLER
Margarethe STOCKREITER
Karl UNTERGANTSCHNIG

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. Arthur FLICK

Verteidiger: Dr. Rudolf SUPPAN (MAYER und LUSSER)

Dr. Gottfried TSCHURTSCHENTHALER (Unterberger)

Dr. Walter SCHLESINGER (POPP)

Privatbeteiligte: Dr. Hans PAAR (Josef FATALSKI und Antoni SOBCZYK)

Geograph. Bezug: Distrikt Radom, Polen

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Graz 4 Vr 170768

FStN-Mikrofilm Nr. 1215

DÖW-Signatur V1147/1-16

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich

Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2c Vr 854/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8906/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Kriegsverbrechen, Illegalität und Registrierungsbruch in Wien-Josefstadt im Frühjahr 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Ignaz REITER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 1 KVG (Kriegsverbrechen)

Opfer: Alliiertes Kriegsgefangener

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Josefstadt)

Tatvorwürfe :

Aufforderung zu Misshandlungen an einem notgelandeten amerikanischen Flieger mit den Worten "Erschlagts die Verbrecher, die Hunde gehören alle erschlagen usw." in Wien-Josefstadt im April 1945. Der Kampfflieger war im Hof des Museumsgebäude in Wien-Josefstadt, Kochgasse/Laudongasse mit seinem Fallschirm gelandet und einem Meter über dem Boden an einem Mauervorsprung hängen geblieben.

Illegalität, Verteilung von Lebensmitteln an Nationalsozialisten

Registrierungsbruch am 5. Juli 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

16.10.1945: Anklageerhebung wegen §§ 8, 10, 11 VG und § 1 KVG.

Die Ausdehnung der Anklage wegen Zurückhaltung von Lebensmitteln blieb der Hauptverhandlung vorbehalten.

19.10.1946: Verurteilung wegen § 8 VG zu 8 Monaten Kerker.

Freispruch wegen § 1 KVG und § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

4.1.1948: Gemäß NS-Gesetz 1947, I Hauptstück Abschnitt II, § 3 gilt die Verurteilung als nicht erfolgt

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

REITER Ignaz, geb. 29. Juni 1898 in Pallweis, Bez. Krems
Kaufmann
10.12.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 687.644, Ortsgruppe Hamerling
1.7.1938: NSV-Mitglied, Nr. 9, 374.911
1.5.1939: Eröffnung eines Lebensmittel-Kolonial- und Eisenwarengeschäfts
8.1939: Wehrmacht

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 4. Dezember 1945

Vorsitzender: LGR. Dr. SMUTEK
Richter: LGR. Dr. SCHRÖFL
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Karl HOFER, Josef GLENK und Johann TRAXLER
Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY
Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Hauptverhandlung am 19. Oktober 1946

Vorsitzender: LGR. Dr. LEDL
Richter: LGR. Dr. SCHIROKY
Schöffen: 3 Männer
Schöffen: Ernst THEODOR, Thomas KLOIDER und Bernhard WÄCHTER
Staatsanwalt: Dr. HELMREICH
Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Josefstadt)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2c Vr 854/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1148/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2e Vr 904/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9250/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an der Bevölkerung von Kobersdorf (Burgenland) von März 1938 bis März 1945

Volksgerichtsverfahren gegen:

Josef GRÖSSING

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden/ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Kobersdorf-Burgenland)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Ortsgruppenleiter von Kobersdorf von März 1938 bis März 1945

Verbrechen der Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde begangen an Josef KARACZONY im Frühjahr 1945 in Kobersdorf. Josef KARACZONY sollte nach Durchführung einer Einvernahme auf dem Gendarmerieposten Kobersdorf wieder entlassen werden. GRÖSSING verhinderte dies und misshandelte unter Ausnutzung seiner dienstlichen Gewalt das Ehepaar KARACZONY

Arisierung der Liegenschaft des jüdischen Ehepaares Markus und Johanna BERGMANN, Nikolausgasse 7, im August 1941 in Kobersdorf

Denunziation der Postbeamtin Elisabeth KLENNER wegen abfälliger Äußerungen über den Kriegsverlauf im Februar 1945 in Kobersdorf

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 4.9.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 4, 6, 7 KVG
- 21.9.1946: Einstellung des Verfahrens in Richtung der Fakten LUKA und LASER gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

5.12.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und wegen §§ 4, 7 KVG zu 4
Jahren schweren
Kerkers.
Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2e Vr 904/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 2e Vr 904/45 gegen Josef GRÖSSING:

Der gegenständliche Akt enthält

Akt Z 57/45 des Bezirksgerichts Oberpullendorf gegen Josef GRÖSSING
AKTENVERMERK 22.3.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 2e Vr 904/45 gegen Josef GRÖSSING fehlt:

ONr. 2 Blatt 3 (Anzeige)

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

GRÖSSING Josef, geb. 26. März 1896 in Koberdorf (Burgenland)
Mitglieds Nr. 6, 134.601
3.1938-3.1945: Ortsgruppenleiter von Koberdorf

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 5. Dezember 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. DONNER
Richter: OLGR. Dr. EBERLIN
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Hilde POHNERT, Josef SLEZAK und Otto DESBALMES
Staatsanwalt: Dr. GRÖTSCHL
Verteidiger: Dr. Arthur ERNST

Geograph. Bezug: Österreich (Koberdorf-Burgenland)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2e Vr 904/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1149/1-18

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1h Vr 1007/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 9974/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierungsverbrechen in Wien - Innere Stadt und Wien-Neubau in den Jahren 1938 und 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Karl und Eva ROCH

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 98 StG (Erpressung)
§ 101 StG (Missbrauch der Amtsgewalt),
§ 105 StG (Verleitung zum Amtsmissbrauch) und §§ 197, 199d, 205 StG (Betrug)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Innere Stadt)
Deutschland (Berlin) und
Schweiz (Zürich)

Tatvorwürfe betreff. den Hauptbeschuldigten Karl ROCH :

Illegalität, Angehöriger der Österreichischen Legion

Wirtschaftsprüfer der Vermögensverkehrsstelle, kommissarischer Verwalter der Firma STEINER & ADELBERG, Kunstblumen- und Schmuckfedernfabrik in Wien-Neubau, Neubaugasse 3. Diese Firma wurde von Heinrich ROCH, Bruder des Beschuldigten, arisiert.

Arisierung der Firma Arthur STERN, Teppich-Großhandel (Import von orientalischen Teppichen) in Wien-Innere Stadt, Dominikanerbastei 21 sowie einer in Zürich befindlichen Zweigniederlassung im Juni 1939

Erpressung des Dr. Friedrich STEINER, Teilhaber der Firma STERN. Der Beschuldigte veranlasste Dr. STEINER unter Drohungen zur Durchführung einer finanziellen Transaktion.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

9.7.1946: *Anklageerhebung gegen Karl ROCH* wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG , § 6 KVG und § 98litb StG

22.7.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Karl ROCH wegen §§ 101, 105, 199d und 205 StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens gegen Eva ROCH wegen
§§ 105, 197, 199d StG und § 205a StG gemäß § 109 StPO

25.3.1947: Verurteilung des Angeklagten Karl ROCH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10/1, 11
VG und § 6 KVG zu 3 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Die Erpressung des Dr. Friedrich STEINER wurde vom Gericht als Handlung aus besonders
verwerflicher Gesinnung gewertet

Ausweisung des Angeklagten als Ausländer aus allen Ländern der Republik Österreich

Verweisung des Dr. Friedrich STEINER auf den Zivilrechtsweg

8.10.1948: Bedingte Nachsicht der Nebenstrafe der Landesverweisung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1h Vr 1007/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1h Vr 1007/45 gegen Karl und Eva ROCH:

Der gegenständliche Akt enthält

Gedächtnisprotokoll vom 25. Juni 1938 betreff. Arisierung der Firma Stern

Geschädigte Personen:

ADELBERG, Alfred
ADELBERG, Eva
ADELBERG, Gustav
ADELBERG, Helene
ADELBERG, Nikolaus
ADELBERG, Peter

LANDEIS, Elisabeth

RIEGER, Edith
STEINER, Carl
STEINER, Fritz, Dr.
STEINER, Jenny
STEINER, Oswald

STERN, Arthur
STERN, Jeanne

Carl STEINER und Alfred ADELBERG gehörte je zur Hälfte ein Haus in Wien-Neubau, Neubaugasse 3 und in
Wien-Hietzing, Gloriettegasse 1

AKTENVERMERK 29.3.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1h Vr 1007/45 gegen Karl und Eva ROCH fehlt:

ONr. 6	Blatt 61-64
ONr. 28	Blatt 116/117
ONr. 29	Blatt 118/120

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

ROCH Eva, geb. 25. Dezember 1920 in Neustrehlitz, Bez. Marburg, geb. LENSCHOW
Tänzerin

ROCH Karl, geb. 6. Dezember 1894 in Linz (Oberösterreich)
genannt "Der serbische König"
1919-1922: Verwalter eines Kohlenbergwerks in Voitsberg
1923-1924: Wiener Kohlen und Koks AG
Februar 1928-Juni 1931: Reisebeamter
danach selbständiger Handelsvertreter
Illegaler, Mitglied der SA
Beteiligung an Terroraktionen
2.7.1934: Flucht nach Deutschland
Angehöriger der Österreichischen Legion
Kassenverwalter in der Ortsgruppe Lichtenfelde (Berlin) der DAF
März 1938: Rückkehr nach Österreich
Wirtschaftsprüfer/Funktionär der Vermögensverkehrsstelle

Gerichtspersonal:

Hauptverhandlung am 25. März 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: OLGR. Dr. KITTL
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Schöffen: Karl FUNOWITZ, Sofie HAHN und Franz ZEMAN
Staatsanwalt: Dr. TINKL
Privatbeteiligter: Dr. Fritz STEINER
Verteidiger: Dr. Hermann NEUREITER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Innere Stadt und Wien-Neubau)

Deutschland (Berlin)

Schweiz (Zürich)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1h Vr 1007/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1150/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1k Vr 796/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8834/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Arisierung des Café Filmhof in Wien-Neubau, Neubaugasse 36 am 3. Februar 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Marie ("Mitzi") FÄRBER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 2 KVG (Kriegspropaganda),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§§ 171, 173, 174 Ila StG (Diebstahl)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau und
Alpl bei Krieglach-Steiermark)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der NSDAP seit 1933

Verbrechen der Kriegshetze begangen durch Absingen von Liedern in ihrem Lokal, Café Filmhof, Wien-Neubau, Neubaugasse 36

Arisierung des Café Filmhof in Wien-Neubau, Neubaugasse 36 (Besitzer Gustav RAPAPORT) am 3. Februar 1939

Denunziation von zwei unbekanntem Gästen des Café Filmhof im Frühjahr 1945

Denunziation des Nicola GIAMPAOLA wegen Fernbleibens von der Arbeit am 23. Dezember 1944 bei der Gestapo

Denunziation des Franz BLAHA in Alpl bei Krieglach (Steiermark)

Verkauf von gestohlenen Waren im Café Filmhof

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

30.10.1945: Einstellung des Verfahrens wegen §§ 10, 11 VG, §§ 2, 7 KVG und §§ 171, 173, 174 Ila StG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des

Untersuchungsrichters)

27.8.1946: Anklageerhebung wegen § 6 KVG

15.1.1948: Freispruch wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1k Vr 796/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 1k Vr 796/45 gegen Marie FÄRBER:

Der gegenständliche Akt enthält

Hinweise auf den Rückstellungsakt 50 Rk 144/47 (Gustav Howard RAPAPORT gegen Marie FÄRBER)

Abschrift des Hauptverhandlungsprotokolls aus LG Wien Vg 3a Vr 8037/46 gegen Otto GROSS, einem Freund der Marie FÄRBER

Sachverständigengutachten Dr. Ernst ROBETSCHEK vom 28.11.1947

Biografische Angaben zu der Beschuldigten:

FÄRBER Marie, geb. 2. Juli 1907 in Spillern bei Korneuburg (Niederösterreich)

"Mitzi"

Sängerin, Gesangsstudium

Wienerliedsängerin

Flucht nach Deutschland

Absingen von Hetzliedern gegen Österreich

Auftritte in Berlin, Stuttgart und Frankfurt am Main

März 1938: Rückkehr nach Wien

Freundin des Gauleiters Josef BRÜCKEL

Kontakte zu hochrangigen Funktionären der NSDAP und der SS

Gäste ihres Lokals waren u.a. Sepp Dietrich und der Chefredakteur des Völkischen Beobachters Schödl

1.1.1941: NSDAP-Mitglied, Nr. 9, 604.414

Hauptverhandlung am 14. Oktober 1947 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. DONNER

Richter: OLGR. Dr. KNITTL

Schöffen: 3 Männer

Karl SCHÖFFMANN, Franz STERN und Johann PROHASKA

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Michael STERN

Hauptverhandlung am 15. Jänner 1948

Gerichtspersonal:

Vorsitzender: OLGR. Dr. DONNER

Richter: LGR. Dr. SCHLINGER

Schöffen: 3 Männer

Josef SKOK, Rudolf MACEK und Bruno BERNLOCHNER

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Michael STERN

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Neubau und
Alpl bei Krieglach-Steiermark)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1k Vr 796/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1151/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 793/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8516/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arierisierung des Strickwarengeschäftes Sigmund CORMUSS, Wien-Mariahilf,
Mariahilferstraße 33 am 1. Dezember 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Georg STANGL

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arierisierung)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Mariahilf)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Mitglied der NSDAP seit 1932

Arierisierung des Strickwarengeschäftes Sigmund CORMUSS, Wien-Mariahilf, Mariahilferstraße 33 am Jahr
1. Dezember 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

11.1.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

25.4.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG zu 3 Jahren schweren Kerkers.
Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

3.3.1947: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 793/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformationen zu dem Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 793/45 gegen Franz und Georg STANGL:

Der gegenständliche Akt enthält

Sachverständigengutachten
Prof. Dr. Josef HAINSCHITSCH vom 14. April 1946

Aktenvermerk 5.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 793/45 gegen Georg STANGL fehlt:

ONr. 3 Blatt 7

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

STANGL Georg, geb. 30. März 1900 in Wien
Kaufmann
1.4.1932: NSDAP
1934: Haft in Wöllersdorf

Ende 1937: Mitglied der "Befriedungsaktion Reinhaller"
April 1938-1945: Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Haydn
1945: Kompanieführer des Volkssturms Traunstein

Träger der Ostmarkmedaille
Träger des KVK II Klasse ohne Schwerter
"Alter Kämpfer"

Hauptverhandlung am 25. April 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. Franz SCHULZ
Richter: OLGR. Dr. NEUBAUER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
 Lina FÜRST, Johann HRUBY und Josef WURZ
Staatsanwalt: Dr. SCHMEISSER
Verteidiger: Dr. Emanuel FRITZ

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Mariahilf)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2b Vr 793/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1152/1-14

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 391/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6217/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Arisierung des Hutgeschäftes Johann (Hans) SACHSEL in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 39 im Jahr 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Ignaz JIRKA

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung des Hutgeschäftes Hans SACHSEL, Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 39 im Jahr 1938

Arisierung der Wohnung, Wien-Leopoldstadt, Kleine Pfarrgasse 28/12a im Jahr 1938

Denunziation der Anna MLADEK, Hausbesorgerin des Hauses Wien-Leopoldstadt, Kleine Pfarrgasse 28
wegen schlechter Beflagung im Jahr 1939

Dem Beschuldigten wurde auch vorgeworfen, im November 1944 Hedwig KRIZ und ihre Kinder
geschlagen zu haben

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

17.10.1945: Einstellung des Verfahrens wegen § 11 (10) VG gemäß
§ 109/2 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Beschluss der Ratskammer)

31.5.1946: Anklageerhebung wegen § 6 KVG

21.6.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

25.10.1947: Verurteilung wegen § 6 KVG zu 10 Monaten Kerker. Vermögensverfall.

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

JIRKA Ignaz, geb. 26. Juli 1888 in Wien

Hutmachermeister

1919: Auswanderung in die Tschechoslowakei

1936: Spionageverdacht zugunsten Deutschlands,

16 Monate Untersuchungshaft,

Einstellung des Verfahrens mangels Beweisen,

Ausweisung aus der Tschechoslowakei

1938: Rückkehr nach Wien

Träger des Goldenen Parteiabzeichens

Blutordensträger

Hauptverhandlung am 25. Oktober 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. STAHL

Schöffen: 3 Männer

Johann ESCHNER, Franz MUZILEK und Johann NEUBAUER

Staatsanwalt: Dr. AGGERMANN

Verteidiger: Dr. Ernst JAHODA

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Leopoldstadt)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 2b Vr 391/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1153/1-17

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2a Vr 402/45
(*Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7100/45*)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Brigittenau im November 1938
("Novemberpogrom")

Volksgerichtsverfahren gegen:

Otto BINDER,
Josef DORNER und
Theresia DORNER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§§ 190, 192 StG (Raub)

Opfer: Jüdinnen und Juden/ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Brigittenau)

Tatvorwürfe betreff. Ehepaar DORNER:

Illegalität, Spenden, Werbung neuer Parteimitglieder, Einsammlung von Beiträgen für die illegale NSDAP

Vertreibung jüdischer MieterInnen aus ihren Wohnungen im Haus Wien-Brigittenau, Pasettistraße 24 im Jahr 1938

Misshandlung des Emanuel WEINBERGER durch Josef DORNER im Jahr 1938

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde der Familie Josefine BRUSTMANN in Wien-Brigittenau, Pasettistraße 24 durch Theresia DORNER

Arisierung der Wohnung des Schlossermeisters N. KOHN, in Wien-Brigittenau, Marchfeldstraße 9/24 im Jahr 1938

Beteiligung des Josef DORNER an Plünderungen folgender jüdischer Geschäfte und Wohnungen im November 1938:

Isidor und Ilse BREINER, Wien-Brigittenau, Pasettistraße 24/16
(in Zusammenwirken mit seiner Gattin Theresia)

N. HEIMOWITSCH oder HEINOWITSCH, Wien-Brigittenau, Marchfeldstraße 4
Lebensmittelgeschäft und Kaffee-Handlung, Wien-Brigittenau, Quassistraße 4

N. JUNKERMANN, Wien-Brigittenau, Meldemannstraße 19

Emanuel WEINBERG, Schneidermeister, Wien-Brigittenau, Marchfeldstraße 9

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.9.1946: Anklageerhebung gegen Josef und Theresia DORNER wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 (10) VG, §§ 3, 4 KVG und §§ 190, 192 StG

5.10.1946: Einstellung des Verfahrens gegen Josef DORNER wegen Misshandlung von Russen im Kubangebiet gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)

Einstellung des Verfahrens gegen Otto BINDER gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

18.3.1947: Verurteilung des Josef DORNER wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und §§ 3, 4, 6 KVG zu 5 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Verurteilung der Theresia DORNER wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und § 4 KVG (Angehörige der Familie Josefine BRUSTMANN) zu 20 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch der Theresia DORNER wegen §§ 3, 4 KVG (Ilse BREINER) und §§ 190, 192 StG (Ilse BREINER) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2a Vr 402/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BINDER Otto, geb. 20. März 1902 in Wien
Musiker
Präsident des Blindenverbandes
1934: NSDAP-Mitglied, Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen
1937: Reisen nach Berlin und Hamburg
1938: Mitglied der Reichsmusikkammer

DORNER Josef, geb. 8. Dezember 1901 in Wien
Bäckergehilfe
1.5.1926-21.8.1931: Bäckergehilfe
21.8.1931-10.1938: arbeitslos
1938: Blockleiter der Ortsgruppe Marchfeld
1939: Zellenleiter
Dez. 1940-März 1945: Wehrmacht, Obergefreiter

DORNER Theresia, geb. 6. Mai 1902 in Wien
Ortsfrauenschaftsleiterin-Stellvertreterin der NSF
Dez. 1940: Brotausführerin

Hauptverhandlung am 18. März 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. SCHRÖFL
Richter: OLGR. Dr. BRIK
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Sofie HAHN, Johann SEEWALD und Franz ZEMANN
Staatsanwalt: Dr. MENZEL
Verteidiger: Dr. Peter MEANGYA

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Brigittenau)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2a Vr 402/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1215
DÖW-Signatur V1154/1-16

Benützungsbefugung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 794/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8523/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität, Arisierungsverbrechen in Wien-Hernals und Denunziation in Wien-Mariahilf
von 1939 bis 1944

Volksgerichtsverfahren gegen:

Paul WAGNER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 7 KVG (Denunziation) und
§ 8 StG, § 7 KVG (versuchte Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden/ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Mariahilf und
Wien-Hernals)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Arisierung eines Hauses und des dazugehörigen Gartens der Regine DUB in Wien-Hernals, Andergasse 34
am 22. Jänner 1942

Denunziation des Hausverwalters Dr. Eugen JAKOBS in Wien-Mariahilf, Theobaldgasse 15 im August 1939

Denunziation des Leopold HERZ in Wien-Mariahilf, Theobaldgasse 15 wegen angeblich
"rassenschänderischer" Beziehung zu seiner Pflegerin Maria HAMMERSCHMIDT. HERZ wurde am 28.
August 1939 aus seiner Wohnung vertrieben. Nach mehreren Umzügen erfolgte am 9. Oktober 1942 die
Deportation vom jüdischen Altersheim Seegasse 9 nach Theresienstadt, wo HERZ bereits am 16. Oktober
1942 an den Folgen der Strapazen verstarb.

Denunziation des Komponisten Franz LÉHAR wegen unbefugter Benützung eines Kraftwagens am 26. Juni
1940

Denunziation des Friseurs Josef HARTH in Wien-Mariahilf am 27. November 1940

Denunziation des Friedrich FLEISCHER, Verlagsdirektor des Léharschen "Glocken-Verlages", wegen
dessen Freistellung von der Wehrmacht am 26. Juli 1943 und 12. September 1944

Denunziation des Dr. Erwin BARBER und seiner Hausgehilfin Therese SCHRATTENHOLZER am 16. August

1944. WAGNER erstattet die Anzeige, weil SCHRATTENHOLZER in einem jüdischen Haushalt beschäftigt war.

Denunziation von tschechischen Arbeitern seines Installateurbetriebs. Wegen einer abfälligen Äußerung ihm gegenüber erstattete WAGNER gegen N. SISWOUREK Anzeige bei der Gestapo. Der Betroffene wurde daraufhin für drei Wochen in das Arbeitslager Oberlanzendorf eingewiesen. Eduard FRITSCH, der ohne Erlaubnis auf Urlaub gefahren war, wurde von WAGNER ebenfalls angezeigt, erhielt allerdings nur einen Verweis.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

23.4.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG, § 6 KVG, § 7 KVG und § 8 StG, § 7 KVG

13.11.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG, § 6 KVG, § 7 KVG und § 8 StG, § 7 KVG zu 4 Jahren schweren Kerkers.

Vermögensverfall.

Landesverweis.

4.2.1948: Bedingte Entlassung

11.1.1956: Tod des Beschuldigten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 794/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 794/45 gegen Paul WAGNER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Sachverständigengutachten Emanuel Karl EHRlich

Unterlagen der Gauleitung Wien betreff. Paul WAGNER

Auszeichnungen (Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938 und Kriegsverdienstkreuz
2. Klasse)

FStN-Mikrofilm Nr. 1216
DÖW-Signatur V1155/1-20

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 702/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8499/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung der Firma Jacob SCHREIBER in Wien-Leopoldstadt, Gredlergasse 3 am 1. Jänner 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Norbert KNECHTEL

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 8 KVG (Hochverrat am österr. Volk)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Leopoldstadt,
Wien-Hernals,
Wien-Döbling und
Wien-Floridsdorf)

Tatvorwürfe:

Illegalität, "Altparteigenosse", Träger des goldenen Ehrenzeichens der HJ

Arisierung der Firma Jacob SCHREIBER, Inhaber Julius SCHREIBER und Bernhard HIRSCHLER, Glas- und Porzellanwaren, Haus- und Küchengeräte, Wien-Leopoldstadt, Gredlergasse 3 inklusive dazugehöriger Wohnhäuser Wien-Leopoldstadt, Gredlergasse 3, Wien-Leopoldstadt, Tandlermarkt 5 und Wien-Leopoldstadt, Haidgasse 7 am 1. Jänner 1939

Arisierung der Firma KRUM & Co., Wien-Innere Stadt Schreyvogelgasse 2

Arisierung des Haus Wien-Döbling, Pyrkerstraße 25 und einer Wohnung

Arisierung des Titania-Kinos in Wien-Hernals, Hernalsergürtel 33 und des Kaufhauses WODITZKA, in Wien-Floridsdorf, Floridsdorfer Spitz im Jahr 1938

Dem Beschuldigten wurde weiters vorgeworfen, am NS-Putschversuch vom 25. Juli 1934 beteiligt gewesen zu sein

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.1.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und § 6 KVG
Ausdehnung der Anklage auf Arisierung der Häuser Gredlergasse 3, Tandlermarkt 5 und

Haidgasse 7 blieb der Hauptverhandlung vorbehalten

21.1.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreff. Titania-Kino, Firma KRUM & Co, Kaufhaus WODITZKA und Haus Pyrkergrasse 25 inklusive Wohnung gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

13.7.1948: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG zu 20 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 702/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 702/45 gegen Norbert KNECHTEL:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Sachverständigengutachten Oscar HOFSTETTER betreff. Firma SCHREIBER vom 30. April 1947

Belastendes Sachverständigengutachten Franz METZKER betreff. Firma SCHREIBER vom 18. Juni 1948

Polizeiakt mit Unterlagen aus der NS-Zeit (u.a. auch ein Empfehlungsschreiben des Norbert KNECHTEL für Dr. Emil GELNY)

Hinweise auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs 5 Os 138/49 zu LG Wien Vg 1f Vr 2157/48

AKTENVERMERK 12.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 1d Vr 702/45 gegen Norbert KNECHTEL fehlt:

ONr. 16 Blatt 33
ONr. 34 Blatt 89
ONr. 53 Blatt 153

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

KNECHTEL Norbert, geb. 29. Oktober 1910 in Wien

1927: Angehöriger der HJ, stellvertretender Bezirksführer in Klosterneuburg, Nr.2168

1929: SA-Angehöriger, SA-Truppführer, Sturm 15 später 95

20.2.1932: NSDAP-Mitglied, Politischer Leiter in Kritzensdorf, Propaganda- und Presseleiter, Gauleitung Niederösterreich, Schriftleiter "Der Donaubote"

bis Oktober 1932: Ortsgruppenleiter in Kritzensdorf

Gaustellenleiter, Zellenleiter, SA-Scharführer

30.12.1932: Unterbrechung für zwei Jahre

14.12.1936: Flucht nach Passau wegen Verurteilung zu einer Kerkerstrafe von 2 Monaten, Sanatorium Kohlbruck

4.1937: München, dann weiter nach Berlin, Angestellter des Flüchtlingswerks

Ende 1937: Ehrenzeichen der Hitlerjugend

25.5.1938: Rückkehr nach Wien

1.7.1938: Angehöriger der Ortsgruppe Gatterburg, Nr. 441.355

Leiter der Fachuntergruppe für Haus- und Küchengeräte

Beauftragter der Reichsstelle für technische Erzeugnisse für Gau Wien und Niederdonau

Mitglied der DAF, NSV, des RLB und der SA-Reserve

Leitung des Titania-Kinos, Arisierung der Firma Schreiber

"Altparteigenosse"

Goldene HJ-Ehrenzeichen

Träger der Ostmarkmedaille

Hauptverhandlung am 25. März 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. DOLLMEYER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Rosa GRIMM, Ing. Leopold SCHMIDT und Anton SOUCEK

Privatbeteiligter: Dr. Emil NEUSPIEL für Bernhard HIRSCHLER

Staatsanwalt: Dr. MANN

Verteidiger: Dr. Josef SIROWY

Hauptverhandlung am 13. Juli 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. OMINGER

Schöffen: 3 Männer

Paul MÜLLER, Josef NEIGER und Karl POSPISCHIL
Staatsanwalt: Dr. REHM
Verteidiger: Dr. Josef SIROWY

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Leopoldstadt,
Wien-Hernals,
Wien-Döbling und
Wien-Floridsdorf)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1d Vr 702/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1216
DÖW-Signatur V1156/1-21

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11f Vr 696/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7944/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung der Schuhfabrik Hugo KOMINIK in Wien-Josefstadt, Bennogasse 8 in den Jahren 1938/1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Alfred Georg BUCK,
Franz PETSCH und
Hermine STALSKI, STALSKY oder STRALSKY

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 5 StG, § 6 KVG (Mitschuld am Verbrechen der Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Josefstadt)

Tatvorwürfe betreff. BUCK und STALSKI:

Illegalität

Arisierung der Schuhfabrik Hugo KOMINIK in Wien-Josefstadt, Bennogasse 8 durch Alfred Georg BUCK unter Mithilfe der kommissarischen Verwalterin Hermine STALSKI in den Jahren 1938/1939

Denunziation des Hugo KOMINIK und seiner Ehefrau durch Hermine STALSKI im Jahr 1938. Der nach Amerika emigrierte Sohn Bernhard KOMINIK legt ihr zur Last, die Ausreise seiner Eltern dadurch verhindert zu haben.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 26.10.1945: Ausscheidung des Verfahrens gegen Franz PETSCH und Vereinigung mit LG Wien Vg 2f Vr 833/45 (gegen Franz PETSCH)
- 15.3.1947: Anklageerhebung gegen Alfred BUCK wegen § 6 KVG und gegen Hermine STALSKI wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 5 StG, § 6 KVG
- 24.3.1947: Einstellung des Verfahrens gegen Hermine STALSKI wegen § 7 KVG betreff. Ehepaar KOMINIK gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
- 6.11.1947: Freispruch beider Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11f Vr 696/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 11f Vr 696/45 gegen Alfred BUCK u.a.:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Prüfungsbericht Franz ZÖHRER betreff. Schufabrik Hugo KOMINIK vom 11. Juli 1938

Sachverständigengutachten Prof. Josef HAINSCHITSCH vom 19. November 1946

Hinweise auf Akt der Rückstellungsakt Nr. 7849 betreff. Schuhfabrik Hugo KOMINIK

Kontoauszüge der Schuhfabrik BUCK aus der NS-Zeit

Briefe des Bernhard KOMINIK an die Österr. Staatspolizei

Hinweise auf LG Wien Vg 2f Vr 833/45 (gegen Franz PETSCH)

AKTENVERMERK 12.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 11f Vr 696/45 gegen Alfred BUCK u.a. fehlt:

ONr. 48 Blatt 123

ONr. 51 Blatt 133

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BUCK Alfred Georg, geb. 16. Juni 1899 in Igersheim (Baden-Württemberg)

Lebensgefährtin der Hermine Stalski

1930: NSDAP-Mitglied

1939: Übersiedlung nach Wien

Leiter der Fachgruppe Haus- und Holzschuhindustrie

STALSKI Hermine, geb. 6. Jänner 1897 in Wien

Buchhalterin

Lebensgefährtin des Alfred Buck

1923: Eintritt in die Schuhfabrik Kominik

1938: kommissarische Leiterin der Schuhfabrik

"Altparteigenossin"

PETSCH Franz, geb. 19. Februar 1898 in Wien

Bruder der Hermine Stalski

Mitarbeiter der Schuhfabrik Kominik

SA-Angehöriger

Mitglied des NS-Kriegsopferverbandes

1936: Mitglied der NSBO

Hauptverhandlung am 5. und 6. November 1947

Vorsitzender: LGR. Dr. STOCKHAMMER

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Marie HACKL, Karl HORAK und LINA WEINWURM

Privatbeteiligter: Dr. Ludwig DRAXLER für Bernhard KOMINIK

Dr. Gustav EHRENSTEIN für Hugo KOMINIK (in Abwesenheit)

Sachverständiger: Prof. Josef HEINSCHITSCH

Staatsanwalt: Dr. DOUDA

Verteidiger: Dr. Hans GÜRTLER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Josefstadt)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 11f Vr 696/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1216
DÖW-Signatur V1157/1-37

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 739/45 (2 Bände)
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 8643/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung der Fabrik Stadlauer
Lederindustrie WIGNER & Co. (Besitzer Desider und Emma WIGNER) in Wien-Floridsdorf, Industriestraße
20 am 17. April 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz BUDISCHOWSKY oder BUDISCHOVSKY
Leo KONRATH und
Dr. Leopold ZELLER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen)
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Floridsdorf)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Teilnahme am Juliputsch 1934

Arisierung der Fabrik Stadlauer Lederindustrie WIGNER & Co. (Besitzer Desider und Emma WIGNER) in
Wien-Floridsdorf, Industriestraße 20 am 17. April 1939

Denunziation von Arbeitern (Josef BARTEIS, Leopold KIMBERGER, Josef LEEB, Franz PEYCHAL, Hans
RIEGELHOFER, Max STEINBERGER, Anton ZAVADIL und Karl ZIMMERMANN) der Stadlauer Lederindustrie
durch den kommerziellen und technischen Leiter Franz BUDISCHOWSKY am 10. Jänner 1941 bei der
Gestapo

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

21.11.1946: Einbeziehung des Verfahrens LG Wien Vg 7c Vr 7720/46 gegen Leo KONRATH in das
gegenständliche Verfahren

14.12.1950: Anklageerhebung gegen KONRATH und Dr. ZELLER wegen § 58 StG in der Fassung der §§
10, 11 VG

Anklageerhebung gegen BUDISCHOWSKY, KONRATH und Dr. ZELLER wegen § 6 KVG

Ausdehnung der Anklage hinsichtlich § 8 VG (KONRATH und Dr. ZELLER) blieb der Hauptverhandlung vorbehalten

22.12.1950: Einstellung des Verfahrens gegen Franz BUDISCHOWSKY wegen §§ 3, 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

5.4.1951: Freispruch aller drei Angeklagten gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 2b Vr 739/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 739/45 gegen Franz BUDISCHOWSKY u.a.:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Unterlagen betreff. Arisierung der Stadlauer Lederindustrie aus der NS-Zeit

Belastendes Sachverständigengutachten Dipl. Ing. Vitalis HAULER vom 16. März 1948

Ergänzungsgutachten Dipl. Ing. HAULER vom 19. Oktober 1948

Belastendes Sachverständigengutachten Prof. Josef HAINSCHITSCH vom 15. August 1949

Ergänzungsgutachten Prof. HAINSCHITSCH vom 19. November 1950 inkl. Schreiben betreff. Akteneinsicht in von der sowjetischen Besatzungsmacht verwalteten Betrieben

Unterlagen Bundesministerium für Vermögenssicherung

Einbezogenen Akt LG Wien Vg 7c Vr 7720/46 gegen Leo KONRATH

AKTENVERMERK 18.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 739/45 gegen Franz BUDISCHOWSKY u.a. fehlt:

Band I:

ONr. 2 Blatt 3

Band II:

Onr. 71 Blatt 59

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

BUDISCHOWSKY Franz, geb. 21. Jänner 1897 in Trebitsch (Tschechoslowakei)

1.4.1939: NSDAP-Mitglied, Nr. 7, 090.573

Ortsgruppe Krottenbach

kommerzieller und technischer Leiter der Stadlauer Lederindustrie

Gauakt Nr. 160.067

KONRATH Leo, geb. 17. Jänner 1903 in Wien

Diplomkaufmann

1924-1926: Vorsitzender der Deutschen Studentenschaft an der Hochschule für Welthandel in Wien,

Führer und Mitbegründer der dortigen Hochschul-SA

1927: NSDAP-Mitglied, Nr. 73.471 oder 53.471

17.3.1933: Angehöriger der SA-Reserve

1934: Flucht nach wegen Beteiligung an Sprengstoffanschlägen Deutschland

1938: Rückkehr

Beamter im Bauwirtschaftsamt

Träger des Goldenen Parteiabzeichens

Angehöriger der "Alten Garde" des Gaues Wien

Gauakt Nr. 190.181

ZELLER Leopold, Dr., geb. 6. Oktober 1905 in Wien

5.10.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 302.779

1932-1934: Sprengelleiter in Wien-Fünfhaus

5.1934: SS-Angehöriger, SS-Oberscharführer

Angehöriger der SS-Standarte 89

Beteiligung am Juliputsch 1934

5 Monate Haft in Wöllersdorf

28.8.1936: Flucht nach Deutschland, Flüchtlingsausweis Nr. 2.367

1.10.1938: Rückkehr nach Wien

Sachbearbeiter im Gauwirtschaftsamt

Blutordensträger

Gauakt Nr. 83.230

Hauptverhandlung am 5. April 1951

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOLLMANN

Richter: OLGR. Dr. BRIK

Schöffen: 3 Männer

Franz HAAG, Alois KIRCHNER und Dominik MALETSCHEK

Privatbeteiligter: Dr. WIESENBERG für Desider und Emma WIGNER

Staatsanwalt: Dr. GÖHL

Verteidiger: Dr. Leopold MAKOWSKI (Dr. ZELLER)

Dr. MÖSLANG für Dr. Hans GÜRTLER (KONRATH)

Dr. Ernst JAHODA (BUDISCHOWSKY)

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Floridsdorf)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 2b Vr 739/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1216
DÖW-Signatur V1158/1-23

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 11a Vr 252/45 (2 Bände)
Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7202/45
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung der Albrecht-Dürer-Druckerei in Wien-Neubau, Bandgasse 28 am 29. Oktober 1938 sowie des Hauses Bandgasse 28 am 27. Februar 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Karl WERNER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Illegalität, "Alter Kämpfer"

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde einer unbekanntes jungen jüdischen Arbeiterin seiner Druckerei durch Beschimpfung als "jüdische Sau"

Arisierung der Buch- Kunst- und Zeitungsdruckerei "Albrecht Dürer G.m.b.H." (Besitzer Verlagsanstalt Herold) in Wien-Neubau, Bandgasse 28
Arisierung eines Hauses in Wien-Neubau, Bandgasse 28 (Besitzer Verlagsanstalt Herold) am 27. Februar 1939

Arisierung einer Hälfte des Hauses in Wien-Neubau, Bandgasse 34 (Besitzerin Johanna STRAUSS) am 30. Jänner 1942

Arisierung von Maschinen der Tyrolia-Druckerei in Wien-Neubau, Neubaugasse

Denunziation der Charlotte GOTTSWINTER wegen Fernbleibens vom Arbeitsplatz

Denunziation des Karl KUBEC, Bräutigam der Charlotte GOTTSWINTER, im Jahr 1944

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.10.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 (10) VG, § 4 KVG und § 6 KVG (betreff. Buchdruckerei und Haus Bandgasse 28)

- 14.10.1946: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 24.3.1950: Einstellung des Verfahrens betreff. Arisierung der Hälfte eines Hauses in Wien-Neubau, Bandgasse 34 gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der Anzeige)
- 30.4.1951: Einstellung des Verfahrens wegen § 4 KVG und § 6 KVG (betreff. Haus Bandgasse 28) gemäß § 227/1 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)
- 8.6.1951: Freispruch wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG (Inventar der Albrecht-Dürer-Druckerei) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11a Vr 252/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 11a Vr 252/45 gegen Karl WERNER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Kaufvertrag betreff. Haus, Wien-Neubau, Bandgasse 28 vom 27. Februar 1939

Sachverständigengutachten Heinrich SCHEFCZIK betreff. Inventar der Buchdruckerei Bandgasse 28

Sachverständigengutachten Rudolf HARTL betreff. Haus Bandgasse 28 vom 21. Juni 1946

Sachverständigengutachten Emil DIETRICH vom 15. März 1948

Sachverständigengutachten Franz PECH vom 25. Oktober 1948

Belastendes Sachverständigengutachten Ing. Gustav Adolf WITT vom 15. September 1950

Hinweise auf den Rückstellungsakt 63 RK 1358/48 betreff. Tyrolia-Druckerei

Rückstellungsakt 60 RK 826/48, Akt Vermögensverkehrsstelle V 552
betreff. Haus Wien-Neubau, Bandgasse 34

AKTENVERMERK 18.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 11a Vr 252/45 gegen Karl WERNER fehlt:

Band II:

ONr. 99 Blatt 109
ONr. 105 Blatt 121
ONr. 116 Blatt 147
ONr. 120 Blatt 155

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WERNER Karl, geb. 14. Jänner 1900 in Wien
Druckereibesitzer
1932: NSDAP-Mitglied, Nr.
Gauakt Nr. 224.308
"Alter Kämpfer"

Hauptverhandlung am 8. Juni 1951

Vorsitzender: Dr. SCHACHERMAYR

Richter: LGR. Dr. PICHLER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

 Otto POLSTER, Laurenz BRAUN und Rosa STANZL

Privatbeteiligter: Dr. Hans MALY für Druckerei "Albrecht-Dürer"

Sachverständiger: Ing. Gustav Adolf WITT

Staatsanwalt: Dr. SCHWARZ

Verteidiger: Dr. Josef JELLINEK für Dr. Otto REIMER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Neubau)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 11a Vr 252/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1216
DÖW-Signatur V1159/1-11

Benützungsbegrenzung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 459/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6227/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung des Papierwarengeschäftes Karl PICK & Söhne in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 10 am 31. Dezember 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Rudolf ROSENAUER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Innere Stadt,
Wien-Leopoldstadt und
Wien-Landstraße)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Blockwart, Zellenleiter und Ortsgruppenleiter

Arisierung des Papierwarengeschäftes Karl PICK & Söhne (Paul und Siegmund) in Wien-Leopoldstadt, Taborstraße 10 am 31. Dezember 1938

Weitergabe von Anzeigen in seiner Funktion als Leiter der Ortsgruppe Hainburgerstraße von März 1938 bis November 1942

Dem Beschuldigten wurde auch vorgeworfen, sich im Jahr 1938 an Vermögenswerten des Dr. Gustav SCHLETTER, Inhaber einer Großhandels- und Kommissionsfirma in Wien-Landstraße, Weyrgasse 8 bereichert zu haben bzw. Dr. SCHLETTER mit der Einweisung in das KZ Dachau gedroht zu haben

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

2.7.1946: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und § 6 KVG

2.7.1946: Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

11.9.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 15 Monaten schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 6 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 459/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

ROSENAUER Rudolf, geb. 10. Juni 1910 in Wien

1928: Buchprüfer

1929: 8 Semester Jus

Geschäftsführer im mütterlichen Papiergeschäft

20.1.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 889.175

Jänner 1933-April 1933: Blockleiter

April 1933: Zellenleiter und Ortsgruppenleiter

März 1938-November 1942: Leiter der Ortsgruppe Hainburgerstraße

Dezember 1942: Wehrmacht

25.9.1944: Lohnverrechnungsbeamter der Floridsdorfer Lokomotivfabrik

Träger der Erinnerungsmedaille für den März 1938

Hauptverhandlung am 11. September 1946

Vorsitzender: LGR. Dr. LEDL

Richter: OLGR. Dr. KLEEMANN

Schöffen: 3 Männer

Otto HOFFMANN, Franz HYNST und Alois PETRU

Staatsanwalt: Dr. MAYERHOFER

Verteidiger: Dr. Artur ERNST

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Innere Stadt, Wien-Leopoldstadt und Wien-Landstraße)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1e Vr 459/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1160/1-12

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1e Vr 136/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6372/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung der Firma Ignaz GELLERT & Co, Kühl- und Gefrieranlagen, Wien-Landstraße, Kegelgasse 3 am 15. Februar 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Anton NOVAK

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität) und § 6 KVG (Arisierung)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Landstraße)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Spenden für inhaftierte Nationalsozialisten

Arisierung der Firma Ignaz GELLERT & Co, Kühl- und Gefrieranlagen, Wien-Landstraße, Kegelgasse 3 am 15. Februar 1939

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

7.1.1946: Anklageerhebung wegen § 11 (10) VG und § 6 KVG

31.1.1946: Verurteilung wegen § 11 (10) VG und § 6 KVG zu 3½ Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

24.9.1947: Bedingte Entlassung

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1e Vr 136/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

AKTENVERMERK 20.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 1e Vr 136/45 gegen Anton NOVAK fehlt:

ONr. 29 Blätter 71/73

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

NOVAK Anton, geb. 3. Februar 1885 in Wien

bis 1927: Bankbeamter

März 1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 899.167,

Juli 1933-Juni 1936: Kassenwalter

Juni 1936: 6 Wochen Arrest

1938-1939: Bezirksvorsteher in Wien-Landstraße

April 1938- April 1945: Leiter der Ortsgruppe Sofiensäle

1939: Amtsleiter des Fürsorgeamtes in Wien-Landstraße

Ehrenobmann der Volksbank Landstraße

Volkssturmmangehöriger

Träger der Erinnerungsmedaille zum 13. März 1938

Träger des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse ohne Schwerter

Hauptverhandlung am 31. Jänner 1946

Vorsitzender: LGR. Dr. SCHRÖFL

Richter: OLGR. Dr. KOWALSKI

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Johann BOGNER, Rosa BUCHMANN und Karl PUTZ

Staatsanwalt: Erster StA Dr. GRÖTSCHEL

Verteidiger: Dr. Franz ZEIZINGER für Dr. Heinrich WILLE

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Landstraße)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1e Vr 136/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1161/1-14

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1i Vr 100/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6151/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Arisierung des Kaffeehauses "Brillantengrund", Inhaber Walter und Oskar HOFFMANN, Wien-Neubau, Lerchenfelderstraße 99 am 2. September 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz WIMMER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG (Illegalität),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 171 StG (Diebstahl)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Neubau)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Inkasso von Mitgliedsbeiträgen für die illegale NSDAP

Arisierung des Kaffeehauses "Brillantengrund", Firma Max HOFFMANN & Co., Gesellschafter Walter und Oskar HOFFMANN, Wien-Neubau, Lerchenfelderstraße 99 am 2. September 1938

Der Angeklagte war bis zur Arisierung des Café Brillantengrund kommissarischer Verwalter des Café Franzensbrücke

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

8.9.1945: Ausscheidung des Verfahrens wegen § 171 StG zu LG Wien 21 Vr 1259/45

30.11.1945: Anklageerhebung wegen § 11 VG und § 6 KVG

12.2.1946: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung des § 11 VG und
§ 6 KVG zu 12 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

13.11.1950: Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten.
Vom 16.11.1950 bis 21.4.1951 Verwahrungsgefangener der sowjetischen
Besatzungsmacht.

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1i Vr 100/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz
Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 1i Vr 100/45 gegen Franz WIMMER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Sachverständigenutachten Eduard TSCHOKL vom 14. September 1945

Hinweise auf den Arisierungssakt 2391

Hinweise auf Verfahren aus der NS-Zeit gegen Franz WIMMER vor dem Landgericht Wien:

LG Wien 106 a E Vr 2270/42-36 wegen Vergehens gegen die Preisvorschriften und gegen das Weingesetz

LG Wien 104 a E Vr 1765/44-9 wegen Vergehens gegen die Preisstrafrechtsverordnung

AKTENVERMERK 22.4.2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren
LG Wien Vg 1i Vr 100/45 gegen Franz WIMMER fehlt:

ONr. 85 Blatt 217

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

WIMMER Franz, geb. 5. Juni 1897 in Wien

1918: Geschäftsführer im Hotel auf der Bischofskoppe

1930: Absolvierung eines Hoteldirektorkurses

16.2.1932: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 206.988

18.7.1932: NSBO-Mitglied, Nr. 142.856

1932-1934: Sprengelleiter, Inkasso der Mitgliedsbeiträge und Saalschutz bei Parteiveranstaltungen

April 1936: 6 Wochen Arrest wegen Betätigung für die illegale NSDAP

1938-1941: SA-Angehöriger

seit 1940: SA-Truppführer

"Alter Kämpfer"

Hauptverhandlung am 12. Februar 1946

Vorsitzender: OLGR. Dr. HOCHMANN

Richter: OLGR. Dr. GAL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Eugenie BRANDL, Franz SKALUD und Karl MEIRINGER

Staatsanwalt: Dr. MAYER-MALY

Verteidiger: Dr. Helfried HERRDEGEN

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Neubau)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1i Vr 100/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1217

DÖW-Signatur V1162/1-18

Benützungsbeschränkung beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1 Vr 23/45

(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6042/45)

Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen aus verwerflicher Gesinnung begangen an Siegmund SCHACHNER in Wien-Margarethen am 10. November 1938 ("Novemberpogrom")

Volksgerichtsverfahren gegen:

Edgar SAMITZ

wegen (§§): §11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung)
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen)
§ 6 KVG (Arisierung),
§ 171, 173 StG (Diebstahl) und
§ 183 StG (Veruntreuung)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Margarethen)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Verkauf von Zeitungen und Mitwirkung an Veranstaltungen

Im November 1938 veranlasste er die Entfernung von Möbelstücken aus der Wohnung des Siegmund SCHACHNER in Wien-Margarethen, Fendigasse 9/9 durch unbekannte SA-Angehörige

Arisierung der Wohnung des Siegmund SCHACHNER in Wien-Margarethen, Fendigasse 9/9 im Dezember 1938

Arisierung von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz im Rahmen von Hausdurchsuchungen:

1 Makartbild mit Prunkrahmen aus dem Besitz der Jolan POLLAK am 13. Februar 1939

2 Bilder und 3 Bronzefiguren aus dem Besitz der Marie MENKES am 14. Februar 1939

1 Danhauserbild aus dem Besitz der Marianne NECHANSKY am 21. Februar 1939

Unterschlagung von 4 Schreibmaschinen der Wiener Neustädter Flugzeugwerke im April 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

14.1.1946: Anklageerhebung wegen § 11 VG (Illegalität, Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung im Zuge der Entfernung von Möbelstücken aus der Wohnung des Siegmund SCHACHNER)

Ausdehnung der Anklage auf:

§ 6 KVG betreff. Aneignung von Wertgegenständen aus jüdischem Besitz

Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung im Rahmen der Vertreibung des Siegmund SCHACHNER aus seiner Wohnung

Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung durch Beschlagnahme von Bildern aus jüdischem Besitz

19.2.1947: Verurteilung wegen §§ 10, 11 VG (Illegalität, Beschlagnahme von jüdischen Vermögenswerten) zu 2 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 6 KVG (Zerstörung von Möbeln, Arisierung der Wohnung des Siegmund SCHACHNER sowie Aneignung von jüdischen Vermögenswerten) gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

26.6.1956: Tilgung der Verurteilungen gemäß Tilgungsgesetz 1951

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1 Vr 23/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 1 Vr 23/45 gegen Edgar SAMITZ:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Urteil des Amtsgerichts Margarethen 6 C 1070/38-5 betreff. Kündigung des Mietvertrags des Siegmund SCHACHNER, Wien Margarethen, Fendigasse 9/9 vom 10. Dezember 1938

Urteil des Landgericht Wien 202 Vr 607/39 gegen Edgar SAMITZ wegen Betrugs (Aneignung von Bildern aus jüdischem Besitz) vom 18. Juli 1939. SAMITZ wurde zu 1 Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Biografische Angaben zu dem Beschuldigten:

SAMITZ Edgar, geb. 11. Juli 1903 in Selzthal (Steiermark)

Versicherungsbeamter

1925: NSDAP-Mitglied, Zellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe 33

1931: SS-Standarte 89

Hauptverhandlung am 17. Juni 1946 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. EXENBERGER

Schöffen: 3 Männer

Josef GLÜXAM, Franz HÄBERL und Richard KOLAR

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Eduard von LISZT

Hauptverhandlung am 17. Februar 1947 (Vertagung)

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. EXENBERGER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Franz KREUTNER, Margarete DOMANN und Franz ALOIS

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Eduard von LISZT

Hauptverhandlung am 19. Februar 1947

Vorsitzender: OLGR. Dr. Johann WAGNER-LÖFFLER

Richter: OLGR. Dr. EXENBERGER

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Franz KREUTNER, Margarete DOMANN und Franz ALOIS

Staatsanwalt: Dr. PALLIN

Verteidiger: Dr. Eduard von LISZT

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Margarethen)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1 Vr 23/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1163/1-15

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 1d Vr 560/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 7567/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Hernals in den Jahren 1938-1944

Volksgerichtsverfahren gegen: Jakob und Hermine HIRSCH

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11VG (Illegalität)
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden/ZivilistInnen

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Hernals)

Tatvorwürfe:

Illegalität des Jakob HIRSCH,
Abhaltung von Versammlungen in seiner Wohnung, Weitergabe von Propagandamaterial und
Anwerbung neuer Mitglieder für die illegale SA

Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen aus politischer Gehässigkeit begangen an Sidonie FRIEDMANN und ihrer Tochter im Jahr 1938 sowie an dem Ehepaar PISK in den Jahren 1938 bis 1944. Sidonie Friedmann wurde bei strömendem Regen aus ihrer Wohnung vertrieben. Paula PISK wurde vom Ehepaar HIRSCH beschimpft, weil sie mit einem Juden verheiratet war. Sie verfiel in eine Depression und verstarb am 30. Mai 1941.

Arisierung der Wohnung der Sidonie FRIEDMANN in Wien-Hernals, Kalvarienberggasse 38 im Jahr 1938
Aufgrund folgender Tatbestände wurden ebenfalls Ermittlungen geführt:

Denunziation des N. HIERHAMMER
Denunziation des Hermann PISK in den Jahren 1938 bis 1945

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

6.9.1945: Anklageerhebung gegen Jakob HIRSCH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 3, 6 KVG

Anklageerhebung gegen Hermine HIRSCH wegen §§ 3, 6 KVG

24.9.1945: Verurteilung des Jakob HIRSCH wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und §§ 3, 6 KVG zu 10 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Verurteilung der Hermine HIRSCH wegen §§ 3, 6 KVG zu 8 Jahren scheren Kerkers.

Vermögensverfall.

21.12.1948: Bedingte Nachsicht der Reststrafe durch den Bundespräsidenten

© Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 1d Vr 560/45:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

HIRSCH Jakob, geb. 21. November 1874 in Bradelsbrunn

Damenschneidergehilfe

2.2.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 440.132

Ortsgruppe Bergsteig, Blockleiterstellvertreter

April 1931: SA-Angehöriger, SA-Oberscharführer

Mitarbeiter des Finanzamts Simmering

Träger der Ostmarkmedaille

"Alter Kämpfer"

Inhaber der "Bürkelurkunde zur Volksabstimmung"

HIRSCH Hermine, geb. 17. Dezember 1879 in Wien

Parteianwärterin

Mitarbeit beim NS-Frauenwerk, Näharbeiten für die Wehrmacht

Hauptverhandlung am 24. September 1945

Vorsitzender: LGR. Dr. BERGER

Richter: LG Dir. Dr. RAKOVETZ

Schöffen: 3 Männer

Josef DIMMEL, Albert DALLINGER und Karl REINDL

Staatsanwalt: Dr. LASSMANN

Verteidiger: Dr. Andreas UNTERBERGER

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Hernals)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 1d Vr 560/45

FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1164/1-20

Benützungsbefugnis beachten – gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm – authorization by Austrian court required

Aktenzahl des Gerichts ("Geschäftszahl"): LG Wien Vg 2b Vr 415/45
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 6146/45)
Standort des Original-Akts: Wiener Stadt- und Landesarchiv (seit 2006)

Prozess wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Landstraße am 17. Dezember 1940

Volksgerichtsverfahren gegen: Stefan SCHERNHUBER

wegen (§§): § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11VG (Illegalität)
§ 3 KVG (Verbrechen der Quälereien und Misshandlungen),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 7 KVG (Denunziation)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Landstraße), Deutschland

Tatvorwürfe:

Illegalität,

Angehöriger einer nationalsozialistischen Terrorgruppe, Beteiligung an der Sprengung von
Telefonzellen, Aufbewahrung von Munition und Angehöriger der Österr. Legion

Misshandlung des Ignaz FUCHS durch Schläge am 13. November 1940. Er verstarb am 2. Dezember 1940.

Arisierung der Altwarenhandlung des verstorbenen Ignaz FUCHS, in Wien-Landstraße, Hinerstraße 2
und eines dazugehörigen Magazins in Wien-Landstraße, Hinerstraße 11 am 17. Dezember 1940.

Geschädigte waren der Bruder Josef FUCHS und die Witwe Malwina FUCHS.

Denunziation des Josef FUCHS wegen dessen jüdischer Abstammung bei der Gestapoleistelle Wien

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

- 9.5.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG
Ausdehnung der Anklage auf § 8 VG blieb der Hauptverhandlung vorbehalten
- 21.5.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 7 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der
Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)
Einstellung des Verfahrens wegen §§ 3, 4 KVG gemäß § 90 StPO (Zurücklegung der
Anzeige)
- 27.6.1947: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6
KVG zu 4 Jahren schweren Kerkers. Vermögensverfall.
- 7.8.1947: Flucht aus der Haft
- 28.5.1949: Rückeinlieferung
-

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 2b Vr 415/45 gegen Stefan SCHERNHUBER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

- a.) Schätzugutachten des Gustav SCHÄFFLER vom 20. März 1941
 - b.) Schätzung Karl SALZER vom 2. Juli 1946
 - c.) Belastendes Sachverständigengutachten Alois GETZINGER vom 10. Februar 1947
Sachverständigengutachten des gerichtsmed. Instituts betreff. Tod des Ignaz FUCHS vom 1. März 1946
- Hinweise zu dem Verfahren LG Wien 22a Vr 2434/49 gegen Stefan SCHERNHUBER wegen §§ 171ff StG

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

SCHERNHUBER Stefan, geb. 11. Mai 1912 in Amstetten
9.3.1933: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 518.010
Angehöriger des SA-Sturm 7/24
11.1933-5.1936: Angehöriger einer NS-Terrorgruppe
5.1936: Flucht nach Deutschland
5.4.1940: Ausbezahlung einer Wiedergutmachung in der Höhe von RM 500.-
1.4.1941: Angehöriger der Wehrmacht
1.6.1943: Entlassung wegen Krankheit
10.1.1944: Blockleiter bei der Ortsgruppe Landstraße

"Alter Kämpfer"

Hauptverhandlung am 27. Juni 1947

Vorsitzender: LGR. Dr. Friedrich ZEILINGER
Richter: OLGR. Dr. PAUSINGER
Schöffen: 2 Männer, 1 Frau
Johann FERTL, Hertha FREUND und Hans FEIGL
Sachverständiger: Alois GETZINGER
Staatsanwalt: Dr. MERTZ
Verteidiger: Dr. Karl HIRSCH für Dr. Karl FRIED

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Landstraße)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 2b Vr 415/45

LG Wien Vg 12b Vr 9259/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 53920/46)
FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1665/1-18

Benützungsbefugnis beachten-gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm - authorization by Austrian court required

Prozeß wegen Illegalität und Arisierungsverbrechen in Wien in den Jahren 1938 und 1939

Volksgerichtsverfahren gegen:

Erich SCHWARZ

wegen : § 8 VG (Registrierungsbetrug),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10/3, 11VG (Illegalität) und
§ 6 KVG (Arisierung)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich und Deutschland (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Angehöriger der Österr. Legion

Registrierungsbetrug, 24. Oktober 1945 in Ramsau bei Schladming

Arisierung der Wirkwarenfirmen Isaak SEIDMANN in Wien-Leopoldstadt, Radingerstraße 6 am 8.
Dezember 1938

Arisierung der Firma Bernhard ALTMANN in Wien-Margarethen, Siebenbrunnengasse in
Zusammenwirken mit Kurt BAGUSAT und Alfred BÖHME im Dezember 1938

Arisierung der Firma PECHTALT & Co, Besitzer Abraham PECHTALT, Erzeugung von Seiden und
Wirkwarenstoffen in Wien-Favoriten, Arsenal Objekt 19 am 29. Juli 1939

Arisierung einer Villa, Besitzerin Vilma NORTH in Wien-Hietzing, Pacassistraße 4 und eines
Personenkraftwagens

Dem Beschuldigten wurde weiters zur Last gelegt, als SS-Angehöriger Verbrechen der Quälereien und
Misshandlungen im KZ Dachau zwischen 1935 und 1938 begangen zu haben

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

10.11.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der
§§ 10, 11 VG und § 6 KVG

17.11.1947: Einstellung des Verfahrens wegen Arisierung der Firma SEIDMANN und

der Firma PECHTALT & Co gemäß
§ 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG betreff. Arisierung der Einrichtung der Villa und des dort
befindlichen Personenkraftwagens gemäß § 109 StPO

Einstellung des Verfahrens wegen § 8 VG gemäß Punkt 3 Abs. 2 der Übergangsbestimmungen I und II des
Bundesverfassungsgesetzes vom 6.2. 1947

Ausscheidung des Verfahrens betreff. Arisierung der Villa zu 15 St 45479/47

Ausscheidung des Verfahrens betreff. § 7 Wahlgesetz zu 15 St 45480/47

9.11.1948: Verurteilung des Angeklagten wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr
schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 6 KVG betreff. Arisierung der Firma ALTMANN gemäß
§ 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12b Vr 9259/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 12b Vr 9259/46 gegen Erich SCHWARZ:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Sachverständigengutachten Komm. Rat Prof. Karl RADDA betreff. Arisierung der Firmen SEIDMANN,
ALTMANN und PECHTALT
vom 17. Mai 1947

Entlastender Nachtrag vom 21. September 1948

Antrag des Abraham PECHTALT auf Enthftung des Erich SCHWARZ vom 20. Oktober 1947

Hinweise auf Arisierungsakte:

1510 Firma SEIDMANN
Industrie 947 Firma PECHALT

AKTENVERMERK 10. Mai 2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 12b Vr 9259/46 gegen Erich SCHWARZ fehlt:
ONr. 49 Blatt 189 (Beratungsprotokoll)

Biografische Angaben zu den Beschuldigten:

SCHWARZ Erich Ing., geb. 20. August 1909 in Wien

Wirkwarenfabrikant

1924-1928: Staatslehranstalt für Textilindustrie

1.10.1926-1.8.1927: NSDAP-Mitglied, Nr. 51.631

1.1.1932: neuerliches NSDAP-Mitglied, Nr. 782.572, Zellenleiter und Kassier Ortsgruppe Hayden

28.11.1932: SS-Angehöriger, Nr. 58.035, SS-Scharführer

10.8.1933: Flucht nach Deutschland

bis 31.10.1933: Lager Lechfeld (Österr. Legion)

Verwaltungsstab der österr. SS in Dachau

30.1.1934: SS-Unterscharführer

10.8.1935: SS-Scharführer

1.9.1935: hauptamtliche Stelle beim SS-Sturmbann III-32

März 1938: Rückkehr nach Österreich

28.6.1940: Waffen-SS

Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze

Gauakt Nr. 237.462

SS-Zivilabzeichen Nr. 93.739

Hauptverhandlung am 9. März 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. JOSST

Richter: OLGR. Dr. POPPY

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Robert BEER, Anna FEICHTL und Maria SCHILL

Sachverständiger: Komm. Rat. Prof. Karl RADDA

Staatsanwalt: Dr. HICKE

Verteidiger: Dr. Max Wladimir ALLMAYER-BECK

Hauptverhandlung am 9. November 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. JOSST

Richter: OLGR. Dr. EBERLIN

Schöffen: 1 Mann, 2 Frauen

Therese GREIFENEDER, Rudolf RADA und Adele RIEDER

Sachverständiger: Komm. Rat. Prof. Karl RADDA

Staatsanwalt: Dr. TINKL

Verteidiger: Dr. Max Wladimir ALLMAYER-BECK

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Leopoldstadt, Wien-Margarethen, Wien-Favoriten und Wien-Hietzing)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 12b Vr 9259/46

LG Wien Vg 6a Vr 8903/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 52200/46)
FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1166/1-9

Benützungsbefugnis beachten-gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm - authorization by Austrian court required

Verfahren wegen Illegalität, Registrierungsbruch und Arisierung des Max Pfeffer-Verlags und der Firma Bernhard ALTMANN im Jahr 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Alfred BÖHME

wegen: § 8 VG (Registrierungsbruch),
§ 58 StG in der Fassung der §§ 10/3, 11VG (Illegalität) und § 6
KVG (Arisierung)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien)

Tatvorwürfe:

Illegalität

Registrierungsbruch am 5. Juli 1945

Arisierung des Max Pfeffer-Verlags in Wien-Innere Stadt, Bösendorferstraße 1 am 30. August 1938

Arisierung der Firma Bernhard ALTMANN in Wien-Margarethen, Siebenbrunnengasse in
Zusammenwirken mit Kurt BAGUSAT und Erich SCHWARZ im Dezember 1938

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

18.2.1947: Anklageerhebung wegen § 8 VG und § 58 StG in der Fassung des § 10, Abs. 1 und 2

3.3.1947: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

9.5.1947: Einstellung des Verfahrens gemäß Punkt 3 (2) der Übergangsbestimmungen I und II des Bundesverfassungsgesetzes vom 6.2.1947

Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 6a Vr 8903/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

BÖHME Alfred, geb. 19. Oktober 1888 in Leipzig
Bühnen- und Musikverleger

11.7.1918: Übersiedlung nach Wien
Tätigkeit bei versch. Verlagsanstalten in Wien
Vertrauensmann der Musikverleger
1931: NSDAP-Mitglied
1936: Mitglied beim Bund der Reichsdeutschen
1.5.1938: NSDAP-Mitglied, Nr. 6, 295.062

Gauwalter für das Verlagswesen

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)

Ende der Beschreibung des Verfahrens
LG Wien Vg 6a Vr 8903/46

LG Wien Vg 12 Vr 8449/46
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 50167/46)
FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1167/1-20

Benützungsbefugnis beachten-gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm - authorization by Austrian court required

Verfahren wegen Illegalität, Registrierungsbruch und Arisierung der Vereinsmolkerei AG in Wien-Hernals am 31. März 1938

Volksgerichtsverfahren gegen:

Franz KRAPMEIER
auch KRAPMAYER, KRAPMAIER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10/3, 11VG (Illegalität) und § 6 KVG (Arisierung)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Hernals)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Teilnahme am Juliputsch 1934 als Angehöriger der Ringmannschaft, Fluchthilfe für illegale Nationalsozialisten, Herstellung von Propagandamaterial auf dem in seinem Wohnhaus befindlichen Abziehapparat

Arisierung der Vereinsmolkerei AG in Wien-Hernals, Ortliebasse 2-8/ Ottakringerstraße72-74 am 31. März 1939. Aktieneigentümer war die Familie BLOCH-BAUER.

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

12.11.1946: Abtretung des Verfahrens LG Linz Vg 8 Vr 5187/46 gegen Franz KRAPMAYER zu LG Wien Vg 12 Vr 8449/46

5.11.1947: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 6 KVG

8.11.1948: Einstellung des Verfahrens gemäß § 227 StPO (Rücktritt der Staatsanwaltschaft von der Anklage)

Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 12 Vr 8449/46:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 8449/46 gegen Franz KRAPMEIER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Einbezogenen Akt LG Linz Vg 8 Vr 5187/46 gegen Franz KRAPMEIER

Zeugenvernehmung des Josef GUTH, ALiquidatorA der Vereinsmolkerei AG inkl. Vermögensaufstellung vom 31. März 1938

Schätzung Dr. Hermann FLATSCHER vom 26. Juni 1947

Gutachten der Landeshypothekenanstalt AG vom 25. Oktober 1947

Sachverständigengutachten Rudolf HARTL vom 21. Februar 1948

Hinweise auf den Arisierungsakt der Vereinsmolkerei 15.765

AKTENVERMERK 10. Mai 2006:

Aus dem gegenständlichen Verfahren LG Wien Vg 12 Vr 8449/46 gegen Franz KRAPMEIER fehlt:

ONr. 12 Blatt 47

KRAPMEIER Franz, geb. 2. Jänner 1898 in Wien

Kaufmann und Südfrüchtehändler

1921: Lebensmittelgroßhändler

1.1.1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 362.671

Förderer der SA-Standarte 4,

Angehöriger der SS-Standarte 89

Angehöriger der Ringmannschaft

Träger der Ostmarkmedaille

Alter Kämpfer

Geograph. Bezug: Österreich (Wien-Hernals)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 12 Vr 8449/46

LG Wien Vg 11e Vr 7413/47
(Staatsanwaltschaft Wien 15 St 45620/47)
FStN-Mikrofilm Nr. 1217
DÖW-Signatur V1168/1-15

Benützungsbefugnis beachten-gerichtliche Genehmigung erforderlich
Restricted Access to this microfilm - authorization by Austrian court required

Prozeß wegen Illegalität und Verbrechen an Jüdinnen und Juden in Wien-Innere Stadt

Volksgerichtsverfahren gegen:

Viktor NOTHFELLNER

wegen (§§): § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11VG (Illegalität),
§ 4 KVG (Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde),
§ 6 KVG (Arisierung) und
§ 6 des Ges STGBI. Nr. 10/45 (Vorsätzliche Unterlassung der Anmeldung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften)

Opfer: Jüdinnen und Juden

Tatland (Tatort): Österreich (Wien-Innere Stadt)

Tatvorwürfe:

Illegalität, Alter Kämpfer

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von Jüdinnen und Juden aus politischer Gehässigkeit und unter Ausnutzung dienstlicher Gewalt. So zwang er beispielsweise Jüdinnen und Juden im März 1938 Losungen der Vaterländischen Front und der Kommunistischen Partei mit der Zunge vom Gehsteig aufzulecken.

Verletzungen der Menschlichkeit und der Menschenwürde von ehemaligen jüdischen Kaffeehausbesitzern in seiner Funktion als Kreisfachgruppenwalter der DAF indem er mit einem Revolver über ihre Köpfe hinwegschuß

Verletzungen der Menschlichkeit der jüdischen Kaffeehausbesitzerin Jenny DIAMANT durch Beschimpfungen wie jüdische Hure oder jüdischer Schlampen. Weiters ließ er sich kostenlos bewirten und veranstaltete Feste im Café Dogenhof der Jenny DIAMANT, die sich nicht mehr in ihr eigenes Kaffeehaus traute und schließlich nach Brünn floh.

Im März 1938 veranlasste er als Kreisfachgruppenwalter der DAF für das Gast- und Schankgewerbe, dass die Schlösser jüdischer Geschäfte mit Zement verschmiert wurden.

Arisierung der von Emma STEININGER - Künstlernamen Emmy STEIN-gegründeten Eden-Bar in Wien-Innere Stadt, Liliengasse 2 im Jahr 1942

Dem Beschuldigten wurden zudem noch folgende Straftaten zur Last gelegt:

Misshandlung der Martha EMKI durch Schläge und der Drohung, dass in ihrem Besitz befindliche Kaffeehaus Zirkus Renz zu schließen

Missbräuchliche Bereicherung als kommissarischer Verwalter des im Besitz von Bruno GUGIK befindlichen Café Orient in Wien-Leopoldstadt, Praterstraße

Verlauf des Gerichtsverfahrens:

27.7.1948: Anklageerhebung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG und § 4 KVG

3.8.1948: Einstellung des Verfahrens wegen § 6 KVG (Arisierung der Eden-Bar) gemäß § 109 StPO (Einstellung der Voruntersuchung durch Verfügung des Untersuchungsrichters)

Ausscheidung des Verfahrens wegen § 6 des Ges STGBI. Nr. 10/45 und Abtretung an das ordentliche Gericht zu LG Wien 21 Vr 10423/48

22.9.1948: Verurteilung wegen § 58 StG in der Fassung der §§ 10, 11 VG zu 1 Jahr schweren Kerkers. Vermögensverfall.

Freispruch wegen § 4 KVG gemäß § 259/3 StPO (mangels Beweisen)

Copyright für die Beschreibung des Akts LG Wien Vg 11e Vr 7413/47:
Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Detailinformation zu dem Verfahren LG Wien Vg 11e Vr 7413/47 gegen Viktor NOTHFELLNER:

Das gegenständliche Verfahren enthält

Abschriften von Unterlagen aus der NS-Zeit über Viktor NOTHFELLNER

NOTHFELLNER Viktor, geb. 4. Juli 1898 in Wien

März 1931: NSDAP-Mitglied, Nr. 1, 524.635

1935-1937: hauptamtlicher Angestellter der DAF

Mitglied der NS-Betriebsorganisation

Funktionär der DAF

Kreisfachgruppenwalter der DAF für das Gast- und Schankgewerbe im Kreis II

Träger der Ostmarkmedaille

Alter Kämpfer

Hauptverhandlung am 22. September 1948

Vorsitzender: OLGR. Dr. KORST

Richter: Dr. KNOLL

Schöffen: 2 Männer, 1 Frau

Johann UNDAN, Wilhelm MADER und Marie KIRWIZCKY

Staatsanwalt: I. Staatsanwalt Dr. GRÖTSCHEL

Verteidiger: Dr. Richard TEKUSCH

Geograph. Bezug: Österreich (Wien)

Ende der Beschreibung des Verfahrens

LG Wien Vg 11e Vr 7413/47
